

Unpolitische Politiker?

Die bayerischen „Beamtenministerpräsidenten“ 1920-1924 und ihre Mitverantwortung am Hitlerputsch

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I der Universität Regensburg

vorgelegt von

Hans Hinterberger

aus Altensee

Regensburg 2016

Erstgutachter: Prof. Peter Schmid, Regensburg

Zweitgutachter: Prof. Martin Sebaldt, Regensburg

Gewidmet meinem Vater

Thaddäus Hinterberger

Gastwirt und Viehhändler von Altensee

1935 - 2013

Inhalt

1. Einleitung	6
1.1. Einleitender Gedanke, Fragestellung und Konzeption.....	6
1.2. Forschungsstand, Literatur und Quellenlage.....	10
2. Die Ausgangssituation in Bayern 1920	17
2.1. Die Lage im Freistaat am Ende der Regierung Hoffmann.....	17
2.2. Politische Kräfte zu Beginn der Ordnungszelle	24
3. Die Ministerpräsidentschaft Gustav von Kahrs	32
3.1. Herkunft, Ausbildung und Karriere	33
3.2. Regierungsantritt	41
3.2.1. Das Ende der Regierung Hoffmann im Zuge des Kapp-Putsches und die Rolle Kahrs	41
3.2.2. Gustav von Kahr: Ohne Alternativen?	52
3.2.3. Der folgenreiche Entschluss der BVP	60
3.3. Kahrs Wirken als Ministerpräsident.....	68
3.3.1. Die Antworten Kahrs auf die Problemstellungen der Zeit.....	68
3.3.2. Kahr als „Außenminister“ Bayerns	95
3.3.3. Kahrs Kampf um die bayerische Einwohnerwehr.....	114
3.3.3.1. Allgemeines zur Entstehung und Ausgestaltung der Bayerischen Einwohnerwehr	114
3.3.3.2. Kahr und die Einwohnerwehr	120
3.3.3.3. Nach dem Ende der Einwohnerwehr.....	146
3.3.3.4. Bewertung der Einwohnerwehr als Beitrag zur Radikalisierung Bayerns	154
3.3.4. Neuer Streit mit Berlin: Der bayerische Ausnahmezustand.....	159
3.3.5. Der Rücktritt Kahrs als Lichtschimmer des Parlamentarismus in Bayern.....	175
3.4. Kahrs Verortung innerhalb der bayerischen Parteienlandschaft	179
3.4.1. Kahr und die Regierungsparteien	179
3.4.1.1. Eine krisenreiche Zweckehe: Kahr und die Bayerische Volkspartei	179
3.4.1.2. Ungleiche Partner: Kahr und die Demokraten	188
3.4.1.3. Kahr und der Bayerische Bauernbund	192
3.4.1.4. Die Bayerische Mittelpartei – Kahrs wahre Stütze?	195
3.4.2. Kahr und politischen Kräfte außerhalb des bayerischen Regierungsbündnisses .	200
3.4.2.1. Kahr und die MSPD	200
3.4.2.2. Kahr und die äußere Linke	205
3.4.2.3. Im Glauben an den „Guten Kern“- Kahr und die NSDAP.....	209
3.4.2.4. Kahr und die vaterländischen Kräfte jenseits der Einwohnerwehr	215
3.5. Bilanz der Ministerpräsidentschaft Kahrs	226
4. Die Ministerpräsidentschaft Hugo Graf von und zu Lerchenfelds	228

4.1. Herkunft, Ausbildung und Karriere	229
4.2. Lerchenfelds Amtsantritt und seine Startbedingungen	233
4.3. Lerchenfelds Wirken als Ministerpräsident	239
4.3.1. Lerchenfelds Politikstil	239
4.3.2. Erste Krisen für Lerchenfeld	259
4.3.3. Lerchenfeld zwischen den Fronten: Die Krise um das Republikenschutzgesetz.....	266
4.3.4. Glanzloser Rücktritt	295
4.4. Lerchenfelds Verortung innerhalb des politischen Spektrums in Bayern.....	302
4.4.1. Lerchenfeld und seine Koalitionsparteien	302
4.4.2. Das Verhältnis zwischen Lerchenfeld und der Landtagsopposition	312
4.4.3. Die außerparlamentarische Opposition durch die vaterländischen Kreise.....	326
4.4.4. Der Vorgänger als Gegner: Kahr auf „Wahlkampftour“	334
4.5. Bilanz der Regierungszeit	341
5. Die Ministerpräsidentschaft Eugen von Knillings	343
5.1. Knillings Weg vom Beamten über den königlichen Minister zum Berufspolitiker... 344	
5.2. Knillings Amtsantritt und seine Startbedingungen	350
5.3. Knillings Wirken als Ministerpräsident	358
5.3.1. Knillings politischer Stil.....	358
5.3.2. Hitler, die Spaltung der Verbändelandschaft und Knillings Antwort	368
5.3.3. Generalstaatskommissariat Kahr: Knillings große Niederlage	393
5.3.4. Knilling und die Praxis des Generalstaatskommissariats bis zum Hitlerputsch ..	408
5.3.5. Maßnahmen zur Erneuerung des Ansehens Bayerns nach dem Putsch	439
5.3.6. Knillings unfreiwilliger Rückzug aus der Politik.....	456
5.4. Die Einordnung Knillings im politischen Spektrum Bayerns	461
5.4.1. Knilling und die Regierungskoalition	461
5.4.2. Das Verhältnis zwischen Knilling und der Opposition.....	469
5.4.3. Knilling und Kahr.....	476
5.5. Bilanz der Regierungszeit	481
6. Fazit und Schlussgedanke	484
7. Quellen- und Literaturverzeichnis	493

1. Einleitung

1.1. Einleitender Gedanke, Fragestellung und Konzeption

„Die Münchener Bevölkerung, die sich von jeher bei kritischen Anlässen in ihrer Mehrzahl auf die dumme Seite geschlagen hat, nahm zum großen Teile auch diesmal Partei für Hitler und Ludendorff. Meine Anschläge wurden von den Wänden gerissen, die Studenten revoltierten, Männer und Weiber (viele sogen. Damen mit eingeschlossen) durchzogen in Scharen schimpfend und kreischend die Straßen der Stadt, sangen das Hitlerlied, schrien aus vollem Halse: Heil Hitler, nieder mit Kahr. Der Kahr, der Sauhund muss verrecken, schlägt ihn tot, wo ihr in erwischt, diesen Verräter, den Judas Ischariot, den gemeinen Brutus, der ist überhaupt gar kein Deutscher, der ist ein Ostjude; nicht totschiagen, tottreten soll man ihn. (...) An dem Stammtisch in den Wirtshäusern wurden Galgen aufgestellt, an denen eine Figur, der Verbrecher Kahr, ungehört gerichtet wurde. Es gab nichts Schlechtes und Gemeines was man dem Kahr (...), bei dem weitaus der größte Teil der Münchener Bevölkerung noch 24 Stunden vorher die Geschicke Bayerns und Deutschlands in den allertreuesten und besten Händen wusste, nicht nachgesagt hätte. Wer es wagte für Kahr ein entschuldigendes Wort zu sagen, wurde blutig geschlagen; einige meiner Freunde konnten sich mit knapper Not der Lynchjustiz des souveränen Münchner Volkes entziehen. Die Stadt war wie besessen.“¹ So beschrieb der ehemalige Ministerpräsident und Generalstaatskommissar Bayerns, Gustav von Kahr, selbst die chaotische Lage nach dem Hitlerputsch von 1923. Der offensichtliche Wirrwarr im Land, der in seinen Zeilen zum Ausdruck kommt, steht im krassen Widerspruch zu dem geordneten und disziplinierten Bayern, für das er eigentlich eintreten wollte. Was Kahr hier als ungerecht darstellen mag, belegt nur den letztendlichen Verlust von Ruhe und Ordnung im Freistaat Bayern. Seit er 1920 die Regierung vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann übernommen hatte, war von Bayern oft als der „Ordnungszelle“, von einer geordneten, wertbeständigen und hart durchgreifenden Alternative zur Reichspolitik die Rede. Der „Ordnungszelle Bayern“ wurde eine „Führungs- und Heilungsaufgabe“² gegen das Erbe der Revolution im gesamten Deutschen Reich zugesprochen. Nach dem Chaos des Hitlerputsches sah selbst die dominierende Bayerische Volkspartei ein, dass diese Inanspruchnahme des Begriffs

¹ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1376f.

² Zorn, Jahrhundert, S. 234.

„Ordnung“ wohl nicht der Wahrheit entsprach.³ Unkontrollierbare rechtsradikale Verbände, Fememorde, mangelnde Autorität des verfassungsgemäßen Staates und schließlich der aberwitzige Hitlerputsch im Bürgerbräukeller am 8. November 1923, indem über Stunden viele in Bayern nicht mehr wussten, wer nun das Sagen hatte und wer nicht – all das hatte sich in den Amtszeiten Kahrs und seiner Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten mehr und mehr hochgeschaukelt. Es war weit gekommen mit dem jungen Freistaat Bayern.

Wer gemäß der Bamberger Verfassung von 1919 das offizielle Sagen in der bayerischen Politik hatte, das war im Grunde immer klar: Der wichtigste Mann im Staat war der Ministerpräsident, der im Gesamtministerium oder Ministerrat den Vorsitz innehatte. Nach dem Rückzug der Mehrheitssozialdemokratie aus der Regierung waren dies Gustav von Kahr (16. 3.1920 – 11.9.1921), Hugo Graf von und zu Lerchenfeld auf Köfering und Schönberg (21.9.1921 – 2.11.1922) und Eugen von Knilling (8.11.1922 – 5.5.1924, geschäftsführend noch bis 28.6.1924). Eine Besonderheit der Zeit war nun, dass diesen Ministerpräsidenten schon in der zeitgenössischen Presse das Attribut zugeschrieben wurde, dass sie nicht, wie man es heute erwarten würde, aus der ersten Reihe der dominierenden Regierungspartei BVP stammten, sondern ihre öffentliche Legitimation aus einer erfolgreichen Beamtenlaufbahn im Staat zogen.⁴ Deswegen werden die Ministerpräsidenten dieser Zeit vereinfacht als sogenannte „Beamtenministerpräsidenten“ bezeichnet. Das bedeutete, dass Führer der Partei es vorzogen, sich zurückzuhalten, und die Verantwortung als Regierungschef anderen überließen. Schon Zeitgenossen wie der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Timm kritisierten die Zurückhaltung der Mehrheitspartei als „Parlamentarismus der halben Verantwortung.“⁵ Andreas Kraus sieht den Regierungsantritt Kahrs als „bedenkliches Signal“ insofern, als dass „sich die Partei, welche jetzt die Verantwortung hätte übernehmen müssen, dieser Verantwortung entzog [...] Dazu kam die alte Tradition der Bayerischen Volkspartei, trotz ihrer parlamentarischen Überlegenheit die königlichen Beamtenregierungen respektvoll zu tolerieren.“⁶ Karl Schwend stellt fest: „Die

³ So verkündete der Fraktionsvorsitzende der BVP im Reichstag Johann Leicht nach dem Hitlerputsch unter großer Heiterkeit und Schadenfreude des Plenums, dass er den Begriff für Bayern künftig nicht mehr verwenden wolle. Vgl. Maga, Leicht, S. 123.

⁴ Die Münchner Neuesten Nachrichten schrieben zum Amtsantritt Graf Lerchenfelds: „Die alte bayerische Gewohnheit der Beamtenregierungen, die nur auf kurze Zeit durch die Kabinette Eisner-Hoffmann unterbrochen und dann mit Kahr wieder eingeführt worden war, findet also ihre Fortsetzung.“ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 448 vom 6.11.1922.

⁵ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 146. Sitzung vom 14.11.1922.

⁶ Kraus, Geschichte, S. 672.

Entscheidung fiel nicht für politisches Führertum, sondern für ein politisches Figurantentum.⁷ Auch Bernd Schilcher kritisiert in seiner Dissertation die im Untersuchungszeitraum prinzipiell übliche Berufungspraxis, in der sich die parlamentarischen Verantwortungsträger durch „Platzhalter“⁸ der Verantwortung entzogen, als prinzipielles Problem der Zeit.

In der Tat konnte die BVP von 1920-1924 dreimal den Mann an der Spitze auswechseln, ohne dass die Stellungen der prägenden Persönlichkeiten wie des Fraktionsführers im Landtag Heinrich Held oder des Chefs des einflussreichen Christlichen Bauernvereins Georg Heim dadurch in Frage gestellt waren. Erst 1924 übernahm mit Held ein Spitzenmann der BVP aus dem Landtag die Regierung – und sollte sie bis zur Gleichschaltung Bayerns 1933 behalten.

Im positiven Sinne wurde dieses Phänomen, unter anderem von Gustav von Kahr selbst und von dessen Anhängern so betrachtet, dass ein unpolitischer, über den Parteien schwebender Mann die Leitung des Staates innehatte, der selbstlos nur seine Beamtenpflicht für sein Land erfülle und nicht Partikularinteressen diene. Kahr pochte auf diese Sicht, etwa als er nach seiner Wahl im Landtag äußerte: „Ich bin bereit, die Wahl anzunehmen. Diese Annahme ist das schwerste Opfer meines Lebens.“⁹ Er bezeichnete sich als von Natur aus „unpolitische“¹⁰ Person, der die Parteipolitik zuwider war.

Man muss in Wahrheit allerdings davon ausgehen, dass ein Ministerpräsident, also der Inhaber des höchsten Amtes im Freistaat Bayern, niemals unpolitisch und neutral sein kann, sondern dass er natürlich eine politische Agenda verfolgt und wesentliche Verantwortung für die Entwicklung im Land, so wie sie gekommen ist, trägt. Von wievielen Einflüssen und Zeitumständen Kahr, Lerchenfeld und Knilling auch beeinflusst gewesen sein mögen – in ihrer Position an der Spitze Bayerns müssen sie das Land durch ihre tägliche Arbeit unweigerlich mitgeprägt haben. Die vorliegende Dissertation macht es sich deshalb zur Aufgabe, den bislang nur am Rande der Forschung beachteten „Beamtenministerpräsidenten“ ein politisches Profil zu geben. Sie unternimmt den Versuch, den drei Ministerpräsidenten im Untersuchungszeitraum von März 1920 bis Juni 1924 für ihre Amtszeiten eine politische Grundhaltung und eine politische Schwerpunktsetzung zuzuordnen. Und sie tut dies stets vor dem Hintergrund der für

⁷ Schwend, Bayern, S. 153

⁸ Schilcher, Parlamentarismus, S. 167.

⁹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 48. Sitzung vom 16.3.1920.

¹⁰ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1437.

diesen Zeitraum zentralen Frage, inwiefern Kahr, Lerchenfeld und Knilling durch ihre Regierungspraxis ein persönlicher Beitrag zur Radikalisierung in Bayern bis hin zum Hitlerputsch zuzuschreiben ist.

Um dieses Ziel einer politischen Charakterisierung und einer Einschätzung der konkreten Mitverantwortung zu erreichen, geht die Arbeit wie folgt vor: Nach einigen kurzen Basisinformationen zur Ausgangslage in Bayern gegen Ende der Regierung Hoffmann sollen in drei großen Überkapiteln jeweils die Ministerpräsidentschaften Kahrs, Lerchenfelds und Knilling analysiert werden. Da der Fokus bewusst auf die Amtszeiten und nicht auf die kompletten Biographien gelegt wird, wird jeweils nur ein knapper Überblick über Herkunft und Karriere der Personen gegeben. Anschließend werden die Umstände ihres Regierungsantritts, sowohl was den Entscheidungsprozess vor allem in der BVP als auch was die Startbedingungen betrifft, beleuchtet. Es folgt jeweils ein Versuch, anhand ihrer Amtsführung die Frage nach einem politischen Stil, nach festen Charakteristika zu beantworten. Die Schwerpunktthemen der Regierungszeiten werden dabei in eigenen Kapiteln erstmals aus Sicht des jeweiligen Ministerpräsidenten ausführlich behandelt, wobei bei Kahr vor allem der Konflikt um die bayerische Einwohnerwehr, bei Lerchenfeld der Streit um das Republikerschutzgesetz von 1922 und bei Knilling sein Blick auf die immer mehr außer Kontrolle geratenen vaterländischen Verbände in Bayern und die Ernennung Kahrs zum Generalstaatskommissar zu behandeln sein wird. Diese Schritte sollen immer auch im Hinblick darauf geschehen, wie sich die Ministerpräsidenten gegenüber der Verfassung und gegenüber dem Reich verhalten haben und inwiefern sie durch ihr Verhalten den Umstand gefördert haben, dass Hitler im November 1923 von breiten Massen unterstützt einen Marsch auf Berlin und das Ende der republikanischen Verfassungen in Bayern und Reich fordern konnte. Der Blick nach Berlin wird also eine ebenso große Rolle spielen, wie die Frage nach den jeweiligen Konzepten zur Besserung und Beruhigung der innerbayerischen Verhältnisse und zur Festigung der postrevolutionären staatlichen Ordnung in Bayern, wie sie durch Landes- und Reichsverfassung vorgegeben war. Anschließend werden die Umstände betrachtet, unter denen der jeweilige Rücktritt des Ministerpräsidenten sich vollzog. Dieser Analyse der Regierungspraxis folgt zusätzlich eine Einordnung in das politische Spektrum Bayerns. Hiermit soll untersucht werden, ob die angeblich unpolitischen Beamten tatsächlich neutral über den Dingen schwebten oder ob sie in Wahrheit den parteilichen Richtungen im Land doch teils näher, teils ferner standen. Dazu wird das Verhältnis der Ministerpräsidenten zu jeder einzelnen Partei der Regierungskoalition, der

Landtagsopposition und auch zu den Kräften außerhalb des Parlaments gezielt untersucht werden. Bei Kahr, dessen politische Einordnung, wie die Arbeit noch zeigen wird, am schwersten erscheint, wird dies in größerem Umfang erfolgen als bei Lerchenfeld oder Knilling. Allgemein spielt die Person Kahrs durch alle Kapitel hindurch eine Rolle, da er 1923 nochmals als Generalstaatskommissar auftritt, was jedoch nicht in einem eigenen Überkapitel, sondern als Teil der Amtszeit Knillings behandelt wird. Kahr ist derjenige, der als erster der von der BVP getragenen Ministerpräsidenten Bayern für die folgende Jahre seine Prägung gab. Jedes Überkapitel endet mit einem personenbezogenen Fazit der Regierungszeit. Im Schlussfazit ist nochmals gerafft die Frage zu beantworten: Welcher Beitrag ist jeweils Kahr, Lerchenfeld und Knilling durch ihre Regierungstätigkeit und ihre politische Haltung hinsichtlich der Radikalisierung Bayerns zuzuschreiben?

Die Idee zu dieser Doktorarbeit entstand an der Universität Regensburg im Rahmen des Oberseminars zur bayerischen Landesgeschichte von Prof. Peter Schmid. Meinem Doktorvater Herrn Prof. Schmid gilt für die Begleitung über die Jahre hinweg mein größter Dank. Ebenso danke ich den Teilnehmern des Oberseminars von Prof. Schmid für Diskussion und Hinweise. Darüber hinaus danke ich Herrn Prof. Martin Sebaldt vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg, der sich bereit erklärt hat, die Aufgabe des Zweitkorrektors zu übernehmen. Ferner bedanke ich mich bei Prof. Ferdinand Kramer vom Institut für bayerische Geschichte in München, seinem Mitarbeiter Matthias Bischel M.A. und Dr. Johann Kirchinger von der Universität Regensburg für den anregenden Austausch und manche Hilfestellung zum Thema. Selbstverständlich schulde ich auch meinen Eltern Renate und Thaddäus Hinterberger sowie meinem Patenonkel Eduard Hinterberger, Freunden, Kollegen und Studiengefährten und den Mitarbeitern in Bibliotheken und Archiven meinen Dank, die mir mit Ratschlägen, Hilfe und Anregungen zur Seite standen. Es sei mir verziehen und nicht als Unhöflichkeit ausgelegt, wenn ich diesen Dank so allgemein halte und hier nicht jeden einzeln nenne.

1.2. Forschungsstand, Literatur und Quellenlage

Es ist auffällig, dass die Ministerpräsidenten Eisner, Hoffmann und Held bereits intensive Beachtung in der Forschung gefunden haben und die Geschichte Bayerns auch

aus dem Blickwinkel ihrer Regierungen dargestellt wurde,¹¹ während dies bisher bei keinem der „Beamtenministerpräsidenten“ der Fall ist. Eine knappe Biographie Kahrs wird bis heute nur durch einige kurze Artikel und Aufsätze gewährleistet. Zu Lerchenfelds bisheriger biographischer Behandlung gibt es lediglich einen knappen Artikel in der Zeitschrift des Bayerischen Landtages „Maximilianeum“ zu erwähnen, während die Beschäftigung mit Eugen von Knilling bislang über den knappen Eintrag in einige Lexika kaum hinausging. Die Ministerpräsidenten erscheinen daher in der bisherigen Forschung nur am Rande anderer Betrachtungen, vor allem natürlich solcher zur Geschichte Hitlers und der NSDAP im Zeitraum. Eine gezielte Analyse ihrer Politik und ihrer Verantwortung ist bislang nicht erfolgt. Diese Arbeit wird den Versuch unternehmen, diese Lücke für alle drei Personen zu schließen.

Als den Zeitraum grundlegende Sekundärliteratur ist aus Sicht der bayerischen Landesgeschichte neben den Passagen in Spindlers Handbuch der Bayerischen Geschichte und den den Standardwerken von Hürten, Menges, Kraus und Zorn vor allem Karl Schwends Werk „Bayern zwischen Monarchie und Diktatur“ aus dem Jahr 1954 zu bezeichnen. Die „Beamtenministerpräsidenten“ finden hier durchaus Beachtung, stehen aber schon wegen des umfassenden Untersuchungszeitraumes der Werke nicht im Vordergrund. Schwends Werk stellt insofern eine Besonderheit dar, als dass er als damaliger Schriftleiter der „Bayerischen Volkspartei Correspondenz“ auch als Zeitzeuge nah am Geschehen war. So erklären sich die sorgfältige chronologische Beschreibung des Zeitraums, aber auch eine gewisse Parteilichkeit zugunsten der BVP. Ferner existiert eine Dissertation von Werner Zimmermann aus dem Jahr 1953, die sich mit der bayerischen Politik von 1918-1923 befasst, sowie eine Dissertation von Herbert Speckner aus dem Jahr 1955, die die „Ordnungszelle Bayern“ von 1918 bis zum Ende der Ministerpräsidentschaft Kahrs im September 1921 behandelt. Hans Fenske konzentriert sich in seinem Werk vor allem auf die Entstehung und Ausbreitung des Rechtsradikalismus, wodurch selbstverständlich die Ordnungszelle Kahrs zur Behandlung kommt. Horst Nutzer befasste sich mit der Entwicklung der Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich. Die Ereignisse um den Hitlerputsch von 1923 haben bei Harlold J. Gordon jr. eine äußerst aufwendige und detailversessene Bearbeitung erfahren. Der Fokus lag hier jedoch nachvollziehbarer Weise nicht, wie in der vorliegenden Dissertation, auf der Ministerpräsidentschaft Knillings. Sehr wertvoll für

¹¹ Kurt Eisners Ministerpräsidentschaft wurde unter anderem von Bernhard Grau, Allan Mitchell und in jüngster Vergangenheit von Riccardo Altieri bearbeitet. Die Ministerpräsidentschaft Hoffmanns hat Diethard Hennig untersucht. Barbara Pöhlmann widmete der Ministerpräsidentschaft Heinrich Helds eine Arbeit.

das bessere Verständnis und die Bewertung vieler verfassungsrechtlicher Konflikte im Zeitraum ist die politikwissenschaftliche Dissertation Thomas Langes, die Formen und Anwendung des Ausnahmezustands im Bayern der Weimarer Zeit erforscht. Zu den Fragen des Republiksschutzes in der Weimarer Zeit, der unter anderem immer wieder zum Streit zwischen München und Berlin geführt hat, liegt eine Arbeit von Gotthard Jasper vor. Einen guten Einblick zum Rechtsradikalismus im Bayern der Weimarer Zeit bietet Bruno Thoss Arbeit zum Ludendorff-Kreis. Friedhelm Mennekes beschäftigt sich in seinem Werk „Die Republik als Herausforderung“ vor allem mit dem politischen Klima in der Gesellschaft des jungen Freistaates. Gabriele Sperl und Dirk Götschmann haben in Ihren Werken die Wirtschaftsgeschichte Bayerns im Zeitraum bearbeitet. Eine sozialgeschichtliche Arbeit zum Zeitraum hat zudem Martin Geyer vorgelegt. Ulrike Hofmann hat sich auf das Phänomen der Fememorde konzentriert. Mit dem Verhältnis der süddeutschen Staaten zum Reich und der deutschen Innenpolitik 1918-1923 hat sich Wolfgang Benz befasst. Hinsichtlich der Diskussion um die Finanzverfassung zwischen Bayern und dem Deutschen Reich legte Franz Menges eine Arbeit vor, die natürlich auch zum Verständnis der Bemühungen um die Eigenstaatlichkeit Bayerns einen Beitrag leistet. Einen wertvollen Einblick in die Presselandschaft Bayerns bietet Paul Hoser. Die ausländischen Gesandtschaften in München finden in den Werken von Andrea Müller, was Frankreich betrifft, und Martin Weigl, was Österreich betrifft, Beachtung. Als Ergänzung zur oft altbayerisch-katholisch geprägten Forschung zum politischen Klima in Bayern bietet Manfred Kittel einen Blick auf das evangelische Bayern in der Weimarer Republik. Die Liste der Werke, die sich mit sehr speziellen und durchaus nicht zu vernachlässigenden Fragestellungen und Themenfeldern der Bayerischen Geschichte der frühen Zwanziger Jahre beschäftigen, etwa Benjamin Ziemanns Betrachtungen zur Rolle der Kriegserfahrungen im ländlichen Bayern oder Werner Chanmans Werk zu den Münchner Juden im Zeitraum, ließe sich ebenso wie die Liste von diversen Aufsätzen oder von Werken der gesamtdeutschen Geschichtsschreibung noch lange fortführen. An dieser Stelle sei jedoch darauf verzichtet.

Wertvolle Einblicke in den Zeitraum gewähren ebenso die Arbeiten, die sich auf die Geschichte der einzelnen Parteien beziehen. Für die Bayerische Mittelpartei beziehungsweise die Deutschnationale Volkspartei in Bayern ist Elina Kiiskinens Arbeit zu erwähnen, die durch Manfred Kittels Forschungen ergänzt wird. Hanns-Jörg Bergmanns Werk untersucht sowohl den Bayerischen Bauernbund als auch den BVP-nahen Christlichen Bauernverein ausführlich. Die Geschichte der BVP wurde durch

Klaus Schönhoven nur für die Jahre 1924 bis 1932 vorgelegt. Eine umfangreiche Untersuchung der BVP von 1919-1933 auf Basis der Protokolle der Landtagsfraktion ist an der Universität München lange angekündigt, leider aber noch nicht verfügbar. Allerdings existieren drei Magisterarbeiten als Edition dieser Protokolle. Der Untersuchungszeitraum ist im Hinblick auf die größte Partei der Regierungskoalition also im Moment noch nicht gezielt erforscht. Aus Sicht der SPD liegt für Teile des Untersuchungszeitraums Peter Kritzers Arbeit über die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918 bis 1923 vor. Für den Zeitraum bis 1933 schließt sich die Untersuchung von Herbert Kral an. Für die NSDAP in ihren frühen Jahren sind die Werke von Georg Franz-Willing, Gerhard Schulz und Werner Maser zu nennen.

Erweiterung erfährt der Einblick in den Zeitraum durch diverse Biographien bayerischer Politiker. So stellt Joachim Reimanns Biographie über den liberalen Justizminister Müller-Meinungen sicherlich einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der DDP in Bayern dar, die bislang sehr dürftig erforscht ist. Richard Keßler befasste sich mit Zeit Heinrich Helds als Parlamentarier, Barbara Pöhlmann widmete sich der Ministerpräsidentschaft Helds. Ebenso liegen Biographien von Schmidt über Kultusminister Matt, von Altendorfer über Fritz Schäffer, von Menges über die rechte Hand Kahrs, Hans Schmelzle, von Kritzer über Wilhelm Hoegner, von Maga über den Vorsitzenden der BVP-Fraktion im Reichstag, Prälat Johann Leicht, von Reuter über Anton Pfeiffer, von Kirchinger über Michael Horlacher und von Renner über Georg Heim vor. Letztere muss allerdings kritisch gesehen werden, macht Renner doch mit dem Untertitel „Lebensbild eines ‘ungekrönten Königs’“ gar keinen Hehl aus seiner überaus wohlwollenden Darstellung des Bauernführers. Auf der Ebene der Reichspolitik liegen inzwischen umfangreiche Untersuchungen zu den für den Untersuchungszeitraum einschlägigen Reichskanzlern und Militärs vor.

Noch in Arbeit befinden sich derzeit zwei den Untersuchungszeitraum betreffende Dissertationen an der LMU. Florian Heinritzi befasst sich mit dem bayerischen Konkordat von 1924, welches in die Regierungszeit Knillings fällt. Dieser Aspekt der Amtszeit Knillings wird daher in der vorliegenden Arbeit nur eine sehr kleine Rolle spielen. Wesentlich ist die begonnene Arbeit von Matthias Bischel, die sich mit einer Analyse des Beziehungsgeflechts Gustav von Kahrs auch über seine Amtszeit als Ministerpräsident hinaus befassen wird, allerdings noch am Anfang steht. Die vorliegende Arbeit wird, was die Person Kahr betrifft, durch Bischel eine Ergänzung finden.

Wenn man die Frage nach Quellenlage zu den bayerischen „Beamtenministerpräsidenten“ stellt, so liegt es zunächst nahe, nach den Nachlässen der betreffenden Personen zu suchen. Im Ergebnis ergibt sich ein gemischtes Bild. Zu Gustav von Kahr verfügt das Bayerische Hauptstaatsarchiv über einen umfangreichen Nachlass, welcher sogar ein Typoskript seiner Lebenserinnerungen (bis 1924, ohne die Jahre 1919/20) beinhaltet. Natürlich ist zu beachten, dass in diesen umfangreichen Erinnerungen Kahrs, die einige Jahre nach dem Untersuchungszeitraum entstanden sind, vor allem eine Rechtfertigungsschrift, mit der sich Kahr in ein gutes Licht rücken wollte, zu sehen ist. Die Quelle ist also stets kritisch zu betrachten. Ferner wurden Ende 2013 durch das Institut für bayerische Geschichte in München umfangreiche Tagebuchaufzeichnungen Kahrs entdeckt, die in der vorliegenden Arbeit nun erstmals Verwendung finden. Die Aufzeichnungen decken sich zum Teil mit den getippten Erinnerungen und waren wohl die Grundlage für selbige, zumal sie ähnliche zeitliche Lücken aufweisen. Da sie allerdings zeitnah verfasst wurden, nicht wie die Lebenserinnerungen erst Ende der 20er Jahre, behandeln sie manche Begebenheit und Meinung, die Kahr später lieber aussparen wollte. Nichtsdestotrotz wollte Kahr auch in diesem Tagebuch in erster Linie sein persönliches Handeln als richtig darstellen und rechtfertigen. Für diese Arbeit stellte das Institut für bayerische Geschichte in München die Tagebuchaufzeichnungen für das Jahr 1921 als Kopie zur Verfügung. Der Nachlass Kahr im Hauptstaatsarchiv beinhaltet ferner noch einige Akten, Áusschnitte und Redeentwürfe sowie einen geraffter formulierten Lebenslauf, der in dieser Form einige Jahre vor den umfangreichen Lebenserinnerungen, jedoch ebenfalls nach 1923 entsandt sein muss. Im Blick auf Gustav von Kahr ist also ein umfangreicher Bestand an Primärquellen vorhanden. Ganz anders sieht es im Falle Lerchenfelds aus. Hier findet sich nur ein beschränkter Nachlass im Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin, welcher sich zudem auf seine diplomatische Tätigkeit in Reichsdiensten konzentriert. Nach Auskunft der Familie von Lerchenfeld besteht ansonsten kein Nachlass mehr. Noch bedauerlicher ist die Lage im Falle Eugen von Knillings, dessen Nachlass ebenfalls nicht auszumachen ist. Nach Auskunft des bayerischen Hauptstaatsarchivs finden sich lediglich einige Briefe Knillings in anderen Nachlässen (z.B. Nachlass Heinrich Held), eine dünne Mappe mit Presseauschnitten von 1923-1927 in der Sammlung „Personen“ sowie ein Personalakt in den Beständen des Kultusministeriums.

Dennoch besteht eine Reihe von sinnvollen Möglichkeiten, die Arbeit auf einer fundierten Quellenbasis aufzubauen. Äußerst aussagekräftig erscheinen hier die

Ministerratsprotokolle im Zeitraum, welche derzeit an der Münchener Ludwig Maximilian Universität editiert werden. Obwohl diese Edition nicht abgeschlossen sein wird, um in der Dissertation Verwendung zu finden, ist Quellenbestand benutzbar und für die Zwecke dieser Arbeit sehr geeignet. Selbstverständlich gilt es zu bedenken, dass aus diesen Protokollen keine vertraulichen Verhandlungen zwischen den Ministern zu entnehmen sind. Dennoch geben sie die Grundsatzdiskussionen im Ministerrat umfangreich wieder. Die Protokolle finden sich im Hauptstaatsarchiv München.

Ebenso bewahrt das bayerische Hauptstaatsarchiv die für die Untersuchung relevanten Bestände zu den einzelnen Ministerien auf. Hier sind für die Dissertation vor allem die des Ministeriums des Äußeren von Belang. Ferner die Protokolle des Haushaltsausschusses, dessen Sitzungen die Ministerpräsidenten nicht generell, aber immer wieder besuchten. Diese Protokolle haben sich als sehr wichtig erwiesen, da in diesem Ausschuss des Landtags ein wesentlich offenerer und direkterer Ton gepflegt wurde als in den Plenardebatten. Zum Generalstaatskommissariat Kahrs findet sich ein eigener Quellenbestand im Hauptstaatsarchiv.

Interessante Einblicke bieten die Fraktionsprotokolle der BVP. Dieser bislang weniger berücksichtigte Fund stellt einen Glücksfall für die Forschung dar – es sind die einzigen Überlieferungen von Sitzungen einer bayerischen Landtagsfraktion aus der Weimarer Zeit. Sie werden im Archiv für Christlich Soziale Politik der Hanns Seidel Stiftung in München aufbewahrt.

Während die bislang genannten Quellen vor allem über Interna Auskunft geben können, soll durch Miteinbeziehung der Presselandschaft des Zeitraumes in die Quellenbasis der Außenwirkung der Ministerpräsidenten gegenüber Parteien, einzelnen Gruppen und der Bevölkerung Rechnung getragen werden. Eine Besonderheit der Zeit ist es, dass die meisten Blätter klar einer politischen Richtung zuzuordnen sind und somit Rückschlüsse auf das Ansehen des jeweiligen Ministerpräsidenten im jeweiligen politischen Lager zulassen. Andererseits gilt es angesichts der Parteilichkeit der Pressequellen ihre Aussagekraft auch immer wieder kritisch zu hinterfragen. Die Bayerische Staatsbibliothek in München bietet hier einen umfangreichen Fundus.

Die Quellenbasis ergänzt sich durch diverse Nachlässe von Zeitgenossen der „Beamtenministerpräsidenten“, die verschiedene Blickwinkel und Beurteilungen nachvollziehbar machen. Dieser ergänzende Quellenbestand ist auf mehrere Archive verteilt. Genannt seien der Nachlass des liberalen Handelsministers Eduard Hamm, der des BVP Fraktionsführers Heinrich Held, die der Einwohnerwehrführer Rudolf Kanzler

und Georg Escherich oder der des mächtigen Mannes der BVP und Bauerndoktors Georg Heim und der des Verlegers Nikolaus Cossmann.

Zudem bieten die zeitgenössischen Schriften beispielsweise Rudolf Kanzlers, Ernst Müller-Meiningens, Wilhelm Hoegners, des Ministerialbeamten Sommer oder Erich Ludendorffs wertvolle Einblicke. Auch Graf Lerchenfeld hat in einem gewissen Umfang kürzere Denkschriften verfasst. Gustav Kahr lieferte eine Beschreibung seiner Tätigkeiten rund um die Beisetzung König Ludwig III. Bei allen diesen Schriften gilt es jedoch zu beachten, dass ihre Verfasser Zielsetzungen verfolgten – sei es die Bekämpfung eines politischen Kontrahenten oder die Rechtfertigung des eigenen Handelns. Hinzu kommen zeitgenössische oder bereits nationalsozialistisch geprägte Darstellungen zum Beispiel zur Geschichte der Einwohnerwehr oder anderer Verbände oder Personen.

Zum Fundus an editierten Quelleneditionen sei zunächst Ernst Deuerleins hilfreiche Edition von einschlägigen Akten rund um den Hitlerputsch genannt. Ebenso wichtig erscheint die Edition der Akten zum Hitlerprozess durch Gruchmann und Weber sowie die der Akten zum einschlägigen Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags durch den späteren Ministerpräsidenten Hoegner. Letztere erfolgte schon 1928. Natürlich spielt die parteipolitische Motivation bei dieser Quelle eine große Rolle. Das tut dem Wert der zahlreichen Belege, die Hoegner wörtlich anführt, jedoch keinen Abbruch. Dokumente zur Verfassungsgeschichte der Zeit finden sich in der Edition Hubers. Einen interessanten Einblick liefern auch die editierten Berichte des württembergischen Gesandten Moser von Filsek. Außerdem sind die editierten Erinnerungen des SPD-nahen Juristen von Loewenfeld zu nennen, die einen kritischen Blick auf die Geschehnisse der Zeit wiedergeben. Sämtliche Aufzeichnungen Adolf Hitlers im Zeitraum haben Eberhard Jäckel und Axel Kuhn editiert.

Als äußerst hilfreich für die Untersuchung der Interaktionen zwischen München und Berlin ist die Editionsreihe „Akten der Reichskanzlei“ zu nennen, welche auf den Seiten des Bundesarchives online zur Verfügung steht. Auch auf die Protokolle des Bayerischen Landtags und des Reichstags wird online zugegriffen.

2. Die Ausgangssituation in Bayern 1920

2.1. Die Lage im Freistaat am Ende der Regierung Hoffmann

Die Endzeit der Regierung Hoffmann Anfang 1920 brachte Umstände mit sich, die einen politischen Umbruch geradezu fördern mussten. Dies galt in politischer Hinsicht ebenso wie in wirtschaftlicher.¹² Der verlorene Erste Weltkrieg war in den Köpfen noch außerordentlich präsent – immerhin war eine Viertelmillion Bayern immer noch nicht aus ihm zurückgekehrt. Die Forderungen, die nun im Friedensvertrag von Versailles von den Siegermächten an das Deutsche Reich ergingen, stellten auch Bayern vor gigantische, ja teilweise beinahe unlösbare Aufgaben. Nicht nur, dass Bayern faktisch schon 1918 nicht mehr über seine Gebiete am Rhein, insbesondere seine generell schon knappen Kohlevorkommen verfügen konnte, auch das rechtsrheinische Bayern sollte Güter in einer Menge abliefern, die schwer zu verkraften war. So wurde beispielsweise verlangt, dass der Freistaat 341 815 Pferde als Reparation zur Verfügung stellen sollte. Die Dramatik dieser Zahl wird vor Augen geführt, wenn man bedenkt, dass dies nicht weniger als 95% des bayerischen Pferdebestands¹³ gewesen wäre. Landwirtschaftliche Produktion hätte ohne die Zugtiere kaum mehr stattfinden können. Während es dem Agrarsektor zudem noch an Arbeitskräften mangelte, war in den städtischen Zentren Bayerns das Gegenteil der Fall. Hier herrschte noch bis Ende 1921 hohe Arbeitslosigkeit, die Manchen in den Nachkriegswirren sehr plötzlich¹⁴ und hart getroffen hatte. Der Mangel an Transportmöglichkeiten, Rohstoffen und Produktionsmitteln verhinderten es, dass die Kriegsheimkehrer wieder in Lohn und Brot kommen konnten. Mehr als jeder zehnte bayerische Großstädter musste 1920 vom Staat unterstützt werden.¹⁵

Den wirtschaftlichen Unsicherheiten standen für die bayerischen Verbraucher stark steigende Preise entgegen. Trotz teilweise noch wie in der Kriegszeit geltender Zwangsbewirtschaftung der bayerischen Lebensmittelproduktion blieb das Angebot an Lebensmitteln in den Städten knapp. Die Preise jedoch stiegen auch durch die Inflation, die wohl prägenste wirtschaftliche Erscheinung jener Jahre, deutlich schneller als die

¹² Für einen Überblick zum Stand der Wirtschaftsgeschichtsforschung in Bayern zum Zeitraum vgl. Götschmann, Wirtschaftsgeschichte, S. 273ff.

¹³ Die Regierung Kahr erbat diese drastische Auflage und ging wenige Tage nach ihrem Antritt schon dazu über, Pferdemarkte in Bayern zu verbieten. Vgl. Ministerratssitzung vom 24.3.1920, BayHStA, MA 99515.

¹⁴ BMW beispielsweise stellte, nach dem die seit Jahren laufende Rüstungsproduktion mit dem Kriegsende sinnlos wurde, im Dezember 1918 auf einen Schlag 3400 Arbeiter aus. Vgl. Rudloff, Notjahre, S. 345.

¹⁵ Vgl. Pledl, Bayern, S. 129 ff.

Löhne, die die Konsumenten zu Verfügung hatten. Ein Schlosser in München erhielt beispielsweise im Februar 1920 zwar 370% mehr Lohn als noch vor Ausbruch des Krieges, dafür musste er jedoch für Weizenmehl 1204%, für Milch und Kartoffeln 488%, für Eier 1329% und für Butter gar 1535% mehr bezahlen als in der Vorkriegszeit.¹⁶ Diese inflationsbedingten Preisanstiege bei Grundnahrungsmitteln sollte der Regierung Kahr schon bald größte Sorge bereiten, da man sich im Ministerrat über die politische Sprengkraft, die eine schlechte Versorgung gerade in den Städten mit sich brachte, sehr wohl bewusst war.¹⁷

Bayern war neben diesen wirtschaftlichen Problemen nach wie vor geprägt vom kollektiven Erlebnis des Krieges, der Revolution und Räteherrschaft sowie deren Niederschlagung. Der alte Staat war untergegangen, doch der neue Staat galt noch kaum jemandem als feststehendes Faktum. An die in Bamberg entstandene, republikanische Verfassung des Freistaats Bayern war man noch kaum gewöhnt. Obwohl sie als rein bayerisches Werk ohne wesentlichen Druck von außen entstehen konnte, blieb sie am Ende ein Kompromisswerk zwischen den beteiligten Parteien.¹⁸ Nach wie vor empfand das Volk die Politik nicht als Prozess innerhalb einer feststehenden Ordnung, sondern als eine gegen die linke Revolution gerichtete Aufbauentwicklung, als „Endkampf zwischen Licht und Finsternis oder Chaos und Ordnung“¹⁹, dessen Entscheidung nach der Revolution in Bayern noch nicht als abgeschlossen erschien.

Eine große Rolle spielten hier die militärischen Kräfte. Für sie hatte die Niederlage im Krieg nichts Geringeres als den Zusammenbruch ihrer Welt²⁰ bedeutet. Sie, die sie München der Räteherrschaft wieder entrissen hatten, galten als entscheidend zur Bewahrung der Ordnung und zur Verhinderung eines neuen Umsturzes von links. Nach der Niederschlagung der Räterepublik hatten vor allem der Chef der Reichswehr in Bayern, General von Möhl, der Freicorpsführer Oberst von Epp sowie der Chef der Landespolizei Hans von Seißer bereits unter Hoffmann, auf dessen Regierung sie einen misstrauischen Blick pflegten,²¹ eine sehr einflussreiche Stellung im Staat einzunehmen vermocht. Diese nutzten sie nun zum Aufbau eines gut funktionierenden Abwehrapparates gegen sozialistische Umsturzversuche. Bayern müsse „ein Bollwerk für

¹⁶ Vgl. Pledl, Bayern, S. 160.

¹⁷ Vgl. Ministerratssitzung vom 7.5.1920, BayHStA, MA 99515.

¹⁸ Vgl. Zech, Verhältnis, S. 108.

¹⁹ Prinz, Präludium, S. 30.

²⁰ Vgl. Müller, Heer, S. 13.

²¹ Vgl. Nusser, Druck, S. 829ff.

den Ordnungsstaat, die Reichswehr sein Betonkern sein²², so hatte Epp es formuliert. Im Dienste dieses von den alten Militärs kontrollierten Apparates stand seit 1919 unter anderem ein bislang völlig unbekannter Gefreiter namens Adolf Hitler. Er hatte eine Funktion als Spitzel der Reichswehr bei politischen Zusammenkünften in der jungen Republik erhalten, nachdem er wie so viele Mitglieder des heimgekehrten Heeres nach einer neuen Aufgabe im Frieden suchte. Diese antisozialistisch geprägte Überwachung der politischen Entwicklung Bayerns wurde mit großem Ernst betrieben. Immerhin wirkten zur Schulung der Reichswehr-Spitzel einflussreiche Personen, wie der Monarchist Karl Graf Bothmer, der Thule-Mann Gottfried Feder, der Bauernführer Michael Horlacher oder der Historiker Karl Alexander von Müller.²³ Nicht vergessen werden darf, dass mit der Demobilisierung, die durch den Versailler Vertrag immer mehr vorangetrieben werden sollte, in den Reihen der Militärs größte Existenzängste und Unzufriedenheit eingezogen waren. Die vielen Entlassenen aller Ränge sammelten sich in Freicorps²⁴ und sonstigen paramilitärischen Bündeln und sorgten dafür, dass die militärische Verbändelandschaft in Bayern in den nächsten Jahren erblühen konnte.²⁵ Das im Kaiserreich noch in der Mitte der Aufmerksamkeit stehende Militär befand sich nun in einem gnadenlosen Abstiegskampf auf dem Weg in einen Staat, in dem es befürchten musste, keine Rolle mehr zu spielen.

Während also das Militär seinen Bedeutungsverlust fürchtete, war die Spitze der Exekutive, also der Ministerpräsident Bayerns, zumindest auf den ersten Blick in seiner Stellung aufgestiegen. Schließlich war er in Ermangelung eines Monarchen oder Staatspräsidenten erstmals in Bayerns Geschichte auch der erste Repräsentant des Staates. Inwiefern dies einen tatsächlichen Machtzuwachs bedeutete, musste sich erst noch zeigen. Laut Bamberger Verfassung war der Ministerpräsident zwar nicht mehr von der Gunst eines Königs abhängig, doch musste er sich nun auf das wesentlich diffizilere Konstrukt einer Mehrheit im Parlament berufen. Diesem Parlament war die bayerische Regierung zumindest offiziell klar untergeordnet, konnte doch das Parlament das Gesamtministerium jederzeit abberufen, das Gesamtministerium aber niemals das Parlament auflösen.²⁶ Auch seinem Ministerrat stand er offiziell weiterhin nur als „primus inter pares“ vor. Nicht er allein, sondern das sogenannte Gesamtministerium war als Inhaber der Richtlinienkompetenz vorgesehen. Er hatte zwar das Recht dem Parlament

²² Zit. bei Menges, Freistaat, S. 201.

²³ Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 17. Vgl. ferner Wiesemann, Vorgeschichte, S. 71.

²⁴ Zur Entstehung und Organisation der bayerischen Freicorps vgl. Korzetz, Freicorps, S. 31ff.

²⁵ Vgl. Ay, Räterepublik, S. 18.

²⁶ Vgl. Schilcher, Parlamentarismus, S. 31.

den Vorschlag für die Besetzung der einzelnen Ressorts zu unterbreiten, de facto aber waren diese Personalentscheidungen ein Politikum zwischen den Parteien schon im Vorfeld der Wahl eines Ministerpräsidenten. Auch wenn der Ministerpräsident also als der mächtigste Mann Bayerns bezeichnet werden kann, auch wenn er wie kein anderer den bayerischen Staat zu repräsentieren hatte, hatte seine Macht durchaus Grenzen. Per Misstrauensvotum wäre der Landtag jederzeit im Stande gewesen, das Gesamtministerium oder einzelne Minister zu entlassen.²⁷ Bayern war also von seinen verfassungsgemäßen Anlagen her eigentlich kein Ort, in dem ein starker Mann ganz alleine an der Spitze die Geschicke des Landes hätte lenken können. Eine solche Rolle war unter diesen Voraussetzungen nur durch eine starke Persönlichkeit und einiges an Durchsetzungsvermögen denkbar. Der bald populäre Ruf nach starken Männern, die alle Probleme alleine lösen sollten, stand also in einem gewissen Gegensatz zu den Prinzipien der bestehenden bayerischen Verfassung. Dass die Stellung des Ministerpräsidenten in der Praxis noch nicht ganz abgeschlossen war, belegt auch eine Denkschrift Kahrs, die er um den Jahreswechsel 1920 auf 1921 an seine Kollegen des Ministerrats schickte. Hier definierte er seine Sicht der Aufgaben eines Ministerpräsidenten gemäß der Verfassung. So forderte er im Ministerium des Äußeren, das der Ministerpräsident traditionell als Ressort innehatte, mehr Personal, das ihn gezielt bei der Leitung des Gesamtministeriums und damit des Gesamtstaates unterstützen sollte. Ferner betonte er, dass er dem Ministerrat oder Gesamtministerium vorstehe und dementsprechend derjenige sei, der dessen Politik nach außen vertrete. Hierfür habe er im Speziellen das Recht, in allen Dingen aller Ressorts jederzeit informiert zu werden. Die Verantwortung für den Kurs der Politik sah aber auch Kahr nicht in einer Richtlinienkompetenz seiner Person, sondern beim Ministerrat als Gremium. Er wies allerdings darauf hin, dass das Gesamtministerium sämtliche Ressortentscheidungen an sich ziehen könne. Da wiederum er als Vorsitzender die Tagesordnung im Ministerrat festzulegen hatte, ergeben sich hieraus doch eine hervorgehobene Stellung und Einflussmöglichkeiten des Ministerpräsidenten in allen Belangen bayerischer Politik. Diese hervorgehobene Stellung spielte auch eine Rolle, da der Ministerrat die Möglichkeit zum Erlass Verwaltungsverordnungen, bei Gefahr auch Notverordnungen, hatte und Volksentscheide initiieren durfte. Ferner oblag dem Ministerrat die oberste Aufsicht über

²⁷ Vgl. Zech, Verhältnis, S. 134ff. Vgl. Roth, Entwicklung, S. 222ff.

dem Vollzug sämtlicher Reichs- und Landesgesetze und Verordnungen.²⁸ Alle diese Aufgaben sollten im Untersuchungszeitraum noch eine wesentliche Rolle spielen.

Stellt man nun die Frage nach der Stellung Bayerns in der und zur neuen politischen Ordnung des Deutschen Reichs, so wird auch hier einiges an Konfliktpotential deutlich. Die Entwicklung zur Weimarer Reichsverfassung stand in Bayern unter einem schlechten Stern. Bereits zu Ende des Krieges stellte der britische Geheimdienst einen gewissen Wandel unter den bayerischen Truppenteilen und auch im Land fest. Die britischen Berichte erkannten einen starken Anstieg antipreußischer Stimmung, ein Gefühl, von Preußen in den Krieg gezogen worden zu sein, und dementsprechend das Aufkommen starker föderalistischer und separatistischer Neigungen, in deren Folge eine gewisse Gegnerschaft zu einem parlamentarischen deutschen Nationalstaat zu erwarten sei.²⁹ Auch diese Preußenfeindschaft sollte die Stimmung in den nächsten Jahren mitprägen. Der tatsächliche geschichtliche Trend jedoch verlief genau entgegengesetzt zu den föderalistischen Vorstellungen in Bayern. Die Reichsverfassung wurde vor der bayerischen Verfassung erlassen und hatte vieles in Bayern in einem nicht föderalistischen Sinn bereits vorgegeben.³⁰ Eine freudige Akzeptanz war daher seitens der Anhänger eigener bayerischer Staatlichkeit, gerade aus den Reihen der Verwaltung dieser Staatlichkeit, kaum zu erwarten. Zahlreiche, zumindest symbolische Elemente bayerischer Eigenstaatlichkeit, wie Gesandtschaftsrecht, eigene Post, umfangreiche Kompetenzen in der Verkehrspolitik oder die Militärhoheit in Friedenszeiten, die das zweite Kaiserreich seinem Mitgliedsstaat Bayern noch gewährte, waren durch die Weimarer Verfassung aufgehoben. Eine in mancher Augen „machtbesessene Reichsbürokratie“³¹ baute ihre Stellung im Vergleich zum Reich Bismarcks deutlich aus. Hatte die Weimarer Verfassung 1919 für weite Kreise in Bayern, gerade in der dominierenden Bayerischen Volkspartei, schon deutlich zu unitaristische Züge, so brachte der Jahreswechsel 1920 eine neue Verschärfung der Lage.³² Erzbergers große

²⁸ Vgl. Der Ministerpräsident an die sämtlichen Staatsministerien am 28.1.1921, BayHStA, ML 3000. Für eine weiträumige Entwicklungsgeschichte des Amtsverständnisses von 1918 bis in die Zeit nach dem 2. Weltkrieg vgl. Kratzer, Ministerpräsident. Vgl. ferner Schilcher, Parlamentarismus, S. 26ff.

²⁹ Vgl. Kuropka, Partikularismus, S. 657f. Vgl. Speckner, Ordnungszelle, S.10.

³⁰ Vgl. Mennekes, Republik, S. 33f.

³¹ Schwend, Bayern, S. 106. Hinter diesem verbreiteten Gefühl verbarg sich durchaus ein handfester Hintergrund. In der Tat zeigte sich die Reichsbürokratie – ganz unabhängig von den dominierenden Parteien im Reichstag – auch von sich aus bemüht, ihre alten und in Weimar neu erlangten Zuständigkeiten zu sichern, aber darüber hinaus noch stetig zu erweitern. Vgl. John, Bundesstaat, S. 129.

³² „Die Unterschrift der Reichsminister unter der neuen Verfassung war noch nicht trocken, als der Reichsfinanzminister Erzberger zu seinem großen, die Länder tief treffenden Schläge der Reichsfinanzverwaltung ausholte“, so kommentierte der Zeitgenosse Karl Schwend den Schock, den die bayerischen Föderalisten empfanden. Schwend, Bayern, S. 114.

Finanzreform hievte die Finanz- und Steuerpolitik auf die Ebene des Reiches, welches zuvor noch seine Finanzen lediglich durch Zahlungen aus den Ländern speiste.³³ Die Angst vor dem Unitarismus und ein Misstrauen gegenüber dem Reich waren dementsprechend weit verbreitet, gerade in der Beamtenelite des Freistaats. In der Tat gab es zu Beginn der Ordnungszelle keine ernstzunehmende politische Kraft, bestenfalls mit Ausnahme der DDP, die sich nicht an einem in ihren Augen zu großen Unitarismus im neuen System stieß.³⁴ Die Anfangsphase der Weimarer Republik war für die Anhänger des Föderalismus keine erfreuliche Zeit, beschleunigte sich doch in ihr sehr deutlich der Zug hin zu einem unitaristischen Deutschland,³⁵ den Föderalisten auch außerhalb Bayerns, wo die Eigenstaatlichkeit weit weniger hoch im Kurs lag, schon länger wahrnahmen.³⁶

Neben diesen reaktionär angehauchten Kräften standen andere, die zwar ebenso den Staat von Weimar ablehnten, doch weniger dem Alten nachtrauerten, als dass sie aus den Unsicherheiten der Zeit heraus Neues zu schaffen erhofften. In der Tat war im speziellen München die Stadt, in der zeitgleich zur sozialistischen Revolution auch der Rechtsradikalismus als politische Kraft besonders stark erblühte.³⁷ Die Thulegesellschaft, jene Keimzelle völkischen, antisemitischen und rassistischen Denkens, erkannte das politische Potential in der Unzufriedenheit weiter Kreise und hatte es sich 1919 zum Ziel gesetzt, durch die Gründung und Protektion einer „Deutschen Arbeiterpartei“, der späteren NSDAP, in der Stadt München in den öffentlichen politischen Kampf einzutreten und damit die Ebene eines Geheimzirkels zu verlassen.³⁸ Die 1917 aus dem völkischen Germanen-Orden entsprungene Loge konnte unter ihrem vermögenden Anführer Rudolf von Sebottendorff schon seit 1918 ihren Einfluss, etwa durch die Anmietung repräsentativer Räumen im Hotel vier Jahreszeiten, den Kauf des „Münchner Beobachters“ als ihr Sprachrohr und ihre Rolle als fördernde Kraft hinter der

³³ Während die Länder früher an das Reich überwiesen, bezogen sie gemäß dem Landessteuergesetz vom 30.3.1920 nun schlicht feste Anteile am örtlichen Aufkommen der vom Reich zentral bestimmten Steuern. So zum Beispiel 66,6% der Einkommenssteuer, 20% der Erbschaftssteuer oder 10% der Umsatzsteuer. Gestaltungsspielraum hatten die Länder hier dementsprechend nicht mehr. Vgl. Menges, Freistaat, S. 198.

³⁴ Vgl. Ay, Räterepublik, S. 11. Die bayerischen Sozialdemokraten hatten hier einen Balanceakt zwischen der unitaristischen Reichspartei und der föderalistischen Stimmung in Bayern zu bestreiten. Sie hielten sich daher im Vergleich zur Sozialdemokratie im restlichen Reich sehr zurück. Vgl. John, Bundesstaat, S. 102.

³⁵ Vgl. John, Bundesstaat, S. 36.

³⁶ So schrieb der sächsische Staatsrechtler Ottomar Schuchart 1928: „In das deutsche Schrifttum der letzten sechzig Jahre hat man nun (...) das partikularistisch an Stelle von bündisch (föderalistisch) gesetzt. Und der Betrug ist so glänzend gelungen, dass man in der breiten Öffentlichkeit gar keine Ahnung mehr davon hat.“ Zit. bei John, Bundesstaat, S. 36.

³⁷ Vgl. Ay, Räterepublik, S. 13.

³⁸ Vgl. Rudloff, Notjahre, S. 352.

paramilitärischen Gruppe namens Freicorps Oberland, stetig ausbauen.³⁹ Schon seit den Tagen vor der Revolution also befanden sich die radikalen Kräfte im Aufbau.

Das radikale Gedankengut blieb nicht auf organisierte Gruppen beschränkt, es strahlte in jenen Tagen bis weit in die Gesellschaft hinein aus. Nicht zuletzt die soziale Sprengkraft, die wie schon erwähnt durch die Demobilisierung des Heeres und den vielen dadurch perspektivlos gewordenen Einzelschicksalen erzeugt worden war,⁴⁰ befeuerte zu jener Zeit radikale Anschauungen. Rechtsradikales und antisemitisches⁴¹ Potential war seit langer Zeit bis weit in gebildete Schichten hinein zur Genüge gegeben. So kam es im Wintersemester 1919/1920 zur Sprengung einer Vorlesung Max Webers durch völkische Studenten, nachdem Weber sich gegen eine baldige Begnadigung des Eisner-Mörders Anton Graf Arco auf Valley ausgesprochen hatte. In Wahrheit aber war der Gedanke des Nationalen, der Gedanke eines schicksalhaften Weges des deutschen Volkes jedoch auch in Max Weber, Oswald Spengler und anderen Vertretern der geistigen Elite des Landes bereits seit dem 19. Jahrhundert verankert.⁴²

Ein reaktionär angehauchter Föderalismus und der sich formierende Rechtsradikalismus waren also beide Antriebe für die Gegnerschaft zum Weimarer System, die sich in Bayern verfestigte. Den Föderalismus dabei auf eine bloße Fassade im Kampf gegen die Demokratie herabzuwürdigen⁴³ wäre zu viel gesagt. Wohl aber ist es richtig, dass sich bis in die BVP hinein hinter föderalistischen Argumenten auch sonstige, oft viel tiefer liegende Ablehnung zur Weimarer Republik mitschwamm. Auch wenn es eben wie so oft nicht nur schwarz und weiß, sondern auch Graustufen gab, kann man vereinfacht zwei Hauptströmungen unterscheiden. Diese waren in der Ablehnung des Weimarer Staates und in der Streitlust gegen seine Reichsregierung geeint, so unterschiedlich ihre sonstigen Ziele auch sein mochten. Neben den „militaristischen, nationalistischen und völkischen Kräften gegen den revolutionären und demokratischen Sozialismus, gegen die Erfüllung des Friedens von Versailles und gegen die bürgerliche Demokratie“ stand demnach über die Dauer der Ordnungszelle der „Konflikt zwischen bayerischem Föderalismus und

³⁹ Vgl. Auerbach, Trommler, S. 67.

⁴⁰ Vgl. Ay, Räterepublik, S. 17.

⁴¹ Das Programm der Bayerische Volkspartei von 1918 lässt zwar die Aufnahme und die Vertretung des „gottgläubigen Judentums“ in der Partei zu und erinnert daran, „was das alttestamentarische Vorbild Hohes und Edles“ zum christlichen Glaubensschatz beisteuere, es geht aber gleichzeitig davon aus, dass „atheistische Elemente eines gewissen internationalen Judentums mit osteuropäischer Färbung“ schon seit dem Krieg die Volkswirtschaft unheilvoll beeinflussen würden und in der Revolution nach den Regierungen im Reich und seinen Ländern gegriffen hätten. Vgl. Pfeiffer, Gedankenwelten, S. 33.

⁴² Vgl. Prinz, Präludien, S. 38f.

⁴³ Die Diskussion, ob sich bei den vielen Konflikten nun um einen tatsächlichen Streit um den Föderalismus oder in Wahrheit um einen Parteien- und Richtungsstreit handelte, fasste Thomas Lange in seiner Dissertation anschaulich zusammen. Er schloss sich letzterer These an. Vgl. Lange, Bayern, S.9ff.

zentralistischer Reichsverfassung.“⁴⁴ Diese Hauptinteressenslagen, das wird die vorliegende Arbeit noch bei vielen Gelegenheiten zeigen, gingen im Bayern der frühen 20er Jahre eine schicksalhafte Allianz ein. Dabei sollte langfristig der Wille zur bayerischen Eigenstaatlichkeit in einem Maße zum Verlierer dieses Bündnisses werden, das sich in der letztendlichen Gleichschaltung der Länder im Hitlerreich durch nichts anderes als dem so oft gefürchteten „finis bavariae“ auswirken sollte. Diese politische Großwetterlage schlug sich schon Anfang 1920 immer deutlicher in ständigem Konfliktpotential mit der Verfassung, dem Reich und den Befürwortern der Demokratie nieder.

Für die Regierung des Sozialdemokraten Johannes Hoffmann, ein Bündnis aus SPD, BVP und DDP, das noch unter dem Eindruck der Rätewirren am 31. Mai 1919 in Bamberg geschmiedet worden war,⁴⁵ waren es nach nicht einmal einem Jahr ihres Bestehens sowohl in wirtschaftlicher wie auch in politischer Hinsicht Zeiten, die sie vor schier übermenschliche Aufgaben stellten. Hoffmanns Wunsch, dass eine Weimarer Koalition in Bayern genauso wie im Reich eine Beruhigung herbeiführen sollte,⁴⁶ war unter diesen Umständen kaum erfüllbar. Ein Ende dieser erschöpften Regierung war abzusehen, ohne dass eine neue Regierung vorher ein Patentrezept für die Lösung der vielschichtigen Konfliktlagen hätte vorweisen müssen. Eine wesentliche Rolle für diesen Wechsel im Rahmen des neuen parlamentarischen Systems spielten nun, so wie die Verfassung es vorsah, die Parteien im Landtag. An ihnen war es gelegen, einen Regierungswechsel in diesen schwierigen Zeiten zu legitimieren oder nicht. Die politischen Kräfte, die im bayerischen Parlament dieser Zeit wirkten, seien im nächsten Kapitel kurz skizziert.

2.2. Politische Kräfte zu Beginn der Ordnungszelle

Krieg und Revolution hatten nicht nur die Monarchie beendet, sondern auch die bayerische Parteienlandschaft durcheinandergewirbelt. Dies galt für die Konservativen ebenso wie für Demokraten, Nationalliberale oder Sozialdemokraten.

Die stärkste Partei des Landes war die Bayerische Volkspartei,⁴⁷ welche unmittelbar nach der Revolution aus dem früheren bayerischen Zentrum hervorgegangen war. Obwohl das

⁴⁴ Ay, Räterepublik, S. 11.

⁴⁵ Vgl. Hennig, Hoffmann, S. 341.

⁴⁶ Vgl. Zech, Verhältnis, S. 102.

⁴⁷ Zur Geschichte der BVP im Zeitraum allgemein vgl. Schönhofen, Volkspartei. Vgl. ferner Speckner, Ordnungszelle; Altendorfer, Schäffer; Maga, Leicht.

Zentrum bei weitem die längste Zeit des Königsreichs nicht an der Regierung beteiligt gewesen war, zählte es im Gegensatz zu MSPD, USPD oder Bauernbund doch zu den staatstragenden Parteien des untergegangenen Systems. Die Vorgängerpartei der BVP hatte sich in den letzten Jahrzehnten in den monarchisch-konstitutionellen Staat immer problemloser eingefunden und sah aus Überzeugung ihren Anteil an ihm nicht zwingend in der Übernahme der Regierung, sondern in der Beschränkung auf eine wohlwollende, parlamentarische Mitwirkung an Gesetzgebung und Haushalt. Dem reinen Parlamentarismus, in dem sich die Parlamentsmehrheit auch in der Regierung widerspiegeln sollte, standen die Mitglieder der BVP beziehungsweise des früheren Zentrums sehr kritisch gegenüber.⁴⁸ Hierdurch erklärt sich auch die in der BVP fortlebende, stets latent vorhandene Neigung zur Monarchie⁴⁹, die sich jedoch nie zu nennenswertem Aktionismus auf diesem Gebiet steigerte.⁵⁰ Nach Überwindung des Schocks der Revolution, der das Bürgertum weitgehend tatenlos zusah,⁵¹ sah sie nun ihre Mission vor allem in der Sammlung aller bürgerlichen Kräfte. Erklärtes Ziel der Gründungsphase war es daher, über den Rahmen der alten Zentrumspartei hinauszuwachsen.⁵² Der Antisozialismus als Zeichen der Ablehnung der Revolution spielte für die BVP eine extrem wichtige Rolle.⁵³ Von Anfang an verstand sie sich klar

⁴⁸ So hatte der BVP-Fraktionschef im Landtag und spätere Ministerpräsident Heinrich Held noch 1917 alle Bestrebungen zu einer Parlamentarisierung, die allmählich im Reichstag laut wurden, vehement abgelehnt. Bereits zu dieser Zeit kamen erste Abspaltungsüberlegungen des bayerischen Zentrums vom Reichs-Zentrum auf. Ebenso erklärte Held noch im Oktober 1918 anlässlich der letzten Delegiertenversammlung der Bayerischen Zentrumspartei, dass es wohl eine „starke Volksvertretung“ geben solle, die Erhaltung und sogar die Stärkung (!) des monarchischen Prinzips aber weiterhin eine Hauptforderung der Partei bleiben müsse. Vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 18ff.

⁴⁹ So war Georg Heim beispielsweise Gründungsmitglied des Bayerischen Heimat- und König-Bundes von 1921. Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 135.

⁵⁰ Vgl. Kraus, Umtriebe, S. 635ff. Die BVP rechnete 1918 mit der Einführung der parlamentarischen Monarchie und hing emotional der Monarchie stellenweise noch nach. Der Bayerische Kurier brachte den Zwiespalt bereits kurz nach der Revolution auf den Punkt: „Kein Mensch wird verlangen können, dass wir uns heute von dem abwenden, was wir gestern verehrt haben, dass wir unsere Fahnen verbrennen, statt sie nur einzurollen.“ Zit. bei Schönhoven, Volkspartei, S. 23. Im Wahlkampf 1920 sprach sich die Partei dafür aus, König Ludwig III wieder uneingeschränkt nach Bayern einreisen zu lassen und das Königshaus finanziell zu entschädigen. Eine Mitschuld des Königshauses am Weltkrieg sowie respektlose Äußerungen gegen das Königshaus wurden zurückgewiesen. Eine mögliche Restauration der Monarchie wurde jedoch nur gewaltfrei und im Rahmen der bestehenden Verfassung als ein „Volkskönigtum“ in Aussicht gestellt. Vgl. Generalsekretariat, ABC, S. 31f.

⁵¹ Dieses Versagen benennt 1922 der Generalsekretär der Partei, Anton Pfeiffer, als einen Hauptgrund für die Gründung der BVP als neue Partei. Vgl. Pfeiffer, Gedankenwelten, S.3.

⁵² Vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 22. Vgl. ferner Speckner, Ordnungszelle, S. 15.

⁵³ Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 13ff.

als das Gegenmodell zur Revolution.⁵⁴ Auch der christliche Einfluss⁵⁵ in der Partei, welcher im Kern der Sache die gänzliche Volkssouveränität ablehnte,⁵⁶ da alle Gewalt letztlich von Gott ausgehen müsse, beförderte eine sehr kritische Haltung zum Weimarer Staat⁵⁷ und zum parlamentarischen System. Die Partei kennzeichnete insbesondere ein starker Aktionismus in der Frage der bayerischen Eigenstaatlichkeit, welche durch die neue Reichsverfassung klar zurückgestutzt worden war. Die Rückkehr zu mehr Föderalismus wurde zu der zentralen reichspolitischen Forderung der Partei.⁵⁸ Eine traditionelle Abneigung gegen Preußen und die Reichshauptstadt Berlin,⁵⁹ die nun auch noch unter völlig anderen politischen Mehrheiten standen als Bayern, befeuerte diese Haltung noch.⁶⁰ Manifestiert wurde diese Linie der Partei spätestens, als die BVP am 9.1.1920 die Fraktionsgemeinschaft mit dem Reichszentrum löste und so definitiv einen Sonderweg in der deutschen Politik einschlug.⁶¹ Das Bamberger Parteiprogramm der BVP forderte schließlich gleich zu Beginn einen Umbau der Reichsverfassung im Sinne eines stärkeren Föderalismus.⁶² Das alte Bayern wurde somit in Föderalismus-Fragen, aber auch darüber hinaus zu einem Gegenpol zum neuen Reich und zum neuen System hochstilisiert. Und auch innerbayerisch beschäftigte sich die BVP zu Beginn der 1920er

⁵⁴ Das stellte beispielsweise ihr Mitbegründer Georg Heim unmissverständlich klar, als er über den November 1918 sagte: „Ich empfinde das als Schande für unser Vaterland.“ Bayerisches Bauernblatt Nr. 53 vom 31.12.1918. Auch das Parteiprogramm erkannte in seinem ersten Punkt zwar die Republik als „gegebene geschichtliche Tatsache“ an, verurteilte aber die Entstehung dieses Staates durch die Revolution ausdrücklich. Vgl. Mommsen, Parteiprogramme, S. 502.

⁵⁵ In ihrem Gründungsprogramm bekannte sich die Partei ausdrücklich zur christlichen Weltanschauung. Vgl. Mommsen, Parteiprogramme, S. 503. Die Amtskirche wiederum erblickte in der Gründung der Partei nach den Worten des Nuntius Pacelli ein Zeichen der „politischen und moralischen Genesung“. Zit. bei Chenaux, Prägung, S. 104.

⁵⁶ Vgl. Mennekes, Republik, S. 38.

⁵⁷ Die Mitarbeit bei der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung hielt sich seitens der BVP sehr in Grenzen. Lediglich der Abgeordnete Konrad Beyerle war am Entstehungsprozess selbst beteiligt. Immerhin stimmten am 31.7.1919 in der deutschen Nationalversammlung 16 von 18 BVP-Abgeordneten dem Entwurf zu, der einflussreiche Georg Heim aber stimmte schon damals öffentlichkeitswirksam mit „Nein“. Vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 30f.

⁵⁸ So wurde das für die Wahlkämpfe 1924 herausgegebene Programmheft sogar mit dem Titel „Im Zeichen des Föderalismus – Programme und Programmatisches der Bayerischen Volkspartei“ versehen. Vgl. Generalsekretariat, Zeichen.

⁵⁹ Im Wahlaufdruck der Partei von 1919 heißt es: „Die Bayerische Volkspartei will aber nicht: Dass die Preußen sprechen und die Bayern schweigen.“ Zit. bei Pfeiffer, Gedankenwelten, S. 9. Das Programm der BVP von 1922 sprach sich für einen Föderalismus aus, indem kein Einzelstaat eine Vorherrschaft einnehmen dürfe. Ferner äußert sich das Programm: „Wir haben es satt, für die Zukunft von Berlin aus bis ins Kleinste regiert zu werden. Berlin darf nicht Deutschland werden und Deutschland nicht Berlin.“ Vgl. Mommsen, Parteiprogramme, S. 503.

⁶⁰ Vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 27f.

⁶¹ Klaus Schönhoven spricht von einer „Isolation“, die auch in der Folgezeit noch gesteigert wurde. Vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 38.

⁶² Wesentliche Forderungen waren die Schaffung einer dem Reichstag gleichberechtigten Länderkammer, das Recht der Länder, ihre Staatsform nach freiem Willen wählen zu dürfen, die Beschränkung der Reichsgesetzgebung auf das Nötigste, die Wiederherstellung der vollen Verwaltungshoheit der Länder, ein wiederhergestelltes Recht der Länder auf ein zumindest eingeschränktes Gesandtschaftswesen im Ausland sowie eine Möglichkeit zur Neugliederung der Länder, womit man wohl auf eine mögliche Zerschlagung des übermächtigen Preußens abzielte. Vgl. Mommsen, Parteiprogramme, S. 506f.

Jahre fast ständig mit Vorstößen zu einer Umgestaltung der bestehenden Verfassung des Freistaates. Einmal wurde eine Einschränkung des parteiungeprägten Einkammern-Parlamentarismus durch die Installation parlamentsunabhängiger Elemente, wie einer berufsständischen zweiten Kammer, gefordert. Ein andermal propagierte die BVP mit demselben Ziel die Einführung eines in eigenen Wahlen zu bestimmenden Staatspräsidenten.⁶³ Dieses Ziel verfolgte die BVP mit Zähigkeit auch nach mehreren politischen Niederlagen noch, konnte sich aber niemals durchsetzen.⁶⁴ Die Parlaments- und Parteienskepsis wurde in der BVP also auch durch ganz konkrete Zielsetzungen demonstriert. Nichts desto trotz ist die BVP aus einem anderen Blickwinkel, zumindest eingeschränkt, auch zu den grundsätzlichen Förderern des Parlaments zu rechnen, denn immerhin war es ja das Plenum, in welchem sie als Mehrheitspartei den bürgerlichen Einfluss im Land sicherstellen konnte.⁶⁵ So widersprüchlich dieses Bild auch erscheinen mag - es war am Ende doch die Parlamentsmehrheit dieser im Grunde parlamentarismus-skeptischen Partei, die ihr ihre politische Führungsrolle im neuen republikanischen Bayern legitimierte. Der Führungsanspruch der BVP blieb über beinahe die komplette Weimarer Zeit bestehen. Sie war weniger die Verfechterin der neuen Staatsform an sich, aber sie war spätestens nach den Landtagswahlen vom Juni 1920 unumstritten die dominierende und staatstragende Partei in diesem System.

Für die Sozialdemokraten⁶⁶ in Bayern, die zweitstärkste Partei des Landtags, änderte sich die Lage schon vor der Revolution wesentlich. Zu Zeiten des Königreichs hatten sie unter ihrem Vorsitzenden Georg Vollmer im Gegensatz zu manchen Sozialisten im Reich einen systemtreuen, evolutionären Weg zur Erreichung ihrer Ziele, vor allem zur Verbesserung der Lage der Arbeiter eingeschlagen. Bereits vor der Revolution rückte die bayerische Sozialdemokratie mehr und mehr von dieser Systemtreue ab. 1917 hatten sich Abgeordnete der SPD offen für demokratische Reformen eingesetzt, ohne sich dabei allerdings ganz von der Monarchie loszusagen.⁶⁷ Der neue Staat war damit beinahe mit einer Übererfüllung ihrer Ziele gleichzusetzen. Vor allem aber brachte er sie, die sie in

⁶³ Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 24ff. Die Partei beklagte im Wahlkampf 1920, dass der bestehende Parlamentarismus mit nur einer Kammer die Gefahr einer „Scheindemokratie“ in sich trage, da sich diese Kammer nach der Wahl völlig verselbstständigen und nicht mehr vom Volk beeinflusst werden könne. Vgl. Generalsekretariat, ABC, S. 38.

⁶⁴ Die BVP scheiterte damit im März 1923, im Juli 1924 und im Juni 1926 im Parlament. Im April 1924 scheiterte zudem ein Volksbegehren zu dem Thema. Vgl. Schilcher, Parlamentarismus, S. 24ff.

⁶⁵ Vgl. Zech, Verhältnis, S. 127.

⁶⁶ Zur Geschichte der Sozialdemokratie im Zeitraum allgemein vgl. Kritzer, Sozialdemokratie. Vgl. ferner Hennig, Hoffmann; Mehringer, Opposition.

⁶⁷ Vgl. Spindler, Handbuch VI/I, S. 432 f.

der Monarchie als reine Oppositionspartei ohne Chance auf Regierungsverantwortung⁶⁸ agierte,⁶⁹ über Nacht in die Rolle einer staatstragenden Partei. Nach dem Ende des revolutionären Ministerpräsidenten Kurt Eisner hatte sie mit ihrem parlamentarisch legitimierten Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann in hervorgehobener Rolle den neuen Staat zu formen und zu etablieren. Dies war angesichts der schwierigen Umstände der Nachkriegszeit eine enorme Aufgabe, an der die bayerische Sozialdemokratie letztlich scheitern sollte. Als prägende Kraft⁷⁰ konnte sie nur in der unmittelbaren Anfangsphase des Freistaats wirken. Im März 1920 gab Ministerpräsident Johannes Hoffmann auf und überließ Kahr und den bürgerlichen Parteien die politische Gestaltungsmacht in Bayern. Die SPD hatte sich durch ihre „Flucht aus der Verantwortung“⁷¹, das heißt durch ihr zunächst gewolltes Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung, auf das die Arbeit noch ausführlich zu sprechen kommen wird, für die Weimarer Zeit in eine Daueropposition manövriert. Nachdem sich erst der Kurs der Ordnungszelle manifestiert hatte, erschien einem großen Teil der Genossen ein Wiedereinstieg ins Kabinett der BVP nicht erstrebenswert,⁷² ganz abgesehen davon, dass dieser bei der eindeutig rechts-bürgerlichen Mehrheit in Bayern auch kaum realistisch erschien. Die Uneinigkeit, die sich im Entstehen der USPD manifestierte, tat dazu in den ersten Jahren ihr übriges. Dementsprechend wies die Partei auch einen deutlichen Rückgang der Mitgliederzahlen auf, der sich erst in der zweiten Hälfte der Zwanziger Jahre wieder auffangen ließ.⁷³

Die USPD bestand weiterhin neben der Mehrheitssozialdemokratie fort. Sie war seit Frühling 1917 vornehmlich aus Schwabinger Intellektuellen erwachsen, die zunehmend unzufrieden mit dem Burgfriedenskurs der Sozialdemokratie waren und auf raschen Friedensschluss und die Abkehr vom evolutionären Weg des Sozialismus drängten. Ihr wohnte unter anderem durch ihren Anführer Kurt Eisner ein radikalerer, sozialistischer Geist inne als der grundsätzlich dem Parlamentarismus verschriebenen SPD. Als ihr in der Revolution die Führungsrolle in Bayern in die Hände fiel, zog die Mehrheitssozialdemokratie, die ihrem abtrünnigen Flügel eigentlich feindlich gesinnt

⁶⁸ Man bedenke, dass diese Verantwortung von Seiten des Königshauses selbst dem loyalen Zentrum erst in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg zugestanden wurde.

⁶⁹ Vgl. Zech, Verhältnis, S. 129.

⁷⁰ So gelang es der Sozialdemokratie der BVP weitreichende Zugeständnisse in der Kultuspolitik abzurufen. Auch in Wirtschafts- und Sozialpolitik setzte sie viele ihrer Vorstellungen durch. Schließlich wurde sie auch überproportional mit Ministerposten versorgt. Vgl. Zech, Verhältnis, S. 103.

⁷¹ Schönhoven, Land, S. 123.

⁷² Vgl. Schwend, Bayern, S. 149.

⁷³ Vgl. Kral, Landespolitik, S. 24.

war, mit und partizipierte am revolutionären Kabinett Eisners. Noch vor der Ermordung Eisners durch den jungen Grafen Arco büßte die USPD eine künftige Führungsrolle ein, da sie bei den ersten Wahlen des Freistaates Anfang 1919 nur 2,5 % der Stimmen und dementsprechend nur drei Landtagsmandate erringen konnte. Die von ihr getragene Idee einer Räteherrschaft in Bayern stieß offensichtlich auf keinerlei Rückhalt im Volk.⁷⁴ Dass sie ihre Daseinsberechtigung im Parteiengefüge dennoch nicht ganz verloren hatte, sollten die Landtagswahlen im Frühjahr 1920 belegen. Hier konnte sie enorme Gewinne verzeichnen und mit 20 Abgeordneten in den Landtag einziehen. Die USPD versinnbildlichte nun für viele Wähler den Geist der Revolution, den es gegen reaktionäre Kräfte zu verteidigen galt. Die Gegend um Hof, gegen die die einzig größere militärische Aktion der Einwohnerwehr gerichtet sein sollte, war ihre Hochburg. Die Partei nahm der Mehrheitssozialdemokratie Anfang des Jahrzehnts viele Stimmen weg, gerade in den städtischen Zentren. Bis Herbst 1922 löste sich die USPD nach vielen inneren Spannungen jedoch wieder auf und ihre Mitglieder verteilten sich – je nach Flügelangehörigkeit - auf SPD und KPD.⁷⁵

In der Deutschen Demokratischen Partei sammelten sich die linksliberal-bürgerlichen Kräfte aus monarchischer Zeit, um als einzige dem neuen demokratischen Staat als ausgesprochene Unterstützer zur Seite zu stehen. Ressentiments gegen die Demokratie und Nachtrauern auf die früheren Tage in der Monarchie, wie es bei der BVP zum guten Ton gehörte, fehlten hier. Sie war die einzige Kraft der klassischen Weimarer Koalition, die auch nach Kahrs Regierungsantritt noch am Kabinettstisch verweilen sollte, denn die MSPD war ausgeschieden und das Zentrum gab es in Bayern nicht mehr. Einer ihrer bekanntesten Gesichter, der Justizminister Müller-Meiningen, hatte wie viele Mitglieder der Partei vor dem Umsturz dem Lager der Fortschrittspartei angehört. Die wohlwollende und pragmatische Haltung zur Weimarer Republik schlug sich darin nieder, dass die DDP schon ab 1919 der regierenden SPD unter Ministerpräsident Hoffmann ohne Berührungängste als Koalitionär zur Verfügung stand. Ihre Platzierung in der politischen Mitte ermöglichte den bayerischen Linksliberalen später ebenso den Bund mit BVP, Bauernbund und BMP.⁷⁶ Kennzeichnend für die DDP ist ein stetiger Bedeutungsverlust im Untersuchungszeitraum. Konnte sie 1919 als republikfreundliche Partei noch beachtliche Wahlerfolge erringen, lief ihr die Entwicklung der politischen Stimmung in

⁷⁴ Vgl. Grau, Parteiopposition, S. 129f.

⁷⁵ Vgl. Thränhardt, Wahlen, S. 145ff.

⁷⁶ Vgl. Kraus, Geschichte, S. 664f.

der Ordnungszelle klar entgegen. Bis zum Ende der Ära der sogenannten Beamtenministerpräsidenten sollte sie nicht nur aus der Regierungsverantwortung entfernt sein, sondern auch bei den Wahlen 1924 auf den Status einer Splitterpartei absinken, um schließlich zum Ende der Weimarer Republik auch auf Reichsebene ganz in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden.⁷⁷

Die wohl direkteste Konkurrenz zur BVP bildete der Bayerische Bauernbund⁷⁸, der sich 1893 gegen die zu reichsfreundliche Haltung der klerikal geprägten Zentrumsparterie gegründet hatte. Er rekrutierte den Großteil seiner Wähler ebenso wie die BVP im Bauern- und Kleinbürgertum des flachen Landes, neigte aber dazu, sich auf (land-) wirtschaftliche Interessen zu konzentrieren und legte kaum Wert auf Weltanschauungen. Somit war es für die Bündler kein Widerspruch, zunächst Eisner in der Revolution zu unterstützen, später aber zu einer tragenden Säule der Kabinette der Ordnungszelle zu werden. Schon immer gab es im Bauernbund interne Flügelkämpfe zwischen einer gemäßigten und einer protestorientierten Gruppe, die vor allem auf dem flachen Land Niederbayerns ihre Hochburgen hatte.⁷⁹ Während letztere eine wichtige Rolle spielte, um bei den Wahlen genügend Stimmen aufzubringen, war am Kabinetttisch die gemäßigte Richtung des Bundes vertreten. Die Regierungsübernahme Kahrs bedeutete für den Bauernbund die erneute Regierungsbeteiligung, da er zwar kurz nach der Revolution im Bündnis mit den Sozialdemokraten stand, in der großen Koalition des zweiten Kabinetts Hoffmann jedoch keinen Platz mehr gefunden hatte. Schon seit Herbst 1919, als gewisse Spannungen zwischen BVP und Sozialdemokratie sich zeigten, brachten sich die Bündler wieder als Koalitionspartner ins Gespräch.⁸⁰

Die Bayerische Mittelpartei war diejenige Kraft im bayerischen Landtag, die dem neuen Staat wohl am reaktionärsten und missliebigsten gegenüberstand. In ihr, der sie einen etwas weiß-blau kolorierten Landesverband der DNVP⁸¹ im Reich bildete, sammelten sich die Deutschnationalen in Bayern. Sie standen einerseits unter dem Einfluss des Finanzmagnaten Hugenberg und seines Umfelds,⁸² andererseits unter dem starken Einfluss fränkischer Agrarier, die sich im Bund der Landwirte zusammengeschlossen hatten. Hier, im evangelischen⁸³ Franken, dominierte die Partei, hier war der Großteil

⁷⁷ Vgl. Thränhardt, Wahlen, S. 133.

⁷⁸ Zur Geschichte des Bauernbundes allgemein vgl. Bergmann, Bauernbund. Vgl. ferner Hundhammer, Bauernbund.

⁷⁹ Vgl. Thränhardt, Wahlen, S. 144.

⁸⁰ Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 77.

⁸¹ Zur Mittelpartei allgemein vgl. Kiiskinen, Volkspartei; Kittel, Fundamentalismus.

⁸² Vgl. Winter, Roth, S. 102.

⁸³ Die evangelische Geistlichkeit unterstützte die Partei wesentlich. Vgl. Kittel, Fundamentalismus, S. 86ff.

ihrer Basis und Wählerschaft zu finden.⁸⁴ Im Landtag bildete sie eine Fraktionsgemeinschaft mit der DVP, in der die Deutschnationale Strömung aber klar den Ton angab. Ihre Ablehnung der neuen Ordnung ging zu Beginn der zwanziger Jahre noch so weit, dass sie unter ernsthaften inneren Grabenkämpfen litt, ob sie sich an parlamentarischen Regierungen beteiligen könne oder aus Prinzip in der Opposition zu verweilen habe. Während sich die Mittelpartei unter Inkaufnahme dieses Streites in der Ordnungszelle zur Regierungspartei entwickelte und mit kurzen Unterbrechungen auch für den Rest der Weimarer Republik das bayerische Justizressort vereinnahmte, sollte es ihr Regierungseintritt im Reich noch bis 1925 auf sich warten lassen. In ihrer oft nicht ganz geschlossenen Programmatik verstanden sich die bayerischen Deutschnationalen als die Wahrer eines Protests gegen den neuen Staat. Man verklärte das alte Kaiserreich und wettete gegen alle Kräfte der Revolution, auch wenn die hohenzollerntreuen Töne der Reichspartei in Bayern selbstredend nie auf die gleiche Gegenliebe stoßen konnten wie in Preußen. Die beachtliche Neuerung gegenüber der Monarchie zeigte sich darin, dass es vor dem Weltkrieg in Bayern eine ausgesprochen rechte politische Bewegung wie in Preußen nicht gab, selbst die Nationalliberalen blieben im Vergleich zu Norddeutschland gemäßigt. Die BMP und ihre Wahlerfolge in der Weimarer Zeit sollten dies ändern.⁸⁵

Wurde Bayern nun auch deshalb zur Keimzelle für Republikfeindlichkeit und Rechtsradikalismus, weil es anders war als andere Länder? Die Frage kann, ohne viele Spekulationen bemühen zu müssen, kaum beantwortet werden, doch mit Sicherheit steht fest, dass die politischen Voraussetzungen den Freistaat in der Tat deutlich von anderen deutschen Ländern, beispielsweise Preußen, unterschieden. In Bayern und seinen Städten dominierte anstelle einer industriell-proletarischen Masse eher das Kleinbürgertum. Zudem kamen viele ländliche Regionen, in denen Zentrum beziehungsweise BVP ganz ungefährdet die Oberhand hatten. Das konservative Element im Land war seit langer Zeit schon stärker als Liberalismus und Sozialismus. In Preußen hingegen dominierten eben genau jene in Bayern schwachen Kräfte, namentlich die Sozialdemokratie.⁸⁶ Unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun konnten sich dort durch die gesamte Weimarer Republik hindurch ausgesprochen republikfreundliche Kräfte fest etablieren. Hinzu kam, dass Bayern im Gegensatz zu den übrigen Ländern keine republikfreundliche Zentrumsparterie, sondern eben die BVP hatte, die sich durch Heims Betreiben immer weiter von ihrer ehemaligen Reichspartei entfernte. Dieser Unterschied

⁸⁴ Vgl. Kittel, *Fundamentalismus*, S. 850. Vgl. Kirchinger, *Horlacher*, S. 123.

⁸⁵ Vgl. Kraus, *Geschichte*, S. 663.

⁸⁶ Vgl. Ay, *Räterepublik*, S. 21.

der Parteienlandschaft ist als eine Grundvoraussetzung für die bayerische Politik im Zeitraum zu sehen. Eine Weimarer Koalition aus katholischen, sozialdemokratischen und demokratischen Kräften wie andernorts im Reich wäre in Bayern in dieser Form niemals möglich gewesen. Dass bis zum März 1920 dennoch, ähnlich wie im Reich, eine sozialdemokratisch geführte, republikbejahende, große Koalition in München regierte, ist den Wirren um die Revolution geschuldet, entbehrte aber im Gegensatz zu anderen Ländern einer tatsächlichen Basis. Im Landtag war schon nach den Wahlen von 1919 die BVP mit 66 Sitzen stärkste Partei, während die Sozialdemokraten mit 61 Sitzen nur die zweitstärkste Kraft bildeten. Demokraten, Deutschnationale und Bauernbund sorgten mit weiteren 25, 9 Prozent und 16 Sitzen für ein eindeutig nicht-sozialistisches Übergewicht, da das linke Lager nach den Wahlen von 1919 nur durch 3 klägliche Sitze der USPD verstärkt wurde.⁸⁷ Bayern stand so durch die absolute Dominanz bürgerlicher Kräfte unter anderen Voraussetzungen. Es war absehbar, dass diese dominierenden Kräfte in einer pluralistischen Demokratie irgendwann ihre Geltung entfalten müssen und einen anderen Weg einschlagen würden als die großen Koalitionen im Reich oder seinen Ländern. Der SPD Mann Hoffmann an der Spitze des Freistaates mochte zwar als Manager der Festigung eines parlamentarischen Regierungssystems allgemein geduldet sein, die politischen Mehrheitsverhältnisse im Land spiegelte seine Person allerdings nicht wider.

3. Die Ministerpräsidentschaft Gustav von Kahrs

Gustav von Kahr war derjenige, der als Ministerpräsident den Wechsel von der Regierung des Sozialdemokraten Hoffmann zum System der „Ordnungszelle“ Bayern einleitete und personifizierte. Im Gegensatz zu Lerchenfeld und Knilling spielte er auch über den gesamten Untersuchungszeitraum von 1920-1924 hindurch eine gewichtige Rolle, wie die entsprechenden Teile der Arbeit noch zeigen werden. Er ist prägend für die gesamte Phase der ersten Hälfte der 20er Jahre in Bayern, auch wenn seine tatsächliche Amtszeit als Ministerpräsident wesentlich kürzer war. Wenn nun das Augenmerk zunächst auf seine Ministerpräsidentschaft, die vom 16. März 1920 bis zum 11. September 1921 andauerte, und in der er zusätzlich das Ressort des Innenministers besetzte, gerichtet wird, so sei als erster Schritt ein kurzer Überblick über die Herkunft und die Karriere Kahrs gegeben. Anschließend werden die Umstände seines

⁸⁷ Vgl. Thränhardt, Wahlen, S. 348.

Regierungsantrittes, sein politischer Stil und die Kernthemen seiner Amtszeit, unter anderem Kahrs Kampf um die „Bayerische Einwohnerwehr“ genannten Bürgermilizen im Land, bis zu seinem unfreiwilligen Rücktritt beleuchtet. Der darauf folgende Versuch einer Einordnung in das politische Spektrum Bayerns wird bei Kahr mit besonderer Aufmerksamkeit unternommen, da er, anders als Lerchenfeld und Knilling, offiziell keiner Partei zuzuordnen war. Kahrs Zeit als bayerischer Generalstaatskommissar zwischen September 1923 und Februar 1924 wird in dieser Arbeit nur als Teil des entsprechenden Kapitels zur Amtszeit Knillings betrachtet. Der Fokus dieser Arbeit soll rein auf den jeweiligen Ministerpräsidentenschaften liegen.⁸⁸

3.1. Herkunft, Ausbildung und Karriere

Betrachtet man den familiären Hintergrund, aus dem der junge Gustav Kahr hervorging, so hatte er von Anfang an gute Voraussetzungen, eine solide Karriere erreichen zu können. Im Stammbaum Kahrs finden sich eine Reihe an Beamten und Geistlichen.⁸⁹ Besonders hervorzuheben sind hier zwei Personen: Kahrs Großvater und Kahrs Vater. Kahr sprach in Bewunderung von seinem Großvater, einem Pastor, den er als Sinnbild protestantischer Religiosität und Bescheidenheit in der Familie darstellte. Kahrs Vater war, wie der spätere Ministerpräsident, ebenfalls Beamter und hinterließ dem Sohn gewaltige Fußstapfen: Er gehörte schließlich als Präsident des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes am Ende seiner Laufbahn zur absoluten Elite der königlich bayerischen Beamenschaft. Bereits der Vater trug, ebenso wie später der junge Kahr, den als Personaladel verliehenen Titel „Ritter von Kahr“. Ferner gehörte Kahrs Vater dem bayerischen Reichsrat an.⁹⁰ Dem Vater war öffentlicher und kreativer Einsatz in der Gesellschaft ein Wert, den er dem Sohn vorlebte. So gründete Kahr Senior beispielsweise die Feuerwehr in Gustav Kahrs Geburtsort Weißenburg. Zwei Leistungen seines Vaters schienen Kahr besonders erwähnenswert: Dessen Einsatz vor Ort als Ministerialbeamter

⁸⁸ Eine umfassende Arbeit zum Beziehungsgeflecht Gustav von Kahrs und zu seiner Vita außerhalb der Ministerpräsidentenschaft wird derzeit durch Herrn Matthias Bischel am Institut für bayerische Geschichte der LMU München erstellt. Die Betreuung hat Prof. Ferdinand Kramer übernommen.

⁸⁹ Familienforschung war das große Hobby Kahrs. Er widmete seinen Vorfahren in seinen Lebenserinnerungen extrem viel Raum und beauftragte sogar einen Forscher damit, ihn zu unterstützen und die Geschichte der Familie als kleines Buch herauszugeben. Jede Persönlichkeit, so Kahr, sei „zu 90% Erbmasse.“ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 2. Vgl. ferner Wulz, Familie.

⁹⁰ Bosl, Biographie, S. 401.

anlässlich des Ausbruchs der Cholera in Landshut⁹¹ sowie das literarische Werk des Vaters, die umfangreiche und richtungsweisende Bayerische Gemeindeordnung.⁹² Die erfolgreiche Karriere des Vaters führte die Familie über Ansbach, Weißenburg, Gunzenhausen und Landshut schließlich nach München, wo er im Ministerium des Inneren tätig war.⁹³

Kahrs Mutter Emilie Kahr, geborene Rüttel, war die Tochter eines Landgerichtsarztes aus Weißenburg. Gustav Wulz, der in den 1920er Jahren eine Arbeit über die Familie verfasste, beschreibt sie als „ein echtes Hausmütterchen“⁹⁴. Kahrs Erinnerungen legen ein positives Verhältnis zu seiner Mutter nahe.⁹⁵

Der Vater setzte in den Sohn von Anfang an hohe Erwartungen. Eine besondere Rolle in der Familie spielte hier die protestantische Religiosität.⁹⁶ Kahr stellte später seine Erziehung als von strenger Religiosität, Pflichterfüllung, Selbstzucht und Disziplin gekennzeichnet dar.⁹⁷ Auch die außerreligiöse Bildung seines Sohnes überwachte der Vater intensiv. „Die Stunden, in denen sich mein Vater mit meinen Fortschritten in der Schule und meinen Schulaufgaben befasste, waren für mich immer temperamentvoll“⁹⁸, so Kahr im Rückblick auf seine im fünften Lebensjahr begonnene Schullaufbahn.⁹⁹ Kahr stellte sich im Nachhinein als zunächst nicht allzu strebsamer, etwas träumerischer Schüler dar, der außerdem oft kränklich gewesen sei.¹⁰⁰ Seine letzten Schuljahre am Maxgymnasium in München hingegen bezeichnet er selbst als durchaus erfolgreich.¹⁰¹ Insgesamt hatte Kahr zeitlebens gute Erinnerungen an seine Kindheit und die Zugehörigkeit zu seiner Familie erfüllte ihn mit Stolz. Den großen Karrieresprung des Sohnes sollten Kahrs Eltern jedoch nicht mehr erleben: Kahrs Vater verstarb 1907, Kahrs Mutter folgte ihm nach langer Krankheit sieben Jahre darauf.¹⁰²

⁹¹ Hierfür wurde Kahrs Vater auf Betreiben Pettenkofers mit der Ehrendoktorwürde der Medizinischen Fakultät der Münchener Universität geehrt. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 24ff.

⁹² Kahr, Erinnerungen, S. 27.

⁹³ Vgl. Wulz, Kahr, S. 249.

⁹⁴ Wulz, Kahr, S. 254.

⁹⁵ Sie war laut Kahr „im Grunde ihres Wesens (...) lebensfroh und ergänzte so recht glücklich den immer ernst gestimmten Gatten, der in alttestamentlicher Art (...) seines hochpriesterlichen Amtes waltete.“ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 31f.

⁹⁶ Vgl. Wulz, Kahr, S. 260.

⁹⁷ Vgl. Lebenslauf Kahrs von 1919, BayHStA, NL Kahr 50.

⁹⁸ Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

⁹⁹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 39. Stefan Deutinger kommt zu dem Schluss, Kahr habe bis zum Gymnasium in Landshut nie eine öffentliche Schule besucht. Vgl. Deutinger, Kahr, S. 221.

¹⁰⁰ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 69.

¹⁰¹ Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

¹⁰² Vgl. Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

Im Oktober 1881 trat Gustav Kahr seinen Militärdienst als einjährig Freiwilliger beim 2. Infanterie Regiment „Kronprinz“ an. Kahr musste hier zu spüren bekommen, dass er bislang in einem sehr behüteten Umfeld aufgewachsen war: „Es kamen harte Monate. Bei der acht Wochen dauernden Kasernierung hatte ich meine Schlafstätte mitten unter der Mannschaft. Da trat ich zum ersten Mal der rauen Wirklichkeit des Lebens und der gemeinen Deutlichkeit der Dinge bitter nahe. Meine jugendlichen Ideale wurden durch die Erzählungen der Mannschaft über ihre abendlichen Ausgangserlebnisse aus den sonnigen Höhen gestürzt.“¹⁰³ Diese Aussage ist für Kahr durchaus charakteristisch, denn die Neigung zu hohen Idealbildern, so wird die Arbeit noch zeigen, sollte auch als Ministerpräsident Teil seines Wesens bleiben. Dennoch konnte Kahr sich insgesamt beim Militär offenbar gut zurechtfinden. Er brachte es zum Reserveoffizier und blieb in dieser Funktion und als Mitglied des Offiziersehrenrates noch lange mit der Truppe verbunden.¹⁰⁴ Kahr, der im Weltkrieg nicht mehr eingezogen wurde, behielt zeitlebens eine überaus positive Einstellung zu allem Militärischen und war überzeugt vom Wert einer soldatischen Ausbildung.¹⁰⁵ Schon als Soldat bewies der junge Kahr, ebenso wie später als Beamter, einen Einsatz und Kreativität, die über das Normalmaß hinausging.¹⁰⁶

Der strengen protestantischen Erziehung des heranwachsenden Gustav blieb, das gibt Kahr später offen zu, der vom Vater und vom Großvater erhoffte Erfolg letztlich verwehrt. Zum einen fühlte sich Kahr, seit er als Gymnasiast mit der Familie einige Jahre in Landshut verbrachte, sehr zu Pomp und Prunk der Katholiken hingezogen. Die festlichen Fronleichnamsprozessionen in Niederbayern begeisterten ihn ganz besonders, sodass er der katholischen Kirche auch in seinem späteren Amt als Regierungspräsident von Oberbayern in einer gewissen Ehrfurcht verbunden blieb. Zum anderen gab Kahr zwar niemals gegenüber seinen Eltern, aber in einem ausführlichen Lebenslauf lange nach deren Tod offen zu, dass er zu der strengen Auslegung der Religion und der Heiligen Schrift, wie sie seine Vorfahren praktizierten, persönlich keinen Zugang fand.¹⁰⁷ Eigentlicher Studien- und Berufswunsch war dementsprechend im naturwissenschaftlichen Bereich angesiedelt, möglichst als Forschungsreisender. Diesen

¹⁰³ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 74.

¹⁰⁴ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 75ff.

¹⁰⁵ „Solche Kraftproben der Gesundheit sind für die Charakterbildung sehr zuträglich und wichtig.“ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 76.

¹⁰⁶ So entwickelte er eine Gerätschaft zur Entfernungsschätzung, deren Entwurf in seinem Nachlass erhalten ist. Vgl. Entwurf, BayHStA, NL Kahr 13.

¹⁰⁷ „Ich wurde Freigeist schon als junger Student. Dabei war mir, wie wenn mein ich ein steinernes Herz bekommen hätte. Ich empfand die Wandlung als ein Unglück, denn das Forschen in der Wissenschaft konnte mir für das Kleinod meiner Kindheit, das ich verloren hatte, keinen Ersatz bieten.“ Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

Wunsch unterdrückte Kahr aus Rücksicht auf seine Eltern und begann ein Studium der Rechtswissenschaften in München. Er betrieb es zielstrebig und hörte ein breites Angebot an Vorlesungen, u.a. bei Riehl, Plank und Helferich. Bis auf eine nur kurz währende Mitgliedschaft im akademischen Gesangsverein¹⁰⁸ zog er nach seinen eigenen Angaben ein intensives Studium allem Geselligen vor. Auch diese Abneigung zu profanen Vergnügungen blieb charakteristisch für Kahr.

Im Jahr 1888 trat Gustav von Kahr seine Beamtenlaufbahn¹⁰⁹ bei der Regierung von Oberbayern an. 1890 wurde er als Bezirksamtsassessor von München aus auf das flache oberbayerische Land, dem er zeitlebens verbunden blieb, versetzt. Er kam nach Erding, wo er im selben Jahr die Oberregierungsratstochter Ella Schubert ehelichte.¹¹⁰ Kahrs Familienleben, das er mit einer Hochzeitsreise nach Italien einläutete, war ihm ein wichtiger Teil seines Lebens. Der Ehe entsprangen zwei Töchter, zu denen er zeitlebens engen Kontakt unterhielt. Selbst zur Zeit des Generalstaatskommissariats unternahm er noch tägliche Spaziergänge mit seinen erwachsenen Töchtern.¹¹¹ Kahr pflegte familiäre Anlässe und ging sehr darin auf. Der sonst so ernste Beamte hatte, wie sich in zahlreichen Stellen seiner Erinnerungen sowie in diversen Familienfotos zeigt, später auch an der Gesellschaft seiner Enkelkinder große Freude. Er war sich beispielsweise keineswegs zu schade, in voller Verkleidung als Zaubermeister den Nachwuchs der Töchter zu unterhalten.¹¹²

In Erding sollte nicht nur der Startschuss für Kahrs Familienleben fallen, in Erding beschleunigte ein Zufall auch die Karriere des Gustav von Kahr maßgeblich. Es war ein in Bayern recht seltenes Naturereignis, ein Zyklon, der im Bezirk Erding im Juli 1894 wütete und viele Bauern, vor allem um die Orte Forstern und Forstinning, um ihre Höfe und ihre Habe brachte. Hinzu kam ein weiterer besonderer Umstand: Der Amtsvorstand Kahrs war an einem Augenleiden so schwer erkrankt, dass er Kahr stellvertretend die Leitung des Bezirksamtes übertragen hatte. So schlug nun die große Stunde des Beamten Kahr. Er organisierte die Hilfe nach dem Unglück, schaffte Handwerker und Arbeitsgerät heran, und rief vor allem einen gekonnten Spendenaufruf ins Leben, der aus ganz

¹⁰⁸ Der Akademische Gesangsverein München war eine liberal gesinnte Studentenverbindung, in welcher sich spätere Persönlichkeiten aus Verwaltung und Wirtschaft fanden. Mitglieder waren während ihrer Studentenzeit unter anderem Ministerpräsident Eugen von Knilling und der liberale Handelsminister Eduard Hamm. Vgl. Unger, Handel, S. 250f.

¹⁰⁹ Ein tabellarischer Lebenslauf des Gustav von Kahr findet sich bei Deutinger, Kahr, S. 219.

¹¹⁰ Vgl. Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

¹¹¹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1402.

¹¹² Vgl. Leben in Wort und Bild, Fotoalbum im Besitz des Instituts für Bayerische Landesgeschichte München.

Deutschland reichliche Gelder ins Erdinger Moos fließen ließ. Sehr schnell konnten die betroffenen Bauern in ihre neuen Höfe einziehen, die nun nicht mehr aus Holz, sondern aus Stein und auch sonst auf dem modernsten Stand der Dinge waren. Im Herbst, so schilderte Kahr in seinem Lebenslauf mit einigem Stolz, konnte der junge Beamte den Prinzregenten persönlich durch den frisch herausgeputzten Bezirk Erding führen.¹¹³ Er hatte sich pragmatisch, unkompliziert, ideenreich und mit hoher Geschwindigkeit als Organisationstalent bewährt. Die Anhänglichkeit, mit der ihm die Landbevölkerung nun dankte, wusste er sehr zu schätzen.¹¹⁴ Diese wohlwollende Beziehung zur bäuerlichen Bevölkerung sollte Kahr durch seine Karriere begleiten.

Nachdem Kahr von 1895-1900 zurück ins Innenministerium nach München gegangen war, wurde er im Jahre 1900 zum Bezirksamtmann von Kaufbeuren ernannt. Abermals legte er Wert auf den Kontakt zur örtlichen Bevölkerung.¹¹⁵ Auch hier im Schwäbischen hinterließ Kahr über das Selbstverständliche hinaus seine Spuren. Er betätigte sich stark auf dem Gebiet der Kultur, genauer der „Volkskunst“. Er organisierte hierzu eine Ausstellung, die die einfache bäuerliche Welt vergangener Zeit als Vorbild darstellen sollte.¹¹⁶ Seine agrarromantische, stellenweise auch antimodernistische Haltung, ein Zurücksehen in vermeintlich bessere alte Zeiten, kam hier zum Vorschein. Trotz manchen Unverständnisses, Kopfschüttelns und Widerständen von Kaufbeuren bis in die Landeshauptstadt ließ er auf Speichern und in Kellern nach alten bäuerlichen Gebrauchsgegenständen suchen und landete mit der daraus entstandenen Ausstellung 1901 einen großen Erfolg. Sowohl die Bauern Schwabens als auch manche Münchener Künstler- und Gelehrtenkreise, die die Reise nach Kaufbeuren eigens für die Ausstellung auf sich nahmen, zeigten sich angetan. Schon bald konnte sich unter kräftigem Zutun Kahrs in der Landeshauptstadt der „Bayerische Verein für Volkskunst und Volkskunde“ gründen, der den Beamten Kahr in die Münchner Kulturkreise einführte. Die Kontakte nutzte er auch für Kaufbeuren, u.a. ließ er die Planung des neuen Distriktssparkassengebäudes in Münchener Künstlerkreisen ausschreiben.¹¹⁷

¹¹³ Vgl. Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

¹¹⁴ „Bei Amt hatte ich Zulauf, wie ein gesuchter Arzt. Ich liebte die unverfälschten, derben Menschen vom Lande, diesen Urquell der Volksverjüngung und unterhielt mich gerne mit ihnen in ihrer Sprache.“ Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

¹¹⁵ Kahr selbst sprach sich eine „angeborene Gabe Menschenherzen zu gewinnen“ zu. Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

¹¹⁶ „Durch diese wollte ich den Bauern und Bürgern des Kaufbeurer Landes zeigen, wie fein, wie geschmackvoll und zugleich praktisch ihre Vorfahren gewohnt und gelebt haben. Den Handwerkern Vorbild für neuzeitliches Schaffen.“ Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

¹¹⁷ Vgl. Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

Kahrs Erfahrungen und sein Ruf führten ihn nach zweieinhalb Jahren Dienst in Schwaben zurück in die Hauptstadt München. Fortan war Kahr im Innenministerium für die Verbindung der Kunst mit der öffentlichen Bautätigkeit in Bayern zuständig. Er setzte in einem eigens neu geschaffenen Referat für Heimatschutz Akzente. Kahr schrieb es sich zu, künstlerische Beratung für öffentliche Bauten in den Bezirken eingeführt und ein neues Baurecht, das auch den Landschaftsschutz mit einbezog, geschaffen zu haben. Fortan durften weithin sichtbare Anhöhen, Flussläufe und Ufer nicht mehr bebaut werden, um freie Sicht auf diese landschaftlichen Eckpunkte zu gewährleisten. Diese Grundsätze gelten in Bayern bis heute. Weiter setzte er sich vor allem in München städtebaulich für den Erhalt und die Renovierung des Bestehenden ein, etwa im Falle des Preysing-Palais oder der Ludwigsstraße. Gleiches galt für den ländlichen Raum: Die Schlösser Schwindegg und Neuburg am Inn wurden auf Betreiben Kahrs in staatlicher Hand bewahrt.¹¹⁸ Wieder war Kahr hier die Erhaltung des vermeintlich Alten und Guten, sei es nun in Landschaft oder Architektur, die Richtschnur.

Kahrs Karriere in München entwickelt sich stetig voran. Im Jahr 1912 wurde er zum Ministerialdirektor und Staatsrat ernannt, ohne das von ihm im Innenministerium aufgebaute Referat aus der Hand zu geben. Er fungierte als Stellvertreter des Innenministers Baron von Soden. Hier erlebte er den Kriegsausbruch, welchen er mit nachdenklichen Tönen kommentierte: Seinen persönlichen, unerfüllten Wunsch nach einem Stammhalter relativierte er mit der Einsicht, wie schwer es nun wäre, den ersehnten Sohn jetzt im Felde wieder zu verlieren. Auch die sich während des Krieges ständig verschlechternde Stimmung unter den Soldaten sowie deren niederschmetternde Erzählungen während des Heimaturlaubes, welche zunehmende Kritik in der Zivilbevölkerung bewirkten, behauptet Kahr zur Kenntnis genommen zu haben. Er sei jedoch angesichts seiner Warnungen vor einem Umsturzpotenzial im Volk bis kurz vor der Revolution als Schwarzseher belächelt worden.¹¹⁹

1917 bewarb sich Kahr um das frei werdende Amt des Regierungspräsidenten von Oberbayern, obwohl König Ludwig III. eher das Amt des protestantischen Oberkonsistorialpräsidenten für ihn im Auge hatte, welches mehr Bezug zu Kahrs

¹¹⁸ Vgl. Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

¹¹⁹ Vgl. Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50. Noch in seinen viele Jahre später verfassten Lebenserinnerungen ist Kahr, wann immer er den damaligen Ministerpräsidenten Dandl erwähnt, voll Abneigung und wirft der damaligen Regierungspitze unterschwellig Versagen vor. So schreibt er über ein Gespräch mit dem abgesetzten Ludwig III, in dem es um Dandls Rolle während der Revolution ging: „Was mir der König über den weiteren Inhalt dieser seiner Unterredung mit dem Minister Dandl erzählt hat, will ich verschweigen. Ruhmvoll war es für letzteren nicht.“ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 635.

protestantischer Konfession aufgewiesen hätte. Kahrs persönliches Ziel war es, „in eine absolut selbstständige Stellung“¹²⁰ zu gelangen. Sein Gestaltungs- und Führungswille kam hier klar zum Ausdruck. Hinzu kamen Differenzen mit seinem seit 1916 amtierenden vorgesetzten Minister Friedrich von Brettreich, der eine selbstständige Amtsführung Kahrs nicht mehr in dem Maße zuließ.¹²¹ So gelangte er zu der „interessanten und schönsten Stellung, die ein Beamter in der Vorkriegszeit in Bayern erreichen konnte.“¹²² Die Betonung der Vorkriegszeit hinsichtlich der Schönheit des Amtes kam, wie Deutinger ausführt, nicht von ungefähr. Nach dem Winter 1916/1917 hatten die bayerischen Kreisregierungen vor allem Notstand, Hunger und die Zwangsbewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen zu verwalten. Kahr legte auch angesichts dieser trostlosen Aufgabe Pragmatismus an den Tag. So fasste er Pläne zur Reaktivierung aufgelassener Almbetriebe. Dennoch blieb dem Regierungspräsidenten, wie so vielen, am Ende nichts, außer Durchhalteparolen auszugeben.¹²³

Mit der Revolution kam im November 1918 das prägende Erlebnis für Kahrs Zukunft, welches trotz aller angeblichen Voraussetzungen des Unruhepotentials im Volk Kahrs Weltbild zutiefst erschüttern sollte und welches er sein restliches Leben nie ganz verarbeiten konnte. „Vielleicht hätte mich ein ehrlicher Soldatentod vor den traurigsten Erlebnissen des November 1918 und 1923 bewahrt.“¹²⁴, so kommentierte er später. In der Revolution sah er fortan das schreiende Unrecht und propagierte dies auch bei zahlreichen Gelegenheiten. Er habe in dem „Verbrechen“ der Revolution und der deutschen Niederlage „das Schwerste erlebt, was ein deutscher Mann erleben konnte.“ Die Welt, wie Gustav von Kahr sie für richtig hielt, blieb hinter dem Umsturz zurück. „Ja was liegt nicht alles zwischen dem Damals und dem Heute. Dem Damals eines großen, stolzen, mächtigen Kaiserreichs, das durch Hundert und mehr Jahre die Sehnsucht unserer Väter gewesen ist; und dem Heute, das uns mit tiefster Sorge um unser Vaterland erfüllt....“¹²⁵, so Kahr in einer Rede aus dem Jahr 1921. Angesichts der Unruhen in München, die sich auch gegen die Kreisregierung richteten, sah sich Kahr im Laufe der Revolution

¹²⁰ Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

¹²¹ Vgl. Deutinger, Kahr, S. 222f.

¹²² Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

¹²³ Vgl. Deutinger, Kahr, S. 223.

¹²⁴ Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

¹²⁵ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 907.

schließlich gar gezwungen, bei einem Bekannten aus seiner Erdinger Zeit¹²⁶ auf dem Land unterzutauchen.¹²⁷

Dennoch bildete Kahr keine Ausnahme innerhalb der grundsätzlichen Praxis der ehemals königlich bayerischen Beamtenschaft gegenüber der Regierung Eisner. Er führte, um schlimmeres Chaos zu verhindern, seine Behörde weiter, wobei er unnötigen Kontakt zu den neuen Ministern sowie einen Amtseid auf die neue Staatsform vermied. Kahr erwarb sich in der Folge Verdienste um die Beschäftigung der Kriegsheimkehrer, von denen er 20 000 Mann heranzog und sie, ganz im Sinne der Lebensmittelknappheit, zur Kultivierung von Moorgebieten einsetzte - eine Aufgabe, die zuvor schon durch Kriegsgefangene von statten ging. Mit dem offiziellen Ende des Kriegszustandes in Bayern, der durch den Ausnahmezustand von 1919 ersetzt wurde, erhielt Kahr als Chef der Kreisverwaltung unter dem neuen Titel „Staatskommissar für den Regierungsbezirk Oberbayern“¹²⁸ schließlich erhebliche ordnungspolitische Aufgaben zugeteilt.¹²⁹ In das Jahr 1919 fiel auch die Aufnahme der Tätigkeit, die seine Popularität bis zum Ministerpräsidenten steigern sollte und zur Schicksalsfrage seiner Person wurde, nämlich die tatkräftige Hilfe beim Aufbau der bayerischen Einwohnerwehr. Dies soll im entsprechenden Kapitel jedoch gesondert und ausführlich besprochen werden.

Fasst man Kahrs Vita zusammen, so kann man nur von einer beeindruckenden Karriere in den Strukturen des Königreiches sprechen, die Kahr einen glänzenden Ruf beschert hatte. In einer wahrscheinlich 1924 verfassten Lobschrift auf Gustav von Kahr heißt es treffend über dessen Ruf vor dem Regierungsantritt: „Von Kahr war nicht lediglich der in allen Abteilungen des Staatsdienstes wohl bewanderte Verwaltungsbeamte; Kahr war viel mehr. Hatte er sich doch auf mancherlei Gebieten als starker Organisator und auch als Neuschöpfer betätigt, und dabei Leistungen zuwege gebracht, die ihn als eine Persönlichkeit von Initiative, weitem Blick und Mut zur Verantwortung schon seit Jahren gekennzeichnet und weit über das Durchschnittsmaß bemerkenswert erscheinen ließ.“¹³⁰ Stephan Deutinger kommt in seinem Werk über die Regierungspräsidentenzeit Kahrs zu dem Urteil, dass Kahr zwar als Politiker umstritten sein mag, jedoch im Verwaltungsdienst „Beachtliches geleistet“¹³¹ hat. Vor dem Hintergrund der

¹²⁶ Asyl in dessen Haushalt bot der Beamte Englert, der zeitgleich mit Kahr als Assessor in Erding tätig war. Vgl. Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

¹²⁷ Vgl. Deutinger, Kahr, S. 223.

¹²⁸ München war hier ausgenommen. Vgl. Deutinger, Kahr, S. 225.

¹²⁹ Vgl. Deutinger, Kahr, S. 224f.

¹³⁰ Lobschrift auf Kahr ca. 1924, BayHStA, NL Kahr 22.

¹³¹ Deutinger, Kahr, S. 221.

vorliegenden Arbeit gilt es aus dem Lebenslauf des Gustav von Kahr bis hin zu seiner Ministerpräsidentenschaft vor allem festzuhalten, dass die BVP im März 1920 nicht irgendeinem Staatsdiener das Amt des Ministerpräsidenten angetragen hat, sondern einem der bekanntesten, kreativsten und tatkräftigsten Köpfe, den die bayerische Verwaltung aufzubieten hatte. Allerdings hatte man auch eine Person berufen, die dem Wandel vom Königreich zur Republik voller Abscheu gegenüberstand.

3.2. Regierungsantritt

3.2.1. Das Ende der Regierung Hoffmann im Zuge des Kapp-Putsches und die Rolle Kahrs

Oft wurde in der zeitgenössischen bayerischen Politik¹³², im Blick von außen auf Bayern¹³³ und auch in der Forschung im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel vom MSPD-Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann auf Kahr der Begriff „Kahr-Putsch“ verwendet.¹³⁴ Karl Ludwig Ay sprach gar von einem „Gewaltstreich des oberbayerischen Regierungspräsidenten Gustav von Kahr gegen die sozialdemokratisch geführte bayerische Regierung.“¹³⁵ Auch diese Arbeit soll sich hiermit auseinandersetzen, indem sie die Umstände des Regierungsantritts Gustav von Kahr untersucht und schließlich ein Urteil fällt.

Der konkrete Anlass für einen Regierungswechsel zugunsten der bürgerlichen Kräfte in Bayern wurde mit dem Kapp-Lüttwitz-Putsch¹³⁶ in Berlin gegeben¹³⁷, das Ende der

¹³² Laut Zimmermann bezeichneten zuerst die Sozialdemokraten die Geschehnisse um den 13.3.1920 als „Poehner-Kahrputsch“. Vgl. Zimmermann, Bayern, S. 83.

¹³³ So protestierte der bayerische Gesandte in Berlin im April 1920 heftig gegen alle Unterstellungen, die bayerische Regierung sei auf einem nicht ganz verfassungsgemäßen Weg zustande gekommen. Vgl. Bayerische Gesandtschaft Berlin an Ministerium des Äußeren am 8.4.1920, BayHStA, MA 102068.

¹³⁴ Peter Kritzer bezeichnete beispielsweise das ganze erste Kabinett Kahr als „Putsch-Regierung Kahr“ Kritzer, Hoegner, S. 41. Für Fenske liegt ein „trockener Kahr-Putsch“ nahe, zumindest aber sei es „leerer Formalismus“, den Regierungswechsel als verfassungsgemäß zu bezeichnen. Vgl. Fenske, Konservatismus, S. 95. Vgl. ferner Kritzer, Sozialdemokratie, S. 156ff.; Reimann, Müller-Meinigen, S. 248ff. Abseits der Forschung legte auch Adolf Hitler, um sein eigenes Tun zu verharmlosen, im Hitlerprozess von 1923 Wert darauf, dass Kahr durch einen „Putsch, den im bescheidenen Umfang hier in München ein Hauptmann mit einem Dutzend Leute zuwege brachte, den Ministerpräsidentenstuhl bestieg.“ Zit. bei Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 29.

¹³⁵ Ay, Räterepublik, S. 12.

¹³⁶ Kahr stand nach eigenen Angaben, wie er vor dem Ministerrat im April 1920 versicherte, in keinem Kontakt zu Kapp. Er habe diesen ein einziges Mal im Frühling 1915 persönlich gesehen. Vgl. Ministerratssitzung vom 29.4.1920, BayHStA, MA 99515.

¹³⁷ Zum Geschehen in Berlin vgl. Erger, Kapp-Lüttwitz-Putsch, S. 108ff.

Regierung Hoffmann hatte sich jedoch bereits im Vorfeld angekündigt.¹³⁸ Eine gewisse Rechtslastigkeit in der allgemeinen Stimmung in Bayern war schon seit längerer Zeit zu bemerken. Sinnbild hierfür wurde der Prozess um den Eisner-Mörder Anton Graf Arco auf Valley, der zwar zunächst zum Tode verurteilt, bald aber begnadigt wurde. In seinem Plädoyer rühmte der Staatsanwalt den angeklagten Mörder höchster Tugenden und wies ihm Vorbildcharakter zu: „Wäre unsere Jugend insgesamt von solch glühender Vaterlandsliebe beseelt, wir hätten Hoffnung, mit froher Zuversicht der Zukunft unseres Landes entgegenzusehen.“¹³⁹ Die Sozialdemokraten, allen voran Innenminister Endres, hatten gerade in München große Schwierigkeiten, gegen rechte Auswüchse vorzugehen. Trotz manchen Protests des Innenministeriums unterließen es die Polizeibehörden in München oft, bei rechtsradikalen Demonstrationen, die eigentlich durch den in Bayern geltenden Ausnahmezustand verboten gewesen wären, einzuschreiten. Dieses schlechte Verhältnis zur Polizei und auch zur Einwohnerwehr verdeutlichte sich seit Ende 1919 immer mehr.¹⁴⁰ Auch das Verhältnis der Koalitionspartner BVP und MSPD hatte sich bis zum Jahreswechsel 1919-1920 gewandelt.¹⁴¹ Hoffmanns antikonfessionelle Schulpolitik¹⁴² sorgte für Erregung in der BVP.¹⁴³ Die außenpolitische Lage brachte Zustimmung zu all jenen Stimmen in der BVP, die sich trotziger als die Sozialdemokraten zeigten. Darüber hinaus wurde der Gegensatz zwischen dem stark föderalistischen Kurs der BVP und dem zunehmenden Unitarismus der deutschen Sozialdemokratie immer deutlicher. Und schließlich kam auch eine abnehmende Unterstützung der MSPD durch die Bevölkerung hinzu, sodass die Konservativen sich von der Partei des - zudem als schwierige Person gesehene¹⁴⁴ - Ministerpräsidenten Hoffmann stückweise entfremdeten. Auch die Furcht vor einer allzu akuten Putschgefahr von links, auf Grund derer man noch ein Jahr zuvor den Sozialisten die Leitung der Regierung überlassen hatte, schwand allmählich.¹⁴⁵ Gleichzeitig wuchs in den Reihen der Sozialdemokratie die Abneigung zum Koalitionspartner BVP. Bereits im September 1919 forderte die Landeskonferenz der MSPD eine Umbildung der Regierung unter Androhung des Rücktritts sämtlicher sozialdemokratischer Minister. Wie diese Umbildung angesichts

¹³⁸ Vgl. Schwend, Bayern, S. 131.

¹³⁹ Zit. bei Thoss, Ludendorffkreis, S. 110.

¹⁴⁰ Vgl. Lange, Bayern, S. 76ff.

¹⁴¹ Gabriele Sperl spricht dem Bündnis den Charakter einer „permanenten Zerreißprobe“ zu. Vgl. Sperl, Wirtschaft, S. 400.

¹⁴² Vgl. Kritzer, Sozialdemokratie, S. 142. Vgl. Schilcher, Parlamentarismus, S. 122ff.

¹⁴³ Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 117.

¹⁴⁴ Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 112/113 vom 21.3.1920.

¹⁴⁵ Vgl. Sperl, Wirtschaft, S. 400.

der Tatsache hätte gelingen sollen, dass nicht die MSPD, sondern die BVP die stärkste Kraft im Lande darstellte und im Kabinett dennoch schon jetzt merklich schlechter vertreten war, wurde nicht näher erörtert. Erst im Oktober beruhigte sich die Situation nach einem Rückzieher der sozialdemokratischen Landeskonferenz wieder.¹⁴⁶

Demgegenüber stieg das Selbstbewusstsein in den Reihen der BVP, die Verhältnisse in Bayern hatten sich etwas stabilisiert und es erschien für das erste Halbjahr 1920 - mit oder ohne Kapp-Putsch - wahrscheinlich, dass die Konservativen eine Rolle innerhalb der Regierung einfordern würden, die ihrem Status als stärkste politische Kraft des Landes auch gerecht würde.¹⁴⁷ Klaus Schönhoven zeichnet in seinem Werk über die Partei eine Linie des schrittweisen Austritts aus der Weimarer Koalition und letztlich der Isolation der Partei, die ganz logisch irgendwann auch den Rechtsruck im bayerischen Ministerrat beinhalten musste. Anfang Januar 1920 hatte sich die Partei auf Betreiben des mächtigen Bauernführers Georg Heim, der noch Monate zuvor als einziger offen gegen die Weimarer Verfassung stimmte, aus der Fraktionsgemeinschaft mit dem Zentrum gelöst. Nur wenige Tage nach dem Trennungsbeschluss der BVP verließ der Reichsschatzminister der Partei Wilhelm Mayer¹⁴⁸ das Reichskabinett. Schönhovens Argumentation ist hinsichtlich der politischen Entwicklung der BVP durchaus zu bestätigen, auch wenn er Georg Heim – wie die vorliegende Arbeit noch zeigen wird – wohl eine zu aktive Rolle beim schlussendlichen Regierungswechsel in Bayern zukommen lässt. Der von der BVP unter Leitung Heims eingeschlagene Sonderweg war jedoch eine grundsätzliche Voraussetzung für die bayerische Entwicklung der nächsten Jahre.¹⁴⁹ Die BVP hatte die Weichen für eine Zukunft ohne Hoffmann und ohne MSPD schon lange vor dem März 1920 gestellt.

Auch gegenüber der bewaffneten Macht in Bayern geriet die Sozialdemokratie mehr und mehr in die Defensive. Ministerpräsident Hoffmann befand sich seit längerer Zeit, nicht erst seit den Geschehnissen um den Kapp Putsch in Berlin, unter dem Druck des General Möhl. Möhl drängte darauf, dass die Regierung die vollziehende Gewalt in Bayern (im Reich war dies bereits der Fall) nach Art. 48, Abs. 2 WRV an die Reichswehr übertragen solle. Zielsetzung Möhls war es zwar nicht eine Diktatur seiner Person zu errichten, wohl

¹⁴⁶ Vgl. Kritzer, Sozialdemokratie, S. 142f.

¹⁴⁷ Vgl. Keßler, Held, S. 383.

¹⁴⁸ Mayer gehörte zu den Gründern der BVP in München und nahm später Stellungen wie die des zweiten Botschafters in Paris ein, an denen er durchaus einflussreich blieb, jedoch nicht in erster Reihe stand. Vgl. Reuter, Eminenz, S. 9.

¹⁴⁹ Vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 38ff.

aber mittels der Reichswehr reaktionär im sozialdemokratisch regierten Bayern zu wirken.¹⁵⁰ Innerhalb der bayerischen Reichswehr herrschte eine Abneigung gegen den Umstand, dass der bayerische Ausnahmezustand, der im Dezember 1919 den Kriegszustand ablöste, die vollziehende Gewalt in die Hände der Zivilverwaltung und unter die offizielle Oberaufsicht des sozialdemokratischen Innenministers gelegt hatte.¹⁵¹ Es waren also aus diversen Gründen keine guten Zukunftsaussichten für den Ministerpräsidenten Hoffmann mehr zu sehen.

Am 13. März 1920 schließlich vollzog sich in Berlin jenes dilettantische Unternehmen, das als „Kapp-Lüttwitz-Putsch“ in die Geschichte eingehen sollte. Trotz des schlussendlichen Scheiterns des Putschversuches verdeutlichten die Ereignisse, dass die Weimarer Republik auf schwachen Beinen stand. Besonders zeigte sich die starke und unabhängige Rolle der Reichswehr im jungen Staat, aus welcher einerseits die Putschisten maßgeblich hervorgingen. Andererseits lehnten es auch die nicht-putschenden Militärs mit der bekannten Begründung „Truppe schießt nicht auf Truppe“ ab, die Organe der Republik gegen Putschisten zu verteidigen. Am Ende setzte sich trotz dieser Weigerung die verfassungsmäßige Ordnung durch. Vor allem mehrere Generalstreiks der Arbeiterschaft wandten sich eindrucksvoll gegen Kapp. Obwohl die Regierung des sozialdemokratischen Reichskanzlers Bauer zunächst aus der Hauptstadt fliehen musste, brach der Putsch binnen weniger Tage auf Grund öffentlichen Widerstands in sich zusammen.¹⁵² Bayern unter Hoffmann hatte sich in einer gemeinsamen Erklärung mit den süddeutschen Nachbarstaaten Baden und Württemberg schon früh öffentlich gegen den Putsch und auf die Seite der verfassungsmäßigen Reichsregierung gestellt.¹⁵³

In München witterte jedoch General Möhl als bayerischer Landeskommandant der Reichswehr in diesen Stunden die Chance zu einem Machtgewinn für die Armee. Er schloss sich zwar, wie er dem Ministerrat am Morgen des 13. März 1920 versicherte, dem Putsch nicht an,¹⁵⁴ er wolle aber selbstständig den bayerischen Teil der Reichswehr führen, bis sich in Berlin die Verhältnisse wieder geordnet hätten. Und dazu benötige er nun die sofortige Übertragung der vollziehenden Gewalt in Bayern. Der Ministerrat stellte sich zunächst gegen dieses Ansinnen, zog die Maßnahme aber prinzipiell in Betracht.

¹⁵⁰ Vgl. Hennig, Hoffmann, S. 425ff.

¹⁵¹ Vgl. Lange, Bayern, S. 61ff.

¹⁵² Vgl. Büttner, Weimar, S. 137ff.

¹⁵³ Vgl. Könnemann, Putsch, S. 912.

¹⁵⁴ Horst Nusser mutmaßt, dass Möhl, wenn auch sicher nicht am Putsch beteiligt, durch seine Kontakte nach Berlin zumindest „konkrete Ahnungen“ von den Putschvorbereitungen Kapps gehabt haben könnte. Vgl. Nusser, Druck, S. 849.

Zunächst bekannten sich die Regierung und der General sowie das Landtagspräsidium, die BVP, die MSPD, der Bauernbund, die BMP und die DDP in einem öffentlichen Aufruf zur geltenden Verfassung und fügten hinzu, dass zu einem Generalstreik¹⁵⁵, wie im Norden Deutschlands, in Bayern kein Grund bestehe. Am Abend aber erhöhte Möhl den Druck nochmals. Er gab dem Kabinett auf Nachfrage zur Kenntnis, dass möglicherweise unter den Zeitfreiwilligen putschistische Strömungen bestünden. Sollte sich das Kabinett unentschlossen zeigen, dann könne er für die Sicherheit der Regierung nicht bürgen.¹⁵⁶ Der Regierung riet er insbesondere für Mittelfranken zu einer Übertragung der vollziehenden Gewalt an die Reichswehr.¹⁵⁷ Auch Möhls Tagesbefehl, den er ebenfalls am Abend des 13. März herausgab, konnte für die Regierung wenig vertrauenserweckend wirken: Er stellte sich hier zwar hinter die verfassungsmäßigen Zustände in Bayern und forderte seine Soldaten zur Achtung derselben auf, relativierte dies jedoch vergleichbar mit seinen Generalitätsskollegen in Berlin, indem er es als nicht zumutbar darstellte, dass Reichswehreinheiten gegen andere Reichswehreinheiten eingesetzt würden.¹⁵⁸ Es lässt sich sagen, dass zunächst immerhin ein Dialog zwischen bayerischer Reichswehr und bayerischer Regierung im Vordergrund stand, wenngleich die Regierung Hoffmanns keine Versicherung uneingeschränkter Loyalität seitens der bayerischen Reichswehr erhielt.

Der Berliner Putsch sollte in seinen Nachwirkungen vor allem im linken Lager für längerfristige Aktivität sorgen, wurde doch in Norddeutschland der Generalstreik¹⁵⁹ als Reaktion auf Kapp ausgerufen. Die Gegenwehr zu Kapp schlug stellenweise in bewaffnete Kommunistaufstände um, die man in Bayern mit Unbehagen beobachtete. Es sollte Wochen dauern, bis sich die Situation in dieser Hinsicht entspannte.¹⁶⁰ Dies, nicht ein überhitzter Gewaltstreich an der Isar, sollte nun dafür sorgen, dass der Kapp-Putsch nachhaltige Wirkung im Sinne der politischen Rechten nicht direkt an seinem Ursprungsort Berlin entfaltete, sondern indirekt im Freistaat Bayern. Hier herrschte – wie

¹⁵⁵ Es kam dennoch zu Streiks in einigen Städten, die bis 18. März aber wieder beendet wurden. Vgl. Schwarze, Polizei, S. 88.

¹⁵⁶ Möhl wörtlich: „Mit einer entschlossenen Regierung wird die Truppe gehen. Wenn die Regierung freilich nicht entschlossen ist, kann sie mir aus der Hand gehen.“ Zit. bei Müller-Meinigen, Bayerns, S. 231.

¹⁵⁷ Vgl. Kritzer, Sozialdemokratie, S. 156f. Es ist überaus vielsagend, dass Möhl sich während eines rechten (!) Putsches zunächst um die Kontrolle Mittelfrankens, in dessen Herz die sozialdemokratisch dominierte Stadt Nürnberg lag, bemühte. Die Kontrolle der Stadt Nürnberg sollte, wie die Arbeit noch zeigen wird, in den folgenden Jahren ein allzeit erstrebenswertes Ziel der rechtslastigen Kräfte innerhalb der bayerischen Staatsspitze bleiben.

¹⁵⁸ Vgl. Hürten, Anfänge, S. 5.

¹⁵⁹ In Bayern sollte erst nach dem Rücktritt der Regierung Hoffmann ein Generalstreik beginnen, dessen Ausmaß sich jedoch hinsichtlich der tatsächlichen Umsturzgefahr in Grenzen hielt. Vgl. Lange, Bayern, S. 84.

¹⁶⁰ Vgl. Schwend, Bayern, S. 145.

Möhl ja selbst eingestand - in weiten Teilen der Reichswehr, vor allem unter den Münchener Zeitfreiwilligen, große Zustimmung zu Kapp. In der Türkenkaserne peitschten junge Offiziere am 13. März ihre Kameraden, oftmals studentische Freiwillige, mit nationalen Reden auf. Nur mit Mühe konnten die Soldaten und national gesinnten Heißsporne, unter die sich auch ein Adolf Hitler gemischt hatte, durch den Generalstab im Zaum gehalten werden. Im Laufe des Tages fanden Besprechungen zwischen Vertretern der Reichswehr und der Einwohnerwehrleitung¹⁶¹ statt, für welche die Einwohnerwehrchefs Georg Escherich und Rudolf Kanzler eigens nach München geeilt waren. Als sich die Kunde verbreitete, dass die Regierung eine Kundgebung der KPD und USPD im Zirkus Krone¹⁶², dem größten Saal der Stadt, für den Folgetag erlaubt hatte, wurden in der Türkenkaserne Rücktrittsforderungen an Hoffmann laut. Die Stimmung verschärfte sich.¹⁶³

In dieser Lage machte sich eine Delegation, der neben den Einwohnerwehrvertretern auch Kahr¹⁶⁴ und der Münchener Polizeipräsident Pöhner angehörten, auf zu General Möhl, um ihn nachdrücklich in dessen Vorhaben zu bestärken, sich nun schnellstmöglich von Hoffmann die vollziehende Gewalt im Freistaat übertragen zu lassen. Dies allein könne die Vorgänge in geregelten Bahnen halten, ansonsten seien Truppe und Verbände nicht mehr zu kontrollieren. Dass die Dinge in der Tat eilten, zeigt die nächtliche Stunde

¹⁶¹ Teilnehmer dieser Gesprächsrunden waren die Landeshauptmänner der Einwohnerwehr Escherich und Kanzler, der Stabsleiter der Einwohnerwehr Kriebel, dessen Stellvertreter Siry, Oberst von Epp, die Reichswehroffiziere Oberleutnant Hemmeter und Rittmeister von Thüngen sowie General Schoch. Heim wurde erst am 14. März verständigt und war am 13. März noch nicht in München. Die Delegation, die sich in der Nacht auf den 14. März zu Möhl aufmachte, bestand aus Kanzler, Kriebel, Hemmeter, Kahr und Pöhner. Vgl. Franz-Willing, Hitlerbewegung, S. 87.

¹⁶² Diese immer wieder als Anlass für die Übertragung der vollziehenden Gewalt an Möhl bemühte Veranstaltung, dürfte zwar im Stadtgespräch für manche Schreckensszenarien gesorgt haben, verlief aber in Wirklichkeit sehr gesittet. Dem Bericht der grundsätzlich antisozialistischen Münchner Neuesten Nachrichten zufolge ergingen dort keinerlei Forderungen nach einem neuen Umsturz, sondern vielmehr ein vom breiten Mehrheit getragener Aufruf zu einem „kühlen Kopf“ und einer einmütigen Unterstützung der Regierung Hoffmann. Diese stehe einer „Diktatur der Reaktion“ oder einer „Regierung Dr. Heim-Moehl-Epp“ als Alternative gegenüber. Zur Abwehr der Geschehnisse in Berlin habe sich die USPD solidarisch und friedlich neben DDP und MSPD zu stellen. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 112 vom 15.3.1920.

¹⁶³ Nach den Aufzeichnungen des Reserveleutnants Hemmeter vom 13. und 14. März über die Gegebenheiten in München ersteckte sich diese erregte Stimmung auf die gesamte bayerische Reichswehr, da man zum einen Angst davor hatte, von der sozialdemokratischen Regierung Hoffmann gegen die Putschisten in Berlin eingesetzt zu werden, zum anderen nicht verstand, warum man selbst für Ruhe und Ordnung eintreten solle, während die Regierung kommunistische und somit verfassungsfeindliche Massenkundgebungen im Zirkus Krone gestatte. Vgl. Hürten, Anfänge, S. 6.

¹⁶⁴ Kahr wurde auf Veranlassung Escherichs zwischen ein und zwei Uhr Nachts herbeigerufen. Die Lagebesprechung der Einwohnerwehrleitung dauerte zu diesem Moment schon einige Zeit an. Vgl. Speckner, Ordnungszelle, S. 118.

– es war drei Uhr morgens - in der die Abordnung anschließend aufbrach, um Hoffmann zu treffen.¹⁶⁵

Der bayerische Ministerpräsident wurde durch den nächtlichen Besuch nicht überrascht, vielmehr hatte er ihn vorausgesehen. Er war am Abend des 13. März nicht zu Bett gegangen, sondern lag fertig angekleidet und wach neben seiner Gattin und wartete. „Ich komme“¹⁶⁶, so soll seine schlichte und gefasste Antwort gelautet haben, als zwischen vier und fünf Uhr ein Diensthofmann seinem Hausherrn mitteilte, dass General Möhl nach ihm verlange. Eine sofortige Entscheidung auf die Aufforderung der Abordnung, Möhl die vollziehende Gewalt zu übergeben, lehnte Hoffmann ab, da er solche Maßnahmen nicht alleine beschließen könne. Er berief daher auf sechs Uhr eine Ministerratssitzung ein.¹⁶⁷

Am 14. März 1920 also änderte sich unter anderem nach Einwirkung Kahrs und der Einwohnerwehrkreise die Haltung Möhls. Hatte er zuvor in relativ formellem Dialog mit der Regierung Hoffmann gestanden, lässt sich angesichts des nächtlichen Besuchs bei Hoffmann ein gewisser Druck auf die Regierung nicht mehr bestreiten. Als Hoffmann in seinen Amtsräumen eintraf, fand er dort Möhl in Begleitung von Einwohnerwehrchef Escherich, Polizeipräsident Pöhner und Kahr bereits vor. Wieder forderten sie, wie zu erwarten, die Übertragung der vollziehenden Gewalt im rechtsrheinischen Bayern auf General Möhl. Sie begründeten dies mit der Gefahr eines Putsches in Bayern. Dem Versuch, die Regierung Hoffmann mittels ihrer bestehenden Autorität als Reichswehrbefehlshaber, Polizeipräsident oder Regierungspräsident zu schützen, gaben die anwesenden Herren demzufolge keine größeren Chancen - geschweige denn Erfolgsgarantien. Peter Kritzer führt dies zu einem Vergleich mit Eisner, der 1918 mit dem Hinweis auf proletarische Massen, die zum Umsturz drängen würden, die Revolution begründete.¹⁶⁸ Richtig ist, dass hier die politischen Ziele der Einwohnerwehrführung deutlich ans Licht kamen. Ebenso ist aber festzuhalten – und das relativiert Kritzers Vergleich -, dass keiner der vier Besucher den Rücktritt Hoffmanns und seiner Regierung forderte. Auch ein Zitat Kanzlers, das Kritzer als Beleg anführt,¹⁶⁹ hält einer näheren Kritik nicht stand. Kanzler gab zwar zu, dass die Einwohnerwehr im Arco-Prozess und bei der Ermächtigung Möhls Druck ausgeübt hatte, eine Rücktrittsforderung an die

¹⁶⁵ Vgl. Willing-Franz, Hitlerbewegung, S. 87f.. Vgl. ferner Speckner, Ordnungszelle, S. 117.

¹⁶⁶ Zit. bei Hennig, Hoffmann, S. 434.

¹⁶⁷ Vgl. Speckner, Ordnungszelle, S. 119.

¹⁶⁸ Vgl. Kritzer, Sozialdemokratie, S. 157.

¹⁶⁹ Vgl. Kritzer, Sozialdemokratie, S. 160.

Regierung Hoffmann beinhaltete dies allerdings nicht.¹⁷⁰ Dass es Putschpläne innerhalb der Einwohnerwehr gab¹⁷¹ und dass es verständlicherweise im Sinne Pöhners, Escherichs, Heims und so manch anderer Kreise in Bayern war, die Sozialdemokraten aus der Regierung zu drängen, sei völlig unbestritten. Dass im Speziellen auch Kahr sich nach einer Ablösung der Regierung Hoffmann sehnte und hier auch auf außerparlamentarischen Druck – auch hinsichtlich einer Beeinflussung Möhls¹⁷² - baute, kann ebenso als sicher gelten. Dass Kahr und Genossen aber in dieser Situation offensichtlich und verfassungswidrig die Regierungsübernahme oder den Rücktritt Hoffmanns verlangt hätten, ist nicht der Fall.¹⁷³

Darüber ob die Einwohnerwehrführung und Möhl neben dem erwähnten politischen Druck auch faktischen bewaffneten Druck gegenüber Hoffmann und der Regierung ausgeübt hatten, besteht keine Gewissheit. Hier ranken sich, wie Andreas Kraus es ausdrückte, einige „Geschichtslegenden“¹⁷⁴, bei denen die eine Richtung darzustellen versuchte, dass der Rücktritt Hoffmanns unter dem Zutun anwesender, schwer bewaffneter Einwohnerwehrverbände vor sich gegangen wäre, während etwa der Justizminister Müller-Meiningen und andere keinen bewaffneten Druck auf die Regierung wahrzunehmen vermochten. Müller-Meiningen, der als führender Vertreter der demokratischen Partei sicherlich nicht in den Ruf eines Putschsympathisanten zu bringen ist, hielt fest, dass zwar im Laufe des Vormittags während der Kabinettsitzungen mehrmals Offiziersabordnungen bei ihm erschienen, die ihn vor einer kommenden Auflösung der Regierung warnen wollten, dass er aber den ehrlichen Eindruck gewonnen habe, diese stünden unter dem Eindruck der besagten kommunistischen Massenkundgebung im Zirkus Krone, deren Ausgang sie nicht zu beurteilen vermochten. Vor allem aber sei es laut Müller-Meiningen dem Ministerpräsidenten Hoffmann, bereits lange bevor Kapp in Berlin putschte, klar gewesen, dass sein Stand als Regierungschef unhaltbar geworden und er isoliert war.¹⁷⁵ Müller-Meiningen, der selbst für die Einwohnerwehr fördernd aktiv war, bestätigte damit die nicht offiziell begründete Anwesenheit von Zeitfreiwilligen im Umfeld der Regierung.¹⁷⁶ Natürlich dürfte er, der mit diesen Männern persönlich gesprochen hatte, dies weniger bedrohlich empfunden

¹⁷⁰ Vgl. Kanzler, Kampf, S. 123

¹⁷¹ Der württembergische Gesandte Moser von Filseck berichtete hierüber schon im Januar 1920 nach Stuttgart. Vgl. Benz, Politik, S. 49.

¹⁷² Vgl. Hennig, Hoffmann, S. 436.

¹⁷³ Vgl. dagegen Huber, Verfassungsgeschichte VII, S. 68.

¹⁷⁴ Kraus, Geschichte, S. 671.

¹⁷⁵ Vgl. Müller-Meiningen, Zeit, S. 237f.

¹⁷⁶ Vgl. Hennig, Hoffmann, S. 436.

haben, als etwa die Sozialdemokraten. Diese mussten ohne nähere Erklärung bewaffnete Einheiten im Regierungsgebäude zur Kenntnis nehmen. Dass sie hieraus eine gegen sie gerichtete Putschgefahr schlossen, liegt nahe. Zumindest auf Hoffmann dürfte damit - ob gewollt oder ungewollt - de facto wohl ein gefühlter bewaffneter Druck gewirkt haben. Zu einer greifbaren bewaffneten Konfrontation kam es aber nicht.

Man muss annehmen, dass sich die erwähnten Einheiten mit dem Wissen Möhls, Pöhners, der Einwohnerwehr und Kahrs im Regierungsgebäude aufhielten. Über die gesamten Vorgänge um den Regierungswechsel kam es auf Betreiben der MSPD unter Wortführung des Abgeordneten Friedrich Ackermann zu einem Nachspiel im Landtag. Auf die Aufforderung Ackermanns ergriff Gustav von Kahr am 4. Mai im Parlament das Wort, um die Vorgänge aus seiner Sicht aufzuklären. Er erklärte hierbei das Interesse der Staatsregierung „ohne Ansehen der Person alle mit dem Kapp-Unternehmen in Zusammenhang stehenden strafbaren Vorgänge restlos und beschleunigt aufzuklären und zur Verfolgung zu bringen sowie gegen jeden Putschversuch vor der rechten oder linken Seite mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen.“¹⁷⁷ Zur Zufriedenheit wurden die Vorgänge dennoch nie aufgeklärt. Vor allem die durch Kahr bestätigten, bewaffneten Soldaten (etwa 10 Mann) vor dem Regierungsgebäude sorgten für Diskussionen: Während Kahr diese zum einen dadurch verharmloste, dass es sich ja nicht um radikale, studentische Freiwillige, sondern lediglich um eine Gruppe unter Führung eines Offiziers, der aus den Mannschaftsgraden hervorgegangen war, gehandelt hatte, die sich lediglich nach dem Stand der Dinge erkundigen wollte, stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Ackermann dies später sehr in Frage. Seit wann sei es üblich, dass ein solch gewöhnlicher Offizier darüber Bescheid wisse, in welcher geheimen Mission der Kommandierende seiner Division gemeinsam mit dem Regierungspräsidenten von Oberbayern mitten in der Nacht den Ministerpräsidenten aufsuche und sich in Begleitung seiner Männer dann auch noch selbstständig nach dem Gang der Dinge erkundige?¹⁷⁸ Eine Argumentation, die nicht von der Hand zu weisen ist. Nationalsozialistische Literatur ging in den 30er Jahren gar noch einen Schritt weiter. Sie behauptete, dass ein Leutnant Österreicher vom Freikorps Oberland es gewesen sei, der mit einer kleinen Schar „Hoffmann in München wegjagte.“¹⁷⁹ Die Ereignisse wurden also später von den

¹⁷⁷ Verhandlungen des bayerischen Landtages, 61. Sitzung vom 4.5.1920.

¹⁷⁸ Vgl. Verhandlungen des bayerischen Landtages vom 4.5.1920.

¹⁷⁹ Roegels, Marsch, S. 148.

aktivistischen Kreisen des Zeitraums noch mit deutlichen Übertreibungen ausgeschmückt und überhöht.

Wesentlich ist die Tatsache, dass es, trotz der Anwesenheit bewaffneter Einheiten im weiteren Umfeld der Regierung, am Ende kein Gewaltstreich, sondern ordentliche Versammlungen des Ministerrats waren, in denen Hoffmann aufgeben musste. In seiner vorletzten Ministerratsitzung stand er alleine. Der Hoffmann Biograph Hennig kam zu dem Schluss, „dass sich in diesen Stunden ein kalter Staatsstreich vollzog, den nicht nur seine eigene Partei, die Liberalen, stillschweigend billigte, sondern auch von Hoffmanns Partei, der SPD, passiv hingenommen wurde.“¹⁸⁰ Hoffmann habe es im Gegensatz zu seinen Parteigenossen, die laut offizieller Darstellung aus Angst vor einer Eskalation der Gewalt in Bayern Möhls Verlangen stattgaben, abgelehnt, sich vom Militär vorführen zu lassen. Stattdessen war er gewillt, es auf eine Machtprobe mit den reaktionären Kräften in Bayern ankommen zu lassen. Der Ministerpräsident zog, nachdem das gesamte Kabinett Möhl mit der immerhin auf den Raum München begrenzten, vollziehenden Gewalt betraut hatte, aus dieser Isoliertheit sofort die persönliche Konsequenz seines Rücktrittes, den er am Abend auf seiner letzten Ministerratsitzung nochmals bestätigte.¹⁸¹ Das Kabinett folgte ihm und für die bayerischen Sozialdemokraten begann eine Oppositionszeit, die den Rest der Weimarer Zeit andauern sollte. Sie und die BVP entwickelten sich in den folgenden Jahren ohne nennenswerte Aussicht auf Besserung auseinander.¹⁸² Zur Entmachtung der Sozialdemokratie trug hier Hoffmanns persönlicher Schritt mehr bei, als der formelle Beschluss des Kabinetts. Zunächst bedeutete die Einschränkung¹⁸³ Möhls auf München Stadt und Land nämlich, dass der weitaus größte Teil Bayerns nicht unter der Gewalt des Generals stand. Und zweitens wurde ausdrücklich festgehalten, dass die Obergewalt nach wie vor beim sozialdemokratischen Innenminister Endres¹⁸⁴ läge.¹⁸⁵

¹⁸⁰ Hennig, Hoffmann, S. 437.

¹⁸¹ Vgl. Hennig, Hoffmann, S. 435ff.

¹⁸² Vgl. Kock, SPD, S.176ff.

¹⁸³ In der Praxis sollte Möhl sich zwar an seine lokale Begrenzung halten, in anderer Hinsicht jedoch seine Kompetenzen klar übertreten. So machte er Innenminister Endres gegen die Bestimmungen des bayerischen Ausnahmezustandes dessen alleiniges Recht zur Handhabung der Pressezensur streitig. Er griff damit auch die alleinige organisatorische Kompetenz des Gesamtministeriums für ein Generalstaatskommissariat in Bayern an. Am 16. März schon wechselte der Ministerrat Möhl gegen den ehemaligen Regierungspräsidenten der Pfalz, von Winterstein, aus und übertrug die vollziehende Gewalt so wieder in zivile Hände. Vgl. Lange, Bayern, S. 85f.

¹⁸⁴ Dies galt grundsätzlich, auch wenn Lange einwendet, dass Möhl durch die Übertragung der Pressezensur an die Polizeidirektion München wohl rechtswidrig dem Innenminister Kompetenzen entzogen hätte. Endres verbleibende Amtszeit und auch Möhls Kommissariat waren allerdings viel zu kurz, als dass dies zu einer größeren Diskussion sich hätte ausdehnen können. Vgl. Lange, Bayern, S. 85.

¹⁸⁵ Vgl. Speckner, Ordnungszelle, S. 120.

Stellt man schließlich die Frage nach der Motivation der Kabinettsmitglieder aus der BVP und der DDP, so ist anzunehmen, dass diesen der Gedanke einer längerfristigen Diktatur zwar fernlag, parteipolitische Hintergedanken aber natürlich eine Rolle gespielt haben mochten. Sie wollten zum einen General Möhl als Ministerrat die Vollzugsgewalt übertragen, um die Ruhe in Bayern zu gewährleisten, zum anderen wollten sie dies ausdrücklich im Verbund mit der MSPD tun. Auch wenn der BVP ein Rücktritt Hoffmanns natürlich wünschenswert erschien, so bedeutete dies noch kein faktisches Drängen auf ein Ausscheiden aller sozialdemokratischen Minister aus der Regierung.¹⁸⁶ Vielmehr wollte man die Sozialdemokraten dafür gewinnen, durch ihren Verbleib im Kabinett die neue Regierung vor allem gegenüber der Arbeiterschaft öffentlich zu legitimieren.¹⁸⁷ Obwohl das bürgerliche Lager nun seine Überlegenheit klar gestellt hatte, hörte dieser seit 1919 verbindende Grundgedanke ja nicht von einer Stunde auf die andere gänzlich auf zu existieren. Für die Koalitionspartner Hoffmanns war also der Rücktritt des Gesamtministeriums sicherlich langfristig erfreulich, kurzfristig aber noch nicht unbedingt ein dringendes Ziel.

Hoffmann und die Sozialdemokraten schieden also aus der Regierung aus, ohne alle Möglichkeiten zum Verbleib in derselben ausgeschöpft zu haben. Dies vollzog sich letztlich im Rahmen der Verfassung, nicht durch einen Gewaltstreich. Am Ende ist Andreas Kraus wohl mit seiner Formulierung rechtzugeben, dass sich der Rücktritt Hoffmanns und die Betrauung des General Möhl lediglich in „putschähnlicher Weise“¹⁸⁸ vollzogen hätten, jedoch durch Möhl und dem ihm als Regierungskommissar zur Seite gestellten Kahr eben keine Diktatur errichtet, sondern eine verfassungskonforme Praxis¹⁸⁹ geübt wurde. Auch Hürten ging in diese Richtung, wenn er erläuterte, dass man gegenüber dem tatsächlichen Putschpotential in Bayern, das wohl in einigen rechten Offiziers- und Verbändekreisen gegeben war, im Einvernehmen mit den Parteien einen

¹⁸⁶ Die Fraktionssitzung der BVP sprach am 17. März noch sehr offen über eine erneute Aufnahme der Mehrheitssozialdemokratie in eine Koalitionsregierung. Man ging jedoch davon aus, dass für die Sozialdemokraten die Personalie Kahr, den sie in sehr enger Verbindung mit der Reichswehr und Möhl sahen, hier ein deutliches Hindernis darstellte. Vgl. Sitzung der BVP Landtagsfraktion vom 17.3.1920, ACSP, Protokolle der BVP-Landtagsfraktion. Wiesemanns Annahme, die BVP habe die Putschsituation im Reich zur „Entfernung“ der Sozialdemokraten ausgenutzt, mag zwar im Bezug auf die Ministerpräsidentenschaft berechtigt sein, geht aber auf den Ministerrat bezogen etwas zu weit. Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 17.

¹⁸⁷ Vgl. Hennig, Hoffmann, S 443.

¹⁸⁸ Kraus, Geschichte, S. 672.

¹⁸⁹ In Hubers Verfassungsgeschichte wird betont, dass die nach bayerischer Verfassung (§64) als auch nach Weimarer Reichsverfassung (Art. 48 Abs. 4) verlangten Kriterien von „Gefahr im Verzug“ und die Beschränkung auf „einstweilige Maßnahmen“ erfüllt wurden. Wie auch zukünftig alle vergleichbaren bayerischen Verordnungen wurde die Ernennung Möhls doppelt mit Reichs- und Landesverfassung begründet, da eine alleinige Legitimation mit § 64 der bayerischen Verfassungsurkunde einer verfassungsrechtlichen Prüfung nicht standgehalten hätte. Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte VI, S. 696 ff.

Kompromiss gefunden hatte, der diese Kreise zurückhielt.¹⁹⁰ Der allgemeine Begriff „Putsch“ ist also nicht angebracht. Dass darüber hinaus im Speziellen von einem „Kahr-Putsch“ kaum die Rede sein kann, zeigt sich, wenn man bedenkt, dass die Personalie des künftigen bayerischen Ministerpräsidenten während all dieser Ereignisse in keiner Weise feststand. Hoffmann räumte am 14. März 1920 seinen Platz für einen ihm noch unbekanntem Nachfolger und nicht für Kahr, dessen Rolle während dieser Ereignisse gegenüber Escherich, Pöhner oder Möhl keine besonders hervorgehobene war. Dass die Person Kahr wirklich in den Mittelpunkt des Geschehens rückte, erfolgte erst nach Hoffmanns Rücktritt. Dies sei im nächsten Abschnitt erläutert.

3.2.2. Gustav von Kahr: Ohne Alternativen?

Bei aller politischen Willenskraft und Präsenz, die der oberbayerische Regierungspräsident Kahr im Rahmen der Einwohnerwehr an den Tag gelegt hatte, und bei aller Hartnäckigkeit, mit der er von 1920 bis 1924 das politische Leben in Bayern und Deutschland beeinflussen sollte – am Tage des Kapp-Putsches war es nicht zu erwarten, dass Gustav von Kahr in einigen Tagen zum Ministerpräsidenten von Bayern gewählt werden könnte. General Möhl etwa schlug noch am 15. März Kahr nicht als Ministerpräsidenten, sondern als zivilen Generalstaatskommissar vor.¹⁹¹ Vor allem aber der Name Georg Heim wird seit jeher in enge Verbindung mit den Märztagen 1920 gebracht, indem man Heim als den eigentlich sicheren neuen Ministerpräsidenten darstellte.¹⁹²

Hier gilt es zunächst zwei Dinge zu unterscheiden: Die angebliche Verstrickung Heims in die konkreten, umsturzartigen Planungen der Kapp-Verschwörer und die Möglichkeit einer demokratischen Wahl Heims durch den Landtag. Georg Heim spielte laut Bruno Thoss bei der Kapp Unternehmung zwar keine aktive Rolle, obgleich die Putsch Initiatoren im Vorfeld in Kontakt mit ihm standen. Er musste somit zumindest eine Vorahnung haben. Heim erklärte sich in solchen Gesprächen lediglich bereit, nach einem gelungenen Putsch inklusive politischem Rechtsruck, an dem er nicht mit plane und den er aus Prinzip nicht gut heiße, die Regierung in Bayern zu übernehmen. Der Bauernführer

¹⁹⁰ Spindler, Handbuch IV/I, S. 473

¹⁹¹ Vgl. Könnemann, Putsch, S. 924f.

¹⁹² So schrieb Schwend: „Es wäre die Stunde Dr. Heims gewesen. Die Entscheidung fiel nicht für politisches Führertum, sondern für ein politisches Figurantentum.“ Schwend, Bayern, S. 153.

hätte also die vollendete Tatsache einer Putschregierung in Berlin anerkannt, während er aktive Unterstützung nicht leistete. Davon, das bayerische Kabinett über die Pläne einiger Militärvertreter zu informieren, vor allem die des mit ihm in Kontakt stehenden Hauptmann Berthold, der Heim für Putschpläne innerhalb des Militärs zu begeistern versucht hatte, sah Heim allerdings ab.¹⁹³ Seine Haltung in diesen Tagen ist damit auch ohne aktive Rolle zumindest als zweifelhaft zu bezeichnen. Von einer Unterstützung einer kommenden rechtsgerichteten Reichsregierung erhoffte er sich im Gegenzug föderalistische Geschenke. Eine Regierung Heims in Bayern war allerdings für die Putschisten, die ja vor allem reichspolitische Ziele verfolgten, bestenfalls ein Nebengedanke, keinesfalls aber ein zentrales Anliegen. In einer Besprechung der bayerischen Putschisten nach dem Besuch des Hauptmanns Berthold am 21. Februar bei Heim wurde die Person des Bauerndoktors nicht einmal mehr erwähnt.¹⁹⁴ Wirklich ernstzunehmende Planungen zu einem „Heim-Putsch“, der auf breiter Basis gestanden wäre, gab es also nicht.

Dennoch stehen darüber hinaus Thesen im Raum, wonach Heim später bei konkreten Geschehnissen im März 1920 auf welchem Wege auch immer die Regierung hätte übernehmen können – sei es mit oder gegen die Verfassung. Nur aus eigener Entscheidung wäre er schlicht und einfach „lieber im Hintergrund“¹⁹⁵ geblieben. Der überaus Heim-freundliche Hermann Renner kam in seinem Werk über den „Bauerndoktor“ zu dem Schluss, dass für Heim ein einfaches „Ja“ genügt hätte, um Ministerpräsident zu werden. Er führt dazu auch Bemühungen in diese Richtung an, die außerhalb von Parlament, Parteien und Ministerrat stattgefunden hätten. Heim sei am frühen Morgen des 14. März 1920 von zwei Vertretern der Einwohnerwehr in Regensburg aufgesucht worden, die den Auftrag gehabt hätten, ihn per PKW nach München zu bringen, wo er die Regierung übernehmen sollte. Heim trat laut Renner diese Fahrt tatsächlich mit dieser Tendenz an. Er sei sich in München angekommen jedoch klar geworden, dass in den Kreisen, die ihn sicherlich unterstützen wollten, auch zu radikale, zu rassistische und zu preußische Elemente enthalten waren. Dem ständigen Druck dieser Gruppen habe er sich nicht aussetzen wollen.¹⁹⁶ Es ist tatsächlich davon auszugehen, dass Heim den beiden morgendlichen Besuchern skeptisch gegenüberstand und keinen Anlass

¹⁹³ Dies steht gegen die Annahme Speckners, der Putsch sei „für ganz Bayern völlig überraschend“ gekommen. Vgl. Speckner, Ordnungszelle, S. 115.

¹⁹⁴ Vgl. Thoss, Ludendorffkreis, S. 107f.

¹⁹⁵ Maga, Leicht, S. 79.

¹⁹⁶ Vgl. Renner, Heim, S. 184f.

hatte, sie allzu ernst zu nehmen. Denn was Renner verschwieg: Es handelte sich bei der Delegation mit höchster Wahrscheinlichkeit nicht um anerkannte und hochrangige Vertreter der Einwohnerwehren. Hennig nennt als die Namen der beiden Männer: Dietrich Eckart und Adolf Hitler. Beide hätten Heim nicht das Amt des Ministerpräsidenten, sondern das eines Diktators angetragen. Anders als in Renners Darstellung, war Heim laut Hennig nicht nach München mitgefahren, sondern hatte, ohne eine feste Aussage zu geben, beide Herren unverrichteter Dinge¹⁹⁷ zurück gesandt.¹⁹⁸ Letzte Klarheit über den nächtlichen Besuch bei Heim wird sich nicht herstellen lassen,¹⁹⁹ jedoch ist Peter Kritzer in seinem Fazit recht zu geben, dass es zumindest mit Sicherheit anzunehmen ist, dass in den Geschehnissen des März 1920 Hitler zum ersten Mal versucht hatte, aktiv die Republik zu beseitigen und der Kreis der Akteure sich somit nicht auf die Einwohnerwehr oder Heim zugeneigte Personen beschränkte.²⁰⁰ Da aber Personen wie Hitler oder Eckart in jenen Tagen noch keinesfalls über entscheidenden Einfluss verfügten, an der Einwohnerwehrspitze und der BVP vorbei eine Regierung zu installieren, kann von einer auf diesem Wege erreichten, tatsächlichen Chance auf eine „Diktatur Heim“ nicht ausgegangen werden. Heim war auch in den konkreten Ereignissen der Putschnacht keine zentrale Figur. Seine Rolle war zu passiv und zu beobachtend, als dass er im Zuge des Putsches aus eigenem Willen und mit einigermaßen gesicherten Erfolgsaussichten nach der Macht greifen hätte können.

Es bleibt die Frage zu klären, inwiefern Heim später unabhängig von den Planungen möglicher Putschisten zur Annahme der verfassungsgemäßen Ministerpräsidentenschaft mittels Wahl durch den Landtag bereit gewesen wäre. Inwiefern war er tatsächlich die näherliegende Alternative zu Gustav von Kahr? Auch hier steht Renners Ausführung, nach der er nur „ja“ sagen hätte müssen, im Raum. Doch auch mit Blick auf diesen Weg sind dem einige Aspekte hinzuzufügen. Renners heroisierendes Bild vom „ungekrönten König“ Bayerns entspricht mit Sicherheit nicht der vollen Wahrheit. Heim war 1920 zweifelsohne eine der einflussreichsten Persönlichkeiten in Bayern, dessen Handlungen und Entscheidungen bis in den Lauf der Geschichte Gesamtdeutschlands ausstrahlten.

¹⁹⁷ Eckhart und Hitler mussten zurück in München feststellen, dass die Dinge bereits ohne ihr Zutun ihren Lauf genommen hatten. Sie begaben sich in einem von dem Oberlandmitglied und hochdekorierten Fliegerass Robert Ritter von Greim gesteuerten Flugzeug nach Berlin, wo sie jedoch ebenfalls zu spät kamen. Vgl. Zorn, Geschichte, S. 230.

¹⁹⁸ Vgl. Hennig, Hoffmann, S. 443.

¹⁹⁹ Es gibt noch strenge

o verhandelte beispielsweise laut Deuerlein Eckart in besagter Nacht in München mit Epp und Kahr, um schließlich über Augsburg, wo er sich mit Hitler traf, nach Berlin zu reisen. Vgl. Deuerlein, Aufstieg, S. 112f. Vgl. Richardi, Hitler, S. 178.

²⁰⁰ Vgl. Kritzer, Sozialdemokratie, S. 158.

Aber genauso steht ohne Zweifel, dass sein Name im höchsten Maße polarisierte und somit für die Gründung einer neuen Regierungskoalition nur bedingt geeignet war. So musste BVP-Chef Speck während der Ministerratssitzung am 16. März, die sich mit der Zukunft der Koalition beschäftigte, notwendig zur Beruhigung der übrigen Parteien erklären: „Heim kommt bei der Neubildung des Ministeriums nicht in Frage.“²⁰¹ Es ist davon auszugehen, dass Heim sich dieser Tatsache wohl bewusst war und dies mit zu seiner Entscheidung beigetragen hatte, von sich aus das Amt abzulehnen und Kahr vorzuschlagen.²⁰²

Anschaulichstes Beispiel für Heims Streitlust ist die Macht, mit der er die BVP, seit er selbst sie 1918 aus dem alten Zentrum heraus gegründet hatte, auch gegen alle Widerstände in seine Richtung steuerte. Er tat dies mit solcher Entschlossenheit, dass es im Januar 1920 zur Auflösung der Fraktionsgemeinschaft zwischen BVP und Zentrum im Reichstag kam. Heim gelang diese wesentliche Kursänderung der Partei gegen größte Widerstände. Noch wenige Monate zuvor war er mit der Ablehnung der Verfassung auf der Weimarer Nationalversammlung weitgehend isoliert unter seinen Parteigenossen gestanden.²⁰³ Seine Mittel zur Stärkung seiner Hausmacht in der Folgezeit hätten brachialer kaum sein können. Im Vorfeld des BVP-Parteitags hatte Heim als Anführer des mächtigen Christlichen Bauernvereins Einigungsverhandlungen mit dem Bayerischen Bauernbund unternommen und diese auch durch gemeinsame Kundgebungen mit prominenten Bundesführern wie Georg Eisenberger²⁰⁴ und die Ausarbeitung eines „Einigungsprogramms“ öffentlichkeitswirksam dokumentiert. Noch am Vorabend des Parteitages der BVP tagte ein gemeinsamer Ausschuss aus Vertretern des Bauernbundes und des BVP nahen Bauernvereins. Auf dem Parteitag am 9. Januar waren Heims Forderungen nach einem strengen föderalistischen Kurs der BVP und der endgültigen Trennung vom Reichszentrum gerade im Arbeiterflügel der BVP und auch unter den BVP-Abgeordneten im Reichstag keineswegs unumstritten.²⁰⁵ Doch verfügte Heim gegenüber seinen parteiinternen Gegnern nun über ein enormes Drohszenario für

²⁰¹ Zit. bei Könnemann, Putsch, S. 929.

²⁰² Heim selbst begründete diese gemeinsam mit Escherich getroffene Entscheidung später damit, dass Kahr mehr Vertrauen in Einwohnerwehr und sonstigen Wehrverbänden genieße. Vgl. Franz-Willing-Franz, Hitlerbewegung, S. 88.

²⁰³ Vgl. Maga, Leicht, S. 69.

²⁰⁴ Die erste derartige Veranstaltung fand am 2. Januar 1920 in Rosenheim unter Massenbeteiligung der umliegenden Landbevölkerung statt. Auch in Kempten wurde eine gemeinsame Kundgebung Heims und des schwäbischen Bundesführers Dirr abgehalten. Ein gemeinsames Auftreten von Heim und dem Führer des niederbayerischen Flügels des Bauernbundes, Karl Gandorfer, wurde geplant, fand aber nicht mehr statt. Vgl. Renner, Heim, S. 194.

²⁰⁵ Vgl. Maga, Leicht, S. 73f.

den Fall, dass gegen seinen Willen entschieden würde: Er würde mit dem Christlichen Bauernverein die gesamte agrarische Wählerbasis der BVP in das Lager des Bayerischen Bauernbundes überführen. Dies hätte wohl nicht geringeres, als das Ende der BVP als führende Partei Bayerns bedeutet. Dieses Schauspiel hatte bei vielen Parteifreunden Heims Wunden hinterlassen. Und auch der kommende Koalitionspartner, der Bauernbund, wurde hier zu großen Teilen nur als Schachfigur missbraucht. Ganz abgesehen davon darf nicht vergessen werden, dass Bauernbund und Heim zuvor seit Jahrzehnten in ärgster Gegnerschaft gegenüberstanden. Die Verstimmung und das Misstrauen der bündlerischen Parteiführung um Eisenberger waren Heim damit gewiss.²⁰⁶ Diese Brüskierungen lagen beim Rücktritt Hoffmanns gerade einmal drei Monate zurück. Dass die betroffenen Personen, sei es in Bauernbund oder BVP, sich nach so kurzer Zeit Georg Heim als Ministerpräsidenten wünschen würden, ist äußerst unwahrscheinlich. Und selbst für die bürgerlichen Parteien, die Heim 1920 noch nicht vorgeführt hatte, nämlich DDP und BMP,²⁰⁷ dürfte das gegolten haben. Die Abneigung zu Preußen und die separatistische und ultramontane Aura entsprachen weder dem Profil der DDP noch dem der Mittelpartei und den mit ihr verbundenen Kreisen, die in den Kapp-Putsch politische Hoffnungen gesetzt hatten.²⁰⁸ Somit zeigt sich, dass Heim in Wahrheit in sämtlichen Parteien der kommenden Koalition, selbst der eigenen, umstritten war und zahlreiche Gegner hatte.

Auch reichsweit stand Heim in einem denkbar schlechteren Ruf als der Beamte Kahr – und dies nicht nur wegen der erwähnten Auflösung der Fraktionsgemeinschaft mit dem Zentrum. Heim wurden stets separatistische Neigungen zugeschrieben,²⁰⁹ auch wenn diese Befürchtungen oft übertrieben waren und Heim seine Gedankenspiele wohl nie aus eigenem Betreiben in die Tat umgesetzt hätte.²¹⁰ Mit größtem Misstrauen beobachtete ihn

²⁰⁶ Vgl. Bergmann, Bauernbund, 155 ff.

²⁰⁷ Auch wenn diese erst im Juli Teil der Regierungskoalition werden sollte.

²⁰⁸ Vgl. Kraus, Geschichte, S. 672. Zudem ist zu bedenken, dass diese Parteien sich stärker als Bauernbund und BVP in Franken rekrutierten, wo die genannten Merkmale Heims allgemein auf keinen fruchtbaren Boden fielen. Vgl. Gollwitzer, Landschaft, S. 538f.

²⁰⁹ Karl Alexander von Müller beschreibt, dass Heim schon im Winter 1918 die Ansicht vertreten habe, „dass Bayern sich aus eigener Kraft als Ordnungsmacht im deutschen Süden aufrichte und, wenn möglich, im Staatenbund mit Deutsch-Österreich zusammen den Teil eines neuen deutschen Staatenbundes bilde. Er war der gedanken- und phantasie reichste Kopf, den Bayern damals besaß, ohne innere Bindung ans Bismarcksche Reich, ein fränkischer Bayer, dem im Chaos des Zusammenbruchs die Möglichkeiten wieder aufblitzten, die in der bayerischen Staatsbildung der napoleonischen Zeit gelegen waren.“ Müller, Wandel, S. 89.

²¹⁰ Heim dachte bei all seiner weiß-blauen Färbung zu ökonomisch, um sich nur für die Eigenstaatlichkeit als Selbstzweck in ein Abenteuer zu stürzen. Es ist im Gegenteil durchaus denkbar, dass er im Stillen stellenweise separatistische Hitzköpfe besänftigte, da er eine ausreichende Versorgung Bayerns und seiner Wirtschaft vor allem mit Kohle im Falle einer Trennung nicht für gegeben hielt, wie er in einem Brief von 1924 schilderte. Vgl. Heim an Angerpointner am 12.8.1924, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2605.

die Münchener Vertretung der Reichsregierung und berichtete seine Äußerungen und Taten akribisch nach Berlin.²¹¹ Es ist hier nicht der Anlass, um die politischen Vorstellungen des Georg Heims im Detail zu erörtern,²¹² es soll hier genügen, festzuhalten, dass der Bauern doktor auch enorme Spannungen und Missverständnisse zu erzeugen vermochte. Das Misstrauen, die Unberechenbarkeit und die Undurchsichtigkeit, mit der man Heim außerhalb Bayerns verband, wären dem bayerischen Staat im Falle seiner Wahl zur Bürde geworden. Es ist davon auszugehen, dass dies in der BVP und den übrigen bayerischen Parteien durchaus erkannt wurde. Der Gedanke, einen weniger problematischen Kandidaten zu erwählen, musste so unabhängig von der Stellung des Einzelnen zu Heim doch für jedermann nachvollziehbar gewesen sein.

Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass die auch von Heim verkörperte Polarisierung und die Zwistigkeiten unter den Parteien im Vorfeld des Kapp Putsches hinsichtlich einer Ministerpräsidentschaft schwierig gewesen sein könnten. So war es doch genau der Vorwurf, Parteiendemokratie bringe nur „Gesinnungstüchtige“ und Zwistigkeit, aber keine Fachkräfte, der den Putsch mit begründete.²¹³ Die bayerische Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie dürften Heim als arbeiterfeindlich empfunden haben, drohte sein Bauernverein doch, Arbeiterstreiks mit Nahrungsmittel-Lieferstreiks zu beantworten.²¹⁴ Und diejenigen, die die Weimarer Verfassung ehrlich begrüßten, konnten dem Mann nicht trauen, der als einziger BVP-Abgeordneter in der Nationalversammlung diese Verfassung ablehnte.²¹⁵

Kurzum: Georg Heim hatte sicherlich die Macht in der BVP inne und den größten Teil der bäuerlichen Landbevölkerung hinter sich. Das hieß aber noch lange nicht, dass er ein konsensfähiger Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten gewesen wäre. In der Tat hätte seine Person im Vergleich zu dem als Beamten politisch wenig gescholtenen und viel weniger verdächtigen Kahr einen deutlich schwereren Stand für die bayerische Politik bedeutet. Dieser Tatsache musste sich Georg Heim bewusst sein und er musste

²¹¹ Die Berichte befassten sich vor allem mit dem Szenario, dass Heim, vom Ultramontanismus getrieben, es schaffen könnte, Bayern mit der Hilfe Frankreichs und Österreichs vom Reich loszusagen. BArch R 707/4, 7/2337.

²¹² Sehr wahrscheinlich ist hier Renner Recht zu geben, wenn er feststellt, dass Heim, wie Kahr, lediglich im Sinne des Ordnungszellengedankens eine Trennung Bayerns vom Reich und eine eventuelle Union mit Teilen Österreichs anstrebte, sollte Norddeutschland dem Bolschewismus verfallen. Vgl. Renner, Heim, S. 171 ff. Eine umfassende und unbefangene Analyse der oft undurchsichtigen Gedankenwelten Heims wäre jedoch als dringendes Forschungsdesiderat festzuhalten.

²¹³ Vgl. Erger, Kapp-Lüttwitz-Putsch, S. 75.

²¹⁴ Vgl. Könnemann, Putsch, S. 935.

²¹⁵ Am 31. Juli 1919 hatten alle Abgeordneten der BVP in der Nationalversammlung für die Verfassung gestimmt. Allein Heim lehnte sie als Schaffung eines „Zentralstaats mit Allgewalt“ ab. Vgl. Schwend, Bayern, S. 103.

sich, wenn er auch nur zu geringster Selbstreflexion im Stande war, eingestehen, dass seine Person im Amt des Ministerpräsidenten kaum zu einem geeinten und starken bürgerlichen Block in Bayern beitragen konnte. Er lehnte das Amt daher nicht ab, weil er einem Wirken aus dem Hintergrund den Vorzug gegeben hätte, sondern weil er es ablehnen musste. Es war nicht die Stunde eines umstrittenen Charakters wie Heim, es war die Stunde eines über solchen Zwistigkeiten schwebenden Mannes – wie Kahr.

Ein letzter Grund für Heims Verzicht, der fast zu simpel zu sein scheint, muss schließlich den genannten politischen Gründen noch nachgeschoben werden: Heims Gesundheitszustand. Während der gesamten Zeit der Ordnungszelle, welche er ja im Falle seiner Wahl zum Ministerpräsidenten durchzustehen gehabt hätte, finden sich reichliche Belege für eine äußerst schlechte Verfassung des Georg Heim.²¹⁶ „Mein Befinden ist miserabel“²¹⁷, so schrieb Heim im Herbst 1922 an den Verleger Nikolaus Cossmann, den er als maßgebenden Mann der „Münchener Neuesten Nachrichten“ über seinen Zustand auf dem Laufenden hielt. Später finden sich hier Berichte über Kuraufenthalte und Bettlägerigkeit.²¹⁸ Ein Jahr später teilte Heim demselben Verleger mit, dass er tief unglücklich sei, habe er doch den Kopf voller Ideen, könne sie aber auf Grund seiner Verfassung nicht umsetzen.²¹⁹ Im August 1920 wird Heim durch schmerzhafte Ischias zu einem dreiwöchigen Krankenurlaub gezwungen.²²⁰ Auch bei der Gründung der BVP im Winter 1918 wurden schon gesundheitliche Bedenken Heims vermerkt, der sich selbst als „kein gesunder Mann“²²¹ bezeichnete. Während einer Reichstagssitzung zu Beginn der 1920er Jahre erlitt der schwächelnde Dr. Heim einen schweren Herzanfall, den er nur durch die Erste-Hilfe-Leistung eines sozialdemokratischen Abgeordneten und Arztes überstand.²²² Das Landgericht München I erkannte schließlich 1924 an, dass Heim auf Grund seines Zustandes für eine seit geraumer Zeit angefragte Zeugenaussage nicht zur Verfügung stehe, da nach mehreren Operationen an seinen fast erblindeten Augen in zu schlechter Verfassung sei. Infolge der Belastungen musste er sogar längere Zeit nicht

²¹⁶ Nicht nur für Heim, auf für Heinrich Held, der als Fraktionsführer der BVP für das Amt des Ministerpräsidenten ebenfalls naheliegend gewesen wäre, finden sich solche Hinweise. So meldete die preußische Gesandtschaft im Mai 1920 nach Berlin, dass Held auf Grund seines Gesundheitszustandes auf die Ministerpräsidentschaft verzichte. Vgl. Das Kabinett Müller, Dok. Nr. 110 vom 20.5.1920, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

²¹⁷ Heim an Cossmann am 4.11.1922, BayHStA, NL Cossmann 10.

²¹⁸ Heim an Cossmann am 5.1.1923, BayHStA, NL Cossmann 10.

²¹⁹ Heim an Cossmann am 28.11.1923, BayHStA, NL Cossmann 10.

²²⁰ Heim an Wissel am 19.8.1920, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 1312.

²²¹ Zit. bei Renner, Heim, S. 167.

²²² Renner, Heim, S. 124.

lediglich in einem Sanatorium, sondern sogar in einer Nervenheilanstalt verbringen.²²³ Heim beklagte sich gegenüber der Justizbehörde neben mangelnder Sehfähigkeit auch über ständige, kräftezehrende Schlaflosigkeit.²²⁴ Es ist also zumindest sehr ernsthaft in Erwägung zu ziehen, dass den Bauern doktor im Frühjahr 1920 bereits die Belastungen als Abgeordneter,²²⁵ als prägende Persönlichkeit des Christlichen Bauernvereins, als Schrifttätiger und als Genossenschaftsdirektor schlichtweg an die absoluten Grenzen seiner körperlichen Leistungsfähigkeit - oder schon darüber hinaus - führten.

Während Heim somit zwar als ernsthafter, jedoch aus diversen Gründen verhinderter Kandidat für die Ministerpräsidentenschaft anzusehen ist, dürfte es sich bei dem Vorstoß des Einwohnerwehrführers Georg Escherich, der sich über den als eigenbrötlerisch bekannten BVP-Mann Dr. Zahnbrecher ins Gespräch zu bringen versuchte, um eine wenig aussichtsreiche Episode gehandelt haben.²²⁶ Dennoch waren es am Ende auch diese beiden Kandidaten Heim und Escherich, die sich am 15. März 1920, also bereits einige Zeit nach den Putschereignissen in Berlin, jedoch noch vor der Besprechung der BVP Fraktion des bayerischen Landtags, auf den Kompromisskandidaten Kahr verständigten. Von wem der Vorschlag zuerst ausging und welche anderen Personen hier möglicherweise noch eine Rolle spielten,²²⁷ ist eine nur bedingt zielführende Diskussion. Wichtig ist, dass Kahr für Escherich als Mann der Einwohnerwehr geeignet erschien, während er sich für Heim als der von Seiten der Wehren geforderte, überparteiliche Kandidat darstellte. Zudem würde Kahr für Heim'sche Hausmacht innerhalb der BVP zunächst keine Bedrohung sein.²²⁸ Kahr war also nicht völlig alternativlos, er war eine Übereinkunft zwischen verhinderten Amtsanwärtern, die sich theoretisch auch anders hätten verhalten, sich auf einen anderen Kandidaten hätten einigen können. So aber war es am Ende Heim selbst, der die Personalie des ihm schon seit Jahren bekannten²²⁹ Kahr

²²³ Vgl. Landgericht München I an Heim am 27.9.1924, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2605.

²²⁴ Genauer gesagt behauptete Heim gegenüber dem Gericht, dass er seit Herbst 1923 zu keiner längeren Arbeit mehr fähig sei und sein schwaches Augenlicht es ihm nicht mehr ermögliche, länger als bestenfalls eine Viertelstunde am Stück zu lesen. Vgl. Heim an Landgericht München I am 20.9.1924, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2605.

²²⁵ Auch diese Tätigkeit hatte er bereits 1911 einmal aufgegeben. Vgl. Renner, Heim, S. 106 ff.

²²⁶ Vgl. Nusser, Wehrverbände, S.199. Vgl. ferner Thoss, Ludendorffkreis, S. 115.

²²⁷ Schilcher bezweifelt in seinem Werk die bisherige Darstellung, dass die Entscheidung unter der Hand durch Escherich und Heim unter der Hand getroffen wurde. Dennoch bestreitet er den wirksamen Einfluss Heims, der Empfehlungen an die Fraktion gegeben hatte, nicht. Vgl. Schilcher, Parlamentarismus, S. 149.

²²⁸ Vgl. Thoss, Ludendorffkreis, S. 115.

²²⁹ In Heims Nachlass findet sich eine Postkarte Kahrs an Heim aus dem Jahr 1916, was auf einen gewissen Grad von Vertraulichkeit weit vor Kahrs Ministerpräsidentenschaft schließen lässt. Vgl. Kahr an Heim am 27.10.1916, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 808. Dennoch behielt die Verbindung zwischen beiden eine gewisse Förmlichkeit, wie eine Einladung Heims an Kahr zu einem privaten Mittagessen in Bad Endorf vom August 1920 belegt. Man pflegte nach wie vor das „Sie“ in der Anrede. Vgl. Heim an Kahr am 23.8.1920, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2516.

mit vorantrieb und, was seine eigene Person betraf, nicht einmal als Landwirtschaftsminister ins Kabinett trat, obwohl Kahr sich dies gewünscht hätte. Auch diesen Posten, der für den wohl einflussreichsten bayerischen Agrarpolitiker durchaus logisch hätte erscheinen können, lehnte Heim ab. Er überließ ihn sogar lieber dem mit ihm verfeindeten Bayerischen Bauernbund, als sich selbst an der Regierung zu beteiligen.²³⁰

So blieb Heim ein Machtfaktor im Hintergrund, den Kahr nie zur Gänze einzuschätzen vermochte. In seinem Tagebuch notierte Kahr nach einer Unterredung mit Heim, die er in unregelmäßigen Abständen pflegte, im Januar 1921: „Heim ist ein grundgescheiter Mann. Aber wenn er sagt, er wolle nur im Hintergrund wirken, so ist das zweifellos nur mit Vorbehalt zu nehmen. In den Märztagen, als ihm nahegelegt wurde, das Landwirtschaftsministerium zu übernehmen, sagte er: ‚Meine Zeit ist noch nicht gekommen‘. So wird man wohl seine Haltung beurteilen müssen.“²³¹ Kahr notierte dies, ohne dass ihm die Inhalte der Besprechung einen nachvollziehbaren Anlass dazu gegeben hätten. Er empfand Heim also, obwohl er bereits fest im Amt war, also auch noch Monate später als eine schwer zu berechnende, nicht greifbare Konkurrenz um die Macht in Bayern. Es sprach sachlich gesehen im März 1920 viel für Kahr, aber völlig alternativlos war er eben nicht.

3.2.3. Der folgenreiche Entschluss der BVP

Die künftigen Koalitionsparteien Bayerns hatten also allen Grund, eine angesehene, externe Person zu rufen, auf die sie sich im Konsens einigen konnten. Mit ihrem eigenen Spitzenpersonal wäre dies kaum möglich gewesen. Sie taten dies, auch wenn ihnen grundsätzlich klar war, dass dies nicht im Sinne der parlamentarischen Demokratie sein konnte, nach dem eigentlich jemand aus ihrer Mitte an die Spitze treten hätte müssen.²³² Die Praxis jener Anfangsphase der Republik, einen Beamten bzw. einen „Fachmann“ einem Parteimann vorzuziehen, fand ihr Vorbild zu weiten Teilen in der Zeit der Monarchie. Sie war zudem keineswegs eine Besonderheit der BVP. Auch die DDP hatte sich noch unter Ministerpräsident Hoffmann mit der Besetzung des Handelsministeriums

²³⁰ Vgl. Keßler, Held, 384ff.

²³¹ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 15f.

²³² Noch 1919 hatte Held dies klar ausgesprochen. Vgl. Zech, Verhältnis, S. 167f.

durch Eduard Hamm gegen einen Parteiführer und für einen liberalen Spitzenbeamten des Handelsministeriums entschieden.²³³ Beim Bauernbund hatte man sich mit Wutzlhofer einen bislang wenig populären Ökonomen²³⁴ aus der zweiten Reihe der Partei für die Übernahme des Landwirtschaftsressorts auserkoren und führte diese Praxis auch bei der Benennung Professor Anton Fehrs zum Reichslandwirtschaftsminister weiter. Die Wortführer des Bundes verweilten derweil auf ihren Parlamentssitzen. Auch lässt sich das Phänomen nicht auf Bayern beschränken. Als sich auf Reichsebene in Berlin im Sommer 1920 das Kabinett Fehrenbach, der selbst durchaus nicht als Frontmann seiner Partei aufgefallen war, installierte, wurde dabei vor allem auf Betreiben der DVP höchster Wert darauf gelegt, die Ressorts mit parteilosen Fachministern zu besetzen. Hier wies sogar Fehrenbach die BVP zurück, als diese forderte, die Beamtenposten in der Reichsregierung verstärkt nach Parteizugehörigkeit und im (nicht eingetretenen) Falle einer Regierungsbeteiligung der Bayerischen Volkspartei eben auch mit BVP-Mitgliedern zu besetzen.²³⁵ Die „Beamtenministerpräsidenten“ entsprangen also nicht allein, wie es Schwend darstellte,²³⁶ der Verantwortung der BVP, sondern auch einem allgemeinen Trend der Zeit.

Diese Sehnsucht nach einem Verweilen Hintergrund mag sich auch aus dem Wunsch erklären, um nicht zu offen für die - oft unangenehmen - Geschehnisse der Zeit verantwortlich gemacht zu werden. Ein glänzendes Beispiel hierfür findet sich nur kurze Zeit vor dem Regierungsantritt Kahrs, als der offizielle Vorsitzende der Partei, Karl Speck, am 19. Januar 1920 sein Amt als bayerischer Finanzminister zurückgab. Der Verlust der bayerischen Finanzhoheit erschien politisch unvermeidbar und dies sollte auf keinen Fall unter einem Mann geschehen, beziehungsweise in der Öffentlichkeit mit ihm verknüpft werden, der an so hervorgehobener Stelle der Partei stand. Der Parteivorsitzende der BVP brauche so nicht länger den „Hanswurst Erzbergers“²³⁷ zu spielen, so kommentierte Georg Heim den Vorgang. Man berief stattdessen einen Beamten von außerhalb der Partei, den als brav bekannten Ministerialrat Kofler, zum Leiter des Finanzressorts. Der spätere BVP-Finanzminister Krausneck hatte ihn ins Gespräch gebracht, weil auch er in solch kritischer Zeit kein Bedürfnis nach dem Amt

²³³ Vgl. Unger, Handel, S. 250.

²³⁴ So äußerte eine Straubinger Bäuerin in einem Brief an Kahr vom Mai 1920 ihre Empörung, wie man den ihr anscheinend benachbarten Wutzlhofer, „der nicht einmal eine Furche ackern kann“, plötzlich in Ministerwürden bringen könne. Vgl. Aichner an Kahr am 4.5.1920, BayHStA, NL Kahr 32.

²³⁵ Mennes, Fehrenbach, S. 218 ff.

²³⁶ Vgl. Schwend, Bayern, S. 153.

²³⁷ Zit. bei Keßler, Held, S. 398.

verspürte.²³⁸ Ebenso wurde Kultusminister Matt nicht aus den Reihen der Landtagsabgeordneten rekrutiert.²³⁹ Für eine Demokratie waren solche Tarnspiele, wie sie von der BVP und anderen Parteien Anfang der 1920er Jahre vollbracht wurden, sicher nicht gesund, denn sie erschweren es dem Bürger ungemein, eine gedanklich-logische Linie von seiner Stimmabgabe bei der Wahl und dem anschließenden Tun der Regierung zu ziehen. Dennoch haben die Parteien immerhin einen Rest an Verantwortung übernommen, indem sie die Fachressorts unter sich aufteilten und besetzten. Selbst das erschien nämlich nicht selbstverständlich, denn es war noch eine deutlich parlamentsfernere Option im Gespräch: Folgt man den Erinnerungen des Staatsrats Schmelzle, eines sicheren und seriösen Kenners der politischen Landschaft der Zeit, habe die BVP Kahr zunächst sogar zugesagt, dass er sich sein Kabinett gänzlich alleine zusammenstellen dürfe. Nur die Hektik der Geschehnisse habe es bewirkt, dass Kahr hier am Ende keine Auswahl traf, sondern tatsächlich die Vorschlagslisten der Parteien eins zu eins übernahm.²⁴⁰

Die BVP hatte somit einiges an Verantwortung von sich abgewiesen. Dass sie aber das Ruder gänzlich aus der Hand gegeben hätte, wäre zu hoch gegriffen. Die stärkste Partei sollte in den nächsten Monaten, vor allem durch die Person ihres Fraktionsführers, Heinrich Held, durchaus Einfluss auf den Ministerpräsidenten behalten.²⁴¹ Held und Kahr werden sich im Zuge des Rücktritts Kahrs zerstreiten. Bis dahin, so geben die Tagebucheinträge Kahrs, anders als die später geschriebenen Lebenserinnerungen Kahrs, klar wieder, hielt Kahr Held für den einzigen Parlamentarier, der seine Wertschätzung verdiene. Es bestand ein ausgeprägtes Vertrauensverhältnis. Kahr entwickelte sogar eine gewisse Abhängigkeit, er wollte den oft erkrankten und dadurch abwesenden Held in kritischen Situationen immer in seiner Nähe wissen. Er gehe „an allen Ecken und Enden ab“²⁴², so Kahr im Februar 1921. Ähnliches äußert er in der Endphase der Einwohnerwehrkrise im Mai 1921.²⁴³ Held war der einzige Parlamentarier, mit dem Kahr schon im Sommer 1921 seine Gedanken zu Bayerns Aufgaben nach einem eventuellen roten Umsturz in Berlin diskutiert hat oder vertraulich über illegale Waffenverstecke in Bayern sprach.²⁴⁴ Und sogar noch im September, als sich jene noch ausführlich zu

²³⁸ Vgl. Keßler, Held, S. 381.

²³⁹ Vgl. Schilcher, Parlamentarismus, S. 149.

²⁴⁰ Vgl. Menges, Schmelzle, S. 201.

²⁴¹ Vgl. Keßler, Held, S. 393.

²⁴² Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 42.

²⁴³ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 202.

²⁴⁴ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 29ff.

besprechenden Streitigkeiten entfachten, die Kahrs Rücktritt herbeiführen sollten, sehnt Kahr Helds baldige Ankunft aus Regensburg herbei.²⁴⁵ Die Person des Fraktionschefs Held stand bei Kahr, das muss betont werden, in weit höherem Ansehen als die BVP selbst. Trotzdem war damit über Held ein Einwirken der Fraktion auf Kahr zum Zeitpunkt der Wahl Kahrs als zumindest möglich zu erachten.

Die BVP wiederum brauchte sich – das wird diese Arbeit noch zeigen - bei keinem der drei folgenden „Beamtenministerpräsidenten“ darüber Sorgen machen, dass die im Bamberger Programm festgelegte Grundthematik der Partei in dieser Phase, nämlich die Verteidigung des Föderalismus und der bayerischen Eigenstaatlichkeit,²⁴⁶ sich nicht mit den Vorstellungen des jeweiligen Ministerpräsidenten gedeckt hätte. Da der Ministerpräsident jedoch auch anderen Einflüssen, etwa aus vaterländischen Kreisen und aus der Einwohnerwehr ausgesetzt war beziehungsweise eigene Vorstellungen entwickelte, verzichtete sie trotzdem auf einen großen Teil der Gestaltungsmacht, die sie eigentlich in Bayern hätte haben können. Man kann dies als strategische Klugheit bezeichnen, denn in der Tat blieben Männer wie Held und Heim deutlich beständigere Faktoren in Bayern, als die Ministerpräsidenten Kahr, Lerchenfeld und Knilling. Man kann dies jedoch ebenso als Drückebergerei in zugegeben schwierigen Zeiten brandmarken.

So wurde am 16. März 1920 Gustav von Kahr mit 92 Stimmen bei 91 nötigen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Von 180 möglichen Stimmen wurden nur 134 abgegeben, davon blieben 42 Stimmzettel unbeschrieben.²⁴⁷ Dies mag verwundern, hätten die Koalitionsparteien BVP (66 Sitze), Bauernbund (16 Sitze) und DDP (23 Sitze)²⁴⁸ doch insgesamt auf deutlich mehr Stimmen, nämlich 105 kommen müssen. Kahr hatte also nicht die Unterstützung aller Abgeordneten der neuen bürgerlichen Allianz. Andererseits wiesen die Enthaltungen der Opposition und der Verzicht darauf, mit nein zu stimmen, auf eine grundsätzliche Kooperationsbereitschaft des Parlaments mit dem neuen Regierungschef hin. Die Wahl Kahrs stellte dennoch eine Zäsur im bayerischen Parlamentarismus der Weimarer Republik dar, war sie doch ein erstes Anzeichen einer Frontenbildung zwischen linken und rechten Kräften, die sich bis 1933 nicht mehr wesentlich ändern sollte.²⁴⁹

²⁴⁵ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 138.

²⁴⁶ Vgl. Keßler, Held, S. 410.

²⁴⁷ Vgl. Verhandlungen des bayerischen Landtags, 48. Sitzung vom 16. März 1920.

²⁴⁸ Vgl. Lilla, Landtag, S. 557.

²⁴⁹ Vgl. Schilcher, Parlamentarismus, S. 148.

Den Stil seiner Antrittsrede vom 16. März 1920, in der Kahr immer und immer wieder darstellte, welches gewaltige persönliche Opfer er doch bringen müsse und wie sehr es ihm im Innersten widerstrebe, die Ministerpräsidentschaft übernehmen zu müssen, sollte sich Kahr für den Rest seines politischen Wirkens bewahren: „Ich bin bereit, die Wahl anzunehmen. Diese Annahme ist das schwerste Opfer meines Lebens.“²⁵⁰ Solche für Kahr typischen Bescheidenheitsfloskeln sind kritisch zu sehen und nicht allzu ernst zu nehmen. Auch Reichskanzler Fehrenbach hatte kurz vor seiner Amtszeit öffentlich gesagt, nur wenn der BVP Mann Mayer aus Kaufbeuren die Kanzlerschaft nicht annehmen wolle, werde er die „Bürde des Reichskanzlers im vaterländischen Interesse auf sich nehmen.“²⁵¹ Kahrs gebetsmühlenartig wiederholte²⁵² Rede von der schweren Bürde des Amtes steht hier demzufolge nicht alleine, sondern war ein öfter auftretendes Phänomen der Zeit – und kommt sicher auch heute noch vor.

Kahr hatte die Ministerpräsidentschaft nach eigenen Angaben „nur bis zum Zusammentritte des neugewählten Landtags“ übernommen. Sein „inniger Wunsch“ sei es gewesen, „nach den Wahlen wieder aus dem politischen Leben scheiden und zu der schönen, fruchtbaren, mich beglückenden Arbeit des oberbayerischen Regierungspräsidiums zurückkehren zu dürfen“²⁵³. Dennoch sollte Gustav von Kahr am 16. Juli 1920 vom neu zusammengesetzten Landtag abermals zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt werden. Kahrs Ausspruch war wohl mehr einer Abneigung gegenüber einer Abhängigkeit vom Parlament²⁵⁴ geschuldet, als einer Abneigung gegen den Status als erster Mann im Staat. Immerhin wurde ein Regierungspräsident - ganz wie in Zeiten der Monarchie – ernannt, ohne sich mit parlamentarischen Mehrheiten zu beschäftigen, ja sich am Ende gar vor diesen rechtfertigen zu müssen. Die Wahlen zum von 180 auf 155 Sitze verkleinerten Landtag Anfang Juni 1920 brachten einen Rechtsruck

²⁵⁰ Weiter führte Kahr aus: „Ich trete mein schweres Amt an in einer furchtbar ernsten Zeit und nur dieser große Ernst der Lage konnte mich dazu bestimmen, das zu tun, wie es mir von vielen Seiten dringendst nahegelegt worden ist. Ich habe mich, wie sie wissen, bisher dem politischen Leben vollständig fern gehalten und ich trete daher auch insofern in neue Verhältnisse ein. Ich betrachte mich (...) als den Treuhänder des souveränen Volkes für die kurze Übergangszeit bis zur Neuwahl des Landtags (...) Ich bitte Sie, dass Sie mich in dieser furchtbar schweren und ernsten Zeit in meinem Amte unterstützen. Ich werde Offenheit, Wahrheit und Ehrlichkeit mir immer zur Pflicht machen und werde auch immer dankbar sein, wenn die Wahrheit gesagt wird, auch dann, wenn sie nicht angenehm zu hören ist; und so beginne ich in Gottes Namen mein Amt.“ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 48. Sitzung vom 16. 3.1920.

²⁵¹ Zit. bei Mannes, Fehrenbach, S. 215. Ähnlich verhielt sich Reichskanzler Marx Ende 1923. Vgl. Hehl, Marx, S. 250 ff.

²⁵² So auch nach seiner zweiten Wahl im Juli 1920. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 2. Sitzung vom 16.7.1920

²⁵³ Vgl. Verhandlungen des bayerischen Landtags, 48. Sitzung vom 16. 3.1920

²⁵⁴ Kahr vertrat diese Skepsis, beispielsweise bei einem Auftritt in Landshut im Juli 1921, auch als parlamentarisch legitimer Ministerpräsident völlig offen. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 906.

in der politischen Landschaft des Freistaates. Während die BVP sich mit 65 Sitzen behaupten konnte, musste die MSPD erdrutschartige Verluste hinnehmen. Sie hatte die Augenhöhe, auf der sie sich gegenüber der BVP nach den Januarwahlen 1919 noch befand, mit nur mehr 25 Sitzen eindeutig verloren. Bei den kleinen Koalitionspartnern der ersten Regierung Kahr sank der Bauernbund von 16 auf 12 Sitze ab, während die Fraktion der DDP mit nur mehr 12 Sitzen fast um die Hälfte geschrumpft war. Als Gewinner der Wahl ging die deutschnationale BMP hervor, die nun mit 19 Sitzen klar vor dem Bauernbund und den Demokraten lag.²⁵⁵ Für die BVP, die im Winter 1918 mit der Vision einer großen, überkonfessionellen und allumfassenden Volksbewegung auf die politische Bühne getreten war, war es ein Sieg mit bitterem Beigeschmack. Ihr wurde aufgezeigt, dass man von einem einheitlichen bürgerlichen Lager weit entfernt war. Sonderinteressen und konfessionelle Gräben offenbarten der Volkspartei die Grenzen ihrer Möglichkeiten.²⁵⁶ Auch wenn sie erneut berufen war, dem Landtag einen Ministerpräsidenten zur Wahl zu präsentieren, so konnte sie dies nicht ohne Rücksichtnahme auf andere politische Kräfte unternehmen, die sie für eine sichere parlamentarische und gesellschaftliche Verankerung der neuen Regierung dringend benötigte.

Eine prägende Folge dieser Wahl war der Eintritt der BMP in die Koalition, allerdings nicht, wie Schwend behauptet, weil sonst keine bürgerliche Koalition möglich gewesen wäre,²⁵⁷ sondern eben auf Grund der enormen Gewinne der BMP und auf Grund der Tatsache, dass deren Regierungsbeteiligung in weiten Teilen der BVP und sicherlich auch bei Kahr bereits im März erwünscht gewesen wäre. Lediglich einige diplomatische Ausrutscher der Deutschnationalen verhinderten dies. Damals hatte die BMP öffentlich den Kapp-Putsch als logische Reaktion auf die Politik der Nationalversammlung und die allgegenwärtigen jüdischen Elemente im Staat propagiert. Die im März noch deutlich stärkere DDP hatte in Folge dessen den Regierungseintritt zu verhindern gewusst. Nach den Wahlverlusten des Juni 1920 waren die Demokraten nicht mehr in der Lage, derlei Bedingungen zu stellen. Ihr Ziel beschränkte sich nunmehr darauf, als linksliberales Gegengewicht in einem Kabinett mit deutschnationaler Beteiligung zu verbleiben.²⁵⁸

Die BVP, deren eigene Personalsituation seit dem Regierungsantritt weitgehend unverändert war, hatte den Ausgang der Wahlen vorausgesehen und bereits früh den

²⁵⁵ Vgl. Lilla, Landtag, S. 557ff.

²⁵⁶ Vgl. Schwend, Bayern, S. 154.

²⁵⁷ Vgl. Schwend, Bayern, S. 155.

²⁵⁸ Vgl. Kiiskinen, DNVP, S. 78ff.

Wunsch nach einer erneuten Ministerpräsidentschaft Kahrs ausgesprochen, auch wenn jener abermals den Eindruck zu vermitteln verstand, dass man ihn dazu betteln müsse.²⁵⁹ So richtete der offizielle Vorsitzende der Partei Karl Speck am 7. Juni 1920 ein Schreiben an den Ministerpräsidenten. Interessant daran erscheint, dass er ausdrücklich einen Auftrag der BVP zur Regierungsbildung erwähnte, das erste Amt im Staate aber trotzdem mit einer gewissen Demut Kahr, dem Fachmann von außerhalb der Partei, antrug.²⁶⁰

Auch im weiteren Prozess der Überlegungen ließ die BVP Kahr nicht außen vor, sondern bezog ihn mit ein. In Kahrs Nachlass findet sich eine parteiinterne Denkschrift vom 22. Juni 1920, also mitten im Prozess der Regierungsbildung nach den Neuwahlen zum Landtag, die detailliert die Gedanken der konservativen Wahlgewinner wiedergibt. Man sei nun ganz alleine stärkste Partei, daraus ergebe sich mehr Erfolgsdruck. Eine dauerhafte Koalition müsse geschmiedet werden. Hierbei wurden mehrere Modelle ins Auge gefasst: Eine breite bürgerliche Regierung in Form einer Erweiterung des bestehenden Bündnisses um die Mittelpartei, die unveränderte Fortführung der alten Koalition oder gar ein Zweierbündnis aus BVP und BMP. Für die erste Variante sah man die Gefahr der Förderung einer Einigung im linken Lager, für die zweite die Gefahr einer heftigen Opposition von beiden Seiten. Die BVP-BMP-Variante wurde als zu große Provokation gegenüber den übrigen Parteien verworfen. Interessant jedoch ist, dass ein weiteres Modell in diesem Memorandum, nämlich eine BVP dominierte Zweierkoalition mit der Mehrheitssozialdemokratie als durchaus wünschenswert dargestellt wurde, da sie über die breiteste Basis verfüge. Dennoch wurde die Option als nicht realistisch

²⁵⁹ So nahm der Bericht der preußischen Gesandtschaft in München nach Berlin über diese Zeit Kahrs Zurückhaltung durchaus ernst: „Nachdem Heim nicht will und Held aus Gesundheitsrücksichten nicht kann, hofft man sehr, dass Herr von Kahr auch das neue Präsidium übernehmen wird. Vorläufig weigert er sich standhaft, da der Posten eines Regierungspräsidenten von Oberbayern erheblich angenehmer ist wie der eines Ministerpräsidenten. Vielleicht lässt er sich aber doch noch gut zureden. Vom Standpunkt des Reiches aus wäre ein neues Ministerium Kahr noch lange nicht das allerschlechteste. Trotz seiner gelegentlichen Entgleisungen, die aber mehr auf Unerfahrenheit in politischen und parlamentarischen Dingen zurückzuführen sind, verfügt Herr von Kahr über eine Menge ganz ausgezeichneter Eigenschaften und bietet die Gewähr gegen das Überhandnehmen des Ultra-Separatismus um jeden Preis.“ Das Kabinett Müller, Dok. Nr. 110 vom 20.5.1920, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

²⁶⁰ „Der Ausgang der Wahlen lässt ja wohl erwarten, dass die Bayerische Volkspartei auch im neuen Landtag die stärkste Fraktion bilden und deshalb zu einer führenden Stellung bei der Neubildung des Ministerium berufen sein wird. Ich persönlich würde nun den allergrößten Wert darauf legen, wenn Euer Excellenz sich entschließen könnten, das schwierige und dornenvolle Amt des Ministerpräsidenten nach wie vor weiterzuführen. Ich will der Entscheidung der zuständigen Parteiinstanzen nicht vorgreifen, allein ich zweifle nicht daran, dass mein diesbezüglicher Vorschlag die freudige Zustimmung der Parteileitung finden wird. (...) Namentlich die ruhige Sicherheit und die zielbewusste Entschiedenheit, mit der das Ministerium unter Euer Excellenz Leitung die Geschichte erledigt hat, haben in allen ordnungsliebenden Kreisen des Landes den allerbesten Eindruck gemacht. Der für uns nach allen bisher vorliegenden Meldungen begünstigte Verlauf der Wahlen ist wohl nicht zuletzt gerade auf die Tätigkeit des derzeitigen Ministeriums zurückzuführen, indem das gutgesinnte Volk mit recht Schutz Hort für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande erblickt.“ Speck an Kahr am 7.6.1920, BayHStA, NL Kahr 32.

aufgegeben, da man zum einen davon ausging, dass die MSPD die kommenden harten Zeiten lieber ohne offizielle Mitverantwortung in der Oppositionsrolle bestreiten wolle, aber auch, da die Personalie Kahr nicht mit den Wünschen der MSPD vereinbar sei.²⁶¹ Hieraus lässt sich einerseits folgern, dass die Ministerpräsidentschaft Kahrs für die BVP bereits feststand und dass darüber hinaus diese Personalie inzwischen eine solche Wichtigkeit für die Partei besaß, dass man die Option eines neuen Bündnisses mit der Sozialdemokratie - das letzte war immerhin erst wenige Monate her - als ernsthafte Option endgültig fallen ließ.

Kahr hatte bekanntlich seine Ankündigung, dass er die Ministerpräsidentschaft nur bis zu den Landtagswahlen ausführen würde, am Ende bei Seite gelegt. Seine persönlichen Gründe zur erneuten Übernahme der Ministerpräsidentschaft sind wohl weit weniger in der Sorge um die Zukunft der Volkspartei, als eher in der Thematik der Einwohnerwehr zu suchen. Hier hatte sich Kahr eine Aufgabe gestellt, die im Sommer 1920 bei weitem noch nicht beendet war. Neben der persönlichen Verpflichtung und Herausforderung, die Kahr im Erhalt der Einwohnerwehr sah, standen die Einwohnerwehren Kahr zweifelsohne auch mit einer gewissen Erwartungshaltung gegenüber. Der Mann, der sie mit aufgebaut und sie so tapfer verteidigt hatte, durfte nicht das Feld räumen. Rund um die Wahl und die Koalitionsverhandlungen erreichten den Ministerpräsidenten diverse Ergebenheitsbekundungen aus den Einwohnerwehrgauen.²⁶² Doch auch abgesehen von der Einwohnerwehr und der BVP ergingen nach seinen eigenen Aussagen, die durchaus in ihrem Kern nicht übertrieben sein dürften, zahlreiche Bitten aus den verschiedensten Kreisen Bayerns an ihn, im Amt zu bleiben.²⁶³ Es ist unwahrscheinlich, dass dies bei der Person Kahrs ohne Wirkung blieb.

Vielleicht sollte man es Kahr dennoch nicht in Abrede stellen, dass er in manchen Stunden tatsächlich mit dem Gedanken spielte, seine Karriere als bayerischer Regierungschef angesichts der schwierigen Zeit, die offenkundig bevorstand, an diesem Punkt abzubrechen. Seine Popularität in der Bevölkerung und unter den bürgerlichen Parteien, selbst bei den Demokraten, war zu diesem Zeitpunkt jedoch überaus hoch, ihm eine schlechte Bilanz auszustellen war quasi unmöglich. Und die Aufgabenfelder, die er

²⁶¹ Vgl. Denkschrift der BVP vom 22.6.1920, BayHStA, NL Kahr 32.

²⁶² Aus dem Riesgau ließ der dortige Gauhauptmann beispielsweise per Telegramm wissen: „Auflösung der Riesgauwehr undurchführbar - Entwaffnung wird einmütig verweigert - Einwohnerwehr steht geschlossen hinter Ministerpräsident von Kahr und vertraut darauf, dass sie nicht im Stich gelassen wird.“ Einwohnerwehr Riesgau an Kahr am 10.7.1920, BayHStA, NL Kahr 32.

²⁶³ Vgl. Verhandlungen des bayerischen Landtags, 48. Sitzung vom 16. 3.1920.

in dieser kurzen Zeit seines ersten Kabinetts angerissen hatte, den Kurs, den er eingeschlagen hatte, all das war noch keineswegs zum Abschluss gebracht worden. Hätte ein anderer als er diesen Weg zu Ende gehen können? Hätte die BVP abermals einen Kandidaten erkoren, der über Kahrs Format verfügte? Wäre am Ende gar Forstrat Escherich die Alternative gewesen, die die Einwohnerwehkreise als einzige befriedigt hätte? Müller-Meiningens Aufzeichnungen zufolge war dem Ministerpräsidenten durchaus etwas an der künftigen politischen Ausrichtung Bayerns gelegen. Der ehemalige Justizminister stellt fest, dass die BVP gemeinsam mit Kahr einen entschlossenen Wahlkampf geführt hatte.²⁶⁴ Die überparteilichen Sympathien, die Kahr auf sich vereinte, konnte nüchtern betrachtet kaum ein anderer Kandidat bieten. Kahrs letzte Entscheidung, die er am Ende alleine zu fällen hatte, war also eine andere. Er nahm die Verantwortung für das wahr, was er im März begonnen hatte. Viel zu hoch waren die Ziele gesteckt, viel zu viel stand noch offen im Raum, viel zu viele Augen in Bayern und Deutschland richteten sich bislang auf ihn, als dass er nun abtreten hätte können. Dass er in diesem Entschluss, wie er sagte, „frei von jedem Ehrgeiz“²⁶⁵ handle, ist wenig glaubwürdig.

Ab nun gab es keinen Wahltermin mehr, bis zu dem er rein treuhänderisch wirkte, ab nun war der Beamte Kahr für eine noch ganz und gar unbegrenzte Zeit zum Politiker geworden.

3.3. Kahrs Wirken als Ministerpräsident

3.3.1. Die Antworten Kahrs auf die Problemstellungen der Zeit

Als Gustav von Kahr im Sommer 1920 mit dem britischen General Malcolm in Berlin zusammentraf, um dem Ententeoffizier angesichts der Gefahren des Bolschewismus die dringende Notwendigkeit des Erhalts der Einwohnerwehr und mindestens einer offiziellen Heeresstärke von 200 000 Mann näherzubringen, kam es zu einem Wortwechsel, der die politische Prioritätensetzung Kahrs in bester Weise anschaulich macht. Malcolm unterbrach die Ausführungen des bayerischen Ministerpräsidenten über

²⁶⁴ Vgl. Müller-Meiningens, Zeit, S. 247.

²⁶⁵ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 48. Sitzung vom 16. 3.1920.

die kommunistisch-revolutionären Kräfte, die überall drohen würden, mit einer für Kahr völlig abwegigen These: Der eigentliche Grund des Unruhepotentials in Deutschland sei doch gar nicht in politischen Fragen von rechts oder links zu suchen, sondern durch die enormen Mängel im Ernährungswesen verursacht. Kahr, deutlich erstaunt über diese Vorstellung, antwortete, dass die Versorgung sicher ein Grund sei, der Schwerpunkt der Problematik aber in den politischen Zuständen liege, und setzte seine Ausführungen gegen den Kommunismus unbeirrt fort. „Wenn diesen Elementen das Ernährungswesen einmal den Grund nicht mehr abgebe zur Beunruhigung, dann werde etwas anderes zur Unruhestiftung benützt.“²⁶⁶

Ordnungspolitik vor Wirtschaftspolitik: Dieses Grundprinzip zog sich quer durch die Agenda des Gustav von Kahr und fand in Volk, Landtag, Verbänden und Kabinett kaum Widerspruch. Noch vor dem Hintergrund der Unsicherheiten des Kapp-Putsches und der folgenden Generalstreiks in Teilen des Reichs stellte er diesen Gedanken in seiner ersten Landtagsrede dar. Es galt ihm als Grundlage für alles Weitere, zunächst die politische und öffentliche Ordnung in seinem Sinne herzustellen.²⁶⁷ Die Wirren der vergangenen Jahre sollten ein Ende haben, hierin sah Kahr eine seiner zentralen Aufgaben, hinter der sich manch anderer Aspekt unterzuordnen hatte. Sicherlich lässt sich die öffentliche Ordnung auch als Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft betrachten, doch stellte Kahr diesen Gedankengang so gut wie nie in den Vordergrund - im Gegenteil. Als unter anderem dank der Weigerung Bayerns, seine Einwohnerwehr, eines der wichtigsten Elemente von Kahrs Ordnungspolitik,²⁶⁸ zu entwaffnen, ein Einmarsch französischer Truppen in die industrielle Herzkammer des Reichs an der Ruhr drohte, ließ sich Kahr im Ministerrat gar zu der Aussage hinreißen: „Was hilft dem Volk das Ruhrgebiet, wenn es keine Ordnung hat?“²⁶⁹ Auch als im Frühjahr 1921 Landwirtschaftsminister Wutzlhofer Kahr die Bedenken der Wirtschaft hinsichtlich eines weiteren Einmarsches der Entente darlegen wollte, wies Kahr ihn zurück. Er wisse das, aber es gebe nur „entweder – oder.“²⁷⁰ Als er im Mai 1921 Gerüchte hörte, dass die rheinische Industrie sich mit der Entente verständigen wolle, notierte er abfällig: „Ja, der Geldbeutel ist halt doch ein starker Götze. Die Hypertrophie der Industrie ist mit schuld am Weltkrieg, mit schuld daran, dass es so lange zu keinem Frieden kam, mit schuld am inneren Zusammenbruch,

²⁶⁶ Ministerratssitzung vom 5. Juli 1920, BayHStA, MA 99515.

²⁶⁷ Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 50. Sitzung vom 18.3.1920.

²⁶⁸ Kahr und die Einwohnerwehr werden in dieser Arbeit in einem gesonderten Kapitel noch ausführlich betrachtet werden.

²⁶⁹ Ministerratssitzung vom 30. Oktober 1920, BayHStA, MA 99515.

²⁷⁰ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 148.

an der Revolution und dass wir nicht aus der Revolution herauskommen. Die Kosten aber zahlt das deutsche Volk.“²⁷¹ Heim warf er kurz darauf vor, dass dieser „in der einen Westentasche die Politik, in der anderen die wirtschaftlichen Interessen habe. Wenn letztere zu Schaden kämen, greife er immer in die Westentasche mit den wirtschaftlichen Interessen.“²⁷² Für die nationale Ehre und Freiheit konnte es in Augen Kahrs unvermeidbar werden, durch Notzeiten zu gehen. „Die wichtigste Frage wird aber immer die bleiben, hält das Volk in seiner großen Mehrheit Stand, wenn allenfalls die Ablehnung der Waffenabgabe zu schweren wirtschaftlichen Folgen führt, sei es im Zusammenhang mit einer Besetzung des Ruhrgebiets durch die Entente, sei es bei einem Vorstoß der Franzosen in das Maintal mit der Absicht, den Norden vom Süden zu trennen.“²⁷³ Wirtschaftliche Konsequenzen und Nöte, so gravierend sie auch werden mochten, waren für ihn also immer zweitrangig. Sein Denken blieb, ganz seiner Herkunft aus der Beamtenschaft und seiner bisherigen Karriere dort entsprechend, fest im Glauben an die ordende Kraft des Staates, nicht im Glauben an wirtschaftliche Zusammenhänge, verhaftet.

Die „Ordnung“ war ein Begriff, der in gewisser Hinsicht Unsicherheiten der Zeit gegenüberstand, auch wenn dieser Ansatz wahrlich nicht an die Wurzeln der Probleme ging. Kahr reagierte auf die wirtschaftliche Not oft damit, dass er durch populistische Parolen im Volk den Ruf nach der von ihm gewünschten Staatsautorität, nach einem harten Durchgreifen befeuerte. Er rieb sich dabei vor allem an dem 1920 in der Öffentlichkeit viel gebrauchten Bild der Wucherer und Schleichhändler. Dieses projizierte man meist auf verruchte, zugereiste Gestalten, welche sich durch fadenscheinige und raffinierte Geschäfte an der Not Deutschlands bereichern. Und genau gegen diese „schlimmen Volksfeinde wucherischer Gewinnanhäufung und Ausbeutung“²⁷⁴, die sich schaffender und bescheidener Arbeit verweigerten, wolle er sich wenden, so Kahr in seiner ersten Regierungserklärung. Im Sinne einer starken und durchsetzungsfähigen Regierung kündigte Kahr auch an, auf engste Kooperation mit Reichswehr, Polizei und Einwohnerwehr zu bauen, zu denen er aus seiner Zeit als Regierungspräsident bereits ein intensives Verhältnis hatte. Er setzte damit freilich keine neue Agenda, sondern machte sich mit aller Kraft eine äußerst populäre Forderung zu Eigen, die bereits vor seinem Regierungsantritt quer durch die Parteien und die

²⁷¹ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 195.

²⁷² Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 247. Vgl. ferner Kahr, Lebenserinnerungen, S. 875.

²⁷³ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 70.

²⁷⁴ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 50. Sitzung vom 18.3.1920.

Gesellschaft ging.²⁷⁵ Der Wille zur „Ordnung“ in diesem Sinne schlug sich bereits unmittelbar nach dem Regierungsantritt darin nieder, dass der neue Ministerpräsident und Innenminister Kahr die Möglichkeiten des bayerischen Ausnahmezustandes deutlich umfangreicher ausschöpfte und erweiterte, als dies unter Ministerpräsident Hoffmann und Innenminister Endres zuvor der Fall gewesen war.²⁷⁶ Eine den Ausnahmezustand ergänzende Verordnung betreffs „Zuzug und Aufenthalt von Staatenlosen und Ausländern“ schuf schärfere Meldepflicht und einfachere Ausweisungsmöglichkeiten für alle diejenigen, die nach dem Ende des Weltkrieges nach Bayern gekommen waren und von denen auch bei Kahr besonders die sogenannten „Ostjuden“²⁷⁷ unter dem Generalverdacht unfairen Handels, Wuchers und der Schieberei standen. Im Falle der Zuwiderhandlung stand der Polizei das Mittel der Schutzhaft zur Verfügung. Kahr nahm damit auch schon früh die populären antisemitischen Tendenzen der Zeit auf. Die sogenannte Schutzhaft wurde in Folge im Sinne einer Bestrafung genutzt und richtete sich nicht nur gegen Ausländer, sondern auch gegen Linksextreme.²⁷⁸ Ohne wissen zu können, welche Auswüchse die deutsche Geschichte Jahre später in diesem Feld noch treiben würde, dachte der bayerische Ministerrat bereits damals über eine Internierung jener Schutzhäftlinge in „Schutzlagern“²⁷⁹ nach, die möglichst an kleinen, abgelegenen Orten zu errichten seien. Anfang April 1920 wurde im Sinne der Bekämpfung des Schwarzmarktes das Postgeheimnis gelockert und die bislang kaum angewandte Pressezensur effektiver gestaltet. Hatte die Vorgängerregierung seit Bestehen des Ausnahmezustandes nicht ein einziges Mal vom Mittel des Zeitungsverbots Gebrauch gemacht, so wurde es im Frühjahr 1920 gegen die kommunistische Neue Zeitung, die USPD Blätter Der Kampf und Oberfränkische Volkszeitung, aber auch gegen den Völkischen Beobachter angewandt, als dieser populistisch der Regierung eine Unterstützung des Wuchers vorwarf.²⁸⁰ Die Repressionen gegen rechtsradikale

²⁷⁵ So titelten die damals noch DDP nahen Münchner Neuesten Nachrichten Tage vor Kahrs Regierungsantritt mit „Gegen das Schlemmer- und Schiebertum“, hoben in diesem Zusammenhang jedoch noch nicht Kahr, sondern die Bemühungen der demokratischen Abgeordneten und des Ministers Müller-Meinigen hervor. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 106 vom 11.3.1920.

²⁷⁶ Zur Praxis des Ausnahmezustandes bietet prinzipiell die auf gründliche Statistiken und genaue Beleuchtung jeder einschlägigen Verordnung von 1919-1923 basierende Dissertation Thomas Langes „Bayern im Ausnahmezustand“ einen guten Überblick. In diesem Sinne kann in der vorliegenden Arbeit auf eine Aufzählung sämtlicher Einzelfälle verzichtet werden.

²⁷⁷ Nachdem Kahr in einer großen Razzia den Kurort Bad Kissingen von - wie er es ausdrückte - „etwa 100 Schiebern und Wucherern befreit“ hatte und bereits weitere Razzien in anderen Kurorten plante, vermerkte er in seinem Tagebuch: „Natürlich ist wegen dieses Vorgehens ein großes Geschrei im Bezirksamt Israel und seiner Presse.“ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 108.

²⁷⁸ Vgl. Lange, Bayern, S. 89ff.

²⁷⁹ Ministerratssitzung vom 20.3.1920, BayHStA, MA 99515.

²⁸⁰ Vgl. Lange, Bayern, S. 93f.

Propaganda bleiben jedoch sehr zurückhaltend. So musste beispielsweise auf einem deutschvölkischen Plakat, das den Zutritt für „Angehörige der jüdischen Rasse sowie andere internationale Schädlinge“ zu einer Versammlung verbot, im Dezember 1920 lediglich das Wort „andere“²⁸¹ gestrichen werden.

Kahrs Wiederherstellung der Ordnung meinte also einen straff geführten Staat. Dieser sollte ausdrücklich als Gegenbild zur Revolution von 1918 verstanden werden. Vor dem Landtag führte Kahr im Juli 1920 aus: „Das Ziel, das wir uns gesteckt haben gibt uns ein Recht zu verlangen, dass die Revolution ihr Ende finde.“²⁸² Dass er seinen Vorgänger Hoffmann noch als Teil dieser Revolution verstand, zeigt sich beispielsweise daran, dass Kahr hier auch Kurswechsel in der im konservativen Lager umstrittenen Schul- und Kulturpolitik Hoffmanns versprach.²⁸³ Indem er „die Reinigung Bayerns von allen fremdländischen Elementen, welche geeignet sind, die Herrschaft der Gesetze zu untergraben, Ruhe und Ordnung im Staate zu erschüttern und die Staatsautorität zu zerschlagen,“²⁸⁴ ankündigte, bediente er sich des Vokabulars des in der Revolution verängstigten Bürgertums,²⁸⁵ in dessen Augen die Revolution um Eisner das Werk außerbayerischer Elemente war. Kahr hatte diese Vorstellung selbst sehr verinnerlicht und litt, wie manch andere Stellen im bayerischen Staatswesen auch²⁸⁶, unter einer ständigen Revolutionsangst von links. So befasste er sich im Juli 1921, als ihm zu Ohren gekommen war, dass angeblich zwei „sowjetrussische Juden“ derzeit in Bayern herumreisen würden, in einem seitenlangen, sorgvollen Tagebucheintrag mit diesem Umstand und schaltete nicht nur die bayerische Polizei, sondern sogar den Gesandten der Reichsregierung in das Thema ein.²⁸⁷ Wenn Kahr also von Ordnung sprach, so ist dies immer auch vor dem Hintergrund seiner sehr ausgeprägten Angst vor dem Bolschewismus zu verstehen. Die größte Notwendigkeit zu diesem Zweck des antirevolutionären, gegen links gerichteten Wirkens sah Kahr, wie bei den meisten

²⁸¹ Zit. bei Lange, Bayern, S. 98.

²⁸² Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 2. Sitzung vom 16.7.1920.

²⁸³ Konkrete Vorschläge und Maßnahmen zur Kultus- und Schulpolitik überließ Kahr in der Praxis jedoch weitgehend dem Kultusminister Matt. Vgl. Ministerratssitzung vom 24.2.1921, BayHStA, MA 99516.

²⁸⁴ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 2. Sitzung vom 16.7.1920.

²⁸⁵ Vgl. Geyer, Welt, S. 102.

²⁸⁶ In den ersten Monaten von Kahrs Amtszeit zeigte sich z.B. die Regierung von Niederbayern überzeugt, dass bald mit Krawallen zu rechnen sei und sich ein Teil der Bevölkerung, sollte ein bolschewistisches Heer nach Niederbayern vordringen, diesem anschließen würde. In Aschaffenburg forderte zur gleichen Zeit die dortige Landespolizei schwere Geschütze an, um gegen eine vermeintliche Übermacht potentiell bolschewistischer Arbeiterschaft bestehen zu können. Vgl. Schwarze, Polizei, S. 90.

²⁸⁷ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 46ff.

Dingen, in der Wiederaufrichtung der „schwer erschütterten Staatsautorität“²⁸⁸ und der Gewährleistung von Ruhe und Ordnung.

Da ihm die Abläufe der vorrevolutionären Zeit für seine Ordnungsziele sicherlich Leitbild waren, mag man, gerade aus Sicht der damaligen Sozialdemokratie, Kahr mit einiger Berechtigung als reaktionär betiteln. Was Kahrs Ordnungsvorstellungen jedoch nicht beinhalteten, war eine rasche Wiederherstellung der Monarchie. Auch wenn Kahr zu Recht als „erklärter Monarchist“²⁸⁹ bezeichnet werden darf, so gilt es doch zu differenzieren. Sich öffentlich zur Monarchie zu bekennen war in konservativen Kreisen eine Mode. Dies bedeutete aber noch längst nicht, dass man dieses Ziel auch tatsächlich aktiv und mit Nachdruck verfolgte. Für die BVP beispielsweise hielt Bruno Thoss treffend fest: „Einer Minderheit, die auf eine baldige Restauration hinarbeitete, stand eine Mehrheit der Partei gegenüber, die sie nicht ausschloss.“²⁹⁰ Wenn Kahr also 1922 öffentlich den Kronprinzen als „König“ Rupprecht hochleben ließ²⁹¹, so mag das dieser Mode geschuldet sein. Angesichts der Tatsache, dass das Finanzministerium dem Ministerpräsidenten das königliche Schloss in Berchtesgaden als Sommersitz zur Verfügung gestellt hatte, fühlt sich Kahr genötigt, in seinen Erinnerungen reichlich theatralisch zu betonen, dass er natürlich zunächst Ludwig III. um Erlaubnis gefragt hätte.²⁹² Andererseits erklärte er dem abgesetzten König im Januar 1921, dass an eine baldige Wiederkehr der Monarchie in der momentanen Lage kaum zu denken sei.²⁹³ Als Kahr im Sommer 1921 sich mit Vertrauten über die Konsequenzen eines möglichen Umsturzes von links in Berlin unterhielt, stellte er fest, dass bei der Gelegenheit des Gegenschlags zwar die Weimarer Verfassung abzuschaffen sei, aber „monarchistische Bestrebungen müssten unter allen Umständen ausgeschaltet bleiben.“²⁹⁴ Er zielte hierbei darauf ab, eventuell daraus resultierende Widerstände in einer solchen Situation zu vermeiden. In Wahrheit ging es Kahr wohl viel mehr um seine eigene Stellung, als um die der Wittelsbacher. Im Königreich hatten sie seine Karriere gefördert und wäre die Monarchie nicht untergegangen, er hätte sie wohl in die höchsten Positionen fortsetzen

²⁸⁸ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 50. Sitzung vom 18.3.1920.

²⁸⁹ Thoss, Ludendorff, S. 186.

²⁹⁰ Thoss, Ludendorff, S. 185.

²⁹¹ Auf einer Versammlung BVP naher Studenten 1922 erklärte er: „Das künftige neue deutsche Kaiserreich soll ein Reich sein mit starken Einzelstaaten, darunter einem einflussreichen, selbstständigen Bayern. (...) Möge es Gotte walten, dass wieder die Zeit kommt, in der wir rufen können: Vivat Rupertus Rex!“ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 234 vom 3./4.6.1922.

²⁹² "Ich nahm das an, nachdem ich mich anstandshalber vorher der Zustimmung des Königs Ludwig, den ich immer noch als den Herren ansah und ehrte, versichert hatte." Kahr, Lebenserinnerungen, S. 904.

²⁹³ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 4. Vgl. ferner Kahr, Lebenserinnerungen, S. 824.

²⁹⁴ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 61.

können, ohne sich mit Parteien und Parlament auseinandersetzen zu müssen. Seine Stellung wäre vielleicht sicherer gewesen, als sie es als parlamentarisch getragener Ministerpräsident je sein konnte. In der praktischen Politik als Ministerpräsident aber interessierte Kahr – wie übrigens seine Nachfolger auch – sich nicht für die Restauration der Wittelsbacher. Nur bei Lappalien, etwa ob Kahr als Ministerpräsident für einen siebtgeborenen Sohn, wie früher der König, die Patenschaft übernehmen müsse²⁹⁵ oder ob die Staatsregierung, wie früher der König, die Einladungen zu den Festvorträgen des Deutschen Museums übernehmen sollte,²⁹⁶ beschäftigte sich Kahrs Ministerrat mit der Monarchie. Kahr gehörte zu einer Beamtenkaste des Königreichs, die unter dem Schutz der Monarchie ihre Macht und ihr Selbstbewusstsein schon Jahrzehnte vor der Revolution mehr und mehr ausgebaut hatte und ihre eigenen Interessen und Vorstellungen durchzusetzen pflegten, ohne dafür die Eingebungen eines von Gottes Gnaden gesandten Königs abzuwarten. Sie brauchten das Wohlwollen des Königs, aber nicht seine Befehle. Längst verstanden sich die Spitzenbeamten als die gestaltende Kraft im Staat.²⁹⁷ Von den Ausführungsorganen des Königswillens, wie noch König Ludwig I. seine Minister auffasste,²⁹⁸ waren Kahr und auch seine Nachfolger weit entfernt. Wenn der Wille des Königs nicht dem des Spitzenbeamten entsprach, so versuchten Beamte wie Kahr sich trotzdem durchzusetzen. Endgültig stellte Kahr diese Haltung unter Beweis, als ihn Kronprinz Rupprecht 1923 aufforderte, das Generalstaatskommissariat niederzulegen. Obwohl dies ganz im Sinne der alten konstitutionellen Monarchie zu verstehen gewesen wäre, lehnte Kahr es entschlossen ab.²⁹⁹ Der „Monarchist Kahr“ war, auch wenn er später den Kronprinzen noch so konsequent mit „Majestät“ ansprechen³⁰⁰ mochte, also zum Teil nur Fassade. Was Kahr wirklich zurück haben wollte, war die mächtige Stellung der Spitzenbürokratie und die Unabhängigkeit der Regierung vom Parlament, genauso wie er es über all die Jahre im Königreich kennengelernt hatte. Ein König wäre dafür nur Mittel zum Zweck gewesen.

Blickt man nun auf die Amtsführung Kahrs im Alltag, so möchte man vom einst so emsigen Beamten eine sehr kleinteilige, gründliche Arbeitsweise erwarten – doch man

²⁹⁵ Kahr lehnte das ab, sandte dem Vater aber ein Geldgeschenk der Regierung und die Einladung, den Buben „Gustav“ zu nennen. Vgl. Ministerratssitzung vom 30.10.1920, BayHStA, MA 99515.

²⁹⁶ Man übernahm dieses Ehrenamt. Vgl. Ministerratssitzung vom 23.7.1921, BayHStA, MA 99515.

²⁹⁷ Löffler, Königreich, S. 26f.

²⁹⁸ Ludwig I pflegte noch zu sagen: „Der König befiehlt, die Minister gehorchen“ und wurde diesem Anspruch durch enormes Aktenstudium und die Zuarbeit der Kabinettssekretäre auch meist gerecht. Spätestens 1848 aber musste auch er einsehen, dass diese Zeiten vorbei waren. Vgl. Kraus, Geschichte, S. 470ff.

²⁹⁹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1391ff.

³⁰⁰ Vgl. Weiß, Kronprinz, S. 198.

wird enttäuscht. Fachliche Detailfragen, vor allem in wirtschaftlichen Belangen,³⁰¹ waren dem Ministerpräsidenten Kahr zweitrangig. In dieses Bild passen auch die Erinnerungen des damals im Ministerium des Äußeren als Referent beschäftigten Karl Sommer, der feststellte: „Er kümmerte sich nicht um die laufenden Referatsangelegenheiten, sondern nur um die großen politischen Fragen.“³⁰² Dies wirft ein anderes Bild auf den so dienstbeflissenen und gründlichen Beamten, der nun kaum mehr Muse fand, sich mit „Kleinigkeiten“ des Regierungs- und Verwaltungsalltags zu beschäftigen. Eine ins Detail gehende, fast kleinliche Politik erlebte man bestenfalls, wenn es um die Propagierung von Sparsamkeit und Demut angesichts der schweren Wirtschaftslage ging. Kahr glaubte, so wie es in der Regierung auch über Parteigrenzen hinweg bis hin zu den Liberalen die Ansicht war,³⁰³ dass das Gebot zur Heilung der wirtschaftlichen Probleme die Wertschätzung von Einfachheit und Bescheidenheit wäre. Dies galt für Kahr zum einen für den Staat selbst, zum anderen auch für jeden Privatmenschen in Bayern. Betrachtet man zunächst die staatliche Seite, so schien eine Vereinfachung der Staatsverwaltung aus Gründen der Sparsamkeit als das Gebot der Stunde und wurde vielerorts diskutiert. Faktisch gedieh sie unter Kahr aber nur zögerlich. Erst im November beschäftigte sich der Ministerrat mit der Einberufung einer, wie Kahr betonte rein beratenden Kommission aus Beamten, Gewerkschaftern und Berufsvertretern, so wie sie der Landtag bereits im Februar, also noch zu Zeiten Hoffmanns, eingefordert hatte.³⁰⁴ Ein Kernpunkt dieser Diskussion, die ab 1921 verstärkt in den Ministerrat einzog, war die Zusammenlegung von Ministerien.³⁰⁵ War die königliche Regierung noch mit den Kernministerien für Äußeres, Inneres, Justiz, Finanzen und Militär ausgekommen, wurden im Zuge der Revolution zusätzlich ein Handelsministerium, ein Landwirtschaftsministerium und ein Sozialministerium geschaffen. Allerdings war die Auflösung eines der neuen Ministerien aus parteipolitischen Gründen alles andere als einfach, hatte doch beispielsweise der Koalitionspartner Bauernbund durch das Landwirtschaftsministerium nicht nur seinen Sitz am Ministertisch, sondern auch eine seiner grundsätzlichen Forderung verwirklicht.

³⁰¹ Auch wenn Kahrs wirtschaftspolitische Ambitionen auffällig gering waren, unterstellt Götschmann nicht ganz zu Unrecht nicht nur Kahr, sondern fast allen bayerischen Regierungen der Weimarer Zeit ein „Desinteresse“ an der Wirtschaftspolitik. Er führt dies auf die Verlagerung von Kompetenzen und Steuereinnahmen auf die Reichsebene zurück, wodurch der Anreiz für wirtschaftliche Prosperität in Bayern spürbar verringert worden sei. Auch hätte die konservative Grundstimmung innerhalb der BVP nach wie vor einem landwirtschaftlich geprägten Freistaat den klaren Vorzug gegeben. Vgl. Götschmann, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 289f.

³⁰² Sommer, *Beiträge*, S. 90.

³⁰³ Geyer, *Welt*, S. 317.

³⁰⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 2.11.1920, BayHStA, MA 99515.

³⁰⁵ Hier bestand Handlungsspielraum. Die bayerische Verfassung schrieb weder vor, welche Ressorts zu besetzen waren, noch begrenzte sie die Anzahl der Ministerien und Posten. Vgl. Roth, *Entwicklung*, S. 223.

Es war vor allem er, der sich zäh jeder Bemühung um eine Rückgliederung der Landwirtschaft in ein anderes Ressort erwehrte.³⁰⁶ Kahr selbst stand all den vorgeschlagenen Vereinfachungsmaßnahmen begeisterungslos gegenüber, was von einem überzeugten Beamten auch kaum anders zu erwarten war. Am ehesten konnte er solchen Bestrebungen noch abgewinnen, dass sie in der Bevölkerung vielleicht eine positive Außenwirkung im Sinne der Sparsamkeit haben könnten.³⁰⁷ Er bezweifle zwar nicht, so Kahr im Ministerrat, dass der Staat im Grunde zu viele Ministerien habe, doch bezweifle er, ob die Reduzierung dieser Zahl tatsächlich solch große Einsparungen bringe, dass diese mit den eventuellen Komplikationen – er dachte hier beispielsweise daran wie die Geringverdiener und Armen die Nachricht von der Auflösung des Sozialministeriums aufnehmen würden – noch in Relation stünden.³⁰⁸ Kahr trieb hier die Dinge nicht zielstrebig voran, sondern zauderte. Dementsprechend blieben die Staatsvereinfachung und die staatliche Sparpolitik offene Baustellen, die Kahr seinem Nachfolger Lerchenfeld, ohne große Richtlinien gesetzt zu haben, übergab.

Sparsamkeit und Bescheidenheit sollten jedoch nicht nur für den Staatshaushalt, sondern für alles in Bayern zu Leitbildern erklärt werden.³⁰⁹ Hier war Kahr wesentlich konsequenter. Das Volk sollte sich angesichts der angespannten Versorgungslage schlichtweg auf das Nötigste beschränken und an diesen Gedanken musste es auch ein Stück weit herangeführt werden. Diese – sehr simple – Sicht der Dinge wirkte sich in einer, auch von Kahrs Nachfolger fortgeführten³¹⁰ Propaganda gegen sogenannte Schlemmerlokale und Tanzvergnügen aus, die für ihn nicht dem Geist jener ersten Zeit entsprachen. Der Ministerpräsident griff hier auf eine bereits vor seinem Regierungsantritt populäre Forderung³¹¹ zurück. Er war zudem durch die ganze Zeit der Ordnungszelle hindurch darauf bedacht, zu vermitteln, dass er die alternativ propagierte

³⁰⁶ Vgl. Ratjen, Bauernkammern, S. 125ff.

³⁰⁷ So erklärte Kahr in einem begeisterungslosen Schreiben an das Innenministerium ein Jahr nach Amtsantritt, dass er die Vorschläge, um die sich bislang nicht er sondern nur eine Kommission gekümmert habe, lediglich als Grundlage für weitere Diskussionen erachte. Er fände es aber richtig, dass die Regierung dem Landtag und der Öffentlichkeit weiterhin die Bereitschaft zu einem solchen Vorgehen vermittele. Vgl. Kahr an Minn am 25.3.1921, BayHStA, MA 102061.

³⁰⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 9.12.1920, BayHStA, MA 99515.

³⁰⁹ Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 50. Sitzung vom 18.2.1920.

³¹⁰ Auch unter Lerchenfeld fand beispielsweise im November 1922 eine Ministerratssitzung statt, die sich hauptsächlich mit einem an das Reich zu richtenden Gesetzesentwurf gegen die Schlemmerei und ferner mit der Einschränkung des Faschings im Freistaat beschäftigte. Vgl. Ministerratssitzung vom 25.11.1921, BayHStA, MA 99517.

³¹¹ Nochmals sei auf den bereits erwähnten Artikel „Gegen das Schlemmer- und Schiebertum“ der Münchner Neuesten Nachrichten verwiesen. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 106 vom 11.3.1920.

Bescheidenheit und Einfachheit auch an sich selbst praktiziere.³¹² Im Ministerrat lehnte er es aus Gründen des Rohstoffmangels ab, für einen Staatsbesuch in Stuttgart einen Kraftwagen zu benutzen,³¹³ und im Fasching 1921 ließ er alle Tanzveranstaltungen verbieten. Für offiziellere Anlässe zu Jahresbeginn, wie den Presseball, brachte er den Vorschlag, dass die Besucher ihre Eintrittsgelder für die Wohlfahrt zu spenden hätten.³¹⁴ Ganz verhindern ließ sich der Presseball – wie viele andere Vergnügungen – allerdings nicht. Kahr besuchte ihn sogar widerwillig. In seinem Tagebuch machte er danach in einem eigenen Eintrag seinem Ekel Luft: „Der billigste Schaumwein kostet 105 M. (...) Ein tieftrauriges Bild: Ein verlorener Krieg, ein bankrotter Staat, hunderttausende hungernder und frierender Menschen und daneben Tausende, die tanzen und lachen und das Geld nach tausenden hinauswerfen.“³¹⁵ Zustimmung fanden bei Kahr lediglich würdige, vaterländische Festakte mit ernstem Charakter. So spricht Kahr bei der Weihe der Landesfahne der bayerischen Einwohnerwehr im November 1920 von „hohen feierlichen Gedanken“, die im Gegensatz stünden zum „kalten, ertötenden Egoismus unserer Zeit.“³¹⁶ In seinem Tagebuch zeigt Kahr sich begeistert über die Totenfeier zum Fliegergedenktag im Mai 1921, die im Odeon stattfand. Kahr sprach in seiner Rede von der Opferbereitschaft der Soldaten und erklärte: „Schmach und Schande über jeden, der das in schnöder Genusssucht und Selbstsucht vergessen kann!“³¹⁷ In besonderem Kontrast zu seinen Vorstellungen von Würde, Bescheidenheit und Zurückhaltung sah Kahr die Reichshauptstadt Berlin, wobei er auch einen nicht zu übersehenden Antisemitismus zum Ausdruck brachte: „In dieser vom schlimmsten Judengeist zersetzten, in schamlose Geldgier und Wucherei untergetauchten Stadt können Gedanken

³¹² In seinen Erinnerungen wird dies an vielen Stellen deutlich, unter anderem, wenn der sehr kinderliebe Kahr über den fünften Geburtstag seiner Enkelin am Pfingsttag 1922 berichtet. Nur ihr zuliebe sei das ansonsten spartanische Leben der Familie einige Stunden unterbrochen worden. In seinen Kaffee habe sich der – wohl sicherlich nicht zu den ärmsten Kreisen gehörige – bayerische Ministerpräsident Dr. Gustav Ritter von Kahr daher „ein ganzes Stück Zucker“ geleistet. Als ganz besonderes Ereignis habe die Familie an diesem Tag nach langer Zeit gar Fleisch zu Mittag gegessen und sich ferner noch Nachtisch und ein Stück Kuchen gegönnt. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1067.

³¹³ Vgl. Ministerratssitzung vom 1.4.1920, BayHStA, MA 99515.

³¹⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 2.2.1921, BayHStA, MA 99516. Das Faschingsverbot war eine sehr umstrittene Maßnahme. Schon am Tag nach dem Ministerratsbeschluss musste Kahr seine Kollegen erneut zu einer Sondersitzung zusammenrufen, da sofort sehr heftige Proteste dagegen eingegangen waren. Man beschloss am Ende davon abzusehen, das Verbot mit bewaffneter Macht durchzusetzen. Vgl. Ministerratssitzung vom 3.2.1921, BayHStA, MA 99516.

³¹⁵ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 27. Über das opulente Festessen zu einem Kongress für Heizung und Lüftung, der im Juli 1921 in München tagte, war Kahr gar so entsetzt, dass er sich sozusagen als Beleg die Karte mit der Speisenfolge des sechsgängigen Menüs inklusive Weinbegleitung in sein Tagebuch klebte und kommentierte: „Das schlägt einem die Schamesröte ins Gesicht.“ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 7.

³¹⁶ Bayerische Staatszeitung Nr. 267 vom 16.11.1920.

³¹⁷ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 248.

an die Ehre des Volkes nicht gedeihen."³¹⁸ Ob seine bürgerliche Schlichtheit nun aber zur Gesundung der Wirtschaft in Bayern beitragen konnte, das hatte schon der österreichische Generalkonsul in München in einem Bericht nach Wien unmittelbar nach dem Amtsantritt Kahrs in Frage gestellt.³¹⁹ Sogar Kahr selbst war sich seiner mangelnden Erfahrung in wirtschaftlichen Fragen bewusst. Sofort nach seiner Amtsübernahme berief er daher den seit der Revolution aus dem Dienst geschiedenen Staatsrat Schmelzle, den Kahr für sein wirtschaftspolitisches Wissen schätzte, an seine Seite. Ihm schenkte er fortan in ökonomischen Fragen das Vertrauen. Eigene gedankliche Vorstöße jenseits seiner Anschauungen zu Bescheidenheit und Duldsamkeit waren von Kahr nicht zu erwarten.³²⁰

So waren die nennenswerten wirtschaftspolitischen Geschehnisse seiner Amtszeit entweder von außen an ihn herangetragen, oder durch gewisse Zwänge veranlasst. Kahrs Regierung oblagen hierbei etwa beispielsweise Pflichten, die der Wandel vom Bismarckreich zur Weimarer Republik mit sich brachte. Zu nennen sind hier die Übergabe der Wasserstraßen an das Reich³²¹, die Neuregelung der bayerischen Finanzverwaltung³²² oder, angesichts des Verlustes der bayerischen Post- und Eisenbahnhoheit³²³, die Auflösung des Verkehrsministeriums.³²⁴ Bayern wurden durch die Weimarer Verfassung faktisch Kompetenzen und Gestaltungsmöglichkeiten entzogen, so dass sich die Regierung nur mehr auf Schadensbegrenzung konzentrieren konnte. Zu Problemen in der Lebensmittelversorgung notierte Kahr im August 1921 in sein Tagebuch: „Man verlangt von der Regierung Kahr, dass sie das abstelle. O sancta simplicitas! Durch Reichsrecht ist Bayern jede Möglichkeit genommen, eine eigene Regelung im Lande zu treffen.“³²⁵ Kahrs Ministerium bemühte sich stets, sich für die entzogenen Kompetenzen etwas verträsten zu lassen. So wurde beispielsweise erreicht, dass die Reichsregierung Staatssekretäre für Reichspost und Reichsbahn mit Sitz in München installierte.³²⁶ Diese eher symbolischen Akte hießen jedoch nicht, dass Kahr

³¹⁸ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 206. Vor einer Berlinreise im Mai 1921 notierte er in sein Tagebuch: „Es kostet mich immer eine Überwindung, diese üble Stadt mit ihrem jüdischen Materialismus aufzusuchen.“ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 196.

³¹⁹ Vgl. Weigl, Bayernbild, S. 204.

³²⁰ Vgl. Speckner, Ordnungszelle, S. 130.

³²¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 1.7.1921, BayHStA, MA 99516.

³²² Vgl. Ministerratssitzung vom 28.2.1921, BayHStA, MA 99516.

³²³ Zur Beiteiligung Bayerns an der Reichsbahnverwaltung vgl. Lilla, Beteiligung, S. 221ff.

³²⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 22.3.1920, BayHStA, MA 99515.

³²⁵ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 85.

³²⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 22.4.1920, BayHStA, MA 99515. Dennoch handelte es sich, wie Lilla bemerkt, um eine Reichsbehörde, keine bayerische Behörde. Vgl. Lilla, Beteiligung, S. 277.

hier wirklich große Ausgleichserfolge hätte erringen können. Nur einen Bruchteil des Anlagewertes der Eisenbahn sollte Bayern bis 1934 in kleinen Raten vom Reich erhalten, für das Postwesen floss nahezu überhaupt kein Geld.³²⁷

Was die Grundversorgung Bayerns anging, so pflegte Kahr im Rahmen seiner Mittel eine Art „Ernährungspartikularismus“³²⁸, der Ausfuhrsperrern für Nahrungsmittel und eine Reduzierung des Zwischenhandels³²⁹ beinhaltete. Vor dem Landtag verurteilte er in diesem Sinne die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Bayern, auch wenn diese andernorts bessere Preise erzielen würden, und stellte sie auf eine Stufe mit Wucher und Schleichhandel.³³⁰ Tiefere Zusammenhänge der Handelspolitik erschlossen sich ihm hier nicht. Er empfand die Zurückhaltung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte als simples Mittel zur notwendigen Versorgung Bayerns und somit zur Förderung von Ruhe und Ordnung. Ebenso wenig dem Kahr'schen Innovationsgeist als der konkreten Not in Gestalt des akuten Kohlenmangels geschuldet waren andere Dinge, die noch im Gestaltungsspielraum der Regierung lagen. Als Beispiel sei der der zügige Ausbau der Wasserkraftwerke³³¹ in Bayern genannt. Es ist nicht anzunehmen, dass Kahr für diese durchaus zukunftsweisende Angelegenheit Ehrgeiz entwickelte. Zum einen findet sie in seinen Erinnerungen so gut wie keine Erwähnung, zum anderen war Kahr bei der Ministerratssitzung, bei welcher sich der Freistaat das Ziel setzte, in kurzer Zeit zu einem kohleunabhängigen Energieexporteur zu werden, gar nicht anwesend und ließ sich von seinem Stellvertreter Matt vertreten.³³² Ähnliches galt für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die unter Kahrs Regierungszeit fiel,³³³ und den ebenfalls dem Kohlenmangel geschuldeten Ausbau des Rhein-Main-Donau Kanals.³³⁴ Selten bezog Kahr, wenn wirtschaftliche Maßnahmen beziehungsweise gar Eingriffe des Staates in den Handel eine Beruhigung der Öffentlichkeit in Aussicht stellten, die Wirtschaft in seine Überlegungen mit ein. Dies war jedoch stets auf das Existenzielle beschränkt, wie etwa in einem Brief Kahrs an Handelsminister Hamm. Dort begrüßte Kahr unter dem damals

³²⁷ Vgl. Götschmann, Wirtschaftsgeschichte, S. 273.

³²⁸ Kirchinger, Horlacher, S. 104. So kam es unter der Regierung Kahr zu Ausfuhrsperrern für Milch, Getreide und Vieh, was in den Reihen der Landesbauernkammer je nach aktuellen Interessen begrüßt oder verneint wurde.

³²⁹ Kahr zeigte sich im Januar 1921 äußerst erfreut, als Georg Heim ihm über Planungen referierte, dass die landwirtschaftlichen Genossenschaften nun in den Städten direkt vermarkten könnten und so eine Preissenkung erreicht werden könne. Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 15.

³³⁰ So Kahr in seiner Antrittsrede als Ministerpräsident. Vgl. Bayerische Staatszeitung Nr 164. vom 17. Juli 1920.

³³¹ Vgl. Götschmann, Wirtschaftsgeschichte, S. 291 ff.

³³² Vgl. Ministerratssitzung vom 11.9.1920, BayHStA, MA 99515.

³³³ Vgl. Ministerratssitzungen vom 30.3. und 29.7.1921, BayHStA, MA 99516.

³³⁴ Vgl. Götschmann, Wirtschaftspolitik, S. 291.

populären Schlagwort der Förderung des „sozialen Friedens“, von dem er sich vor allem eine Ruhigstellung der Arbeitermassen erhoffte, einen Vorstoß des Reiches zur staatlichen Regelung der Kohleversorgung. Detaillierte eigene Vorstellungen blieb er auch hier schuldig.³³⁵ Es gab also mehrere zentrale Punkte in der bayerischen Politik, die Kahr weit stiller, anteilsloser und unspektakulärer verwaltete, als dies etwa beim Erhalt der Selbstschutzverbände der Fall war. Die Priorität seiner Amtsführung lag damit nicht auf einer vielschichtigen und geregelten Fortentwicklung der Dinge in Bayern, wie man sie von einem Verwaltungsbeamten vielleicht hätte erwarten können. Er hatte den Ruf als „Macher“, der ihm aus seiner Beamtenzeit vorausseilte, als Ministerpräsident keineswegs in allen seinen Politikfeldern fortgeführt. Gustav von Kahr dachte dafür zu gerne in großen, prestigeträchtigeren Dimensionen.

In der Öffentlichkeit führte Kahr seine Zurückhaltung in ökonomischen Fragen fort. Er stellte sich damit den Anliegen, die die Bevölkerung in ihrem Alltag wohl am konkretesten betrafen, nur bedingt. Fachlichen Detailfragen wich es stets aus und flüchtete sich in die große Politik. Anlässlich einer Festrede vor dem landwirtschaftlichen Verein verlor er beispielsweise kaum ein Wort zu agrarischen Problemen, von einigen romantisierenden Sympathiebekundungen an den Bauernstand abgesehen, und stellte im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Not der Zeit dar: „Dieses Problem aber ist im letzten Grunde ein sittliches Problem. Nicht von der Wirtschaft alleine hängt seine Lösung ab, sondern von der Staatsgesinnung, von dem Gemeingeist dessen unser Volk noch fähig ist.“ Die Rufe, dass die Wirtschaft das Schicksal Deutschlands bedeute, seien nur die „halbe Wahrheit“.³³⁶ Private Wirtschaft, so erklärte Kahr vor dem Landtag, dürfe keinem Selbstzweck dienen, sondern habe sich der „höheren Staatsidee unterzuordnen.“³³⁷ Von dieser Grundüberzeugung des unbedingten Vorrangs des Staats vor der Privatwirtschaft ließ sich der langediente Beamte Kahr während seines gesamten politischen Schaffens nicht abbringen.

Man kann davon ausgehen, dass weite Teilen der bayerischen Wirtschaft, aber auch der BVP diese Unerfahrenheit und das Desinteresse des Ministerpräsidenten an ökonomischen Fragen nicht einmal störte, ganz im Gegenteil: In einem Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsführer der Bayerischen Wirtschaftsverbände, welche unter Federführung der Landwirtschaftspolitiker Horlacher und Schlittenbauer im

³³⁵ Kahr an Hamm im August 1920, BayHStA, MA 102380.

³³⁶ Bayerische Staatszeitung Nr 164. vom 17. Juli 1920.

³³⁷ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 2. Sitzung vom 16.7.1920.

Sommer 1921 tagte und die Ergebnisse dem Ministerpräsidenten mitteilte, wurde auf Antrag Schlittenbauers einstimmig folgender unmissverständlicher Satz an den Schluss gesetzt: „Wir legen weniger Wert auf eine Unterstützung durch die bayerische Regierung, als darauf, dass sie uns an der Arbeit nicht hindert.“³³⁸ Den Wirtschaftsvertretern der BVP kam ein wirtschaftspolitisch schwacher Ministerpräsident also geradezu gelegen, sahen sie so doch, ohne zu weit im Rampenlicht zu stehen, bezüglich der ungestörten Durchsetzung ihrer Vorstellungen und Bedürfnisse beste Voraussetzungen. Kahr sollte gesicherte Verhältnisse schaffen, um die Geschäfte gedachte sich die wirtschaftliche Elite Bayerns selbst zu kümmern. Wie viele Anfeindungen im Gegensatz dazu Kahrs Nachfolger Graf Lerchenfeld später erfahren musste, als er sich wirtschaftspolitisch stärker betätigte, wird die Arbeit noch zeigen. Auch dem im Mai 1920 ins Leben gerufenen Wirtschaftsbeirat der BVP kam es nicht auf die ökonomische Kompetenz des neuen Ministerpräsidenten an. Ihm mochte es vor allem daran gelegen sei, dass Kahr eine Regierung ohne sozialdemokratischen Einfluss, von dem man allzu arbeitnehmerfreundliche hätte erwarten können, gewährleistete.³³⁹ Die Wirtschaft war Kahr also vor allem wohlgesonnen, weil sie von ihm günstige Rahmenbedingungen für sich erhoffte - ob er sich dessen nun bewusst war oder nicht.

Auch in den begrenzten Punkten, in denen Kahr – sei es direkt oder indirekt, bewusst oder unbewusst - gemäß seinen Überzeugungen ordend in das Wirtschaftsleben Bayerns eingegriffen hatte, war dies zumeist wenig erfolgreich. Schon zu Anfang seiner Regierungszeit zeigte sich, dass beispielsweise seine Zuzugs- und Aufenthaltsbeschränkungen sich vor allem zu einer Behinderung der gewerblichen Reisenden und des Tourismus auswachsen. Diese Bürokratie sorgte nicht nur bei den so gefürchteten „Ostjuden“, sondern viel mehr bei den in Bayern arbeitenden Österreichern für Empörung und Ärger. Rasch waren hier Korrekturen im Sinne der Handelsreisenden vorzunehmen, da sich Kahrs strikte Politik als illusorisch erwiesen hatte.³⁴⁰ Auch in Bayern kam es 1920 mehrfach zu Lebensmittelunruhen, die den Einsatz bewaffneter Macht nötig machten. Nachdem auch eine Lockerung der aus Kriegszeiten noch bestehenden Zwangswirtschaft keine erkennbare Abhilfe schuf, wollte man solchen Ausschreitungen später im Rahmen des Ausnahmezustandes mit drakonischen

³³⁸ Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsführer der Bayerischen Wirtschaftsverbände an Kahr am 10.8.1921, BayHStA, MA 102424.

³³⁹ Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 54.

³⁴⁰ Vgl. Lange, Bayern, S. 92f.

Verordnungen gegen Wucher und Preistreiberei entgegenwirken.³⁴¹ Am Ende seiner Amtszeit belegen zahlreiche Klagebriefe und Protestnoten an den bayerischen Ministerpräsidenten, dass keine erkennbare wirtschaftliche Verbesserung in Bayern erreicht wurde und das Problem der fortschreitenden Inflation ungelöst blieb. Zum anderen zeigt sich so, dass die weitgehend in den Hintergrund gedrängte Wirtschaftspolitik Kahrs in der Bevölkerung nicht nur in den Brennpunkten München und Nürnberg³⁴² durchaus kritisch zur Kenntnis genommen wurde. Der Münchener Verband der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen, also eine Gruppe die man zunächst als durchaus kahrfreundlich einschätzen möchte, stellte in einer Kahr zugesandten Resolution gar die Glaubwürdigkeit des Ministerpräsidenten in Frage, indem er feststellte: „Der vielversprochene Abbau der Lebensmittelpreise in der Erklärung der Regierung Kahr vom 15.März 1920 hat sich in das Gegenteil verwandelt und unerschwingliche Höhe erreicht.“³⁴³ In der Tat hatte Kahr die Verbesserung der Versorgungslage der urbanen Zentren als das wesentliche wirtschaftliche Ziel seiner Amtszeit erklärt, allerdings – auch wegen seiner Distanz zu wirtschaftlichen Problemen - kein funktionierendes Konzept entwickeln können, mit dem diese Ankündigung umsetzbar gewesen wäre. Als einfaches und naheliegendes Mittel hatte er die Hebung der Agrarproduktion durch Bereitstellung von Kunstdünger und Produktionsmitteln angekündigt. Immerhin war sich des Problems theoretisch durchaus bewusst: An die Bezirksämter schrieb er kurz nach Amtsantritt: „Die restlose Ablieferung aller Lebensmittel zur Ernährung der großen Städte ist dringend geboten. Die Getreidelieferung darf nie ins Stocken geraten. Die Versorgung der Frauen und Kinder mit Milch muss heilige Pflicht der Bauern sein.“ Er habe immer auf die Bauern vertraut, „jetzt ist die Stunde gekommen, in der die Bauernschaft auch mir ihr Vertrauen beweisen kann.“³⁴⁴ Doch die wirtschaftlichen Zusammenhänge waren zu kompliziert, um sie mit einfachen Apellen zu lösen. Die mangelnde Verbesserung der wirtschaftlichen Lage am Ende seiner Ministerpräsidentschaft legt den Schluss nahe, dass er zu sehr auf moralische Vorstellungen, Idealbilder von selbstlosem Zusammenhalt aller Bevölkerungsschichten,

³⁴¹ Vgl. Lange, Bayern, S. 102ff.

³⁴² So erreichten den Ministerpräsidenten die Teuerung betreffende Protestnoten von Großversammlungen beispielsweise aus Peißenberg oder Kaufbeuren. Vgl. BayHStA, MA 102835.

³⁴³ Landesverband des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe München an Kahr am 29.8.1921, BayHStA, MA 102385.

³⁴⁴ Kahr an die Bezirksamtsvorstände am 27.3.1920, BayHStA, MA 102381.

guten Willen und den Glauben an seine Popularität unter den Bauern gesetzt hatte, anstatt auf konkrete Maßnahmen.³⁴⁵ Der Erfolg blieb in jedem Falle aus.

Kahrs Anschauung und seine Politik werden mit dem bekannten Begriff „Ordnungszelle“ verbunden. Dieser Begriff hängt eng mit dem Wunsch nach einer Führungsrolle Bayerns zusammen, die über die Landesgrenzen ausstrahlen sollte. Anstelle des Bayern manchmal nachgesagten „mia san mia“, das sich auf die Bewahrung seiner verbliebenen Eigenständigkeit innerhalb des deutschen Nationalstaates beschränkt, stand ein ausgeprägtes Sendungsbewusstsein. Kahr hatte den Begriff der „Ordnungszelle“ in seiner ersten Rede vor dem Landesparteitag der BVP eingeführt.³⁴⁶ Der Begriff versinnbildlicht zum einen das bereits erwähnte Ziel: Ordnung schaffen, weg vom Chaos der Rätezeit, weg von den bürgerkriegsartigen Zuständen, hin zu einem starken, einigen bayerischen Staat. Zum anderen bedeutete das Bild der Zelle aber auch, dass die Zielsetzung eben keineswegs auf Bayern beschränkt war. Aus der Zelle Bayern sollte Größeres erwachsen, das über die Grenzen Bayerns und auch des Reichs gehen würde. Bayern und sein antirevolutionärer Kurs sollten zum politischen Vorbild für andere werden, zur rechten Alternative im Reich. Das klare Feindbild dabei war zunächst der Kommunismus.³⁴⁷ Diesen Feind zu besiegen sah Kahr gemäß seiner Vorstellung der Ordnung als das einzige Mittel zur Genesung Bayerns, Deutschlands und ganz Europas an. In einem geheimen Memorandum, das sich mit der Lage der Verlierer des Weltkrieges, vor allem

³⁴⁵ Im Gegensatz zu Kahr erkannte sein Nachfolger Graf Lerchenfeld die Eindämmung der Inflation als Mittel zur wirtschaftlichen Beruhigung und entwickelte hierzu umfangreiche Vorschläge. Vgl. Menges, Schmelzle, S. 63. Ebenso machte DDP-Handelsminister Hamm schon seit Anfang 1920 auf das Problem aufmerksam und strebte auch aus wirtschaftspolitischen Gründen eine bessere Kooperation zwischen Bayern und Reich an. Vgl. Sperl, Wirtschaft, S. 438. Reichskanzler Fehrenbachs Regierung sah die Eindämmung der Reparationslasten als zentrale Herausforderung an. Vgl. Mannes, Fehrenbach, S. 375. Gabriela Sperl stellt in ihrem Werk zur Wirtschaftsgeschichte Bayerns fest, dass unter Kahr die rationelle Feststellung der ökonomischen Abhängigkeit Bayerns vom Reich, die eine Zusammenarbeit erfordert hätte, hinter emotionale Propaganda zurücktrat. Vgl. Sperl, Wirtschaft, S. 402. Die Bayerische Regierung beschränkte sich demzufolge auf simple Zwangsmaßnahmen gegen die Teuerung, während ihr die großen währungspolitischen Zusammenhänge fremd blieben. Dies lag laut Sperl auch an der begrenzten wirtschaftspolitischen Kompetenz des bayerischen Ministerrats. Vgl. Sperl, Wirtschaft, S. 430. Die größte wirtschaftspolitische Tat Bayerns, nämlich der forcierte Ausbau der Wasserkraft als Antwort auf den Kohlenmangel in Land, wurde bereits unter Kahrs Vorgänger Hoffmann auf den Weg gebracht. Vgl. Sperl, Wirtschaft, S. 434.

³⁴⁶ Als Erfinder des Begriffes benennt Speckner nicht Kahr, nicht einmal auf einen Bayern, sondern den DNVP Politiker Hergt, der nach dem Regierungsantritt Kahrs in Hannover ausführte: „Blicken Sie nach Bayern! Dort haben Sie den Ordnungsstaat!“. Dieses Lob schmeichelte Kahr und er übernahm es für seine Ansprache vor der BVP: „Weit über die Grenzen des Reiches hinaus erblickt man hier in Bayern die Zelle der, von der aus Ruhe und Ordnung den Weg sich bahnen und erobern werden bis über weite Teile des Reiches.“; Speckner, Ordnungszelle, S. 144f.

³⁴⁷ Kahr befand sich damit auf einer Linie mit der bayerischen Reichswehr, deren Oberbefehlshaber Möhl nur wenige Tage nach dem Kapp-Putsch in einem Befehl an seine Truppen nicht etwa den Schutz der verfassungsgemäßen Zustände und ihrer Institutionen in Bayern und im Reich vor rechtsradikalen Umsturzversuchen, sondern den „geschlossenen Kampf gegen den Bolschewismus, um Deutschland vor dem Untergang zu bewahren“ als die erste Priorität der Reichswehr ausgab. Zit. bei Hürten, Anfänge, S. 17.

Deutschland, Ungarn und dem antibolschewistischen Teil der russischen Bevölkerung beschäftigte, stellte er dar, dass es vor allem zwei Ziele gebe: Die Bekämpfung des Linksradikalismus und die Beseitigung der bestehenden Friedensverträge. Für Bayern sah er in beiden Zielen eine Führungsrolle vor.³⁴⁸ Den Kommunismus zu bekämpfen, das war für Kahr fast gleichbedeutend mit der Gewährleistung von Ordnung und Stabilität. Noch im Hitler-Prozess 1924 rechtfertigte Kahr sein Handeln mit einem „mehr und mehr bedenklichen Charakter“ der „kommunistischen Bewegung.“³⁴⁹ Aber auch Sozialdemokratie und Linksliberalismus im Speziellen sowie der Parlamentarismus und die Parteien im Allgemeinen schienen Kahr nicht geeignet, dieses Ziel der Ordnung zu erreichen. Für dieses Ziel brauchte es in Augen Kahrs starke und entschlossfreudige Persönlichkeiten von unabhängiger Autorität, die aus der Masse des Volkes herausragen und in der Führung der Staatsgeschäfte gleichsam „über den Dingen“ stehen sollten. Die Wahlen und das Parlament, aus denen die Regierung im Freistaat Bayern hervorging, stellten für Kahr keine Legitimation für eine Regierung dar, im Gegenteil. In seinen Erinnerungen kritisierte er die Demokratie ganz entschieden: „Die Wahlzettel sind ja, wie z.B. die Sandkörner, fungible Gegenstände, jeder gilt gleichviel, ob er von einem Esel, einem Faulpelz oder von einem Schwerarbeiter des Geistes oder der Hand ausgefüllt ist.“³⁵⁰ Einer Kontrolle oder – wertender formuliert – Einmischung durch demokratische Institutionen bedurfte es in Kahrs Augen nicht. In seinem Tagebuch finden sich dazu zahlreiche abfällige Kommentare über das Parlament. Im Landtag plätschere „der Rede Strom weiter, wie wenn nichts auf der Welt passieren würde. Je geringfügiger die Angelegenheit ist, umso mehr wird darüber geredet, weil da jeder Ochse mitbrüllen kann. Diese Quasselbude der Gemeinplätze ist eine Schande und ein Skandal.“³⁵¹ Ein andermal notierte er: „Wenn der Parlamentarismus so fortmacht, wird er bald in seinem eigenen Schmutze untergehen. Je früher, umso besser.“³⁵² Besonders dann, wenn Kahr seine Tagespolitik im Plenum zu rechtfertigen hatte,³⁵³ stiegen Abneigung und Unverständnis bei ihm an. Als er beispielsweise im Februar 1921 durch eine Interpellation der Linken dazu gezwungen wurde und sich Tage mit der Vorbereitung dieser Rede befassen musste, hielt er fest: „Das Lexikon parlamentarischer Schimpfworte und viele unparlamentarische

³⁴⁸ BayHStA, NL Kahr 33.

³⁴⁹ Zit. bei Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 806.

³⁵⁰ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 816.

³⁵¹ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 100f.

³⁵² Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 117.

³⁵³ Dazu war der Ministerpräsident nach Rechenschaftsaufforderung des Parlaments gemäß der bayerischen Verfassung verpflichtet. Neben Misstrauensvotum und Ministeranklage war dies eine der zentralen Kontrollmöglichkeiten des Landtags. Vgl. Schlicher, Parlamentarismus, S. 25.

Schimpfworte werden sich über mich ergießen. Es ist wirklich nicht zu sagen, was man alles aushalten muss.“³⁵⁴ Der Fakt, dass ein Parlament die regierenden Männer zu berufen hatte, war wahrscheinlich das Maximum, das noch mit Kahrs Vorstellungen notfalls vereinbar war. Aus der konkreten Politik der Regierung hatte sich ein Parlament in Kahrs Vorstellungen jedoch völlig herauszuhalten. Vor einer Festgesellschaft seines ehemaligen Gymnasiums in Landshut führte er im Sommer 1921 aus: „Noch nie hat das deutsche Volk so wie heute Männer, Persönlichkeiten, Charaktere bedurft. Nicht Parlamente und Parteien, nicht Verfassung und papiererne Gesetze können unserem Volke helfen, wenn ihm die guten Führer fehlen. (...) Und noch ein anderes haben wir vom Gymnasium mit hinaus bekommen für den Kampf des Lebens (...) das ist der unverwüstliche deutsche Idealismus. Das ist eine Kraft, die niemals versagt, die alles überwindet, eine Kraft, die wieder Herr werden muss über den Materialismus, über die Geldgier unserer Zeit.“³⁵⁵ Es gab für Kahr also Ziele und Werte, die über den Dingen des Alltags standen, über politischen und parteilichen Anschauungen und Philosophien. Und es gab ein Recht des Schaffenden, der sich aus der Masse hervorzuheben hatte, ohne zu ihr in ständigem Kontroll- und Abhängigkeitsverhältnis zu stehen. Diese Dinge waren für Kahr erst gar nicht diskutierbar, lagen sie doch seiner Überzeugung nach tief verwurzelt in der Natur des deutschen Volkes. Somit war Kahrs Ordnungszelle neben dem Antibolschewismus auch mit einer großen Skepsis gegenüber der parlamentarischen Demokratie verbunden. Kahr kultivierte so den Glauben an starke Führerpersönlichkeiten. Da er sich selbst als eine solche Führungspersönlichkeit betrachtete, finden sich auch Anzeichen dafür, dass er das aus Tradition dem Ministerpräsidenten zugeordneten Ministerium des Äußeren langfristig mehr auf die Bedürfnisse eines über den Ressorts schwebenden Regierungschefs umgestalten wollte.³⁵⁶ Er konnte diese Pläne in der relativen Kürze seiner Amtszeit allerdings kaum umsetzen.

Trotz immer wieder abgegebener Versicherungen der Verfassungstreue (die er vielleicht gerade deshalb so oft abgab, um seine wahre Skepsis vor den Parlamentariern zu verbergen) konnte Kahr so niemals einen Bezug zu den 1919 eingeführten,

³⁵⁴ Kahr, Tagebuch, 1921/1, S. 87.

³⁵⁵ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 906.

³⁵⁶ So schwebte Kahr vor, innerhalb des Außenministeriums eine spezielle „Abteilung Ministerpräsident“ zu schaffen, die die Einläufe koordiniert, ihm ständig Bericht erstattet und nach seiner Weisung die Tagesordnung für den Ministerrat erstellt. Ferner hätte sie dessen Beschlüsse zu überwachen und mit den Einzelministerien ständige Fühlung zu halten. Außerdem, so Kahr in dem Rundschreiben, habe er als Ministerpräsident von allen wichtigen Abläufen im Staat eigene Abdrucke zu erhalten, unabhängig davon, ob diese sowieso schon an das Außenressort gegangen sind oder nicht. Er strebte also langfristig größere Kontrollmöglichkeiten des Ministerpräsidenten in allen Ressorts an. Vgl. Der Ministerpräsident an die sämtlichen Staatsministerien am 28.1.1921, BayHStA, ML 3000.

demokratischen Verfassungen Bayerns oder des Reichs aufbauen. Vor allem die Weimarer Verfassung lehnte er schon auf Grund ihres unitaristischen Charakters entschieden ab. Sie sei „letzten Endes nicht mehr als ein Wechselbalg des Novemberverbrechens 1918. (...) Und wenn es sich für mich darum handle, zwischen einer Lebensnotwendigkeit des Volkes oder einer formellen Verfassungsbestimmung zu wählen, so sei ich keinen Augenblick darüber im Zweifel, was ich zu tun hätte.“³⁵⁷ Im Sommer 1921 sprach er im engen Kreis bereits davon, die Weimarer Verfassung bei Gelegenheit abzuschaffen.³⁵⁸

Seine Antrittsrede im Landtag begann er zwar mit einem Bekenntnis zur Verfassungstreue, fügte aber an, dass erst seine Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung dem Staatswesen ein wirkliches Leben einhauchen würde, das nicht nur auf einer einmal niedergeschriebenen Verfassungsurkunde beruhe.³⁵⁹ Das galt nicht nur für die Reichsverfassung. Alle republikanischen Verfassungen blieben für ihn Provisorien, die der Korrektur bedürften. „Ich lese sie nicht, erst die nächste lese ich!“³⁶⁰, so pflegte er zu seinem Mitarbeiter Schmelzle über die bayerische Verfassung von 1919 zu sagen. Und in der Tat konnte er es bis zum Sommer 1922, nachdem nicht nur er, sondern auch das ganze Kabinett Lerchenfeld im Landtag schärfste Angriffe hatte ertragen müssen, sowohl als Beamter als auch als Ministerpräsident einen Amtseid auf die bayerische Verfassung vermeiden. Erst als er eine Rede vor Studenten, wohlgemerkt längst nicht mehr als Ministerpräsident sondern wieder als normaler Beamter des Staates, mit dem Ausruf „Vivat Rupertus Rex!“ beendete und damit Jubelstürme im Saal auslöste, bestand auch die an der Regierung beteiligte DDP mit ihrem Minister Hamm auf die Vereidigung Kahrs. Gegenüber Schweyer ließ er keinen Zweifel, dass er diesem Wunsch nur unter Druck nachgab und der Sache innerlich fern stand. Widerborstig erklärte er, "dass man durch solche förmliche Bindung eine Verfassung, wenn sie nicht lebensfähig sei, nicht schützen könne."³⁶¹

Hauptkritikpunkt Kahrs an der Verfassung war die hervorgehobene Stellung des Landtags, dessen Einmischung er äußerst ablehnend gegenüberstand. Kahr störte sich

³⁵⁷ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 158f.

³⁵⁸ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 61.

³⁵⁹ Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 2. Sitzung vom 16.7.1920.

³⁶⁰ Zit. bei Menges, Schmelzle, S. 203.

³⁶¹ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1055. Kahr dürfte damit in weiten Kreisen der BVP auf wenig echte Empörung gestoßen sein. In einem Flugblatt, das sich gezielt an Studenten richtete, erklärte die Partei ausdrücklich: „Die Frage der Regierungsform ist persönliche Anschauungssache jedes einzelnen Staatsbürgers.“ Zit. bei Pfeiffer, Gedankenwelten, S. 23.

daran, dass sich in ihm alle Souveränität vereinte, obgleich er sich aus unterschiedlichsten Parteien und Meinungen zusammensetzte. Er propagierte daher immer wieder, dem Landtag andere, von ihm unabhängige Organe entgegenzusetzen, ihn also zu schwächen. Als Möglichkeiten hierzu sah Kahr die Errichtung einer berufsständischen, zweiten Parlamentskammer, die Erleichterung von Volksentscheiden oder auch die Schaffung eines Staatspräsidentenamtes, das zunächst in Personalunion mit dem Ministerpräsidentenamte angedacht war.³⁶² Dass er diese Ansichten auch vor dem Landtag sehr problemlos äußern konnte, erklärt sich dadurch, dass die BVP dort ganz ähnliche Anschauungen vertrat. In beiden Fällen lag der Hintergedanke dabei, durch Entscheidungszentren außerhalb des Landtags in kritischen Fragen eben nicht mehr in diesem Ausmaß auf die übrigen Parteien der Regierungskoalition und somit auf einen bloßen Kompromiss angewiesen zu sein.³⁶³

Kahrs ständige Bahauptung, die Übernahme der Ministerpräsidentschaft im parlamentarischen System sei das „schwerste Opfer“³⁶⁴ seines Lebens gewesen, manifestierte er in einer ganz speziellen Handlung: Sofort in der ersten Ministerratssitzung erklärte er, dass er die Ministerpräsidentschaft als Ehrenamt verstehe und daher den Posten des Regierungspräsidenten nicht frei gebe, sondern sich nur vertreten³⁶⁵ lasse. Auch wolle er nicht das Gehalt für die Ministerpräsidentschaft, sondern weiterhin nur die Bezüge als Regierungspräsident erhalten,³⁶⁶ was in der Folgezeit wohl nicht ganz zu Recht als sehr edler Zug Kahrs interpretiert wurde.³⁶⁷ Dementsprechend

³⁶² Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 2. Sitzung vom 16.7.1920.

³⁶³ Der Ministerpräsident entsprach hier der offiziellen und zwischen 1920 und 1924 sehr offensiv propagierten Politik der BVP, die sich mittels Volksentscheiden die Möglichkeit zu Verfassungsänderungen, beispielsweise der Einführung einer zweiten Kammer und eines Staatspräsidenten, erhoffte, auch wenn sie Ihre Vorstellungen in der Koalition oder im Landtag nicht durchsetzen konnte. Die BVP setzte dieses Mittel beispielsweise 1924 ein, allerdings erfolglos. Die Vermutung liegt nahe, dass der Volksentscheid ursprünglich keine Herzensangelegenheit, sondern ein rein taktisches Mittel der BVP war, um kurz nach der Revolution dem Rätegedanken eine andere, bürgerlichere Form permanenter Volksbeteiligung entgegenzusetzen. Vgl. Zech, Verhältnis, S. 124.

³⁶⁴ Verhandlungen des bayerischen Landtags vom 16. März 1920, S. 557. Sehr deutlich machte Kahr seine Abneigung gegen den Parlamentarismus auch im Zuge des Hitlerprozesses 1924: Man solle wissen, „dass ich seinerzeit gar nicht daran dachte, Ministerpräsident zu werden, dass mir der Gedanke, ich sollte, noch dazu in jenen verworrenen Zeiten, einen parlamentarischen Minister machen, geradezu ein Horror gewesen ist.“ Zit. bei Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 801.

³⁶⁵ Die Vertretung Kahrs übernahm in Folge Johann Baptist Loritz, ein hoher Beamter aus dem Innenministerium. Vgl. Deutinger, Kahr, S. 227.

³⁶⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 17.3.1920, BayHStA, MA 99515.

³⁶⁷ Erst im September rüttelte ein Bericht der sozialdemokratischen Münchener Post an diesem Bild, indem festgestellt wurde, dass das Gehalt des Regierungspräsidenten von Oberbayern mit 56 500,-- Mark im Jahr deutlich höher sei, als das des Ministerpräsidenten, der nur 45 000,-- Mark pro Jahr erhalte. Vgl. Münchener Post Nr. 207 vom 6.9.1920. In der Tat waren 45 000,-- Mark zuzüglich Dienstwohnung, Materialaufwand, 10000,-- Sonderzuschlag und 50% Teuerungsquote (letzteres galt allerdings nicht nur für den Ministerpräsidenten) die Entlohnung des Ministerpräsidenten, wie sie erst im August 1920 neu festgelegt wurde. Vgl. Gesetz und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern Nr. 52 vom 31.8.1920, BayHStA, ML 3000. Der BVP treue

blieb der Nachfolgerregierung nichts anderes übrig, als den gewesenen Ministerpräsidenten Kahr im September 1921 in aller Stille auf seinen Posten im Regierungspräsidium zurückkehren zu lassen.³⁶⁸ Auch so entstand der Eindruck, dass Kahr wenig an der Ministerpräsidentschaft lag, dass er sich daher ganz bewusst eine Fluchttüre erstellt hatte. Doch dieser Schein trügt.

Kahr hatte sich, anders als er es im Nachhinein dargestellt sehen wollte, spätestens seit seiner zweiten Wahl im Landtag absolut mit der Ministerpräsidentschaft angefreundet und es ist wohl weniger seinem Willen als dem Ereignisreichtum und der Hektik der Zeit zuzuschreiben, dass Kahrs alter Posten nicht neu besetzt wurde. Den Beweis liefert ein persönliches Schreiben Kahrs, das er einem befreundeten Staatssekretär der Reichsregierung sandte, der um Rückkehr auf einen angemessenen Posten nach Bayern gebeten hatte. Hier stellte er klar, dass er seine alte Stellung durchaus aufgeben wollte: „Zur Zeit ist das Regierungspräsidium in München aus Dir wohlbekannten Gründen frei. Falls nichts Unvorhergesehenes eintritt, glaube ich an die Besetzung dieses Präsidiums im Laufe der nächsten Wochen herantreten zu können.“³⁶⁹ Kahr war also spätestens im Sommer 1920 in seiner neuen Rolle angekommen. Insgesamt war es weniger die Bürde des Amtes oder die Begeisterung für seinen alten Posten als Leiter der oberbayerischen Kreisregierung, die ihm seine Tätigkeit trüben und als großes Opfer darstellen lassen mochte, als vielmehr das Unbehagen an den Begleitumständen, die ihn ins Amt gebracht hatten. Hatte er über seine ganze bisherige Karriere hin bis zur Ernennung zum Regierungspräsidenten hin auf wohlwollende Beförderung durch das Königshaus vertrauen können, so war er diesmal von den differenzierten und wechselhaften Mehrheiten der Regierungskoalition und deren Parteiführer abhängig.

Die Wirren der Zeit und die Unsicherheiten des noch fremden parlamentarischen Systems waren es, die Kahr zwar nicht von der Ministerpräsidentschaft fernhielten, sie ihm aber wohl etwas verbitterten. Dass er in der Monarchie das Amt des

Bayerische Kurier wies den Vorwurf der Gier mit dem Argument von Kahr zurück, dass dies zwar nach geltendem Besoldungsrecht tatsächlich der Fall sein möge, im März 1920 jedoch noch ein anderer Rechtsstand gegolten habe, wonach der Regierungspräsident von Oberbayern lediglich mit 23 000,-- Mark zu besolden sei. Erst kurz vor den Landtagswahlen im Frühsommer 1920 sei die Besoldung rückwirkend zum 1. April 1920 geändert worden. Kahr konnte in Augen des Bayerischen Kuriers also bei Amtsantritt keine finanziellen Absichten gehabt haben. Vgl. Bayerischer Kurier Nr. 253 vom 9.9.1920. Obleich sich keine definitive Aussage treffen lässt, ob für Kahr, wie Seitens der Münchener Post vorgeworfen, finanzielle Erwägungen eine Rolle spielten, so ist die Relativierung des Bayerischen Kuriers zumindest dahingehend in Zweifel zu ziehen, dass Kahr als einer der absoluten Topbeamten Bayerns durchaus schon im März über Informationen verfügt haben sollte, wohin sich das Beamtenbesoldungsrecht in absehbarer Zeit bewegen würde.

³⁶⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 23.9.1921, BayHStA, MA 99517.

³⁶⁹ Kahr an Huber, undatierter Entwurf, BayHStA, MA 102382.

Ministerpräsidenten nicht erfreut angenommen hätte, hatte Kahr niemals behauptet, in der Republik aber plagten ihn gewisse Bedenken. Kurz nach seiner Wiederwahl im Landtag im Juli 1920 warnte Kahr die Anwesenden davor, seinen Ministerrat als Austragungsort parteilicher Diskussionen zu verstehen. Er warb sehr wohl um die Unterstützung des Landtags, vor allem der Koalitionsparteien. Gleichwohl stellte er klar, dass er sich für Zwistigkeiten unter den Fraktionen nicht interessiere: „Ich habe nicht Parteipolitik, sondern Staatspolitik zu treiben.“ Kahr erwartete sich daher eine Art von „Burgfriede“, eine „Front der treuen ehrlichen Arbeit“ zwischen den Parteien, welche auch auf die gesamte Bevölkerung ausstrahlen und selbige hinter seine Regierung stellen sollte. In diesem Zusammenhang sprach Kahr auch von „wirtschaftlichem und sozialem Ausgleich zwischen den Ständen“³⁷⁰, was er jedoch keinesfalls im sozialistischen Sinne einer Umverteilung, sondern in einem kameradschaftlich-patriotischen Einheitsgedanken verstand, wie er auch in der Einwohnerwehr gepflegt wurde.³⁷¹ Kahr sah die Zersplitterung der Parteien im Landtag als ein Spiegelbild der Gräben in der Gesellschaft, des sozialistischen Klassenkampfes und damit des Verursachers der Revolution an. Dem wollte Kahr das Idealbild eines geschlossenen, einheitlichen Bayern entgegensetzen.

Im Sinne seiner Ablehnung des Kommunismus pflegte Kahr im Bündnis mit Gleichgesinnten die gutgläubige Förderung und Protektion aller antibolschewistischen Kräfte, auch wenn deren Programmatik sich ansonsten durchaus von seiner eigenen unterscheiden mochte. Wieder kam hier sein starkes und oft undifferenziertes links-rechts Denken zum Ausdruck. Kahr war hinsichtlich seiner Unterstützer, sofern sie nicht aus linken oder ausgesprochen demokratiefreundlichen Kreisen stammten, keineswegs wählerisch. So verteidigte er im April 1920, um eines der wohl augenscheinlichsten und folgenreichsten Beispiele zu nennen, den Polizeipräsidenten Pöhner, als jener den völkischen Schutz und Trutzbund in dreister Weise weit über das als Polizeichef angemessene Maß hinaus unterstützte.³⁷² Er tat dies, auch wenn bereits früh klar war, dass jener Bund der NSDAP und den extrem völkischen Kreisen äußerst nahe stand.³⁷³ Den Ministern der DDP, die energisch Pöhners Absetzung forderten, begegnete er mit

³⁷⁰ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 2. Sitzung vom 16.7.1920.

³⁷¹ Der Escherich-Vertraute Rosen umschrieb den sozialen Ausgleich, den die Orgesch anstrebte, so : „Nichts wünscht die Orgesch sehnlicher, als dass jeder Deutsche erkennen möge, dass es zwischen ihm und dem anderen Deutschen zwar Meinungsverschiedenheiten geben mag, politische Kämpfe, wirtschaftliche Kämpfe, soziale Kämpfe – dass aber über alledem der große Gedanke steht: Ich bin ein Deutscher, und er ist ein Deutscher!“ Rosen, Orgesch, S. 45.

³⁷² Vgl. Auerbach, Trommler, S. 73.

³⁷³ Später sollte Hitler über Pöhner sagen: „Der damalige Polizeipräsident Ernst Pöhner und sein treuer Berater, Oberamtmann Frick, waren die einzigen höheren Staatsbeamten, die schon damals den Mut besaßen, erst Deutsche und dann Beamte zu sein.“ Zit. bei Richardi, Hitler, S. 205.

Beschwichtigungen und einer Hinhaltetaktik.³⁷⁴ Gegen die massiven Proteste der DDP erklärte er, dass er Pöhner nun einmal als Fachmann für die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung brauche und das Münchner Polizeipräsidium für die Zwecke seiner Politik funktioniere wie kein zweites. Die BVP-Vertreter unterstützten ihn hier nicht zum einzigen Mal in diesem Kurs mit der Begründung, dass ein Einschreiten gegen Pöhner einem Kompliment nach links gleichkomme.³⁷⁵ Er stellte damit schon ganz zu Beginn seiner Amtszeit offensiv vor den Vertretern der ihn tragenden Koalition klar, dass er im Sinne von seinem Verständnis von Ruhe und Ordnung rechtsextreme Handlungen zugunsten der Abwehr der Kräfte der Revolution in Kauf zu nehmen gedachte. Eskapaden von rechts gegenüber blieb Kahr lange völlig unkritisch. Auf die berechtigte Anschuldigung, Pöhner habe mit dem Stempel der Polizeidirektion die Publizierung von den Kapp-Putsch unterstützenden Flugblättern erlaubt,³⁷⁶ ließ Kahr Pöhners dünne Entschuldigung gelten, es habe sich um ein „Versehen“³⁷⁷ gehandelt. Obwohl sich Kahr, wie sein Tagebuch verrät, in Wahrheit durchaus klar war, dass Pöhner immer wieder „im Mittelpunkt des politischen Kampfes stand“³⁷⁸, plante er ihn sogar möglichst noch zu befördern. Dieser Kurs zog sich bis hin zum Generalstaatskommissariat und wurde bei weitem nicht nur durch Kahr, sondern durch zahlreiche bayerische Politiker vertreten. Über die gesamte Amtszeit Kahr riss die Kritik an Pöhner nicht ab,³⁷⁹ dennoch blieb er fest im Amt. Selbst als Staatssekretär Schweyer Kahr im Sommer 1921 sorgenvoll davon unterrichtete, dass Pöhner verdächtigt werde, mit den Geheimorganisationen, die den Mord an Finanzminister Erzberger zu verantworten hätten, in Kontakt zu stehen und die Staatsanwaltschaft in Karlsruhe sich bereits damit befasse, konnte Kahr darin kein Problem erkennen. Laut seinem Tagebuch erwiderte er Schweyer: „Es sei gar nicht auffallend, dass aktivistische junge Leute eine Aussprache mit Pöhner anstreben; das gleiche wiederfahre auch mir.“³⁸⁰ Im Gegenteil ist davon auszugehen, dass Kahr es begrüßte, dass Pöhner gesuchten Personen Unterschlupf gewährte und Bayern zur

³⁷⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 12.4.1920, BayHStA, MA 99515.

³⁷⁵ Vgl. Niederschrift einer Besprechung über das Verhalten Pöhners vom 13.4.1920, BayHStA, NL Hamm 57.

³⁷⁶ Diese Anschuldigung erhob vor allem Handelsminister Hamm im Ministerrat. Vgl. Ministerratssitzung vom 12.4.1920, BayHStA, MA 99515. In einem Schreiben an Kahr gab Pöhner selbst zu, dass seine Polizei die Flugblätter genehmigt habe. Es habe sich aber um ein Versehen gehandelt. Pöhner an Kahr am 17.4.1920, BayHStA, NL Hamm 57.

³⁷⁷ Pöhner an Kahr am 17.4.1920, BayHStA, NL Hamm 57. Kahr hatte ein Erklärungsschreiben Pöhners einfach an Hamm weitergeleitet und Pöhners Argumentation damit übernommen.

³⁷⁸ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 122.

³⁷⁹ Noch im Sommer 1921 beklagte die sozialdemokratische Münchener Post, dass in einem Staat von Recht und Ordnung Pöhner als Protektor rechtsextremer Straftäter ebenso wenig gehalten werden könne wie der deutschnationale Justizminister Roth. Dennoch, so das Blatt, werde es sich nicht ändern, da Kahr weiter unbeirrt an diesen Personalien festhalte. Vgl. Münchener Post Nr. 143 vom 26.6.1921.

³⁸⁰ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 170.

Zufluchtsstätte für allerhand radikale Kräfte wurde. An einer Stelle seines Tagebuchs beschreibt er sogar, wie er selbst den Auftrag dazu gegeben hatte.³⁸¹ Vor einer breiten gesellschaftlichen Gegenwehr brauchte sich Kahr nicht fürchten, bestand zu seiner Amtszeit doch im Bauern- und Bürgertum „eine fast hysterische Angst vor Bolschewismus und Marxismus“³⁸², die den Blick nach rechts bei weitem übertünchte. Selbst der Münchner Gesandte der – aus bayerischer Sicht – angeblich so „roten“ Reichsregierung schrieb noch im September 1923 nach Berlin, dass eine der größten Gefahren der Hitlerbewegung doch darin bestünde, dass in ihr so viele frühere Eisner-Anhänger zu finden seien.³⁸³

Zusammengefasst lassen sich drei Eckpunkte der Kahr'schen Politik in Bayern festhalten. Zuerst ist hier eine starke Autorität des Staates und somit seiner Regierung zu nennen, die für Ordnung und Ruhe zu sorgen hatte. Dieses Ziel war jedoch nicht nur mit den naheliegenden staatlichen Instrumenten durchzusetzen, sondern auch durch das Zutun von in Kahrs Sinne eingestellter Bevölkerung, die im Falle der Selbstschutzverbände sowohl moralisch als auch durch tatsächliche bewaffnete Macht den politischen Kurs Bayerns öffentlichkeitswirksam mittragen sollten. Politische Minderheiten, vor allem des linken Lagers, sollten so deutlich überspielt werden.

Zweitens waren wirtschaftliche Belange und sämtliche Detailfragen des Staatswesens dem ersten Ziel hintanzustellen. Erst nach der wirklichen Überwindung der Revolution, wenn das Staatswesen nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der öffentlichen Anschauung dauerhaft gefestigt, definitiv ausgearbeitet und akzeptiert sei, konnte sich in Augen Kahrs ein Übriges ergeben.

Drittens musste es gelten, dieses künftige Staatswesen im Sinne Kahrs auszuarbeiten. In innerbayerischen Fragen sollten hier einige Ergebnisse der Revolution rückgängig gemacht werden, etwa durch die Minderung der Parteienherrschaft durch Wiedereinführung einer zweiten Kammer oder die Wiedereinführung eines Staatsoberhauptes, wenn auch noch nicht der Monarchie. Es galt für Kahr jedoch auch, durch ein selbstständig handelndes Bayern der Entwicklung im Deutschen Reich entgegenzutreten und die bayerische Entwicklung von außen, wo ganz andere politische

³⁸¹ Ein junger Unteroffizier, der im Rheinland mehrere französische Besatzungssoldaten erschossen hatte und dem darauf geraten wurde, nach Bayern zu fliehen, sprach im März 1921 bei Kahr vor. Kahr hielt über dieses Treffen fest: „Der Mann machte einen ausgezeichneten Eindruck. Ich verwies ihn an Pöhner, der ihm Ausweis (...) und Unterkunft vermitteln wird. Durch einen Dritten ließ ich dem Mann eine Geldsumme für seinen Aufenthalt behändigen.“ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 104.

³⁸² Auerbach, Trommler, S. 75.

³⁸³ Vgl. Das Kabinett Stresemann I/II, Dok. 87 vom 23.9.1923, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

Voraussetzungen und Anschauungen herrschten als in Bayern,³⁸⁴ nicht stören zu lassen. Bayern sollte seinen Weg alleine bestreiten, ohne jedoch auch nur eine Minute seine Zugehörigkeit zum Deutschen Reich in Frage zu stellen. Es sollte als Vorbild und Hoffnung für alle den Gedanken Kahrs nahestehenden Kräfte in Deutschland stehen. Am Ende sollte eine deutschlandweite, teilweise sogar europaweite Abkehr von der Revolution stehen, die, so wird im folgenden Kapitel noch erläutert werden, vor allem eine Rückkehr zu einem föderalistischen Deutschland Bismarck'scher Prägung beinhalten müsste. Das Reich sollte aus starken, handlungsfähigen Bundesstaaten bestehen, die in einer dem Reichstag ebenbürtigen Länderkammer die Geschicke der Reichspolitik stärker mitbestimmen können müssten.

Für all dies stand Kahr, doch war er keinesfalls als „Einzelkämpfer“ in Bayern zu sehen. Es waren nicht nur die BVP oder andere Parteien, die Regierungskoalition oder der Ministerrat, die ihn stützten. Der Stil und die Persönlichkeit Kahrs stießen auch im Volk auf sehr großen Anklang. Diese Popularität, die für Kahr viel bedeutete, wäre nicht denkbar gewesen, hätte er nicht über eine ihm enorm wohlgesonnene Presse verfügt, die er auch zu pflegen verstand. Sein innerbayerisches Wirken soll daher noch um diesen einen Fakt ergänzt werden: Kahr war sich der Macht der Medien bewusst und ging – wie kaum ein Ministerpräsident vor ihm - offensiv auf diese Macht zu. Wie Paul Hoser feststellte, betrachteten konservative Kreise die Presselandschaft als etwas im Grunde feindlich gesinntes, das man möglichst zügig in seinem Sinne beeinflussen musste. Dementsprechend hatte sich die rheinische Schwerindustrie seit Jahren erfolgreich bemüht, die Presseorgane unter ihre finanzielle Kontrolle zu bringen.³⁸⁵ Kahr, dem diese Kräfte wohlgesonnen waren, vertrat eine ähnliche Ansicht und tat das seine dazu. Nur zwei Wochen nach seinem Amtsantritt wurde dieser Plan offensiv in die Tat umgesetzt, indem eine Pressestelle des Ministerpräsidenten unter Leitung von Hans Eisele³⁸⁶ eingerichtet wurde, die fortan die Blätter Bayern gezielt und partnerschaftlich mit Informationen³⁸⁷ ausstatten sollte. Eine der ersten Zeitungen, die sich schon bald

³⁸⁴ Man bedenke hierzu, dass sich im Gegensatz zu Bayern auf Reichsebene nicht nur das linke Lager, sondern auch die katholisch-konservativen Kräfte auf einem unitaristischen Kurs befanden. Es machte also angesichts der unitaristischen Dominanz unter den Parteien im Berliner Reichstag für ein entschlossenes Verfolgen föderalistischer Ziele in der Tat wenig Sinn, weitgehende Hoffnungen in einen Regierungswechsel oder Neuwahlen zum Reichstag zu setzen.

³⁸⁵ Diese Bemühungen gab es bereits seit 1914. In Bayern wurde der Einfluss der Schwerindustrie vor allem durch Martin Sphan, Nikolaus Cossmann und Oswald Spengler vertreten. Vgl. Hoser, Spengler, S. 136f.

³⁸⁶ Hans Eisele war zuvor als Schriftleiter der Allgemeinen Rundschau tätig, die ein konservatives, katholisches und großdeutsches Weltbild vertrat. Vgl. Menekes, Republik, S. 15f.

³⁸⁷ „Nicht um ein Kampforgän handle es sich hier, sondern um ein Organ der Information“, so Kahr vor dem Haushaltsausschuss des Landtags. Ferner dachte er ein zeitungswissenschaftliches Institut für Bayern an, das die

umfassend in den Dienst der Propagierung Kahrs stellte, war zugleich das wahrscheinlich einflussreichste Organ Bayerns: Die Münchner Neuesten Nachrichten. Anfang 1921 verfügte Kahr mit der Unterstützung durch Organe wie der München-Augsburger Abendzeitung, der Münchener Zeitung, des Bayerischen Kurier, der BVP-Correspondenz und der Bayerischen Staatszeitung laut der Berechnung Hosers bereits über eine überragende Auflagenmehrheit von 74% der Münchner Tagespresse.³⁸⁸ Dass es sich stellenweise nicht nur um eine bloße Unterstützung Kahrs durch die Presse, sondern um eine regelrechte Kooperation handelte, belegen mehrere Schreiben des Journalisten der München-Augsburger Abendzeitung Arnold Rechberg an Kahr, in denen er ihm beispielsweise Hintergrundinformationen zu britischen Politikern zukommen ließ³⁸⁹ oder mit Kahr eine pressegestützte Kampagne zur als unzureichend darzustellenden Verteidigung der Ostgrenzen Deutschlands plante.³⁹⁰

Auch die Kontaktpflege zu Industriellen wie Hugo Stinnes ist nicht nur als Dialog mit einem führenden Vertreter der rheinischen Industrie zu verstehen. Wer sich mit Stinnes gut zu stellen verstand, konnte auf die wohlwollende Unterstützung eines Mannes hoffen, der in der Weimarer Republik sage und schreibe 60 Zeitungen dirigierte.³⁹¹ Die Industriellen und Kahr, obgleich dieser wie erwähnt grundsätzlich einen kritischen Blick auf die Wirtschaft pflegte,³⁹² vereinte ihre Ablehnung der linken politischen Kräfte. Dies machte einerseits Kahr aus Sicht von Stinnes oder anderen Industriellen³⁹³ zu einem förderwürdigen Mann, andererseits erblickte auch Kahr in den Industriellen ihm verbündete Kräfte, die "im Gegensatz zu dem ständigen Versagen der Sozialdemokratie es fertig brächten, die Dinge im Land wieder einzurichten."³⁹⁴ Ebenso vertrat Kahr in der Frage der Reparation einen Standpunkt, der vor allem von dem DVP-Mann Stinnes und

„Heranbildung eines gründlich geschulten Journalistennachwuchses“ gewährleistete. Sitzung des Ausschusses für den Staatshaushalt vom 15.10.1920. BayHStA, LT 14702.

³⁸⁸ Vgl. Hoser, Tagespresse, S. 432ff.

³⁸⁹ Vgl. Rechberg an Kahr am 16.6.1920, BayHStA, NL Kahr 33.

³⁹⁰ Vgl. Rechberg an Kahr am 1.7.1920, BayHStA, NL Kahr 33.

³⁹¹ Vgl. Gerlach, Zeit, S. 178. Wie sehr der Einfluss der rheinischen Industrie in der bayerischen Presse anwuchs zeigte sich vor allem im Fall der Münchner Neuesten Nachrichten, dem großen, auflagenstarken Blatt eines liberalen und offenen Münchner Bürgertums, das unter Cossmann und Gerlich auf einen nationalen, Kahr-treuen Kurs umschwenkte. Es war zeitnah zu Kahrs Regierungsantritt am 31.5.1920 in die Hände der Ruhr-Industriellen gefallen. Vgl. Prinz, Präludien, S. 32.

³⁹² In seinem Tagebuch schreibt Kahr über sein eigentliches Misstrauen gegen Stinnes. Der Föderalist Kahr nannte den Industriellen hier einen „Wirtschaftsunitarier schärfster Richtung.“ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 34.

³⁹³ So notierte Kahr Mitte Februar 1921 in seinem Tagebuch, dass Baron von Cramer-Klett und ein Vertreter von Paul Reusch von der Gutehoffnungshütte Oberhausen ihn besuchten und ihm die Summe von 1 Million Mark zur freien Verfügung überreichten. Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 69. Einige Zeit später hielt er in seinem Tagebuch fest, dass er das Geschenk so verstehe, dass es gegen KPD, USPD und auch MSPD einzusetzen sei. Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 78.

³⁹⁴ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 998.

seinen Kollegen der rheinischen Industrie eingefordert wurde: Ein klares und umfassendes „Nein“ als Gegenmodell zur Verhandlungsbereitschaft der Reichsregierung gegenüber Frankreich und England.³⁹⁵ Es bestand hier also ein interessantes Zweckbündnis zwischen dem staatsgläubigen Beamten Kahr und der deutschen Großindustrie - trotz mancher weltanschaulicher Unterschiede.

Eine wichtige Rolle für Kahrs Kontakte an Rhein und Ruhr und die medialen Vorteile, die er daraus zog, spielte Nikolaus Cossmann, einer der einflussreichsten Journalisten und Verleger Bayerns, der jüdischer Abstammung war, sich jedoch schon im Krieg als emsiger Anhänger des deutschen Nationalismus unter Beweis gestellt hatte.³⁹⁶ So ermutigte im November 1920 Hugo Stinnes Kahr zusätzlich über eben jenen Cossmann, mit dem der Ministerpräsident schon schnell in bestem Kontakt stand, an der Einwohnerwehr festzuhalten.³⁹⁷ Dabei lässt sich vermuten, dass der „Störfaktor“ Einwohnerwehr Hugo Stinnes, der an einem „Nein“ und einem Scheitern der gesamten Verhandlungen inklusive Reparationsdebatte interessiert war, gerade recht kam. Er dürfte keineswegs nur aus reiner Überzeugung vom bayerischen Selbstschutz Kahr anfeuert haben. Auch wenn es also Unterschiede in der Prioritätensetzung gegeben haben mag, stand mit Stinnes und Cossmann doch eine Pressephalanx auch inhaltlich hinter Kahr, der die Opposition in Bayern rein gar nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hatte. Das Bewusstsein Kahrs für die Bedeutung seiner Darstellung in Presse und Öffentlichkeit und seine gezielte Kontaktpflege³⁹⁸ mit den dafür wichtigen Kreisen zeigen einmal mehr einen Gustav von Kahr, der alles andere als ein „unpolitischer Beamter“ mit keinerlei Gespür für politische Betätigung war. Er wusste mit den rheinisch kontrollierten Blättern zusammen mit den Zeitungen der BVP und BMP einen Großteil der bayerischen Medien hinter sich. Kritik konnte er nur von der linken Presse, allen voran der sozialdemokratischen „Münchner Post“ erwarten, während er als Gallionsfigur des Antisozialismus zu Beginn der Ordnungszelle auch von Verlegern wie Julius Lehmann,

³⁹⁵ Vgl. Wulf, Stinnes, S. 244.

³⁹⁶ Vgl. Prinz, Präludien, S. 41.

³⁹⁷ Vgl. Stinnes an Cossmann am 15.11.1920, BayHStA, NL Cossmann 12.

³⁹⁸ In der Tat ist nicht davon auszugehen, dass jene Kreise immer selbstständig auf Kahr zuzugingen, sondern Kahr selbst ganz gezielt sein Netzwerk ausbaute. So bat Kahr beispielsweise Cossmann, ihm einen Kontakt zu dem einflussreichen Vertrauten der rheinländischen Industriellen, Professor Martin Spahn, herzustellen, worauf jener Spahn schon bald als aufrichtiger Unterstützer Kahrs einstieg. Vgl. Spahn an Cossmann am 15.11.1920, BayHStA, NL Cossmann 12. Vgl. Morsey, Spahn, S. 143ff.

die schon seit Kriegstagen geistig bereits weit im völkische-nationalen-antisemitischen standen,³⁹⁹ zumindest keine Kritik befürchten musste.

Kahr konnte also mit seiner reaktionären Grundhaltung auf Erfolg hoffen, zumal sie reichlichen Zuspruch in Bayern finden sollte. Er konnte sich somit von vielen Seiten, nicht nur von der Presse, bestens unterstützt und angefeuert daran machen, die Revolution in Bayern zu beenden, zu einem gewissen Teil sogar zu korrigieren. Mit einigem Recht lässt sich sagen, dass Kahr zunächst vielleicht keine vollständige, aber doch eine sehr beachtliche „gegenrevolutionäre Einheitsfront“⁴⁰⁰ in Bayern gelungen ist. Und es lässt sich sagen, dass ein entschiedener Gegner der Weimarer Verhältnisse nun gut verankert an der Spitze des Freistaats stand.

3.3.2. Kahr als „Außenminister“ Bayerns

Charakteristisch für die Ordnungszelle Bayern war es, dass sie auch über die Grenzen Bayerns hinaus ausstrahlen sollte. Dieser Aufgabe nahm sich auch der Ministerpräsident persönlich an. Kahrs Ministerium⁴⁰¹ hatte nach wie vor dem Namen „Staatsministerium des Äußeren“, auch wenn die außenpolitischen Kompetenzen Bayerns durch die Weimarer Verfassung sehr beschränkt wurden. Schon zu Beginn von Kahrs Amtszeit wurde im Finanzausschuss darüber debattiert, das Außenministerium zu einer Staatskanzlei umzugestalten, denn im Kern der Sache beinhaltete die Bezeichnung „des Äußeren“ nur noch die Vertretung Bayerns vor dem Reich und dessen übrigen Ländern sowie vor dem Heiligen Stuhl, während die Zuarbeit für die Tagesgeschäfte des Ministerpräsidenten in der Praxis längst die größere Rolle einnahm.⁴⁰² Sollten nicht auch diese, bereits jetzt schon eher symbolischen Funktionen verloren gehen, musste eine strikte Verfechtung des Föderalismus und bayerischer Staatlichkeit für einen bayerischen Außenminister oberstes Gebot sein, zumal die Weimarer Verfassung auch innerhalb des

³⁹⁹ Lehmann, ein Mitbegründer des Alldeutschen Verbandes in München, nutzte die Gewinne, die er mit medizinischer Fachliteratur machte, seit 1917 zur Verbreitung der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“ sowie diverser Flugblätter und Hetzschriften. Darin fanden bekannte Rassentheoretiker wie Houston Chamberlain neben Vertretern des alldeutschen Gedankens ein Forum. Sein Haus wurde zu einem der wichtigsten völkischen Treffpunkte in München. Vgl. Auerbach, Trommler, S. 69.

⁴⁰⁰ Thoss, Ludendorff, S. 117.

⁴⁰¹ Kahr besetzte das Außen- und das Innenressort. Die Funktion als Ministerpräsident ist dabei dem Außenressort zuzuordnen.

⁴⁰² Kahr stand, obwohl die Sache am Ende versandete, dem Gedanken einer Staatskanzlei zunächst wohlwollend gegenüber. Vgl. Finanzausschusssitzung vom 29.4.1920, BayHStA, Landtag, 14700.

Reichs für die Länder Deutschlands längst nicht mehr die herausgehobene Stellung vorsah,⁴⁰³ wie dies noch im als Fürstenbund gegründeten Kaiserreich der Fall war. Dies galt im hohen Maße auch für Kahr, der sich unter dem Argument des Föderalismus möglichst viel Handlungsspielraum erwirken wollte. „Das Reich kann nur föderalistisch sein oder es ist überhaupt nicht“⁴⁰⁴, so Kahr im September 1920. Dabei ging es ihm aber keineswegs nur darum, dass Bayern schlicht und einfach seine eigenen Angelegenheiten wie Eisenbahn und Post wieder selber regeln sollte. Mit diesen föderalen Ansichten war auch immer ein Wille verbunden, Bayern eben nicht nur seine Geschicke alleine regeln zu lassen, sondern auch als politisches Gegenmodell zur Berliner Reichsregierung zu positionieren. Dies war ein zentrales Motiv. Wo keine Unterscheidung zur Reichspolitik nötig erschien, da verzichtete Kahr auch auf Konflikte oder besondere Bemühungen um die Eigenstaatlichkeit und Rechte Bayerns – oder übersah sie schlicht. Ein Fall aus dem Herbst 1920 belegt dies: Damals erließ die Reichsregierung unter Fehrenbach eine Verordnung, welche das Streikrecht in versorgungsrelevanten Betrieben wie Wasser- oder Gaswerken einschränken sollte. Sie erlaubte einem Reichsinnenminister in die bayerische Ebene einzugreifen. Bei anderen Gelegenheiten führte ein solches Ansinnen in Bayern regelmäßig zu föderalistischen Aufschreien des Ministerrats, aber eben nicht in diesem Fall. War in den späteren Kompetenzstreitigkeiten stets ein populäres Missfallen der bürgerlichen Kräfte in Bayern an ihrer Meinung nach zu sehr gegen rechts gewandte Maßnahmen wie Uniformtrageverbote oder Ähnlichem enthalten, so richtete sich diese Verordnung des Reiches eindeutig gegen links. Obwohl in die Hoheitsrechte Bayerns eingegriffen wurde, mangelte es in dieser Situation an der Kombination aus antibolschewistisch-antirepublikanischen und föderalistischen Forderungen, was die Aufmerksamkeit der bayerischen Öffentlichkeit und der rechten Kräfte gering hielt. Die Hoheitsrechte mochten für Kahr also zweifelsohne eine große Rolle spielen, sie waren aber für sich alleine nicht immer entscheidend, sondern sorgten meist erst in Kombination mit einer Möglichkeit zur ideologisch-politischen Opposition gegen die Reichsregierung für große Unruhe.⁴⁰⁵ Dies deckte sich mit den Vorstellungen der BVP als der

⁴⁰³ Grundsätzlich bestand eine konkurrierende Gesetzgebung, nach der Reichsrecht Landesrecht brach. In Steuer-, Wirtschafts-, und Sozialpolitik machte das Reich davon regen Gebrauch. Ehemalige Kompetenzen der Bundesstaaten des Kaiserreichs, wie Postwesen und das Heer in Friedenszeiten, waren sogar exklusiv an das Reich gegangen. Lediglich Polizei, Schul- und Hochschulwesen, Kultur, Wohlfahrt und Kommunalaufsicht wurden im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung weitgehend den Ländern überlassen. Der Reichsrat, über den die Länder an der Reichsgesetzgebung mitwirken sollten, war weit von einer Gleichberechtigung mit dem Reichstag entfernt und verfügte im Wesentlichen nur über ein suspensives Vetorecht. Vgl. Büttner, Weimar, S. 116f.

⁴⁰⁴ Zit. bei Keßler, Held, S. 410f.

⁴⁰⁵ Vgl. Lange, Bayern, S. 110ff.

dominierenden Partei der Koalition.⁴⁰⁶ Wenn also im folgenden Kahrs außerbayerische Politik behandelt wird, so ist diese immer auch unter einem weltanschaulichen Hintergrund, nicht als reiner Wille zu einem möglichst selbstständigen Bayern zu verstehen.

Kahrs Wirken über Bayern hinaus sei zunächst auf Reichsebene im Verbund mit der Reichsregierung und den übrigen Ländern betrachtet. Der Ministerpräsident pflegte sein Selbstbewusstsein gegenüber der Reichsregierung von vorne herein durch einen sehr distanzierten Umgang mit derselben zum Ausdruck zu bringen. Beispielhaft dafür steht eine Episode um den Besuch des Reichsvizekanzlers und Justizministers Rudolf Heinze in München im Frühjahr 1921. War es etwa für den Einwohnerwehrführer Escherich kein Problem, an einer bayerischen Ministerratssitzung teilzunehmen, so erachtete Kahr im März 1921 die Teilnahme des Reichsvizekanzlers, der sich nach einem Gespräch mit Kahr auch eine Aussprache mit der gesamten bayerischen Regierung erhoffte, für ganz und gar unmöglich. Er stilisierte stattdessen die Angelegenheit vor dem Ministerrat zu einer Frage bayerischer Souveränität hoch: „Die Reichsregierung hat das Recht, Kommissare in die Länder zu entsenden, aber nicht das Recht, Kommissare in den Ministerrat zu schicken.“⁴⁰⁷ Kahr stieß mit diesem kühlen und gänzlich undiplomatischen Verhalten gegenüber der Reichsregierung in den Reihen des Ministerrats kaum auf Widerstand. Bis auf den Liberalen Eduard Hamm protestierte niemand im Kabinett gegen die Brüskierung des Vertreters der Reichsregierung. Man lehnte sogar einen offiziellen Empfang durch die Regierung ab. Eine mögliche Einladung des bayerischen Justizministers Christian Roth an Heinze, seinen Ressortkollegen im Reich, zum Tee wurde vom Ministerrat unter der fadenscheinigen Begründung verworfen, Roths Gattin sei verreist und stehe somit nicht als Gastgeberin zur Verfügung. Das schlussendliche Angebot des Ministerrats an Heinze war denkbar ärmlich: Eine nicht näher bestimmte Abordnung aus dem bayerischen Kabinett könne sich mit ihm auf eine Tasse Tee in der Lobby seines Hotels treffen.⁴⁰⁸ Dass diese Nachricht Heinzes Hotel erst erreichte, als er bereits wieder abgereist war, löste bei Kahr kaum Bedauern aus.⁴⁰⁹ Als schließlich im Finanzausschuss des Landtages der Fall Heinze ausführlich diskutiert wurde, bemerkte

⁴⁰⁶ Vgl. Keßler, Held, S. 411.

⁴⁰⁷ Ministerratssitzung vom 24.3.1921, BayHStA, MA 99516.

⁴⁰⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 24.3.1921, BayHStA, MA 99516.

⁴⁰⁹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 854. Auch als sich die Reichsregierung in der Presse über die Behandlung ihres Vizekanzlers in München öffentlich empörte, bereitete das dem bayerischen Kabinett keine Sorgen, sondern brachte der Reichsregierung stattdessen den Vorwurf ein, mit den Artikeln gegen Bayern doch nur der Entente gefallen zu wollen. Vgl. Ministerratssitzung vom 1.4.1921, BayHStA, MA 99516.

der sozialdemokratische Abgeordnete Timm wohl mit einigem Recht: „Umgekehrt möchte er einmal die Empörung hören, wenn ein in einer Mission nach Berlin entsandter bayerischer Staatsmann eine solche Behandlung erführe wie Vizekanzler Dr. Heinze in München.“⁴¹⁰

Die Behandlung des Vizekanzlers ist nur ein Beispiel dafür, wie wenig Achtung und Respekt Kahr der Reichsregierung gegenüber aufzubringen vermochte, zumal die Interessen von München und Berlin sich fast die gesamte Zeit seiner Ministerpräsidentschaft klar gegenüberstanden. In seinem Tagebuch brachte er seine Geringschätzung der Reichsregierung im Januar 1921 auf den Punkt: „Der Teufel soll diese Berliner Clique holen!“⁴¹¹ Diese Haltung mochte nicht zuletzt der Tatsache geschuldet sein, dass Kahrs Regierung schon von ihrem politischen Rückhalt einer BVP geführten Mitte-rechts-Koalition her gesehen, in einem unübersehbaren Kontrast zur Reichsregierung stand, in welcher statt BVP oder Deutschnationalen immer das republikfreundliche Zentrum und unter den Kanzlern Bauer, Müller und Wirth auch die Sozialdemokratie wirkte. Einen diplomatischeren Weg der Verständigung, wie ihn Lerchenfeld später propagieren sollte, zu gehen, war für Kahr keine Option. Er sah sich nicht in der Lage, der politisch anders orientierten Reichsregierung Vertrauen entgegenzubringen. Als sich auf dem Höhepunkt der Einwohnerwehrkrise 1921 die meist einzige mahnende Stimme im bayerischen Kabinett, der demokratische Handelsminister Hamm, für eine Verbesserung der Kooperation mit dem Reich aussprach, erwiderte ihm Kahr, dass das kaum machbar sei, ohne „eine feste zuverlässige Führung in Berlin, der man sich gerne unterordnen würde, die man aber leider völlig vermisste.“⁴¹²

Der so motivierte Umgang mit Berlin war gekoppelt an Kahrs Vorstellungen von bayerischer Souveränität, wozu er auch jedes äußere Zeichen einer solchen nur zu gerne bewahren mochte. Auch hierbei ging es ihm nicht nur um einen tatsächlichen Nutzen dieser Symbole, sondern darum, einen Gegenpunkt zum Reich und seiner Politik zu setzen. Er vermochte in dieser Hinsicht stellenweise die BVP noch zu übertreffen. Beispielhaft steht hierfür die Wiedererrichtung der bayerischen Gesandtschaft in Stuttgart. Diese war 1919 unter Zustimmung der BVP und namentlich Helds, der sie als nutzlos betrachtete, abgeschafft worden. Es war dabei sogar gelungen, die Pensionszahlungen für die bayerischen Diplomaten auf das Reich abzuwälzen. Zum

⁴¹⁰ Finanzausschusssitzung vom 13.4.1921, BayHStA, Landtag 14710.

⁴¹¹ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 36.

⁴¹² Ministerratssitzung vom 26.4.1921, BayHStA, MA 99516.

Jahresende verließ der Gesandte Graf Moy Stuttgart, von wo aus er zuvor den bayerischen Staat bei den Ländern Baden, Württemberg und Hessen vertreten hatte. Bedauern äußerten damals im Grunde nur die Beamten des Außenministeriums sowie der demokratische Minister Hamm. Nicht durch die BVP also, sondern durch Kahr stellte sich ein Politikwechsel ein. Nur vier Wochen nach Amtsantritt bezeichnete er gegenüber dem Stuttgarter Gesandten die Entscheidung des Vorjahrs als voreilig. Nach seiner zweiten Wahl im Landtag begann er in Union mit den föderalistischen Kräften der BVP um Georg Heim und angeregt von den Anhängern bayerischer Diplomatie im Beamtenstab seines Ministeriums damit, sich offen um eine Gesandtschaft in Stuttgart, aber auch in Dresden, zu bemühen. Schon bald ging man auch in der BVP dazu über, die innerdeutschen Gesandtschaften Bayerns wieder mehr als wichtiges Zeichen bayerischer Eigenstaatlichkeit zu verstehen, als als nutzlosen Kostenfaktor. Auch BVP-Fraktionsführer Held stimmte Kahr, entgegen seiner früheren Meinung, wieder zu.⁴¹³ Allzu viel Geld könne man durch Verzicht auf Gesandtschaften sowieso nicht sparen, so Kahr vor dem Ministerrat. Es gehe andererseits aber darum, Bayern prinzipiell das Recht auf innerdeutsche Gesandtschaften zu bewahren.⁴¹⁴

Zu einigen wirtschaftspolitischen Erwägungen mischten sich Hoffnungen, durch ein Gesandtschaftswesen Verbündete im föderalistischen Ringen gegen die Reichsregierung, die Bayerns Kehrtwende natürlich mit Argwohn verfolgte, zu finden und breitere, süddeutsche Mehrheiten zu organisieren, auch wenn dieses Ziel bei den wesentlich republikfreundlicheren Regierungskoalitionen in Bayerns westlichen Nachbarländern nicht unmittelbar auf der Hand lag. Somit sollte es Kahr auch nicht mehr vergönnt sein, die Stuttgarter Gesandtschaft noch in seiner Ministerpräsidentenzeit zu vollenden. Erst unter dem gemäßigteren Lerchenfeld gelang es ein Verhältnis herzustellen, das die Errichtung der bayerischen Gesandtschaft in Stuttgart zum 1. Mai 1922 ermöglichte. Einen festen süddeutschen Block wie in Kahrs Vorstellungen zu erwirken, sollte allerdings nie gelingen.⁴¹⁵ Dennoch: Den Versuch hatte er unternommen und er war gegen die Reichsregierung gerichtet.

Auch für das Gesandtschaftswesen gilt: Kahr wusste die Dinge anzutreiben und zu entwickeln, wenn er sich ihrer erst einmal angenommen hatte. Der ursprüngliche Anstoß

⁴¹³ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 177ff.

⁴¹⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 12.10.1920, BayHStA, MA 99515.

⁴¹⁵ Vgl. Benz, Süddeutschland, S. 229ff.

jedoch musste deswegen nicht immer bei ihm liegen.⁴¹⁶ Dies zeigt ein Briefwechsel bezüglich eines weiteren Gesandtschaftsprojektes, nämlich einer bayerischen Gesandtschaft in Sachsen, zwischen dem damaligen Staatssekretär Schweyer und Dr. Georg Heim. Letzterer forderte Schweyer im Januar 1921 auf, sich mit dieser Frage wohlwollend zu befassen und sie auch an den Ministerpräsidenten heranzutragen.⁴¹⁷ Schweyers Antwort lautete: „Ich habe dem Herrn Ministerpräsidenten von dem Inhalt Ihres Briefes vom 17. Januar sofort verständigt. Bezüglich der Gesandtschaft wird der Herr Ministerpräsident Ihrem Wunsche entsprechen und möglichst bald für die bayerische Vertretung in Sachsen Sorge tragen.“⁴¹⁸ In der Praxis wurde dem Wunsch Heims zwar nicht durch die politisch schwierige Errichtung einer eigenen Gesandtschaft in Sachsen, wohl aber durch die offizielle, zusätzliche Einsetzung des bayerischen Gesandten in Berlin als Bevollmächtigter des Freistaates in Sachsen Rechenschaft getragen.⁴¹⁹

Oft nutzte Bayern unter Kahr die Erinnerung an bayerische Diplomatentraditionen, um in internationalen Angelegenheiten sein Misstrauen gegenüber der Außenpolitik der Reichsregierung zu demonstrieren. Das galt einerseits in Fragen, in denen Bayern tatsächlich noch Gesandtschaftsrecht besaß, wie im Falle der Gesandtschaft am Heiligen Stuhl. So bestand Kahr ausdrücklich auf die Erhaltung dieser Einrichtung.⁴²⁰ Andererseits galt dies auch in Fragen, in denen Bayern als Land nach der Reichsverfassung eigentlich keine außenpolitischen Kompetenzen mehr zugestanden waren, vor allem wenn es um Verhandlungen mit der Entente ging. Es gelang Kahr der deutschen Delegation nach Spa, wo im Juli 1920 eine Konferenz zu Entwaffnungs- und Reparationsfragen tagte, einen bayerischen Sondergesandten beizufügen. Hier wurden das Misstrauen und die Gegnerschaft zur Reichsregierung besonders offenkundig. Diese Aktion war derartig abseits vom Sinn der Reichsverfassung, dass sie beispielsweise bei den Landesregierungen in Württemberg und Sachsen mit großer Irritation aufgenommen wurde.⁴²¹ Ganz allgemein vermuteten Bayerns Nachbarstaaten hinter Kahrs Aufrufen zu

⁴¹⁶ Daraus wurde, so war sich Kahr bewusst, ihm mitunter der Vorwurf der Untätigkeit gestrikt. Er reagierte hierauf höchst empfindlich. So beklagte er 1924 vor Gericht: „Einer der Herren Verteidiger hat (...) mit Hinweis auf die Märztage 1920 nach dem Presseberichte davon gesprochen, dass ich andere die Arbeit machen lasse und mich dann hineinsetze. Wenn ich persönlich für mich etwas in Anspruch nehmen darf, so ist es, dass ich bei meiner nationalen Arbeit uneigennützig nur dem Vaterlande dienen wollte und nur Opfer gebracht habe.“ Zit. bei Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 801.

⁴¹⁷ Vgl. Heim an Schweyer am 17.1.1921, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 1312.

⁴¹⁸ Schweyer an Heim am 25.1.1921, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 1312.

⁴¹⁹ Vgl. Schlögl, Gesandtschaft, S. 239.

⁴²⁰ Finanzausschusssitzung vom 15.10.1920, BayHStA, LT 14702.

⁴²¹ Vgl. Benz, Auslandsbeziehungen, S. 989.

süddeutscher Solidarität in Wirklichkeit die Verfolgung bayerischer Sonderinteressen hinsichtlich der Einwohnerwehr. Das laute Brüllen des bayerischen Löwen in diesem Thema ohne weiteres solidarisch zu unterstützen, waren sie nicht gewillt. Kahr selbst bewirkte damit, dass eine wirkliche süddeutsche Allianz in Weimar nicht zusammenkommen konnte.⁴²² Den Anhängern der Ordnungszelle aber konnte die Entsendung des bayerischen Sondergesandten jedoch nur gefallen.

Die Zurückhaltung der übrigen süddeutschen Staaten hinsichtlich der bayerischen Gesandtschaftsunternehmungen war verständlich. Sie pflegten andere Prioritäten als Bayern und zogen eine kooperative Gestaltung des unentbehrlichen Kontakts zur Reichsregierung dem Kontakt oder gar einer Allianz mit dem widerborstigen Nachbarn Bayern vor. Ein derart zerrüttetes Verhältnis zum Reich, wie Kahr es ohne weiteres in Kauf nahm, wollten sich die Nachbarländer weder erlauben, noch sahen sie einen Sinn darin. Angesichts der unterschiedlichen politischen Ausrichtungen der entsprechenden Landesregierungen war dies auch kaum zu erwarten. Während in Bayern eine vom Reichszentrum abgespaltene BVP mit einem in den übrigen Ländern nicht existierenden Bauernbund, Deutschnationalen und den Demokraten als kleinem Partner regierte, dominierte im Volksstaat Hessen durch die gesamte Weimarer Zeit hindurch die SPD, die von der Zentrumsparterie und den Demokraten gestützt wurde und gerade zu Beginn der Weimarer Republik ein enges Verhältnis zu Berlin anstrebte.⁴²³ Auch in Baden herrschte unverändert eine 1919 durch beeindruckende 91,5 % der Wählerstimmen berufene Weimarer Koalition aus jenen Kräften, die die neue republikanische Verfassung erarbeitet hatten. Der Zentrumsmehrheit im Landtag standen fast auf Augenhöhe Sozialdemokraten und Demokraten zur Seite. Mit den Reichskanzlern Fehrenbach und Wirth besetzten überdies fast während Kahrs kompletter Regierungszeit badische Landesminister die Spitze der Reichsregierung.⁴²⁴ Und auch wenn im Falle Württembergs die Situation der aus Demokraten und Zentrum gebildeten Regierung Hieber etwas weniger gefestigt war, da die Sozialdemokratie 1920 die Koalition verließ und die Regierung fortan nur mehr tolerierte, so waren doch auch hier die politischen Grundlagen der Regierung keinesfalls mit denen in Bayern zu vergleichen.⁴²⁵ So angenehm der bayerischen Regierung unter Kahr also auch ein Block der süddeutschen Staaten gewesen

⁴²² Vgl. Benz, Süddeutschland, S. 287.

⁴²³ Vgl. Knöpp, Volksstaat, S. 220f.

⁴²⁴ Constantin Fehrenbach war vom 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921 Reichskanzler. Auf ihn folgte Joseph Wirth, der das Amt bis zum 14. November 1922, also weit über Kahrs Ministerpräsidentenschaft hinaus, innehatte. Vgl. Zier, Geschichte, S. 149ff.

⁴²⁵ Vgl. Weller, Geschichte, S. 291.

wäre, so gab es doch keinen wirklichen Anlass, tatsächlich an einen solchen zu glauben. Für Norddeutschland und das sozialdemokratisch regierte Preußen, demgegenüber die bayerische Regierung ihr Misstrauen in Protestnoten ganz offen zeigte und Einmischung in bayerische Belange vorwarf,⁴²⁶ kamen solche Hoffnungen erst gar nicht auf. Kahr blieb in diesem Punkt unter allen Länderchefs des Reichs weitestgehend isoliert.

Neben diesem forschenden Auftreten auf der Bühne des Reichs bildete vor allem eine Sache eine sehr bezeichnende und herausstechende Besonderheit Kahrs. Unter ihm beschränkte sich die Sicht des Ministerpräsidenten keineswegs auf Bayern, nicht einmal im Sinne der Ordnungszelle auf die Entwicklung des Deutschen Reichs. Kahr wollte immer auch in größere außenpolitische Zusammenhänge eingreifen. Der bereits erwähnte bayerische Sondergesandte in Spa war hier kein Einzelfall. Er war lediglich am offensichtlichsten zur Schau getragen. Kahr nahm den offiziellen, durch die Weimarer Verfassung eigentlich inhaltslosen und nur noch aus Tradition zu verstehenden Namen seines „Ministerium des Äußeren“ auch über die Reichsgrenzen hinaus noch sehr wörtlich und interpretierte ihn weit über den Rahmen der erwähnten innerdeutschen Gesandtschaften. Er gestand sich damit Kompetenzen zu, die laut Art. 6 der Reichsverfassung exklusiv in die Zuständigkeit des Reiches fielen.⁴²⁷

Beispielhaft für dieses Streben sind, neben einigen Verhandlungen Kahrs über eine von Sowjetrußland unabhängige Ukraine,⁴²⁸ etwa die Kontakte nach Ungarn zu Reichsverweser Horthy, der sich wohl von Bayern Unterstützung im Ausbau seiner Stellung gegenüber Wien erhoffte,⁴²⁹ zu erwähnen.⁴³⁰ Sie verliefen parallel zu ähnlichen Bestrebungen Ludendorffs.⁴³¹ Es ist dementsprechend erneut davon auszugehen, dass es sich hierbei nicht ausschließlich um die Idee und die Bestrebung Kahrs gehandelt hatte. Auch im Nachlass Georg Heims, der wohl nicht ganz uneigennützig seine Fühler in

⁴²⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 23.12.1920, BayHStA, MA 99515. In der Tat war es – verknüpft ausgedrückt – durch die Weimarer Republik hindurch das im Gegensatz zu den bayerischen Interessen stehende Ziel der sozialdemokratisch dominierten Regierung Preußens und ihres Ministerpräsidenten Otto Braun, über ein starkes Großpreußen zum deutschen Einheitsstaat zu gelangen. Vgl. John, Bundesstaat, S. 175.

⁴²⁷ Mit der Weimarer Reichsverfassung wurden durch den Wegfall des Gesandtschaftsrechtes und des bayerischen Privilegs des Vorsitzes im außenpolitischen Ausschuss der Länderkammer die letzten Reste bayerischer Kompetenz beseitigt, obgleich schon das Kaiserreich die bayerische Staatsregierung außenpolitisch weitestgehend entmachtet hatte. Vgl. Schwend, Bayern, S. 106. Vgl. ferner Huber, Dokumente, 130.

⁴²⁸ Kahr empfing hierzu am 20.6.1921 eine Abordnung ukrainischer Politiker. Er erhoffte sich enge Beziehungen zwischen einem kommenden ukrainischen Staat und dem Deutschen Reich. Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 355. Ebenso empfing Kahr am 11. Juli 1921 einen Herzog Wilhelm, den er als den „künftigen Hetmann der Ukraine“ bezeichnete. Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 34.

⁴²⁹ Vgl. Lehar, Erinnerungen, S. 184.

⁴³⁰ Vgl. BayHStA, NL Kahr 33. Vgl. ferner Ludendorff, Weltrevolutionär, S. 137f.

⁴³¹ Vgl. Weigl, Bayernbild, S. 102. Kahr und Ludendorff standen diesbezüglich zumindest bis zum Sommer 1920 auch im Austausch. Vgl. Szinai, Papers, S. 26ff.

Richtung Südosten streckte,⁴³² findet sich ein Schreiben des ungarischen Ackerbauministers vom April 1920. In diesem Schreiben dankt der Minister Heim für den Vorschlag einer Anbahnung von vertieften bayerisch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen und erwartet eine Reise Heims nach Ungarn.⁴³³ Kahr sprang einmal mehr sehr schnell auf die Initiative auf und gestaltete sie intensiv aus. Involviert waren nicht nur die Mitglieder des Kabinetts, aus dessen Reihen Landwirtschaftsminister Wutzlhofer zu einer Reise nach Ungarn entsandt wurde, sondern ganz offensichtlich auch die Spitzen der Einwohnerwehr.⁴³⁴ Dass es sich bei diesem Unternehmen um mehr als einen wirtschaftlichen Austausch handelte, zeigt sich anhand eines außenpolitischen Memorandum Kahrs. Er war einerseits klar gewillt, die Reichsregierung außen vor zu lassen, andererseits gingen seine Planungen 1920 noch weit über Ungarn hinaus und erreichten Ausmaße, die sich mit der gesamten Ordnung Europas befassten. Ziel war eine Allianz jener Staaten, die Kahr angesichts von Kriegsniederlage und Revolution als Verlierer des Weltkrieges verstand. So heißt es in der Schrift vom September 1920:

„Die unterdrückten Völker Europas haben jedes zurzeit zwei Aufgaben,

a, Befreiung vom Radikalismus (Bolschewismus, Kommunismus)

b, Beseitigung des Schmachfriedens.

Keines der betroffenen Völker kann dies aus eigener Kraft erreichen, die einzige und letzte Möglichkeit bietet ein Zusammenschluss dieser Staaten. Als erste Etappe ist nötig, dass Deutschland (unter Bayerns Führung) Ungarn und das rechts orientierte Russland zusammengehen. Später ist die Angliederung von Bulgarien und Italien erwünscht und zweifellos möglich.“⁴³⁵

Sicher waren solche Gedankengänge angesichts der politischen Realitäten, die von der Reichsregierung und mehr noch der Entente vorgegeben waren, weit hergeholt und nur

⁴³² Der bei dem Sanatorium des Schwiegersohns Heims nahe Bad Endorf untergetauchte ungarische Monarchist Anton Lehar berichtete von einem Abendessen mit Heim, bei welchem ihm der Bauern doktor ausführte, wie viel Geld und Ware er derzeit in Ungarn zirkulieren habe und dass er Mitglieder der in Ungarn einflussreichen Familie Gömbös in seinem Lagerhaus in Regensburg beschäftigte. Vgl. Lehar, Erinnerungen, S. 239.

⁴³³ Ungarischer Ackerbauminister an Heim am 15.4.1920, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 804.

⁴³⁴ So schrieb Kahr an Horthy: „Euer Durchlaucht hatten die Güte, Herrn Kanzler aus Bayern zu empfangen und mir mitzuteilen, dass euer Durchlaucht der Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen zu Ungarn sympathisch gegenüberstünden und dem Besuch einer Abordnung entgegensehen. Der bayerische Herr Landwirtschaftsminister Wutzlhofer möchte die Verhandlungen persönlich leiten und beabsichtigt, sich mit einigen Herren in etwa 3-4 Wochen nach Budapest zu begeben.“ Kahr an Horthy in August 1920, BayHStA, NL Kahr 33. Diese Ungarnreise Kanzlers fand in der Tat statt. Auch ein enger Vertrauter Ludendorffs, Oberst Max Bauer, konnte daran teilnehmen. Vgl. Szinai, Papers, S. 26.

⁴³⁵ Memorandum vom 28.9.1920, BayHStA, NL Kahr 33.

im Zuge großer Umwälzungen in Europa vorstellbar, dennoch wurden sie von Kahr verfolgt. Als grundlegend sah er es dabei an, nach dem Kontakt mit Horthy Geld zu beschaffen und eine Verbindung zu den reaktionären Kreisen in Russland zu stärken, wobei er seine wagen Hoffnungen auf einen angeblich deutschfreundlichen General Biskupsky⁴³⁶ setzte.⁴³⁷ Dass das zwielichtige Unterfangen wie so oft in Kahrs Politik in aller Stille von statten gehen musste, war ihm bewusst: „Die Regierungen können offen die erwähnte Politik nicht treiben. Somit ist vorgeschlagen, von jedem Staat je einen Vertreter inoffiziell zu bestellen. Jeder dieser Vertreter arbeitet unmittelbar nach den Weisungen des betr. Staatsoberhauptes.“⁴³⁸ In Ungarn entsprach man den Annäherungsversuchen Bayerns durchaus. Schon im Juli 1920 hatte Kanzler mit Horthy über die Lieferung von bayerischen Maschinen und Dünger im Austausch gegen ungarisches Getreide gesprochen. Diskutiert wurde ferner ein baldiger Anschluss Österreichs an Bayern inklusive der Ablösung der sozialdemokratischen Regierung in Wien. Vor allem aber wurde über die Lieferung von Waffen nach Ungarn verhandelt, welche exklusiv durch die Orgesch organisiert werden sollte. Die Orgesch wurde in dieser Besprechung auch als bewaffneter Arm gesehen, der auch in den Rest des Reiches reichte.⁴³⁹ Auch in seinem Tagebuch erwähnt Kahr, dass seit 1920 regelmäßige Waffentransporte nach Ungarn mit seinem Wissen stattfänden. Lebensmittellieferungen aus Ungarn seien vor allem als die abgemachte Gegenleistung hierfür zu verstehen.⁴⁴⁰ Eine gewisse Gewalt- und Eskalationsbereitschaft war also gegeben. Die ungarische Antwortnote zu dem überbrachten Memorandum fiel ebenso positiv aus.⁴⁴¹

Ob die ungarischen Planungen Kahrs nie größere politische Konsequenzen trugen, weil seine Amtszeit zu kurz dafür war, weil er durch den Kampf um die Einwohnerwehr

⁴³⁶ Obgleich aus diesen Kontakten keine nennenswerten Folgen nachzuweisen sind, nahmen besagter General und andere monarchistische Russen offenbar das Wohlwollen Bayerns zur Kenntnis. So fand sich vom 29.5. bis zum 6.6.1921 ein Kongress antibolschewistisch gesinnter Russen aus aller Welt in Bad Reichenhall ein, an dem auch General Biskupsky teilnahm. Vgl. Teilnehmerliste zum „Russischen Kongress zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands“, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2525.

⁴³⁷ Dieser Kontakt, wenn er auch wagen blieb, wurde in der Tat durch einen Verbindungsmann in Russland hergestellt. Vgl. Naumann an Kahr am 30.9.1920, BayHStA, NL Kahr 33.

⁴³⁸ Memorandum vom 28.9.1920, BayHStA, NL Kahr 33.

⁴³⁹ „Die in Norddeutschland geschaffenen und zum Umsturz bereiten Organisationen haben sich der Orgesch unterstellt, so dass tatsächlich die gesamte militärische Organisation in Deutschland in den Händen der Orgesch liegt.“ Memorandum über die Ausführungen des Vertreters der Orgesch Kanzlers und Oberst Bauer bei Durchlaucht Horthy am 11.7.20., BayHStA, NL Kahr 33.

⁴⁴⁰ Den Landwirtschaftsminister Wutzlhofer habe er, obwohl dieser wie erwähnt nach Ungarn reiste, über diese Hintergründe aber nicht in Kenntnis gesetzt. Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 79.

⁴⁴¹ „Dem entsprechend ist auch unser allernächstes Ziel gewesen, mit dem konsolidierten Bayern das vollste Einverständnis und festes Vertrauen herzustellen und sind wir auch bereit mit allen uns derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln die Politik Excellenz von Kahrs zu unterstützen und mit derselben Hand in Hand vorzugehen.“ Antwortnote auf das Memorandum vom 28.9.1920, BayHStA, NL Kahr 33.

gebunden war oder weil das Vorhaben einfach zu kühn und realitätsfern angelegt war,⁴⁴² lässt sich anhand der vorhandenen Quellen nicht mit Sicherheit sagen. Ganz blieb ihnen der Erfolg jedoch nicht verwehrt, denn die Grundüberlegungen des Georg Heim zur Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen fruchteten offenbar langfristig. 1923 stellte Heim freudig fest, dass es in Zeiten knapper Nahrung gelungen sei, 1000 Doppelwaggons mit Lebensmitteln aus Ungarn nach Bayern zu führen und fast ausschließlich in Bayern zu verteilen. In einem Schreiben an einen Parteifreund betonte er: „Wir verdanken das ja hauptsächlich dem Entgegenkommen der ungarischen Regierung.“⁴⁴³ Abgesehen davon aber ist im Hinblick auf Kahr als Fazit der Ungarnpolitik festzuhalten, dass er in gänzlicher Verkennung seiner tatsächlichen Kompetenzen als bayerischer Ministerpräsident und dementsprechend vertuscht auch in europäischen Dimensionen dachte, wobei er seine tatsächlichen Möglichkeiten wohl zu überschätzen geneigt war. Er behielt seine Gespräche mit ungarischen Vertretern im Übrigen auch bei, als er längst schon nicht mehr Ministerpräsident war.⁴⁴⁴

Wie schon im genannten Memorandum angeklungen, spielte auch die österreichische Frage und mehr noch die Frage nach dem Schicksal Tirols eine Rolle in Kahrs Handlungen, auch wenn er dies öffentlich dementierte.⁴⁴⁵ Auch hier gilt: Angesichts der politischen Gegebenheiten des Versailler Vertrages, der unter anderem ausdrücklich eine Vereinigung mit Österreich untersagte,⁴⁴⁶ war die Umsetzung solcher Gedanken kaum realistisch. Trotzdem engagierte sich Kahr in Richtung Österreich, etwa durch die Deckung der Orka bei der Bewaffnung der Einwohnerwehrebewegungen vor allem in Tirol und Salzburg. Tausende Gewehre und andere Waffen wurden auch aus Reichswehrbeständen nach Österreich geschmuggelt⁴⁴⁷ und auch finanzielle Unterstützung wurde geleistet.⁴⁴⁸ Insbesondere die Lage des österreichischen Bundeslandes Tirol war der Bayerns nicht ganz unähnlich: Einem konservativen,

⁴⁴² Dafür spricht, dass über den russischen General und seine Anschauungen offenbar keine wirkliche Klarheit hergestellt werden konnte. Somit kann von einem vertieften Kontakt nach Russland kaum die Rede sein. Vgl. Landgesellschaft Kurland an Kahr am 20.10.20, BayHStA, NL Kahr 33.

⁴⁴³ Heim an Rothmeier am 6.3.1923, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2525.

⁴⁴⁴ So im Mai 1922, als ein Gesandter Horthys Kahr (und Ludendorff) in Deutschland aufsuchte. Vgl. Szinai, Papers, S. 28.

⁴⁴⁵ Vgl. Presseerklärung vom 18.4.1921, BayHStA, MA 102380.

⁴⁴⁶ Vgl. Versailler Vertrag, Art. 80.

⁴⁴⁷ Eine Aufstellung Ludger Rapes geht von 9169 Gewehren, 27 MGs, 350 750 Schuss deutscher Munition sowie kleineren Mengen an Revolvern, Handgranaten, Stahlhelmen, Gummiknüppeln sowie Bekleidungsstücken aus. Vgl. Rape, Heimwehren, S. 112f.

⁴⁴⁸ So organisierte Rudolf Kanzler aus dem Etat der Einwohnerwehr beispielsweise monatliche Subventionen für die sechs Gaue der Salzburger Heimwehren in Höhe von jeweils 12 000 Mark. Insgesamt blieben die österreichischen Organisationen aber vor allem auf Spenden der österreichischen Wirtschaft angewiesen, während die Gelder aus Bayern nur den kleineren Teil des Etats darstellten. Vgl. Rape, Heimwehren, S. 94ff.

traditionell katholisch dominierten Land stand in einer fernen Hauptstadt Wien eine anders orientierte Bundesregierung gegenüber. Auf Proteste der sozialdemokratischen Regierung Österreichs in Berlin hin stritt Bayern jedoch alle Lieferungen ab.⁴⁴⁹ Man kann dies als Solidarität unter gleichgesinnten Nachbarn verstehen, die sich durch die eigentlichen staatlichen Ordnungen nicht beeindrucken ließen. Hinzu kamen die vor allem von Heim forcierten⁴⁵⁰ Bemühungen um einen Anschluss Tirols an Bayern. Auch Kahr selbst war in der Frage Tiroler Anschlusses unabhängig von der Reichsregierung aktiv, oder wollte zumindest den Eindruck eines dementsprechenden Strebens vermitteln. Er kritisierte seinen Nachfolger Graf Lerchenfeld sogar dafür, dass dieser diese bayerischen Sonderverhandlungen mit Verweis auf die ausschließliche Kompetenz des Reichsaußenministers unterließ und Tiroler Abordnungen nach Berlin verwies.⁴⁵¹ Unterstützung erhielt Kahr in der Tirolfrage und ebenso in der Frage nach einem möglichen Anschluss der österreichischen Länder Salzburg und Vorarlberg von den vaterländischen Kreisen, u.a. aus dem Dunstkreis der Deutschnationalen um den Oberst Xylander. Und diese Unterstützung trieb ihn an, immer wieder in diesem Zusammenhang aktiv zu werden. Mit Tiroler Anschlusswilligen traf sich Kahr auf deren Bitte zu einer einschlägigen Besprechung, was belegt, dass auch manche Personen südlich von Kufstein Hoffnungen in ihn setzten.⁴⁵² Diese Kreise gingen fest davon aus, dass der Anschluss zumindest dieses Teils Österreichs an Bayern nur noch eine Frage der Zeit sei. Treffen zwischen der Tiroler Landesregierung und der bayerischen Regierung fanden stets im streng inoffiziellen Charakter statt, um in Berlin und Wien kein Misstrauen zu provozieren.⁴⁵³

Dennoch scheute sich Kahr am Ende allzu offensiv vorzugehen. Anlässlich einer öffentlichen Kundgebung von Tirolern zur Zeit einer vermeintlich richtungsweisenden Volksabstimmung in Tirol vertröstete Kahr die Presse und Kritiker aus Frankreich mit der sehr neutralen Aussage, dass die Tiroler ebenso das Recht zu einer Kundgebung hätten wie eine politische Partei, er selbst sich allerdings nicht in das Thema einmischen möchte.⁴⁵⁴ Der wahre Grund für diese Zurückhaltung dürfte jedoch tiefer liegen. Kahr neigte immer dann dazu gewisse Bedenken zu tragen, wenn es galt außerhalb des von ihm

⁴⁴⁹ Vgl. Weigl, Bayernbild, S. 97ff. Vgl. ferner Nusser, Wehrverbände, S. 169.

⁴⁵⁰ Vgl. Weigl, Bayernbild, S. 31ff.

⁴⁵¹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1072.

⁴⁵² Vgl. Kahr an Verlagsanstalt Tyrolia/ Dr. Franz Wetzel am 23.11.1920, BayHStA, MA 102380. Diese Hoffnungen wiederholten sich nochmals bei Errichtung des Generalstaatskommissariats im Herbst 1923, als Kahr erneut Abordnungen anschlusswilliger Tiroler empfing. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1235.

⁴⁵³ Vgl. Weigl, Bayernbild, S. 38. ff

⁴⁵⁴ Vgl. Pressemitteilung Kahrs vom 18.4.1921, BayHStA, 102380.

kontrollierten Bayerns konkret und konsequent zu agieren. Experimente mit solch ungewissem Ausgang waren nicht seine Sache. So sehr er sich auch hier als Mann der Tat darstellen wollte, so blieb es doch oft bei Planungen und Gesprächen, die ihm aber nie die nötige Sicherheit vermitteln konnten. Kahrs Effektivität beim Thema Tirol hielt sich ganz in diesem Sinne in Wahrheit sehr in Grenzen. Im Ministerrat wiegelte er die Möglichkeit eines Anschlusses von Tirol oder auch Salzburg sogar als zu sehr von temporären Stimmungen abhängig ab: „Die Situation ist bei den österreichischen Gebieten die, wenn es schlecht geht, kommt der Blick nach Westen, wenn die Gefahr beseitigt ist, wird die Abneigung gegen das Reich wieder laut.“⁴⁵⁵ Gegenüber Heinrich Held äußerte er im Juli 1921 in vertraulichem Gespräch, dass man bestenfalls im Zuge von großen Umwälzungen im Reich, bei denen Bayern auch gezwungen wäre „revoltierende Nachbargebiete niederkämpfen und bis auf weiteres besetzen“,⁴⁵⁶ sozusagen nebenbei Tirol und auch Salzburg anschließen könnte, weil dies angesichts einer großen Krise im Reich außenpolitisch wahrscheinlich weniger beachtet werden würde. Auch französische Angebote, die Kahr nach eigenen Angaben hinsichtlich einer Zuschlagung von Tirol oder Salzburg zu Bayern erhalten habe, wies er zurück. Ein Großbayern von Frankreichs Gnaden erschien ihm als zu großer Bruch mit der Tradition Bismarcks, der im bestehenden Reich und dem nationalen Lager zu größten Zerwürfnissen führen würde.⁴⁵⁷ Als im Februar 1921 die deutschnationale Presse begann, der Regierung in der Frage eines möglichen Anschlusses Vorarlbergs Versäumnisse vorzuwerfen, stellte sich Kahr im Ministerrat auch gegen diese Vorwürfe. „Was an loser Fühlungnahme geschehen konnte, ist geschehen.“⁴⁵⁸ Mehr sei eben politisch nicht machbar. Ungewöhnlich sachlich und nüchtern stellte er in seinen Erinnerungen fest, dass er sicherlich den Anschluss ganz Österreichs an Deutschland für etwas „Naturnotweniges“⁴⁵⁹ halte, das aber derzeit ob einer angeblich geschlossenen Gegenanschauung von Entente und Reichsregierung unmöglich wäre. Die Bedenken überwogen also in der Tirolfrage, sodass am Ende Staatsrat Schmelzle den bayerischen Gesandten in Rom beauftragte, im vertraulichen Dialog gegenüber dem Heiligen Stuhl für den bayerischen Staat eine ablehnende Haltung zu einem baldigen Anschluss Tirols

⁴⁵⁵ Ministerratssitzung vom 17.4.1920, BayHStA, MA 99515.

⁴⁵⁶ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 28.

⁴⁵⁷ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 999.

⁴⁵⁸ Ministerratssitzung vom 20.2.1921, BayHStA, MA 99516.

⁴⁵⁹ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1002.

oder anderer Gebiete des österreichischen Staates einzunehmen.⁴⁶⁰ Trotz aller Waffenlieferungen und sonstiger paramilitärischer Kontaktpflege nach Tirol, war Kahr also nicht bereit, sich mit letzter Konsequenz für eine Erweiterung Bayerns nach Süden einzusetzen, ohne jedoch irgendeine Anstrengung zu unternehmen, hier auf die außenpolitische Exklusivkompetenz des Reiches zu verweisen. Seine Gedanken beschränkten sich im Wesentlichen auf die Ausweitung des Selbstschutzgedankens, was jedoch für sich alleine schon eine Überschreitung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden außenpolitischen Kompetenzen bedeutete. Für Kahr war hier die Bedienung populistischer Forderungen aus seinen Unterstützercirkeln das Ziel.

Generell war es wohl jener Selbstschutz, jener Kampf um die Einwohnerwehr, der Kahr am meisten auf das internationale ebenso wie auf das innerdeutsche Parkett drängte. Hier versuchte er sich in einer umfassenden Lobbyarbeit, die am Ende freilich nie von faktischem Erfolg gekrönt sein sollte. Im Laufe des Einwohnerwehrstreites begann Reichsaußenminister Simons persönlich, Kahr eigene Verhandlungen mit der Entente zu empfehlen, wohl auch um den bayerischen Ministerpräsidenten am Gefühl des internationalen Drucks in der Entwaffnungsfrage selbst teilhaben zu lassen. So empfing Kahr eine Delegation aus England, die ihn in München unter Umgehung des Reiches aufsuchte.⁴⁶¹ Der Erfolg blieb trotz des Umstandes, dass auf ein Nachgeben aus London wohl tatsächlich weit mehr Hoffnung zu setzen war als auf ein Nachgeben aus Paris,⁴⁶² aus. Was von Kahrs Bemühungen um Verhandlungen um den Erhalt der Einwohnerwehr blieb, lässt sich anhand seiner Erinnerungen als eine gewisse Resignation interpretieren: „Ich setzte auf dieses politische Spiel um die bayerischen Gewehre durchaus keine großen Hoffnungen, denn die Erfahrung lehrte, dass für England letzten Endes Deutschland nur noch ein Handelsobjekt ist.“⁴⁶³ Von Frankreich wiederum nahm er an, dass es nur dessen natürliches Ziel sein müsse, Deutschland möglichst wenig bewaffnete Kraft zuzugestehen. Zentrales Argument bei allen Verhandlungen Kahr mit der Entente war die Warnung vor der bolschewistischen Gefahr, vor allem wenn sich durch Aufstände etwa in Mitteldeutschland anschauliche Beispiele für jene finden ließen.⁴⁶⁴

⁴⁶⁰ „Der Eindruck verstärkt sich immer mehr, dass das Ziel sein müsste, Österreich als Staat weiter zu erhalten und die Ausführung des Anschlussgedankens auf bessere Zeiten zu vertagen. Ob dies möglich sein wird, hängt aber wohl nur zum geringsten Teil von Deutschland ab; die Hauptsache hätte wohl von Seiten der Entente zu geschehen.“ Schmelze an die bayerische Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl im Oktober 1921, BayHStA, MA 100115.

⁴⁶¹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 854.

⁴⁶² Vgl. Wittek, Feind, S. 291f.

⁴⁶³ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 854.

⁴⁶⁴ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, s. 856

Nicht zuletzt mit innenpolitischen und propagandistischen Hintergedanken spielte schließlich der Aufbau von außenpolitischen Feindbildern in der Politik Kahrs eine wichtige Rolle. Im Speziellen wurde ein neu entstandener Nachbarstaat durch Kahr immer wieder als Gefahr dargestellt: die Tschechoslowakei. Er konnte dabei voll auf die Zustimmung der grenznahen Bevölkerung zählen, denn in der Tat hatte sich hier seit 1918 ein sehr gespanntes Verhältnis zwischen Bayern und den sich oftmals zu den Siegermächten des Weltkrieges zählenden Tschechen entwickelt.⁴⁶⁵ „Wenn die Tschechen wissen, dass die Bevölkerung in den angrenzenden Gebieten keine Waffen mehr besitzt, werden sie einfallen und plündern“⁴⁶⁶, so Kahr. Aus der Spitze BVP kam hierbei wesentliche Unterstützung, wenn nicht sogar der Anstoß zu Kahrs antitschechischer Einstellung. Georg Heim schrieb im August 1920 direkt an den Ministerpräsidenten: „Ich werde darauf aufmerksam gemacht, dass zur Zeit über die böhmische Grenze sehr viele Flüchtlinge kommen, nicht etwa flüchtige Deutsche, sondern höchst merkwürdige Elemente. Auch das deutsch-böhmische Gebiet ist (...) sehr stark bolschewistisch verhetzt. (...) Es wäre ein scharfer und dichter Grenzschutz notwendig. Vielleicht könnte man hierzu Reichswehrtruppen entlassen, die man als Grenzschutzwehr umtauft.“⁴⁶⁷ So wurde unter Heims Zutun die Sicherung der Ostgrenzen für Kahr eine Legitimation für paramilitärische Unternehmungen, vor allem als es darum ging, die Einwohnerwehrverbände für Bayern zu erhalten. Hier ging Kahr über Heims Befürchtungen des Sommers 1920 noch weit hinaus und skizzierte die Gefahr einer tschechischen Invasion in Bayern.⁴⁶⁸ Auch die Situation in Oberschlesien in Hinblick auf Polen war unter Kahr breit diskutiertes Thema in der bayerischen Ministerratssitzung, obgleich Bayern hier weder über die verfassungsmäßige Kompetenz, noch über eine gemeinsame Grenze verfügte. Eine förmliche Mobilmachung der bayerischen Selbstschutzkräfte für Oberschlesien lehnte Kahr allerdings mit dem Hinweis ab, dass es wohl unschön sei, die Oberschlesier im Stich zu lassen, man aber hierfür nicht die ganzen Strukturen an Verbänden und Waffenlagern in Bayern offen legen könne.⁴⁶⁹ Dass er dem Kampf gegen die Polen jedoch grundsätzlich positiv gegenüberstand, belegen seine

⁴⁶⁵ Vgl. Jaworski, Grenzlage, S. 245f.

⁴⁶⁶ Ministerratssitzung vom 9.5.1921, BayHStA, MA 99516.

⁴⁶⁷ Heim an Kahr am 20.8.1920, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 1312.

⁴⁶⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 27.4.1921, BayHStA, MA 99516. Vgl. ferner Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 185.

⁴⁶⁹ Vgl. Ministerratssitzung vom 6.5.1921, BayHStA, MA 99516. Bayerische Kämpfer aus den Reihen der Orgesch, des Bund Oberland und sogar Männer der Organisation Consul wurden in Oberschlesien allerdings, so seltsam dies auf dem Höhepunkt des Einwohnerwehrstreits auch wirken mag, von der Reichsregierung mit Geld und Waffen unterstützt. Escherich war zu diesem Zweck sogar bei Reichskanzler Wirth in Berlin. Wirth musste dies später auf eine Anfrage der USPD hin eingestehen und gab an, damals keine andere Möglichkeit gesehen zu haben, als sich dieser erfahrenen Milizen zu bedienen. Vgl. Hörster, Wirth, S. 139.

Gedanken zur Schlacht am Annaberg im Mai 1921. Über die deutschen Gefallenen schrieb er in sein Tagebuch: „Diese prächtigen und braven Menschen! Lieb Vaterland magst ruhig sein!“⁴⁷⁰

Komplizierter lagen die Dinge in Kahrs Beziehungen zum sogenannten „Erzfeind“ Frankreich, der sich parallel zum Dienstantritt Kahrs immer intensiver um die Wiederherstellung spezifischer bayerisch-französischer Beziehungen bemühte. Dies sollte nach dem Willen der Franzosen alternativ zu den Beziehungen Frankreichs mit dem Gesamtreich verlaufen. Die französischen Annäherungsversuche zeigten sich als durchsichtige Manöver, da sie meistens so große Dinge versprachen und so freundliche Komplimente austeilten, dass die Situation schnell als schlichtweg zu schön um wahr zu sein erkannt wurde. Im Juli 1920 meldete ein bayerischer Offizier den Verlauf eines Treffens mit dem Kommissionsführer der Entente Oberst Moreignet an Kahr. Während des Gesprächs habe dieser ausgeführt, dass viele französische Offiziere nur darauf warten würden, dass Bayern wieder Monarchie werde und außerdem der Auffassung seien, das im Grunde niemand den Friedensvertrag so gut erfülle wie Bayern, das ja mustergültig für Ruhe und Ordnung Sorge. Eine Donaumonarchie unter bayerischer Vorherrschaft beziehungsweise ein selbstständiges Bayern sei für Frankreich höchst angenehm.⁴⁷¹ Das Ziel der Franzosen war viel zu offensichtlich die Zerschlagung des Deutschen Reiches.

Wenn eine Gesandtschaft an den ja durchaus vorhandenen Eigenstaatlichkeitswillen Kahr-Bayerns hätte appellieren können, so war der Versuch Frankreichs in der Praxis sicherlich wenig geschickt vollzogen und somit am Ende gescheitert. Frankreichs Bestrebungen mochten lediglich in manchen preußenfeindlichen Kreisen Bayerns in einem gewissen Maße fruchten. Vor allem den Bauernführer Georg Heim hatte die Reichsregierung diesbezüglich in Verdacht, sodass der Gesandte des Reichs ganze Berge von Berichten über Heims Tätigkeit⁴⁷² nach Berlin sandte.⁴⁷³ Zudem sorgten 1920 auch Mitglieder der BVP durch eine Unterstützungsreise zur Förderung des rheinischen

⁴⁷⁰ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 282.

⁴⁷¹ Major Vogel an Kahr am 15.6.1920, BayHStA, NL Kahr 33.

⁴⁷² Heim hatte nach Ansicht Fenske wenn schon nicht das Ziel einer Abtrennung Bayerns, dann zumindest das Ziel, den Schwerpunkt der Reichspolitik wieder nach Süddeutschland zu verlegen. Er habe Bayern nach Kriegsende in einer Situation gesehen, deren Möglichkeiten mit denen zu Beginn des 19. Jahrhunderts vergleichbar gewesen wären. Vgl. Fenske, Konservatismus, S. 114.

Dass Heim seit Anfang 1919 Besprechungen mit den Franzosen unterhielt und Frankreich die Förderung seiner Person durchaus mit der Förderung des Separatismus verband, entspricht den Tatsachen. Sogar französische Zahlungen an die Wahlkampfkasse Heims für 1920 sind denkbar. Die Beziehungen kühlten sich jedoch nach Errichtung der französischen Gesandtschaft wieder ab. Vgl. Müller, Gesandtschaft, S.42ff.

⁴⁷³ Vgl. beispielsweise.: BArch R 707/2, 7/2337; BArch R 707/4, 7/2337.

Separatismus für Verdächtigungen. Die Aktion wurde allerdings durch die Landtagsfraktion der Partei entschieden verurteilt.⁴⁷⁴ An Kahr aber prallten die französischen Versuche ab, ebenso wie vorherige Bemühungen Belgiens⁴⁷⁵ um eine Gesandtschaft in München gescheitert waren. Selbst als auf dem Gipfel der Einwohnerwehrkrise Frankreich Hoffnungen machte, dass zwar im Deutschen Reich Selbstschutzverbände verboten seien, nicht aber in einem selbstständigen Bayern, blieb Kahr ungerührt. „Bayern bezahlte seine Treue zu diesem Reichsgedanken mit der offiziellen Preisgabe der Einwohnerwehr“⁴⁷⁶, so stellte er im Rückblick fest. Natürlich verstand Kahr unter „Reichsgedanken“ weniger die Treue zur bestehenden Reichsregierung des Weimarer Systems, als ein grundsätzliches Bekenntnis zu einem deutschen Nationalstaat, wie Bismarck ihn geprägt hatte. Doch auch der skeptische Blick in vaterländischen, völkischen⁴⁷⁷ oder protestantischen⁴⁷⁸ Kreisen auf den Separatismus in Bayern hätte es Kahr niemals gestattet, auf die Angebote Frankreichs einzugehen, ohne damit gewichtige Teile seiner Unterstützer im Volk einzubüßen. Gerade in Kahrs fränkischer Heimat war ein zu bayerisch-separatistisches Bild damals geeignet, über politische Grundströmungen hinweg Rufe nach einem selbstständigen Franken anzufeuern.⁴⁷⁹

So verhielt sich die bayerische Regierung gegenüber dem französischen Drängen auf einen Gesandten in München sehr passiv, verwies in diesem Fall sogar auf die ausschließliche Zuständigkeit des Reiches und betonte, dass man über sämtliche Kontakte dem Auswärtigen Amt in Berlin berichten müsse und werde. Das Eintreffen des französischen Gesandten Dard am 15. Juli 1920 in München ließ sich jedoch weder vom Reich noch von Bayern verhindern.⁴⁸⁰ Im Gegensatz zu Belgien, welches seine Bestrebungen nach der ablehnenden Haltung fallen ließ, und Großbritannien, welches sich darauf beschränkt den britischen Konsul von der Diplomatenloge aus den Landtagsverhandlungen beiwohnen zu lassen, errichtete Frankreich seine Gesandtschaft

⁴⁷⁴ Vgl. Sitzung der BVP Landtagsfraktion vom 23.3.1920, ACSP, Protokolle der BVP-Landtagsfraktion.

⁴⁷⁵ Vgl. Benz, *Auslandsbeziehungen*, S. 987.

⁴⁷⁶ Kahr, *Lebenserinnerungen*, S. 821.

⁴⁷⁷ Ludendorff etwa vermutete in Bayern einen ultramontanen Separatismus mit Neigung zu Frankreich. Diese Verdächtigungen erstreckten sich nicht nur auf Pittinger, Bothmer und dessen Königspartei und den Kronprinzen, sondern schließlich auch auf Kahr. Vgl. Ludendorff, *Weltrevolutionär*, S. 170.

⁴⁷⁸ Im Protestantischen Franken betrachtete man stellenweise nicht nur Heim, sondern die ganze BVP als separatistisch und unverändert reichsfeindlich. Vgl. Kittel, *Weimar*, S. 42f.

⁴⁷⁹ Vgl. Kittel, *Provinz*, S. 318.

⁴⁸⁰ Vgl. Müller, *Gesandtschaft*, S. 53ff.

ohne vorheriges agrément.⁴⁸¹ Kahr zeigte sich im Verbund mit Reichsaußenminister Simons wenig erfreut über den französischen Gast, dessen offiziellen Empfang er nur der Höflichkeit halber zu vollziehen gedachte. Er verband dies mit einem Bekenntnis zur Reichstreue Bayerns und versicherte erneut, den französischen Gesandten in sämtlichen außenpolitischen Fragen konsequent nach Berlin zu verweisen. Er schloss seine Besprechung mit dem Reichsaußenminister mit der Bemerkung, dass es doch am Ende egal sei, „ob der Franzose in München sitze oder nicht. Das, was die Franzosen erreichen wollten, nämlich die Mainlinie, erreichten sie doch nicht.“⁴⁸² Es entsprach Kahrs Wesen als Anhänger des Bismarckreiches, dass er eine von Frankreich möglicherweise angestrebte Trennung des Reichs in Nord und Süd ablehnte und sich hier ausnahmsweise an die Seite der Reichsregierung stellte. In der Folge war Kahr tatsächlich wenig daran gelegen, den Kontakt zu Frankreichs Gesandten Emile Dard in München zu suchen, zumal dessen Gedankenwelten von einer Verlegung der Reichshauptstadt nach Regensburg oder Würzburg bis hin zur bayerischen Selbstständigkeit meist ein sehr begrenztes Maß an Realismus und Seriosität ausstrahlten.⁴⁸³ Ein wahrer Arbeitskontakt zwischen Dard und Kahr kam nie zustande. Selbst Bayerns Haltung zur Einwohnerwehrfrage bekam Dard erst auf zweite Nachfrage übermittelt. Nachdem er gegenüber seinen Auftraggebern in Paris lange Zeit sogar die Berichte hinsichtlich seines Verhältnisses zu Kahr schönen musste, um sie etwas weniger inhaltslos darzustellen, resignierte Dard spätestens im Sommer 1921 nach einem Jahr erfolglosen Werbens um die Gunst des Ministerpräsidenten.⁴⁸⁴ Dementsprechend herablassend äußerte sich Kahr auch in seinen Erinnerungen über die Episode der französischen Gesandtschaft: "Als Herr Dard nach München kam (eine französische Lockung durch Anerkennung Bayerns als selbstständigen Staates mit selbstständiger völkerrechtlicher Stellung), regten sich die Reichsregierung, die Demokraten und die links von letzteren stehenden politischen Kreise teils wirklich, teils scheinbar auf, Bayern möchte nun mehr mit Frankreich konspirieren und nach separatistischen Erfolgen wildern. Und nun nach Verlauf nicht einmal eines Jahres erklärt sich der französische Gesandte in München nutzlos, und

⁴⁸¹ Vgl. Benz, *Auslandsbeziehungen*, S. 987. Frankreich übergang hier sowohl die Reichsregierung als auch die bayerische Regierung. Es argumentierte damit, dass es gemäß Versailler Vertrag das Recht habe, in einzelnen deutschen Ländern Gesandtschaften zu unterhalten. Der Versailler Vertrag stehe hier über der Reichsverfassung. Vgl. Müller, *Gesandtschaft*, S. 55.

⁴⁸² Zit. bei Müller, *Gesandtschaft*, S. 55.

⁴⁸³ Vgl. Müller, *Gesandtschaft*, S. 135.

⁴⁸⁴ Vgl. Müller, *Gesandtschaft*, S. 145ff.

Frankreich steht im Bund mit der Reichsregierung gegen einen deutschen Bundesstaat, der nicht gewillt ist, sich vergewaltigen zu lassen."⁴⁸⁵

Kahrs Außenpolitik war zusammengefasst ebenfalls als Alternativprogramm zur Reichspolitik zu interpretieren. Das galt vor allem dahingehend, dass die Reichsregierung ihre Priorität auf Verhandlungen in der Reparationsfrage setzte,⁴⁸⁶ während Kahr die Fragen der Einwohnerwehr und des Erhalts des militärischen Potentials gegen die Entete in Vordergrund rückte. Seine Gedanken waren damit nicht nur von scharfem Antibolschewismus,⁴⁸⁷ sondern auch ein Stück weit von Revanchismus geprägt. Er reizte dabei seine Kompetenzen nicht nur aus, er überschritt sie auch. Ziele wie die strikte Ablehnung der Entwaffnung Deutschlands, das Bündnis mit Ungarn und den russischen Monarchisten oder die Bewaffnung Tirols verfolgte er bewusst abseits der offiziellen Wege der Weimarer Verfassung. In ihrem Rahmen, das wusste Kahr, waren solche Aktionen angesichts der bestehenden politischen Mehrheiten im Reich so gut wie undenkbar. Trotzdem wollte er sich nicht in diese bestehende Ordnung fügen. Vertreter der bewaffneten Verbände in Bayern bekamen diese Haltung mit, waren sogar mit einbezogen. Im Sinne des deutschen Föderalismus, der für Kahr in keinem Widerspruch zu einer grundsätzlichen, aber von der Verfassung losgelösten Reichstreue stand, sah er sein Handeln immer auch dann gerechtfertigt, wenn der Rest Deutschlands gegen ihn stand. Diese Ebene der deutschen und europäischen Politik war es, zu der sich der Ministerpräsident Kahr berufen fühlte. Die Ordnungszelle als das bayerische Gegenmodell zur deutschen Politik sollte sich nicht selbst genügen, es sollte ausstrahlen und die Entwicklung in Deutschland und zum Teil auch in Europa mitreißen. Innerbayerische Angelegenheiten, vor allem zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Not, traten weitgehend dahinter zurück. Stets wurde den großen Zusammenhängen die Schuld an allem gegeben. Viel Energie und Aufmerksamkeit der bayerischen Regierung, die eventuell bei wirtschaftlichen, innerbayerischen Fragen besser aufgehoben gewesen wäre, verpuffte somit in einem Kahr-bayerischen Sendungsbewusstsein. Kahr sprengte damit nicht nur den Rahmen, den ihm die Weimarer Verfassung setzte, er verlor auch darüber hinaus das Augenmaß für eine sinnvolle und ökonomische Prioritätensetzung im Rahmen einer bayerischen Ministerpräsidentschaft. Er gab durch die Propagierung dieses Kurses - auch wenn die konkreten Erfolge sich in Grenzen hielten - bereits hier vielen

⁴⁸⁵ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 857.

⁴⁸⁶ Vgl. Büttner, Weimar, S. 151.

⁴⁸⁷ Man bedenke hierbei, dass Kahr zu einer Zeit Kontakte russischen Reaktionären suchte, während der die Reichsregierung erste Handelskontakte mit den Sowjets anbahnte. Vgl. Büttner, Weimar, S. 162.

von denen, die während des Hitlerputsches 1923 von Bayern aus große Visionen umzusetzen planten, anschauliches Beispiel und Ermunterung. Denn über die Einwohnerwehr, die im nächsten Kapitel behandelt wird, standen sie im engsten Kontakt zu Kahr und seiner Politik.

3.3.3. Kahrs Kampf um die bayerische Einwohnerwehr

3.3.3.1. Allgemeines zur Entstehung und Ausgestaltung der Bayerischen Einwohnerwehr

Kahr, das haben die vorangehenden Kapitel gezeigt, hatte viele Projekte. Er war gewillt, etwas im Sinne seiner Gedankenwelten zu bewegen, auch wenn er keineswegs immer der kreative Kopf hinter der jeweiligen Sache war. In keine Angelegenheit aber steigerte er sich annähernd so hinein, wie in die der bayerischen Einwohnerwehr und den Streit um ihre Auflösung beziehungsweise Entwaffnung. Die Einwohnerwehr sollte Idealbild der antisozialistischen Ordnungszelle, volkstümlicher und propagandistisch nützlicher Beleg für Bayern als politische Alternative zur Reichspolitik, Basis für Kahrs Macht, aber am Ende auch eine arge Niederlage für Kahr werden. Sie war Kahrs zentraler politischer Kampf.

Zunächst sei hierzu ein Blick auf die Entstehungsgeschichte der Einwohnerwehr geworfen. Die Revolution, die im November 1918 das Königreich Bayern beendet und den neuen, demokratischen Staat begründet hatte, war seitens der bürgerlichen Kreise kaum auf Gegenwehr gestoßen. Es fand sich schlicht niemand, der nach all den Jahren des Krieges und der Entbehrungen spontan dazu bereit, geschweige denn darauf vorbereitet gewesen wäre, das alte System entschlossen zu verteidigen. Eine ereignisreiche Entwicklung der Dinge in den Folgemonaten, von der Ermordung Kurt Eisners über die kommunistische Räteherrschaft in München, sollte jedoch schon bald bürgerliche, reaktionäre oder zumindest antibolschewistische Kräfte wieder verstärkt auf den Plan rufen. Am Karsamstag des Jahres 1919, dem 19. April, rief die Bamberger Regierung die Bevölkerung offen zur Bildung von Freikorps zur Befreiung Münchens von der Räteherrschaft auf. „Die Münchener Schmach muss verschwinden. Das ist

bayerische Ehrenpflicht.⁴⁸⁸, so hieß es in dem Flugblatt. Sicherlich waren es vor allem die bürgerlichen Parteien Bayerns, die diesen Aufruf und seine Umsetzung in die Tat mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis nahmen, dennoch lässt sich nicht bestreiten, dass in ihrer Geburtsstunde die Einwohnerwehr auch von MSPD und DDP getragen wurde. Der genannte Aufruf war u.a. von Ministerpräsident Hoffmann⁴⁸⁹ unterzeichnet und auch der führende DDP Politiker Müller-Meiningen betätigte sich als Werber für die Freikorps.⁴⁹⁰ Bereits zuvor wurde Rudolf Kanzler mit den Unterschriften der MSPD-Minister Segnitz und Schnepfenhorst mit der Wiederherstellung der Ordnung im südlichen Oberbayern beauftragt⁴⁹¹ und dafür mit Geldmitteln versorgt.⁴⁹² Die Aktion unterstützten häufig die in den Gemeinden aufgestellten Bauernräte, die irritiert von den Vorgängen in der Großstadt und voll Sorge um ihren Besitz zur Bewaffnung der Landbevölkerung drängten.⁴⁹³ Als es nach dem Ende der Räterepublik für Georg Escherich galt, dieses Freikorpswesen und seinen antibolschewistischen Geist auch für die Zukunft zu erhalten, erfuhr er dabei von der Bamberger Regierung Hoffmann ebenso wie von MSPD Reichswehrminister Noske erhebliche Unterstützung,⁴⁹⁴ sodass am 17.5.1919 per Bekanntmachung durch das bayerische Ministerium des Inneren und für militärische Angelegenheiten der vom künftigen Landeshauptmann Georg Escherich gewünschte Übergang der Freikorps in eine gefestigte Organisation besiegelt werden konnte.⁴⁹⁵

Die Einwohnerwehren gediehen unter der Federführung des Organisationstalents Escherichs rasch. Die Propaganda wurde schon bald wirkungsvoll unterstützt, indem die BVP-Bauernführer Heim und Horlacher⁴⁹⁶ ihre Popularität auf dem flachen Land in den Dienst der Sache stellten. Außerdem erfreute sich Escherich der finanziellen Förderung

⁴⁸⁸ Zit. bei Zorn, Geschichte, S. 194.

⁴⁸⁹ Hoffmann hatte auf eine militärische Niederschlagung der Räterepublik gesetzt, jedoch im Gegensatz zu seinem Militärminister Schnepfenhorst neben den Freiwilligenverbänden von Anfang an auch außerbayerische Hilfstruppen für nötig befunden. Sein Vertrauen in die die bayerischen Wehren war also zwar gegeben, hatte jedoch Grenzen. Vgl. Karl, Räterepublik, S.144.

⁴⁹⁰ Vgl. Zorn, Geschichte, S. 194.

⁴⁹¹ Abgedruckt bei Kanzler, Kampf, S. 205.

⁴⁹² Die Entlohnung für einen Freikorpsseinsatz betrug fünf Mark je Tag. Für einen Bauerssohn oder gar einen Landarbeiter stellten die Freikorps daher eine äußerst attraktive Verdienstmöglichkeit dar. Vgl. Ziemann, Front, S. 399.

⁴⁹³ Vgl. Ziemann, Front, S.395.

⁴⁹⁴ Vgl. Nusser, Wehrverbände, S. 93 ff.

⁴⁹⁵ Abgedruckt bei: Kanzler, Kampf, S. 210f.

⁴⁹⁶ Vgl. Kirching, Horlacher, S. 104 ff. Allgemein war Heim dem Wehrgedanken zugeneigt. Auch General Möhl sicherte er zur Gewinnung von Rekruten aus der Landbevölkerung eine „Propaganda unter der Hand“ zu. Vgl. Heim an Möhl am 26.1.1920, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 1312.

durch die rheinische Industrie, namentlich der Kreise um Hugenberg und Stinnes.⁴⁹⁷ Davon, dass man bei allzu militärischer Ausgestaltung der Wehren davon ausgehen musste, mit dem Versailler Vertrag in Konflikt zu kommen, ließ sich die Bewegung nicht aufhalten. Der Kontrolle der gemäßigten, linken Kräfte im Land entglitten die Wehren schon bald. Der MSPD-Ministerpräsident Hoffmann und sein Militärminister Schnepfenhorst konnten ihr Wohlwollen schon in der Anfangsphase nicht in tatsächlichen politischen Einfluss umsetzen. Als sie beispielsweise forderten, man möge die Wehren doch nur im Alarmfall bewaffnen, verpuffte dieses Anliegen. Escherich und auch Kahr waren von Beginn an bestrebt, den Einfluss der MSPD und der von ihr getragenen Regierung schon 1919 so gut wie möglich auszuschalten.⁴⁹⁸ So wurde die Einwohnerwehr de facto auch zum politischen Machtgewinn für das bürgerliche Lager.

Es ist erstaunlich, welche gewaltige Organisation so in Bayern entstand. Eine bestens ausgestattete Einwohnerwehr-Landesleitung unter Führung des Major Kriebel, eines späteren Putschisten von 1923, wurde ins Leben gerufen und in allen Bezirken und Gauen Bayerns bildeten sich Unterorganisationen derselben.⁴⁹⁹ In weiten Teilen Südbayerns gab es bald kaum mehr eine Gemeinde ohne eine Ortsgruppe der Einwohnerwehr.⁵⁰⁰ Die Verwaltung der Organisation wuchs auf einen Stab von 467 hauptamtlichen Angestellten (!) an.⁵⁰¹ Viele ehemalige Offiziere, die in der verkleinerten Reichswehr keinen Platz mehr hatten, fanden hier eine sehr dankbare neue Aufgabe. Ab dem 1. Januar 1920 verfügte die Organisation mit der Zeitschrift „Heimatland“ über ein einheitliches Presseorgan⁵⁰² und im Mai 1920 wurde das Münchener „Ringhotel“ nahe dem Sendlinger Tor als repräsentativer Sitz für die Landesleitung erworben.⁵⁰³ Die Mitgliederzahl erreichte laut Rudolf Kanzler, dem stellvertretenden Landeshauptmann, bis Februar 1920, also einen Monat vor Kahrs Regierungsantritt, einen Stand von rund 268 000 Mann. Bis zum Ende der Einwohnerwehr im Sommer 1921 erreichte sie gar rund 361 000 Mann.⁵⁰⁴

⁴⁹⁷ So spendeten Unternehmen des Stinnes-Konzerns der Orgesch 1920 zwei Millionen Mark. In Bayern fungierte Oswald Spengler als Kontaktmann. Gefördert wurden bevorzugt Verbände, die im Sinne des Reichsgedankens als zuverlässig galten. Vgl. Holzbach, Hugenberg, S. 148. Escherich, Hugenberg und Georg Heim wiederum waren sich persönlich vertraut und tauschten sich regelmäßig in Wildbad Kreuth aus. Vgl. Holzbach, Hugenberg, S. 150f. Auch der „Heimatsdienst Bayern“, eine Wirtschaftsvereinigung, förderte die Einwohnerwehr schon 1919 mit 200 000 Mark. Vgl. Large, History, S. 26f.

⁴⁹⁸ Vgl. Nusser, Wehrverbände, S. 99 ff., vgl. ferner Kanzler, Kampf, S. 39; Large, History, S. 33.

⁴⁹⁹ Vgl. Kanzler, Kampf, S. 131 ff.

⁵⁰⁰ Vgl. Buchentwurf Kanzlers, Stadtarchiv Wasserburg, NL Kanzler 2129.

⁵⁰¹ Vgl. Nusser, Wehrverbände, S. 210.

⁵⁰² Vgl. Kanzler, Kampf, S. 192 ff.

⁵⁰³ Vgl. Kanzler, Kampf, S. 181. Das alte Hauptquartier in der Herzog Max Burg war schlicht zu klein geworden. Ein Teil des Hotels wurde auch als Waffendepot genutzt. Vgl. Large, History, S. 23f.

⁵⁰⁴ Vgl. Kanzler, Kampf, S. 161f.

In Kanzlers Nachlass jedoch findet sich noch eine andere Statistik, die bereits für den Februar 1920 eine Mitgliederzahl von 375 000 Mann feststellt, die sich aber im Monat des Regierungsantritts Kahrs wieder auf 288 956 absenkte – ein Verlust, der vor allem in Oberbayern stattfand.⁵⁰⁵ Dies weist darauf hin, dass sich die Unterstützer der sozialdemokratischen Regierung Hoffmann, wie von Escherich und Kahr erhofft, aus den Wehren verdrängen ließen.⁵⁰⁶ Der kurzfristige Mitgliederrückgang war also als ein „Gesundshrumpfen“ durchaus im Sinne Escherichs und Kahrs. Die Lebenserinnerungen des Sozialdemokraten Philipp Loewenfeld unterstützen diese Annahme. Er hatte nach dem Ende Hoffmanns völlig desillusioniert die Einwohnerwehr verlassen.⁵⁰⁷ Spätestens ab dem März 1920 dominierte damit klar die politische Linie der Anführer um Escherich, Kanzler und Kahr die Bewegung, hier wurde die Einwohnerwehr endgültig zur Stütze der rechts orientierten Ordnungszelle.

Dass es der Einwohnerwehr zu keinem Zeitpunkt an Ausrüstung mangelte, sondern im Gegenteil ein gewaltiger Überfluss herrschte, zeigt sich auch durch den Umstand, dass bis Oktober 1920 mit Wissen und Zutun der Einwohnerwehrleitung und der bayerischen Regierung 25 000 Gewehre und 480 MGs sowie Tausende Kisten Munition nach Tirol, Salzburg und der Steiermark verschoben werden konnten, die offenbar in Bayern als Überschuss vorhanden waren.⁵⁰⁸ Der Gau Kaufbeuren war beispielsweise bereits im Juli 1919 bei 2207 Mitgliedern mit 2047 Gewehren und 74990 Patronen ausgestattet. Für die übrigen Wehrmänner lagen in vier Verstecken noch 213 Gewehre und 9090 Patronen. Auch in städtischen Gebieten entstand eine teils dichte Organisationsstruktur.⁵⁰⁹ Zudem entwickelte sich bis in die kleinsten Gemeinden rasch ein reges Übungsleben, wobei nicht nur an Gewehren, sondern auch an MGs, Minenwerfern und sogar Geschützen exerziert wurde. Im Gau Kempten errichtete die EW zu diesem Zweck allein 17 eigene

⁵⁰⁵ Vgl. Mitgliederstatistik der Einwohnerwehr, Stadtarchiv Wasserburg, NL Kanzler VI 2125.

⁵⁰⁶ In Kanzlers Nachlass findet sich in einem Entwurf für ein nie veröffentlichtes Kapitel zu „Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus“ zumindest ein Beleg für den Inngau um Wasserburg am Inn. Hier hätten nach dem Kapp Putsch die meisten „Sozialisten“ die Einwohnerwehr verlassen. Vgl. Buchentwurf Kanzlers, Stadtarchiv Wasserburg, NL Kanzler VI 2129.

⁵⁰⁷ Vgl. Landau, Recht, S. 389f. Die Landesleitung der EW wird ein Jahr gegenüber Heinrich Held feststellen, dass die Politik der Sozialdemokraten die Einwohnerwehr untergrabe, man sich unter Hoffmann stellenweise sogar unterwandert und kontrolliert gefühlt hatte. Man habe aber keinen Sozialdemokraten zum Austritt gezwungen. Vgl. Landesleitung der Einwohnerwehr an Held am 21.4.1921, BayHStA, NL Held 712.

⁵⁰⁸ Vgl. Weigl, Bayernbild, S. 98f. In einem „Lebensbild“ Rudolf Kanzlers ist sogar davon die Rede, dass insgesamt 400 000 Gewehre inklusive Munition zu Beginn der zwanziger Jahre ihren Weg von Bayern nach Österreich fanden. Vgl. Lebenslauf Kanzlers von 1952, Stadtarchiv Wasserburg, NL Kanzler VI 2132.

⁵⁰⁹ So war beispielsweise die Stadt Fürth in 8 Abteilungen mit jeweils eigenen Wachlokalen, Waffendepots mit bis zu 200 Gewehren und Stabsquartieren unterteilt. Hinzu kamen eine eigene Sanitätsabteilung und ein Hauptdepot mit nochmals 1000 Gewehren sowie Maschinengewehren, Minenwerfern und einem größeren Vorrat an Handgranaten. Vgl. Lippert, Geschichte, S. 26ff.

Schießplätze.⁵¹⁰ Bayernweit verfügten die Wehren am Ende über 2 ½ Millionen Infanteriegewehre, 130 000 leichte MGs, 3000 schwere MGs, 100 leichte Feldartillerie-Batterien, eine Reihe von 15 cm Haubitzen und 13 cm Kanonen und 30 Flugzeuge (!) neuester Bauart.⁵¹¹ Hinzu kamen diverse Automobile, Motorräder und Lastkraftwagen für den Führungsstab der Einwohnerwehr sowie Sanitätsausrüstungen für jeden Wehrmann. Auf eine einheitliche Uniformierung verzichtete die Einwohnerwehr, zur Erkennung wurde lediglich eine weiß-blaue Armbinde am linken Oberarm getragen.⁵¹² Gerade mit dem schweren Gerät ging die Einwohnerwehr damit insgesamt weit über das hinaus, was man von einem lokalen Selbstschutz erwarten würde. Auch wenn es sich längst nicht um eine professionelle Armee wie die Reichswehr oder die Heere der Siegermächte handelte, war die Einwohnerwehr insgesamt ein sehr gewichtiger Machtfaktor für die bayerische Innenpolitik.

Ob nun aber jeder der einzelnen Wehrmänner als überzeugter politischer Aktivist im Sinne Kahrs oder Escherichs zu sehen ist, ist eine andere Frage. Dies ist kaum anzunehmen. Die Werbung für die Einwohnerwehr verlief nicht von Beginn an einfach. Es galt nach der Niederschlagung der Räterepublik vor allem die Bauern auf dem flachen Land neu zu überzeugen. Diese waren oft kriegsmüde und hatten deutlich mehr Interesse am Wiederaufbau ihrer Landwirtschaft als an einer Einwohnerwehr. Vor allem der Schutz des eigenen Besitzes vor Ort war es, der die Bauern schließlich doch in die Einwohnerwehr trieb, zumal sie durch eine Mitgliedschaft auch an Waffen gelangten. Ein militärisches Engagement über die Gemeindegrenzen hinaus war jedoch von den meisten Wehrmännern nicht zu erwarten.⁵¹³ Dementsprechend bildete die Einwohnerwehr keine einheitlich verwendbare Masse. Dem Groß der nur auf Ortsebene organisierten Bauern stand nur ein deutlich geringerer Teil der Einwohnerwehrmitglieder entgegen, die sich in sogenannten „Landfahnen“ zu bayernweiten Einsätzen bereiterklärten. Im Dezember 1920 waren von über 300 000 offiziellen Einwohnerwehrmännern nur 15 000 Mitglieder einer Landfahne.⁵¹⁴ Der Ausbau der Landfahnen gestaltete sich schwierig, die Mitglieder waren über den Gedanken der Verteidigung des eigenen Besitzes hinaus nur schwer zu motivieren und interessierten sich kaum für die große Politik. Es galt also für Escherich und Kanzler ihre Organisation zusätzlich attraktiv zu halten. Dies geschah auf gänzlich

⁵¹⁰ Vgl. Buchentwurf Kanzlers, Stadtarchiv Wasserburg, NL Kanzler VI 2129.

⁵¹¹ Vgl. Nusser, Wehrverbände, s. 131.

⁵¹² Vgl. Kanzler, Kampf, S. 177f.

⁵¹³ Vgl. Ziemann, Front, S. 401.

⁵¹⁴ Vgl. Kanzler, Kampf, S. 170.

unpolitischen Wegen. Neben geselligen Schießwettbewerben und allgemeinem Vereinscharakter, welcher die Wehrmänner über den Selbstschutzzweck hinaus zusammenschweißen sollte,⁵¹⁵ setzte die Einwohnerwehr auch auf soziales Engagement und veranstaltete 1920 eine „Weihnachtssammlung für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.“⁵¹⁶ Parallel dazu versuchte die Führung der Einwohnerwehr immer und immer wieder den durch gesellig-folkloristischen Anstrich bei Laune gehaltenen Mitgliedern⁵¹⁷ den tieferen, antibolschewistischen Zweck der Organisation und auch die Sinnhaftigkeit eines Eintritts in Gau- oder Landesfahnen vor Augen zu führen. Hierzu wurden bolschewistische Drohszenarien bemüht, die über die Realitäten in Bayern bewusst hinausgingen. So wurde etwa den Ortsobmännern im Gau Kempten im Februar 1920 per Rundschreiben weißgemacht, dass ein bolschewistischer Einfall von Russland aus in Polen und den deutschen Ostgebieten unmittelbar bevorstünde. Da die viel zu kleine Reichswehr sich mit allen Mitteln an die deutsche Ostflanke werfen müsse, sei es bald nötig, dass die Einwohnerwehr hinter der Front Ruhe und Ordnung aufrechterhalte.⁵¹⁸ Das Szenario von innerbayerischen, linksmotivierten Unruhen alleine reichte also nicht aus und wurde nochmals überboten.

Diese begrenzte Begeisterungsfähigkeit der Landbevölkerung kam Gustav von Kahr später nicht nur ungelegen, konnte man durch ihre Darstellung doch gegenüber den Kritikern der Wehren anschaulich deren unmilitärischen Charakter belegen.⁵¹⁹ In ihrem offiziellen Gründungsgedanken mochten die Einwohnerwehren wohl eine unpolitische Organisation sein, die sich nur der allgemeinen Ruhe und Ordnung widmen sollte.⁵²⁰ Für

⁵¹⁵ Vgl. Kanzler, Kampf, S. 183. Für die Gründungszeit Einwohnerwehr in Führt sind allwöchentliche „Kompanie-Unterhaltungsabende“ überliefert, die wesentlich zum Mitgliederzuwachs beitrugen. Ein Übungsschießen fand dem gegenüber nur monatlich statt. Vgl. Lippert, Geschichte, S. 17f.

⁵¹⁶ Vgl. Vorstandssitzung des Oberpfälzischen Christlichen Bauernvereins vom 4.12.1920.

⁵¹⁷ Vgl. Large, History, S. 41.

⁵¹⁸ Vgl. Aufzeichnung Kanzlers vom 28.2.1920, Stadtarchiv Wasserburg, NL Kanzler VI 2125.

⁵¹⁹ So äußerte Kahr gegenüber dem britischen Botschafter: „Die Truppe hat ihre eigenen Offiziere erwählt, die Leute tragen keine Uniform, werden weder einem militärischen Drill unterworfen, noch müssen sie in Kasernen wohnen. Sie ist eher einem Klub als einem Regiment ähnlich. (...) Bayern, und hauptsächlich seine Bauern, sind entschieden kriegsmüde.“ Zit. bei Michaelis, Vertragserfüllung, S. 251.

⁵²⁰ So betont der jüdische Sozialdemokrat Philipp Loewenfeld in seinen Erinnerungen, dass Anfangs Sozialdemokraten und Juden ausdrücklich zur Teilnahme in den Wehren aufgefordert waren. Loewenfeld war vom Gründungsgedanken überzeugt und trat ein. Bald schon musste er jedoch unter seinen Wehrkameraden eine gewisse Abneigung gegen die Sozialdemokratie bemerken, auch der Antisemitismus fasste laut Loewenfeld mehr und mehr Fuß, bis er anlässlich des Kapp Putsches enttäuscht die Wehr verließ. Vgl. Landau, Recht, S. 382ff.

Für Nürnberg ist überliefert, dass dort im Sinne dieser überparteilichen Einigkeit eine ganze Reihe von Arbeitern in die Einwohnerwehr eintrat, allerdings nicht aus innerer Überzeugung, ja nicht einmal nur, weil sie die MSPD dazu drängte, sondern vielmehr weil sich ihre Fabrikanten bereit erklärt hatten, an jedem Tag, den die Männer in der Einwohnerwehr verbrachten, den Lohn weiterzubezahlen, dazu einen Aufschlag von 7,50 Mark, freie Verpflegung und Zigarren. Vgl. Buchentwurf Kanzlers, Stadtarchiv Wasserburg, NL Kanzler VI 2129.

Fenske aber gingen die Aufgaben der Einwohnerwehr in den Erwartungen des rechten politischen Lagers weit darüber hinaus, nämlich „Selbstschutz, Ansatz zu einer Miliz, pädagogisches Instrument, innerpolitische Stütze und Reichswehrreserve für einen etwaigen Krieg.“⁵²¹ Fenskes Annahme ist sicher richtig, auch wenn die Hunderttausenden Mitglieder die weitergehenden Ziele der Einwohnerwehführung nicht vor Augen haben mochten. Die Einwohnerwehführung sah in ihrer Organisation tatsächlich eine Vorbereitung für ein militärisches Wiedererstarken Deutschlands.⁵²² Bei der Einwohnerwehr ging ihren obersten Führern immer auch um den Erhalt des militärischen Potenzials im Lande und um eine Reserve für die zukünftige Reichswehr, die nach Hoffnung der vaterländischen Kreise ja nicht ewig auf 100 000 Mann beschränkt sein würde. Ein revanchistischer Charakter, wie er ihr von der Entente vorgeworfen wurde, ist nicht abzustreiten. Der angeblich unmilitärische Charakter und die begrenzte Begeisterungsfähigkeit der Landbevölkerung waren als Tarnargument gegenüber den Gegnern der Wehren sehr willkommen, langfristig aber keinesfalls gewollt. Rudolf Kanzler notierte: „Gerade der Umstand, dass die Bauernschaft nach vierjährigem Kriege, nach dem Ausfall vieler Kräfte im eigenen Betrieb arbeiten will, reißt in den Neuaufbau eines Heeres, das sich nicht auf Aushebung, sondern auf freiwilligen Eintritt gründet, eine schwere Lücke.“⁵²³ Hier zeigt sich, dass die tieferen Ziele der Einwohnerwehr weit über die Grenzen der Dörfer hinausgingen, sich letzten Endes nicht nur gegen den Bolschewismus, sondern gegen die Gegebenheiten des Versailler Vertrags richteten und damit europapolitische Dimensionen annahmen.

3.3.3.2. Kahr und die Einwohnerwehr

⁵²¹ Fenske, Konservatismus, S. 88.

⁵²² So notierte Kanzler über den Zusammenhang zwischen der Motivation, wie man sie den Bauern unterbreitete, und den weiterführenden Zielen: „Zu der Überzeugung der Bauern bei der Unsicherheit der politischen Verhältnisse unter Umständen den eigenen Hof verteidigen zu müssen, was ihnen nach Äußerungen der Spartakisten sehr wahrscheinlich erscheint, tritt der feste Wille, Arbeit, die bisher zurückgestellt wurde, nachzuholen und mit allen Kräften daran zu arbeiten, dass Haus und Hof nicht durch weiteren Mangel an Kräften entwertet werden. Nur durch Hinweise darauf, dass die Regierung einer wirklichen bewaffneten Macht bedarf, um ihm Sicherheit und Schutz zu gewähren, nicht nur für Haus und Hof, sondern auch für die Sicherstellung und die Zuführung der von ihm benötigten Rohstoffe und Industrieartikel sowie für den Absatz seiner eigenen Erzeugnisse, kann es vielleicht erreicht werden, dass ein nennenswerter Zuzug von der bäuerlichen Seite zur Reichswehr kommt.“ Aufzeichnung Kanzlers ohne Datum, Stadtarchiv Wasserburg, NL Kanzler VI 2125.

⁵²³ Aufzeichnung Kanzlers ohne Datum, Stadtarchiv Wasserburg, NL Kanzler VI 2125.

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen, sei nun ein gezielter Blick auf Kahrs Verhältnis zur Einwohnerwehr geworfen. Salopp müsste man wohl von „Liebe auf den ersten Blick“ sprechen, um das innige Verhältnis Kahrs zur Einwohnerwehr am treffendsten zu umschreiben. Er war von Anfang an den Wehren nicht nur zugeneigt, er war viel mehr als nur ein Gönner. Zu glauben, er sei nur ein Trittbrettfahrer der aufblühenden Bewegung gewesen – ein Argument mit dem beispielsweise auch die nationalsozialistische Literatur seine Rolle in Zeiten der Einwohnerwehr herunterzuspielen suchte⁵²⁴ - wäre zu kurz gegriffen, auch wenn in der Tat der erste Gedanke nicht von ihm stammte. Getrost kann er dennoch als ein Vater der Einwohnerwehr gelten. Nachdem Rudolf Kanzler, Georg Escherich und die Bamberger Regierung im April und Mai 1919 die ersten Grundlagen gelegt hatten, griff Kahr diese Initiativen dankbar auf und wurde sehr bald selbst aktiv. In seinem Tagebuch gab er an, schon im Mai 1919 die Gründung der Einwohnerwehr gemeinsam mit Escherich beschlossen zu haben.⁵²⁵ Am 21. Juni 1919 versammelte er Vertreter der Landgemeinden und Bezirksamter in den Räumen der Versicherungskammer, um für die Sache zu werben. Zeitgleich bat er seine Regierungspräsidentenkollegen in Niederbayern und Schwaben darum, sich ebenfalls aktiv an der Errichtung von Einwohnerwehren zu beteiligen. Am 2. Juli kam es zur nächsten Sitzung. Hier wurde durch Kahrs Wirken die Rangfolge der Einwohnerwehrführer in seinem Sinne festgelegt. Escherich wurde Vorsitzender, Kanzler dessen Stellvertreter.⁵²⁶ Beide tragenden Männer der Bewegung waren sich bei diesem Treffen, für das ebenso wie für die folgenden Zusammenkünfte die Räumlichkeiten der Regierung von Oberbayern wie ganz selbstverständlich genutzt wurden, laut Kahr das erste Mal persönlich begegnet. Auch bei der Reichsregierung trat Kahr eilig in Kontakt zu Reichswehrminister Noske um für den Wehrgedanken zu werben. Auf einer weiteren von Kahr geleiteten Sitzung am 17. Juli 1919 waren bereits Vertreter aus Niederbayern und Schwaben zugegen, was die Bedeutung des oberbayerischen Regierungspräsidenten für den Aufbau Einwohnerwehr über seinen eigenen Bezirk hinaus verdeutlicht. Als am 16. Dezember 1919 die flächendeckende Einigung der Einwohnerwehren in Bayern offiziell vollendet wurde, gehörte Kahr unbestritten zum obersten und engsten Führungszirkel dieser Organisation.⁵²⁷ Am Export des Einwohnerwehrgedankens nach Österreich durch den Aufbau der sogenannten Organisation Kanzler war Kahr ebenso

⁵²⁴ Vgl. Frank, Epp, S. 102.

⁵²⁵ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 279.

⁵²⁶ Vgl. Nusser, Wehrverbände, S. 100f.

⁵²⁷ Vgl. Kanzler, Kampf, S. 39 ff. Vgl. ferner Speckner, Ordnungszelle, S. 106.

weit vor seiner Ministerpräsidentschaft intensiv beteiligt.⁵²⁸ Dieser Umstand dürfte für die Einwohnerwehr noch über Kahrs organisatorische Leistung hinaus äußerst wertvoll, wenn nicht gar existenziell gewesen sein, wenn man bedenkt, dass Kahr als Regierungspräsident von Oberbayern sowohl nach dem bayerischen Kriegszustandsgesetz als auch nach dem darauf folgenden Ausnahmezustand offiziell die Aufsicht über Waffenbesitz und Waffenverkehr in Oberbayern⁵²⁹ innehatte. Zudem erwies sich Kahr als äußerst talentierter Spendensammler für die Wehren.⁵³⁰

Gustav von Kahr verfügte mit der Einwohnerwehr über eine Machtbasis, die seinen künftigen Aufstieg in Bayern, wenn auch nicht alleine, so dennoch wesentlich unterstützte. Einer der nur zwei Fälle, in denen Rudolf Kanzler einen Versuch aktiver Beeinflussung der Regierung durch die Einwohnerwehr offen zugab, ist in den Geschehnissen um den Rücktritt Hoffmanns zu sehen.⁵³¹ Dies war zwar noch nicht der unmittelbare Start der Ministerpräsidentschaft Kahrs, aber doch eine elementare Grundlage dazu. Karl Ludwig Ay folgert daraus zu Recht eine Dankbarkeit gegenüber den Wehren, die Kahr durch seine Ministerpräsidentenzeit hindurch begleiten sollte.⁵³² Sie blieben die Stützen des Ministerpräsidenten Kahr, ihnen fühlte er sich um ein Vielfaches mehr verbunden als etwa den Parteien oder dem Landtag. Bereits Karl Schwend stellte als Zeitzeuge fest: „In ihr sah der parlamentsfremde Ministerpräsident die eigentliche Basis seiner Regierung.“⁵³³ In der Tat plante Gustav von Kahr auch als Ministerpräsident deutlich lieber mit den Herren der Einwohnerwehr als mit seinen Koalitionsspitzen oder dem Kabinett. Und im Gegensatz zu den vom Parlament hergeleiteten Einrichtungen fand er für die Einwohnerwehr in der Öffentlichkeit nur Worte des Lobs. So rühmte er in seiner Rede anlässlich der Weihe der Landesschützenfahne am 15. November 1920 in Tegernsee die Fahne der Einwohnerwehr als „das Wahrzeichen lauterer Gesinnung, christlichen Gemeinschaftsgeistes, treuen opferfreudigen Dienstes für Volk und Vaterland.“⁵³⁴ Ein andermal erklärte Kahr die Einwohnerwehren zur „Lebensfrage der staatlichen Ordnung in Bayern“ und zum elementaren Projekt seiner Regierung. „Damit stehe und falle ich.“⁵³⁵, bekräftigte der

⁵²⁸ Vgl. Nusser, Wehrverbände, S. 155.

⁵²⁹ In München stand darüber hinaus diese Aufgabe dem Polizeipräsidenten und Vertrauten Kahrs, Pöhner, zu. Vgl. Lange, Bayern, S. 64.

⁵³⁰ Vgl. Large, History, S. 27.

⁵³¹ Vgl. Kanzler, Kampf, 123ff.

⁵³² Vgl. Ay, Räterepublik, S. 21.

⁵³³ Schwend, Bayern, S. 160.

⁵³⁴ Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 267 vom 16.11.20.

⁵³⁵ Bericht Kahrs über ein Treffen mit der Einwohnerwehr München vom 18.4.1921, BayHStA, NL Kahr 34.

Ministerpräsident im April 1921. Bayern habe durch die Einwohnerwehr endlich wieder „ein Rückgrat bekommen.“⁵³⁶ Kahr überhöhte so die Wehren als ein Gegenbild zur Revolution und zu allen Wirren, die der Verlust des Krieges und der Untergang des Königreichs mit sich gebracht hatten.

Der Ministerpräsident, der sich also schon lange vor Beginn seiner Regierungszeit mit den Wehren auf das Engste verbündet hatte, sollte sehr rasch die Möglichkeit erhalten, seine Treue politisch unter Beweis zu stellen. Schon am 12. März 1920, also kurz vor dem Beginn der Ministerpräsidentschaft Kahrs, wurde in einer Note seitens der Entente die Auflösung der paramilitärischen Organisationen in Deutschland gemäß Versailler Vertrag⁵³⁷ verlangt.⁵³⁸ Wenige Monate später, am 9. Juli 1920, fordert die alliierte Konferenz von Spa, dass die Selbstschutzorganisationen in Deutschland bis 31. Januar 1921 aufzulösen seien. Kahr wusste also vom ersten Tag seiner Regierung an, dass die Einwohnerwehr auf den Widerstand der Siegermächte stoßen würde, stellte sich aber von Anfang an gegen jede Forderung nach einem Ende des bayerischen Selbstschutzes. Nur kurze Zeit nach Amtsübernahme machte er am 8. April 1920 vor Vertretern der Münchner Einwohnerwehr klar, dass seine Regierung gegenüber der Reichsregierung weder gewillt sei, noch sich innenpolitisch in der Lage sehe, sich in irgendeiner Form an der Entwaffnung der Einwohnerwehr zu beteiligen.⁵³⁹ In der Tat hatte sich ein Vertreter Bayerns schon vier Tage zuvor genau in diesem Sinne auf einer Besprechung mit der Reichsregierung geäußert.⁵⁴⁰ Diese Einstellung, im bayerischen Kabinett als „passive Resistenz“⁵⁴¹ bezeichnet, sollte auch in Zukunft zum Prinzip Kahrs in der Einwohnerwehrfrage werden.

Der Ministerpräsident konnte sich zu Beginn seiner Amtszeit in seinem Einsatz für die Einwohnerwehr in Bayern breiter Zustimmung sicher sein.⁵⁴² Im Wahlkampf 1920 bekannte sich die BVP klar und offen zur Einwohnerwehr.⁵⁴³ Auch die übrigen Parteien der Regierungskoalition unterstützten Kahrs Ansichten im Ministerrat. Selbst der

⁵³⁶ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 817.

⁵³⁷ Versailler Vertrag, Art. 177.

⁵³⁸ Spindler, Handbuch VI/I, S. 475.

⁵³⁹ Vgl. BayHStA, NL Kahr 34.

⁵⁴⁰ Vgl. Das Kabinett Müller I, Dok. Nr. 41 vom 15. April 1920, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

⁵⁴¹ Ministerratssitzung vom 9.7.1920, BayHStA, MA 99515.

⁵⁴² Seitens BVP-naher Landwirtschaftsvertreter wie Michael Horlacher wurde beispielsweise schon im April 1920 ein Lieferstreik der Landwirte als politisches Druckmittel zum Erhalt der EW angedacht. Johann Kirchinger bemerkt zurecht die Auffälligkeit, dass nicht politisch, sondern wirtschaftlich motivierte Lieferstreikplanungen des Bayerischen Bauernbundes nicht ganz ein Jahr zuvor seitens der BVP nahen Bauernvertreter noch heftig kritisiert wurden. Vgl. Kirchinger, Horlacher, S. 107.

⁵⁴³ Vgl. Generalsekretariat, ABC, S. 21.

demokratische Handelsminister Hamm, der sich ansonsten sehr häufig im Zwist mit Kahr befand, äußerte sich Anfang April 1920 klar zu Gunsten der Einwohnerwehren⁵⁴⁴ und folgte hier ohne weiteres Kahrs Argumenten. Einwände gab es kaum.⁵⁴⁵ Die Wehren waren politischer Konsens in den Regierungsparteien Bayerns.

Im Mai 1920 konnte Kahr so mit voller Unterstützung seiner Ministerratskollegen nach Berlin gehen und entschlossen für die Sache der Einwohnerwehr eintreten.⁵⁴⁶ Er verband dies sogleich mit einer Forderung der Ablehnung jeder Nachgiebigkeit in der Frage der Reparationen und erhob die bayerische Linie damit über die Einwohnerwehrfrage hinaus als Gegenstück zur Reichspolitik gegenüber der Entente. Kahr ging davon aus, dass sich die Reichsregierung durch einen Verzicht auf die Einwohnerwehr in den Verhandlungen mit der Entente eine Milderung der Reparationslasten erhoffte.⁵⁴⁷ Er setzte, anders als die Reichsregierung, in beiden Punkten gleichermaßen auf eine offene deutsche Verweigerungshaltung. Der bayerische Oppositionsdrang gegen die Reichsregierung war groß. Dies zeigte sich ganz offenkundig in dem Wunsch des bayerischen Kabinetts, zu den einschlägigen Verhandlungen über die Umsetzung der Versailler Vertragsbestimmungen im belgischen Spa, die ab 5. Juli 1920 stattfinden sollten, auch einen eigenen bayerischen Gesandten zu senden.⁵⁴⁸ Tatsächlich nahm die Reichsregierung am Ende den bayerischen Staatsrat und späteren Handelsminister Wilhelm von Meinel in die Delegation auf⁵⁴⁹ - ein Zugeständnis an Bayern. Im Juni 1920, also kurze Zeit vor der Konferenz, reiste der bayerische Ministerpräsident zusätzlich dazu

⁵⁴⁴ So erklärte Hamm im Ministerrat: „Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, dass eine Entwaffnung der Einwohnerwehren unmöglich ist, weil es die Selbstaufgabe des Staates bedeuten würde, weil wir auch gar nicht die Macht dazu haben.“ Ministerratssitzung vom 8.4.1920, BayHStA, MA 99515.

⁵⁴⁵ Als ein äußerst seltenes Beispiel einer Bedenkenäußerung in dieser Zeit kann die des Verkehrsministers Heinrich von Frauendorfer angeführt werden, der im April 1920 darüber klagte, dass der militärische Aufzug der Einwohnerwehr zu offensichtlich sei, und die Person Escherichs dahingehend kritisierte. Vgl. Ministerratssitzung vom 12.4.1920, BayHStA, MA 99515.

⁵⁴⁶ Bereits zuvor hatten in Berlin unter Leitung des Reichskanzlers ausführliche Besprechungen stattgefunden, so die bereits erwähnte Besprechung der Reichsregierung mit Ländervertretern am 15.4.1920. Bayern war dabei durch den Gesandten von Preger, zwei Ministerialbeamte sowie den Einwohnerwehrvertretern Escherich und Kriebel vertreten. Vgl. Das Kabinett Müller 1, Dok. Nr. 41 vom 15.4.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

⁵⁴⁷ Die Reparationsfragen standen in der Tat bei sämtlichen Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Entente im Vordergrund. Spätestens Reichskanzler Wirth ging zu einer Praxis über, die auf Revisionsversuche in der Entwaffnungsfrage verzichtete, um ein Entgegenkommen der Entente hinsichtlich der Reparationen, aber auch hinsichtlich der Zukunft Oberschlesiens zu erreichen. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 133. In Wahrheit ist ein solcher Kurs der Reichsregierung durchaus nachvollziehbar, da sie die diesbezüglichen Vorgaben des Versailler Vertrages sowieso mittels der „Schwarzen Reichswehr“ zu umgehen gedachte. Vgl. Hörster, Wirth, S. 87ff. Nur sollte dies, anders als in Kahrs Vorstellungen, heimlich geschehen. Bei den Reparationszahlungen, die ja tatsächlich bei den Siegermächten eingehen sollten, war eine solche Haltung nicht möglich.

⁵⁴⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 8.5.1920, BayHStA, MA 99515.

⁵⁴⁹ Vgl. Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 8 vom 1.7.1920, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

erneut in die Reichshauptstadt, um seiner These von der Unmöglichkeit einer Entwaffnung sowohl in Ausführung als auch in den Folgen für Bayern Nachdruck zu verleihen.⁵⁵⁰ Er nützt seinen Aufenthalt auch dazu, dem englischen General Malcolm, der sich gerade auf der Reise nach Spa befand, die kommunistische Gefahr für Bayern auszumalen.⁵⁵¹

Gustav von Kahr war damit sehr bemüht, auf der Bühne der Reichspolitik, aber auch gegenüber Vertretern der Entente direkt Präsenz zu zeigen. Er versuchte so, einen Nimbus europapolitischer Kompetenz um sich zu konstruieren, und drang offensiv in ein Themenfeld, die Außenpolitik, ein, das laut Verfassung der Reichsregierung, nicht aber der bayerischen Regierung zustand. Im Laufe der Zeit setzte Kahr hierbei immer wieder auf ein angebliches Einlenken Großbritanniens.⁵⁵² Die Einwohnerwehr in der britischen Öffentlichkeit als eine harmlose Selbstschutzorganisation darzustellen, dürfte jedoch zu keinem Zeitpunkt realistisch gewesen sein, da sie in führenden Presseorganen Großbritanniens durchaus als reaktionäre Einrichtung dargestellt wurde.⁵⁵³ Während Kahr in der Einwohnerwehrfrage davon unbeirrt bis zum Schluss große Hoffnungen auf Verhandlungen mit England setzte⁵⁵⁴ und auch in Amerika zumindest in weiten Teilen der Gesellschaft die Sympathie auf seiner Seite glaubte,⁵⁵⁵ betrachtete er Frankreich als den Hauptgegner der Einwohnerwehr⁵⁵⁶ in den Reihen der Siegermächte. Dennoch: Auch für den Fall Frankreichs bezweifelte er vor dem Ministerrat ausdrücklich, dass es tatsächlich die Auflösung der Einwohnerwehr durchsetzen werde, sondern am Ende ja vor allem ökonomisches Interesse hätte.⁵⁵⁷ Kahr blieb bei seinem Vorwurf an die

⁵⁵⁰ Neben Gesprächen mit der Reichsregierung berief er nochmals eine Ministerpräsidentenkonferenz ein, auf der er sich kurz vor Spa noch erhoffte, Verbündete zu gewinnen. Vgl. Ministerratssitzung vom 28.6.1920. BayHStA, MA 99515.

⁵⁵¹ Vgl. Schwend, Bayern, S. 162.

⁵⁵² Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 840. Diese Hoffnungen wurden wohl dadurch gespeist, dass es zumindest in Teilen der britischen Administration durchaus kritische Stimmen zur Entwaffnung Deutschlands im vorgesehenen Umfang gab. Die allzu unverhüllten Demonstrationen in Bayern dürften das Thema in Großbritannien jedoch nicht zu Kahrs Gunsten angeheizt haben. Vgl. Wittek, Feind, S. 292f.

⁵⁵³ So berichtete die Times im Herbst 1921: „In closest relation with the Einwohnerwehr ist the organisation of Dr. Escherich, the so called Orgesch. The two, hitherto highly organized and led by imperial officers, form a formidable force.“ The Times Nr. 42558 vom 3.11.1920. Die Times skizzierte somit klar eine Parallele zur gegnerischen Armee des Weltkriegs. Der Manchester Guardian brandmarkte die Einwohnerwehr unmissverständlich als vielleicht über 200 000 Mann starke „force of rifleman“ und „illegal.“ The Manchester Guardian Nr. 23162 vom 5.11.1920.

⁵⁵⁴ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 856.

⁵⁵⁵ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 863f.

⁵⁵⁶ In der Tat legte Frankreich aus sicherheitspolitischen Erwägungen unter den Siegermächten den größten Wert auf eine Entwaffnung Deutschlands im Sinne des Versailler Vertrages. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 102f.

⁵⁵⁷ Vgl. Ministerratssitzung vom 31.5.1920, BayHStA, MA 99515. In dem stetigen Irrglauben, Frankreich würde irgendwann den Erhalt der Einwohnerwehr zulassen, hatte ihm Georg Heim bereits im Sommer 1920 klar bestätigt: „Nach verlässigen und direkten Mitteilungen, die ich heute bekommen habe, wird Frankreich der

Reichsregierung, Frankreich durch Zugeständnisse in der Entwaffnungsfrage hinsichtlich der Reparationen milde stimmen zu wollen. Man müsse bedenken, so Kahr in seinen Lebenserinnerungen, „dass diese seit Jahr und Tag geübte Erfüllungspolitik des Reiches von der falschen Voraussetzung ausgehe, die Forderungen des uns feindlichen Frankreich könnten von Deutschland befriedigt werden. Das sei ganz unmöglich, solange Frankreich, wie dormalen, darauf ausgehe das Deutsche Reich kaputt zu schlagen. Weder die restlose Entwaffnung, noch die Auflösung aller nationalen Verbände, noch die völlige Preisgabe jeder nationalen Würde werde die Besetzung schlesischen Gebietes und des Ruhrlandes hintanhaltend. Diesen Leidensweg müsse meines Erachtens das deutsche Volk gehen, ob es sich nun furchtsam selbst preisgebe oder nicht.“⁵⁵⁸ Was Kahr hier in Kauf zu nehmen bereit war, war nichts anderes, als eine Eskalation zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich.

Auch im Hinblick auf die Reichsregierung ging die Regierung Kahr weiterhin davon aus, dass diese eventuell doch noch von einer Auflösung der Wehren absehen könnte.⁵⁵⁹ Innerhalb der Reichsregierung gab es in Wahrheit jedoch andere Prioritäten, selbst wenn man den Aspekt der Hoffnung auf Reparationskürzungen völlig außer Acht lässt. Das Reichswehrministerium und das Auswärtige Amt hatten sich unmittelbar vor der Konferenz von Spa darauf verständigt, dass in der Rüstungsfrage das oberste Ziel der Erhalt einer regulären Heeresstärke von 200 000 Mann angepeilt werden sollte. Dahinter musste nicht nur die Einwohnerwehr, sondern auch die preußische Forderung nach Erhalt und Ausbau der Sicherheitspolizei zurückstehen.⁵⁶⁰

Entgegen der Argumente der Einwohnerwehrebefürworter, die Einwohnerwehr sei für die Ruhe und Ordnung im Freistaat Bayern unverzichtbar, behielten die Siegermächte in Spa

Beibehaltung der Einwohnerwehr Bayern keine Schwierigkeiten machen.“, Heim an Kahr am 20.8.1920, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 1312.

⁵⁵⁸ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 853. Wenn Kahr hier von „Erfüllungspolitik“ spricht, so verwendet er ein Schlagwort, das die Gegner der Reichsregierung als Schmähung benutzten. Die Reichsregierung selbst aber fasste das Wort so auf, dass man sich zwar bemühen müsse, den Versailler Vertrag zu erfüllen, die Praxis aber der Entente vor Augen führen werde, dass ihre Forderungen unerfüllbar waren. Diese Konzeption wurde schon 1919 von Reichsaußenminister Hermann Müller als Antwort auf den Versailler Vertrag gesehen. Vgl. Büttner, Weimar, S. 157. Die Reichsregierung hatte also, anders als Kahr dies darstellt, nicht den Anspruch, den Vertrag unbedingt zu erfüllen. Sie hatte den Anspruch, sich zwar nicht – wie Kahr es propagierte – generell zu verweigern, sondern trotz nachweisbarer Bemühungen an der Erfüllung des Vertrages zu scheitern, sodass die Entente zur Lockerung der Bedingungen gezwungen sei.

⁵⁵⁹ Aus der Reichshauptstadt zurückgekehrt legte Kahr dem Ministerrat einen Bericht vor, der aus jeder beschwichtigenden Äußerung einzelner Reichsminister und jeder erdenklichen Gelegenheit, wie etwa einem russischen Vorstoß nach Polen, Hoffnung auf eine Anerkennung der bayerischen Einwohnerwehrpolitik sowohl durch das Reich, als auch durch die Entente schöpfte. Vgl. Ministerratssitzung vom 5.7.1920, BayHStA, MA 99515.

⁵⁶⁰ Vgl. Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 8 vom 1.7.1920, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

die Ansicht bei, dass auch die Einwohnerwehr eine Wehrorganisation darstellte, die gemäß dem Vertrag von Versailles zu verbieten sei. Sie schafften damit endgültig Klarheit, dass die Sache der Einwohnerwehr nicht zu verhandeln sei. Bayerns Wünsche wurden ebenso abgelehnt wie der Wunsch der Reichsregierung nach einem 200 000 Mann Heer und die preußischen Vorstellungen von einer Sicherheitspolizei. Kahrs Streben nach dem Erhalt der Einwohnerwehr war damit auf der ersten internationalen Konferenz, die für das Thema zuständig war, schlicht gescheitert.⁵⁶¹ Innerhalb der deutschen Delegation hatte sich das Hauptaugenmerk auf die Stärke der Reichswehr gelegt und der bayerische Gesandte von Meinel hatte sich vor Ort sehr zurückgehalten, großes Aufsehen um die Einwohnerwehrfrage zu machen.⁵⁶² Er war am Ende doch nur ein Delegationsmitglied unter vielen, dessen Mitreise zudem politisch erzwungen, aber nicht vom Auswärtigem Amt für nötig erachtet war. Die Einwohnerwehr war insgesamt sicher nicht das größte Problem der Delegation in Spa. Die Reichsregierung fokussierte sich nach der Konferenz weiter auf die Reparationsfrage. Sie unternahm hier einen Kurswechsel, in dem sie fortan begann, die Festlegung auf eine feste Reparationssumme hinauszuzögern und sich somit auf einen lange andauernden Konflikt in diesem wirtschaftlich so wichtigem Bereich einstellen musste.⁵⁶³ Eine Versteifung der deutschen Delegation auf das Thema Einwohnerwehr wäre angesichts dieser Gegebenheiten schlicht unangemessen gewesen.

Die Logik, mit der die Alliierten in Spa gegen die Wehren argumentierten, lässt sich kaum von der Hand weisen - auch wenn Kahr im Gegensatz dazu darauf bestand, dass eine Auflösung der Einwohnerwehr eben nicht mit dem Friedensvertrag zu begründen sei.⁵⁶⁴ Der Versailler Vertrag hatte in Artikel 160 das Deutsche Heer auf 100 000 Mann inklusive Offizierskorps und die Marine in Artikel 183 auf 15 000 Mann inklusive Offizierskorps beschränkt. Überdies stand Artikel 177 gegen abseits der offiziellen Armee stehende Organisationen wie die Einwohnerwehr. Nach ihm waren Vereinigungen außerhalb der Reichswehr, die sich im Gebrauch von Kriegswaffen übten, eindeutig untersagt.⁵⁶⁵ Dieser Artikel war jedoch weit davon entfernt, in Bayern beachtet zu werden.

⁵⁶¹ Da half es auch nichts, dass diese Konferenz in Einwohnerwehrkreisen im Nachklang abfällig als „Komödie“ gebrandmarkt wurde. Vgl. Heimatland Nr. 29 vom 15.7.1920.

⁵⁶² Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 16 vom 7.7.1920, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

⁵⁶³ Vgl. Wulf, Stinnes, S. 242.

⁵⁶⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 8.2.1921, BayHStA, MA 99516. Dass das Reich die Auffassung Bayerns hier grundsätzlich nicht teilte und man sie somit alleine zu vertreten hatte, war dem bayerischen Ministerrat bewusst. Vgl. Ministerratssitzung vom 26.4.1921, BayHStA, MA 99516.

⁵⁶⁵ „Unterrichtsanstalten, Hochschulen, Kriegsvereine, Schützengilden, Sport- und Wandervereine, überhaupt Vereinigungen jeder Art, ohne Rücksicht auf das Alter ihrer Mitglieder, dürfen sich nicht mit militärischen Dingen befassen. Es ist ihnen untersagt, ihre Mitglieder im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Kriegswaffen auszubilden oder zu üben oder ausbilden oder üben zu lassen. Die Vereine, Gesellschaften,

Zur Zeit der Konferenz von Spa waren in den bayerischen Einwohnerwehren rund 325 000 Mann organisiert,⁵⁶⁶ jeder Einzelne war mindestens mit einem Infanteriegewehr und 50 Patronen ausgerüstet. Die Wehrmänner erhielten Schulungen zur Pflege der Waffen, die zudem noch von der staatlichen Polizei gewartet wurden.⁵⁶⁷ Und auch Schießübungen fanden reichlich statt.⁵⁶⁸ Das genaue Gegenteil des Artikels 177 war damit in Bayern der Fall. Man hatte diesen für das Thema wesentlichen Teil des Vertrags nicht nur ein wenig umgangen, man hatte ihn bislang völlig ignoriert. Nun von der Entente die uneingeschränkte Duldung dieser Ignorierung zu fordern, war eine Unternehmung, die man mindestens als sehr gewagt, wenn nicht gar als utopisch bezeichnen kann. Zudem war es, so kurze Zeit nach dem Weltkrieg auch kaum realistisch, dass die Sieger deutlich von diesen Forderungen abrücken würden. Nusser ist zuzustimmen, wenn er zu dem Fazit kommt: „Ein realistisch denkender Politiker hätte erkennen müssen, dass auf Dauer die Einwohnerwehr Bayerns den Forderungen der gesamten Entente nicht widerstehen würde.“⁵⁶⁹ Gerade für Kahr als Juristen, der um die innere Ausstattung der Einwohnerwehr wusste, musste es eigentlich völlig klar sein, dass seine Argumentation kaum haltbar war und er mit dem Erhalt der Einwohnerwehren gegen den Vertrag von Versailles verstoßen würde. Zudem war das gängige Argument, die Einwohnerwehr werde nur im Notfall bewaffnet, eine glatte Lüge.⁵⁷⁰ Kahr stellte sich damit bewusst gegen die vertraglichen Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles.

Die Reichsregierung war nicht bereit, diesen Kurs Bayerns mitzugehen. Am 9. Juli 1920 unterzeichnete die deutsche Delegation zu Kahrs Entsetzen die Forderungen der Entente in Spa. „Unser deutsches Volk muss leben und wird leben trotz aller Anfeindungen und trotz der tieftraurigen Vorgänge in Spa.“⁵⁷¹, so Kahr in seiner Programmrede am 16. Juli 1920. Wenn nun der Reichstag die Ergebnisse von Spa noch absegne, dann stünde einer Gewaltherrschaft der Kommunisten in Bayern nichts mehr entgegen.⁵⁷² Als es im

Unterrichtsanstalten und Hochschulen dürfen in keinerlei Verbindung mit dem Kriegsministerium oder irgendeiner anderen militärischen Behörde stehen.“ Versailler Vertrag, Art. 177.

⁵⁶⁶ Vgl. Kanzler, Kampf, S. 161.

⁵⁶⁷ Vgl. Kanzler, Kampf, S. 176f.

⁵⁶⁸ Vgl. Kanzler, Kampf, S. 183.

⁵⁶⁹ Nusser, Wehrverbände, S. 207.

⁵⁷⁰ Loewenfeld als ehemaliges Mitglied der Einwohnerwehr in München gibt an, dass es in der Zeit seiner Mitgliedschaft Usus war, Gewehr und Munition im Stile der Schweizer Volksmiliz zu Hause zur Verfügung zu halten. Vgl. Landau, Recht, S. 383.

⁵⁷¹ Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger Nr 164. vom 17. Juli 1920

⁵⁷² Schwend, Einwohnerwehr, S. 163. Landeshauptmann Escherich stieß in dasselbe Horn und beschwor in einem Schreiben den Reichskanzler Fehrenbach und andere Reichsminister, man dürfe die Wehr nicht aufgeben, stünden doch polnische, tschechische und russische Überfälle und in deren Geleit der Bolschewismus wahrscheinlich unmittelbar bevor. Man könne nicht auf die Einwohnerwehr verzichten, während das Reich keine

bayerischen Ministerrat später darum ging, ob man die Entwaffnung nach wie vor ablehnen und auch in Folge von bayerischer Seite keinerlei Hilfe bei der Entwaffnung leisten wolle, konnte Kahr nach wie vor auf die einstimmige und konsequente Unterstützung des Kabinetts zurückgreifen, und zwar noch bevor man Rücksprache mit der Reichsregierung über die Beweggründe der Annahme des Ultimatums durch diese gehalten hatte. Bayern blieb auf Gegenkurs zur Reichsregierung – und das mit aller Entschlossenheit. Der demokratische Justizminister Müller-Meinigen ermunterte seine Kollegen sogar, es ruhig auf eine Reichsexekution ankommen zu lassen.⁵⁷³ Dies waren wohlgerne interne Überlegungen des bayerischen Kabinetts und keineswegs bloße öffentliche Kraftmeierei. Kahr selbst interpretierte die Lage so, dass eine solche Exekution kein Drohszenario darstellen könne, sei es doch denkbar unwahrscheinlich, dass die norddeutschen Reichswehrteile an einem solchen Vorgehen gegen Bayern teilnehmen würden. Und sonst, so der Ministerpräsident selbstbewusst, verfüge man über keinerlei Machtmittel gegen Bayern. Nur DDP-Handelsminister Hamm - ohne allerdings jemals an seinem Willen zum Erhalt der Einwohnerwehr Zweifel zu lassen - begann im Laufe der Diskussion über die Ergebnisse von Spa eine differenziertere Sichtweise als der übrige Ministerrat an den Tag zu legen und interne Kritik zu üben. Man müsse sich die Frage stellen, warum weder im Reichstagsausschuss noch im Reichsrat sich solcher Widerstand rege, sondern nur in Bayern. Er gehe fest davon aus, dass die Reichsregierung den alliierten Forderungen zwar offiziell zustimme, inoffiziell aber gar nicht daran denke, die Beschlüsse von Spa auszuführen. Das Reich versuche es in aller Stille, während der polternde Ton vieler Reichswehroffiziere und Bayerns laut Hamm stets die Aufmerksamkeit der Entente auf sich zöge. Hier griff Hamm Kahr, den leidenschaftlichen Festredner bei Einwohnerwehranlässen jeder Art, ganz persönlich an: „Es ist bei uns etwas zu viel geredet worden auch im Lande bei Schützenfesten u. dergl. und wenig Rücksicht darauf genommen worden, dass die Entente alles erfährt, wenn sie will.“⁵⁷⁴ Hamm hatte damit durchaus Recht. Die öffentliche Propagierung der Wehren durch den Staat musste für Reichsregierung und Entente als bayerische Besonderheit erscheinen. Dabei war das Reich selbst weit davon entfernt, seine Bewaffnung tatsächlich nach dem

Maßnahmen zum Schutz vor diesen Gefahren zu treffen gedenke. Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 35 vom 27.7.1920, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

⁵⁷³ Der BVP Kultusminister Matt schränkte die Debatte nur dahingehend ein, dass für ihn eine bewaffnete Reichsexekution die letzte akzeptable Eskalationsstufe zum Erhalt der Einwohnerwehren darstelle, während die Auflösung des Reichsverbandes nicht in Frage käme. Vgl. Ministerratssitzung vom 9.7.1920, BayHStA, MA 99515.

⁵⁷⁴ Ministerratssitzung vom 9.7.1920, BayHStA, MA 99515.

Versailler Vertrag zu richten. Reichsweit erfolgte hinter dem Rücken der Entente der Aufbau einer schwarzen Reichswehr⁵⁷⁵ - nur eben deutlich stiller als in Bayern. Hier, nicht unbedingt im Grundsatz, lag der Unterschied: Wo Bayern polterte, hielt das Reich Diplomatie und Verschwiegenheit für die angemesseneren Mittel.⁵⁷⁶ Der Graben, den Kahr mit seiner Haltung zwischen Reichsregierung und Bayern zog, hätte mit einem etwas zurückhaltenden Auftreten Bayerns und der Einwohnerwehr bei weitem nicht so tief sein müssen. Dass das Reich, das sich in Spa vor diplomatische Aufgaben größter Tragweite gestellt sah, irgendwann auf in aller Öffentlichkeit produzierte Zwischenrufe aus Bayern keine Rücksicht mehr nehmen konnte und wollte, war nur zu verständlich. Doch die Ordnungszelle Bayern, so sie weiterhin in der Öffentlichkeit als die politische Alternative zu Berlin erscheinen wollte, konnte nicht auf stille Kooperation setzen, sondern musste auf der lauten Konfrontation beharren.

Der Berliner Reichstag sah sich schließlich gezwungen, der alliierten Forderung zuzustimmen. Damit war der Startschuss zu einem monatelangen Ping-Pong-Spiel zwischen München und Berlin gefallen. Zum 6. August wurde mit Wilhelm Peters durch das Reich ein Kommissar zur Entwaffnung eingesetzt. Bestrebungen der Regierung Kahr im Vorfeld, dass man doch selbst einen Landeskommissar einsetzen könnte oder zumindest ein Mitspracherecht bei der Personalentscheidung erhalten müsse, fruchteten nicht.⁵⁷⁷ In den Diskussionen in Berliner Regierungskreisen war derweil zwischen zwei verschiedenen Haltungen zu unterscheiden: Zum einen eine gemäßigte Haltung, die eine bloße Entwaffnung und Entmilitarisierung der Wehren vorsah und so den Forderungen der Entente gerade so viel als nötig Genüge tun wollte. Zum anderen stand aber auch die Option eines eindeutigeren Schritts im Raum, nämlich die einer kompletten Auflösung der Organisationen als solche. Das inzwischen bürgerlich geprägte Reichs-Kabinett⁵⁷⁸ wollte sich auf eine bloße Entwaffnung beschränken und sah, wohl auch im Sinne seiner eigenen Bemühungen um die schwarze Reichswehr, für ein scharfes Vorgehen gegen die Einwohnerwehr keinen Anlass. Dagegen fuhr das sozialdemokratisch regierte Preußen

⁵⁷⁵ Im engsten Kreis fanden auf Reichsebene schon vor der Konferenz Beratungen darüber statt, wie man die zu erwartenden Bestimmungen durch geheime Einheiten und Waffendepots umgehen könnte. Insgesamt war Wirth, wenn auch nicht im polternden Stil Kahrs, alles andere als ein Gegner der heimlichen Aufrüstung. Er bezeichnete sich selbst als einen „Vater“ der schwarzen Reichswehr. Vgl. Hörster, Wirth, S. 87ff.

⁵⁷⁶ Reichskanzler Wirth sprach später von einer „bayerischen Sabotage der Reichsaußenpolitik.“ Zit. bei Hörster, Wirth, S. 125.

⁵⁷⁷ Ministerratssitzung vom 28. Juli 1920, BayHStA, MA 99515.

⁵⁷⁸ Das Kabinett des Sozialdemokraten Hermann Müller, das von der klassischen Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP getragen wurde, war nach den Reichstagswahlen von 1920 gegen ein bürgerlich geprägtes Kabinett unter Reichskanzler Konstantin Fehrenbach ausgetauscht worden. Während Zentrum und DDP in der Regierung verweilten, schied die SPD aus dem Bündnis aus. Neuer dritter Koalitionspartner wurde die DVP.

mit seinem Innenminister Severing eine deutlich konsequentere Linie: Bereits am 10. April 1920, also noch bevor die Organisation Escherich, kurz Orgesch, am 9. Mai überhaupt gegründet wurde, hatte Preußen private Selbstschutzorganisationen verboten. Die Orgesch hatte die preußische Regierung zunächst zumindest in ihrer bestehenden Mitgliederstruktur gewähren lassen. Als Severing jedoch illegale Waffen und extremistisches Personal in den Reihen der Organisation ausfindig machte, löste er sie am 14. Juli auf. Ein heftiger Protest Escherichs war die Folge. Im Reichskabinett war diese gänzliche Auflösung der Organisation Escherich sehr umstritten. DVP-Reichsjustizminister Heinze etwa erklärte den Vorgang für nicht zulässig: Auch wenn die Organisation jetzt noch über Waffen verfüge, habe Escherich sich doch klar bereiterklärt, eine Entwaffnung durchführen zu lassen. Das Verbot einer (wenn auch erst in Zukunft) unbewaffneten Organisation aber entbehre jeder rechtlichen Grundlage.⁵⁷⁹ Dennoch kristallisierte sich, abgesehen von diesen Umsetzungsfragen, im Sommer 1920 eine klare Tendenz heraus. Alle deutschen Staaten bis auf Bayern, das im Ministerrat keinen beweisbaren Zusammenhang zwischen Orgesch und Entwaffnungsgebot festzustellen vermochte,⁵⁸⁰ verweigerten schließlich der Orgesch, also dem Dachverband der Selbstschutzverbände im Reich, in ihrer bestehenden Form die Anerkennung.⁵⁸¹ In Reichsregierung und außerbayerischen Ländern herrschte Konsens, die Entente nicht weiter in aller Weltöffentlichkeit zu provozieren.

In Bayern wollte man weder von der vollständigen Auflösung der Orgesch noch von irgendwelchen Kompromissen etwas wissen. Man sah die Lage unbeirrt anders. Kahr hielt die Situation in Bayern für derart besonders, dass er dem Entwaffnungskommissar Peters Mitte September darlegte, er werde in Abstimmung mit dem französischen Gesandten Dard und Reichswehrminister Simons nun eine Liste von Vorschlägen an die Botschafterkonferenz in Paris erarbeiten. Diese Liste würde nicht nur die Notwendigkeit der Einwohnerwehr für Bayern, sondern für das ganze Reich begründen. Bayern erklärte sich hier also auch über seine Grenzen hinaus zum Paten aller deutschen Selbstschutzorganisationen. Es bestünden laut den Aussagen Dards durchaus Chancen, dass die Französische Regierung doch noch ein Einsehen haben werde.⁵⁸² In der Tat hatte Dard mehrmals gegenüber seiner Regierung um Nachsicht in der Entwaffnungsfrage gebeten und lange Zeit den Versailler Vertrag dafür in den Hintergrund gestellt. Dass

⁵⁷⁹ Vgl. Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 54 vom 23.8.1920, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

⁵⁸⁰ Vgl. Ministerratssitzung vom 19.8.1920, BayHStA, MA 99515.

⁵⁸¹ Vgl. Winkler, Weimar, S. 147.

⁵⁸² Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 76 vom 27.9.1920, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

diese Aktionen Dards allerdings Folgen haben könnten, war in Wahrheit sehr unwahrscheinlich: Der Gesandte wurde, wie die Dissertation von Andrea Müller offenlegt, in seinem Heimatland nicht sonderlich ernst genommen.⁵⁸³ Ob sich Kahr dessen bewusst war, muss offen bleiben. In jedem Fall aber nahm er weiterhin jedes Einlenken Dards gerne als Erfolg für seine Einwohnerwehrpolitik wahr und argumentierte damit. Auch vom öffentlichen Betreiben der Einwohnerwehrfrage gegenüber der Entente gedachte er, ganz anders als die Reichsregierung, nicht abzurücken. Der bayerische Ministerpräsident blieb bei seiner Einstellung, dass die Einwohnerwehr für Bayern zum einen unverzichtbar, zum anderen auf Grund ihrer Größe und Macht realistisch betrachtet gar nicht auflösbar oder zu entwaffnen sei.

Neben dieser diplomatischen Ebene zwischen Berlin, München und Paris ging Kahr mit Entschlossenheit noch einen Schritt weiter. Seine Haltung gedachte der Ministerpräsident nicht nur in weiteren Verhandlungen einzunehmen, sondern auch publikumswirksam in der Öffentlichkeit unter Beweis zu stellen. Schon Schwend als Zeitzeuge der Geschehnisse bemerkte, dass man bei der bayerischen Einwohnerwehr den verbotenen, aber wohl erwünschten Erhalt militärischen Potenzials an den Bestimmungen des Versailler Vertrages vorbei in keiner Weise verheimlichte. Im Gegenteil waren kraftstrotzende Aufmärsche der Einheiten eine häufige Erscheinung.⁵⁸⁴ Kahr war schon immer ein Freund solch großer Festlichkeiten und Paraden gewesen, vorausgesetzt sie waren volkstümlich und bodenständig gehalten und vermittelten auf breiter Basis ein Bild von Volksmasse, das auch in Kahrs Ordnungszelle passte. Parteiveranstaltungen konnten dies in Kahrs Augen nicht bieten. Reine Vergnügungsfeste waren gemäß seiner Propagierung von Sparsamkeit und Duldsamkeit ebenfalls nicht sein Geschmack. Öffentliche Auftritte der Einwohnerwehr hingegen schätzte er – und es sollte nach Spa auf diesem Gebiet nicht nur beim Status quo bleiben. Kahr und sein Umkreis ließen ganz bewusst eine nochmals potenzierte Provokation gegenüber Berlin und der Entente folgen. Sie verstärkten die Propaganda für die Einwohnerwehr auf ein bislang ungesehenes Maß. So kam es am 26. September 1920 in München zum „Ersten Landesschießen der Bayerischen Einwohnerwehr“, einem gewaltigen und wohl auch folgenreichen Schaulaufen des Kahr-treuen Bayerns und der bewaffneten (!) Einwohnerwehr. Vor einem Massenaufmarsch wurden durch Kahr, Escherich und andere prominente Verfechter des Wehrgedankens kämpferische Reden gehalten. Der Tag im allerorts schwarz-weiß-

⁵⁸³ Vgl. Müller, *Gesandtschaft*, S. 214ff.

⁵⁸⁴ Vgl. Schwend, *Bayern*, S. 159.

rot und weiß-blau beflaggten München ließ auch den württembergischen Gesandten Moser von Filseck nicht ungerührt. In seinem Bericht hielt er fest: „Die Feier, zu der sich 40 000 Wehrmänner auf dem Königsplatz [...] versammelt hatten, nahm einen großen Eindruck. Man konnte sich zum ersten Male wieder in bessere Zeiten zurückversetzt glauben.“⁵⁸⁵ Selbst der französische Gesandte in München konnte sich in seinen Aufzeichnungen der beeindruckenden Wirkung der Veranstaltung nicht entziehen. Seine Regierung in Paris sah den Aufmarsch, bei dem sich tausende Gewehrläufe zu „Deutschland, Deutschland über alles“ in den Himmel reckten, verständlicherweise ganz anders.⁵⁸⁶ Für die SPD schließlich stellte das Landesschießen eine Provokation dar. Sie äußerte im Vorfeld im „Vorwärts“ gar die Befürchtung, dass es sich um nichts anderes handle, als um einen konkreten Versuch die Monarchie wiederaufzurichten.⁵⁸⁷ Doch genau solche Wirkungen wollten Kahr und seine Mitstreiter erreichen: Es sollte klargestellt werden, dass die Dinge in München anders verlaufen als in Berlin. Dies war das Hauptziel Kahrs und der Einwohnerwehr, während für die Masse der Teilnehmer die politische Botschaft wohl nur zum Teil im Vordergrund stand und die vergnüglichen Programmpunkte des Treffens eine mindestens ebenso große Rolle spielten.⁵⁸⁸ Das Landesschießen wurde auf diese Weise für die Führer der Einwohnerwehr zu einem politischen Erfolg und für die Teilnehmer zu einem freudigen Erlebnis. Horst Nusser sieht hier den Höhepunkt der Macht der Einwohnerwehr und stellt fest, dass es eine vergleichbare politische Mobilisierungsleistung konservativer Massen in Bayern bis dorthin noch nicht gegeben hätte.⁵⁸⁹ Seine Einschätzung der Mobilisierungsleistung ist umso richtiger, bedenkt man die Passivität, mit der das Bürgertum noch keine zwei Jahre zuvor die Revolution Eisners über sich hatte ergehen lassen. Schwends Ansicht, Kahr habe das Landesschießen selbst gar nicht gewollt, sondern Escherich sei die alleine

⁵⁸⁵ Benz, Politik, S. 67.

⁵⁸⁶ Vgl. Müller, Gesandtschaft, S. 219.

⁵⁸⁷ Vgl. Vorwärts Nr. 463 vom 17.9.1920.

⁵⁸⁸ Um die Veranstaltung für eine möglichst große Menge attraktiv zu gestalten, wurde neben dem Festakt am Königsplatz ein umfangreiches Rahmenprogramm geboten. Obwohl Kahr persönlich nur Sinn für die ernsten, feierlichen Teile der Veranstaltung, nicht für Vergnügungen am Rande, hatte, zeigte sich erneut das organisatorische und propagandistische Talent, das die Einwohnerwehrführung auszeichnete. Rings um die Stadt fanden Schießwettbewerbe statt, während die zu gewinnenden Preise – von der schmuckvoll bemalten Schützenscheibe bis hin zu Haushaltsgeräten - in einem Saal des Armeemuseums zu begutachten waren. Für die Abordnungen der einzelnen Gaue waren Quartiere vorbereitet und immer wieder bot sich die Gelegenheit zu einem Erinnerungsfoto mit Kahr oder Escherich, die die Wehrmänner auch auf den Schießplätzen besuchten. Vgl. Heimatland Nr. 40 vom 30.9.1920. Auf einem Festabend im Löwenbräukeller wurden neben Reden auch reichlich unterhaltsame Darbietungen geboten, von der musikalischen Umrahmung durch eine Musikkapelle der Polizei bis hin zu Einlagen bekannter Künstler. Unter anderem traten damalige Stars wie der Weiß Ferdl, der durch seine humorigen Lieder damals wohl populärste Sänger Münchens, zur Gaudi der Einwohnerwehrmänner auf. Vgl. Stadtarchiv Wasserburg, NL Kanzler VI 2128

⁵⁸⁹ Vgl. Nusser, Wehrverbände, S. 128f.

treibende Kraft gewesen,⁵⁹⁰ ist zu bezweifeln. In seinen Erinnerungen lässt Kahr an keiner Stelle durchblicken, in der Einwohnerwehrfrage unter Druck der Landesleitung der Einwohnerwehr gestanden zu haben, auch wenn diese ihn selbstverständlich stetig motiviert haben mochte. Er sah sich mindestens als gleichwertiges Mitglied des Führungszirkels der Bewegung und trug sie an jeder Stelle voll mit. Die Aktionen zum Erhalt der Einwohnerwehr und ihrer Waffen bezeichnete er als „Mein und meiner Freunde heiterer Kampf.“⁵⁹¹ Auch im Ministerrat hatte Kahr auf zwei Sitzungen die Feierlichkeiten entschlossen gegen die die Kritik Hamms verteidigt.⁵⁹² Gegen die Ansicht Schwends steht auch die Einschätzung des Reichswehrminister Geßler, der im November Kahr als „eigensinnig, zu sehr engagiert“ beschrieb und gar seinen Rücktritt erhoffte, während er Escherich als „weitsichtiger“⁵⁹³ titulierte.

Die Reaktion der Entente auf die Vorgänge in Bayern folgte rasch. Sie verschärfte – wie nicht anders zu erwarten – ihre Haltung. Der Chef der interalliierten Kontrollkommission, General Nollet, erkundigte sich am 12. Oktober bei der Reichsregierung nach dem Stand der Dinge in der Einwohnerwehrfrage. War seit der Konferenz von Spa lediglich von der Entwaffnung die Rede, so verlangte Nollet nun die komplette Auflösung der Selbstschutzorganisationen in Deutschland. Zudem mehrten sich Befürchtungen, Frankreich plane mit Sanktionen im Rheinland zu reagieren.⁵⁹⁴ Reichskanzler Fehrenbach musste jedoch bald feststellen, dass solche Szenarien im Falle Kahrs keinen Politikwechsel bewirken würden. Nach seinem Besuch in München hielt der Reichskanzler als seinen Eindruck fest: „Mit der Argumentation, dass man dem Feinde jeden Vorwand zu einem Einmarsch ins Ruhrgebiet nehmen müsse, macht man in Bayern keinen Eindruck. Die Herren sind überzeugt, dass dieser Einmarsch unausbleiblich sei.“⁵⁹⁵ Die bayerische Haltung blieb dementsprechend auch in der Folgezeit unbeirrt. Als beispielsweise am 13. Oktober 1920 der Entwaffnungskommissar Peters die Abgabe zumindest der schweren Waffen forderte, blieben Einwohnerwehrführung und Ministerrat einig in der Auffassung, dass nicht nur die Gewehre, auch die Geschütze und

⁵⁹⁰ Vgl. Schwend, Bayern, S. 165.

⁵⁹¹ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 822.

⁵⁹² Vgl. Ministerratssitzungen vom 2.9.1920 und 21.9.1920, BayHStA, MA MA 99515.

⁵⁹³ Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 107 vom 10.11.1920, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

⁵⁹⁴ Vgl. Schwend, Bayern, S. 165. Bereits im April 1920 hatten Franzosen und Belgier die Besetzung Frankfurts, Darmstadts und Hanau damit mit einem deutschen Bruch der militärischen Bestimmungen von Versailles begründet, da während des Kapp Putsches die Reichswehr im entmilitarisierten Rheinland zum Einsatz kam. Vgl. Niedhart, Außenpolitik, S. 11.

⁵⁹⁵ Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 78 vom 29.9.1920, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

MGs in Bayern dringend benötigt würden. Auf einer weiteren Berlinreise⁵⁹⁶ erreichte Kahr sogar, dass die Reichsregierung eine entsprechende Antwortnote an General Nollet übersandte, obgleich diese in Kahrs Augen immernoch viel zu schüchtern formuliert war. Dass man damit in den Hauptstädten der Ententestaaten auf keinerlei Verständnis traf, kümmerte ihn nicht.⁵⁹⁷ Kahr und die Unterstützer der Einwohnerwehr gingen dazu über, eine Eskalation der Lage immer offener in Kauf zu nehmen. Die Mitglieder der Reichsregierung, die sich mit diplomatischen Bedenken trugen, wurden in Kahrs Reden nur als „Angstmeier“⁵⁹⁸ titulierte. Auch über den Jahreswechsel hinaus klammerte sich Kahr an jede kleine Chance und jedes kleine Anzeichen, dass doch noch ein Erhalt der Wehren möglich sein könnte.⁵⁹⁹

Die Aussichten auf eine Lösung der Einwohnerwehrfrage im Sinne Kahrs stiegen dadurch freilich nicht an, so sehr Kahr seinen Kurs auch festigte. Während Schwend schon für das Jahr 1920 feststellte, dass Bayern realistisch gesehen keine Erfolge gegenüber der Entente zu erwarten hatte, machte Heinrich August Winkler für den Jahreswechsel 1920/1921 eine weitere Verschärfung des alliierten Tons in der Einwohnerwehrfrage aus.⁶⁰⁰ Die Pariser Note der Entente vom 29. Januar 1921 brachte neue Klarheit und legte einen Zeitplan in der Einwohnerwehrfrage im Sinne der Alliierten fest: Bis 15. März sollte die Auflösung der Einwohnerwehr gesetzlich geregelt und bis 30. Juni vollzogen sein. Vor allem aber in der Reparationsfrage war die Pariser Note ein schwerer Schock für Deutschland: Hatte der sachliche Verlauf der Konferenz von Brüssel vom 16.-22. Dezember 1920, wo durch ein Expertengremium eine realistische Einschätzung der durch Deutschland leistbaren Zahlungen ermittelt werden sollte, die deutsche Politik noch zuversichtlich gestimmt, war der tatsächliche Zahlungsplan von 226 Milliarden Goldmark in 42 Raten und 12% der Exporte ein umso herberer

⁵⁹⁶ Kahr traf in Berlin u.a. den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, den Reichsaußenminister, diverse andere Reichsminister, Botschafter Mayer, den Reichskommissar für Entwaffnung und General Nollet. Vgl. Michaelis, Vertragserfüllung, S. 251f.

⁵⁹⁷ Vgl. Schwend, Bayern, S. 165f.

⁵⁹⁸ So Kahr anlässlich der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Reichsgründung 1921. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 827.

⁵⁹⁹ Auch erwähnt Kahr immer wieder Personen, von denen er diesbezügliche Aufmunterung erhalten habe. Zu nennen sind für diese Phase DVP-Vizekanzler Rudolf Heintze und der ehemalige DDP-Reichsminister Eugen Schiffer, der ihm empfohlen habe, standhaft zu bleiben und auf England zu setzen. Auch berichtet Kahr, von der Deutschen Botschaft in London Informationen erhalten zu haben, wonach eine Verschiebung der Einwohnerwehrfrage um neun Monate möglich gewesen wäre. In Paris habe man bereits davon gewusst und sich auf einen Kompromiss eingestellt. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 825. Weitere unterstützende Stimmen gelangten aus dem Rheinland, namentlich seitens der dortigen Industrie, an Kahr. So bekräftigte der Industrielle Stinnes den bayerischen Ministerpräsidenten über den Verleger Cossmann, in der Sache nicht nachzugeben und schwärmte von Kahrs Auftreten, welches Durchsetzungskraft und „männlich schöne Bescheidenheit“ in sich vereinen würde. Stinnes an Cossmann am 15.11.1920, BayHStA, NL Cossmann 12.

⁶⁰⁰ Vgl. Winkler, Weimar, S. 146.

Rückschlag.⁶⁰¹ Dies, so kann nur immer wieder betont werden, war für die Reichsregierung ein erheblich wichtigeres Thema als die Einwohnerwehr.

Der Propaganda in Bayern machte auch diese erneut verschärfte Lage kein Ende. Im Gegenteil neigte man abermals zum Trotz. Kahr und Escherich beschworen nun umso stärker eine von der radikalen Linken ausgehende Gefahr, die sich zu jener Zeit problemlos an der Vereinigung von USPD und KPD, deren Beitritt zur Kommunistischen Internationale und deren offener Sympathie für Sowjetrußland darstellen ließ.⁶⁰² Nachdem sich Kahr in München der Zustimmung der Koalitionsspitzen und auch Georg Heims zu seinem standhaften Kurs der Ablehnung sowohl der Entwaffnung als auch der Auflösung versichert hatte, brach er Anfang Februar zu einer weiteren Reise nach Berlin auf, um an der von Fehrenbach einberufenen Konferenz der Ministerpräsidenten teilzunehmen. Am Vormittag des 5. Februar, unmittelbar vor der Konferenz, trafen der bayerische Ministerpräsident und Staatssekretär Schweyer mit Reichskanzler Fehrenbach und den Reichsministern Simons und Koch in kleiner Runde zusammen. Die Vertreter Bayerns forderten eine Sonderhandlung. Das Reich müsse die Hauptfragen mit Bayern absprechen, und zwar bevor es mit den übrigen Länderchefs verhandle. Bayern biete, erfahre es keinen sensiblen Umgang, ansonsten „Konfliktpotential“ nach außen wie nach innen. Es gelang trotz dieses äußerst forschen und selbst durch föderalistische Argumentation kaum zu rechtfertigenden Verlanges nach einem exklusiven Status Bayerns, die Ministerpräsidentenkonferenz wie geplant stattfinden zu lassen.⁶⁰³ Sie wurde seitens Kahr und auch seitens Reichsinnenminister Koch zunächst zurückhaltend geführt, seitens der sozialistisch geprägten Länder Sachsen und Thüringen regte sich jedoch heftiger Protest⁶⁰⁴ gegen die Einwohnerwehren. Am Ende stand alles deutlich gegen Kahr und für die Erfüllung der Forderungen der Entente. Reichskanzler Fehrenbach stellte sich zum Entsetzen Kahrs mit den Worten „Wenn Bayern nicht nachgibt, dann finis Germaniae“⁶⁰⁵ auf die Seite der Gegner der bayerischen

⁶⁰¹ Vgl. Büttner, Weimar, S. 154f.

⁶⁰² Vgl. Winkler, Weimar, S. 148.

⁶⁰³ Angeblich hatte Reichsinnenminister Koch einige Zugeständnisse in Aussicht gestellt, um die Lage zu retten. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 830ff. Vgl. ferner Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 59ff. In Wahrheit hatte Koch aber keine großen Hoffnungen auf eine rasche Verständigung mit Kahr. Vgl. Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 171 vom 29.1.1921, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

⁶⁰⁴ Die sächsische Regierung war für eine stark sozialistische Grundhaltung bekannt, auf Grund derer sogar die DDP die dortige Koalition aus Protest verlassen hatte. Sie hatte im eigenen Land einen Umsturz von rechts zu fürchten. Vgl. Köttschke, Geschichte, S. 399. Dass sie kein Interesse am Erhalt der unter Kahr betont antisozialistisch auftretenden Einwohnerwehr im Nachbarland Bayern haben konnte, ist naheliegend. Ähnliches gilt für Thüringen, an dessen Landesregierung nach wie vor die USPD beteiligt war. Vgl. Patze, Geschichte, S. 450.

⁶⁰⁵ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 833.

Einwohnerwehr.⁶⁰⁶ Bayern war nun völlig isoliert. Trotzdem blieb Kahr von seiner Linie überzeugt. Mit Hinweis auf Fehrenbachs „finis Germaniae“ notierte er in sein Tagebuch: „Ihm steht gegenüber: finis Bavariae.“⁶⁰⁷

Eine Kooperation mit dem Kabinett Fehrenbach war damit kaum mehr denkbar. Gegenüber einem Reisebegleiter äußerte Kahr, es handelte sich ab nun um eine ideologische Auseinandersetzung, die zu führen nicht lohne. Seine eigene Position sah Kahr dabei nicht gefährdet: „Mich kann zur Zeit gegen meinen Willen niemand stürzen, weder im Reiche noch in Bayern.“⁶⁰⁸ So isoliert Kahr also auch gegenüber Ländern und Reich war, so unbeeindruckt verfolgte er weiter seine Ziele. Bayern startete im Februar 1920 sogar einen neuen Vorstoß durch eine Vier-Punkte Liste, die der bayerische Gesandte Preger im Auftrag Kahrs vom Reichskabinett nochmals separat absegnen ließ, bevor das bayerische Kabinett sich damit beschäftigte.⁶⁰⁹ Die einzelnen Punkte, die offensichtlich nur sehr geringe Verpflichtungen für Bayern beinhalteten, Schlupflöcher offen ließen und ganz im Sinne der von Kahr beschworenen „passiven Resistenz“ die Verantwortung für die Entwaffnung dem Reich zuschoben, lauteten:

„1. Die Bayerische Regierung wird der loyalen Durchführung der von der Reichsregierung übernommenen Verpflichtungen über die Entwaffnung keine Schwierigkeiten in den Weg legen.

2. Die Bayerische Regierung ist mit einer Ablieferung der schweren Waffen (Geschütze, Maschinengewehre) und eines Teils der leichten Waffen bis zum 31. 3. einverstanden.

3. Die Bayerische Regierung erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, dass bis zum 15. 3. ein Gesetz zur Ausführung der Art. 177 und 178 des Friedensvertrages ergeht.

4. Voraussetzung ist, dass in der Zwischenzeit keine schweren außenpolitischen Komplikationen eintreten.“⁶¹⁰

So schwammig und verfassungsrechtlich irrelevant diese Forderungen Bayerns auch sein mochten, so setzten sie die Reichsregierung doch erneut unter Druck. Bayern setzte auf seinen Kurs der „passiven Resistenz“, also auf die Verweigerung sämtlicher

⁶⁰⁶ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 830ff.

⁶⁰⁷ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 59.

⁶⁰⁸ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 833.

⁶⁰⁹ Preger nutzte die Gelegenheit am 7. Februar auch, um sich nochmals über den Verlauf der Ministerpräsidentenkonferenz zu beschweren. Die Zurückhaltung Kahrs hätte genügt, eine definitive Entscheidung von Bayern zu fordern sei unnötig gewesen. Vgl. Ministerratssitzung vom 8.2.1920, BayHStA, MA 99516.

⁶¹⁰ Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 172 vom 7.2.1921, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

Unterstützung der Entwaffnung. Berlin war nun am Zug die Macht aufzubringen, damit die Entwaffnung ohne die Hilfe der bayerischen Staatsregierung durchgeführt werden könnte – eine gewaltige Herausforderung. Kahr war zudem dazu übergegangen, seine Isolierung als Teil eines sozialdemokratischen Plans gegen seine Person zu betrachten und versuchte der Reichsregierung so vor Augen zu führen, dass bei aller Isolierung nach wie vor er die Hausmacht in Bayern besitze. Und tatsächlich unternahm die Reichsregierung, die Persönlichkeit Kahrs ganz und gar richtig einschätzend, einen zusätzlichen Vermittlungsversuch, um die Wogen zu glätten. Hierzu entsandte sie nicht etwa einen Politiker, sondern General von Lettow-Vorbeck, den damals überaus populären Führer der deutsch-ostafrikanischen Kolonialtruppen im Weltkrieg. Kahr empfing den General zwar, hielt ihn aber von der Reichsregierung für völlig falsch unterrichtet und legte ihm den bayerischen Standpunkt nahe, die Einwohnerwehr müsse als bewaffnete Macht sowie als Organisation erhalten bleiben. Einem weiteren Vermittler, einem Referenten der Reichskanzlei hingegen hatte Kahr den Empfang verweigert.⁶¹¹ Berlins Diplomatie-Versuchen blieb der Erfolg gegenüber Kahr also nach wie vor verwehrt, während dieser sich in einer Position der Stärke wähnte.

Immer noch fand Kahr die Spitzen der BVP inklusive Georg Heim sowie den Großteil des Kabinetts nach wie vor hinter sich. Nur der DDP Minister Hamm stellte sich sehr zum Ärger Kahrs gegen den Regierungschef und den Plan, die Entwaffnung gänzlich dem Reich zu überlassen. Die DDP und auch BMP hatten während der Ausarbeitung der Note an die Reichsregierung Bedenken angemeldet, fügten sich jedoch nach einigem Zögern. Mit der „Passiven Resistenz“ bestritt man nach Auffassung Kahrs strenggenommen gar keine Regelungen des Reichs. Man verweigere lediglich die Mitwirkung an der Umsetzung. Dem in Berlin so verschmähten Kahr war es gelungen, sich diesen Kurs nun von Koalition und Kabinett zuhause in Bayern nochmals auf breiter Basis bekräftigen zu lassen. Darüber hinaus war er – ganz dem Sinnbild der „Ordnungszelle“ als politischer Alternative zur bestehenden Reichsregierung folgend - der Überzeugung, dass auch die national gesinnten Personenkreise im übrigen Reich nun auf Bayern hofften und Standhaftigkeit erwarteten.⁶¹² Der Gefahren, die sein Kurs in sich barg, und der

⁶¹¹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 835. Vgl. ferner Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 41f.

⁶¹² Vgl. Kahr Lebenserinnerungen, S. 835ff.. Vgl. ferner Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 62ff. Die Standpunkte und Begründungen, die die bayerische Regierung in ihrer Note vom 8. Februar darlegte blieben die gleichen: Man sehe im Versailler Vertrag keinen Grund zur Auflösung enthalten, man könne zwar prinzipiell, nicht aber in der aktuellen Lage entwaffnen, die Bevölkerung werde sich höchstwahrscheinlich nicht entwaffnen lassen und die Einwohnerwehr diene nur dem Selbstschutz, der allgemeinen Sicherheit und Ruhe. Die Einwohnerwehr sei somit keine reaktionäre Vereinigung. Die bayerische Regierung lehne ferner in den Verhandlungen der Reichsregierung die thematische Trennung von Entwaffnung und Reparation ab und ziehe ein Abwarten der

Provokationen, die ihm innewohnten, war sich der Ministerpräsident bewusst. Ebenso bewusst war er sich der Gefahren für seine Popularität: „Trotz all der überschäumenden nationalen Bewegung blieb es mir aber doch nach manchen Andeutungen fraglich, ob das Volk in seiner großen Mehrheit standhalten würde, wenn es infolge der gewünschten schroffen Ablehnung zu schweren wirtschaftlichen und politischen Folgen käme, sei es infolge einer Besetzung des Ruhrgebietes oder bei einem Einmarsch der Franzosen in das Maintal. Ich aber wollte, solange das ohne Schaden für das deutsche und bayerische Vaterland möglich war, durchhalten, aber dabei doch in aller Stille eine Überführung in neue Verhältnisse vorbereiten.“⁶¹³ Offenbar erschien es Kahr also nach wie vor politisch ertragreicher, hart zu bleiben, auch wenn dies am Ende eventuell negative Konsequenzen haben könnte.

Am 10. Februar meldete der Gesandte Preger die Reaktion der Reichsregierung an Kahr: Man werde selbst die Entwaffnung durchführen, von der bayerischen Regierung erwarte man nur, dass sie darauf verzichte, Opposition gegen etwaige Maßnahmen des Reichs zu leisten. Kahrs Wunsch, dass die bayerische Innenpolitik nicht selbst Hand an die Einwohnerwehr anlegen müsste und so ihr Gesicht wahren könnte, hatte sich also erfüllt. Er zeigte sich mehr als zufrieden, denn so alleine Bayern auch im Reich stehen mochte (auch im Reichsrat war der bayerische Widerstand gegen das Entwaffnungsgesetz mittlerweile kläglich gescheitert⁶¹⁴), er war sich der Hausmacht der Einwohnerwehr in Bayern doch ganz gewiss. Ferner ging er davon aus, dass eine Entwaffnung durch Reichsbehörden wohl offiziell festgelegt werden könnte, sich am Ende aber als undurchführbar herausstellen würde.⁶¹⁵ Die Kabinettsitzung der Reichsregierung konnte dementsprechend am 15. Februar lediglich als fragwürdigen Erfolg verbuchen, dass man in Bayern nun immerhin die Zuständigkeit des Reiches anerkenne. Dass man die

kommenden Londoner Konferenz vorschneller Erfüllungspolitik vor. Man sehe sich gezwungen, die Verantwortung für die als falsch erkannte Politik des Reichs ganz der Reichsregierung zu überlassen. Vgl. Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 174 vom 11.2.1921, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Vgl. ferner Schwend, Bayern, S. 167f.

⁶¹³ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 837f.. Vgl. ferner Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 70.

⁶¹⁴ Schwend, Bayern, S. 168.

⁶¹⁵ Kahr dazu: „Mir freilich blieb es ein Rätsel, wer von Reichswegen die Waffen bei unseren Bauern auf dem Lande abholen sollte. Hatte mir doch der Reichswehrminister Geßler wenige Wochen vorher bei einem Besuch in München ohne weiteres erklärt, er werde niemals der Reichswehr den Befehl geben, gegen die bayerische E.W. zur Durchführung der Entwaffnung einzuschreiten. Die bayerische Polizeiwehr ist auf dem gleichen Standpunkt. Und die bayerischen Strafgerichte hätten sich wohl sehr ernstlich mit dem Notstandsparagraphen befassen müssen. Der von der Reichsregierung für Bayern mit dessen Zustimmung bestellte Entwaffnungskommissar, der bayerische Ministerialrat Nortz, ein prächtiger deutscher Mann, später der Nachfolger Pöhners an der Polizeidirektion München, war gewillt, dieses Amt sofort niederzulegen, wenn an ihn Anforderungen von Reichswegen gestellt würden, die er mit seiner vaterländischen Überzeugung nicht vereinbaren könnte.“ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 839.

Entwaffnung auch tatsächlich mit Kräften des Reiches, etwa mit der Reichswehr, durchführen hätte können, bezeichnete der Reichsinnenminister Koch schon im April 1920 als „unmöglich“⁶¹⁶. Kahrs selbstbewusste Einschätzung von einer faktisch in der Entwaffnungsfrage machtlosen Reichsregierung hatte sich in der Tat zunächst als richtig erwiesen, sodass der Schlusssatz des Sitzungsprotokolls lautete: „Weiter soll in der Angelegenheit zur Zeit nichts veranlasst werden.“⁶¹⁷

Kahr hatte gegen die Reichsregierung einen Erfolg erzielt. Auch gegenüber den Siegermächten glaubte er wieder neue Optionen auszumachen. Umso mehr verärgerte es ihn, als die MSPD im bayerischen Landtag eine Aussprache zum Thema erreichte und Schönheitsfehler im erwünschten, einheitlichen Bild Bayerns aufzeigte, nachdem die bayerischen Koalitionsparteien in Augen Kahrs nicht den erforderlichen Widerstand gegen die parlamentarische Behandlung des Themas geleistet hätten.⁶¹⁸ Das Protokoll der Sitzung brachte erneut Kahrs mangelnde Wertschätzung des Landtages deutlich zu Tage. Bitterlich beschwerten sich die USPD und die MSPD, sämtliche Verhandlungen zum „Pariser Diktat“ seien seitens der Regierungsparteien hinter streng verschlossenen Türen abgehalten worden, das Landtagsplenum sei nicht eingebunden worden. Der Sozialdemokrat Ackermann gab gar ironisch seiner Freunde Ausdruck, „dass der für den Landtag seit Monaten unsichtbar gewesene, sozusagen ‘vorübergehend versunkene’ Herr Ministerpräsident heute wohlbehalten in unserer Mitte weilt.“⁶¹⁹ In der Tat vertraute Kahr seinem Tagebuch an, wie wenig Wert er persönlich in diesen Tagen auf einen Auftritt im Landtag gelegt hatte.⁶²⁰ Die Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin sei vertraulich gewesen, so Kahr in seiner Rede, er habe vor dem Landtag nichts dazu sagen können. Unter heftigen, tumultartigen Zwischenrufen der Sozialdemokraten erklärte Kahr, die Ausschaltung der Oppositionsparteien liege somit in der Natur der Sache. Die Sozialdemokratie sei überdies selbst schuld, sich nicht an der bayerischen Regierung beteiligt zu haben. Der Ministerpräsident führte im Folgenden eine flammende Rede für die Einwohnerwehr und deren Erhalt dem „Pariser Diktat“ zum Trotz. Er schloss mit der Versicherung „dass wir uns keinem Sklavenjoch beugen werden und dass wir durch kein Diktat uns zum Selbstmorde zwingen lassen.“⁶²¹ Auch wenn Kahr immer wieder Treueschwüre der Koalition, auch der DDP, herbeiführen konnte, zeugt der Protest der

⁶¹⁶ Zit. bei Schulz, Demokratie, S. 343.

⁶¹⁷ Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 175 vom 15.2.1921, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

⁶¹⁸ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 840.

⁶¹⁹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 48. Sitzung vom 17.2.1921.

⁶²⁰ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 85ff.

⁶²¹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 48. Sitzung vom 17.2.1921.

Landtagsopposition doch davon, dass es nicht nur seitens des Reichs, sondern auch in Bayern selbst lauter werdende, kritische Stimmen zu Kahrs Haltung gab. Und diese beschränkten sich offenbar nicht nur auf die Sozialdemokratie. Als Kahr sich in der zweiten Februarhälfte zu einer Reise nach Stuttgart aufmachte, stellte er zu seinem Missfallen auch erste Unruhe in der BVP fest. Namentlich der Abgeordnete Eugen von Knilling, der offenbar einen Wechsel in der Einwohnerwehrleitung forderte, um auf diese Weise einiges Konfliktpotential aus der Verhandlung zu nehmen, war es in Kahrs Augen, der Missstimmung schürte. Jedoch versuchte er solche Überlegungen aus den Reihen des Parlaments wie immer gnadenlos zu ersticken: „Ich benützte die nächste Fraktionssitzung um mit diesen Dingen in der Partei gründlich aufzuräumen und darauf hinzuweisen, dass noch vor Jahresfrist, als die Maschinengewehre auf der Straße knatterten, niemand vom ‘hohen Hause’, nicht einmal die M.S.P. an der E.W. etwas auszusetzen hatte.“⁶²² Kahr verstand seine Einwohnerwehrpolitik als Frage seiner persönlichen Führung, nicht als Frage von Parlamentsmehrheiten, das stellte er damit fest. Auch auf diese Weise nahm er einmal mehr die Einwohnerwehrdebatte zum Anlass, die Ordnungszelle als Gegenbild zum Weimarer Parlamentarismus darzustellen. Die Zweifel unter den Parlamentariern und auch innerhalb der BVP wuchsen aber an.

In London hatte sich die Reichsregierung inzwischen unter Leitung von Reichsaußenminister Simons und unter der von Kahr erwirkten Hinzuziehung eines bayerischen Sondergesandten, des Staatsrates Meinel (die jedoch auch Simons im Reichskabinett als „zweckmäßig“⁶²³ benannte) und des bayerischen Oberregierungsrates Pirner⁶²⁴, zu neuen Verhandlungen mit den Siegermächten eingefunden. Sie sollten vom 21. Februar bis 14. März dauern. Ziel aus Sicht der Deutschen war es vor allem, Gegenvorschläge zu den Pariser Forderungen der Alliierten anzubringen. Die Gegenvorschläge beschäftigten sich vor allem mit der Milderung der von den Siegermächten geforderten Reparationsleistungen, Bayerns Einwohnerwehr spielte hingegen keine vorrangige Rolle.⁶²⁵ Dennoch geriet die Konferenz zu einem Desaster für die Reichsregierung. Deutschlands Vorschläge stießen auf keinerlei Beachtung, sodass Reichsaußenminister Simons am 8. März die Konferenz abbrach und alliierte Truppen als Sanktion die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzten. Simons Angebot, das auf der Annahme beruhte, Deutschland könne nur bewiesene erfüllbare Pflichten auf sich

⁶²² Kahr, Lebenserinnerungen, S. 841.

⁶²³ Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 180 vom 22.2.1921, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

⁶²⁴ Vgl. Kanzler, Kampf, S. 114

⁶²⁵ Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 181 vom 25.2.1921, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

nehmen, und in London erstmals mit konkreten Zahlen ausgestattet wurde, hatte eine unglückliche Wirkung. Die 226 Milliarden geforderten Goldmark hatte der Reichsaußenminister am Ende auf 30 noch zu bezahlende Goldmarkmilliarden heruntergerechnet – ein Vorgang, der realistisch gesehen von Anfang an, mit oder ohne einem Verzicht auf die Einwohnerwehr, keine diplomatischen Erfolgsaussichten hatte. Erst jetzt begann die deutsche Regierung erfolgversprechendere Gegenvorschläge zu erarbeiten.⁶²⁶ Kahr hatte im Vorfeld die Lage verkannt und wenig Vertrauen zu Simons bewiesen. Der bayerische Ministerpräsident verdächtigte den Reichsaußenminister, obgleich schon dessen niedrige Vorstellungen von einer von Deutschland leistbaren Summe wie eben erwähnt bereits nicht realistisch waren, viel zu nachgiebig zu sein und viel zu viele Zusagen zu machen. Über den Staatsrat Meinel ließ Kahr noch während der Konferenz Bedenken gegen Simons Angebot anbringen. Als aber am 8. März die Nachricht vom Abbruch der Konferenz durch Simons München erreichte, wies Kahr die Einwohnerwehrführer, die ihm wohlgesonnene Presse und einige Versammlungsleiter an, bis auf weiteres Kritik an Simons und das Thema Entwaffnung zu unterlassen, um sich in der Propaganda ganz der Schuldfrage widmen.⁶²⁷ Er schien erleichtert und überrascht vom Reichsaußenminister zu sein.⁶²⁸ Einigkeit mit der Reichsregierung war dennoch nicht gegeben, denn diese bemühte sich in der Folgezeit erneut, nachdem die Entente als Reaktion auf Deutschlands Haltung Duisburg und Düsseldorf besetzt hatte, weitere Sanktionen zu verhindern und das Entwaffnungsgesetz schnell voranzutreiben. Sie betrieb damit doch wieder ein Entgegenkommen, das Kahr ablehnte.

Die Zweifel an der starren Haltung Kahrs wuchsen jedoch über den Eindruck der Besetzung auch in Bayern weiter. Dies galt teils bis in den Führungszirkel der Einwohnerwehr selbst. Durch ein erneutes, hartes Ultimatum der Entente vom 5. Mai 1921 wurden sie nochmals bestärkt. Aus Berlin erfolgte vor diesem Hintergrund ein neues Angebot durch den Reichsminister Koch, der nach wie vor eine Reizfigur für Kahr darstellte.⁶²⁹ Eine Frist für die Entwaffnung bis zum 30. Juni und der Verzicht auf ein tatsächliches Verbot wurden in Aussicht gestellt, wenn sich die Einwohnerwehr selbst auflöse.⁶³⁰ Die Reichsregierung sah hier einen Ausweg, um nicht mit eigenen

⁶²⁶ Vgl. Büttner, Weimar, S. 155.

⁶²⁷ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 842f.

⁶²⁸ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 105.

⁶²⁹ Der Gesandte Preger berichtete Kahr zu dieser Zeit über eine angebliche Aussage Kochs, dass Kahr politische Gespräche nicht richtig zu bewerten wisse. Kahr kommentierte in seinem Tagebuch: „Das ist schon die höhere preußische Unverschämtheit!“ Koch, dem Kahr in diesem Zug seine jüdische Abstammung ankreidete, betreibe „Berliner Judendiplomatie.“ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 110.

⁶³⁰ Vgl. Fenske, Konservatismus, S. 106.

Machtmitteln, deren Möglichkeiten für Bayern ja sowieso fraglich waren, für die Auflösung sorgen zu müssen. Kahr jedoch lehnte erneut ab. Noch einmal begab er sich nach Berlin, allerdings ohne realistische Chance auf Erfolge.⁶³¹ Zu konstruktiven Gesprächen - unter anderem hatte Hamm⁶³² einen Dialog mit der SPD Fraktion angeregt - war er nicht mehr bereit. Stattdessen mühte er sich, die BVP Vertreter in Berlin davon abzuhalten, in die laufende Regierungsbildung einzugreifen und sich am Kabinett zu beteiligen. Auch eine realistisch im Raum schwebende Reichskanzlerschaft des BVP Mannes Mayer, des deutschen Botschafters in Paris, bekämpfte er energisch. Dies sei für einen BVP-Vertreter in diesen Tagen undenkbar.⁶³³ Der Hintergrund war eindeutig: Kahr wollte trotz immer aussichtsloserer Lage mit aller Macht für eine Aufrechterhaltung einer klaren Frontlinie zwischen Bayern und Berlin sorgen. Er wollte verhindern, dass die BVP durch eine Regierungsbeteiligung im Reich und die damit verbundene Verantwortung zu einem kompromissbereiteren Kurs gezwungen würde. Doch auch wenn es in der Tat zu keinem Eintritt der größten Partei Bayerns in die Reichsregierung kommen sollte, so gelang es Kahr nicht mehr länger die Partei hinter sich zu behalten.

Der Umschwung in der bayerischen Politik kam gegen Kahrs Willen im Mai 1921, als die wachsenden Bedenken in der BVP sich in einer Rede Georg Heims endgültig⁶³⁴ manifestierten. Während der Bauernführer noch zu Beginn der Amtszeit Kahrs die Einwohnerwehr auf das Entschiedenste öffentlich propagierte,⁶³⁵ setzte er nun einen neuen Kurs fest. Am 10. Mai, zeitgleich zum Antritt der Regierung Wirth in Berlin, äußerte Heim, dass die Konsolidierung für Bayern ausreichend fortgeschritten sei, um an den Abbau der Einwohnerwehr zu denken, und beendete damit die strikte Unterstützung Kahrs.⁶³⁶ Heim sah ein, was schon längst unvermeidbar gewesen war. Kahr war

⁶³¹ Laut Karl Schwend hatte Kahr auf dieser Berlinreise am 6.5.1920 die innere Einsicht erlangt, dass die Sache verloren war. Vgl. Schwend, Bayern, S. 169.

⁶³² Kahr war äußerst misstrauisch darüber, dass Hamm ihn auf der Fahrt nach Berlin begleitete. In seinem Tagebuch schrieb er: „Der Mann könnte einen zur Verzweiflung bringen.“ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 201.

⁶³³ Vgl. Kahrs, Lebenserinnerungen, S. 864f.. Vgl. ferner Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 176. Mayer, so Kahr, sei ein „unverbesserlicher Optimist“. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 198. Als Mayer im Mai 1921 immer noch Anstalten machte, die Kanzlerschaft zu übernehmen, stellte Kahr fest: „Solche Eitelkeit ist nicht mehr normal.“ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 235.

⁶³⁴ Auch der BVP-Reichstagsfraktionsvorsitzende Johann Leicht hatte dem neuen Reichskanzler Wirth im Vorfeld zugesichert, dass seine Partei am Ende die Entwaffnung und somit die Reichsregierung in Bayern unterstützen wolle, auch wenn man aus politischen Gründen anders abstimmen müsse. Vgl. Maga, Leicht, S. 96.

⁶³⁵ Georg Heim hatte die Wehren im Laufe der Monate sogar auf teils chaotischen, von Arbeitern gesprengten Kundgebungen verteidigt, ohne sich vom Tumult im Saal beeindrucken zu lassen. Vgl. Niederschrift der Versammlung des „Bürgerblocks Regensburg“ am 13.4.1920 in Regensburg, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2516.

⁶³⁶ Wörtlich äußerte Heim im Reichstag, nachdem er den Charakter der Einwohnerwehr als Übergangerscheinung betont hatte: „Die erfreulichen Anzeichen der Wiedergesundung in unserem Heimatland (...) ermutigen uns, die Hoffnung auszusprechen, dass an den Abbau der bewaffneten Selbstschutzorganisation gedacht werden kann. (...) Wir hoffen, dass diese unsere Erklärung den Geist der Versöhnung jenseits der

„erschrocken.“⁶³⁷ In seinen Augen war es dieser offene Bruch des mächtigen Heim, der der Einwohnerwehr den „Todesstoß“⁶³⁸ versetzte, vor allem da Heim im Vorfeld ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden sei, dass er sich mit seiner geplanten Rede gegen die Haltung des Ministerpräsidenten stelle. Im Fazit Kahrs trug fortan das wankelmütige Verhalten Heims die Schuld am Scheitern seiner Politik. In Wahrheit aber dürften nicht Wankelmut, sondern sehr ruhige und pragmatische Überlegungen über die Prioritätensetzungen bayerischer Politik den Bauernführer dazu bewogen haben, dem von Kahr fanatisch geführten Kampf Einhalt zu gebieten. Heim hatte sich bereits im Vorfeld Gedanken über den Sinn einer Fortführung des Einwohnerwehrstreites gemacht. Hierbei kam deutlich der Unterschied zwischen Kahrs klarer ordnungspolitischer Prioritätensetzung und Heims wirtschaftlicher Orientierung zu tragen.⁶³⁹ Schon am 19. März vertraute Heim Schweyer an, dass er sich im Falle einer Abtrennung Bayerns von der Kohlezufuhr im Zuge einer weiteren Eskalation des Konflikts mit starken Bedenken trage. Dies brächte laut Heim „furchtbare Folgen für unseren Verkehr, für unsere Industrie und die Stimmung wird rasch umschlagen, wenn Arbeitslosigkeit die Leute zum Äußersten treibt. (...) Die Einwohnerwehren könnten sich eine losere Fassung geben, irgendeine Geste ist notwendig.“⁶⁴⁰ In der Tat wurde eine solche Geste, und zwar in Form einer zumindest scheinbaren Entwaffnung der Einwohnerwehren, in den Tagen darauf auch mit Kahr diskutiert und später auch umgesetzt. Dies geschah, obwohl Kahr die größten Probleme damit hatte, gegenüber der Reichsregierung einzuknicken, auch wenn die Waffen de facto nicht vernichtet, sondern nur versteckt werden würden.⁶⁴¹ Es zeigte sich, wie zeitgenössisch schon Kanzler festgestellt hat, dass Kahr alleine nicht die Kraft aufbringen konnte, sich kompromisslos gegen die Regierungspartei zu stellen.⁶⁴² Ohne einen gesunden Rückhalt in den führenden Kräften der politischen Landschaft Bayerns, so musste der „unpolitische“ Ministerpräsident nun feststellen, stand er auf verlorenem Posten.

Kahr war durch den Umschwung und die daraus resultierende Isolation seiner Politik schwer enttäuscht. In einem letzten Aufbäumen versuchte er, vor allem unterstützt von der Bayerischen Mittelpartei um deren Anführer Hilpert, zu erreichen, dass die scheinbare

Grenzen, den Geist der Einigkeit innerhalb des deutschen Vaterlandes fördert.“ Verhandlungen des Reichstags, 103. Sitzung vom 10. 5.1921.

⁶³⁷ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 207.

⁶³⁸ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 868.

⁶³⁹ Dieses Unterschieds war sich auch Kahr bewusst. Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 247.

⁶⁴⁰ Heim an Schweyer am 19.3.1921, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2516.

⁶⁴¹ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 218ff.

⁶⁴² Vgl. Kanzler, Kampf, S. 116.

Entwaffnung das maximale Zugeständnis sei und zumindest die organisatorische Auflösung der Wehren verhindert werden könne.⁶⁴³ Dass er nach wie vor ganz auf Seiten der Wehren stand, zeigte sich in seiner sofortigen Kontaktaufnahme mit der Landesleitung nach den Berliner Geschehnissen. Man habe ihn „gewaltsam“⁶⁴⁴ in diese Situation gestellt, so betonte er später. Dennoch musste er einsehen, dass die Einwohnerwehr nicht mehr zu halten war.⁶⁴⁵ Dem Umschwung in der bayerischen Politik folgte in überraschend rascher Abfolge auch das tatsächliche Ende der Einwohnerwehr in ihrer bestehenden Form. Zwar herrschte auf der entscheidenden Hauptleute Versammlung am 30. Mai im Münchner Hackerbräu unter den Führungskreisen noch höchste Erregung. Am Ende dieser Zusammenkunft stand jedoch ein Aufruf an die Mitglieder der Einwohnerwehr, der die freiwillige Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehr anordnete.⁶⁴⁶ Dass diese Entwaffnung „freiwillig“ zu geschehen hatte, hat mit einem – zugegeben fragwürdigen – Versuch zu tun, erhobenen Hauptes das Feld zu räumen. Die inneren Gemütshaltungen Kahrs und der Einwohnerwehrführung hatten jedoch mit „Freiwilligkeit“ dementsprechend nichts zu tun, schließlich war es nur Wochen her, dass Kahr dem Reichsvizekanzler trotzig versicherte, die Einwohnerwehr werde sich angesichts der roten Aufstände Mitteldeutschlands sicher nicht freiwillig entwaffnen.⁶⁴⁷ Nun aber sah sich Kahr gezwungen, zum einen den Anschein zu vermeiden, als würde er Befehle aus Berlin umsetzen, zum anderen nicht selbst in den Ruf des Entwaffnenden zu kommen. Es stand für ihn daher „grundsätzlich fest, dass die bayerische Regierung unter keinen Umständen einen Befehl zur Abgabe der Waffen oder zur Auflösung der Einwohnerwehr erlassen dürfe.“⁶⁴⁸ Die Sache sollte als die freie Entscheidung der Einwohnerwehr erscheinen. Ebenso sei ein Vorgehen der bayerischen Polizei in der Sache nicht denkbar. Die Selbstentwaffnung sollte nur unter großen Widerständen ablaufen können.⁶⁴⁹ Die Verantwortung sollte, wie in der Folgezeit die bayerische Propaganda kundtat, beim Reich liegen. So erklärte Escherich im Moment seines Rücktritts als Landeshauptmann: „Die Reichsregierung trägt vor dem deutschen

⁶⁴³ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 261ff.

⁶⁴⁴ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 869.

⁶⁴⁵ Währenddessen habe sich Escherich laut Kahr noch unbeirrt optimistisch gezeigt. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 869.

⁶⁴⁶ Vgl. Kanzler, Kampf, S. 116f.

⁶⁴⁷ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 853.

⁶⁴⁸ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 871.

⁶⁴⁹ So geißelte auch noch nach vollendeten Tatsachen das Blatt der Einwohnerwehr „Heimatland“ im Gegensatz zu vielen der Regierung nahestehenden Blättern den Anstrich der Freiwilligkeit als „wachsweiches, rührseeliges Gewäsch.“ Zit. bei Kanzler, Kampf, S. 120.

Volke und vor der Geschichte die Verantwortung.“⁶⁵⁰ Die Reichsregierung aber gab sich am Ende selbst damit zufrieden, dies auf sich zu nehmen. Mehr noch: Die Reichsregierung war darüber informiert, dass die Entwaffnung in Bayern nur zum Schein geplant war, und darüber hinaus bereit, sich an den Kosten dafür und für die Schaffung einer Ersatzorganisation zu beteiligen. Schon Mitte Mai war Escherich in diesem Sinne nach Berlin zu Reichskanzler Wirth gereist.⁶⁵¹ Berlins definitive Zusage zu diesem Deal erreichte Kahr am Abend des 30.5.1921.⁶⁵² Für Kahr aber bedeutete diese Situation trotz alledem in erster Hinsicht einen großen Karriereknick, vor allem was seine Wahrnehmung in der Öffentlichkeit betraf. „Diese Aktion ist meinerseits eine Kapitulation“⁶⁵³, so schrieb er resigniert in sein Tagebuch. Der große Kämpfer für die Sache Bayerns war fortan mit dem Makel des Scheiterns behaftet, die Ordnungszelle hatte ihr wichtigstes Propagandamittel verloren und auch die Basis Kahrs in ihrer so glänzend durchorganisierten Form, wie sie als Einwohnerwehr den Ministerpräsidenten jenseits der Parteistrukturen unterstützt hatte, war weg. Kahr hatte in der Sache verloren, mit der er nach eigener Aussage stehen oder fallen wollte.

3.3.3.3. Nach dem Ende der Einwohnerwehr

In Stunden der Niederlage hatte der sonst so publikumswirksame Kahr, so lässt sich noch öfter in seiner Biographie erkennen, niemals das Bedürfnis, sich der Öffentlichkeit zu stellen. Das Gegenteil war der Fall: Er pflegte sich zurückzuziehen, so gut er nur konnte, um sich angenehmeren Dingen zuzuwenden. So kam es auch am 1. Juni 1921, dem Tag der von Escherich befohlenen Selbstentwaffnung der Einwohnerwehr. Kahr hatte kurzfristig eine Einladung nach Bremen angenommen, die ihm Gelegenheit gab, den Gedanken an das Ende „seiner“ Einwohnerwehr zu verdrängen. In Begleitung seines Mitarbeiters Baron Freiberg taufte er ein neues Überseeschiff, die „Bayern“, und hielt anschließend eine Rede vor den als kommunistisch verrufenen Arbeitern der Vulkanwerft. Solche Versuche zur Bekehrung der Arbeiterschaft hin zum vaterländischen Geist hatten ihn schon in besseren Tagen stets besonders gereizt. Es folgten Empfang im Rathaus, festliche Tafel und zahlreiche Sympathiebekundungen für Kahr, bevor er

⁶⁵⁰ Zit. bei Nusser, Wehrverbände, S. 210.

⁶⁵¹ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 238.

⁶⁵² Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 307.

⁶⁵³ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 270.

deutlich aufgeheitert die Heimreise nach Bayern antrat.⁶⁵⁴ Die Verhandlungen zu der auf die Entwaffnung folgenden Selbstaflösung der Einwohnerwehr als Organisation, die zum 30. Juni vollzogen werden sollte, hatte Kahr sowieso seinem Stellvertreter Matt überlassen.⁶⁵⁵

Wollte Kahr also einen Strich unter die Einwohnerwehr ziehen und sich neuen Gedanken zuwenden? Nein! Wer aus Kahrs „Flucht“ nach Bremen den Schluss ziehen würde, Kahr hätte resigniert und diese für ihn persönlich herbe Niederlage auch nur eine Minute als das tatsächliche Ende des bewaffneten Selbstschutzes in Bayern betrachtet, der befindet sich im Irrtum. Kahr war nach wie vor von der Richtigkeit seiner Ziele überzeugt. Nach wie vor wähnte er die bayerische Bevölkerung hinter sich.⁶⁵⁶ Die BVP, für deren Propaganda das Ende der Wehren ebenfalls einen Schlag darstellte, fand Kahr laut seinen Lebenserinnerungen bei seiner Rückkehr – und wohl zu seiner Freude - in äußerst kleinlauter Verfassung vor.⁶⁵⁷ Vor der Landesleitung der bayerischen Mehrheitspartei sicherte der Ministerpräsident bereits am 4. Juni zu, „dass die Widerstandskraft Bayerns nach innen und außen nicht geschwächt werde.“ Sogar einige versöhnliche Worte des Dankes für die Zeiten der „vaterländischen Haltung“ der BVP richtete Kahr an die Parteiführung.⁶⁵⁸ Auch in der Sorge, dass er nun öffentlich als Verlierer dastehe, beruhigte sich Kahr. Er verlangte von den Abgeordneten der BVP, nun erst recht auf keinen Fall zuzugestehen, dass die Einwohnerwehr nicht mehr nötig sei, sondern im Gegenteil überall der Reichsregierung, dem Reichstag und der Entente die Schuld an diesem Verlust zuzuschieben. „Man solle die Leute nur schimpfen lassen.“⁶⁵⁹ Seinen Worten ließ Kahr Taten folgen: Noch am selben Tag versammelte er führende Köpfe der Einwohnerwehr, neben Escherich auch dessen Rechtsanwalt und engen Mitarbeiter Dr. Adolf Müller, in der Kreisregierung, um das weitere Vorgehen zu planen. Vor allem auf Müller kamen in

⁶⁵⁴ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 892f. Als Patengeschenk stiftete Kahr ein Gemälde des Untersberg bei Berchtesgaden, das im Schiff aufgehängt wurde. Vgl. Hamburg-Amerika-Linie an Kahr am 6.1.1922, BayHStA, NL Kahr 17.

⁶⁵⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 4.6.1921, BayHStA, MA 99516.

⁶⁵⁶ Nicht ohne Genugtuung nahm Kahr zur Kenntnis, dass sich Anfang Juni 1921 eine Wallfahrt von 2500 Frauen nach Altötting aufgemacht hatte, um vor der Mutter Gottes um Hilfe für den Ministerpräsidenten zu beten. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 877

⁶⁵⁷ Die BVP-Landtagsfraktion hatte sich bereits zuvor, nämlich nur einen Tag nachdem Heim seine Rede im Reichstag gehalten hatte und Kahr zur Aussprache in die Sitzung der Landtagsfraktion gekommen war, äußerst eingeschüchtert gezeigt. Der Ministerpräsident malte den Parlamentariern dabei die propagandistischen Folgen des Verhaltens der Partei aus und übte sich in offener Schelte. Man habe Heim eventuell auch missverstanden, so distanzierten sich darauf beispielsweise Stang und Speck sehr schnell von ihren Kollegen in der Reichstagsfraktion. Vgl. Kraupa, BVP-Fraktion, S. 86.

⁶⁵⁸ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 893f.. Freilich blieben insgesamt große Spannungen zwischen Kahr und BVP bestehen, wie der österreichische Gesandte im August nach Wien berichtete. Vgl. Weigl, Bayernbild, S. 208.

⁶⁵⁹ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 320.

der nächsten Zeit wichtige Aufgaben zu. Kahr bezeichnete ihn als „die Seele“⁶⁶⁰ der Aktion, die unter dem Codenamen „die Geste“ unter vollem Wissen und Betreiben des Ministerpräsidenten von statten gehen sollte. Die schon im Mai getroffenen Überlegungen, die Waffen unter stiller Protektion der Reichsregierung nur zum Schein abzuliefern, galt es nun umzusetzen. Schon von Beginn an stand der Plan fest. Man könne „durch die Ablieferung von Schrott den guten Willen Bayerns dokumentieren.“⁶⁶¹ So sei sicherzustellen, dass es bei einem rein formalen Ende bleibe, faktisch aber alles im Stillen weitergehe. Wichtigste Aufgabe war es zunächst, die Vernichtung der Waffen zu verhindern. In seinen Erinnerungen beschreibt Kahr das Vorgehen in aller Offenheit: Die Waffen wurden demnach eingesammelt, zu einem Hochofen nach Amberg gebracht, jedoch unmittelbar vor der Vernichtung heimlich durch allerhand Schrott ersetzt. Während das geschmolzene Altmetall der Entente als Beleg für die Vernichtung der Waffen vorgeführt wurde, fanden die Waffen in Wahrheit bei Nacht und Nebel ihren Weg in allerlei Verstecke.⁶⁶² Wenn sich Kahr hier im Rückblick mit seinem Aktion zur Erhaltung der Waffen brüstete, stellte nicht zum einzigen Mal unter Beweis, dass er von einem legalen Ablauf der Dinge in Bayern wenig hielt. Das gilt auch, wenn betont werden muss, dass die Reichsregierung dieses Vorgehen nach Monaten des Streits nun duldete. Nach Kahr war nur ein kleiner Personenkreis, nicht einmal der vollständige Ministerrat in diese Aktion eingeweiht.⁶⁶³ Immerhin Minister Matt, mit dem Kahr persönlich befreundet war,⁶⁶⁴ wurde über den Verlauf der Entwaffnung unterrichtet, ebenso BVP Fraktionschef Held.⁶⁶⁵ Die Führer der Einwohnerwehr wurden dagegen auf breiter Basis mit entsprechenden Instruktionen versehen.⁶⁶⁶ Das Vertrauen Gustav von Kahrs lag also mehr bei seinen vaterländischen Weggefährten, als bei seinem Ministerrat. „Will einer

⁶⁶⁰ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 895.

⁶⁶¹ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 218.

⁶⁶² Wörtlich beschrieb Kahr: „In München aber mussten alle Vorbereitungen getroffen werden für eine allenfallsige Bereitstellung von Waffen, ihren Transport zum Schmelzofen in Amberg, ihren Rücktransport nach Ersatz durch angekauften Schrott. Das musste in aller Stille, von durchaus verlässigen Personen geschehen, denen anstrengender Nachtdienst bevorstand. Wir haben ja gottlob in der Einwohnerwehr eine Anzahl solcher für vaterländische Aufgaben immer bereiter jüngerer Kriegsteilnehmer zur Verfügung. Diese Vorbereitungen hatten sich auf verschiedene Möglichkeiten derart einzustellen, dass man auf meine Weisung hin nur auf den Knopf drücken brauchte und die Maschine war in Gang.“ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 882. Vgl. ferner Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 71ff.

⁶⁶³ Kahr leitete erst am 13.6.1921, also lange nach dem Anlauf der Aktion „Geste“, wieder eine Ministerratssitzung, auf der laut Protokoll nichts dergleichen verhandelt wurde. Kahr blieb zuvor, als er mit Müller und den Einwohnerwehrführern die Aktion besprach, der am selben Tag stattfindenden und einzigen Ministerratssitzung im relevanten Zeitraum fern. Er ließ die Sitzung vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Matt leiten. Vgl. Ministerratssitzung vom 4.6.1921, BayHStA, MA 99516.

⁶⁶⁴ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1311.

⁶⁶⁵ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 33.

⁶⁶⁶ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 885.

Selt'nes wagen, was nützt' es andere fragen?“⁶⁶⁷ kommentierte er sein Vorgehen. Ende Juni zeigt sich Kahr in seinem Tagebuch zufrieden und amüsiert über die erfolgreiche Vortäuschung der Waffenvernichtung: „Die Entwaffnungsaktion geht – wie es heißt – gut vonstatten. Die angemeldeten Maschinengewehre der Einwohnerwehr, an Zahl 2600, wurden abgeliefert, von der Entente kontrolliert, dann vernichtet und aufs Neue sorgfältig untergebracht, ebenso 240000 Gewehre. So ein Märchen. Was die Leute nicht alles wissen wollen...“⁶⁶⁸

Nachdem der Erhalt der Waffen eingeleitet war, ging Kahr sein nächstes Ziel an, nämlich den Erhalt der Organisationsstrukturen. Anfang Juni schwebten ihm hier zwei Nachfolgeorganisationen vor, die das Erbe der Einwohnerwehr antreten sollten: Eine Organisation „Weiß-blau“ sollte zuverlässige Wehrmänner unter einheitlichem Kommando zusammengefasst halten und so das militärische Potential der Einwohnerwehr erhalten, während eine zweite Gruppierung namens „Bayerntreue“ sich um die Weiterverbreitung des Gedankenguts der bayerischen Einwohnerwehr bemühen sollte. Für die Leitung ersterer Organisation war Sanitätsrat Pittinger vorgesehen, der spätere Führer des „Bundes Bayern und Reich“. Mit ihm und Adolf Müller besprach Kahr im Juli ausführlich die „in Antrieb gesetzte, geheime Organisation zum Schutz des Landes und Volkes.“⁶⁶⁹ Der bisherige Führer der Einwohnerwehren, Escherich, aber zog sich für einige Zeit⁶⁷⁰ ins Privatleben nach Isen zurück. Kahr hatte Escherich zwar in seinem Tagebuch bis in den Mai 1921 verteidigt,⁶⁷¹ obwohl er schon seit Januar eine schwindende Autorität des Landeshauptmanns festgestellt hatte.⁶⁷² Nun wechselte Kahr jedoch recht zügig auf die Seite der zukunftsträgigeren Gegner Escherichs. Bereits am 4. Juni konnte Kahr nach einer Besprechung mit Pöhner dem Ende der alten Einwohnerwehr Escherichs positive Seiten abgewinnen. „Das alte stürze und neues, besseres, gesünderes müsse an seine Stelle treten“⁶⁷³, so Kahr in seinem Tagebuch. In den Jahre später überarbeiteten Lebenserinnerungen ist der Rückblick auf Escherich schließlich ganz in diesem Sinn gehalten: In den letzten kritischen Zeiten habe sich Pittinger als souverän bewiesen, während Escherich sich als wankelmütig und

⁶⁶⁷ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 883.

⁶⁶⁸ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 363.

⁶⁶⁹ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 15.

⁶⁷⁰ Erst 1928 trat Escherich wieder als Leiter einer Selbstschutzorganisation, des „Bayerischen Heimatschutz“ hervor. Vgl. Stäbler, Heimatschutz, online.

⁶⁷¹ „Es geht viel bösesartiges Geschwätz um, unter anderem auch, dass zwischen Escherich und mir eine Verstimmung bestehe. Davon kann keine Rede sein.“ Es bestehe eine „Freundschaft, die in schwerster Not geboren worden ist.“ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 279.

⁶⁷² Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 14.

⁶⁷³ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 325.

„nervenkrank“⁶⁷⁴ herausgestellt habe. An der bayerischen Sache habe Escherich in Augen Kahrs kein Interesse mehr. Von einem größeren Machtkampf Escherich-Pittinger, den Kahr hätte entscheiden müssen, ist dabei allerdings zunächst nicht auszugehen.⁶⁷⁵ Der Neuanfang, so lässt sich schließlich bilanzieren, sollte nun auch als Chance für personelle Umbauten in der Leitung der Verbände genutzt werden.

In der Tat gelang es Kahr, die Minimalziele, die er sich angesichts seines vergeblichen Kampfes um den Erhalt der Einwohnerwehr gesteckt hatte, zu erreichen. Die „Geste“ wurde erfolgreich in die Tat umgesetzt und die Öffentlichkeit im großen Stil hinters Licht geführt. Statt der Waffen der Einwohnerwehr wurde nur im letzten Moment dagegen eingetauschter Schrott eingeschmolzen, was Kahr in seinen Erinnerungen geradezu euphorisch feierte.⁶⁷⁶ Die Täuschung der Entente und die Anlage geheimer Waffenlager blieb weit über Kahrs Ministerpräsidentenzeit hinaus eine weitestgehend anerkannte, gemeinschaftliche Aufgabe Bayerns, die nicht nur von den engeren Kreisen der Wehrverbände, sondern auch von der BVP unterstützt wurde. So schrieb das Heim-nahe Organ der Partei im Oktober 1922: „Kürzlich ging die Meldung durch die Presse, dass in Altötting zwei Offiziere der Ententekommission erschienen seien, die, im Besitze eines genauen Situationsplanes, aus einem Versteck 100 Gewehre heraus beschlagnahmt hätten. (...) Irgendein trauriger Lump hatte um Judaslohn den Ententeoffizieren den Situationsplan in die Hände gespielt. Doch nun hat die Angelegenheit eine heitere Wendung genommen: Die Waffen wurden der Ententekommission gestohlen und sind spurlos verschwunden. Die langen Gesichter der Ententeoffiziere muss man sich vorstellen können.“⁶⁷⁷ Die Botschaft dieser Zeilen war klar: Das Verbergen der Waffen und die Verschwiegenheit gegenüber jeder Kontrollinstanz war bayerische Bürgerpflicht und sollte es auch bleiben. Als sich General Nollet im Namen der Entente über mangelnden Geleitschutz der Kommission durch die bayerische Polizei beschwerte, ja ihr sogar die Schuld an Übergriffen gab, wies der Ministerrat die Vorwürfe entschieden zurück. Die bayerische Polizei habe die Entwaffnungskommissare der Entente schließlich gewarnt, dass sie sich in Gefahr begeben würden.⁶⁷⁸ Ein Entschuldigungsschreiben, wie

⁶⁷⁴ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 895

⁶⁷⁵ Vgl. Nusser, Wehrverbände, S. 210.

⁶⁷⁶ So notierte Kahr: „Wer vaterländisch gesinnt ist wird sich darüber freuen, die Feinde des Vaterlandes werden u. mögen sich entrüsten. Es war und bleibt ein Meisterstück deutscher Notwehr, das den ‘Namenlosen’, die es vollbrachten, für alle Zeiten zu Ruhm und Ehre gereicht. Dass die Pfade, die dabei zum Ziele führten, keine geraden sein konnten, ist selbstverständlich, nur ein Pharisäer kann sich daran stoßen. Die Wege, auf denen die Entente ihre hasserfüllten politischen Vorstöße gegen Deutschland unternahm, führten auch alle im weiten Bayern um Recht und Gerechtigkeit herum.“ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 896.

⁶⁷⁷ Bayerischer Kurier Nr. 374 vom 9.10.1922.

⁶⁷⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 27.11.1922, BayHStA, MA 99518.

von der Entente verlangt, lehnte man ebenso ab,⁶⁷⁹ wie die Entfernung der Polizisten aus Ingolstadt und Passau, die laut Entente an Übergriffen auf ihre Kommissare beteiligt waren.⁶⁸⁰ Die Waffenverstecke blieben also ganz im Sinne der Politik Kahrs in Bayern weitestgehend gesellschaftsfähig und bis in die Spitzen der Politik anerkannt.

Auch das zweite Ziel, der Erhalt der Organisationsstrukturen der Einwohnerwehr, schien zunächst zu glücken, auch wenn dies im weiteren Verlauf der Geschichte mit starken Einschränkungen zu bewerten sein wird. Kurz nach der Auflösung der Einwohnerwehr am 27. Juni 1921 begründete der Regensburger Sanitätsrat und ehemalige Einwohnerwehr-Kreishauptmann der Oberpfalz, Georg Pittinger, die „Organisation Pittinger“ als militärische Nachfolgeorganisation der Einwohnerwehr und als Vorläufer des späteren „Bund Bayern und Reich“. Ziel war es, im Geheimen das militärische Reservoir der Einwohnerwehr instand zu halten. Somit rekrutierte sich die Organisation zunächst aus den Landfahnen der Einwohnerwehr und anderen Freiwilligenverbänden. Ebenso war von Anfang an eine enge Zusammenarbeit mit der Reichswehr gegeben. Die von der Organisation Pittinger geworbenen und im Bedarfsfall noch zuwerbenden Einheiten wurden ihr, genauer dem bayerischen Landeskommandanten, unterstellt. Rechtsanwalt Adolf Müller, der Koordinator der Geste, der die unzähligen illegalen Waffen innerhalb Bayerns zu verschieben hatte, wurde als Geschäftsführer und Referent für Rechts- und Finanzfragen berufen. Auch andere Funktionsträger der Einwohnerwehr fanden sich umgehend nach deren Ende im Führungszirkel um Pittinger wieder zusammen. Das Vermögen der Einwohnerwehr wurde auf dunklen Pfaden, wahrscheinlich von demselben Müller, ebenfalls zu Pittinger überführt. Horst Nusser schätzt die Summe auf 10 Millionen Mark, die er anhand einiger dubioser Immobiliengeschäfte Pittingers und seiner Organisation bestätigt sieht.⁶⁸¹ Auch die abgemachten, geheimen Zahlungen der Reichsregierung fielen erfreulich aus. Am 4. Juni hatte Kahr in einem privaten Schreiben Reichskanzler Wirth aufgefordert, 15-20 Millionen Mark zu überweisen.⁶⁸² Müller machte sich zu geheimen Verhandlungen mit Reichskanzler Wirth nach Berlin auf.⁶⁸³ Am 30. Juni stellt Kahr zufrieden in seinem Tagebuch fest: „Es stehen mir nun persönlich für die bayerische ‘Entwaffnungs- und Auflösungsaktion’ 25 Millionen Mark zu Verfügung; außerdem für die Weiterbezahlung

⁶⁷⁹ Vgl. Ministerratssitzung vom 4.12.1922, BayHStA, MA 99518.

⁶⁸⁰ Vgl. Ministerratssitzung vom 23.12.1922, BayHStA, MA 99518.

⁶⁸¹ Nusser, Wehrverbände, S. 215f.

⁶⁸² Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 325.

⁶⁸³ Vgl. Hörster, Wirth, S. 125.

von Angestellten der Einwohnerwehr 3 Millionen und für die im Frühjahr 1919 (Schreibfehler, meint Frühjahr 1920. Anm. d. Verf.) auf das Aufgebot der Einwohnerwehr anlässlich des Kapp Putsches erwachsenen Kosten bis zur Höhe von 5 Millionen. Der Reichskanzler ist Bayern gegenüber weich geworden!⁶⁸⁴ Später sollte Wirth Berichte erhalten, in welche undurchsichtigen Kanäle dieses Geld schließlich floss, und sein Entgegenkommen bereuen.⁶⁸⁵ Die einzelnen Mitarbeiter aus dem großzügig besetzten Stab der Einwohnerwehr jedoch konnten sich in jedem Fall auf die Solidarität der Regierung Kahr verlassen. Der Ministerrat beschloss zusätzlich, ihnen ein Überbrückungsgeld zukommen zu lassen.⁶⁸⁶ Die ehemaligen Kader der Einwohnerwehr – und ihr Wohlwollen - waren damit für das erste abgesichert. Die Verbindung zur bayerischen Regierung blieb erhalten. Sie schuf im August 1921 Regelungen für eine „Notpolizei“, wonach – wohl bewusst schwammig formuliert – der bayerische Staat im Notfall auf die „Hilfe der Allgemeinheit“⁶⁸⁷ zurückgreifen konnte. Damit waren in Wahrheit natürlich die nun verdeckten Verbände der Einwohnerwehr gemeint. Förmlich legalisiert wurde Pittingers Organisation erst 1922. Für ein Jahr lang wurde also die Einwohnerwehr illegal mit bestem Wissen des Ministerpräsidenten Kahr am Leben gehalten. Ein Werk, für das Kahr ausdrücklich die Urhebererschaft beanspruchte.⁶⁸⁸ Illegale, paramilitärische Aktivitäten wurden so erneut bayerische Staatsraison.

Für Kahr selbst blieb die Niederlage des Mai 1921 langfristig trotzdem ein Schlag. Karl Schwend, der damaligen Leiter der BVP-Correspondenz, betonte, dass sich innerhalb der BVP, die ihrem Ministerpräsidenten soweit gefolgt war und am Ende mit ihm im Regen stand, „schwere Zweifel an seinen staatsmännischen Eigenschaften“⁶⁸⁹ einstellten. Auch Sommer spricht von einer Erschütterung der BVP, weniger weil die Partei noch allzu stark an der Einwohnerwehr gehangen habe (das tat laut Sommer am Ende nur noch die BMP), sondern weil man erkennen musste, dass man sich mit Kahr auf einen Konfrontationskurs begeben hatte, den man nun nicht mehr so einfach verlassen konnte. Auch die radikalen Kräfte, mit denen man im Bündnis stand, wurden der BVP und ihrem Fraktionsvorsitzenden Held während der Einwohnerwehrkrise vor Augen geführt.⁶⁹⁰ Der Rückhalt Kahrs in der stärksten Partei bröckelte. Ein langfristiger Erfolg war Kahrs

⁶⁸⁴ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 375.

⁶⁸⁵ Unter anderem wurde ein Teil der Gelder für die Flucht der Erzbergermörder nach Ungarn eingesetzt. Vgl. Hörster, Wirth, S. 126.

⁶⁸⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 25.6.1921, BayHStA, MA 99516.

⁶⁸⁷ Zit. bei Altendorfer, Schäffer, S. 143.

⁶⁸⁸ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 822.

⁶⁸⁹ Schwend, Bayern, S. 170

⁶⁹⁰ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 133ff.

Rettungsversuchen auch aus einem weiteren Grund nicht beschieden: Auch wenn „Bayern und Reich“ fortan ein wesentlicher Machtfaktor in der Verbändelandschaft blieb, so setzte das Ende der EW doch viel Personal frei, das sich nicht mehr im Einflussbereich Kahrs und Pittingers reorganisierte, sondern sein Glück in der Gründung eigener Verbände suchte, die sich beinahe wie in einem Wettbewerb auch programmatisch in deutlich radikalere Richtungen entwickeln konnten.⁶⁹¹ Die Zersplitterung der Verbändelandschaft, die sich bis zum Hitlerputsch zu einem enormen Problem des bayerischen Staates auswachsen sollte, wird im Hinblick auf die Amtszeit des Ministerpräsidenten Knilling noch ausführliche Behandlung finden.

Fasst man Kahrs Lage im Sommer 1921 zusammen, so kann man also nicht vom totalen Verlust seiner Basis, der Einwohnerwehr, sprechen, da diese lediglich in den Untergrund abwanderte und ihre weitere Entwicklung noch nicht absehbar war. Andererseits sollte die Bewegung nie wieder zu dem gewaltigen, Kahr treu ergebenen Apparat werden, der sie vor Juni 1921 gewesen war. Darüber hinaus war der parlamentarische Rückhalt des Ministerpräsidenten Kahr deutlich geschwächt worden. Die Verehrung, die er im Gegensatz zu den „Parlamentariern“ nach wie vor in den Wählerschichten der BVP genoss, hinderte die Partei jedoch, Konsequenzen zu ziehen. Sie hoffte weiterhin von Kahrs Popularität profitieren zu können. Sie hoffte dies, auch wenn sie erkennen musste, dass sich Kahr mit Pittingers Organisation nun auf noch undurchsichtigere Kreise stützte, als es die Einwohnerwehren schon gewesen waren. In seinen öffentlichen Reden, so etwa anlässlich eines Besuches in seinem ehemaligen Gymnasium in Landshut im Juli 1921, konnte Kahr weiter sich als den leider unterlegenen Streiter für eine gerechte Sache darstellen und den das Volk verbindenden Einwohnerwehrgeist beschwören. Die Entente, die Novemberrevolutionäre und den Parlamentarismus aber verurteilte er mit umso deutlicheren Worten.⁶⁹² Wie Speckner treffend zusammenfasste: „Die Einwohnerwehr war tot. Doch ihr Geist lebte [...] weiter und ... ging um. Und je länger er umging, ein desto böserer Geist wurde er.“⁶⁹³ Mit einigen der Waffen in Eigentum des Freistaates, die die Staatsregierung nun vielen Verbänden auch weiterhin zur treuhänderischen Aufbewahrung im Verborgenen zuschob, vollzog im November 1923 Adolf Hitler seinen Putsch gegen die parlamentarische Regierung.⁶⁹⁴

⁶⁹¹ Vgl. Auerbach, Trommler, S. 75.

⁶⁹² Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 906 ff.

⁶⁹³ Speckner, Ordnungszelle, S. 197.

⁶⁹⁴ Dies gibt Kahr als Generalstaatskommissar am 16.11.1923 in einem Schreiben an Knilling, Matt, Schweyer und Gürtner selbst zu. Vgl. BayHStA, Generalstaatskommissariat, 3.

3.3.3.4. Bewertung der Einwohnerwehr als Beitrag zur Radikalisierung Bayerns

„Dass die gesunde und volkstümliche Heimatschutzbewegung durch eigene Fehler, aber auch durch außenpolitischen Einfluss diese Entwicklung nehmen musste, war für Bayern und seine weitere Zukunft von Nachteil. Hier waren Ansätze für eine bayerische Volksbewegung vorhanden gewesen, die, richtig geführt und in den Grenzen ihres ursprünglichen Wesens gehalten, der bayerischen Sache hätten viel nützen können. Die Zerschlagung der bayerischen Einwohnerwehren begünstigte das Aufkommen jenes bayerischen Verbandswesens, das die bayerische Politik so sehr belasten und viel mehr stören sollte, als es jemals die Einwohnerwehr getan hätte.“⁶⁹⁵ Ein ähnliches Fazit wie hier Karl Schwend zieht auch Speckner. Er stellt Fememorde und politische Radikalisierung der nächsten Zeit als Folge der Auflösung dar.⁶⁹⁶ Ganz von der Hand zu weisen ist diese Auffassung durchaus nicht: Die Einwohnerwehr war eine Massenbewegung, die Kahr und somit der bayerische Ministerpräsident unter Kontrolle hatte. Sie ließ reaktionäre Bestrebungen in einigermaßen geregelten Bahnen verlaufen. Sie band eine große Zahl bayerischer Bürger an die Regierung Kahr und somit an den bayerischen Staat, wenn auch nicht an die Idee der Demokratie. Rudolf Kanzler kommt in seinen Erinnerungen gar zu dem Schluss, die Einwohnerwehren hätten die Basis für eine ruhige Entwicklung des bayerischen Staates gewährt und wären törichterweise von den unfähigen Parteien zerschlagen worden.⁶⁹⁷ In der Tat hat sich das zum Teil aus der Einwohnerwehr hervorgegangene Verbändewesen Bayerns in der Folgezeit radikalisiert und zersplittert, sodass es am Vorabend des Hitlerputsches kaum mehr kontrollierbar war. Doch lässt sich die Einwohnerwehr tatsächlich, gerade aus der Zeit heraus gesehen, so einfach als das kleinere Übel, als das bessere Gegenstück zu dem, was ihr nachfolgen sollte, darstellen? Das wäre wohl zu kurz gedacht.

Was hier verloren ging, war eben nicht dem Staat oder der Verfassung treu ergeben, auch nicht dem Amt des Ministerpräsidenten an sich, sondern nur der Person Kahrs. Die erwähnten Putschangebote an Kahr belegen dies. Die Einwohnerwehrführung mag immer

⁶⁹⁵ Schwend, Bayern, S. 170

⁶⁹⁶ Speckner, Ordnungszelle, S. 199.

⁶⁹⁷ „Dr. Escherich hat den Irrtum begangen zu glauben, die Parteien wären in der Lage richtig zu regieren, nachdem man ihnen im Lande Ruhe und Ordnung hergestellt hatte. Sie haben aber nur eines gekonnt: sich an der Macht zu halten.“ Kanzler, Kampf, S. 126.

wieder ihre verfassungstreue Funktion betont haben, dennoch mochte niemand aus der Führungsriege etwas dagegen unternehmen, dass in den Reihen der Selbstschutzorganisation mancher Sammelpunkt für ausgesprochene Feinde der Verfassung entstand. Die Führung deckte vielmehr die Motivation vieler ihrer Mitglieder und bremste im vertraulichen Gesprächen allzu waghalsige Pläne ein. An die Möglichkeit einer scharfen Distanzierung gegenüber illegalen Handlungen wurde jedoch nie gedacht. Ein interner Kenner der Orgesch schrieb hierzu in seiner Escherich sehr wohlgesonnenen, zeitgenössischen Betrachtung: „Der Orgeschmann, der behaupten wollte, dass alle Orgeschleute von allem Anfang an nur unschuldsvolle Engel gewesen seien, die sich niemals mit etwas anderem beschäftigten als mit dem Spenden von streng verfassungsmäßigem Manna, wäre entweder recht unwissend oder nicht sehr klug und ehrlich. Nein, es war durchaus nicht alles engelhaft. In jenen allerersten Orgeschzeiten sind sicher oft Männer nach München gefahren, die mit Vergnügen dazu bereit gewesen wären, auf die ganze Verfassung zu pfeifen, wenn sie es nur gekonnt hätten. Sicher ist so manches Plänchen ausgeheckt worden, bald in diesem, bald in jenem Winkel, das wirklich das Licht der Öffentlichkeit nicht gut vertragen hätte; von Männern, die später zu ihrem eigenen und der Allgemeinheit Vorteil Mitglieder der Orgesch wurden und sich ihren klaren Satzungen und ihrer straffen Disziplin fügten.“⁶⁹⁸

Auch die Organisationsweise, immer am Rande des Legalen und oft einen Schritt darüber hinaus, war in keiner Weise dazu geeignet, einen funktionierenden Rechtsstaat mit klaren Gewalten aufzubauen. Hier ist Horst Nusser insofern Recht zu geben, als er dem Ansatz Schwends den Vorwurf macht, diese Hintergründe der Einwohnerwehr gänzlich außer Acht gelassen zu haben.⁶⁹⁹ Denn die Ruhe und Ordnung, die die Einwohnerwehr brachte, galt sehr wohl für das Weltbild Kahrs, Escherichs oder Kanzlers.⁷⁰⁰ Diese Ruhe und Ordnung galt aber nicht für diejenigen, die dem Einwohnerwehrwesen kritisch gegenüberstanden. Schlimmer noch: Hatte sich ein bayerischer Bürger zu entscheiden, wem er näher stehe, der Einwohnerwehr oder dem im Reich geltenden Recht und Gesetz, so konnte er, entschied er sich für Recht und Gesetz, seines Lebens nicht mehr sicher sein. In das dunkle Kapitel der Fememorde, die Ulrike Claudia Hoffmann in ihrem Werk beschreibt, war die Einwohnerwehr nachweislich stark verwickelt. Die Landesleitung wusste von dem Vorgehen und deckte es. Als die einfache Dienstmagd Maria Sandmayer

⁶⁹⁸ Rosen, Orgesch, S. 26f

⁶⁹⁹ Vgl. Nusser, Wehrverbände, S. 207.

⁷⁰⁰ So beschreibt Kahr immer wieder verückt, wie er von Reisenden Lob für eben diese Ruhe, Ordnung und Sauberkeit in der Landeshauptstadt München erhält. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 910.

den Verrat eines Waffenverstecks der Einwohnerwehr mit dem Tode büßen musste und ihre Leiche mit einem Zettel mit der Aufschrift „Du Schandweib hast verraten dein Vaterland, du wurdest gerichtet von der Schwarzen Hand“ im Forstenrieder Park gefunden wurde, besorgte die Landesleitung der Einwohnerwehr dem Mörder das Fluchtauto. In zwei Mordfällen besteht Grund zur Annahme, dass die Morde sogar von der Wirtschaftsstelle der Einwohnerwehr, namentlich von deren Leiter Otto Braun, in Auftrag gegeben worden sind. Die Einwohnerwehr war also einerseits mit staatlichen Privilegien und Geldern ausgestattet und sogar mit polizeilichen Kompetenzen betraut, andererseits waren Mord und Gewalt eines ihrer praktizierten Mittel.⁷⁰¹ Wer auf der falschen Seite der Ordnungszelle Bayern stand, für den war es mit der Ruhe nicht weit her. Der stellvertretende Landeskommandant der Einwohnerwehr Rudolf Kanzler gab dies ganz offen zu, wenn er festhielt: „Zur Zeit der Einwohnerwehrrherrschaft war man wenigstens auf dem Standpunkt angelangt, dass die unanständigen und vaterlandsverräterischen Elemente ihres Lebens nicht mehr sicher sein sollten.“⁷⁰² Der BVP Führer Heinrich Held musste im Januar 1924, nachdem die Ordnungszelle Bayern im Hitlerputsch ihre tollsten Blüten getrieben hatte, allerdings öffentlich das Gegenteil feststellen: In Bayern sei derzeit „kein anständiger Mensch seines Lebens sicher.“⁷⁰³ Kahrs als „wertvollstes und volkstümlichstes Gut“⁷⁰⁴ benannte Einwohnerwehr gab Beispiel und Bestätigung für die Auffassung, dass ein politischer Mord ein akzeptabler Mord sein könne.

Die Beispiele der Akzeptanz fragwürdiger Mittel durch die Einwohnerwehr lassen sich noch fortführen. Es lässt sich nicht verleugnen, dass sich gerade mit dieser Organisation ein Gedankengut bei ihren Mitgliedern verfestigt hatte, das 1923 seine tragischen Früchte tragen sollte: Eine hohe vaterländische Gesinnung rechtfertigte es jederzeit, sich außerhalb des Gesetzes und außerhalb der bestehenden Ordnung zu bewegen. Kanzler formulierte dies im Falle der Bewaffnung der Wehren so: „Ob das Verfahren legal war oder nicht, bekümmerte die Beteiligten damals wenig.“⁷⁰⁵ Und Rosen, der zeitgenössische Chronist aus dem vertrauten Kreis der Orgesch, umschrieb die Stimmung in den Wehren vor dem Hintergrund der allzeit propagierten, bolschewistischen Bedrohung: „Die Gesetze? Zum Teufel mit den Gesetzen! Wer so klar Gefahr erkennt,

⁷⁰¹ Vgl. Hoffmann, Feme, S. 169.

⁷⁰² Kanzler, Kampf, S. 126.

⁷⁰³ Zit. bei Landau, Recht, 380.

⁷⁰⁴ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 821.

⁷⁰⁵ Kanzler, Kampf, S. 174

die alles vernichten muss, was Lebenswert bedeutet für den Einzelnen und für das Volk, der darf sich wohl erkönnen, sich um den jämmerlichen Buchstaben des Gesetzes wenig zu kümmern. So sprachen viele. Es waren nicht die Schlechtesten (...).⁷⁰⁶ Radikale Lösungsansätze wurden durch die staatlich geschützte Einwohnerwehr verstärkt in bürgerlichen Kreisen salonfähig gemacht.⁷⁰⁷ Illegale Waffenschiebungen und Waffenlager, dubiose Verquickungen zur Reichswehr, Geheimniskrämerei, Feme, Mord, ständige Auflehnung gegen die Verfassung und die Reichsregierung, andauernde, heftige Provokationen als bewusst eingesetztes Mittel der Politik, Verhöhnung von Parteien und Ministerrat, Missachtung verfassungs- und gesetzesgemäßer Abläufe der Dinge in Bayern, Verzicht auf das Gewaltmonopol der staatlichen Organe in Form von Polizei und Reichswehr, Beeinflussung der Justiz und die Verdammung von Parlamentarismus und Pluralität waren für die Einwohnerwehr während der Ministerpräsidentschaft Kahrs völlig akzeptiert, ja sogar höchst lobenswert. Sie hat ein Klima in Bayern geschaffen, dass schon bald radikale Kreise aus dem ganzen Reichsgebiet nach München zog, was von den Hauptpersonen der Einwohnerwehrbewegung, auch von Kahr, durchaus so gewünscht war.⁷⁰⁸ Bayern war als Schlupfwinkel für rechtsradikale Gestalten bekannt. Einzelpersonen mochten zwar bei Zeiten über zunehmenden rechtsradikalen Einfluss in der Einwohnerwehr geklagt haben,⁷⁰⁹ im Großen und Ganzen wurden radikale Einflüsse in der Einwohnerwehr aber nicht gebremst. Beispielhaft für das radikale Klima in der Einwohnerwehr stehen, neben Größen wie den späteren Putschisten Kriebel, Pöhner oder Frick, auch Männer wie Max Neunzert, ein Bekannter des Kronprinzen, der als Funktionär der Einwohnerwehr und Reichswehr Waffen versteckte, Fememord beging und sich schon 1919, kurz nachdem er im Freikorps Passau gegen die Kommunisten gekämpft hatte, entschloss, den nationalen Ideen Hitlers zu folgen.⁷¹⁰ Staatsbesoldung, Mord, Schmuggel und Rechtsradikalismus waren offenbar problemlos vereinbar. Wenn Kahr sich im Herbst 1923 am Abend seiner Ernennung zum Generalstaatskommissar darüber erregte, wie sich die Regierung Knilling der Staatsgewalt derart aus der Hand

⁷⁰⁶ Rosen, Orgesch, S. 39f.

⁷⁰⁷ Vgl. Thoss, Ludendorff, S. 173.

⁷⁰⁸ So war es Escherich selbst, der General Ludendorff, dem späteren Putschisten, im Frühjahr 1920 Quartier verschaffte, bis Kahr Ludendorff einen repräsentativen Wohnsitz vermittelte. Vgl. Ludendorff, Weltrevolutionär, S. 123. Vgl. ferner Sommer, Beiträge, S. 92. Vgl. ferner Richardi, Hitler, S. 239.

⁷⁰⁹ So zum Beispiel Georg Heim. Vgl. Schwend, Bayern, S. 166.

⁷¹⁰ Vgl. Seidel, Mission, S. 205ff.

nehmen lassen konnte und wie schwer daher nun seine Aufgabe sei,⁷¹¹ so erntet er nur ein Feld ab, das er selbst in den Jahren 1920 und 1921 gesät hatte.⁷¹²

Diese Kritik Kahrs an Knilling, er habe sich das Ruder aus der Hand nehmen lassen, wirft einen dritten Fakt auf, der die Einwohnerwehren in einem negativen Licht für die Entwicklung des Freistaates Bayern erscheinen lässt. Denn der bayerische Selbstschutz fühlte sich nicht automatisch dem Staatsoberhaupt, also dem Amt des Ministerpräsidenten, anhänglich, sondern nur der Person Kahrs. Graf Lerchenfeld sollte später im Verhältnis zu den Nachfolgeorganisationen der Einwohnerwehr deren Eigenwillen deutlich zu spüren kommen. Wie bereits dargelegt, wurde war Kahr von der ersten Minute an intensiv mit der bayerischen Einwohnerwehr verbunden. Er bediente sich ihrer und binnen kurzer Zeit war ein Verhältnis intensiver gegenseitiger Anhänglichkeit erwachsen, das ihn nicht zuletzt auf den Stuhl des Ministerpräsidenten bringen sollte. Die Kontrolle, die ein Ministerpräsident Kahr über die Einwohnerwehr hatte, hätte in dieser Form nie auf einen vom Parlament im schlimmsten Falle gegen die Wünsche der Einwohnerwehrleitung bestimmten Nachfolger übertragen werden können. Eine Demokratie lebt davon, dass ihre Köpfe durch ein demokratisches Verfahren austauschbar sind. Doch für die Einwohnerwehr war die Spitze des Staates eben auf diesem Wege nicht austauschbar. Wenn Kahr 1927 schrieb: „Die bayerische Einwohnerwehr machte, solange ich Minister war, niemals den Versuch eine Art Nebenregierung zu sein oder auf meine Regierungsmaßnahmen irgendwie Einfluss zu nehmen. Sie ordnete sich meinen Befehlen ohne jede Widerrede unter“⁷¹³, so mochte er damit vielleicht richtig liegen, aber ohne die spezielle Person Gustav von Kahrs hätte eine Verbindung zwischen Einwohnerwehr und gewählter Regierung in dieser Form nicht bestanden. Rudolf Kanzler besteht in seinem Werk darauf, dass die Einwohnerwehr nur zwei Mal während ihres Bestehens Druck auf die Regierung ausgeübt habe, nämlich einmal im Zusammenhang mit der Abwendung des Todesurteils für Anton Graf Arco Anfang 1920 und einmal bei der Übertragung der vollziehenden Gewalt auf Möhl im März 1920. Wenn man dementsprechend seiner Beteuerung, die Einwohnerwehr sei niemals eine Nebenregierung gewesen,⁷¹⁴ Glauben schenken will, so muss dem doch

⁷¹¹ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1256.

⁷¹² Ein Vorwurf, den polemisch und mit anderer Zielsetzung, nämlich der eigenen Rechtfertigung, bereits die nationalsozialistische Literatur Kahr machte. „Herr von Kahr war im Jahre 1921 durch die Parlamentarier zu Fall gebracht worden, weil diese fanden, dass er sich zu weit in die Linie der Selbstschutzverbände hatte drängen lassen. Jetzt riefen ihn die Parlamentarier wieder, weil sie hofften, dass er sie gegen die radikaleren Erben dieser Verbände schützen werde.“ Frank, Epp, S. 109.

⁷¹³ Aufzeichnung Kahr am 7.9.1927, BayHStA, NL Kahr 34.

⁷¹⁴ Kanzler, Kampf, S. 123.

entgegnet werden, dass eine Beeinflussung einer von Kahr gelenkten Regierung so gut wie gar nicht nötig war. Gleiches gilt andersherum auch für die These Hans Fenskes, der von einem „kaum richtig einzuschätzenden ständigen Einfluss auf die Landespolitik“⁷¹⁵ ausgeht. Mit Kahr bekleidete bereits die personifizierte Einwohnerwehr das oberste Amt im Staate, warum also hätte man die Regierung noch beeinflussen sollen? Die beiden Beeinflussungen der bayerischen Regierung, die Kanzler immerhin zugibt, fanden unter Ministerpräsident Hoffmann, nicht unter Ministerpräsident Kahr statt. Die Einwohnerwehr hatte die Option, Druck auf die bayerische Regierung auszuüben also sehr wohl für sich in Anspruch genommen, im Fall ihres Förderers und Ehrenvorsitzenden Kahr bestand nur keinerlei Notwendigkeit dazu. Es war offenkundig, dass er für die Wehren und ihren Geist alles tat, was er nur konnte. Eine „Nebenregierung“ stellte die Einwohnerwehr bestenfalls in dem Sinne dar, dass Kahr seine Einwohnerwehrberater den Ministern und Parlamentariern deutlich vorzog. So feierte er sein einjähriges Dienstjubiläum nicht mit den Ministerkollegen, sondern in kleiner Runde unter anderem mit Pöhner und Escherich.⁷¹⁶

Die Anschauungen Schwends und Speckners behalten also in dem Sinne Recht, dass die Einwohnerwehr verbunden mit der Person Kahrs vielleicht das kleinere Übel war. Akzeptabel für einen Rechtsstaat - vor allem für einen demokratischen - waren sie deshalb aber nicht.

3.3.4. Neuer Streit mit Berlin: Der bayerische Ausnahmezustand

Das Bild vom starken, durchsetzungsfähigen Ministerpräsidenten Kahr hatte mit dem Verlust der Einwohnerwehr gelitten. Doch dem dadurch angeschlagenem Kahr blieb wenig Zeit, sich aus diesem Tief wieder zu erholen. Schon der August 1921 sollte neue Herausforderungen an ihn herantragen, an denen er nicht nur erneut scheitern sollte, sondern die ihn am Ende auch seine Ministerpräsidentschaft kosten würden. Der Hauptgegner in diesem Streit sollte erneut in Berlin zu finden sein. Der Zankapfel aber sollte nun nicht mehr die bayerische Einwohnerwehr sein, sondern eine andere bayerische

⁷¹⁵ Fenske, Konservatismus, S. 101.

⁷¹⁶ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 121.

Besonderheit, die mit einigem Recht im Widerspruch zum Rechtsverständnis der Reichsregierung stand: Der bayerische Ausnahmezustand.

Der bayerische Ausnahmezustand war kein Werk der Regierung Kahr, sondern wurde am 4. November 1919 mit Wirkung zum 1. Dezember 1919 noch unter der sozialdemokratisch-bürgerlichen Regierung Hoffmann⁷¹⁷ erlassen. Dennoch nahm Kahr in seiner Ordnungspolitik diesen bestehenden Zustand gerne zur Grundlage und entwickelte ihn weiter, um durch ihn seine Vorstellungen durchzusetzen.⁷¹⁸ Grundsätzlich wurde der Ausnahmezustand von 1919 an Stelle des bis dahin geltenden Kriegszustands gesetzt. Die Befugnisse wurden dementsprechend in die Hände der Zivilverwaltung abgegeben. Die Regierungspräsidenten der bayerischen Kreise, also damals auch Kahr, und der Polizeipräsident von München, also Pöhner, fungierten dabei als Staatskommissare mit Kompetenzen in Jugendschutz, Passpflicht, Aufenthaltsgenehmigungen, Zugangsbeschränkungen, Waffenbesitz, Verkehr mit Waffen, die Verkehrsgewalt und Fragen rund um die Volksgruppe der Roma und Sinti. Sie hatten die polizeiliche Macht inne und waren ferner berechtigt, durch Anordnungen im Sinne der öffentlichen Sicherheit zu wirken. Verstöße konnten sie dabei mit Geld- oder bis zu einjährigen Gefängnisstrafen ahnden. Ein eigener Abschnitt des bayerischen Ausnahmezustandes regelte ausführlich die Möglichkeit der sogenannten Schutzhaft, die viel mehr als etwa im Falle von Ausnahmebestimmungen des Reiches als ein zentrales Element verstanden wurde. In der Regel bis zu drei Monate, bei erneuter Prüfung des Falles auch länger, konnten Verdächtige festgehalten werden, wenn Belege für eine Sicherheitsgefährdung⁷¹⁹ gesehen wurden. Ferner waren Versammlungen, Umzüge und Demonstrationen, mit Ausnahme von Märkten, Trauerfeiern, Hochzeiten und dergleichen unter freiem Himmel im Grunde verboten, politische Veranstaltungen in Sälen immer durch die Bezirksverwaltung genehmigungspflichtig. Durch den Ausnahmezustand konnte die Pressefreiheit durch Zensur und Zeitungsverbote eingeschränkt werden. Beschwerden gegen diese und andere Maßnahmen im Sinne des Ausnahmezustandes waren über spezielle Stellen an den Landgerichten möglich. Verfassungsrechtlich

⁷¹⁷ Ministerpräsident Hoffmann selbst allerdings war ein ausgesprochener Gegner des Ausnahmezustandes. Er stand jedoch mit dieser Auffassung bei den meisten diesbezüglichen Abstimmungen im Ministerrat völlig alleine. Sowohl die sozialdemokratischen als auch die bürgerlichen Minister überstimmten ihn regelmäßig. Vgl. Lange, Bayern, S.58.

⁷¹⁸ Vgl. Schwend, Bayern, S. 172.

⁷¹⁹ Dies wurde durch eine Bekanntmachung des Justizministeriums nochmals präzisiert. Demzufolge hatte sich eine Verhaftung auf eine äußerlich erkennbare und belegbare sicherheitsgefährdende Tätigkeit zu stützen. Der bloße Verdacht genügte nicht. Vgl. Lange, Bayern, S. 65. In der Praxis wurde oft öffentliche kommunistische Agitation als Begründung herangezogen. Vgl. Lange, Bayern, Anhang S. 13f.

unumstritten war der bayerische Ausnahmezustand dabei nie. Nur Tage nach seinem Inkrafttreten setzte von Seiten des Reichspräsidenten eine Diskussion um die Rechtmäßigkeit ein, in der vor allem das notwendige Faktum einer akuten Gefahr für Bayern bezweifelt wurde. Im Grunde war ein dauerhafter Ausnahmezustand wie der bayerische nicht vorgesehen, denn solche Regelungen eines einzelnen Landes waren laut Art 48 WRV nur bei „Gefahr in Verzug“ als „einstweilige Maßnahmen“⁷²⁰ zulässig. Sie sollten auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags jederzeit wieder außer Kraft gesetzt, beziehungsweise durch eigene Verordnungen, die immer höher als die einzelstaatliche Regelung zu werten waren, ersetzt werden. Da Bayern beim Entwurf des Ausnahmezustandes 1919 allerdings die Reichsbehörden stets unterrichtete, ohne dass in dieser Phase bereits Einspruch erhoben worden wäre, sah man von Seiten der Reichsregierung von Forderungen nach einer Aufhebung des Ausnahmezustandes lange Zeit weitgehend ab. Auch als in den folgenden Monaten, etwa bei den Januaraufständen an der Ruhr 1920, der Reichsausnahmezustand verhängt wurde, blieb Bayern mit Rücksicht darauf ausgenommen, hätte dieser Reichsausnahmezustand doch den bayerischen Ausnahmezustand automatisch aufgehoben.⁷²¹ Nichtsdestotrotz war dies nur ein geduldeter Zustand. Reichsrecht konnte hier theoretisch jederzeit das Landesrecht brechen, jedoch hatte bereits der Streit um die Einwohnerwehr gezeigt, dass es für die Reichsregierung ein Kraftakt zu werden drohte, dies in Bayern auch tatsächlich durchzusetzen.

Der Ausnahmezustand glich in seiner Logik den bayerischen Volksgerichten. Diese wurden ursprünglich unter Eisner errichtet und sollten ohne Möglichkeit von Rechtsmitteln in erster und zugleich letzter Instanz gegen Ruhestörer im Staat strikt durchgreifen. Völlig unbeeindruckt vor ihrer Unvereinbarkeit mit der Weimarer Reichsverfassung wurden auch sie von der bayerischen Regierung, freilich längst zu Instrumenten gegen links umfunktioniert, bis zum Hitlerprozess 1924 beibehalten.⁷²² Wie jene Volksgerichte war auch der Ausnahmezustand ein Instrument, das in Ausnahmesituationen eine möglichst umfassende Kontrolle und ein schnelles Durchgreifen ermöglichte, während in gefestigteren Zeiten, die die bayerische Regierung allerdings noch nicht erkennen wollte, durchaus längere Prozesse und größere Freiheiten als Normalität vorgesehen waren. Auch die Volksgerichte wurden, obwohl

⁷²⁰ Huber, Dokumente, S. 137.

⁷²¹ Vgl. Lange, Bayern, S. 64ff.

⁷²² Vgl. Gritschneider, Volksgericht, S. XIX. Zur Debatte um die Rechtmäßigkeit der bayerischen Volksgerichte vor dem Hintergrund der Weimarer Verfassung vgl. ferner Bauer, Volksgerichte, S. 449ff.

verfassungsrechtlich fragwürdig, über Jahre vom Reich geduldet. Inwiefern der bayerische Staat nun auf seine Kontroll- und Durchgreifmöglichkeiten verzichten könnte oder wollte, beziehungsweise inwiefern diese Möglichkeiten künftig gar im Sinne eines Reichsausnahmestandes durch Reichsbehörden wahrgenommen werden könnten, darum drehte sich im Kern Kahrs Streit um den Ausnahmestand.

Dass auf Bayern irgendwann immer mehr Forderungen nach dem Ende solcher Sonderregelungen zukommen mussten, hatte das Kabinett bereits vorausgesehen. Was die Volksgerichte betraf, so machte der Staatssekretär im Innenministerium Schweyer im Juni 1921 den Ministerrat darauf aufmerksam, dass diese auf Reichsebene diskutiert würden. Justizminister Roth stellte damals vor seinen Kollegen klar, womit Bayern bislang solch spezielle Einrichtungen wie die Volksgerichte erfolgreich legitimieren konnte: „Die Aufhebung des Ausnahmestandes wird die Aufhebung der Volksgerichte tatsächlich zur Folge haben.“⁷²³ Selbst der deutschnationale Roth ging also davon aus, dass man irgendwann von den Sonderregelungen hin zur Normalität wechseln würde – wobei er diesen Zeitpunkt allerdings noch nicht als gekommen sah und der Ausnahmestand als das wesentliche Element erschien, noch einen Aufschub zu erreichen. Trotzdem kamen auch aus dem Landtag sowie aus einigen bayerischen Stadträten bereits einige Anträge, die – noch erfolglos – eine Aufhebung des Ausnahmestandes verlangten.⁷²⁴

Derlei Ansinnen teilte der bayerische Ministerpräsident in keiner Weise. Gustav von Kahr erschien der Ausnahmestand, auf dessen Vollzug er persönlich in seiner zusätzlichen Funktion als Innenminister und damit Vorgesetzter der Staatskommissare ja umfangreichen Einfluss besaß,⁷²⁵ als unverzichtbar, ja gar als wesentliches Element seiner Regierung. Er verstand ihn als absolut nötiges Mittel für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und war mit dem Ministerrat seit Amtsantritt grundsätzlich darin einig, dass eine Aufhebung, wie sie das Reich anmahnte, schlichtweg zu diesem Zeitpunkt nicht möglich sei.⁷²⁶ Wie präsent dieses politische Mittel war, zeigte sich daran, dass 1921 immerhin neunmal Schutzhaft⁷²⁷ und 11 Zeitungsverbote⁷²⁸ mittels des Ausnahmestands erlassen wurden, er also regelmäßig praktische Anwendung fand.

⁷²³ Ministerratssitzung vom 4.6.1921, BayHStA, MA 99516.

⁷²⁴ Vgl. Lange, Bayern, S. 117.

⁷²⁵ Vgl. Lange, Bayern, S. 89.

⁷²⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 17.1.1921, BayHStA, MA 99616.

⁷²⁷ Fast ausschließlich gegen Kommunisten. Vgl. Lange, Bayern, Anhang S. 17.

⁷²⁸ Davon neun Verbote bei der USPD oder der KPD nahestehenden Blättern und zwei Verbote des Völkischen Beobachters. Vgl. Lange, Bayern, Anhang S. 15f.

Mehr noch: Kahr stellte unmissverständlich seinen Willen zur Weiterentwicklung des Ausnahmezustands unter Beweis. Noch am 25. August 1921, also am Tage vor der Ermordung Erzbergers, forderte er vom Ministerrat einen Ausbau, der ihm als Innenminister in diesem Zusammenhang zustehenden Kompetenzen. Als konkreten Anlass sah er eine Versammlung von Betriebsräten, die angesichts der Teuerung einberufen wurde, und witterte eine konkrete Umsturzgefahr von links. Er erinnerte seine Ministerkollegen daran, dass im November 1918 auch alles mit einer solchen Versammlung begonnen hätte und später nicht mehr zu bremsen war. „Es ist klar, dass unter gar keinen Umständen geduldet werden kann, dass die Straße Herr wird. (...) Wenn in München in der ersten Viertelstunde die Sache in Ordnung gerät, ist im ganzen Land Ruhe.“⁷²⁹ In diesen Sinne bat Kahr den Ministerrat, ihm als Innenminister für den Notfall auch das Recht zu einschlägigen Maßnahmen abzutreten, ohne dass er erst den Ministerrat einberufen müsse, damit er bei Gefahr im Verzug sofort durchgreifen könne. Entsprechende Warnungen an das Volk würden bereits publiziert. Der Ministerrat stimmte am Ende, bei Widerspruch des Demokraten Hamm, zu. Als Letzterer forderte, zumindest die Aburteilung von Gefangenen und die Vollstreckung von Todesurteilen im akuten Krisenfall gewissen Regeln zu unterwerfen, schmetterte der Deutschnationale Roth das ab. So etwas seien „akademische Erörterungen.“⁷³⁰ Kahr bat, dies der Person zu überlassen, die im Falle des Falles auch die schwere Verantwortung zu tragen habe. Er übernehme schließlich auch die volle Verantwortung. Nicht nur Kahr alleine also, sondern die große Mehrheit der bayerischen Regierung sahen im Ausnahmezustand kurz vor Ausbruch des Streits also kein Problem, sondern eine Lösung für potentielle Gefahren.

Was kurz darauf für Unruhe im ganzen Reich sorgen sollte, war allerdings nicht die von Kahr so gefürchtete Betriebsräteversammlung, sondern ein rechtsradikaler Terrorakt. Am 26. August 1921 wurde der in rechtsradikalen Zirkeln sowie in föderalistischen Kreisen Bayerns besonders unbeliebte Zentrumspolitiker Matthias Erzberger als ein führender Kopf der jungen Demokratie ermordet. Die Spur führte nach Bayern zur rechtsradikalen Organisation Consul, die unter dem Protektorat wesentlicher Kräfte im bayerischen Staat,

⁷²⁹ Ministerratssitzung vom 25.8.1921, BayHStA, MA 99516.

⁷³⁰ Ministerratssitzung vom 25.8.1921, BayHStA, MA 99516.

vor allem Pöhners, stand.⁷³¹ Dem Mord war eine große Hetze⁷³² in rechtsgerichteten Presseorganen vorausgegangen, wieder war die Reichsregierung auf das Größte verunglimpft worden, sodass Reichskanzler Wirth nach dem Mord beklagte, „dass die öffentlichen Sitten in Deutschland immer mehr in Verfall geraten.“⁷³³ Die Antwort der Reichsregierung war die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik vom 29.8.1921 gemäß Art 48 der Weimarer Reichsverfassung.⁷³⁴ Sie galt nun für das gesamte Reichsgebiet und machte – aus sehr verständlichen Gründen - keine Ausnahme mehr für Bayern. Nun existierte also auch in Bayern eine Regelung des Reiches, die gemäß Reichsverfassung anstelle des bayerischen Ausnahmezustandes treten musste, ja sogar dem Reich erstmals polizeiliche Exekutivgewalt in Bayern zugestanden hätte.⁷³⁵ Die Verordnung umfasste die Zensur und das Verbot verfassungsfeindlicher Schriften und Versammlungen, und stellte bei Zuwiderhandlungen Geld- und Gefängnisstrafen in Aussicht. Beschwerdemöglichkeit bestand für den Verurteilten lediglich vor einem siebenköpfigen Ausschuss, der unter Leitung des Reichsinnenministers stand und sich ansonsten aus dem Reichsrat rekrutierte.⁷³⁶ In letzterem Umstand lässt sich wohl ein geringes Zugeständnis der Reichsregierung an Föderalismus und Polizeihoheit der Länder erkennen. Dass dies jedoch bei weitem nicht genügte, um Bayern zufriedenzustellen, machte der bayerische Gesandte kurz darauf vor dem Reichsrat deutlich. Er bemängelte die fehlende vorherige Fühlungnahme mit seiner Regierung - schließlich sei Bayern das erste Mal mit einem Reichsausnahmezustand konfrontiert - , ermahnte das Reich, das Presseverbotsrecht vorsichtig und nicht ohne Rücksprache zu gebrauchen, und stellte schließlich fest, dass Bayern zwar nicht die Rechtmäßigkeit, wohl

⁷³¹ Den Mördern, zwei entlassene Offiziere der Brigade Ehrhardt namens Heinrich Tillessen und Heinrich Schulz, gelang mit Unterstützung guter und im Staat einflussreicher Seilschaften von Bayern aus die Flucht nach Ungarn, sodass sie für ihren Mord erst 1950 zur Rechenschaft gezogen wurden. Vgl. Büttner, Weimar, S. 189. Die bayerische Politik war hier von Anfang an verstrickt. So waren beide nach der Auflösung der Brigade Ehrhardt bei Georg Heim in Regensburg untergebracht. Vgl. Richardi, Hitler, S. 221. Sicher ist anzunehmen, dass die Münchner Polizei unter Pöhner die Mörder bei der Flucht unterstützte. Vgl. Lange, Bayern, S. 123. Kahr hatte Ahnung von diesen Dingen, selbst wenn er nicht unmittelbar involviert war. Als ihm Innenstaatssekretär Schweyer mitteilte, dass seitens der Staatsanwaltschaft in Karlsruhe Pöhner verdächtigt werde, in Kontakt mit den Mördern zu stehen, vermutet Kahr in seinen Tagebuchaufzeichnungen, dass es sich wahrscheinlich um Männer der Brigade Ehrhardt handeln müsse. Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 170.

⁷³² Sogar nach dem Mord plakatierten Rechtsradikale in Bayern noch: „Erzberger ist leider tot. Wirth und Rathenau leben noch.“ Zit. bei Hörster, Wirth, S. 123.

⁷³³ Zit. bei Michaelis, Vertragserfüllung, S. 193.

⁷³⁴ Dieser Artikel ermöglichte es überall im Reich, durch schnelle Verordnungen rasch auf Ausnahmesituationen zu reagieren und in diesem Sinne den üblichen verfassungsmäßigen Ablauf zu umgehen. Dieses Mittel fand vor allem am Anfang und am Ende der Weimarer Zeit überall im Reich regen Gebrauch. Zwischen 1919 und 1933 wurden 254 Notverordnungen im Reichsgebiet oder Teilen davon erlassen. Vgl. Gusy, Weimar, S. 49f.

⁷³⁵ Vgl. Gusy, Weimar, S. 128.

⁷³⁶ Vgl. Huber, Dokumente, S. 249f.

aber die Zweckmäßigkeit der Verordnung in Frage stelle.⁷³⁷ Es stellte sich also rasch heraus, dass man in München sich mehr damit zu beschäftigen gedachte, seine Rechte und Prinzipien zu wahren, als mit der Reichsregierung gegen offensichtlich akute rechtsradikale Gefahrenlagen vorzugehen. Als eine sozialistische Kundgebung, die vor dem Hintergrund des Erzbergermordes in Coburg stattfand, nur etwas den genehmigten Rahmen verließ, wurde sie sogar blutig durch die bayerische Landespolizei niedergeschlagen.⁷³⁸ Gerade mit diesem „Coburger Blutsonnabend“ vom 3. September 1921 hatte die bayerische Regierung wenig Feingefühl für die Lage bewiesen. In Kahr dominierte neben der Sorge um den Verlust der praktischen Möglichkeiten des Ausnahmezustandes rasch die Empörung über den drohenden Verlust bayerischer Hoheitsrechte. Er sah darin einen gezielten Angriff der Reichsregierung unter Kanzler Wirth auf seine Regierung. In sein Tagebuch schrieb er: „Ich war mir darüber klar, dass Wirth seine jüngste Äußerung, er wolle nun das bayerische Geschwür aufstechen, verwirklichen werde. (...) Die erste Frage ist jetzt nicht, ob der Ausnahmezustand erhalten werden soll oder nicht, sondern, will Bayern aus einem selbstständigen Staat eine Provinz des Reichs werden. Die Schicksalsstunde Bayerns hat geschlagen.“⁷³⁹ Die Reichsregierung wiederum musste bereits vorausahnen, was nach den Erfahrungen mit Kahr während des Einwohnerwehrstreits nun auf sie zukommen würde.⁷⁴⁰

Die mangelnde Absprache und die Kompetenzverschiebung war es auch, um die sich Kahrs Argumentation im Ministerrat am 31. August drehte. Am Inhalt, so Kahr, habe er im Grunde nichts auszusetzen, sei die Verordnung doch in ihrer Formulierung sowohl gegen links als auch gegen rechts zu verstehen und somit unparteiisch. Er merkte jedoch an, dass jene Unparteilichkeit in der Praxis schon zu zerbrechen drohe, seien doch bislang nur rechtsstehende Blätter verboten worden.⁷⁴¹ Dass dies angesichts der zeitlichen Nähe zum Erzbergerattentat ja nur verständlich war, war für Kahr offensichtlich nicht nachvollziehbar. Sein Fokus blieb unbeirrt gegen links gerichtet. Von niemand anders als von linken Kräften sei es schließlich gewollt, dass die Länder „zu Vollzugsorganen der Reichsregierung herabgewürdigt“⁷⁴² würden. Als besonders ungut sah es Kahr an, dass das Reich noch keinerlei Vollzugsbestimmungen an die Länder gegeben habe und man

⁷³⁷ Vgl. Huber, Dokumente, S. 251.

⁷³⁸ Vgl. Erdmann, Coburg, S. 80ff.

⁷³⁹ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 129f. In der Tat hatte Wirth es öffentlich zu seinem Ziel erklärt, den bayerischen Ausnahmezustand bei dieser Gelegenheit zu beenden und trat in Berlin äußert entschlossen auf. Vgl. Hörster, Wirth, S. 127.

⁷⁴⁰ Vgl. Hörster, Wirth, S. 124.

⁷⁴¹ Also das genaue Gegenteil der bayerischen Praxis. Vgl. Lange, Bayern, S. 130.

⁷⁴² Ministerratssitzung vom 31.8.1921, BayHStA, MA 99516.

auch hier aus dem Entscheidungsprozess ausgeschlossen sei. Kahr traf mit diesen Ausführungen auch nach dem Erzbergermord die Mehrheitsmeinung des Ministerrats. Der Deutschnationale Roth, den Schwend für jene Tage als den „scharfmachenden Mentor“⁷⁴³ Kahrs bezeichnete, beklagte neben einer Bestimmung zum Verbot des Tragens von Uniformen⁷⁴⁴, das generelle Misstrauen des Reichs gegen Bayerns Justiz als unzumutbar. Selbst Schweyer mutmaßte, dass die Verordnung in Wahrheit gezielt gegen Bayern gerichtet sei. Einmal mehr blieb es allein dem Minister der DDP, Eduard Hamm, überlassen, die Sache etwas differenzierter und selbstkritischer zu analysieren. Man würde sich, so Hamm, deutlich leichter bei der Verteidigung des Föderalismus tun, wenn die bayerische Staatsregierung in der Vergangenheit in einem ausreichenden Maße gegen rechte Hetzblätter vorgegangen wäre. Man müsse nun sehen, auf welche Kompetenzen Bayern unbedingt zu bestehen habe. Grundsätzlich aber sehe er den bayerischen Ausnahmezustand als nicht mehr nötig an. Hamm blieb mit dieser Ansicht allein. Weder ein Minister der BVP, noch die des Bauernbunds und der BMP mochten ihm zustimmen. Stattdessen wurde er einmal mehr von Kahr zurechtgewiesen: Wenn der bayerische Ausnahmezustand erst einmal weg sei, dann bekäme man ihn so leicht nicht wieder, sondern erst, wenn die Gefahr schon unmittelbar vor der Tür stünde. So beschloss der Ministerrat mit großer Mehrheit, eine Abwehrhaltung in Berlin einzunehmen.⁷⁴⁵ Auch in der Praxis sträubte sich Bayern in diesem Sinne gegen das vom Reichinnenminister angeordnete Verbot des Miesbacher Anzeigers⁷⁴⁶ und des Völkischen Beobachters. Die Reichsregierung konnte sich hier nur mit einigen Schwierigkeiten durchsetzen.⁷⁴⁷

⁷⁴³ Schwend, Bayern, S. 174. In der Tat argumentierte Roth im Ministerrat dahingehend, dass es sich um eine Schicksalsentscheidung für Bayern und seine Regierung handle. Er war Kahr damit hier sehr ähnlich und bekräftigte ihn durch seine Unterstützung. Inwieweit Roth aber tatsächlich Kahr beeinflussen musste, oder ob schlichtweg nur beide in dieser Lage von Grund auf derselben Meinung waren, lässt sich anhand der Quellen nicht sicher sagen. Für einen BVP-nahen Autor wie Karl Schwend wäre es jedoch verständlich, nach parteiexternen Kräften zu suchen, die einen Spalt zwischen Kahr und die BVP, die ihn ja lange Zeit als ihren Kandidaten dargestellt hatte, getrieben haben könnten. Auffällig oft zieht Schwend es in Zweifel, ob Kahr wirklich selbst den Konflikt in dieser Form wollte.

⁷⁴⁴ Dieses wurde in einer eigenen Verordnung am 30.8.1921 von Seiten des Reichspräsidenten zusätzlich erlassen. Das Verbot wandte sich vor allem gegen eine Instrumentalisierung der Uniform als politisches Zeichen. Der Unmut in militaristischen Kreisen führte dazu, dass Ebert schon am 3.9.1921 Ausnahmen im Falle von Soldatenbeerdigungen zuließ und die Ausarbeitung der endgültigen Vollzugsvorschriften über einen Monat in Anspruch nehmen sollte. Prominentestes „Opfer“ der Verordnung wurde in Bayern der deutschnationale Oberst Xylander, den man zu einer relativ milden Geldstrafe von 500 Mark verurteilte. Vgl. Lange, Bayern, S. 127 ff.

⁷⁴⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 31.8.1921, BayHStA, MA 99516.

⁷⁴⁶ Der Miesbacher Anzeiger wandelte sich Anfang der Zwanziger Jahre vom Lokalblatt zu einem überregional bekannten Hetzblatt mit antidemokratischen und antisemitischen Inhalten. Er steigerte seine Auflage auf ca. 18000 Exemplare. Allein 4000 davon sollen pro Tag in München verkauft worden sein, aber auch in außerbayerischen Städten fand der Miesbacher Anzeiger sein Publikum. Wesentlich zum Erfolg trugen die anonym verfassten Hetzartikel Ludwig Thomas bei. Vgl. Mages, Miesbacher, online. Sieglinde Kirmayer gibt in ihrer Dissertation an, dass die genaue Auflage des Miesbacher Anzeigers nicht nachvollziehbar sei, die höchste realistische Schätzung aber bei 26000 Exemplaren liege. Vgl. Kirmayer, Miesbacher, S. 26.

⁷⁴⁷ Vgl. Lange, Bayern, S. 125f.

Zusätzlich zur prinzipiellen Ablehnung war also noch der Wille erkennbar, die Umsetzung der Reichsverordnung in Bayern zumindest zu behindern und ihre Wirksamkeit so zu sabotieren.

Der offene Konflikt war somit heraufbeschworen und kündigte sich als ein grundsätzlicher Kampf zwischen der Ordnungszelle und der Reichsregierung in Berlin an. Hetzblätter, wie der trotz Verbots des Reichs noch einige Tage erscheinende Miesbacher Anzeiger, schürten emsig eine Erwartungshaltung gegenüber der Regierung Kahr. Dass eben solche Blätter den eigentlichen Auslöser der Situation, nämlich den Mord an Erzberger, mit verschuldet hatten, wurde in Bayern auch von der Regierung kaum so verstanden. Kahr, so der Miesbacher Anzeiger, müsse nun unbedingt stark bleiben im Kampf gegen den „Hurenmarkt Berlin“, den „schwarz-rot-gelben Wirth“, die „vaterlandslosen, aufrührerischen Lumpenhunde“ und das in Berlin alles lenkende „jüdische Verbrechertum.“⁷⁴⁸

Eine in den folgenden Tagen eingeleitete Mission des Staatssekretärs Schweyer mit dem demokratischen Abgeordneten Dirr in Berlin brachte keinen Erfolg. Wie zu erwarten war aber Kahr sehr verärgert darüber, dass wieder ein Parlamentarier sich in die Verhandlungen seiner Regierung einmischte.⁷⁴⁹ Schweyer betonte zwar bei seiner Rückkehr, dass das Reich im Sinne der Reichsverfassung im Recht sei. Abgesehen von Hamm schien dies aber niemand im Ministerrat zu stören. Immer mehr steigerte Kahr die Diskussion zu einer Grundsatzfrage hoch, in der er für Bayern eine höhere, legitimierende Moral in Anspruch nahm. Im Gegensatz zur Einwohnerwehrfrage, so betonte er, sehe er hier keine außenpolitischen Einflüsse oder Zwänge auf die Berliner Regierung wirken. Er unterstellte dem Reich daher den bloßen Willen zum Zentralismus. Der Ministerpräsident ging sogar soweit, plötzlich demokratische Züge in sich zu entdecken, indem er den Reichskanzler anklagte, ohne Befragung des Volkes zu handeln, was „ein grober Verstoß gegen den Gedanken der demokratischen Staatsverfassung“ sei. Man werde nun „zu entscheiden haben, ob formelles oder ethisches Recht vorzugehen habe. Komplikationen würden in keinem Fall zu vermeiden sein.“⁷⁵⁰ Kahr begann sich auf einen Lösungsansatz zu versteifen, nachdem Bayern den Ausnahmezustand erst aufheben

⁷⁴⁸ Miesbacher Anzeiger Nr. 202 vom 1.9.1921.

⁷⁴⁹ Kahr, der kurzzeitig in Berchtesgaden weilte und nicht in München präsent war, beklagte die Teilnahme des Abgeordneten Dirrs als mit ihm nicht abgesprochen und „sehr bedenklich.“ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 131. Vgl. ferner Kahr, Lebenserinnerungen, S. 923. Im Ministerrat allerdings war es Christian Roth, der diese Entsendung des DDP Abgeordneten als erster als einen Fehler brandmarkte. Vgl. Ministerratssitzung vom 6.9.1923, BayHStA, MA 99516.

⁷⁵⁰ Ministerratssitzung vom 5.9.1921, BayHStA, MA 99516.

werde, „sobald es die Sicherheitsverhältnisse in Bayern gestatten.“⁷⁵¹ Natürlich war klar, dass solch schwammige Formulierungen niemals im Sinne der Reichsregierung sein konnten. Wie schon in der Einwohnerwehrfrage ließ sich Kahr also von ersten Verhandlungsmisserfolgen mit Berlin nicht einschüchtern und schwor nun seine Regierungen auf einen länger andauernden Konflikt ein. Wie schon im Einwohnerwehrstreit bediente er sich dabei sowohl sicherheitspolitischer als auch föderalistischer Argumentation. Wie schon in der Einwohnerwehrfrage war er bereit, geltendes Recht zu ignorieren.

Obwohl Kahr glaubte, den Kurs im Ministerrat nun klar gesteckt zu haben, begann in diesen ersten Septembertagen 1921 ein Prozess, an dessen Ende er das Heft aus der Hand verlieren sollte. Dieser Prozess wurde genau von jener Seite angestoßen, von der Kahr aus seinem politischen Selbstverständnis heraus am allerwenigsten verkraften konnte, nämlich aus den Reihen des Landtags. Die BVP als größte Fraktion stand zwar durchaus auf dem Standpunkt, dass der bayerische Ausnahmezustand, wenn möglich, beizubehalten sei, doch mischten sich zwischen die föderalistischen Bekundungen auch erste nachdenkliche Stimmen. So sprach sich der Chef der Reichstagsfraktion, Prälat Johann Leicht, der den Einwohnerwehrstreit aus Berliner Perspektive wohl noch lebhaft in Erinnerung hatte, dafür aus, nun einen neuen Konflikt zu vermeiden. Held wiederum beurteilte die Lage hinsichtlich der rechtsradikalen Presse in Bayern anders als Kahr. Die Regierung habe hier sehr wohl einige „Unterlassungssünden“⁷⁵² zu verantworten. Es kam zum Bruch zwischen Held, dem einzigen von Kahr respektierten Parlamentarier, und Kahr, was einen schweren Schlag für den Ministerpräsidenten darstellte. Eigentlich hatte Kahr erwartet, dass Held die Dinge in seinem Sinne zu regeln helfe. In seinem Tagebuch hielt er nun fest, wie er überrascht die „verstörende Nachricht“⁷⁵³ erhielt, dass Held offenbar verstimmt sei. Ihm habe Kahrs Kritik an der Reise Schweyers und Dirrs missfallen, ferner finde er den deutschnationalen Einfluss auf Kahr zu groß. Die Aussprache am 5. September 1921 fand vielsagender Weise nicht in Kahrs Büro statt. Held hatte Kahr in die Räume des stellvertretenden Ministerpräsidenten Matt gebeten, wo auch Finanzminister Krausneck wartete. Hier verlangte Held, dass in Berlin in dieser Sache nicht, wie von Kahr gewünscht, nur der bayerische Gesandte von Preger gemäß Kahrs Anweisungen zu verhandeln habe. Kahr musste nachgeben um, wie er im

⁷⁵¹ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 137.

⁷⁵² Zit. bei Kaupa, BVP-Fraktion, S. 96.

⁷⁵³ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 139.

Tagebuch formulierte, „weitere Verstimmungen zu vermeiden.“⁷⁵⁴ Später musste er es auch noch auf sich nehmen, beim Parteivorsitzenden der BVP Speck im Landtag zu erscheinen, wo ihm mitgeteilt wurde, dass zwischen der Partei und ihm offensichtliche Differenzen über die Wichtigkeit des Ausnahmezustandes bestünden. Die Machtprobe zwischen dem Ministerpräsidenten und der größten Landtagsfraktion hatte begonnen.

In der folgenden Sitzung der Koalitionsparteien kam es zum nächsten Rückschlag für Kahr. Die Abgeordneten stimmten zwar Kahrs dort vorgetragenen Ausführungen zu, die Verordnung im Sinne des Föderalismus abzuändern. Auch Kahrs Forderung nach momentaner Beibehaltung des bayerischen Ausnahmezustandes fand keinen mehrheitlichen Widerspruch. Die Parteien sprachen sich aber, von den genannten Bedenken getragen, dafür aus, selbst durch Heinrich Held in Berlin gegenüber der Reichsregierung mit verhandeln zu wollen. Diese offenkundige Einmischung des Abgeordneten Held in den Aufgabenbereich der Exekutive widersprach ein weiteres Mal zutiefst dem Verständnis Kahrs über die Trennung von Exekutive und Legislative.⁷⁵⁵ Doch Kahr war nach den Zurechtweisungen durch Held nicht in der Position, dessen Reise nach Berlin zu verhindern.⁷⁵⁶ Am Ende der Sitzung erklärten auch noch die Abgeordneten Hilpert und Dirr, dass sie an der Berlinmission teilnehmen würden. Kahrs Hauptproblem aber blieb Held. War bei Schweyers Berlin-Mission der DDP Abgeordnete Dirr – auch hier schon zum Missfallen Kahrs – für jeden offensichtlich nur als Schweyer untergeordnete Begleitung mitgereist, verhielt sich die Sache nun doch etwas anders. Nicht mehr ein Vertreter eines relativ kleinen Koalitionspartners stand an Staatssekretär Schweyers Seite, sondern der überaus populäre Führer der mächtigsten und letztlich die Regierung tragenden BVP-Fraktion. Ein Mann, den Kahr für überaus fähig hielt. Viel mehr als im Fall Dirrs musste nun der Eindruck entstehen, dass die Legislative die Verhandlungsführung an sich zu ziehen gedachte. Bei Held lag für Kahr die Befürchtung nahe, er könnte Schweyer in Berlin völlig überstrahlen.

Kahr war damit vor Augen geführt worden, dass sein harter Kurs sich nicht ohne weiteres durchsetzen lassen könnte. Vor dem Ministerrat am 6. September 1921 aber machte er seinen Kollegen unmissverständlich klar: Es sei „nicht Sache der Parteien Bayern

⁷⁵⁴ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 141.

⁷⁵⁵ Vgl. Schwend, Bayern, S. 175.

⁷⁵⁶ In seinem Tagebuch hielt Kahr fest: „Ich war nun durch diese Überraschung in die peinliche Lage versetzt, entweder gegen die Person des Vorsitzenden meiner Fraktion Stellung zu nehmen, diesen dadurch vollständig zu vergrämen und außerdem einen Zuständigkeitskonflikt mit der Koalition herbeizuführen, oder vorläufig die Situation hinzunehmen.“ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 142f.

gegenüber dem Reich mitzuvertreten.⁷⁵⁷ Auch unter seinen Kollegen herrschte eine gewisse Skepsis gegenüber der erneuten Mission, die die Fraktionen im Landtag einforderten. Unter anderen befürchtete man, die Autorität des bayerischen Gesandten in Berlin von Preger, also des direkten und ständigen Kontaktmanns der bayerischen Regierung, langfristig zu untergraben, wenn man die Reichsregierung an häufige Delegationen gewöhne. Ändern konnte Kahr allerdings nichts mehr. Und so war es weniger die grundsätzliche Haltung zur Reichsverordnung selbst, sondern eher die Kahr zu weit gehende Verhandlungsbereitschaft der BVP Fraktion und die Rolle ihres Anführers Held, die Spannungen in die Regierung trugen.

Die Reichsregierung sah dem Widerstand Bayerns und der aufziehenden neuen Krise mit einem gewissen Respekt entgegen. Ähnlich wie in den Kreisen um Held und Leicht fürchtete man einen erneuten, langfristigen Konflikt zwischen München und Berlin. So kristallisierte sich, obwohl die Position des Reichs verfassungsrechtlich theoretisch absolut abgesichert war, schnell eine gewisse, wenn auch begrenzte Verhandlungsbereitschaft heraus. Von Forderung nach Aufhebung der bayerischen Schutzhaftbestimmungen und des eigenen bayerischen Versammlungsrechts wollte die Reichsregierung definitiv keinen Abstand nehmen. Das Reich dachte jedoch bereits im Vorfeld an, Bayern weitestgehend den Vollzug der Reichsverordnung selbst zu überlassen und sich nur ein fakultatives Eingriffsrecht vorzubehalten.⁷⁵⁸ Direkte Eingriffe der Reichsexekutive in innerbayerische Angelegenheiten, die sicherlich jedes Mal wieder den Streit von neuem entfacht hätten, war man damit bereit zu begrenzen. Helds Verhandlungskurs hatte also zumindest gewisse Erfolgsaussichten dahingehend, einen Kompromiss für Bayern auszuhandeln und Berlin mehr oder minder erhobenen Hauptes wieder verlassen zu können. Ein Durchsetzen der harten Linie Kahrs, erschien jedoch, ganz abgesehen davon, ob Held dies gewollt hätte oder nicht, völlig unmöglich.

Kahr blieb, nachdem er die Delegation Helds nochmals in seinem Sinne eingeschworen hatte, misstrauisch in Bayern zurück.⁷⁵⁹ Er war zutiefst verärgert, dass die BVP ihm in dieser Situation nicht vertraut hatte, und sah seine Arbeit als missverstanden und nicht mehr wertgeschätzt an. Im Tagebuch notierte er: „Eine ängstliche Hammelherde braucht auch keine Herrennaturen als Führer, da tut es ein Hüterbub und ein Schäferhund auch.“⁷⁶⁰ Gegenüber Schweyer hatte er vor dessen Abreise noch einmal betont, dass er

⁷⁵⁷ Ministerratssitzung vom 6.9.1921, BayHStA, MA 99516.

⁷⁵⁸ Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 80 vom 7.9.1921, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

⁷⁵⁹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 928.

⁷⁶⁰ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 147.

auf den Ausnahmezustand bestehe, und zwar „mit allen Konsequenzen für mein Verbleiben im Amt.“⁷⁶¹ Seine Befürchtungen, die Delegation würde einen besonders leichtfertigen Verhandlungskurs einschlagen, waren dabei jedoch objektiv gesehen unbegründet. Die Verhandlungen, die Schweyer und Held in Berlin führten, gestalteten sich alles andere als einfach. Der erste Verhandlungstag am 7. September 1921 begann mit einem heftigen Streit, da Schweyer durchaus im Sinne Kahrs den Versuch unternahm, den Ausnahmezustand vorläufig beizubehalten. Dies allerdings wurde durch den Reichskanzler Wirth und noch stärker durch den Reichsinnenminister Koch sehr entschieden abgelehnt. Die Reichsregierung zeigte sich bestenfalls zu leichten Modifikationen an der bestehenden, reichsweiten Verordnung des Reichspräsidenten bereit. Held wiederum plädierte vor der Reichsregierung leidenschaftlich für eine Fortführung der Regierung Kahr, auch wenn die Sozialdemokratie gewillt sei, diese zu stürzen. Der erste Verhandlungstag brachte unter diesen Vorzeichen kein nennenswertes Ergebnis.⁷⁶² Auch am Folgetag verliefen die Verhandlungen auf beiden Seiten stockend. So forderte Held die Reichsregierung auf zu verstehen, dass die Bayern doch irgendetwas „nach Haus mitbringen müssten.“⁷⁶³ Wirths Kompromissbereitschaft blieb jedoch beschränkt. Lediglich eine Neufassung der Verordnung des Reichspräsidenten mit einigen Zugeständnissen an Bayern wurde in Aussicht gestellt. Weiter sollte die Reichsregierung während dieser Verhandlungen nicht mehr gehen. Auch wenn die Reichsregierung hierzu formal keineswegs verpflichtet war, mag Karl Schwends hierauf bezogene Ansicht, dass diese Verhandlungen bereits ein „politischer Erfolg Bayerns“⁷⁶⁴ gewesen seien, etwas übertrieben sein. Die vagen Versprechungen des Reichsinnenministers, als Reichsexekutive in der Praxis in Bayern nur im absoluten Notfall einzugreifen, machten kaum Eindruck auf die Delegation.⁷⁶⁵ Die Reichsregierung ließ zu keinem Zeitpunkt einen Zweifel an ihrer stärkeren Position. Der Delegation wiederum mag in Berlin vor Augen geführt worden sein, dass eine Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes nicht realistisch war.

Dementsprechend mager fiel der Bericht Schweyers bei seiner Rückkehr nach München aus. „Was ich befürchtet habe, ist eingetreten“⁷⁶⁶, so kommentierte Kahr in seinem Tagebuch. Vor dem Ministerrat konnte Schweyer nur die mangelnde

⁷⁶¹ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 145.

⁷⁶² Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 81 vom 7.9.1921, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

⁷⁶³ Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 83 vom 8.9.1921, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

⁷⁶⁴ Schwend, Bayern, S. 175.

⁷⁶⁵ Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 83 vom 8.9.1921, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

⁷⁶⁶ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 148.

Kompromissbereitschaft des Reichskanzlers beklagen und für die bayerischen Vorstellungen faktische Chancenlosigkeit attestieren. Der Reichskanzler hatte konkret nichts weiter als geringe bayerische Einflussmöglichkeiten und die Beibehaltung der Volksgerichte angeboten. Das Vertrauen des bayerischen Volkes in seine Staatsregierung, so Kahr, hänge nun von der Ablehnung des Vorschlags der Reichsseite ab. Neben Roth stand ihm hier noch der Großteil des Ministerrats zur Seite. Finanzminister Krausneck glaubte, im Verhalten der Reichsregierung gar einen „Kampf der Weltanschauungen“⁷⁶⁷ zu erkennen. Während Hamm als einziger für die Annahme des Vorschlags Wirths plädierte, stellte Kahr bereits Überlegungen zu sofortigen Neuwahlen an, die den Prozess verzögern könnten. Mit großer Mehrheit gab der Ministerrat eine Empfehlung an die kommende Koalitionssitzung, sich dem Willen der Reichsregierung weiter zu verweigern und diese Haltung im ständigen Landtagsausschuss zu vertreten. Kahr konnte sich nach der erlittenen Schmach kurzzeitig wieder bekräftigt fühlen.

Es kam jedoch erneut anders, als Kahr es sich erhoffte. Was nun folgte war eine offene Verweigerung der Gefolgschaft durch die Koalitionsparteien und somit der Bruch zwischen der Regierung und den parlamentarischen Kräften, die sie trugen. Vor allem Held, der ja selbst in Berlin die Haltung der Reichsregierung erlebt und selbst die Verhandlungen geführt hatte, die zu dem Angebot der Reichsregierung geführt hatten, war nicht bereit, das Ergebnis der Delegationsreise auf Wunsch der Regierung zu verwerfen und in einen längerfristigen Konflikt einzutreten.⁷⁶⁸ Er hätte de facto sein eigenes Werk als nichtig ablehnen und somit eine Schwächung seiner eigenen Person hinnehmen müssen. Er hätte dem Wunsch Kahrs und der Regierung nach glatter Ablehnung nachträglich doch entsprechen müssen. Das wollte Held nicht. In der vorhergehenden Sitzung der BVP Koalition, in der Kahr im Gegensatz zum Landtagsausschuss persönlich seine Anschauung vertrat, stellten sich in realistischer Einschätzung der Erfolgsaussichten und aus Abneigung gegen einen längeren Konflikt mit dem Reich somit nur zwei von 59 anwesenden Abgeordneten der BVP hinter den Ministerpräsidenten, obgleich die überwiegende Mehrheit prinzipiell eine Ablehnung des Angebots der Reichsregierung als wünschenswert ansah. So gibt es zumindest das Sitzungsprotokoll der BVP Fraktion wieder.⁷⁶⁹ Kahr selbst behauptet in seinem

⁷⁶⁷ Ministerratssitzung vom 9.9.1921, BayHStA, MA 99516.

⁷⁶⁸ Vgl. Schwend, Bayern, S. 176.

⁷⁶⁹ Vgl. Kaupa, BVP-Fraktion, S. 99.

Tagebuch, dass er in der BVP Fraktion zunächst überzeugt habe und Held in einem Weinkampf zusammengebrochen sei. Erst im Nachhinein habe die BVP ohne sein Beisein die Meinung wieder geändert, erst in der Sitzung aller Koalitionsparteien, wo Kahr nochmals verlangte, dass der Ausnahmezustand solange bestehen bleiben müsse, wie die Verhältnisse es erfordern würden, sei er Held unterlegen und habe in Folge dessen an diesem 10. September erstmals seinen Rücktritt angekündigt.⁷⁷⁰ Sicherlich war dies keine freudige Situation für die BVP. Es wirkte in der Folgezeit immer etwas gezwungen, wenn die Partei trotz großer öffentlicher Proteste ihre Berliner Verhandlungsergebnisse als Erfolg propagieren musste.⁷⁷¹ Kahrs Pläne von einer totalen Verweigerung Bayerns waren jedoch erledigt. Held und die Mehrheit der Koalition hatten sich durchgesetzt.

Hatte Kahr die Kontrolle über die Koalitionsparteien also spätestens hier definitiv verloren, so sollte ihn der Wegfall jener Bastion, in welcher seit nun eineinhalb Jahren weitestgehend ein sehr kollegialer und einiger Geist herrschte, dem Ministerrat, endgültig in die Isolierung bringen. Am 11. September erklärte er gegenüber seinen Kollegen, dass er die Lage nochmals überdacht habe und gewillt sei, die Regierung doch weiter zu führen, allerdings nur unter der einen Bedingung, dass in die Vereinbarung mit Berlin über die Aufhebung des Ausnahmezustandes trotz der gestrigen Abstimmungsniederlage doch der Passus „sobald die Verhältnisse es gestatten“ eingebaut werde - was in seiner Hoffnung nichts anderes als eine Verzögerung auf unbestimmte Zeit bedeutet hätte. Ferner habe offiziell die Form gewahrt zu bleiben, dass die bayerische Staatsregierung „von sich aus“ den Ausnahmezustand aufheben werde, um ihre Autorität zu bewahren. Dies habe weder auf Beschluss des Landtags noch auf Anweisung der Reichsregierung zu geschehen. Kahr unterließ es dabei nicht, mehrfach darauf aufmerksam zu machen, dass die „Kreise des Volkes, die auf dem Boden der Ordnung stehen“, also die ehemalige Einwohnerwehr, hinter seiner Person stünden und er momentan Anstrengungen aufzubringen hätte, diese ruhig zu halten. Der Ministerpräsident stellte sich also stur und übte sich, wie so oft, in Drohszenarien. Auch sein unmissverständlicher Hinweis „Das ist mein letztes Wort“⁷⁷² vermochte es allerdings nicht mehr, den Ministerrat hinter sich zu stellen. Die Minister wollten in dem Zusatz keine Verbesserung der Lage erkennen, da, wie Kultusminister Matt betonte, bereits in der jetzigen Form festgehalten sei, dass die Regierung unmittelbar vor Aufhebung des Ausnahmezustandes nochmals die Lage zu

⁷⁷⁰ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 149ff.

⁷⁷¹ Vgl. Lange, Bayern, S. 238f.

⁷⁷² Ministerratssitzung vom 11.9.1821, BayHStA, MA 99516.

prüfen habe. Kahrs Forderung verstärkte dies zwar, sei aber im Grunde inhaltlich nicht relevant. Bis auf Roth, der unbeirrt zu Kahrs Formulierung stand, vertrat der Ministerrat, hierbei vor allem Eduard Hamm, die Ansicht, dass alles getan sei, was realistisch machbar war. Kahr blieb angesichts dieser offenen Verweigerung nichts mehr anderes übrig, als nach einer Unterbrechung der Sitzung gemeinsam mit Roth endgültig seinen Rücktritt zu erklären. Nach dem Rückhalt der Landtagskoalition hatte er also nun auch den Rückhalt seines Ministerrats verloren.

Zusammengefasst fand sich Kahr im September 1921 in einer aus seiner Sicht überaus verdrießlichen Situation. Im Einwohnerwehrstreit hatte er lange eine unnachgiebige Haltung Bayerns gegen die Reichsregierung einnehmen können, standen doch in Bayern sämtliche einschlägige Machtfaktoren, also Ministerrat, Koalition, Einwohnerwehr und Presse, sicher hinter ihm. Mit dem Ende der Einwohnerwehr und dem Nachgeben der BVP bei ihrer Verteidigung hatte sich diese Situation für Kahr bereits zum Schlechteren gewandelt. Mit großem Ärger unterstellte er schon damals die in seinen Augen so unerträgliche Einmischung der Parteien des Landtags in die Politik der Regierung. In dem Kampf, den er nun gegen die Reichsregierung zu führen plante, musste er schließlich feststellen, dass er deutlich schneller in eine weitaus schwächere Position geriet, waren doch in rascher Abfolge erst die Koalition und dann auch der Ministerrat nicht mehr bereit, ihm uneingeschränkt zu folgen. Kahr schlitterte so schneller als ihm lieb sein konnte in die zweite große Niederlage binnen kürzester Zeit. Held trat als souveräner Machtfaktor auf die Bühne des Geschehens und vertrat dies - für Kahr peinlicherweise - auch noch öffentlich in Berlin. Hinzu kam, dass für Kahr ein Ende der breiten Pressebasis drohte. Zwar wurde die BVP-Correspondenz bislang nicht müde, demonstrativ zu betonen, dass Zwistigkeiten zwischen dem Fraktionsführer Held und dem bayerischen Ministerpräsidenten „ausgeschlossen“ und beide sich „völlig einig“ seien. Es gelte vielmehr, den „roten Krieg gegen die Regierung Kahr“⁷⁷³ gemeinsam durchzustehen. Dennoch war es absehbar, dass dieses Bild auf Dauer nicht mehr zu erhalten war und sich die bedeutenden Blätter der BVP auf die Seite ihrer Parteiführer stellen würden. Kahr nahm diesen Machtkampf mit der Partei an, in dem er erstmals Neuwahlen ins Gespräch brachte, bei denen sich die BVP natürlich hätte entscheiden müssen, ob sie für oder gegen Kahr in den Wahlkampf ziehen möchte. Sie wäre so höchstwahrscheinlich auf seinen Kurs gezwungen worden, wollte sie vermeiden, dass die Kahr ergebene Mittelpartei über Gebühr an Stärke gewänne. Aber auch das Drohszenario einer Neuwahl machte nur wenig

⁷⁷³ BVP-Correspondenz vom 8.9.1921.

Eindruck auf die BVP, konnte Kahr es doch ohne sie kaum in die Tat umsetzen. Mit den ehemaligen Einwohnerwehrräften und der Mittelpartei, die als einzige unbeirrt zu Kahr stand und deren Minister Roth sogar gemeinsam mit Kahr zurückgetreten war, alleine, das musste Kahr schmerzlich feststellen, ließ sich Bayern im Rahmen der Gegebenheiten nicht weiter regieren. Die Mehrheitspartei des Landtages hatte ihre Macht unter Beweis gestellt.

3.3.5. Der Rücktritt Kahrs als Lichtschimmer des Parlamentarismus in Bayern

Der Kampf gegen die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes hatte für Gustav von Kahr eine weitere, sehr persönliche Perspektive, die nicht unbeachtet bleiben darf und daher nochmals unterstrichen werden soll. Der Ausnahmezustand vom 4.11.1919 hatte ganz konkrete Bedeutung für Kahrs Funktion als Regierungspräsident von Oberbayern, auf welcher er sich ja während seiner Ministerpräsidentschaft durch den Regierungsdirektor Johann Baptist Loritz nur vertreten ließ und auf welche er sich jetzt wieder zurückziehen würde. Erst mit dem Ausnahmezustand wurden den Regierungspräsidenten als „Staatskommissaren“ Aufgaben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung übertragen, erst durch den Ausnahmezustand konnte Kahr überhaupt ein Profil in diesem Feld entwickeln.⁷⁷⁴ Eine Aufhebung des Ausnahmezustandes bedeutete also auch, dass den Regierungspräsidenten generell Befugnisse entzogen würden und ganz konkret für den Fall Kahr, dass er persönlich sowohl als die Oberaufsicht führender Innenminister als auch im Falle seiner Rückkehr auf seinen Dienstposten einen erheblichen Grad an Macht und Gestaltungsspielraum in Bayern hätte einbüßen müssen. Sein Ziel, auf seinen Posten im Sinne von Ruhe und Ordnung durchzugreifen, wurde somit erschwert. Man kann also davon ausgehen, dass im Falle Kahrs auch aus ganz persönlicher Motivation kein Sinneswandel mehr zum Thema Ausnahmezustand zu erwarten war und die Lage sich auch deshalb definitiv festgefahren hatte.

Der BVP als dominierende Kraft fiel die Trennung von ihrem Ministerpräsidenten dabei wahrlich nicht leicht, wie der Verlauf der Sitzungen der Landtagsfraktion offenbarte.

⁷⁷⁴ Vgl. Deutinger, Kahr, S. 225.

Zwar hatte sich die Partei völlig klar gegen den Kurs Kahrs gegenüber Berlin entschieden, dennoch trug sich die Partei noch tagelang mit tausend Bedenken. Mehrfach fuhren Delegationen der Partei nach Berchtesgaden, wohin Kahr sich zurückgezogen hatte, um mit ihm über eine erneute Amtsübernahme zu verhandeln.⁷⁷⁵ Die Partei entschuldigte Kahrs Verhalten mit dem Einfluss der Deutschnationalen und dachte sogar völlig weltfremd darüber nach, ihn wieder zu berufen und durch eine große Koalition mit der Sozialdemokratie dem Einfluss der BMP zu entziehen. Nur wenige, wie der Chef der Reichstagsfraktion Johann Leicht, waren in der Lage, Kahr ohne weiteres fallen zu lassen. Erst am 20. September einigte sich die Fraktion - wohlgerne gegen den Willen Helds – darauf, nun keine weiteren Angebote mehr an Kahr zu unterbreiten.⁷⁷⁶ Es war die logische Konsequenz im Sinne der parlamentarischen Demokratie.

Der Rücktritt des Ministerpräsidenten, der für so viele als Anführer und Symbol der Ordnungszelle stand, wurde dementsprechend in radikalen und parlamentsfeindlichen Kreisen wenig überraschend dem parlamentarischen System angelastet. Adolf Hitler nahm ihn zum Anlass, um dazu aufzurufen „diesem parlamentarischen Geschmeiß durch Massendemonstrationen auf der Straße zu zeigen, dass das Volk im Freistaat keine Hammelherde ist.“⁷⁷⁷ „Verrat an Bayern“ durch die „Parteibonzen“⁷⁷⁸ der BVP, so wettete die Redaktion des Miesbacher Anzeiger über den Rücktritt Kahrs. Die BVP war indes nicht nur um den Verlust von Wählern und Mitgliedern⁷⁷⁹ besorgt und musste angesichts von zahlreichen Massenkundgebungen pro Kahr und durch Schmähungen in der Presse⁷⁸⁰ harte Schläge einstecken. Sie verspürte eine tiefgehende Revolutionsangst – und zwar von rechts. Offen drohte eine Abordnung der Vaterländischen unter dem Kommando von Oberst Xylander im Landtagsgebäude gegenüber Abgeordneten mit einer Volkserhebung.⁷⁸¹ Kahr beschreibt in seinen Erinnerungen, zahlreiche Besuche erhalten zu haben, die ihm einen Gewaltstreich anboten, um ihn wieder ins Amt zu bringen. Er habe, so behauptet er zumindest im Nachhinein, diesen Grad der Eskalation

⁷⁷⁵ Darunter Landtagspräsident Heinrich Königbauer, der spätere Ministerpräsident Eugen von Knilling, Michael Horlacher vom Christlichen Bauernverein und Fraktionschef Heinrich Held selbst. Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 165ff.

⁷⁷⁶ Vgl. Kraupa, BVP, S. 99ff.

⁷⁷⁷ Zit. bei Thoss, Ludendorff, S. 167f.

⁷⁷⁸ Miesbacher Tagblatt Nr. 7 vom 13.9.1921. (Der Miesbacher Anzeiger erschien in jenen Tagen auf Grund eines Verbots im Zuge des Erzbergermordes als „Miesbacher Tagblatt“.)

⁷⁷⁹ Kahr behauptet, er habe Treuebekundungen durch viele Personen in der Form erhalten, dass sie vor ihm ihren Austritt aus der BVP gelobten. Er habe jedoch, wohl auch um seine Anhänger nach wie vor in der größten bayerischen Partei wirkend zu wissen, geantwortet: "Bleibt dort wohin euch alte Beziehungen binden und sorgt lieber dafür, daß es in der Partei das nächste Mal besser gemacht wird." Kahr, Lebenserinnerungen, S. 954.

⁷⁸⁰ Vgl. Schwend, Bayern, S. 182.

⁷⁸¹ Vgl. Thoss, Ludendorff, S. 168.

jedoch nicht verantworten können.⁷⁸² Diese Selbstdarstellung passt zu Bruno Thoss These, dass Kahr im Herbst 1921 viel mehr daran interessiert war, sein durch die Niederlage im Einwohnerwehrstreit belastetes Ansehen in Rechtskreisen wieder herzustellen, als Verhandlungen mit Berlin zu führen.⁷⁸³ Er genoss offenbar das gesteigerte Vertrauen, das ihm in der Eskalation der Situation von vaterländischer Seite zukam. Dazu, solche landesverräterischen Planungen den Behörden anzuzeigen, konnte er sich nicht bewegen.

Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass die rechten Schreier und radikalen Hetzer im Grunde Recht hatten, wenn sie dem Parlamentarismus die Schuld am Ende Kahrs zuwiesen. Kahrs Rücktritt war in der Tat als ein Funktionsbeweis der parlamentarischen Demokratie – nicht zu verwechseln mit einer Volksstimmung zum Zeitpunkt des Rücktritts – zu sehen. Wesentlicher Bestandteil dieser Demokratieform ist es, dass die Regierung nun einmal vom Vertrauen des Parlaments und nicht von der tagesaktuellen breiten Volksstimmung oder der Entscheidung eines Monarchen abhängig ist.⁷⁸⁴ Regierung und Parlament konnten gemäß der Verfassung von 1919 nicht mehr gegeneinander funktionieren, so wie es in Zeiten der Monarchie im Wechselspiel zwischen liberalen Ministern und konservativer Landtagsmehrheit noch möglich war. Die BVP und ihre Koalitionspartner - abgesehen von der BMP -hatten andere Vorstellungen über die Bewältigung der Herbstkrise 1921 als der Ministerpräsident. Nachdem es Kahr auch nicht gelungen war, die Koalition von seinem Kurs zu überzeugen, war es nur eine logische Konsequenz, dass seine Ministerpräsidentschaft an diesem Punkt endete. Die parlamentarische Mehrheit hatte ihre Vorstellungen gegenüber dem Regierungschef durchgesetzt. Die Minister, die mit dem Kurs der BVP leben konnten, verblieben im Amt. Kahr und Roth allerdings, die unter den Kabinettsmitgliedern dem Parlament wohl am kritischsten gegenüberstanden, sahen sich dazu in logischer Konsequenz nicht mehr in der Lage. Und setzten damit ein Zeichen gegen die parlamentarische Demokratie.

Ob die Parlamentsmehrheit sich der Bedeutung für den Parlamentarismus in Bayern bewusst war, sei dahingestellt. Fest steht aber, dass der Regierungswechsel im Herbst 1921 durchaus im Sinne der Verfassung von 1919 und der in ihr enthaltenen Konzentration der Souveränität auf die Mehrheit des bayerischen Landtags geschah. Ob

⁷⁸² Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 951.

⁷⁸³ Vgl. Thoss, Ludendorff, S. 167.

⁷⁸⁴ Vgl. Frevel, Demokratie, S. 88.

dies der Stimmung im Volk⁷⁸⁵ entsprach, steht auf einem anderen Blatt, war aber wie ausgeführt für den Entscheidungsprozess nicht unmittelbar relevant.

Wesentliche Kräfte in der BVP wollten nicht hinnehmen, dass Kahr außerhalb ihres Einflusses im Bündnis mit den Deutschnationalen einen Eskalationskurs vorgeben würde, und fürchteten, dass er zu sehr unter dem Einfluss des kleinen Koalitionspartners stand. Dass dieser Koalitionspartner BMP in der BVP weit kritischer gesehen wurde, als dies auf Seiten Kahrs der Fall war, darauf weist ein Monate später verfasstes Schreiben Georg Heims an einen Geistlichen hin, in dem er fern aller Versuche zur Wiedergewinnung der Mittelpartei für das bürgerliche Regierungsbündnis seine insgeheime Auffassung über die bayerischen Deutschnationalen wiedergab: Ihm sei im Grunde jede Kraft recht, die Materialismus und Marxismus bekämpfe, aber die Mittelpartei sei „unglückseelig. (...) Im Herzen sind diese Leute alle noch verbissene Evangelibrüder. Ihre monarchische Auffassung ist preußisch-monarchisch, hohenzollerisch. (...) Ihre Politik ist unfruchtbar, reine Opposition. (...) Wir würden zu Scherben geschlagen und das Elend würde namenlos, wenn von der Mittelpartei nur ein Politiker ein Wort in der Reichsregierung mitzureden hätte.“⁷⁸⁶

Kahr verschwand, auch wenn er den Sessel des bayerischen Regierungschefs geräumt hatte, damit nicht von der Bildfläche, sondern blieb als Regierungspräsident von Oberbayern ein einflussreicher Mann. Er konnte ohne großes Aufsehen – so der ausdrückliche Wunsch des Ministerrats – auf diesen Posten zurückkehren.⁷⁸⁷ Selbiges galt auch für den schwer unter Druck geratenen, ebenfalls zurückgetretenen Pöhner, den engen Vertrauten Kahrs. Der Ministerrat zeigte sich gewillt, ihm eine Rückkehr vom Amt des Polizeipräsidenten in die Justiz zu erleichtern.⁷⁸⁸ Kahr genoss, auch wenn die beiden großen politischen Niederlagen 1921 ihn getroffen haben mochten, weiterhin großes Ansehen in der Bevölkerung. Zimmermann brachte dies zu dem Fazit, dass Kahr auch vom Posten des Ministerpräsidenten zurücktreten musste, „nicht weil er sein Prestige verloren hatte, sondern weil es gefährdet war. Er wollte sich nicht länger verbrauchen lassen.“⁷⁸⁹ Die Agitation Kahrs in der Folgezeit und schließlich die Ernennung zum Generalstaatskommissar sprechen für diese Anschauung.

⁷⁸⁵ Der Bayerische Ordnungsblock veranstaltete nach dessen Rücktritt zahlreiche Demonstrationen für Kahr und im Ministerium des Äußeren gingen viele Solidaritätsbekundungen ein, die teils von ganzen Gemeindevertretungen unterzeichnet waren. Vgl. Speckner, Ordnungzelle, S. 221.

⁷⁸⁶ Heim an Rudolphi am 25.4.1922, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2525.

⁷⁸⁷ Vgl. Ministerratssitzung vom 23.9.1921, BayHStA, MA 99517.

⁷⁸⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 3.10.1921, BayHStA, MA 99517.

⁷⁸⁹ Zimmermann, Bayern, S. 110.

3.4. Kahrs Verortung innerhalb der bayerischen Parteienlandschaft

3.4.1. Kahr und die Regierungsparteien

3.4.1.1. Eine krisenreiche Zweckehe: Kahr und die Bayerische Volkspartei

Vereinzelt wurde Gustav von Kahr in der Forschung als Mitglied der bayerischen Volkspartei bezeichnet.⁷⁹⁰ Auch ein Interview, das Kahr im Oktober 1921 der englischen „Morning Post“ gab, scheint diese Annahme zu bestätigen. Hier äußerte Kahr: „Ich gehöre zur Bayerischen Volkspartei, welche eine der deutschen Parteien mit nationalen Zielen ist.“⁷⁹¹ In den Memoiren des Ministerialbeamten Karl Sommer ist von einer formalen Angehörigkeit Kahrs zur BVP die Rede.⁷⁹² Erich Ludendorff sprach in seinen Erinnerungen ausdrücklich von einer Parteimitgliedschaft Kahrs, die er vor allem aus einem nüchternen Pragmatismus heraus verstand: „Herr von Kahr (...) war Protestant, aber Mitglied der bayerischen Volkspartei. Er hatte sich zu ihr bekannt, weil diese die einzig ‘staatserhaltende’ Partei Bayerns gewesen wäre (...). In Bayern war für einen hohen Staatsbeamten (...) die Zugehörigkeit zu dieser Partei nicht gerade schädlich.“⁷⁹³ Doch trotz dieser Hinweise ist es nicht sicher, dass Kahr tatsächlich Mitglied der BVP war. Gegen eine Mitgliedschaft Kahrs, zumindest was die Zeit des Regierungsantritts betrifft, spricht beispielsweise ein Rundschreiben an die Vertrauensmänner der BVP vom 19.3.1920, in welchem dem Argument, Kahr sei kein Parteigänger der BVP, damit begegnet wird, dass Kahr aber trotzdem von Anfang an auf dem Boden der BVP stand und sie immer gewählt habe.⁷⁹⁴ Dieses Rundschreiben basierte auf einer Erklärung, die Kahr vor der BVP Fraktion am Tag zuvor abgegeben hatte.⁷⁹⁵ Die Fraktion hatte es für

⁷⁹⁰ Vgl. v.a.: Schwend, Bayern, S. 215. Vgl. ferner. Hartmann, Weg, S. 196. Thoss, Ludendorff, S. 115. Zech, Verhältnis, S.167.

⁷⁹¹ Kahr an die Morning Post am 11.10.1921, BayHStA, NL Kahr 47.

⁷⁹² Sommer, Beiträge, S. 90.

⁷⁹³ Ludendorff, Weltrevolutionär, S. 138. Natürlich darf die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, dass Ludendorff Kahr nach dem Putsch von 1923 als einen Angehörigen des Parteienstaates darstellen wollte und ihm deshalb die Parteizugehörigkeit zur BVP gezielt unterstellte.

⁷⁹⁴ Stadtarchiv Wasserburg, NL Kanzler VI 2125.

⁷⁹⁵ Vgl. Sitzung der BVP Landtagsfraktion vom 18.3.1920, ACSP, Protokolle der BVP-Landtagsfraktion.

nötig erachtet, Kahr noch ausreichend auf das Programm der BVP einzuschwören,⁷⁹⁶ was ebenfalls sehr dafür spräche, dass man ihn auch in den obersten Führungsgremien der Partei nie als ein BVP-Mitglied verstand. Speckner wiederum gelangte durch ein Interview mit einer leider nicht näher definierten Person aus dem Umfeld Kahrs zu der Erkenntnis, dass Kahr auf sehr undurchsichtigen Wegen wohl unbewusst Mitglied der BVP geworden war, sich zum Zeitpunkt seiner Amtsübernahme aber selbst nicht ganz sicher gewesen sei.⁷⁹⁷ Auch den Zeitgenossen gab die Frage nach Kahrs formellem Verhältnis zur BVP schon Rätsel auf. So musste Tage nach dem Amtsantritt Kahrs die führende Zeitung der Landeshauptstadt bezogen auf die BVP eingestehen: „Ob sie Herrn von Kahr in allen Stücken als ihren unbedingten Parteigänger ansehen will und kann, entzieht sich unserer Kenntnis.“⁷⁹⁸

Wie stand es also tatsächlich um das Verhältnis zwischen Kahr und der BVP? Obgleich es unwahrscheinlich erscheint, dass Kahr als ausgesprochener Feind des Parteiwesens tatsächlich über eine offizielle Mitgliedschaft in der Partei verfügte, so spielt dies am Ende doch keine vordergründige Rolle. Selbst sollte dies der Fall gewesen sein, so stellte sich Kahr der deutschen Öffentlichkeit niemals als Parteimitglied dar, sondern legte Wert auf überparteiliche Distanz. Eine wirkliche innere Bindung zur BVP besaß er nicht. Sein Bezug zur Partei ist vielmehr nur durch die zwingende Notwendigkeit der Kooperation zwischen dem Ministerpräsidenten mit der mächtigsten Partei des Freistaates zu verstehen. In diesem Sinne nahm er laut seinem Tagebuch regelmäßig an den Fraktionssitzungen der BVP, nicht aber an denen von Demokraten, Bauernbund oder Mittelpartei, teil und bezeichnete sie dementsprechend als „meine Fraktion.“⁷⁹⁹ Sollte eine förmliche Mitgliedschaft bestanden haben, so war diese rein pragmatisch. Dies bestätigt sich dadurch, dass Kahr nach seinem Abgang als Ministerpräsident diverse Einladungen der Partei zwar zu Kenntnis nahm, sie jedoch für geraume Zeit prinzipiell ablehnte.⁸⁰⁰ Die überwiegende Ansicht der Geschichtsschreibung, Kahr sei parteilos gewesen,⁸⁰¹ mag zwar streng formal diskussionswürdig sein, in ihrer Grundaussage aber bleibt sie richtig.

⁷⁹⁶ Vgl. Sitzung der BVP Landtagsfraktion vom 17.3.1920, ACSP, Protokolle der BVP-Landtagsfraktion.

⁷⁹⁷ Vgl. Speckner, Ordnungszelle, S. 130.

⁷⁹⁸ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 112/113 vom 21.3.1920.

⁷⁹⁹ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 142.

⁸⁰⁰ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 956.

⁸⁰¹ Bei Schwend ist lediglich die Rede von „keiner inneren Bindung.“ Schwend, Bayern, S. 153. Neuere Werke hingegen gehen klar von einer Parteilosigkeit Kahrs aus, Vgl. Sperl, Wirtschaft, S. 401.

Für das Verhältnis des Protestanten Gustav von Kahr zum politischen Katholizismus der Weimarer Republik war die Abspaltung der BVP vom Reichszentrum durch Heim und Schlittenbauer 1918 sowie die zwei Jahre später folgende Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft im Reichstag sicherlich eine wichtige Voraussetzung. Hierdurch erhielt die BVP erst den großen Spielraum in den verfassungsrechtlichen Fragen der Weimarer Zeit, der sie vom Zentrum und Politikern wie Matthias Erzberger so eindeutig unterschied. Hierdurch erst konnte sich die scharfe Oppositionshaltung zum Weimarer System ausformen. Hierdurch erst wurde das Entstehen des verfassungskritischen und sehr föderalistischen Bamberger Programms ermöglicht, welches den Kurs der BVP in den nächsten Jahren prägen sollte.⁸⁰² Während wesentliche Teile des deutschen Zentrums, allen voran Matthias Erzberger und Josef Wirth, der neuen Staatsform durchaus positiv gegenüberstanden und somit über einen bloßen Vernunftrepublikanismus hinausgingen, ging die Entwicklung in der BVP im Grunde über einen gemäßigten, vernunftrepublikanischen Flügel nicht hinaus, während stark föderalistische Ansichten und Verklärung der vorrepublikanischen Vergangenheit sich hier deutlich mehr verfestigten.⁸⁰³ Diese Sonderrolle der bayerischen Konservativen zeigte sich schon 1917, als das damalige bayerische Zentrum sich gegen die Friedens- und Demokratisierungsbestrebungen des Zentrums unter Matthias Erzberger verwahrte.⁸⁰⁴ Ein stärker verwurzelter Monarchismus und ein „orthodoxer und bekenntnishafter Föderalismus, für dessen Verfechter die Begriffe Parlamentarisierung und Unitarisierung in einem kausalen Zusammenhang standen, zwei Seiten einer – schlechten – Medaille waren“⁸⁰⁵, waren die Beweggründe, die den katholischen Konservatismus in Bayern schon immer, ab diesem Zeitpunkt aber immer deutlicher aus der politischen Einheitsfront der Katholiken⁸⁰⁶ des Reichs herauslöste. Nach der Revolution verschärfte sich sofort die Ablehnung Berlins in der jungen BVP und Heim führte schon im November 1918, als in Bayern noch Eisner herrschte, wahre Hetztiraden gegen den

⁸⁰² Vgl. Speckner, Ordnungszelle, S. 100. Vgl. ferner Kraus, Geschichte, S. 662.

⁸⁰³ Vgl. Seefried, Verfassungspragmatismus, S. 60ff.. Vgl. ferner Schönhoven, Volkspartei, S. 20; Kraus, Geschichte, S. 672; Spindler, Handbuch VI/I, S. 474.

⁸⁰⁴ Held beispielsweise hatte damals im Gegensatz zum Reichszentrum die Friedensresolution des Reichstages öffentlich verurteilt, den uneingeschränkten U-Bootkrieg klar in Schutz genommen und angekündigt, dass das Bayerische Zentrum sich nicht „vererzbergern“ lasse. Es zeigte sich durch diese Aussagen unmissverständlich, dass das Zentrum in Bayern um ein sehr deutliches Maß weiter rechts stand, als dies im Reich der Fall war. Vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 19.

⁸⁰⁵ Schönhoven, Volkspartei, S. 19.

⁸⁰⁶ Der religiöse Aspekt motivierte den Unterschied zwischen dem Zentrum etwa in Preußen und der abtrünnigen BVP in Bayern entscheidend mit. Während sich preußische Zentrumspolitiker von einem durch sie mitgestalteten Einheitsstaat mehr Freiräume als in einem protestantisch dominierten Preußen erhofften, war Bayern für die BVP bereits ein Staat, der dem katholischen Glauben mehr Wohlwollen schenkte, als es ein deutscher Einheitsstaat je könnte. Vgl. John, Bundesstaat, S. 117.

Bolschewismus auf, der aus dem „verseuchten Berlin“⁸⁰⁷ nach Bayern ströme. Die Partei verfolgte einen Kurs, der sich zunächst auf die Ausgestaltung Bayerns konzentrierte und nach gegebenen Tatsachen eine Ausstrahlung der bayerischen Verhältnisse auf das Reich für wahrscheinlich hielt. Die Möglichkeit, die Dinge von Anfang an in Zusammenarbeit mit dem gesamten Reich und seinen politischen Kräften zu gestalten, stand dabei nicht zur Debatte.⁸⁰⁸ Die BVP war Sinnbild einer Entwicklung, die sicherlich voll und ganz im Sinne Kahrs war und die eine Zusammenarbeit mit ihm ermöglichte.⁸⁰⁹ Zusätzliche Erleichterung brachte der Umstand, dass in den BVP Fraktionen sowohl im Reichstag als auch im Landtag Berufsgruppen dominierten, denen Kahr am meisten zugeneigt war: Bauern und Beamte.⁸¹⁰

Im Alltag war die größte Partei für Kahr zur Verwirklichung seiner Ziele weit bedeutsamer als die kleinen Koalitionsparteien, ein unersetzlicher Partner. Auch wenn er ideologisch ein Gegner des Parlamentarismus war, so konnte er in der Praxis die Gegebenheiten doch nicht ausblenden. Die Partnerschaft wurde vor allem durch Kahrs Vertrauensverhältnis zu Fraktionschef Heinrich Held getragen. Dementsprechend notierte Kahr nach dem Bruch mit Held im September 1921 in seinem Tagebuch: „In diesem Augenblick hatte ich das Gefühl der parteipolitischen Vereinsamung und war mir klar, dass ich unter Umständen das Amt nicht weiterführen würde.“⁸¹¹ Auch während der Amtszeit konnte Kahr die BVP nicht egal sein, wollte er seine Macht erhalten. Mit Parteichef Speck besprach er im März 1921 die in Augen Kahrs schlechte Finanzlage der Partei und bot sich als Spendensammler an.⁸¹² Beides sind Passagen, die er - wie manch andere Erwähnung von Kontakten und Gesprächen mit den Vertretern der BVP - in seinen späteren Lebenserinnerungen aus Verbitterung heraus aussparte, um sich alleine als den schaffenden Mann darzustellen und die Kooperation mit einer Partei zu verleugnen. Doch selbst nach seinem Rücktritt war ihm klar, dass es ohne die BVP nicht gehen würde. Noch nach den Zerwürfnissen des September 1921 stellte er in einem Schreiben an den BVP Landesausschuss fest, dass er trotz allem weiterhin an den grundsätzlichen Zielen der Partei festhalte.⁸¹³

⁸⁰⁷ Zit. bei Schönhoven, Volkspartei, S. 29.

⁸⁰⁸ Vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 40.

⁸⁰⁹ So stellt Altendorfer fest, dass in Kahrs Antrittsrede „alle wesentlichen Forderungen“ der BVP enthalten waren. Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 133.

⁸¹⁰ Zur Berufsverteilung in den Fraktionen der BVP siehe die Tabellen bei: Schönhoven, Volkspartei, S. 75 und S. 81.

⁸¹¹ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 139f.

⁸¹² Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 101f.

⁸¹³ Kahr an den Landesausschuss der BVP am 18.9.1921, BayHStA, MA 102068.

Dennoch kannte die Neigung des Ministerpräsidenten Kahr zur wichtigsten Partei des Freistaates Grenzen. Vor allem in angespannten Situationen kam es zu Belastungsproben. Das lag an Kahrs grundsätzlicher Auffassung, die BVP hätte ja ihm die Lenkung des Staates selbst anvertraut, sie habe ihn nun nach dieser Vertrauensäußerung zu unterstützen und sich möglichst nicht unaufgefordert in seine Geschäfte einzumischen. Heinrich Held verstand er dabei über Monate als den Mann, mit dem er das direkte Gespräch suchen konnte und der anschließend in der Fraktion für Ruhe zu sorgen hatte.⁸¹⁴ Wann immer die Partei, wenn auch nur in interner Diskussion, über den Kurs der Regierung reflektierte, wurde Kahr nervös und missmutig. Als er beispielsweise Anfang 1921 eine kurze Dienstreise nach Stuttgart unternahm und die BVP derweil in München Überlegungen anstellte, ob man in der Einwohnerwehrfrage nicht durch das Auswechseln der Führungskräfte Escherich und Kanzler einige Schärfe aus der Diskussion nehmen könnte und Escherich vielleicht etwas zu viel Einfluss auf die Staatsgeschäfte genieße, wehrte sich Kahr dagegen.⁸¹⁵ Sehr verärgert zeigte sich Kahr, als Georg Heim im Frühjahr 1921, auch nachdem ihn der bayerische Gesandte im Vorfeld der Reichstagsrede Heims zur Einwohnerwehr darauf hingewiesen hätte, dass er mit dieser den Anschauungen des Ministerpräsidenten widerspreche, einen Abbau der Einwohnerwehr in Bayern in Aussicht stellte.⁸¹⁶ Das werde sein Tun nicht beeinflussen, sondern nur erschweren, so gibt das offizielle Sitzungsprotokoll die Ansage Kahrs wieder.⁸¹⁷ In seinen späteren Lebenserinnerungen sollte Kahr seine damalige Kritik an der BVP-Fraktion noch wesentlich verschärft darstellen.⁸¹⁸ Dies belegt abermals, dass er, auch wenn er im inneren Zwist mit der Partei stand, im Tagesgeschäft doch mehr von der BVP abhängig war, als er es später darstellen wollte. Als mit dem Streit um den Ausnahmezustand im September 1921 die Regierungszeit Kahrs ihr Ende nahm und sich Held in Augen Kahrs zu

⁸¹⁴ So bittet Kahr den eigentlich erkrankten Held, der „an allen Ecken und Enden“ abgehe, im Februar 1921 nicht nur zu einer Besprechung in sein Büro, sondern auch anschließend trotz Krankheit an der Besprechung der Koalitionsführer teilzunehmen. Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 42.

⁸¹⁵ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 841. Kahr bestand vor der Koalition darauf, dass man Escherich mit einer angemessenen Dankbarkeit zu begegnen hätte. Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 91.

⁸¹⁶ In seinem Tagebuch beschreibt er seine Kritik an Heims Auftritt vor der BVP-Fraktion: „Eines müsste ich aber mit allem Nachdruck bemerken, dass mir die Erklärung des Herrn Dr. Heim im Reichstag außerordentlich bedenklich erscheine, wenn ich auch annehme, dass er damit einen besonderen, mir unbekanntem Zweck verfolge. Ich müsste es aber bedauern, dass diese Erklärung ohne vorherige Fühlungnahme mit mir abgegeben worden sei. (...) Ich ließe mich von niemanden, auch wenn er mein bester Freund wäre, in eine solche Situation gewaltsam hineinstellen.“ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 209f.

⁸¹⁷ Vgl. Kraupa, BVP-Fraktion, S. 86.

⁸¹⁸ So verzichtete Kahr in den späteren Lebenserinnerungen auf die Vermutung, dass Heim damit einen ihm unbekanntem Zweck verfolgt habe, und fügte stattdessen seinen angeblichen Satz ein: „Ich sei verantwortlich für die Politik in Bayern und müsste mich gegen solche eigenmächtige Seitensprünge verwahren.“ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 869.

eigenmächtigem Handeln gegenüber Berlin aufgeschwungen hatte, zeigte sich ein ähnliches Bild. Mit Held, dem Parteivorsitzenden Speck und auch mit der offiziellen BVP-Correspondenz konnte er in den Tagen vor dem Ende seiner Ministerpräsidentschaft kein Vertrauensverhältnis mehr entwickeln. "Wo bleibt da die Wahrhaftigkeit und die Möglichkeit zu disponieren!"⁸¹⁹, so polterte er in seinen Lebenserinnerungen. In seinem zeitnäher verfassten Tagebuch aber schreibt er, neben mancher Kritik, die schon erwähnte Passage vom Gefühl der „parteipolitischen Vereinsamung.“⁸²⁰ Kahr brauchte die BVP-Fraktion, auch wenn er nicht einig mit ihr war. Dass dies seine Abneigung gegen das Parlament und die Parteien im Laufe der Zeit, vor allem nach seinem Rücktritt, mehr und mehr steigerte, ist nachvollziehbar.

Was den Teil der BVP anging, mit dem Kahr nicht im Tagesgeschäft verbunden war, so zeigte sich ein einfacheres Bild. Offenkundige Distanz bestimmte die Beziehung Kahrs zum größten Teil der Reichstagsfraktion, die nicht nur aus lokalen Gründen weit weniger zu Berlin-feindlichen Auswüchsen bereit war, als dies in München der Fall sein mochte. Durch fast die gesamte Regierungszeit Kahrs unterstützten die BVP-Parlamentarier im Reichstag auch ohne offiziellen Sitz im Kabinett die Reichsregierung als „faktische Koalitionspartei“⁸²¹ und unterschieden sich somit vom Auftreten ihrer Parteifreunde in München. Ihr Anführer Prälat Johann Leicht war dem in Bayern viel gescholtenen Zentrum sehr zugeneigt, ein bekannter Gegner des rechten Flügels der BVP und den Reichskanzlern Fehrenbach und Wirth positiv verbunden. Er bemühte sich oft vergeblich um Ausgleich angesichts der gegenseitigen Attacken zwischen München und Berlin. Es gab also hier eine besondere Reibungsstelle zwischen Kahr und der ihn tragenden Partei. Dementsprechend war Kahr in München sehr darauf bedacht, bei den dortigen Parteiführern darauf hinzuwirken, dass die BVP im Reichstag sich nicht zu sehr an die Reichsregierung annäherte. Vor allem einen Eintritt des BVP Mannes Mayer ins Reichskabinett versuchte er mehrfach zu verhindern. Er verlangte im April 1921 sogar von Held, dass Mayer in diesem Fall aus der Partei auszuschneiden habe.⁸²²

Betrachtet man nun den Blick der BVP auf Kahr, so wurde dieser schnell zu einem Pfund, mit dem man Wuchern konnte. Die Logik, auf die man hier setzte, war bestechend

⁸¹⁹ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 938.

⁸²⁰ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 140.

⁸²¹ Maga, Leicht, S. 89.

⁸²² Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 176.

einfach: Wer BVP wählt, wählt damit auch Kahr, den Garanten für Ruhe und Ordnung.⁸²³ Die BVP, nicht die kleinen Parteien, hatte ihn als über den Dingen stehenden Fachmann im Landtag vorgeschlagen.⁸²⁴ Auf dem Parteitag der BVP stellte sich der Parteivorsitzende Speck am 11. Juni 1920 vor dem Hintergrund des glänzenden Wahlergebnisses, das die BVP endgültig zur dominierenden Kraft im Freistaat gemacht hatte, demonstrativ hinter Kahr und dessen Politik der Ruhe und Ordnung.⁸²⁵ Die Beliebtheit Kahrs, in deren Licht sich die Parteispitze gerne sonnte, blieb ein wesentlicher Faktor bei den Überlegungen der Volkspartei. Dementsprechend stellte sich die BVP-nahe Presse, allen voran der Bayerische Kurier und die BVP-Correspondenz, hinter den Ministerpräsidenten Kahr.⁸²⁶ Die der Partei wohlgesonnenen Organe behielten die Unterstützung bis zum Ende der Ministerpräsidentschaft bei und hielten Kritik von Kahr fern. So schrieb die BVP-Correspondenz noch kurz vor dem Rücktritt Kahrs von einem „Roten Krieg gegen die Regierung Kahr“ und vermittelte die Nachricht, dass wider allen Gerüchten Held und Kahr sich „völlig einig“⁸²⁷ seien. Sie wagte es also nicht, der Bevölkerung die gegen Kahr gerichtete Haltung der Landtagsfraktion zur Thematik des Ausnahmezustandes nahe zu bringen. Dieser Stil der öffentlichen Demonstration von Einigkeit zwischen Kahr und der Partei war und blieb Programm, auch wenn sich intern hin und wieder Komplikationen in inhaltlichen Fragen, etwa zum Kurs in der Einwohnerwehrpolitik, eingestellt hatten. Kahr war, wie der Parteivorsitzende Speck noch im September 1921 in der Fraktionssitzung betonte, notwendig für die Partei geworden.⁸²⁸ So erklärt es sich, dass Held trotz aller offenkundigen Differenzen am 15. September 1921 nach Berchtesgaden reiste und Kahr, der sich dorthin zurückgezogen hatte, zur erneuten Übernahme der Ministerpräsidentschaft aufforderte. Er fand dabei nicht nur einen gekränkten Gustav von Kahr vor, sondern auch eine große

⁸²³ Mit sehr nach Kahr klingenden Schlagworten wie „Ruhe, Ordnung und Sicherheit, Herrschaft von Recht und Gesetz, Staatsautorität“ warb die BVP in ihrer Hauptbroschüre im Landtagswahlkampf von 1920. Vgl. Speckner, Ordnungszelle, S. 139.

⁸²⁴ In einer Wahlkampfbroschüre der BVP von 1920 wurde dies betont. Die Broschüre bekannte sich im Folgenden ausführlich zu Kahr und seinen Fähigkeiten. Vgl. Generalsekretariat, ABC, S. 29. Nach Kahrs Wiederwahl schrieb der Generalsekretär der Partei Anton Pfeiffer an den Ministerpräsidenten: „Durch die ständige Fühlung mit allen Schichten unseres Volkes und mit unseren Parteifreunden in Stadt und Land habe ich erkennen können, dass für das glänzende Ergebnis der Wahlen in unserem Sinne hervorragend das große Vertrauen mit ausschlaggebend war, welches die Bevölkerung dem Wirken Eurer Exzellenz entgegenbringt. Seit März geht es wie ein Gefühl der moralischen Erleichterung durch unser Volk, obwohl als natürliche Folge früherer Verhältnisse auf wirtschaftlichem Gebiet sich noch weitere Regressionen geltend machten.“ Pfeiffer an Kahr am 16.7.1920, BayHStA, MA 102381.

⁸²⁵ Vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 40.

⁸²⁶ Vgl. Hoser, Tagespresse, S. 438.

⁸²⁷ BVP-Correspondenz vom 8.9.1921.

⁸²⁸ Vgl. Kraupa, BVP-Fraktion, S. 104.

Menschenmasse vor dem Schloss, die Kahr huldigte. Angesichts der gegen die BVP und ihre führenden Männer schlagenden Stimmung war es der Partei jedoch unmöglich, Kahrs Angebot, der nur unter der Voraussetzung augenblicklicher Neuwahlen und am besten mitsamt dem deutschnationalen Justizminister Roth ins Amt zurückkehren wollte, anzunehmen. Zu groß wären die Risiken einer solchen Neuwahl für die Partei gewesen.⁸²⁹ Dennoch: Sie hatte sich ein ganzes Stück weit vom populären Kahr vor sich hertreiben lassen.

Am Ende ist Elina Kiiskinen in ihrer Annahme Recht zu geben, nach welcher dieses Angebot Helds an Kahr vor allem parteitaktisch zu sehen ist. Kahr wurde vom Volk gerade nach seinem Standhaftbleiben und dem daraus resultierenden Rücktritt wie ein Märtyrer gefeiert, die BVP musste möglichst verhindern, dass ihr in der Öffentlichkeit die Schuld an seinem Rückzug zugesprochen würde. Dass Kahr jedoch gemeinsam mit der Presse der Mittelpartei Neuwahlen im Land verlangte und somit die Stimmung im Land alles andere als zu Gunsten der BVP weiter anheizen wollte, dürfte jedoch auch bei den Konservativen die Erkenntnis ergeben haben, dass sich Kahr innerlich zu weit von der BVP distanziert hatte,⁸³⁰ oder, wie Schwend es formulierte: „Das Vertrauen der Regierungsparteien bedeutete ihm in der Abschätzung seiner politischen Hilfsvölker am wenigsten.“⁸³¹ Die BVP beachtete lange zu wenig, dass im Umfeld Kahrs sich mit Verbänden und Deutschnationalen auch Kräfte in Bayern breit machten, auf die sie keinen Einfluss hatte. Der Journalist Karl Graf Bothmer, selbst nicht nur Mitglied des Bayerischen Königsbundes, sondern auch der Thulegesellschaft,⁸³² schrieb beispielsweise schon einige Wochen nach Kahrs Amtsantritt an Heim, dass die BVP den anwachsenden Einflüssen radikaler, deutschnationaler und extrem antisemitischer Kräfte in Wahrheit in „ländlicher Naivität“⁸³³ hilflos gegenüberstehe. Ein durch antisemitischen Fanatismus zusammengeschweißtes Bündnis aller möglichen Kräfte, vom ehrlichen Föderalisten bis zum preußischen Hegemonisten, ziehe jenseits der BVP ungehindert seine Fäden im Freistaat. Dass derzeit viel norddeutsches Geld in die bayerische Politik fließe, sei korrekt, so Heims nüchterne Antwort.⁸³⁴ In Wahrheit musste die BVP einsehen, dass ihr Ministerpräsident in großem Maße Einflüssen, beispielsweise aus der Richtung

⁸²⁹ Vgl. Keßler, Held, S. 435ff. Vgl. ferner Kahr, Lebenserinnerungen, S. 944ff.

⁸³⁰ Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 148ff.

⁸³¹ Schwend, Bayern, S. 175.

⁸³² Vgl. Menges, Freistaat, S. 204.

⁸³³ Bothmer an Heim am 24.6.1920, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2605.

⁸³⁴ Vgl. Heim an Bothmer am 26.6.1920, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2605.

Pöhners, unterlag, die nicht aus den Reihen der Partei stammten.⁸³⁵ Den politisch unbescholtenen Fachmann, den sie nach ihrem Willen formen und lenken hätte können, bekam die BVP in Kahr somit nicht.

Mit Sicherheit nicht ernst zu nehmen ist ein Brief, in dem Kahr am 11.9.1921 Heinrich Held in überraschend mildem Ton nochmals seine Bedingung zum Verbleib im Amt darlegte, nämlich dass der Ausnahmezustand nicht jetzt, sondern erst „sobald die Verhältnisse es gestatten“ aufgehoben werden sollte. Kahr versicherte darin, der BVP auch dann keine Schwierigkeiten zu machen, wenn sie sich gegen ihn entscheide.⁸³⁶ Diese Versicherung Kahrs war entweder sehr naiv von dem Glauben beseelt, dass die BVP am Ende doch nicht auf ihn verzichten würde, aus einer gewissen Traurigkeit über den Bruch mit Held motiviert oder eine schlichte Täuschung. Denn Kahrs Verhalten gegenüber der neuen Regierung Lerchenfeld sollte sich als alles andere als komplikationsmindernd erweisen. Es war der BVP nicht dienlich. Ihr Tun beleuchtete er äußerst kritisch und ihr seiner Ansicht nach illoyales Verhalten vergaß er ihr nie wieder. Als Georg Heim Anfang 1922 versöhnliche Worte in Richtung des Reichskanzlers Wirth richtete, kommentierte Kahr in seinen Erinnerungen genüsslich: "Leichter als Dr. Heim ist eine Sau an ihrem eingeseiften Schwänzerl festzuhalten!"⁸³⁷ In einer mit Held öffentlich über die Presse geführten Kontroverse erklärte Kahr später, dass zwischen seinen und den Vorstellungen der BVP zu den Zielen bayerischer Politik sich grundsätzlich unterschiedliche Meinungen entwickelt hätten.⁸³⁸ Ganz wollte Kahr dennoch nicht seinen Stand in der Partei verlieren. Als ihm einige treueste Anhänger nach der Wahl Lerchenfelds ankündigten, sie hätten sich entschlossen, aus Solidarität zu Kahr aus der Partei auszutreten, äußerte Kahr laut seinen Erinnerungen: "Bleibt dort wohin euch alte Beziehungen binden und sorgt lieber dafür, dass es in der Partei das nächste Mal besser gemacht wird."⁸³⁹

⁸³⁵ Vgl. Keßler, Held, S. 431.

⁸³⁶ „Sollte er als unmöglich erscheinen, so ergibt sich für mich die Folge meines Ausscheidens. Für diesen Fall verspreche ich Dir, lieber Freund, dass ich alles, was in meinen Kräften steht, tun werde, um Komplikationen, die sich daraus ergeben könnten, zu vermeiden. Es sollen dadurch keine neuen Schwierigkeiten geschaffen werden.“ Kahr an Held am 11.9.1921, BayHStA, NL Kahr 32.

⁸³⁷ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1043.

⁸³⁸ Held hatte auf dem Parteitag der BVP im Mai 1922 bezüglich seiner Berchtesgadener Verhandlungen Kahr Nervenschwäche und gar Weinkrämpfe unterstellt, woraufhin Kahr sich zur Gegendarstellung in der „Münchener Post“ veranlasst sah. Gegenüber Schwyer, den die BVP als Vermittler zu Kahr entsandte, erklärte Kahr, Held könne froh sein, dass er nicht alles, was er über ihn wisse, erzähle. Helds Beschwichtigungsversuche kommentierte Kahr: "Wenn mich jemand totschlagen wolle, so könnte ich auf die Aussicht von ihm nachträglich einen Kranz gewidmet zu erhalten leicht verzichten." Kahr, Lebenserinnerungen, S. 957. Vgl. ferner Schwend, Bayern, S. 179.

⁸³⁹ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 954.

Die Beziehung Kahrs zur BVP hatte sich zusammenfassend sicherlich nicht so entwickelt, wie sich die Parteigrößen dies im März 1920 vorgestellt hatten. Kahr offenbarte sich als eigenständige politische Persönlichkeit mit regem Kontakt zu Kräften außerhalb der BVP, seien es vaterländische Verbände oder sei es die BMP. Er war sicherlich nicht als eine politische Marionette Heims oder Helds zu verstehen, auch wenn gerade diese Herren an mancher Stelle Kahr in seiner politischen Stoßrichtung beeinflusst haben mögen. Nachdem Kahr sich aber einmal eines Themas angenommen hatte, war er es, der die folgende Politik wesentlich zu prägen versuchte. Darüber verlor die BVP am Ende der Einwohnerwehrkrise wie auch im September 1921 weitestgehend die Kontrolle. Zum anderen geriet die BVP in eine nicht zu unterschätzende Abhängigkeit zu der überaus beliebten und im Volk gefeierten Figur Kahr, wie der Besuch Helds in Berchtesgaden anschaulich belegte. Das Bild eines von der BVP gelenkten Ministerpräsidenten entsprach im Falle Kahrs nicht der Realität. So unabhängig und selbstbewusst wie Kahr sich in seinen Lebenserinnerungen darstellen wollte, das zeigt der Vergleich mit den zeitnah verfassten Tagebuchaufzeichnungen, war er allerdings nicht. Auch er war abhängig von der BVP. Er konnte nicht umhin zuzugestehen, dass sie ihm zur Macht verholfen hatte und dass sie es war, die ihn dort halten musste. Vor allem sein enges Verhältnis zu Fraktionschef Held sollte ihm Garant für seine Ministerpräsidentenschaft sein, ohne dass er den Wunsch verspürt hätte, sich in der breiten Parteipolitik der BVP sonderlich zu engagieren. Es war eine Zweckbeziehung.

3.4.1.2. Ungleiche Partner: Kahr und die Demokraten

Schon anhand des weltanschaulichen Hintergrundes der Deutschen Demokratischen Partei wird schnell klar, dass die Kooperation zwischen der DDP und dem Ministerpräsidenten nicht nur spannungsgeladen war, sondern es sogar verwundern mag, warum sie überhaupt möglich erschien. Die bayerischen Demokraten waren als Teil der republikbejahenden sogenannten „Weimarer Koalition“ offen für den neuen Staat und gegen eine Wiederkehr der Monarchie.⁸⁴⁰ Die DDP im Reich beteiligte sich aus Überzeugung an so gut wie allen Reichsregierungen der 20er Jahre.⁸⁴¹ Ihre Mitglieder waren an der rückwärtsgewandten Grundhaltung Kahrs nicht interessiert. Im Vorfeld der

⁸⁴⁰ Vgl. Thränhardt, Wahlen, S. 134.

⁸⁴¹ Vgl. Evans, Reich, S. 158.

Wahl Kahrs zum Ministerpräsidenten gab es innerhalb der Partei sogar einige Bedenken, ob man sich überhaupt weiter an der bayerischen Regierung beteiligen sollte.⁸⁴² Das Bedürfnis nach einem Rechtsruck in der Politik war bei den Demokraten - im Gegensatz zu weiten Kreisen der übrigen Koalitionäre - während der Ministerpräsidentschaft Kahrs am wenigsten gegeben. Vielmehr betonte Pius Dirr, der Chef der demokratischen Fraktion, im Landtag, dass seine Partei den Eintritt in die Regierung Kahr nicht als politischen Wechsel, sondern als Fortführung der Politik der Regierung Hoffmann sehe, an der die DDP seit dem Exil in Bamberg mitarbeite, wo man die Politik auf den Bahnen der bestehenden Verfassung voranzutreiben suchte. Ausdrücklich und deutlich glaubhafter als einige BVP Vertreter vor ihm bedauerte er, dass die Sozialdemokraten sich einem Wiedereintritt in die Regierung verweigerten.⁸⁴³

Dass diese Fortführung der Politik der Regierung Hoffmann ein frommer Wunsch blieb, muss nicht näher erläutert werden. Schon im April 1920 gerieten die DDP Abgeordneten Hohmann und Dirr mit Kahr aneinander. Sie forderten ein entschiedenes Vorgehen gegen den eng mit Kahr verbundenen Polizeipräsidenten von München, Pöhner. Dieser hatte im Zuge des Kapp Putsches verfassungsfeindliche Plakate⁸⁴⁴ zumindest toleriert. In einer eigens einberufenen Besprechung stellte sich Kahr jedoch demonstrativ hinter Pöhner und wiegelte ab. Der mit ihm auf Seiten der Exekutive stehende Pöhner stand ihm deutlich näher als die kritischen DDP-Parlamentarier. Zufriedenheit auf Seiten der Demokraten konnte er so nicht erreichen.⁸⁴⁵ Umso härter musste es die DDP treffen, als Kahr ihr schlechtes Abschneiden bei den Juniwahlen von 1920 zum Anlass nahm, den demokratischen Justizminister Müller-Meinigen gegen den Deutschnationalen Christian Roth auszuwechseln.⁸⁴⁶ Die auch in der Folgezeit auftretenden, latenten Spannungen zwischen Kahr und den Demokraten zeigten sich vor allem in den Wortgefechten, die der Ministerpräsident mit dem verbliebenen demokratischen Vertreter am Kabinetttisch, Handelsminister Eduard Hamm, austrug. Hamm war, obgleich er sich als Kabinettsmitglied nie im Prinzip gegen die Politik der Regierung Kahr stellte, der wohl größte Kritiker Kahrs. Und dementsprechend auch immer ein rotes Tuch für Kahr. Hamm mische sich in alle Ressorts, hinterfrage ständig alles und habe andauernd Bedenken, so

⁸⁴² Vgl. Schilcher, Parlamentarismus, S. 150.

⁸⁴³ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 5. Sitzung vom 22.7.1920.

⁸⁴⁴ Die Aufsicht über die Plakatierung in München unterstand laut bayerischem Ausnahmezustand dem als Staatskommissar beauftragten Polizeipräsidenten der Stadt. Vgl. Lange, Bayern, S. 96f.

⁸⁴⁵ Niederschrift der Besprechung vom 13.4.1920, BayHStA, NL Hamm 57.

⁸⁴⁶ Vgl. Schilcher, Parlamentarismus, S. 151.

der Tenor an vielen Stellen in Kahrs Tagebuch. Es sei „fast nicht mehr zu ertragen.“⁸⁴⁷ Nach seinem Rücktritt schrieb Kahr mit Blick auf seinen – in Kahrs Augen schwachen – Nachfolger Lerchenfeld: „Minister Hamm hat ihm gegenüber jedenfalls Oberwasser. Das demokratische System ‘einerseits und andererseits’ hat gesiegt.“⁸⁴⁸ Für die polternde Politik des Ministerpräsidenten hatte Hamm keinen Sinn. Kurz vor dem Landesschießen kritisierte er das Vorhaben wegen seiner undiplomatischen Effekte nicht nur im Ministerrat, er legte sogar stellenweise schriftlichen Protest gegenüber seinen Kollegen ein.⁸⁴⁹ Auch die in den Auftritten Kahrs immer wieder geäußerte Ansicht, dass sittliche Fragen und die vaterländische Erneuerung elementarer seien als die Versorgung der Menschen, stieß bei Hamm auf offene Kritik. Von einer Reise nach Nordbayern zurückgekehrt berichtete er vor dem Ministerrat, die dortigen Arbeiter seien „jetzt der Phraseologie müde (...) Wenn sie Kartoffeln usw. bekämen, seien sie zufrieden.“⁸⁵⁰ Hamm nahm seine Rolle als Querdenker der Regierung ernst und hätte sie gerne noch weiter ausgebaut. So beschwerte er sich darüber, dass die Sitzungen des Ministerrats häufig sehr spontan einberufen würden, wodurch er sich nicht immer so vorbereiten könne, wie er gerne wollte.⁸⁵¹ Dass Kahr an einem solch zähen Willen zur kritischen Begleitung seines Tuns durch einen Demokraten kaum Gefallen finden konnte, ist naheliegend.

Im Landtag erwiesen sich die Demokraten ebenso wenig als blauäugige Gefolgsleute Kahrs. So kritisierte Fraktionschef Pius Dirr im März 1921 in Anwesenheit des Ministerpräsidenten die seiner Meinung nach übertriebenen Anstrengungen Bayerns im Bereich der Polizei und der Ausnahmeregelungen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit. Der Ministerpräsident habe selbst einmal gesagt, dass ein Volk von Sittlichkeit und Selbstdisziplin gar nicht viel Polizei brauche. Wenn die Worte des Regierungschefs aber wahr seien, dann müsste Bayern in Sachen Sittlichkeit offenbar noch weit hinter den übrigen deutschen Staaten zurückstehen. Dirr traf mit dieser spitzen Aussage schon Monate vorher genau in den Themenkreis, der im September 1921 mit Kahrs Rücktritt

⁸⁴⁷ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 38.

⁸⁴⁸ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 209.

⁸⁴⁹ Vgl. Ministerratssitzung vom 21.9.1920, BayHStA, MA 99515. Auch wenn Hamm keineswegs ein Feind der Einwohnerwehr war, so stellte er doch unmissverständlich sein Missfallen an Kahrs öffentlichen Auftritten zu dem Thema klar. Während einer Ministerratssitzung im Zuge der Entwaffnungsforderungen von Spa ließ er dem Ministerpräsidenten einen unmissverständlichen Seitenhieb zukommen und gab ihm die Mitschuld daran, dass die Entente weiterhin auf die Entwaffnung bestehen müsse: „Es ist bei uns etwas zu viel geredet worden auch im Lande bei Schützenfesten u. dergl. und wenig Rücksicht darauf genommen worden, dass die Entente alles erfährt, wenn sie will.“ Ministerratssitzung vom 9.7.1920, BayHStA, MA 99515.

⁸⁵⁰ Ministerratssitzung vom 27.9.1920, BayHStA, MA 99515.

⁸⁵¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 25.5.1921, BayHStA, MA 99516.

verbunden sein sollte.⁸⁵² Als Dirr, ebenfalls im Vorgriff auf diese Geschehnisse, auch noch öffentlich die Hinzuziehung von Koalitionsvertretern zu Verhandlungen der Staatsregierung mit beispielsweise der Reichsregierung forderte, und Kahr sich außerdem von der demokratischen Presse kritisiert fühlte, kam es gar zu einer „ernstlichen Aussprache“⁸⁵³ zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Anführer der DDP im Landtag. Er erwartete von der demokratischen Presse, wie er in sein Tagebuch notierte, dass sie „verletzende oder feindliche Äußerungen unterlasse.“⁸⁵⁴ Die Pressepolitik blieb dabei kein einseitiges Problem zwischen Kahr und den Demokraten. Auch die Kahr allzu treu ergebene bayerische Presselandschaft und die Arbeit der Pressestelle des Ministerpräsidenten missfiel der DDP zunehmend, sodass letzterer den Vorwurf einer reinen „Hauspropagandapolitik“⁸⁵⁵ machte und fehlende Sachlichkeit beklagte. Als im Fortlauf des Jahres sich Kahrs Niederlage im Kampf um die Einwohnerwehr immer mehr herauskristallisierte, verschlechterte sich die Stimmung zwischen dem Ministerpräsidenten und den Demokraten noch mehr. Zu dem eisernen Festhalten an der Einwohnerwehr in Kahrs Sinne war die DDP nicht mehr bereit. Minister Hamm „belastete meine Geduld bis aufs Äußerste“⁸⁵⁶, so erinnerte sich Kahr später an jene Zeit.

Am Ende der Regierungszeit war Kahr mit den Demokraten ganz und gar verfeindet. Nach seinem Rücktritt im September 1921, als Heinrich Held in Berchtesgaden mit Kahr über eine Wiederaufnahme des Amtes verhandelte, formulierte Kahr sogar den Wunsch, die Demokraten von der politischen Bühne Bayerns zu stürzen.⁸⁵⁷ Als Ziel, das seinen Vorstellungen entspräche, stellte Kahr eine möglichst mit parlamentarischer Zweidrittelmehrheit ausgestattete Koalition aus BVP, Mittelpartei und Bauernbund, jedoch ohne DDP dar. Am Ende konnte sich Kahrs Abneigung zum parlamentarischen System nur in einer Abneigung zur Demokratischen Partei fortsetzen. Dass die DDP dennoch erst im Kabinett des deutlich gemäßigteren Grafen Lerchenfeld aus der

⁸⁵² Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtages, 53. Sitzung vom 15. März 1921.

⁸⁵³ Kahr hielt als Essenz seiner Ausführungen fest: "Die etwaige Beigabe eines parlamentarischen Beirates für meine Verhandlungen mit Berlin würde ich mir niemals gefallen lassen und mich niemals damit abfinden, dazu sei ich mir zu gut. Wenn die Mehrheit des Landtages einen richtigen Mann haben wolle für die Leitung der Regierungsgeschäfte, so müsse sie ihm auch achtungsvolles Vertrauen entgegenbringen. Wolle sie aber einen Funktionär, so müsse sie sich umschaun, wer sich dazu hergebe. Mangel an solchen Leuten bestehe ja heutzutage nicht." Kahr, Lebenserinnerungen, S.861.

⁸⁵⁴ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 166.

⁸⁵⁵ Zit. bei Hoser, Tagespresse, S. 445.

⁸⁵⁶ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 872.

⁸⁵⁷ Kahr forderte Neuwahlen von Held, von denen er sich u.a. starke Verluste für die DDP erhoffte: „Die Demokraten würden wohl in der Hauptsache aus dem Landtag verschwinden, die Mittelpartei einigen Zuwachs erfahren.“ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 945.

Regierung schied, während sie die beiden Kabinette Kahrs über die ganze Zeit mitgetragen hatte, wirkt im Rückblick geradezu ironisch.

3.4.1.3. Kahr und der Bayerische Bauernbund

Das Verhältnis zwischen dem Ministerpräsidenten von Kahr und dem Bauernbund war grundsätzlich nicht von solch tieferen Konflikten belastet, wie es zwischen Kahr und den Demokraten der Fall war. Dies lag vor allem daran, dass die Prioritätensetzung des Bauernbundes, nämlich eine bodenständige Landwirtschaftspolitik deutlich vor jeder Grundsatzdiskussion über eine künftige Gestaltung Deutschlands, kaum mit der des Ministerpräsidenten in Konflikt kam. Dennoch bot Kahrs Forderung nach einer Rückgewinnung stärkerer Selbstständigkeit für Bayern eine gesunde Grundlage für die Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bauernbund, stand dieser Wille doch bei ihm ganz genauso wie beim Christlichen Bauernverein, der von Georg Heim geführten und BVP-nahen Konkurrenz des Bundes, als unumstrittenes Ziel fest.⁸⁵⁸

Kahr war den Bündlern als einer Vertretergruppe der ihm in der Regel wohlgesonnenen Landbevölkerung grundsätzlich zugeneigt. Dies hatte freilich nichts mit dem Parteiprogramm des Bundes, seiner in der Vergangenheit oft teils rebellischen Haltung oder gar seiner opportunistischen Unterstützung Kurt Eisners in der Revolution zu tun. Es spiegelte eine gewisse Agrarromantik wider, die sich schon viele Jahre in Kahr verfestigt hatte. Während eines Sommerurlaubs 1921 durchwanderte er auf dem Land in Niederbayern Hochburgen des Bauernbundes und freute sich ausdrücklich, mit einigen bäuerlichen Anhängern dieser Partei in ganz zwanglosen Kontakt gekommen zu sein.⁸⁵⁹ Schon seit seines Einsatzes für eine große volkskundliche Ausstellung während seiner Zeit im Allgäu, zeigt Kahrs spätere Begründung klar seine ideologiebelastete, aber sehr positive Einstellung zum alten Bauernstand gegenüber modernen Kräften oder gar der Arbeiterschaft: „Durch diese wollte ich den Bauern und Bürgern des Kaufbeurer Landes zeigen, wie fein, wie geschmackvoll und zugleich praktisch ihre Vorfahren gewohnt und gelebt haben.“⁸⁶⁰ In dieser Sehnsucht nach dem Erhalt des bayerischen Bauerntums ist die große, grundsätzliche Gemeinsamkeit im Denken Kahrs und der Männer des

⁸⁵⁸ Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 119.

⁸⁵⁹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 909.

⁸⁶⁰ Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

Bayerischen Bauernbundes zu sehen, die ein gewisses Wohlwollen Kahrs gegenüber den Bündlern begründete. Dass Kahr sich aber mit dem Programm des Bundes näher befasst hätte, oder gar gesteigerten Wert auf die Teilnahme von streitbaren Bauern an der Politik im Parlament gelegt hätte, ist jedoch nicht anzunehmen.

Aus Sicht des Bauernbundes wiederum bestand ein wesentlich größeres Interesse daran, sich mit den Politikern der BVP, vor allem jenen aus den Reihen des Christlichen Bauernvereins, und der Mittelpartei zu reiben, als mit der Person des Ministerpräsidenten. So betonte der Fraktionsführer des Bundes Staedele im Juli 1920 vor dem Plenum des Landtags, dass der Bayerische Bauernbund angesichts der angriffslustigen Agitation der Bayerischen Volkspartei gegen ihren bündlerischen Koalitionspartner eigentlich wenig Veranlassung sehe, erneut an der Regierungskoalition teilzunehmen. Positiv aber hob er hervor, dass man mit dem Programm des Ministerpräsidenten einverstanden sei und man ihn gerne unterstütze: „Erfreulich ist, dass er Staatspolitik und nicht Parteipolitik treiben will.“⁸⁶¹ Man muss also davon ausgehen, dass gerade das überparteiliche Image Kahrs dem Bauernbund entgegenkam und er dem deutlich dem Vorzug vor einem ausgesprochenen Vertreter der BVP oder gar des Christlichen Bauernvereins gegeben hatte.

Dieses grundsätzliche Wohlwollen zwischen Kahr und dem Bauernbund soll natürlich nicht über einzelne Konflikte hinwegtäuschen. Diese traten immer in den Fällen zu Tage, wenn die Politik Kahrs sich gegen althergebrachte Grundsätze des Bauernbundes stellte. So etwa, als sehr zum Ärger des Ministerpräsidenten kurz nach dem Ende der Einwohnerwehr von Seiten des Landtages eine Initiative zur Schulpflege auf den Dörfern gestartet wurde. Die Staatsregierung hatte eine Verordnung erlassen, wonach der Vorsitzende der Schulpflege vor Ort zu wählen sei. Die gegenüber dem Klerus traditionell sehr kritischen Bauernbündler fürchteten nun - ebenso wie die Demokraten und Deutschnationale - dass im katholischen Bayern vor Ort auf diese Weise viel zu oft der Pfarrer gewählt und so die staatliche Schulaufsicht untergraben würde. Sie bezogen damit in einem klassischen Thema des Bauernbundes die klassische Haltung des Bauernbundes – zum Ärger des Ministerpräsidenten. Kahr war in diesem Falle in erster Linie darüber erobert, dass der Landtag es überhaupt unternahm, eine Verordnung der Regierung umbauen zu wollen, während er dem Thema selbst recht nüchtern gegenüberstand, ohne aber einen Handlungsbedarf zu sehen. Er verdeutlichte, dass diese Dinge ausschließlich

⁸⁶¹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 5. Sitzung vom 22.6.1920.

durch Ministerialerlass zu regeln seien und wenn das Parlament seinen Ministerrat zu „Hausknechten“⁸⁶² degradieren wolle, dann müsse es sich dafür jemand anderes suchen.

Die stärkste Konfliktgefahr war zu verzeichnen, wenn der Bereich der Wirtschafts- und vor allem der Landwirtschaftspolitik berührt wurde. Im politischen Alltag wurde dadurch das Verhältnis zum bündlerischen Landwirtschaftsminister Wutzlhofer stellenweise getrübt. Als beispielsweise Wutzlhofer im Frühjahr 1921 Kahr aufsuchte, um ihm wirtschaftliche Bedenken zu denkbaren Sanktionen der Entente vorzutragen, reagierte Kahr völlig desinteressiert an den Aussagen seines Ministerkollegen.⁸⁶³ Generell war Kahr weder hinsichtlich der - von ihm so wertgeschätzten - Öffentlichkeits- und Pressearbeit, noch hinsichtlich der Informationsweiterleitung an den Ministerrat ganz mit seinem Landwirtschaftsminister zufrieden. Eine Rüge, die sich Wutzlhofer im Mai 1920 vor dem Ministerrat einholte, belegt eine gewisse Skepsis gegenüber dem Tun des Landwirtschaftsministers.⁸⁶⁴ Dies lässt sich vor allem durch einige grundsätzlich unterschiedliche Zielvorstellungen verstehen. Während Kahr niedrige Lebensmittelpreise als Beruhigung für das Volk ansah und Wutzlhofer dazu antreiben⁸⁶⁵ musste, sich in diesem Sinne zu betätigen, dachte Wutzlhofer naheliegender Weise daran, dass niedrige Lebensmittelpreise die Gewinnspanne der Erzeuger, und solche waren fast alle Wähler des Bauernbundes, senken würde. Er hielt sich dementsprechend zurück.⁸⁶⁶ Wo er konnte, versuchte er, Verantwortung von den bayerischen Bauern abzuwenden.⁸⁶⁷ Die Problematik um die Bedürfnisse der Verbraucher gegenüber denen der Erzeuger blieb jedoch weiter bestehen und gerade die radikalen Bauernbündler in Niederbayern waren es, die den oftmals „rigorosen Egoismus großer Teile der Bauernschaft“⁸⁶⁸ noch propagandistisch befeuerten. Die Zwangswirtschaft, die seit Kriegsbeginn die Versorgung Deutschlands sicherzustellen hatte, wurde vom Bauernbund am deutlichsten

⁸⁶² Kahr, Lebenserinnerungen, S. 913.

⁸⁶³ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 148.

⁸⁶⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 7.5.1920, BayHStA, MA 99515.

⁸⁶⁵ Kahr fürchtete hier vor allem das Protestpotential der Arbeiter in der Stadt. Im Sommer 1921 forderte er Wutzlhofer auf, endlich aktiv zu werden und für die Regierung vorausschauend durch klare Verordnungen das Heft in die Hand zu nehmen, damit die Regierung am Ende nicht das Bild einer „Kapitulation vor der Gosse“ vermitteln würde. Vgl. Ministerratssitzung vom 25.8.1921, BayHStA, MA 99516.

⁸⁶⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 7.5.1920, BayHStA, MA 99515. Vgl. ferner Ministerratssitzung vom 3.9.1920, BayHStA, MA 99515.

⁸⁶⁷ So entschuldigte er eine Milchpreissteigerung einmal gleichzeitig mit dem Anstieg des Bierpreises, der hohen Kosten für Maschinen, einer Seuche und dem wirtschaftlichen Druck aus Württemberg. Vgl. Ministerratssitzung vom 25. 6.1920, BayHStA, MA 99515.

⁸⁶⁸ Bergmüller, Bauernbund, S. 179.

bekämpft und ihre stellenweise Aufhebung während der Regierungszeit Gustav von Kahrs sehr begrüßt.⁸⁶⁹

Dennoch stand der Bauernbund zur Ordnungszelle, solange sie eben seinen wirtschaftlichen Interessen nicht entgegenarbeitete. Dies schlug sich auch in der kritiklosen Unterstützung der Einwohnerwehrpolitik nieder, die die Partei vor allem aus Gründen des Besitzschutzes begrüßte.⁸⁷⁰ Missfallen an der Ordnungszellenpolitik Kahrs äußerte der Bauernbund nur sehr vereinzelt, beispielsweise als im Ministerrat im April 1920 das umstrittene Handeln des Polizeipräsidenten Pöhner während des Kapp Putsches diskutiert wurde.⁸⁷¹ Dieses Beispiel steht jedoch relativ alleine. Der Bauernbund blieb bei seiner grundsätzlichen Unterstützung Kahrs in der Krise um den Ausnahmezustand im September 1921, die zum Rücktritt Kahrs führen sollte. In seinem Tagebuch bemerkt Kahr, dass die Bauernbündler hier offen Heinrich Held und nicht ihn unterstützt hätten.⁸⁷² Ab hier zeigten sich klare Risse in diesem Verhältnis des Bundes zu Kahr. Zwar nicht die Landtagsfraktion, wohl aber der Parteivorstand distanzierte sich von der Möglichkeit einer Rückkehr Kahrs. Den ganz offiziellen Bruch zu Kahr verschuldete erst Monate darauf eine Rede Kahrs. Als Kahr vor Studenten öffentlich die Rückkehr zur Monarchie propagierte, erklärte der bündlerische Fraktionsführer Städele, dass der Bauernbund von nun an die Politik Kahrs nicht mehr unterstützen wolle und sein heutiges Auftreten ablehne.⁸⁷³ So entfremdeten sich am Ende Bauernbund und Kahr, nachdem sie während dessen Ministerpräsidentschaft zumeist ganz unspektakulär kooperiert hatten.

3.4.1.4. Die Bayerische Mittelpartei – Kahrs wahre Stütze?

Mit der BMP war das Kabinett Kahrs um eine Kraft erweitert worden, die weiter rechts stand, als alle anderen Parteien der Koalition. Sie bestand zum deutlich überwiegenden Teil aus Vertretern des bayerischen Flügels der DNVP, war allerdings durch

⁸⁶⁹Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 180ff.

⁸⁷⁰ Vgl: Gordon, Hitlerputsch, S. 38. Nur der linke Flügel um den radikalen Bauernbündler Karl Gandorfer kritisierte über sein Organ, das Landauer Volksblatt, einzelne Führer der Einwohnerwehr, ohne jedoch den Sinn des bewaffneten Selbstschutzes an sich zu bezweifeln. Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 118f.

⁸⁷¹ Als Kahr seinen Weggefährten vor den Beschwerden, vor allem des Liberalen Müller-Meinigen, verteidigte, und auf einen Verbleib Pöhners im Amt hinwirkte, bezweifelte Landwirtschaftsminister Wutzlhofer die Notwendigkeit der Sache: „Der Bauernbund als solcher ist an der Person des Pöhner desinteressiert.“ Ministerratssitzung vom 12.4.1920, BayHStA, MA 99515.

⁸⁷² Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 142. Vgl. ferner Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 151.

⁸⁷³ Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 143.

Fraktionsgemeinschaft im Landtag noch um eine kleine, vor allem aus der Pfalz stammende Gruppe von Mitgliedern der DVP erweitert.⁸⁷⁴ Diese kleine Gruppe der DVP-Vertreter sei an dieser Stelle mit dem Verweis vernachlässigt, dass sie an geeigneterer Stelle im entsprechenden Kapitel über die Beziehung Graf Lerchenfelds zur Mittelpartei noch ausführlicher gewürdigt werden wird. Ein Augenmaß gegen rechtsradikale Entwicklungen war von den bayerischen Deutschnationalen nicht zu erwarten, fanden sich doch in ihren Reihen neben gemäßigten Kräften nicht zu verharmlosende Verbindungen weit in das völkische Lager hinein. Das reichte bis hin zum durch Teilnahme am Kapp-Putsch⁸⁷⁵ und extremsten Judenhass bekannten Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund.⁸⁷⁶ Dass sie dementsprechend auch die größte Toleranz für sämtliche rechtsextreme Betätigungen in Bayern, seien sie von ihr nahe oder entfernt stehenden Personen betrieben, auswies, belegt die Tatsache, dass die Partei erst im Januar 1923 Doppelmitgliedschaften in BMP und NSDAP verbot.⁸⁷⁷ Im Standardwerk zur BMP stellt die Autorin Elina Kiiskinen fest: „Zum Teil stand der Ministerpräsident der DNVP sogar näher als den gemäßigteren Kräften seiner eigenen Partei.“⁸⁷⁸ Ihr ist rechtzugeben. Die bayerischen Deutschnationalen waren die Partei, der Kahr zwar nicht in der täglichen politischen Zusammenarbeit - hier war die BVP als die größte Kraft der Koalition für den Ministerpräsidenten einfach zu wichtig - wohl aber gedanklich am nächsten stand. Und auch umgekehrt, im Blick der BMP auf Kahr, war es die Mittelpartei, die bis zum letzten Moment hinter ihrem Ministerpräsidenten stand und seinen Rücktritt auch dann noch nicht wahrhaben wollte, als die BVP bereits Lerchenfeld zum ersten Mann im Freistaat erkoren hatte. Diese Einigkeit mit der BMP zog sich durch die gesamte Ministerpräsidentschaft Kahrs. Als man sich in der BVP längst von Kahrs striktem Kurs in der Einwohnerwehrfrage verabschiedet hatte und sein Vertrauen in die BVP bereits merklich gesunken war, zeigte die BMP jene uneingeschränkte Gefolgschaft, die sich Kahr von jeder Koalitionspartei erwartet hätte: „Dr. Hilpert teilte mir mit, seine Parteien

⁸⁷⁴ Obgleich in diesem Bündnis die DVP weit weniger hinter Kahr stand und, wie später noch ausführlich dargestellt werden wird, seinen Rücktritt begrüßte, zeichnet sich der bayerische Flügel der Partei doch auch durch eine größere Rechtslastigkeit aus, als der Reichsverband. Im Gegensatz zur Reichsspitze um Stresemann, dem der Eintritt in eine Regierungskoalition mit sozialdemokratischer Beteiligung eine durchaus ernstzunehmende Option war, lehnte der Landesverband Bayern beispielsweise eine Kooperation mit der Sozialdemokratie strikt ab. Die bayerische DVP zog dem ein rein bürgerliches Bündnis konsequent vor. Vgl. Richter, Volkspartei, S. 244f.

⁸⁷⁵ Auch dem Minister der BMP, Christian Roth, wurde eine Verstrickung in den Putsch nachgesagt, aber nie bewiesen. Vgl. Winter, Roth, S. 88.

⁸⁷⁶ Stefan Breuer sieht hier dahingehend eine bayerische Besonderheit, dass im Freistaat der Trennstrich zwischen Völkischen und Deutschnationalen allgemein merklich undeutlicher gezogen war, als im Rest des Reichs. Vgl. Breuer, Deutschland, S. 181.

⁸⁷⁷ Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 180.

⁸⁷⁸ Kiiskinen, Volkspartei, S. 98

(Deutschnational und Deutsche Volkspartei) stünden fest zu meiner Politik, sie würden bei einem weiteren Entgegenkommen der Koalition aus dieser ausscheiden.“⁸⁷⁹ In der Forschung entstand damit nicht ganz zu Unrecht die Behauptung, Kahr habe sich vor allem am Ende seiner Regierungszeit sehr von der BMP abhängig gemacht⁸⁸⁰, obgleich hier der eigene Gestaltungswille Kahrs meist unterschätzt wird.

Auch am Kabinetttisch fand Kahr in Justizminister Christian Roth, dem Vertreter der BMP in der Regierung, einem Anhänger rechtsradikal-populistischer Reden⁸⁸¹ und Garanten für die rechtslastige Rechtsprechung im Bayern der 1920er Jahre,⁸⁸² stets einen sicheren Unterstützer. Schon vor seiner Ernennung zum Minister, als Roth als Bezirksamtmann in Dachau tätig war, erwies er sich als scharfer Gegner der Linken und emsiger Förderer der Einwohnerwehr.⁸⁸³ Die Anschauung Kahrs, dass Zugeständnisse in Fragen der Reparationen und der Entwaffnung, Frankreichs Willen, Deutschland zu schaden und einzumarschieren, nicht bremsen könnten, teilte Roth uneingeschränkt.⁸⁸⁴ Ebenso enig zeigten sich Roth und Kahr, als Hamm im Juni 1921 im Ministerrat eine Mitschuld gewisser rechts stehender Presseorgane an der Ermordung des USPD Abgeordneten Gareis anprangerte. Beide gingen hier äußerst einmütig in der Argumentation auf, dass die Provokationen der Linken in erster Linie als der Auslöser zu sehen seien.⁸⁸⁵ Und auch als im September 1921 die Koalition um Held in den Streit um den Ausnahmezustand eingriff, fand sich Christian Roth unmissverständlich auf Seiten des Ministerpräsidenten, indem er die Entsendung von Vertretern des Landtages zu Verhandlungen als „Untergrabung der Autorität der Regierung Kahr“⁸⁸⁶ verurteilte. Als Kahr am 11. September vor dem Ministerrat seinen Rücktritt erklärte, war Roth der einzige Minister am Kabinetttisch, der ihm sofort folgte, während die Vertreter der BVP, der DDP und des Bauernbundes noch keine Entscheidung fällen wollten und die Möglichkeit eines Fortbestehens als Rumpfkabinetten offen ließen.⁸⁸⁷ Kahr schätzte Roth über diese Tat hinaus als einen Faktor, den er unabhängig von seinem eigenen politischen

⁸⁷⁹ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 872. Vgl. ferner Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 261.

⁸⁸⁰ Vgl. Schwend, Bayern, S. 179. Vgl. ferner Keßler, Held, S. 435.

⁸⁸¹ Im Wahlkampf 1920 warb Roth im Hofbräuhaus mit dem Versprechen, alle Juden aus der Staatsverwaltung zu werfen. Er schloss seine Rede mit dem Ausspruch „Am süddeutschen Wesen soll das Reich genesen!“ Zit. bei Winter, Roth, S. 104.

⁸⁸² Zu den Möglichkeiten der Beeinflussung der Volksgerichte im Sinne des rechten politischen Lagers. Vgl. Lange, Bayern, 169ff.

⁸⁸³ Vgl. Winter, Roth, S. 85f.

⁸⁸⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 4.2.1921, BayHStA, MA 99516.

⁸⁸⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 13.6.1921, BayHStA, MA 99516.

⁸⁸⁶ Ministerratssitzung vom 6.9.1921, BayHStA, MA 99516.

⁸⁸⁷ Ministerratssitzung vom 11.9.1921, BayHStA, MA 99516.

Schicksal gerne weiter in der bayerischen Regierung gesehen hätte. Dass sich die Fortführung der Regierungsbeteiligung der BMP gerade an dieser Personalie so stieß, bezeichnete Kahr als für ihn „unverständlich“⁸⁸⁸, während er vom Verweilen der übrigen Minister auf ihren Posten eine wenig gute Meinung hatte.

Auch in der Öffentlichkeit wurde Kahr durch die Deutschnationalen und ihre Presseorgane sehr positiv propagiert. Sicherlich mag dabei auch der Versuch eine Rolle gespielt haben, Kahr nicht als Schöpfung der BVP, sondern als Mann des eigenen Lagers darzustellen. So konzentrierte sich die deutschnationale München-Augsburger Abendzeitung anlässlich des Parteitags der BVP im Herbst 1920 in ihrer Berichterstattung derartig auf die Rede Kahrs, die in den höchsten Tönen gelobt wird, dass der Leser fast vergessen könnte, dass es sich um einen Parteitag einer dem Blatt für gewöhnlich weniger nahestehenden Partei handelte.⁸⁸⁹ Gegen alle Angriffe nahm das maßgebende Organ der BMP Kahr und seine gesamte Regierung generell in Schutz. Auch die in Norddeutschen DNVP-Kreisen durchaus populären Vorwürfe, in den bayerisch-konservativen Unterstützerkreisen Kahrs gäbe es Pläne für eine Wittelsbacher Donaumonarchie, wurden gezielt zurückgewiesen. Der Politik Kahrs wurde ganz im Sinne der „Ordnungszelle“ ein visionärer Anstrich verliehen. Gerade durch die Politik von Ruhe und Ordnung und durch sein Festhalten an der Einwohnerwehr habe man, so sehr dies auch in Berlin missfallen mag, einen „Schutzwall gegen die bolschewistische Springflut errichtet. Bayern ist tatsächlich zur Gesundungszelle für das Reich und vielleicht auch für ganz Europa geworden. Darum und nur darum der Verleumdungsfeldzug gegen Bayern und seine Regierung.“⁸⁹⁰ Kahrs Politik wurde, so sehr sie auch in Berlin oder bei der Entente anecken mochte, in der deutschnationalen Presse als „große politische Kunst“⁸⁹¹ gepriesen.

Nicht nur Gerüchte in der Koalition ließen verlauten,⁸⁹² sondern auch in manchem Werk zur bayerischen Geschichte wurde später festgestellt,⁸⁹³ dass Kahr sich am Ende in völlige Abhängigkeit zu den Deutschnationalen und ihrem Minister Roth begeben hatte. Diese Behauptung geht etwas zu weit. Wie schon in der Frage, ob Kahr sich zu sehr von der Landesleitung der Einwohnerwehr steuern ließ, so muss auch hier die Antwort gelten,

⁸⁸⁸ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 960.

⁸⁸⁹ München-Augsburger Abendzeitung Nr. 384 vom 18.9.1920.

⁸⁹⁰ München-Augsburger Abendzeitung Nr. 386 vom 20.9.1920.

⁸⁹¹ München-Augsburger Abendzeitung Nr. 474 vom 16.11.1920.

⁸⁹² Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 152.

⁸⁹³ Vgl. Kraus, Geschichte, S. 676.. Vgl. ferner Schwend, Bayern, S. 179.

dass die politische Grundeinstellung Kahrs es für die Vertreter eines scharfen Kurses gar nicht erst nötig machte, ihn allzu sehr zu beeinflussen. Zu groß waren die Überschneidungen zwischen den Deutschnationalen und dem protestantischen Bismarckverehrer⁸⁹⁴ Kahr. Kiiskinen befand das von Kahr hochgehaltene Ideal des Bismarckreiches als die große Verbindung zur BMP. Hinzu kam eine gewisse Distanz zur katholischen Kulturpolitik der BVP und Kahrs fränkische Abstammung als verbindendes Element zur Mittelpartei, während ihn mit Christian Roth die Herkunft aus dem Beamtenapparat und eine unnachgiebige Prinzipientreue beziehungsweise Sturheit vereinte. Ferner hatten eher die die deutschnationalen Hardliner außerhalb offizieller politischer Ämter, etwa die Gruppe um Xylander, die BMP in Parlament und Kabinett bedrängt, als dass Hilpert und Roth Druck auf Kahr ausgeübt hätten. Die Reichsleitung der DNVP ließ die Parteikameraden in München sogar wissen, dass aus ihrer Sicht Roth verzichtbar sei, wenn nur Kahr im Amt bleibe. Belege einer wirklichen Beeinflussung Kahrs durch die Mittelpartei finden sich laut Kiiskinen nicht.⁸⁹⁵ Mit oder ohne Beeinflussung standen weder Kahrs Weltanschauung noch seine Bereitschaft, Streitigkeiten mit dem Reich eskalieren zu lassen, in einem Gegensatz zur Einstellung der Deutschnationalen.

Der unkritische Blick auf den wachsenden Radikalismus der politischen Rechten war eine zusätzliche Charakteristik, in der Kahr den Deutschnationalen ähnelte. Ein Artikel in der deutschnationalen München-Augsburger Abendzeitung über die NSDAP verdeutlicht dies: „Die nationalsozialistische Arbeiterpartei, die Verkörperung des Nationalsozialismus, bricht mit dieser Unwahrhaftigkeit. Im Augenblick der tiefsten Erniedrigung fordert sie die weltpolitische Geltung eines einigen Großdeutschlands. (...) Der nationalsozialistische Gedanke soll über die Schranken der Klassenunterschiede, der Religion, der Stammesart ein einigendes Band um alle Deutschen schlingen. Gerade aus den schaffenden Schichten, deren Durchsetzung mit internationalmaterialistischem Geist den Zusammenbruch bedingte, soll die Auferstehung kommen.“⁸⁹⁶ Kahrs Neigung nach rechts in Kombination mit einem scharfen Trennstrich nach links fanden in der deutschnationalen Weltanschauung ihr Spiegelbild. Kahr und die BMP waren Kräfte, die geeignet waren, sich gegenseitig zu stärken.

⁸⁹⁴ Das Bildnis des Otto von Bismarck hing immer in Kahrs Büro. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1084.

⁸⁹⁵ Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 152ff.

⁸⁹⁶ München-Augsburger Abendzeitung Nr. 434 vom 20.10.1920.

Auch nach dem Rücktritt Kahrs betrieb die Mittelpartei im Gegensatz zur BVP eindeutige Propaganda pro Kahr. In einer Sonderausgabe zum Jahreswechsel reihte die der BMP nahe München-Augsburger Abendzeitung die Neujahresgrüße des Ministerpräsidenten a.D. und auch des Einwohnerwehrführers Escherich ein unter diejenigen von Ludendorff, Tirpitz, Roth, Hilpert sowie die der Vorsitzenden der DNVP Hergt und der DVP Stresemann. Dass Kahr diese Ausgabe des Blattes in seinen Akten aufbewahrte, zeugt davon, dass er über die Treue der Mittelpartei durchaus gerührt war.⁸⁹⁷ Die Deutschnationalen nutzten auch noch lange nach dem Rücktritt Kahrs als Ministerpräsidenten seinen Namen für ihre Zwecke und griffen damit vor allem die BVP an, indem sie ihr noch im Sommer 1922 vorwarfen, Kahr aus dem Amt gedrängt zu haben und weiter auch im Falle der Errichtung einer Staatspräsidentschaft keine Verwendung für ihn vorsehen würden.⁸⁹⁸ Die BMB mochte zwar nicht die Kraft haben, die die BVP in Bayern hatte, aber in der Treue zu Kahr übertraf sie die Volkspartei eindeutig.

3.4.2. Kahr und politischen Kräfte außerhalb des bayerischen Regierungsbündnisses

3.4.2.1. Kahr und die MSPD

Er wolle kein „Gaudium der Sozialdemokratie“⁸⁹⁹ sein, so hatte Kahr einmal seine generelle Abneigung begründet, vor dem Landtag zu sprechen. In der Tat dürfte er dieses Ziel erreicht haben, denn so sehr manche Sozialdemokraten im Parlament pointierte und angriffslustige Reden gegen Kahr führen mochten, so versinnbildlichte Kahr doch einen politischen Kurswechsel in Bayern. Und dieser Kurswechsel führte unmissverständlich weg von der Sozialdemokratie und ihrem ersten parlamentarisch legitimierten Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, hin zur rechtslastigen Ordnungszelle. Als „Gaudium“ dürfte die bayerische SPD diese Tatsache insgesamt nicht empfunden haben.

⁸⁹⁷ Kahr formulierte sein Grußwort ganz auf die deutschnationale Leserschaft zugeschnitten: „Deutsches Volk mache dich frei von den fremden, verderblichen, todbringenden Einflüssen. Kehre zurück zu den guten alten Sitten deiner Väter, die unser Vaterland groß und stark und mächtig gemacht haben, die allein ihm aus seiner heutigen Not und Lebensgefahr helfen können.“ Sonderausgabe der München-Augsburger Abendzeitung zum Jahreswechsel 1921/1922, BayHStA, NL Kahr 32.

⁸⁹⁸ Die BVP verteidigte sich gegen die Vorwürfe, die Hilpert in einer Rede propagierte, durch Gegendarstellung in der Presse. Vgl. BVP-Correspondenz vom 20.4.1922.

⁸⁹⁹ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 934.

Oberflächlich betrachtet wies Kahr zwar durchaus politische Ansätze auf, die auch die Sozialdemokratie hätte unterschreiben können, etwa wenn er immer wieder niedrige Lebensmittelpreise⁹⁰⁰ oder einen Vorrang des Staates vor der Wirtschaft⁹⁰¹ forderte. Für Kahr war diese scheinbar soziale Ader jedoch im Gegensatz zur Sozialdemokratie nie mit dem Wunsch nach einer Emanzipation der unteren Schichten verbunden, sondern sollte – ähnlich wie dies bei der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung der Fall war – lediglich für eine allgemeine Zufriedenheit sorgen, um dem Sozialismus den Nährboden zu entziehen und revolutionäres Potential kleinzuhalten.⁹⁰² Er bewunderte die Arbeiterschaft, bedauerte sie aber auch, so Kahr im Frühsommer 1921 vor einer Versammlung katholischer Arbeiter. Sein Bedauern stellte er, ganz seiner romantischen Ader entsprechend, in den Zusammenhang mit der historischen Entwicklung, mit dem Faktum der industriellen Revolution, die viele Menschen doch zu „Handlangern der Maschine“ gemacht habe. Doch daher individuelle Begehrlichkeiten innerhalb der Arbeiterschaft zu rechtfertigen, sei für ihn falsch. Sozialen Spannungen stellte er schlicht ein Idealbild entgegen: „Die Nation, das Vaterland über den Einzelnen, über Klasse und Partei, das muss der Leitstern sein.“⁹⁰³ Dass Kahr im März 1920 kurz darüber nachdachte, die MSPD mit in die Regierung zu holen,⁹⁰⁴ mag wohl in diesem Zusammenhang zu sehen sein. Als Besonderheit kam zu diesem Zeitpunkt noch hinzu, dass der Eintritt der MSPD eine legitimierende Wirkung gehabt hätte. Im sozialdemokratischen Milieu wäre damit denjenigen, die Hoffmann nachtrauerten und Kahrs Amtsantritt als Putsch empfanden, auf diese Weise spürbar der Wind aus den Segeln genommen worden. Doch das blieb eine sehr kurzzeitige Überlegung.

Kahrs wahre Einstellung zur Sozialdemokratie war keineswegs danach beschaffen, dass an eine fruchtbare Kooperation oder gar eine Koalition zu denken gewesen wäre. „Die Sozialdemokratie“, so erinnerte sich sein Mitarbeiter Schmelzle, „war für ihn eine Partei von aufsässigen, unzufriedenen Menschen, die niemals zufriedenzustellen sind, von Revolutionären, die jeder anständige Mensch meidet. In der Revolution von 1918 sah er nichts als Rebellion, ein wüstes Durcheinander, Gemeinheit und Verbrechen.“⁹⁰⁵ Diese persönliche Ablehnung der Sozialdemokratie und ihre Verteufelung als - zumindest in

⁹⁰⁰ Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 6. Sitzung vom 23.7.1920.

⁹⁰¹ Vgl. Kahr. Lebenserinnerungen, S. 965.

⁹⁰² Karl Bosl sah die Anfänge dieses Denkens für Bayern schon in der Zeit Maximilian II.. Vgl. Bosl, Bayern, S. 10.

⁹⁰³ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 260 vom 14.6.1921.

⁹⁰⁴ Vgl. Menges, Schmelzle, S. 201.

⁹⁰⁵ Menges, Schmelzle, S. 203.

seinen Augen - Mitschuldige an der Revolution mag sich für Kahr dadurch gesteigert haben, dass für seine persönliche Situation eben diese Revolution als durchaus nachteilhaft zu betrachten ist. Hatte er der Monarchie eine steile und hoffnungsvolle Beamtenkarriere zu verdanken, die durch sein glänzendes Verhältnis zum Königshaus auf absehbare Zeit keinen Abbruch erlitten hätte, so verweilte er unter Einser und Hoffmann zwar in seinem Amt, konnte sich aber keinesfalls mehr die Hoffnung auf eine ähnlich sichere Beziehung zur ihn berufenden Gewalt im Staat machen, wie er sie zu den Wittelsbachern noch hatte. Er sah diese neue Abhängigkeit der Staatsspitze von den Parteien schon im Falle der ihm näher stehenden politischen Kräfte äußerst kritisch. Umso mehr projizierte er die gefühlte Verschlechterung seiner Situation auf die Sozialdemokraten, welche sich im November 1918 auf die Seite der Revolution geschlagen hatten. Zudem war in Kahrs Augen nach wie vor die Gefahr gegeben, dass ein neuer sozialistischer Aufruhr Bayern erschüttern könnte.⁹⁰⁶ Thematische Aspekte, wie das spätere Einschwenken der bayerischen Sozialdemokratie weg vom Föderalismus hin zum unitaristischen Kurs der Reichs-Partei,⁹⁰⁷ schafften eine weitere Missstimmung, die nicht nur in Kahrs Augen einen großen Keil zwischen Sozialdemokraten und Konservative in Bayern trieb. Diese Missstimmung zog sich durch fast die gesamte politische Elite der Regierungsparteien⁹⁰⁸ und der hohen Ministerialbürokratie.⁹⁰⁹ Sie blieb auch für Kahrs Nachfolger bestehen. Diese Kräfte lehnten in der Monarchie die Sozialdemokratie konsequent ab, warum hätten Kahr und seine Standesgenossen der Spitzenbürokratie sich in der Republik von einem Tag auf den anderen mit ihr anfreunden sollen? Auch auf Reichsebene erblickte Kahr in den Sozialdemokraten eine Kraft, die seinen Vorstellungen entgegenstand. In der Einwohnerwehr- und Reparationsfrage waren für Kahr gerade die Sozialdemokraten diejenigen, von denen er die schlechtesten Einflüsse erwartete. Immer wieder sprach er von sozialdemokratischem Druck im Reichstag.⁹¹⁰ Als er 1921 eine hohe Spende aus der Industrie erhielt, sicherte er zu, diese unter anderem zur Bekämpfung der MSPD zu verwenden.⁹¹¹

⁹⁰⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 19.4.1920, BayHStA, MA 99515.

⁹⁰⁷ Vgl. Kral, Landespolitik, S. 36 ff.

⁹⁰⁸ Georg Heim deutete Kahr im Januar 1921 an, dass er Versuchen der MSPD hinsichtlich einer Rückkehr in die Koalition zurückhaltend begegne. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 12.

⁹⁰⁹ So äußerte sich auch die rechte Hand Kahrs im Außenministerium, Staatsrat Schmelzle, verärgert und verständnislos über den Unitarismus in der bayerischen MSPD: „Wäre die Sozialdemokratie in Bayern Regierungspartei gewesen, dann hätte sie hier ebenso föderalistisch sein müssen wie die Bayerische Volkspartei und der Bayerische Bauernbund.“ Menges, Schmelzle, S. 201.

⁹¹⁰ Vgl. Ministerratssitzung vom 7.3.1921, BayHStA, MA 99516.

⁹¹¹ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 78.

Im praktischen Kontakt zur Sozialdemokratie beschränkte sich Kahr so auf Grundhöflichkeiten. Er stellte sich einige Male den Anfragen der MSPD im Landtag und pflegte sehr vereinzelt auch das direkte Gespräch mit der Fraktion der Mehrheitssozialdemokratie, so etwa kurz nach den Pariser Beschlüssen im Februar 1921.⁹¹² Dem 1919 beim Attentat im Landtag schwer verwundeten Anführer der bayerischen Sozialdemokraten, Erhard Auer, gestand die Regierung Kahr 1921 eine Erhöhung seiner Bezüge zu, obgleich sich der Ministerrat rechtlich dazu ausdrücklich nicht verpflichtet sah.⁹¹³

Umgekehrt hatte die Mehrheitssozialdemokratie auch keinen Anlass, sich hinter Kahr zu stellen. Vielmehr sah sie ihre Rolle als die der größten oppositionellen Kraft Bayerns und begleitete in diesem Sinne mit kritischem Blick Kahrs Amtszeit. Dabei griff sie über politische Entscheidungen der Regierung Kahr hinaus auch den parlamentsfeindlichen Politikstil des Ministerpräsidenten und andere Begleiterscheinungen der Ordnungszelle an. Der SPD-Abgeordnete Ackermann beispielsweise tadelte Kahr für seine unnachgiebige Haltung in der Einwohnerwehrpolitik und warf ihm und der ihm nahestehenden Presse einen „Lügenfeldzug“ in der Sache vor. Ebenso kritisierte er Kahrs lange anhaltende Weigerung, im Landtag mit den Sozialdemokraten darüber zu diskutieren.⁹¹⁴ Schon lange vorher hatte die Sozialdemokratie – sehr zum Missfallen des gesamten Ministerrats⁹¹⁵ – mit Plakaten öffentlich gegen die Weigerung zur Entwaffnung der Selbstschutzverbände protestiert. Der Sozialdemokrat Dill beklagte im Landtag schon früh die politische Rechtslastigkeit der Justiz in Bayern. Er machte es der Regierung zum Vorwurf, dass Personen, die im März 1920 wie anderswo in Deutschland auch Abwehrmaßnahmen gegen den Kapp-Putsch angestrebt hätten, nun strafrechtlich verfolgt wurden.⁹¹⁶ Sein Kollege Timm wiederum prangerte die der Weimarer Verfassung widersprechenden Kompetenzüberschreitungen des Ministerpräsidenten an. Er erkannte zwar an, dass Kahr die französische Gesandtschaft ebenfalls kritisch sah, jedoch habe er nicht die nach Reichsverfassung logische Konsequenz gezogen und in Verbund mit der Reichsregierung die Abberufung des französischen Gesandten aus München zu erwirken versucht.⁹¹⁷ Auch Kahrs Vorgänger Hoffmann, unter dessen Regierung mit Ausnahmezustand und Volksgerichten viele politische Instrumente auf den Weg gebracht

⁹¹² Vgl. Ministerratssitzung vom 11.2.1921, BayHStA, MA 99516.

⁹¹³ Vgl. Ministerratssitzung vom 27.4.1921, BayHStA, MA 99516.

⁹¹⁴ Vgl. Verhandlungen des bayerischen Landtags, 38. Sitzung vom 17.2.1921.

⁹¹⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 28.5.1920, BayHStA, MA 99515.

⁹¹⁶ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 3. Sitzung vom 20.7.1920.

⁹¹⁷ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 6. Sitzung vom 23.7.1920.

wurden, derer sich die Kahrs'sche Ordnungszelle nun bediente, hatte es sich die Kritik an Kahr zur Aufgabe gemacht. Als einer der prominentesten Vertreter der bayerischen Sozialdemokratie bekämpfte er Kahrs Politik als Reichstagsabgeordneter von außerhalb.⁹¹⁸

Neben sozialdemokratischen Politikern hielt sich auch die sozialdemokratische Presse, mit der Münchner Post als Galionsfigur, keineswegs darin zurück, dem von den bürgerlichen Blättern aufgebauten Mythos Kahr eine alternative und kritische Betrachtung entgegenzustellen. So wies das Blatt darauf hin, dass es nicht Kahr, sondern die Regierung Hoffmann gewesen sei, die von Bamberg aus Bayern in den Rätewirren wieder in geordnete Bahnen gelenkt habe. Es sei somit nicht richtig, wenn Kahr die Herstellung von Ruhe und Ordnung als Folge allein seiner Politik darstelle.⁹¹⁹ Die Münchner Post mahnte ebenso offen die negative Wirkung der Kahr'schen Einwohnerwehrpolitik auf die internationale Politik des Deutschen Reiches an,⁹²⁰ wie sie mit der Legende aufräumte, dass das von Kahr propagierte Bild vom „ehrenamtlichen Ministerpräsidenten“ bedeute, dass jener kein Gehalt beziehe.⁹²¹ Das Blatt hinterfragte im Verbund mit der Mehrheits-SPD stilistische Eigenheiten des Ministerpräsidenten, wie etwa die Abneigung, sich auf parlamentarischer Ebene zu rechtfertigen.⁹²² Zudem nahm es die tatsächlichen Zustände in Kahrs Ordnungszelle unter die Lupe. Über das Kahr'sche Faschingsverbot und die angebliche Sittlichkeit und Disziplin der Bayern in jenen schweren Zeiten führte die Zeitung beispielsweise aus, dass im „Geheimen erst recht getanzt wird und dass sich dabei Dinge abspielen, die beim öffentlichen Tanz doch unmöglich sind“ und zog mit Blick auf den Rechtsradikalismus den Schluss: „Wir stehen vor der Tatsache, dass einerseits jeder grobe Unfug polizeilich geduldet, während andererseits in schikanöser Weise verfahren wird.“⁹²³ Die Sozialdemokratie und ihre Multiplikatoren standen damit für ein alternatives Bayern jenseits der Ordnungszelle, ohne allerdings je nur im Ansatz in die Situation gekommen zu sein, die politische Mehrheit im Volk hierbei hinter sich zu wissen.

⁹¹⁸ Vgl. Hennig, Revolution, S. 160

⁹¹⁹ Vgl. Münchener Post Nr. 86 vom 12.4.1922.

⁹²⁰ Vgl. Münchener Post Nr. 277 vom 27./28. 11.1920.

⁹²¹ In Wahrheit konnte sich Kahr zwischen dem Gehalt des Ministerpräsidenten und dem Gehalt, das ihm für seinen ja nie abgetretenen Posten als Regierungspräsident von Oberbayern zustand, entscheiden. Seine Wahl fiel auf Letzteres. Vgl. Münchener Post Nr. 207 vom 6.9.1920.

⁹²² Vgl. Münchener Post Nr. 64 vom 18.3.1921.

⁹²³ Münchener Post Nr. 64 vom 18.3.1921.

Kahr sah es Zeit seines Lebens mit großer Gelassenheit, in den Reihen der Sozialdemokratie auf keine Sympathie zu stoßen. Ganz im Gegenteil erkannte er diesen nur logischen Zustand an und fühlte sich – überspitzt formuliert – sogar geehrt. Schließlich betrachtete er die Niederhaltung des Sozialismus ja als eine seiner vornehmsten Aufgaben: „Die Stoßkraft der Sozialdemokratie sitzt in der proletarischen Masse, die zu allen Zeiten des Menschengeschlechts in Kampfstellung ist. Dass mich die Sozialdemokratie als gefährlichen Gegner einschätzte, muss ich der Hartnäckigkeit entnehmen, mit der sie mich in ihrer Presse auch noch lange nach meinem Ausscheiden aus dem aktiven politischen Leben in immer wiederkehrenden Leitartikeln bekämpfte und beschimpfte.“⁹²⁴ Eine Kooperation zwischen Kahr und der SPD, die ja noch unmittelbar vor dessen Regierungsantritt eine Koalition mit der BVP gebildet hatte, war unter Kahr realistisch betrachtet zu keinem Zeitpunkt wirklich denkbar. Es begann die Zeit der Daueropposition der bayerischen SPD im Bayern der Weimarer Republik, die selbst im Angesicht der nationalsozialistischen Machtergreifung nicht mehr überwunden werden konnte.

3.4.2.2. Kahr und die äußere Linke

Im Juli 1920 kam es zu einem der sicherlich sehr wenigen Momente, in denen Kahr, der sich zumindest nie auf parlamentarischer Ebene mit der äußeren und extremen Linken auseinandersetzen musste, in direkten Kontakt mit einem bekennenden Marxisten kam. Kahr empfing damals den USPD-Mann⁹²⁵ und Gewerkschaftsführer Reuter zu einer Unterredung. Seine Aufzeichnungen über dieses denkwürdige Gespräch verdeutlichen das enorme Misstrauen und die Vermutung versteckter und hinterhältiger Machenschaften, das Kahr zeitlebens dem linken Lager jenseits der SPD entgegenbrachte: „Ich habe den Eindruck gewonnen, dass Reuter eigens dazu seit Jahren herangezogen ist, um Unzufriedenheit in die arbeitende Bevölkerung zu tragen. Er arbeitet trefflich mit Schlagwörtern ohne jedes wirtschaftliche Wissen. Er unterscheidet

⁹²⁴ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1279.

⁹²⁵ Auf eine ausführliche Betrachtung der KPD, also jener Partei links der USPD, sei im Rahmen dieser Arbeit verzichtet, zumal sie mit nur zwei Landtagsabgeordneten zu Kahrs Zeit von geringer parlamentarischer Bedeutung war. Der Schwerpunkt sei hier auf die stärkere USPD gelegt, die sich anlässlich der Wahlen von 1920 wieder in Bayern festigen konnte. Die KPD stand in zahlreichen Punkten Kahr größtmöglich entgegengesetzt. Für die KPD galt nicht das Ende des Föderalismus und Nationalismus, sondern auch die bewusste Zerstörung der staatlichen Autorität zur Errichtung einer Diktatur des Proletariats als erklärtes Ziel. Vgl. John, Bundesstaat, S. 126.

sich in ungünstiger Weise von den früheren Arbeiterführern, die das Beste der Arbeiter zu erringen suchten, dazu aber sich wirtschaftliche Kenntnisse anzueignen gesucht hatten.“⁹²⁶ Wie schon in dem bereits erwähnten Gespräch mit General Malcolm, in dem Kahr dem Briten erklärte, dass auch wenn das Volk genug zu essen habe und ausreichend versorgt sei, linke Krawallmacher sich eben einen anderen Vorwand zur Störung der Ruhe suchen würden, zeigt sich hier die Trennlinie, die für Kahr wohl noch zwischen der Mehrheitssozialdemokratie und den Kommunisten bestand. Während erstere vielleicht noch den Grundgedanken verfolgten, eine bessere Lage für die arbeitende Bevölkerung zu schaffen, unterstellte Kahr den darüber hinaus gehenden linken Kräften ausschließlich ein Ziel: Umsturz und Zerstörung von Ruhe und Ordnung. Ihre Motivation war in seinen Augen eine rein destruktive.

Diese Meinung Kahrs ist auch hier aus seinem persönlichen Revolutionserlebnis zu verstehen. Durch die Tat des USPD-Führers Eisner brach für den königlich bayerischen Beamten Kahr die Welt zusammen, der er seinen glänzenden Aufstieg im bayerischen Staatsapparat doch zu verdanken hatte und mit welcher er sich identifizierte. Was dem entgegengesetzt wurde, erfüllte Kahr mit blanker Angst. Er ließ in der Öffentlichkeit keinen Zweifel daran, dass er Eisners Tat immer für ein „Verbrechen“⁹²⁷ halten werde. Bereits Tage vor der Revolution habe er gewarnt, habe zuverlässige Einheiten in München organisieren wollen, so behauptete Kahr später, allein er sei nicht gehört worden. Er musste miterleben, wie Eisners Anhänger den Sitz der Regierung von Oberbayern, seinen Dienstsitz, besetzten, bis er schließlich mit seiner Familie zu einem guten Bekannten nach Erding aufs Land floh.⁹²⁸ Dieses Erlebnis, von einem der angesehensten Männer der Monarchie zu einem Flüchtling zu werden, musste sich Kahr tief eingebrannt haben. Irgendeine Zusammenarbeit oder auch nur ansatzweise Sympathie gegenüber der USPD oder den Kommunisten war daher von ihm niemals zu erwarten. Im Gegenteil verdächtigte er sie jederzeit der Revolutionsbereitschaft, etwa als er sich im Ministerrat Sorgen machte, dass Gewerkschafter Kenntnis über Mitgliederstruktur und Waffenlager der Einwohnerwehr sich aneignen und so in den Besitz der Waffen kommen könnten.⁹²⁹ Auch mahnte er im Ministerrat, dafür zu sorgen, dass der Beamtenapparat des

⁹²⁶ Gesprächsnotiz vom 20.7.1920, BayHStA, NL Kahr 32.

⁹²⁷ So Kahr beispielsweise vor katholischen Arbeitern im Juni 1921. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 260 vom 14.6.1921.

⁹²⁸ Vgl. Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50.

⁹²⁹ Obgleich Kahr fest davon ausging, dass USPD-Mitglieder die Mitgliederlisten der Einwohnerwehr ausspionierten, um Kenntnisse über Waffenverstecke zu bekommen, glaubte er am Ende aber nicht daran, dass die USPD tatsächlich in den Besitz von Einwohnerwehr-Waffen gelangen würde. Vgl. Ministerratssitzung vom 19.4.1920, BayHStA, MA 99515.

Freistaates zu untersuchen sei, damit nicht „Leute, die ausgesprochenermaßen einer Partei angehören, die sich den Umsturz des Staates und der Ordnung zum Ziele gesetzt hat.“⁹³⁰ Seine Abneigung gegen die während der Revolution von Anfang an aktiven Kräfte überstieg somit seine Abneigung gegen die gemäßigte bayerische Mehrheits-Sozialdemokratie nochmals deutlich.

Kahr stand mit dieser ablehnenden Haltung jedoch keineswegs alleine. Als der USPD Abgeordnete Gareis am 3. Juni 1921 einem Fememord zu Opfer fiel, verhielt sich nicht nur Kahr, sondern die ganze Regierung distanziert. Man beschloss nicht an der Trauerfeier teil zu nehmen, es genüge, wenn Landtagspräsident Königbauer für das Parlament erscheine. Lediglich der Minister der DDP, Hamm, bedauerte dies und wies darauf hin, dass seiner Ansicht nach die in völkischen Blättern betriebene Hetze einen großen Teil der Schuld am Tod des Abgeordneten hätte.⁹³¹ Kahrs Antwort war kühl und zeugt eindeutig von seinem Verständnis, welche politische Richtung eine grundsätzliche Legitimierung besitze und welche nicht. Am Ende sei die Propaganda von rechts, sei sie nun übertrieben oder noch im Maße, doch nur durch die viel gefährlichere Propaganda des grundsätzlichen Feindes der Ordnung, der politischen Linken, provoziert und somit verständlich: „Diese Hetze ist tagtäglich getrieben worden, in der unglaublichsten Weise. Es kann nicht wundern, wenn auf eine solche systematische Arbeit hin allmählich auch auf der anderen Seite sich, wenn auch nicht gleiche, so doch ähnliche Erscheinungen zeigen. Druck erzeugt Gegendruck. Wenn Echo kommt, ist es nur der schwächere Widerhall des Rufes in den Wald.“⁹³² In seinem Tagebuch notierte er relativierend: „Wie oft wurde in Abgeordneten Kreisen davon gesprochen, wenn Gareis eine landesverräterische Rede gehalten hatte, solche Leute gehören erschossen.“⁹³³ Im Finanzausschuss hatte Gareis Monate zuvor in einer scharfen Rede die Einwohnerwehr als militärisch und nicht mit dem Versailler Vertrag vereinbar kritisiert. Er hatte in diesem Zug die Regierung in Anwesenheit Kahrs mit allerhand Detailrecherchen zur Einwohnerwehr konfrontiert und ihn mutig aufgefordert, man solle ihn doch korrigieren, wenn er falsch liege.⁹³⁴ Kahr hatte sich Wochen zuvor noch dafür stark gemacht, solche Details zur Einwohnerwehr derzeit gerade nicht zu behandeln.⁹³⁵ Die Vertreter der Regierung und der Koalitionsparteien fielen so in der folgenden Sitzung geradezu über

⁹³⁰ Ministerratssitzung vom 2.2.1921, BayHStA, MA 99516.

⁹³¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 13.6.1921, BayHStA, MA 99516.

⁹³² Ministerratssitzung vom 13.6.1921, BayHStA, MA 99516. Vgl. ferner Hoser, Tagespresse, S.451ff.

⁹³³ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 328.

⁹³⁴ Vgl. Finanzausschusssitzung vom 11.4.1921, BayHStA, Landtag 14709.

⁹³⁵ Vgl. Finanzausschusssitzung vom 4.3.1921, BayHStA, Landtag 14708.

Gareis her. „Der Abgeordnete Gareis sei jedem anderen über in der Kunst der Schamlosigkeit und Denunziation“⁹³⁶, so der Deutschnationale Hilpert. Die Tatsache, dass Kahr in den Tagen nach dem Mord im Sinne von Ruhe und Ordnung auch einen Leichenzug, wie ihn Eisner bekommen hatte, im Falle Gareis untersagte und mit klarer Kante gegen Streikaufrufe der gesamten Sozialdemokratie und deren Presse⁹³⁷ vorging, kommentierte er in seinen Erinnerungen mit den Worten: "Die Eisner-Zeiten sind in Bayern vorbei."⁹³⁸

Das Ausmaß der Propaganda, welche Blätter wie der Miesbacher Anzeiger nicht nur gegen die extreme Linke, sondern auch gegen die demokratische Mitte betrieben, lag vielleicht nicht unbedingt auf einem Niveau, wie es Kahr selbst praktiziert hätte. Dass er aber trotz allen diplomatischen Ausweichens zum Thema die Stimmungsmache im Allgemeinen durchaus wohlwollend duldete, wird spätestens damit deutlich, dass er den besagten Miesbacher Anzeiger in seinen Erinnerungen als ein „unter der Mitarbeit des bekannten kernbayerischen Dichters Ludwig Thoma damals wegen seines scharfen aber prächtigen politischen Witzes weithin in Ansehen stehendes“⁹³⁹ Organ bezeichnete. Der Kampf gegen den Marxismus blieb so eine der Eigenschaften Kahrs, die ihm noch lange nach seiner Ministerpräsidentenschaft bis in die Zeiten des Generalstaatskommissariats 1923 als einer seiner markantesten Grundsätze zugeschrieben wurde.⁹⁴⁰

Verständlicherweise wurde man so auch von Seiten der äußeren Linken nicht müde, den Ministerpräsidenten Kahr zu kritisieren. So warf der USPD Abgeordnete Blumtritt Kahr noch nach seinem Rücktritt 1922 im Zusammenhang mit monarchistischen Äußerungen Kahrs und dem Mord an Rathenau vor, dass er eine Schuld an der „Meuchelmörderatmosphäre“ in Bayern trage und dass gerade diejenigen Männer wie Kahr, „die besonders von Ruhe und Ordnung schwätzen, es sind, die ständig darauf ausgehen, Unruhe zu stiften.“⁹⁴¹ Schon seit dem Amtsantritt Kahrs hatte sich die USPD im Landtag auf eine entschiedene Gegnerschaft eingestellt. Energisch griffen die Abgeordneten der USPD die politische Einseitigkeit der bayerischen Justiz an⁹⁴² oder

⁹³⁶ Finanzausschusssitzung vom 13.4.1921, BayHStA, Landtag 14710.

⁹³⁷ Der „Kampf“ und die „Münchener Post“ wurden verboten. Andererseits bestreikten zu Kahrs Ärger die Druckereiarbeiter im Gegenzug die bürgerliche Presse, die damit ebenfalls nicht mehr erscheinen konnte. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 897.

⁹³⁸ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 897.

⁹³⁹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 927.

⁹⁴⁰ Vgl. Bayerische Staatszeitung Nr. 233 vom 8.10.1923.

⁹⁴¹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 134. Sitzung vom 6.7.1922.

⁹⁴² Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 65. Sitzung vom 20.Mai 1920.

warfen der bayerischen Regierung die Unterstützung von „niederträchtigster Willkür“⁹⁴³ bei der Niederschlagung des Aufstandes in Hof im Frühjahr 1920 vor. In der parteinahen Presse setzte sich die Anti-Kahr-Propaganda der USPD fort. So kritisierte beispielsweise der „Kampf“, das Organ der Partei im südbayerischen Raum, dass Kahr ohne weiteres zusehe, wie die rheinische Großindustrie die Kontrolle über Bayern übernehme. Nicht Kahr, sondern Stinnes sei der „wahre Herrscher Baierns“⁹⁴⁴. Das Blatt stellte Kahr, ganz im Stile klassischer sozialistischer Propaganda, nur als Marionette des Großkapitals dar. Es zog den stets so auf die Darstellung seiner Tatkraft bedachten Ministerpräsidenten somit ein Stück weit ins Lächerliche.

Die USPD zählte damit ebenso wie die MSDP zu den scharfen öffentlichen Kritikern Kahrs. Dies konnte die grundsätzliche Antipathie des Ministerpräsidenten gegen die tragenden Kräfte des November 1918 immer wieder nur noch verstärken.

3.4.2.3. Im Glauben an den „Guten Kern“- Kahr und die NSDAP

Kahrs Amtszeit fällt zusammen mit jenen Tagen, in denen sich Adolf Hitler von einem völlig unbekanntem Gefreiten zum „Star-Redner“⁹⁴⁵ der nationalsozialistischen Bewegung aufschwang. Hitler konnte sich damals in Bayern ein tragfähiges Netzwerk an Mitstreitern und Förderern aufbauen. Noch konnte freilich niemand ahnen, dass Hitlers Schergen Gustav von Kahr am Ende, genauer am 30. Juni 1934, bei Dachau „zu Brei zertrampeln“⁹⁴⁶ würden, wie der Beamte Karl Sommer es später in seinen Erinnerungen ausdrückte.⁹⁴⁷ Es stellt sich also die Frage, inwiefern Kahr den Prozess der Fortentwicklung der NSDAP während seiner Ministerpräsidentschaft wahrnahm und wie er auf ihn reagierte.

Adolf Hitler ging in seinem Auftreten gegenüber Kahr wohlüberlegt vor. Er sollte mit seiner Strategie letztlich durchaus erfolgreich sein. Von Anfang an konzentrierte er sich darauf, durch eine gezielte Bedienung von Kahrs Antibolschewismus das Vertrauen des Ministerpräsidenten zu erringen. Die – laut Kahr – erste persönliche Begegnung zwischen

⁹⁴³ Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 57. Sitzung vom 29. März 1920.

⁹⁴⁴ Kampf Nr. 193 vom 20.9.1920.

⁹⁴⁵ Auerbach, Trommler, S. 77.

⁹⁴⁶ Sommer, Beiträge, S. 213.

⁹⁴⁷ Kahr wurde am 30. Juni 1934 aus seiner Wohnung in der Münchner Ruffinstraße Nr. 14 geholt und von SS Männern auf dem Weg nach Dachau schwer misshandelt. Der letztendliche Mord geschah nach Gritschneder jedoch erst im Konzentrationslager durch Erschießen in einem Arrestraum. Vgl. Gritschneder, Führer, S. 136.

beiden war durch Hitler genau in diesem Sinne inszeniert. Als er am 14. Mai 1921⁹⁴⁸ zum ersten Mal vor den Ministerpräsidenten trat, tat er dies weder alleine, noch in Begleitung vaterländischer Prominenz, sondern mit einer Delegation von Arbeitern aus den besonders linkslastigen Münchner Eisenbahnwerkstätten. Die visuelle Unterstützung von Hitlers nun folgender Erklärung, dass er es sich zum Ziel gesetzt habe, die Arbeiter weg vom Bolschewismus hin zur nationalen Sache zu gewinnen, fruchtete offenbar. In seinen Erinnerungen beschrieb Kahr sein Fazit nach dieser ersten Begegnung: „Er und seine Leute würden mit aller Kraft für mich und die jetzige Regierung eintreten. Die mit großer Wärme und aufrichtiger Wahrhaftigkeit vorgetragenen Ausführungen machten einen ausgezeichneten Eindruck.“⁹⁴⁹ Kahr habe Hitler nach seinen Angaben versichert, dass er hier Übereinstimmungen erkenne, denn auch ihm sei ohne Ansehen des Standes jeder Mann willkommen, der vaterländisch denke und fühle. Hitler konnte so sein eigentliches Anliegen ganz offen vortragen: Er möge bei dieser wichtigen Arbeit der nationalsozialistischen Bewegung nicht gestört werden. Dass Kahr durch die Gewährung dieser Audienz der Bewegung auch noch einiges Selbstbewusstsein zukommen ließ, zeigt ein Brief des ebenfalls anwesenden Rudolf Hess an seine Eltern. Begeistert beschreibt Hess, wie er sich gefreut habe, einem „so kerndeutschen, aufrechten Mann“⁹⁵⁰ wie Kahr begegnen zu dürfen.

Hess legte offenbar großen Wert darauf, Adolf Hitler bei Kahr in einem guten Licht erscheinen zu lassen, denn er verfasste kurz nach dem Treffen einen Brief an Kahr, indem eben die Gewinnung der Arbeiter für den nationalen Gedanken als „Kernpunkt“ der Arbeit Hitlers darstellte. Tatsächlich seien, so Hess, schon in großer Zahl ehemalige Kommunisten und USPD-Anhänger für den Nationalsozialismus gewonnen, nach Hitlers Reden würden jene nun stehend das Deutschlandlied singen. Alle Klassenunterschiede seien in der NSDAP Vergangenheit. In der Hoffnung, Kahr würde Hitler erneut empfangen, beschrieb Hess abzielend auf den Geschmack Kahrs seinen Führer wie folgt: „Er ist ein selten anständiger, lauterer Charakter, voll tiefer Herzensgüte, religiös, ein guter Katholik. Er hat nur ein Ziel, das Wohl seines Landes. (...) Im Feld war H. den ganzen Krieg über an der Front, wobei er sich als einfacher Mann das EK I erwarb. (...) Euer Exzellenz können H. unbedingt vertrauen.“⁹⁵¹ Der Brief und das erste Treffen

⁹⁴⁸ Vgl. Joachimsthaler, Weg, S. 285.

⁹⁴⁹ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 877. In Kahrs Tagebuch findet sich dazu kein Eintrag. Er befasste sich in seinen Aufzeichnungen zu dieser Zeit fast ausschließlich mit den tagespolitisch brisanten Entwicklungen in der Einwohnerwehrfrage. Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 214ff.

⁹⁵⁰ Zit. bei Hess, Hess, S. 268.

⁹⁵¹ Zit. bei Deuerlein, Aufstieg, S. 133.

belegen, dass die Nationalsozialisten in ihrer Anfangsphase durchaus noch im Schatten der etablierten Figur Kahrs standen. Sie mochten zumindest teilweise noch zu ihm aufblicken, zumal Kahrs Politik zu dieser Zeit noch weder mit dem Verlust der Einwohnerwehr noch mit dem Scheitern im Streit um den Ausnahmezustand belegt war. Andererseits verstanden sie es von Anfang an, das Kielwasser Kahrs zu nutzen und sich ihr behütetes Dasein in der Ordnungszelle dadurch zu bewahren, dass sie dem Ministerpräsidenten ganz gezielt ein auf ihn zugeschnittenes Bild lieferten. Dass dies beileibe nicht der vollen Wahrheit entsprach, zeigt Hess Darstellung Hitlers als emsigen Katholiken. Kahr blieb selbst noch in seinen Erinnerungen dieser Ansicht, wenn er trotz angeblicher Erkenntnis des zunehmenden Aktionismus Hitlers 1922 auch noch für dieses Jahr das Fazit fasste: „Im Großen und Ganzen aber blieb Hitler damals noch bei der Stange.“⁹⁵² Selbst ganz grundsätzlich gegen die Kahr'sche Politik stehende Programmpunkte, wie die in der NSDAP von Anfang an verfochtene Forderung nach einer „starken Zentralgewalt des Reiches“⁹⁵³, schlugen sich bei Kahr nicht in einer erkennbaren Gegenaktion nieder. Noch lange Zeit nahm er es mit beruhigender Genugtuung wahr, dass auch Hitlers Einheiten ein lautes „Achtung! Augen rechts!“ erschallen ließen, wenn sie auf der Straße zufällig an ihm vorbeimarschierten.⁹⁵⁴ Kahr mochte Hitler als antibolschewistischen und nationalen Faktor in Bayern zu tolerieren und zu schätzen wissen. Er betrachtete sich selbst jedoch lange Zeit als Hitler sowohl an Popularität als auch an Intellekt derart überlegen, dass er die Nationalsozialisten nicht als Bedrohung wahrnahm, sondern als wohlgesonnene Unterstützer, gegen die Misstrauen nicht nötig sei. In seinem Tagebuch notierte er Ende Mai 1921, wen er mit Hintergrundinformationen zur scheinbaren Entwaffnung der Einwohnerwehr mittels der sogenannten Geste versorgen müsse, damit diese nicht von einer tatsächlichen Entwaffnung ausgehen würden: „Ich werde aber vorher schon die Kreise verständigen müssen, deren Vertrauen keinesfalls ins Wanken kommen darf; das sind die früheren Zeitfreiwilligen, die akademische Jugend, die Reichswehroffiziere und die der Polizeiwehr, Hittler von der nationalsozialen Arbeiterpartei, die Unterführer der Koalitionsparteien, damit hier keine Entgleisungen entstehen.“⁹⁵⁵ Kahr wusste hier zwar noch nicht sicher, wie man die Namen Hitlers oder seiner Partei korrekt schreibt, aber er

⁹⁵² Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1008.

⁹⁵³ Zit. bei John, Bundesstaat, S. 121.

⁹⁵⁴ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1193.

⁹⁵⁵ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 269.

war offenbar bereit, ihnen mit demselben Grundvertrauen zu begegnen, wie er es bei den anderen vaterländischen Kräften auch zu tun pflegte.

Kahrs unaufgeregter Blick auf den aufkeimenden Nationalsozialismus wäre alleine von weit geringerer Bedeutung, hätte er nicht in seinem Umfeld ganz bewusste Förderer jener Bewegung in höchst tragenden Funktionen gehalten und gegen Kritik in Schutz genommen. Nur beispielhaft für so manche Putschisten und Hitleranhänger stehen hier die Namen Pöhner und Frick als führende Verantwortungsträger der Münchener Polizei. Sie waren, wie Frick nach dem Putsch offen gestand, stets bewusste Förderer der Nationalsozialisten: „Wir erkannten, dass diese Bewegung, die damals ja noch klein war – es wäre ein leichtes gewesen, sie damals zu unterdrücken, 1919-1920 – nicht unterdrückt werden dürfte. Wir taten das nicht und taten es bewusst nicht, weil wir in ihr den Keim einer Erneuerung Deutschlands sahen (...). Deshalb hielten wir unsere schützende Hand über Herrn Hitler und die nationalsozialistische Partei.“⁹⁵⁶ Die guten Kontakte, die namentlich Dietrich Eckart für Hitler und seine Bewegung zu einflussreichen Bürgerkreisen in München herstellte und die eine Duldung manchen nationalsozialistischen Gepolters bewirkten, führten in Person von Pöhner, Frick, aber auch Kahrs Justizminister Roth⁹⁵⁷ direkt in das engste Umfeld des bayerischen Ministerpräsidenten. Teilen des Ministerrats missfielen Charaktere wie Pöhner und Frick schon früh. Doch als man im April 1920 wegen übermäßiger Einmischung in den Wahlkampf zu Gunsten der Völkischen deren Absetzung diskutierte, beschwichtigte Kahr. Er wolle keine „Inquisition“ gegen einen „guten Kerl“⁹⁵⁸ verantworten.

Man kann davon ausgehen, dass Kahr die besondere Gefährlichkeit der NSDAP und deren Helfer wie so viele nicht erkannte, auch wenn er sich im Grad der Radikalität von ihnen unterschieden haben mochte.⁹⁵⁹ Doch hatte Kahr eben mit polternder Politik gegen Berlin, Antibolschewismus, Fremdenfeindlichkeit, Fememorden, allgegenwärtiger Judenfeindlichkeit und Paramilitarismus ein Klima in Bayern wesentlich mitzuverantworten, das eine Unterscheidung zwischen staatstragenden Kräften und den nationalsozialistischen Revolutionären auch nicht gerade einfach machte. Indem er die Ordnungszelle schuf, schuf er - auch ohne es zu wissen oder zu wollen - die wohlige Kinderstube des Nationalsozialismus. Und er gab der jungen NSDAP ein Vorbild, dass

⁹⁵⁶ So Fricks Aussagen im Hitlerprozess 1924. Zit. bei Willing-Franz, Hitlerbewegung, S. 201.

⁹⁵⁷ Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 72.

⁹⁵⁸ Ministerratssitzung vom 19.4.1920, BayHStA, MA 99515.

⁹⁵⁹ Andreas Kraus etwa mahnt an, dass Kahr „bei aller Borniertheit kein fanatischer Nationalist“ war, „den man mit Fememördern auf eine Stufe stellen darf.“ Kraus, Geschichte, S. 675.

man sich im Sinne seines Vaterlandes jederzeit gegen die Verfassung des Reiches stellen dürfe. Wie für Hitler war auch für Kahr die Weimarer Verfassung ein Zustand, den es zu überwinden galt. Wie für Hitler war auch für Kahr die parlamentarische Demokratie ein Irrweg. Wenn in seinem Umfeld Kontakte zur NSDAP bestanden, so gab es für Kahr keinen Anlass, dies zu kritisieren. Dass manche seiner engsten Vertrauten, wie eben Pöhner und Frick, schon 1923 im Putsch auf Seiten Adolf Hitlers gegen Kahr stehen würden, war dem populären Ministerpräsidenten 1920 und 1921 noch völlig unvorstellbar.

Betrachtet man nun umgekehrt den Blick Hitlers und der Nationalsozialisten, so ist bereits 1920, zu Beginn der Ära Kahr, eines festzustellen: Hitler selbst vermied es zu jeder Zeit, selbst als seine Bewegung noch längst nicht die Bedeutung hatte wie im Herbst 1923, sich öffentlich an Kahr anzubiedern. Gespräche, wie das erwähnte erste Treffen, fanden hinter den Kulissen statt und wurden von der NS-Bewegung keineswegs so propagandistisch ausgeschlachtet, wie etwa Kahr dies nach Treffen mit prominenten Vertretern des vaterländischen Lagers zu tun pflegte. Hitler hatte schon hier gar nicht die Absicht, sich nach außen als Unterstützer Kahrs darzustellen. Wenn dies im internen Kreis der vaterländischen Verbände gelang und Hitler hier Anerkennung verschaffte, war das völlig ausreichend. Hitler legte letztendlich den Fokus ausschließlich auf die Sache seiner Person und seiner Bewegung. Der Ministerpräsident kam in den Reden und Schriften Hitlers so gut wie nicht vor. Und wenn doch einmal der seltene Fall eintrat, so wurde er alles andere als positiv dargestellt. „Auch in Bayern regiert nicht Kahr, sondern es regieren die Juden“⁹⁶⁰, so führte er unter Beifall auf einer Parteiversammlung im Mai 1920 aus. Er vermied es, sich an der Person Kahrs zu reiben, ebenso wie er es vermied, sie zu loben. Während des Streits um die Einwohnerwehr beispielsweise, als ganz Bayern auf Kahr blickte, stellte Hitler sich nicht hinter Kahr, sondern erklärte lediglich im Völkischen Beobachter, wie er persönlich mit der Reichsregierung verhandeln würde.⁹⁶¹ Die NSDAP und er wurden so als bessere und stärkere Alternative zur Regierung Kahr dargestellt, auch wenn dieser in Relation zu den übrigen Regierungen in Deutschland wohl der Vorzug zu geben sei und sie sich im Grunde ja mit dem Geist der Ordnungszelle auf dem richtigem Wege befände. Die Durchhaltekraft Kahrs bezweifelte Hitler jedoch. Schon früh begann er, Kahr, wenn auch nicht inhaltlich anzugreifen, so doch als potentiell unentschlossen, unzuverlässig und nicht willensstark genug darzustellen. Oft klang ein

⁹⁶⁰ Zit. bei Jäckel, Hitler, S. 135.

⁹⁶¹ Vgl. Jäckel, Hitler, S. 320.

gewisses Misstrauen Hitlers zwischen den Zeilen. Im Mai 1920 führte er ebenfalls zum Thema Einwohnerwehr aus: „Der Regierung Kahr, auf deren Schultern heute allein die Verantwortung Deutschlands liegt, denn die übrigen Regierungen sind verantwortungsloses Gesindel, möchten wir eines zu bedenken geben: Weicht sie jetzt zurück, dann stürzt sie früher oder später mit. Wenn der Mantel fällt, fällt auch der Herzog.“⁹⁶² Dieses gewisse Misstrauen Hitlers sollte sich im Laufe der Zeit immer mehr steigern, bis er gegenüber Oberst von Seißer im September 1923 schließlich äußerte, dass Kahr in seinen Augen von Parlament, Kurie, BVP und französischer Gesandtschaft ferngesteuert sei. Kahrs Zug, so Hitlers Fazit vor dem Putsch, fahre nach Paris, seiner aber fahre nach Berlin.⁹⁶³

Kahr blieb für Hitler eine Nebenfigur im eigentlichen, wirklichen Kampf, den nicht Kahr, wohl aber er, Hitler, zu durchblicken vermochte: Den Kampf gegen das Judentum als die in der Sicht der NSDAP wirkliche Wurzel allen Übels.⁹⁶⁴ Dementsprechend schlicht fiel am Ende der Ministerpräsidentschaft Kahr im September 1921 der Kommentar Hitlers aus, den er per Mitteilungsblatt an alle Ortsgruppen und Sektionen der NSDAP versenden ließ: „Der Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Kahr und des Justizministers Roth ist nur eine Phase in dem großem Kampf des Judentums in Deutschland zur Erringung der absoluten Macht. Kahr und Pöhner und Roth sind nichts weiter als Namen. (...) Die Namen zu verteidigen, hätten wir Nationalsozialisten keinen Grund.“ Hitler äußerte also kein Wort des Bedauerns, verstand es jedoch sofort, die erregte Stimmung um Kahrs Rücktritt für seine eigenen Ziele gegen das in seinen Augen an diesem Rücktritt schuldige System zu bemühen: „Unsere Parole heißt: Weg mit den parlamentarischen Spülwürmern, weg mit den Schleimsiedern, weg mit den Berliner Judenknechten, her mit einer deutschen Regierung.“ Erst am Ende der Rundschrift ließ sich Hitler doch noch zu einer sehr geringen Anerkennung Kahrs herab, in der aber gleichzeitig die Zweifel an der tatsächlichen Tatkraft der Regierung Kahrs mitklangen: „Da sich aber heute die Wut des ganzen Judentums am wütendsten gegen Kahr und Pöhner kehrt, scheinen sie doch nicht die schlechtesten Deutschen zu sein.“⁹⁶⁵

Was lässt sich also betreffs der gegenseitigen Beziehungen zwischen Kahr und dem Nationalsozialismus während seiner Ministerpräsidentschaft bilanzieren? Es ist richtig, dass Kahr mit seiner Ordnungszelle dem Nationalsozialismus einen sehr geeigneten

⁹⁶² Zit. bei Jäckel, Hitler, S. 390.

⁹⁶³ Vgl. Gruchmann, Hitlerprozess, S. 856.

⁹⁶⁴ Vgl. Jäckel, Hitler, S. 463.

⁹⁶⁵ Zit. bei Jäckel, Hitler, S. 485.

Nährboden gab, doch tat er dies nicht nur für die NSDAP, sondern für sehr viele vaterländische und auch rechtsextreme Organisationen und Gruppierungen. Im Vergleich zu manch anderer Gruppe stand er dem Nationalsozialismus fern. Die Bewegung wurde ohne weiteres toleriert, doch gehörten Hitler und die NSDAP keinesfalls zu den bevorzugten Ansprechpartnern Kahrs zu jener Zeit. Viel prägnanter erscheint, dass Kahr – im Gegensatz zu anderen Organisationen – die NSDAP wenig ernst nahm. Er blickte leichtfertig auf sie, ohne sie je als Konkurrenz oder Gefahr für seine eigene Macht zu empfinden. Sie war ein Anhängsel seiner Ordnungszelle, ein gefälliges Grüppchen „guten Willens“ um den „schlichten Arbeiterführer“⁹⁶⁶ Adolf Hitler, mehr nicht. Eine Reaktion, die Hitlers Agitation eindämmen hätte können, war somit in Kahrs Sicht unnötig. Und umgekehrt war auch die Aufmerksamkeit der NSDAP für Kahr gering. Hitler hatte, anders als Kahr dies annahm, nicht vor, sich als einer von vielen Unterstützertrupps des Ministerpräsidenten zu etablieren, sich als relativ kleines Licht neben einen Escherich, einen Ehrhardt, einen Kanzler oder einen Pittinger zu stellen. Er sah die entscheidende Tatkraft für die Zukunft andernorts, nämlich bei sich selbst. So beruhte es zwischen Kahr und Hitler auf Gegenseitigkeit, zwar die jeweils positiv empfundenen Begleiterscheinungen des anderen, wie Antibolschewismus oder eben Toleranz gegenüber Rechtsextremismus, wohlwollend hinzunehmen, seinem Gegenüber darüber hinaus jedoch keine große Wertschätzung zukommen zu lassen. Im Falle des Ministerpräsidenten war dies, wie die gesamte Geschichte und vor allem sein grausamer Tod in Dachau Jahre später zeigen, ein existenzieller Fehler. Kahr hatte die bösen Geister zwar nicht selbst gerufen, sie jedoch auch nicht zurückgewiesen. Loswerden sollte er sie nie mehr.

3.4.2.4. Kahr und die vaterländischen Kräfte jenseits der Einwohnerwehr

Das Hauptaugenmerk der Kahr'schen Politik war auf den Erhalt der Einwohnerwehr gerichtet, immer in dem Geist, hier alle bürgerlichen, antisozialistischen und vaterlandstreuen Kräfte in eine einheitliche Organisation zu fassen. Doch dieses Ansinnen scheiterte. Das nationale Lager zersplitterte in viele undurchsichtige Organisationen. Leitfiguren wie Escherich und Kanzler stiegen ab, andere wie Pittinger stiegen auf. Kahr aber blieb - trotz politischer Niederlagen - auch nach dem offiziellen

⁹⁶⁶ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 877.

Ende der Einwohnerwehren ein Faktor und Bayern bot weiterhin eine Atmosphäre, auf welche rechtsstehende Kräfte im ganzen Reich aufmerksam wurden und deswegen nach Bayern zogen. Er leistete einen erheblichen, aktiven Beitrag dazu. Er selbst hat ganz bewusst dafür gesorgt, dass diesen Kräften die Ansiedlung in Bayern erleichtert wurde. Im Folgenden sei also ein Blick auf einen außerparlamentarischen Machtfaktor in Bayern geworfen, nämlich die vaterländische Verbändelandschaft jenseits des Überbaus der Einwohnerwehr.

Kahrs Kontaktpflege zu den Vaterländischen Verbänden ging mit ständigen Auftritten bei einschlägigen Anlässen einher, bei denen man soldatisch und vaterländisch gesinntes Publikum antreffen konnte. Der Ministerpräsident achtete darauf, sich regelmäßig bei den Menschen sehen zu lassen, die er als seine Unterstützer ansah. Dies war zunächst bei allen Terminen im Zusammenhang mit der Einwohnerwehr der Fall, aber auch andere Anlässe boten sich an, die – ganz nach Kahrs Geschmack – meistens einen sehr ernsten und würdigen Hintergrund haben mussten.⁹⁶⁷ So fand Kahr großen Gefallen daran, dass mit dem Fliegergedenktag im Mai 1921 eine der ersten zentralen Gedenkfeiern für die Kämpfer des Weltkrieges in Bayern stattfand. Er nutzte den Termin ausgiebig, um Kontaktpflege zu betreiben und sich in Szene zu setzen. Nach einem Treffen mit den anwesenden Pour-le-Merite Trägern nahm er bei niemand geringerem als bei Weltkriegs-Fliegerass Ernst Udet in der Maschine Platz, um zu einem Rundflug über München aufzubrechen.⁹⁶⁸ Bei nationalistisch aufgeladenen Veranstaltungen wie den Gedenkfeiern zum Jahrestag der Reichsgründung am 18.1.1921 absolvierte Kahr gleich mehrere Auftritte bei Studentenverbindungen⁹⁶⁹ und Bierkellerkundgebungen.⁹⁷⁰ Und selbst in der Sommerfrische konnte es noch lange nach seiner Ministerpräsidentschaft passieren, dass Kahr während einer Wanderung durch Oberbayern auf einer Waldlichtung mit vaterländisch gesinnten Verbänden einen kurzen Festakt einbaute.⁹⁷¹ Auch wenn Kahr mit solch detaillierten Schilderungen in seinen Lebenserinnerungen natürlich gezielt seine damalige Beliebtheit hervorheben wollte, so zeigt die nüchterne Betrachtung seiner Termine doch: Kahr verstand sich auch jenseits der Strukturen der Einwohnerwehr glänzend das „Networking“ im vaterländischen Lager und pflegte es mit hohem

⁹⁶⁷ Geyer spricht in dieser Zeit von einem regelrechten Totenkult in München zur Zeit Kahrs. Vgl. Geyer, Welt, S. 123f.

⁹⁶⁸ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 876. Vgl. ferner Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 248ff.

⁹⁶⁹ Die Studentenschaft spielte für das Freicorpswesen beziehungsweise die Freiwilligenverbände im gesamten Zeitraum eine große Rolle. Vgl. Kater, Studenten, S. 20.

⁹⁷⁰ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 826 f. Vgl. ferner Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 21ff.

⁹⁷¹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1201.

Aufwand. Einige Beispiele – ein vollständiges Bild würde ob der Breite der Verbändelandschaft zu weit führen - zu denen Kahr mal mehr mal weniger intensive Kontakte pflegte, die im Folgenden aufgeführt seien, zeigen aber auch einmal mehr, dass es „das“ vaterländische Lager strenggenommen eben nicht gab, sondern dass unter diesem Begriff eine große Bandbreite von Vereinigungen zu verstehen ist. Somit ist die Frage nach der Beziehung Kahrs zur Verbändelandschaft auch etwas differenzierter zu beleuchten.

Erste Anlaufstelle für Kahr war nach dem Ende der Einwohnerwehr natürlich der Bund Bayern und Reich beziehungsweise zunächst die verdeckte „Organisation Pittinger“, die von der Regierung erwünschte Nachfolgeorganisation der alten Wehren. Sie war, auch wenn sie nicht mehr annähernd die Mitgliederstärke der Einwohnerwehr erreichte, straffer und übersichtlicher geführt. Seine Einflussmöglichkeiten nutzte der Bund aber weniger offensiv als die alte Einwohnerwehrleitung, was Fenske mit dem Charakter Otto Pittingers begründet. Dieser Zusammenschluss war nicht zuletzt das Werk Kahrs selbst. Kahr scheute sich auch weiterhin nicht, in die internen Geschicke des Bundes einzugreifen.⁹⁷² Er war hier nicht nur Gast bei festlichen Anlässen, er war auch innerhalb der Organisation in deren Tagesgeschäft präsent. Der Bund Bayern und Reich stand dementsprechend immer offen und vollmundig hinter Kahr.⁹⁷³ Umgekehrt ließ Kahr auch nichts auf den Bund und seinen Anführer Otto Pittinger kommen. In den höchsten Tönen lobte er ihn noch in seinen Lebenserinnerungen als „kerndeutschen Mann“⁹⁷⁴. Kahr besprach sich zu allen möglichen Angelegenheiten mit Pittinger, die keineswegs auf die Thematik der bewaffneten Kräfte beschränkt blieben. So schmiedeten beide schon 1922 Pläne, wie die nächste Reichspräsidentenwahl im nationalen Sinne zu beeinflussen sei.⁹⁷⁵ Schon im Juli 1921 besprach Kahr die Möglichkeit einer linken Regierung im Reich und eventuell daraus resultierende Unruhen, bei denen Bayern in der Pflicht sei, „Bedrohungen aus Mitteldeutschland oder Preußen außerhalb Bayerns niederzukämpfen.“⁹⁷⁶ Bei Personen oder Gruppen, die sich im Umfeld Pittingers befanden, war davon auszugehen, dass sie auch gute Kontakte zu Kahr hatten und umgekehrt. Sein Wort zählte in diesen Kreisen viel, auch wenn es sicher nicht immer das allein bestimmende war.

⁹⁷² Vgl. Fenske, Konservatismus, S. 143ff.

⁹⁷³ Vgl. Willing-Franz, Krisenjahr, S. 322.

⁹⁷⁴ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1004.

⁹⁷⁵ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1045f.

⁹⁷⁶ Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 61.

Bei anderen Organisationen hatte Kahr zwar keinen solch unmittelbaren Einfluss, pflegte aber dennoch Sympathie und Kontakt. Vom Jungdeutsche Orden beispielsweise, obgleich dieser seine Hochburgen viel mehr in Mittel- und Norddeutschland fand als in Bayern,⁹⁷⁷ ließ sich Kahr im Sommer 1921 während einer Reise durch eine 80 Mann starke Eskorte begleiten.⁹⁷⁸ Der Orden verstand sich seit seiner Eingliederung in die Orgesch im Mai 1920 auch außerhalb Bayerns in einer gewissen Gefolgschaft zur Ordnungszelle Bayern.⁹⁷⁹ Auf bayerischem Territorium selbst konnte er nur im Raum Coburg einigermaßen Fuß fassen.⁹⁸⁰ Der Orden ist damit ein gutes Beispiel dafür, dass Kahr auch außerhalb Bayerns rechts gerichtete Geister für sich gewinnen konnte und im Sinne seines reichspolitischen Einflusses auch wollte.

Im Fall des bayerischen Ordnungsblocks, der als Bündnis nationaler Kräfte zeitgleich zur Ministerpräsidentschaft Kahrs entstand und auf bis zu 50 000 Mitglieder anwachsen sollte, behauptete Kahr in seinen Erinnerungen, dass er zu diesem keinerlei offizielle Beziehung pflegte und nur gehört habe, dass diese Organisation ihn wegen gewisser inhaltlicher Überschneidungen zu unterstützen gedachte.⁹⁸¹ Dennoch sah er auf dem Höhepunkt des Einwohnerwehrstreits den Ordnungsblock als derart vertraut an, dass er ihm direkte Anweisungen zum Verhalten in dieser Lage erteilen konnte.⁹⁸² Im Herbst 1921 stand auch diese Organisation treu hinter Kahr, indem sie allein in München sieben Massenkundgebungen als Protest gegen den Rücktritt des Ministerpräsidenten organisierte.⁹⁸³ Der Block ist ein Beispiel dafür, dass Kahr auch ohne öffentliches Eintreten für eine Organisation dennoch deren Freundschaft und Unterstützung erhalten konnte.

Auch in den Kreisen der vaterländischen Studentenschaft war Kahr gerne gesehener Gast.⁹⁸⁴ Mit besonderem Stolz erfüllte es ihn, als der Anführer der bayerischen akademischen Jugend, Oberst Lenz, ihm die Mitteilung überbrachte, dass die Studentenschaft geschlossen nicht hinter dem Freistaat, sondern hinter der Person Kahrs

⁹⁷⁷ Vgl. Hornung, Orden, S. 52. In nationalsozialistischer Literatur werden dem Orden zahlreiche, auch militärische Aktivitäten zugeschrieben. Auch hier wird allerdings keine Rolle in Bayern erwähnt. So hätten Ordensmitglieder in Mitteldeutschland gegen kommunistische Aufstände und in Oberschlesien gekämpft, ferner hätten 5000 Mitglieder als Sabotagekämpfer im Ruhrkampf gewirkt und zeitgleich. Als Leitlinie des Ordens wurde demzufolge die deutsche Volksgemeinschaft gesehen. So wurde der Orden im Dritten Reich offiziell als ein Wegbereiter des Nationalsozialismus gesehen. Vgl. Roegels, Marsch, S. 93ff.

⁹⁷⁸ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 902. Vgl. ferner Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 367.

⁹⁷⁹ Vgl. Thoss, Ludendorff, S. 126.

⁹⁸⁰ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 103.

⁹⁸¹ Vgl. Aufzeichnung Kahrs vom 18.4.1920, BayHStA, NL Kahr 34.

⁹⁸² Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 232f.

⁹⁸³ Vgl. Schwend, Bayern, S. 182.

⁹⁸⁴ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1039.

stehen würde. Kahr kommentierte: „Dieses auffallende Sicheinstellen der Machtfaktoren und der nach der Revolution zum Dienste für das Vaterland bereiten Jugend des Landes auf eine bestimmte Persönlichkeit und nicht auf den Staat muss aus der damaligen Zeit verstanden werden. Die Dynastien waren gestützt, die Staaten zerbrochen, aber die nationalen Ideale überdauerten bei der akademischen Jugend und in dem alten tüchtigen deutschen Soldaten den Zusammenbruch.“⁹⁸⁵ Kahr, der selbst nur halbherziges Mitglied in einem akademischen Gesangsverein gewesen war,⁹⁸⁶ suchte die Gunst und Unterstützung der national gesinnten Studenten – auch wenn sich hier schon bald Hitler als große Konkurrenz einstellte. Um den Hitlerputsch herum musste Kahr verärgert feststellen, dass sich viele Studenten mit der Zeit gegen ihn und für Hitler gestellt hatten.⁹⁸⁷

Solche Verschiebungen in der Gunst einzelner Gruppen waren im Zuge der Verbändezersplitterung häufig. Ein prominentes Beispiel dafür ist Freicorps beziehungsweise Bund Oberland, der als militärischer Arm der antisemitischen Thulegesellschaft in den Kämpfen um München 1919 von sich reden machte.⁹⁸⁸ Zunächst als Teil der Einwohnerwehr noch grundsätzlich im Lager Kahrs wandelte sich Oberland bis zum November 1923 zu einer der treuesten Anhängerschaften Hitlers. Der Bund ähnelte damit als Organisation den Laufbahnen von Einzelpersonen wie Frick, der beste Kontakte zu den Oberländern unterhielt.⁹⁸⁹ Bereits als Oberland bei der Schlacht um den Annaberg in Schlesien am 23. Mai 1921 seine wohl größte Bekanntheit errang, verhielten sich Kahr und der Ministerrat sehr zurückhaltend. Man war der Meinung, dass eine Aktivierung der bayerischen Einwohnerwehr hierfür nicht angemessen sei, man aber Einzelpersonen eine Reise nach Schlesien auch nicht untersagen wolle. Mobilisierungsaufrufe der Oberländer auf Münchner Litfaßsäulen wurden aber wieder entfernt.⁹⁹⁰ Oberland handelte also, auch wenn Kahr die Aktion in Schlesien ja bestenfalls strategisch, keinesfalls weltanschaulich ablehnte,⁹⁹¹ bereits abseits von Kahrs offizieller Politik, als die Einwohnerwehr noch bestand. Auch wenn Kahr versuchte, die Organisation als offizielle Notpolizei, die staatliche Förderung erhielt, wieder in den Griff zu bekommen, gelang ihm dies bekanntermaßen nicht. Innere Rangeleien im Bund

⁹⁸⁵ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 877.

⁹⁸⁶ Vgl. Lebenslauf Kahr, BayHStA, NL Kahr 50. Trotzdem besuchte Kahr auch als Ministerpräsident diesen Verein. Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 24.

⁹⁸⁷ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1376.

⁹⁸⁸ Vgl. Fenske, Konservatismus, S. 53.

⁹⁸⁹ Vgl. Fenske, Konservatismus, S. 160.

⁹⁹⁰ Vgl. Ministerratssitzung vom 9.5.1921, BayHStA, MA 99516.

⁹⁹¹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 901.

Oberland und eine offen ausgetragene Antipathie zu Kahrs Vertrauensmann Pittinger taten ihr Übriges.⁹⁹² Oberland ist somit ein Beispiel dafür, dass es vereinzelt schon vor dem Ende der Einwohnerwehr und der Ministerpräsidentschaft Kahrs Kräfte gab, die sich von Kahr entfernten.

Aber auch Kahr distanzierte sich von manchen Entwicklungen, wenn auch von relativ harmlosen. Eher zurückhaltend gestaltete sich etwa das Verhältnis des Bismarckverehrers Kahr zu all jenen Kreisen in Bayern, die sich einem extremen wittelsbachischen Monarchismus mit separatistischen Gedankenspielen verschrieben hatten. Auch sie waren Teil der antibolschewistischen Ordnungszelle Bayern, auch sie waren jederzeit gewillt, eine Propaganda gegen das rote Berlin zu unterstützen, doch der Ministerpräsident fremdelte mit ihnen. Kahr verfügte zwar noch aus der Zeit vor 1918 über beste Beziehungen zum Königshaus, die fundamentalistischen Verfechter des Hauses Wittelsbach hatten allerdings im Laufe der Zeit ein gewisses Misstrauen gegenüber Kahr entwickelt. So begrüßte die Königspartei seinen Sturz 1921, da er ihrer Meinung nach zu deutschnational beeinflusst gewesen sei.⁹⁹³ Auch zwischen den extrem föderalistischen und preußenfeindlichen Gedankenwelten⁹⁹⁴ des Grafen Bothmer⁹⁹⁵ und Kahr lässt sich über einen normalen gesellschaftlichen Verkehr bei öffentlichen Anlässen⁹⁹⁶ hinaus kein sichtbarer Zusammenhang herstellen. Als im Mai 1921 eine Abordnung der Königspartei zum Besuch bei Kahr erscheint, bleibt dieser eher distanziert.⁹⁹⁷

Kahrs Verhältnis zur Verbändelandschaft jenseits der Einwohnerwehr war also grundsätzlich gut und umfangreich, aber nicht einheitlich. Es gab Variationen hinsichtlich der Intensität des Verhältnisses ebenso wie zahlreiche temporäre Veränderungen. Etwas anderes wäre angesichts der vielen Organisationen, die sich damals gründeten, spalteten, vereinigten oder wieder auflösten, auch kaum zu erwarten gewesen. Für alle galt jedoch, dass der Name Kahr im vaterländischen Lager ein Faktor war und blieb, an dem man auf Grund seiner Popularität schwer vorbeikam. Außerdem war Kahr in den allermeisten Fällen sehr darum bemüht, ein gutes Image in den jeweiligen Verbänden zu pflegen.

⁹⁹² Vgl. Fenske, Konservativismus, S. 162f.

⁹⁹³ Vgl. Bayerische Königspartei an Lerchenfeld am 23.9.1921, BayHStA, MA 102385.

⁹⁹⁴ In diesem Punkt fremdelte Kahr auch mit Heim, als ihm dieser im Januar 1921 seinen Wunsch nach einer Zerschlagung Preußens näherbringen wollte. Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 16.

⁹⁹⁵ Vgl. Schwend, Bayern, S. 66ff. Vgl. Gengler, Monarchisten, S. 104f.

⁹⁹⁶ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1245.

⁹⁹⁷ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 241ff.

Kahrs Popularität im vaterländischen Lager speiste sich jedoch nicht nur aus Auftritten und Reden. Auch ganz konkrete politische Maßnahmen seiner Politik, zu denen ein außerhalb seiner Gruppierung machtloser Verbändeführer schlicht nie in der Lage war, dürften hierfür den Ausschlag gegeben haben. Kahrs Gunst und Hilfe war über lange Zeit im Zweifelsfall doch mehr wert, als ultraradikales Gepolter anderer. Sehr eindeutige Hilfe gewährte Kahr beispielsweise einem führenden Kopf des späteren Hitlerputsches, dem Polizeipräsidenten Pöhner, auch wenn der Ministerrat schon früh über dessen Absetzung debattierte. Er hatte damit aber nicht nur eine rechtsradikale Person in Bayern gefördert, Kahr hatte es durch seine Unterstützung dieser Person erst ermöglicht, dass Bayern zum Tummelplatz der Rechtsextremen wurde, hatten diese doch von der Pöhner-Polizei wenig zu fürchten. Das Wirken des Polizeipräsidenten Pöhner war in Augen Masers ein unersetzlicher Standortfaktor für die Blüte des Rechtsradikalismus in Bayern.⁹⁹⁸ Kahr verteidigte Pöhner immer und ohne Einschränkungen, obwohl der Ministerrat schon im April 1920 bemängelte, dass dieser sich viel zu sehr in die Politik einmische.⁹⁹⁹

Ein weiteres Beispiel für Kahrs konkrete Unterstützung rechter Kräfte stellt die Marinebrigade Ehrhardt dar. Ihr Anführer Kapitän Hermann Ehrhardt war schon im Frühsommer 1920 nach Bayern gekommen, um im Schutze Pöhners seine Fememorde betreibende „Organisation Consul“ in München anzusiedeln. Der gegen ihn auf Grund der Beteiligung am Kapp-Putsch bestehende Haftbefehl hinderte ihn nicht, in Bayern seinen Machenschaften völlig ungestört nachzugehen. „Ich für meine Person würde so etwas auch ablehnen“¹⁰⁰⁰, so kommentierte Kahr die Kritik an der nicht stattfindenden Verhaftung in seinem Tagebuch. Erst im Sommer 1922 geriet Ehrhardt in eine Untersuchungshaft nach Leipzig, als er im Juli 1923 aber kurz in Freiheit geriet, schleuste ihn die Münchener Polizei eilig nach Tirol, wo er bis auf weiteres untertauchte.¹⁰⁰¹ Wenn kritische Stimmen, unter ihnen wie so oft der Demokrat Eduard Hamm, 1921 anmahnten, Pöhner habe ganz bewusst und wider das Gesetz eine Verhaftung Ehrhardts unterlassen, stellte sich Kahr abermals schützend sowohl vor den Polizeipräsidenten als auch vor Ehrhardt. In seinen Erinnerungen hielt er fest: „Ich bemerke dazu, dass kein anständiger Mensch aus seinem Herzen eine Mördergrube mache, und wenn von Reichswegen die

⁹⁹⁸ Vgl. Maser, Frühgeschichte, S. 299.

⁹⁹⁹ So kritisierte beispielsweise Müller-Meinigen im Ministerrat: „Ich meine, die ganzen politischen Berichte des Pöhner, sein ganzes politisches Vorgehen, die Art und Weise der Ausübung der Zensur, einseitige politische Stellungnahmen zu Gunsten des Schutz- und Trutzbündnisses, seine antisemitische Art, all das hat ihm die Gegnerschaft nicht nur der Mehrheits-Sozialisten sondern auch in weiten Kreisen der Bürgerlichen eingetragen.“ Ministerratssitzung vom 12. April 1920, BayHStA, MA 99515.

¹⁰⁰⁰ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 124f.

¹⁰⁰¹ Vgl. Fenske, Konservatismus, S.148ff.

aufständischen Kommunisten im Ruhrgebiet und später in Thüringen so große Nachsicht und Duldung fanden, dürfe man sich auch nicht erregen, wenn Pöhner, der selbst an der Front seinen ganzen Mann stellte, nicht persönlich hinter Ehrhardt herjage, von dem unbestritten feststehe, dass er sich im Krieg durch seine außergewöhnliche Tapferkeit größte Verdienste um das deutsche Vaterland erworben habe, dass er noch lange nach dem Kapp-Putsche in Berlin weilte und sogar im Reichswehrministerium wiederholt vorsprach und nicht verhaftet wurde – weil seine gefürchtete, aus Frontsoldaten gebildete eiserne Brigade noch geschlossen als gefährlicher Machtfaktor unweit Berlin lagerte.“¹⁰⁰² Auch Ehrhardts Anhang, jene ihm treu ergebene und äußerst kampfstärke Marinebrigade, welche sich angesichts ihrer drohenden Auflösung beim Kapp Putsch in Berlin erhoben hatte, kam 1920 zu einem großen Teil nach Bayern und wurde von Kahr dankbar empfangen. In der Ministerratssitzung vom 26. Mai 1920 erläuterte er seinen Kabinettskollegen, dass die Reichswehr die Marinebrigade Ehrhardt nun endgültig auflöse. Er machte den Vorschlag, 500 Mann der nun ohne Sold dastehenden Männer in Bayern aufzunehmen und sie seitens des Staates zu Moortrockenlegungen¹⁰⁰³, Straßen- oder Eisenbahnbau einzusetzen. Da sich im Ministerrat kein Widerstand regte, wurde der Plan in die Tat umgesetzt.¹⁰⁰⁴

Dieses Beispiel der Anwerbung einer der Brigadereinheiten der Reichswehr als zivile Arbeitskolonne versinnbildlicht Kahrs Bewusstsein für ein grundsätzliches Problem der Zeit, das Harold J. Gordon in seinem Werk über die Reichswehr der Weimarer Republik sehr anschaulich verdeutlichte. Viele Formationen, wie auch die Brigade Ehrhardt, waren bis 1919 noch Teil der Reichswehr, die jedoch auf Grund der durch den Vertrag von Versailles eingeforderten Beschränkungen drastisch verkleinert werden musste. Waren im Frühsommer 1919 noch rund 400 000 Mann offiziell in Diensten der Reichswehr gestanden, so wurde diese Zahl bis zum April 1920 nahezu halbiert.¹⁰⁰⁵ Aus diesen frustrierten Männern speiste sich die Einwohnerwehrführung ebenso wie die anderen Verbände. Somit war auch der Kapp-Putsch, in dessen Begleitmusik die Ära Kahrs begann, nicht nur in hohen vaterländischen Zielen, sondern auch in bloßer Existenzangst von Gruppen verursacht, die außerhalb einer soldatischen Betätigung für sich keine

¹⁰⁰² Kahr, Lebenserinnerungen, S. 852.

¹⁰⁰³ Diese Überlegungen gab es allerdings auch in Preußen. Vgl. Richardi, Hitler, S. 192f.

¹⁰⁰⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 26.5.1920, BayHStA, MA 99515. Kahr war dabei nicht der Einzige, der Ehrhardtkräfte wohlwollend integrierte. Auch Georg Heim brachte einige Ehrhardt-Offiziere in der Zentrale des Bauernvereins unter und getarnt als „Bayerische Holzverwertungsgesellschaft“ konnte Ehrhardt sich gar einen funktionierenden, eigenen Generalstab in Bayern bewahren. Vgl. Thoss, Ludendorff, S. 138f.

¹⁰⁰⁵ Vgl. Gordon, Reichswehr, S. 85.

Möglichkeiten mehr ausmachen konnten.¹⁰⁰⁶ Maßnahmen wie die Moorkultivierung, die er schon lange vor seiner Ministerpräsidentschaft als Regierungspräsident einsetzte, um 1919 die Kriegsheimkehrer mit einer Beschäftigung zu versorgen, zeigten konkrete Wirkung. Auch mit dem enorm aufgeblähten Stab der Einwohnerwehr sowie der Unterhaltung großer halbstaatlicher Formationen machte er sich in jenen Kreisen nicht nur weltanschaulich, sondern auch durch ganz handfeste Taten einen guten Namen. Kahr unterstützte im Namen des bayerischen Staates eine bei aufzulösenden Reichswehreinheiten gängige Praxis¹⁰⁰⁷, sich in Tarnorganisationen zu erhalten. Er bot denen, die gegen ihren Willen in der Reichswehr keine Heimat mehr finden durften, neue Perspektiven. Die Unterstützung, die er bis zu seinem Ende als Ministerpräsident dafür vielerorts erhielt, rührte nicht nur aus den Versprechen über eine bessere Zukunft, sondern auch oft durch tatsächliche Existenzsicherung in der Gegenwart. Es entstanden Bande der Dankbarkeit und des Respekts, die teils auch dann noch hielten, als mancher politisch schon nicht mehr völlig hinter Kahr stand. Ein Paradebeispiel dafür ist der aus den Männern um Ehrhardt 1923 entstandene Bund Wiking, der Kahr dementsprechend auch im Herbst 1923 ein treuer Verbündeter blieb.¹⁰⁰⁸

Auch auf die Gunst der noch im Dienst befindlichen bayerischen Reichswehr unter General Möhl, die natürlich ebenfalls ihre Ausstrahlung in der Verbändelandschaft hatte, konnte Kahr setzen. Nicht nur, dass Möhl während des Regierungswechsels von Hoffmann zu Kahr eine große Rolle gespielt hatte, auch entsprach die Politik Kahrs durchaus den Ansichten Möhls. Ganz im Sinne eines kritischen Blicks auf die Reichsregierung sowie eines entschlossenen Antibolschewismus gegenüber einem wohlwollenden Verständniss für alle vaterländischen Kräfte schrieb Möhl im März 1924 an Seeckt: „Für Offiziere, die sich dem General von Lüttwitz unterstellt haben oder vielmehr ihm unterstellt blieben, muss volle Amnestie erwirkt werden. Nur den obersten Führer trifft die Verantwortung. Schuld trifft aber auch die Regierung, die durch Aufruf zum Generalstreik den Bolschewismus entfesselt hat.“¹⁰⁰⁹ Die gesamte Reichswehr, wie interne Berichte zeigen, neigte in allen Dienstgraden von den Mannschaften bis zum Offizierskorps entschieden nach rechts, während Sympathie für die Sozialdemokratie fast nirgends festzustellen gewesen sei. Die Männer seien „einer bürgerlichen Regierung

¹⁰⁰⁶ Vgl. Gordon, Reichswehr, S. 95.

¹⁰⁰⁷ So ist vom Freikorps des Oberleutnants Roßbach bekannt, dass es sich nach seiner Heimkehr aus dem Baltikum und seiner offiziellen Auflösung zum Teil in einem Fuhrunternehmen oder in einer landwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft in Norddeutschland erhielt. Vgl. Roegels, Marsch, S. 142.

¹⁰⁰⁸ Vgl. Hoegner, Hitler, S. 22.

¹⁰⁰⁹ Zit. bei Hürten, Anfänge, S. 67.

mehr zugetan, als den bisherigen rein oder gemischt sozialistischen Vorgängern“, so meldete der Führer einer Minenwerfer-Kompanie seinen Vorgesetzten im April 1920, fügte aber an: „Die meisten Leute kümmern sich überhaupt wenig um Politik.“¹⁰¹⁰ Die Reichswehr sah die Person Kahr auch als willkommenes Instrument zur Verwirklichung eigener Ziele. So schlug beispielsweise Epp Möhl am 28. März 1920 vor, „durch Orientierung der bayerischen Regierung und Anregung“¹⁰¹¹ dahingehend zu wirken, dass diese immer wieder gegen zu weit nach links zeigende Reichssteuern mobil mache. Ein internes Papier der bayerischen Reichswehr stellte im Juni 1920 fest: „Ein der Öffentlichkeit erkennbares vertrauensvolles Zusammenstehen von Regierung und Landeskommandant stärkt in Augen der Bevölkerung nicht nur die Autorität der Regierung, hinter der die verfassungstreue bewaffnete Macht sichtbar wird, sondern auch das Vertrauen zu der von Volksvertretung und Regierung nicht losgelösten Wehrmacht.“¹⁰¹²

Nicht nur in der Versorgung und im Schutz größerer Gruppen, auch im Falle berühmter Einzelpersonlichkeiten des rechten Lagers und deren Ansiedelung in Bayern hatte Kahr eine ganz persönliche Rolle gespielt. Ihn plagten dabei weit weniger Berührungängste mit preußischen Militärs, als dies offenbar in BVP Kreisen um Heim der Fall war.¹⁰¹³ Neben Kapitän Ehrhardt ist hier vor allem ein Name zu nennen, der Kahr später zum Verhängnis werden würde: General Ludendorff, der schon im Kapp Putsch eine sehr fragwürdige Rolle gespielt hatte, hatte sich nach München begeben.¹⁰¹⁴ Sicherlich hatte die Anwesenheit Ludendorffs zur Eskalation der Lage in Bayern im Herbst 1923 wesentlich beigetragen. Kahr erkannte dies im Rückblick selbst: „Groß war auch der Einfluss dieses Mannes auf Hitler, an dessen Größenwahn er mitschuldig wurde. Hitler konnte sich sagen, was muss ich für ein großer Mann sein, wenn der berühmte Ludendorff mich regelmäßig zum Tee empfängt.“¹⁰¹⁵ Laut eigenen Angaben konnte sich Kahr schon 1922 mit den radikalen Anschauungen Ludendorffs nicht mehr anfreunden und brach jeden Kontakt außerhalb gesellschaftlicher Pflichten seit einem Streit im März 1922 ab.¹⁰¹⁶ Es ist dennoch sehr wahrscheinlich anzunehmen, dass Kahr ganz wesentlich an

¹⁰¹⁰ Zit. bei Hürten, Anfänge, S. 131.

¹⁰¹¹ Zit. bei Hürten, Anfänge, S. 105.

¹⁰¹² Zit. bei Hürten, Anfänge, S. 182.

¹⁰¹³ Im Gegensatz zu Kahr neigte Heim durchaus dazu, nicht nur gegen das rote Berlin, sondern auch gegen das militaristische Preußen zu hetzen. Beispielsweise verkündete Heim im Bayerischen Kurier: „Wenn es jemals preußischen Offizieren gelänge, der Reaktion in Deutschland zum Sieg zu verhelfen, so würden sie ohne Mühe die Unabhängigkeit Bayerns beseitigen.“ Bayerischer Kurier Nr. 318/319 vom 14.11.1920.

¹⁰¹⁴ Vgl. Schwend, Bayern, S. 156.

¹⁰¹⁵ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1162.

¹⁰¹⁶ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1011.

Ludendorffs Ansiedlung in Bayern beteiligt war: Nach Aussage des Ministerialbeamten Karl Sommer hatte Kahr während seiner Ministerpräsidentschaft durchaus Verehrung für den Helden von Tannenberg empfunden. Dies mag kaum verwundern, wenn man die Begeisterung Kahrs für sonstige Hauden und Kriegshelden des Weltkrieges bedenkt. Kein geringerer als Kahr selbst sei es laut Sommer gewesen, der Ludendorff seinen repräsentativen Wohnsitz in Ludwigshöhe verschaffte.¹⁰¹⁷ Und Ludendorff befand sich in Bayern in bester Gesellschaft. Der in die ungarischen Thronbesteigungsversuche des letzten Kaisers von Österreichs und Königs von Ungarn Karl verwickelte Anton Lehar war 1921 nach Bayern geflohen und auf Fürsprache Georg Heims bei Bad Endorf untergetaucht. In seinen Aufzeichnungen berichtete er fast überrascht, dass er sich dort keineswegs alleine fühlte: „Mit der Zeit fand ich auch die Gesellschaft von Menschen, die, in ähnlichen Verhältnissen wie ich, bessere Zeiten abwarten wollten. In allen umgebenden Ortschaften steckten unter allen möglichen falschen Namen Flüchtlinge vom Kapp-Putsch und ähnlichen gegenrevolutionären Unternehmungen.“¹⁰¹⁸ So habe Generalleutnant Lüttwitz als direkter Nachbar neben Lehar gewohnt, während er sich mit dem Kapp-Vertrauten Schnitzler gerne auf ein Glas Cognac traf. Kahr war stets beeindruckt, wenn solche vaterländisch gesinnte „Größen“ in Bayern vorstellig wurden. Dass er ihnen weitestgehend Vertrauen entgegenbrachte, dem stellenweise kritische Gedanken klar unterlagen, wird sich zeigen, wenn es gilt, die Geschehnisse im Vorfeld des Hitlerputsches zu untersuchen.

Es wird also klar, dass Gustav von Kahr in vielerlei Hinsicht über ein breites Wohlwollen im rechten Lager verfügte, das er jenseits der Politik der BVP und der Einwohnerwehr für sich erwirken konnte. Dies galt trotz unterschiedlicher Facetten und Ausprägungen zumindest bis zum Ende seiner Ministerpräsidentschaft noch fast uneingeschränkt. Mal verdankte er seine Beliebtheit einem engagierten Auftreten bei entsprechenden Anlässen, mal war sie aber auch sehr konkreten Vorteilen geschuldet, die die Anhänger und Mitglieder vaterländischer Verbände aus der Ministerpräsidentschaft Kahrs zogen. Trotz aller Differenzierungen, Veränderungen und relativen Abschwächungen, die schließlich über die Jahre bis zum Herbst 1923 eintraten, blieb er so auch nach seiner Ministerpräsidentschaft für die rechten Verbände die Schlüsselfigur der Ordnungszelle Bayern, die ohne seinen Einfluss wohl nie in dieser Form entstanden wäre.

¹⁰¹⁷ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 92.

¹⁰¹⁸ Lehar, Erinnerungen, S. 238.

3.5. Bilanz der Ministerpräsidentschaft Kahrs

Das Pfund, mit dem Kahr propagandistisch am meisten wucherte, war das Schlagwort von „Ruhe und Ordnung“, nach dem sich die Bevölkerung nach Krieg und Revolutionswirren sehnte. Es liegt nahe, dass viele sich schlicht erhofften, in geordneten Verhältnissen ihre ökonomische Existenz wieder aufbauen zu können. Treue zur Weimarer Verfassung oder Bekenntnisse zur Republik spielten hier nur eine untergeordnete Rolle. Auf diese Stimmung hatte Kahr sich erfolgreich eingestellt. So stellten die Münchner Neuesten Nachrichten in ihrem Fazit der Amtszeit Kahrs fest: „Man hatte unter seiner Staatsleitung das Gefühl, dass die Sicherheit von Leben und Eigentum gewährleistet ist.“¹⁰¹⁹ Sicherlich sei vieles unter Hoffmann schon geschehen, doch erst Kahr habe glaubhaft die klare Ablehnung marxistischer Umtriebe in Bayern vermitteln können.

Kahr war von der BVP, der er aus pragmatischen Gründen, aber ohne innere Überzeugung, nahe stand, als ein über den politischen Richtungen schwebender Macher mit besten Referenzen berufen worden. Mit der Zeit entwickelte dieser Macher eine immer eigenständigere Politik, bei der ihm der Großteil des politischen Bayerns mindestens bis zum Sommer 1921 folgte. Seine breite Beliebtheit und sein Geschick für Selbstdarstellung förderten dies. Im neuen System des Parlamentarismus war Kahr gedanklich nie angekommen, woran er auch öffentlich keine Zweifel ließ. Spätestens in den Geschehnissen um seinen Rücktritt, als er es im Gegensatz zu den meisten seiner Kollegen im Ministerrat beharrlich ablehnte, dem Willen der Landtagsmehrheit zu folgen, stellte sich dies mit aller Konsequenz unter Beweis.

Kahr neigte in seiner Politik zu nationalem, militaristischem Pathos. Er war der Überzeugung, Bayern durch eine Zeit der Erduldungen führen zu müssen. Während er wirtschaftlichen Fragestellungen fern stand, berief er sich dabei auf die Propagierung von Sparsamkeit und Bescheidenheit und von einer lauten Ablehnung der Tatsachen, die der Versailler Vertrag geschaffen hatte. Deutliche Zeichen hierfür waren sein erbitterter Kampf um die Einwohnerwehr, seine Neigung zu allen rechts stehenden, revisionistischen Kräften und sein außenpolitisches Engagement, mit dem er den

¹⁰¹⁹ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 400 vom 22.9.1921.

Kompetenzbereich eines bayerischen Ministerpräsidenten weit verlassen hatte. Kahr sah seine Mission nicht nur, wie man es von einem Beamten erwarten würde, in der Erfüllung seines Amtes, er sah sie darin, Bayern als politische Alternative zur Weimarer Koalition im Reich zu positionieren. Wo die Reichsregierung auf stille Diplomatie und Verhandlung setzte, propagierte Kahr, wohl auch auf die öffentliche Wirkung schielend, stets ein lautes „Nein“. Die daraus eventuell resultierenden Konsequenzen, seien sie wirtschaftlich oder gar militärisch, nahm er ohne Bedenken hin.

Hierin liegt die große Verantwortung Kahrs für die Radikalisierung Bayerns. Den Kräften, die am 8. November 1923 putschten, hatte er seit seinem Regierungsantritt anschauliches Beispiel gegeben, dass man sich im Sinne des Kampfes gegen links, des Kampfes gegen den Versailler Vertrag und des Kampfes gegen ein – seiner Überzeugung nach - für Deutschland nachteiliges parlamentarisches System eben nicht an das bestehende Recht und die bestehende Ordnung halten müsse, da diese sowieso zu Unrecht existierten. Der Ministerpräsident war durch sein Handeln so ein Vorbild für die vaterländischen Kräfte, denen er oft genug nicht nur ideologisch, sondern auch in ihrer ökonomischen Not nach der Auflösung vieler Reichswehrverbände wieder Hoffnung gab. Die Dinge müssen nicht so bleiben, wie sie sind – so Kahrs Botschaft. Der vermeintliche vaterländische Zweck heiligt dafür die Mittel. Er hatte in seiner Amtsführung viele Mittel in diesem Sinne eingesetzt und, vor allem was die Fragen der Einwohnerwehr betraf, oft genug den rechtlichen Rahmen verlassen. In seiner Ablehnung der berechtigten Forderung des Reichs nach einem Ende des Ausnahmezustandes in Bayern stellte er unter Beweis, dass er von dieser Haltung auch nicht abzurücken gedachte. Was Kahr angeht, so war die Ordnungszelle Bayern nicht nur, wie oft geäußert wird, „auf dem rechten Auge blind“, sondern hat den Rechtsradikalismus sehenden Auges gefördert. Dass sein Nachfolger Knilling im Herbst 1923 ausgerechnet Kahr berufen musste, um die Lage wieder zu bereinigen, die Kahr als Ministerpräsident selbst auf den Weg gebracht hatte, ist Ironie der Geschichte.

Noch bis zum Ende seines Lebens sollte sich Kahr nicht damit abfinden können, dass er im neuen System seine Mission nicht erfüllen konnte. Am unglücklichen Verlauf der Dinge war stets der Treubruch anderer schuld - seien es Eisner-Revolutionäre, Landtagsparteien oder Hitler. Er hatte zwar in der Ministerpräsidentschaft die wohl höchste Stufe einer Beamtenkarriere erreicht, aber eben in der für seine Weltsicht falschen Zeit. Noch 1930, anlässlich seiner Pensionierung als Beamter, erklärte er in den Münchner Neuesten Nachrichten, dass der Parlamentarismus unfähig und schwach

sei.¹⁰²⁰ So findet sich auch in seiner Sterbeanzeige nichts von einem „Bayerischen Ministerpräsidenten“, einem „Generalstaatskommissar“ oder sonstigen Funktionen und Titel von nach 1918. Nur von einem verstorbenen „Dr. ing. h.c. Dr. med. h.c. Gustav von Kahr, Königlicher Staatsrat“¹⁰²¹, ist noch die Rede.

4. Die Ministerpräsidentschaft Hugo Graf von und zu Lerchenfelds

Hugos Graf von und zu Lerchenfeld auf Köfering und Schönbergs Ministerpräsidentschaft währte, was die drei in dieser Arbeit untersuchten Personen betrifft, am kürzesten. Er trat am 21. September 1921 sein Amt mit besten Hoffnungen an, musste aber gut ein Jahr später gänzlich desillusioniert und isoliert am 2. November 1921 wieder zurücktreten. Im Folgenden sollen nun, nach einem kurzen Blick auf Herkunft und Karriere, zunächst die Beweggründe und Umstände beleuchtet werden, unter denen Lerchenfeld als eher überraschender Kandidat an die Spitze der bayerischen Regierung trat und so zum Nachfolger Kahrs wurde. Wenn daraufhin Lerchenfelds Politikstil und die Schwerpunkte und Entwicklungen seiner Amtszeit analysiert werden, so wird sich zeigen, dass er sich in einigen Dingen von der Mehrheit der politischen Elite Bayerns deutlich unterschied, in anderen wiederum nicht. Auch an ihm soll die Leitfrage angelegt werden, inwiefern seine Amtsführung der Radikalisierung Bayerns zuträglich war, oder ob er sich dagegen einsetzte. Auch bei ihm sei schließlich der Versuch einer Verortung innerhalb des politischen Spektrums in Bayern unternommen. Diese Untersuchung des Verhältnisses zu den einzelnen Parteien steht bei Lerchenfeld allerdings unter anderen, einfacheren Vorzeichen, als es im Kapitel über Kahr der Fall war: Der Graf war unstrittig Mitglied der BVP. Er ist also trotz seiner Herkunft aus dem Beamtenapparat von vorne herein weniger als Kahr als „unpolitischer Beamtenministerpräsident“ zu verstehen.

¹⁰²⁰ Kahr hatte seine letzten Jahre als Beamter als Präsident des Verwaltungsgerichtshofes verbracht und ging zum Jahreswechsel 1930 auf 1931 in den Ruhestand. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 355 vom 31.12.1930

¹⁰²¹ Traueranzeige ohne Angabe der Zeitung, Stadtarchiv München, ZA Personen 244-5.

4.1. Herkunft, Ausbildung und Karriere

Hugo Graf Lerchenfeld war ein Spross gleich zweier angesehener Familien des bayerischen Adels. Am 21. August 1871 wurde er in Köfering bei Regensburg in das noch junge Zweite Kaiserreich hineingeboren.¹⁰²² In Köfering genoss er seine frühe Erziehung.¹⁰²³ Diverse Mitglieder der Familie Lerchenfeld hatten seit langer Zeit Spitzenpositionen im Bayerischen Staat inne, vom Hofrat Georg Konrad von Lerchenfeld im 17. Jahrhundert über die königlichen Minister Maximilian Emanuel von Lerchenfeld und Gustav von Lerchenfeld, den Regierungspräsidenten Philipp von Lerchenfeld bis zum bayerischen Gesandten Hugo von Lerchenfeld, der bis 1918 fast 30 Jahre lang die Belange des Königreichs in Berlin vertrat.¹⁰²⁴ Letzterer galt als einflussreicher Mann in der bayerischen Politik und war unter anderem an der Installation der konservativen Regierung Hertling beteiligt.¹⁰²⁵ Auch Lerchenfelds Vater Ludwig war eine Größe und ein Begriff in der bayerischen Monarchie. Von 1893-1904 fungierte er als Präsident der Kammer der Reichsräte, ferner war er Kapitulargroßkomptur und stellvertretender Großkanzler des St. Georg-Ritterordens, Ritter des Hubertusordens und königlicher Kämmerer, was den jahrzehntelangen Ruf derer von und zu Lerchenfeld als „Prototypen einer bayerischen Hofadelsfamilie“¹⁰²⁶ bekräftigte. Mit dem Namen Lerchenfeld wurde schließlich auch noch in der Weimarer Zeit ein tiefer Katholizismus und große Traditionsverbundenheit verknüpft.¹⁰²⁷

Auch die Familie der Mutter Hugo von Lerchenfelds, Clara von Bray-Steinburg, war seit Anfang des 19. Jahrhunderts, als Francois Gabriel von Bray-Steinburg in den bayerischen diplomatischen Dienst berufen wurde, eng mit dem Königreich verbunden. Lerchenfelds Großvater Otto von Bray-Steinburg hatte unter König Ludwig II. den Vorsitz des Ministerrats inne.¹⁰²⁸ Allgemein lässt sich sagen, dass Lerchenfeld von seiner Abstammung aus katholischem bayerischem Adel eine tiefe Verwurzelung im christlichen

¹⁰²² Vgl. Bosl, Biographie, S. 476.

¹⁰²³ Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 400 vom 22.9.1921.

¹⁰²⁴ Vgl. Bosl, Biographie, S. 475 ff.. Vgl. ferner NDB 14, S. 312 ff.

¹⁰²⁵ Vgl. Löffler, Stationen, S. 972f.

¹⁰²⁶ Löffler, Kammer, S. 153.

¹⁰²⁷ Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 400 vom 22.9.1921.

¹⁰²⁸ Vgl. Bosl, Biographie, S. 89 f.. Vgl. ferner NDB 2, S. 563 f.

Glauben¹⁰²⁹ und sicherlich auch einen nennenswerten finanziellen Hintergrund¹⁰³⁰ mitnahm. Ihm standen zweifelsfrei viele Wege im Königreich Bayern offen.

Eine Laufbahn im Staatsdienst schien für den jungen Grafen also naheliegend, sodass er nach dem 1889 in München abgelegten Abitur sein Studium an den juristischen und philosophischen Fakultäten in München und Berlin absolvierte. Es folgte der Wehrdienst beim Königlich Bayerischen I. Ulanen Regiment 1893/1894, in dem er auch im Weltkrieg diente.¹⁰³¹ Seine Beamtenlaufbahn nahm zunächst Stationen in Regensburg, Berlin und München, bevor er 1900 zum Bezirksamtsassessor in Neustadt in der Pfalz, 1904 zum Assessor im bayerischen Innenministerium für Kirchen und Schulangelegenheiten und 1909 zum Bezirksamtmann in Berchtesgaden berufen wurde. Dort engagierte er sich unter anderem als Mitbegründer des gegen die liberale Presse gerichteten „Katholischen Pressvereins“¹⁰³² und tat sich beim Schutz der alpenländischen Flora¹⁰³³ hervor. Schließlich wurde er am 1. April 1914 zum Referenten im bayerischen Kultusministerium befördert.¹⁰³⁴

Ein ungewöhnlicher und in der Öffentlichkeit gerne diskutierter Farbtupfer in Graf Lerchenfelds Biographie war seine Eheschließung mit der US-Bürgerin Ethel Wyman am 12. Oktober 1903. Sie war die Tochter eines Eisenbahndirektors aus Detroit.¹⁰³⁵ Die Vertrautheit und Freundschaft gegenüber amerikanischer Kultur, die Lerchenfeld u.a. 1909 auf einer Studienreise durch die USA bewies,¹⁰³⁶ brachte ihm schon in seiner Berchtesgadener Zeit im Volk den Spitznamen „Amerikaseppel“¹⁰³⁷ ein. Nicht nur das gute Verhältnis zu Amerika,¹⁰³⁸ auch der spöttisch verwendete Spitzname sollten sich bis in die Zeit als Ministerpräsident erhalten.¹⁰³⁹ Ethel schenkte dem Grafen zwei Söhne. Der

¹⁰²⁹ Lerchenfeld bezog christliche Weltanschauung immer wieder gerne in seine Argumentation mit ein. So schrieb er beispielsweise in einem persönlichen Brief an Kahr: „Ohne (...) das echte Christentum können wir Europa und die Welt nicht aufrichten.“ Lerchenfeld an Kahr am 18.7.1920, BayHStA, NL Kahr 34.

¹⁰³⁰ Die Familie Lerchenfeld besaß vor dem Krieg eine größere Menge an Wertpapieren und Aktien, deren Wertentwicklung in der Inflation sich heute allerdings kaum schätzen lässt. Das Stammgut der Grafen von Lerchenfeld in Köfering nahe Regensburg umfasste am Ende der Monarchie 1500 Hektar Land. 1914 erwirtschaftete die Familie ein Jahreseinkommen von 320 000 Mark. Vgl. Löffler, Kammer, S. 153f.

¹⁰³¹ Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 400 vom 22.9.1921.

¹⁰³² Vgl. Haas, Berchtesgaden, S. 903.

¹⁰³³ Vgl. Zierl, Geschichte, S. 615.

¹⁰³⁴ Vgl. Personalakt, PAdAA, I BV 008791 (jan 1919-Mai 1933), Rep IV, Personalia Nr. 252 Graf Lerchenfeld. Vgl. ferner Bosl, Biographie, S. 476; Keipert, Handbuch, S. 56 f.; NDB, S. 314f.

¹⁰³⁵ Vgl. Keipert, Handbuch, S. 56.

¹⁰³⁶ Vgl. NDB, S. 314.

¹⁰³⁷ Kahr, Erinnerungen, S. 959.

¹⁰³⁸ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 139. h Ferner bezog der Graf in einem Interview zu Beginn seiner Amtszeit auffällig oft auch Amerika in seine Zukunftsgedanken mit ein. Vgl. Bayerische Staatszeitung Nr. 240 vom 14.10.1921.

¹⁰³⁹ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 145.

1905 geborene Johannes trat als Diplomat in die Fußstapfen des Vaters, während der 1914 geborene Emmeran später als Professor für Musik nach Peru ging.¹⁰⁴⁰ Die Ehe zwischen Hugo und Ethel von Lerchenfeld war nicht immer ohne Schwierigkeiten, ging jedoch auch angesichts hoher Belastungen, als 1922 ein Seitensprung der Gräfin mit dem Münchener Bildhauer Fritz Behn während des Polenaufenthaltes ihres Gemahls in den Medien diskutiert wurde, nicht zu Bruch. Sie bereue ehrlich und er verzeihe ehrlich, so vertraute er später Karl Sommer an.¹⁰⁴¹

Im Weltkrieg leistete Graf Lerchenfeld bis Mai 1915 seinen Militäreinsatz im Rang eines Rittmeisters d.R., bis er zum ersten Mal in Reichsregierungsdiensten im Ausland eingesetzt wurde. Er arbeitete als Mitarbeiter der Zivilverwaltung des Generalgouvernements Warschau, dann als stellvertretender Polizeipräsident von Warschau und Lodz. Ab 1917 erhielt er seine erste wirklich diplomatische Aufgabe als Kommissar der Reichsregierung bei der königlich polnischen Regierung.¹⁰⁴²

An der diplomatischen Tätigkeit in Diensten des Deutschen Reiches hatte der Graf offensichtlich Gefallen gefunden. Dies zeigt sich dadurch, dass er bereit war, einige Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen, um weiterhin im Bereich der Diplomatie arbeiten zu können. Sein offizieller Dienstantritt im Auswärtigen Amt am 12. Juni 1919 verlief nämlich alles andere als glatt, denn er hatte sich bei seinem eigentlichen Dienstherrn, dem bayerischen Staat, in keiner Weise abgemeldet. Nur Anfang März 1919 war er kurz in die Regierungsgebäude nach München zurückgekehrt, um schon bald darauf gegen die ausdrückliche Anordnung Ministerpräsident Hoffmanns zu einem Sonderauftrag der Reichsregierung nach Kaunas an die Memel abzureisen. Es war eine Flucht aus München, da er sich mit den dortigen Zuständen in den Wirren der Revolution nicht anfreunden wollte. In einem Brief an Escherich schrieb er später, er habe sich dazu entschlossen, da zu seinem Missfallen in seinem alten Ministerium „ein Lehramtskandidat als Vertrauensmann Kurt Eisners waltete.“¹⁰⁴³ Ein in deutlichen Worten geführter Briefwechsel zwischen dem Auswärtigen Amt und der bayerischen Regierung Hoffmann war die Folge. Während die Bayern sich zurecht übergangen fühlten und Graf Lerchenfelds Rückkehr nach München forderten, konterte das Auswärtige Amt flapsig mit dem Argument, man wüschte sich doch in München immer die Besetzung von Spitzendiplomatenposten mit bayerischen Bürgern. Nun habe man diesem Wunsch

¹⁰⁴⁰ Vgl. NDB, S. 314.

¹⁰⁴¹ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 159.

¹⁰⁴² Vgl. Keipert, Handbuch, S. 57.

¹⁰⁴³ Lerchenfeld an Escherich am 17.11.1940, BayHStA, NL Escherich 19.

entsprochen. Erst am 19. Januar 1920 wurde Graf Lerchenfeld offiziell aus den Diensten des bayerischen Kultusministeriums entlassen. Lerchenfeld war derweilen schon im Referat für Russland und seit 12. November 1919 als geheimer Legationsrat und vortragender Rat tätig. Am 19. März 1920 übernahm er das Referat für Italien, bis er am 9. Oktober 1920 seine dauerhafte Stelle als Gesandter der Reichsregierung in Darmstadt antrat.¹⁰⁴⁴

Wie sich hier mangelnder Respekt vor der Regierung Hoffmann und das zielstrebige Verfolgen einer diplomatischen Karriere gegeneinander gewichten lassen, sei offen gehalten. Sicher ist aber, dass Lerchenfeld schon aus seiner Laufbahn heraus ein anderes Verhältnis zum Reich, zum Ausland und auch zum Dienst hatte. Eine Beschränkung der Dienstauffassung des Grafen auf die von Kahr vielbeschworene alte bayerische Beamtenpflicht wäre falsch. Auch Kahrs innere Abneigung gegen Berlin konnte man bei Lerchenfeld schon auf Grund seines Lebenslaufes keineswegs feststellen. Karl Sommer erwähnt, dass den Sport- und Naturfreund Lerchenfeld aus seiner Zeit in Reichsdiensten eine persönliche Freundschaft mit dem Gesandten der Reichsregierung in München, Graf Zech, verband. Auch betont er die Verschiedenheit zwischen dem geschmeidigen Diplomaten Lerchenfeld und dem kaum diskussionsbereiten Kahr.¹⁰⁴⁵ Letzterer kommentierte die Unterschiede zwischen ihm und seinem Nachfolger auf seine Weise, indem er Lerchenfelds diplomatisches Auftreten als Schwäche wertete: „Ich kannte Lerchenfeld von früher als einen feinen, lieben, wenn auch verträumten und in seinen Anschauungen verstiegenen Mann.“¹⁰⁴⁶ Demgegenüber umschreibt Schwend den Grafen als den „der Zeit und der Welt aufgeschlossensten Minister, den das bürgerliche Regime in den Jahren seiner parlamentarischen Herrschaft in Bayern hervorbrachte.“ Ganz anders als Kahr sei Lerchenfeld „eine sich jedem menschlich rasch öffnende und geistig äußerst bewegliche Persönlichkeit, ein Mann, der wirklich Geist hatte und den geistigen Dingen mit Leidenschaft ergeben war,“ gewesen. An seine politischen Aufgaben trat er für Schwend nicht verbissen, sondern „mit dem Lächeln des Weisen“.¹⁰⁴⁷

¹⁰⁴⁴Vgl. Schriftverkehr Auswärtiges Amt - Bayerisches Ministerium des Äußeren ab 5.6.1919, PAdAA, I BV 008791 (Jan 1919-Mai 1933), Rep IV, Personalien Nr. 252 Graf Lerchenfeld.

¹⁰⁴⁵ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 137.

¹⁰⁴⁶ Kahr, Erinnerungen, S. 959.

¹⁰⁴⁷ Schwend, Monarchie, S. 184.

4.2. Lerchenfelds Amtsantritt und seine Startbedingungen

Während die Gedanken weiter Teile der BVP noch darum kreisten, wie schlecht es um den Ruf der Partei nach dem Rücktritt des überaus populären Kahr nun stehe, war es nach Aussage Schwends der Generalsekretär Anton Pfeiffer, der die Blicke der Partei auf den Grafen Lerchenfeld nach Darmstadt lenkte.¹⁰⁴⁸ In der BVP Landtagsfraktion wurde der Name Lerchenfeld als erstes durch den Parteivorsitzenden Speck wörtlich genannt.¹⁰⁴⁹ Sicherlich war Lerchenfeld alles andere als eine besonders naheliegende und eindeutige Entscheidung. Auch Knilling, so behauptet zumindest Kahr in seinen Erinnerungen, habe das Amt damals schon insgeheim angestrebt,¹⁰⁵⁰ und in der Fraktion wurden noch viele weitere Namen genannt.¹⁰⁵¹ Held war es, der am eindringlichsten darauf bestand, keinen Parlamentarier und auch keinen sonstig erfahrenen Politiker in Erwägung zu ziehen, ferner einen Mann auszuwählen, bei dem man sich eines gewissen Antisozialismus sicher sein könne.¹⁰⁵² Eugen von Knilling unterstützte am Ende den Vorschlag Lerchenfeld, da ihm der Graf persönlich bekannt sei und, wie er glaubte, „keine große Enttäuschung“¹⁰⁵³ sein würde.

Wie schon im Frühjahr 1920 hätte man also auch im Herbst 1921 den Entschluss fassen können, einen führenden Mann der Partei oder zumindest einen bereits amtierenden Ressortminister der Partei an die Spitze der Regierung zu stellen. Wieder könnte man im Rückblick die Frage stellen, warum dies nicht die Stunde Heims oder Helds war. Die Antwort aber muss hier viel deutlicher ausfallen als 1920. Damals hatte man den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten abgelöst und war, wie die kurz darauf abgehaltenen Wahlen bewiesen, damit durchaus auf die wohlwollende Zustimmung des bürgerlichen Lagers gestoßen, für welches sich der neue Ministerpräsident Kahr zu einer Identifikationsfigur entwickelte. Nun, im Herbst 1921 jedoch, hatte man nicht einen unter dem anrühigen Geschmack der Revolution stehenden Sozialdemokraten, sondern genau diese beliebte Identifikationsfigur auszuwechseln. Egal wie ernst die Bittfahrten von BVP Funktionären, die Kahr erneut das Amt anbieten wollten, auch gemeint waren, so

¹⁰⁴⁸ Vgl. Schwend, Bayern, S. 183.

¹⁰⁴⁹ Vgl. Kraupa, BVP-Fraktion, S. 104.

¹⁰⁵⁰ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 960.

¹⁰⁵¹ Dazu zählten Kahrs rechte Hand Schmelzle, der Ministerialbeamte im Justizressort Meyer, der am Ende als zu kompromisswillig verworfene Regierungspräsident Winterstein, der spätere Schriftleiter der Münchner Neuesten Nachrichten Erwein Freiherr von Aretin und Staatssekretär Stingl. Vgl. Kraupa, BVP-Fraktion, S. 105.

¹⁰⁵² Vgl. Kraupa, BVP-Fraktion, S. 104.

¹⁰⁵³ Kraupa, BVP-Fraktion, S. 105.

bewiesen sie doch, dass die BVP größtem öffentlichen Druck ausgesetzt war. Die Partei musste den Ruf des Königsmörders mit aller Gewalt abschütteln. Jeder ihrer bekannt einflussreichen Führer, der Fraktionsführer Held ebenso wie der Bauernführer Heim, hätte sich jedoch genau diesen Ruf aufgelastet. Jeder hätte fürchten müssen, im Volk als derjenige gesehen zu werden, der den tapfer für Bayern streitenden Kahr davongejagt hätte, nur um selbst Ministerpräsident zu werden. Eine Bürde, die im September 1921 als politischer Selbstmord erscheinen musste. Die heftigen Angriffe, die im Landtag seitens der Kahr treu gebliebenen Mittelpartei und in der Öffentlichkeit seitens der parteienfeindlichen vaterländischen Verbände zu erwarten gewesen wären, konnte sich jeder leicht ausmalen.

Man brauchte also einen Mann, der erst gar nicht in den Verdacht geraten konnte, an den Vorgängen um Kahrs Rücktritt beteiligt gewesen zu sein – mit der einfachen Begründung, dass er währenddessen gar nicht in Bayern anwesend war. Ferner wollte die BVP erneut behaupten können, wieder einen über den Dingen stehenden Fachmann berufen zu haben. Andererseits aber konnte man keinen zweiten Kahr brauchen. Der neue Ministerpräsident musste schließlich dem um Kahrs Rücktritt zumindest für den Moment ehrlich gefühlten Wunsch der Partei genügen, das zerrüttete Verhältnis mit dem Reich wieder herzustellen. Auf dieses Profil passte Hugo Graf Lerchenfeld, dessen Familienname über dies hinaus in Bayern einen guten Klang und Ruf genoss.

Auch wenn das letztlich ausschlaggebende Argument für die Personalie Lerchenfeld nicht mehr mit Bestimmtheit aufzudecken sein wird, so lässt sich zumindest sagen, dass mit dem Grafen ein Mann in die bayerische Politik kam, der sich zwar weit von seiner Heimat entfernt zu haben schien, der sich jedoch auch von außerhalb Bayerns in den zurückliegenden Jahren stets darum bemüht hatte, Einfluss in die Geschehnisse in Bayern zu nehmen und seinen Namen nicht in Vergessenheit geraten ließ. War sein Weggang in den Reichsdienst diesem Ziel noch wenig dienlich gewesen, so unterstreichen andere Anlässe diese Behauptung doch. So hatte Lerchenfeld, wenn auch nie in einem mit Kahr vergleichbarem Maße, doch eine aktive Rolle bei Gründung der Einwohnerwehren gespielt. Er stand 1919 mit Escherich in Kontakt¹⁰⁵⁴ und empfahl dem Landeshauptmann eine Gliederung nach Bezirken und einen zivilen Anstrich der Organisation, um

¹⁰⁵⁴ Beide kannten sich bereits seit geraumer Zeit, da sie während des Krieges in Polen zusammengearbeitet hatten. Vgl. Lerchenfeld an Escherich am 17.11.1940, BayHstA, NL Escherich 19. Außerdem ist von einer gewissen Interessensgleichheit auszugehen, arbeitete Escherich 1919 doch bei guter Bezahlung für den „Verein der Deutschen Standesherrn“, der sich im Sinne von Großgrundbesitzern engagierte. Vgl. Large, History, S. 19.

Verdächtigungen der Entente entgegenzuwirken.¹⁰⁵⁵ Schon zuvor, im Dezember 1918, besprach er sich nach eigenen Angaben in einem am Ende nicht fruchtbaren Dialog mit Heim, der ihn angeblich als Unterstützer für die Möglichkeit einer vorübergehenden Abtrennung Süddeutschlands zu gewinnen suchte.¹⁰⁵⁶ Die regionale Nähe seines Schlosses in Köfering zu Georg Heims Wohnsitz in Regensburg und sein gleichzeitiges Interesse für Landwirtschaft dürften über Georg Heim für die Bekanntheit des Grafen an wichtigen Stellen ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Lerchenfeld gehörte zu denjenigen, die mit Georg Heim im November 1918 in Regensburg den Schritt vom alten Bayerischen Zentrum hin zur neuen Bayerischen Volkspartei vollzogen.¹⁰⁵⁷ Er war damit von Anfang an am Wiedererstarken des konservativen Bayerns beteiligt.

Auch als Kahr die Regierung übernahm, zeigte sich der Graf bemüht, sich in Erinnerung zu rufen. Am 18. Juli 1920 ließ er dem Ministerpräsidenten ein - mit elf Seiten das Maß einer Gratulationskarte durchaus übersteigendes - Schreiben zukommen, in dem er Kahr seine Sicht auf die politische Lage mitteilte. „Ich glaube, dass sich in meinen Anschauungen die eines ‘normalen’ Bayern widerspiegeln, der durch den Übertritt in den Reichsdienst nichts von seinen bayerischen Empfindungen eingebüßt hat, der nicht nur grundsätzlich monarchisch denkt, sondern auch in nationaler Beziehung das föderalistische und großdeutsche Ideal hochhält, der schließlich als positiver Christ an die Notwendigkeit einer Völkergemeinschaft auf dem Grunde christlicher Gerechtigkeit glaubt“¹⁰⁵⁸, so leitete er seine Ausführungen ein. In Folge befasste er sich seinem Diplomatenberuf entsprechend vor allem mit außenpolitischen Fragen und gab an, Mitglied einer nicht näher definierten Gruppe zu sein, die sich um eine Aussöhnung in Europa auf christlicher Basis bemühe. Da Lerchenfeld 1925 zum ersten Reichsvorstand der Paneuropa Union gehörte¹⁰⁵⁹ und diese ihre Wurzeln im Jahr 1919 hatte, ist es wahrscheinlich, dass damit letztlich Paneuropa gemeint war, also eine Sache, die dem Nationalisten Kahr eher befremdlich gewesen sein dürfte. Dass es ihm ernst war und dass er in Bayern gehört werden wollte, belegt sein ausdrücklicher Wunsch an Kahr, seinen Brief nicht als das Werk eines „Gschaftelhubers“ zu verstehen, bevor er mit einem klaren Bekenntnis zum bayerischen Ministerpräsidenten schloss: „Meine besten und herzlichsten Wünsche begleiten Sie bei ihren Werken.“¹⁰⁶⁰ Die Tatsache, dass die BVP

¹⁰⁵⁵ Vgl. Lerchenfeld an Escherich am 17.11.1940, BayHstA, NL Escherich 19.

¹⁰⁵⁶ Vgl. Lerchenfeld an Kahr am 18.7.1920, BayHStA, NL Kahr 34.

¹⁰⁵⁷ Vgl. Bayerische Staatszeitung Nr. 221 vom 22. 9.1921.

¹⁰⁵⁸ Lerchenfeld an Kahr am 18.7.1920, BayHStA, NL Kahr 34.

¹⁰⁵⁹ Vgl. Ziegerhofer, Botschafter, S. 180.

¹⁰⁶⁰ Brief Lerchenfeld an Kahr vom 18.7.1920, BayHStA, NL Kahr 34.

dem Grafen die Ministerpräsidentschaft angetragen hat, lässt es als sehr wahrscheinlich erscheinen, dass die genannten Kontakte nach Bayern nicht die einzigen waren und dass der Graf offenbar einigen Aufwand daran setzte, aus der Ferne von sich reden zu machen, obgleich er natürlich zu keinem Zeitpunkt mit solchem Ergebnis hätte rechnen können. Es gab trotz aller Hektik und Undurchsichtigkeit der Kandidatensuche Gründe, die für Lerchenfeld sprachen, sodass Bernd Schilchers Anschauung, dessen Auswahl mite „improvisiert, spontan und dilletantisch“¹⁰⁶¹ an, zumindest etwas übertrieben sein dürfte.

Lerchenfeld wurde am Ende dieses Prozesses mit 86 Stimmen im Landtag gewählt, wobei die BMP aus der Koalition mit BVP, DDP und Bauernbund ausschied und weiterhin für Kahr stimmte.¹⁰⁶² Doch auch in den Reihen der verbleibenden Koalitionsparteien, die zusammen über insgesamt 90 Stimmen verfügten,¹⁰⁶³ gab es offenbar noch einzelne Abweicher. Die Regierung aber blieb, und das dürfte das Ziel der BVP gewesen sein, bis auf den Wechsel an der Spitze konstant. Lerchenfeld selbst übernahm von der BMP das Ressort des zurückgetretenen Justizministers Roth, dafür wurde der bisherige Staatssekretär im Innenministerium, Franz Schweyer, zum Innenminister ernannt. Die anderen Minister konnten auf ihren Posten bleiben.¹⁰⁶⁴ Der Wechsel war geglückt. Die Münchner Neuesten Nachrichten analysierten am Folgetag, dass die BVP sich nach der Wahl nun wie „befreit“¹⁰⁶⁵ vorkomme.

Zusammengefasst war Graf Lerchenfeld in der damaligen Situation genau der Mann, den die BVP suchte. Ein guter Name, der auf Verbundenheit zu Bayern, zum Königshaus und zur Kirche hinweist, war in der Person Lerchenfelds gepaart mit dem Image des honorigen Fachmannes, der von außerhalb der Partei und von außerhalb des Parlaments kam. Dass seine „Flucht“ nach Berlin in den Tagen der Revolution ihm eine antibolschewistische Grundhaltung attestierte, konnte in Augen der BVP ebenfalls nur als vorteilhaft gesehen werden. Vor allem aber war Lerchenfeld ein Kandidat, den man nach den Querelen der letzten Zeit und angesichts der Erregung im Volk ohne Vorbelastung ins Rennen schicken konnte. Und da er bislang in Bayern keine allzu sichtbare Rolle gespielt hatte, konnte man ihn bei Bedarf auch wieder ohne große Umbauten in der etablierten politischen Elite des Landes aus diesem Rennen herausnehmen.

¹⁰⁶¹ Schilcher, Parlamentarismus, S. 155.

¹⁰⁶² Vgl. Verhandlungen des bayerischen Landtags, 76. Sitzung vom 21.9.1921.

¹⁰⁶³ Vgl. Schwend, Bayern, S. 554.

¹⁰⁶⁴ Vgl. Schwend, Bayern, S. 185.

¹⁰⁶⁵ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 400 vom 22.9.1921.

Die Vorzeichen, unter denen der Graf sein Amt antrat, waren nun nicht die besten. „Leicht hatte er es ja nicht“¹⁰⁶⁶, so umschrieb selbst Gustav von Kahr die Aussichten seines Nachfolgers bei Regierungsantritt. In seinem Tagebuch hielt er fest, schon Gerüchte gehört zu haben, dass Lerchenfeld auf seinen Posten in Berchtesgaden und Polen eher einen unzuverlässigen und unklaren Eindruck gemacht habe.¹⁰⁶⁷ Vor allem aber begründete Kahr Lerchenfelds schweren Start mit dem Groll im Volk, der durch sein eigenes Ausscheiden aus dem Amt allorts geherrscht habe. Obgleich Kahr immer dazu neigt, sich selbst als bei der Bevölkerung überaus beliebt und verehrt darzustellen, ist seine Einschätzung als durchaus realistisch zu sehen. Eine Initiative des Bayerischen Ordnungsblocks bewirkte es, dass in allen Gemeinden Bayerns nach Kahrs Rücktritt zu Treuebezeugungen aufgerufen wurde. In der Folge gingen im bayerischen Landtag durch Vertreter aller bürgerlichen Parteien, ja teilweise durch komplette Gemeindevertretungen entsprechende Stellungnahmen für das Wirken des Ministerpräsidenten von Kahr ein.¹⁰⁶⁸ Das bedeutete für Lerchenfeld zunächst einmal: Er musste in einer Stimmung als neuer Ministerpräsident antreten, in der weite Bevölkerungskreise überhaupt keinen neuen Ministerpräsidenten wollten. So fand Lerchenfeld in seinen ersten Arbeitstagen noch manches an den Ministerpräsidenten adressierte Unterstützerschreiben, das eigentlich noch für Kahr gedacht war, auf seinem Schreibtisch vor.¹⁰⁶⁹

Auch die Kompetenzrangeleien mit dem Reich waren keinesfalls ad acta gelegt, sondern bestenfalls durch die Beruhigung des Streites um den Ausnahmezustand für kurze Zeit etwas zurückgestellt. Angesichts der ungelösten grundsätzlichen Interessensunterschiede zwischen den reaktionären, föderalistischen oder völkisch-radikalen Kräften im bürgerlich regierten Bayern und den Vorstellungen der von SPD, Zentrum und DDP getragenen Reichsregierung blieb das Konfliktpotential sehr hoch. Lerchenfeld saß auf einem politischen Pulverfass, das mit oder ohne sein Zutun jederzeit hochgehen konnte.

Die Probleme bei Lerchenfelds Amtsantritt aber lagen tiefer als in oberflächlichen politisch-weltanschaulichen Rangeleien der Zeit. Die Missstimmung im Volk war keineswegs allein dem Rücktritt Kahrs oder dem Ende des Ausnahmezustandes geschuldet. Innerhalb Bayerns wuchsen die Spannungen vor allem hinsichtlich der Versorgungslage, was unter anderem enorme Keile zwischen die Bevölkerung in Stadt

¹⁰⁶⁶ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 959.

¹⁰⁶⁷ Vgl. Kahr, Tagebuch 1921/2, S. 208f.

¹⁰⁶⁸ Vgl. Speckner, Ordnungszelle, S. 221.

¹⁰⁶⁹ Vgl. Diverse Schreiben an den Ministerpräsidenten, BayHStA, MA 102385.

und Land trieb.¹⁰⁷⁰ Diese Spannungen resultierten vor allem aus den immer deutlicher werdenden Auswirkungen der Inflation. Sie gewann 1921 nach einer kurzen Beruhigung mehr und mehr an Fahrt und ließ sich in der gesamten Amtszeit Lerchenfelds nicht mehr bremsen. Immer weniger waren daher die Bauern, denen es auf dem Land an Lebensmitteln ja nicht mangelte, bereit, ihre Waren gegen das an Wert verlierende Geld abzuliefern. Immer mehr bekam dies die Bevölkerung der Städte zu spüren. Wirtschaftspolitisch hatte die Regierung Lerchenfelds also elementarste Probleme zu meistern. Ferner war es Kahr trotz manch vollmundiger Rede nicht gelungen, dass Großkonzerne und andere zum Ärger der Mittellosen ihre Spekulationen trieben und als Inflationsgewinner reich wurden. Auch diese Entwicklung war beim Amtsantritt Lerchenfelds noch in vollem Gange.¹⁰⁷¹ Darüber hinaus hatte sie sich mit 1921 angefangenen Großprojekten wie dem Wasserkraftausbau noch gewaltige Aufgabenfelder geschaffen, die den Staat noch über Jahre beschäftigen sollten.¹⁰⁷² Erschwert wurde der Umgang mit jenen wirtschaftlichen Aufgaben für Lerchenfeld dadurch, dass sich nach den Beschränkungen der Weimarer Verfassung für Bayern auf diesem Gebiet zudem noch ein gewisses ökonomisches Desinteresse in der politischen Führungsschicht des Landes verfestigte.¹⁰⁷³

Kahr hatte Lerchenfeld alles andere als ein gemachtes Haus hinterlassen. Neben den Spannungen zur Reichsregierung, die sich allein durch den Abtritt Kahrs schon milderten, standen vor allem die wirtschaftlichen Probleme des Landes mitsamt ihrer enormen gesellschaftlichen Sprengkraft ungelöst im Raum. Lerchenfeld hatte schon zu Beginn seiner Amtszeit Aufgaben vor sich, bei deren weit über Bayern hinausgehenden Zusammenhängen es anzuzweifeln ist, ob ein Ministerpräsident, sei es nun Graf

¹⁰⁷⁰ Fast zeitgleich zu Lerchenfelds Amtsantritt sah sich sogar Georg Heim als Führer des Christlichen Bauernvereins genötigt, hier zu vermitteln: Ob der traurigen „Lage, in der sich ein großer Teil der Bevölkerung befindet, besonders die Arbeitsinvaliden, die Kleinrentner, Pensionisten, aber auch kleine Geschäftsleute, wurde in letzte Zeit wiederholt an die landwirtschaftliche Bevölkerung die Bitte ausgesprochen, sie möchte durch freiwillige Zuwendungen und Verbilligung ihrer Produkte dieses namenlose Elend, das bei diesem Teil der Bevölkerung herrscht, zu mildern suchen.“ Er bitte die Bauern, dem nachzukommen, denn die Klagen seien in Wahrheit sehr berechtigt. „Obwohl in den Städten das Bild bisweilen gar nicht nach Elend hersieht, so darf sich keiner von diesem falschen Bild trügen lassen. Neben denen, welche die Vergnügungsstätten, Theater, Tanzsäle und Kinos der Städte füllen, wohnen hart nebenan arme, dürftige Menschen. Das Elend verkriecht sich. (...) Ich weiß, dass viele auf dem Lande erbittert sind, weil in den Städten oft ungerechte Urteile über das Land gesprochen werden. Diese Erbitterung darf kein Grund sein, um nicht zu geben. ‘Tue Gutes denen, die dich verfolgen!’ Zu dieser wirklich christlichen Auffassung müssen sich unsere Mitglieder durchringen.“ Aufruf Heims an die Mitglieder des bayerischen Bauernvereins und der Darlehenskassenvereine vom 13.9.1921, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 1116.

¹⁰⁷¹ Vgl. Götschmann, Wirtschaftsgeschichte, S.274ff.

¹⁰⁷² Vgl. Gömmel, Gewerbe, S. 257.

¹⁰⁷³ Vgl. Götschmann, Wirtschaftsgeschichte, S. 289.

Lerchenfeld oder sein Vorgänger Kahr, überhaupt die Möglichkeit und Macht besaß, spürbare Linderung zu verschaffen.

4.3. Lerchenfelds Wirken als Ministerpräsident

4.3.1. Lerchenfelds Politikstil

Gegenüber dem stets etwas verbissenen Kahr stellte Lerchenfeld schon im Auftreten ein Gegenbild dar. So erinnert sich der Ministerialbeamte Karl Sommer daran, wie geschmeidig und diplomatisch der Graf gegenüber seinem Vorgänger erschien. Auch die erstarrten Linien zwischen Berlin und München schienen sich zunächst im Alltag des Außenministeriums zu entspannen, verband den Ministerpräsidenten und den Gesandten der Reichsregierung Graf Zech doch eine gute persönliche Freundschaft.¹⁰⁷⁴ Der französische Gesandte bemerkte sofort bei seinem Antrittsbesuch, bei dem ihn der Graf in bestem Französisch empfing, dass ein spürbar weltgewandterer und offenerer Mann die Führung Bayerns übernommen hatte.¹⁰⁷⁵ So wirkte zunächst auch hinsichtlich des Verhältnisses zu den Entente-Mächten der Wechsel zu Lerchenfeld entspannend. Für die Lage in der besetzten Pfalz wurde im Ministerrat eine deeskalierende Wirkung durch Kahrs Scheiden aus dem Amt festgestellt.¹⁰⁷⁶ Lerchenfelds diplomatische Art bedeutete nach Anschauung des österreichischen Gesandten jedoch von Anfang an nicht nur einen Vorteil, vor allem wenn man die Dinge rein innerbayerisch betrachtet. So meldete er nach Wien: „Graf Lerchenfeld wirkt in seinen Reden überhaupt immer sehr vage und doktrinär, was zweifellos für den Moment sehr geschickt, auf Dauer aber für ihn gefährlich ist, da es nicht den starken Mann verrät, den die Bayern wollen und brauchen. Lerchenfeld will, wie es scheint, solche Regierungskunst treiben, als hätte sich nichts geändert, als bestünden dieselben Verhältnisse wie im ancien regime. Ob ihm dies gelingen wird, ist fraglich.“¹⁰⁷⁷ Der Gesandte erkannte hier ein tatsächliches Problem: Lerchenfeld vermittelte nicht den Eindruck, als wäre er der unbeugsame Mann der großen Tat, den sich so viele in Bayern erhofften. Das unterschied ihn, was die Öffentlichkeitswirkung

¹⁰⁷⁴ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 137.

¹⁰⁷⁵ Vgl. Müller, Gesandtschaft, S. 148.

¹⁰⁷⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 23.9.1921, BayHStA, MA 99517.

¹⁰⁷⁷ Zit. bei Weigl, Bayernbild, S. 212.

anging, zu seinem Nachteil von Kahr, den man – zu Recht oder zu Unrecht – als den tatkräftigen Vorkämpfer für die gerechte bayerische Sache wahrgenommen hatte.

Dieser Stilwechsel wurde gleich zu Beginn der Amtszeit des Grafen augenscheinlich. Erstaunlich war es zu sehen, mit welcher Schlichtheit und Ruhe sich jener Streit um den bayerischen Ausnahmezustand, der Kahr bis zum Rücktritt trieb, unter Lerchenfeld einfach auflöste, auch wenn gegen Kahrs Willen der Weg dahin ja schon vor dem Regierungsantritt des neuen Ministerpräsidenten eingeschlagen worden war.¹⁰⁷⁸ Es war ein spürbar unaufgeregteres Klima in den bayerischen Ministerrat eingezogen. Man habe den Ausnahmezustand sowieso nur als ein „Kompensationsobjekt im föderalistischen Sinne“¹⁰⁷⁹ betrachtet, so erklärte der neue Innenminister Schweyer. Ziel müsse es nun sein, in Berlin im Austausch gegen seine Aufhebung föderalistische Zugeständnisse in der Praxis des Reichsausnahmezustandes zu bewirken. Nur aus politischen Gründen wollte man die Aufhebung noch bis zu einem gewissen Termin hinauszögern. Der Demokrat Hamm ging gar soweit, festzustellen, dass in Bayern ja – anders als Kahr behauptete - gar keine akute Gefahr erkennbar sei und man daher auch durchaus auf Verständnis in der Bevölkerung treffen müsse, wenn man den Ausnahmezustand ohne Aufschub für beendet erkläre. Solche Aussagen hätten noch Wochen zuvor unter Kahr für die heftigsten Streitigkeiten unter den Ministern gesorgt. Nun war plötzlich keine Rede mehr von den gefährlichen kommunistischen Umstürzern, wie sie Kahr oder Roth an dieser Stelle angeführt hätten. Nur Sozialminister Oswald fürchtete eine Landtagsmehrheit gegen den Beschluss, was Lerchenfeld jedoch mit dem Argument besänftigte, dass er den Landtag dahingehend verstehe, dass jener lediglich auf ein sorgsames Bestehen auf die Wahrung der bayerischen Hoheitsrechte Wert lege. Persönlich, so fügte er an, sei er generell kein Freund von Ausnahmezuständen. Die Verhandlungen in Berlin solle Schweyer in diesem Sinne führen, er werde sich nur wenn nötig einmischen.¹⁰⁸⁰

Diese Verhandlungen in Berlin liefen darauf ohne Komplikationen. Lerchenfeld ließ dem Reichskanzler zusichern, bis zum 28. September durch eine definitive Entscheidung durch Landtagsausschuss und Ministerrat die Sache abzuseggen.¹⁰⁸¹ In der folgenden Sitzung des Ministerrats am 27.9.1921 berichtete Schweyer, dass eine im föderalistischen

¹⁰⁷⁸ Vgl. Zimmermann, Bayern, S. 109.

¹⁰⁷⁹ Ministerratssitzung vom 23.9.1921, BayHStA, MA 99517.

¹⁰⁸⁰ Vgl. Ministerratssitzung vom 23.9.1921, BayHStA, MA 99517.

¹⁰⁸¹ Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 99 vom 24. September 1921, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

Sinn modifizierte Fassung der Reichsverordnung¹⁰⁸² ab dem 29.9. in Kraft treten solle. Er hob vor allem hervor, dass bei Streitfragen nun nicht mehr der Reichsinnenminister, sondern die Länderbehörden eine Schiedsinstanz anrufen sollten. Diese sollte sich auch nicht mehr in Form eines Reichsgerichts, sondern in Form eines Reichsratsausschusses, also aus den Vertretern der Länderregierungen rekrutieren. Ausdrücklich habe die Reichsebene zugesichert, dass, sollte ein Land akute „Gefahr im Verzug“ feststellen, es selbstverständlich nach wie vor jederzeit selbstständige Gegenmaßnahmen ergreifen dürfe. Vor allem Reichspräsident Ebert wirkte in dieser Frage sehr vermittelnd. Kultusminister Matt beurteilte daraufhin dieses Ergebnis sogar als einen Erfolg für Bayern als Vorreiter des föderalistischen Gedankens und auch der übrige Ministerrat stimmte, nachdem auch ein positives Signal aus dem Landtag festgestellt worden war, dem Verfahren zu. Auf dieser Grundlage konnte der Ausnahmezustand mit Wirkung zum 15. Oktober 1921 in Bayern aufgehoben werden. Lerchenfeld stellte schlussendlich fest, dass es langfristig eben vernünftiger sei, in diesem Stil Verhandlungen mit dem Reich zu führen, damit Bayerns Ziel, die Weimarer Reichsverfassung im Sinne der Hoheitsrechte der Länder weiter zu gestalten, am Ende glücke.¹⁰⁸³ Zwar sind diese Ergebnisse durch die vielen Einschränkungen im Rückblick sicher als effektive „Niederlage für den Republikschutzgedanken“¹⁰⁸⁴ zu sehen, doch aus Sicht des bayerisch-föderalistischen Denkens waren sie ein großer Erfolg für Lerchenfeld. Karl Schwend, auch wenn er die Kahr nachtrauernden Stimmen im Volk durchaus zur Kenntnis nahm, gelangte über diese erste Tat der Regierung Lerchenfeld gar zu dem Fazit: „Nicht oft in der weiteren Geschichte des Kampfes um föderalistische Prinzipien erzielte Bayern einen so befriedigenden Ausgleich zwischen den Interessen des Reichs und der Länder.“¹⁰⁸⁵ Hier wird erneut deutlich, dass Schwend die Dinge sehr aus dem Blickwinkel eines BVP Politikers zu betrachten neigt, stand doch die BVP in Wahrheit angesichts der öffentlichen Stimmung für den Ausnahmezustand, wie Thomas Lange richtig darlegte, unter dem Zwang, ihre Ergebnisse als Erfolg zu verkaufen.¹⁰⁸⁶ Der Wechsel zu Lerchenfeld, so scheint es, war für die Regierung eine Befreiung von der Sturheit Kahrs und damit ein Stück weit eine Wiedererlangung eigener Handlungsfähigkeit als Gremium. Wenn Kahr also später feststellte: „Die Reichsregierung war natürlich befriedigt, den unbequemen

¹⁰⁸² Siehe Huber, Dokumente, S. 251f.

¹⁰⁸³ Vgl. Ministerratssitzung vom 27.9.1921, BayHStA, MA 99517. Vgl. Abdruck der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik bei Huber, Dokumente, S. 251f.

¹⁰⁸⁴ Gusy, Weimar, S. 132.

¹⁰⁸⁵ Schwend, Bayern, S. 180.

¹⁰⁸⁶ Vgl. Lange, Bayern, S. 139.

bayerischen Ministerpräsidenten nun los zu sein"¹⁰⁸⁷, so verschwieg er, dass auch in einem großen Teil der politischen Kreise Bayerns sich zunächst Erleichterung breit machte.

Dieser Stilwechsel stieß natürlich nicht allerorts auf Begeisterung. Kahr nahm ihn wenig überraschend mit Argwohn zur Kenntnis. In seinen Erinnerungen beschrieb er seine Freude über eine Satire des *Simplizissimus*, welche auf einem Doppelbild einmal einen Biertrinker im Wirtshaus mit der Morgenausgabe einer Zeitung zeigte und ihm die Worte „A starker Mann der Kahr der schafft'n net ab, den Ausnahmezustand“ in den Mund legte, auf dem zweiten Bild jedoch denselben Mann, nun mit der Abendausgabe der Zeitung, mit dem Ausspruch „Aa a starker Mann der Lerchenfeld – der hat'n glei abg'schafft, den Ausnahmezustand“ belegte.¹⁰⁸⁸ Ebenso wie Kahr sich nicht von seiner politischen Haltung lösen wollte, galt das auch für seine Anhängerschaft. Im Landtag bildete die Diskussion um den Ausnahmezustand einen Anlass zu einem inhaltlichen Bruch zwischen Lerchenfeld und der Kahr-treuen BMP. In einer hitzigen Debatte erklärte der deutschnationale Fraktionsführer Hilpert, dass seine Fraktion nach wie vor hinter den Ansichten Kahrs stehe, und klagte die neue Regierung an, einen „Triumph“¹⁰⁸⁹ Berlins über München hingenommen zu haben. Für die Gegner Lerchenfelds ergab sich hier sofort ein erster Anlass, seine Verhandlungspolitik im Vergleich zu Kahr als Schwäche zu interpretieren. Die Kritik der Mittelpartei konzentrierte sich hier zwar noch keineswegs auf Lerchenfelds Person, sondern wurde auch auf die ehemaligen Koalitionspartner BVP und vor allem Bauernbund und DDP verteilt. Dennoch war von Anfang an klar, dass Lerchenfeld sich mit seiner Diplomatie auch Feinde schaffen musste.

Hugo von und zu Lerchenfeld akzeptierte grundsätzlich die republikanische Ordnung, wie sie nach der Revolution geschaffen wurde. Er tat dies, obwohl er der Revolutionszeit, in welcher die Republik geboren wurde, einiges an „Fehlern und Phantastereien“¹⁰⁹⁰, namentlich mangelnden Respekt vor Autoritäten und Ordnungssinn, unterstellte. Es sei „auf absehbare Zeit nur eine demokratisch-republikanische Staatsform für das deutsche Volk möglich“¹⁰⁹¹, so erklärte er. In einem Aufsatz von 1922 sprach er gar von der

¹⁰⁸⁷ Vgl. Kahr, *Lebenserinnerungen*, S. 963.

¹⁰⁸⁸ Vgl. Kahr, *Lebenserinnerungen*, S. 953. Vgl. ferner Kahr, *Tagebuch 1921/2*, Anhang.

¹⁰⁸⁹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 78. Sitzung vom 29.9.1921.

¹⁰⁹⁰ Lerchenfeld, *Erziehung*, S. 138.

¹⁰⁹¹ Bayerische Staatszeitung Nr. 157 vom 10.7.1922.

Notwendigkeit einer „Erziehung des Volkes zur Politik“¹⁰⁹², denn das neue System, in dem das ganze Volk an der Politik teilnehmen müsse, sei nach der Revolution von den Sozialdemokraten in Ermangelung der dazu nötigen Stärke nicht ausreichend gefestigt worden. Lerchenfeld vertrat dies, obwohl seine bisherige Laufbahn und seine Abstammung die Vermutung sehr nahe legen, dass ihn nichts weniger als eine grundsätzliche Ablehnung der Monarchie antrieb. In einem Brief an Escherich fasste Lerchenfeld selbst die Eckpunkte seiner politischen Einstellung zusammen: „Meine Linie: Konstitutionell, antirevolutionär, grundsätzlich monarchisch, hierin konservativ, sonst gemäßigt demokratisch gesinnt.“¹⁰⁹³ Dennoch verhielt er sich, als sich der Ministerrat im Mai 1922 mit der Abfindung der königlichen Familie und der Aufteilung des Besitzes zwischen Staat und dem Haus Wittelsbach befasste, absolut sachlich und ohne Pathos – wie seine Ministerratskollegen übrigens auch. Kein Wort fiel über eine mögliche Rückkehr der Monarchie, kein Ausdruck eines schlechten Gewissens, kein offizielles Gespräch mit dem Kronprinzen. Der neue Staat war Fakt und Lerchenfeld ging es um die nüchterne Aufteilung eines Vermögens, auch wenn er dafür eintrat, die Wittelsbacher durch von der Inflation nicht gefährdete, feste Güter ausreichend zu versorgen.¹⁰⁹⁴ Die konkrete sachliche Aufgabe stand viel mehr im Vordergrund als grundsätzliche Überlegungen über monarchisches Prinzip oder Gottesgnadentum. Der Graf war somit als Vernunftrepublikaner¹⁰⁹⁵ zu verstehen. Dazu, die Entfernung der Bilder der Wittelsbacher aus den bayerischen Amtsstuben anzuordnen, konnten sich er und sein Ministerrat jedoch auch noch drei Jahre nach dem Ende der Monarchie nicht überwinden.¹⁰⁹⁶

Sicher hatte der Graf trotzdem manchen Kritikpunkt gerade an der Weimarer Verfassung, den er persönlich lieber heute als morgen geändert gesehen hätte. Vor einer Versammlung katholischer Gesellen erklärte er, dass er die Republik sehr wohl anerkenne, man müsse sie aber noch so ausbauen, dass sie richtig funktioniere.¹⁰⁹⁷ Er betrachtete jedoch das Faktum der bestehenden republikanischen Verfassungen als die Basis, in deren Rahmen es zu agieren galt. Revolutionäre Umstürze, und hier unterschied er sich von vielen

¹⁰⁹² Lerchenfeld, *Erziehung*, S. 137. Lerchenfeld sah hier unter anderem die rege Teilnahme der Bürger an der Selbstverwaltung als Mittel an. „Aus den Bürgern heraus müssen die Führer erwachsen.“ Lerchenfeld, *Erziehung*, S. 141.

¹⁰⁹³ Lerchenfeld an Escherich am 17.11.1940, BayHStA, NL Escherich 19.

¹⁰⁹⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 14.6.1922, BayHStA, MA 99517.

¹⁰⁹⁵ Karl Schwend schrieb dazu: „Graf Hugo Lerchenfeld glaubte an die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer deutschen Demokratie.“ Schwend, *Bayern*, S. 184.

¹⁰⁹⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 27.9.1921, BayHStA, MA 99517.

¹⁰⁹⁷ Vgl. *Münchner Neueste Nachrichten* Nr. 285 vom 11.7.1922.

Kräften in Bayern, kamen für ihn nicht in Betracht.¹⁰⁹⁸ Was er daher wollte, war ein Verfassungsschutz nach links sowie auch nach rechts,¹⁰⁹⁹ wie er unter dem Beifall auch der Linken zu Beginn seiner Amtszeit vor dem bayerischen Landtag betonte: „Ich werde daher mit allen verfügbaren Mitteln frevelhaften Störungen der staatlichen Ordnung, mögen sie kommen, woher sie wollen, entgegentreten. Ich bitte aber auch alle Parteien und alle Bürger mich in diesem Streben nach Kräften zu unterstützen.“¹¹⁰⁰ Das war Lerchenfelds Interpretation der altbekannten „Ruhe und Ordnung“, die auch er zum Ziel seiner Politik erklärte. Er war ehrlich gewillt, sich an die Spielregeln des Deutschen Reiches zu halten, was sowohl für die eine Diskussion über die Kompetenzen der Länder auf der Grundlage von evolutionärer Fortentwicklung der Verfassung als auch für die Demokratie und den Parlamentarismus als Staatsform galt.¹¹⁰¹ Ebenso wie Kahr war er – der zudem bis vor kurzem noch im Dienste des Reiches stand – über jeden Separatismus erhaben, betonte aber auch in vollster Überzeugung, dass er sich das Deutsche Reich nur föderalistisch denken könne und jedem Unitarismus ablehnend gegenüberstehe.

Diese Ablehnung des Unitarismus war der Punkt, in dem Lerchenfeld am ehesten Gefahr lief, von seinem gemäßigten Stil abzuweichen. Doch dahinter steckte mehr. Zunächst einmal war ihm der Föderalismus eine tatsächliche Herzensangelegenheit, worin er sich nicht nur deutlich von weiten Teilen der völkischen Bewegung¹¹⁰² unterschied, sondern auch aus der von Falk Wiesemann unternommenen Einteilung der BVP fällt, wonach die der Demokratie aufgeschlossenen Männer der Partei auch weniger Wert auf die Verteidigung der Eigenstaatlichkeit gelegt hätten.¹¹⁰³ In Wahrheit sollte Lerchenfeld im Sommer 1922 die Eigenstaatlichkeit Bayerns auf Grund von Detailfragen fast bis zur Inkaufnahme von Reichsexekution und Bürgerkrieg verteidigen und hierfür den Rahmen der Reichsverfassung trotz aller guten Vorsätze verlassen. Dies relativiert das Bild vom verfassungstreuen und vernunftrepublikanischen Grafen. Es gab Grenzen und Ausnahmen. Auch er war offensichtlich nicht generell davor gefeit, radikale

¹⁰⁹⁸ „Wir als stärkste Partei im Lande wollen verfassungsmäßige Zustände, wir haben keine Revolution gemacht und wir werden keine machen“, so Lerchenfeld vor der Landesversammlung der BVP. Bayerischer Kurier Nr. 461 vom 29.10.1922. Der bayerischen Staatszeitung sagte er im Oktober 1921: „Wir Nichtextremisten wollen sichere gerade Linien und vor allem jeden Umsturz verhindern.“ Bayerische Staatszeitung Nr. 240 vom 14.10.1921.

¹⁰⁹⁹ Vgl. Zimmermann, Bayern, S. 123.

¹¹⁰⁰ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 77. Sitzung vom 22.9.1921.

¹¹⁰¹ Vgl. Speckner, Ordnungszelle, S. 223.

¹¹⁰² Adolf Hitler etwa stellte in „Mein Kampf“ unmissverständlich klar, dass föderalistische Gedanken für ihn nur willkommene Mittel zum Kampf gegen eine ihm missfallende Regierung im Reiche bedeuteten. Vgl. Zehnpfennig, Kampf. S 231ff.

¹¹⁰³ Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 26.

Verhaltensweisen an den Tag zu legen. Zudem galt auch für ihn, wie für weite Teile der BVP, dass er diesen Föderalismus eben nicht nur um seiner selbst willen predigte. Auch für Lerchenfeld bedeutete die Verteidigung der Eigenstaatlichkeit im Innersten auch die Verteidigung einer generellen weltanschaulichen Alternative zur Reichspolitik auf Basis der Weimarer Koalition. Bayern sollte bei aller Diplomatie weiterhin ein Gegenpart zum Berliner Reich bleiben. Auch ihn trieb letztlich ein Konkurrenzkampf zwischen einer rein bürgerlichen bayerischen Landesregierung und einer Berliner Regierung unter Einfluss der Sozialdemokratie an. Offen kam dies zu Tage, als er im Sommer 1922 die große Krise um die Republikschutzgesetzgebung zu durchstehen hatte, in welcher Bayern vordergründig vor allem föderalistisch argumentierte. Über den ehrlich gemeinten Föderalismus hinaus ließ sich Lerchenfeld hier im Ministerrat auch zu einer Aussage hinreißen, die grundlegende weltanschauliche Differenzen zur Regierung Wirth aufzeigte: „Die gegenwärtigen Ereignisse sind nur ein Symptom für die ganze Entwicklung, die für uns unannehmbar ist und einer Arbeiterdiktatur zusteuert. Wir müssen wachsam sein und vor allem danach trachten, die anderen ins Unrecht zu setzen. Unsere Parole, unter der sich möglichst weite Kreise hinter die Regierung stellen können, muss sein: ‘Bayern im Reich!’ nicht ‘Bayern gegen das Reich’ und: ‘Für die demokratischen Freiheiten gegen die Reichsregierung!’“¹¹⁰⁴ Auch er ist damit, auch wenn er seinen Gestaltungsspielraum deutlich mehr als Kahr auf den Rahmen der Gegebenheiten des Weimarer Systems beschränkte, im gewissen Sinne als ein Vertreter der Ordnungszelle zu sehen. Das heißt, dass er ebenfalls vom Freistaat aus auf die Verhältnisse im ganzen Reich ausstrahlen und eine politische Alternative zur Reichsregierung darstellen wollte. Den durch die Räteherrschaft in Bayern angestachelten, übertriebenen Antikommunismus, der von BVP bis NSDAP Konsens in Bayern war, hatte auch Lerchenfeld in gewissem Maße verinnerlicht. Er war damit nicht davor gefeit, mit denen, die die Weimarer Republik allzu kompromisslos verteidigten, in Streit zu geraten. Der Kahr'sche Glaube, dass Bayern eine Mission für die Zukunft ganz Deutschlands zu erfüllen habe, war mit Lerchenfeld nicht gestorben, sondern lebte in neuem - wenn auch im Vergleich zu Kahr gemäßigtem und weniger radikalem - Gewand in ihm weiter.

Der Ministerpräsident sah darin jedoch kein Hindernis, zunächst an der Wiederherstellung einer vertrauensvolleren und sinnvolleren Zusammenarbeit mit der

¹¹⁰⁴ Ministerratssitzung vom 5.7.1922, BayHStA, MA 99517.

Reichsregierung zu arbeiten.¹¹⁰⁵ „Loyalität gegen die Reichsregierung und Beschränkung auf die bayerischen Aufgaben war nun mehr die Losung.“¹¹⁰⁶ Obwohl Kahr und andere Gegner Lerchenfelds ihm dies von Anfang an zum Vorwurf machten,¹¹⁰⁷ hatte dies nichts mit Unterwürfigkeit zu tun. Als Grundlage für eine solche Zusammenarbeit verstand Lerchenfeld besagte föderalistische Vorstellungen von einer klaren Trennung zwischen den Kompetenzen des Reichs und des Freistaates, um weitere Streitigkeiten zu vermeiden. Er unterließ deshalb die gewagten reichsweiten oder gar europapolitischen¹¹⁰⁸ Kompetenzanmaßungen im Stile Kahrs und konzentrierte sich auf die tatsächlichen Aufgaben und Kompetenzen eines bayerischen Ministerpräsidenten. „Bayern mache, wie er das auch wiederholt im Reiche erklärt habe, keine eigene Außenpolitik; die Außenpolitik müsse für das Reich gemeinschaftlich sein“¹¹⁰⁹, so erklärte er im Finanzausschuss des Landtags und bezog seinen Titel als bayerischer „Außenminister“ ausdrücklich auf innerdeutsche Verhandlungen mit Berlin. In diesem Rahmen gestand er sich das Recht zu, zu versuchen, die Spielregeln der Reichsverfassung evolutionär und langfristig in seinem Sinne zu ändern. Immerhin sah die Reichsverfassung über den Reichsrat eine Einflussnahme der Länder in begrenztem Maße ja vor. Lerchenfeld wollte so auf die Weimarer Verfassung einwirken, dass sich eine Einmischung der Reichsregierung in die Politikbereiche der Länder verbieten würde, wodurch es zu Streitigkeiten, wie der um den Ausnahmezustand, gar nicht erst kommen könnte.¹¹¹⁰ An dieser Haltung, die große Überschneidungen mit den Anschauungen der BVP hatte, lag es, dass Lerchenfeld schon bald in Berlin aneckte. Dort wurde zwar einerseits wohlwollend registriert, dass Lerchenfeld geheime Aktionen hinter dem Rücken der Reichsregierung einstellte. Reichskanzler Wirth betonte beispielsweise gewusst zu haben,

¹¹⁰⁵ Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 77. Sitzung vom 22.9.1921.

¹¹⁰⁶ Sommer, Beiträge, S. 146.

¹¹⁰⁷ Als Lerchenfeld seinen Vorgänger Kahr nur kurz nach seinem Amtsantritt besuchte und ihm angeblich über die großen Hoffnungen, die er auf Annäherung an das Reich und auch Einbindung der Sozialdemokratie setzte, referierte, hatte Kahr erwartungsgemäß wenig dafür übrig. Kahr ging fest davon aus, dass die Sympathien der bayerischen Bevölkerung trotz des Amtswechsels auf ihn selbst und seine Politik konzentriert bleiben würden. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 959.

¹¹⁰⁸ Was die europäische Bühne, vor allem das Verhältnis zu den Siegermächten, anging, so setzte Lerchenfeld – ohne dass dies in der Öffentlichkeit viel diskutiert worden wäre – seine Hoffnungen auf eine Aussöhnung im Geiste einer christlichen Gemeinschaft der Völker. Er stand damit in Kontrast zu Kahr, der sich durchaus mit militärischen Gedankenspielen auf Europa-Ebene befasste. In einem Aufsatz von 1922 führte Lerchenfeld aus: „Wenn wir uns auf den Standpunkt der Gewalt und der Revanche stellen, kommen wir nicht weiter als unsere Väter und Vorväter. Es ist notwendig, ohne das Selbstbewusstsein und ohne den Willen zum nationalen Dasein irgendwie zu verleugnen, nach außen hin den Geist des Christentums zu pflegen, den Geist der Gerechtigkeit und der Versöhnung(…)“ Lerchenfeld, Erziehung, S. 143.

¹¹⁰⁹ Finanzausschusssitzung vom 2.2.1922, BayHStA, Landtag 14718.

¹¹¹⁰ Vgl. Ministerratssitzung vom 27.9.1921, BayHStA, MA 99517.

dass Kahr diverse Kontakte nach Tirol an der Reichsregierung vorbei unterhielt,¹¹¹¹ und empfand es als angenehmen Politikwechsel, als Graf Lerchenfeld die Reichsregierung ausführlich über sein erstes Gespräch mit dem Tiroler Landeshauptmann¹¹¹² unterrichtete.¹¹¹³ Ebenso wurde das Ausscheiden der BMP aus der bayerischen Regierung in Berlin begrüßt.¹¹¹⁴ Andererseits ließ Wirth bereits im November 1921 dem Grafen über den bayerischen Gesandten mitteilen, dass sämtliche in Bayern populären Sonderbestrebungen, sei es die Wiedererlangung der bayerischen Steuerhoheit, der Wehrhoheit oder die Rückgabe der Eisenbahnen, aus seiner Sicht völlig illusorisch seien. Im gleichen Atemzug kritisierte er Verbrüderungsaktionen der BVP mit separatistischen Bewegungen im Rheinland und in Hannover.¹¹¹⁵ Diese deutlichen Anschauungsdifferenzen zwischen Bayern und dem Reich sollten bei allen Verständigungsbemühungen Lerchenfelds im Laufe der Zeit noch zu einer schweren Bürde für das Vertrauensverhältnis zwischen Lerchenfeld und der Reichsregierung werden.

Jenseits der Debatte um die Ausgestaltung des Reichs stand auch noch die Debatte um die junge Verfassung des Freistaats Bayern. Lerchenfeld war in diesen innerbayerischen Fragen weit weniger als mancher seiner Parteifreunde aus der BVP an der Umgestaltung der bayerischen Verfassung interessiert. In der Debatte um das Staatspräsidentenamt ließ er sich, ohne die Sache im Grundsatz abzulehnen, nicht zu dem unbedingten Tatendrang hinreißen, den andere vertraten. So bat er im November 1921, als im Ministerrat eine Initiative des Abgeordneten Schäffer zur Einführung eines Staatspräsidentenamtes diskutiert wurde, eindringlich um Zurückhaltung. Im Prinzip, so Lerchenfeld, könne man durchaus eine Verfassungsrevision andenken. Der vorliegende Antrag eigne sich aber derzeit nicht zur Weiterverfolgung, er würde nur zu Reibungen und Schwächung der

¹¹¹¹Kahr zeigte sich in seinen Erinnerungen empört, dass Lerchenfeld eine Delegation anschlusswilliger Tiroler an das – offiziell zuständige – Auswärtige Amt nach Berlin verwiesen hatte. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1072.

¹¹¹² Die bayerische Regierung blieb auch unter Lerchenfeld dem Anschluss von Teilen Österreichs gewogen, ohne dies aber mit besonderem Nachdruck zu verfolgen. So beschloss der Ministerrat im Juni 1922, im Falle einer Lostrennung des Landes Salzburg, die durch Unruhen in Wien bedingt sein könnte, Salzburg umgehend mit Lebensmittellieferungen zu unterstützen. Bayern war also daran gelegen, auf größere Umbrüche an seinen Süd- und Ostgrenzen vorbereitet zu sein und im Zweifelsfall schnell reagieren zu können. Vgl. Ministerratssitzung vom 19.6.1922, BayHStA, MA 99517.

¹¹¹³ Vgl. Bayerische Gesandtschaft Berlin an Lerchenfeld am 2.11.1921, BayHStA, MA 102385. Vgl. ferner Nusser, Wehrverbände, S. 154f.

¹¹¹⁴ Vgl. Hörster, Wirth, S. 131.

¹¹¹⁵ Vgl. Bayerische Gesandtschaft Berlin an Lerchenfeld am 2.11.1921, BayHStA, MA 102385. Die Kontakte zu anderen föderalistischen Bewegungen im ganzen Reich, die in Augen mancher sicherlich auch separatistische Züge gehabt haben mögen, waren Bestandteil eines auf dem BVP-Parteitag im Herbst 1921 besprochenen Kurses. Vgl. Keßler, Held, S. 416.

Regierung führen.¹¹¹⁶ Auch die Begeisterung für die Wiedererrichtung des Zweikammersystems in Bayern, die vor allem in der BVP um sich griff, konnte Lerchenfeld nicht teilen, ohne allerdings offen dagegen zu reden. Erst in einem Brief an Held, den er kurz nach seinem Abtritt verfasste, stellte er klar: „Dass wir zu einer zweiten, berufsständischen Kammer zurückgreifen sollten, scheint mir nicht das Richtige, wir würden dadurch nur die Maschinerie verlangsamen, ohne zu einer wirklichen Verteilung der Gewalten zu kommen.“¹¹¹⁷ Wenn man sich tatsächlich auf einen Staatspräsidenten einige, so genüge es, diesem einen kleinen wirtschaftlichen Beirat zur Seite zu stellen. Lerchenfeld war also auch in der bayerischen Verfassungsdebatte weit zurückhaltender als sein Vorgänger. Eher als für verfassungspolitische Fragen interessierte sich Lerchenfeld für die konkrete Vereinfachung der Staatsverwaltung, die er im Finanzausschuss des Landtags „als eine seiner vordringlichsten Pflichten“¹¹¹⁸ bezeichnete. Lerchenfeld zeigte hierbei großen Mut. Er wollte sich grundsätzliche Gedanken machen, welche Aufgaben der Staat künftig zu erledigen habe und auf was man verzichten könne. Wenn die Resultate dahin gehen würden, dass man Behörden schließen und Stellen einsparen könne, würde er die Widerstände dagegen in Kauf nehmen. Im Ministerrat diskutierte Lerchenfeld über Sparmaßnahmen wie eine Bezirks- und Gemeindereform, die Zusammenlegung von Regierungskreisen und dementsprechend der Kreisregierungen sowie eine Verschlankung der Ministerien. Für das von ihm geleitete Justizministerium ging er mit dem Beispiel voran, dass er die Auflösung von 50 Amtsgerichten und einigen Gerichtsgefängnissen, den Verzicht auf 186 Amtsrichterstellen zuzüglich deren Schreibpersonal und die Reduzierung von fünf auf drei Oberlandesgerichtsstandorte in Aussicht stellte.¹¹¹⁹ Die tagespolitische Lage mit anderer Prioritätensetzung und die kurze Amtszeit verhinderten allerdings, dass Graf Lerchenfeld solch große Visionen in die Tat umsetzen hätte können.

Ein weiterer Punkt unterschied den Grafen vielleicht noch markanter von Kahr. Lerchenfeld interessierte sich deutlich mehr für wirtschaftspolitische Problemstellungen, vor allem im Zusammenhang mit der zunehmenden Inflation. Hier, nicht in den von nationaler Ehre und Prestige geprägten, großspurigen Reden der Regierung Kahr, versuchte er positiv auch über die bayerischen Grenzen hinaus zu wirken. Die Inflation,

¹¹¹⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 7.11.1921, BayHStA, MA 99517.

¹¹¹⁷ Lerchenfeld an Held am 16.12.1922, BayHStA, NL Held 892.

¹¹¹⁸ Finanzausschusssitzung vom 2.2.1922, BayHStA, Landtag 14718.

¹¹¹⁹ Vgl. Ministerratssitzung vom 4.2.1922, BayHStA, MA 99517.

so Lerchenfeld in einem Brief an Escherich, sei seine „schlimmste Sorge.“¹¹²⁰ Im April 1922 diskutierte er im Ministerrat ausführlich über wirtschaftliche Themen. Es ging hierbei einerseits um schon länger angewandte Mittel der Zwangswirtschaft, Ausfuhr- und Einfuhrregulierung bei Lebensmitteln (je nach Bedarf oder Überschuss im Land) und Möglichkeiten zur Verbilligung der Grundnahrungsmittel. Der Ministerrat diskutierte in dieser Sitzung allerdings auch weitreichendere Fragen, wie die grundsätzliche Wiedererlangung der Preisstabilität. Die Inflation sei zu beenden, die momentane Wirtschaftsordnung sei grundsätzlich zu prüfen, um damit letztlich den Staat zu retten, so das Fazit der Sitzung.¹¹²¹ Lerchenfeld ließ in der Folge in Zusammenarbeit mit Staatsrat Schmelzle ein wirtschaftliches Programm zur Bekämpfung der Inflation ausarbeiten, das er der Reichsregierung vorlegte. Inhaltlich forderte diese Denkschrift - wobei im Rahmen dieser Arbeit nicht definitiv bewertet werden kann, wie erfolgversprechend sie gewesen wäre - Ruhe im Inneren des Reichs, nicht nur Bayerns, um die Kreditwürdigkeit Deutschlands zu erhöhen, strenge Sparmaßnahmen hinsichtlich der Staatsverwaltung auch durch Abtretung diverser Aufgaben, mögliche Vermeidung von Lebensmittelausfuhr, Hebung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie unter anderem durch Erhöhung der Arbeitszeit um eine Stunde, im Austausch dazu die Verpflichtung der Unternehmen zu sozialen Leistungen für Minderbemittelte, Einschränkung des Binnenverbrauchs, Verhinderung der Einfuhr von Luxuswaren, Fruktifizierung der Ausfuhr und Verbot der Bezahlung in fremdländischer Währung im gesamten Inlandsverkehr. Ferner kündigte das Papier einen Kampf gegen die Gewinnsucht einzelner Unternehmen an - nicht nur durch die seit Jahren viel propagierte Wucherbekämpfung, sondern auch konkret durch strikte Kontrolle der Wirtschaftsverbände und deren Preispolitik. Die gesamte Preisgestaltung im Reich sollte begutachtet werden. Schließlich sah das Programm die deutliche Reduzierung des Zwischenhandels vor.¹¹²²

Bei der rheinischen Industrie und anderen Großunternehmen machte sich Lerchenfeld mit seinen wirtschaftspolitischen Gedanken allerdings keine Freunde – ganz im Gegenteil. Man setzte dort noch immer auf die Inflation als gezieltes Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft und hatte damit in der Tat bis ins Jahr 1922 enormes

¹¹²⁰ Lerchenfeld an Escherich am 19.4.1922, BayHStA, NL Escherich 32. Im Oktober 1921 äußerte er in einem Interview: „Es sollte kein Augenblick verloren werden, die chaotischen wirtschaftlichen und Handelsverhältnisse der Welt wieder ins Gleis zu bringen.“ Bayerische Staatszeitung Nr. 240 vom 14.10.1921.

¹¹²¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 10.4.1922, BayHStA, MA 99517.

¹¹²² Die Denkschrift ist abgedruckt bzw. stichpunktartig zusammengefasst bei Menges, Schmelzle, S. 221ff. bzw. S. 63.

Wachstum zu verzeichnen.¹¹²³ Einer der größten Gewinner der Zeit, Hugo Stinnes, reiste eigens nach München, um vor Schmelzle seine Kritik am Währungsprogramm Lerchenfelds vorzutragen.¹¹²⁴ Damit hatte ein gewichtiger Machtfaktor sich gegen den Grafen gewandt, den man abseits der populistischen Anfeindungen aus der bayerischen Verbändelandschaft nicht unterschätzen sollte. Generell hatte die rheinische Schwerindustrie Anfang der 1920er Jahre begonnen auf die BVP zu setzen. Bayern wurde für sie wichtiger, da es den Ruhrbaronen gelungen war, weite Teile der bayerischen Industrie in ihre Konzerne einzugliedern. Als Beispiel sei die MAN genannt, die in die Gutehoffnungshütte unter Paul Reusch eingegliedert wurde, während die Siemens-Schukert-Werke Hugo Stinnes gehörten. Die BVP bemühte sich wiederum durch Gründung ihres Wirtschaftsbeirats darum, ihre wirtschaftspolitische Kompetenz auch jenseits der Landwirtschaft zu steigern.¹¹²⁵ Die Beziehung der BVP zu diesen neuen Machtfaktoren in Bayern wurde umso wichtiger, als die Schwerindustrie in Gestalt der Gutehoffnungshütte doch die Mehrheitsanteile an führenden Zeitungen Bayerns übernommen hatte. Sowohl die Münchner Neuesten Nachrichten als auch der Fränkische Kurier, die früher die DDP unterstützt hatten, wurden so auf einen rechteren Kurs gebracht,¹¹²⁶ was für die BVP von Vorteil war. Dieser ökonomisch, politisch und medial mächtige Kreis wünschte weder einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel noch allzu große eigenständige Aktivität eines bayerischen Ministerpräsidenten in seinen Interessengebieten. Seitens der von der Schwerindustrie unterstützten Gruppierungen des rechten politischen Spektrums ist es durchaus wahrscheinlich, dass die Abneigung der Industriellen gegen Lerchenfelds und Schmelzles ökonomische Ansichten in einem gewissen Zusammenhang mit der öffentlichen Geringschätzung Lerchenfelds in der rechten Propaganda steht, auch wenn hier natürlich populistischere Themen zur Kritik des Ministerpräsidenten vorgeschoben wurden.

Obwohl Lerchenfeld seine konkreten wirtschaftspolitischen Vorhaben nie umsetzen konnte und sich am Ende ein großes Problem geschaffen hatte, ist zumindest die verstärkte Wertschätzung des Themas gegenüber Kahr beachtlich. Sie dürfte dafür gesorgt haben, dass der Graf sich bei aller Kritik, die er von vielen Seiten erfahren musste,

¹¹²³ Vgl. Götschmann, Wirtschaftsgeschichte, S. 275f.

¹¹²⁴ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 146f.

¹¹²⁵ Vgl. Götschmann, Wirtschaftsgeschichte, S. 289f.

¹¹²⁶ Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 64f.

zumindest des Wohlwollens Georg Heims erfreuen konnte, der eine ähnliche Anschauung vertrat.¹¹²⁷

Die Wirtschaftspolitik stand für Lerchenfeld nicht nur im tagespolitischen Zeichen der Bekämpfung der Inflation und des Mangels in Bayern. Sie hatte darüber hinaus auch langfristige Perspektiven. Geradezu visionär und überhaupt nicht in die Zeit passend wirkt aus heutiger Sicht ein Interview mit Lerchenfeld, das kurz nach seinem Amtsantritt in der Bayerischen Staatszeitung veröffentlicht wurde. Lerchenfeld gab seinen wirtschaftspolitischen Zielen hier eine internationale Perspektive, die für die Zukunft fern von Nationalismus und Revanchismus den Frieden in Europa und der Welt sichern sollte. Stabile Währungen und funktionierender Handel über die Staatsgrenzen hinweg sollten langfristig den Wohlstand nicht nur einer Nation anheben. Gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik sollte demnach den Frieden der Welt sichern.¹¹²⁸ Der Inhalt dieser Aussagen legen es nahe, dass Lerchenfeld auch während seiner Ministerpräsidentschaft den Gedanken der paneuropäischen Bewegung nahe stand und sie als seine Vision für die Zukunft auffasste. Freilich waren solche Gedanken im politischen Tagesgeschäft der Ordnungszelle Bayern kaum anzubringen.

Innenpolitisch fasste Lerchenfeld seine langfristigen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen unter dem Begriff der „sozialen Versöhnung“ zusammen. Auch hier ging es ihm um eine Befriedung, die durch allgemeinen Wohlstand eintreten müsse. In seiner

¹¹²⁷ Im Februar 1922 verdeutlichte Heim diese Notwendigkeit einer neuen Schwerpunktsetzung in einem Schreiben an den Chefredakteur der Bergisch-Märkischen Zeitung, indem er die Reichsregierung weniger aus weltanschaulicher Sicht, sondern aus ökonomischer Sicht als unfähig darstellte: „Wir haben in allen großen Industriezweigen einen Rückgang der Arbeitsleistung bei Zunahme der Arbeiter, somit einen beträchtlichen Rückgang des Produktionsanfalles. Nur Zigaretten und Schokolade bilden eine Ausnahme. Unsere Staatsbetriebe beschäftigen trotz der Verkleinerung Deutschlands bis zu 200% mehr Leute wie im Frieden. Ich habe noch nie gehört, dass eine Privatwirtschaft ihre missliche Lage dadurch verbessert, dass sie die Zahl der Arbeitskräfte vermehrt und ihre Produktion verringert. Solange wir an dieses Problem nicht herangehen, kann es auf die Dauer nicht besser werden und wenn uns auch das Ausland die ganze Reparation erlässt. Diese Dinge liegen klar zutage. (...) Aber man geht an diesen Dingen vorüber, wie die Katze um den heißen Brei. Man täuscht und betäubt das Volk, indem man durch fortwährende Zettelung von politischen Affären und rein politisches Gezanke jede ernste Aussprache hierüber totschießt. Es ist ein erbarmungsvoller Zustand.“ Heim an Müller am 9.2.1922, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2525.

¹¹²⁸ Der Graf führte aus: „Die drängende Frage der Stunde ist heute, wie es zu erreichen wäre, dass die Landesgrenzen die Völker nicht mehr so schroff wie bisher trennen. Wenn dem fortschreitenden Verfall der Welt Einheit getan werden soll, müssen verständige Männer von Gewicht und guten Willens in gemeinsamer Arbeit die gemeinsamen Interessen ihrer Länder wahrnehmen. Ich denke da nicht zunächst an Deutschlands Lage, sondern an die Hebung des allgemeinen wirtschaftlichen Niveaus. Die Lösung muss den allgemeinen praktischen Bedürfnissen entsprechen. (...) Auf diesem Felde können alle Nationen sich zusammenfinden, ohne den alten, hemmenden Kriegshass. Die Gleichheit der Interessen ist da so offensichtlich, dass Argwohn und Kriegsschuld und dergleichen Erwägungen und Stimmungen davor zurücktreten müssten, wie überhaupt die Lösung der Valutafrage nur auf dem Boden der internationalen Solidarität möglich ist und auf diesem Boden auch erfolgen muss. Befinden sich nicht alle europäischen Staaten, bis zu einem gewissen Grade sogar auch Amerika, in einer Art Lähmungszustand, der nur durch einen gesunden Geschäftsverkehr geheilt werden kann?“ Bayerische Staatszeitung Nr. 240 vom 14.10.1921.

Antrittserklärung betonte er diesen Punkt besonders und erntete prompten Beifall von der linken Seite des Hauses. Nun darf hierbei nicht der Irrtum begangen werden, dem Ministerpräsidenten hier nur die reine Sorge um die Armen und Schwachen zuzuschreiben. Auch die „positiv christliche Einstellung“¹¹²⁹, die man mit dem Grafen verband, mag als Erklärung nicht reichen, obwohl er sie als Leitmotiv¹¹³⁰ pflegte. Lerchenfeld neigte vor allem dazu, sich – ähnlich wie Kahr - angesichts der politischen Gräben der Moderne in vorindustrielle Zeiten zurückzusehen.¹¹³¹ „Allgemeiner wirtschaftlicher Niedergang, Arbeitslosigkeit, Hunger“¹¹³², so führte Lerchenfeld vor dem BVP-Parteitag aus, seien schließlich die gefährlichsten Bedrohungen für die Ruhe und Ordnung im Land. Sozialpolitik war für Lerchenfeld also auch ein Mittel zur Beruhigung des Volkes, wie es schon Bismarck anwandte. Einem weiteren, schnellen Fortschreiten der Industrie in Bayern und damit auch einem weiteren Anwachsen der industriellen Arbeiterschaft stand Lerchenfeld angesichts dieser unerledigten Aufgabe generell skeptisch gegenüber.¹¹³³ Die Arbeiterschaft aber, die schon vorhanden war, wollte er durch Gespräche miteinbeziehen. Im Ministerrat plädierte er, als dort über einen Wirtschaftsbeirat für die Regierung nachgedacht wurde, dafür, dass nicht der Eindruck entstehen dürfe, dass in einem solchen Beirat die Arbeiterinteressen zu wenig vertreten seien. Ohne eine solche Übereinkunft stellte er den Sinn eines Beirats in Zweifel.¹¹³⁴ Dass Lerchenfeld in Inflationszeiten mit seinen Hoffnungen tatsächliche Erfolge erreichen und die Lebensverhältnisse der Klassen angleichen hätte können, war von Anfang an kaum zu erwarten. Angesichts der Not der Zeit mussten sich die Diskussionen in seiner Regierung darauf beschränken, wie man eine ausreichende Versorgung der Verbraucher mit elementarsten Dingen wie Brot, Milch und Kartoffeln herstellen konnte. Teils endete dies in konkreten Maßnahmen, beispielsweise bei der Aufrechterhaltung der Zwangsumlage für Getreide, teilweise wurden, wie beim Verbot der Käseerzeugung, nur Dinge andiskutiert, die erst Kahr als Generalstaatskommissar in Zeiten nochmals

¹¹²⁹ Bayerischer Kurier Nr. 402 vom 22.9.1921.

¹¹³⁰ Nach seiner Amtszeit referierte Lerchenfeld vor Arbeitern und Angestellten zum Thema: „Wie kommen wir zur Volksgemeinschaft?“ Er betonte darin, dass hier die Seele neben das Materielle treten müsse. Die Christliche Lehre sei die Grundlage. „Sie verweist den Menschen darauf, dass er mit der Gnade Gottes und durch eigene Anstrengung das Gute tun, das Schlechte überwinden kann. Darin liegt das notwendige Korrektiv des Individualismus.“ Bayerische Staatszeitung Nr. 291 vom 15.12.1922.

¹¹³¹ So Lerchenfeld im Landtag: „Das größte Unglück sehe ich in der Zerklüftung, in der Klassenkampfstellung unseres Volkes, in der Verbitterung, in dem Hasse, mit dem sich breite Schichten gegenüberstehen. (...) Wofür ich mich mit allem Nachdruck eines guten Willens einsetzen werde, ist, zu verhindern, dass die Kluft noch weiter klafft, dass die Verbitterung noch mehr wächst (...).“ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 77. Sitzung vom 22.9.1921.

¹¹³² Bayerischer Kurier Nr. 461 vom 29.10.1921.

¹¹³³ Vgl. Sperrl, Wirtschaft, S. 413.

¹¹³⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 17.1.1922, BayHStA, MA 99517.

gesteigerter Not umsetzte.¹¹³⁵ Dennoch: Der Zusammenhang zwischen Versorgungslage und politischer Lage rückte unter Lerchenfeld deutlich stärker in den Fokus der Regierung. Das Volk musste nicht mehr, wie Kahr es auffasste, ganz unverhinderbar und naturgemäß durch ein Tal von Entbehrung und Mangel gehen. Lerchenfeld glaubte daran, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen eine deutliche Besserung bringen könnten. In einem Punkt lassen sich jedoch auch wirtschaftspolitische Kontinuitäten zur Vorgängerregierung entdecken: Bereits unter Kahr beliebte Symbolmaßnahmen, wie Bestrebungen zur Einschränkung der Schlemmerei oder Faschings- und Tanzverbote, behielt Lerchenfeld, der privat ein äußerst sparsamer Mensch war,¹¹³⁶ trotz seines größeren wirtschaftspolitischen Horizonts bei. Auch Lerchenfeld empfand derlei Vergnügungen als der Zeit nicht angemessen und befremdlich.¹¹³⁷

Der Wechsel im Amt des bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr auf den Grafen Lerchenfeld stellte schließlich auch vor dem Hintergrund des Rechtsradikalismus eine Zäsur dar. Zum einen, weil Lerchenfeld, wie erwähnt, deutlich weniger prinzipielle Vorbehalte gegen das Reich, seine Regierung, seine bestehende Verfassung sowie gegenüber den Linksparteien hatte und sich so die Schnittstellen verringerten. Zum anderen, weil sich vor allem die Radikalen um Adolf Hitler unter Lerchenfeld nun in einer deutlich verschlechterten Lage sahen. Konnten sie sich unter Kahr und dem mit ihm abgegangenen Polizeichef Pöhner in der Münchener Herzkammer ihrer Bewegung eines Wohlwollens absolut sicher sein, so war zumindest diese Sicherheit mit dem Abtritt beider Herren unter Lerchenfeld ersteinmal nicht mehr garantiert. Das galt vor allem in Kombination mit dem neuen Innenminister Schweyer. Lerchenfeld und Schweyer konnten beide dem glühenden Antisemitismus der Nazis nichts abgewinnen.¹¹³⁸ Der

¹¹³⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 26.4.1922, BayHStA, MA 99517.

¹¹³⁶ So die Auskunft seines Großneffen Philipp Graf von und zu Lerchenfeld MdB im persönlichen Gespräch mit dem Autor.

¹¹³⁷ Vgl. Ministerratssitzung vom 25.11.1921, BayHStA, MA 99517. In seinem Aufsatz vom Juni 1922 führte Lerchenfeld dazu aus: „Aber ganz allgemein scheint mir eine Bemerkung am Platze, nämlich die, dass das deutsche Volk viel zu schnell die Zeit vergisst, die unmittelbar hinter ihm liegt, ihre Furchtbarkeit, aber auch ihre Größe, sowohl was das Ringen der Kräfte, wie was die Opfer anlangt; denn sonst könnte nicht in so vielen Kreisen des Volkes der Taumel von Leichtsinne und Vergnügungssucht alles überwuchern.“ Lerchenfeld, *Erziehung*, S. 133.

¹¹³⁸ Beide empfingen am 8. April 1922 den Verband Israelitischer Gemeinden in Bayern zu einer sehr ausführlichen Besprechung, in der die Vertreter facettenreich den jüdischen Alltag schilderten und Lerchenfeld später auch noch schriftlich einiges an Ausführungen zukommen ließen: „Unsere Lage als deutsche Juden betrachten wir unter folgendem Gesichtspunkt. Unsere Existenz in Deutschland wird, so entsetzlich es klingt, in Frage gestellt.“, so das Fazit. Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden an Lerchenfeld am 30.4.1922, BayHStA, MA 102386. Dass Lerchenfeld trotz der antisemitischen Stimmung im Land sonderlich energisch gegen den Antisemitismus vorgegangen wäre, lässt sich daraus aber nicht folgern. Im Ministerrat gab er das Ergebnis nur sehr knapp zur Kenntnis. Andererseits beschloss sein Rat Monate zuvor auch, dass künftig die Einstellung von Juden in der inneren Verwaltung von Einzelfall zu Einzelfall zu betrachten sei. Vgl. Ministerratssitzungen vom 5.5.1922 und 18.10.1921, BayHStA, MA 99517. Eine Rede Lerchenfelds vom April

Beamte Karl Sommer erinnert sich, dass im Winter 1921/1922 in der Neuhauser Straße in München durch viele Studenten jeden Abend antisemitische Hetzkundgebungen abgehalten wurden, die am Ende auf Radau, Krawall und Rauferei hinausliefen und schon bald über die bayerischen Grenzen hinaus von sich reden machten. Die Polizei unter ihrem neuen, liberalen Polizeipräsidenten Nortz¹¹³⁹ setzte schließlich dem Treiben ein Ende, indem sie die einschlägigen Bierburgen unter Gebrauch des Knüppels räumte.¹¹⁴⁰ Eine Maßnahme, die kaum von Kahr, keinesfalls aber von Pöhner zu erwarten gewesen wäre. Maser bezeichnete diese Frage als eine „Lebensfrage“¹¹⁴¹ der jungen Bewegung, stellte aber zugleich fest, dass die Polizei auch unter Lerchenfeld in Gesamtsicht nach wie vor gutmütig gegenüber den Nationalsozialisten agierte. In der Tat stand den einzelnen Bemühungen Lerchenfelds und Schweyers insgesamt nur bedingter Erfolg gegenüber. Sie griffen nie in der Breite. Am 22. November 1922, also kurz nach Lerchenfelds Rücktritt, wurden mehrere Anfragen im Landtag behandelt, die sich mit dem Anwachsen der NSDAP befassten. Nicht nur die Abgeordneten der Sozialdemokratie und der Demokraten, sondern sogar die der Regierungspartei Bauernbund beklagten hier, dass Hitler unter anderem am „Deutschen Tag“ in Coburg am 14. und 15. Oktober 1922 gewaltsam auftreten konnte, dass es dabei zu regelrechten Straßenschlachten gekommen war und dass man derlei Veranstaltungen nicht unterbinden würde.¹¹⁴² Auch die Münchener Polizei wies weiterhin die Nazis nicht konsequent in die Schranken, obgleich sie die Mittel dazu 1921 noch gehabt hätte. Doch es gab immerhin die Versuche Lerchenfelds, sich hier stärker zu engagieren. Diese waren offenbar ausreichend, um den Missmut der Radikalen auf sich zu ziehen. Schon bald nachdem besagte Bierburg wegen antisemitischer Ausschreitungen mit dem Knüppel geräumt worden war, wurde in den

1922 fasste die Morgen Post so zusammen, dass er sich zwar klar gegen den radikalen Antisemitismus der Nazis stelle, andererseits aber auch einen Zuzug weiterer „Ostjuden“ ablehne. Vgl. Morgen Post Nr. 81 vom 6.4.1922. „Es ist nicht alles, was in der Welt schlecht ist, auf die Juden zurückzuführen. (...) Ich würde Ihnen raten, dieses Thema, das Sie so sehr interessiert, zum Gegenstand einer eigenen Versammlung zu machen“, so wies er antisemitische Zwischenrufer bei einem Auftritt im Februar 1922 zurecht. Bayrischer Kurier Nr. 42 vom 15.2.1922.

¹¹³⁹ Nortz wurde Anfang Oktober vom Ministerrat berufen. Er war allerdings nicht die erste Wahl des Ministerrats. Der Oberamtmann Laforet aus Ochsenfurt hatte abgelehnt. Bemerkenswert ist aber, dass sich mit Nortz am Ende der ausdrückliche Wunschkandidat des liberalen Ministers Eduard Hamm durchsetzen konnte. Dies wäre unter Kahr kaum denkbar gewesen. Vgl. Ministerratssitzungen vom 3. und 7.10.1921, BayHStA, MA 99517.

¹¹⁴⁰ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 140f.

¹¹⁴¹ Maser, Frühgeschichte, S. 299.

¹¹⁴² So kritisierte der ehemalige Justizminister Ernst Müller-Meinigen scharfzünftig für die Demokraten die nach wie vor milde Praxis gegenüber den vaterländischen Verbänden: „Wenn einige Leute auf der Straße stehen, dann ist das bereits eine öffentliche Versammlung im Freien. Sie müssen natürlich polizeilich genehmigt sein. Aber wenn man regimenterweise mit Regimentmusik und mit unzähligen aufreizenden Fahnen und Bannern im militärischem Aufzuge durch die Stadt München marschiert, dann unterliegt das nicht der Genehmigung.“ Zit. bei Schönhoven, Warnungen, S. 52f.

verärgerten Rechtskreisen das Gerücht verbreitet, dass Graf Lerchenfeld jüdische Vorfahren habe.¹¹⁴³ Der Groll der Rechtsradikalen war Lerchenfeld durch seinen Kurswechsel, obwohl dieser natürlich auch um vieles schärfer hätte ausfallen können, gewiss.

Dass jede noch so unspektakuläre juristische Tat gegen rechts große Empörung erregte, war ein generelles Problem der Zeit, das Lerchenfeld schließlich schwer zu schaffen machen musste. Auch die Verurteilung Hitlers und einiger seiner Mitstreiter anlässlich einer Saalschlacht brachte die Rechtsradikalen gegen Lerchenfeld auf. Hitler hatte am 14. September 1921 eine Kundgebung gesprengt, die vielsagenderweise nicht von linken Kräften, sondern vom stark weiß-blau-gefärbten „Bayernbund“ des Otto Ballerstedt einberufen war. Wegen der daraus entstandenen Massenrauferei wurde Hitler im Januar 1922 zu drei Monaten Haft verurteilt, wobei ihm zwei Monate auf Bewährung zugestanden wurden. Den dritten Teil der Strafe verbüßte er schließlich im Juli 1922 in der Strafanstalt Stadelheim.¹¹⁴⁴ Es war eine durchaus milde Strafe, zumal Hitler in der Folgezeit faktisch kaum eine Einschränkung durch seinen Status als Vorbestrafter zu erdulden hatte. Trotzdem: Die NSDAP Ortsgruppe aus dem fernen Hannover bezichtigte in ihrem Protestschreiben an den „Ministerpräsidenten und Justizminister in Bayern“ die bayerische Rechtsprechung eines „Justizskandals“ und „undeutscher Tat“, weil Ballerstedt als ausgesprochener Separatist bekannt sei, während Hitler die Reichseinheit vertrete. Unerträglich sei es, dass durch Lerchenfeld „mit vollster Absicht alle diejenigen Kräfte brutal unterdrückt werden, die sich in reinster Vaterlandsliebe für den hohen Gedanken der Reichseinheit einsetzen.“ Es sei dies „Klassenjustiz in der aller übelsten Form.“¹¹⁴⁵

Auch in BVP Kreisen schaffte Lerchenfeld sich mit seinem kritischeren Auge auf die rechtsradikale Szene sicher nicht nur Anhänger, sondern auch Widerstände und Bedenken. Schnell wurde ihm ein stellenweises Vorgehen gegen den Rechtsradikalismus als Anzeichen linker Politik ausgelegt. Als er im Frühsommer 1922 Strenge gegen den Redakteur des Miesbacher Anzeigers, Klaus Eck, walten ließ, schaltete sich beispielsweise auch Georg Heim ein. An Schäffer schrieb er: „Ich halte es für einen riesigen Fehler, dass Lerchenfeld die Bewährungsfrist von Klaus Eck abgewiesen hat. Das ist ein Kompliment nach links. Zu tausenden sind Kommunisten schon begnadigt

¹¹⁴³ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 140f.

¹¹⁴⁴ Vgl. Joachimsthaler, Weg, S. 296. Vgl. ferner Schwend, Bayern, S. 203.

¹¹⁴⁵ Vgl. NSDAP Hannover an Lerchenfeld am 20.1.1922, BayHStA, MA 102386.

worden. Sind Sie so gut, reden Sie ein Wort.“¹¹⁴⁶ Lerchenfeld wiederum vertraute dementsprechend nicht jedem, wenn es um den Blick nach rechts ging. Als zuverlässiger Partner blieb ihm vor allem Franz Schweyer. Als dieser in der letzten Ministerratssitzung unter Lerchenfelds Leitung ankündigte, zu Verhandlungen über die Polizeihöhe nach Berlin reisen zu wollen, bat ihn Lerchenfeld, in München zu bleiben, da er fürchte, die NSDAP wolle die Zeit des Regierungswechsels für gesteigerte Agitation nutzen. Für diesen Fall wollte Lerchenfeld keinen Vertreter, sondern eben Schweyer selbst in München wissen.¹¹⁴⁷

Die stellenweisen Vorstöße gegen rechts sollen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rechtslastigkeit der bayerischen Justiz auch unter Lerchenfeld erhalten blieb – obwohl er offiziell auch zugleich bayerischer Justizminister war. Treffend formulierte die Sueddeutsche Presse im Juli 1922, dass man in diesen Punkt den Grafen zwar als „eine Erlösung“ gegenüber der „Bockbeinigkeit“¹¹⁴⁸ Kahrs feiere, doch dass man hierin auch übertreibe. Noch immer gäbe es reichlich rechte Schmutzblätter, Geheimorganisationen und Umstürzler in Bayern. Die sozialdemokratische Münchner Post mahnte im Juni 1922 in ihrem Artikel „Gewissensfragen an den Grafen Lerchenfeld“¹¹⁴⁹ ähnliches an, vor allem dass die Polizeifunktionäre der Kahr-Pöhner Zeit nach wie vor auf ihren Posten waren. Auch fand der viel beachtete Fechenbach-Prozess¹¹⁵⁰, eine Art „Stellvertreterprozess“, gegen den Sekretär des verstorbenen Kurt Eisner, Felix Fechenbach, 1922 nach wie vor vor einem Volksgericht statt. Fechenbach wurde zu 11 Jahren Haftstrafe verurteilt. Die auch unter Lerchenfeld fortbestehende Praxis der Volksgerichte bedeutete nicht nur, dass die bayerische Justiz ihre Urteile schnell und ohne Revision sprechen konnte, sie bedeutete auch, dass auch Lerchenfeld sich an der Unvereinbarkeit der Volksgerichte mit der Weimarer Verfassung nicht störte. Lerchenfeld hatte andererseits auch kaum die Möglichkeit, etwas an der bayerischen Justiz zu ändern, auch wenn er das Ressort von dem Deutschnationalen Roth übernommen hatte. Einerseits wurde die Justiz schon unter Roth eben nicht nur von der BMP allein, sondern auch von der im Ministerium dominanten Persönlichkeit des Staatsrat Karl Meyer, eines Vertreters des rechten BVP-Flügels, wesentlich

¹¹⁴⁶ Heim an Schäffer am 1.6.1922, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2525.

¹¹⁴⁷ Ministerratssitzung vom 7.11.1922, BayHStA, MA 99517.

¹¹⁴⁸ Sueddeutsche Presse Nr. 29 vom 16.7.1922.

¹¹⁴⁹ Münchener Post Nr. 159 vom 11.6.1922.

¹¹⁵⁰ Felix Fechenbach, der Sekretär Kurt Eisners, veröffentlichte 1919 Dokumente, die eine Kriegsschuld Deutschlands belegen sollten. Vgl. Hirschberg, Fechenbach, S. 73ff.

mitgeprägt,¹¹⁵¹ zum anderen schwebte die gesamte Zeit über eine Wiederbesetzung des Justizministeriums im Raum, sei es durch die BVP selbst, sei es durch die Wiederaufnahme der Mittelpartei in die Koalition.¹¹⁵² Schon beim Festakt zur Amtsübernahme im Bibliothekssaal des Justizpalastes erklärte Lerchenfeld, dass er schon bald einem anderen Platz machen würde.¹¹⁵³ Im Finanzausschuss stellte er im Februar 1922 klar, dass das zeitgleiche Verwalten des Justizressorts ihm eine solche Belastung sei, „dass er sie vielleicht auf die Länge nicht ertragen könne, ohne dass wichtige Pflichten auch dem Lande gegenüber vernachlässigt werden müssten.“¹¹⁵⁴ Dass sich sein Ausscheiden aus diesem Ressort noch bis Sommer 1922 hinziehen würde, wusste er nicht. Die Rechtslastigkeit der Justiz ist bis zu diesem Zeitpunkt nie verschwunden, auch wenn der Kurs sich dann erneut verschärfte.¹¹⁵⁵ Lerchenfeld war also nie wirklich in diesem Ressort angekommen und mühte sich auch nicht erkennbar darum. Im Landtag wiegelte er die Kritik der Sozialdemokraten ab: Es sei klar, dass in Zeiten starker politischer Unterschiede auch eine parteiliche Sicht auf die Justiz entstehen könne. Er finde dies aber „tief bedauerlich“ und erklärte die „bewährten Garantien“¹¹⁵⁶, die die Regierung heute für die Unabhängigkeit der Richter vorsehe, als ausreichend. Die Möglichkeiten, die er in seiner Position zum Umbau der Justiz in Bayern, so schwer dieses Projekt auch gewesen wäre, gehabt hätte, nutzte er damit nicht aus.

Aus den genannten stilistischen und inhaltlichen Unterschieden, die zwischen Kahr und Lerchenfeld bestanden, erwuchs in Konsequenz ein sehr handfester Unterscheidungspunkt, der Lerchenfeld am Ende mit zum Verhängnis werden sollte: Im Gegensatz zu Kahr schaffte es der neue Mann nicht, eine breite Front der bayerischen Presse hinter sich zu stellen.¹¹⁵⁷ Dass Lerchenfeld gewisse Blätter des linken Spektrums wieder erscheinen ließ und somit die Presselandschaft sicher nicht in seinem eigennützigen Sinne erweiterte, spielt hierbei nur eine untergeordnete Rolle. Auch der schlechte Stand, den der Graf in der deutschnationalen Presse während der Oppositionszeit der BMP innehatte, war vorauszusehen. Geradezu tragisch aber ist der

¹¹⁵¹ Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 114f.

¹¹⁵² Die Diskussionen hinsichtlich eines neuen deutschnationalen Ministers wurden schon wenige Tage nach Amtsantritt an Lerchenfeld herangetragen. Vgl. Sachs an Lerchenfeld am 24.9.1921, BayHStA, MA 102385.

¹¹⁵³ Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 406 vom 28.9.1921.

¹¹⁵⁴ Finanzausschusssitzung vom 2.2.1922, BayHStA, Landtag 14718.

¹¹⁵⁵ Ab Gürtners Amtsantritt wurde niemand mehr begnadigt, der zum Tode verurteilt war. Nach rechts aber, wo man generell zu harmlosen Strafen neigte, wurde noch mehr Milde gezeigt. Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 109.

¹¹⁵⁶ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 122. Sitzung vom 5.4.1922.

¹¹⁵⁷ Er selbst beklagte dies beispielsweise bei den Vorbereitungen zu den Berliner Verhandlungen im August 1922. Vgl. Niederschrift über die Besprechung des Gesamtministeriums mit den Vertretern der Koalitionsparteien am 8.8.1922, BayHStA, MA 103163.

Fakt, dass sich mit zentralen Organen der BVP wie dem Bayerischen Kurier auch die Presse aus Lerchenfelds Lager nicht zuverlässig hinter ihn stellte. Der Bayerische Kurier glaubte gar, einen ausgleichenden Gegenkurs zur angenommenen Linkslastigkeit des Grafen einschlagen zu müssen. Immerhin erfuhr Lerchenfelds Politik in den Münchner Neuesten Nachrichten eine gewisse Wertschätzung, auch wenn diese durch stellenweise Indiskretion getrübt wurde. Lerchenfeld beklagte diesen Umstand mehrfach.¹¹⁵⁸ Nach seinem Ende als Ministerpräsident schrieb er an Held, dass er auch die Kooperation mit der BVP-Correspondenz als unglücklich empfunden habe, ihre personelle Besetzung in Frage stelle und für die Zukunft eine bessere Abstimmung zwischen Partei, Fraktion und Regierung anrate.¹¹⁵⁹ Insgesamt stand Graf Lerchenfeld somit, was die Zukunftsaussichten hinsichtlich seiner Popularität anging, auf einem viel schlechteren Ausgangspunkt als sein Vorgänger. Viel mehr als Kahr musste Lerchenfeld im politischen Alltag mit der Kritik der bayerischen Presse zurechtkommen - und zwar aus allen möglichen politischen Richtungen. Dass ihm nach seinem Ende als Ministerpräsident die Münchner Neuesten Nachrichten als größtes Blatt des Landes immerhin bescheinigten, dass er gemeinsam mit Schmelzle ganz zu Recht das größte Problem der Zeit in wirtschaftlichen Fragen erkannt hatte, mochte ihm da ein schwacher Trost sein.¹¹⁶⁰

Im Fazit war Lerchenfelds Politikstil in seinen Anlagen durchaus geeignet, einen Wandel herbeizuführen. Er erkannte die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Zeit besser als Kahr, stand mit dem bestehenden System mehr im Reinen und war auch nicht geneigt, jedem Hetzer im rechten Lager nach dem Mund zu reden. Dennoch sollte die Zeit Problemstellungen an ihn herantragen, an denen er nach nur gut einem Jahr im Amt scheiterte, denn wie jeder Politiker wirkte Lerchenfeld nicht alleine für sich, sondern hatte auf seine Umwelt zu reagieren. Die wesentlichen Konflikte auf dem Weg zu Lerchenfelds Rückzug im November 1922 seien in den folgenden Kapiteln behandelt.

¹¹⁵⁸ Vgl. Hoser, Tagespresse, S. 457ff.

¹¹⁵⁹ Lerchenfeld an Held am 16.12.1922, BayHStA, NL Held 892.

¹¹⁶⁰ Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 448 vom 6.11.1922.

4.3.2. Erste Krisen für Lerchenfeld

Mäßigung und ein ruhigerer, sachlicherer Ton taten dem Land gut. In der nach den Erzberger'schen Reformen in Bayern im Sinne der Eigenstaatlichkeit so umstrittenen Steuer- und Finanzpolitik konnte Bayern Anfang 1922 durch neue Verhandlungen mit der Reichsregierung Nachbesserungen erreichen. Es kooperierte in dieser Sache sogar mit dem oftmals so verachteten Land Preußen.¹¹⁶¹ Einen vermeintlichen Höhepunkt und den wohl für die Öffentlichkeit augenscheinlichsten Moment der Lerchenfeld'schen Deeskalationsbemühungen bildete der Besuch des Reichspräsidenten Ebert in München am 12. Juni 1922. Für den Reichspräsidenten hatte das Kabinett eine feierliche Begrüßung am Bahnhof, einen Besuch des Gesamtstaatsministeriums und des Landtages und einen würdigen Abendempfang im Münchner Rathaus geplant.¹¹⁶² Das Treffen verlief diplomatisch und verständnisvoll. Lerchenfeld verzichtete darauf, dem Staatsoberhaupt des Reiches eine lange Liste bayerischer Forderungen vorzulegen, und Ebert gab sich im Gegenzug sehr verständnisvoll und wohlwollend, was den bundesstaatlichen Charakter des Reiches anging.¹¹⁶³ Am Rand der gemeinsamen Auftritte Lerchenfelds und Eberts zeigte sich aber auch schon, dass die abneigende Haltung der Rechten gegen Lerchenfeld immer offener und frecher an den Tag trat. Es fanden sich rechte Demonstranten, die durch das Schwenken Schwarz-Rot-Gelber Badehosen (mit diesem Accessoire wurde damals Ebert gerne spöttisch dargestellt) die Szene lächerlich machten. Sie richteten ihren Spott und ihre Verachtung nicht nur gegen den sozialdemokratischen Reichspräsidenten als den obersten Vertreter des Weimarer Systems, sondern auch gegen Lerchenfeld, den sie als zu nachlässig und zu schwächlich gegenüber Berlin darstellten. Differenzierungen zwischen den föderalistischen Kritikpunkten Bayerns und den generell republikfeindlichen Bestrebungen der extremen Rechten wurden durch die Plumpheit solcher Propaganda erneut erfolgreich überspielt.¹¹⁶⁴

Nicht nur deshalb war die Harmonie – anders als gemeinhin angenommen - bereits bei Eberts Besuch mehr Schein als Sein. Für Lerchenfeld wurde es mit der Zeit immer schwerer, den Frieden mit dem Reich zu wahren, denn hinter den Kulissen des Reichspräsidentenbesuchs hatten sich längst zahlreiche Konfliktherde aufgetan.

¹¹⁶¹ Vgl. Menges, Reichsreform, S. 266f.

¹¹⁶² Vgl. Ministerratssitzung vom 9.6.1922, BayHStA, MA 99517.

¹¹⁶³ Vgl. Zimmermann, Bayern, S. 112.

¹¹⁶⁴ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 157.

Tatsächlich hatte Ebert nämlich geplant, schon einen Monat vorher zur Eröffnung der spektakulären Gewerbeschau zu kommen und das auch noch in Begleitung des Reichskanzlers und des Reichstagspräsidenten. Doch eine solch große Bühne wollte Lerchenfeld der Reichsregierung nun auch nicht überlassen. Der Ministerrat verhinderte den Besuch.¹¹⁶⁵ Der „Ersatz-Präsidentenbesuch“ vom Juni 1922 taugt also weit weniger als Zeichen der Harmonie, als man das vermuten möchte. Er taugt bestenfalls als Zeichen eines versuchten guten Willens Lerchenfelds.

Bei allem beruhigenden Unterschied, den Lerchenfeld - in Relation zu Kahr gesehen - bewirkt haben mag, kann nicht davon ausgegangen werden, dass das grundsätzliche Konfliktpotential mit dem Reich abnahm. Sämtliche bayerischen Befindlichkeiten, von der Angst vor einem unitaristischen Reich bis hin zur den radikalsten, reichsfeindlichen Vorstellungen der rechten Verbände blieben vorhanden und traten bestenfalls temporär in den Hintergrund. Obwohl es nach außen, wie die Vossische Zeitung bemerkte, viel ruhiger blieb als bei Kahr, war Bayern immer noch voll mit radikalen Köpfen, die nur darauf warteten, das „Höllenspektakel um Bayerns Hoheitsrechte“¹¹⁶⁶ wieder zu entzünden. Schon bald sah sich Lerchenfeld gezwungen, solche Konflikte auch auszutragen. Und er war auch mehr und mehr bereit dazu. Sicherlich verzichtete er auf die tönende Begleitmusik im Stil Kahrs, aber sein Verständigungswille der ersten Tage wurde zweifelsohne mehr und mehr vom politischen Alltag und dem Druck seines Umfelds in Bayern eingeholt. Wer dem Grafen, wie die Kahr-treue Zeitschrift „Heimatland“, also vorwarf, dass er nichts als die Freundschaft zu Berlin im Kopf habe,¹¹⁶⁷ der irrte gewaltig. Schon Mitte Oktober kam Lerchenfelds Ministerrat in die Situation, dass er einhellig die Errichtung einer bayerischen Vertretung in Stuttgart anstrebte, während sich das Reich strengstens dagegenstellte und mit Konsequenzen drohte. Trotz des drohenden Konflikts erklärte Lerchenfeld, in Berlin verhandeln zu wollen, und propagierte die Stuttgarter Vertretung öffentlich¹¹⁶⁸ als Ziel seiner Politik. Bis Mai 1922 sollte er sich mit dem Vorhaben auch durchsetzen. Er nahm damit ein Streitthema der Kahr-Zeit bereitwillig wieder auf.¹¹⁶⁹

¹¹⁶⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 4.3.1922, BayHStA, MA 99517.

¹¹⁶⁶ Vossische Zeitung Nr. 52 vom 31.1.1922.

¹¹⁶⁷ Vgl. Heimatland 10/1922.

¹¹⁶⁸ So unter großem Beifall auf der kurz darauf stattfindenden Landesversammlung der BVP. Vgl. Bayerischer Kurier Nr. 461 vom 29.10.1921.

¹¹⁶⁹ Andere Minister gingen währenddessen schon so weit, diese Vertretung im Laufe der Zeit unbemerkt zu einer größeren Gesandtschaft auszubauen und so wieder ein Gesandtschaftswesen aufzubauen, das nicht im Sinne der Reichsverfassung war. Vgl. Ministerratssitzung vom 18.10.1921, BayHStA, MA 99517.

Im November 1921 vollzog sich, wenn auch in der Öffentlichkeit wenig beachtet, ein nächster Konflikt, der Lerchenfeld in Gegenstellung zur Reichsregierung brachte. Die Reichsregierung und der zuständige Reichstagsausschuss nahmen einen Hungerstreik im Gefängnis von Lichtenburg in Preußen zum Anlass, Inspektionen in umstrittenen deutschen Strafanstalten durchführen zu wollen – auch in der bayerischen Festungshaftanstalt Niederschönenfeld im bayerischen Schwaben. Dies war nun nicht irgendeine Strafanstalt, es war der Ort, an dem die Beteiligten der Münchner Räterepublik ihre Strafen verbüßten. Obwohl es sich bei der Festungshaft um einen eigentlich milden Strafvollzug handelte, kam es in Niederschönenfeld schon bei geringen Vergehen der Insassen zu harten Strafen wie Kostentzug, Bettenentzug, Isolierhaft oder auch Dunkelarrest. Niederschönenfeld hatte einen zweifelhaften Ruf.¹¹⁷⁰ Dass das Reich nun dieses Gefängnis auf eigene Faust kontrollieren wolle, dagegen regte sich in der bayerischen Regierungskoalition sofort Protest. Heinrich Held sprach im Finanzausschuss, ohne sich für die Motivation des Reichs zu interessieren, von der Gefahr der „Mediatisierung“. Wieder stand die Angst vor einer Einmischung des Reichs in die Angelegenheiten der bayerischen Justiz im Vordergrund. Lerchenfeld stellte sofort klar, dass die Regierung das ablehne und er dem Personal in Niederschönenfeld bereits Anweisung erteilt hätte, keine Untersuchungen von Reichsbehörden zuzulassen. Man werde diesen Konflikt mit dem Reich im Zweifel gerichtlich austragen. Bereits hier begann Lerchenfeld, dem Reich eine politische, gegen Bayern gerichtete Agitation zu unterstellen, die es hinter vorgeschobenen Argumenten verstecke. Der Beschluss des Reichs sei „nach seinem Dafürhalten keineswegs einem sachlichen Bedürfnis allein entsprungen. (...) Dieser Beschluss müsse von neuem tiefgehende Beunruhigung in Bayern hervorrufen und zwar umso mehr, als die Besorgnis nicht von der Hand zu weisen sei, dass er den gegenwärtigen Wühlereien der Linksradiكالen im ganzen Reiche Vorschub leisten werde. (...) Die bayerische Regierung werde mit aller Ruhe und Entschiedenheit den durch die Interessen des Landes gebotenen Standpunkt wahren.“ Ausdrücklich legte Lerchenfeld aber Wert auf eine „leidenschaftslose und gemessene Behandlung des Zwischenfalles“¹¹⁷¹ und machte damit deutlich, dass der die Sache zwar im Sinne der Bewahrung bayerischer Zuständigkeit angehen wolle, aber eben nicht mehr im lauten Stil Kahrs. Am Ende sollte Bayern sich hier mit seiner Sicht der Dinge

¹¹⁷⁰ Vgl. Reimers, *Bewältigen*, S. 39. Als der inhaftierte KPD Abgeordnete August Hagemeister im Januar 1923 unter fragwürdigen Umständen in Niederschönenfeld verstarb, wurden die Zustände in der Festung auch im bayerischen Landtag kritisch debattiert. Vgl. *Verhandlungen des bayerischen Landtags*, 165. Sitzung vom 13.2.1923.

¹¹⁷¹ Finanzausschusssitzung vom 23.11.1921, BayHStA, Landtag 14715.

durchsetzen. Der Gesandte Preger vertrat in Berlin nüchtern und erfolgreich den Standpunkt, dass das Reich hier rechtlich nicht zuständig sei. Die Angelegenheit versandete darauf hin ohne weiteres.¹¹⁷²

Auch die Diskussionen um Republikenschutz und Ausnahmezustand waren keineswegs endgültig beendet, auch wenn dies zunächst so gewirkt haben mochte. Schon im Dezember 1921 wurde der getroffene Kompromiss hinsichtlich der Vorordnung zum Schutz der Republik durch das Reich wieder in Frage gestellt. Nachdem die Sozialdemokratie von einer innenpolitischen Entspannung ausging, die eine Rückkehr zum Normalzustand erlaube, wurden die Maßnahmen zum Republikenschutz nach Antrag der Oppositionsparteien im Reichstag am 16. Dezember 1921 aufgehoben.¹¹⁷³ Es ist durchaus anzunehmen, dass hier auch parteipolitische Motivation der Linken im Reichstag eine Rolle spielte, die ihrem Missfallen an den Sonderbestrebungen der BVP und auch Bayerns Ausdruck verleihen und der rechten Ordnungszelle Bayern möglichst die Mittel zu innenpolitischen Repressionen prophylaktisch verweigern wollte.¹¹⁷⁴ Schon als erste Gerüchte darüber den bayerischen Ministerrat erreichten, war man sich absolut einig, in diesem Fall sofortigen Protest anzumelden.¹¹⁷⁵ Als die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten und damit die Nichtigkeit der Verhandlungsergebnisse Bayerns vom September 1921 unzweifelhaft bevorstand, ermahnte Lerchenfeld zwar seine Kollegen, den Konflikt nicht zu scharf nach außen zu tragen, da man als bayerische Regierung den Reichstag schwerlich aufhalten werde und daher höchstwahrscheinlich unterliegen müsse, er hielt sich im engeren Kreise jedoch keineswegs mit scharfer Kritik zurück. Nur kurze Zeit nach der Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes diskutierte er im Ministerrat die Möglichkeit, erneut einen bayerischen Ausnahmezustand einzuführen, um damit gegen den Willen Berlins und abseits der Reichsverfassung die Verordnung des Reichspräsidenten für Bayern zu ersetzen. Nur um sich so kurz nach dem letzten schweren Konflikt solange wie machbar um Ruhe zu bemühen, zögerte er noch. Dass diese Ruhe aber dauerhaft zu gewährleisten sei, daran begann er drei Monate nach Amtsantritt bereits schwer zu zweifeln. Ganz im Sinne der Ordnungszelle stellte er fest, dass es am Ende Bayerns Aufgabe sei, einen festen Gegenpol gegen die Schwankungen der Berliner Politik zu bilden.¹¹⁷⁶ Die Lage wurde

¹¹⁷² Vgl. Simons, Untersuchungsrecht, S. 32.

¹¹⁷³ Vgl. Büttner, Weimar, S. 190.

¹¹⁷⁴ Vgl. Lange, Bayern, S. 140.

¹¹⁷⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 25.11.1921, BayHStA, MA 99517.

¹¹⁷⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 9.12.1921, BayHStA, MA 99517.

brisanter. Bereits einen Tag später legte das Innenministerium konkrete Entwürfe zu einem neuen, bayerischen Ausnahmezustand vor.¹¹⁷⁷ Nur nach sehr langer Diskussion und widerstrebend nahm der Ministerrat von dessen tatsächlicher Einsetzung im Moment der Aufhebung des Reichsausnahmezustandes zum 16. Dezember 1921 Abstand. Lerchenfeld und der überwiegenden Mehrheit der Minister erschien das nach Reichsverfassung nötige Faktum der „Gefahr im Verzug“, das man für diesen Plan als argumentativ nötig ansah, gegenüber der Reichsregierung noch nicht stichfest nachweisbar.¹¹⁷⁸ Noch schreckte man also vor einem Bruch der Reichsverfassung und den nicht abzusehenden Folgen zurück. Dennoch stand Lerchenfeld bereits im Dezember 1921 immerhin kurz davor, einen ähnlich schweren Konflikt loszubrechen, wie er ihn im Sommer 1922 noch erleben sollte.

Auch andere Konfliktpunkte der durch die Weimarer Verfassung entstandenen Kompetenzverluste Bayerns klagten weiter nach und sorgten für Missstimmung im Kabinett Lerchenfeld. Stets vermischte sich dabei das Bedauern um tatsächliche Kompetenzverluste Bayerns mit den Hintergedanken zur propagandistischen Wirkung, die in jenen Tagen ein entschlossenes Eintreten für die bayerische Eigenstaatlichkeit in der Öffentlichkeit mit sich zog. Bei solchen Diskussionen ließ sich zwischen den Zeilen auch immer die Botschaft transportieren: Bayern könnte es besser als Berlin! Beispielhaft sei der Wandel von der ehemals bayerischen Staatsbahn zur deutschen Reichsbahn genannt. Hier handelte es sich um eine Angelegenheit, die jedem Bahnreisenden in Bayern greifbar vor Augen und leicht verständlich war. Schon unter Ministerpräsident Hoffmann stieß dieser Vorgang auf herbe Kritik in Bayern. Die Reichsregierung reagierte damals mit Versprechungen, die Verwaltung der Reichsbahn möglichst dezentral zu gestalten. Einen wirklichen Ersatz für die ehemalige bayerische Hoheit in verkehrspolitischen Fragen konnte dies natürlich nie bieten, obwohl Bayern eine eigene Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums erhielt.¹¹⁷⁹ Auch für Lerchenfeld erschien dieser Zustand aber längst nicht befriedigend. Aus seiner Partei kam zusätzlicher Druck.¹¹⁸⁰ Dem Ministerrat erklärte er: „Die ganze Sache geht auf eine diktatorische Einheit hinaus, wobei die Länder ausgeschaltet sind. Für den Bestand der bayerischen Zweigstelle ist keine Garantie geboten.“¹¹⁸¹ Er fühle sich betrogen und vertrat energisch

¹¹⁷⁷ Vgl. Ministerratssitzung vom 10.12.1921, BayHStA, MA 99517.

¹¹⁷⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 17.12.1921, BayHStA, MA 99517.

¹¹⁷⁹ Vgl. Schwend, Bayern, S. 108f.

¹¹⁸⁰ Vgl. Schlittenbauer an Hamm am 18.11.1921, BayHStA, MA 102385.

¹¹⁸¹ Ministerratssitzung vom 4.1.1922, BayHStA, MA 99517.

die Ansicht, dass die vom Reich einst gegebenen Versprechungen, unter denen Bayern der Reichsbahn beigetreten sei, längst nicht erfüllt würden. Insbesondere was die Geschwindigkeit der Elektrifizierung der Strecken anbelangte, gingen die Interessen zwischen dem Reich und dem kohlearmen Bayern, das voll auf eine Zukunft mit Strom aus Wasserkraft setzte, auseinander.¹¹⁸² Ob Bayern, das seinem Haushalt mit seinen Wasserkraftprojekten bereits größte Belastungen aufgehalst hatte, die Elektrifizierung der Gleise ohne das Reich tatsächlich schneller bewältigt hätte, sei dahingestellt. Als populäres Thema taugte die Bahn aber allemal.

Auch als das Reich nur wenig später per Gesetz regeln wollte, dass alle Beamten auf die republikanische Staatsform verpflichtet werden müssten, regte sich im Ministerrat Widerstand. Wieder witterte Lerchenfeld sofort eine Einmischung des Reichs in die Beamtenschaft der Länder und wertete die Aktion als Zeichen des Misstrauens. Einmal mehr verstand der Ministerrat die Sache als gezielte Provokation der Sozialdemokratie gegen Bayern. Und auch hier endete die Diskussion damit, dass Lerchenfeld eine Gegnerschaft zu den Gesetzen in Berlin ankündigte. Einige seiner Ministerkollegen hatten zwar eine merklich schärfere Sprache angeschlagen als der Graf, aber die Grundfrage, ob denn ein solches Gesetz abgesehen von föderalistischen Gesichtspunkten sinnvoll sei, brachte auch er nicht in die Debatte ein.¹¹⁸³ Auch wegen dieser Abwehrhaltung war es möglich, dass im Herbst 1923 Personen in Kahrs Generalstaatskommissariat wirkten, die öffentlich damit prahlten, nie einen Eid auf die Republik geschworen zu haben,¹¹⁸⁴ obwohl sie genau zu deren Verteidigung berufen wurden.

Die Konflikte ließen bis zur großen Krise des August 1922 nicht ab. Zahlreiche weitere Beispiele ließen sich anführen. Besonders deutlich kam das ununterbrochene Streitpotential, das mit oder ohne Lerchenfelds Zutun jederzeit zum Ausbruch kommen konnte, aber im „Fall Leoprechting“ im Frühsommer 1922 zum Ausdruck. Ein Freiherr Hubert von Leoprechting war von Frankreich dafür bezahlt worden, Unfrieden zwischen Bayern und dem Reich zu streuen, indem er der Reichsvertretung in München übertriebene Informationen über den Separatismus in Bayern und die Unmöglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Reichsregierung zukommen ließ. Ziel der Aktion war, das Reich zu schärferen Kontrollen zu bewegen, die

¹¹⁸² Vgl. Ministerratssitzung vom 29.5.1922, BayHStA, MA 99517.

¹¹⁸³ Vgl. Ministerratssitzung vom 10.1.1922, BayHStA, Ma 99517.

¹¹⁸⁴ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 189.

wiederum den Unmut Bayerns provoziert hätten und das Verhältnis vergiften sollten. Die Wahrscheinlichkeit einer Loslösung Bayerns vom Reich hätte so gesteigert werden sollen. Leoprechting ließ sich nicht nur von Frankreich, sondern auch vom Reich für seine Berichte bezahlen, wobei er wiederum die durch diese Kontakte erworbenen Einblicke in die Verhältnisse der Reichsregierung ebenfalls gegen Bezahlung an Frankreich weitergab. Es wurde also offenkundig, dass das Reich Bayern so sehr misstraute, dass es Spitzel im Freistaat unterhielt. Nachdem die Sache der bayerischen Regierung im März 1922 bekannt geworden war, herrschte die zu erwartende Erregung, obgleich sich Lerchenfeld noch bemühte, Maß zu halten.¹¹⁸⁵ Es ist der Staatsregierung jedoch kaum zu verdenken, dass sie sich durch diese Vorkommnisse vom Reich bespitzelt fühlte¹¹⁸⁶ und in der Regierungskoalition helle Aufregung herrschte. „Eine Sünde gegen den heiligen Geist der Treue und Aufrichtigkeit, welche das Reich den einzelnen Bundesstaaten schuldet“¹¹⁸⁷, so klagte der Sprecher der BVP im Landtag, wo das Thema nur kurz vor dem Entflammen des Streits um das Republikschutzgesetz im Juni 1922 besprochen wurde. Das bayerische Volksgericht, vor dem der Fall verhandelt wurde, stellte gar fest, dass die einzig gerechte Strafe für Leoprechting der Tod sei. Bedauerlicherweise sei diese Strafe jedoch für Spionage im Reichsgesetz nicht vorgesehen, weshalb man sich mit lebenslangem Zuchthaus begnügen müsse.¹¹⁸⁸

Lerchenfeld, schwer gekränkt und enttäuscht, musste die sofortige Abberufung des Gesandten der Reichsregierung, Graf Zech, verlangen. Auch Zech war im Zuge der Affäre ins Kreuzfeuer der Kritik geraten und wurde unter anderem durch die Landtags-BVP als Teil des Skandals verstanden.¹¹⁸⁹ Der Fall stellte für Lerchenfeld persönlich eine harte Belastungsprobe dar, sank doch in der BVP und darüber hinaus die Zustimmung für ein gemäßigtes Verhalten gegen Berlin, während die rechten Kräfte in Bayern Aufwind verspürten. Besonders heikel wurde die Sache für Lerchenfeld dadurch, dass ihn und jenen Grafen Zech, den er nun aus Bayern vertreiben musste, eigentlich seit langer Zeit

¹¹⁸⁵ Lerchenfeld bezeichnete vor dem Landtag die Bespitzelung durch einige Stellen des Reichs zwar als erwiesen und stimmte der geforderten Abberufung des Reichsgesandten Graf Zech zu, er betonte aber am Ende seiner Ausführungen, dass Bayern keine Kenntnis besitze, in welchem Ausmaß die Berichte Leoprechtings in der Reichsregierung tatsächlich zirkuliert und Beachtung gefunden hätten. Vgl. Verhandlungen des bayerischen Landtags, 137. Sitzung vom 26.7.1922. Vgl. ferner Zimmermann, Bayern, S. 114f.

¹¹⁸⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 4.3.1922, BayHStA, MA 99517.

¹¹⁸⁷ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 137. Sitzung vom 26.7.1922.

¹¹⁸⁸ Urteil des Volksgerichts München vom 13.7.1922, BayHStA, MA 100446a.

¹¹⁸⁹ So führte der BVP Mann von Pestalozza während der Begründung einer Interpellation zum Fall Leoprechting aus: „Es ist nur billig, dass bei diesem frevelen Spiele Herr Zech die Zeche mitbezahlt.“ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 137. Sitzung vom 26.7.1922.

eine gute Freundschaft verband.¹¹⁹⁰ Die Lerchenfeld kritisch gesinnte Presse forderte nun umso mehr einen Kurswechsel gegenüber der des „illoyalen Spitzelunwesens“¹¹⁹¹ überführten Reichsregierung ein. Der Reichskanzler aber ließ sich bis September Zeit, Lerchenfelds diesbezügliches Schreiben zu beantworten. Die Abberufung wurde zwar vollzogen, jedoch ganz anders als Lerchenfeld sich dies vorgestellt hätte. Anstatt den Münchener Gesandten mit Tadel und Anerkennung der bayerischen Kritik zurückzubeordern, wurde er zum Gesandten der Reichsregierung in Finnland befördert.¹¹⁹² Wieder wurden die guten Vorsätze Lerchenfelds hinsichtlich des Verhältnisses zum Reich durch den politischen Alltag belastet.

Es gab also viele kleine Krisen, die Lerchenfelds gute Vorsätze untergruben. Bei keiner davon war er der Urheber, doch er hatte sie auszutragen. Es waren Situationen, bei denen es einem bayerischen Ministerpräsidenten mit dem politischen Hintergrund der BVP und mehr noch angesichts der Stimmung in der bayerischen Bevölkerung, praktisch unmöglich war, nicht in Opposition zu Berlin zu gehen. Berliner Misstrauen, Lerchenfelds ausgeprägte Abneigung gegen unitaristische Gedanken, die Erwartungshaltung der bayerischen Bevölkerung und ein unter Kahr geprägter Ministerrat mischten sich immer wieder zu einer Kausalkette, die den Ministerpräsidenten seine Vorsätze vergessen und scharfe Konflikte zulassen ließ. Als Wetterleuchten kündigten sie die im nächsten Kapitel beschriebene, schwerste Krise an, die damit eigentlich keine allzu große Überraschung darstellte.

4.3.3. Lerchenfeld zwischen den Fronten: Die Krise um das Republikenschutzgesetz

„Graf Lerchenfeld war unter dem Zeichen der Versöhnung mit Berlin ins Amt getreten. Niemand konnte ihm das Zeugnis versagen, dass er redlich bemüht sei, jede persönliche Schärfe zu vermeiden und allmählich ein Verhältnis herzustellen, das eine ersprießliche Arbeit mit dem Reich ermöglichen konnte.“¹¹⁹³, so urteilte Karl Schwend über die Zeit kurz vor den Querelen des Sommers 1922, die für den Grafen Lerchenfeld das Ende seiner kurzen Amtszeit einläuteten. Doch der Graf hatte bereits einsehen müssen, dass seine politische Umwelt es ihm unmöglich machte, jeder Konfrontation mit Berlin aus dem

¹¹⁹⁰ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 154.

¹¹⁹¹ München-Augsburger Abendzeitung Nr. 274 vom 7.7.1922.

¹¹⁹² Vgl. Benz, Süddeutschland, S. 311f.

¹¹⁹³ Schwend, Bayern, S. 186.

Weg zu gehen. Die Reichsregierung wiederum hatte ihm durch ihr Misstrauen, das im Fall Leoprechting vor den Augen der ganzen Welt so offenkundig zu Tage gefördert wurde, schwere und zermürbende Enttäuschungen zugefügt. Sein Streben nach föderalistischen und ökonomischen Reformen wurde im Verständnis seines ehemaligen Dienstherrn, der Reichsregierung, mit all den Klischees über die angeblichen reichsfeindlichen Bestrebungen in Bayern vermengt. Dies konnte in einem Fall heißen, dass das Reich den Grafen selbst hintergründiger Pläne verdächtigte, im wahrscheinlich noch schlimmeren Fall aber musste es bedeuten, dass man dem bayerischen Ministerpräsidenten keinen Einfluss mehr auf sein Land zutraute¹¹⁹⁴ und kein Interesse an ihm als vertrauenswürdigen Verhandlungspartner hatte. So musste Lerchenfeld verbittert werden. Doch seine größte Prüfung sollte erst noch kommen.

Es war wieder eine Mordtat, die in sowieso schon erhitzter Stimmung¹¹⁹⁵ das Reich erschüttern sollte. Am 24. Juni 1922 wurde der als Erfüllungspolitiker verrufene und zudem jüdische Reichsaußenminister Dr. Walther Rathenau auf dem Weg in sein Ministerium niedergeschossen. Vorausgegangen war der Tat eine bodenlose Agitation in rechtsradikalen Kreisen, die immer offener zur Gewalt aufforderte. Ein Spottlied aus jenen Tagen verdeutlicht das menschenverachtende Niveau:

*„Auch der Rathenau, der Walter,
Erreicht kein hohes Alter,
Knallt ab den Walter Rathenau.
Die gottverfluchte Judensau!“¹¹⁹⁶*

Der Mord war von langer Hand geplant. Wieder führte die Spur zur Organisation Consul und somit nach München.¹¹⁹⁷ Die Empörung auf Reichsebene war enorm. Die Befürworter der Demokratie hielten Massendemonstrationen ab, der Generalstreik wurde

¹¹⁹⁴ Dafür spräche die Aussage des Reichskanzlers vor Parteivertretern im Reichstag, dass wohl seitens der BVP starke Gegenwehr zu erwarten und demgegenüber Graf Lerchenfeld jetzt schön geschwächt sei. Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 303 vom 28.6.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹¹⁹⁵ Nicht nur im rechtsradikalen Lager, sondern auch auf Seiten der Linken war die Stimmung durch die zunehmende wirtschaftliche Not gereizt. Am 23.6.1922 war im Reichstagsausschuss die Neuregelung der Getreideumlage, die oft zum Missfallen der Landwirtschaft die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarer Nahrung bewirken sollte, gescheitert. Von der MSPD bis zur linksextremistischen KPD wurde daher schon am Tage vor dem Mord an Rathenau zu Massenprotesten aufgerufen. Vgl. Jasper, Schutz, S. 56f.

¹¹⁹⁶ Zit. bei Jasper, Schutz, S. 57.

¹¹⁹⁷ Anders als bei den Erzbergermördern gelang es den Tätern allerdings nicht sich von Bayern aus abzusetzen. Beide fanden den Tod auf der Flucht vor der Polizei auf Burg Saaleck in Thüringen. Vgl. Büttner, Weimar, S. 190.

ausgerufen und Reichskanzler Wirth, der mit Rathenau persönlich befreundet war,¹¹⁹⁸ stellte im Berliner Reichstag in seinem berühmten Ausspruch klar, wen er als die gefährlichen Gegner des Staates hinter diesem Mord sah: „Darüber besteht kein Zweifel, dieser Feind steht rechts.“¹¹⁹⁹ Der Schutz des Weimarer Systems und seiner Vertreter war erneut auf den ersten Platz der politischen Agenda gerückt. Das Reich nahm dabei ebenso wenig Rücksicht auf föderalistische Prinzipien wie auf die Honoratioren der vaterländischen Bewegung in Bayern. Badische Polizeibeamte kamen ins Land, durchsuchten die Büros von „Bayern und Reich“, nahmen Pittinger und seine Mitarbeiter kurzzeitig fest und behielten einen der Herren sogar längere Zeit in Untersuchungshaft. Diese Aktionen wiederum haben nicht nur in Kahrs Augen¹²⁰⁰, sondern in der ganzen vaterländischen Bewegung Bayerns für Entsetzen gesorgt. Die Stimmung war von Anfang an vergiftet.

Durch insgesamt drei auf Artikel 48 der Reichsverfassung¹²⁰¹ begründete Verordnungen des Reichspräsidenten wurde wenige Tage nach dem Mord reagiert. Der Republikschutz stand als oberstes Ziel. Die erste, umfangreichste Verordnung ermöglichte ein Versammlungsverbot, das die Landeszentralbehörden auf Ersuchen des Reichsinnenministers umzusetzen hatten. Im Falle der Weigerung eines Landes sollte die schlussendliche Entscheidung anders als im Spätsommer 1921 nicht mehr auf das föderalistische Organ des Reichsratsausschusses übergehen. Stattdessen sollte ein neu zu errichtender Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik das letzte Wort haben - eine reine Einrichtung des Reichs. Im Gegensatz zu vergleichbaren Situationen der Vergangenheit war damit eine wesentliche Verschiebung der Kompetenzen auf die Reichsebene gegeben. Dieses Gericht sollte sich aus drei Reichsgerichtsräten und vier Laien zusammensetzen, die vom Reichspräsidenten zu bestimmen waren. Agitation gegen die republikanische Staatsform, ihre Symbole und ihre Regierungsmitglieder wurde unter Strafe gestellt. Ebenso die bloße Teilnahme an Verbindungen zur Beseitigung der Republik. Auch republikfeindliche Presse konnte durch die erste Verordnung verboten werden. Eine zweite Verordnung ermöglichte es zum Ärger aller militaristischen Kreise

¹¹⁹⁸ Vgl. Hörster, Wirth, S. 259.

¹¹⁹⁹ Zit. bei Büttner, Weimar, S. 191. Wirth hatte hier die deutlich überwiegende Mehrheit im Reichstag hinter sich, denn selbst die bürgerlichen Parteien bis hin zur DVP verzichteten in dieser Situation weitgehend darauf, ihre sonst immer wieder angebrachte Mahnung nach einem paritätischen Republikschutz nach links und rechts zu wiederholen. Vgl. Lange, Bayern, S. 144.

¹²⁰⁰ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1015.

¹²⁰¹ Artikel 48 der Weimarer Verfassung ermöglichte Notverordnungen. Insgesamt wurde zwischen 1919 und 1933 im Deutschen Reich reger Gebrauch davon gemacht. Es wurden 254 Notverordnungen für das gesamte Reichsgebiet oder Teile davon erlassen. Vgl. Gusy, Weimar, S. 49.

in Bayern, bis auf weiteres alle Regimentsfeiern zu untersagen. Am 29. Juni schließlich erweiterte eine dritte Verordnung die Möglichkeit der Zensur und verschärfte die Strafen für die Teilnahme an Fememord-Organisationen bis hin zur Todesstrafe. Für bloße Mitwisser - und davon gab es in Bayern genug - wurde immerhin die Zuchthausstrafe vorgesehen.¹²⁰² Ähnlich wie im Herbst 1921 war damit ein Reichsausnahmestand in Kraft getreten, der über den Regeln, der Verantwortlichkeit und den Einflussmöglichkeiten des Freistaats Bayern stand.

Diese Verordnungen riefen den Protest der bayerischen Regierung auf den Plan, die eigentlich gerade Verhandlungen zu einer großen Verwaltungsreform in Bayern führte.¹²⁰³ Angesichts der Stimmung im Lande hatte sie kaum eine andere Wahl. Bereits vor dem Ministerrat hatten sich die BVP-Landtagsfraktion und die einflussreiche BVP-Correspondenz unmissverständlich positioniert. Sowohl dem Ministerrat als auch der gemäßigeren Reichstagsfraktion¹²⁰⁴ wurde somit in der Kurssetzung vorgegriffen. Öffentlich wurden die Maßnahmen des Reichs als „unerträglicher Eingriff in die Justiz- und Polizeihochheit der Länder“¹²⁰⁵ gebrandmarkt und eine sofortige, klare Stellungnahme der Regierung eingefordert. Der Kommentar, den das Mitteilungsblatt der Partei zwei Tage später gleichzeitig mit der ersten offiziellen Erklärung des Ministerrats publizierte, liest sich wie ein Abgesang auf Lerchenfelds bisherige Harmoniebemühungen und kündigte unmissverständlich einen Kurswechsel in der Sicht der Landtagsfraktion an.¹²⁰⁶ Die führende Regierungspartei, die noch vor Monaten Lerchenfeld berufen hatte, damit er anders als Kahr für etwas Mäßigung gegenüber Berlin Sorge, begab sich nun also wieder auf den kompromisslosen Kurs, den man in der Zeit davor mit dem Namen Kahrs verbunden hatte.

¹²⁰² Vgl. Jasper, Schutz, S. 58f. Vgl. Hörster, Wirth, S. 268f.

¹²⁰³ Vgl. Ministerratssitzung vom 28.6.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁰⁴ Lerchenfeld gab dem Fraktionsvorsitzenden der BVP im Reichstag Leicht Mitte Juli klare Anweisungen, sich hinter die bayerische Regierung zu stellen und in diesem Sinne für eine bürgerliche Mehrheit im Reichstag zu kämpfen. Vgl. Telefonatsmitschrift Lerchenfeld an Leicht am 14.7.1922, BayHStA, NL Hamm 67. Leicht zählte in den nächsten Wochen wohl zu den Kritikern der Maßnahmen des Reichs und der späteren Republikschutzgesetzgebung, jedoch konzentrierte er sich weniger auf eine rein bayerische Abwehrhaltung, sondern empfahl die Gesetze auf Reichsebene mit mehr Ruhe und Bedacht und unter stärkerer Berücksichtigung des Föderalismus zu entwickeln. Seine Vermittlungsversuche zwischen München und Berlin zeigten jedoch nicht nur in diesem Fall, sondern generell keinen Erfolg. Vgl. Maga, Leicht, S. 101ff.

¹²⁰⁵ BVP-Correspondenz vom 26.6.1922.

¹²⁰⁶ „Die bayerische Politik unter dem Regime des Grafen Lerchenfeld war sicherlich aufrichtig und über alle Zweifeln erhaben bemüht gewesen, die Beziehungen Bayerns zum Reiche soweit wie nur möglich zu pazifizieren.“ Lerchenfeld habe dabei sogar einige Popularitätseinbußen in Kauf genommen. Nun aber könne man die Antwort des Reichs nicht mehr verstehen, es sei denn man sehe „vielleicht in Berlin die Dinge so schief und so falsch, dass man dort hoffte, die innerpolitische Lage in Bayern hätte sich so verschoben, dass man es wagen könnte, Bayern eine solche Pille zum Schlucken geben zu können.“ Die BVP lasse für diesen Fall die Reichsregierung wissen, dass sie sich in schwerem Irrtum befände. In Bayern lebe ungebrochen „der alte Geist.“ BVP-Correspondenz vom 28.6.1922.

Die BVP hatte also die Marschroute gesetzt, die Regierung des Grafen hatte zu folgen. Der Ministerpräsident wurde somit von Anfang an mit einer innerbayerischen Erwartungshaltung¹²⁰⁷ konfrontiert, ohne dass er selbst noch die Zeit gehabt hätte, eine eigenständige Antwort auf die Situation zu finden. Natürlich ahnte er, dass seine Bemühungen zur Mäßigung nun endgültig gescheitert waren. Es wäre aber falsch zu glauben, dass er selbst sich mit der Republikschutzverordnung in dieser Form hätte jemals anfreunden können. Lerchenfeld war von dem Ausmaß der Verordnungen überrascht, er hatte unmittelbar nach der Tat nur mit einigen Presseverböten gerechnet und hätte solche auch befürwortet.¹²⁰⁸ Nun verurteilte er am 28. Juni vor dem Landtag die Bluttat zwar unmissverständlich, er verurteilte es aber auch, dass die Reichsregierung¹²⁰⁹ ohne Absprache¹²¹⁰ mit den Ländern vorgegangen sei, obwohl Bayern dies sofort eingefordert hatte. Auch inhaltlich stellte er die Verordnungen in Frage. Er bemängelte einen zu großen Einfluss des Reichsinnenministers auf den Vollzug in den Ländern, überdies die schlussendliche Entscheidungsgewalt des Staatsgerichtshofes als Reichsbehörde und führte noch mehrere andere Kritikpunkte ins Feld. Die Möglichkeit der Strafverfolgung früherer republikanischer Regierungsmglieder lehnte er für Bayern ebenso ab wie die Strafbarkeit nicht öffentlich getroffener, republikfeindlicher Äußerungen. Das Mindeststrafmaß sei zu hoch angesetzt, die Eingriffe in die Polizei- und Justizhoheit der Länder seien inakzeptabel, ebenso wie das Begnadigungsrecht des Reichspräsidenten und die rückwirkende Kraft der Verordnungen. Auch dem in bayerischer Wahrnehmung einseitigen Trend¹²¹¹ gegen das rechte politische Lager stellte sich Lerchenfeld entgegen. Solches Vorgehen fördere Klassenbildung. Sogar an der Tatsache, dass in den Verordnungen vom „Schutz der Republik“ die Rede war, störte sich Lerchenfeld. Er wertete die Formulierung mit Blick auf das bürgerliche Lager in Bayern offenbar als zu provokant und hätte den Ausdruck „Schutz der Verfassung“ bevorzugt.¹²¹²

¹²⁰⁷ Auch Georg Heim, der eigentlich Lerchenfeld und dessen wirtschaftspolitischen Schwerpunkt schätzte, machte sehr bald Druck, dass man dieser Erwartungshaltung nun folgen müsse. Vgl. Thoss, Ludendorff, S. 227f.

¹²⁰⁸ Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 302 vom 27.6.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹²⁰⁹ Lerchenfelds Protest gegenüber der Reichsregierung erging am selben Tag. Vgl. Gusy, Weimar, S. 139.

¹²¹⁰ Es mag richtig sein, dass die bayerische Regierung als solche nicht direkt im Vorfeld konsultiert wurde. Thomas Lange weist jedoch darauf hin, dass der Reichsrat als offizielles Gremium der Länder am 24.6., also zwei Tage vor dem faktischen Erlass der ersten Verordnung informiert wurde und somit durchaus eine Instanz unter bayerischer Beteiligung eingeschaltet war, die die Verfassung für die Anbringung föderalistischer Bedenken vorsah. Vgl. Lange, Bayern, S. 141.

¹²¹¹ Ein Trend, den auch Gotthard Jasper in seinem Werk zum Republikschutz besonders in den Verordnungen des Sommers 1922 durchaus als solchen erkennt. Ein Wesensmerkmal des damaligen Republikschutzgedankens sei demnach in der Tat seine Herkunft von links mit Stoßrichtung nach rechts. Vgl. Jasper, Schutz, S. 60.

¹²¹² Lerchenfeld wörtlich: „Ein geeignetes Abhilfemittel kann ich in den Bestimmungen, wie sie die Verordnung des Reichspräsidenten enthält, nicht erkennen. Heute darf es sich nicht um Republik oder Monarchie, weder um rechts oder links handeln (...), sondern es handelt sich um die Erhaltung des Staates und verfassungsmäßiger

Diese Kritik der Parteilichkeit des Republiksschutzes gegen rechts sollte neben dem Föderalismus zu einer zweiten, wesentlichen Motivation für die bayerische Gegenwehr werden. Natürlich war sie bei den offen republikfeindlichen Kreisen in Bayern, sei es in der BMP oder den vaterländischen Verbänden, am stärksten ausgeprägt, aber sie war auch Überzeugung innerhalb der bayerischen Regierung.¹²¹³ Geradezu angeschürt wurde derlei Kritik durch eine Reihe von Forderungen, die im Kielwasser des Rathenaumordes auf Reichsebene diskutiert wurden. So beantragte der sozialdemokratische Reichsinnenminister Köster, dass nun auch die Reichswehr ihre immer noch offiziell schwarz-weiß-roten Flaggen gegen schwarz-rot-goldene Flaggen auszutauschen hätte, ebenso das Schwarz-Rot-Gold in die Flagge der Marine integriert werde.¹²¹⁴ Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Hermann Müller forderte, die Statue Kaiser Wilhelms I. aus dem Reichstagsgebäude zu werfen.¹²¹⁵

Lerchenfelds Regierung beließ es von Anfang an nicht beim bloßen Protest. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Verordnungen erließ sie in aller Stille eine Order an Polizei und Staatsanwaltschaft, etwaigen Anweisungen des Reichsanwalts keine unmittelbare Folge zu leisten, sondern immer erst dem bayerischen Innenministerium zur Beurteilung vorzulegen.¹²¹⁶ Diese offensichtlichen Zweifel und Verhinderungsversuche Bayerns an den Verordnungen fanden im Reich wie in den übrigen Ländern allerdings keine Entsprechung.¹²¹⁷ Der Freistaat war im Grunde von Anfang an isoliert, was dem Ministerrat auch klar war.¹²¹⁸ Während man im Rest des Reiches den Mord als Angriff auf die politische Ordnung verstand, dominierte im weit entfernten München sofort wieder die Diskussion um den Föderalismus und den Erhalt der Hoheitsrechte.¹²¹⁹ Dass die BVP-Reichstagsfraktion dem Reichskanzler zunächst Recht gab, beweist, dass in München und Berlin völlig verschiedene Sichtweisen auf die Dinge bestanden. Ein

Zustände. Wenn überhaupt Vorschriften erlassen werden, so müssen sie als Titel tragen: Schutz der Verfassung. Dann könnten alle Bürger hinter Vorschriften treten, die geeignet sind, die Auswüchse der politischen Hetze und Lüge zu bekämpfen, mögen sie kommen von welcher Seite sie wollen.“ Zit. bei Huber, Dokumente, S. 257.

¹²¹³ Als Bayern im Reichsrat gegen die Ansiedlung der für den Republiksschutz verantwortlichen Rechtsprechung auf Reichsebene ankämpfte, sieht Jasper den Kritikpunkt der angeblichen Parteilichkeit als das wesentliche Motiv noch vor dem Erhalt des Föderalismus. Vgl. Jasper, Schutz, S. 74.

¹²¹⁴ Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 302 vom 27.6.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹²¹⁵ Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 303 vom 28.6.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹²¹⁶ Vgl. Lange, Bayern, S. 146. Vgl. Jasper, Schutz, S. 68.

¹²¹⁷ Am ehesten noch teilte Württemberg einige Bedenken gegen die einseitige Ausrichtung gegen rechts, ohne allerdings die Maßnahmen an sich in einem mit Bayern vergleichbarem Maße zu bekämpfen. Andere deutsche Staaten nahmen die Verordnungen entweder an oder verschärfte sie sogar noch durch eigene Maßnahmen. Im „roten“ Sachsen wurde gar die Polizei durch bewaffnete Arbeitermilizen ergänzt. Vgl. Jasper, Schutz, S. 65f.

¹²¹⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 5.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²¹⁹ Nur anfänglich gab es in geringem Ausmaß eine gewisse Unterstützung für Lerchenfeld durch die Regierung von Württemberg. Vgl. Gusy, Weimar, S. 139ff.

Konglomerat aus verschiedenen Motivationen der einflussreichen Kreise ließ Bayern erneut gegen das Reich ankämpfen.¹²²⁰ Manch einer, vor allem im Lager der Deutschnationalen, war umso motivierter, da eine Ausführung der Verordnungen ihn in größte juristische Schwierigkeiten gebracht hätte.¹²²¹ Die politische Mordtat ansich beeindruckte in der Ordnungszelle wenig. Der Kampf gegen den Unitarismus war das Argument der Stunde.

Reichsweit entwickelten sich die Dinge aber auch in der Folgezeit gegen Bayerns Sicht. Es bestand nun sogar auf breiter Basis¹²²² das Bestreben, dass man noch weiter gehen müsse. Der Republikschutz sollte fortan in einer neuen Qualität nicht nur in Verordnungen, sondern in ein feststehendes Reichsgesetz gegossen werden. Genauer gesagt plante die Reichsebene nicht nur das Republikschutzgesetz, sondern in Ergänzung dazu auch ein Reichskriminalpolizeigesetz, das die Regierung Lerchenfeld wiederum aus hoheitsrechtlichen Gründen ablehnte.¹²²³ Dazu kam ein Gesetz über die Pflichten von Beamten zum Schutz der Republik, welches der Ministerrat wiederum für in der Praxis als nicht umsetzbar ansah. Das hatte durchaus seinen Grund, denn man hätte nach Auffassung des bayerischen Kabinetts bei genauer Auslegung sämtliche der Mittelpartei nahestehenden Beamten auf der Stelle entlassen müssen – schließlich war beispielsweise der Tatbestand der Agitation gegen die republikanische Staatsform und ihre Symbole in diesen Kreisen weit verbreitet.¹²²⁴ Die Reichsregierung aber hatte keinen Anlass, den bayerischen Bedenken zu viel Aufmerksamkeit zu schenken. Immerhin waren ihre Pläne nur durch eine Verfassungsänderung mit Zustimmung des Reichsrats und sogar mit Zweidrittelmehrheit des Reichstags umsetzbar.¹²²⁵ Dass sie am Ende trotzdem umgesetzt werden konnten – mit oder ohne Bayern – belegt, wie alleine die bayerische Regierung mit ihrer Haltung war.

¹²²⁰ Vgl. Schwend, Bayern, S. 187.

¹²²¹ "Sie sollten nun schärfer heimgesucht werden, als das früher bei Majestätsbeleidigung der Fall war", so empörte sich beispielsweise Kahr. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1018. Lerchenfeld hatte in jenen Tagen seinen Vorgänger sogar konsultiert. Wenig überraschend empfahl dieser auf keinen Fall nachzugeben. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1019f.

¹²²² Selbst wenn, wie im Falle der DVP, es vereinzelt wohl größeren Diskussionsbedarf zu den Gesetzen hätte geben können, so stand auch die Partei Stresemanns sofort bereit, die Initiative des Reichskanzlers zu unterstützen, da sie Neuwahlen, bei denen unter den gegebenen Stimmen eine absolute Mehrheit sozialistischer Kräfte wahrscheinlich gewesen wäre, als das aus ihrer Sicht weit größere Übel ablehnte. Vgl. Richter, Volkspartei, S. 259.

¹²²³ Laut Entwurf hätte diese Reichskriminalpolizei nicht nur die Möglichkeit gehabt, an den Landesbehörden vorbei in einem Bundesstaat zu agieren, der Reichsinnenminister hätte zudem Einfluss auf die künftige Organisation der Kriminalpolizei der Länder erhalten. Wenn gar ein Reichskriminalamt in München errichtet werde, so vertraute Lerchenfeld dem Württembergischen Gesandten einmal an, erwarte er Mord und Totschlag in Bayern. Vgl. Jasper, Schutz, S. 74f. Vgl. Gusy, Weimar, S. 138.

¹²²⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 5.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²²⁵ Vgl. Büttner, Weimar, S. 191.

Die Regierung Lerchenfeld nahm diese isolierte Rolle – die ja typisch für das Selbstverständnis der Ordnungszelle war - mit großem Ernst an. Schon auf Grund der ersten Verordnung machte sich Graf Lerchenfeld persönlich in Begleitung Schweyers¹²²⁶ auf nach Berlin. Wie zu erwarten fand er dort nicht nur die bereits im Entwurf ausgearbeiteten Republikenschutzgesetze, sondern auch eine Stimmung vor, die wenig Verständnis für die bayerischen Einwände aufbrachte. Er verhielt sich davon unbeeindruckt. Bei einer Besprechung der Ministerpräsidenten mit der Reichsregierung provozierte er sogar mit seiner Anschauung, dass er hinter allem eine gezielte Aktion linker Kräfte¹²²⁷ vermute, das Reich in ihrem Sinne zu gestalten. Für Bayern seien jedenfalls keine besonderen Maßnahmen nötig.¹²²⁸ Der folgende Besuch beim milder gestimmten Reichspräsidenten¹²²⁹ erwirkte es zumindest, dass Ebert in der nächsten Zeit eine Vermittlerrolle zwischen Bayern und dem Reich einnehmen konnte. Die Isolierung Bayerns setzte sich aber später vor dem Reichsrat fort, der sich am 3. Juli mit den Gesetzesentwürfen befasste.¹²³⁰ Lediglich geringe Formulierungsänderungen konnten im Verbund mit Württemberg¹²³¹ als Kompromiss erwirkt werden.¹²³² Insgesamt erreichte Lerchenfeld in Berlin so gut wie nichts.

¹²²⁶ Gerade Schweyer war in jenen Tagen äußerst entschlossen. So sehr er sich teilweise gegen die Radikalen in Bayern einsetzen konnte, so sehr konnte er selber radikal werden, wenn es um die Verteidigung der bayerischen Hoheitsrechte ging. Das Bild vom gemäßigten Schweyer ist im Sommer 1922 sicher nicht zutreffend.

¹²²⁷ Er griff damit eine in Bayern gängige Ansicht auf, die auch von den eigentlich gemäßigteren Münchner Neuesten Nachrichten vertreten wurde. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 314 vom 28.7.1922.

¹²²⁸ Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 304 vom 29.3.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹²²⁹ Der Besuch Eberts in München mag – trotz aller bereits erwähnten Einschränkungen – hier nachgewirkt haben. Charakteristisch für Ebert war es, dass er im Gegensatz zu manchen seiner Parteigenossen gewillt war, föderalistische Wünsche um des Friedens im Reich Willen anzuerkennen und provokante, unitaristische Vorstöße möglichst zu vermeiden. Vgl. Zimmermann, Bayern, S. 112.

¹²³⁰ Vgl. Schwend, Bayern, S. 189f.

¹²³¹ Auch Württemberg ist jedoch nicht als verlässlicher Partner Bayerns zu verstehen. Schwend stellte in seinem Werk fest, dass Württemberg schließlich zur Enttäuschung Bayerns mit „Bereitwilligkeit“ hinter die Reichsregierung getreten sei. Vgl. Schwend, Bayern, S. 190. Demgegenüber betont Jasper, dass von „Bereitwilligkeit“ keine Rede sein konnte. Württembergs Regierung war wie Bayern gegenüber vielen Details sehr kritisch. Anders als Bayern aber entschloss sie sich nach einigem inneren Ringen am Ende dazu, in dieser schwierigen Lage der Reichsregierung im Sinne der Beruhigung des Landes keine übermäßigen Schwierigkeiten zu bereiten, zumal die Koalition in Stuttgart sich weitgehend mit der Koalition im Reich deckte. Vgl. Jasper, Schutz, S. 72. Württemberg war damit in vielen Punkten nicht sehr weit vom bayerischen Standpunkt entfernt, es war nur zu keinem Zeitpunkt zu einer vergleichbaren Eskalation der Lage bereit, wie sein östliches Nachbarland.

¹²³² Diese gingen auch nur dahin, dass die Formulierung „Republik“ nicht als Synonym für „Räterepublik“ verstanden werden konnte. Vgl. Jasper, Schutz, S. 71. Hoffnungen auf Unterstützung durch Baden, Bremen und Hamburg traten nicht ein. Vgl. Ministerratssitzung vom 1.7.1922, BayHStA, MA 99517. Derweil führte Braunschweig mit Entschlossenheit die Mehrheit der Länder an, die sich gegen Bayern stellten. Braunschweig sollte kurz darauf anlässlich der Reichsratsverhandlungen im Verbund mit Sachsen und Thüringen das glatte Gegenteil der bayerischen Bestrebungen forcieren. Es brachte – wenn auch am Ende erfolglos - Anträge ein, die sogar noch eine weitere Verschärfung der Gesetze zum Ziel hatten. Vgl. Jasper, Schutz, S. 70.

Die Fronten hatten sich verhärtet. Im Ministerrat vom 1. Juli 1922 erstatteten Lerchenfeld und Schweyer ihren Kollegen Bericht über die Berlinreise. Der Ministerpräsident ging dabei hart mit dem linken Lager ins Gericht und wiederholte seine These, wonach es nur auf einen Anlass wie den Rathenaumord gewartet habe, um seine Vorstellungen durchzusetzen. Es stoße dabei in der Reichsregierung auf rückhaltloses Entgegenkommen, obgleich es sich bei der Bluttat nach Ansicht des Grafen eben nicht um das Ergebnis eines Angriffs auf die Republik an sich gehandelt habe. Es sei stattdessen nur als das Ergebnis einer ultranationalistischen Hetze des Rechtsextremismus gegen eines seiner größten Feindbilder zu verstehen. Die Verordnung des Reichspräsidenten müsste im Sinne bayerischer Wünsche geändert oder zumindest deren Inhalt in Gesetz und Verordnung aufgeteilt werden.¹²³³ Bayern sei durchaus für den Verfassungsschutz, jedoch seien die Mittel der Reichsregierung hierfür ungeeignet.

Noch in Berlin waren Lerchenfeld, Schweyer und der zur Unterstützung mitgereiste Ministerialrat Dr. Dürr an die Ausarbeitung einer Liste bayerischer Änderungsvorschläge gegangen, die sie sofort darauf im Reichsjustizministerium mit Minister Radbruch besprachen und in Anwesenheit des preußischen Ministerpräsidenten sowie der Staatspräsidenten von Baden und Württemberg dem Reichskanzler Wirth übergaben. Eine Forderung war die sofortige Umbenennung von „Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Republik“ in „Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Verfassung“. Generell sollten alle Formulierungen von „republikanischer“ hin zu „verfassungsgemäßer Staatsform“ geändert werden. Ferner sollte die Wirksamkeit der Gesetze auf zwei Jahre begrenzt und die juristische Zuständigkeit des Reiches ohne Einfluss der Länder beseitigt werden.¹²³⁴ Die bayerische Liste zeichnete sich durch alles andere als einen Kompromisscharakter aus, wurden doch 15 der insgesamt 38 Änderungsvorschläge als essentiell festgelegt. Eine echte Aussicht auf Erfolg hatte der bayerische Vorstoß damit

¹²³³ Letzteres war vor allem für die polizeilichen Regelungen vorgesehen und diente wohl dem Hintergedanken, dass eine Verordnung des Reichspräsidenten leichter wieder abzuändern sei als ein Gesetz.

¹²³⁴ Weiter wurden in der siebenseitigen Schrift die Regelung der genauen Straftatbestände lediglich per Verordnung, der Verzicht eines besonderen Schutzes der Mitglieder früherer republikanischer Regierungen im Austausch gegen einen allgemeinen Schutz der bestehenden Regierungen, die Strafbarkeit von Geldzahlungen an Vereinigungen mit der Zielsetzung des politischen Mordes bis hin zur Todesstrafe, allerdings auch die Miteinbeziehung mildernder Umstände, die Herausarbeitung einer Unterscheidung zwischen dem Willen zur Änderung der Staatsform und dem Willen zur gewaltsamen Änderung der Staatsform, Einschränkung des Straftatbestandes bei nicht öffentlich getroffenen Äußerungen, Verzicht auf einen eigenen Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik oder zumindest Gewährleistung eines wesentlichen Einflusses des Reichsrates bei der Rechtsprechung des Reichs, Verzicht auf eine rückwirkende Anwendung der Regelungen und Toleranz für monarchistische Äußerungen gefordert. Die meisten der bayerischen Forderungen wurden am Ende des Kataloges durch die klare Aussage verstärkt, dass im Falle einer nicht erfolgten Rücksichtnahme auf die selbigen Bayerns Zustimmung zu dem gesamten Gesetz verwehrt werden müsse. Vgl. Ministerratsitzung vom 1.7.1922, BayHStA, MA 99517.

also nicht.¹²³⁵ Er konnte bestenfalls die bayerische Öffentlichkeit beruhigen. Die Tendenzen auf Reichsebene gingen ohnehin in eine ganz andere Richtung. Denn ebenfalls noch während der Besprechungen in Berlin wurde, wie Lerchenfeld beklagte, ohne sein Wissen, eine zweite, die vorherige noch verschärfende Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik veröffentlicht.¹²³⁶ Eine Tatsache, die Lerchenfeld als Affront empfinden musste.

Die offizielle Richtlinie, die Lerchenfeld unter Zustimmung des Ministerkollegiums und der Koalitionsspitzen ausgab, ging nun dahin, „den bayerischen Standpunkt entschieden zum Ausdruck zu bringen, dabei aber Ausdrücke, die den Gegensatz zur Reichsregierung noch verschärfen könnten, zu vermeiden.“¹²³⁷ Bayern sollte sich nach außen nicht mehr in die Rolle des Aufrührers begeben, als es nun sowieso schon war. Im engeren Kreise seines Ministeriums scheint Lerchenfeld jedoch schon Anfang Juli fest mit einer weiteren Eskalation gerechnet zu haben. Staatstrat Schmelzle beschrieb Lerchenfeld für jene Tage als höchst verärgert über das Scheitern seiner früheren Diplomatiebemühungen: „Er kam von Berlin mit dem Eindruck zurück, mit der Reichsregierung sei nichts mehr zu machen; sie sei überhaupt keine Regierung mehr, sie stehe vollständig unter dem Drucke der sozialistischen Parteien und der freien Gewerkschaften; die Dinge trieben immer mehr dem Bürgerkrieg zu; das sei nun die Situation, die die Radikalinskis auf der rechten Seite herbeigesehnt hätten. ‘Es wird Zeit’, sagte er zu mir, ‘dass wir uns in Bayern zum Aussteigen herrichten.’ Er meinte damit, der Zeitpunkt rücke heran, wo Bayern sich vom Reiche lossagen müsse.“¹²³⁸

War Lerchenfeld im Juli 1922 also bereit zur Trennung Bayerns vom Reich? Betrachtete er die Lage schon zu Beginn der Krise als derart aussichtslos? Das wäre sicherlich zu einfach gesagt. Lerchenfeld sah sich lediglich in einer Situation, die so kritisch war, dass man sich alle Möglichkeiten offen halten musste. Ihm kann aber nicht vorgeworfen werden, dass er die Lage hätte willentlich eskalieren lassen wollen. Er nahm lediglich Teil an den sehr verbreiteten Gedankenspielen, die die Option einer zumindest zeitweiligen Abspaltung Bayerns in dieser kritischen Lage bereithalten wollten. Solche

¹²³⁵ Vgl. Lange, Bayern, S. 151.

¹²³⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 1.7.1922, BayHStA, MA 99517. Es handelte sich dabei um eine Verschärfung der Verordnung vom 26.6.1922, wonach die Teilnahme an Fememordorganisationen mit dem Tod oder lebenslangem Zuchthaus bestraft werden musste, während allein die Kenntnis solcher Organisationen, sollte man es unterlassen diese umgehend den Behörden zu melden, mit Zuchthaus bedroht wurde. Zudem wurden die Bestimmungen zu möglichen Zeitungsverboten konkretisiert. Vgl. Landau, Recht, S. 430.

¹²³⁷ Ministerratssitzung vom 1.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²³⁸ Menges, Schmelzle, S. 207.

Ideen gab es im Juli 1922 beispielsweise bei Georg Heim.¹²³⁹ Aber auch der eher nüchterne Finanzminister Krausneck beschäftigte sich zumindest theoretisch mit dem Thema.¹²⁴⁰ In Wahrheit plagten Lerchenfeld große Zweifel, welcher Kurs der richtige sei. Er wurde mit der Zeit unentschlossener und nachdenklicher. Nach wie vor versuchte er auch durch Fühlungnahme mit dem Reich die Dinge zu wenden.¹²⁴¹ Der Ministerpräsident schritt im Sommer 1922 auf einem sehr feinen Grat. Er hatte seine Politik nach zwei Seiten auszubalancieren: Zum einem musste er sich bemühen, dass bei aller Gegenwehr gegen den ihn abstoßenden Unitarismus die Beziehung zum Reich nicht leichtfertig zerbricht. Das hätte nicht seinem Charakter entsprochen. Zum anderen durfte er auch nicht zu entgegenkommend dem Reich gegenüber auftreten. Es hatte sich in den unterschiedlichen vaterländischen Kreisen Bayerns doch eine Erwartungshaltung eingestellt, der Lerchenfeld entsprechen musste, um die Gefahr eines Rechtsputsches im Freistaat gering zu halten beziehungsweise einem solchen Putsch durch ein eigenes entschlossenes Auftreten zuvorzukommen. Diese Putschgefahr war durchaus ernst zu nehmen¹²⁴² und stand vor allem im Zusammenhang mit den Bestrebungen des Sanitätsrats Pittinger, des Führers des Bunds „Bayern und Reich“. Sie schwebte fortan wie ein Damoklesschwert über der bayerischen Regierung. Die Befürchtungen wurden im Außenministerium so ernst genommen, dass Staatsrat Schmelze persönlich bei Kahr vorstellig wurde, um ihn zu bitten, durch seine Autorität in den vaterländischen Kreisen beruhigend auf die Lage einzuwirken. Kahr aber erwiderte, dass er das Verteidigen der Republik entgegen seiner königstreuen Überzeugung leid sei.¹²⁴³ In Bayern und im

¹²³⁹ Heim glaubte an eine kommende Umwälzung, die im Sinne Bayerns verlaufen würde, aber keinesfalls von Bayern provoziert werden dürfte. Abzielend auf den stellenweisen Aktionismus im rechten Flügel der BMP schrieb er im Frühling 1920: „Ich bin überzeugt, dass Bayern in der Deutschen Politik noch eine große Rolle spielt. Wir erleben noch eine 2. Revolution, dann müssen wir in Bayern gerüstet sein. Wir dürfen sie nicht mitmachen. Dazu brauchen wir eine große Partei und darum ist die Mittelpartei verhängnisvoll.“ Heim an Rudolphi am 25.4.1922, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2525.

¹²⁴⁰ Er legte gegenüber Staatsrat Schmelzle dar, dass die Trennungsoption in seinen Augen eine ganz schlichte, wirtschaftliche Frage sei. Wenn Bayern sich wirtschaftlich alleine behaupten könne, wenn es vor allem alleine in der Lage wäre, eine ausreichende, vom Reich unabhängige Kohleversorgung zu organisieren, dann könne ein solcher Schritt getan werden. Vgl. Menges, Schmelzle, S. 207.

¹²⁴¹ So etwa in einem Telegramm an die Reichsregierung vom 9.7.1922, in dem er darum bat, zumindest den Staatsgerichtshof abzumildern und auf das Reichskriminalgesetz vorläufig zu verzichten, während man sich inhaltlich auf ein einheitliches Vorgehen der Länder ja verständigen könne. Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 325 vom 24.7.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹²⁴² So berichtete der Nürnberger Oberbürgermeister Luppe in einem Schreiben an Reichswehrminister Geßler über seine Beobachtungen, nach denen man in BVP- und Militärkreisen von einem kommenden Putsch schon fast sicher ausgehe, wenn Bayern zu sehr einknicke. In Franken seien bereits Einheiten des Freikorps Oberland verstreut. Luppe empfahl Geßler, diesen Putsch geschehen zu lassen, da das Reich mit der Niederschlagung eines Putsches weniger Erklärungsnot hätte, als mit einer Reichsexekution gegen ein ungehorsames, aber immer noch von seiner verfassungsgemäßen Regierung geführtes Bayern. Vgl. Hürten, Anfänge, S. 276f. Die Putschpläne dürften sogar zweigleisig geschehen sein – zum einen um Röhm, zum anderen um Pittinger. Vgl. Thoss, Ludendorff, S. 229ff.

¹²⁴³ Vgl. Menges, Schmelzle, S. 211.

Speziellen in München spielte wie so oft in den Krisen auch im Sommer der letzten Jahre steigende Not, soziale Probleme und eine dadurch erregte Bevölkerung¹²⁴⁴ die gefährlich dröhnende Begleitmusik zur Politik und zu den Gedankenspielen einiger putschwilliger Zirkel. Das zeigte sich unter anderem durch den Umstand, dass der Ministerrat auf dem Höhepunkt der Krise mit dem Gedanken spielen musste, die Wohnungsprobleme der Hauptstadt nicht mehr selbst oder durch die sonstigen gewöhnlichen Institutionen des Staates, sondern nur noch durch Ernennung eines mit in diesem Punkte weitgehenden Kompetenzen ausgestatteten Staatskommissars lösen zu können.¹²⁴⁵

Eine Abspaltung Bayerns war also nur eines von so manchen im Raum stehenden Szenarien. Dennoch belegt dieses Szenario, dass Lerchenfeld durchaus auch Handlungsmöglichkeiten außerhalb der Reichsverfassung andachte – ohne solche Situationen aus eigenem inneren Antrieb herbeizusehnen. Vor dem Ministerrat gab der Ministerpräsident zwar offiziell einem verfassungsgemäß korrekten Handeln gegen das drohende Republikenschutzgesetz den klaren Vorzug,¹²⁴⁶ wirklich realistisch erschien ein solcher verfassungsgemäßer Weg aber nicht mehr. Eine Unterstützung Bayerns auf der gesetzgeberischen Reichsebene war auch dann noch nicht zu erwarten, als sich die erste Empörung über den Rathenaumord etwas gelegt hatte. Bayern hatte sich zwar auf entschlossene Gegenwehr festgelegt, aber woher hätten die Mehrheiten in Reichstag und Reichsrat kommen sollen? Der kritische Blick auf Bayern war inzwischen grundsätzlich eingepreßt. Reichsregierung und Länder sahen die bayerische Regierung dabei längst nicht nur wegen der Debatte um den Republikenschutz mit Skepsis. Hinzu kamen in vielen Augen unverständliche Gegebenheiten, wie das Betragen Kahrs, der lasche Prozess gegen Pöhner und die Nichtverhaftung des Kapitän Ehrhardt. Das Ansehen Bayerns befand sich unter den außerbayerischen Verteidigern der Republik weiterhin im freien Fall.¹²⁴⁷ Dass

¹²⁴⁴ Thomas Lange verweist anhand der Berichte der Regierungspräsidenten darauf, dass gerade im ländlichen Bayern die Sorge um Preisentwicklung und den Verlauf der Ernte deutlich mehr im Interesse der Bevölkerung stand, als der Streit mit der Reichsregierung. Vgl. Lange, Bayern, S. 156.

¹²⁴⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 31.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁴⁶ „Wir müssen wachsam sein und vor allem danach trachten, die anderen ins Unrecht zu setzen. Unsere Parole, unter der sich möglichst weite Kreise hinter die Regierung stellen können, muss sein: ‘Bayern im Reich!’ nicht ‘Bayern gegen das Reich’ und: ‘Für die demokratischen Freiheiten gegen die Reichsregierung!’ (...) Es ist nicht unsere Sache heute schon vorzusagen, was die bayerische Regierung tun wird, wenn das Gesetz angenommen werden wird. Vorerst müssen wir alle verfassungsgemäßen Möglichkeiten erschöpfen, um zu verhindern, dass das Gesetz angenommen wird.“ Ministerratssitzung vom 5.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁴⁷ So wirkte der Bericht, den die bayerische Gesandtschaft in Stuttgart schließlich Anfang Oktober 1922 nach München sandte, fast wie ein Hilfeschrei: „Im Frühjahr sei in die Beziehungen Bayerns zu den drei süddeutschen Ländern ein frischer Zug hineingekommen, der die Bildung eines festen, süddeutschen Blocks (...) besprochen habe. Seit dem Rathenau Mord seien alle diese Hoffnungen und Wünsche vernichtet worden; Bayerns Haltung und eine viel zu große Zahl einzelner unbegreiflicher Vorkommnisse, die amtliche Duldung von Dingen, die man anderswo in Süddeutschland nie dulden würde und nie dulden könne, hätten stutzig gemacht. Die süddeutschen Regierungen hätten jetzt Mühe Dinge durchzubringen, die sie sonst ohne Schwierigkeit mit Bayern

der bayerische BVP-Abgeordnete Emminger sich schließlich noch dahin verstieg, das Gesetzesvorhaben vor dem versammelten Reichstag als zu antimonarchistisch¹²⁴⁸ zu geißeln, bekräftigte Bayerns Gegner nur noch mehr.¹²⁴⁹ Der Ton verschärfte sich¹²⁵⁰ und es wurde immer unwahrscheinlicher, dass die bayerische Regierung sich auf verfassungsgemäßem Weg mittels Überzeugungsarbeit in Reichsrat, Reichstag und Reichsregierung würde durchsetzen können.

Am 13. Juli hatte der Ministerrat bereits in neun Fällen an bayerische Behörden die Weisung ausgegeben, dass Auslieferungen von Verdächtigen an die Reichsbehörden vorerst nicht auszuführen seien. Man erklärte sich nur bereit, alle bayerischen Unterlagen zur Organisation Consul zu übergeben. Lerchenfeld erneuerte abermals seinen Vorwurf, dass längst nicht mehr der Mord an Rathenau, sondern ein „scharfer Kampf des Linksradikalismus um die Eroberung der politischen Macht“¹²⁵¹ im Vordergrund stehe. Letzte, aus Kontakten zu Stresemann¹²⁵² gespeiste Hoffnungen, dass die bürgerlichen Parteien des Reichstags doch noch ein Einsehen für Bayern hätten, verflossen. Vor allem jedoch entstand an jenem 13. Juli 1922 im Ministerrat die eine zentrale Debatte, an der schon bald darauf die bayerische Koalition zu Bruch gehen und der Konflikt mit dem Reich auf die Spitze getrieben werden sollte. Es ging um nichts Geringeres als die Frage, wie man sich den drohenden Reichsgesetzen und damit der Reichsverfassung nun in der Praxis entziehen wolle. Es war nicht Lerchenfeld, sondern Innenminister Schweyer, der unterstützt durch die BVP Minister Matt und Oswald sowie Wutzlhofer vom Bauernbund vorschlug, die Maßnahmen des Reichs generell in Bayern nicht zu vollziehen. Stattdessen sollte man ihnen eine eigene bayerische Verordnung entgegensetzen, die die Ziele des Reiches zwar im Grunde übernehmen sollte, jedoch den Vollzug allein in Bayern

durchgebracht hätten, nur weil Bayern zufällig, ohne Vereinbarung mit anderen Ländern, das gleiche mache. Auch die Stellung des Herrn Bayer. Ministerpräsidenten begreife man oft nicht mehr recht; man habe ihm anfangs sehr viel Vertrauen entgegengebracht, jetzt liege aber die Sache so, dass vieles, was man früher gewünscht und gehofft habe, einfach in Frage gestellt oder schon unmöglich sei; die Südostecke des Reiches sei ruhiger Entwicklung im Wege.“ Bayerische Gesandtschaft Stuttgart an das Ministerium des Äußeren in München am 8.10.1922, BayHStA, NL Held 484.

¹²⁴⁸ Es gab seitens der SPD Tendenzen, dem ehemaligen Kaiser und dem Kronprinzen die Einreise ins Reich zu verweigern beziehungsweise für die nächsten 25 Jahre sämtlichen Mitgliedern von Fürstenthäusern den Eintritt in hohe Staatsämter sowie in die Reichswehr zu untersagen. Vgl. Jasper, Schutz, S. 82..

¹²⁴⁹ Vgl. Schwend, Bayern, S. 191.

¹²⁵⁰ Reichskanzler Wirth wiederum bezichtigte Lerchenfeld, dass er gegen die Arbeiterklasse regiere. Lerchenfeld stellte sich davon provoziert hinter seinen Parteifreund Emminger. Vgl. Ministerratssitzung vom 13.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁵¹ Ministerratssitzung vom 13.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁵² Stresemann stellte schon am 11.7.1922 in einem Brief an Lerchenfeld klar, dass er persönlich inhaltliche Bedenken gegen die geplanten Gesetze habe. Er habe daher versucht, eine parlamentarische Mehrheit dagegen zu organisieren, habe aber einsehen müssen, dass das nicht machbar sei. Vgl. Stresemann an Lerchenfeld am 11.7.1922, BayHStA, MA 103136.

belasse.¹²⁵³ Staatsrat Meyer schränkte den Vorschlag nur dahingehend ein,¹²⁵⁴ dass Bayern eine Auswahl treffen solle, welche Bestimmungen des Reichs es durchführe und welche nicht.¹²⁵⁵ Man forderte damit den Bruch der Weimarer Verfassung, den man schon seit Monaten als Notfallplan in der Schublade hatte.

Lerchenfeld zögerte in dieser Phase noch. Er stand allerdings mit seiner Vorsicht schon zu diesem Zeitpunkt sehr isoliert. Die BVP Minister hatten sich bereits im Vorfeld der Sitzung hinter Lerchenfelds Rücken zu dem Thema besprochen und ihren Beschluss gefasst.¹²⁵⁶ Für den Grafen aber waren die Bedenken hinsichtlich der Folgen eines bayerischen Alleingangs noch zu groß: „Unser Trachten muss weiterhin darauf gehen, aus der Weimarer Verfassung herauszukommen und wieder wertbeständiger zu werden; aber die Zeit ist dafür noch nicht reif in einem Augenblicke, in dem wir nicht einmal die Unterstützung unserer unmittelbaren Nachbarn finden. Wir können das Verhältnis zum Reiche nicht von heute auf morgen lösen; vor dem Richterstuhle der Geschichte würden wir nicht bestehen (...). Wir müssen uns darüber klar sein, dass wir, wenn wir uns nicht unterwerfen, damit einen Kampf auslösen, dessen Folgen wir heute nur schwer ermessen können. Ein verlorener Kampf würde die Mediatisierung Bayerns bedeuten (...). Entwickeln sich die Dinge im Reiche nach der äußersten Linken, dann haben wir eine viel günstigere Stellung. Dann können wir uns auf den Standpunkt des staatlichen Notstands zurückziehen.“¹²⁵⁷ Lerchenfeld musste jedoch eingestehen, dass alle verfassungsmäßigen Mittel als erschöpft anzusehen seien. Ein weiteres Vorgehen gegen die Republikschutzgesetze – und das hielten er und der Ministerrat nach wie vor für nötig – konnte nun also nur mehr außerhalb der Verfassung stattfinden. Damit gab er, bei allen Bedenken, am Ende doch seine Zustimmung zu den Zerwürfnissen, die in den nächsten Wochen folgen sollten. Er plante, sich auf das Reichskriminalgesetz und auf das „Revolutionstribunal“¹²⁵⁸ des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik zu konzentrieren. Auch der Notwendigkeit eigener Verordnungen stimmte er am Ende prinzipiell zu. Protest gegen diese Zusage erhob sich in dieser Sitzung nur mehr durch

¹²⁵³ Vgl. Ministerratssitzung vom 13.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁵⁴ In den Erinnerungen Schmelzles wird demgegenüber überzeugend dargestellt, dass gerade Staatsrat Meyer die treibende Kraft hinter dem Plan einer eigenen bayerischen Verordnung war und schon vor dem 13. Juli 1922 dafür Stimmung machte. Von daher liegt die Vermutung nahe, dass Staatsrat Meyer sich in der Sitzung nur taktisch verhielt, um einen Nichtvollzug für die Mehrheit des Kabinetts und eventuell auch dem demokratischen Minister schrittweise akzeptabel zu machen. Vgl. Menges, Schmelzle, S. 208.

¹²⁵⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 13.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁵⁶ Vgl. Menges, Schmelzle, S. 56.

¹²⁵⁷ Ministerratssitzung vom 13.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁵⁸ Ministerratssitzung vom 13.7.1922, BayHStA, MA 99517.

zwei Personen. Der demokratische Handelsminister Hamm¹²⁵⁹, der sich zwar zu jedem verfassungsmäßigen Kampf gegen die Gesetze gerne bereit erklärte, stellte fest, dass wenn die Gesetze durch die Reichsverfassung erst in ordentlichen Verfahren erlassen worden seien, er sie auch zu akzeptieren habe. Pragmatischer beurteilte Staatsrat Schmelzle die Lage. Er bezweifelte, dass Bayern mit einem Alleingang tatsächlich auf große Zustimmung in der Bevölkerung stoßen würde, ganz zu schweigen davon, dass es im Krisenfall keineswegs davon ausgehen könne, die Reichswehr, die Finanzen oder das Verkehrswesen sicher in seiner Hand zu behalten. Das Gesetz könne auch für ihn nur irgendwann gekippt werden, wie es entstanden sei: durch parlamentarische Mehrheiten.¹²⁶⁰

Schmelzle hegte in der Folgezeit Hoffnungen, dass sich Lerchenfeld doch für den verfassungsgemäßen Vollzug der Gesetze aussprechen würde. Lerchenfeld führte laut Schmelzle viele Gespräche mit mancherlei Personen. Das Argument, Bayern drohe im Konfliktfall die Pfalz zu verspielen, beeindruckte Lerchenfeld sichtbar und er rückte wieder näher an einen Vollzug der Gesetze. Dann schloss er sich wieder dem überwiegenden Tenor seiner Partei und auch seines Justizministeriums an, ohne innerlich in der Sache Frieden zu finden. Sogar einen Tag Urlaub in den Bergen hatte sich der Ministerpräsident nehmen müssen, um bei einer Wanderung in Ruhe nachdenken zu können. Staatsrat Meyer machte derweil weiter Stimmung im rechten Flügel der BVP. Die Führung der Partei erschien durch eine Delegation aus Held, Speck und dem Abgeordneten Knilling am 14. Juli 1922 bei Lerchenfeld und gab seinen Bedenken zum Teil Recht. Sie verwies jedoch darauf, dass die Masse der Partei und das ganze bayerische Volk einen Nichtvollzug erwarten und jedes andere Handeln ihn jeden Ansehens berauben werde. Lerchenfeld schwankte trotzdem weiter und plagte sich mit allen möglichen Szenarien. Er bezog beispielsweise den im Verbändelager in Ungnade gefallenen Einwohnerwehrführer Escherich in diese Gedanken mit ein. Im Falle eines Münchner Rechtsputschs plante Lerchenfeld zunächst zu Escherichs Wohnsitz nach Isen zu flüchten. Als zweiten Schritt sah dieser Notfallplan vor, die verfassungsgemäße Regierung dann von Regensburg aus zu behaupten.¹²⁶¹ Offenbar plagten Lerchenfeld also elementarste Ängste.

¹²⁵⁹ Hamm hatte schon Anfang Juli schriftlich gegen den Nicht-Vollzug der Verordnungen in Bayern protestiert. Vgl. Hamm an Lerchenfeld am 5.7.1922, BayHStA, MA 103163.

¹²⁶⁰ Vgl. Ministerratssitzung vom 13.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁶¹ Vgl. Menges, Schmelzle, S. 208.

Am 19. Juli sah der Ministerrat die Gesetze des Reichs längst als beschlossene Sache an. Zu einer einhelligen Meinung konnte er sich jedoch angesichts der Unsicherheit des Ministerpräsidenten noch nicht durchringen. Die Beschlussfassung wurde trotz der Klarheit über das Kommen der gefürchteten Reichsgesetze immer noch verschoben. Man müsse den Widerstand so dosieren, dass ein Generalstreik seitens des linken Lagers vermieden werde und andererseits auch das rechte Lager sich nicht zu Kurzschlussreaktionen hinreißen lasse. Einen kompletten Nichtvollzug der Gesetze in Bayern hielt Lerchenfeld in dieser Sitzung noch für undenkbar. Lerchenfeld befand sich damit in seiner Einstellung zwischen den Standpunkten des Ministers Schweyer, der die Gesetze schlicht als für Bayern unannehmbar bezeichnete, und dem liberalen Minister Hamm, der immer noch auf Akzeptanz der Gesetze im Sinne der aus seiner Sicht guten Sache des Republiksschutzes pochte. Justizstaatsrat Meyer ging es in jener Sitzung vor allem darum, die Rechtsprechung in der Sache auf keinen Fall auf die Reichsebene zu übertragen, sondern bei den bayerischen Volksgerichten zu belassen. Förmlich flehend wandte sich Schmelzle an die Minister. Bayern habe weder eine Rechtsgrundlage noch die Machtmittel. Seine Ausführungen, wonach sich durch Schlupflöcher oder die Möglichkeit einer Überweisung durch den Reichsstaatsanwalt zurück an die bayerische Justiz doch noch genügend Wege finden lassen würden, das Gesetz in der bayerischen Praxis erträglicher zu machen, gingen jedoch unter.¹²⁶²

Am 20. Juli wurde das Republiksschutzgesetz in Berlin ohne weitere Probleme durch den Reichsrat abgesegnet. Der einzige Widerspruch kam seitens des bayerischen Vertreters. Schon zuvor hatte das Gesetz mitsamt dem neuen Reichskriminalgesetz relativ problemlos Zustimmung im Reichstag gefunden.¹²⁶³ Gemäß Reichsverfassung und dementsprechend gebilligt von beiden Parlamentskammern des Reichs galten nun die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922¹²⁶⁴ auch im Freistaat. Laut der grundlegenden Arbeit Gotthard Jaspers zum Republiksschutz der Weimarer Republik war das Gesetz in vielen Punkten vor allem dank des Einflusses der bürgerlichen Kräfte im Reichstag bei weitem nicht zu dem einseitig gegen das rechte politische Lager gerichtete Werk geworden, wie teilweise erwartet worden war.¹²⁶⁵ Dennoch war das Ergebnis sehr weit davon entfernt, im Sinne der bayerischen Regierung zu sein. Bereits die Tatsache, dass nicht einmal die von Bayern gewünschte

¹²⁶² Vgl. Ministerratssitzung vom 19.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁶³ Vgl. Zimmermann, Bayern, S. 114f. Vgl. ferner Jasper, Schutz, S. 76ff.

¹²⁶⁴ Siehe: Huber, Dokumente, S. 196ff.

¹²⁶⁵ Vgl. Jasper, Schutz, S. 88f.

Namensänderung in „Gesetz zum Schutze der Verfassung“ berücksichtigt worden war und auch die Bezeichnung „republikanisch“ an keiner Stelle in die von Bayern geforderte Bezeichnung „verfassungsmäßig“ umgewandelt worden war, weist darauf hin, dass Lerchenfelds Regierung überhaupt keine nennenswerten Korrekturen durchsetzen konnte.¹²⁶⁶ Selbst mit diesem relativ bescheidenen Anliegen war Bayern gescheitert. Gesetzlich fixiert war nun die Strafbarkeit der Vorbereitung der Ermordung von republikanischen Regierungsmitgliedern, aber auch schon die geringe Unterstützung von dementsprechenden republikfeindlichen Geheimverbindungen.¹²⁶⁷ Ferner standen die öffentliche Aufforderung zur Gewalt gegen die Mitglieder republikanischer Regierungen oder auch nur die Billigung solcher Taten und die Untergrabung der republikanischen Staatsform unter Strafe. Außerdem richtete sich das Gesetz gegen unerlaubten Waffenbesitz oder auch nur die Versäumnis, unerlaubten Waffenbesitz oder Waffenlager zu melden. Und nicht zuletzt ermöglichte es ein striktes Vorgehen gegen das Beschimpfen der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform, beziehungsweise ihrer Vertreter und Symbole. Gerade durch diese letzten Bestimmungen mussten viele prominente Agitatoren der Ordnungszelle Bayern – sei es aus dem Verbändelager oder auch in BVP-Kreisen - mit einigem Recht befürchten, mit einer Strafverfolgung konfrontiert zu werden. Bis in die Spitzen des bayerischen Staates – man denke an Kahr – kamen genug Beschimpfungen der Republik und geheimes Wissen über Waffenlager vor. Die Urteilsgewalt lag nun dabei aber - entgegen Lerchenfelds Änderungsvorschlägen - außerhalb Bayerns Einflussmöglichkeiten auf Reichsebene beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik. Dieses neunköpfige Gremium wurde vom Reichspräsidenten ernannt. Ein Einfluss einzelner Länder oder des Reichsrats war entgegen der bayerischen Forderungen fast nicht gegeben. Als Anklagebehörde fungierte die Reichsanwaltschaft. Das Verbleiben eines Verfahrens auf Länderebene war nur vorgesehen, wenn beispielsweise ein Angeklagter die Farben oder republikanischen Vertreter eines Landes beleidigen würde. Bei Beleidigung der Reichsfarben oder eines Reichsministers lag die richterliche Kompetenz nun jedoch eindeutig auf Reichsebene. Das Reich war laut Gesetz ferner befähigt, bei entsprechender Anhörung des Staatsgerichtshofes auch gegen den Willen eines Landes Vereins-, Versammlungs- und Druckverbote zu erlassen. Zudem wurde – für einen bayerischen Monarchisten besonders provokant und längst

¹²⁶⁶ Im Grunde wurden die bayerischen Änderungswünsche nur wenige Tage nach ihrem Bekanntwerden schon am 4. Juli 1922 durch den Reichsrat allesamt abgeschmettert. Vgl. Menges, Schmelzle, S. 208.

¹²⁶⁷ Straffrei blieb, wer solche Verbindungen, bevor sie eine politische Mordtat begehen können, verrät.

befürchtet¹²⁶⁸ – der Umgang mit den ehemals landesherrlichen Familien geregelt. Die Mitglieder konnten nun bei republikgefährdendem Verhalten unter bestimmten Voraussetzungen des Reiches verwiesen werden. Das Gesetz sollte nach fünf und nicht wie von Bayern verlangt schon nach zwei Jahren außer Kraft treten. Zusammengefasst drohte Bayern in eine Lage zu geraten, in der das Reich völlig selbstständig bis in die höchsten Eliten aus Politik, Verwaltung und Verbändewesen des Landes, und zwar auch in die noch relativ gemäßigten Kräfte, hätte eingreifen können – eine unerträgliche und beängstigende Vorstellung für diese Kreise.

Der Tag der Berliner Entscheidung hatte Folgen für Bayern. Die Regierung in München entledigte sich angesichts der Tatsachen ihres Koalitionspartners DDP, der immerhin schon seit Hoffmann Teil der Regierung war, und rückte somit weiter nach rechts. Im Münchner Ministerrat drängte am 20. Juli der Minister Hamm vergeblich darauf, die Verfassung zu achten, und stellte klar, dass er einen anderen Weg als Mann der DDP nicht beschreiten könne.¹²⁶⁹ Am 27. Juli 1922 musste der Ministerrat Hamms Rücktritt, durchaus unter dem ehrlichen Bedauern Lerchenfelds, offiziell zur Kenntnis nehmen. Er hatte damit seine parlamentarische Mehrheit im Landtag im Kampf gegen das Republikenschutzgesetz vorerst geopfert.¹²⁷⁰ Es ging dabei sicher nicht darum, dass die bayerische DDP die Gesetze, so wie sie waren, gut heißen hätte.¹²⁷¹ Der Austritt der Liberalen erfolgte nur, weil sie den Weg des eindeutigen Verfassungsbruchs nicht mitgehen wollten.

Am 24. Juli 1922 ging Bayern den letzten Schritt. Die Regierung Lerchenfeld sistierte die Republikenschutzgesetze des Reichs für das rechtsrheinische Bayern. Sie erließ an deren Stelle offiziell inhaltlich deckende Verordnungen, an deren Umsetzung jedoch ausschließlich bayerische und keine Reichsinstanzen beteiligt waren. Anstelle des Staatsgerichtshofs des Reichs traten die bayerischen Volksgerichte oder das Oberste Landesgericht. Sämtliche Einflussmöglichkeiten der Reichsregierung wurden nicht anerkannt. Eine Anwendbarkeit der verbliebenen antimonarchistischen Bestimmungen auf das bayerische Königshaus wurde verhindert. Auch das selbstständige Ermitteln der Reichskriminalpolizei in Bayern wurde unterbunden. Ein „ungeheurer, in der

¹²⁶⁸ Besonders erregte sich Justizminister Schweyer nach den Verhandlungen in Berlin über diese Klausel. Es sei laut ihm sowieso kein Land gezwungen, seine ehemals herrschende Familie zu beherbergen. Vgl. Ministerratssitzung vom 5.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁶⁹ Ministerratssitzung vom 20.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁷⁰ Ministerratssitzung vom 27.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁷¹ Vertreter der Partei wetterten in den Münchner Neuesten Nachrichten ebenso dagegen wie ihre Kollegen der BVP. In einem Gastbeitrag beschimpfte beispielsweise Müller-Meinungen den Staatsgerichtshof als „Revolutionstribunal nach Moskauer Vorbild“ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 279 vom 6.7.1922.

Geschichte des Reiches einmaliger Vorgang, mit dem sich ein Einzelstaat der Befolgung von Reichsgesetzen entzog¹²⁷², wie Gotthard Jasper bilanzierte. Bei allen Bekenntnissen zur Reichstreue, die Lerchenfeld und auch Kahr immer wieder abgegeben hatten, war nun Bayerns Kurs keineswegs mehr im Sinne der geltenden Reichsverfassung. Der sozialdemokratische Jurist Philipp Loewenfeld hielt als kritischer Zeitzeuge fest, dass die bayerische Regierung im Juli 1922 „mit einem Verfassungsbruch von seltener Frechheit gegen die Reichsregierung zum offenen Kampfe überging.“¹²⁷³ Loewenfelds Argumentation ist dabei nicht von der Hand zu weisen: Die Reichsregierung überließ den Ländern durchaus das Recht, entsprechende Verordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu erlassen, allerdings nur bei „Gefahr im Verzug“, wenn der Reichspräsident in der gebotenen Eile nicht zu regieren im Stande war. Solche Landesverordnungen waren niemals als dauerhafte Maßnahme gedacht, sie waren auf Wunsch des Reichspräsidenten oder des Reichstages sofort wieder aufzuheben, beziehungsweise durch Reichsverordnungen zu ersetzen.¹²⁷⁴ Dass aber ein Land eine solche Verordnung erlässt, nachdem es bereits eine Reichsverordnung gab, noch dazu ohne ein konkretes Gefahrenszenario, war völlig abstrus.

Innenminister Schweyer verteidigte das Vorgehen trotzdem. Es sei nicht Bayern, das die Verfassung breche, sondern das Reich, indem es den Ländern ihre zugesicherten Rechte raube.¹²⁷⁵ Was Lerchenfeld betraf, so blieb sein Respekt vor den möglichen Folgen des bayerischen Alleinganges ungemindert. Dennoch schloss auch er sich in einem Schreiben an den Reichspräsidenten vom 2. August 1922 der Ansicht an, dass Bayern aus einer Notlage heraus verfassungsgemäß handle und seitens des Reichs Garantien zu momentan nicht gewährleisteten Hoheitsrechten der Länder einfordern müsse.¹²⁷⁶ Er sah intern sogar einen bewaffneten Konflikt im Sinne einer Reichsexekution als ein realistisches Szenario an, wenn man den nun eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolge. Vor dem Ministerrat dachte er bereits an, die Selbstschutzverbände in Bereitschaft zu versetzen. Es sei aber zu bedenken, dass man diese nur ein einziges Mal in ihren Strukturen und mit ihren Waffenverstecken aufdecken könne. Dass es ihm aber fern lag, einen solchen Konflikt herbeizuwünschen, und er innig hoffte, dass das Reich zu neuen Verhandlungen bereit sein würde, machte er im Fazit der Sitzung klar: Er betonte, „dass er den Zeitpunkt

¹²⁷² Jasper, Schutz, S. 92.

¹²⁷³ Landau, Recht, S. 431.

¹²⁷⁴ Vgl. Landau, Recht, S. 431.

¹²⁷⁵ In der gleichen Ministerratssitzung forderte Lerchenfeld, diese Argumentation auch vor den Landtag zu bringen. Vgl. Ministerratssitzung vom 20.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁷⁶ Vgl. Huber, Dokumente, S. 260f.

einer endgültigen Aufnahme des Kampfes gegen die Reichsregierung noch nicht für gekommen erachte.¹²⁷⁷

In Berlin war man sich von Beginn an klar, dass man das bayerische Vorgehen niemals würde akzeptieren können, wollte man die Autorität der Reichsregierung nicht nachhaltig beschädigen. Man erklärte Bayerns Sonderweg schnell als nicht verfassungsgemäß, ließ jedoch in der Frage weiterer Schritte in Hoffnung auf eine versöhnliche Einigung weitestgehend Vorsicht walten. Ein wirklicher Zwang auf Bayern hätte sich eben nur mit sehr drastischen Mitteln, namentlich einer Reichsexekution, ausüben lassen. Dies wäre nach der Weimarer Verfassung die angebrachte Maßnahme gewesen, denn der Reichspräsident und die Reichsregierung hatten genaugenommen nicht die Möglichkeit, Länderverordnungen selbst aufzuheben. Sie konnten dies, wie schon im Streit um den Ausnahmezustand, nur von einer Landesregierung verlangen. Bei Weigerung eines Landes sah Art. 48 der Verfassung vor, dass der Reichspräsident „es mit Hilfe der bewaffneten Macht dazu anhalten“¹²⁷⁸ könne. Es hatte sich jedoch in diesem kritischen Moment mehr als in der Zeit zuvor die Meinung durchgesetzt, dass Lerchenfeld milde zu behandeln sei, wolle man nicht am Ende beispielsweise einem an die Spitze Bayerns zurückgekehrten Gustav von Kahr gegenüberstehen.¹²⁷⁹ Wirkliches Verständnis für Bayern hatte in der Reichsregierung aber nur mehr der Reichslandwirtschaftsminister Fehr vom Bayerischen Bauernbund aufzuweisen.¹²⁸⁰ Die Reichsregierung entschied sich am Ende trotz des Verfassungsbruchs durch Bayern für Verhandlungen und gegen Reichsexekution.

Umso erleichterter war Lerchenfeld, als sich Anfang August diese Verhandlungen mit Berlin ankündigten.¹²⁸¹ Er wolle selbst nach Berlin reisen, so erklärte er seinen Ministern. Solange sollte der bayerische Gesandte alle bayerischen Forderungen unnachgiebig

¹²⁷⁷ Ministerratssitzung vom 20.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹²⁷⁸ Zit. bei Huber, Dokumente, S. 136. Vgl. ferner Lange, Bayern, S. 158.

¹²⁷⁹ Vgl. Jasper, Schutz, S. 93f.

¹²⁸⁰ Der Bauernbund war nach dem Rücktritt Hamms die letzte Partei, die gleichzeitig an der bayerischen und an der Reichsregierung teilhatte. Fehr verteidigte das Vorgehen seines Heimatlandes, bezeichnete es als „verfassungsrechtlich zulässig“ und verwies auf die gereizte Stimmung in Bayern. Schon allein Neuwahlen seien gefährlich, von anderen Bestrebungen in Bayern ganz zu schweigen. „Falls es zur Landtagsauflösung komme, werde die Frage so gestellt sein, ob Bayern beim Reich verbleibe oder nicht“, so Fehr. Obgleich der Reichskanzler Bayern daraufhin eine „eigenartige Rechtsauffassung“ unterstellte, deutete sich im Reichskabinett doch an, dass ein vorsichtiges, zeitgewinnendes Vorgehen als geeignetes Mittel zum Umgang mit Bayern erschien. Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 327 vom 25.7.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Gusy sieht in Fehrs Mitgliedschaft im Reichskabinett einen Grund für die Verhandlungsbereitschaft der Reichsregierung, da ein Ausscheiden des Bauernbundes aus der Reichskoalition verhindert werden sollte. Vgl. Gusy, Weimar, S. 144.

¹²⁸¹ In einem Brief an Ebert bedankte er sich für den Verhandlungswillen. Vgl. Lerchenfeld an Ebert am 2.8.1922, BayHStA, MA 103163.

vertreten, um Verhandlungsmasse zu schaffen. Sicherlich, so Lerchenfeld, dürfe man deshalb nicht erwarten, dass alle bayerischen Wünsche erfüllt würden. Erstaunlich zurückhaltend verhielt sich der durch den Koalitionseintritt der BMP neu ins Kabinett gekommene, deutschnationale Justizminister Franz Gürtner. Er hätte, wohl auch, um nicht gleich nach wenigen Tagen im Amt die Verantwortung über Scheitern oder Erfolg dieses Konflikts übernehmen zu müssen, zu gerne darauf verzichtet, Lerchenfeld nach Berlin zu begleiten. Am Ende musste er aber doch mitreisen. Im Ministerpräsidenten kehrte eine gewisse Hoffnung zurück, dass sich die Lage nun beruhigen werde, auch wenn Finanzminister Krausneck auf eine Festlegung von gewissen Mindestzielen pochte. Lerchenfeld erwiderte darauf nur, dass er nun persönlich in Berlin verhandle, während er darum bitte, dass „sich die Ressortminister nun zeitnah auch den wirtschaftlichen und währungspolitischen Fragen der Zeit wieder zuwenden.“¹²⁸² Er blieb sich, wie diese Aussage zeigt, auch in der Krise der Tatsache bewusst, dass er eigentlich angetreten war, andere Probleme zu lösen als Konflikte mit dem Reich. Umso größer war seine Hoffnung auf ein Ende des Streits.

Auch in Berlin bereitete man sich Anfang August 1922 auf den Besuch Lerchenfelds in der Reichshauptstadt vor. Während der sozialdemokratische Reichsinnenminister Köster nur widerwillig seine Empörung unterdrückte, ja sogar darauf hinwies, dass nach Reichsverfassung theoretisch durch 2/3 Mehrheit die Staatlichkeit der Länder aufzuheben sei, war es vor allem Reichspräsident Ebert, der Nachsicht empfahl. Nur von zwei Dingen sollte nicht abgewichen werden: Zum einen sollte das Reich nicht davon Abstand nehmen, dass es die bayerische Verordnung als Verfassungsbruch betrachte. Zum anderen sei dementsprechend unbedingt auf eine Aufhebung der bayerischen Sonderverordnung zu bestehen.¹²⁸³ Das Reichsjustizministerium riet zwar davon ab, Bayern ein ewiges Versprechen zu geben, nie wieder in die Hoheitsrechte der Länder einzugreifen, sah sich aber dennoch zu Zugeständnissen bereit.¹²⁸⁴ Die übrigen süddeutschen Länder, von denen sich sowohl Bayern als auch die Reichsregierung Vermittlung erhofften, blieben sehr zurückhaltend.¹²⁸⁵ Insgesamt mochte in Berlin auch die Überlegung eine Rolle gespielt haben, dass nach dem Ausscheiden der DDP aus der bayerischen Koalition nun nicht auch noch Graf Lerchenfeld die Regierung in München

¹²⁸² Ministerratssitzung vom 4.8.1922, BayHStA, MA 99517. Auch in einer weiteren Vorbesprechung der Berlinreise appellierte Lerchenfeld an alle Anwesenden, die Sache keinesfalls unnötig zu verzögern. Vgl. Niederschrift über die Vorbesprechung am 5.8.1922, BayHStA, MA 103163.

¹²⁸³ Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 331 vom 3.8.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹²⁸⁴ Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 332 vom 3.8.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹²⁸⁵ Vgl. Jasper, Schutz, S. 94f.

verlassen sollte, um eventuell durch eine radikalere Persönlichkeit der Ordnungszelle ersetzt zu werden.¹²⁸⁶

So konnten die Verhandlungen mit einem gewissen Optimismus angegangen werden. Unter Vorsitz des Reichspräsidenten begannen am 9. August die Besprechungen in Berlin. Das Reich wurde durch Reichskanzler Wirth¹²⁸⁷, die Reichsminister Köster, Radbruch und Fehr sowie einige Beamte vertreten. Ihnen saßen auf bayerischer Seite Graf Lerchenfeld in Begleitung der Staatsminister Gürtner und Schweyer sowie des bayerischen Gesandten von Preger gegenüber. Ebert betonte gleich zu Beginn, dass er sich von den Gesprächen ein Ende der Differenzen erhoffe. Lerchenfeld trennte die Anliegen der bayerischen Delegation in zwei Themenkreise: Erstens erbat er konkrete Nachverhandlungen und Klärungen zu allen drei Gesetzen, die unter dem Schlagwort „Republikenschutz“ im Vormonat abgeseget worden war. Er stellte damit also sowohl das Beamten-gesetz, das Reichskriminalpolizeigesetz als auch das eigentliche Republik-schutzgesetz hinsichtlich ihrer Umsetzung in Bayern zur Diskussion. Zweitens forderte er, abgesehen von diesen tagespolitischen Erscheinungen, sich über die zukünftige Stellung der Länder im Deutschen Reich auszutauschen, denn Bayern befürchte hier, dass diese immer mehr auf das Maß bloßer Provinzen herabgestuft würden. Er nutzte darüber hinaus die Gelegenheit zu einem grundsätzlichen Treuebekenntnis zum Reich und einer Absage an den Separatismus, wohl um das Verhalten Bayerns als einmalige Reaktion auf eine konkrete Lage im Reich und nicht als Beginn einer langfristigen Entwicklung erscheinen zu lassen.

Beginnend mit dem ersten Aspekt wurde zunächst schnell ein Kompromiss beim Reichsbeamten-gesetz erzielt. Schweyer bestand darauf, dass auch die bayerischen Reichsbeamten als Landeskinder zu betrachten seien und das Gesetz daher nicht ohne Fühlung mit der bayerischen Regierung vollzogen werden könne. Reichsinnenminister Köster sicherte hierauf Entgegenkommen zu. Schwieriger gestaltete sich die Frage hinsichtlich der Polizeihöhe der Länder. Vor allem an der Regelung, dass die Reichskriminalpolizei in gewissen Fällen auch ohne Antrag der Länder in diesen ermitteln könne, schieden sich die Geister. Bayern lehnte dies entschlossen ab. Auch beim Republik-schutzgesetz, vor allem hinsichtlich der Justizhoheit der Länder war die Lage

¹²⁸⁶ Vgl. Gusy, Weimar, S. 144.

¹²⁸⁷ Reichskanzler Wirth musste ein starkes, ganz persönliches Interesse daran haben, die Diskussionen um den Republik-schutz zu beenden. Der Sommer 1922 forderte nicht nur von Lerchenfeld, sondern auch von Wirth enorme nervliche Kräfte, schwebte der Reichskanzler doch nach seinen Äußerungen gegen die politische Rechte ständig in Gefahr, selbst Opfer eines Mordanschlages zu werden. Er musste sich in dieser Zeit rund um die Uhr von Sicherheitskräften bewachen lassen. Vgl. Hörster-Philipps, Wirth, S. 270.

brenzlich. Bayern fürchtete, dass kritische Fälle gegen seinen Willen auf die Reichsebene gezerzt und von einer zu linkslastig geprägten Justiz behandelt würden. Im Falle von Differenzen zwischen Land und Reich solle die Haltung des Landes respektiert und nicht dem Staatsgerichtshof zur Entscheidung übergeben werden. Lerchenfeld betonte, dass es sich hier um eine sehr tief sitzende Grundanschauung nicht nur seiner Regierung, sondern weitester Volkskreise in Bayern handle. Die Relativierungen des Reichsjustizministers Radbruch, wonach Bagatelldelikte durch den Staatsgerichtshof natürlich nach Bayern überwiesen werden könnten, betrachtete er als nicht ausreichend. Hinsichtlich des generellen Verhältnisses Bayerns zur Verfassung von Weimar führte Lerchenfeld an, dass durch gewisse Wirrnisse des Jahres 1919 in Bayern die Entwicklung der Verfassung wenig beachtet worden sei und das starke Stammesbewusstsein des bayerischen Volkes jetzt erst wieder deutlicher zu Tage trete. Er werbe für die Reichstreue, doch dazu benötige Bayern unbedingt die feste Garantie für die verbliebenen Hoheitsrechte der Länder.¹²⁸⁸ Lerchenfeld und seine Delegation, so lässt sich sagen, starteten also selbstbewusst in die Verhandlungen, gingen jedoch nie so weit, zu verlangen, dass der status quo, also die bayerische Sonderverordnung, vom Reich dauerhaft anerkannt werden müsse.

Dieses erste Treffen am 9. August war der Ausgangspunkt zu intensiven, teils in großer Runde, teils nur von den Ressortvertretern geführten Verhandlungen in Berlin. An deren Ende stand das sogenannte „Berliner Protokoll“ vom 11. August 1922. Mit dem ersten Absatz „Die Bayerische Staatsregierung erklärt sich bereit, die unter dem 24. Juli 1922 erlassene Verordnung zum Schutze der Verfassung der Republik spätestens am 18. August 1922 mit Wirkung vom gleichen Tage ab aufzuheben“, wurde zunächst das vordringlichste Ziel des Reichs erfüllt, das seine gesetzgeberischen Kompetenzen im Reichsgebiet nicht mehr durch die bayerische Gegenregelung in Frage gestellt sehen musste. Im Gegenzug gestand die Reichsregierung Lerchenfelds Delegation zu, den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik deutlich zu beschneiden. Nur noch Fälle, „deren Bedeutung so erheblich ist, dass ihre Entscheidung durch einen höchsten Gerichtshof des Reichs angemessen erscheint“, sollten Beschuldigte vor das in Bayern so ungeliebte Leipziger Gericht gebracht werden. „Die Überweisung der Sachen an die örtlichen Behörden“, so sicherte das Protokoll zu, „wird deshalb die Regel bilden.“¹²⁸⁹ Bei der Besetzung des Staatsgerichtshofes wurde mehr politische Neutralität und mehr

¹²⁸⁸ Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 335 vom 9.8.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹²⁸⁹ Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 338 vom 11.8.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

Einfluss der Länder zugestanden. Die bayerische Befürchtung, dass der Reichspräsident den Gerichtshof ohne weiteres mit mehrheitlich sozialdemokratisch gesinnten Laien besetzen könne, war somit gebannt. Ebenso wurde der Staatsgerichtshof in mehrere Senate unterteilt, die ihre jeweilige Zuständigkeit nach dem lokalen Ursprung des Falls erlangen würden. Ein eigener bayerischer Senat konnte allerdings nicht erreicht werden. Hinsichtlich der Kontrolle der Reichsbeamten gewährte das Reich Versicherungen an Bayern, wonach die entsprechenden Disziplinkammern territorial zu organisieren und landsmannschaftlich zu besetzen seien. Der übergeordnete Reichsdisziplinarhof war ebenso anteilig entsprechend der Zahl der Reichsbeamten aus den jeweiligen Ländern des Reiches zu besetzen.¹²⁹⁰ Und schließlich gelang es Bayern auch in den Fragen der Polizeihöheheit dahin zu kommen, dass ein Eingreifen der Reichskriminalpolizei ohne Beteiligung des jeweiligen Landes als absoluter Ausnahmefall festgelegt wurde.¹²⁹¹ Das Reichskriminalpolizeigesetz in seiner Grundidee, nämlich einen schnellen, unabhängigen und reichsweiten Republiksschutz zu schaffen, wurde damit de facto bis zur Unbrauchbarkeit eingeschränkt. Es spielte in Zukunft keine nennenswerte Rolle mehr.¹²⁹² Hier hatte Bayern, welches das Gesetz seit Wochen brandmarkte, den wohl deutlichsten Sieg errungen. Im Schlusswort gab die Reichsregierung noch ein - wenn auch nicht allzu stichfestes - Bekenntnis zum Föderalismus¹²⁹³, der nur durch akute Notsituationen in letzter Zeit gewisse Einschränkungen habe erfahren müssen, die nun jedoch „nach menschlichem Ermessen ihren Endpunkt erreicht“¹²⁹⁴ hätten. Insgesamt stellte dieses erste Berliner Protokoll einen für Lerchenfeld sehr annehmbaren Kompromiss dar. Das äußerst gewagte Vorgehen Bayerns war schließlich nicht bestraft, sondern sogar belohnt

¹²⁹⁰ Er war anfangs als reine Reichsinstanz ähnlich dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik geplant. Der Reichspräsident sollte ihn mit drei Reichsgerichtsräten und vier Laien besetzen. Ziel war die Schaffung einer Instanz, die die bestehenden, aber nicht im Sinne des Republiksschutzes funktionierenden Disziplinarinstanzen ausschalten konnte. Vgl. Jasper, Schutz, S. 73.

¹²⁹¹ So hieß es: „Oberster Grundsatz bei der Durchführung des Gesetzes soll sein, die Exekutive den Ländern zu überlassen. Nur dann, wenn es im dringendsten Interesse des ganzen Reichs liegt, dass ein Einzelfall – ein nach den Strafgesetzen strafbarer Tatbestand – einheitlich im ganzen Reichsgebiet polizeilich bearbeitet wird, weil nur so eine möglichst rasche und wirksame Verfolgung gesichert erscheint, soll eine Ausnahme gemacht werden dürfen, falls tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine Ermittlungstätigkeit in einem bestimmten Lande notwendig ist.“ Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 338 vom 11.8.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹²⁹² In der Tat verzichtete die Reichsregierung sogar darauf, das Gesetz offiziell in Kraft zu setzen. Vgl. Jasper, Schutz, S. 97.

¹²⁹³ Hierzu konkretisierte Reichskanzler Wirth auf Nachfrage des bayerischen Gesandten am Folgetag sogar noch, dass das Reich ausdrücklich auch nicht beabsichtige, seine theoretischen, verfassungsmäßig einwandfreien Möglichkeiten, also die sogenannte „Kompetenz-Kompetenz“ zu nutzen, um weitere Einschränkungen der Hoheitsrechte der Länder vorzunehmen. Er ging also damit über ein Bekenntnis zu den föderalistischen Elementen der bestehenden Verfassung noch hinaus. Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 340 vom 12.8.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹²⁹⁴ Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 338 vom 11.8.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

worden. Das Reich hatte andererseits immerhin ein Ziel erreicht: Der unannehmbare Zustand der bayerischen Sonderverordnung schien vorüber, sodass die Gesetzgebung des Reiches nun wieder im gesamten Reichsgebiet Beachtung erfahren würde. Doch es bestand noch eine Hürde: Die Beschlüsse mussten in Bayern noch durch Ministerrat und Koalitionsparteien abgesegnet werden.

Lerchenfeld glaubte nun, aus Berlin mit nennenswerten Verhandlungserfolgen nach München zurückzukehren. Wie er schon vor seiner Abreise dem Ministerrat erklärt hatte, wäre er gerne zum politischen Tagesgeschäft, namentlich zu den Bemühungen um eine Verwaltungsreform und ökonomischen Fragen, zurückgekehrt. Er musste jedoch feststellen, dass in der Koalition die Stimmungslage nicht danach war, den Streit an diesem Punkt aufzugeben. Sowohl im Lager der BMP¹²⁹⁵ als auch in Lerchenfelds eigener Partei war man unzufrieden mit dem Berliner Protokoll. „Es war eine Erklärung einer schnelllebigen Reichsregierung, aber keine verfassungsmäßige Sicherung“¹²⁹⁶, so griff der damalige Schriftleiter der BVP-Correspondenz, Karl Schwend, die Kritik der Bedenkenträger Jahre später wieder auf. In der BVP-Landtagsfraktion forderte Knilling Nachverhandlungen, Held beklagte „Fehler in der Regie“ der Berlinmission und Parteigründer Schlittenbauer ging gar so weit zu behaupten, Lerchenfeld habe „gar nichts“¹²⁹⁷ erreicht. Der Landesausschuss der BVP ebenso wie sämtliche Fraktionen der bayerischen Regierungskoalition sprach sich letzten Endes einhellig dafür aus, dass weiter verhandelt werden müsse. Ziel blieb ein eigener bayerischer Senat beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, sodass auch in Zukunft nur Bayern die bayerischen Verhältnisse kontrollieren könnten. Lerchenfeld wurde bei all seinem föderalistischen Einsatz, den er seit Juni gegen das Republikenschutzgesetz aufgebracht hatte, nun also gezwungen, noch mehr zu fordern, als es sein eigener Wille es ihm nahegelegt hätte. Unverändert stimmten natürlich diejenigen in den Chor der föderalistischen Schildhalter ein, die den Kampf um die Eigenstaatlichkeit Bayerns nur zur Tarnung ihres Kampfes gegen die Weimarer Republik an sich missbrauchten.¹²⁹⁸ Das Faktum der parteipolitischen und weltanschaulichen Gräben zwischen der bayerischen

¹²⁹⁵ Die BMP hat gerade in diesen Tagen mit ihren radikaleren, völkischen Anhängern zu kämpfen, die den Eintritt ihrer Partei in eine parlamentarische Regierung kritisch beäugten und die Verhandlungen in Berlin als Abfall vom bisherigen Kurs der Partei betrachteten. Dementsprechend verspürte Parteiführer Hilpert noch über sein eigenes Missfallen hinaus einigen Druck, die Ergebnisse der Berliner Verhandlungen abzulehnen. Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 179.

¹²⁹⁶ Vgl. Schwend, Bayern, S. 195.

¹²⁹⁷ Zit. bei Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 90.

¹²⁹⁸ Vgl. Jasper, Schutz, S. 99. Thomas Lange spricht sogar von einem „rein parteipolitischen Charakter der Kontroversen.“ Lange, Bayern, S. 164.

Koalition sowie der vaterländischen Bewegung in Bayern und der Reichsregierung war schließlich durch den Kompromiss unverändert. Lerchenfeld hatte somit in Berlin einen achtenswerten Sieg erreicht und verlor dennoch in Bayern für die Endphase des Streites mehr denn je das Heft aus der Hand. An Held schrieb er: „Wie Sie vielleicht gehört haben, sind die Herren Vertreter der Koalitionsparteien heute noch zu keinem Ergebnis gekommen, sondern wollen Fraktionen und Landesausschuss hören. Ich bin über diese Entscheidung, wie Sie sich denken können, wenig erbaut, glaubte vielmehr, dass so viel erreicht sei (süddeutscher Senat unter vorwiegend bayerischem Einfluss, Vorschlagsrecht Bayerns für die Ernennung usw. usw.), dass man sich mit dem Erreichten wohl hätte zufrieden geben können, zumal da die bayerische Position im ganzen Reiche in Folge des Nachgebens der Reichsregierung und unseres gleichzeitigen Maßhaltens ungemein stark ist. Diese Position infolge Prinzipienreiterei und Maßlosigkeit zu verscherzen, wäre meines Erachtens der folgenschwerste Fehler, den ich nicht machen werde.“¹²⁹⁹

Trotz aller innerlichen Widerstände, die er Held offenbarte, hatte Lerchenfeld in Wirklichkeit gar keine andere Wahl, als erneut in Aktion zu treten.¹³⁰⁰ Er musste schließlich verhindern, dass radikale Kräfte in Bayern noch mehr Oberwasser bekämen. Denn deren Hetze ging nach wie vor mit aller Schärfe voran. Sogar der Justizminister musste, wie er es vor der Berlinfahrt wohl schon befürchtet hatte, die beißende, spöttische Propaganda der rechtsradikalen Kräfte über sich ergehen lassen. Er wurde als Deutschnationaler (!), kaum einige Tage im Amt, aus vaterländischen Kreisen mit Spottliedern belegt, in denen er mit dem verhassten Innenminister Schweyer in einen Topf geworfen wurde.¹³⁰¹ Wenn es einem Minister der BMP schon so erging, so war für Lerchenfeld jeder Versuch, das Protokoll als Erfolg zu verkaufen und somit Frieden in Bayern einkehren zu lassen, aussichtslos.

Es gelang der Regierung jedoch, für Verständnis beim Reichskanzler zu werben. Der bayerische Gesandte konnte glaubhaft vermitteln, dass Lerchenfeld ehrlich um die Beruhigung der radikalen Kräfte bemüht sei, jedoch nicht gedenke, sie tatsächlich in seine

¹²⁹⁹ Lerchenfeld an Held am 12.8.1922, BayHStA, NL Held 484.

¹³⁰⁰ Als Alternative wurde laut Aussage des Innenministers Schweyer gegenüber dem Reichskanzler weniger die sofortige Aufhebung der bayerischen Sonderverordnung, sondern der Rücktritt des Kabinetts gehandelt, da es sich politisch keine Zukunft mehr erhoffte. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 344 vom 19.8.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹³⁰¹ „Jeder meinte, dass der Bayer Einstmals Deutschlands Rettung sei. Mit dem Gürtner, mit dem Schweyer Riss der schöne Wahn entzwei.“
Zit. bei Sommer, Beiträge, S. 146.
Sogar innerhalb der BMP wurden seitens des extrem rechten Flügels um Xylander Rücktrittsforderungen laut. Vgl. Kittel, Fundamentalismus, S. 874.

Politik einzubinden. Dafür brauche er aber noch Zeit.¹³⁰² Auch Lerchenfeld selbst wandte sich in einem sehr vertraulichen Schreiben, in dem er ihm offen seine Lage schilderte, an Wirth.¹³⁰³ Er ließ den Reichskanzler damit wissen, dass es sich anders als Anfang August nicht mehr um eine grundsätzliche Opposition der bayerischen Regierung handelte. Somit konnte Lerchenfeld nun die Nachverhandlungen mit Berlin weit gelassener in Kauf nehmen, da er auf ein gewisses Verständnis Wirths hoffen konnte. In der Ministerratssitzung vom 17. August 1922 erkannte der Graf die Beschlüsse der Koalition zu den gewünschten Nachbesserungen an und bezeichnete das Ergebnis seiner Berliner Verhandlungen nicht mehr als zufriedenstellend, sondern nur mehr als „geeignete Grundlage zu weiteren Verhandlungen“¹³⁰⁴. Die bayerische Sonderverordnung wurde somit vorläufig nicht aufgehoben.

Den größten Wunsch der bayerischen Kritiker, den bayerischen Senat beim Staatsgerichtshof, erfüllten auch die folgenden Nachverhandlungen mit der Reichsregierung nicht. Dennoch erwirkte Bayern noch einige kleinere Zusagen, wie etwa die Garantie von drei bayerischen Laienrichtern und einer gewissen Anzahl an bayerischen Reichsgerichtsräten für den süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofs. Auch wurde es ermöglicht, dass dieser Senat gegebenenfalls in einer süddeutschen Stadt tagen konnte. Erneut wurde betont, dass der Reichspräsident diesbezügliche Personalentscheidungen nur in Absprache mit Bayern vornehmen werde. Ferner wurden auch Justizbeamte des Freistaates für die Arbeit am Staatsgerichtsrat des Reiches zugelassen und die Möglichkeiten der Überweisung von Fällen an die bayerische Justiz wurden nochmals präzisiert. Abgesehen davon wurde zwar immer noch keine verfassungsmäßige Garantie des Reiches erwirkt,¹³⁰⁵ den Ländern keine Kompetenzen mehr zu entziehen, aber immerhin verstärkte Wirth seine diesbezügliche Absichtserklärung vom 11. August nochmals. Er kündigte eine starke Einbeziehung des Reichsrates an. Erst nach diesen Nachverhandlungen gelangte der bayerische Ministerrat in seiner Gesamtheit und – abgesehen von der deutschnationalen Fraktion des Landtages

¹³⁰² Preger stellte dem Reichskanzler auch dar, dass ständig Abordnungen vaterländischer Verbände in München vorsprechen würden, die der Graf hinhalten müsse. Er stehe sehr unter Druck. „Sie hielten die Regierung für schwach und wollten sie durch eine starke ersetzen, deren Namen ja wohl klar sei. Die Reichsregierung hätte seiner Ansicht nach ein großes Interesse, dass Graf Lerchenfeld bliebe.“ Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 342 vom 17.8.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹³⁰³ „Ich darf der Zuversicht Ausdruck geben, dass auch diese Klippe sich umschiffen lässt und wir baldigst in den Hafen gelangen.“ Lerchenfeld an Wirth am 18.8.1922, BayHStA, MA 103163.

¹³⁰⁴ Ministerratssitzung vom 17.8.1922, BayHStA, MA 99517.

¹³⁰⁵ Wirth war hier keinesfalls bereit und wohl auch nicht in der Lage eine feste Garantie abzugeben. Schweyer erkannte dies am 20. August in Berlin mit Rücksicht auf den Frieden im Reich an. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 346 vom 20.8.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

– auch die Koalitionsparteien zu der Überzeugung, dass nun alles Erreichbare auch erreicht sei.¹³⁰⁶ Auch wenn es sich nur um kleine Nachbesserungen handelte, bewiesen sie doch endgültig eine rücksichtsvolle und entgegenkommende Haltung der Reichsregierung, die, anders als am Anfang des Konfliktes, von niemandem im Ministerrat mehr als unfaire Übertölpelung aufgefasst werden konnte. Bayern hatte nun die Beachtung bekommen, die es sich damals gewünscht hätte.

In der Ministerratssitzung am 22. August 1922, zu welcher auch die parlamentarischen Spitzen der Koalition hinzugezogen wurden, war Lerchenfeld somit erleichtert. Zum 24. August sollte die bayerische Sonderverordnung nun endgültig aufgehoben werden. BVP und Bauernbund stellten sich einmütig hinter den Ministerpräsidenten und selbst Gürtner erteilte, obgleich er im Prinzip mit der Lage natürlich noch nicht ganz zufrieden war, einer weiteren Eskalationspolitik eine Absage. Auch er betonte, dass alles, was auf legalem Weg möglich war, nun umgesetzt sei. Er widersetzte sich damit dem Fraktionsführer seiner Partei, Hilpert, der als einziger noch massive Vorbehalte anbrachte.¹³⁰⁷ Hilperts nach wie vor bohrende Kritik in dieser für Lerchenfeld eigentlich so friedlichen Sitzung machte deutlich, dass das deutschnationale und vaterländische Lager auch durch diesen Erfolg Bayerns nicht zu befrieden war.¹³⁰⁸ Das Verhältnis zur Reichsregierung erfuhr dagegen endlich wieder etwas Entspannung.¹³⁰⁹

Trotz aller Zugeständnisse an Bayern, die Lerchenfeld nach vielen Mühen erreichen konnte, darf man sich –wie der weitere Verlauf der Dinge zeigen wird- nicht der Illusion hingeben, dass Bayern und das Reich nun eine gemeinsame Rechtsgrundlage zum Schutz stabiler Verfassungsverhältnisse geschaffen hätten, die in der Praxis funktionierte und so eine dauerhafte Entspannung bringen konnte. Die bayerische Intervention diente dem Föderalismus, nicht der eigentlichen Zielsetzung des Reiches nach dem Rathenau-Mord. Es war wieder nur ein Streit von vielen, so intensiv er auch geführt wurde. Das Republikenschutzgesetz des Sommers 1922, um dessen Details solches Aufsehen gemacht wurde, fand am Ende doch eine sehr halbherzige Beachtung.¹³¹⁰ Bayern, das durch seinen

¹³⁰⁶ Vgl. Schwend, Bayern, S. 195ff.

¹³⁰⁷ Der Bayerische Gesandte von Preger berichtete später dem Reichskanzler, Hilpert habe Gürtner „desavouiert“. Lerchenfeld tue alles um den Streit zu schlichten. Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 342 vom 17.8.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹³⁰⁸ So stellte Minister Krausneck schon in dieser Sitzung fest, dass trotz des Erfolges leider manche Kreise im Land weiterhin die Eskalation dem Frieden vorziehen würden. Vgl. Ministerratssitzung vom 22.8.1922, BayHStA, MA 99517.

¹³⁰⁹ Der Reichspräsident drückte seine Freude darüber in einem Brief an Lerchenfeld aus. Vgl. Ebert an Lerchenfeld am 22.8.1922, BayHStA, MA 103163.

¹³¹⁰ Georg Heim hatte dies bereits vor den Nachverhandlungen in Berlin vorhergesagt: „Ich glaube nie und nimmer mehr, dass es in Deutschland viel zur Anwendung kommt. Es ist ein Kind des Augenblicks, aus dem

gefühlten Erfolg das Republikenschutzgesetz in vielen Teilen wirkungslos gemacht hatte, blieb ein Herd des Widerstands gegen die Politik der Reichsregierung. Auch auf Reichsebene wurde es nie zu einem durchschlagskräftigen Instrument. 1922 fällte der Staatsgerichtshof nur 37 Urteile, wovon 20 Freisprüche sich ergaben. Keine der Strafen war höher als ein Jahr Gefängnis. Auch 1923 überstiegen von 244 Verurteilten nur sechs Personen dieses Maß. Erst 1924, nach dem Hitlerputsch, wurden bei den 580 des Verstoßes gegen das Republikenschutzgesetz verurteilten Personen immerhin bei 63 empfindlichere Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verhängt. Die im Gesetz vorgesehenen Todesstrafen wurden bis 1932 nur dreimal im Jahr 1925 angewandt.¹³¹¹ Hinzu kam, dass nicht nur in Bayern, sondern reichsweit ein großer Teil der Richter die Inhalte der Republikenschutzgesetzgebung persönlich ablehnte und gegenüber der politischen Rechten fast ausnahmslos Milde walten ließ, wenn der Angeklagte nur patriotische Motive aufzuführen verstand.¹³¹² Und auch die bayerische Angst vor dem Staatsgerichtshof als einem sozialistischen, gegen die antisozialistischen Kräfte im Reich gerichteten Revolutionstribunal zeigte sich als völlig unberechtigt. 1924 richteten sich bereits 75% der Urteile gegen Mitglieder der KPD.¹³¹³ Es lässt sich sogar mit einiger Berechtigung die These vertreten, dass die Krise am Ende den Rechtsradikalen in Bayern gar noch in die Hände spielte, hatte sie doch den kritischen Beobachter Eduard Hamm aus der Regierung befördert und stattdessen Franz Gürtner zum Justizminister gemacht. So konnten fortan die Suche nach Waffenlagern, Prozesse wegen Untergrabung der demokratischen Staatsform oder die Verfolgung der rechten Verbände noch sicherer vermieden werden.¹³¹⁴ Man kann das Fazit Thomas Langes nur bekräftigen: „Auch nachdem durch das Berliner Protokoll der Konflikt äußerlich beigelegt wurde, akzeptierten die Regierung und die sie tragenden Parteien den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik nicht. Gerade in politisch brisanten Fällen, für die er geschaffen worden war, kam er daher nicht zum Zuge.“¹³¹⁵

Rohr geschossen, ein Zornprodukt.“ Niederschrift über die Verhandlungen der Koalitionsparteien am 17.8.1922, BayHStA, MA 103163.

¹³¹¹ Vgl. Jasper, Schutz, S. 311.

¹³¹² Vgl. Evans, Reich, S. 218f.

¹³¹³ Vgl. Jasper, Schutz, S. 178.

¹³¹⁴ Vgl. Kittel, Provinz, S. 476.

¹³¹⁵ Lange, Bayern, S. 184. Auch außerhalb Bayerns blieb der Gerichtshof hinter den Erwartungen der Republikbefürworter zurück, wurde er doch auch von den juristischen Kreisen der Reichsebene zu größten Teilen mit Abneigung gesehen. So machte es dem Reich große Probleme, seine Besetzung mit geeigneten und vor allem mit gewillten Reichsgerichtsräten zu gewährleisten. Der erste Vorsitzende des Staatsgerichtshofes beispielsweise, der erst nach langem Bitten durch den Reichsinnenminister den Posten akzeptiert hatte, gab das Amt schon nach kürzester Zeit wieder zurück. Vgl. Jasper, Schutz, S. 100.

Was Graf Lerchenfeld betrifft, so war ihm zwar eine wirkliche Niederlage gegenüber Berlin oder gar eine Reichsexekution erspart geblieben, dennoch hatten die letzten Wochen gezeigt, dass er nicht souveräner Führer seiner Regierung war. An ihm zerrte eine ganze Anzahl anderer Kräfte, von den Vaterländischen auf der Straße, über die BVP Fraktion bis hin zu den Kabinettskollegen. Das sture Verhalten Hilperts kündigte für die zukünftige Zusammenarbeit mit der Lerchenfeld unsympathischen BMP-Fraktion nichts Gutes an. Für neue Kämpfe, oder gar den Versuch, sich mehr zu behaupten, fehlte Lerchenfeld nach den zurückliegenden Wochen aber die Kraft. Seine früheren Hoffnungen auf ein wirklich diplomatisches Verhältnis zu Berlin waren dahingeschwunden. An Escherich schrieb er im September, dass er schwer unter Stress leide und nun dringend Entspannung in der Abgeschiedenheit des bayerischen Waldes suchen müsste.¹³¹⁶ Zum Durchatmen aber, so sollte sich bald zeigen, blieb dem Grafen nach Ende des großen Konflikts des Sommers 1922 nur eine kurze Zeit.

4.3.4. Glanzloser Rücktritt

Lerchenfeld blickte im Herbst 1922 auf ein Jahr zurück, das er sich sicher anders vorgestellt hätte. Seine großen Reformvorhaben in Wirtschaft und Verwaltung des Freistaates wurden durch den unglückseeligen Streit um das Republikschutzgesetz den ganzen Sommer über von der Tagesordnung verdrängt und gerieten nun im Herbst obendrein ins Stocken. Sein anfänglicher Wunsch nach besseren Beziehungen zur Reichsregierung entpuppte sich als vergebliche Hoffnung. Er hatte grobe Enttäuschungen hinsichtlich seines Verhältnisses zum Reich, zu den Vaterländischen und sogar zur BVP hinnehmen müssen und seine föderalistischen Erfolge aus dem Sommer 1922 wurden ihm von keiner Seite gedankt, auch nicht von seiner eigenen Partei. Schon vor der Krise war es ihm nicht gelungen, sich als wirklich starke Persönlichkeit darzustellen. Bereits im Juli gab es Gerüchte um einen Rücktritt, die der Bayerische Kurier damals noch energisch zurückwies.¹³¹⁷ Seither hatte sich die Lage nicht verbessert. Der völkische Hetzapparat lief auf Hochtouren, wobei das Niveau nochmals merklich gesenkt wurde.¹³¹⁸ Sogar die

¹³¹⁶ Lerchenfeld an Escherich am 23.9.1922, BayHStA, NL Escherich 32.

¹³¹⁷ Vgl. Bayerischer Kurier Nr. 302 vom 22.7.1922.

¹³¹⁸ Im Miesbacher Anzeiger wurde Lerchenfeld beispielsweise nach dem Kompromiss mit Berlin des „Volkverrats“ bezichtigt. Vgl. Miesbacher Anzeiger Nr. 191/199 vom 29.8.1922. Vor allem aber traten die Gerüchte um den Ehebruch der Gräfin Lerchenfeld nun offen zu Tage. Der Grundtenor dabei ging dahin, Lerchenfelds männliche Autorität in Frage zu stellen, wenn er ja nicht einmal seine Frau im Griff habe. Vgl.

sozialdemokratische Münchner Post, obgleich sie sich selbst sehr enttäuscht von Lerchenfelds Schwäche gegenüber den Rechtsradikalen zeigte, bemitleidete ihn am Ende. Es würden angebliche Geschichten aus Lerchenfelds Familienleben ins Feld gefahren, „die wir nicht einmal andeuten mögen.“¹³¹⁹

Teile dieser völkischen Kräfte waren in Gestalt der Mittelpartei und des neuen Justizministers Gürtner seit August auch noch Bestandteil der Koalition. War diese Machtverschiebung also der entscheidende Anlass für seinen Rücktritt? Das wäre zu kurz gegriffen. Die Einigkeit, mit der BMP und BVP auch schon vor dem Koalitionswechsel gegen die Maßnahmen zum Schutz der Republik vorgegangen waren, hatte schon längst einen Rechtsruck auf viel breiterer Ebene angekündigt.¹³²⁰ Die diplomatische Art, für die man den Grafen einst ins Amt geholt hatte, passte dazu nicht mehr. Es wäre auch falsch, allzu viel Gewicht darauf zu legen, dass mit Gürtner nun ein Deutschnationaler in Lerchenfelds Ministerrat Platz genommen hatte. Auch wenn die Person des neuen Justizministers sozusagen sprichwörtlich für die Rechtslastigkeit bayerischer Politik und Justiz im Zeitraum steht, konnte man ihm dennoch nicht wesentlich mehr Verbindungen zu den radikalsten Kräften im rechten Lager nachsagen als der BVP. Nicht zu Unrecht bezeichnete es Eugen von Knilling später als „tragikomisch“¹³²¹, dass auch der deutschnationale Minister von Hitler und seinen Männern im Bürgerbräukeller festgenommen wurde.¹³²² Es soll damit nicht in Frage gestellt werden, dass die BMP die rechtslastigste Kraft der Koalition darstellte, doch allzu weit war sie eben von großen Teilen der BVP nicht entfernt. Beispielhaft dafür ist die Harmonie zwischen dem BMP Justizminister Gürtner und dem BVP Justizstaatsrat Meyer. Noch kurze Zeit vor Gürtners Berufung zum Minister traten sie gemeinsam als Ministerialbeamte im Ministerrat auf, um gegen die Republikschutzverordnungen zu agieren.¹³²³ Mit dem Minister Gürtner geriet Lerchenfeld im Kabinett nicht mehr oder weniger aneinander als mit Ministern der BVP. Lerchenfeld, der sich seines schlechten Ansehens in der Mittelpartei bewusst war

Sommer, Beiträge, S. 159. In diesem Sinn äußerte der Abgeordnete Schäffer schon Anfang Dezember gegenüber Held seine Befürchtungen, dass es zu einer Bloßstellung des Ministerpräsidenten kommen könne. Vgl.

Altendorfer, Schäffer, S. 153.

¹³¹⁹ Münchener Post Nr. 236 vom 10.10.1922

¹³²⁰ Vgl. Lange, Bayern, S. 148.

¹³²¹ Münchener Zeitung Nr. 335 vom 5.12.1923.

¹³²² Es gilt auch zu bedenken, dass die radikalsten, parlamentsfeindlichen Kräfte der BMP in Gürtner keineswegs ihren Wunschkandidaten durchsetzten. Den Extremen Kräften schien selbst er zu liberal, war überdies Katholik und bis zu seinem Eintritt ins Kabinett noch nicht einmal ordentliches Mitglied der Mittelpartei. Manch ein Deutschnationaler hätte den für seinen Kurs bekannten BVP-Mann Meyer als geeigneteren Kandidaten für die Leitung des Justizressorts angesehen. Die radikal-völkische Gruppe um Oberst Xyländer brach sogar aus Protest gegen die neue Regierungsbeteiligung mit ihrer Partei. Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 174ff.

¹³²³ Vgl. Ministerratssitzung vom 13.7.1922, BayHStA, MA 99517.

und für den die Aufnahme der Deutschnationalen in die Koalition sicherlich ein schweres Opfer darstellte, äußerte sich zunächst sogar erleichtert über Gürtner. Er hatte offenbar Schlimmeres erwartet.¹³²⁴ Die zusammen mit Lerchenfeld erreichten Verhandlungsergebnisse in Berlin, verteidigte Gürtner Ende August auch gegen die Einwendungen seiner Parteifreunde, die sich in der Tat nie mit Lerchenfeld anfreunden konnten.¹³²⁵ Von einem „bösen Geist“ im Ministerrat, wie es dem früheren BMP-Justizminister Christian Roth nachgesagt wurde, kann bei Gürtner also in dieser Phase nicht die Rede sein.

Die neue Koalition war also ebenso wenig alleine schuld an Lerchenfelds Rücktritt wie die Person Gürtners am Ministertisch. Das Tagesgeschäft dieser Koalition ist allerdings von der Hetze der deutschnationalen Presse, die auch unabhängig von der BMP wirkte, getrennt zu verstehen. Weit größeren Ärger handelte sich der Ministerpräsident durch seine sehr selbstständige Arbeit an seinem Wirtschaftsprogramm ein. Hier schuf er einen sachlichen Grund, der seine Lage in der BVP-Fraktion sehr verschlechterte, als diese im Oktober 1922 sowieso größte Zweifel an der Popularität und Tragbarkeit des Ministerpräsidenten plagten.¹³²⁶ Der Abgeordnete Schäffer berichtete an Georg Heim bereits Anfang Oktober über eine schlechte Stimmung, die in gewissen Kreisen der BVP gegen den Grafen sich breitgemacht habe.¹³²⁷ Als schließlich bis in die Reihen des Kabinetts hinein ein Gemauschel einsetzte, Lerchenfeld wolle mit dem von Staatsrat Schmelzle ausgearbeiteten Wirtschaftsprogramm die Planwirtschaft in Bayern einführen, war laut seinem Vertrauten Karl Sommer ein Punkt erreicht, an dem er desillusioniert und antriebslos für sich einen raschen und noch möglichst ehrenvollen Rückzug vom Amt des Ministerpräsidenten herbeisehnte.¹³²⁸ Ein Auftritt vor Mittelständlern in jenen Tagen geriet zu einer einzigen Verteidigungsrede Lerchenfelds, an ein Voranschreiten war nicht mehr zu denken.¹³²⁹ Dieser zusätzliche programmatische Streit drohte dem Grafen den letzten Rückhalt in der Partei zu nehmen. Sogar Lerchenfeld selbst bezeichnete die Ausarbeitung des Programms ohne Fühlungnahme mit den Parteispitzen – wie sehr sich

¹³²⁴ Anlässlich ihrer gemeinsamen Fahrt zu Verhandlungen nach Berlin sagte der Ministerpräsident dem württembergischen Gesandten, Gürtner sei „ein ganz hervorragender Mann, der sich in Berlin durch klare Sachlichkeit und konzilianthes Wesen beim Verhandeln ausgezeichnet habe.“ Zit. bei Kiiskinen, Volkspartei, S. 176.

¹³²⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 22.8.1922, BayHStA, MA 99517.

¹³²⁶ Vgl. Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 93. Vgl. ferner Schilcher, Parlamentarismus, S. 157f.

¹³²⁷ Vgl. Schäffer an Heim am 9.10.1922, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2525.

¹³²⁸ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 160.

¹³²⁹ Er erklärte dort, sich „völlig falsch verstanden“ zu fühlen. Er wolle doch nur die Reichsregierung auf die Probleme der Geldentwertung hinweisen, keinen „Staatssozialismus“ einführen. Die Öffentlichkeit aber glaube stattdessen an „falsche Propheten“. Vgl. National Zeitung Nr. 243 vom 29.10.1922.

diese dafür interessiert hätten, sei dahingestellt - später als einen großen Fehler.¹³³⁰ Der Landtagsfraktionsführer der BVP, Heinrich Held, hatte schließlich Lerchenfelds Wirtschaftsprogramm öffentlich gegeißelt und sich in den Kreis derer eingereiht, die den Grafen mit dem Vorwurf sozialistischer Gesinnung belegten.¹³³¹ Die BVP stellte fest, dass ihr Ministerpräsident, der sowieso schon im Volk unbeliebt war, nun auch noch an ihr vorbei agierte. Mit dem Wirtschaftsprogramm im Detail beschäftigte sich zu diesem Zeitpunkt niemand mehr. Auch hinsichtlich der Kampagnen, die gegen Lerchenfeld mittels Angriffen auf sein Familienleben gefahren wurden, war die BVP-Fraktion nicht mehr gewillt, sich entschlossen hinter den Ministerpräsidenten zu stellen. Sie kapitulierte damit ein Stück weit vor Lerchenfelds Gegnern im völkischen Lager.¹³³² Im Sinne der Popularität der Partei fasste sie den Entschluss, dass es besser sei, den Ministerpräsidenten auszuwechseln. Man musste davon ausgehen, dass Lerchenfelds Defizite an Popularität in den rechten Wählerkreisen sich auf die gesamte BVP übertragen könnten. Am Ende trat Held in Anwesenheit Schmelzles persönlich vor Lerchenfeld, um ihn darüber zu unterrichten, dass die BVP ihm auf ihrem Parteitag am 28. Oktober 1922 das Vertrauen entziehen werde.¹³³³ Gewiss gab es innerhalb der BVP auch Bedauern, wie die Gespräche in der Fraktion am 26. Oktober zeigten. Ein verächtlicher „Kampf gegen den Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld“, der auch vor dem Privatleben des Grafen nicht haltmache, sei im Gange, doch müsse man laut Held eben einsehen, dass eben jener Kampf längst Früchte trage und keine Aussicht auf Besserung bestünde. Niemand tue, so betonte Held, dem Grafen noch einen Gefallen, wenn man ihn länger im Amt halte. Am Ende nahmen die 53 Anwesenden der Fraktionssitzung den durch Lerchenfeld angebotenen Rücktritt mit immerhin noch elf Gegenstimmen an.¹³³⁴

Neben der Entscheidung der Fraktion mag noch ein weiterer, persönlicher Grund hinter Lerchenfelds Rücktritt stehen, der hier nicht unerwähnt bleiben soll. Georg Heim deutete ihn an, indem über „Peinlichkeiten“¹³³⁵, mit denen Lerchenfeld in der gegnerischen Presse konfrontiert war, sprach. In Wahrheit ging das Problem über „Peinlichkeiten“ wohl weit

¹³³⁰ Vgl. Lerchenfeld an Held am 16.12.1922, BayHStA, NL Held 892.

¹³³¹ Vgl. Damberger, BVP, S. 88.

¹³³² Vgl. Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 93.

¹³³³ Vgl. Menges, Schmelzle, S. 211. Schon zwei Tage vor diesem Parteitag nahm die Landtagsfraktion die Nachfolgerfrage auf. Vgl. Schilcher, Parlamentarismus, S. 157.

¹³³⁴ Vgl. Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 93f.

¹³³⁵ So schrieb Heim, der persönlich im Gegensatz zu anderen Lerchenfelds Rücktritt bedauerte: „Keine politischen, sondern persönliche Gründe und Rücksichten waren bestimmend. Es drehte sich darum, L. und seine Familie vor Peinlichkeiten zu schützen. Wir ließen ihn ungern gehen. Die Einzelheiten kann ich dem Papier nicht anvertrauen (...). Irgendwelche politischen Gründe waren nicht mitbestimmend.“ Heim an Knoch am 2.11.1922, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2525.

hinaus, hängt jedoch mit den Hetzkampagnen der Völkischen eng zusammen. Wie schon Zimmermann in seinem Werk aus den 1950er Jahren aus mündlichen Berichten erfahren haben wollte,¹³³⁶ und wie in abgemilderter Form Gordon in seinem umfassenden Werk zum Hitlerputsch anklingen ließ,¹³³⁷ hatte der Graf am Ende wohl berechtigte Angst, einem Fememord zum Opfer zu fallen. Er handelte also, abgesehen von den erwähnten politischen Gründen, in persönlicher Sorge um sich und seine Familie. Der Ministerpräsident hätte damit bei seinem Rücktritt nicht nur eine passive, sondern in gewissem Sinne auch eine aktive Rolle gespielt. Diese Annahme lässt sich durch einen späteren Auftritt Innenminister Schweyers im Ministerrat unterstützen. Im Januar 1923 stellte er, anlässlich einer von ihm angestoßenen, sehr ausführlichen Aussprache zur NSDAP, einige Untersuchungsergebnisse über das rechtsextreme Lager dar. Laut diesen Ergebnissen wurde in der Tat ein Mordanschlag auf Lerchenfeld geplant.¹³³⁸ Wie groß die Gefahr war, in der sich Lerchenfeld tatsächlich befand, lässt sich heute schwer rekonstruieren. Fakt ist aber, dass diese Gefahr in dieser Zeit der politischen Morde sehr realistisch war beziehungsweise so empfunden wurde. In seinem Amt sah Lerchenfeld sich verbraucht, isoliert und ohne Perspektive auf nennenswerten Erfolg. Es wäre somit nur zu verständlich, wenn der Ministerpräsident, der damals noch Vater zweier minderjähriger Söhne war, sein Leib und Leben dem Verbleib an der Spitze der bayerischen Regierung vorgezogen hätte.

Der Ministerpräsident nahm die Nachricht vom Vertrauensverlust in seiner Partei vielleicht auch vor diesem Hintergrund sehr nüchtern entgegen. Er ahnte längst, dass diese Situation eintreten würde. Er hatte seinem Ministerrat bereits mitgeteilt, dass er zurücktrete, sobald er nicht mehr auf die uneingeschränkte Unterstützung seiner Partei bauen könne. Das war nun definitiv der Fall. In einem Brief an den BVP Vorsitzenden Speck sprach er darüber hinaus davon, dass in diesen Tagen nur ein Mann regieren könne, der auch das „uneingeschränkte Vertrauen in weitesten Schichten des Volkes“¹³³⁹ genieße. Aus Gründen, die schon seit Beginn der Amtszeit wurzeln, bezweifle er dies in letzter Zeit für seine Person. Er betonte, keinen Groll gegen die Partei zu hegen und sich weiterhin in der Politik engagieren zu wollen. Zudem verlieh er seiner Hoffnung Ausdruck, sein Nachfolger möge einige seiner Linien weiterführen, und schlug Schmelzle vor, der sich dann aber nicht in der Aufgabe verbrauchen wollte. Als letzten

¹³³⁶ Zimmermann, Bayern, S. 134.

¹³³⁷ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 159.

¹³³⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 5.1.1923, BayHStA, MA 99518.

¹³³⁹ Bayerische Staatszeitung Nr. 258 vom 7.11.1922.

Wehrmutstropfen musste Lerchenfeld in den folgenden Tagen erleben, wie genau der Staatsrat im Justizministerium Karl Meyer, der ihn in den zurückliegenden Monaten oft in Bedrängnis gebracht und den er als einzigen vor Held ausdrücklich als für seine Nachfolge nicht geeignet bezeichnet hatte, zunächst zum Wunschkandidaten der BVP erkoren wurde.¹³⁴⁰ Es war dies ein letztes Beispiel dafür, dass die BVP und der Graf auseinandergedriftet waren. Lerchenfeld hatte von Anfang an keinen großen Einfluss auf seine Partei ausüben können, im Streit um den Republikerschutz griff man seinen Entscheidungen vor oder verwarf sie im Nachhinein, nun gab man auf sein Wort gar nichts mehr. Während man ihn im Herbst 1921 noch als willkommene Ablösung des zu eigensinnig gewordenen Kahrs begrüßte, musste man nun feststellen, dass Kahr eben auch große Autorität und Sympathien in wichtigen Wählerschichten auf sich vereint hatte, die dem Ministerpräsidenten Lerchenfeld fehlten. Hierin ist wohl der Hauptgrund für seinen Rücktritt zu suchen, während die völkischen Kräfte im Land, sei es innerhalb oder außerhalb der BMP, die Begleitmusik lieferten.

Während Kahr im vorhergehenden Herbst das Feld im lauten Streit und im Machtkampf mit dem Landtag und seinem Kabinett räumte und merklich innerlich bewegt war, schied Graf Lerchenfeld im beruhigenden Gefühl ehrlicher Erleichterung aus dem Amt. Jahre später erklärte er dem befreundeten Beamten Sommer, er sei trotz aller Fehlentwicklungen, die bis dahin geschehen waren, glücklich, dass er im November 1922 sein Amt zurückgeben konnte.¹³⁴¹

Die deutschnationale Presse, die den Grafen so geschunden hatte, übte sich nun, nachdem sie sich des Endes der Amtszeit Lerchenfelds gewiss sein konnte, in staatstragenden Reden. Der Kopf sei schließlich unwichtig, solange es nur gelinge, Bayern als Konterpart zu Berlin zu erhalten und im „Innern alle staaterhaltenden und nationalen Kräfte zu einer geschlossenen Front zusammenzuschweißen.“¹³⁴² Auch die Personalgerüchte um den als rechten Hardliner bekannten Staatsrat Meyer als möglichen Nachfolger ließ man schnell nach außen sickern. Die München-Augsburger Abendzeitung konnte sich ein weiteres Nachtreten auf Lerchenfeld doch nicht verkneifen. Sie stellte triumphierend fest, dass der Graf vor allem in den demokratischen und zentrumsnahen und somit gegnerischen Blättern positive Nachrufe erhalte.¹³⁴³ Die deutschnationale Presse durfte zufrieden mit sich sein. Sie hatte in den letzten Monaten das ihre für die Stimmung im Land getan und

¹³⁴⁰ Vgl. Menges, Schmelzle, S. 211.

¹³⁴¹ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 159f.

¹³⁴² München-Augsburger Abendzeitung Nr. 371 vom 29.10.1922.

¹³⁴³ Vgl. München-Augsburger Abendzeitung Nr. 378 vom 8.11.1922.

damit bis tief in das Lager der BVP ausgestrahlt. Die Kahr-freundliche Münchener Zeitung gab immerhin zu, dass Lerchenfeld gerade von den eigenen Leuten nicht immer gut behandelt wurde, aber „Bravheit alleine“¹³⁴⁴ finde eben selten einen Lohn. Versöhnlich zeigte sich das größte Blatt des Landes, die Münchner Neuesten Nachrichten. Sie unterstellte dem Grafen, dass er mit einiger Vernunft ehrlich versucht habe, wieder zum Bismarck'schen Verhältnis zwischen Land und Reich zurückzufinden.¹³⁴⁵ Damit lag das Blatt richtig, denn einen gegenüber dem bestehenden Reich und seiner Regierung weichen Ministerpräsidenten Lerchenfeld hat es in Wahrheit niemals gegeben. Es gab lediglich einen, der nicht zum Radikalen neigte. Trotzdem musste er in einem Bayern, das noch durch und durch den Geist Kahrs atmete und den Geist Hitlers langsam einsog, scheitern.

„Wenn man fällt, so muss man fallen, damit man wieder aufstehen kann.“¹³⁴⁶, so hatte der Onkel des Grafen, der langjährige bayerische Gesandte in Berlin Hugo Graf Lerchenfeld seinem Neffen anlässlich des Rücktritts gesagt. Freilich konnte Lerchenfeld abgesehen von einem kurzen Ausflug in den Reichstag, in den er 1924 für die BVP gewählt wurde, nicht mehr politisch aufstehen. Er kehrte zurück in den diplomatischen Dienst des Reiches, welches er trotz labilen Gesundheitszustands zunächst in Wien und später in Brüssel vertrat. Nach der Machtergreifung Hitlers wurde er gegen seinen Willen in den Zwangsruhestand abgeschoben.¹³⁴⁷ Verglichen mit der Art und Weise, mit der sich Hitler 1934 an Kahr gerächt hatte, mag dies ein relativ milder Umgang mit dem einst von den Nationalsozialisten so verhöhnten Grafen gewesen sein. Dennoch war klar, dass in Hitlers Reich weder ein Platz für ihn sein konnte, noch dass er einen solchen wollte. Die Nationalsozialisten beäugten Lerchenfeld auch noch nach seinem Rückzug ins Private. So hieß es in einem NSDAP internen Schreiben vom März 1937, dass er Funktionsträgern der Partei den „Deutschen Gruß“ verweigere, auch wenn diese ihn ausdrücklich einforderten. Der Bericht kam zu dem Schluss: „Nach bisher gemachten Feststellungen

¹³⁴⁴ Münchener Zeitung Nr. 305 vom 4./5.11.1922.

¹³⁴⁵ Weiter führte das Blatt aus: „Es ist eine tragische Ironie unseres deutschen Geschickes in der nachrevolutionären Zeit, dass Graf Lerchenfeld gerade den Groll jener Kreise auf sich zog, die Bismarck ständig im Munde führen und die Demokratie bekämpfen, aber doch einem Ministerpräsidenten nicht glauben vertrauen zu können, der die alten klugen Methoden Bismarcks zu lernen und anzuwenden suchte und der deshalb auf die diesen sogenannten Antidemokraten offenbar ganz unentbehrliche starke öffentliche Geste keinen Wert legte. Das Wilhelminertum hat wieder einmal Bismarcks Lehren ‘überwunden’.“ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 441 vom 29.10.1922

¹³⁴⁶ Zit. bei Menges, Schmelzle, S. 211.

¹³⁴⁷ Vgl. Hindenburg an Lerchenfeld am 5.8.1933, PAdAA, I BV 008791 (Jan 1919-Mai 1933), Rep IV, Personalien Nr. 252 Graf Lerchenfeld.

liegt bei Graf Lerchenfeld dem Nationalsozialismus gegenüber eine innere Gegnerschaft vor. Politische Mitarbeit ist von ihm nicht zu erwarten.“¹³⁴⁸

4.4. Lerchenfelds Verortung innerhalb des politischen Spektrums in Bayern

4.4.1. Lerchenfeld und seine Koalitionsparteien

Graf Lerchenfeld war ein Gründungsmitglied der BVP.¹³⁴⁹ Anders als bei Kahr gab es über seine grundsätzliche politische Verbundenheit zu dieser Partei somit wenig Zweifel. Dennoch konnte sich eine tiefe Verankerung beziehungsweise ein belastbares Netzwerk innerhalb der Partei sich für ihn schon deshalb nicht ergeben, weil er die ersten Jahre nach der Parteigründung außerhalb Bayerns im Dienst des Reichs verbrachte. Karl Schwend sieht ihn insofern in einer Außenseiterrolle, da er diese entscheidende Zeit für die Entwicklung der Partei nur aus der Ferne mitbekommen hatte und beispielsweise die Hintergründe der Entfremdung zwischen BVP und Zentrum nie ganz nachvollziehen konnte.¹³⁵⁰ So war er, als er 1921 zum Ministerpräsidenten berufen wurde, kaum als ein sonderlich prominenter oder profilierter Vertreter seiner Partei zu sehen.¹³⁵¹ Dennoch bekannte sich Lerchenfeld zur BVP und verkörperte so bei weitem nicht die ausgeprägte Parteienfeindschaft, die Kahr in seinen Reden zeitweise pflegte. Wenn Lerchenfeld sich kritisch über die Macht von Parteien äußerte, dann höchstens in einem solchen Maße, wie es in der BVP allgemein Usus war.¹³⁵² Gerade im Ministerrat blieb auch unter Lerchenfeld die BVP-übliche Skepsis zum Parteiensystem manchmal bestehen. So betrachtete sein Kabinett eine Förderung junger Studenten durch Parteien mittels Stipendien, wie sie später in der Bundesrepublik üblich sein sollten, als eine „unerwünschte Erscheinung“.¹³⁵³ Für Krisensituationen konnte sich im Herbst 1922 auch

¹³⁴⁸ Zit. bei Schumacher, M.d.R., S. 911.

¹³⁴⁹ Vgl. Bayerische Staatszeitung Nr. 221 vom 22. 9.1921.

¹³⁵⁰ Vgl. Schwend, Bayern, S. 185.

¹³⁵¹ Kurze Gerüchte in der Zeit um Lerchenfelds Regierungsantritt, dass der Graf in Distanz zur Partei stehe, wurden schnell in der Presse richtiggestellt. Vgl. Bayerische Staatszeitung Nr. 221 vom 22. 9.1921.

¹³⁵² Unter anderem die Forderung der BVP nach einem Staatspräsidenten war ja nichts anderes, als ein Ausdruck des Misstrauens und der Kritik an der bestehenden Alleinherrschaft der Parteien im parlamentarischen Einkammersystem Bayerns. Vgl. Geyer, Welt, S. 310.

¹³⁵³ Ministerratssitzung vom 13.2.1922, BayHStA, MA 99517.

Lerchenfeld theoretisch die Herrschaft eines 20-30 köpfigen Honoratiorenrates vorstellen, der zu entschlosseneren Handlungen fähig sei, als das Parlament.¹³⁵⁴ Er sah also auch Defizite im parlamentarischen Entscheidungsprozess zwischen den Fraktionen. Gleichsam mit manch anderem in der BVP¹³⁵⁵ pflegte auch er gewisse Vorstellungen, durch christliche Elemente in der Staatsauffassung einen Gegenpol zu den politischen Gegebenheiten seiner Zeit, die diese Kräfte unter anderem als zu materialistisch sahen, zu schaffen.¹³⁵⁶

Von dieser - in der BVP weit verbreiteten - Skepsis abgesehen, glaubte Lerchenfeld daran, in der BVP die Partei gefunden zu haben, die seinen politischen Vorstellungen am nächsten kam und mit der er sein politisches Schicksal verbinden wollte. Auch hier unterschied er sich von Kahr, der sich zwingen musste, sich mit der BVP als der führenden Macht im Parlament wohl oder übel gut zu stellen. Lerchenfelds Engagement in der BVP war unabhängig vom Posten des Ministerpräsidenten. So hatte er den Willen, auch nach seinem Rücktritt von der Spitze des Staates weiter für die Partei zu arbeiten – wenn auch nicht mehr in hervorgehobener Position. Im Dezember 1922 schrieb er hierzu einen Brief an den Fraktionsführer der Partei im Landtag, Held, in dem er sich förmlich aufdrängte: „Ich hoffe, Sie nach meiner Rückkehr nach München (...) zu sprechen und dabei auch meine Tätigkeit für die Partei zu erörtern. Wie steht es mit meiner Teilnahme an den Sitzungen des Parteiausschuss? Ich würde darauf Wert legen.“¹³⁵⁷ Dass Held sich nach Lerchenfelds Rücktritt aber besonders für diesen Wunsch Lerchenfelds verwendet hätte, lässt sich nicht erkennen.

Mit dem Verhältnis zu seiner Partei in der Praxis war Lerchenfeld, so sehr er sich auch ein besseres Auskommen mit der Parteiführung gewünscht hätte, nicht sonderlich zufrieden. Der Graf stand zumeist neben den entscheidenden Zirkeln in Fraktion, Parteivorstand und Parteipresse und konnte sich auch während seiner Ministerpräsidentenschaft nie als einflussreiches Mitglied dieser Kreise etablieren. Dies mochte zum Teil daran liegen, dass sich die Parteispitze eine gewisse Rest-Vorsicht gegenüber Lerchenfeld bewahrte, da er noch vor kurzem im Dienst der ungeliebten Reichsregierung gestanden hatte. Auch Gerüchte, dass Lerchenfeld in Darmstadt ausgezeichnete Kontakte zur Zentrumspartei unterhalten habe und langfristig eine Wiedervereinigung derselben mit der BVP anstrebe, mochten für solche Vorbehalte

¹³⁵⁴ Vgl. Geyer, Welt, S. 310.

¹³⁵⁵ Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 23.

¹³⁵⁶ Vgl. Lerchenfeld an Kahr am 18.7.1920, BayHStA, NL Kahr 34.

¹³⁵⁷ Lerchenfeld an Held am 16.12.1922, BayHStA, NL Held 892.

gesorgt haben.¹³⁵⁸ Den Neankömmling aus Darmstadt sofort auf eine Macht- und Informationsstufe mit Held oder Heim zu stellen, erschien noch nicht gerechtfertigt. Er war als externer Kandidat der BVP für das Ministerpräsidentenamt berufen worden und konnte sein persönliches Defizit, in den vorhergegangenen Jahre nicht Mitglied in den entscheidenden Zirkeln der Parteispitze und der Landtagsfraktion gewesen zu sein, nie wirklich ausgleichen.

Lechenfeld plagte, speziell was die Parteipresse anging, nicht ganz zu Unrecht das Gefühl, dass er nicht konsequent genug unterstützt werde. Durch die Parteipresse legte die Landtagsfraktion der BVP unter anderem in der Krise des Sommers 1922 den politischen Kurs Bayerns fest, ohne dass zuvor eine Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten oder gar eine Ministerratssitzung stattgefunden hätte.¹³⁵⁹ Sie verhielt sich dabei ganz so, als wären Regierung und Landtagsfraktion noch wie in Zeiten der Monarchie getrennt und könnten nach wie vor auch völlig unabhängig voneinander auftreten. Diesen Umstand der wenig geschlossenen Außendarstellung von BVP-Ministerpräsident, BVP-Fraktion und BVP-Presse zu ändern war ihm ein vergebliches Bedürfnis. So beschwerte er sich als Ministerpräsident im April 1922 über einen Artikel im Bayerischen Vaterland bei Held. Dieser enthalte „heftige Angriffe gegen mich wegen Philosemitismus und wegen demokratischer Gesinnung, gegen Sie wegen dieser verdächtigen Gesinnung allgemein. Wieder ein Beispiel für die Undiszipliniertheit unter der Parteipresse – wir müssen wirklich (...) über diese Verhältnisse reden.“¹³⁶⁰ In der Tat hatte der Graf hier einen sehr wesentlichen Punkt aufgedeckt, verfügte er doch bei weitem nicht über die enorme Unterstützung der bürgerlichen Presse, die noch Kahr genoss. Selbst der Bayerische Kurier als ein Hauptorgan der Partei pflegte eine gewisse Distanz, verdächtigte er den Grafen doch offen eines gewissen Linkskurses und der Wiederannäherung an das Reichszentrum.¹³⁶¹ Der positiv besetzte Fokus jener Presse blieb auf den Führern der Partei, weniger auf Lerchenfeld. Musterhaft wird dies durch die Formulierungen in einem Bericht der BVP-Correspondenz über einen Besuch des Ministerpräsidenten in Regensburg klar. Dort heißt es über die örtliche Justiz, der er ja offiziell als Justizminister vorstand: „Die Vorstellungen der Justizbeamten nahm er im Justizpalast entgegen.“ Demgegenüber wurde über ein Treffen mit Heim und Held

¹³⁵⁸ Vgl. Menges, Schmelzle, S. 207.

¹³⁵⁹ Vgl. BVP-Correspondenz vom 26.6.1922.

¹³⁶⁰ Lerchenfeld an Held am 1.4.1922, BayHStA, NL Held 892.

¹³⁶¹ Vgl. Hoser, Tagespresse, S. 457f. Die Vossische Zeitung stellte im Januar 1922 fest, dass der Bayerische Kurier eine „Nadelstichpolitik“ gegen Lerchenfeld betreibe. Vgl. Vossische Zeitung Nr. 52 vom 31.1.1922.

berichtet, Lerchenfeld habe dort „vorgesprochen.“¹³⁶² Eine vielsagende Darstellung, in der nicht zwei Abgeordnete eine Audienz beim Ministerpräsidenten bekommen, sondern andersherum.

Innerhalb der BVP änderte sich ohne Zweifel der Blick auf Lerchenfeld im Laufe der Zeit mehr und mehr zum schlechteren. Das galt auch, wenn der Graf zunächst einem zeitweiligen Bedürfnis der Partei nach einer größeren Distanz zur Verbändelandschaft entsprach, als Kahr sie bieten konnte.¹³⁶³ Die Partei zeigte sich jedoch auf lange Sicht in weiten Kreisen für die Propaganda vaterländischer Kreise weiterhin zugänglich. Bald machten sich im rechten Flügel der Partei Stimmen breit, die bedauernd kundtaten, dass Bayern unter Kahr eben doch noch ein anderes Ansehen genossen hätte als unter Lerchenfeld.¹³⁶⁴ Der Graf konnte mit seiner differenzierteren Art jenen Vertretern der BVP nicht als ausreichende Alternative zu Kahr erscheinen. Die wirtschaftspolitische Denkschrift, die Lerchenfeld zugegebenermaßen ohne große Abstimmung mit der Partei angeschoben hatte, bot schließlich Anlass zu schicksalhaftem Zwist. Hier stimmte die BVP ohne weiteres in den Chor jener ein, die das Programm zum Anlass nahmen, Lerchenfeld eine starke Neigung nach links vorzuwerfen. Am 20. Oktober geißelte der Fraktionsführer Held bei einem Auftritt in Regensburg die Denkschrift ganz offen als „staatssozialistisch“¹³⁶⁵.

Alle Komplikationen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Lerchenfeld seine Loyalität zur BVP nie grundsätzlich in Frage stellte. In dem bereits erwähnten Schreiben vom Dezember 1922 bot er seine weitere Mitarbeit an und verzichtete auf eine beleidigte Abrechnung, wie Kahr sie im Herbst zuvor betrieben hatte. Der gewesene Ministerpräsident – und das spricht wirklich für seine Anhänglichkeit zur BVP – glaubte schließlich auch, in dem Schreiben alle Komplikationen seiner Amtszeit mit Verbesserungsvorschlägen festhalten zu müssen, ausdrücklich nicht um Frust abzulassen, sondern um in nüchternem Ton Probleme zu analysieren. Es ging ihm darum, alte und hinderliche Denkweisen im Verhältnis zwischen Regierung und Partei zu überdenken und für die Zukunft im neuen System, in dem die Parlamentsmehrheit die Regierung zu tragen hatte, zu lernen. Er dachte in diesem Sinne bereits eine engere Verbindung zwischen der dominierenden Fraktion im Landtag und der Regierung an, wie sie später üblich werden sollte, wie man sie aus der Monarchie aber noch nicht kannte. Beide sollten sich nach

¹³⁶² Vgl. BVP-Correspondenz vom 17.1.1922.

¹³⁶³ Vgl. Thoss, Ludendorff, S. 169.

¹³⁶⁴ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 152.

¹³⁶⁵ Zit. bei Damberger, BVP, S.88.

Ansicht Lerchenfelds künftig besser abstimmen und sich der Öffentlichkeit mit einer gewissen Geschlossenheit präsentieren. Lerchenfeld befand es als nötig, dass Parteitagsbeschlüsse und vor allem Anträge im Landtag unbedingt vor ihrer Veröffentlichung mit der Regierung diskutiert werden müssten. Als Beispiel führte er hier die föderalistischen Forderungen der BVP an, die in der Konsequenz dieses Mangels in Lerchenfelds Augen verkompliziert wurden. Lerchenfeld beklagte zudem Interpellationen, die ohne jede Absprache mit der Regierung in den Landtag eingebracht und von mehreren Landtagsabgeordneten der Partei unterstützt wurden. Ein Eindruck von Geschlossenheit war so in Lerchenfelds Augen der Öffentlichkeit kaum zu vermitteln. Graf Lerchenfeld kritisierte in diesem Sinne auch nochmals die Presse der BVP, die besser mit dem Programm der Regierung abgestimmt werden müsste und diese mehr zu unterstützen hätte. Die BVP-Correspondenz bezeichnete er in diesem Punkt als zu eigenständig und kritisierte namentlich deren Schriftleiter Schwend ob seiner mangelnden Erfahrung. Ausdrücklich ohne Beweise zu haben und nur seinem Gefühl folgend, stellte er auch die Personalie des von Kahr eingesetzten Pressechefs des Ministerpräsidenten, Hans Eisele, hinsichtlich seiner Loyalität in Frage.¹³⁶⁶ Schließlich zeigte sich Lerchenfeld auch selbstkritisch, indem er auf die Verwirrungen im Zuge seines wirtschaftlichen Programms zu sprechen kam, die am Ende mit Schuld an seinem Rückzug waren und stellte fest: „Die Absendung ohne Fühlungnahme mit maßgebenden Mitgliedern der Partei war ein Fehler der Regierung.“¹³⁶⁷ Mit Blick auf die Zukunft der BVP stellte Lerchenfeld die Schaffung einer zweiten, berufsständischen Kammer in Bayern, eine ganz zentrale Forderung der Partei, in Frage und empfahl stattdessen, sich auf die Errichtung des Amtes eines Staatspräsidenten, dem ein kleiner Rat beigelegt werden könnte, zu konzentrieren. Weit mehr noch aber forderte er seine Partei auf, zu versuchen, zunächst das momentane republikanische System anzuerkennen und sich darauf einzustellen. Solange nun einmal die Regierung an die Parlamentsmehrheit der einzig bestehenden, letztlich alle Macht in sich vereinenden Kammer gebunden sei, „muss diese Parlamentsmehrheit, vor allem die herrschende Partei, mit ‘ihrer’ Regierung im engsten Verhältnis stehen und diese wie ihr Junges verteidigen. Von dieser Notwendigkeit müssen alle Parteimitglieder und namentlich die Parteiinstanzen des Parlaments durchdrungen sein. Stattdessen sind wir - ich sage das auch von den

¹³⁶⁶ Schon während seiner Amtszeit hatte Lerchenfeld im Finanzausschuss dafür geworben, die Pressestelle um eine Person zu erweitern, Eisele damals grundsätzlich aber noch in Schutz genommen. Dennoch sprach er schon hier von Verbesserungsmöglichkeiten und davon, dass es noch „gewisse Regiefehler“ gebe. Vgl. Finanzausschusssitzung vom 7.2.1922, BayHStA, Landtag 14719.

¹³⁶⁷ Lerchenfeld an Held am 16.12.1922, BayHStA, NL Held 892.

Regierungsmännern – viel zu sehr im alten Gedankengang über das Verhältnis zwischen Partei und Regierung befangen.“¹³⁶⁸ Mit diesen zukunftsweisenden Erkenntnissen zur Arbeit im parlamentarischen System, in dem sich die Rolle einer Parlamentsmehrheit nicht mehr bloß auf die bloße Kontrolle der Regierung beschränkte, sondern die tägliche Kooperation mit ihr erforderte, war Lerchenfeld zweifelsohne großen Teilen seiner Partei, aber auch großen Teilen der gesamten politischen Elite Bayerns, ein ganzes Stück weit voraus.

Lerchenfeld hatte also den Willen, den nüchternen Pragmatismus des Vernunftrepublikaners, der für ihn so kennzeichnend war, in die Partei einzubringen. Fragen der Staatsform waren für ihn weit weniger von Bedeutung, als sie im öffentlichen Auftreten der BVP wirkten. Dass er mit seiner pragmatischen Prioritätensetzung, die auf Währungserhalt und Wirtschaftsplanung ausgelegt war, mit wesentlichen Kräften in der BVP nicht auf der gleichen Wellenlänge lag, sondern dort oft die Fragen der Staatsform und des Föderalismus allerhöchstes Interesse genossen, belegt ein Schriftwechsel zwischen dem Fraktionschef Held und dem BVP-Mitbegründer Schlittenbauer. Er fand einige Monate nach Lerchenfelds Rücktritt statt. Obgleich die ökonomische Situation sich – wenn auch nur im beschränkten Maße für die bäuerlichen Wählerschichten der BVP – nochmals unvorstellbar verschlechtert hatte und Heim ja selbst noch vor Monaten mehr Wirtschaftspolitik eingefordert hatte, zeigt sich, wie die führenden Köpfe immer wieder nicht widerstehen konnten, die erhitzte Situation im Reich zur Durchsetzung föderalistischer Ziele auszunutzen: „Dr. Heim schreibt mir aus Kissingen, wir müssten mit allem Nachdruck an der Schaffung eines Staatspräsidenten und einer auserlesenen ersten Kammer, am Ausbau der Volksabstimmung, an der Veredelung des Parlamentarismus arbeiten und dürften diese Frage nicht mehr aus der öffentlichen Debatte verschwinden lassen. (...) Da geschehe viel zu wenig. Ich teile die Anschauungen des Dr. Heim und bitte Dich, die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen.“¹³⁶⁹

Bei all seinem aufrichtigen Willen, sich zum Wohl der BVP einzubringen, gelang es dem Grafen auch nach den Beobachtungen der österreichischen Gesandtschaft doch nie, wirklich in ihr Fuß zu fassen – weder im linken Flügel, dem er nahe gestanden hätte, und erst recht nicht im rechten, in dem Heim sich langsam vom Grafen abwandte. Bis er sich im Frühjahr 1922 mehr und mehr über den Heim'schen Flügel erbittert hatte, habe der

¹³⁶⁸ Lerchenfeld an Held am 16.12.1922, BayHStA, NL Held 892.

¹³⁶⁹ Schlittenbauer an Held am 18.4.1924, BayHStA, NL Held 484.

Graf versucht, es beiden recht zu machen. Das bewirkte, dass er zu oft ganz allein zwischen den Stühlen stand.¹³⁷⁰

Lerchenfelds Verhältnis zur BVP wurde am Ende in der Öffentlichkeit kaum mehr als positiv wahrgenommen. Als Landtagspräsident Königbauer ihm nach seinem Rücktritt vor dem versammelten Plenum Worte der Dankbarkeit widmete und die BVP Fraktion dies mit Applaus und „Bravo!“-Rufen unterstützte, brach auf Seiten der Opposition Gelächter aus.¹³⁷¹ Trotzdem setzte Lerchenfeld sein Wirken für die BVP sowohl in der Tat, durch die Eroberung eines Reichstagsmandats 1924, als auch in seiner gedanklichen Arbeit fort: Er nutzte 1926 seine Kenntnisse als Diplomat, um sich in einem Aufsatz mit der BVP und ihrem Verhältnis zur deutschen Außenpolitik zu beschäftigen.¹³⁷² Beides sind Beweise für seine grundsätzliche Anhänglichkeit an die BVP. Ernsthaft spielte er jedoch für die Partei keine Rolle mehr.

Was die beiden kleineren Koalitionsparteien vor der Umbildung des Regierungsbündnisses im Sommer 1922, also den Bauernbund und die Demokraten, betraf, so lassen sich im Falle des Bauernbundes kaum besonders folgenreiche Aspekte im Verhältnis zum Ministerpräsidenten Lerchenfeld erkennen. Sicherlich war Lerchenfeld als Gutsbesitzer deutlich näher am Thema Landwirtschaft angesiedelt¹³⁷³ als vor ihm Kahr und nach ihm Knilling. Andererseits widersprach er als Adliger dem alten Gründungsgedanken des Bundes, sich nur durch bäuerliche Standesgenossen, aber niemals mehr von Adeligen, Pfarrern oder Doktoren vertreten zu lassen. Der Bauernbund hatte dies jedoch seit seiner Gründung 1893 niemals konsequent in die Praxis umgesetzt,¹³⁷⁴ womit einem positiven Verhältnis zu Lerchenfeld deshalb keine Steine in den Weg gelegt waren. Als Stellungnahme auf die Antrittsrede des Grafen vor dem Landtag betonte der Abgeordnete Staedele für den Bauernbund vor allem die Notwendigkeit föderalistischer Reformen¹³⁷⁵ der Reichsverfassung, womit er Lerchenfelds Programm entsprach. Ebenso forderte Staedele vom neuen Ministerpräsidenten, er möge eine Regierung der politischen Mitte anstreben und gegen

¹³⁷⁰ Vgl. Weigl, Bayernbild, S. 210.

¹³⁷¹ Vgl. Verhandlungen des bayerischen Landtages, 145. Sitzung vom 9.11.1922.

¹³⁷² Vgl. Lerchenfeld, Volkspartei, S. 183ff.

¹³⁷³ Lerchenfeld hatte beispielsweise 1907 noch als Regierungsassessor eine Schrift gegen Güterzertrümmerung in der Landwirtschaft verfasst, die in einem Empfehlungskatalog für das Innenministerium endete und die „Stärkung des Bauernstandes“ einforderte. Vgl. Lerchenfeld, Güterzertrümmerung, S. 55f.

¹³⁷⁴ Vgl. Kirchinger, Bauernrebell, S. 40ff. Vgl. ferner Hundhammer, Geschichte, S. 39.

¹³⁷⁵ Die Wertschätzung des Föderalismus, ohne die Republik als solche gänzlich zu verdammen, verband den Bauernbund auch in der Krise des Sommers 1922 mit Lerchenfeld. Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 141.

jede Gewalt der Straße, „ob Sowjetstern oder Hakenkreuz“¹³⁷⁶, vorgehen. Auch hier stellte er den Bund fast wörtlich hinter eine Aussage, die Lerchenfeld kurz zuvor selbst getroffen hatte.

Im manchen Aspekten änderte sich jedoch das unvoreingenommene Verhältnis der ersten Tage binnen weniger Monate. Dem Bauernbund missfielen beispielsweise zum Teil die Lerchenfeld'schen Reformbestrebungen hinsichtlich der Staatsverwaltung, vor allem hinsichtlich der Pläne zur Auflösung vieler Landgemeinden. Auch seine entschiedene Haltung gegen die Inflation, durch die sich viele Höfe auf dem Land entschuldet hatten,¹³⁷⁷ lag nicht im Sinne der Bauernbundsklientel. Im Kabinett zeigte sich der Vertreter des Bauernbundes, Landwirtschaftsminister Wutzlhofer, im Prinzip zwar meist solidarisch mit dem Ministerpräsidenten, bei landwirtschaftlichen Themen aber war dies weit seltener der Fall. So stieß beispielsweise im September 1922 die Forderung des Ministerpräsidenten nach Kontingentierung der Ausfuhr von Milch, die im Ausland natürlich deutlich lukrativer mit härterer Währung als der inflationsbelasteten Reichsmark an den Mann gebracht werden konnte, auf Wutzlhofers Widerstand.¹³⁷⁸

Auch an der Basis des Bauernbundes herrschte nicht immer Zufriedenheit mit Lerchenfeld. Das Verhältnis zu ihr wurde im Laufe der Zeit noch erheblich mehr eingetrübt als das Verhältnis von Lerchenfeld zu seinem Kollegen Wutzlhofer. Populistische Kreise, die sich um den niederbayerischen Bundesführer Karl Gandorfer scharten, begehrten immer dann auf, wenn die originären Wirtschaftsinteressen der Landwirtschaft bedroht wurden. Im Konflikt um die für das Staatswohl absolut notwendige, aber bei den Bauern verhasste Getreidelieferpflicht, musste sich gar Wutzlhofer trotz Widerständen im linken Lager der eigenen Partei 1922 vor die Regierung stellen. Er versuchte mit unzähligen öffentlichen Auftritten die aufgebrachtten Gemüter im Sinne der Regierung zu beruhigen. Gegenüber den Planungen zu einem Lieferstreik, die unter den Bundesanhängern um sich griffen, forderte Wutzlhofer hier dazu auf, weiterhin die vorhandenen Lebensmittel auch abzuliefern.¹³⁷⁹

¹³⁷⁶ Verhandlungen des Bayerischen Landtages, 79. Sitzung vom 30.9.1921.

¹³⁷⁷ Neben der einfachen Abbezahlung alter Schulden durch quasi wertloses Inflationsgeld wurden die Landwirte als Besitzer von wertbeständigen Nahrungs- und Produktionsmitteln auch darüber hinaus, gegenüber meist städtischen Lohnarbeitern und Beamten, die nur über rasch an Wert verlierende Geldlöhne verfügten, in eine privilegierte Situation versetzt. Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 166.

¹³⁷⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 8.9.1922, BayHStA, MA 99517.

¹³⁷⁹ Wutzlhofer tat dies, obgleich er sich damit auf dem Lande in eine äußerst ungute Situation brachte und rapide, auch parteiintern, an Ansehen verlor. Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 183ff.

Es lässt sich also bilanzieren, dass der Bauernbund und Lerchenfeld in ihrer politischen Lage hinsichtlich des Vernunftrepublikanismus, der Ablehnung des Extremismus von links und rechts und der großen Wertschätzung des Föderalismus durchaus Schnittmengen hatten. Nur wenn Vorhaben des Grafen im Einzelfall geeignet waren, bei der beinahe ausschließlich ländlich-bäuerlichen Wählerklientel des Bayerischen Bauernbundes für Verstimmungen zu sorgen, musste er seitens des Bauernbundes und noch mehr seitens seiner Anhängerschaft mit Kritik rechnen. Die Unterstützung der Regierung insgesamt wurde, anders als im Falle der DDP und anders als im Dezember 1923 unter Knilling, nie abgebrochen. Der konservative Flügel hielt an der Regierungsbeteiligung auch gegen stärksten Protest¹³⁸⁰ seitens des radikaleren Flügels des Bundes fest, ohne freilich Lerchenfeld wirklich gezielt und engagiert zu unterstützen, geschweige denn einen intensiven Austausch mit ihm zu pflegen. Der Bauernbund war damit ein relativ unauffälliger Partner in der Regierung Lerchenfelds.

Dass die liberale DDP gerade unter Lerchenfeld aus der bayerischen Regierung schied und fortan in der bayerischen Politik keine Rolle mehr¹³⁸¹ spielte, ist eine Ironie der Geschichte, die sich nur aus den Wirren des Sommers 1922 und des Rechtskurses der BVP¹³⁸² erklären lässt, nicht aber mit der Persönlichkeit Lerchenfelds. Seitens der Demokraten wurde Lerchenfeld zunächst sehr positiv aufgenommen, waren doch Handelsminister Eduard Hamm als der Vertreter der Partei im Ministerrat und Lerchenfelds Vorgänger Kahr immer wieder heftig aneinandergeraten. Man habe „nicht immer in das unbedingte Lob einstimmen können, dessen Herr von Kahr sich in weiten Teilen erfreute“¹³⁸³, so erklärte der demokratische Fraktionschef Dirr kurz nach Lerchenfelds Wahl. Auch die Freude der Demokraten über das Ausscheiden der Mittelpartei kam noch Monate später zum Ausdruck, als Fraktionschef Pius Dirr sich Wortgefechte mit dem ehemaligen Justizminister der BMP, Roth, lieferte.¹³⁸⁴ Die DDP verband mit Lerchenfeld die Hoffnung auf einen politischen Neuanfang und ein Ende des Abdriftens der Politik nach rechts. Als diese Hoffnung im Sommer 1922 enttäuscht wurde, brach die Partei auch mit Lerchenfeld. Am 25. Juli 1922 sah Dirr im Landtag ausdrücklich von einer Würdigung der Ausführungen des Ministerpräsidenten ab und

¹³⁸⁰ Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 187.

¹³⁸¹ Die DDP, die bei den ersten freien Wahlen im Freistaat 1919 mit 25 Landtagsmandaten als dritte Kraft hinter BVP und SPD in die Weimarer Zeit gestartet war, konnte 1924 mit gerade einmal noch sechs Mandaten in den Landtag einziehen. Ab 1928 war sie nicht mehr vertreten. Vgl. Thränhardt, Wahlen, S. 348.

¹³⁸² Heim beispielsweise erklärte im August 1922, dass er die BMP der DDP als Koalitionspartner inzwischen vorziehe. Vgl. Niederschrift der Verhandlungen der Koalitionsparteien am 17.8.1922, BayHStA, MA 103163.

¹³⁸³ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 79. Sitzung vom 30.2.1921.

¹³⁸⁴ Vgl. Verhandlungen des bayerischen Landtags, 123. Sitzung vom 6.4.1922.

erklärte, die Republikschutzgesetze seien „ordnungsgemäß und verfassungsgemäß beschlossen und damit für das ganze Reichsgebiet, also auch für Bayern, verbindlich geworden.“¹³⁸⁵

Was für die Beziehung der DDP-Landtagsfraktion zu Lerchenfeld galt, galt auch für das Verhältnis des demokratischen Handelsministers Hamm zu Lerchenfeld im Ministerrat. An der Krise um das Republikchutzgesetz musste die Zusammenarbeit scheitern. Beide kamen zunächst wie zu erwarten deutlich besser miteinander aus, als Kahr und Hamm es jemals gekonnt hätten. Schon in der ersten Sitzung des Kabinetts Lerchenfeld stand Hamm voll hinter dem Ministerpräsidenten, als dieser das Ende des bayerischen Ausnahmezustands einleitete.¹³⁸⁶ Die ehrgeizigen Gedanken Lerchenfelds zur Vereinfachung der Staatsverwaltung wurden von Hamm konstruktiv unterstützt.¹³⁸⁷ Auch wenn Lerchenfeld zur Zurückhaltung gegenüber dem Reich mahnte, fand er dabei stellenweise leichter die Unterstützung Hamms als die der BVP-Minister.¹³⁸⁸ Alle Vorstellungen des liberalen Handelsministers, das musste er schnell einsehen, waren jedoch auch mit Lerchenfeld nicht zu machen. Als Hamm etwa eine Lockerung der strengen Auflagen für Reisende in Bayern forderte, wurde er nach wie vor zurückgewiesen.¹³⁸⁹ Für die Ordnungszelle typische Grundgedanken, wie durch restriktives Vorgehen gegen Fremde Zeichen für die Ruhe und Sicherheit in Bayern setzen zu können, blieben also erhalten, auch wenn sie von der DDP nicht geteilt wurden. Dass der Ministerpräsident und der Handelsminister im persönlichen Umgang bis zum Rücktritt Hamms im August 1922 ein freundliches und vertrauensvolles Verhältnis pflegten, zeigt ein Brief Hamms aus jenen Tagen. In sehr unaufgeregtem Ton erläutert er Lerchenfeld hierin noch einmal persönlich seine Sicht auf die Krise und zwar auch mit Aspekten, die er im Ministerrat aussparte. Beispielsweise bat er Lerchenfeld, den Reichskanzler vor dem Erlass der bayerischen Sonderverordnungen im Stillen telefonisch vorzuwarnen.¹³⁹⁰ Grund für den Austritt der DDP war der Verfassungsbruch der bayerischen Sonderverordnung, den Lerchenfeld nach einigem inneren Ringen mitzutragen bereit war, die DDP und Hamm aber nicht. Dieser Unterschied entschied über den Rechtsruck in der Koalition, ohne dass Lerchenfeld sich das Ausscheiden der

¹³⁸⁵ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 136. Sitzung vom 25.7.1922.

¹³⁸⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 23.9.1921, BayHStA, MA 99517.

¹³⁸⁷ Vgl. Ministerratssitzung vom 19.6.1922, BayHStA, MA 99517.

¹³⁸⁸ So beispielsweise anlässlich einer Diskussion Ende Juni 1922 um Ausführungsbestimmungen zum Artikel 18 der Reichsverfassung. Dieser regelt die Möglichkeiten zur Neugliederung der Länder. Vgl.

Ministerratssitzung vom 28.6.1922, BayHStA, MA 99517.

¹³⁸⁹ Vgl. Ministerratssitzung vom 3.10.1921, BayHStA, MA 99517.

¹³⁹⁰ Vgl. Hamm an Lerchenfeld am 22.7.1922, BayHStA, NL Hamm, 67.

DDP jemals gewünscht hätte. Bis zu diesem Punkt hatten Lerchenfeld und die Demokraten, zumal sie beide in Distanz zu den radikalen Kräften aus der Verbändelandschaft standen, monatelang harmoniert. Sein Wille zum Föderalismus überstieg jedoch am Ende den der Liberalen, obgleich sie in Bayern alles andere als unitaristisch gesinnt waren, zu deutlich.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass Lerchenfeld früher oder später in der Beziehung zu jeder seiner Koalitionsparteien Einbußen hinnehmen musste. Zur BVP, weil sie als größte Partei dem politischen Trend nach rechts folgen und zudem Lerchenfelds Wirtschaftsprogramm nicht mittragen wollte. Diese negative Entwicklung war entscheidend für den Rücktritt des Ministerpräsidenten. Die Beziehung zum Bauernbund trübte sich ein, weil auf Grund der Inflation die Konflikte zwischen Stadt und Land anwuchsen. Der Ministerpräsident, der natürlich beide Interessenslagen im Auge behalten musste, musste so nahezu zwangsläufig die rein bäuerliche Basis der Partei verärgern. Das Verhältnis zu den Demokraten zerbrach schließlich, weil sie nicht bereit waren, die Verfassung in dem Maße zu brechen, wie Lerchenfeld es im Sommer 1922 tat. Über eine Partei von unumstößlichen Getreuen, wie sie Kahr in der Mittelpartei gefunden hatte, verfügte der Graf damit nicht.

4.4.2. Das Verhältnis zwischen Lerchenfeld und der Landtagsopposition

Dem Grafen Lerchenfeld wurde stellenweise eine Neigung zur Sozialdemokratie attestiert. Neben einiger zeitgenössischer Presse¹³⁹¹ behauptete auch Kahr in seinen Erinnerungen über das erste Treffen zwischen ihm als gewesenen und Lerchenfeld als neuen Ministerpräsidenten, dass die Annäherung an die Mehrheitssozialdemokratie eines der grundsätzlichen Ziele Lerchenfelds gewesen sei. Mehr noch: "Er erhoffte, wie er mir sagte, mit der Zeit einen gewissen Anschluss zur MSP und später deren Heranziehung zur Regierung."¹³⁹² Kahr stimmte damit in den Chor derjenigen Köpfe im politisch rechten Lager ein, die dem Grafen durch seine Regierungszeit hindurch eine Neigung zur Linken nachsagten. In bürgerlichen Kreisen schadete das Lerchenfeld durchaus.¹³⁹³ Dass aber Graf Lerchenfeld nicht gegen die MSPD hetzte, sondern sich ihre Unterstützung

¹³⁹¹ Vgl. Schilcher, Parlamentarismus, S. 155.

¹³⁹² Kahr, Lebenserinnerungen, S. 959.

¹³⁹³ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 145

erhoffte, um die politischen Verhältnisse in Bayern wie im Reich auf eine feste und kooperative Grundlage zu stellen, darf nicht damit verwechselt werden, dass Lerchenfeld sozialdemokratische Ziele verfolgt hätte. Karl Schwend formulierte: „Es trennt ihn wohl eine Welt von der Linken, aber er hatte keine Vorurteile gegen sie.“¹³⁹⁴

Ganz grundsätzlich gilt es zu sagen, dass Graf Lerchenfeld im Hinblick auf die Sozialdemokratie sicherlich nicht die grundlegende Abneigung in sich trug, wie sie bei Kahr und weiten Kreisen des rechten Lagers in Bayern zu verspüren war. In gewisser Hinsicht sah er sogar einen Nutzen in ihr. In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten von Kahr vom Juli 1920 ersehnte Lerchenfeld für England einen Wahlausgang, der die dortige Arbeiterpartei zumindest an der Regierung beteiligen sollte. Er fürchtete hierbei keinen Linksruck in Europa oder eine bolschewistische Gefahr, er ging vielmehr davon aus, dass es in der englischen Sozialdemokratie durchaus gemäßigte bürgerliche Elemente gebe und die dortige Partei mehr als nationalistische Kräfte für einen dauerhaften europäischen Frieden eintreten würde. In diesem Sinne würde die Sozialdemokratie auch zu einer sachlicheren Bewertung der Lage Deutschlands schreiten und den scharfen Kurs des Versailler Vertrages nicht weiterführen.¹³⁹⁵ Auch die bayerische Sozialdemokratie hielt Lerchenfeld, so verdeutlicht einer seiner Aufsätze von 1922, in der großen Mehrheit nicht für eine revolutionäre Kraft, sondern war sich ihrer evolutionären Prägung zur Zeit des Königreichs durchaus bewusst.¹³⁹⁶ Der Graf pflegte also einen pragmatischen Blick, ohne sofort Bolschewismus und Revolution zu wittern. Mit seinem Wunsch nach „sozialer Versöhnung“¹³⁹⁷ stand er einer grundlegenden Thematik der Sozialdemokratie aufgeschlossen gegenüber, auch wenn er dabei mehr den Frieden im Land als die Gerechtigkeitsfrage als solche im Auge hatte. Für Bayern betonte er noch im Juli 1922, als bereits der Streit um das Republikenschutzgesetz voll entfacht war, seine Ansicht, dass die SPD die Regierung ja freiwillig verlassen habe und nicht gezielt hinausgedrängt wurde.¹³⁹⁸

Daraus eine Neigung Lerchenfelds zur Sozialdemokratie zu schließen, wäre jedoch viel zu weit gegriffen. So ging Lerchenfelds Haltung eindeutig nicht so weit, dass er die MSPD tatsächlich offensiv in Schutz genommen hätte. Dies jedoch wäre, hätte er wirklich

¹³⁹⁴ Schwend, Bayern, S. 184.

¹³⁹⁵ Vgl. Lerchenfeld an Kahr am 18.7.1920, BayHStA, NL Kahr 34.

¹³⁹⁶ Vgl. Lerchenfeld, Erziehung, S. 133.

¹³⁹⁷ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 77. Sitzung vom 22.9.1921.

¹³⁹⁸ „Die Koalitionsparteien haben bei jeder Gelegenheit betont, dass sie die Sozialdemokraten nicht grundsätzlich von der Regierung ausschließen.“ Ministerratssitzung vom 13.7.1921, BayHStA, MA 99517.

zielstrebig eine Aussöhnung und Zusammenarbeit in Bayern durchsetzen wollen, dringend notwendig gewesen. Immerhin waren sein Kabinett und weiteste Teile der Koalition spätestens seit der Zeit Kahrs¹³⁹⁹ entschieden antisozialdemokratisch eingestellt. Als beispielsweise Minister Oswald im Ministerrat darüber klagte, dass Mitarbeiter der Polizeidirektion Kontakte zur MSPD unterhalten würden und dies dringend aufzuhören hätte, erhebt sich seitens des Ministerpräsidenten kein Widerspruch, geschweidenn ein Hinweis darauf, zu welchen extremen Kreisen des rechten Lagers die Polizeidirektion doch Kontakte unterhielt.¹⁴⁰⁰ Die grundsätzlich unitaristische Haltung der Sozialdemokratie auf Reichsebene machte es dem Grafen auch auf Grund seiner föderalistischen Grundsätze in Bayern oftmals geradezu unmöglich, die Angriffe seiner Ministerkollegen auf die MSPD zu mäßigen. Während man ihn also im Ministerrat kaum positiv über die Sozialdemokratie sprechen hörte, finden sich aber immer wieder Äußerungen Lerchenfelds, die für Misstrauen und Antipathie sprechen. Auch er erblickte beispielsweise in einer Gesetzesvorlage des Reichs, welche im Januar 1922 bereits auf die Verpflichtung der Beamten zum Schutz der Republik abzielte, sofort einen Eingriff in die Kompetenzen der Länder, den er klar und geradlinig ablehnte. Auch er, ebenso wie seine Minister-Kollegen, vertrat die Ansicht, dass hinter dieser Aktion letztendlich ein gezielter Angriff der Sozialdemokratie auf Bayern und den Föderalismus stand.¹⁴⁰¹ Dieser Trend des Misstrauens setzte sich fort. Insbesondere die sozialistischen Minister in der Reichsregierung wurden Lerchenfeld mit der Zeit ein Dorn im Auge. Er bezeichnete sie zunehmend als Gegner Bayerns.¹⁴⁰² Die linke Presse wurde von Lerchenfeld ebenso kritisch gesehen wie vom Rest der BVP.¹⁴⁰³ Es gilt also zwischen einer gewissen Unvoreingenommenheit zum Regierungsantritt und zwischen den Zerwürfnissen des Tagesgeschäfts zu unterscheiden.

Worin Lerchenfeld darüber hinaus mit Sicherheit keine Sympathie nach Links zugeschrieben werden kann, sind sämtliche Vorgänge, die mit der Revolution zu tun haben und über das Maß der verfassungstreuen Mehrheitssozialdemokratie hinausgehen. Immerhin flüchtete sich der Beamte Lerchenfeld in den Wirren des Frühjahrs 1919 ohne

¹³⁹⁹ Auch wenn Lerchenfeld dies anders behauptete, ging der Trend seit Kahr doch eindeutig dahin, die Sozialdemokratie von jeder Verantwortung auszuschließen. Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 133.

¹⁴⁰⁰ Vgl. Ministerratssitzung vom 3.10.1921, BayHStA, MA 99517.

¹⁴⁰¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 10.1.1922, BayHStA, MA 99517.

¹⁴⁰² Vgl. Ministerratssitzung vom 17.6.1922, BayHStA, MA 99517.

¹⁴⁰³ Vgl. Ministerratssitzung vom 17.1.1922, BayHStA, MA 99517. Als beispielsweise die Münchener Post über geheime Waffenlager berichtete, ging die bayerische Staatsanwaltschaft auch noch unter Lerchenfeld energisch dagegen vor. Dies wurde auch außerhalb Bayerns kritisch zur Kenntnis genommen. Vgl. Bayerische Gesandtschaft Stuttgart an Ministerium des Äußeren am 12.11.1922, BayHStA, MA 100115.

Erlaubnis aus München, weil er sich keinesfalls mit Anhängern Eisners umgeben wollte.¹⁴⁰⁴ Dass der MSPD Ministerpräsident Hoffmann später dagegen in Berlin protestierte, interessierte Lerchenfeld nicht im Geringsten.¹⁴⁰⁵ Die Regel, nach der sich der Beamtenstab weiter in den Dienst des Staates stellen sollte, galt für ihn nicht. Auch als der ehemalige Ministerpräsident Hoffmann Jahre später eine Begnadigung des Rotarmistenführers Ernst Toller erbat, blieb Lerchenfeld hart.¹⁴⁰⁶ Er folgte damit seiner unter lebhaftem Beifall vor der BVP-Landesversammlung abgegebenen Ankündigung, nicht „einfach aus gutem Herzen die Leute herauszulassen, welche jetzt schon in den Festungen und Gefängnissen nichts anderes tun als den Sturz der Gesellschaft und die Rache vorzubereiten.“¹⁴⁰⁷ Eine tiefergehende Diskussion um Lerchenfelds Verhältnis zu USPD und KPD erübrigt sich damit.

Für die bayerischen Sozialdemokraten wiederum, die den Konfrontationskurs der Regierung Kahr ablehnten, war die Wahl Lerchenfelds zunächst ein sehr freudiger Tag. Im Landtag beschrieb der Abgeordnete Ackermann die Stimmung unter den Genossen rückblickend so: „Als der Herr Graf Lerchenfeld seine Ministerpräsidentschaft angetreten hat, da – wir wollen es gar nicht bestreiten und leugnen – ging ein Aufatmen durch unsere Reihen. Denn wir waren schon bei seinem ersten Auftreten davon überzeugt: Herr Graf Lerchenfeld meint es ehrlich und ist redlich bestrebt, die Beziehungen zwischen dem Reich und Bayern zu entgiften und eine reine politische Atmosphäre in Bayern herbeizuführen, die vorher sehr unrein geworden war.“¹⁴⁰⁸ Auch die Parteipresse feierte Lerchenfelds Amtsantritt als den Beginn einer neuen Zeit: „Vom Standpunkt der Arbeiterschaft ist das Ausscheiden der deutschnationalen Demagogen aus der Regierungskoalition nur lebhaft zu begrüßen.“ Gegenüber Kahr sei mit Lerchenfeld auch programmatisch „gewiss ein begrüßenswerter Fortschritt“¹⁴⁰⁹ zu erwarten. Selbst aus den Reihen der USPD kamen zustimmende Worte zum Regierungsantritt Lerchenfelds. So erklärte deren Abgeordneter Neumann in der Aussprache zur Antrittsrede des Grafen, dass dessen Worte „bedeutend besser geklungen haben als die des Herrn von Kahr.“¹⁴¹⁰

¹⁴⁰⁴ Vgl. Lerchenfeld an Escherich am 17.11.1940, BayHStA, NL Escherich 19.

¹⁴⁰⁵ Vgl. Schriftverkehr Auswärtiges Amt – Bayerisches Ministerium des Äußeren ab 5.6.1919, PAdAA, I BV 008791 (Jan 1919-Mai 1933), Rep IV, Personalien Nr 252 Graf Lerchenfeld.

¹⁴⁰⁶ Vgl. Hennig, Hoffmann, S. 322.

¹⁴⁰⁷ Bayerischer Kurier Nr. 461 vom 29.10.1921.

¹⁴⁰⁸ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 137. Sitzung vom 26.7.1922.

¹⁴⁰⁹ Münchner Post Nr. 221 vom 23.9.1921.

¹⁴¹⁰ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 79. Sitzung vom 30.9.1921.

Man erwartete sich vom Grafen nichts geringeres, als das Einläuten einer neuen Zeit, als das Ende der Kahr'schen Ordnungszelle.

Umso weniger aber Graf Lerchenfeld diese Erwartungen erfüllen konnte, umso mehr machte sich in den Reihen der Sozialdemokratie Enttäuschung breit. Besagter Abgeordneter Ackermann beispielsweise erklärte nicht einmal ein Jahr später im Landtag: „Graf Lerchenfeld ist aber – und das muss ich nun sagen – keine Persönlichkeit des eisernen Willens. Herr Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hat die schwere Belastungsprobe nicht bestanden.“¹⁴¹¹ Die bayerische Sozialdemokratie wandte sich im Laufe der Zeit immer mehr von Lerchenfeld ab. Zunächst waren es nur politische Details, die die Sozialdemokraten anmahnten, ohne dass sie von der grundsätzlichen Sympathie für Lerchenfeld abgelassen hätten. So schrieb die Münchner Post im April 1922 über eine Landtagsrede des Grafen: „So viel wir an Graf Lerchenfelds Rede auszusetzen haben – seine Darlegungen über die Vereinfachung der Staatsverwaltung und seine volkswirtschaftlichen Anschauungen würden besondere Kritik erfordern – das eine wollen wir aber als objektive politische Gegner konstatieren: Die Rede war ein politischer Fortschritt, sie war der Versuch, Bayern aus dem politischen Sumpf herauszuziehen.“¹⁴¹² Im Juni 1922 hatte sich der Ton demgegenüber bereits merklich verschärft. Die „Münchner Post“ stellte nun in ihrem Artikel „Gewissensfragen an der Grafen Lerchenfeld“ fest, dass sich weit weniger gegenüber Kahr verändert hatte, als es im Sinne der Sozialdemokraten wünschenswert gewesen wäre: „Hat die bayerische Regierung auch nur das Geringste gegen die Mord-Organisation C, die unter anderem einen Hauptsitz in München hat, unternommen? Graf Lerchenfeld ist anscheinend wenig unterrichtet über das, was in seiner Verwaltung vor sich geht. Alle Blicke wenden sich heute wieder nach der politischen Abteilung der Münchner Polizei, zu den ‘bewährten’ Kräften des Kahr-Pöhner-Systems.“ Das Blatt wies ferner darauf hin, dass Lerchenfelds Ansehen unter der reichsweiten Sozialdemokratie bereits sehr schlecht sei und relativierte immerhin im Falle der bayerischen Genossen: „Wir möchten immer noch wünschen, dass diese Kennzeichnung – Verderber des deutschen Einheitsgedankens zu sein – auf das Ministerium des Grafen Lerchenfeld nicht zutrifft.“¹⁴¹³ Auf völligen Konfrontationskurs gingen die Sozialdemokraten schließlich im Streit um das Republikschutzgesetz und während der Aufnahme der Mittelpartei in die Koalition. Sie standen selbstverständlich

¹⁴¹¹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 137. Sitzung vom 26.7.1922.

¹⁴¹² Münchner Post Nr. 81 vom 6.4.1922.

¹⁴¹³ Münchner Post Nr. 159 vom 11.6.1922.

auf Seiten der Befürworter und gegen die bayerische Regierung. „Bündnis Lerchenfelds mit den Feinden der Deutschen Republik. Schärfere Opposition der Sozialdemokratie.“¹⁴¹⁴, so titelte die Parteipresse im August 1922. Diese Haltung änderte sich auch nach dem Ende des Konflikts um das Republikenschutzgesetz nicht mehr wesentlich. Lerchenfeld habe selbst einen Graben gezogen und die Sozialdemokratie stünde jenseits davon, so die Münchner Post.¹⁴¹⁵

Man kann also bilanzieren, dass das Verhältnis zwischen Lerchenfeld und der Sozialdemokratie nicht von Beginn an vergiftet war, jedoch im Laufe der Zeit erkaltete. Am Ende blieb in den Augen der Sozialdemokraten nicht mehr das Bild von Lerchenfeld als Hoffnungsträger, sondern das Bild eines Mannes, der, wie der Sozialdemokrat Loewenfeld es formulierte, „viel zu schwach war, um in dem Hexenkessel der bayerischen Geheimbündepolitik und in der aufkommenden nationalsozialistischen Agitation etwas durchgreifendes zu bessern.“¹⁴¹⁶ Immerhin gestanden die bayerischen Sozialdemokraten Lerchenfeld bis zum Schluss einen im Grunde positiven Charakter zu. Die Schuld an der Machtlosigkeit Lerchenfelds gab die SPD häufig der BVP, die sich nicht recht vom Kahr'schen Kurs der nach rechts beschwichtigenden Politik abbringen ließe¹⁴¹⁷ und dementsprechend Lerchenfeld bei weitem nicht die Unterstützung gab, die Kahr einst genoss.¹⁴¹⁸ Und so bedauerte schon einige Tage nach Lerchenfelds Rücktritt der SPD-Abgeordnete Dill im Landtag den Wechsel zu Knilling. Im Vergleich zum neuen Ministerpräsidenten und vielen anderen Kräften der BVP habe Lerchenfeld praktische und vernünftige Ansichten verfolgt, z.B. hinsichtlich der Besserung der Wirtschaftslage. Es sei merkwürdig gewesen, wie sich seine eigenen Koalitionsparteien gegen ihn wandten. Dass man Lerchenfelds Privatleben am Ende seiner Amtszeit in die Agitation gegen ihn aufnahm, geißelte die SPD gar als „un glaubliche Geschmacklosigkeit.“¹⁴¹⁹

Lerchenfeld wiederum hatte nie versucht, die Sozialdemokraten in seine Koalition zu holen, so wie Kahr es andeutete. Im Gegenteil entwickelte er vor allem im Sommer 1922 eine gewisse Abneigung gegen das linke Lager. Wohl war er nicht der schroffe Feind der Sozialdemokratie, wie Kahr und mancher Vertreter der BVP es gewesen sind. Einen

¹⁴¹⁴ Münchner Post Nr. 181 vom 5./6.8.1922.

¹⁴¹⁵ Vgl. Münchner Post Nr. 203 vom 1.9.1922.

¹⁴¹⁶ Landau, Recht, S. 421.

¹⁴¹⁷ Vgl. Landau, Recht, S. 421.

¹⁴¹⁸ Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 137. Sitzung vom 26.7.1922.

¹⁴¹⁹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 146. Sitzung vom 14.11.1922.

„roten“ Grafen Lerchenfeld gab es aber nie. Dieses Klischee ist ein Produkt der Propaganda, die seine Gegner im rechten Spektrum gegen ihn einsetzten.

Eine der Quellen aus denen sich solche Propaganda speiste, war der Dunstkreis der Bayerischen Mittelpartei. Obwohl diese Partei während der letzten Monaten seiner Amtszeit dem Regierungsbündnis Lerchenfelds angehörte, sei sie hier als Oppositionspartei geführt. Dies lässt sich nicht nur damit begründen, dass sie schlichtweg den längeren Zeitraum seiner Amtszeit nicht an der Regierung beteiligt war, dies lässt sich vor allem dadurch begründen, dass die Deutschnationalen in Bayern auch tatsächlich eine starke Oppositionshaltung gegen den Grafen einnahmen. Von Beginn an stand das Verhältnis Lerchenfelds zur Bayerischen Mittelpartei unter einem schlechten Stern. Nachdem der deutschnationale Justizminister Christian Roth gemeinsam mit Kahr die Regierung verlassen hatte, war die BMP nicht mehr ohne weiteres bereit, in ein neues Kabinett einzutreten. Kurz vor der Wahl Lerchenfelds erklärte der Fraktionsvorsitzende der Mittelpartei, Hilpert, nochmals demonstrativ die Treue zur Ministerpräsidentschaft Gustavs von Kahr, befürwortete nochmals dessen Haltung im Konflikt mit der Reichsregierung um den Ausnahmezustand und kündigte an, dass seine Fraktion auch bei dieser Wahl alle Stimmen auf Kahr vereinigen würde.¹⁴²⁰ Die Aussprache zur Antrittsrede Lerchenfelds einige Tage später nutzte Hilpert zu einer Generalabrechnung vor allem mit dem ehemaligen Koalitionspartner DDP, belegte aber auch die BVP mit Kritik. Den neuen Ministerpräsidenten verschonte man insoweit, dass man sich zu den Grundlinien seiner Erklärung, vor allem zum föderalistischen Aufbau des Reichs, bekannte und ihm grundsätzlich, wenn auch nicht durch die Abstimmung belegt, ein gewisses Vertrauen entgegenbrachte. Hilpert relativierte diese Zustimmung allerdings mit der Feststellung, dass diese Aufgabe durch das Nachgeben des Großteils der vorhergehenden Koalition bereits weit zurückgeworfen wurde.¹⁴²¹ Die Regierung hatte plötzlich wieder eine parlamentarische Opposition von rechts.

Es lässt sich schwer bestreiten, dass Graf Lerchenfeld in Bayern zu kaum einer Partei ein derart ungutes gegenseitiges Verhältnis hatte als zur BMP. Die Person Lerchenfeld war, wie Kiiskinen in ihrer Arbeit über die BMP darlegte, für die Deutschnationalen zwar nicht der entscheidende Grund zum Verlassen der Regierung, dennoch war Lerchenfeld alles andere als deren Wunschkandidat.¹⁴²² Die BMP hatte sich mit Kahr im Konflikt um den

¹⁴²⁰ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 76. Sitzung vom 21.9.1921.

¹⁴²¹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 78. Sitzung vom 29.9.1921.

¹⁴²² Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 159.

Ausnahmезustand auf einen festen Standpunkt gestellt und hoffte nun auch nach dem Scheitern, aus dieser - nach wie vor sehr populären - Haltung politischen Profit zu schlagen. Sie wollte als die Kraft gesehen werden, die gemeinsam mit Kahr standhaft geblieben ist gegen die Forderungen aus Berlin. Noch lange Zeit verbreitete die Presse der Partei offensiv eine Kahr treu ergebene Propaganda, was im Umkehrschluss natürlich Lerchenfeld als Nachfolger in sehr schlechtem Licht erscheinen ließ. Die BMP glaubte als politische Kraft die Stimmung großer Bevölkerungsteile zu spiegeln und, mit oder ohne Neuwahlen, schon in Kürze gestärkt in die Regierung zurückkehren zu können.¹⁴²³ Als klar war, dass eine Fortsetzung der Ministerpräsidentenschaft Kahrs für den Moment gescheitert war und es auch keine Neuwahlen geben würde, mühten sich die Deutschnationalen schon bald um eine erneute Aufnahme in die Koalition. Das bedeutete aber nicht, dass sich die BMP in irgendeiner Form bei Lerchenfeld eingeschmeichelt hätte. Man wandte sich nur an die BVP Fraktion. Kahrs Nachfolger standen die Deutschnationalen - trotz aller Relativierungen Hilperts am Tag seiner Wahl - „reserviert und bisweilen sogar offen feindselig“¹⁴²⁴ gegenüber. Nicht er, sondern allein die Sorge um den Verlust politischen Einflusses ließ die Deutschnationalen sich nach einem Platz am Kabinetttisch sehnen. Die BMP bestand aber nach wie vor auf den Justizminister Roth, was das Vorhaben wenig erfolgversprechend machte.¹⁴²⁵

Der allgemeinen und im Grunde unbestreitbaren Annahme Kiiskinens hinsichtlich eines von Anfang an schlechten Verhältnisses zwischen BMP und Lerchenfeld kann an dieser Stelle eine kleine Einschränkung beigefügt werden, die bisher in der Forschung nicht behandelt wurde. Sie liegt in einer Besonderheit der Mittelpartei begründet. Während nämlich die BMP als Partei sicherlich als der bayerische Ableger der Reichs-DNVP zu verstehen ist, verhielt sich die Angelegenheit bei der BMP-Landtagsfraktion anders. Diese bildete sich nicht nur aus BMP Kandidaten. Schon seit 1919 trat die Partei gemeinsam mit dem gemäßigten bayerischen Landesverband der DVP und der nationalliberalen Landespartei auf einer gemeinsamen Liste zur Wahl an. Seit Juni 1920 bildete sie im bayerischen Landtag eine Fraktionsgemeinschaft mit der DVP. Die DVP war für die bayerischen Deutschnationalen nicht nur wegen ihres hohen Stimmenanteils in der Pfalz, sondern auch wegen ihrer konstanten Stimmen in Teilen Altbayerns ein wichtiger Partner, um im Landtag die drittgrößte Gruppe stellen zu können. Von 19

¹⁴²³ Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 148ff.

¹⁴²⁴ Kiiskinen, Volkspartei, S. 159.

¹⁴²⁵ Vor allem die übrigen, kleineren Koalitionspartner lehnten dies ab. Vgl. Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 36.

Mitgliedern der BMP Fraktion waren somit nur 14 Mitglieder wirkliche Deutschnationale. Die im rechtsrheinischen Bayern wenig sichtbare DVP brachte auf diesem Wege vier pfälzische und eine Münchner Abgeordnete in die BMP Fraktion und somit in die Regierungskoalition Kahrs ein.¹⁴²⁶ Wenn man also von einem schlechten Verhältnis der - die Fraktion dominierenden - Deutschnationalen zu Lerchenfeld spricht, so mag dies richtig sein. Eine vertrauliche Note des Zweiten Vorsitzenden des DVP Landesverbands Bayerns, Hans Sachs, an Lerchenfeld belegt jedoch, dass eben diese DVP Kräfte in der BMP Fraktion den neuen Ministerpräsidenten nicht nur wie die Deutschnationalen notgedrungen ertragen hätten, um deutschnationalen Einfluss in den Geschicken Bayerns zu wahren, sondern sogar gerne in ein Kabinett Lerchenfeld eingestiegen wären. Sehr kritisch und in aller Offenheit beschrieb Sachs dem neuen Ministerpräsidenten die internen Vorgänge im Fraktionsbündnis: „Die Bayerische Volkspartei sollte gebrandmarkt werden; es sollte eine möglichst große Verwirrung im Lande entstehen, sodass in wenigen Wochen das bayerische Volk die Mittelpartei als die starke Retterin ans Staatsruder zurückrufen würde. (Bei der konfessionellen Zusammensetzung namentlich Südbayerns eine ebenso naive wie gefährliche Utopie!) Die Herren Hilpert und Roth wollten gar nicht in die Koalition zurückkehren, sie wollten die Krisis (...).“ Die DVP habe laut Sachs heftig gegen diese Haltung opponiert und sie habe auch in den entscheidenden Fraktionssitzungen gegen den Willen Hilperths und Roths durch Überzeugung einiger gemäßigter Deutschnationaler eine Mehrheit für den Wiedereintritt erwirkt. In der nächsten Abstimmung, in der das Festhalten an Roth zementiert wurde, sei sie aber unterlegen. Nur unwahre Gerüchte unmittelbar vor der Wahl im Landtag, Kahr habe es sich nun doch anders überlegt und auch Stimmen aus der BVP sicher, hätten es laut Sachs bewirkt, dass auch die DVP Abgeordneten in der BMP Fraktion, die für sich jede Proteststimmabgabe parteiintern abgelehnt hätten, nicht aus der Fraktionsdisziplin ausscherten. „Unser geschäftsführender Landesauschuss beschloss auf meinen Antrag einstimmig, dass im Falle einer endgültigen Absage Dr. von Kahrs alle reinen Demonstrations-Abstimmungen im Plenum unterbleiben und dass unsere Freunde sofort den von der Bayerischen Volkspartei vorgeschlagenen Ministerpräsidenten-Kandidaten wählen sollten.“ Im weiteren Schreiben schlug Sachs Lerchenfeld gar einen gemäßigten BMP Kreistagsabgeordneten aus dem neuen Landesteil Coburg, nicht aber Roth, als neuen Justizminister vor. Indem Lerchenfeld diesen Mann einfach ohne Koalitionsverhandlungen als Fachminister ernenne, könnte er laut Sachs dem Hilpert-

¹⁴²⁶ Vgl. Kiiskinen, Volkspartei S. 90f. und S. 587f.

Roth Lager in der Fraktion zuvorkommen. Für spätere Zeiten stellte er schließlich „die allmähliche parlamentarische Loslösung unserer Partei (also der DVP, Anm.d.Verf.) aus der Umklammerung der Deutschnationalen Hilpert'scher Richtung“¹⁴²⁷ in Aussicht und versprach Lerchenfeld, so weit als möglich im Sinne seiner Regierung Einfluss zu nehmen, und äußerte seinen Wunsch nach einer Politik der Mitte, jenseits des Säbelrasselns seitens der linken und rechten Extreme.

Die Begebenheit zeigt zum einen, dass es nicht in der Mittelpartei selbst, wohl aber in der mit ihr zur sogenannten BMP Fraktion verbundenen DVP auch Personen gab, die Lerchenfeld gerne unterstützt hätten. Zum anderen führt das faktische Misslingen dieses Vorhabens vor Augen, dass die BMP-Fraktion ungefährdet von Kräften dominiert wurde, die dem Eskalationskurs Kahrs und Roths, nicht aber der Entspannungspolitik des Grafen Lerchenfeld anhängen und sich auch nach fraktionsinterner Reflexion davon nicht abbringen ließen. So konnte der Graf in der BMP als Partei ebenso wie in der BMP-Fraktion als Gesamtheit nicht zu Ansehen gelangen, gerade weil er zu Beginn seiner Amtszeit für eine Milderung des diplomatischen Klimas zwischen München und Berlin sorgte.

Die Deutschnationalen in Bayern begannen schnell damit, ihm diese Politik öffentlich als Schwäche auszulegen. Für den harten und kompromisslosen Kurs, der ihnen vorschwebte, erschien der Ministerpräsident von Lerchenfeld den Vertretern der BMP wohl ganz zu Recht nicht geeignet. Von Anfang an ging in der BMP zudem das Gerücht um, dass Lerchenfeld als ehemaliger Bediensteter der Reichsregierung von selbiger gezielt als Kandidat nach Bayern eingeschleust wurde, um die Ordnungszelle Bayern zu zähmen.¹⁴²⁸ Zudem machte in den Reihen der Deutschnationalen auch der Vorwurf die Runde, Lerchenfeld habe in der Kriegszeit bei seiner Verwendung in Polen versagt, weil er eine nicht ausreichend nationale Politik betrieben hätte. Auch angebliche Kontakte zur gerade in diesen Tagen in der BMP verhassten DDP schädeten dem parteiinternen Ansehen des Grafen.¹⁴²⁹

Auf der anderen Seite hatte Graf Lerchenfeld auf Grund seiner Anschauungen keinen Grund, sich nach einer Regierungsbeteiligung der BMP zu sehnen. Er war angetreten, den Zwist zwischen Bayern und Reich zu mildern. Die BMP hatte die Regierung verlassen, weil sie eine weitere Eskalation der Lage wünschte. Die Politik des neuen

¹⁴²⁷ Sachs an Lerchenfeld am 24.9.1921, BayHstA, MA 102385.

¹⁴²⁸ Vgl. Kiiiskinen, Volkspartei, S. 158.

¹⁴²⁹ Vgl. Benz, Politik, S.86.

Ministerpräsidenten benötigte also schon in den ersten Tagen nach seinem Amtsantritt nichts weniger als deutschnationalen Einfluss. Somit konnte auch das erwähnte Angebot des DVP Mannes Sachs wohl kaum ernsthaft einen Reiz für den Grafen bieten. Für ihn und seine Ziele war es, wie Karl Schwend schon darlegte, eine „Erleichterung“¹⁴³⁰, dass die BMP der Koalition ferngeblieben war. Die Verweigerung der BMP bei der Ministerpräsidentenwahl war nicht nur ein Treuebeweis zu Kahr, sondern auch der Ausdruck ganz gravierender Unterschiede in den politischen Vorstellungen.

Anders als bei Lerchenfeld selbst verhielt es sich jedoch bei seiner Partei, der BVP. Diese hatte sehr wohl den Wunsch nach einer Wiederherstellung der breiten bürgerlichen Koalition aus BVP, Bauernbund, DDP und eben der BMP. Immerhin wäre sie damit wieder zur Führungskraft eines geeinten bürgerlichen Lagers geworden und hätte im Landtag keine Opposition von rechts mehr zu fürchten gehabt. Diverse Versuche¹⁴³¹ der BVP, die Koalition um die Mittelpartei zu erweitern, scheiterten nur am andauernden Widerstand der beiden kleineren Koalitionspartner Bauernbund und DDP, wobei letztere hier als die wesentlichere Kraft zu verstehen ist. Die Gegenwehr der DDP blieb auch dann noch erfolgreich bestehen, als die BMP im März 1922 endlich den umstrittenen Kandidaten Christian Roth fallen ließ, den unbelasteten Franz Gürtner¹⁴³² für das Amt des Justizministers proklamierte und voreilig öffentlich die unmittelbar bevorstehende Wiederherstellung einer alle bürgerliche Kräfte umfassenden Koalition in Bayern feierte. Bitter enttäuscht über das Scheitern der Verhandlungen zeigte sich die BVP-Correspondenz, was verdeutlicht, wie sehr man sich in der dominierenden Partei bereits auf einen Eintritt der Deutschnationalen eingestellt hatte. Die Demokraten hätten „der bayerischen Politik und sich selbst einen schlechten Dienst erwiesen.“¹⁴³³

Dieses Scheitern führte dazu, dass die deutschnationale Kritik am Ministerpräsidenten sich verschärfte, man ihn als von der DDP abhängig verhöhnte und auch bewusst den Druck auf die BVP erhöhte. Die sonst so parlamentsfeindlichen Deutschnationalen gingen dabei soweit, der BVP Missachtung des Wählerwillens zu unterstellen, da man sie

¹⁴³⁰ Schwend, Bayern, S. 184.

¹⁴³¹ Laut dem Regierungsrat Sommer spielten hier nicht nur nationale, sondern auch katholische Gedanken eine Rolle in der Partei. Demnach hätten die Betreiber des Konkordats in der BVP auf die Aufnahme der mehrheitlich protestantischen BMP gedrängt, um eine breite parlamentarische Basis für ihre Pläne zu erhalten. Vgl. Sommer, Beiträge, S. 144.

¹⁴³² Gürtner war in dieser Phase durchaus als Kompromiss zu betrachten. Er war zum einen nicht die erste Wahl der BMP, zum anderen war er erst seit sehr kurzer Zeit Mitglied der Partei. Untypisch für die Deutschnationalen, aber sicherlich förderlich für sein Ansehen in der BVP war darüber hinaus die Tatsache, dass Gürtner dem katholischen Glauben angehörte. Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 174.

¹⁴³³ BVP-Correspondenz vom 9.3.1922.

als immerhin zweitstärkste bürgerliche Kraft im Landtag nur auf Wunsch der kleineren Fraktion der Demokraten immer noch von der Regierung fernhalte.¹⁴³⁴ Lerchenfeld, dessen Beziehung zu den Deutschnationalen im Gegensatz zu seiner Partei unverändert von tiefem Misstrauen geprägt blieb,¹⁴³⁵ war wohl froh um diese Abwehrhaltung der DDP, verbittert aber über die mangelnde Unterstützung aus der eigenen Partei. Laut den Erinnerungen Kahrs stellte sich Lerchenfeld in diesem Zusammenhang, während Hilpert sich in öffentlichen Reden wortgewaltig über das Scheitern der Verhandlungen beschwerte, sogar immer auf den Standpunkt, ohne die Demokraten nicht regieren zu wollen.¹⁴³⁶ Auch Lerchenfelds Person verkomplizierte somit die Bestrebungen derjenigen in der BVP, die auf Erweiterung der Koalition drängten. Erst als die Deutschnationalen auch die BVP allzu stark attackierten, steuerte die Bayerische Volkspartei-Correspondenz gegen und nahm damit auch Lerchenfeld etwas in Schutz.¹⁴³⁷ Der Frust über die unglücklichen Koalitionsverhandlungen trat in der BVP jedoch schnell wieder in den Hintergrund. Das Ziel der bürgerlichen Sammlung blieb präsent, so dass beispielsweise der Abgeordnete Fritz Schäffer nur wenige Tage vor dem Ausbruch der schweren Krise um die Republikschutzgesetze, welche die Demokraten aus und die Deutschnationalen in die Regierung bringen sollte, bei einer Kundgebung in Freising sich klar zum Wunsch nach Kooperation mit der BMP bekannte. Es sei zwar, so Schäffer, eigentlich der Grundgedanke der BVP, dass sich alle bürgerlichen Kräfte ohne Anschauung der Konfession oder des Standes in ihr als der einen großen Volkspartei sammeln sollten, doch offensichtlich entspreche dies jetzt de facto noch nicht der politischen Wirklichkeit. Bei der eingetretenen, bedauerlichen Parteienzersplitterung sei es aber das mindeste, dass sich alle bürgerlichen Parteien in einer bürgerlichen Regierungskoalition zu sammeln hätten.¹⁴³⁸

Mit dem Ausscheiden der Demokraten aus der Koalition im Juli 1922 änderte sich die Lage zu Ungunsten des Grafen. Nicht nur dass die eigene Partei nach wie vor aus Prinzip den Eintritt der BMP anstrebte, nun bestand in der Tat die konkrete Notwendigkeit zur Erweiterung der Koalition, da die BVP und der Bauernbund alleine nicht über eine parlamentarische Mehrheit im Freistaat verfügten. Man hatte nun ja keine andere

¹⁴³⁴ Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 161ff.

¹⁴³⁵ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 145.

¹⁴³⁶ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1071

¹⁴³⁷ „Das eine berührt aber doch sehr merkwürdig, dass die Mittelpartei in eine Regierung eintreten wollte, der sie, wie Dr. Hilpert sagte, kein Vertrauen entgegenbringen kann. Das ist merkwürdig, höchst merkwürdig.“ BVP-Correspondenz vom 17.3.1922.

¹⁴³⁸ BVP-Correspondenz vom 23.6.1922.

Möglichkeit mehr, so stellte Georg Heim fest.¹⁴³⁹ Diese neue unersetzliche Rolle führte die Mittelpartei dem Grafen gleich in den Koalitionsverhandlungen deutlich vor Augen: Die Partei gab sich ausdrücklich nicht damit zufrieden, einfach den nun vakanten Sitz des demokratischen Handelsministers Hamm in einem von Auflösungsszenarien bedrohten Ressort zu übernehmen. Stattdessen beanspruchte sie erneut das seit September 1921 dem Ministerpräsidenten Lerchenfeld unterstellte Justizministerium, eines der einflussreichen Kernministerien, und hatte Erfolg damit.¹⁴⁴⁰ Dieser Eintritt der Deutschnationalen, die ihn vor und hinter seinem Rücken seit so langer Zeit bekämpft hatten, in sein Kabinett stellte den Ministerpräsidenten, der auch in der BVP unter Autoritätsmangel litt, vor eine ganz und gar unmögliche und für ihn persönlich beklemmende Situation. Durch den von der eigenen Partei erwünschten¹⁴⁴¹ Eintritt der BMP wurden die Probleme des Grafen in einem Maße verschärft, das die Aussicht auf eine lange Fortsetzung seiner Regierungszeit spürbar zusammenschrumpfen ließ und den Grafen in einem nochmals verstärkten Maße isolierte. Im Rückblick schrieb er an Escherich: „Die Ermordung Rathenaus in dieser Zeit gab das Signal zu innerpolitischen Wirren, die schließlich meinen Rücktritt herbeiführten.“¹⁴⁴²

Es war für diese Lage weniger der Justizminister Gürtner, der nun die BMP im Kabinett vertrat, verantwortlich. Denn Franz Gürtner – so kritisch sein politisches Lebenswerk insgesamt auch bewertet werden muss - betrieb nach seinem Eintritt in den Ministerrat während der Verhandlungen mit Berlin um die Ausformung des Republikschutzgesetzes keineswegs eine Politik, die sich von der der BVP-Minister wesentlich unterschieden hätte. Anders als Roth im Herbst 1921 sprach er sich, nachdem relativ viele Zugeständnisse für Bayern erreicht worden waren und realistisch kaum noch mehr vom Reich zu erwarten war, gemeinsam mit den übrigen Ministern für ein Einlenken aus. Der Möglichkeit einer weiteren Eskalationspolitik erteilte er – sogar gegen den Protest des

¹⁴³⁹ Zudem hatte sich die graue Eminenz der BVP im Streit um das Republikschutzgesetz von der DDP, die einen anderen, verfassungsgemäßen Kurs einforderte, entfremdet: „Wen haben wir dann in Bayern, der noch eine Regierung bildet? Ich bin froh, dass die Mittelpartei wieder in der Koalition ist. Ich würde auch die Demokraten sehr gerne hier sehen, aber wenn ich die Wahl hätte zwischen Ihnen und den Demokraten, dann wären Sie (Zum BMP Fraktionsvorsitzenden Hilpert, Anm. d. Verf.) mir, ganz offen gestanden, ohne Ihnen etwa ein Kompliment machen zu wollen, lieber, weil ganz natürliche Berührungspunkte in der politischen Gesamtauffassung sich ergeben.“ Niederschrift der Verhandlungen der Koalitionsparteien am 17.8.1922, BayHStA, MA 103162.

¹⁴⁴⁰ Vgl. Schwend, Bayern, S. 192.

¹⁴⁴¹ Philipp Loewenfeld hat in seinen Erinnerungen wohl nicht ganz zu Unrecht dargestellt, dass die von einem neuen Rechtstrend erfasste BVP mit dem neuen Koalitionsbündnis durchaus bewusst auch einen Schlag gegen Lerchenfeld unternahm. Vgl. Landau, Recht, S. 433.

¹⁴⁴² Lerchenfeld an Escherich vom 17.11.1940, BayHStA, NL Escherich 19.

BMP Fraktionschefs Hilpert¹⁴⁴³ - im Ministerrat eine Absage.¹⁴⁴⁴ Erst nach einigem Zögern duldete auch Hilpert diese Haltung, während jedoch die außerparlamentarischen Kräfte der BMP, namentlich die Kreise um den ehemaligen Justizminister Roth, Gürtners Verhalten sehr missliebig verfolgten.¹⁴⁴⁵ Solidarität zum Ministerpräsidenten war in der Partei insgesamt¹⁴⁴⁶ fast nicht¹⁴⁴⁷ zu verzeichnen – im Gegenteil. Aus deutschnationalen Kreisen erwuchs in zweierlei Hinsicht verschärfte Kritik an Lerchenfeld. Zum einen wurde die Affäre, die die Gräfin Lerchenfeld zu Kriegszeiten unterhielt, in für den Ministerpräsidenten degradierender Weise an die Öffentlichkeit gezerrt¹⁴⁴⁸ und zum anderen offenbarte sich die Nähe der Deutschnationalen zu den Industriellen an Rhein und Ruhr, welchen Lerchenfelds und Schmelzles antiinflationäres Wirtschaftsprogramm missfiel. Lerchenfelds Bemühungen, die Situation nicht wie Kahr und Roth durch Eskalation, sondern durch Besserung der ökonomischen Verhältnisse im Lande in gefestigte Bahnen zu lenken, wurde ihm mit dem populistischen und unhaltbaren Vorwurf gedankt, er, der angeblich sowieso schon nach links strebende Ministerpräsident, wolle nun auch noch die Planwirtschaft in Bayern einführen.¹⁴⁴⁹

Die BMP war schicksalhaft für Lerchenfeld. Mit ihm und den Deutschnationalen waren Dinge zusammengefügt worden, die nicht zusammen passten. Er war mit seiner Haltung isoliert, währenddessen drängte der Rest seiner Partei auf das Bündnis mit der BMP. Dieser Rechtskurs erschwerte ihm schließlich sein Amt in solchem Maß, dass er den Rücktritt herbeisehnte. Als der Ministerpräsident im September 1922 während seines Urlaubes, den er in einem abgelegenen Forsthaus des Freiherrn von Poschinger im Bayerischen Wald verlebte, eine Zeitung mit einer weiteren Hetzrede Hilperts erhielt,

¹⁴⁴³ Vgl. Die Kabinette Wirth I/II, Dok. Nr. 342 vom 17.8.1922, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹⁴⁴⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 22.8.1922, BayHStA, MA 99517.

¹⁴⁴⁵ Vgl. Kiiiskinen, Volkspartei, S. 175ff.

¹⁴⁴⁶ Die DVP Abgeordneten in der BMP Fraktion seien hier als ohnmächtige Minderheit ausgenommen.

¹⁴⁴⁷ Erwähnenswerte Unterstützung gab es nur auf dem Höhepunkt des Streits um das Republikenschutzgesetz, da Lerchenfeld und die Deutschnationalen ja hier den gleichen Kurs fuhren. Für diese kurze Zeit ergingen sogar Solidaritätsschreiben von DNVP-Gruppen aus dem gesamten Reich an Lerchenfeld. Vgl. Diverse Schreiben, BayHStA, MA 103164.

¹⁴⁴⁸ Karl Sommer erwähnt in seinen Erinnerungen, dass diese Gerüchte schon während der Diskussion um das Republikenschutzgesetz eingesetzt hätten und dass Lerchenfeld sie später ihm gegenüber bestätigt hätte. Die Gräfin habe in der Tat eine Affäre zu dem Bildhauer Fritz Behn, der sich später im Ordnungsblock engagierte, unterhalten. Das Ehepaar hätte sich nach Lerchenfelds Rückkehr aus Polen jedoch ausgesprochen, die Gräfin habe laut Lerchenfeld ehrlich bereut und er habe ehrlich verziehen. Für die Deutschnationalen jedoch war hier ein Anlass gegeben, in einer ungesehenen Schlammschlacht die Autorität Lerchenfelds in Frage zu stellen. Vgl. Sommer, Beiträge, S. 159. Vgl. ferner Schwend, Bayern, S. 197.

¹⁴⁴⁹ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 160.

schrrieb er resignierend an Held: „Es ist schwer zu kutschieren, wenn ein Gaul nach außen drängt!“¹⁴⁵⁰

4.4.3. Die außerparlamentarische Opposition durch die vaterländischen Kreise

Im Gegensatz zu Kahr hatte Lerchenfeld einen durchaus differenzierten Blick auf das rechte politische Lager in Bayern. Er konnte anders als sein Vorgänger nicht problemlos sämtliche Vorstellungen und Programme von der BVP über die BMP bis hin zu den rechtsextremsten Kreisen tolerieren. Er war Föderalist im Sinne der BVP sowie Vernunftrepublikaner und gedachte seine Politik unter diesen Vorzeichen selbst zu gestalten. Allzu stürmische Begleitmusik der Verbände, die außerhalb des Parlaments standen, konnte er dazu wenig brauchen.¹⁴⁵¹ Der Graf hatte, ebenso wie der Nachfolger Kahrs im Innenressort Schweyer, keinen Geschmack an der Duldung von Radau und Gewalt. Die Hinnahme sämtlicher Aktivitäten auf der rechten Seite zur Stärkung patriotischer und antikommunistischer Gedanken in der Bevölkerung war von ihm nicht zu erwarten. Der Preis für diese Haltung war, dass Graf Lerchenfeld in der Verbändelandschaft Bayerns selbst unter den relativ gemäßigten Organisationen kaum Unterstützung genoss. Die absolute Mehrheit in diesem Lager hätte wohl einer Fortsetzung der Amtszeit Kahrs gegenüber der Ministerpräsidentenschaft des Grafen klar den Vorzug gegeben. Lediglich die Bayerische Königspartei begrüßte unmittelbar nach der Wahl Lerchenfelds das Ende Kahrs und kündigte dem Grafen ihre Unterstützung an. Kahr sei viel zu sehr von Deutschnationalen beeinflusst worden, deren Austritt aus der Regierung man unter den äußerst Wittelsbach-treuen Anhängern jener Gruppierung ebenfalls freudig zur Kenntnis nahm.¹⁴⁵²

Dass Lerchenfeld jedoch keinerlei Bezug zu den Verbänden und ihren Waffen gehabt hätte, lässt sich nicht behaupten - obgleich er natürlich weit davon entfernt war, dem vaterländischen Verbändewesen eine solche Priorität einzuräumen, wie Kahr das getan hatte. Lerchenfelds Bezug zum Thema Selbstschutz und Verbände lag allerdings weniger bei den Akteuren des Jahres 1922, etwa beim Chef des Bundes Bayern und Reich,

¹⁴⁵⁰ Lerchenfeld an Held am 14.9.22, BayHStA, NL Held 484.

¹⁴⁵¹ Vgl. Schwend, Bayern, S. 184.

¹⁴⁵² Bayerische Königspartei an Lerchenfeld am 23.9.1921, BayHStA, MA 102385.

Pittinger, sondern bei einer Person, deren Glanzzeit längst vorüber war. Mit Georg Escherich stand Lerchenfeld zu seiner Regierungszeit und auch schon davor in vertrauensvollem Kontakt zu einem der führenden Männer der ehemaligen Einwohnerwehr. Lerchenfeld kannte Escherich aus seiner Kriegszeit in Polen und hatte den Forstrat 1919 beim Aufbau der Selbstschutzorganisationen beraten. Er hatte damals empfohlen, die Einwohnerwehr nach den Regierungsbezirken zu gliedern und gab – wenn auch sicher nicht als einziger – den Rat zu der bekannten Taktik, der Einwohnerwehr nach außen einen möglichst zivilen Anstrich zu geben, um nicht unnötig mit der Entente in Konflikt zu geraten. Dass die Wehren unvereinbar mit dem Versailler Vertrag waren, wusste der Graf also. Dennoch wollte auch er Möglichkeiten finden, die Entente zu täuschen und die Einwohnerwehr stark zu halten.¹⁴⁵³ Während der Ministerpräsidentenschaft legte Lerchenfeld ebenfalls Wert auf den Kontakt zu Escherich und erhoffte sich Hilfe von ihm. Nach der Regierungskrise des Sommers 1922 bat er in einem Brief Escherich „dringend“ zu einer Besprechung der Lage. Über nähere Inhalte, wollte er sich nur mündlich austauschen.¹⁴⁵⁴ Einen großen politischen Nutzen hatte die Beziehung zu Escherich natürlich nicht mehr, waren doch, von einzelnen Sympathiekundgebungen abgesehen,¹⁴⁵⁵ nicht nur die radikalen Kräfte, sondern auch Kahr und die offizielle Nachfolgeorganisation der Einwohnerwehr um Pittinger bereits seit Sommer 1921, also noch Monate vor Lerchenfelds Regierungsantritt, von Escherich abgefallen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass Lerchenfeld keine grundsätzliche Abneigung zu einem gemäßigteren, aber bewaffneten Verbändewesen gehabt hatte. Dass er auch während seiner Ministerpräsidentenschaft um den Machtfaktor der vaterländischen Verbände in Bayern wusste und von den letzten politischen Möglichkeiten, die sie boten, stellte er im Streit um das Republikschutzgesetz am 20.7.1922 unter Beweis. Das Protokoll belegt, dass auch er die Hoffnung hatte, im Notfall auch auf die im Lande verborgenen Kampfkräfte zurückgreifen zu können.¹⁴⁵⁶

Die Tatsache, dass Lerchenfeld also nicht völlig befremdet vor dem Faktum der vaterländischen Organisationen, ihres Denkens und vor allem ihrer Waffenverstecke stand, ändert nichts daran, dass er mit der einsetzenden Radikalisierung und Spaltung der

¹⁴⁵³ Lerchenfeld an Escherich am 17.11.1940, BayHStA, NL Escherich 19.

¹⁴⁵⁴ Lerchenfeld an Escherich am 23.9.1922, BayHStA, NL Escherich 32.

¹⁴⁵⁵ So erklärte eine Versammlung ehemaliger Einwohnerwehrführer am 28.2.1922 Escherich erneut die Treue und titulierte ihn in einer Note an die Führer der Koalitionsparteien des Landtags als „in der Stunde der Gefahr (...) allein berufenen Führer.“ BayHStA, NL Held 714.

¹⁴⁵⁶ „Der Herr Ministerpräsident wirft die Frage auf, ob es zweckmäßig und veranlasst sei, jetzt die Schutzorganisationen aufzurufen; es sei zu bedenken, dass diese nur ein einziges Mal eingesetzt werden könnten.“ Ministerratssitzung vom 20.7.1922, BayHStA, MA 99517.

Verbändelandschaft, ob bewaffnet oder nicht, und den während seiner Regierungszeit prägenden Akteuren dieser Entwicklung nichts zu tun hatte. Er hatte keinen kreativen Einfluss auf sie, sondern lehnte sie ab und versuchte gegen sie vorzugehen. Der Jurist Loewenfeld stellt in seinen Erinnerungen fest, dass es mit dem Regierungsantritt Lerchenfelds auch merklich ruhiger um die Vaterländischen wurde, ja sich so mancher rechtsradikale Geheimbündler wieder aus Bayern verabschiedete.¹⁴⁵⁷ Der Beamte Sommer sah im Speziellen die nationalsozialistische Agitation rückläufig. Als Grund nannte er, dass nun eben Ministerpräsidentenamt, Innenministerium und Polizeipräsidium nicht mehr von Kahr und Pöhner, sondern von Lerchenfeld, Schweyer und dem neuen Polizeipräsidenten Münchens, Eduard Nortz, besetzt waren. Der ehemaligen Narrenfreiheit konnten sich die Rechtsradikalen somit keineswegs mehr sicher sein.¹⁴⁵⁸

Auch der unbedingte Konfrontationskurs gegen Berlin, den Kahr nur wenige Monate davor im Verband mit der Einwohnerwehrführung zu den tollsten Blüten getrieben hatte, war mit Lerchenfeld zunächst passé. Das zu begreifen, musste jedem Anhänger Kahrs ebenso schwerfallen wie dem ehemaligen Ehrenvorsitzenden der Einwohnerwehr, Kahr selber, der über den Beginn der Regierung Lerchenfeld festhielt: „Klein und schwächlich und der Selbstständigkeit Bayerns abträglich war all das, was mit dem neuen System Lerchenfeld unter dem nun ganz ‘friedlichen’ Meinungs-austausch zwischen den Regierungen in München und Berlin geschah.“¹⁴⁵⁹ Das mangelnde Ansehen seines Nachfolgers in diesen Kreisen führte Kahr auch auf den gesunkenen Einfluss der Verbände in der bayerischen Politik zurück. Es sei nicht förderlich für Lerchenfeld gewesen, dass öffentlich bekannt wurde, „dass die zahlreichen Vorstellungen angesehener bayerischer Männer (z.B. Möhl, von Epp, Pittinger und vieler anderer) nutzlos verhallten.“¹⁴⁶⁰ Kahrs Kritik dürfte der Stimmung in den national erhitzten Kreisen Bayerns entsprochen haben. Dies zeigt sich beispielhaft etwa im Umgang des rechtspopulistischen und zu dieser Zeit überregional verbreiteten Miesbacher Anzeigers¹⁴⁶¹ mit Lerchenfeld. Nach einer relativ neutralen Haltung gegenüber Lerchenfeld zu Beginn seiner Amtszeit macht das Blatt schon nach wenigen Wochen das Motiv der Schwäche, sei es im Kampf gegen den Bolschewismus oder im Kampf gegen

¹⁴⁵⁷ Vgl. Landau, Recht, S.422.

¹⁴⁵⁸ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 151.

¹⁴⁵⁹ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 982.

¹⁴⁶⁰ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1072.

¹⁴⁶¹ Er fand mit einer Gesamtauflage von 18000 Exemplaren in München pro Tag rund 4000 Abnehmer, war aber auch bayern- und reichsweit erhältlich und in rechten Kreisen beliebt. Vgl. Mages, Miesbacher, online.

die, den Miesbacher Redakteuren so verhassten „Viehjuden“¹⁴⁶² zum zentralen Kritikpunkt an Lerchenfeld. Eine erste Rücktrittforderung wurde schon Anfang November laut.¹⁴⁶³ Im Laufe der Zeit steigerte sich die Polemik des Miesbacher Anzeigers, etwa aus Anlass des Besuchs Eberts in München, als man Lerchenfeld diese Einladung geradezu zum Vorwurf machte.¹⁴⁶⁴ Der Miesbacher Anzeiger hielt sich auch nicht darin zurück, Lerchenfeld öffentlich unter Druck zu setzen. So warnte man die Regierung im Juni 1922, nicht gegen Kahrs monarchistische Äußerungen vorzugehen, da sie sonst „die Folgen tragen“¹⁴⁶⁵ müsste, und zeichnete der BVP eine dunkle Zukunft, wenn sie nicht von dem angeblich nach links schielenden Lerchenfeld ablasse.¹⁴⁶⁶ Während der Sommerkrise 1922 forderte die Zeitung die Regierung auf, einen harten Kurs gegen das Reich zu fahren, und stellte fest, dass sie diesen Kurs Lerchenfeld nicht zutraue.¹⁴⁶⁷ Als die Regierung sich schließlich auf ein in Augen der Redaktion des Miesbacher Anzeigers erstaunlich strikte Politik gegen Berlin einigte, verteilte der Miesbacher Anzeiger im Gegenzug sogar kurzzeitig Komplimente an Lerchenfeld¹⁴⁶⁸, schwenkte aber schon bald wieder in eine maßlose Häme um, die bis zu Lerchenfelds Rücktritt nicht enden sollte. Dies mochte vor allem daran liegen, dass das Blatt nun unter Zutun der bayerischen Regierung für einen Tag verboten wurde und so deutlich zum Vorschein kam, dass der Graf das Instrument der bayerischen Notverordnung auch gegen rechts anzuwenden gedachte.¹⁴⁶⁹

Die Antipathie der rechten Verbände zu Lerchenfeld hatte auch über solche schlechte Propaganda und Popularitätseinbußen hinaus noch einen ernsteren Hintergrund. Im Gegensatz zu Kahr sah sich Lerchenfeld deutlich größerer Putschgefahr von rechts ausgesetzt. Auch wenn Lerchenfeld diese Gefahr anfangs noch als von Berlin in die Welt

¹⁴⁶² Vgl. Miesbacher Anzeiger Nr. 269 vom 19.11.1921. Das Blatt belegte mit diesem Titel jüdische Viehhändler in Bayern, welche die Bauern angeblich bei jedem Geschäft betrügen wollten und durch geschickte Handelsschaften während der Inflation große Gewinne anhäuften, ohne selbst produktiv zu arbeiten.

¹⁴⁶³ „Hat der derzeitige bayerische Ministerpräsident nicht den Mut, dann möge er zurücktreten, denn wir brauchen jetzt Männer und keine schönggeistigen Redner.“ Miesbacher Anzeiger Nr. 255 vom 3.11.1921.

¹⁴⁶⁴ Miesbacher Anzeiger Nr. 135 vom 11.6.1922.

¹⁴⁶⁵ Miesbacher Anzeiger Nr. 143 vom 22.6.1922.

¹⁴⁶⁶ Vgl. Miesbacher Anzeiger Nr. 144 vom 23.6.1922.

¹⁴⁶⁷ „Berlin Du bist groß, und Lerchenfeld Dein Prophet!“ Miesbacher Anzeiger Nr. 148 vom 28.6.1922.

¹⁴⁶⁸ So lobte man ausdrücklich einen Auftritt des Grafen, bei dem er betonte, dass es für eine echte Demokratie keine Republik brauche und er somit sich mit der Bezeichnung „Republikchutzgesetz“ nicht abfinden wolle. Vgl. Miesbacher Anzeiger Nr. 160 vom 13.7.1922.

¹⁴⁶⁹ In der Folge wurden auch die Maßnahmen gegen Berlin und die Verhandlungen mit Berlin immer als zu lasch dargestellt. Der Miesbacher Anzeiger klagte in diesem Sinne im August 1922: „Hätte Bayern einen starken Mann!“ Miesbacher Anzeiger Nr. 175 vom 1.8.1922.

gesetzte Schauermärchen herabspielte,¹⁴⁷⁰ so wurden die Gefahren doch immer ernster. Schon im November 1921 wimmelte es in München anlässlich der Beisetzung Ludwigs III. vor Putschgerüchten, die sich um die Ausrufung des Kronprinzen als neuen König drehten. Im Hintergrund spielten sich heftige Drohgebärden zwischen separatistischen Monarchisten und Deutschvölkischen um Ludendorff ab. Nicht zuletzt durch diese Zwistigkeiten in der Verbändelandschaft unterblieb die Aktion am Ende.¹⁴⁷¹

Bis zum Sommer 1922 wurde die Situation deutlich ernster. Am 19. Juli erklärte Lerchenfeld vor dem Ministerrat, dass ihm konkrete Ansatzpunkte für rechtsradikale Putschplanungen in Bayern vorlägen.¹⁴⁷² Die Verbände hatten sich nach einigen Wirrungen¹⁴⁷³ wieder gesammelt. Es hatten sich mit Röhm, Pöhner und Pittinger große Namen zusammengefunden, um konkrete Überlegungen über die Absetzung Lerchenfelds, die Ausrufung Kahrs als Diktator von Bayern und einen Marsch auf Berlin anzustellen. Lerchenfelds bis dahin errungene Verhandlungserfolge in Berlin interessierten diese Kreise offenbar nicht. Als am 25. August 1922 eine vaterländische Massenkundgebung am Königsplatz stattfinden sollte, wurde die Lage im Innenministerium mit großer Ernsthaftigkeit besprochen. Neben der Tatsache, dass erneut interne Diskussionen die Stoßkraft der Putschwilligen bremsen, musste die Regierung diesmal konkrete Abwehrmaßnahmen anwenden. Durch Befehl an die bayerischen Bezirksämter, die Abreise von Wehrverbänden nach München zu unterbinden, geriet die Kundgebung kleiner, als die Putschisten hofften, und die Aktion versandete.¹⁴⁷⁴ Lerchenfeld aber hatte mehr denn je vor Augen geführt bekommen, dass seine Politik diesen Kreisen niemals radikal und eskalierend genug sein konnte – immerhin wandten sich die Putschabsichten gegen einen Ministerpräsidenten, der erst kurz davor die Reichsverfassung auf spektakuläre Weise gebrochen hatte und daraus auch noch Verhandlungserfolge in Berlin schlug. Ein Husarenritt, der Lerchenfeld an die Grenzen seiner nervlichen Belastbarkeit führte, der ihm aber unter den Verbänden nicht gedankt wurde.

Ein gesonderter Blick sei schließlich auf das Verhältnis zwischen Hugo von Lerchenfeld und Adolf Hitler beziehungsweise der NSDAP geworfen. Lerchenfeld hatte am Anfang

¹⁴⁷⁰ Lerchenfeld vor der BVP-Landesversammlung im Oktober 1921: „Was die Putschgerüchte von rechts betrifft, so scheinen ja, namentlich in Berlin, wahre Nachrichtenfabriken zu sein. Alle diese Nachrichten müssen wir mit aller Ruhe aufnehmen.“ Bayerischer Kurier Nr. 461 vom 29.10.1921.

¹⁴⁷¹ Vgl. Thoss, Ludendorff, S. 193.

¹⁴⁷² Vgl. Ministerratssitzung vom 19.7.1922, BayHStA, MA 99517.

¹⁴⁷³ Vgl. Thoss, Ludendorff, S. 222.

¹⁴⁷⁴ Vgl. Fenske, Konservativismus, S. 182ff.

seiner Amtszeit einmal eine Delegation der NSDAP bei sich empfangen¹⁴⁷⁵, doch das Verhältnis entwickelte sich gänzlich anders als bei Kahr. Zwar mochte Lerchenfeld zumindest eingeschränkt einen gewissen taktischen Nutzen in der NSDAP gesehen haben, nämlich dahingehend, dass durch sie ein Auffangbecken am äußersten rechten, außerparlamentarischen Rand entstünde. Seine Partei und mehr noch die BMP, so seine Hoffnung, könnten ihre rechtsextremsten Außenseiter in diese Richtung verlieren, womit sie – zumindest zeitweilig - außerhalb von Mitsprachemöglichkeiten in Parlament und Koalition geraten würden. Dennoch sah er die nationalsozialistische Bewegung im Grundsatz als äußerst gefährlich an. Gegenüber Ebert äußerte er, dass sie für ihn noch über den Rechtsradikalismus, der teils in den Verbänden bestehen mochte, hinausgehe, stelle sie doch „eine Art von Bolschewismus“ dar, die zugleich „Antisemitismus und Nationalismus huldigt.“¹⁴⁷⁶ Lerchenfeld erlag also nicht dem Glauben, hier nur irgendeinen Teil der vaterländischen Bewegung vor sich zu sehen, der sich mehr oder weniger einfach unter Führung einer BVP-Regierung in die Verbändelandschaft eingliedern lassen könnte. Im Verbund mit Innenminister Schweyer erfolgten sogar sehr ernste Planungen, Hitler aus Bayern auszuweisen. Lerchenfeld vertrat die Meinung, dass Hitler in Bayern nur „Gastrecht“¹⁴⁷⁷ genieße und die Regierung sich von ihm, wenn zu sehr gehetzt werde, nicht alles gefallen lassen müsse. Immerhin gab es im März 1922 eine dahingehende Besprechung des Innenministers mit Vertretern sämtlicher Parteien des Landtags.¹⁴⁷⁸ NSDAP und Veteranenverbände protestierten darauf in kritischen Briefen an die Regierung. Man könne einen Mann, der im Dienst für Deutschland mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden sei, nicht einfach ausweisen.¹⁴⁷⁹ Die Bemühungen scheiterten somit am Ende immer wieder an öffentlichem Protest und juristischen Spitzfindigkeiten. Ein differenzierterer Blick auf das rechte Lager im Allgemeinen sowie auf die NSDAP im Speziellen unterschied den Grafen dennoch wesentlich von vielen seiner Zeitgenossen, namentlich auch von seinem Vorgänger Kahr.

Für Hitler war Lerchenfeld bei seinem Amtsantritt ein unbeschriebenes Blatt, dem er ohne jede positive Erwartung entgegensah. Über ein Rundschreiben ließ er seine Partei am 24. September 1921 wissen, dass er zwar schon schlimmere Personalien befürchtet habe, jedoch der neue Ministerpräsident auch nur um den Preis eines Opfers an die

¹⁴⁷⁵ Vgl. Jochimsthaler, Weg, S. 285.

¹⁴⁷⁶ Zit. bei Gordon, Hitlerputsch, S. 37.

¹⁴⁷⁷ Zit. bei Altendorfer, Schäffer, S.150

¹⁴⁷⁸ Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 150.

¹⁴⁷⁹ Vgl. Schreiben diverser Verbände an die Landesregierung ab 21.3.1922, BayHStA, MA 100425.

Reichsregierung die Regierung übernehmen konnte.¹⁴⁸⁰ In Folge hielt sich Hitler zunächst, genau wie bei Kahr, mit der Behandlung der Personalie Lerchenfeld sehr zurück, wieder legte er den Fokus bei seinen Äußerung einerseits auf das eigene Programm und andererseits auf in seinem Dunstkreis unumstrittene Feindbilder wie die Reichsregierung oder das Judentum. Erst ab Januar 1922 verschärfte sich der Ton gegenüber Lerchenfeld. Juristische Verfahren gegen die Nationalsozialisten ließen Hitler zur Gegenwehr gegen die „Justiz Ära Lerchenfeld“¹⁴⁸¹ aufrufen. Am 17. Februar schließlich wettete Hitler offen gegen eine angebliche Sympathie Lerchenfelds für die Engländer und ihren „feinen Takt“. Lerchenfeld, so Hitler, verstehe nichts von Politik. Als sich im Saal daraufhin Rufe „Lerchenfeld ist Freimaurer und Judenser!“ erhoben, erklärte Hitler: „Ganz richtig. Die ganzen Regierungen sind verjudet.“¹⁴⁸² Dieses Bild des judenfreundlichen Lerchenfeld wurde in der NSDAP über dessen ganze Amtszeit gepflegt. So zitierte Esser den Grafen im Oktober 1922 vor 1500 Zuhörern im Bürgerbräu: „Liebe Deinen Nächsten wie dich selbst – als Christ soll man kein Antisemit sein.“¹⁴⁸³ Der völkische Geist aber, so Esser, werde im Gegensatz dazu den jüdischen Geist ausrotten. Auch Hitler nahm Aussprüche und Taten des Grafen zum Anlass, um sich über ihn lustig zu machen oder ihn zu verunglimpfen. Gerade Kritik Lerchenfelds an der nationalsozialistischen Hetze und am überschäumenden Antisemitismus ließ Hitler nicht unbeantwortet: „Wenn Lerchenfeld von den sogenannten Nationalsozialisten spricht, so sind wir ihm dafür dankbar. Für uns ist dies nur eine Reklame, die überall gelesen wird.“¹⁴⁸⁴, so Hitler im April 1922 vor der SA. Er gab sich gegenüber dem Ministerpräsidenten in der Folge siegessicher und herablassend: „Wenn schon längst kein Mensch mehr den Namen Lerchenfeld nennen wird, wird die nationalsozialistische Bewegung immer noch im Wachsen sein. (...) Sie scheuen die Leidenschaft, Herr Graf. Mir erscheint sie unzertrennlich von jedem Willen und jeder Tat. Und das größte dieser Weltgeschichte ist nicht aus Trägheit, sondern aus Leidenschaft geboren.“¹⁴⁸⁵ Im Sommer 1922 forderte Hitler die kategorische Ablehnung jedes Republikschutzes durch Lerchenfeld. Der Ministerpräsident konnte, spätestens als er Verhandlungen mit Berlin begann, trotz seiner grundsätzlich harten Linie gegen Berlin, Hitlers Erwartungen, die

¹⁴⁸⁰ Vgl. Jäckel, Hitler, S. 492.

¹⁴⁸¹ Zit. bei Jäckel, Hitler, S. 554.

¹⁴⁸² Zit. bei Jäckel, Hitler, S. 576.

¹⁴⁸³ Bericht über eine NSDAP-Versammlung im Bürgerbräu am 13.10.1922, BayHStA, MA 100425.

¹⁴⁸⁴ Zit. bei Jäckel, Hitler, S. 600.

¹⁴⁸⁵ Zit. bei Jäckel, Hitler, S. 606f.

eben deutlich radikaler und kompromissloser waren, nie entsprechen.¹⁴⁸⁶ Noch lange nach dem Amtsabtritt machte er dem Grafen die hart erkämpfte Einigung in der Frage des Republiksschutzes zum Vorwurf.¹⁴⁸⁷ Es lässt sich also bilanzieren, dass Hitler wie die ganze vaterländische Bewegung sich zu Lerchenfeld um ein vielfaches kritischer eingestellt hatte als zu Kahr. Lerchenfeld wurde im Unterschied zu Kahr nicht als ein Nebenbuhler im nationalen Lager, sondern als gefundenes Ziel für Spott und populistische Angriffe gesehen. Er wurde als Zögerer und weltfremder, pazifistischer Feingeist dargestellt, den der eherne Wille und der Tatendrang der nationalsozialistischen Bewegung hinwegfegen müssten.

Hinter all der Ablehnung, die Lerchenfeld im rechten Lager erfuhr, steckte am Ende für den Zeitzeugen Karl Sommer nicht nur Unzufriedenheit und Respektlosigkeit gegenüber dem Grafen. Die Extremen hatten zu recht auch Angst vor ihm. Denn ganz im Gegensatz zu weitesten Teilen der Bevölkerung, weitesten Teilen der BVP, weitesten Teilen anderer Parteien, und vor allem im Gegensatz zu Kahr, hatte Graf Lerchenfeld kein Interesse daran, einen guten Kern in jeder noch so verbrecherischen rechtsradikalen Gruppe, inklusive den Bierkellerschlägern Hitlers, zu sehen. Es ist dem Grafen durchaus zu glauben, wenn er über das 1923 immer dreistere Verhalten Hitlers, das sein Nachfolger Knilling weitgehend duldete, Jahre später sagte: „Unter mir hätte Hitler nicht ungestraft den Aufmarsch am Oberwiesenfeld im Mai 1923 gemacht. Ich hätte ihn ausgewiesen. Zum Hitlerputsch und zu der ganzen Hitlerei wäre es dann nicht gekommen.“¹⁴⁸⁸ Nicht jedes rechtsradikale Gepolter der Straße war in Lerchenfelds Augen für das Vaterland im Kampf gegen den Bolschewismus¹⁴⁸⁹ erhaltenswert. Er differenzierte, wo die Grenzen des für ihn Vertretbaren lagen.¹⁴⁹⁰ Doch die Differenziertheit, mit der der Graf die Dinge zu betrachten pflegte, passte so gar nicht in den polternden Populismus und das Schwarz-Weiß-Denken der Zeit. Die populistischen Mittel, mit denen Lerchenfeld niedergemacht wurde, entsprachen den Befindlichkeiten in der Ordnungszelle Bayern schon eher.

¹⁴⁸⁶ Vgl. Jäckel, Hitler, S. 685f.

¹⁴⁸⁷ Vgl. Jäckel, Hitler, S. 1045.

¹⁴⁸⁸ Zit. bei Sommer, Beiträge, S. 161.

¹⁴⁸⁹ Als beispielsweise die NSDAP im Oktober 1922 ihren „Deutschen Tag“ in Coburg veranstaltete und es zu Ausschreitungen gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft kam, machte sich der BVP Abgeordnete Schäffer über die Sorgen der SPD-Landtagsfraktion geradezu lustig, in dem er unterstellte, dass manche Leute überall Gespenster sehen würden und die Sozialdemokratie nun auch noch verlange, dass die Regierung sie vor ihren politischen Gegenspielern schütze. Der Antimarxismus der NSDAP galt in weiten Kreisen der BVP als verbindendes Element, gegenüber dem man offensichtliche Unterschiede vernachlässigen konnte. Vgl. Lange, Bayern, S. 187f. Schäffer stellte den Sozialdemokraten sogar die Frage, ob sie sich mit ihrer Kritik an der NSDAP nicht gegen die richten würden, die 1919 Bayern aus dem sozialistischen Chaos gerettet hätten. Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 166.

¹⁴⁹⁰ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 158.

Dagegen anzukommen hatte Lerchenfeld kaum eine Chance und sicherlich nie die notwendigen, persönlichen Veranlagungen. Das galt für die NSDAP im Speziellen, aber auch für die Verbändelandschaft im Allgemeinen.

4.4.4. Der Vorgänger als Gegner: Kahr auf „Wahlkampftour“

Eine Bürde der Amtszeit Lerchenfelds sei schließlich noch gesondert erwähnt: Gustav von Kahr. Wenn das Bild des „unpolitischen Beamten“, der nur aus einem persönlichen Opfer für seinen Staat heraus widerwillig in die erste Reihe der Politik getreten war, im Falle Gustavs von Kahrs zutreffen würde, so müsste man annehmen, dass Kahr sich zu ruhiger Fortarbeit auf seinen Posten zurückgezogen hätte. Das Gegenteil jedoch war der Fall. Der gewesene Ministerpräsident überließ Lerchenfeld nicht das Feld, er blieb ganz bewusst präsent.

Kahr flüchtete sich nach der Niederlegung seiner Regierung nur für einige Tage gemeinsam mit Pöhner auf Gamsjagd in die Gebirgswelt um Berchtesgaden.¹⁴⁹¹ Im Tal jedoch nahm er gerne Huldigungskundgebungen entgegen, die ihm – allen voran Pittinger – sogleich anboten, dass sie jederzeit mit ihm nach München ziehen und für seine Wiedereinsetzung sorgen würden. Kahr antwortete laut seinen Erinnerungen zwar, dass man wegen eines Ministerwechsels nicht das Chaos einer Revolution lostreten könnte, dennoch sonnte er sich gerührt in dem ihn bestätigenden Spektakel. Den Aufmarsch von 500 Chiemgauer Bauern nahm er sogar gleichsam wie ein Monarch vom Fenster des königlichen Schlosses in Berchtesgaden ab.¹⁴⁹²

Auch seine Redetätigkeit schränkte Kahr nicht ein. Anfang Oktober besuchte er als Festredner eine landwirtschaftliche Versammlung in Landsberg, auf welcher er die Schuld an seinem Rücktritt nicht etwa seinem eigenen Scheitern in der Frage des Ausnahmezustands, sondern einem angeblichen Verrat des Landtags gab. Er war damit nach wie vor bemüht, sein Wirken als Ministerpräsident vor breiter Öffentlichkeit ins rechte Licht zu rücken und nun ohne ihn getroffene Entscheidungen als falsch darzustellen.¹⁴⁹³ Er tat damit dem neuen Kabinett keinen Gefallen.

¹⁴⁹¹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 961.

¹⁴⁹² Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 941 ff.

¹⁴⁹³ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 964f. Vgl. ferner Reden Kahrs, BayHStA, NL Kahr, 44.

Im November sollte ein Todesfall Kahr die Möglichkeit eröffnen, sich in besonders herausragender Weise im bürgerlichen Lager Bayerns in Szene zu setzen. König Ludwig III. war auf seinem Gut in Ungarn verstorben und so galt es, die Leiche nach Bayern zu überführen und gemeinsam mit dem Leichnam der Königin würdig zu bestatten. Die Anteilnahme der Bevölkerung am Tod des Monarchen war, von nostalgischen Gefühlen genährt, groß und es wurde deutlich, dass ein Begräbnis mit allen monarchischen Ehren von weiten Kreisen gewünscht wurde. Da man jedoch schwer das demokratisch legitimierte Kabinett mit der Abwicklung einer so offensichtlich monarchistischen Veranstaltung belasten konnte und dennoch die Führung zumindest offiziell in der Hand halten wollte, berief die Regierung einen Bürgerausschuss, an dessen Spitze sie den Regierungspräsidenten von Oberbayern, Kahr, stellte.¹⁴⁹⁴ Um sich jedoch dem Einfluss der Regierung zu entziehen, bestand Kahr darauf, die Sache rein als „Privatperson“¹⁴⁹⁵, nicht als Beamter zu betreiben.

Was folgte war ein gewaltiges Spektakel.¹⁴⁹⁶ Mit allem Pomp wurde die Leiche unter großer Anteilnahme der Bevölkerung von Salzburg nach München verbracht, um dort mit gewaltigem Aufwand den König ganz wie in Zeiten der Monarchie zu bestatten. An jeder Bahnstation entlang der Strecke erfolgten Huldigungen. Das Bild in München schließlich war so pompös, dass es den württembergischen Gesandten in seinem Bericht bereits sehr irritierte: „Wenn man weiß, wie wenig der verstorbene König die Liebe und Anhänglichkeit des Volkes genossen hat, und zwar bis in die Kreise seiner nächsten Umgebung, so wirkt es direkt unsympathisch, welcher Kultus jetzt mit seiner Leiche getrieben wird.“¹⁴⁹⁷ Kahr wusste die Feier offensichtlich für sich und gegen das bestehende System im Freistaat als eine reaktionäre Kundgebung zu instrumentalisieren.¹⁴⁹⁸ Laut ihm sollte es „eine Totenfeier werden, so gewaltig und ergreifend wie sie München und Deutschland noch nie gesehen hat, ein Akt treuer Huldigung, aber auch der Abbitte für das dem König angetane Unrecht.“¹⁴⁹⁹ Auf jeden Fall musste sie deutlich größer ausfallen als die Bestattung der deutschen Kaiserin

¹⁴⁹⁴ Vgl. Speckner, Ordnungszelle, S. 228.

¹⁴⁹⁵ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 968.

¹⁴⁹⁶ Kahr hatte seine Tätigkeit im Herbst 1922 zehn Jahre später in einem Aufsatz veröffentlicht. Siehe Kahr, Ludwig III, S. 142ff.

¹⁴⁹⁷ Benz, Politik, S. 90.

¹⁴⁹⁸ Kahr hatte im April 1921 aufmerksam die Beerdigung der verstorbenen Kaiserin Auguste Viktoria in Berlin verfolgt und empört festgestellt, dass weder die Reichsregierung noch die preußische Regierung sonderlichen Aufwand betrieben. Dennoch erkannte er, dass tausende Monarchisten die Feier zu einer Demonstration ihrer Anschauung nutzten. Es ist anzunehmen, dass er in Bayern ein erfolgreicherer Gegenstück zur Berliner Trauerfeier inszenieren wollte. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 860.

¹⁴⁹⁹ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 970.

Auguste Viktoria, die wenige Monate zuvor im ungeliebten Berlin stattgefunden hatte.¹⁵⁰⁰ Gegen den Willen der Regierung¹⁵⁰¹ setzte er durch, die Feier am Wochenende durchzuführen, um eine möglichst große Teilnahme zu gewährleisten. Ebenso musste Kahr nach seinen Erinnerungen versichern, dass die Situation nicht zu einem Königsputsch¹⁵⁰² genutzt wird. Kahr betont in seinen Erinnerungen, dass es diese Planungen in der Tat gab, er aber angesichts der Gefahr eines Bürgerkriegs davor zurückschreckte, ausdrücklich aber nicht aus Treuegefühl gegenüber der bestehenden Verfassung. Als das Volk nach der Messe auf das Erscheinen des bejubelten Kronprinzen Rupprecht wartete, schmuggelte sich dieser schließlich durch die Sakristei in ein Nebengebäude. Ob es wirklich Kahr selbst war, der den Wittelsbacher dazu ermahnte, sei dahingestellt.¹⁵⁰³ Kahr hatte seine Aufgabe auf fragwürdige Weise erledigt. Er ließ die neue Regierung spüren, dass er immer noch über Einfluss und Autorität verfügte. Dieser Einfluss wirkte obendrein noch in denjenigen Kreisen am besten, in denen die demokratische Regierung höchste Probleme in ihrem Ansehen hatte.

Die Beisetzung des Königs war nur eine Episode, bei der Kahr sich deutlich mehr ins Rampenlicht stellte, als man es von einem Beamten, der angeblich froh war, aus der Politik zu scheiden, erwarten würde. Er pflegt darüber hinaus Kontakte mit politischen Persönlichkeiten aus dem ganzen Reich, wie etwa dem Anführer des alldeutschen Verbandes Justizrat Heinrich Claß, den DVP Politiker Gustav Stresemann¹⁵⁰⁴ oder zur rheinischen Schwerindustrie, beispielsweise zu Hugo Stinnes.¹⁵⁰⁵ Sogar in Stettin vor dem Pommerschen Landbund¹⁵⁰⁶, in welchem sich die reaktionären Kräfte Preußens sammelten, trat Kahr auf,¹⁵⁰⁷ was sicherlich nicht zu den Pflichten des Regierungspräsidenten von Oberbayern zu zählen sein dürfte. Er referierte dort über

¹⁵⁰⁰ Dies geschah ohne Unterstützung der dortigen Behörden. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 860. In seinem Tagebuch empört sich Kahr darüber, dass die Beerdigung der Kaiserin der preußischen Regierung in seinen Augen weniger wichtig erschien, als bei „Rosa Luxemburg, diesem Schandweib.“ Kahr, Tagebuch 1921/1, S. 159.

¹⁵⁰¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 12. Oktober 1921, BayHStA, MA 99517.

¹⁵⁰² Laut Dieter Weiß hatte Kronprinz Rupprecht selbst es abgelehnt, sich an einem solchen Vorhaben zu beteiligen, weil er zum einen die Trauerfeier seines Vaters nicht für Umstürze verwenden wollte und zum anderen nicht durch Revolution, sondern auf legalem Weg auf den Thron kommen wollte. Weiß Bemerkung, dass sich keine Beweise für die Planung eines monarchistischen Staatsstreiches finden ließen, ist angesichts der bei Kahr zahlreich erwähnten Putschangebote, wenig verständlich. Vgl. Weiß, Kronprinz, S. 203f.

¹⁵⁰³ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 977.

¹⁵⁰⁴ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1040f.

¹⁵⁰⁵ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 996ff.

¹⁵⁰⁶ Der Pommersche Landbund war zu Zeiten Kahrs Ministerpräsidentenschaft um den Aufbau der Einwohnerwehrgorganisation im Osten Preußens bemüht. Vgl. Schumann, Gewalt, S. 70. Der Bund wurde bis in die Zeit des Generalstaatskommissariats zu einem wesentlichen Kontakt Kahrs nach Norden. Kahr erhoffte sich, dass der Pommersche Landbund dort eine ähnliche Dichte an vaterländischen Organisationen mit aufbauen werde, wie es in Bayern schon der Fall war. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1051.

¹⁵⁰⁷ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1045ff.

„hohe sittliche Werte“ und die „germanisch christliche Weltanschauung“, während er zum Thema Demokratie ausführte: „Man führt heute das Schlagwort Demokratie so gerne im Munde, handelt aber nach dieser Phrase doch nur, wenn es in den eigenen Parteikram passt.“¹⁵⁰⁸ Die Münchner Post glaubte anlässlich dieses Ausfluges nach Preußen zu erkennen, dass Kahr im Kreise der Junker auch den Inhalt seiner Reden verschärfte, indem er uneingeschränkt und ausgiebig in den Chor der Dolchstoßlegendenbetreiber einstimmte.¹⁵⁰⁹ Er erschien zuverlässig bei studentischen Anlässen in München und nahm mit Genugtuung die dortige ablehnende Haltung gegen die Regierung Lerchenfeld zur Kenntnis. Im Frühjahr 1922 befand sich Kahr nach eigenen Angaben auf ständiger Tour durch Bayern, mit bis zu drei Redeauftritten täglich. Ob dies, wie er in seinen Erinnerungen behauptet, seiner Arbeit als Regierungspräsident nur viele Abendstunden wegnahm, ist fraglich. Er achtete darauf, einem Wahlkämpfer gleich, ein breites Spektrum abzudecken: Vom vaterländischen Verband bis zum Turnverein, vom Volksfest der Giesinger Arbeiter¹⁵¹⁰ bis zu den Gedenkfeierlichkeiten zur Schlacht von Ampfing. Kahr fand am Bad in der Menge mit steigender Popularität auch steigenden Gefallen. Überall nahm er Äußerungen, er möge doch ins Amt zurückkehren, gerne entgegen, ohne auch nur ein verteidigendes Wort über seinen Nachfolger zu verlieren. Akribisch und stolz hielt er in seinen Erinnerungen fest, wo immer ihm seiner Meinung nach mehr Aufmerksamkeit zu Teil wurde als den amtierenden Ministern.¹⁵¹¹ Einen weiteren Höhepunkt der Kahr'schen Agitation bildete 1922 ein mehrwöchiger Besuch des populären Generals Paul von Hindenburg in Bayern, bei dem sich Kahr als dessen Gastgeber zu präsentieren wusste: Hindenburg wohnte im Hause Kahrs. Ein von Kahr fein abgestimmtes Besuchsprogramm wechselte zwischen öffentlichkeitswirksamen Auftritten an verschiedensten Orten Südbayerns und einem von Kahr organisierten Erholungsprogramm mit Gamsjagden und Wanderungen, um den Generalfeldmarschall bei Laune zu halten und ein positives Gefühl für Bayern zu erwecken. Kahr erzielte in der Bevölkerung auch damit die Wirkung, die er sich erhofft hatte: „Der Kahr hat den Hindenburg nach Bayern gebracht und schön ham's gfeiert.“¹⁵¹²

¹⁵⁰⁸ München-Augsburger Abendzeitung Nr. 30 vom 22.1.1922.

¹⁵⁰⁹ Vgl. Münchner Post Nr. 18 vom 23.1.1922.

¹⁵¹⁰ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1032ff.

¹⁵¹¹ Beispielsweise betont Kahr, dass er bei besagter Feier zur Schlacht von Ampfing in erster Reihe neben dem Kronprinzen einen festen Platz zugewiesen bekam, während die Sitzfrage für die anwesenden Minister erst kurz vor Beginn geklärt worden sei. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1061.

¹⁵¹² Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1090.

Auch in der BVP, Lerchenfelds wichtigster Basis, machte Kahr wieder von sich reden – und trat äußerst offensiv auf. Mit dem Fraktionschef der Partei im Landtag, Heinrich Held, lieferte sich Kahr im Mai 1922 ein förmliches Pressemitteilungsduell. Es ging Kahr dabei um die Umstände seines Rücktritts, die er richtig gestellt haben wollte. Ein großes Medienspektakel war die Folge.¹⁵¹³ Dass Kahr sich mit dem Angriff auf Held nicht geschadet, sondern ganz im Gegenteil in der Partei wieder in aller Munde¹⁵¹⁴ gebracht hatte, zeigte sich Ende Mai. Am 30. Mai sprach er wieder vor einer BVP-Versammlung,¹⁵¹⁵ wo er sogleich die nächste Bombe zündete. Vor BVP-nahen Studenten und Vertretern der Beamtenschaft steigerte er sich bei der Rede unter dem Titel „Was Deutschland nottut!“ in einem überfüllten Bierkeller zu dem Ausspruch: „Das künftige neue deutsche Kaiserreich soll ein Reich sein mit starken Einzelstaaten, darunter einem einflussreichen, selbstständigen Bayern. (...) Möge es Gott walten, dass wieder die Zeit kommt, in der wir rufen können: Vivat Rupertus Rex!“¹⁵¹⁶ und stellte somit jede bestehende Staatsordnung in Frage. Wieder hatte Kahr, der eigentlich als Ministerpräsident a.D. und Beamter auf das engste mit dem neuen Freistaat Bayern verknüpft sein sollte, genau diesen Staat lautstark untergraben. Die Szene gewann aber an besonderer Brisanz, da das „Vivat Rupertus Rex!“ einen Sturm der Begeisterung im Saal auslöste und es beinahe wirkte, als habe Kahr an jenen Abend, wenn auch vor einem für derlei Umstürze viel zu kleinen Kreis, das neue Königreich ausrufen wollen.

Die Regierung verzichtete wohl mit Rücksicht auf die Popularität Kahrs darauf, gegen solche Ausschweifungen energisch vorzugehen. Während konservative Blätter wie die Münchner Neuesten Nachrichten die persönliche, monarchistische Einstellung des Beamten Kahr als seine Privatsache verteidigten,¹⁵¹⁷ wettete die sozialdemokratische Münchner Post wochenlang über den „Hochverrat an der Republik“¹⁵¹⁸ und unterrichtete die Öffentlichkeit gezielt über den Protest der Sozialdemokraten im Landtag. Sie musste aber ebenso anerkennen, dass Kahr nie von der politischen Bühne verschwunden war,

¹⁵¹³ „Wie es wirklich war“, so reißerisch titelte beispielsweise die Münchener Zeitung, um scharfe Angriffe Kahrs auf Held zu veröffentlichen. Kahr ging dabei soweit, Held als Lügner darzustellen. Münchener Zeitung Nr. 141 vom 23.5.1922. Die Gegenerklärung Helds in den Münchner Neuesten Nachrichten kurz darauf umfasste bereits zwei volle Zeitungsseiten. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 221 vom 26.5.1922. Auch sämtliche anderen Blätter, von der „Bayerischen Staatszeitung“ bis hin zur sozialdemokratischen Münchener Post verfolgten gebannt den Streit. Vgl. Bayerische Staatszeitung Nr. 120 vom 24.5.1922. Vgl. ferner Münchener Post Nr. 123 vom 27./28.5.1922.

¹⁵¹⁴ Die Münchener Post berichtete von einer „Kahrgruppe der Bayerischen Volkspartei.“ Münchener Post Nr. 127 vom 1.6.1922.

¹⁵¹⁵ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1053.

¹⁵¹⁶ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 234 vom 3./4.6.1922.

¹⁵¹⁷ Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 234 vom 3./4.6.1922.

¹⁵¹⁸ Münchner Post Nr. 141 vom 20.6.1922.

sondern vielmehr ein „Stehaufmännchen“¹⁵¹⁹ sei. Auch Lerchenfeld äußerte sich nun missmutig gegenüber Kahr. Er solle sich in seinen Äußerungen zügeln.¹⁵²⁰ Beeindrucken ließ sich Gustav von Kahr, obgleich er im Zuge der diesbezüglichen Anhörungen im Landtag nun doch gezwungen wurde, erstmals (!) einen Eid auf die Republik zu leisten,¹⁵²¹ dennoch nicht. Er trat weiterhin mit polternden Reden auf. Anlässlich der Münchner Flugausstellung im August 1922, als deren Protektor er fungierte, erläuterte er in seiner Rede „Bayerische Worte an deutsche Herzen“ den Zusammenhang zwischen Flugzeugbau und Weltmachtspolitik, wobei er die Gelegenheit ergriff, Frankreich als den „Drangsalierer und Knechter Deutschlands“¹⁵²² zu beschimpfen. Vor dem Landwirtschaftlichen Verein Oberbayerns klagte er im September 1922 sogar, dass die Verhältnisse heute doch noch viel schlimmer seien als bei seinem Abtritt vor einem Jahr, ohne dabei seinen, zu diesem Zeitpunkt schon äußerst geschwächten Dienstherrn Lerchenfeld auch nur ansatzweise in Schutz zu nehmen.¹⁵²³ Diese Propaganda Kahrs wirkte, denn manch einer setzte weiterhin seine Hoffnungen auf ihn. Als Lerchenfeld bereits abgetreten war und niemand seine Rückkehr forderte, hatte Kahr noch immer seine Verehrer. Zu seinem 60. Geburtstag veröffentlichte die München Augsburgsburger Abendzeitung ein Gratulationsschreiben eines angeblichen ehemaligen Einwohnerwehrmannes, in dem es hieß: „In Dankbarkeit und Hoffnung begehen wir mit Herrn von Kahr den 60. Geburtstag. Möge er in seiner Frische, dem besten Gottesgeschenk, das er besitzt, uns zur rechten Stunde an den Platz führen, der uns Deutschen in Europa gebührt!“¹⁵²⁴

Kahr verstand sich glänzend darauf, in aller Munde zu bleiben. Er blieb eine Macht in Bayern, mit der man rechnen musste und der die Regierung, wohl durchaus zum Leidwesen Lerchenfelds, einen gewissen Respekt zu zollen hatte. Besonders drastisch zeigte sich dies während eines Prozesses, der gegen seinen ehemaligen Weggefährten Pöhner angestrengt wurde. Dass Pöhner den im ganzen Reich wegen Hochverrats gesuchten Kapitän Ehrhardt nicht nur nicht festgenommen, sondern förmlich in Bayern beherbergt zu haben schien, wurde nun vor Gericht verhandelt, wenn auch mit der üblichen Milde. In Kreisen der Reichsregierung senkte die Tatsache, dass Kahr hier einerseits sehr im Verdacht der Mitwisserschaft war, andererseits seitens der bayerischen

¹⁵¹⁹ Münchner Post Nr. 127 vom 1.6.1922.

¹⁵²⁰ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1056.

¹⁵²¹ Vgl. Deutinger, Kahr, S. 277.

¹⁵²² München-Augsburger Abendzeitung (ohne Nummer) vom 14.8.1922.

¹⁵²³ Vgl. Münchener Zeitung Nr. 246 vom 6.9.1922.

¹⁵²⁴ München-Augsburger Abendzeitung Nr. 396 vom 29.11.1922.

Justiz von einer Zeugenaussage verschont blieb, das Vertrauen in Bayern sehr. Hier wurde ganz offensichtlich zu Gunsten Kahrs die Arbeit der Reichsanwaltschaft sabotiert. Zudem ging in Berlin das Gerücht um, Kahr habe selbst mit Ehrhardt in einer Duellsache kooperiert und sei in die Geheimbündelei, die Ehrhardt in Bayern betreibe, bestens verwickelt.¹⁵²⁵ Noch deutlicher äußerte sich der bayerische Gesandte in Stuttgart, der im Oktober 1922 feststellte, dass die Regierung in den süddeutschen Nachbarländern das Vertrauen eingebüßt habe. Der Dreh- und Angelpunkt der Kritik, die sich der bayerische Gesandte andauernd von den Mitgliedern der Regierungen Badens, Hessens und Württembergs anzuhören hatte, war das Handeln Kahrs. Man war in Bayerns Nachbarländern – nachvollziehbarerweise – nicht in der Lage zu verstehen, warum die bayerische Regierung das Betragen ihres Beamten Kahr, von vereinzelt internen Tadel abgesehen, in dieser Form hinnahm.¹⁵²⁶

Kahrs Verhalten war für Lerchenfeld eine immer schwerere Belastung und die Kritik ist berechtigt, dass es ein unzumutbarer Zustand war, dass ein bayerischer Beamter sich auf solche Weise in Konkurrenz zu seinem Ministerpräsidenten zu stellen wagte. Kahrs ungebrochener Popularität und der Angst vor allem der BVP, durch ein entschlossenes Durchgreifen gegen Kahr Feinde zu schaffen, ist es wohl geschuldet, dass die bayerische Regierung dieses Spektakel über sich ergehen ließ. Ob man ein solches Wagnis vom bereits von Anfang an in den vaterländischen Kreisen systematisch diskreditierten Lerchenfeld überhaupt hätte erwarten können, sei dahingestellt.

Kahr tat dies alles nicht unbewusst oder zufällig. Das Gegenteil war der Fall: Er nahm für seine Agitation äußerste Strapazen auf sich. Glaubt man seinen Lebenserinnerungen, litt er vor allem auf dem Heimweg von seinen Kundgebungen unter großer Angst vor

¹⁵²⁵ Undatierter (etwa Sommer 1922) Bericht Bayerische Gesandtschaft in Berlin an das Ministerium des Äußeren in München, BayHStA, NL Held 484.

¹⁵²⁶ Der Gesandte berichtete wörtlich: „Dabei wird von allen Seiten ganz unverhohlen ausgesprochen, dass man es nicht begreifen könne, wie die bayerische Regierung ein solches Tun eines hohen Staatsbeamten, der noch der Republik diene, dulden könne, auch wird als unbegreiflich bezeichnet, wie ein ehemaliger Ministerpräsident sich so benehmen könne. Ich bemühe mich jedes Mal, den üblen Eindruck des Auftretens des Herrn von Kahr so gut es geht zu verwischen und zu erwidern. Wer die amtlichen Erklärungen des Bayer. Herrn Ministerpräsidenten und des Bayer. Herrn Ministers des Innern aufmerksam verfolge, werde zwischen den Zeilen lesen können, dass beide Herren das Auftreten des Herrn von Kahr nicht immer und nicht in allen Stücken billigten und dass sie auch mit ihrem Tadel nicht zurückhielten, wenn sie auch ihren Beamten vor Angriffen im Landtag gedeckt hätten. Jedesmal wird mir aber darauf erwidert, ein solcher Beamter wäre in Baden, in Hessen, in Württemberg einfach unmöglich und das Auftreten des Herrn von Kahr und die Stellung der bayerischen Regierung ihm gegenüber schade Bayern außerordentlich in der öffentlichen Meinung der übrigen süddeutschen Länder. (...) Nicht minder hat in letzter Zeit die Hindenburgfeier außerordentlich viel Aufsehen in Württemberg, Baden und Hessen erregt. Man hält den Überschwang der Feier und noch viel mehr ihren Zeitpunkt für ganz ungeeignet, für gefährlich, aufreizend und im Interesse Bayerns schädlich. Worte tiefen Misstrauens und tiefer Empörung über solche Vorkommnisse bekam ich zu hören oder wenigstens zu fühlen.“ Bericht des bayerischen Gesandten in Stuttgart an das Ministerium des Äußeren in München vom 8.10.1922., BayHStA, NL Held 484.

einem linksradikalen Anschlag auf seine Person. Er ging daher nur noch mit einer Pistole in der Manteltasche außer Haus.¹⁵²⁷ Niemand, der nicht noch ein höheres Ziel im Leben verfolgen würde, würde solchen Stress in Kauf nehmen - erst recht kein fast 60jähriger Spitzenbeamter, der ja sowieso schon einen der begehrtesten Posten des Landes besetzte. Kahr war im September 1921 nicht freiwillig gegangen. Der Abschied von der Spitze der Macht grämte ihn und ließ ihn nach wie vor nicht zur Ruhe kommen. Er arbeitete gezielt und unter größten Anstrengungen an seiner Rückkehr – und damit gegen Lerchenfeld. Dass sein Verhalten von der Regierung so hingenommen wurde, ist anschaulicher Beleg für die Schwäche, unter der das demokratische System in Bayern litt.

4.5. Bilanz der Regierungszeit

Hugo Graf Lerchenfeld kam als Ministerpräsident relativ überraschend von außerhalb – und er blieb außerhalb. Das galt für den Ministerrat, seine Partei und natürlich auch für die in Bayern so wichtigen vaterländischen Kräfte. Alleine aber konnte er im politischen Umfeld, das ihm Kahr in Bayern hinterlassen hatte, nicht wirken. Das galt sowohl für seinen Willen zur Aussöhnung mit dem Reich als auch für seinen Wunsch nach Verlagerung der politischen Agenda hin zu mehr ökonomischer Sachlichkeit – von seinen europapolitischen Friedensvisionen ganz zu schweigen. Es war nur eine Frage der Zeit, bis er sich den Gegebenheiten und den Einflüssen seines Umfelds in Bayern entweder fügen, oder schon viel früher hätte aufgeben müssen. Nun soll das nicht heißen, dass Lerchenfeld nicht selbst eine gewisse Grundlogik der Ordnungszelle schon zu Beginn seiner Amtszeit verinnerlicht gehabt hätte. Auch er war ein strikter Gegner der äußeren politischen Linken, auch er war mit aller Konsequenz überzeugter Föderalist und auch er war gewillt, Bayern als eine politische Alternative zum Reich zu sehen. Schon bald nach der Beruhigung des Streits um den Ausnahmezustand folgten neue Streitigkeiten mit Berlin, die Lerchenfeld auch auszutragen bereit war. Bei aller Wertschätzung der Harmonie war Lerchenfeld, wie er im Sommer 1922 bewiesen hatte, keinesfalls gewillt, dem Reich einen zu starken Einfluss auf Bayern zuzugestehen. Er nahm für dieses Ziel sogar einen herben Bruch der Reichsverfassung sowie die Gefahr einer Reichsexekution

¹⁵²⁷ Der Anblick eines jungen Matrosen, der vor seinem Amtssitz herumlungerte, sich dann aber von selbst verflüchtigte, brachte ihn bereits dazu, die Waffe zu entsichern. Es passierte sogar, dass er mit dieser Pistole auf offener Straße Personen stellte, die er für Attentäter hielt. Sie stellten sich jedoch als Polizisten heraus, die Kahr in Zivil bewachten. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1068f.

in Kauf. Doch er tat dies mit größerer Abwägung als Kahr noch im Jahr davor. Er war sich der Interessen des Reichs bewusst, entschied sich allerdings im Hinblick auf den Föderalismus und vor allem auf den politischen Druck, den die politische Rechte unter Androhung eines Putsches in Bayern ausübte, für den gewagten Schritt. Dass er danach in den Verhandlungen mit dem Reich eine milde Behandlung Bayerns im Sinne der Interessen derer, die diesen Druck ausübten, erreichen konnte, spricht dafür, dass er seinen Glauben an Vermittlung und Verhandlung noch nicht verloren hatte. Dass ihm dies aber keineswegs gedankt wurde, beweist, wie wenig er damit innerbayerisch erreichen konnte. Obwohl er sowohl bei der Aufhebung des Ausnahmezustandes als auch beim Streit um das Republikenschutzgesetz im föderalistischen Sinne gegenüber dem Reich mehr erreicht hatte, als Kahr es mit seiner unnachgiebigen Art je zu erreichen vermochte, wurden doch schnell die Rufe nach einer Rückkehr zur alten Linie, nach einer Rückkehr zu Kahr laut.

Wenn man nun die Frage stellt, inwiefern Graf Lerchenfeld zu einer Radikalisierung Bayerns beigetragen hat, so ergibt sich ein gespaltenes Bild. Natürlich konnte der Graf ganz anders als Kahr im rechten Lager differenzieren. Natürlich passten die dumpfe Propaganda, das nationale Getöse und vor allem der unter Kahr auch durch den Ministerpräsidenten gepflegte Revanchismus keinesfalls zum Wesen Lerchenfelds. Natürlich blickte er viel kritischer auf dieses Lager, vollzog einiges nicht mit und schritt in Union mit Schweyer sogar ein. Die Ablehnung, mit dem das rechte Spektrum von BMP und NSDAP dem Grafen gegenüberstand, belegt ganz klar, dass hier große Unterschiede aufeinander stießen. Dass Lerchenfeld einen Politikwechsel in Bayern anstrebte, ist unbestritten. Dennoch lässt sich nicht behaupten, dass Lerchenfeld diesen Wechsel in der bayerischen Politik mit letzter Konsequenz und Entschlossenheit herbeigeführt hätte. Nicht nur, dass viele Dinge nach wie vor geduldet wurden - auch Lerchenfeld pflegte, wenn auch schwächer als andere, den Geist der Ordnungszelle, dass in Bayern eine Alternative zur Reichspolitik zu sehen sei. Auch er stand prinzipiell zum System der paramilitärischen Verbände und der geheimen Waffenlager im Land und unternahm nichts hin zu einem staatlichen Gewaltmonopol, auch nicht als aus dem Umfeld Pittingers Putschdrohungen laut wurden. Und auch er kam am Ende, wie Kahr, zu dem Schluss, dass es akzeptabel sei, die Reichsverfassung zu brechen. So viele vernunftrepublikanische Züge Lerchenfeld gehabt haben mochte: Im Sommer 1922 stellte er sich nicht auf den Boden der Weimarer Tatsachen. Und gab damit im Endeffekt vielen anderen Kräften in Bayern das Signal, dass sie das auch nicht tun bräuchten. Der Graf hatte, das sei ihm

zugestanden, in seiner Amtszeit wegen solcher Fragen viele innerliche Kämpfe auszutragen. Seine Kräfte wurden bis zu seinem Rücktritt mehr und mehr aufgezehrt. Ob es ihm aber tatsächlich möglich gewesen wäre, in dem Umfeld, das ihn in Bayern umgab, und mit der mangelnden Unterstützung, unter der er litt, eine wesentlich andere Politik zu treiben, muss Spekulation bleiben. Ob er am Ende gar die Möglichkeit gehabt hätte, eine Akzeptanz des neuen Systems herbeizuführen, ebenso. Er hatte sich seine Ministerpräsidentschaft anders vorgestellt, als die Tatsachen in Bayern es erlaubten. Wenn Lerchenfeld im September 1922 über seine neuen Koalitionspartner von der Mittelpartei schrieb, dass es schwer zu kutschieren sei, wenn ein Gaul nach außen dränge,¹⁵²⁸ so kann man im Blick auf die gesamte Amtszeit des Grafen nur zugestehen, dass es in Wahrheit noch deutlich mehr Kräfte und Zwänge waren, die an ihm zerrten. Die Zügel hatte Lerchenfeld immer weniger in der Hand zu behalten vermocht.

5. Die Ministerpräsidentschaft Eugen von Knillings

Eugen von Knillings Ministerpräsidentschaft währte im Vergleich zu Kahr und Lerchenfeld am längsten, nämlich rund 18 Monate vom 8. November 1922 bis zum 5. Mai 1924. Geschäftsführend sollte er sogar noch bis 28. Juni 1924, bis zur Wahl Heinrich Helds im Landtag, im Amt bleiben. Das soll aber nicht bedeuten, dass seine Amtszeit ruhiger oder erfolgreicher verlaufen wäre. Auch Knilling musste sich am Ende gescheitert von der Spitze Bayerns zurückziehen. Die folgenden Kapitel werden - wie im Falle Kahrs und Lerchenfelds auch - zunächst Knillings Werdegang und seinen Weg zum Ministerpräsidenten beleuchten. Anschließend soll eine Charakterisierung seiner Amtsführung anhand einer Untersuchung seines allgemeinen politischen Stils sowie anhand von zentralen Themen erfolgen. Dem Versuch einer Einordnung in das politische Spektrum Bayerns anhand einer Analyse seines Verhältnisses zu den einzelnen Parteien folgt schlussendlich die Bilanz seiner Regierungszeit.

¹⁵²⁸ Vgl. Lerchenfeld an Held am 14.9.22, BayHStA, NL Held 484.

5.1. Knillings Weg vom Beamten über den königlichen Minister zum Berufspolitiker

Der spätere Ministerpräsident Eugen Knilling wurde am 1. August 1865 als Sohn des Ministerialrats Eugen Knilling in München geboren, wo er auf der Heilig Geist Schule und dem Wilhelmsgymnasium seine schulische Ausbildung genoss. Er zeichnete sich durch hervorragende Leistungen aus. So konnte er sein Studium der Rechtswissenschaften in München als Maximilianeums-Stipendiat bestreiten. Auch seine Dissertation von 1891, in der er sich mit dem Religionsedikt und dem bayerischen Konkordat beschäftigte, wurde ausgezeichnet. Der junge Jurist durchlief - wie Kahr und Lerchenfeld auch - die klassische Laufbahn der bayerischen Beamtenelite, in welcher sich Stationen in den Bezirksämtern mit Abschnitten in den Ministerien abwechselten.¹⁵²⁹ Während seiner ersten Jahre im Staatsdienst heiratete Knilling Ende 1892 seine Frau Maria Magdalena, geborene Berr. Später ging aus dieser Ehe ein Sohn, Walter von Knilling, hervor.¹⁵³⁰ Nach seiner Zeit als Bezirksamtsassessor in Rosenheim wechselte er über die Regierung von Oberbayern 1899 ins bayerische Innenministerium. Danach leitete er das Bezirksamt in Vilshofen, bis er 1902 an seiner vorläufig wichtigsten Karrierestation ankam, dem Bayerischen Staatsministerium des Inneren, wo er sich mit Kirchen- und Schulangelegenheiten beschäftigte. Hier sollte er es bis 1908 zum Ministerialrat bringen und hier gelangte er über den persönlichen bis in den erblichen Adelsstand. Am 12.2.1912 wurde er in die zentrumsnahe Regierung Hertling berufen und bekleidete dort bis zur Novemberrevolution das Amt des bayerischen Kultusministers.¹⁵³¹ Der Mann, der im November 1922 an die Spitze des bayerischen Staates treten sollte, konnte also wie seine Vorgänger auf eine fundierte Laufbahn im ehemaligen Königreich Bayern zurückblicken und verfügte von daher über ein unbestreitbares Ansehen.

Knilling empfand sich zwar in erster Linie als Beamter, doch ihm war eine grundsätzlich konservative Neigung zu Eigen, die ihn vom im Beamtenstand verbreiteten Liberalismus der Monarchie etwas distanzierte. Durch diese Mischung passte er in das neue Ministerium des Zentrumsmanns Hertling, das zwar richtig als das erste Ministerium im

¹⁵²⁹ Vgl. Lilla, Landtag, S. 408. Vgl. ferner.: Albrecht, Landtag, S. 31.f.

¹⁵³⁰ Vgl. Direktion der bayerischen Staatsschuldenverwaltung an Hauptkasse am 20.1.1928, BayHStA, MF 67059. Vgl. ferner Personalakt Knilling, BayHStA, MK 54138.

¹⁵³¹ Vgl. Lilla, Landtag, S. 408, vgl. ferner Albrecht, Landtag, S. 31.f.. Vgl. ferner Übersicht über die Versorgungsbezüge nach dem Pensionsbegrenzungsgesetz für den Staatsminister a.d. Dr. Eugen von Knilling in München, BayHStA, MF 67059.

Königreich bezeichnet wird, das entsprechend der konservativen Mehrheit im Landtag den parlamentarischen Machtverhältnissen Rechnung getragen hat, jedoch noch ein gutes Stück weit davon entfernt war, eine wirkliche parlamentarische Regierung zu sein. Eine wahre Verantwortungsübernahme durch die Zentrumspartei, wie sie etwa durch die Berufung der Parteigrößen Pichler oder Orterer denkbar gewesen wäre, erfolgte schon damals nicht. Stattdessen machte Hertling sofort nach Amtsantritt unmissverständlich darauf aufmerksam, dass er sich ausdrücklich nicht seiner Parlamentsmehrheit, sondern nur der bayerischen Krone verantwortlich fühle. In der Praxis verschloss sich sein Ministerium dementsprechend immer wieder den Eingaben und Wünschen des Abgeordneten Georg Heim.¹⁵³² Auch Knilling verfügte dementsprechend über keine wirkliche Vorerfahrung, was die parlamentarische Regierungsform anging. Dennoch war er trotz solcher Vorbehalte für die Botschaften und Anschauungen der Zentrumspartei durchaus empfänglich, etwa als er nach dem Zutun kirchenfreundlicher Kräfte im Juli 1914 den „konfessionslosen Moralunterricht“ an bayerischen Schulen verbieten ließ.¹⁵³³ Im Laufe der Zeit übernahm der Minister in diesem, bei den Sozialdemokraten sehr umstrittenen Punkt, fast gänzlich die Argumentationslinien der Zentrumspartei, wonach die Belange der katholischen Mehrheit deutlich vor denen einzelner Freigeister zu behandeln seien.¹⁵³⁴ Schon in der Monarchie wiesen sich also programmatische Schnittmengen mit der konservativen Mehrheitspartei auf, ohne dass Knilling sich innerlich als vom Parlament abhängig hätte fühlen müssen.

Allgemein pflegte Knilling während seiner Amtszeit als königlich bayerischer Minister einen ruhigen Stil, der jede Konfrontation nach Möglichkeit vermied. Andreas Kraus ließ dies zu dem Urteil kommen: „Knilling war so farblos, dass er nicht einmal als Kultusminister Anstoß erregt hatte, obwohl es keinen bayerischen Kultusminister bis dahin und nach ihm gegeben hat, der nicht bei irgendeiner Gruppe heftigen Widerstand erzeugte.“¹⁵³⁵ Knilling brachte in der Tat keine großen Neuerungen in das bayerische Schulwesen, das seit Jahrzehnten durch die verhärteten Fronten zwischen kirchenfreundlichen und liberalen Kräften gelähmt war. Lediglich ein organisatorischer Wandel im Ministerium, welches sich fortan in die vier Sparten „Katholischer Kultus“, „Mittelschulen“, „Protestantischer Kultus und Hochschulen“ und „Volks- und landwirtschaftliches Schulwesen, allgemeine Angelegenheiten“ gliederte, kam 1912 mit

¹⁵³² Vgl. Löffler, Stationen, 979ff.

¹⁵³³ Vgl. Albrecht, Landtag, S. 69f.

¹⁵³⁴ Vgl. Albrecht, Landtag, S. 137f.

¹⁵³⁵ Kraus, Geschichte, S. 679.

der Amtszeit Knillings.¹⁵³⁶ Kraus mag Knilling aber insofern etwas Unrecht tun, da er eben nicht wie seine Vorgänger liberaler Minister in einem liberalen Kabinett war, den eine Zentrumsmehrheit im Landtag und der Klerus argwöhnisch beäugte. Der Kultusminister war ein zentrumsnaher Katholik in einem zentrumsnahen Kabinett, was spektakuläre Auseinandersetzungen mit Landtag und Kirche erheblich unwahrscheinlicher machte. Seine wenig Aufsehen erregende Amtszeit an der Spitze des Kultusministeriums war also nicht nur seiner Persönlichkeit, sondern zu sehr großen Teilen auch der politischen Großwetterlage in Bayern geschuldet.

Mit Beginn des Weltkriegs stellte sich der Kultusminister in den Dienst der Kriegspolitik. Er bemühte sich aktiv und nicht ganz ohne Erfolg, die beiden Kirchen dahingehend zu beeinflussen, der wachsenden Kriegsmüdigkeit durch den Einbau von Durchhalteparolen in die Predigten zu begegnen.¹⁵³⁷ Auch hinsichtlich der militärischen Erziehung der Jugend fügte Knilling seine Politik in die Belange der Zeit ein. Dennoch: Knilling nahm die Unterordnung seines Ressorts unter die Kriegsbedürfnisse auch mit Bedauern wahr und versuchte stellenweise eine gewisse Eigenständigkeit des Kultusministeriums zu bewahren. 1914 verwendete er sich dafür, dass die höheren Klassen zwar über das Kriegsgeschehen unterrichtet würden, man aber von einer bewussten Erziehung zum Hass auf die verfeindeten Nationen jedoch Abstand nehmen solle.¹⁵³⁸ 1916 stellte er gar vor der Kammer der Reichsräte die Verhältnismäßigkeit der enormen Ausgaben für den Krieg zu den sonstigen Bedürfnissen der Völker in Frage.¹⁵³⁹ So sehr sich Knilling also pflichtbewusst in den Dienst der Sache gestellt hatte, so war er trotzdem kein blinder Kriegstreiber. Knilling war zudem von jeher überzeugter Anhänger eines hohen Beamtenideals. Im letzten Drittel des Krieges fürchtete Knilling, dass der Respekt der Zivilbevölkerung vor den Beamten sinken würde.¹⁵⁴⁰ Er mochte in diesem Sinne in der Revolution nicht nur den Verlust seines Ministeramtes, sondern auch den Verfall und Untergang der Ordnung erblickt haben, in welcher er als Beamter so glänzende Karriere gemacht hatte und in welcher er sich im Alter von Anfang 50 noch eine erfreuliche Zukunft hätte ausmalen können. Im Gegensatz zu Eisner und Hoffmann hatte auch er dem neuen Staat zunächst den Verlust alter Sicherheiten zu verdanken. Es mag somit durchaus

¹⁵³⁶ Vgl. Spindler, Handbuch IV/II, S. 401f.

¹⁵³⁷ Vgl. Albrecht, Landtag, S. 129ff.

¹⁵³⁸ Vgl. Albrecht, Landtag, S. 140.

¹⁵³⁹ „Und es werden Zeiten kommen, nicht bloß in Deutschland, sondern auch in den jetzt feindlichen Ländern, wo man herzlich froh darum wäre, zur Befriedigung wichtiger segensreicher Kulturaufgaben auch nur einen Teil der Mittel zur Verfügung zu haben, die jetzt oft die menschenvernichtende Kanonade eines einzigen Tages verschlingt.“ Zit. bei Albrecht, Landtag, S. 139.

¹⁵⁴⁰ Vgl. Albrecht, Landtag, S.226f.

eine Sehnsucht nach diesen vergangenen Zeiten und ein Missfallen an den Ungewissheiten der neuen Republik mitgeschwungen haben, als er beispielsweise im Frühjahr 1923 eine Rede vor tausenden Bauern mit dem Wahlspruch der Wittelsbacher „In Treue fest!“¹⁵⁴¹ beendete.

Nach der Revolution und dem damit verbundenen Verlust seines Ministeramts begann Knilling schnell, sich einen neuen Karriereweg mittels parteipolitischer Betätigung zu suchen. Man könnte sogar sagen, dass er sich zügig mit der Situation abfand und nun zielstrebig die Nähe der für die nächste Zukunft aussichtsreichsten Kraft in Bayern, der BVP, suchte. Anders als bei Kahr oder Lerchenfeld kann bei Knilling nicht die Rede davon sein, dass die BVP einen „Außenseiter“ zum Ministerpräsidenten erkoren hatte. Im Gegenteil: Der ehemalige königliche Kultusminister des Kabinetts Dandl sollte zum Zeitpunkt seines Amtsantritts als Ministerpräsident nicht nur längst als einer der fähigsten Männer der Partei gehandelt werden¹⁵⁴², er hatte für diesen Ruf auch schon einiges in tragender Funktion geleistet. Sein Weg ging mit Entschlossenheit in die bayerische Politik.

Knilling war in der Weimarer Zeit erstmals bei den Münchener Kommunalwahlen im Juni 1919, also unmittelbar nach dem Ende der Räteherrschaft, als Bürgermeisterkandidat in Erscheinung getreten. Er wurde hierbei neben der BVP auch durch die „Liberale Bürgerpartei München“ und die „Hausbesitzergruppe Josef Humar“ unterstützt. Zwar konnte er mit 33 % der Wählerstimmen bei der Direktwahl knapp vor dem Kandidaten der USPD das beste Ergebnis unter den Bewerbern einholen, von der nötigen absoluten Mehrheit blieb er jedoch weit entfernt. Da nach damaligem Wahlrecht die Entscheidung in diesem Fall nicht durch eine allgemeine Stichwahl, sondern durch Stadtratsabstimmung herbeizuführen war, einigten sich die Linksparteien auf den Bewerber der Mehrheitssozialdemokratie Eduard Schmid, obgleich dieser bei der Direktwahl als drittstärkster Kandidat lediglich 19,5 % der Stimmen auf sich vereinen konnte.¹⁵⁴³ Trotz seines schlussendlichen Scheiterns bleibt festzuhalten, dass Knilling hier eindeutig als Spitzenkandidat der Volkspartei auftrat. Er personifizierte sie in einem Wahlkampf mitten im politischen Zentrum des Freistaats.

Knilling bemühte sich nach dieser missglückten Bürgermeisterkandidatur weiterhin um eine einflussreiche Position in der Republik. In der Forschung bislang gänzlich unerwähnt

¹⁵⁴¹ Oberbayerischer Generalanzeiger Nr. 111 vom 15. Mai 1923.

¹⁵⁴² Vgl. Willing-Franz, Hitlerbewegung, S. 226.

¹⁵⁴³ Vgl. Steinborn, Kommunalpolitik, S. 170ff. Vgl. ferner Gasteiger, Gemeindepolitik, S. 17.

blieb, dass er hierfür – ähnlich Lerchenfeld – auch in die Dienste des Reichs trat. So wurde er im Februar 1920 zum „Vertreter des Präsidenten der Reichsentschädigungskommission“ berufen und war damit zuständig für die „obere Leitung der Spruchkommission für Auslandsschäden“¹⁵⁴⁴ in München, Nürnberg und Ludwigshafen. Freilich hatte er, anders als Lerchenfeld, für diese Aufgabe in Reichsdiensten Bayern nicht zu verlassen, aber immerhin verfügte er damit über mehr persönliche Berührungspunkte mit der Reichsregierung, als Kahr sie jemals vorweisen konnte. Größeres Interesse schien Knilling jedoch an einer Karriere beim Reich nicht gehabt zu haben. Obgleich er seine Funktion für das Reich offiziell bis zum 30.6.1921 innehatte,¹⁵⁴⁵ galt Knillings wahres Interesse doch der bayerischen politischen Ebene. Schon sehr bald nach der verlorenen Bürgermeisterwahl sollte sich die nächste Gelegenheit dazu ergeben. Bei den Wahlen 1920 kandidierte Knilling als Kandidat der BVP für den Landtag. Er hatte sich damit also bewusst gegen eine Verwaltungsfunktion beim Reich, gegen die mögliche Rückkehr in den bayerischen Beamtenapparat und für die Politik entschieden, obgleich er die Auswahl gehabt hätte. Er kann somit zu dieser Zeit keinesfalls mehr als „unpolitischer Beamter“ gesehen werden, der in die Politik gedrängt worden wäre.

Der Parlamentarier Knilling entpuppte sich bald als alles andere als ein Hinterbänkler, der nur dank seiner vergangenen Lorbeeren den Weg ins Parlament gefunden hatte. Innerhalb der BVP begegnete man ihm mit großem Vertrauen und übertrug ihm einiges an Verantwortung. Während der schwierigen Debatten um Bayerns Umgang mit der Republikschutzgesetzgebung des Reiches saß er als Vertreter der BVP-Fraktion bereits mit am Ministertisch.¹⁵⁴⁶ In der BVP-Fraktion hatte er nicht nur in dieser Frage eine rege Mitarbeit entwickelt.¹⁵⁴⁷ Schon zu Kahrs Zeiten brachte sich Eugen von Knilling, im Gegensatz zu so manchen anderen, eher schweigsamen Abgeordneten der Fraktion, stets zu den zentralen Punkten wie Einwohnerwehrfrage¹⁵⁴⁸ oder der Herbstkrise 1921¹⁵⁴⁹ ein. Er war Mitglied des wichtigen Finanzausschusses.¹⁵⁵⁰ Im Plenum des Parlaments entwickelte sich Knilling zu einem äußerst tüchtigen Redner und Repräsentanten seiner

¹⁵⁴⁴ Vgl. Reichsministerium für Wiederaufbau an das bayerische Ministerium des Äußeren am 6.7.1921, BayHStA, MF 67059.

¹⁵⁴⁵ Reichsminister für Wiederaufbau an den bayerischen Staatsminister der Finanzen am 1.8.1921, BayHStA, MF 67059.

¹⁵⁴⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 8.8.1922, BayHStA, MA 99517.

¹⁵⁴⁷ Vgl. Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 86.

¹⁵⁴⁸ Vgl. Kraupa, BVP-Fraktion, S. 73.

¹⁵⁴⁹ Vgl. Kraupa, BVP-Fraktion, S. 101.

¹⁵⁵⁰ Vgl. Bayerischer Landtag, Finanzausschuss, Sitzungsberichte, Band 13 ff.

Partei. Häufig trat er in wichtigsten Landtagssitzungen ans Pult, so etwa bei der Aussprache zur ersten Stellungnahme des zweiten Kabinetts Kahr,¹⁵⁵¹ anlässlich der ersten Regierungserklärung Lerchenfelds¹⁵⁵² oder zur Haushaltsdebatte im Mai 1922.¹⁵⁵³ In den kritischen Tagen um den Rücktritt Kahrs gehörte Knilling gemeinsam mit Stang und Horlacher einer Abordnung an, die Kahr im Namen der Fraktion auf das vorläufige Ende seiner Ministerpräsidentschaft einstimmen sollte.¹⁵⁵⁴ Knilling war also in seinen Aufgaben als Abgeordneter und Fraktionsmitglied sehr erfolgreich und offensichtlich bestens motiviert.

Als es nun im Oktober 1922 galt, einen neuen Ministerpräsidenten zu finden, wurde Knilling eindeutig als ein Parlamentarier aus der Mitte der Fraktion aufgefasst. Er war, anders als Kahr oder Lerchenfeld, kein Wunschkandidat von außen, den man nicht in direkte Verbindung mit der Partei bringen könne. Der Abgeordnete Karl Scharnagl beklagte dies ganz offen. Auch Held bedauerte, dass, nachdem beispielsweise Staatsrat Meyer abgelehnt und man auch von einer Beförderung eines bereits amtierenden BVP-Ministers deutlichen Abstand genommen hatte, sich nur mehr Knilling anbot, der eigentlich „für bessere Zeiten aufzuheben“¹⁵⁵⁵ sei. Held verdeutlichte damit seine Skepsis, dass angesichts der schwierigen politischen Lage eine erfolgreiche Amtsführung überhaupt möglich sein könnte und Knilling selbst teilte wohl diese Befürchtung. Die Fraktion plagten, anders als bei Kahr oder Lerchenfeld, im Sinne eines gewissen Korpsgeistes Mitleid und Bedenken für einen aus ihrer Mitte, der nun bei Anbruch eines schweren Winters öffentlich Verantwortung übernehmen sollte. Immerhin drehten sich die Diskussionen in der Fraktion zur Zeit des Amtsantritts Knilling nicht um große Gestaltungsspielräume und Alternativen für die bayerische Politik, sondern waren notgedrungen in elementarsten Fragen der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung gefangen.¹⁵⁵⁶ Und weil Knilling ein Mann aus der Mitte der Fraktion war, musste sie sich auch die Frage stellen, ob man in der Öffentlichkeit das absehbare Scheitern ihres Kandidaten an diesen Herausforderungen nicht am Ende mehr als im Falle Kahrs oder Lerchenfeld direkt auf die Fraktion zurückführen würde. Schlittenbauer stellte fest, dass ein Parlamentarier „in diesem Winter eine Gefahr für seine Partei“¹⁵⁵⁷ sei. Die

¹⁵⁵¹ Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 4. Sitzung vom 21.7.1920.

¹⁵⁵² Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 79. Sitzung vom 30.9.1921.

¹⁵⁵³ Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 127. Sitzung vom 30.5.1922.

¹⁵⁵⁴ Vgl. Kraupa, BVP-Fraktion, S. 104.

¹⁵⁵⁵ Zit. bei Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 94.

¹⁵⁵⁶ Vgl. Niedermaier, BVP-Fraktion, S. 27ff.

¹⁵⁵⁷ Zit. bei Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 94.

offensichtliche Verbundenheit zwischen Fraktion und Ministerpräsident war immerhin ein wirkliches Novum für die BVP.

Fasst man schließlich Knillings Weg vom Beamten zum Ministerpräsidenten zusammen, so ergeben sich sowohl Überschneidungen als auch Unterschiede zu seinen Vorgängern. Mit beiden gemeinsam hatte er eine solide Ausbildung als Jurist und eine erfolgreiche, klassische Laufbahn im Beamtentum der Monarchie. Er konnte hierbei als gewesener Kultusminister formal gesehen sogar auf den größten Erfolg verweisen. Ein weitgehend tadelloser Ruf eilte ihm voraus. Anders als Lerchenfeld hatte er sich bereits vor seiner Ministerpräsidentschaft einen Namen in der Partei gemacht, auch wenn er noch längst nicht an die Bekanntheit eines Heim oder Held heranreichte. Er war damit deutlich „mehr Politiker“ als seine Vorgänger und verfügte im Gegensatz zu Kahr und Lerchenfeld über kein aktives Beamtenverhältnis mehr, sondern über ein parlamentarisches Mandat, als er von der BVP für die Ministerpräsidentschaft vorgeschlagen wurde. So mag sein Lebenslauf im großen Ganzen gesehen die Bezeichnung „Beamtenministerpräsident“ in gewissem Sinne rechtfertigen, für seine Situation unmittelbar vor Amtsantritt aber kann dies nicht gelten. Sowohl Parlament als auch Ministerrat waren für Knilling zu diesem Zeitpunkt keine neuen Erfahrungen mehr. Auch wenn die alleroberste Spitze der BVP sich nach wie vor zurückhielt, so sollte im Herbst 1922 mit Knilling doch eine sehr etablierte Persönlichkeit für die BVP die Führung Bayerns übernehmen.

5.2. Knillings Amtsantritt und seine Startbedingungen

Zu Knillings Amtsantritt im November 1922 hielt der Ministerialbeamte Sommer fest: „Der frühere bayerische Kultusminister Dr. von Knilling, ein Mann von seltenen Gaben des Geistes und ein überragender Kenner der Verwaltung. (...) Er war als Gegner der Rechtsradikalen über jeden Zweifel erhaben. Auf der anderen Seite war er nach seiner politischen Vergangenheit, obwohl überzeugter Katholik, doch nicht so ganz „schwarz“, galt vielmehr als Repräsentant des toleranten alten bayerischen Beamtenliberalismus nationaler Prägung. Maßgebend für seine Berufung war vor allem folgende Erwägung: Unter Kahr hatte das Pendel zu weit nach rechts ausgeschlagen. Unter dem Grafen Lerchenfeld – so ließ man sich einreden- zu weit nach links.(...) Jetzt musste, so überlegte man und so fügte man sich der Propaganda der Rechten, ein Mann von nationalem Einschlag Ministerpräsident werden, der aber gleichzeitig stark genug sei, um dem

Rechtsradikalismus entgegnetreten zu können.¹⁵⁵⁸ Diese Ansicht Sommers und die entsprechenden Erwartungen in den neuen Mann dürften sehr verbreitet gewesen sein, auch wenn der Fortgang der Geschichte noch zeigen wird, dass sie verfehlt waren. Staatsrat Schmelzle urteilte: „Dr. von Knilling war ein Mann von ungewöhnlicher Intelligenz, von reichem Wissen und großer Erfahrung, außerordentlich gewandt und schlagfertig, aber ein großer Zyniker und ein starker Egoist ohne ein inneres Verhältnis zu den Menschen und den Dingen. Als Politiker war er Opportunist, der sich gerne nach denen zu richten suchte, die im Landtag die ausschlaggebende Rolle spielten.“¹⁵⁵⁹ Damit schrieb Schmelzle Knilling einiges Machtstreben in der BVP zu.

Hatte die Partei nun also endlich ohne wenn und aber einen der besten verfügbaren Männer aus ihren Reihen an die Spitze gestellt? War die Partei in der modernen Auffassung von einer parlamentarischen Regierung angekommen und langfristig gewillt, die Zeit der sogenannten Beamtenministerpräsidenten zu beenden? Eher nicht – denn der Wahl Knillings ging, wie erwähnt, keineswegs ein klarer Wille, sondern eine lange und zögerliche Debatte voraus. Abermals kennzeichnete die BVP bei ihrer Entscheidungsfindung eine undurchsichtige „Hinterzimmerdiplomatie“¹⁵⁶⁰, die zu einem wesentlichen Teil außerhalb der offiziellen Gremien stattfand. Unverändert wäre es der Fraktion lieber gewesen, wenn sie der vorrevolutionären Gewohnheit entsprechend eine Regierung vom Landtag aus kontrollieren hätte können, anstatt selbst eines ihrer Mitglieder an die Spitze der Regierung zu entsenden. Die anfängliche Personaldiskussion um Staatsrat Meyer verdeutlicht, dass sich der Wunsch nach einem „Beamtenministerpräsidenten“ eher gefestigt hatte, als dass er schwächer geworden wäre. So einigte man sich erst am 3.11.1922 auf Knilling, ohne mit dieser Lösung wirklich ganz zufrieden zu sein. Laut dem Sitzungsprotokoll stilisierte Knilling dementsprechend seine Bereitschaft, ganz ähnlich wie einstmal Kahr, als großes, persönliches Opfer: „Seine persönlichen Gefühle würden ihn wohl zu einem ‘Nein’ veranlassen, aber die peinliche Lage der Partei veranlasse ihn doch anzunehmen. Er könne aber in dieser schweren Zeit nur vorangehen, wenn er und solange er die Fraktion hinter sich habe. Er bitte um Offenheit und um fortdauerndes freundschaftliches Vertrauen. Er hoffe nur, dass sein Opfer dem Vaterlande zum Wohle gereichen möge.“¹⁵⁶¹

¹⁵⁵⁸ Sommer, Beiträge, S. 166.

¹⁵⁵⁹ Zit. bei Menges, Schmelzle, S. 67.

¹⁵⁶⁰ Schilcher, Parlamentarismus, S. 158.

¹⁵⁶¹ Zit. bei Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 95.

Die geringen Erfolgsaussichten, die die Fraktion Knilling zugesprochen hatte, hatten durchaus ihre Berechtigung. Waren die ökonomischen Startbedingungen bereits für Hoffmann, Kahr und Lerchenfeld äußerst schwierig und trüb, so war auch bei Knillings Amtsantritt keinerlei Besserung und keinerlei positive Hoffnung in Sicht – im Gegenteil. Die BVP hatte nicht nur den Abgang des unpopulären Grafen Lerchenfeld zu verkraften, vielmehr musste sie sich bewusst sein, dass das Land vor enormen Problemen stand, die der Wintereinbruch angesichts des Mangels an Brennmaterial und Nahrung noch verstärken würden. Die Inflation, die anfangs noch auch ihre positiven Effekte hinsichtlich der Exportwirtschaft gehabt haben mochte, wandelte sich angesichts ihres steigenden Tempos und damit der Unmöglichkeit von vernünftigen Wirtschaftskalkulationen endgültig ins Schlechte.¹⁵⁶² Sie machte keine Anzeichen, sich zu beruhigen. Die kurze Zeit der Vollbeschäftigung war zu Ende und 1923 wuchs die Arbeitslosigkeit in immer dramatischere Dimensionen.¹⁵⁶³ Stand im Dezember 1921 der Dollar noch bei 192 Mark, so waren es im Dezember 1922 schon 7594 Mark. Bankvermögen, Renten, Spareinlagen waren damit schon zu Knillings Amtsantritt im Grunde entwertet, was gerade den Mittelstand und die Akademiker für radikale Parolen extrem anfällig machte.¹⁵⁶⁴ Knilling musste schon in der zweiten Ministerratssitzung unter seiner Leitung deprimierende Berichte des Finanzministers Krausneck und des neuen Handelsministers von Meinel über die desolate Lage sowohl der Staatskasse als auch des bayerischen Gewerbes entgegennehmen,¹⁵⁶⁵ die dennoch erst ein Vorgeschmack auf das sein sollten, was Ruhrkampf, Hyperinflation und Warenmangel noch bringen würden. Die Landtagsopposition heizte die Stimmung in der Politik an. Der Sozialdemokrat Timm ging in der Münchner Post fast wie selbstverständlich von bald kommenden „Hungerkrawallen“¹⁵⁶⁶ aus. Auch der wirtschaftliche Unfrieden zwischen Stadt und Land steigerte sich während der gesamten Regierungszeit Knillings und förderte die Unruhe im Land. Das lag zum großen Teil an der insgesamt mangelnden Lebensmittelversorgung Bayerns, unter der die Bauern als Produzenten natürlich am wenigsten zu leiden hatten. Hinzu kam allerdings, dass die bäuerliche Bevölkerung trotz Zwangsablieferung der Lebensmittel und trotz sich schnell beschleunigender Inflation

¹⁵⁶² Vgl. Rudloff, Notjahre, S. 351.

¹⁵⁶³ Vgl. Sperl, Wirtschaft, S. 499.

¹⁵⁶⁴ Vgl. Götschmann, Wirtschaftsgeschichte, S. 274ff. Anfang Herbst 1922 war 1kg Roggenbrot, das im Jahr zuvor noch mit 3,80 Mark berechnet wurde, für bereits 16,40 Mark zu erstehen. Für den Liter Milch, der im vorherigen Herbst noch für 3,05 Mark zu haben war, mussten die Bürger inzwischen 26,-- Mark aufbringen. Vgl. Sperl, Wirtschaft, S. 491.

¹⁵⁶⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 27.11.1922, BayHStA, MA 99518.

¹⁵⁶⁶ Münchener Post Nr. 266 vom 15.11.1922.

deutlich mehr Möglichkeiten hatte, ihre Gewinne in feste Werte umzulegen.¹⁵⁶⁷ Kahr und eingeschränkter auch Lerchenfeld hatten zumindest noch die Chance gehabt, Missstände in die angebliche Verantwortung des Reiches abzuschieben. Die Regierung Knillings sollte angesichts des immer offensichtlicher einsetzten Mangels an Heizmaterial und Nahrung, die den Menschen immer drastischer vor Augen kamen, mehr als ihre Vorgänger in der öffentlichen Wahrnehmung zur Verantwortung gezogen und zum Zielobjekt radikaler Hetze werden. Dennoch hatte sie realistisch kaum eine Chance, den Verfall noch zu bremsen.¹⁵⁶⁸ Das waren die Gefahrenpotentiale, deren sich die BVP-Spitze voll bewusst war¹⁵⁶⁹, als sie Knilling zu Lerchenfelds Nachfolger erkor. Darüber hinaus blieb der Ministerrat personell unverändert und setzte sich damit genau aus den Personen zusammen, die Lerchenfelds Bemühungen, eine Antwort auf das Problem der Inflation zu finden, nicht nachvollziehen wollten oder konnten, was für eine grundsätzliche Ratlosigkeit der politischen Elite Bayerns spricht. Somit ist es Knilling wohl am ehesten zu glauben, wenn er nicht nur in öffentlichen Reden, sondern auch im geschlossenen Kreis seiner Fraktionskollegen das Amt als Bürde darstellte.¹⁵⁷⁰

Die wirtschaftliche Not ging mit einer dementsprechend politisch angespannten Lage innerhalb Bayerns einher. Es waren somit keinesfalls Knillings Qualifikationen alleine, die ihn als Möglichkeit erscheinen ließen. Man bedurfte auch eines Mannes, der in die politische Großwetterlage der Zeit passte. Damit war der Spielraum der BVP zusätzlich beschränkt. Ohne Zweifel stand während aller Verhandlungen, dass der neue Mann vor allem deswegen nötig sei, weil Lerchenfeld durch die Propaganda der Rechtsradikalen unmöglich gemacht wurde und in Folge dessen auch den nötigen Rückhalt im Volk einbüßen musste. Dieses rechte Lager fürchtete die BVP und darauf galt es mit einem geeigneten Kandidaten zu reagieren. Der Vorschlag des Hardliners Meyer sowie die letztendliche Kandidatur Knillings waren somit als Hommage nach rechts zu verstehen.

¹⁵⁶⁷ So mehren sich ab November 1922 die Berichte, dass Bauern ganze Geschäfte an Schuhen, Textilien und sonstigen Gebrauchsgegenständen völlig leer kauften und nach wie vor dörfliche Feste, wie Vereinsjubiläen oder Fahnenweihen abhielten, was unter der notleidenden Stadtbevölkerung den größten Unmut erzeugte. Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 194.

¹⁵⁶⁸ Vgl. Sperl, Wirtschaft, S. 417.

¹⁵⁶⁹ So hatte sich Georg Heim um diese Zeit sorgenvoll an Finanzminister Krausneck gewandt, indem er feststellte, dass es enorme Probleme bei der Bezahlung der für das Ansehen der Partei nicht unwichtigen Geistlichen im Land gab: „Was ist’s denn mit der Auszahlung der Gehälter der Geistlichen? Die Leute bekommen ja das Geld wenn’s entwertet ist. Das ist ein wahrer Jammer. Ich hatte gestern Gelegenheit, Einblick zu gewinnen in persönliche Verhältnisse eines solch armen Teufels. Das stößt einem das Herz ab. Der Mann hat buchstäblich wörtlich genommen bis heute noch kein warmes Zimmer gehabt. Er konnte sich weder Holz noch Kohle kaufen und geht einem trostlosen Winter entgegen.(...) Das schlimmste, was passieren kann, ist, dass einer der Herren stirbt, wenn er etwas zuviel bekommen hat.“ Heim an Krausneck am 2.11.1922, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 1312.

¹⁵⁷⁰ Vgl. Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 95.

Die „Fühlungnahme mit den Organisationen“¹⁵⁷¹ benannte Held in diesem Sinne vor der Fraktionsabstimmung zur Kandidatur Knillings unmissverständlich als die große Aufgabe des neuen Ministerpräsidenten. Doch die Situation im rechten politischen Lager war nicht einfacher geworden. Zusätzlich zum Druck durch die Verbände kam nun eine nach Lerchenfelds Ende vor Selbstbewusstsein strotzende Mittelpartei. Sie konnte nur mit Mühe davon abgehalten werden, sich auf eine Forderung nach einem zweiten Ressort, namentlich dem Handelsministerium des BVP Mannes von Meinel, zu versteifen.¹⁵⁷² Mit Knilling wurde also auch ein Mann gewählt, von dem man hoffte, dass er diesem Druck von rechts standhalten könnte. Es war somit klar, dass der Kurs in Bayern möglichst öffentlichkeitswirksam weg von der Politik Lerchenfelds nach rechts gehen musste, wenn die BVP größere Erschütterungen vermeiden wollte.

Knilling konnte sich allerdings nur eingeschränkte Hoffnungen machen, eine große Popularität in der vaterländischen Verbändelandschaft und auch im gesamten Volk zu erringen. Dies lag nicht nur an den tristen Aussichten angesichts der schlechten Versorgungslage der Bevölkerung, sondern noch an einem anderen Aspekt: Auch Knilling litt, wie sein Vorgänger Lerchenfeld, von Anfang an an der im Lande nach wie vor vorhandenen Kahr-Begeisterung, die eine schwere Bürde für jeden Ministerpräsidenten sein musste. Besonders deutlich zeigte sich dies in der den Koalitionsparteien nahestehenden Presse anlässlich Kahrs 60. Geburtstag kurz nach Knillings Amtsantritt im Dezember 1922. Hier sprach unter anderem der Bayerische Kurier den innigen Wunsch aus, dass „Exz. v. Kahr noch lange seine wertvollen Dienste dem bayerischen Staate widmen“¹⁵⁷³ möge. Knilling stattete Kahr schon bald nach seinem Amtsantritt einen Besuch ab,¹⁵⁷⁴ wozu Kahr in seinen Lebenserinnerungen abfällig festhielt: "Auch so weich wie Lerchenfeld, aber viel viel klüger und wenn er so handle wie Lerchenfeld, werde man das bei ihm erst sehr spät merken."¹⁵⁷⁵ Er stellte sich

¹⁵⁷¹ Held weiter: „Diese (die Verbände, A.d.Verf.) seien selbst eine Staatsnotwendigkeit; man könne ohne und gegen sie einen Mann nicht halten.“ Zit. bei Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 95.

¹⁵⁷² Vgl. Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 98.

¹⁵⁷³ Bayerischer Kurier Nr. 413 vom 29.11.1922. Die Bayerische Staatszeitung feierte Kahr als „selbstlos und treu“. Bayerische Staatszeitung Nr. 277 vom 29.11.1922. Und das Hauptorgan der Deutschnationalen äußerte: „Möge er in seiner Frische, dem besten Gottesgeschenk, das er besitzt, uns zur rechten Stunde an den Platz führen, der uns Deutschen in Europa gebührt!“ München-Augsburger Abendzeitung Nr. 396 vom 29.11.1922.

¹⁵⁷⁴ Als Grund gab Kahr in seinen Erinnerungen an, dass der neue Ministerpräsident ihm versichern wollte, dass er nie den Plan verfolge, einer Rückkehr Kahrs ins Amt im Wege zu stehen. Kahr jedenfalls nutzte diese Unterredung um seinen Nachfolger „rückhaltlos“ auf dessen vergleichsweise mangelnde Beliebtheit in den vaterländischen Kreisen hinzuweisen. Kahr unterstellt Knilling in seinen Lebenserinnerungen, schon längst die Ministerpräsidentenschaft in Bayern angestrebt zu haben, was Kahr im Rückschluss als Kritik an seiner eigenen Politik verstand. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1073.

¹⁵⁷⁵ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1075.

somit schon zu Anfang von Knillings Amtszeit in einen gewissen Konkurrenzkampf¹⁵⁷⁶ um die größere Popularität mit ihm und erwies ihm damit nicht viel mehr Respekt, als er Lerchenfeld erwiesen hatte. Knilling hatte damit das gleiche Problem, das Lerchenfeld schon hatte: Er wurde in vaterländischen Kreisen nicht in einem Maße respektiert, wie Kahr das noch für sich behaupten konnte.

Dennoch wirkte die Agenda aus der Anfangszeit der Ordnungszelle, in der sich nun auch Knilling zu beweisen hatte, weiter. Wie schon bei seinen Vorgängern war es erneut das eine große Themenfeld der bayerischen Politik, das erneut Streit und Misstrauen provozieren sollte: Der Kampf um den Föderalismus, also der Kampf gegen weitere Entmachtung des bayerischen Staates durch das Reich und darüber hinaus der Kampf um die Rückgewinnung verlorener Kompetenzen.¹⁵⁷⁷ Zwar mag der baldige Antritt der rein bürgerlichen Regierung Cuno in Berlin hier einige Spannungen gemindert haben, dennoch blieben die Beziehungen zwischen München und Berlin ein Pulverfass. Ein Beispiel belegt, wie unverrückbar dieser Themenkreis in der politischen Agenda Bayerns stand: Keine drei Wochen, nachdem in München das Chaos des Hitlerputsches losgebrochen war, war der bayerische Ministerrat schon kaum mehr mit der Aufarbeitung der Geschehnisse im eigenen Land, sondern mit einer Berlin-Mission des Finanzministers und der Ausarbeitung von Vorschlägen zum Zwecke der Revision der Reichsverfassung im Sinne der Rückerlangung der Finanzhoheit und der Neugestaltung der Beziehungen zwischen dem Reich und den Ländern beschäftigt.¹⁵⁷⁸ Der Streit um Bayerns Hoheitsrechte und gegen Berlin blieb also auch unter Knilling eine Art landespolitisches Allheilmittel. Mit dem beherzten Einsatz dieses Mittels brachte man Knilling jedoch weit weniger in Verbindung als noch Kahr.

Wahrscheinlich mag es der genannten antienthusiastischen Stimmung, den genannten Defiziten an Beliebtheit und dem genannten Ruf als „Notlösung“ geschuldet gewesen sein, dass Knillings Wahl im Landtag am 8. November 1922 so nicht zum Triumphzug geriet. Er hatte bei weitem nicht alle Stimmen der Koalitionsabgeordneten auf sich vereinen können. Rechnerisch fehlten ihm mit einem Ergebnis von 86 hier immerhin zehn

¹⁵⁷⁶ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1073.

¹⁵⁷⁷ So kommt Gordon hinsichtlich Knilling und seiner Kabinettskollegen nicht zu Unrecht zu dem Schluss: „Separatismus und Nationalsozialismus waren für sie nicht die dringlichsten Probleme. Sie kämpften um die Autonomie und hofften, wenn sie Glück hatten, auf eine Revision der Aufteilung der verfassungsmäßigen Rechte zwischen Bayern und dem Reich.“ Gordon, Hitlerputsch, S. 163.

¹⁵⁷⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 27.11.1923, BayHStA, MA 99518.

Stimmen.¹⁵⁷⁹ Tatsächlich bestätigt sich im Wahlergebnis, dass die unverändert weiterbestehende Regierungskoalition einen nicht einfachen Prozess der Kandidatenfindung hinter sich hatte und Knilling keinesfalls mit solchem Rückenwind starten konnte, wie Kahr dies noch möglich gewesen war. Das heißt nicht, dass der Zustand der Koalition beim Amtsantritt Knilling hier übertrieben schwarz gemalt werden soll. Doch erwies sich auch die Frage um den Verbleib der übrigen Kabinettsmitglieder, obgleich und die Minister am Ende alle ihre Posten behalten durften,¹⁵⁸⁰ als nicht unkompliziert. Obwohl Knilling gemäß Verfassung das Vorschlagsrecht für das Gesamtministerium zustand, spielten sich die entscheidenden Verhandlungen im Hintergrund zwischen den Parteiführern ab. Die BVP versuchte schlicht, die personelle Zusammensetzung des Ministerrats – natürlich abgesehen von Knilling – möglichst unverändert zu lassen. Die BMP hingegen versteifte sich zeitweilig auf die Forderung, Knilling nur um den Preis des Handelsministeriums wählen zu wollen, das sie nun zusätzlich zum Justizressort anstrebte. Die BVP zeigte sich empört. Während Landtagspräsident Königbauer von „Erpressung“ sprach und der offizielle Parteichef Speck gar Neuwahlen andachte, nahm Horlacher zähneknirschend zur Kenntnis, dass die Mandatsverteilung der BMP Recht geben könnte. Knilling selbst klagte in jener Sitzung noch, nicht unter das Joch der Mittelpartei zu wollen. Erst durch den geschickten Vermerk auf die geplante Reduzierung der Ministerien, die eine neue Ressortverteilung zu diesem Zeitpunkt sinnlos mache, und erneute Verhandlungen mit der Mittelpartei, konnte dafür gesorgt werden, dass die Wahl Knillings mehr schlecht als recht gelingen konnte.¹⁵⁸¹ Es ist gut möglich, dass Knillings späteres Ringen um die Gunst des nationalen Lagers zu gewissen Teilen auch dieser deutschnationalen Machtdemonstration gleich am ersten Tag seiner Amtszeit geschuldet ist.

¹⁵⁷⁹ Der Sozialdemokrat Timm spottete wenige Tage später darüber: „Herr Ministerpräsident Knilling hat 86 Stimmen bekommen; 64 Mitglieder hat die Bayerische Volkspartei, die Mittelpartei hat 20 Stimmen, das sind schon 84 Stimmen.; ich glaube, dass der Bauernbund doch etwas mehr Mitglieder als zwei hat. Es mögen deshalb die Herren eigentlich unter sich ausmachen, welche bürgerliche Partei am besten versagt hat.“ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 146. Sitzung vom 14.11.1922.

¹⁵⁸⁰ Gemäß Verfassung stellte Knilling nach seiner Wahl im Landtag sein Gesamtministerium, so wie es zuvor von den Parteien ausgehandelt wurde, zur Abstimmung. Es erhob sich hier keinerlei Widerspruch mehr. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 145. Sitzung vom 9.11.1922.

¹⁵⁸¹ Vgl. Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 98f. In der Tat blieb der Posten des Handelsministers, den seit dem Rücktritt des Demokraten Eduard Hamm offiziell Ministerpräsident Lerchenfeld besetzt hatte, bei der Vorstellung des Gesamtministeriums durch Knilling im Landtag zunächst vakant. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 145. Sitzung vom 9.11.1922. Der neue Handelsminister Wilhelm von Meinel wurde dem Landtag erst eine knappe Woche später vorgestellt. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 147. Sitzung vom 15.11.1922.

Die Presse nahm Knilling mit einiger Spannung, allerdings ohne allzu großen Optimismus auf. Er wurde auch hier mehr als Kahr oder Lerchenfeld als Parteimann der BVP verstanden, auch wenn man beklagte, dass die wirkliche Spitze der BVP sich nach wie vor aus der Verantwortung stehle. Als „Retter in der Not“ wurde Knilling damit nicht aufgefasst. Vor allem die wirtschaftlichen Experten der Partei hielten in wirtschaftlich schwieriger Zeit nach Ansicht des führenden Münchener Blattes noch immer zu sehr zurück.¹⁵⁸² Knilling, so die Zeitung einige Tage darauf, vereine die Attribute „Parteiminister“, „Fachminister alter Schule“ und „hervorragend bewährter Verwaltungsbeamter“ zugleich in „trüber Stunde“, sodass man trotz seiner „hervorragenden Gaben“¹⁵⁸³ auf große Herausforderungen zusteure. Ins gleiche Horn stieß die Kahr zugeneigte Münchener Zeitung. Die baute jedoch mehr Druck auf, in dem sie Knilling mit den Vorgängen um Kahrs Rücktritt in Verbindung brachte und ihn noch deutlicher als vorgeschobenen Mann der eigentlichen Machthaber in der BVP brandmarkte.¹⁵⁸⁴ Von Anfang an geklärt waren die Frontlinien gegenüber dem linken politischen Lager. Als der „neue Platzhalter“ und „strammer Reaktionär“¹⁵⁸⁵ wurde Knilling den Lesern der kommunistischen Neuen Zeitung vorgestellt, während die gemäßigte Linkspresse dem neuen Ministerpräsidenten ein „Programm der Widersprüche“ unterstellte, das er zudem nur als eingestellter „Betriebsleiter“¹⁵⁸⁶, nicht als echter politischer Führer umsetzen dürfe. Durch die gesamte Presselandschaft zog sich zusammengefasst ein Tenor: Auch Knilling sei, obwohl eindeutiger Parteimann, Parlamentarier und mit unzweifelhaften Fähigkeiten ausgestattet, nur Platzhalter für die Parteispitzen Heim oder Held. Man verstand ihn somit in einer gedanklichen Linie mit Kahr und Lerchenfeld, jedoch stieß dieses System im nunmehr dritten Anlauf allmählich auf Ernüchterung. Sich auf Grundlage einer solchen medialen Einführung ins Amt eine Autorität in der Politik aufzubauen, musste für den neuen Ministerpräsidenten schwierig werden, wurde er doch offensichtlich nur bedingt ernst genommen. Da half es ihm auch

¹⁵⁸² Die Münchner Neuesten Nachrichten kamen daher zu dem Schluss: „Die alte bayerische Gewohnheit der Beamtenregierungen, die nur auf kurze Zeit durch die Kabinette Eisner-Hoffmann unterbrochen und dann mit Kahr wieder eingeführt worden war, findet also ihre Fortsetzung. (...) Sie erfährt nur insofern eine Nuancierung, als man den jetzigen Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten aus der Reihe der Parlamentarier genommen hat, statt wie bisher einen Außenseiter zu suchen.“ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 448 vom 6.11.1922.

¹⁵⁸³ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 451 vom 9.11.1922.

¹⁵⁸⁴ „Auf alle Fälle wird das Bedauern recht allgemein sein, dass die bayerische Volkspartei auch in diesem kritischen Augenblick an ihrem beliebten, ordentlich bequemen System festhält und nicht dazu zu bewegen ist, einmal einen ihrer wirklich maßgebenden Führer an die Spitze zu stellen.“ Münchener Zeitung Nr. 305/306 vom 4./5.11.1922.

¹⁵⁸⁵ Neue Zeitung Nr. 234 vom 8.11.1922.

¹⁵⁸⁶ Münchener Post Nr. 262 vom 10.11.1922.

nichts mehr, dass er die Presse Tage nach diesen ersten Kommentaren zum Empfang lud, um „Ehrlichkeit und guten Willen“¹⁵⁸⁷ von ihr einzufordern.

Zusammengefasst hatte Knilling, daran lässt seine Biographie keinen Zweifel, den festen Willen, sich politisch zu betätigen und das auch in einer hervorgehobenen Position, so wie er sie als königlicher Kultusminister¹⁵⁸⁸ schon einmal innehatte. Die Frage kann also nicht sein, ob sich Knilling prinzipiell mit der Vorstellung anfreunden konnte, an die Spitze des bayerischen Staates zu treten. Vieles spricht für Knilling als einen sehr ehrgeizigen Politiker. Dennoch ist anzunehmen, dass er 1922 das Amt tatsächlich nur mit schweren Bedenken angenommen hatte und es aus dieser Sicht zurecht als ein persönliches Opfer verstand. Auch nach einhelliger Meinung seiner Fraktion war der Zeitpunkt denkbar ungeeignet, um in eine erfolgreiche Amtszeit zu starten. Knilling hatte hier nicht seine Stunde abgewartet, er war wohl oder übel in ungünstigem Moment als Notlösung eingesprungen. Es wäre daher nur nachvollziehbar, wenn sich Knilling im Herbst 1922 dem erwähnten Wunsch Heinrich Helds angeschlossen hätte, seine Person für „bessere Zeiten“¹⁵⁸⁹ aufzusparen. Seine Erfolgsaussichten, dessen war man sich bewusst, waren gering. Das Szenario des Scheiterns und damit ein drohendes Ende seiner erst 1920 neu gestarteten politischen Karriere standen für Knilling von Anfang an im Raum und sollten ihn unweigerlich zu Vorsicht und Zurückhaltung gegenüber der Lage, als zu Eigeninitiative und Entschlusskraft motivieren. Das Ringen um Autorität und Ansehen sollte so für ihn zu einem zentralen Thema seiner Amtszeit werden. Er sollte dies am Ende auch nicht mit eigener Kreativität zu erreichen versuchen, sondern indem er sich an das Vorbild Kahrs, des beliebten Vorvorgängers, hielt. Auch Knilling entwickelte in diesem Sinne rasch die Neigung an den wirtschaftlichen Zeitfragen vorbei, die politische Aufmerksamkeit auf Föderalismus und nationale Propaganda abzulenken.

5.3. Knillings Wirken als Ministerpräsident

5.3.1. Knillings politischer Stil

¹⁵⁸⁷ Münchener Zeitung Nr. 315 vom 13.11.1922.

¹⁵⁸⁸ Kahr behauptete, dass Knilling nach seinem Sturz als Ministerpräsident im Jahr 1926 dieses Amt sogar erneut angestrebt hätte. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1074.

¹⁵⁸⁹ Zit. bei Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 94.

„Das Vertrauen der Landtagsmehrheit hat mir ein Amt übertragen, das ich wahrlich nicht ergeizt habe, weder jetzt noch früher. Neidlos würde ich den Posten, auf den ich nunmehr gestellt bin, einem anderen gönnen und niemand wäre glücklicher als ich, könnte ich, wie bisher, als ein einfaches Mitglied der Landtagsversammlung unter Ihnen sitzen, statt auf diesem wenig beneidenswerten Platze vor Ihnen zu stehen. Wenn ich nach schwerem Kampfe mit mir selbst mich entschlossen habe, dem zunächst von meiner Fraktion einmütig ausgesprochenen Wunsche zu folgen, so handle ich in der Überzeugung, dass es unter bestimmten Voraussetzungen für einen im öffentlichen Leben stehenden Politiker unabweisbare vaterländische Pflicht ist, persönliche Empfindungen der Allgemeinheit aufzuopfern“¹⁵⁹⁰, so Knilling in seiner Antrittsrede vor dem Landtag. Auch er versuchte sich - ob nun in bewusster Imitation der Demutsrhetorik Kahrs oder nicht - also zum pflichttreuen Verwalter zu stilisieren, der seinen vorherigen Posten, auch wenn dieser nicht mehr in der Bürokratie verortet war, eigentlich bevorzugen würde. In seinen Worten schwang darüber hinaus eine gewisse Angst mit, im Rampenlicht stehend nicht die nötige Popularität zu erreichen, wenn er anschließend Erwartungen dämpfte und feststellte: „Ich weiß, dass ich draußen in der Öffentlichkeit bei vielen jetzt vielleicht nur deshalb begrüßt werde, weil sie an einen Wechsel Erwartungen knüpfen, die heute auch ein Übermensch und ein Wundermann nicht erfüllen könnte (...).“¹⁵⁹¹ Diese Angst, den Erwartungen am Ende nicht genügen zu können und somit keine Anerkennung zu erfahren, plagte ihn an mancher Stelle seiner Amtszeit weiter.

Schon eine Erinnerung an Knillings gemächlichen Amtsführungsstil als königlicher Kultusminister hätte es erahnen lassen können: Große Reformen, wie sie Lerchenfeld etwa hinsichtlich einer deutlichen Staatsverwaltung stets erhofft, doch nicht erreicht hatte, waren vom neuen Ministerpräsidenten kaum zu erwarten. Zu Lerchenfelds Zeit schaltete er sich als Parlamentsredner eben in diese Debatte mit der Mahnung ein, hier keine „fieberhafte Eile“ walten zu lassen und auch später – charakteristisch für einen Beamten und Ex-Kultusminister – keinesfalls das Ministerium für Unterricht und Kultus zu belasten. Offen gab er hier seine generell wenig reformfreudige Haltung bekannt: „Ich bin weit davon entfernt, allem und jedem das Wort nur deshalb zu reden, weil es eben besteht. Auch bin ich jederzeit für einen vernünftigen und maßvollen Fortschritt zu haben, wohl aber wende ich mich gegen jene hemmungslosen Neuerer und Projektmacher, die ungegorene Gedanken und platte Schlagworte als höchste Glücksbotschaft künftigen

¹⁵⁹⁰ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 145. Sitzung vom 9.11.1922.

¹⁵⁹¹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 145. Sitzung vom 9.11.1922.

Kulturfortschritts anpreisen und in ihrem wahllosen Eifer für alles Neue und ihrem fanatischen Hasse gegen alles Überkommene die Lehre verkünden, dass alles, was bestehe, wert sei, zugrunde zugehen.“¹⁵⁹² In dieser Schonung der Bürokratie vor schnellen Reformen zeigte sich Knillings eigene Herkunft aus dem Beamtentum, das er aus Überzeugung verteidigte und mit dem er sich voll identifizierte. Schon den Ministerpräsidenten Kahr hatte er 1920 als Verkörperung des „vorbildlichen altbayerischen Beamtentums“¹⁵⁹³ begrüßt. Im Beamtentum erblickte er das Beständige, eine Art ruhenden Pol, der aus der Monarchie heraus kontinuierlich durch die Revolution hindurch fortbestand, und durch den Umsturz der Staatsform nur unter neuen Umständen wirkte. So führte er 1921 unter gleichzeitigem großen Zweifel an Sinn und Machbarkeit der Staatsvereinfachung aus, dass es in erster Linie den Verwaltungsbeamten zu verdanken sei, dass in Bayern keine dauerhafte Räterepublik entstanden war.¹⁵⁹⁴

So groß der Glaube in die bestehende Verwaltung des Landes, die in Knillings Augen irgendwie schon alles richten würde, einerseits war, so gering war Knillings persönliche Kreativität andererseits. Gegenüber Reichswehrminister Geßler äußerte Knilling auf die Frage nach seinen Antworten auf die Probleme der Zeit im März 1923 einmal, man müsse vielleicht einen Ideenwettbewerb für gute Einfälle zur Linderung der Not ausschreiben.¹⁵⁹⁵ Wie schon Kahr war Knilling in wirtschaftspolitischen Fragen zurückhaltend. Die bereits in der ersten Ministerratssitzung unter seiner Leitung beginnenden Diskussionen zur Wucherbekämpfung,¹⁵⁹⁶ eines schon zu Kahrs Zeiten populären Themas, zogen sich über Monate ohne große Ergebnisse hin. Auch Knilling sah eine gewisse bürgerliche Sparsamkeit und Einfachheit als Antwort auf die Mängel der Zeit an, die er schon bald durch Überlegungen zur stärkeren Durchsetzung des Verbots von Faschingsbällen und durch einen (am Ende nicht durchgesetzten) Verzicht auf das Oktoberfest 1923 auszudrücken versuchte.¹⁵⁹⁷ Anlässlich des Beginns des Ruhrkampfes wurden sämtliche Theater Münchens für einen Tag geschlossen, woran Knilling auch nach Protesten festhielt.¹⁵⁹⁸ Selbst das Deutsche Turnerfest, das man im

¹⁵⁹² Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 138. Sitzung vom 27.7.1922.

¹⁵⁹³ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 4. Sitzung vom 21.7.1920.

¹⁵⁹⁴ Knilling wörtlich: „Das Hauptverdienst daran, dass unsere Verwaltung über die unruhigen Zeiten der letzten Jahre hinüber ihr festes Gefüge bewahren konnte, kommt der Pflichttreue und der Tüchtigkeit unserer Verwaltungsbeamten zu. Ohne ihr Eingreifen wäre ein vollständiger Zusammenbruch wohl unvermeidlich gewesen, den die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernräte gewiss nicht hätte aufhalten können.“ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 51. Sitzung vom 15.3.1921.

¹⁵⁹⁵ Vgl. Willing-Franz, Krisenjahr, S. 28.

¹⁵⁹⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 11.11.1922, BayHStA, MA 99518.

¹⁵⁹⁷ Vgl. Ministerratssitzung vom 2.1.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁵⁹⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 13.1.1923, BayHStA, MA 99518.

Wissen um die Beliebtheit dieses Festes in national gesinnten Kreisen nicht zu verbieten gewagt hatte, wurde vom Ministerrat hinsichtlich der vielen Fremden in der Stadt kritisch gesehen. Nur zögerlich stellte man Schulgebäude als Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung, veranlasste aber einen Verzicht auf Blumenschmuck in der Stadt.¹⁵⁹⁹ Hinsichtlich wichtigerer Themen, wie der Bekämpfung des Energiemangels, den Bayern seit Anfang des Jahrzehnts mit dem Ausbau der Wasserkraftwerke zu lindern versuchte, glitt Knilling immer wieder vom Kern der Sache ab. Als klar wurde, dass dieses ehrgeizige Ziel nur mit finanzieller Unterstützung des Reichs in Form der Reichsbahn glücken könne, wurde im Ministerrat - bei aller Einsicht in die faktische Notwendigkeit dieser Maßnahme - immer wieder der Fokus auf föderalistische Fragen gedrängt und so das Vorhaben erschwert.¹⁶⁰⁰ Auch die Notwendigkeit einer Wertstabilität des Geldes sah Knilling längst nicht als das dringende Problem, als das es Lerchenfeld noch verstanden hatte. Als Handelsminister von Meinel dem Ministerrat über die Probleme der Hypotheken- und Pfandbriefgläubiger in der Inflation referierte, beschwichtigte Knilling – emsig unterstützt durch den Vertreter des Landwirtschaftsministeriums¹⁶⁰¹ – und lehnte gegensteuernde Maßnahmen der Regierung ab.¹⁶⁰²

Die Regierung Knilling rückte so wieder wirtschaftsfremde, verfassungspolitische Fragen in den Vordergrund. Diese Politik hatte Knilling jedoch keinesfalls alleine bestimmt. Dass in schwerer Krisenzeit viel Energie auf Themen wie die Einführung eines Staatspräsidentenamtes¹⁶⁰³, einer zweiten Kammer oder eines stärkeres Plebiszits verwendet wurde, lag zu gewichtigen Teilen an der Stimmung innerhalb seiner Partei auch jenseits des Kabinetttisches.¹⁶⁰⁴ Kritische Stimmen innerhalb der Regierung gingen

¹⁵⁹⁹ Vgl. Ministerratssitzung vom 15.6.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁶⁰⁰ Vgl. Ministerratssitzung vom 26.5.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁶⁰¹ Langezeit wirkte die Inflation für den Bauernstand, und damit für eine Hauptklientel der BVP und des Bauernbundes, sehr positiv. Den Landwirten wurden reichliche Kredite gewährt, mit denen sie nicht nur sämtliche Einschränkungen des Krieges wieder wettmachen, sondern überdies teilweise Mechanisierung und Viehbestand ausbauen und teils sogar noch Vermögen ansammeln konnten. Die verbitterten Verbraucher in der Stadt, denen Knilling die Einfachheit predigte, wurden zudem immer wieder durch Berichte von Fahnenweihen und sonstigen prächtigen Festen auf dem flachen Land provoziert, die die gute Lage der Landwirte ganz offen zur Schau stellten. Am Ende konnten die Bauern ihre Kredite mit dem entwerteten Geld spielend wieder zurückzahlen und erfreuten sich gänzlicher Schuldenfreiheit. Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 193ff.

¹⁶⁰² Ministerratssitzung vom 12.7.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁶⁰³ Die Staatspräsidentenfrage erreichte zu Knillings Amtszeit insofern eine neue Qualität, als dass es BVP und BMP gelungen war, die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs durchzusetzen. Dieser Entwurf scheiterte allerdings am 1. März 1923 vor dem Plenum an der nötigen Zweidrittelmehrheit. Vgl. Schilcher, Parlamentarismus, S. 34.

¹⁶⁰⁴ Belegt wird dies durch ein Schreiben Schlittenbauers an Held, das daneben einmal mehr sehr eindrucksvoll das Netzwerk des Georg Heim aufzeigt. Wie schon bei Kahr wandte sich Heim nicht direkt an Knilling, sondern verstand es eine Stimmung um ihn herum aufzubauen: „Dr. Heim schreibt mir (...), wir müssten mit allem Nachdruck an der Schaffung eines Staatspräsidenten und einer auserlesenen ersten Kammer, am Ausbau der Volksabstimmung, an der Veredelung des Parlamentarismus arbeiten und dürften diese Frage nicht mehr aus der

demgegenüber in der Regel unter.¹⁶⁰⁵ Es ist also fraglich, ob Knilling alleine eine Abkehr von der seit Kahrs Zeiten etablierten Prioritätensetzung der bayerischen Politik hätte bewirken können. Es zeigt sich aber auch an keiner Stelle, dass er einen anderen Kurs vorgeschlagen hätte.

Knilling bemühte sich in diesem Sinne, den Eindruck zu vermeiden, dass mit ihm eine völlig neue Ära zu beginnen habe. Ausdrücklich betonte er, dass sich seine Regierung nach wie vor auf das Koalitionsprogramm vom Juli 1920 berufe und er sich zu diesem Programm selbst bekenne. Somit ähnelte auch die Themensetzung der seiner Vorgänger, wie hinsichtlich des an die Spitze seiner Regierungserklärung gestellten Verhältnisses Bayerns zum Reich.¹⁶⁰⁶ Ebenso wie Lerchenfeld war auch bei Knilling eine Voraussetzung für die Amtsübernahme, dass er als zuverlässiger und entschiedener Föderalist bekannt war. Schon während des aufziehenden Streites des Sommers 1922, als eine Mission badischer Kriminalbeamter zur Ergreifung von Mitgliedern der Organisation Consul gegen den Willen der bayerischen Behörden im Freistaat von Seiten des Reichs eingesetzt wurde, stellte er im Landtag klar, dass selbst „jeder Versuch eines bevormundenden Eingriffs in die bayerische Landespolizeihoheit entschieden abzulehnen sei.“¹⁶⁰⁷ Als Ministerpräsident erklärte er vor dem Landtag: „Die Minister der deutschen Länder kommen doch schließlich nicht bloß zum Ja-Sagen nach Berlin.“¹⁶⁰⁸ Dennoch verband Knilling, wie schon seine Vorgänger, diese föderalistischen Vorstellungen mit der ausdrücklichen Betonung eines deutschen Nationalismus in Form der „bewährten bundesstaatlichen Grundlagen“ des vergangenen Kaiserreichs. Er gab diesem offen den Vorzug vor der Weimarer Verfassung, die nur „als Notdach gezimmert in einer Zeit, in der Bayern in unheilvolle Wirren verstickt war,“ und die „wie alles Menschenwerk, nichts Unabänderliches, nichts für alle Zeiten Feststehendes“¹⁶⁰⁹ sei. Diese Änderung sei sein Ziel, so Knilling in seiner Regierungserklärung, doch wolle er es nur auf verfassungsmäßigem Wege zu erreichen suchen. Er ähnelte mit dieser sehr

öffentlichen Debatte verschwinden lassen. Knilling solle unter keinen Umständen nachgeben, sondern ruhige Sicherheit bewahren. Die Landtagsabgeordneten müssten jetzt eifrige Versammlungen halten und das Volk aufklären. Da geschehe viel zu wenig. Ich teile die Anschauungen des Dr. Heim und bitte Dich, die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen.“ Schlittenbauer an Held am 18.4.1923, BayHStA, NL Held 484.

¹⁶⁰⁵ So standen beispielsweise BVP und Bauernbund sich in der Frage des Staatspräsidentenamtes und seiner Ausgestaltung deutlich gegenüber. Der Bauernbund lehnte die Schaffung einer eigenen Personalie konsequent ab. Vgl. Ministerratssitzung vom 25.5.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁶⁰⁶ Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 145. Sitzung vom 9.11.1922.

¹⁶⁰⁷ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 127. Sitzung vom 30.5.1922.

¹⁶⁰⁸ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 201. Sitzung vom 27.6.1923.

¹⁶⁰⁹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 145. Sitzung vom 9.11.1922.

offenen Feindschaft abermals Kahr, während er sich von Lerchenfelds unaufgeregtem aber auch unpopulärem Vernunftrepublikanismus abzusetzen versuchte.

Die kritische Haltung zum Weimarer Staat verdeutlichte Knilling auch in seiner praktischen Amtsführung. Ein Beispiel dafür zeigt sich anlässlich einer vom Reichsinnenminister für den Sommer 1923 angedachten Feier zum Jahrestag der Weimarer Verfassung. Diese Feier sollte sich, so der Plan der Reichsregierung, im Sinne einer besseren Identifikation des Volkes mit seiner neuen Verfassung über das ganze Reichsgebiet erstrecken. Für die republikanische Verfassung Jubelveranstaltungen auszurichten, entsprach jedoch ganz und gar dem Willen Knillings. Er wisse, so Knilling im Ministerrat, in seiner ablehnenden Haltung den Großteil des Volkes hinter sich.¹⁶¹⁰ Die Episode zeigt: Knilling empfand das schlechte Ansehen des Weimarer Systems also nicht nur als unbedenklich, er sah darin sogar ein kräftigendes Element für seine bayerische Politik. Er nutze den Anlass, den die Reichsregierung zur Steigerung des Ansehens der Verfassung vorgesehen hatte, um sich verfassungsfeindlichen Kreisen anzubiedern. Somit gab der Ministerpräsident den radikalen Kräften in Bayern in gewissem Sinne Bestätigung und Rückenwind.

Diese kritische Haltung zum Weimarer System galt, obwohl sich das Verhältnis Bayerns zur Reichsregierung zeitweise deutlich entspannte. Das war vor allem zu beobachten, als das Reich unter Federführung des rein bürgerlichen Kabinetts Wilhelm Cuno den Ruhrkampf ausrief. Diese Zeit der relativen Harmonie zwischen den Regierungen ist wohl zu einem großen Teil der Tatsache geschuldet, dass die parteipolitische Trägerschaft der Regierungen in München und Berlin sich von November 1922 bis August 1923 mehr ähnelte, als dies je zuvor in der Weimarer Republik der Fall gewesen wäre. Während das Kabinett Knilling von einer Koalition aus BVP, BMP und Bauernbund getragen wurde, stützten in Berlin Zentrum, BVP, DVP und DDP die Regierung. Sozialdemokraten waren also an keinem Bündnis beteiligt, die BVP aber an beiden. Außerdem gehörte der grundsätzlich konservativ gestimmte Reichskanzler keiner mit der BVP konkurrierenden Partei an, sondern hatte sich als Geschäftsmann seinen Ruf erworben. Ferner fanden sich

¹⁶¹⁰ „Unter Zustimmung der übrigen Herrn Minister führt Herr Ministerpräsident aus, dass die bayerische Regierung mit der vorgeschlagenen Art und Weise der Feier des Verfassungstages unter keinen Umständen sich einverstanden erklären könne.“ Der Ernst der Zeit, so Knilling, verbiete ein Freudenfest, höchstens eine Sammlung für die Rhein und Ruhrhilfe könne man sich vorstellen. Insbesondere sollten die Behörden keine Feiern abhalten, die Beamten seien im Urlaub. Auch auf jedes Glockengeläut im Freistaat Bayern sei zu verzichten. Schließlich stellte Knilling fest: Die Zelebration der Weimarer Verfassung sei „nicht Sache der Regierung, sondern müsse den Volkskreisen, die derartige wünschen, überlassen bleiben.“ Ministerratssitzung vom 12.7.1923, BayHStA, MA 99518.

vier weitere parteilose Minister im „Kabinett der Persönlichkeiten“¹⁶¹¹ in Berlin. Das passte auf den bayerischen Grundgedanken vom „Beamtenministerpräsidenten“. Als Cunos Regierung im Januar 1923 mit dem passivem Widerstand auf die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen reagierte und sich damit energisch gegen die Reparationsforderungen Frankreichs stemmte,¹⁶¹² kam dies der bayerischen Linie umso mehr entgegen. Maßnahmen der Reichsregierung, wie eine Verordnung vom April 1923, der zufolge jeder, der einer Unterstützung der Besatzungstruppen verdächtig wurde, in seiner „persönlichen Freiheit beschränkt“¹⁶¹³ werden konnte, verteidigte Knilling in der Folge ausdrücklich.¹⁶¹⁴ Das „klare Nein“, wie es Kahr immer gefordert hatte, schien nun endlich auch in Berlin angewandt zu werden. Knilling erklärte im Ministerrat, dass er „herzlich froh“¹⁶¹⁵ um die derzeitige Reichsregierung unter Cuno sei. Und auch, als Knilling im Laufe der Zeit feststellen musste, dass der Widerstandsgeist in der Bevölkerung sank und man, wie er vor dem Finanzausschuss zugeben musste, internationalen Verhandlungen auf lange Sicht wieder eine Chance geben müsste, blieb er solidarisch mit dem Reichskanzler. Er würde vielleicht nicht immer alles genauso machen wie Cuno, aber im Prinzip stehe er hinter ihm.¹⁶¹⁶ Das Ringen um den Föderalismus, vom dem auch Knilling überzeugt war, gestaltete sich angesichts der politischen Schnittmengen mit Cuno dementsprechend weniger scharf.¹⁶¹⁷ Mit Antritt des neuen Reichskanzlers Stresemann und dem Ende des Ruhrkampfes sollte sich dieser für Knillings Amtszeit charakteristische Frieden zwischen den Kabinetten in München und Berlin schon rasch wieder in erhebliche Spannungen wandeln. Es ist damit anzunehmen, dass dieser Friede keinem bewussten Bemühen Knillings geschuldet war. Er war nie, wie Lerchenfeld, mit dem Wunsch angetreten, die Beziehungen zum Reich zu entspannen. Die politischen Übereinstimmungen zwischen München und Berlin ergaben sich mehr oder weniger zufällig.

Anders als Lerchenfeld, der als Föderalist zwar sicherlich in Gegnerschaft zu den linken, unitaristischen Kreisen stand, sich andererseits von föderalistischen Lippenbekenntnissen der Rechtsextremen nicht beirren ließ, war Eugen von Knilling deutlich weniger im

¹⁶¹¹ Vgl. Büttner, Weimar, S. 151.

¹⁶¹² Vgl. Büttner, Weimar, S. 164.

¹⁶¹³ Zit. bei Huber, Dokumente, S. 280.

¹⁶¹⁴ Vgl. Finanzausschusssitzung vom 15.5.1923, BayHStA, Landtag 14732.

¹⁶¹⁵ Ministerratssitzung vom 26.1.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁶¹⁶ Finanzausschusssitzung vom 12.6.1923, BayHStA, Landtag 14732. Noch beim Rücktritt Cunos im August 1923 stellte Knilling fest, dass es zwischen Cuno und Bayern keine ernsthaften Reibungen gegeben habe. Vgl. Ministerratssitzung vom 17.8.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁶¹⁷ Hier zeigt sich ein Indiz für Thomas Langes Ansicht, dass der Streit um den Föderalismus nur Fassade und in Wirklichkeit vor allem ein Streit um parteipolitische Richtungen gewesen wäre. Vgl. Lange, Bayern, S. 164.

Stand, die einzelnen Facetten des sogenannten vaterländischen Geistes im Freistaat Bayern zu unterscheiden. Er erblickte im rechten politischen Lager vor allem potentielle Mitstreiter, denen gegenüber ihm ein gewisses Wohlwollen als angemessen erschien.¹⁶¹⁸ Gegenüber Staatsrat Schmelzle äußerte er gleich zu Beginn seiner Amtszeit, dass er im Gegensatz zu Lerchenfeld verstärkt auf die vaterländischen Verbände zugehen wolle.¹⁶¹⁹ Knilling fürchtete stets die Missgunst der Rechten. Der Neigung seines Innenministers Schweyer, dem Rechtsdrall mit scharfer polizeilicher Aufsicht zu begegnen, widersprach Knilling daher. Er tat dies auch noch, als Hitler sich bereits unmissverständliche Provokationen gegen die Staatsautorität geleistet hatte.¹⁶²⁰ Stattdessen bemühte er sich, in großen Reden nationalistische Gefühlslagen zu bedienen. Beispielhaft hierfür ist seine Haushaltsrede im Juni 1923, in der der Ministerpräsident zunächst ohne jede Erwähnung bayerischer Landespolitik einen flammenden Angriff auf den französischen Imperialismus startete, den Kampf gegen die sogenannte Kriegsschuldlüge propagierte und Frankreich wiederholt einer seit Jahrhunderten gezielt und unbeirrt getriebenen Politik zur Unterdrückung Deutschlands anklagte. Große Reden, die mit konkreten Problemlagen des Freistaats nur bedingt etwas zu tun hatten. Auch Knilling neigte hier, ähnlich Kahr, dazu, ein entschlossenes deutsches Auftreten – so unrealistisch dies auf Grund der Machtverhältnisse in Europa auch sein mochte – populistisch dem Verhandlungsweg vorzuziehen. Er flüchtete sich damit, ganz der nationalistischen Strömung der Zeit entsprechend, in die simple aber aussichtslose Losung vom entschlossenen nationalen Widerstand.¹⁶²¹ Als Frankreich im Dezember 1922 eine Entschuldigung des bayerischen Ministerpräsidenten verlangte, nachdem es in Passau und Ingolstadt zu Ausschreitungen gegen Vertreter der Entente gekommen war, lehnte Knilling diese offizielle Entschuldigung, trotz offiziellen Bedauerns über die Vorfälle, ab. Vor dem Finanzausschuss erklärte er unter Beifall: „Ein Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. Und ein Volk, das zur Verzweiflung getrieben wird, bäumt sich auf. Die Vorkommnisse, für die die bayerischen Behörden verantwortlich gemacht werden wollen, sind die erklärlichen Folge von Ursachen, die die alliierten Mächte selber Tag für Tag neu schaffen.“¹⁶²² Dass am Ende die Reichsregierung die eigentlich von den Städten

¹⁶¹⁸ Vgl. Jasper, Schutz, S. 99.

¹⁶¹⁹ Als unterstützender Vermittler sollte ihm hier der BVP Abgeordnete und spätere bayerische Ministerpräsident Fritz Schäffer dienen. Vgl. Menges, Schmelzle, S. 213.

¹⁶²⁰ Vgl. Zech, Verhältnis, S. 174.

¹⁶²¹ So Knilling im Landtag: „Über das politische Ziel der Franzosen ist kein Verhandeln unmöglich. Denn dieses Ziel greift an den Bestand des Deutschen Reiches und der deutschen Nation. Darüber kann und darf nicht verhandelt werden.“ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 201. Sitzung vom 27.6.1923.

¹⁶²² Finanzausschusssitzung vom 11.12.1922, BayHStA, Landtag 14727.

Passau und Ingolstadt verlangten Strafzahlungen von jeweils 500 000 Goldmark beglichen habe, nehme man hin. Bayerns Standpunkt sei das aber nicht.

Auch über solche Symboliken hinaus sollte Knilling sich dem rechten Lager anbieten. Sein Stil kann hier unter dem Schlagwort einer versuchten Integration der Rechten zusammengefasst werden. Konkret bedeutete dies den Kampf gegen die politische Linke und gleichzeitig Einbindung und Vorteile für die politische Rechte. Ein solcher Versuch der Integration einer im äußeren rechten Lager angesehenen Persönlichkeit zeigte sich deutlich am Beispiel der Neubesetzung der Stelle des Präsidenten der Polizeidirektion Nürnberg. Hier ging es immerhin um eine gewichtige Stelle in der zweitgrößten Stadt Bayerns. Seit Juli 1923 durfte der Posten, ebenso wie die entsprechende Stelle in der Landeshauptstadt, nur noch auf Basis eines Ministerratsbeschlusses besetzt werden. So sollte der Einfluss der Staatsregierung auf die Polizei in den Metropolen des Landes gewährleistet werden. Die Regierung hatte damit nicht nur im Sinne der Ordnungszelle eine bessere Kontrolle über die größten, sozialdemokratisch regierten Städte erreicht, sie folgte auch einer Forderung, die aus den Reihen der Polizei selbst schon seit vielen Monaten dringend erhoben wurde.¹⁶²³ Während in München der Polizeipräsident Mantel schlicht bestätigt wurde, entbrannte im Fall Nürnbergs im Ministerrat ein Streit, der sich vor allem zwischen dem Ministerpräsidenten und Innenminister Schweyer aufbaute. In der Sitzung vom 30. Juli 1923 protestierte Knilling ausdrücklich gegen den von Schweyer für den Posten vorgeschlagenen Oberregierungsrat Dorn. Er halte ihn für ungeeignet, da man in Nürnberg vor allem einen Gegenpart zur liberal-sozialdemokratischen Stadtregierung unter dem DDP-Oberbürgermeister Hermann Luppe¹⁶²⁴ benötige. Knilling stelle damit seine Prioritäten klar und offen unter Beweis: Straffer Kurs gegen links, Anbiederung gegenüber den vaterländischen Kreisen. Er schlug Heinrich Gareis vor, den späteren NS Regierungspräsidenten von Oberbayern, der bereits während des Kapp Putsches seine politische Abneigung gegen links durch hartes Durchgreifen unter Beweis stellte hatte.¹⁶²⁵ Schließlich ging er sogar soweit, selbst den der äußersten

¹⁶²³ Vgl. Bayerischer Polizeibeamtenbund an Held am 15.11.1921, BayHStA, NL Held 484.

¹⁶²⁴ In Nürnberg regierte seit 1920 ein sozialdemokratisch-liberales Bündnis unter Führung des DDP Oberbürgermeisters Hermann Luppe. Als beständiges Koalitionsmitglied genoss die Sozialdemokratie auch während der Zeit der Ordnungszelle in der Frankenmetropole großen Einfluss. Vgl. Kasperek, Sozialdemokratie, S. 80ff. Föderalistischen Kreisen war Luppe, der auch großen Einfluss im Deutschen Städtetag besaß, ein Dorn im Auge, da er unitaristische Vorstellungen pflegte. Vgl. Gollwitzer, Bayern, S. 370f.

¹⁶²⁵ Heinrich Gareis hatte im Frühjahr 1920 zum Zweck der Niederschlagung des Generalstreiks gegenüber den herbeigerufenen Reichswehreinheiten angeordnet, rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Dieser Befehl forderte auf Seiten der Linken 21 Todesopfer. Auch später war Gareis dafür bekannt, gegen jede rote Agitation drakonisch vorzugehen, während er die Nationalsozialisten ohne weiteres gewähren ließ. Nachdem Gareis schon seit 1934 die Geschäfte der Regierung von Oberbayern im Sinne der NSDAP leitete,

Rechten angehörigen, ehemaligen Justizminister Christian Roth als „nicht ohne weiteres für ungeeignet“ ins Gespräch zu bringen. Trotz aller möglichen politischen Bedenken, die man gegen Roth äußern könne, sei „es vielleicht staatsklug, einem Manne wie Dr. Roth wieder Gelegenheit zur Betätigung auf einem ihn vollbeschäftigenden Arbeitsfelde zu geben.“¹⁶²⁶ Sogar beim deutschnationalen Minister Gürtner stieß dieser Vorschlag auf Verwunderung. Schweyers Empörung und ein Vermittlungsversuch des Handelsministers von Meinel konnten gerade noch eine Vertagung des Themas herbeiführen, obwohl Knilling bereits durch das Verlangen einer Abstimmung die Diskussion abzuwürgen versuchte. Im Ministerrat des 17. August 1923 äußerte Schweyer nochmals seine Missstimmung über den Vorschlag Gareis, zumal auch die bürgerlichen Parteien Nürnbergs sich ausdrücklich gegen diesen Kandidaten ausgesprochen hätten. Seit der ersten Beratung hätten die vaterländischen Kreise starken und ganz unverhohlenen Druck auf ihn ausgeübt, doch für Gareis zu sprechen. Obgleich Knilling diese plumpe Einflussnahme gegenüber einem Mitglied seines Kabinetts zumindest offiziell verurteilte und Schweyer noch weitere Namen als Alternativen ins Spiel zu bringen suchte, setzte der Ministerpräsident am Ende Gareis ganz bewusst als Gefälligkeit gegenüber dem rechten Lager durch.¹⁶²⁷ Der Vorgang belegt eines ganz klar: Ein Vorgehen gegen die extreme Rechte im Verbund mit dem Innenministerium, wie es in der Zusammenarbeit Schweyer-Lerchenfeld-Nortz möglich war, war vom Ministerpräsidenten Eugen von Knilling keinesfalls zu erwarten. Schweyer, als eine gemäßigte Kraft im Ministerrat, wurde vor allem von Knilling bewusst zurückgedrängt. Ihm gebührt damit im Umkehrschluss ein ganz persönliches Verdienst darin, rechtsextreme Persönlichkeiten in Bayern zu fördern.

Das Gefahrenpotential, das in den rechten Verbänden in Bayern stecke, versuchte Ministerpräsident Knilling im Sinne seiner Integrationsversuche nach rechts stets zu verharmlosen. Eine Agenda, die die Gewalt klar, durchschaubar und im Rahmen der offiziellen Ordnung in der Hand des Staates konzentriert, gab es unter ihm nicht. So erwiderte er einem Journalisten, der ihn nach den versteckten Waffenbeständen in Bayern fragte, noch einen Monat vor dem Hitlerputsch: „Aber jeder Mensch in Bayern weiß, dass die Entwaffnung des Deutschen Reiches auch in Bayern restlos durchgeführt ist. Wenn da und dort noch ein altes Maschinengewehr oder vielleicht gar einmal ein Geschütz

wurde er nach dem Eintritt in die Partei 1940 offiziell zum Regierungspräsidenten ernannt. 1938, im Alter von immerhin schon 60 Jahren, trat Gareis noch der SS bei. Vgl. Deutinger, Gareis, S. 239ff..

¹⁶²⁶ Ministerratssitzung vom 30.7.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁶²⁷ Vgl. Ministerratssitzung vom 17.8.1923, BayHStA, MA 99518.

entdeckt worden ist, dann machen sozialdemokratische Deutsche und ebenso verlogene auswärtige Berichtersteller daraus ein großes Waffenlager.“¹⁶²⁸ Auch einen Herd des Revanchismus konnte Knilling in diesem Interview in Bayern angeblich nicht erkennen, sei es doch ganz normal, dass jeder sich wünsche, dass Deutschland wieder dastehe wie vor dem Krieg. Knillings Anbiederung, Knillings Wille zur Integration der Rechten und gleichzeitig Knillings mangelnde eigene Kreativität blieben die zentralen Elemente seiner von Not und Inflation gezeichneten Regierungszeit. Er trug damit - wenn auch nicht immer ganz bewusst - im Ergebnis wesentlich zur Radikalisierung Bayerns bei. Zum einen durch das, was er zur Einbindung und Stütze der Rechten tat, zum anderen auch durch das, was er an Initiativen gegen die Radikalisierung unterlassen hatte. Er hätte jedoch schon bald erkennen können, dass eine Integration und Unterordnung der Vaterländischen unter die Autorität seiner Regierung nicht fruchtete, denn Zeichen des Danks an Knilling waren von Seiten dieser Kräfte so gut wie nie zu erkennen. Das Gegenteil war am Ende der Fall.

5.3.2. Hitler, die Spaltung der Verbändelandschaft und Knillings Antwort

Knillings integrativer Ansatz gegenüber allen vaterländischen Verbänden und seine Bemühungen, sich ähnlich wie Kahr zu Zeiten der Einwohnerwehr an die Spitze einer grundsätzlich geeinten, breiten Bewegung zu stellen, wurde im letzten Kapitel als ein wesentliches Merkmal seines politischen Stils dargelegt. Dieses Kapitel soll nun zeigen, wie wenig Erfolg diesem Plan Knillings in der Praxis bis zum Herbst 1923 beschieden war, denn es kam entgegen Knillings Hoffnungen zu einer immer drastischer werdenden Spaltung der Verbändelandschaft. Diese Entwicklung sollte sich am Ende geradezu fatal auswirken und groteske Blüten treiben, wie das Beispiel des Bundes Oberland zeigt: 1922, als die Regierung noch hoffnungsvoller hinsichtlich einer Einigung aller Verbände sein durfte und diese mit aller Kraft an die Befehlsgewalt des Staates zu binden suchte, wurde beispielsweise auch der Bund Oberland als „Notpolizei“ zur Unterstützung der Reichswehr und der Landespolizei zugelassen. Er wurde dementsprechend von der Staatsregierung mit 7000 Ausweisen ausgestattet, die den Mitgliedern staatlich legitimierte Exekutivgewalt zugestanden.¹⁶²⁹ Natürlich stellte sich dies ein Jahr später als

¹⁶²⁸ München-Augsburger Abendzeitung Nr. 274 vom 7.10.1923.

¹⁶²⁹ Vgl. Willing-Franz, Krisenjahr, S. 70.

fatale Fehlentscheidung heraus, als die Oberländer als überaus treue Unterstützer Hitlers und Ludendorffs mit an der Spitze des Putsches gegen die Staatsregierung marschierten. Knilling hatte sich also in einer Hauptthematik seiner Amtszeit verkalkuliert.

Am Anfang der Regierung Knilling stand noch die Zuversicht, dass sich die sogenannten vaterländischen Verbände, die sich seit dem Ende der Einwohnerwehr unterschiedlich entwickelten, wieder einigen könnten. Knilling hoffte dies, obgleich es hinter den Kulissen schon seit Sommer 1922 laut knirschte. Namentlich der Hitler nahestehende Hauptmann Röhm und der Führer des Bundes Bayern und Reich, Sanitätsrat Pittinger, standen im Clinch. In den kritischen Tagen des Streits um das Republikenschutzgesetz, in denen auch Pittinger mit Putschplänen spielte, zeigte sich, dass der Aktionismus auf Seiten der NSDAP von erheblich größeren Ausmaßen war als bei der inoffiziellen Nachfolgeorganisation der Kahr'schen Einwohnerwehr. Die Plänkeleien sollten sich über viele Monate ziehen und sich insgesamt zu Gunsten Röhm's und Hitlers entwickeln. So versagte der niederbayerische Teil des Bundes Bayern und Reich Anfang 1923 Pittinger die Gefolgschaft und lief zu Röhm über. Nur kurzzeitig schlossen sich die Kreise um Hitler Ende 1922 noch dem Projekt an, das eine Einigung der Verbände schaffen sollte: die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns, kurz VVVB. Hitler hatte diesen Zusammenschluss, der sehr im Sinne der Regierung Knilling gewesen wäre, kaum ernst genommen. Er verließ ihn nach kürzester Zeit wieder.¹⁶³⁰ Seine Bewegung driftete mehr und mehr ab, wurde eigenständiger. Dieser Umstand des Auseinanderdriftens der vaterländischen Kräfte sollte auch weiterhin die Amtszeit Knillings prägen, denn nicht nur bei Hitler, auch andernorts zeigten sich wachsende Risse zwischen all denen, die zu Zeiten der Einwohnerwehr noch treu zusammenstanden. Ein Beispiel ist das Verhältnis zwischen Kahr und Pöhner, die bis zum Sommer 1921 noch eng verbunden waren. Hatte Pöhner zunächst noch mit Kahr über die Möglichkeit eines „Reichspräsidenten Kahr“ parliert, so verkehrte er laut Kahr schon ab 1922 nur noch mit Hitler, Ludendorff und Frick. Kahr selbst erkannte als Grund für diesen Wandel, dass der Hang zum Aktionismus in Bayern stetig anstieg.¹⁶³¹ Das Ziel eines geeinten vaterländischen Lagers, das mit festen Strukturen und Ansprechpartnern mit der Staatsregierung kooperieren hätte sollen, war also schon früh in Knillings Amtszeit als wenig erfolgversprechend erkennbar.

Vor diesem Hintergrund waren die VVVB als ein ungewisser Versuch eines Zusammenschlusses der überaus heterogenen vaterländischen Verbände zu verstehen.

¹⁶³⁰ Vgl. Fenske, Konservatismus, S. 185f.

¹⁶³¹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1052f.

Eine geraffte Charakterisierung dieses Lagers lässt sich für die Amtszeit Knillings immer weniger bieten, reichte die Bandbreite¹⁶³² doch „vom biederen nationalen Verein im Stile des patriotischen Pfeifenklubs bis zur nationalistischen politischen Kampforganisation aktivistischer Prägung“¹⁶³³, wie Karl Schwend es ausdrückte. Der Anführer der VVVB, Prof. Hermann Bauer, war nüchtern betrachtet keineswegs als so charismatische Führungspersönlichkeit einzuschätzen, dass sich die einzelnen Verbändefürsten ihm ohne weiteres unterstellt hätten.¹⁶³⁴ Ein wirklicher Korpsgeist stellte sich nie ein, die Einheit blieb Fassade nach außen. Intern wurde, auch nachdem sich am 9. November 1922 immerhin 19 Einzelverbände zum Dachverband der VVVB zusammengeschlossen hatten, nach wie vor deutlich zwischen den jeweiligen Einzelverbänden unterschieden. Dies spiegelte sich vor allem in Personalfragen wider. Die Unterscheidungen, wie sie intern betrieben wurden, fanden jedoch in der breiten Öffentlichkeit nicht immer statt, zumal ein zu differenziertes Bild ja auch nicht im Sinne der Integrations- und Einheitswünsche der Regierung gewesen wäre. Außerdem war sie oft nur schwer möglich. So unterschied sich die NSDAP von den übrigen Mitgliedern der VVVB bei nur oberflächlicher Betrachtung doch bestenfalls noch durch die Lautstärke ihrer Propaganda.¹⁶³⁵ Erst beim zweiten Blick lassen sich programmatische Unterschiede sehen, die es beispielsweise zwischen NSDAP und Bund Bayern und Reich natürlich gab – man bedenke allein den jeweiligen Stellenwert des Föderalismus. Und dennoch: Trotz all dieser Trennlinien setzte die bayerische Regierung darauf, dass die VVVB die Einigung und Befriedung des vaterländischen Lagers bringen müssten. Und so fühlte laut Kahr bestenfalls Schweyer ein größeres Unbehagen, als bei einer großen Feier der VVVB am 5. Januar 1923 Knilling, Schweyer, die anderen Minister, Lossow, Seißer, Ludendorff, Hitler, Bothmer, Epp und Kahr vermeintlich¹⁶³⁶ einträchtig an einem Tisch

¹⁶³² Eine Aufzählung von rund 50 (!) Organisationen, die unter dem Begriff „vaterländisch“ oder „national“ zusammengefasst werden können und in der Ordnungszelle Bayern aktiv waren, lieferte Georg Franz-Willing. Vgl. Willing-Franz, Hitlerbewegung, S. 46ff.

¹⁶³³ Schwend, Bayern, S. 201.

¹⁶³⁴ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 91.

¹⁶³⁵ Vgl. Mommsen, Weimar, S. 97.

¹⁶³⁶ Erst bei näherer Betrachtung war bereits hier eine Rivalität zwischen der Staatsregierung, den ihr nahe stehenden Kräften und Hitler unverkennbar. Knilling zog durch eine Lappalie zu dieser Zeit doch den persönlichen Unwillen Hitlers auf sich. Er hatte anlässlich der Kundgebung der Vereinigten Vaterländischen Verbänden im Löwenbräukeller, bei dem auch Hitler sich unter die Menge gemischt hatte und sich zu einem Wortbeitrag gewillt zeigte, wissen lassen, dass er nicht erwünscht sei. Dies verhöhnte Hitler wenige Tage darauf, indem er vor Parteigenossen angab, dass er selbst ja den größten Vaterländischen Verband führe und daher ganz sicher ein Anwesenheitsrecht besitze. Vgl. Jäckel, Hitler, S. 793. Kahr dagegen erwähnt keinen Streit zwischen Hitler und Knilling und interpretierte die Vorgänge des Abends anders: Es seien an diesem Abend er, Knilling, Epp, Ludendorff, Hitler und das gesamte Kabinett an einem Tisch zusammengesessen, wobei ihm, Knilling und auch Hitler die Ehre einer Tischrede zu Teil wurde. Nur Schweyer habe sich über die Anwesenheit Hitlers erregt. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1167.

zusammensaßen.¹⁶³⁷ Es schien schließlich noch nicht entschieden, wer in dieser Runde die Oberhand hatte. Doch genau diese Zusammenfassung der vaterländischen Kräfte unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten, deren Greifbarkeit die Botschaft dieses Abends nach außen sein sollte¹⁶³⁸ und deren Vorbild in der Regierungszeit Kahrs zu finden war, wäre das erträumte Ziel Knillings gewesen.

Nun war es nicht so, dass Knilling nicht über die Sprengkraft der Verbändelandschaft hätte Bescheid wissen können. Gerade die NSDAP stand, anders als bei Kahr oder Lerchenfeld, während der Amtszeit Knillings von Beginn an mitten im Geschehen und der öffentlichen Aufmerksamkeit. Allein die Lektüre des Völkischen Beobachters hätte klarstellen müssen, dass die Hitler nahe stehenden Kräfte auf einen Umsturz drängten.¹⁶³⁹ Am selben Tag nun, an dem sich abends die erwähnte Tischgesellschaft zusammenfand, hatte Innenminister Schweyer, der sich wohl am intensivsten mit dem Thema Nationalsozialismus auseinandersetzte, dem Ministerrat einen sehr ausführlichen Bericht über die NSDAP und ihre revolutionäre Gefahr gegeben. Schweyer sah zwar zu diesem Zeitpunkt – das sei der Vollständigkeit halber angefügt – diese Gefahr mehr in der Basis der NSDAP als bei der Person Hitlers, aber dennoch gab er mit seinen Ausführungen ein unmissverständliches Alarmsignal. Der Innenminister betonte dabei die revolutionäre Kraft der Bewegung, die sich derzeit kaum der Staatsautorität unterordnen würde. Und er wies auch darauf hin, dass bald der Moment kommen könnte, in dem diese Bewegung, die sich klar erkennbar in eine falsche Richtung entwickle, von der Regierung gestoppt werden müsste. Knilling aber, der mancher Befürchtung zwar zustimmte,¹⁶⁴⁰ relativierte insgesamt Schweyers Aussagen. Es wäre doch „für die Regierung (...) sehr misslich (...), dass sie bei einem Vorgehen gegen die nationalsozialistische Bewegung gegen ihren Willen durch die Macht der Verhältnisse der Linken in die Arme getrieben werde.“¹⁶⁴¹ Antimarxismus ging also weiterhin vor,¹⁶⁴² während der Ministerpräsident, stets

¹⁶³⁷ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1167.

¹⁶³⁸ Die Münchener Post kommentierte demgegenüber schon in diesem Stadium treffend, dass Knilling sich am Ende nur schade, wenn er im Sinne einer „Einheitsfont“ ungerührt neben denen spreche, die ihn und den Staat eigentlich verachten. Vgl. Münchener Post Nr. 12 vom 16.1.1923.

¹⁶³⁹ Die Sozialdemokraten hatten wegen der unverblühten Aufrufe in der NS-Presse eine Interpellation im Landtag durchgesetzt, die die Staatsregierung schon Ende 1922 zu einer genaueren Befassung mit den Zielen der NSDAP zwang. Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 18.

¹⁶⁴⁰ Auch in einem Gespräch mit dem Württembergischen Gesandten kurz nach seinem Amtsantritt hatte Knilling bereits ein hohes Unruhepotential, das von der NSDAP ausgehe, eingestanden. Er hatte Hitler allerdings keine weitergehende politische Kraft zugetraut, da er doch lediglich ein rein negatives Programm, das nur gegen Juden, gegen Wucher, gegen Kommunisten sei, vertrete. Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 155.

¹⁶⁴¹ Ministerratssitzung vom 5.1.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁶⁴² Wie sehr man die bolschewistische Gefahr in den Vordergrund stellte, belegen die Befürchtungen, die Sozialminister Oswald hinsichtlich der NSDAP in besagter Ministerratssitzung äußerte. Auch seine Sorge galt nur in zweiter Linie Hitler und seiner engeren Kamarilla. Der Minister vertrat die Ansicht, dass viele rote

unterstützt durch den Justizminister der BMP,¹⁶⁴³ vor den Gefahren von rechts, trotz der Warnungen Schweyers, die Augen verschloss. So blieb Knilling nur die Hoffnung auf eine für ihn positive Einigung mit den vaterländischen Kräften. Hierfür wurde sogar schon lange vor dem Herbst 1923 der populäre Name von Knillings Vor-Vorgänger Kahr vor den Karren gespannt, indem man ihm den Ehrenvorsitz der VVVB zukommen ließ.¹⁶⁴⁴ Knilling setzte auf dieses Projekt und war über jeden dankbar, der sich dazu bekannte. Bestenfalls die Anwesenheit Ludendorffs war Knilling am Festabend der VVVB etwas unsympathisch, während Hitler auf ihn, wie er dem württembergischen Gesandten gegenüber äußerte, bei diesem Anlass keinen schlechten Eindruck gemacht hatte.¹⁶⁴⁵

Die VVVB selbst wiederum waren nicht angetreten, nur um sich folgsam hinter Knillings Regierung zu stellen. Sie traten von Anfang an mit einer gewissen Erwartungshaltung an die bayerische Regierung heran. Nach Lerchenfelds Ende, so das Ziel der VVVB, sollte sich die Ordnungszelle nun wieder eine verschärfte Gangart zulegen. Knillings Gedanke, die Verbände als loyale Hilfstruppen der Regierung hinter sich zu stellen, war von Anfang an wenig realistisch, selbst wenn man von der späteren Zersplitterung der Verbändelandschaft absieht. So übersandte beispielsweise am 11.12.1922 der Vorsitzende der Vereinigung, Prof. Bauer, dem Ministerpräsidenten schriftlich die wesentlichsten Forderungen der VVVB, die in einer Versammlung im Kindlkeller kurz zuvor abgestimmt wurden. Dem Dank für die ablehnende Haltung gegenüber Frankreich in Reparationsfragen folgte hierbei unter anderem die Forderung nach einem Ende der Republikschutzgesetze, ferner die Forderung nach Einführung des Staatspräsidentenamtes in Bayern. Als wirtschaftliche Maßnahmen wurden strengste Handelsbeschränkungen im Lebensmittelbereich sowie die „Ausweisung aller Fremdstämmigen, insbesondere der seit 1914 eingewanderten Ostjuden“¹⁶⁴⁶ verlangt. Hinzu kam die Forderung nach entschlossenerer Anwendung der Todesstrafe gegen Wucherer und Schieber. Knilling war durchaus bemüht, derartigen Forderungen zu entsprechen. So hatte er schon auf seiner ersten Ministerratssitzung Maßnahmen zur Wucherbekämpfung sowie Ausfuhrsperrern ins Gespräch gebracht.¹⁶⁴⁷ Dennoch reagierte

Revolutionäre von 1918 sich heute in der NSDAP fänden, um dort wieder mit Waffen ausgestattet zu werden. Er interpretierte also in den Nationalsozialismus eine Putschgefahr von links. Vgl. Ministerratssitzung vom 5.1.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁶⁴³ Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 156.

¹⁶⁴⁴ Vgl. Kiiskinen, DNVP, S. 209.

¹⁶⁴⁵ Vgl. Benz, Politik, S. 119f.

¹⁶⁴⁶ Bauer an Knilling am 11.12.1922, BayHStA, MA 102387.

¹⁶⁴⁷ Vgl. Ministerratssitzung vom 11.11.1922, BayHStA, MA 99518.

er damit nur auf die Verbände und wirkte kaum aktiv auf sie ein. Er war geneigt, sich von den Verbänden politisch beeinflussen zu lassen, um ihnen damit zu gefallen. Macht über diese Verbände gewann er so keine.

Auch die weitere Entwicklung der VVVB gestaltete sich nicht nach den Wünschen Knillings. Der Ehrenvorsitzende der VVVB Gustav von Kahr hatte nach eigenen Angaben schnell Bedenken gegenüber den Erfolgchancen des Projekts und dementsprechend nur bedingte Freude an seinem neuen Ehrenamt, wusste er doch um die interne Heterogenität und die ständigen Personalquerelen. So war das baldige Scheitern laut Kahr "hauptsächlich verschuldet durch einige ehrgeizige Führer und Unterführer, die sich gegenseitig in einen krankhaften Größenwahn hineingeredet hatten, gewissermaßen mit klirrenden Sporen und klappernden Säbel herumstolzierten, die Ministerkabinette bedrängten, kurz den Napoleon spielen wollten. Aber nicht einmal wie er räusperte und spuckte hatten sie ihm glücklich abgeguckt."¹⁶⁴⁸ Der Vorsitzende der VVVB, Hermann Bauer, war als nicht entscheidungsfreudig bekannt und hatte keine Chance, dem Auseinanderdriften der inhaltlich so unterschiedlichen Teilorganisationen seiner Vereinigung etwas entgegenzusetzen.¹⁶⁴⁹ Auch Initiativen Kahrs, Pittingers Bund Bayern und Reich eine exklusive Vormachtstellung innerhalb der VVVB zuzuschancen, was im Sinne der Regierung gewesen wäre, fruchteten nicht.¹⁶⁵⁰ Ganz im Gegenteil befeuerten diese Versuche in Hitler nur noch den Gedanken, sich aus dem Verbund zu lösen¹⁶⁵¹ und verschlimmerten so die Lage. Hitler war für diesen Plan bereits zu selbstbewusst. Das zeigte sich etwa in der Tatsache, dass seine NSDAP nun auch auf eigene Faust damit begann, auszutesten, ob nicht nach der erfolgreichen Beseitigung Lerchenfelds noch mehr Beeinflussung der Regierung möglich sei. Diese Versuche zielten vor allem auf den als NSDAP-kritisch bekannten Innenminister Schweyer ab. Knillings Mitarbeiter Sommer erinnerte sich, dass um den Jahreswechsel 1922/1923 ein uniformierter Trupp der Nationalsozialisten in der Augustenstraße in München aufgelöst wurde. Eine Delegation aus Göring, Amann und Hanfstaengl machte sich daraufhin auf ins Ministerium des

¹⁶⁴⁸ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1116.

¹⁶⁴⁹ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 91.

¹⁶⁵⁰ Kahrs Gedanken gingen dahin, ob man dem Bund Bayern und Reich zu einer exklusiveren, allen anderen überlegenen Stellung verhelfen könne, indem man ihm alleine die Vorzüge der Unterstützung und der Ausbildung durch die Reichswehr zukommen lassen würde. Diese Aufwertung von Bayern und Reich, so Kahrs Plan, hätte im Effekt eine Abwertung aller anderen, weniger berechenbaren Verbände bedeutet. Laut Kahr war es Lossow, der lieber viele kleine Einheiten für einen Guerillakrieg vorbereiten und daher keinen Exklusivstatus für Pittingers geschlossene Truppe wollte. Mit einigem Ärger musste Kahr im Rückblick feststellen, dass jeder „Gernegroß“ damals einen vaterländischen Verband führen konnte und zudem jeder „kleine Schreier“ in der Landeskommandantur der Reichswehr aus und einging. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1136.

¹⁶⁵¹ Vgl. Fenske, Konservativismus, S. 188.

Äußeren, wo Knilling sich aber beim Empfang der Herren durch Sommer vertreten ließ. Als sie mit ihrem Ansinnen, ein Einschreiten Knillings gegen Schweyer durchzusetzen, auf keinen Erfolg stießen, erhielt Sommer einen Anruf Hitlers, der selbst nochmals Druck ausüben wollte.¹⁶⁵² In der Folgezeit mühte sich Adolf Hitler weiterhin nach Kräften, seine Grenzen gegenüber der Regierung Knilling auszutesten. Letztere gab angesichts dieser respektlosen Attacken, die man schwer missverstehen konnte, kaum ein gutes Bild ab. „Es herrscht hier nun mit Recht allgemein das Gefühl, dass die Regierung sich gründlich blamiert habe“¹⁶⁵³, so berichtete der württembergische Gesandte anlässlich des Parteitages der NSDAP, den Hitler Ende Januar in München abhielt, nach Stuttgart. Das Scheitern lag also in der Luft. Selbst Kahr konnte die Zersplitterung des Verbändelagers nur mehr als missmutiger Zuseher verfolgen, während Knilling ihr schon im Anfang kaum etwas entgegenzusetzen hatte.

Der sogenannte Ruhrkampf, also die Reaktion auf den Einmarsch der Franzosen und Belgier in die wirtschaftliche Herzkammer Deutschlands, brachte den letzten Anstoß zur öffentlichen Spaltung, zum Fall der Fassade der VVVB. Zwar hatte Reichskanzler Cuno unter dem Jubel vieler vaterländischer Kräfte am 13. Januar 1923 zum Widerstand aufgerufen, doch Hitler wollte sich in dieser hitzigen Phase niemandem mehr unterordnen. Er verwarf schon am 14. Januar 1923 im Einvernehmen mit Röhm sein „kurzes Gastspiel“¹⁶⁵⁴ in den Reihen der Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns und brach damit offiziell den Kontakt zur Spitze dieses Dachverbandes unter Pittinger und Bauer ab. Nun traten auch die inhaltlichen Differenzen hinsichtlich des Maßes, indem man zu Aktionismus bereit war, in den Vordergrund. Der Ruhrkampf brachte sie zu Tage. Röhm verfasste in dieser Zeit eine Denkschrift für den Kampfverband, in der er eine Agenda darstellte, die über die der VVVB oder Knillings klar hinausging und sich nicht mit passivem Widerstand und Burgfrieden in Deutschland begnügte. Auch Röhm hielt zwar grundsätzlich die Einheit der Vaterländischen für notwendig, anders als Knilling aber unter den aktionistischeren Grundsätzen. Ganz auf Hitlers Linie benannte er die Umgestaltung der Verhältnisse im Reich als Nahziel und den neuen Waffengang mit Frankreich als Fernziel.¹⁶⁵⁵ Zudem erlaubte eine bislang ungekannte Popularität und Präsenz der NSDAP eigene Wege gehen zu können, ohne großen Schaden befürchten zu

¹⁶⁵² Vgl. Sommer, Beiträge, S. 169.

¹⁶⁵³ Zit. bei Benz, Politik, S. 120.

¹⁶⁵⁴ Willing-Franz, Krisenjahr, S. 36.

¹⁶⁵⁵ Vgl. Fenske, Konservativismus, S. 188.

müssen.¹⁶⁵⁶ Auch an militärischer Stärke hatte die SA in letzter Zeit enorm zugelegt.¹⁶⁵⁷ Das Niveau, auf dem in Folge der Spaltung ein Geplänkel zwischen Pittinger und Hitler begann, verdeutlicht, wie wenig aussichtsreich diese Kooperation schon immer war. Während die nationalsozialistische Seite Pittinger vorwarf, er habe bei den Putschmöglichkeiten des Sommers 1922 an Händen und Füßen gezittert und habe sich feige aus München in den Chiemgau davongestohlen, konterte Pittinger mit der Behauptung, Hitler habe in jenen erregten Sommertagen vor Aufregung öffentlich geweint.¹⁶⁵⁸

Die organisatorische Spaltung der vaterländischen Kräfte in Bayern wurde schon bald durch die politische Tat bekräftigt. Bei Ausbruch des Ruhrkampfes wich die Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände auch öffentlich von den Vereinigten Vaterländischen Verbänden und von Knilling ab. Während jener die Einheitsfront aller vaterländischen Kräfte im Ruhrkampf propagierte, stand Hitler nicht nur zum Entsetzen Knillings beiseite. Die Kundgebungen, die die Einheitsfront gegen Franzosen und Belgier hinter dem ersten, in Bayern wohlwollend anerkannten Reichskanzler Wilhelm Cuno stellen sollten, wurden von Hitler und den Nationalsozialisten bewusst boykottiert. Adolf Hitler verkündete stattdessen: „Nicht nieder mit Frankreich, sondern nieder mit den Vaterlandsverrätern, nieder mit den Novemberverbrechern muss es heißen.“¹⁶⁵⁹ Kein passiver Widerstand, sondern der aktive Widerstand sei die Lösung der Dinge. Knilling, der diese Tage des Schulterschlusses mit Reichskanzler Cuno eigentlich als große Chance für die Einigung des nationalen Lagers erwartet hatte, zeigte sich im Ministerrat ganz und gar irritiert von den Nationalsozialisten: „Gegen wen würde nun Hitler vorgehen? In Bayern gegen eine bürgerliche Regierung, im Reiche gegen die Regierung Cuno, um die wir herzlich froh sind. Als Folge würde im ganzen Reiche ein elementarer Druck von links einsetzen und zum mindesten verlangt werden, dass die Sozialisten wieder in die Regierung aufgenommen werden, wenn nicht eine reine Arbeiterregierung das Ergebnis wäre.“¹⁶⁶⁰

Entsprechend dieser Irritation trug sich die Regierung mit einigen Bedenken, als Hitler am 27. und 28. Januar in München seine Mitgliederversammlung, die nun zum ersten Mal

¹⁶⁵⁶ Am 13. Dezember 1922 gelang es der Partei sage und schreibe zehn Massenkundgebungen in München zu veranstalten. Vgl. Willing-Franz, Hitlerbewegung, S. 230.

¹⁶⁵⁷ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 170.

¹⁶⁵⁸ Vgl. Willing-Franz, Krisenjahr, S. 38ff.

¹⁶⁵⁹ Zit. bei Willing-Franz, Hitlerbewegung, S. 231.

¹⁶⁶⁰ Ministerratssitzung vom 26.1.1923, BayHStA, MA 99518.

als „Reichsparteitag“ titulierte wurde, abzuhalten gedachte. Er forderte für diese Veranstaltung die repräsentativsten Plätze der Landeshauptstadt, wie den Königsplatz oder den Hofgarten vor dem Armeemuseum.¹⁶⁶¹ Mit insgesamt zwölf geplanten Massenkundgebungen und Aufmärschen war die Veranstaltung äußerst groß dimensioniert.¹⁶⁶² Hitler erstrebte eine Öffentlichkeit, die Knilling als seinen Zielen entgegengesetzte Propaganda empfinden musste. Zu einem wirklich entschlossenen Eingreifen war die Regierung Knilling dennoch nicht bereit. Man ging nicht soweit, den Parteitag selbst verbieten zu wollen, sondern untersagte lediglich propagandawirksame Bestandteile des Programms wie Fahnenumzüge und Fahnenweihen oder Versammlungen auf öffentlichen Plätzen unter freiem Himmel. Der Parteitag sollte, so der Plan des Ministerrats, in geschlossene Räume zurückgedrängt werden.¹⁶⁶³ Doch auch die Staatsregierung zeigte hier ein wenig geschlossenes Bild und war von Unsicherheit und Putschangst geprägt. Schweyer beispielsweise erschien die Maßnahme nicht ausreichend. Er riet im Ministerrat prinzipiell zur Anwendung des Ausnahmezustandes,¹⁶⁶⁴ womit er sich allerdings erst nach einer gewissen Weile durchsetzen konnte. Die Funktion des „Generalstaatskommissars“, der die vollziehende Gewalt in Bayern im Rahmen des Ausnahmezustandes gebündelt in Händen hielt, übernahm Schweyer selbst. Demgegenüber plädierte der hinzugezogene Landeskommandant der Reichswehr, Lossow, dafür, Hitler so viel Spielraum zu lassen, dass er sein Gesicht wahren könne. Lossow, der zu dieser Zeit frisch General Möhl als Landeskommandant ersetzt hatte und in der Folge zu einer deutlich undifferenzierteren Praxis überging, was die Ausbildung vaterländischer Verbände an Waffen und in Kasernen der Reichswehr anging,¹⁶⁶⁵ setzte damit auf Milde. Wenn auch Teile der Reichswehr mit Hitler sympathisierten, so habe laut Lossow die Reichswehr doch alles im Griff, sollte Hitler tatsächlich zu weit gehen. Kahr, der ebenfalls und gemeinsam mit Pittinger im Ministerrat erschien, riet zur Zurückhaltung, um keine Verwirrung im nationalen Lager zu schaffen. Knilling selbst schwankte. Im internen Kreis der Minister gab er offen Zweifel zu, dass man die Reichswehr im Falle eines Falles tatsächlich konsequent und mit Härte gegen Hitler einsetzen könne. Diese Unsicherheit, die Knilling

¹⁶⁶¹ Vgl. Willing-Franz, Hitlerbewegung, S. 232.

¹⁶⁶² Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 170.

¹⁶⁶³ Vgl. Ministerratssitzung vom 24.1.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁶⁶⁴ Schon Anfang Januar hatte Schweyer sich auf den Standpunkt gestellt, dass nur der Ausnahmezustand in Bayern das richtige Mittel gegen Hitler sei. Der Polizei warf er damals hinsichtlich ihres bisherigen Verhaltens gegen die NSDAP Versagen vor. Er sah es also als nötig an, direkter auf Hitler reagieren zu können. Vgl. Ministerratssitzung vom 5.1.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁶⁶⁵ Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 175.

und den Ministerrat plagte, war von Hitler so gewollt, wie sein ganzes respektloses Benehmen belegt. Eine Einladung, nochmals mit dem bayerischen Innenminister persönlich alles zu bereden, hatte der Führer der NSDAP mit der Begründung ausgeschlagen, er habe gerade keine Zeit dafür.¹⁶⁶⁶ Dass es angesichts dieses Verhaltens am 26. Januar doch zur Verhängung des Ausnahmezustandes¹⁶⁶⁷ kam, war im innersten nicht im Sinne Knillings. Er blieb unentschlossen. Dies lässt sich den Berichten des österreichischen Gesandten nach einem vertraulichen Gespräch mit dem Ministerpräsidenten entnehmen. Knilling hielt den Ausnahmezustand nach wie vor für ein zu provokantes Mittel. Lediglich die Tatsache, dass sich Knilling außerhalb Münchens befand, als Innenminister Schweyer den Ausnahmezustand tatsächlich erklärte, habe sein Veto verhindert. Nur im Nachhinein habe Knilling sich gedrängt gefühlt, sich öffentlich hinter seinen Kabinettskollegen zu stellen. Ganz generell beschreiben die Gesandtschaftsberichte nach Wien Knilling gegenüber der NSDAP als völlig passiv und nur Schweyer als denjenigen, der, weitgehend auf sich alleine gestellt, manchen Versuch eines Vorgehens gegen Hitler unternahme.¹⁶⁶⁸ Insgesamt tat sich Knilling nach wie vor äußerst schwer damit zu akzeptieren, dass die NS Bewegung einen eigenen Weg ohne Rücksicht auf die bayerische Staatsregierung nehmen wollte.¹⁶⁶⁹

Hitler machte in der Folge keinerlei Anstalten, nachzugeben. Er drohte stattdessen der Regierung, dass, wenn sie Gewalt gegen ihn anzuwenden versuche, sie binnen Stundenfrist hinweggefegt sein würde.¹⁶⁷⁰ Wirksamen Einfluss auf Hitlers Parteitag, als dieser dann tatsächlich gekommen war, nahmen die Einschränkungen der Regierung trotz des Ausnahmezustandes nicht. Er übergang die Einschränkungen einfach und die Kräfte des Staates duldeten es. Schon vor dem Beginn des Parteitags ließ sich Polizeipräsident Nortz zu ersten Zugeständnissen an Hitler hinreißen,¹⁶⁷¹ worin der eigentlich die Oberaufsicht über den Ausnahmezustand innehabende Innenminister nicht involviert

¹⁶⁶⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 26.1.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁶⁶⁷ Der Ausnahmezustand vom 26.1.1923 ähnelte dem bekannten Vorbild vom 4.11.1919. Schon in der entsprechenden Ministerratssitzung bestanden allerlei Zweifel an der Verfügung über die militärischen Kräfte im Land. Zusätzlich zu den Staatskommissaren in den Regierungskreisen wurde nun auch ein Generalstaatskommissar für das rechtsrheinische Bayern, namentlich Innenminister Schweyer, ernannt. Der Ausnahmezustand endete am 6.2.1923. Vgl. Lange, Bayern, S. 191f.

¹⁶⁶⁸ Vgl. Weigl, Bayernbild, S. 212.

¹⁶⁶⁹ Dementsprechend liest sich die Bekanntmachung der Regierung vom 26.1.1923, also kurz vor dem Parteitag: „Der Druck der Feinde auf Deutschland verlangt zur Zeit gebieterisch die Zusammenfassung aller Kräfte zur einheitlichen Abwehr. Jetzt ist nicht die Zeit zu politischen Auseinandersetzungen.“ Zit. bei Hoegner, Hitler 1, S. 4.

¹⁶⁷⁰ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 170f.

¹⁶⁷¹ Es gelang Hitler persönlich mit der Argumentation, er könne in der Kürze der Zeit einfach die geplanten Fahnenweihen und Versammlungen nicht mehr absagen, dem Polizeipräsidenten Münchens Nortz weitgehende Zugeständnisse abzurufen. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 171ff.

wurde. Schweyer hatte sich also in der Praxis nicht durchsetzen können, eine Schlagkraft der Regierung wurde nicht wirksam hergestellt. Selbst diese ersten Zugeständnisse der Polizei aber brach Hitler erneut und veranstaltete trotz aller Verbote unter anderem eine Fahnenweihe unter freiem Himmel.¹⁶⁷² Auf den Parteitagsversammlungen verhönte Hitler die Regierung obendrein noch in seinen Reden: „Eine Waschfrau (...), ein Bäckerjunge, ein paar Friseurgehilfen und die ‘Münchener Post’¹⁶⁷³ seien offenbar ausreichend, die Regierung in solche Putschangst zu versetzen, dass sie den Ausnahmezustand verhängte. Einen propagandistischen Gefallen hatte sich die Regierung in weit über die NSDAP hinausreichenden Teilen des rechten Lagers sowieso nicht getan, wurde sie doch beispielsweise auch vom Miesbacher Anzeiger tagelang mit Hohn und Spott überzogen. Offen zeigte das Blatt, wie wenig im rechten Lager eine Unterscheidung zwischen NSDAP und den regierungsnahen vaterländischen Gruppen nachvollziehbar erschien. An den ins „Austragsstüberl“ gewünschten und als tatenlos kritisierten Ministerpräsidenten richtete die Miesbacher Redaktion die Frage: „Ja, Herr Dr. von Knilling, sind sie denn noch nie in einem der sogenannten intellektuellen Abende der Bayerischen Volkspartei gewesen? Dort ist auch schon die Aufrichtung der Diktatur und die Beseitigung des Parlamentarismus gefordert worden. Und man hat applaudiert.“¹⁶⁷⁴ Der Ministerialbeamte Sommer hielt zu Hitler fest: „Das Wesentliche war: Er marschierte uniformiert mit Fahnen auf und zeigte der Bevölkerung seine Macht! Die Polizeidirektion und das Innenministerium waren empört und wollten mit aller Schärfe einschreiten. Die Deutschnationalen beschwichtigten und erreichten es, dass nichts geschah! Nun wusste Hitler, dass er etwas wagen dürfe, auch ohne und gegen die Regierung. Der revolutionäre Kampf hatte begonnen, das Kabinett Knilling hatte die Freiheit seiner Entschließung zum guten Teil eingebüßt.“¹⁶⁷⁵ Hitler tanzte Knilling damit schon seit Januar 1923 immer offener auf der Nase herum. Der Ministerpräsident seinerseits zeigte sich noch Tage später in der Fraktionssitzung der BVP ratlos. Er habe den Eindruck, dass die Staatsregierung sich auf niemanden mehr verlassen könne und nur mehr über beschränkte Möglichkeiten verfüge.¹⁶⁷⁶

Knilling setzte trotzdem weiter auf Verständigung mit Hitler. Anstatt die NSDAP nun schärfer zu bekämpfen, nahm der Ministerpräsident am 2. Februar an einem Treffen mit

¹⁶⁷² Vgl. Gordon, Hitlerpustsch, S. 174.

¹⁶⁷³ Zit. bei Jäckel, Hitler, S. 806.

¹⁶⁷⁴ Miesbacher Anzeiger Nr. 28 vom 4.2.1923.

¹⁶⁷⁵ Sommer, Beiträge, S. 175.

¹⁶⁷⁶ Selbstkritischer äußerte sich in dieser Sitzung Finanzminister Krausneck. Er sprach von „Versagen, fast eine Blamage der Polizei und weiters der Regierung.“ Zit. bei Niedermaier, BVP-Fraktion, S. 44.

Hitler in kleinem Kreis teil und ließ sich rasch wieder beruhigen. Hitler schmeichelte sich bei diesem Anlass ein, versicherte, Knilling zu vertrauen und gegen die bayerische Staatsregierung nichts zu unternehmen. Seine Kritik konzentrierte er auf Schweyer, den der Ministerpräsident allerdings selbst schon im Vorfeld dieser Besprechung zur Mäßigung gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung aufgefordert hatte. Auch ein anwesender Vertreter der NSDAP-nahen Presse erklärte Knilling die Unterstützung. Schließlich arrangierte Knilling gar ein mehrstündiges Treffen zwischen Hitler und BVP-Fraktionschef Held. Der Kurs des Ministerpräsidenten war damit auch für die Folgezeit klar: Die Türen offen halten, im Gespräch bleiben.¹⁶⁷⁷ Doch tatsächlich sollte zu diesem Zeitpunkt der nächste Machtgewinn für Hitler schon unmittelbar bevor stehen: Am 4. Februar 1923, also nur zwei Tage später, kam das definitive Scheitern der versuchten Verbändeinigung. Vertreter der Vaterländischen Vereine Münchens, der Reichsflagge, der NSDAP inklusive SA, der Gau Niederbayern der VVVB (auch „Bund Unterland“ oder schlicht „Niederbayern“ genannt), das „Organisation Lenz“ genannte Zeitfreiwilligenkorps Münchens und der Bund Oberland vollzogen ihre Abspaltung. Nur mehr ein Rumpf unter der Vorherrschaft des Bundes Bayern und Reich blieb zurück. Die von Knilling erhoffte Verbändeinigung war endgültig erledigt. Die Hitler-Anhänger schlossen sich in einem konkurrierenden Bund zur „Arbeitsgemeinschaft der nationalen Kampfverbände“ zusammen, um fortan eine stoßkräftige Gemeinschaft aktivistischer Gruppen zu bilden. In diesem Umfeld wettete Hitler, anders als bei dem Treffen mit Knilling Tage zuvor, unverhohlen gegen die BVP und die Regierung.¹⁶⁷⁸ Die Regierung müsse man wissen lassen, „dass sie die Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft hat, solange sie national bleibt“¹⁶⁷⁹, so Hitler bei einer ersten Besprechung der Arbeitsgemeinschaft. Versammlungen beispielsweise, die nicht im Sinne der Arbeitsgemeinschaft seien, habe die Regierung zu verbieten. Die Arbeitsgemeinschaft habe ferner den Anspruch, mit solchen Forderungen „unmittelbar zum Ministerpräsidenten“¹⁶⁸⁰ zu gehen. Das bedeutete nichts anderes als den Willen zu einer Erpressung Knillings - entweder er verhalte sich im Sinne der Arbeitsgemeinschaft, oder sie wende sich gegen ihn. Erschwerend hinzu kam, dass diese Arbeitsgemeinschaft nun durchaus kein Verein von Außenseitern mehr war. Es fanden sich in ihrer Leitung prominente Namen, die in breiter Öffentlichkeit ernst genommen wurden. Politischer

¹⁶⁷⁷ Vgl. Hoegner, Hitler 1, S. 9.

¹⁶⁷⁸ Vgl. Willing-Franz, Krisenjahr, S. 21ff. Vgl. ferner Menges, Schmelzle, S. 215; Altendorfer, Schäffer, S. 176ff.

¹⁶⁷⁹ Zit. bei Hoegner, Hitler 1, S. 8.

¹⁶⁸⁰ Zit. bei Hoegner, Hitler 1, S. 9.

Geschäftsführer wurde der Justizminister a.D. Christian Roth, während der als Stabschef aus Einwohnerwehrzeiten bestens bekannte Hermann Kriebel für militärische Fragen zuständig war. Mit dem „Heimatland“ unter der Leitung von Hauptmann Wilhelm Weiß stellte sich auch das Presseorgan der ehemaligen Einwohnerwehr den Kampfverbänden zur Verfügung.¹⁶⁸¹ Kräfte und Köpfe, die sich noch 1921 beim Ministerpräsidenten Kahr die Klinke in die Hand gaben, waren somit sowohl für Kahr, aber erst recht für Knilling verloren.

In keiner Weise hat die Regierung Knillings ernsthaft auf die Tatsache reagiert, dass die angesprochenen Verbände sich durch ihre Bewaffnung und ihre erklärte Eigenständigkeit in Konkurrenz zu der bewaffneten Macht des Staates stellten. Dies galt auch dann noch, als Hitler die Unterstützung durch die Arbeitsgemeinschaft an die Bedingung knüpfte, dass die bayerische Regierung „national“ bleiben müsse, und offen zum Kampf gegen den Parlamentarismus aufrief.¹⁶⁸² Ende März konnte Kriebel folgenlos eine Militärübung der Arbeitsgemeinschaft im Forstenrieder Park abhalten, bei der er beeindruckende 3000 Männer aufmarschieren ließ.¹⁶⁸³ Unter vaterländischer Anschauung wurde dies geduldet. Nicht nur Knilling, sogar der als gemäßigt bekannte Innenminister Franz Schweyer konnte in einer Rede vor dem Landtag im April 1923 nichts schlechtes an diesem Zustand finden: „Die körperliche Ertüchtigung unseres Volkes, die Pflege des Wehrgedankens in Wort und Schrift und auch in der Betätigung verdient Anerkennung. Ein Volk, das durch Zwangsmaßnahmen verurteilt ist, auf die wertvolle Schule der allgemeinen Wehrpflicht zu verzichten, hat einen gewissen Ersatz doppelt notwendig. Sollen wir uns wie Sklaven und feige Hunde verkriechen oder sollen wir nicht vielmehr dahin streben, unser Haupt wieder erheben zu können, wie es freien deutschen Männern gebührt?“¹⁶⁸⁴ Also auch nach dem Parteitag gab es keine Anzeichen, die ein entschlossenes Vorgehen der Regierung gegen Hitler und seine Arbeitsgemeinschaft in Aussicht gestellt hätten.

Die Politik des Ministerrats sah, folgt man der durch Schweyer gegebenen Regierungserklärung, unbeirrt das Wunschziel Zusammenfassung aller patriotischen Kräfte, auch wenn es in der Praxis nicht danach aussah. Schweyer erklärte hierzu missmutig: „Wenn es gilt, alle vaterländischen Kräfte zu sammeln und eine Höchstleistung nationaler Macht zu erzielen, so ist es schlechterdings unverständlich, wenn national gerichtete Vereinigungen eine national gerichtete Reichs- oder

¹⁶⁸¹ Vgl. Fenske, Konservatismus, S. 188f. Vgl. ferner Gordon, Hitlerputsch, S. 91.

¹⁶⁸² Vgl. Landau, Recht, S. 491.

¹⁶⁸³ Vgl. Fenske, Konservatismus, S. 189f.

¹⁶⁸⁴ Schweyer, Staatsregierung, S.1.

Landesregierung bekämpfen statt sie zu unterstützen.“¹⁶⁸⁵ Gleichzeitig aber wurde die Spaltung des Verbändelagers in Hitlers Arbeitsgemeinschaft auf der einen, und Pittingers regierungsnahen Bund auf der anderen Seite immer offenkundiger – und peinlicher. So bemerkte Kahr zum Besuch des Reichskanzlers Wilhelm Cuno in München im März 1923: „Dass die vaterländischen Verbände Bayerns bei ihm in zwei Gruppen vorsprachen, wird ihn nicht besonders beeindruckt haben.“¹⁶⁸⁶ Auch seitens der Reichsregierung hegte man seit Februar 1923 große Zweifel daran, dass Knilling die nationale Bewegung in Bayern im Griff habe. So übermittelte Reichswehrminister Geßler Knilling Anfang Februar schriftlich seine Bedenken, ob der bayerische Staat noch über die Machtmittel verfüge, um einen Rechtsputsch zu verhindern, und verlangte eine Stellungnahme des Ministerpräsidenten.¹⁶⁸⁷ Die Sache begann Knilling mehr und mehr über den Kopf zu wachsen.

Die Arbeitsgemeinschaft blieb weiter selbstbewusst. Als im April der Schriftleiter des Miesbacher Anzeiger und der Herausgeber des Völkischen Beobachter im Rahmen des Republikschutzgesetzes vor den Gerichtshof nach Leipzig zitiert wurden, machte sich eine Delegation bestehend aus Hitler, Kriebel, Lenz und anderen Vertretern der Kampfverbände auf zu Knilling. Sie wollten ihm persönlich erklären, dass sie von der bayerischen Regierung einen Vollzugsstopp der Republikschutzgesetze für vaterländisch gesinnte Persönlichkeiten erwarten und eine dahingehende Stellungnahme an die Arbeitsgemeinschaft bis zum 14. April verlangen. Es ging Hitler und seinen Mitstreitern also nicht nur um den Einzelfall, es ging um eine generelle Abschaffung der Republikschutzgesetze, die Knilling zudem binnen 24 Stunden zu bewerkstelligen habe. Da half es auch nicht, dass die Arbeitsgemeinschaft kurz zuvor zumindest offiziell verlautbaren ließ, sich für den Fall einer ernsten Bedrohung des Vaterlandes dem Landeskommandanten Lossow zur Verfügung zu stellen. Vielmehr wurde in der Verlautbarung der Delegation genau dies als Mittel zur Erpressung genutzt: „Wenn diese Verpflichtung nicht nur eine leere Form sein soll, dann müssen wir verlangen, dass auch die bayerische Regierung uns und unsere Leute vor der Vergewaltigung, die Severing den uns Gleichgesinnten in Norddeutschland antut, hier in Bayern bedingungslos schützt.“¹⁶⁸⁸

¹⁶⁸⁵ Schweyer, Staatsregierung, S.1.

¹⁶⁸⁶ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1144

¹⁶⁸⁷ Vgl. Geßler an Knilling am 2.2.1923, BayHStA, MA 100425. Knilling bestritt nicht, dass die NSDAP viele Sympathien genieße, aber er versicherte natürlich sofort, dass er in Zusammenarbeit mit General Lossow alles unter Kontrolle habe. Vgl. Knilling an Geßler am 3.2.1923, BayHStA, MA 100425.

¹⁶⁸⁸ Zit. bei Hoegner, Hitler 1, S. 11.

Die Herren, „namentlich Hitler“, so der überrumpelte Ministerpräsident im Ministerrat, seien für „jede Belehrung unzugänglich“ gewesen. Auch der hinzugerufene Polizeipräsident Nortz konnte nur analysieren, dass der Arbeitsgemeinschaft wohl „der Kamm geschwollen“¹⁶⁸⁹ sei, seit Minister a.D. Roth¹⁶⁹⁰ deren Propaganda zusätzlich antreibe. Eine Union von Schweyer bis hin zum deutschnationalen Gürtner sprach sich ob dieser tollkühnen Provokation für einen Vollzug der Gesetze und gegen Hitlers Ansinnen aus, was wie zu erwarten die Hetze der betroffenen Blätter einmal mehr auf die Regierung lenkte. Schon weit vor Hitlers Delegation hatte der Miesbacher Anzeiger alles in Bewegung gesetzt, um mittels weiß-blauer Argumentation seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen und die Anti-Republikenschutzgesetz-Stimmung des Vorjahres wieder anzuheizen.¹⁶⁹¹ Der militärische Leiter der Arbeitsgemeinschaft, Kriebel, erklärte offen, er verstehe die Haltung des Ministerrats als „Kriegserklärung“¹⁶⁹² seitens der Regierung.

Im Falle des Miesbacher Anzeigers hatte die Regierung also versucht, sich durchzusetzen, und stieß sofort auf starken Gegendruck. Dieser Gegendruck, der bei jeder Aktion gegen die Rechtsradikalen zu fürchten war, war ein generelles Problem. Die öffentliche Stimmung trug wesentlich dazu bei, dass Knillings Kabinett gegenüber den vaterländischen Verbänden meist passiv blieb. Sie befand sich im ständigen Zwiespalt. Das zeigen beispielsweise die immer wieder erwähnten Versuche Schweyers, Hitler aus Bayern auszuweisen und somit die störende Gruppe ihres Anführers zu berauben. Schweyer hatte schon unter Lerchenfeld Untersuchungen angestellt, inwiefern eine Ausweisung Hitlers in sein Geburtsland Österreichs machbar sei. Er sollte jedoch dieses Vorhaben auf Grund diverser Widerstände selbst nach dem Hitlerputsch nicht in die Tat umsetzen können.¹⁶⁹³ Laut schon damals verbreiteter Meinung lehnte Österreich dieses Ansinnen ab, da Hitler durch seinen Überlauf zur bayerischen Armee im ersten Weltkrieg seine Staatsbürgerschaft verwirkt habe.¹⁶⁹⁴ Erst später sollte sich herausstellen, dass diese Haltung Österreichs keineswegs fundiert war und eine Ausweisung durchaus im Bereich

¹⁶⁸⁹ Ministerratssitzung vom 13.4.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁶⁹⁰ Roth hatte sich erstmals anlässlich des NSDAP-Parteitags im Januar öffentlich an die Seite Hitlers gestellt. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 174.

¹⁶⁹¹ „Vielleicht glaubt die bayerische Regierung, dass man ruhig die zwei bayerischen Redakteure Eckart und Weger opfern kann, damit die Koalition nicht in Gefahr kommt. Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass vielleicht gerade, wenn die bayerische Regierung die Verhaftung zulässt, die Koalition sehr stark gefährdet sein wird.“ Miesbacher Anzeiger Nr. 86 vom 14.4.1923.

¹⁶⁹² Zit. bei Gordon, Hitlerputsch, S. 177.

¹⁶⁹³ Vgl. Ministerratssitzung vom 12.4.1924, BayHStA, MA , 99518.

¹⁶⁹⁴ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 161.

des Möglichen gelegen hätte.¹⁶⁹⁵ Doch konnte die Regierung, wann immer dieser Plan wieder an die Öffentlichkeit gelangte, anhand diverser Protestnoten, nicht nur von NSDAP Ortsgruppen, sondern auch von diversen Veteranenvereinen, erfahren, welche Gegenwehr sie zu befürchten hätte. Diese Verbände lehnten die Ausweisung eines Mannes, der über vier Jahre für Deutschland im Feld gestanden habe und zudem das Eiserne Kreuz trage, mit aller Empörung ab.¹⁶⁹⁶ Eine Ausweisung Hitlers, so war zu befürchten, hätte also den Zorn der Öffentlichkeit noch mehr auf die Regierung Knilling gezogen. Sie fühlte sich nicht stark und populär genug, um dieses Risiko einzugehen.

Hitler plante derweil längst seinen nächsten Schritt, um die Regierung auszutesten. Er fand hierfür einen hervorragenden Anlass im Arbeiterfeiertag am 1. Mai, der sich angesichts der Aufmärsche der Linken besonders gut eignete, um im Fahrwasser antibolschewistischer Ressentiments zu agieren.¹⁶⁹⁷ Nirgendwo anders im Reich war jener 1. Mai derart stimmungsgeladen wie in Bayern. Vor allem in der Landeshauptstadt hatte er, neben der traditionellen Bedeutung für die Linke, auch für die Vaterländischen eine hohe Symbolkraft als Jahrestag der Befreiung Münchens von der Räteherrschaft.¹⁶⁹⁸ Nun stand drohend ein Szenario im Raum, in dem es Hitler genau darauf anlegen würde. Beide Lager sollten am Maifeiertag in großer Personenzahl aufeinander prallen und die Lage so zu einer Eskalation bringen. Als Innenminister Schweyer nun im Ministerrat am 25. April seine Vorbereitungen zum Maifeiertag darlegte, konzentrierte sich zunächst noch alles auf die Gefahr von links. Vor allem die KPD bereitete Sorgen. Der bereits genehmigte Marsch der Gewerkschaften zur Theresienwiese wurde wieder verboten, als die kommunistische Partei ihre geschlossene Beteiligung ankündigte.¹⁶⁹⁹ Erst nach diesem Verbot erschien es Schweyer notwendig und gerecht, nun auch für die vaterländischen Gruppen strengere Regeln anzuwenden, „zumal diese es mit der

¹⁶⁹⁵ So stellte das bayerische Innenministerium im Oktober 1924 fest, dass Hitler 1920, 1921 und 1923 durch das österreichische Konsulat in München Reisepässe ausgestellt bekommen habe und damit seine österreichische Staatsangehörigkeit faktisch anerkannt sei. Ferner sei seit Anfang 1924 dessen Staatsbürgerschaft gegenüber dem bayerischen Innenministerium sowohl durch die Regierung von Oberösterreich als auch durch den Stadtmagistrat von Linz schriftlich bestätigt worden. Erstere teilte sogar ausdrücklich mit, dass das Land Oberösterreich die Pflicht annehme, Hitler im Falle einer gesetzlich begründeten Ausweisung aus Bayern aufzunehmen. Vgl. MInn an MA am 10.10.1924, BayHStA, MA 100427. Vgl. ferner Hartmann, Innenminister, S. 41ff.; Watt, Bemühungen, S. 270ff.

¹⁶⁹⁶ Vgl. Schreiben diverser Verbände an die Staatsregierung, BayHStA, MA 100425.

¹⁶⁹⁷ In der Tat machten unbegründete Gerüchte die Runde, dass selbst die MSPD die Situation zu einem Putsch nutzen wolle. In Wahrheit dürften diese Gerüchte wesentlich durch das Vorhaben befeuert worden sein, die sozialdemokratische SA an diesem Tag erstmals in einheitlicher Uniform und damit ausgesprochen militärisch auftreten zu lassen. Vgl. Fenske, Konservativismus, S. 191.

¹⁶⁹⁸ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 177

¹⁶⁹⁹ Statt eines geschlossenen Umzugs wurden nun nur sieben kleine Züge hin zu einer Abschlusskundgebung auf der Theresienwiese erlaubt. Vgl. Schwend, Bayern, S. 206.

Erfüllung der ihnen auferlegten Bedingungen nicht genau zu nehmen pflögen.“¹⁷⁰⁰ Ausreichenden Einfluss und Souveränität konnte die Regierung aber erneut nicht gewinnen. Knilling beklagte sich in diesen Tagen unter anderem, dass die Münchner Polizei ihm kaum Einblick in ihre Arbeit gewähre. In München machten derweil, so die Erinnerung des Regierungsrats Sommer, weit weniger Bedenken gegen die Märsche der Sozialdemokraten und Gewerkschaften als gegen eine Gewalttat Hitlers die Runde. So musste Sommer feststellen, dass offenbar in der Pionierkaserne ganz ungeniert erhebliche Mengen an Waffen an die SA ausgehändigt wurden.¹⁷⁰¹ Hier zeigte sich der lasche Umgang mit dem staatlichen Gewaltmonopol, denn immerhin waren viele Verbände der Arbeitsgemeinschaft nach wie vor als „Notpolizei“ geführt. Dies galt auch dann noch, als Hitler am Vorabend des 1. Mai ankündigte, dem Staat in dieser Situation nun gar nicht notpolizeilich zur Verfügung stehen zu können.¹⁷⁰² Flugblätter, die die Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände in der Stadt verbreitete, sprachen eine klare Sprache: Es könne zu „schweren Zusammenstößen“ kommen, sodass Frauen und Kinder sowie die „anständige Bevölkerung“ an diesem Tag die Straße zu meiden hätten. Ein anderes Flugblatt beschwor die rechten Kräfte, dass diesmal der „Dolchstoß“ verhindert werden müsse: „Erkennt den Verrat, kämpft gegen Eure Verräter!“¹⁷⁰³ Die Arbeitsgemeinschaft war entschlossen, den durch die Regierung bereits eingeschränkten Maifeiertag der Linken über den Willen der Regierung hinaus völlig zu verhindern. Von einem Führungsanspruch des bayerischen Ministerpräsidenten im rechten Lager konnte keine Rede sein. Selbst an hohe Funktionsträger des Staates traten die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft in großer Selbstsicherheit heran. Noch am 30. April suchten sie General Lossow auf, um ihn auf seine angebliche Pflicht zur Unterstützung der Verbände hinzuweisen.¹⁷⁰⁴ Den Polizeipräsidenten Nortz bedrängte die Arbeitsgemeinschaft ebenfalls in diesem Sinne. Beide Herren verhielten sich zwar kühl, verhinderten aber dennoch nicht, dass die Hitlertreuen, obgleich sie an diesem Abend wie

¹⁷⁰⁰ Ministerratssitzung vom 25.4.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁷⁰¹ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 176.

¹⁷⁰² Damit, so Hitler, könne schließlich nur der von der Regierung gewünschte Zustand verteidigt werden. Der entspräche aber nicht dem von der Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände gewünschten Zustand. Seine Leute seien für eine solche Zurückhaltung nun schon in einer zu „erregten Stimmung.“ Hoegner, Hitler 1, S. 16.

¹⁷⁰³ Flugblätter zum 1. Mai 1923, BayHStA, MA 100428a.

¹⁷⁰⁴ Lossow weigerte sich bei diesem Treffen, durch die Reichswehr Waffen an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft aushändigen zu lassen. Zu den näheren Umständen dieser Weigerung gab Oberst Lenz 1924 vor dem Untersuchungsausschuss des Landtages an, dass Lossow dabei aber in Aussicht stellte, dass die Waffen bei einer anderen Gelegenheit auch künftig durchaus an die Arbeitsgemeinschaft ausgegeben werden könnten. Ein freundlicher Ton habe den Dialog zwischen Arbeitsgemeinschaft und Lossow geprägt. Vgl. Hoegner, Hitler 1, S. 16f. Auch allgemein herrschte im persönlichen Umgang zwischen Landespolizisten, Reichswehrsoldaten und Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft während der Geschehnisse ein eher verständnisvoller und kameradschaftlicher Umgangston. Vgl. Lange, Bayern, S. 196.

erwähnt ganz offen keinen Wert mehr auf ihren offiziellen Status als Notpolizei gelegt hatten, mit Waffen des Staates versorgt wurden.¹⁷⁰⁵ Dies war durch deren gute Kontakte in die unteren Ebenen der Reichswehr und der Polizei offenbar nicht zu unterbinden.¹⁷⁰⁶ Am Ende wusste der im Polizeipräsidium bei Nortz versammelte Ministerrat sich keinen anderen Rat mehr, als militärische Unterstützung aus Niederbayern und Schwaben in Richtung München zu befehlen.¹⁷⁰⁷ Die Arbeitsgemeinschaft bedrängte Knilling noch unmittelbar am 1. Mai telefonisch. Er solle ein Machtwort gegen Schweyer¹⁷⁰⁸ sprechen. Knilling aber zog sich nun - offenbar überfordert - aus der Affäre. Trotz der ernststen Anspannung der Lage in Bayern reiste er zu einer Konferenz nach Berlin¹⁷⁰⁹ ab und überließ die weiteren Gespräche dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Matt und dem Innenminister Schweyer.¹⁷¹⁰

Am 1. Mai 1923 hatte sich so unter anderem eine etwa 1200 bis 1300 Mann starke,¹⁷¹¹ gut bewaffnete Truppe aus SA und diversen kleineren Formationen auf dem Oberwiesenfeld gesammelt. Zusätzlich stand eine Abteilung des Bund Oberland am Maximilianeum. Ihr Aufmarsch in der Landeshauptstadt erfolgte nicht etwa heimlich oder verdeckt, sondern zum Teil auf 15 Lastwägen aufsitzend durch die Stadt fahrend. Ferner offenbarte die Bewaffnung der Nationalsozialisten ganz klar, dass sie sich nicht nur auf eine Saalschlacht oder eine einfache Straßenschlägerei mit den Linken eingestellt hatten: Neben Gewehren waren sie mit über 20 MGs sowie zwei Handgranatenkisten ausgestattet.¹⁷¹² Zwar reagierte die staatliche Macht in dieser akuten Lage nun mit sehr

¹⁷⁰⁵ Der Beamte Sommer wertete dies in seinen Erinnerungen als klares Anzeichen eines Putschversuches. Vgl. Sommer, Beiträge, S. 177.

¹⁷⁰⁶ So stellte sich der Kommandeur der Pionierkaserne auf den Standpunkt, dass seine Kaserne im Rahmen der militärischen Ausbildung der Verbände ja sowieso für die SA zuständig war und weiterhin sei. Die Ausgabe von Waffen sei also legitim. Vgl. Gruchmann, Weg, S. LIII. In der Kaserne des Infanterieregiments 19 wiederum gelang den Nationalsozialisten unter Leitung Görings dieses Vorhaben nicht. Ein Trupp SA gelangte zwar auf das Gelände, doch die Herausgabe der Waffen wurde durch die anwesenden Reichswehrsoldaten verhindert. In der Luftschifferkaserne wiederum gelang es erst Einhalt zu gebieten, als einige Waffen und Panzerwagen schon in Görings Hand waren. Er wurde erst aufgehalten, als er zudem noch einige Geschütze entwenden wollte. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 179ff.

¹⁷⁰⁷ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 178ff., Vgl. ferner Hoegner, Hitler 1, S. 23ff.

¹⁷⁰⁸ Schweyer hatte im persönlichen Gespräch kurz zuvor sehr deutliche Worte an den politischen Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, Justizminister a.D. Christian Roth, gerichtet. Er werde, so Schweyer, nun keinen Ausnahmezustand gegen die Linken mehr einzusetzen gedenken, sondern bestenfalls gegen ihn, Roth. Vgl. Hoegner, Hitler 1, S. 18f.

¹⁷⁰⁹ Es handelte sich um eine schon länger angesetzte Ministerpräsidentenkonferenz unter Leitung des Reichskanzlers, an der Knilling teilnahm. Vgl. Das Kabinett Cuno, Dok. Nr. 146 vom 1./2. Mai. 1923, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹⁷¹⁰ Schweyer hingegen erklärte dem politischen Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, Christian Roth, persönlich, dass er keinen Ausnahmezustand gegen die Linken einzusetzen gedenke, sondern bestenfalls gegen ihn, Roth. Vgl. Hoegner, Hitler 1, S. 18f.

¹⁷¹¹ Der Polizeibericht ging später davon aus, dass den Kampfverbänden am 1. Mai 1923 insgesamt 5000-6000 Mann zur Verfügung standen. Vgl. Schwarze, Polizei, S. 157.

¹⁷¹² Vgl. Schwend, Bayern, S. 206.

starker bewaffneter Präsenz¹⁷¹³ und verlagerte ihre volle Aufmerksamkeit schlussendlich doch von den Kommunisten auf die Arbeitsgemeinschaft. Zwar konnte eine Eskalation verhindert werden und Hitlers Anhängern blieb nur übrig, stundenlang an ihren Sammelplätzen zu verweilen, um sich schließlich wieder zu entwaffnen und zurückzuziehen. Aber dennoch hatte es die Regierung Knilling vor aller Augen offensichtlich nicht verhindern können, dass Adolf Hitler und seine Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände gegen den Willen der Regierung bewaffnet in München einmarschierten. Die Landeshauptstadt war alles andere als die Zelle der Ruhe und Ordnung, sondern glich, wie Geyer es formulierte, „einer von rivalisierenden politischen Gruppen belagerten Festung an der Schwelle zum Bürgerkrieg“¹⁷¹⁴. Somit war auch hier der eigentliche Erfolg auf Seiten Hitlers zu sehen und Knillings Regierung hatte sich erneut blamiert.

Die Konsequenzen sollten, wie unter anderem Schwend schon feststellte, trotzdem gering bleiben. Wohl wäre es ein Leichtes gewesen, den zu diesem Zeitpunkt längst unter Bewährungsstrafe stehenden Hitler zu verurteilen. Es dürfte aber Schwends Bindung an die BVP geschuldet sein, dass er hier die Schuld alleine dem von der BMP geführten Justizministerium zukommen ließ.¹⁷¹⁵ In Wahrheit hatte auch die Masse der BVP-Minister – eine Ausnahme war bestenfalls Schweyer – weiterhin zu großem Respekt vor Hitlers Popularität, um ihn unter ihrer Verantwortung ins Gefängnis zu bringen. Demgegenüber musste der Münchner Polizeipräsident Nortz als eine Art Bauernopfer zurücktreten.¹⁷¹⁶ Kahrs von Schwend zitierte, spätere Belehrungen, dass man, hätte die Regierung hier gehandelt, „Ende September keinen Generalstaatskommissar gebraucht“¹⁷¹⁷ hätte, lässt sich im Rückblick allerdings sehr leicht geben. Knilling mochte zwar im Ministerrat nach den Geschehnissen am 8. Mai eine „Umstellung der öffentlichen Meinung“ zu Ungunsten Hitlers erkennen und Maßnahmen ankündigen, die zeigen sollten, dass die Regierung „Herr im Staate“¹⁷¹⁸ sei. Auch mochte der von Schwend so

¹⁷¹³ Dies gelang dank der hinzugezogenen auswärtigen Militärverbände, dauerte aber eine ganze Zeit lang. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 182. Der Hitler Biograph Ian Kershaw attestierte immerhin: „Dieses eine Mal blieben die staatlichen Behörden standhaft.“ Kershaw, Hitler, S. 142.

¹⁷¹⁴ Geyer, Welt, S. 332.

¹⁷¹⁵ Vgl. Schwend, Bayern, S. 207.

¹⁷¹⁶ Er war in Augen der Regierung am 1. Mai überfordert. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 183ff. Kahr hingegen bezeichnete diese Entscheidung Knillings später als Fehler. Nortz sei zumindest nach dem 1. Mai entschlossen gewesen, die Kampfverbände Hitlers in München zu zerschlagen. Persönliche Differenzen zwischen Nortz und Knilling seien der tatsächliche Grund für dessen Abberufung gewesen. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1184.

¹⁷¹⁷ Zit. bei Schwend, Bayern, S. 207.

¹⁷¹⁸ Ministerratssitzung vom 8.5.1923, BayHStA, MA 99518. Auch in weiten Kreisen der BVP änderte sich in diesen Tagen etwas in der Einschätzung der NSDAP hinsichtlich ihrer tatsächlichen Gefährlichkeit. Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 193.

gescholtene deutschnationale Justizminister Gürtner, der sich gegen totales Verbot der SA¹⁷¹⁹ sperrte, immerhin Strafverfolgung und eine härtere Gangart¹⁷²⁰ gegenüber Hitler ankündigen. Und sehr wohl war unter dem Eindruck der Ereignisse der ganze Ministerrat gewillt, in Zukunft über Art. 48 der Reichsverfassung hart gegen Sturmtrupps durchzugreifen.¹⁷²¹ Im Finanzausschuss äußerte Knilling sogar: „Der unerträgliche Unfug müsse aufhören, dass private Organisationen es sich herausnehmen, Polizei- und Staatsgewalt zu spielen.“¹⁷²² In der Praxis änderte sich aber kaum etwas. Die öffentliche Stimmung blieb viel zu sehr durch Ruhrkampf und Inflation erregt, als dass Knilling ein Vorgehen gegen sogenannte nationale Kräfte gewagt hätte. Schon in der Ministerratssitzung vom 11. Mai 1923 wurden die Ankündigungen, die man auf die Geschehnisse um den Maifeiertag hin gemacht hatte, wieder entschärft.¹⁷²³ Aus dem konsequenten Einsatz des Art. 48 der Reichsverfassung wurde nun doch wieder eine rein bayerische Verordnung, die ein weiteres Mal bewusst außerhalb der Reichsgesetzgebung gehalten wurde. Zudem ließ sich diese Verordnung vom 11. Mai 1923 ausdrücklich nicht rückwirkend anwenden und war in ihrer offiziellen Begründung vornehmlich gegen links¹⁷²⁴ gerichtet. Knilling blieb mit dieser Verordnung auch bewusst schwammig. Veranstaltungen unter freiem Himmel seien künftig an bestimmte Bedingungen zu knüpfen, nicht aber seien, wie in Württemberg, Sturm- und Stoßtrupps nun einfach generell zu verbieten. Auch nach dem 1. Mai schien es Knilling noch zu heikel zu entscheiden, was unter „Sturmtrupps und Stoßtrupps jeweils zu verstehen sei.“¹⁷²⁵ Die Verordnung der bayerischen Regierung zeigte dementsprechend keine praktische Wirkung.¹⁷²⁶ Die Gerichtsverfahren, die gegen die Unruhestifter des 1. Mai anliefen,

¹⁷¹⁹ Dieses Verbot wurde nicht umgesetzt, was eine weitere Stärkung der SA und damit eine Schwächung der regierungstreuen Kräfte unmittelbar zur Folge hatte: Seit Mai 1923, also unmittelbar nach Hitlers Machtdemonstration, war ein verstärkter Zuzug von norddeutschen ehemaligen Reichswehroffizieren in die Reihen der SA nach Bayern festzustellen. Vgl. Willing-Franz, Krisenjahr, S. 62.

¹⁷²⁰ Insbesondere sah dies ein generelles Aufmarschverbot vor, das für jede zuwiderhandelnde Organisation die sofortige Auflösung nach sich ziehen sollte.

¹⁷²¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 8.5.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁷²² Finanzausschusssitzung vom 15.5.1923, BayHStA, Landtag 14732.

¹⁷²³ Vgl. Ministerratssitzung vom 11.5.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁷²⁴ Der äußeren Linken war es in der Tat am 1. Mai gelungen, sich ebenfalls über zahlreiche Beschränkungen der Regierung hinwegzusetzen, da die gesamte Aufmerksamkeit der staatlichen Kräfte nun auf Hitler konzentriert werden musste. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 183.

¹⁷²⁵ Finanzausschusssitzung vom 15.5.1923, BayHStA, Landtag 14732.

¹⁷²⁶ Die Ausnahmeverordnung vom 11.5.1923 bedrohte für das rechtsrheinische Bayern militärisches Auftreten sogenannter Sicherheitsabteilungen aller Parteien mit Strafe. Gleiches galt für das Abhalten von politischen Versammlungen sowie die Herstellung und Verbreitung politischer Schriften ohne Genehmigung. Sie verfügte allerdings nicht über die Tragweite der vorhergehenden, bekannteren bayerischen Ausnahmestände, da sie auf die Möglichkeit der Schutzhaft und der Aufenthaltsbeschränkung verzichtete. Abgesehen davon, dass die Ausnahmeverordnung erneut für die zu erwartenden verfassungsrechtlichen Probleme gegenüber dem Reich sorgte, stellten am Ende sogar staatliche Stellen fest, dass die Verordnung nicht konsequent umgesetzt wurde und dementsprechend keine Wirksamkeit gegenüber den Kräften Hitlers zeigte. Vgl. Lange, Bayern, S. 196ff.

schließen allesamt im Laufe des Sommers wieder ein. Dabei ist offen, ob nun der deutschnationale Justizminister alleine oder doch weitere Teile der Regierung hierzu beitragen.¹⁷²⁷ Eine seitens der Münchner Polizei ergangene Aufforderung, fortan streng und genau zwischen weiß-blauen Verbänden und der Arbeitsgemeinschaft zu unterscheiden, und nur noch erstere als Hilfspolizei einzuplanen, ging ebenfalls wieder unter. Und auch das von Gürtner vorgelegte neue Versammlungsrecht, das strengere Anmelderegularien für Flugblatt-Aktionen und Kundgebungen vorsah, wurde in der Praxis schon bald nur einseitig nach links interpretiert.¹⁷²⁸ An der heimlichen Ausbildung von Zivilisten durch die Reichswehr, die unter dem Wissen Knillings und seiner Regierung geschah, hielt man grundsätzlich fest.¹⁷²⁹

Stellenweise Versuche Knillings und der BVP, eigene Machtdemonstrationen zu platzieren, scheiterten weitgehend. Bestes Beispiel hierfür ist der „Bayerische Bauerntag“ Mitte Mai 1923, auf dem vor Zehntausenden Bauern Knilling für die Regierung, Heim für den Christlichen Bauernverein und Wutzlhofer für den Bauernbund sprechen sollten. Diese Veranstaltung mitten in München zu unternehmen war von Anfang an fragwürdig. Auch wenn durch die Aufforderung an die Bauern, ihre Orden und Ehrenzeichen an der Tracht anzubringen und so durch die Stadt zu marschieren,¹⁷³⁰ dem ganzen wohl ein nationaler Anstrich gegeben werden sollte, so waren die durch Lebensmittelmangel aufgebrachte Stadtbevölkerung oder die an Perspektivlosigkeit leidenden Ausscheider der Reichswehr durch eine Parade von Land und Nahrung besitzenden Lebensmittelproduzenten sicher nicht zu gewinnen. Viel zu lange hatte genau diese Gruppe, die Knilling hier zu seiner Unterstützung nach München holte, von der für die Stadtbevölkerung immer schlimmer werdenden Inflation profitiert.¹⁷³¹ Über ein

¹⁷²⁷ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 184. Karl Sommer stellt in seinen Erinnerungen dar, dass Gürtner sowohl einen Hochverratsprozess, einen neuen Ausweisungsversuch und ein Verfahren wegen Zusammenrottung bewaffneter Banden mit Rücksicht vor allem auf die vaterländisch gesinnte Jugend abgelehnt hatte. Erst viel später kam bei Gürtner die Idee, dass man Hitler wegen unerlaubten Waffentragens belangen könne, was aber nun schon verjährt sei. Vgl. Sommer, Beiträge, S. 178. Auch Andreas Kraus und Harold Gordon betonen für diese Phase eine große Verantwortung des Justizministers Gürtner, der die Strafverfolgung wesentlich zurückhielt. Vgl. Kraus, Geschichte, S. 681. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 183ff.

¹⁷²⁸ Vgl. Fenske, Konservatismus, S.193ff.

¹⁷²⁹ Gürtner beklagte sich hierzu bei Knilling, dass immer öfter über diese Ausbildungen in der Presse zu lesen sei und größerer Einfluss der bayerischen Regierung eingefordert würde, womit die Presse ja im Grunde nicht Unrecht hätte. Man müsse sie aber fortführen, bis auf größerer Ebene die Frage nach der zukünftigen Wehrkraft Deutschlands in besserem Sinne geklärt sei. Vgl. Gürtner an Knilling am 23.5.1923, BayHStA, MA 100411.

¹⁷³⁰ Festprogramm zum „Bayerischen Bauerntag“ am 14.5.1923 in München, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 1116.

¹⁷³¹ Dementsprechend dürfte die vernichtende Kritik des Miesbacher Anzeigers an der Veranstaltung, wonach man in München andere Begeisterung bei Massenkundgebungen gewohnt sei, zwar wie üblich etwas spitz formuliert sein, im Kern die Sache aber durchaus treffen. Vgl. Miesbacher Anzeiger Nr. 112 vom 16.5.1923.

propagandistisches Geschick nach Art Kahrs verfügte Eugen von Knilling bei weitem nicht.

Die Arbeitsgemeinschaft hatte sich nach dem 1. Mai schnell wieder gefasst.¹⁷³² Die Spaltung der Verbändelandschaft in Bayern verstärkte sich weiter. Dabei fiel es noch immer schwer, öffentlich und klar zwischen den einen und den anderen vaterländischen Kräften zu unterscheiden. Es gab immer wieder Wechsel zwischen den Lagern, was die Grenzen als fließend erscheinen ließ. Während beispielsweise der Großteil der Vaterländischen Verbände Münchens wieder aus der Arbeitsgemeinschaft ausschied, blieb doch ein Rest unter dem Namen „Kampfbund München“ unter dem Kommando Alfred Zellers im Lager Hitlers zurück. Für die Freiwilligen um den Oberst Lenz ergab sich erst nach heftigem internen Streit und dem Sturz ihres Anführers eine neue Einordnung im Verbändegefüge, indem sie fortan umgetauft zum „Hermannsbund“ außerhalb der Arbeitsgemeinschaft verblieben.¹⁷³³ Eine wirkliche Schwächung Hitlers war dennoch weiter nicht absehbar.

Nur selten gelang es den staatlichen Kräften, Teilerfolge gegen die Arbeitsgemeinschaft zu erreichen. So verloren Hitlers Kräfte immerhin eine ihrer Schlüsselpositionen innerhalb der Reichswehr und somit eine Zugangsart zu den zahlreichen Waffen in Bayern, als Hauptmann Röhm durch Lossow von seinem Posten in der geheimen Feldzeugmeisterei der Reichswehr abgezogen wurde. Allgemein entwickelte Lossow im Rahmen der Vorkommnisse mit der Zeit einen etwas kritischeren Blick auf die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft. Er achtete nun darauf, fortan nur noch kleine Einheiten aus den Reihen der Verbände auszubilden, was für seine Guerillakriegsvorstellungen im Bezug auf einen weiteren französischen Vormarsch auch logisch erschien. Ferner ließ er diese kleineren Einheiten Mann für Mann dazu verpflichten, „dem Rufe des Ausbildungstruppenteils oder einer anderen Truppe des Reichsheeres im Bedarfsfalle ohne Vorbehalt Folge zu leisten.“¹⁷³⁴ Der Grundgedanke, dass Mitglieder der SA und des Bundes Oberland von der Reichswehr ausgebildet werden, blieb aber unberührt. Die Arbeitsgemeinschaft schien für Lossow weiterhin zu viel Potential zu haben, um sie zu ignorieren. Göring, Kriebel oder Heiß wurden weiterhin von ihm empfangen.¹⁷³⁵ Und so wurde an die Kräfte, die die Regierung im Mai erst mit starken bewaffneten Kräften

¹⁷³² Nur kurzzeitig war ihre Popularität nach dem 1. Mai etwas abgeflaut. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 190.

¹⁷³³ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 92.

¹⁷³⁴ Zit. bei Hoegner, Hitler, S. 3f.

¹⁷³⁵ Auch offiziell aus der Arbeitsgemeinschaft ausgetretene Offiziere, pflegten darüber hinaus weiter ihre Kontakte zu Kriebel und anderen. Vgl. Hoegner, Hitler, S. 7f.

eindämmen musste, schon im Juni und Juli wieder neue Verhandlungen über eine offizielle Funktion als Notpolizei herangetragen.¹⁷³⁶ Man erbat von Hitler ein Bekenntnis der Staatstreue. Selbst als Hitler und seine Anhänger es im Laufe der Verhandlungen zum wiederholten Male ablehnten, sich in solcher Funktion dem Staat zu unterstellen, tat dies dem Waffenbestand und dem von der Reichswehr gestützten Ausbildungsbetrieb der Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände keinen wesentlichen Abbruch. Auch sonstige Konsequenzen blieben aus.¹⁷³⁷ Wieder mangelte es an einem klaren Trennstrich. Der Personalwechsel im Münchner Polizeipräsidium von dem als zu nachgiebig empfundenen Nortz¹⁷³⁸ schließlich verlief weit weniger tragisch für die Arbeitsgemeinschaft, als für sie anfangs zu befürchten stand. Das anfängliche Vorhaben des neuen Polizeipräsidenten Karl Mantel, die SA aufzulösen, setzte sich nicht durch.¹⁷³⁹ Dafür, dass Hitlers Aktion auf dem Oberwiesenfeld auch in den Reihen der Ministerialbürokratie als erster Putschversuch und Hochverrat gewertet wurde,¹⁷⁴⁰ kam er sehr glimpflich davon.

Knillings Regierung sah sich alledem über all die Monate machtlos gegenüber stehen und die Lage besserte sich auch im Sommer 1923 nicht. Die Arbeitsgemeinschaft blieb weiter forsch und zielstrebig bei ihrem Vorhaben, die Oberhand in der bayerischen Verbändelandschaft zu gewinnen. Als im Juli 1923 das Deutsche Turnerfest in München abgehalten wurde, musste die Münchner Polizei dem Innenministerium melden, dass die NSDAP alles daran setzte, diese Veranstaltung ganz und gar für sich in Beschlag zu nehmen und schon einige unschöne Zwischenfälle aufgetreten seien.¹⁷⁴¹ Auch wenn das Polizeipräsidium hier offenbar eine Unterscheidung vornahm, so zeigte sich andererseits, dass solch eine Unterscheidung zwischen „vaterländisch“ im Sinne Knillings oder der VVVB und „vaterländisch“ im Sinne der Arbeitsgemeinschaft in der Praxis schwer blieb. Es beschwerten sich doch zeitgleich die noch bestehenden VVVB bei Knilling, warum auf solch nationalem Anlass eine solche Polizeiaufsicht vonnöten sei.¹⁷⁴² Auch die stets

¹⁷³⁶ Am 25. Mai 1923 hatte das Innenministerium Richtlinien für die Polizeiliche Nothilfe Bayerns erlassen, wonach hierfür nur ausdrücklich staatstreue Verbände herangezogen werden sollten. Ein „Selbstaufwurf“ eines Verbandes wurde ausgeschlossen. Die Verbändeführer hatten hierzu eine Erklärung zu unterzeichnen. Neben Bund Bayern und Reich durften, obwohl Hitler nahestehend, auch Bund Oberland oder die Reichsflagge unterzeichnen und waren somit unstrittig bayerische Notpolizei mit Zugang zu staatlichen Waffen. Anders als bei Altendorfer dargestellt, ging es hier allerdings nicht darum, die NSDAP oder die SA völlig außen vor zu lassen, sondern sie ebenfalls auf den Staat zu verpflichten. Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 196.

¹⁷³⁷ Vgl. Willing-Franz, Krisenjahr, S. 111ff.

¹⁷³⁸ Der Ministerrat selbst beurlaubte ihn, da er seit dem 1. Mai an Überanspannung leide. Vgl. Ministerratssitzung vom 8.5.1923.

¹⁷³⁹ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 185f.

¹⁷⁴⁰ Vgl. Sommer, Beiträge, S.177.

¹⁷⁴¹ Polizeidirektion München an Minn am 26.7.1923, BayHStA, MA 100425.

¹⁷⁴² Bauer an Knilling am 19.7.1923, BayHStA, MA 100425.

auf Knillings Seite gerechneten VVVB, empfanden also zum Teil Sympathie oder Solidarität für die Arbeitsgemeinschaft und die NSDAP. Im August beschwerten sich in diesem Sinne die VVVB bitterlich darüber, dass einige ihrer Mitglieder einen Schlagstockeinsatz der blauen Polizei gegen Mitglieder der NSDAP mit ansehen mussten.¹⁷⁴³ Knilling konnte sich also nicht einmal ganz sicher sein, dass sich die VVVB im Falle eines Falles vollständig hinter die Staatsgewalt stellen würden, sollte diese gegen Hitler vorgehen. Die aktionistische Stimmung wurde zeitgleich im rechten Lager nach wie vor geschürt, wie die Zeilen des Miesbacher Anzeigers vom Juni 1923 belegen: „Unsere Jugend wird allmählich das Hurenkind der Synagoge, wenn es sich nicht bald aufrafft, sich badet in Stahlhelmegeist und zum reinen germanischen Heldentum zu germanischer Kampfesstimmung und deutschem Ruhmesstreben unserer glorreichen Vorkriegs- und Kriegszeit zurückkehrt!“¹⁷⁴⁴ Bis zum September war das Gefahrenpotential auch auf Grund der Verbändespaltung enorm. Der spätere Putschist Scheubner-Richter skizzierte die Lage so, dass eine „Konkurrenz“ herrsche zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände und den Verbänden um Pittinger und Kahr, wobei derzeit noch niemand über die Machtmittel des Staates sicher verfügen könne. Es sei daher unbedingt notwendig, dass die völkische Bewegung sich nicht durch das „weiß-blaue Bayern“¹⁷⁴⁵ übertölpeln lasse und zeitnah handle. Es ging um nichts geringeres mehr als die Macht in Bayern.

Knilling blieb trotz all dieses Gefahrenpotentials der Meinung, den guten vaterländischen Kern im rechten Lager sehen zu müssen. Hier ist der große Kritikpunkt an seiner Politik zu sehen. Er hielt sich unbeirrt zurück, sich mit irgendeiner Gruppierung zu sehr anzulegen und hoffte weiterhin auf Verständigung und Integration, die er auch in persönlichen Gesprächen mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft zu erreichen suchte.¹⁷⁴⁶ Alle Provokationen ignoriend versuchte er, den rechten Kräften entgegenzukommen. Sein Ministerrat protestierte so mit Rücksicht auf die Verbände entschieden gegen Versuche des Reiches, das Recht zum Tragen der Uniform fortan eigenverantwortlich zu regeln,¹⁷⁴⁷ oder ließ dem deutschnationalen Justizminister Gürtner

¹⁷⁴³ VVVB an Knilling am 7.8.1923, BayHStA, MA 100411.

¹⁷⁴⁴ Miesbacher Anzeiger Nr. 129 vom 7.6.1923.

¹⁷⁴⁵ Zit. bei Hoegner, Hitler, S. 14.

¹⁷⁴⁶ Kriebels Terminkalender verweist auf ein exklusives Treffen mit dem Ministerpräsidenten am 13.7.1923. Noch Anfang September 1923 besuchen die Chefs von Bund Oberland und Reichsflagge, Weber und Heiß, Knilling in Mittenwald. Vgl. Hoegner, Hitler, S. 10f.

¹⁷⁴⁷ Vgl. Ministerratssitzung vom 1.6.1923, BayHStA, MA 99518.

völlig freie Hand bei wichtigen Personalentscheidungen.¹⁷⁴⁸ Sogar die Besetzung der Leitung der Nürnberger Polizei mit Roth, dem bekannten Propagandamann des Kampfbundes, der einst als Kahrs böser Geist verschrien war und eindeutig auf Seiten Hitlers stand, zog Knilling noch Ende Juli 1923 in Betracht.¹⁷⁴⁹ Weit im Vorfeld des Hitlerputsches und trotz zahlreicher und unmissverständlicher Vorwarnungen, trotz gezielter Auflehnung gegen die Autorität seiner Regierung, konnte sich der Ministerpräsident aus Bedenken bezüglich seiner Wahrnehmung in den rechten Kreisen, die trotz ihrer Heterogenität untereinander immer noch sehr vernetzt waren,¹⁷⁵⁰ nicht von seinem integrativen Kurs lösen. Anstatt die Staatsregierung klar als das agierende Element in Bayern zu betonen – und die Machtmittel dazu hätte er mit Reichswehr und Landespolizei zur Genüge gehabt – blieb ihm weiter nur, auf die Arbeitsgemeinschaft Hitlers zu reagieren, was von externen Beobachtern mit Verwunderung aufgenommen wurde.¹⁷⁵¹ Zu sehr erhoffte Knilling sich eine Situation, wie sie Kahr als Ministerpräsident mit dem unzweifelhaften Rückhalt der Einwohner noch erfahren hatte, bevor unter Lerchenfeld die Distanz zwischen Verbänden und Regierung angewachsen war. Im Kern der Sache blieb nicht nur Knilling bei der fragwürdigen Anschauung, dass der Staat nach wie vor die Unterstützung aller Verbände benötige. Der Staat konnte in Knillings Augen seine Souveränität nicht allein auf Landespolizei und Reichswehr stützen. Die Hoffnung auf einen guten Kern in allen vaterländischen Verbänden war der tragischste Irrtum seiner Amtszeit. Hitler in jedem Falle zeigte auf diese Weise keinerlei Respekt gegenüber Knilling, wie er in einer Rede vom September 1923 unter stürmischem Beifall seines Publikums deutlich machte: „Nicht das ist die große Frage: Was wird morgen Herr Stresemann machen oder in München Herr Knilling oder Herr

¹⁷⁴⁸ So wurde - das sei trotz aller BMP- und Gürtner-Schelte volksparteinaher Zeitzeugen und Historiker, die die Rechtslastigkeit der Justiz angeblich immer erkannt haben wollten, gesagt - dem Justizminister ohne jede Diskussion im Ministerrat völlig freie Hand bei der Neubesetzung der Leitung des Münchner Oberlandesgerichts gegeben. Die BVP versuchte also gar nicht, hier Einfluss zu nehmen. Vgl. Ministerratssitzung vom 12.7.1923, BayHStA, MA 99518. Diese Aufgabe hätte nach §61 Abs. 4 der bayerischen Verfassung durchaus dem gesamten Ministerrat zugestanden.

¹⁷⁴⁹ Vgl. Ministerratssitzung vom 30.7.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁷⁵⁰ So standen am „Deutschen Tag“ von Nürnberg Anfang September, wo aus der Arbeitsgemeinschaft der Deutsche Kampfbund unter eindeutigerer Führerschaft Hitlers entstehen sollte, die vaterländischen Vertreter wieder in bunter Mischung zusammen: Prinz Ludwig von Bayern, der Herzog von Coburg, Escherich und Pittinger vom Bund Bayern und Reich neben Hitler und Ludendorff, Admiral Scheer und andere Reichswehrführer neben Weber und Heiß vom Bund Oberland beziehungsweise der Reichskriegsflagge. Der von Knilling frisch zum Polizeichef von Nürnberg ernannte, bekannt rechtslastige Heinrich Gareis fasste die Gesellschaft ohne größere Differenzierungen als „tadellos“ zusammen. Vgl. Fenske, Konservatismus, S. 202.

¹⁷⁵¹ Noch im August berichtete der österreichische Gesandte mit einigem Erstaunen über die ungebrochene „Selbsterherrlichkeit dieser Organisation [NSDAP], ihre herausfordernde Haltung, ihre Demonstrationen, Umzüge und Versammlungen und ihre teilweise allzu deutlich hervorgekehrte Geringschätzung der Regierung“ nach Wien. Zit. bei Weigl, Bayernbild, S. 241.

Schweyer? Sondern die eine Frage: Wann geht es los?¹⁷⁵² Am Ende des Sommers 1923 war in Bayern nicht die Einordnung der Hitler nahe stehenden Verbände unter die Führung der bayerischen Regierung zu vermerken, sondern akute Putschgefahr gegen diese Regierung. Als dieser Putsch dann im November 1923 tatsächlich kam, sollte Knilling von Hitler mit nicht mehr als einem Halbsatz verhaftet und eingesperrt werden. Knilling war Hitler, im Gegensatz zu Kahr, gar nicht erst den Versuch wert, ihn auf die Seite der Putschisten zu ziehen. Er war für ihn uninteressant.

5.3.3. Generalstaatskommissariat Kahr: Knillings große Niederlage

Die Situation in der bayerischen Verbändelandschaft und Knillings unglücklichen Umgang mit ihr alleine für die Tatsache verantwortlich zu machen, dass sich der Ministerpräsident am 26. September 1923 keinen anderen Rat mehr wusste, als Gustav von Kahr im Rahmen eines neuen bayerischen Ausnahmezustandes zum Generalstaatskommissar zu berufen, wäre wohl zu kurz gegriffen. Die hochkochenden Emotionen der Bevölkerung und die steigende Putschgefahr durch die vaterländischen Verbände kamen schließlich nicht durch Hitlers seit Januar geübten „offenen Ungehorsam“¹⁷⁵³ alleine. Sie konnten nur Hand in Hand mit einer allgemeinen Notlage gehen, die der katastrophalen Wirtschaftslage Deutschlands geschuldet war. Politische Hilflosigkeit verband sich mit der ökonomischen Katastrophe zu einem von nationalen Rauschzuständen getragenen Unruhepotential im Volk.¹⁷⁵⁴ Das Vorhaben in dieser Zeit eine populäre und gefestigte Ministerpräsidentschaft zu erlangen, war zugegebenermaßen angesichts der Probleme in Bayern fast aussichtslos. Bereits während der gesamten Amtszeit Knillings galoppierte die Inflation im Land voran und sorgte Unsicherheit und Angst in der Bevölkerung.¹⁷⁵⁵ Zudem machte sich die Reichsregierung mit Steuererhöhungen in der Öffentlichkeit unbeliebt.¹⁷⁵⁶ So wenig Knilling all dieses

¹⁷⁵² Zit. bei Jäckel, Hitler, S. 1002.

¹⁷⁵³ Zimmermann, Bayern, S. 142.

¹⁷⁵⁴ Vgl. Ay, Räterepublik, S. 22f.

¹⁷⁵⁵ Im Juli 1923 kostete ein Kilo Mehl das 82 609fache, ein Kilo Kartoffel das 84 706fache und ein paar Stiefel gar das 190 470fache des Vorkriegspreises. Die Preise für ganz wesentliche Verbrauchsgüter waren für die Münchener Bevölkerung in unerreichbare Höhen angestiegen. Das war umso schlimmer, da die Einkommensentwicklung in keiner Weise mit der Preisentwicklung mitzuhalten im Stande war. Schon seit 1922 verschlimmerte sich dieses Missverhältnis spürbar, sodass im Sommer 1923 der Reallohn, also der an der Kaufkraft gemessene Wert, seit den Vorkriegstagen um die Hälfte gesunken war. Vgl. Sperl, Wirtschaft, S. 490ff.

¹⁷⁵⁶ Vgl. Sperl, Wirtschaft, S. 426.

Konfliktpotential verborgen blieb, so wenig wusste er eine Antwort darauf zu geben. Anfang Juli stellte er am Ende einer Ministerratssitzung als einen Hauptgrund für die Erregung im Volk fest, dass der Freistaat trotz Nahrungsmangel in den Städten nach wie vor Lebensmittel exportiere. Die bayerische Landwirtschaft zeigte zudem immer weniger Bereitschaft, ihre Produkte im Austausch gegen das rapide verfallende Geld abzugeben.¹⁷⁵⁷ In der Ministerratssitzung vom 18. Juli spätestens schlugen die mahnenden Worte des Regierungschefs gegenüber seinen Kabinettskollegen in Verzweiflung und Hilflosigkeit um. Landwirtschaftsminister Wutzlhofer glaubte hier, Knilling erklären zu können, dass die Warenknappheit im Freistaat nur theoretischer Natur sei.¹⁷⁵⁸ Damit ignorierte der Landwirtschaftsminister zum Ärger des Ministerpräsidenten trotz klarer Aufforderung zum Handeln das Problem einfach. Auch, dass das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung angesichts der Inflation einen besorgniserregenden Tiefpunkt erreicht hatte, wurde ohne weiteres überspielt.¹⁷⁵⁹ Der Ministerpräsident, selbst gänzlich ratlos, konnte so weiterhin nur vage Appelle an seine Ministerkollegen richten. Die Angst vor einem Umsturz trieb ihn um. Er verlange, so Knilling im Ministerrat, ja nur Vorschläge, dass „irgendetwas“¹⁷⁶⁰ geschehe. Freilich konnten die übrigen Minister, selbst wenn sie es versuchten, Knilling kaum mit Ideen dienen. Sozialminister Oswald stellte, ohne einen Lösungsansatz zu bieten, die katastrophal verschlechterte Kaufkraft der einfachen Bevölkerung dar und betonte dazu, dass aus diesem Grund die Bürger sich auch dann keine Waren erwerben könnten, wenn diese reichlich auf den Märkten vorhanden wären. Innenminister Schweyer erklärte die Lockerung des Telefon- und Telegraphengeheimnisses zur Bekämpfung des Schleichhandels als genauso wenig erfolgversprechend wie kurz darauf Handelsminister von Meinel die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft. Und Finanzminister Krausneck kam gar zu dem Schluss, dass die öffentliche Erregung sich angesichts der Geldentwertung schlichtweg nicht vermeiden ließe. Als Beschluss dieser Sitzung fasste man lediglich, einen Appell an die Reichsregierung zu senden und eine beruhigende Pressemittlung herauszugeben.¹⁷⁶¹ Selbst als sich Knilling also dem wirtschaftlichen

¹⁷⁵⁷ Vgl. Ministerratssitzung vom 6.7.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁷⁵⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 18.7.1923, BayHStA, MA 99518. Generell zeigte der Bauernbündler Wutzlhofer als Vertreter einer Partei mit beinahe rein bäuerlicher Wählerschaft ein spürbares Desinteresse an der Bekämpfung der Inflation, benutzen die Bauern diese doch zur Entschuldung und waren von einer Versorgungsproblematik im Gegensatz vor allem zur Stadtbevölkerung weit entfernt. Vgl. Menges, Schmelzle, S. 62.

¹⁷⁵⁹ Vgl. Sperl, Wirtschaft, S. 424.

¹⁷⁶⁰ Ministerratssitzung vom 18.7.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁷⁶¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 18.7.1923, BayHStA, MA 99518.

Ernst der Lage im Juli 1923 - wenn auch spät – gezielt zuzuwenden wollte, scheiterte er daran, dass weder er noch sein Kabinett eine entsprechende Agenda zu erstellen vermochten.

Knillings Hilflosigkeit - ohne hier bewerten zu wollen, ob es irgendeinem Menschen damals möglich gewesen wäre, die Dinge in Bayern binnen kürzester Zeit tatsächlich zum Besseren zu kehren – wurde mehr und mehr zum Dauerproblem. Gegenüber Reichswehrminister Geßler hatte Knilling auf die Frage nach seinen Antworten auf die Probleme der Zeit schon im März 1923 einmal als Lösungsansatz geäußert, man müsse vielleicht einen Ideenwettbewerb für gute Einfälle zur Linderung der Not ausschreiben.¹⁷⁶² Im Gegensatz zu Kahr oder Hitler verfügte Knilling zudem bei weitem nicht über die Popularität, dass er mit vaterländischen Reden oder Verlagerung der Agenda auf andere politische Grundsatzfragen, wie beispielsweise die Reform der Reichsverfassung, von den großen Problemen ablenken hätte können. Er war nicht in der Lage, der breiten Öffentlichkeit, und schon gar nicht in den nun vermeintlich putschwilligen Verbänden, trotz aller Nöte das Bild eines unverzichtbaren „Machers“ oder „Retters“ zu vermitteln. Schwend als Zeitzeuge analysierte: „Die Regierung ebenso wie die führende Regierungspartei wurden immer mehr an den Rand des Geschehens gedrückt.“¹⁷⁶³ Das letztendliche Scheitern des Kabinetts Knilling war also nicht nur den akuten Geschehnissen des Septembers und schließlich Novembers 1923, sondern den Versäumnissen der Vormonate geschuldet.

Das mangelnde Ansehen der Regierung fand über den Sommer 1923 auch in der Berichterstattung der bayerischen Presse seinen Niederschlag, wobei von vielen Seiten die Bevölkerung offen auf radikale Umwälzungen eingestellt wurde. Die Münchener Post erging sich in unverhohlener Schadenfreude unter der Überschrift „Fort mit Knilling!“¹⁷⁶⁴ bereits darin festzustellen, dass von Seiten der von Knilling immer gepflegten, aber nun völlig unkontrollierbaren vaterländischen Verbände immer lauter ein Sturz seiner Regierung geplant werde. Sie spielte damit auf die Blätter des rechten Spektrums wie den Miesbacher Anzeiger an, der nun immer lauter die Diktatur eines Mannes forderte und Knilling als Vertreter des parlamentarischen Systems verhöhnte.¹⁷⁶⁵ Die bayerische

¹⁷⁶² Vgl. Willing-Franz, Krisenjahr, S. 28.

¹⁷⁶³ Schwend, Bayern, S. 211.

¹⁷⁶⁴ Münchener Post Nr. 193 vom 22.8.1923.

¹⁷⁶⁵ Der Ministerpräsident brächte außer Ansprachen nichts zustande. Unter der Überschrift „Sein großer Tag“ verspottete das Blatt den Aufwand, den Knilling betreibt und die Zeit die er investiert, nur um noch eine - nach Ansicht der Miesbacher Redaktion nutzlose - Rede vor dem Parlament zu halten: „Das Volk weiß gar nicht, welch komplizierte Maschine so ein Ministerpräsident ist, das Volk meint immer noch, hier reicht ein Mann, ein

Regierung, so das Blatt, müsse endlich „handeln“, nicht nur „mauscheln“. Man wolle hören: „Die bayerische Regierung hat verordnet, dass...“¹⁷⁶⁶, aber man warte vergebens. Zeitgleich feierte die Miesbacher Redaktion Kahrs Auftritte, bei denen jener nun die „nationale Mobilmachung“¹⁷⁶⁷ einforderte. Die den Regierungsparteien verbundenen Blätter hingegen begannen ab Sommer 1923 in einer so demonstrativen Form Loblieder auf die vom Miesbacher Anzeiger gescholtenen Knilling-Reden anzustimmen,¹⁷⁶⁸ dass es schon mehr als offensichtlich werden musste, in welcher Rechtfertigungsnot sich die Regierung in Wahrheit befand.

Während in Knillings Regierung also keine Vorschläge zur Lösung der Lage erwachsen, gediehen innerhalb der vaterländischen Verbände umso mehr Pläne und Vorschläge, über die sogar über die Gräben zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände und den Bund Bayern und Reich hinweg diskutiert wurden. Der Ruf nach einer Art Diktator für Bayern wurde laut. Offensichtlich war Pittinger einer der Väter des Gedankens des späteren Generalstaatskommissariats Kahr. Ein starker Mann sollte von der Regierung im Rahmen eines Ausnahmezustandes mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet werden, um Bayern durch die Krise zu führen – so die Grundidee. Oberst Kriebel von der Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände berichtete über ein Treffen Ende August, zu welchem Pittinger bereits ausgearbeitete Pläne mitbrachte. Diese enthielten unter anderem bereits die Einführung einer bayerischen Währung und waren somit in der Tat der Agenda des späteren Generalstaatskommissariats ähnlich. Der leicht als Zeichen der Abspaltung vom Reich zu interpretierende Währungsaspekt und Pittingers Festlegung auf die Personalie Kahr aber verhinderten eine frühe Zustimmung der Kampfverbände. Knilling war über diese Gedanken sowohl seitens der regierungsnahen Kräfte um Pittinger als auch von Seiten der radikalen Kräfte informiert. Am 3. September besuchten ihn Weber und Heiß in Mittenwald, um ihre Bedenken gegen Kahr vorzutragen.¹⁷⁶⁹ Hitlers Arbeitsgemeinschaft startete also einen erneuten Versuch, Knilling in Personalfragen zu beeinflussen. Doch viel tragischer für den Ministerpräsidenten war es, dass nun noch deutlicher wurde, dass im Verbändelager offenbar niemand mehr Hoffnungen auf seine Person setzen wollte. Die Botschaft an Knilling wurde somit im

Geist, ein Gehirn, ein Wille. Noch nicht, aber was nicht ist, kann noch werden.“ Miesbacher Anzeiger Nr. 145 vom 26.6.1923.

¹⁷⁶⁶ Miesbacher Anzeiger Nr. 195 vom 25.8.1923.

¹⁷⁶⁷ Miesbacher Anzeiger Nr. 154 vom 7.7.1923.

¹⁷⁶⁸ „Eine Deutsche Rede“ München-Augsburger Abendzeitung Nr. 174 vom 28.6.1923. „Die deutsche Mission Bayerns“ Münchener Zeitung Nr. 174 vom 27.7.1923. „Wir danken Herrn von Knilling für die vornehme und doch wuchtige Fassung seiner Worte.“ Münchener Zeitung Nr. 177/178 vom 30.7.1923.

¹⁷⁶⁹ Vgl. Hoegner, Hitler, S. 10.

Sommer 1923 immer deutlicher: Ein starker Mann sollte in Bayern ernannt werden, und dieser starke Mann würde offensichtlich nicht der bisherige Ministerpräsident sein.

Im September wurden die Gedankenspiele konkreter. Sie wurden nun auch in Regierungskreisen betrieben, was schließlich an die Öffentlichkeit sickerte. Allerspätestens ab hier war auch Kahr von inoffiziellen Planungen unterrichtet. Demnach sollte nicht ein Diktator, sondern ein mehrköpfiges Direktorium von der Regierung ins Leben gerufen werden, für das zu diesem Zeitpunkt noch eine Trennung in einen wirtschaftlichen und einen militärischen Teil angedacht war. Der bauernbündlerische Landwirtschaftsminister Wutzlhofer führte dies am 17. September auf einer Kundgebung ganz öffentlich aus. Diese Indiskretion war als bewusster Protest Wutzlhofers zu verstehen, da er mit den Gedanken seiner BVP-Ministerkollegen nicht einverstanden war. Er sah sein Ressort angegriffen und versuchte über die Öffentlichkeit gegenzusteuern.¹⁷⁷⁰ Als Reaktion darauf brachte Knilling auf der Ministerratssitzung vom 21. September die Pläne auch ganz offiziell auf die Tagesordnung. Während er die Installation eines „Ernährungskommissärs“ – hier lag der Grund für den Unmut des Landwirtschaftsministers¹⁷⁷¹ - als eine sofort nötige Maßnahme in den Raum stellte, räumte er für den „Staatskommissar für die öffentliche Ordnung“ noch einige Zeit des Abwartens ein. Es schloss sich eine Diskussion unter den Ministern an, die verdeutlichte, dass die genaue Ausgestaltung dieses Direktoriums zu diesem Zeitpunkt noch offen war. Der Ministerrat machte sich einerseits Gedanken darüber, ob ein solcher Kommissar nun einem Ministerium unterstellt werden oder als Art Diktator neben dem Ministerrat amtieren sollte. Andererseits wurde auch die personelle Frage für äußerst schwierig befunden. Das galt für den wirtschaftlichen wie für den ordnungspolitischen Teil des Direktoriums. Eine Diskussion über den Namen Kahr wurde zu diesem Zeitpunkt zumindest noch nicht im Protokoll festgehalten. Der Ministerrat einigte sich noch nicht auf eine Personalie, sondern zunächst darauf, noch einen Alternativvorschlag eines noch größeren, mehrköpfigen „Ernährungsbeirates“ auszuloten. Für eine Fühlungnahme mit den Koalitionsparteien zu diesem Vorschlag erklärten sich Wutzlhofer und Gürtner bereit.¹⁷⁷² Letztlich sollte dies aber im Sande verlaufen. Eine Entscheidung fiel noch nicht.

¹⁷⁷⁰ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1249 ff.

¹⁷⁷¹ Wutzlhofer machte den Gegenvorschlag eines mehrköpfigen Ernährungsbeirates, der das Landwirtschaftsministerium unterstützen sollte.

¹⁷⁷² Vgl. Ministerratssitzung vom 21.9.1923, BayHStA, MA 99518.

Der Name Kahrs lag dennoch bereits in der Luft, zumal ihn Pittinger ja schon seit Wochen inoffiziell in die Diskussion einbrachte. Wie schon zu Zeiten Lerchenfelds hatte sich Kahr in Bayern im Gespräch gehalten und blieb in den Augen mancher rechts gerichteten Kräfte eine derartige Identifikationsfigur, wie sie Knilling zu seinem Leidwesen nie wurde. Bezeichnenderweise sprach der bayerische SPD-Abgeordnete Dill selbst während Knillings großer Haushaltsrede im Juni 1923, also in einer Situation, in der der Auftritt eigentlich dem amtierenden Ministerpräsidenten gebühren sollte, von Kahr misstrauisch als einem, der glaube „seine Mission (...) noch nicht abgeschlossen“¹⁷⁷³ zu haben.

Diesen Ruf genoss Kahr, obgleich auch er bei nüchterner Betrachtung längst nicht mehr über die Basis und den Respekt verfügte, wie das 1920 noch der Fall gewesen sein mochte. Kahr hatte seit 1920 die Einwohnerwehr aufgeben müssen, musste als Ministerpräsident zurücktreten, die Zersplitterung der Verbändelandschaft und den wirtschaftlichen Verfall Bayerns miterleben.¹⁷⁷⁴ Zeitgleich stieg Hitlers Stern immer höher. Während zu Beginn der Ministerpräsidentenzeit Kahrs der Deutschen Arbeiterpartei Drexlers gerade einmal die erste große Kundgebung im Hofbräuhaus geglückt war, auf der Hitler nur als Nebenredner auftrat und auf der Plakatbewerbung noch nicht einmal namentlich erwähnt wurde,¹⁷⁷⁵ war Hitler im Jahre 1923 bereits der populärste Redner Münchens, dessen Partei sich vom Februar 1923 bis zum Putsch ganze 35 000 Menschen anschlossen.¹⁷⁷⁶ Selbst in Kahrs Heimat Mittelfranken, auch in seiner Heimatstadt Weißenburg, erlebte die NSDAP schon seit 1922 deutliche Zuwüchse, was sich durch die aufgeheizte Lage in der Inflation zu einem wahren Boom aufschaukelte. Im August vermochten dort erst wenige Monate bestehende NSDAP-Gruppen Kundgebungen mit bis zu 20 000 Teilnehmern zu veranstalten. Schon bald wurden die Hitleranhänger durch die evangelische Geistlichkeit, die in Kahrs Familie solch große

¹⁷⁷³ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 201. Sitzung vom 27.6.1923.

¹⁷⁷⁴ Ein offener Brief eines angeblichen ehemaligen Bezirksführers der Einwohnerwehr in der Allgemeinen Zeitung stellte diesen Umstand schon im Mai 1923 in sehr treffender Weise fest. Der Autor führte aus, dass Kahr, wenn er fordere, dass sich die vaterländischen Verbände unter einem unbelasteten Mann an der Spitze einigen sollten, bei ehrlicher Betrachtung und bei all seinen Verdiensten wohl kaum sich selbst für diese Funktion in Betracht ziehen könnte. Unbelastet sei Kahr, der es sich der Reihe nach mit seinen Mitstreitern von 1920/1921 wie Escherich und Pöhner verscherzt hatte, sicher nicht mehr. Und auch zu Ludendorff und Hitler, den Kahr in Augen des Verfassers immer gefördert und dessen NSDAP er immer als Gewächs seiner Ordnungszelle verstanden hatte, bestehe kein ausreichender Kontakt mehr. Zudem sei es geradezu „peinlich“ gewesen, wie Kahr sich im taktlosen Verhalten gegenüber seinen Dienstherrn Lerchenfeld und Knilling eigentlich das Vertrauen des Kabinetts verspielen musste. Vgl. Allgemeine Zeitung Nr. 21 vom 26.5.1923.

¹⁷⁷⁵ Vgl. Maser, Frühgeschichte, S. 204f.

¹⁷⁷⁶ Vgl. Maser, Frühgeschichte, S. 376.

Tradition hatte, mit Feldgottesdiensten unterstützt.¹⁷⁷⁷ Hitlers Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände war durch ihre prominenten Köpfe, die zu Zeiten der Einwohnerwehr noch hinter Kahr standen, in den wichtigen Kreisen Bayerns inzwischen glänzend vernetzt, was es immer schwieriger machte, irgendwie zwischen den Lagern zu unterscheiden.¹⁷⁷⁸ Dennoch war Kahrs alte Popularität längst nicht ganz verschwunden. „Leider Gottes“¹⁷⁷⁹, so hieß es in den Reihen des Kampfbundes, verfügte er noch über genügend davon, um einen Teil des vaterländischen Lagers von Hitler fern zu halten. So mochte Kahr im September 1923 den Aktionismus in den Verbändekreisen durchaus einbremsen. Die „Reichsflagge“ des Adolf Heiß sollte er sogar aus dem Lager Hitlers lösen können. Immerhin hatte Heiß Kahr Gefolgschaft zugesagt, nachdem seine Organisation noch im Sommer mit der NSDAP Sonnwendfeiern abgehalten hatte und im September noch als Mitglied am „Deutschen Tag“ des Kampfbunds in Nürnberg beteiligt war.¹⁷⁸⁰ Dies war ein Teilerfolg, der allerdings nicht darüber hinwegtäuschen soll, dass viele Kräfte inzwischen treu zu Hitler standen. Was durch Kahrs Einsetzung als Generalstaatskommissar begann, war also keine klare Sache, sondern ein Machtkampf um die Popularität und Meinungsführerschaft im rechten Spektrum Bayerns, der sich zwischen Hitler und Kahr¹⁷⁸¹ bis zum Putsch am 8. November 1923 mehr und mehr zuspitzen sollte.

Am Ende ging an Kahr trotz aller Einschränkungen kein Weg vorbei. Das musste auch Knilling schweren Herzens einsehen. Dabei glaubte er zwar keineswegs an Kahr als den Heilsbringer in der Not, als den ihn nur manche noch sehen mochten. Knilling persönlich war sogar der Ansicht, dass überhaupt niemand, nicht einmal Hitler selbst die putschbereiten Kampfverbände noch stoppen könnte.¹⁷⁸² Kahr war für Knilling

¹⁷⁷⁷ Vgl. Kittel, Provinz, S. 475ff.

¹⁷⁷⁸ Dies zeigt der erhaltene Terminkalender des militärischen Leiters der Kampfbundes, Hermann Kriebel. Jener besprach sich im Juli 1923 bereits mit Lossow, Heiß, Göring und Knilling, im August mit Hindenburg, Heiß, Stinnes, Pittinger, Escherich und sogar dem demokratischen Nürnberger Bürgermeister Luppe und schließlich im September mit Hitler, Ludendorff, Pittinger, Spengler, Pöhner, Seißer, dem Kronprinzen und dessen Kabinettssekretär Graf Soden. Vgl. Hoegner, Hitler 2, S. 10.

¹⁷⁷⁹ Zit. bei Deuerlein, Hitlerputsch, S. 181ff.

¹⁷⁸⁰ Vgl. Kittel, Provinz, S. 284.

¹⁷⁸¹ In der Perspektive mochten sich die Kontrahenten nur dahingehend unterscheiden, dass Hitler Kahr eindeutig als seinen Gegner ausmachte: „Die bayerische Volksmenge wird zu mir halten, wenn ich mit Herrn v. Kahr in Konflikt geraten sollte.“ Zit. bei Jäckel, Hitler, S. 1022. Kahr hingegen konnte sich, glaubt man seinen Erinnerungen, nie wirklich vorstellen, dass der einfache Gefreite Hitler tatsächlich hinter alledem stecken sollte. Er unterschätzte Hitler und vermutete wie manche andere auch in General Ludendorff die treibende Kraft. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1336f.. Vgl. ferner Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1216; Thoss, Ludendorff, S. 320.

¹⁷⁸² Knilling am 26.9.1923 gegenüber einem Vertreter der Reichsregierung. Vgl. Das Kabinett Stresemann I/II, , Dok. 84 vom 27.9.1923, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

bestenfalls ein letzter, aus der Not geborener Versuch, den Tatendrang der vaterländischen Kräfte doch noch einzudämmen, nicht aber Knillings Überzeugung.

Am 22. September zog die Staatsregierung Kahr erstmals zu Rate und forderte ihren Beamten zunächst dazu auf, dass er beruhigend auf die Lage einwirken möge, soweit ihm dies als möglich erscheine. Kahr stellte nach eigenen Angaben bei diesem Termin für sich fest, dass der Ministerpräsident in einer derart ernsten Situation zu sein schien, angesichts derer gewisse Rivalitäten zwischen beiden seitens Knilling in den Hintergrund gestellt wurden. Obwohl von einem Generalstaatskommissariat und der Übertragung irgendeiner Gewalt an Kahr zu diesem Zeitpunkt zumindest offiziell noch keine Rede war,¹⁷⁸³ wusste Kahr spätestens durch Wutzlhofers Indiskretion um seine Chance. Er nutze den Anlass sogleich in diesem Sinne, indem er Knilling die Dringlichkeit einer starken staatlichen Autorität darlegte.

Am 26. September bestand in den führenden Kreisen Bayerns keinerlei Zweifel mehr darüber, dass Adolf Hitler mit aller Gewalt einen Putsch anstrebte. In Berlin hatte Reichskanzler Stresemann zum Entsetzen der vaterländischen Kreise den Ruhrkampf aufgegeben. Bis tief in den bayerischen Beamtenapparat hinein herrschte nun Unsicherheit und Aufregung.¹⁷⁸⁴ Gegenüber Graf Soden erklärte der Hitlervertraute Scheubner-Richter noch kurz vor der Ernennung Kahrs ganz offen, dass ein Umsturz aus den im Völkischen Beobachter einberufenen Massenkundgebungen erwachsen könnte.¹⁷⁸⁵ Knilling überwand sich nun endgültig, Kahr zu rufen. Er brauchte ihn als „Gegenschlag“¹⁷⁸⁶ zur Popularität Hitlers. Für ihn persönlich war es das Scheitern seines Versuchs, sich im Geiste der Ordnungszelle an die Spitze der vaterländischen Kräfte zu stellen. Es dürfte ein Tiefpunkt von Knillings Karriere gewesen sein, als er am späten Nachmittag des 26. Septembers 1923 Kahr vor den Ministerrat bestellen musste, um ihn zum Generalstaatskommissar Bayerns zu ernennen. Wenn Andreas Kraus Eugen von Knilling in seiner Geschichte Bayerns an dieser Stelle mit dem Prädikat „armselig“¹⁷⁸⁷ umschrieb, so ist dies ein hartes Wort, doch es dürfte nicht nur die äußere Wirkung, sondern auch die innere Gefühlslage wiedergeben. Kahr sprach zwar in seinen Erinnerungen von einer „gedrückten“, aber doch auch „feierlichen“¹⁷⁸⁸ Stimmung.

¹⁷⁸³ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1251.

¹⁷⁸⁴ Vgl. Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 179.

¹⁷⁸⁵ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1251.

¹⁷⁸⁶ Thoss, Ludendorff, S. 319.

¹⁷⁸⁷ Kraus, Geschichte, S. 684.

¹⁷⁸⁸ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1253.

Knilling jedoch war, was seine Person betraf, resigniert. Die Situation brauche nun einmal jemanden, der noch „wenigstens einen Teil der vaterländischen Kreise hinter sich habe.“¹⁷⁸⁹ Dass Kahr später sich in der Praxis kaum kontrollieren ließ, selbst keine langfristigen Erfolge zur Beruhigung der Lage aufweisen konnte und am Gipfel der Eskalation, am Hitlerputsch vom November 1923 auch noch zusah, wie die Putschisten Knilling verhafteten, wird dieses Gefühl der Niederlage in Knilling im Nachhinein nochmals potenziert haben.

Sieht man aber von Knillings persönlichen Belangen ab, so mag man auch Bruno Thoss Einschätzung gelten lassen, dass Knilling nun zumindest gehandelt hat. Mit dem Generalstaatskommissariat wurde ein immerhin für einige Wochen erfolgreicher „Gegenschlag“¹⁷⁹⁰ gegen Hitler versucht. Die Regierung konnte durch die Ernennung Kahrs kurzzeitig sogar wieder mehr als agierende Kraft in Bayern gesehen werden als in den Wochen zuvor. Doch das Generalstaatskommissariat war nicht Knillings Entscheidung.¹⁷⁹¹ Am Ende dürfte auch großer Druck aus der BVP auf Knilling ausgeübt worden sein. Ein Schreiben des Grafen Soden von Anfang Oktober 1923, das er im Namen des Kronprinzen¹⁷⁹² an den Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei, Heinrich Held, richtete, weist darauf hin. Während Soden davon spricht, dass der Kronprinz den Ministerpräsidenten bereits dahingehend getröstet habe, dass er ihm die Ernennung Kahrs als Akt „von innerer Größe zeugender Selbstlosigkeit“ anrechne, wird Held das größte Verdienst an der von Rupprecht sehr begrüßten Errichtung des Generalstaatskommissariats zugesprochen.¹⁷⁹³ Auch Knillings politische Basis, seine ehemaligen Fraktionskollegen, hatte offenbar den Glauben in ihren Ministerpräsidenten verloren.

So verabschiedete der Ministerrat unter Knillings Leitung, aber wohl gegen seinen inneren Willen am 26. September 1923 folgenden Erlass:

¹⁷⁸⁹ Zit. bei Deuerlein, Hitler-Putsch, s. 181

¹⁷⁹⁰ Thoss, Ludendorff, S. 319.

¹⁷⁹¹ Dies war auch der Eindruck des württembergischen Gesandten. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 195.

¹⁷⁹² Generell wurde in den monarchistischen Kreisen Bayerns das Generalstaatskommissariat Kahrs sehr begrüßt. Vgl. Gengler, Monarchisten, S. 129.

¹⁷⁹³ „Seine Majestät fühlt das Bedürfnis auch Ihnen, dessen Verdienst in erster Linie der bedeutsame staatspolitische Akt vom 26. September ist, Allerhöchst seinen aufrichtigen Dank zu Ausdruck zu bringen. Der Hohe Herr ist der Überzeugung, dass Euer Hochwohlgeboren durch Ihr staatskluges Verhalten einen Wendepunkt in der bayerischen und deutschen Geschichte inauguriert haben.“ Soden an Held am 2.10.1923, BayHStA, NL Held 484.

„Auf Grund des Artikels 48 Abs. IV der Verfassung des Deutschen Reiches und des § 64 der Bayer. Verfassungsurkunde wird für Bayern bis auf weiteres der Regierungspräsident von Oberbayern Dr. v. Kahr als Generalstaatskommissar bestellt.

Die Art. 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches und die §§ 14 und 16 der Bayer. Verfassungsurkunde werden vorübergehend außer Kraft gesetzt. Es sind deshalb Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechheimnisses, Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahmen und Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

Mit der Verkündung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Generalstaatskommissar über.

Sämtliche Behörden des Reiches, des Landes und der Gemeinden bleiben in ihrer Tätigkeit, haben aber, mit Ausnahme der Gerichte, Verwaltungsgerichte und Militärbehörden – den Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars Folge zu leisten. Er ist berechtigt, jederzeit an ihrer Stelle Amtshandlungen vorzunehmen. Er ist befugt, nach § 17 des Wehrgesetzes die Hilfe der Wehrmacht anzufordern.

Die Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars gehen den Anordnungen und Verfügungen aller anderen Behörden – mit Ausnahme der Gerichte, Verwaltungsgerichte und Militärbehörden – vor. Rechtsmittel gegen die Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars sind ausgeschlossen, soweit er nicht selbst etwas anderes anordnet.

Der Generalstaatskommissar kann Anordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen und ihre Übertretung sowie die Aufforderung und Anreizung zur Übertretung mit Strafe bedrohen.

Er ist auch berechtigt, Schutzhaft und Aufenthaltsbeschränkungen zu verhängen.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

München, den 26. September 1923.

Dr. v. Knilling. Gürtner. Dr. Schweyer. Dr. Matt. Dr. Krausneck.

Oswald. Wutzlhofer. Dr. v. Meinel.¹⁷⁹⁴

Zugleich erging ein Aufruf an die Bevölkerung, der in vereinfachter Form mitteilte, dass die vollziehende Gewalt in Bayern nun auf Gustav von Kahr übergegangen ist.¹⁷⁹⁵

War das, was damit am 26. September in Bayern entstanden ist, nun die von manchen erhoffte Diktatur? Kahr hatte ab sofort umfangreiche Machtbefugnisse in Bayern. In seinen Erinnerungen betont er, den Ministerrat im Moment seiner Ernennung darauf hingewiesen zu haben, dass er in seinem „weit gesteckten Aufgabenkreis volle Bewegungsfreiheit“ sowie „allein die Verantwortung“¹⁷⁹⁶ benötige und daher Anweisungen aus den Ministerien nicht entgegen nehmen werde. Ebenso konnte er engste Kontakte zur Reichswehr und Landespolizei einfordern, indem er den Landeskommendanten der bayerischen Reichswehrdivision Lossow und den Chef der Landespolizei Seißer, also die Männer, die über die militärische Macht in Bayern verfügten, in seinen engeren Führungsstab, zum sogenannten „Triumvirat“ holte.¹⁷⁹⁷ Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, dass die Regierung Kahr nur neben sich, nicht über sich gestellt hatte. Denn ein wirklicher „Diktator“ war Kahr trotz aller Befugnisse eben nicht.

Zunächst seien Legitimation und Kompetenzen des neuen Generalstaatskommissars näher erleutert. Wie das Staatskommissariat Möhl in den Märztagen 1920, so war auch das Generalstaatskommissariat Gustav von Kahrs im September 1923 nicht durch einen Gewaltstreich, sondern durch die verfassungskonforme Übertragung der Gewalt durch den bayerischen Ministerrat vonstatten gegangen. Ebenso wie 1920 begründete der Ministerrat die Übertragung der vollziehenden Gewalt formal nicht alleine mit dem § 64

¹⁷⁹⁴ Zit. bei Michaelis, Jahr, S. 388 f.

¹⁷⁹⁵ „An das bayerische Volk!

(...)

Die Geldmittel zur Fortsetzung des Kampfes überstiegen die Kraft des Reiches. Auch die bayerische Staatsregierung hat dies anerkannt und soweit dem Entschluss der RR zugestimmt. (...)

In solcher Lage muss die Staatsregierung die Zügel fest und straff in ihrer Hand behalten. Sie muss solche schädigende Störungen der öffentlichen Ordnung verhüten. Sie kann und darf Unverantwortlichen keinen Einfluss auf den Gang der weiteren Ereignisse einräumen; sie allein ist verantwortlich.

In diesem Bewusstsein ihrer Verantwortung und angesichts der Gefahren, die die gegenwärtige Lage in sich führt, hat sich die Staatsregierung entschlossen, besondere Maßnahmen vorzukehren: Sie hat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung einen besonderen Generalstaatskommissar in der Person des Regierungspräsidenten Dr. v. Kahr bestellt, und ihm die gesamte vollziehende Gewalt übertragen.“ Aufruf vom 26.9.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 1.

¹⁷⁹⁶ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1255.

¹⁷⁹⁷ Dieses erreichte Maß an militärischen und polizeilichen Einfluss Kahrs war im Grunde nicht im Sinne Knillings gewesen, wie der Ministerpräsident dem württembergischen Gesandten schon am Tag nach der Errichtung des Generalstaatskommissariats gestand. Vgl. Benz, Politik, S. 132.

der bayerischen Verfassung, sondern auch mit Art. 48 WRV, um – zumindest nach bayerischer Auffassung - verfassungsrechtlich abgesichert zu sein. Dies wäre, so die Logik der Regierung, mit alleinigem Bezug auf bayerisches Recht nicht der Fall gewesen.¹⁷⁹⁸ Auf die Proteste des Reiches, das als Reaktion auf diesen bayerischen Ausnahmezustand sofort einen übergeordneten Reichsausnahmezustand ausgerufen hatte, der den bayerischen Ausnahmezustand im Sinne der Weimarer Verfassung eigentlich hätte aushebeln müssen, wird später noch eingegangen werden.

Die Verordnung des 26. Septembers gab Kahr zweifelsohne große Macht. Sie stattete ihn mit exekutiven, legislativen und judikativen Kompetenzen aus. Der Generalstaatskommissar konnte nicht nur Verordnungen zu sämtlichen innenpolitischen Angelegenheiten der Wirtschaft und der öffentlichen Ordnung erlassen und für deren Umsetzung durch die Machtmittel des Staates sorgen. Seine Verordnungen genossen überdies Vorrang vor denen der Minister, also auch Knillings.¹⁷⁹⁹ Außerdem konnte Kahr Strafen verhängen, bei denen Rechtsmittel gegen seine Entscheidungen ausdrücklich ausgeschlossen wurden. Durch diesen Umstand hatte die Bevölkerung kaum eine Chance, sich gegen Kahrs Willen zu stemmen. In der Praxis war sich Kahr dieses Umstandes sehr bewusst und pochte auf ihn.¹⁸⁰⁰ Thomas Lange fasste, obgleich er die noch zu erwähnenden Schwachpunkte des Generalstaatskommissariats wenig beachtete und Kahr dementsprechend als „Diktator“ bezeichnete, das Machtvolumen richtig zusammen: Im Generalstaatskommissar habe das Gesamtministerium einen Machtfaktor geschaffen, „der nach eigenem Gutdünken Zensur, Post- und Telefonkontrolle, Schutzhaft, Aufenthaltsbeschränkung, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen und Beschränkung des Eigentums anordnen konnte, ohne einer richterlichen Prüfung zu unterliegen.“¹⁸⁰¹

Neben dieser Machtfülle standen allerdings Bereiche, auf die Kahr nun keine Verfügungsgewalt hatte. Zum einen hatte der Ministerrat, der ja trotz des Generalstaatskommissariats als Regierung fortbestand und tagte, jederzeit die Möglichkeit, Kahr wieder abzurufen. Die Tatsache allerdings, dass Kahr selbst nach dem Hitlerputsch noch Monate im Amt blieb und die Minister ihn nicht zu entfernen

¹⁷⁹⁸ Huber, Verfassungsgeschichte VI, S. 698.

¹⁷⁹⁹ Vgl. Michaelis, Jahr, S. 388f.

¹⁸⁰⁰ So hielt er beispielsweise am 13. Oktober 1923 in seinen Erläuterungen zur Schutzhaft gegenüber den ausführenden Behörden fest: „Der Verhaftete hat jederzeit das Recht, Beschwerde gegen die Verhaftung zu führen. Die Entscheidung über die Beschwerde behalte ich mir vor.“ Rundschreiben Kahrs vom 13.10.1921, BayHStA, Generalstaatskommissariat 1.

¹⁸⁰¹ Lange, Bayern, S. 204.

vermochten, verweist diese Möglichkeit in den Bereich der bloßen Theorie. Interessanter ist es, die praktischen Angelegenheiten zu betrachten, die Kahr vorenthalten wurden und in denen Kahr demzufolge nicht über die Macht verfügte. Vor allem sind hier die finanzielle Abhängigkeit von der Staatsregierung sowie das fehlende Recht zur Selbstorganisation zu nennen. Der Generalstaatskommissar hatte nicht die Möglichkeit, selbst größere Ausgaben zu tätigen. In der Praxis wandte sich hier der Generalstaatskommissar an den Ministerpräsidenten. So forderte Kahr beispielsweise am 2. November bei Knilling die Bereitstellung von einer Million Goldmark, damit das Generalstaatskommissariat Kartoffel- und Kohlevorräte zur Versorgung der Bevölkerung anlegen konnte.¹⁸⁰² Die interne Organisation¹⁸⁰³ seines Generalstaatskommissariats befand sich ebenfalls nicht gänzlich in Kahrs Hand. Dies musste er selbst am 29. Oktober 1923 in Verhandlungen mit seinem ehemaligen Weggefährten Pöhner über die Schaffung einer Stelle als Stellvertreter des Generalstaatskommissars für Nordbayern eingestehen. Pöhner hatte diesen Posten im Sinne eines Zeichens zur Einigung des vaterländischen Lagers als akzeptabel angesehen, alternative Ämter, die Kahr ihm nannte, wies er aber zurück. Als Pöhner bemerkte, dass Kahr ihm den erwünschten Posten gar nicht selbst beschaffen konnte, brach er das Gespräch ab.¹⁸⁰⁴ Kahr reagierte auf die ihm gegenüber dem Kampfbund peinliche Situation zwar sofort, indem er vom Ministerrat die Errichtung einer solchen Stelle für Nordbayern forderte. Der Ministerrat entschied jedoch dagegen.¹⁸⁰⁵ Auch alle Dinge, die eine Vertretung Bayerns nach außen betrafen, blieben in der nur auf Bayern bezogenen Ernennung Kahrs unerwähnt und somit in der Zuständigkeit des Ministerpräsidenten und des Gesamtstaatsministeriums. Es sollten am Ende jene Einschränkungen sein, die in weiten Teilen des nationalen Lagers eine gewisse Enttäuschung verursachten. So schrieb Pittinger am Tag nach dem Hitler-Putsch an Kahr über seine Beobachtungen auf dem Land: „Man erwartete einen Diktator und nicht einen

¹⁸⁰² Vgl. Kahr an Knilling am 2.11.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 5.

¹⁸⁰³ Das Generalstaatskommissariat wurde in mehrere „Geschäftsabteilungen“ aufgeteilt, welche ihr Personal wiederum aus anerkannten Mitarbeitern und Sachverständigen der bayerischen Ministerien beziehen durften. Neben einer gut besetzten Wirtschaftsabteilung und einer Presseabteilung wurden für die Rechtsabteilung großzügig Beamte aus dem Justizministerium abgezogen. Weiter verfügte Kahr über eine „politische Abteilung“, die mit Baron von Aufseß und Baron von Freyberg besetzt wurde. Für militärische Fragen wurde eine „Wehrtechnische Abteilung“ unter der Leitung Oberst Hans von Seissers und Major Herbert Hunglingers aufgebaut. Der Nachrichtendienst des Generalstaatskommissariats wurde mit Major Döhla und Hauptmann Hörmann besetzt und hatte die Aufgabe, Kahr ein tägliches Lagebild über die Situation in Bayern vorzutragen. Sitz des Generalstaatskommissariats wurde Kahrs bisheriger Amtssitz, die Regierung von Oberbayern. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1256ff. Vgl. ferner BayHStA, Generalstaatskommissariat 4.

¹⁸⁰⁴ Vgl. Höger, Hitler 2, S. 21.

¹⁸⁰⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 4.10.1923, BayHStA, MA 99518.

Generalstaatskommissar, d.h. man ist aufs tiefste missgestimmt, dass immer noch die Regierung als solche in Erscheinung tritt.“¹⁸⁰⁶

Die Regierung Knilling hielt also immer noch Teile der Macht in ihren Händen, die vor allem dahin gingen, die von ihr geschaffene Einrichtung umzugestalten und mit Finanzen auszustatten. Es gilt aber festzuhalten, dass diese Reste der Macht keineswegs geeignet waren, den Ministerrat zu raschen Eingriffen in das Tagesgeschehen oder gegen einmal getroffene Entscheidungen Kahrs zu befähigen. Beachtlich ist die Selbstdarstellung der Regierung im Mittelteil des Aufrufs des Ministerrats an die Bevölkerung zur Ernennung Kahrs, wonach die Regierung die „Zügel fest und straff in ihrer Hand“ halte und zudem „allein (...) verantwortlich“¹⁸⁰⁷ sei. Damit sollte der Versuch unternommen werden, die Regierung weiter als handelnd und das Generalstaatskommissariat Kahrs als ihr Werk darzustellen. Diesen Anspruch konnte das Kabinett Eugen von Knillings in der Praxis aber nicht halten. Schon der Informationsfluss zwischen dem Gesamtministerium und dem ihm verantwortlichen Generalstaatskommissar war mangelhaft ausgebaut. Kahr hatte nach eigenen Angaben Knilling als dem Vorsitzenden des Gesamtministeriums zwar angeboten, täglich bei ihm zum Rapport zu erscheinen, doch Knilling habe dies abgelehnt. Stattdessen habe er angekündigt, Kahr jeden zweiten Tag zu besuchen. Auch hiervon habe Eugen von Knilling jedoch kaum Gebrauch gemacht, sondern sich durch Regierungsrat Sommer¹⁸⁰⁸ vertreten lassen. Jedes Ministerium hatte ferner das Recht, mit Referenten bei Kahr vorstellig zu werden und Wünsche und Anregungen vorzutragen. Die letzte Entscheidung aber behielt Kahr sich ausdrücklich vor.¹⁸⁰⁹ Seine Verfügungen und Erlässe konnten so jederzeit erfolgen, ohne dass der Ministerrat darüber hätte beraten können. Die Regierung hatte damit die Tagespolitik an Kahr abgetreten und zumindest auf schnelle Entscheidungen in ihrem Staat von nun an keinen Einfluss mehr.

Die Reichsregierung im Übrigen, die laut Verfassung in jedem Fall in Fragen des Ausnahmezustandes hinzuzuziehen gewesen wäre, hatte Knilling bei all dem völlig außen vor gelassen. Erst am 27. September stellte er sie vor vollendete Tatsachen. Eine „außerordentlich starke Erregung“ in Bayern habe ihm das Recht dazu gegeben. „Es sei zu befürchten“, so ließ er Stresemann per Telefon wissen, „dass von irgendeiner Seite

¹⁸⁰⁶ Zit. bei Deuerlein, Hitlerputsch, S. 329.

¹⁸⁰⁷ Aufruf vom 26.9.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 1.

¹⁸⁰⁸ Dies bestätigt Sommer in seinen Erinnerungen. Er habe den Kontakt der Regierung zu Kahr zu halten gehabt und Knilling täglich von 11-12 Uhr vormittags über die Handlungen des Generalstaatskommissariats informieren müssen. Ein geregelter, direkter Dialog zwischen Knilling und Kahr fand also nicht statt. Vgl. Sommer, Beiträge, S. 185.

¹⁸⁰⁹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1258f.

Dummheiten gemacht würden.“¹⁸¹⁰ Man wisse wohl, dass in Berlin wegen Kahrs Vernetzung zu Organisationen der politischen Rechten Misstrauen bestehe, dass Kahr gerade diese Verbindungen jedoch loyal zum Zwecke der legitimen Staatsautorität verwenden werde. Stresemann kritisierte demgegenüber, dass dies in reichsweiter Sicht nicht gesichert sei. Solange in Bayern auf Kundgebungen zum „in Berlin Ordnung schaffen“ gesprochen werde, provoziere dies auch Aktionen norddeutscher Rechtsradikaler. Zusammengefasst musste Stresemann Bayerns Entscheidung hinnehmen, denn zu einem entschlossenen Vorgehen gegen den Freistaat fehlten ihm die Machtmittel. Dennoch war diese Hinnahme in Berlin umstritten. Die Sozialdemokraten verließen aus Protest dagegen seine Regierung.¹⁸¹¹ Befürworten konnte die Reichsregierung das Vorgehen Bayerns schon aus Prinzip nicht. Denn sie hatte als erste Reaktion auf den bayerischen Ausnahmezustand, der das Generalstaatskommissariat begründete, den Ausnahmezustand im Reich ausgerufen, der im Sinne der Weimarer Verfassung eigentlich den bayerischen Ausnahmezustand ersetzen hätte müssen. In großer Eile und unter großer Aufregung des Reichskanzlers wurden hier Reichswehrminister Geßler und de facto der ihm unterstehende Generalstab in Berlin um Hans von Seeckt mit der vollziehenden Macht im Reich ausgestattet,¹⁸¹² womit Kahrs Macht gemäß Reichsverfassung eigentlich schon unmittelbar nach seiner Ernennung wieder hinfällig gewesen wäre. Da Bayern aber darauf nicht reagierte, war schon die Existenz eines auf längere Dauer angelegten Generalstaatskommissariats Kahrs klar als ein Verstoß gegen die Reichsverfassung zu sehen,¹⁸¹³ den Knilling als Ministerpräsident wesentlich zu verantworten hatte. Neue Konflikte mit dem Reich waren damit vorprogrammiert und von Knilling in Kauf genommen, auch wenn er und der Reichskanzler sich vorläufig darauf verständigten, an solchen Konflikten kein Interesse zu haben. Diese kommenden Konflikte und die Machtlosigkeit in der Tagespolitik, die im folgenden Kapitel behandelt werden wird, hatte Knillings Regierung am 26. September 1923 allerdings in Kauf genommen.

¹⁸¹⁰ Zit. bei Michaelis, Jahr, S. 389f. Vgl. ferner Pommerin, Ausweisung, S. 312f.

¹⁸¹¹ Vgl. Wright, Stresemann, S. 244.

¹⁸¹² Vgl. Das Kabinett Stresemann I/II, Dok. Nr. 83 b vom 27.9.1923, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

¹⁸¹³ Vgl. Schwabe, Weg, S. 113. Vgl. ferner Wright, Stresemann, S. 225.

5.3.4. Knilling und die Praxis des Generalstaatskommissariats bis zum Hitlerputsch

Kahr war eigentlich geholt worden, um durch rasches sicherheits- und wirtschaftspolitisches Handeln Hitler und die von ihm ausgehende Putschgefahr einzudämmen und sich als Gegenpart zu ihm aufzubauen. Man könnte darin die erste wirklich entschlossene Aktion der Regierung Knillings gegen Hitler sehen, auch wenn sie die konkrete Umsetzung in Kahrs Hände abgetreten hatte, da sie selbst sich die Umsetzung nicht zutraute. Doch von einer neuen Entschlossenheit sollte in der Folge wenig zu spüren sein. Der Antritt Kahrs bedeutete grundsätzlich keine Abkehr von der zuvor monatelang vergeblich geübten Praxis Eugen von Knillings, dass den Verbänden mit einem integrativen Kurs¹⁸¹⁴ zu begegnen sei. Kahr gab dieser Praxis lediglich ein neues Gesicht und sollte die Erwartungen der Regierung mehr und mehr enttäuschen. Noch am Tag seiner Ernennung lud Kahr die Vertreter sämtlicher vaterländischer Verbände, ausdrücklich auch Adolf Hitler, für den Morgen des 27. September 1923 zur Besprechung ein.¹⁸¹⁵ Damit war klar, dass Gustav von Kahr es nicht anstreben wollte, radikale und putschverdächtige Kräfte der Rechten in Bayern mit aller staatlichen Autorität niederzuschlagen. Kein anderer als Adolf Hitler selbst machte ihm Monate später im Hitlerprozess dieses Versäumnis zum Vorwurf, ihn nicht sofort verhaftet zu haben. Das wäre laut Hitler Kahrs Pflicht gewesen, wenn das Generalstaatskommissariat wirklich zur Beruhigung der Lage und nicht in Wahrheit zu geheimen, gegen Berlin gerichteten Plänen einberufen war.¹⁸¹⁶

Selbstverständlich musste mit Kahrs versuchter Verständigung nach rechts wiederum eine Gegnerschaft zum linken Lager in Bayern einhergehen. Noch unmittelbar vor dem Hitlerputsch wiederholte Baron von Aufseß, einer der engsten Mitarbeiter Kahrs, gegenüber Karl Sommer die Auffassung des Generalstaatskommissariats über die einzig richtige Strategie: Man müsse alles bekämpfen, was links stehe, und alles fördern, was rechts stehe.¹⁸¹⁷ Das war von Anfang an die Praxis in Kahrs Amtsführung. So setzte er

¹⁸¹⁴ Kahrs Haltung unterschied sich schon in den Monaten zuvor hier nicht von der Knillings. Bereits im Sommer 1923 war Kahr im Austausch mit seinem engen Freund Dr. Peter Englert, selbst Referent im Innenministerium, zu dem Schluss gekommen, dass es gelten müsse, die Nazis im Sinne einer starken nationalen Bewegung einzubinden, nicht zu bekämpfen. Ein Bild, das Hitler von Anfang an in Kahr einzupflanzen verstand. Vgl. Sommer, Beiträge, S. 186f.

¹⁸¹⁵ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1257.

¹⁸¹⁶ Vgl. Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 830.

¹⁸¹⁷ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 205.

das Republikenschutzgesetz gegen rechte Kräfte für Bayern umgehend faktisch außer Kraft.¹⁸¹⁸ Zeitgleich agierte er mit Entschlossenheit gegen das linke politische Lager. Am 29. September 1923 ließ Kahr sowohl kommunistische als auch sozialdemokratische Selbstschutzverbände in Bayern verbieten. Zudem stellte er auch den Versuch in Strafe, Ersatzorganisationen ins Leben zu rufen.¹⁸¹⁹ Gegenüber möglichen Reaktionen in der Arbeiterschaft zog Kahr ebenfalls offensiv zu Felde. Am 1. Oktober wurden Streiks für Bayern rigoros verboten.¹⁸²⁰ Am 8. Oktober durchsuchte die Münchener Polizei die Bürogebäude der KPD in München und beschlagnahmte alle Propagandaschriften.¹⁸²¹ Tags darauf forderte Kahr alle Kreisregierungen und die Polizei in München und Nürnberg dazu auf, flächendeckend derartige überraschende Razzien durchzuführen, um den Abzug der Waffen der linken Selbstschutzverbände in den Untergrund zu behindern.¹⁸²² Er demonstrierte also sofort seine Machtmöglichkeiten nach links, während er nach rechts auf Verständigung setzte. Kahr stellte damit unter Beweis, dass er nicht im Sinne einer Verteidigung der bestehenden Ordnung sondern im Sinne einer politischen Richtung zu handeln gedachte, deren Gunst er erhoffte.

Dass diese Hoffnung hinsichtlich Hitlers Kampfbund nicht erfüllt werden sollte, wäre allerdings sehr rasch absehbar gewesen. An der erwähnten morgendlichen Besprechung der vaterländischen Kräfte im Generalstaatskommissariat am 27. September 1923, bei der sich die Verbände Kahr hätten unterstellen sollen, nahm Adolf Hitler nämlich nicht teil. Er ließ sich vom seinem Funktionär Scheubner-Richter vertreten. Dieser eröffnete Kahr gegenüber, dass er nur zu Beobachtungszwecken gekommen sei und keinerlei Vollmachten genieße. Als Kahr den anwesenden Herren schließlich einzeln das Versprechen abnahm, sich dem Generalstaatskommissariat unterzuordnen, berief sich Scheubner-Richter hierauf und verweigerte es. Kahr forderte darauf den Gesandten Hitlers auf, noch am selben Tag eine schriftliche Treuerklärung Hitlers herbeizuschaffen, doch Hitler sandte lediglich einige äußerst knappe Zeilen, in denen er

¹⁸¹⁸ Als beispielsweise Hauptmann Heiß von der Reichsflagge anlässlich einer Kundgebung in schärfster Weise gegen die Weimarer Republik hetzte, und der Oberreichsanwalt in Leipzig zu Recht Haftbefehl erließ, wurde dieser in Bayern nicht vollzogen, im Gegenteil: Kahr ordnete den Behörden an, künftig von politischen Verhaftungen in dieser Richtung abzusehen: „Die Verhaftung eines nationalen, angesehenen bayerischen Führers, während gleichzeitig den kommunistischen Vorgängen in Sachsen und Thüringen mit größter Nachsicht von Reichswegen begegnet wurde, hätte in Bayern einen Sturm der Entrüstung entfacht und bei einer Explosion dem revoltierenden Unternehmen weite Sympathien und Unterstützung zugeführt.“, so Kahr in seinen Erinnerungen. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1266.

¹⁸¹⁹ Vgl. Rundscheiben Kahrs am 29.9.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 1.

¹⁸²⁰ Vgl. Rundscheiben Kahrs am 1.10.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 1.

¹⁸²¹ Vgl. Polizeidirektion München an Kahr am 8.10.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 1.

¹⁸²² Vgl. Rundscheiben Kahrs am 9.10.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat, 3.

eine abwartende Haltung der NSDAP darlegte und ein Treuebekenntnis oder auch nur eine Gratulation an Kahr zum neuen Amt aussparte.¹⁸²³ Bis zum Putsch änderte sich an dieser Haltung nichts. Der integrative Kurs war also bei Kahr ebenso vergebens wie bei Knilling in den Monaten zuvor.

Kahr übte sich in der Folge darin, zumindest im Hinblick auf die Gunst der Bevölkerungsmasse Erfolge zu verbuchen. Er setzte dazu seine bereits als Ministerpräsident gezeigte Begabung im Umgang mit der Presse ein. Wie als Ministerpräsident, so errichtete er auch jetzt sofort eine Pressestelle unter Hauptschriftleiter Schmied, die für die Außenwirkung des Generalstaatskommissariats zuständig sein sollte.¹⁸²⁴ Schon am 1. Oktober lud Kahr zu einem ersten Pressegespräch ins Generalkommissariat.¹⁸²⁵ Diese Arbeit zeigte durchaus Früchte, da Kahr tatsächlich schnell den Großteil der Presselandschaft hinter sich vereinen konnte.¹⁸²⁶ Der Herausgeber der deutschnationalen München-Augsburger Abendzeitung erklärte in dieser Zeit sogar, dass alles, was er schreibe, zu Kahrs Unterstützung gedacht sei.¹⁸²⁷ Selbst der Miesbacher Anzeiger, dem man als eines der radikalsten Hetzblätter durchaus auch eine Gefolgschaft hinter Hitler hätte zutrauen können, positionierte sich eindeutig pro Kahr: „Kahrbayern. Den Ausdruck hört man wieder. – Wir sind stolz darauf.“¹⁸²⁸ Diesen Erfolg allein als Kahrs Verdienst darzustellen wäre allerdings falsch, denn es ist anzunehmen, dass auch der Einfluss der Kahr wohlgesonnenen rheinischen Industrie, die sich im Besitz der meisten bayerischen Blätter befand, hier eine Rolle spielte.¹⁸²⁹ Dieser

¹⁸²³ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1257f. Wörtlich ließ Hitler wissen: „Euer Excellenz! Auf Euer Excellenz Ersuchen um Stellungnahme des Deutschen Kampfbundes zu Euer Excellenz als Generalstaatskommissar, habe ich die Ehre, Euer Excellenz als politischer Leiter des Kampfbundes folgendes mitzuteilen. Die Stellungnahme des Deutschen Kampfbundes zu den großen Fragen der Zeit ist in seiner Kundgebung vom 1. auf 2. September d.J. aus Nürnberg niedergelegt. Unsere Stellung zum Generalstaatskommissariat ist abhängig von der Haltung, die der Herr Generalstaatskommissar diesen Grundsätzen gegenüber einnimmt. Wir stellen fest, dass die Ernennung des Generalstaatskommissars ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Deutschen Kampfbund erfolgt ist. Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung, Adolf Hitler.“ Zit. bei. Hoegner, Hitler 2, S. 94.

¹⁸²⁴ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1263.

¹⁸²⁵ Vgl. Merkblatt zum Pressegespräch vom 1.10.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 2.

¹⁸²⁶ Hierzu sei ergänzend erwähnt, dass Kahr gegen ihm nicht wohlgesonnene Presse in 54 Fällen mit Zensur vorging. Vgl. Lange, Bayern, Anhang S. 31. ff.

¹⁸²⁷ Vgl. Hoser, Hintergründe, S. 473.

¹⁸²⁸ Miesbacher Anzeiger Nr. 233 vom 9.10.1923.

¹⁸²⁹ Seit 1921 hatte sich diese mit ihren Verbündeten in der „GÄA“ genannten Organisation unter Nikolaus Cossmann, dem leitenden Mann der Münchner Neuesten Nachrichten und Vertrauen Kahrs, weiterentwickelt und noch mehr die Steuerung übernommen. In der GÄA, auch „Gemeinsamer Ausschuss“ genannt, hatten sich spätestens Sommer 1922 neben den Vertretern von Landwirtschaftsverbänden und Industrie auch Größen des vaterländischen Langers zusammengefunden, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu lenken. Kurz vor Errichtung des Generalstaatskommissariats fand ihre zweite große Tagung statt. Mitglieder der GÄA-Konferenzen waren laut Karl Alexander von Müller, der den Zirkeln selbst beiwohnte, die Gründer der BVP Heim und Schlittenbauer, Wirtschaftsmänner wie Haniel, Vögler, Hugenberg, Sorge und Clairmont, allerlei Grundadel, Abt Schachleitner und Graf Soden, der Sekretär des Kronprinzen, Kriegshelden wie Tirpitz und Lettow-Vorbeck, diverse Wissenschaftler, Schrifttätige und Diplomaten - und eben Gustav von Kahr. Einer

Einfluss sollte sich später in der Rede zeigen, die Kahr am Abend des Putsches im Bürgerbräukeller hielt. Sie wurde von Journalisten¹⁸³⁰ für Kahr verfasst, entsprach keineswegs Kahrs üblichem Tonfall und war, anders als vorherige Reden Kahrs, von auffällig wirtschaftsliberalem Gedankengut durchsetzt.¹⁸³¹

Ebenso wenig neu, aber im Unterschied zu Knillings Amtsführung tatsächlich umgesetzt, waren die ökonomischen Maßnahmen Kahrs. Es ging darum, in ganz und gar unideologischen, aber elementaren Themen zu punkten – ein Prinzip, das auch im Lager Hitlers als propagandistisch unabdingbar verstanden wurde,¹⁸³² aber bei dem Kahr durch seine staatliche Macht viel größere Möglichkeiten hatte. Hier lag zunächst der Bereich der Lebensmittelversorgung und der Brennstoffe nahe. Die einzelnen Maßnahmen entsprangen jedoch, das zeigt sich fast durchgängig, nicht den Gedanken Kahrs. Fast alles wurde bereits in Bürokratie und im Ministerrat schon geraume Zeit vorher erdacht und diskutiert, nur eben nie umgesetzt. Meist segnete Kahr am Ende die Verordnungen lediglich ab, womit er erst zum Schluss des Regulierungsprozesses die Verantwortung dafür übernahm. Damit steht die wirtschaftliche Agenda Kahrs in keinem Widerspruch zu seiner Neigung aus der Ministerpräsidentschaft, ökonomischen Fragen persönlich eher fern zu bleiben. Ihm ging es vorrangig um den propagandistischen Effekt, wie sich durch mildtätige Aktionen wie die Versendung von Lebensmittelpaketen an kinderreiche Familien zur Weihnachtszeit zeigte.¹⁸³³ Weiter kam das Generalstaatskommissariat den Mietern entgegen, die mangels eigenen Besitzes von der Inflation besonders hart getroffen wurden. Mittels mehrerer Verordnungen bewirkte er, dass die Mietzahlungen angesichts der Geldentwertung nicht mehr monatlich, sondern wöchentlich zu leisten seien.¹⁸³⁴ Zudem kam eine Herabsetzung des Bierpreises.¹⁸³⁵ Bei der Milchversorgung

ihrer Treffpunkte war das Münchner Künstlerhaus, also jener Ort, an dem eigentlich Kahrs Ansprache für den 8. November vor kleinerem Kreis vorgesehen war. Vgl. Müller, Wandel, S. 113. Vgl. ferner Hoser, Spengler, S. 442ff.

¹⁸³⁰ Namentlich Cossmann, Schiedt und Gerlich. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 253.

¹⁸³¹ Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 304 vom 9.11.1923. Der Titel der Rede lautete: „Dr. von Kahrs Manifest zu 5. Jahrestag des Sieges der roten Internationale über Deutschland“. Das Manuskript der durch Hitler unterbrochenen Rede wurde neben dem Bericht zum Putsch und der Proklamation Hitlers vollständig veröffentlicht, offenbar ohne dass die Redaktion in den sich überschlagenden Ereignissen einen nennenswerten Widerspruch zwischen den Inhalten zu erkennen vermochte.

¹⁸³² Hitlers Mitstreiter Scheubner-Richter hatte in Aufzeichnungen zu möglichen Aktionen im September 1923 festgehalten, dass „bekanntlich die politische Einstellung der Bevölkerung ausschließlich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt wird, d.h. von der Höhe der Bier- und Brotpreise (...)“. Zit. bei Hoegner, Hitler, S. 13.

¹⁸³³ Wegen der erwähnten mangelnden Finanzspielräume des Generalstaatskommissariats setzte er hier auf sein Netzwerk und griff auf Spenden aus der Industrie zurück. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1417.

¹⁸³⁴ Vgl. Rundschreiben Kahrs vom 4.10.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 1.

¹⁸³⁵ In seinen Erinnerungen gibt er offen zu, dass diese Maßnahme ihm in München abgesehen vom Unmut der Brauer viele Freunde eingebracht hatte, er begründete die Maßnahme jedoch offiziell mit der Koppelung des Milchpreises an den Bierpreis. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1306.

stand das Generalstaatskommissariat vor allem in den Städten Bayerns vor dem Problem, dass die Bauern alles andere als geneigt waren, ihre Frischmilch gegen das sich rasch entwertende Geld zu verkaufen, sondern sie lieber zu stabileren Werten, namentlich Butter oder Käse, veredelten.¹⁸³⁶ Am 8. Oktober 1923 verhängte Kahr als Reaktion auf den Milchmangel eine Milchliefersperrpflicht.¹⁸³⁷ Auch diese Maßnahme war jedoch sicher nicht alleine aus den Gedanken Kahrs entsprungen.¹⁸³⁸

Neben einigen Maßnahmen zur Versorgung Bayerns mit Getreide¹⁸³⁹ und Kartoffeln¹⁸⁴⁰ - hier stand man beim Aufkauf ausländischer Bestände dank der schwachen Währung vor sehr großen Problemen - galt eine weitere große Sorge der Kohleversorgung Bayerns, die sich angesichts des nahenden Winters als trostlos darstellte. Bayern konnte in diesem Gebiet, anders als bei den Lebensmitteln, mangels eigener Ressourcen nicht auf eine Steigerung der inländischen Produktion hoffen. Auch die Forderung des Generalstaatskommissariats nach einem beschleunigten Ausbau der Wasserkraft - ebenfalls schon seit Jahren im Ministerrat diskutiert¹⁸⁴¹ - , vor allem des Walchenseekraftwerkes, von welchem sich Kahr einen Rückgang des Kohlebedarfes Bayerns um 6% erhoffte, konnte das Grundproblem nicht mildern. Die unbeständige Währung machte den Zukauf von Kohlevorräten aus Böhmen oder England nahezu aussichtslos, wodurch sich das Generalstaatskommissariat genötigt sah, sich auch mit der Währungsfrage zu beschäftigen und somit ganz eindeutig in eine Kompetenz der Reichsregierung und letztlich auch in eine verbliebene Kompetenz Knillings, der als Ministerpräsident Bayerns Interessen gegenüber dem für Währungsfragen zuständigen

¹⁸³⁶ Namentlich in den Städten Nordbayerns war nach den Zahlen des Generalstaatskommissariats theoretisch eine Versorgung mit Frischmilch nur noch für die Kinder unter zwei Jahren möglich. Ein Problem, das sich nebenbei auch bei der Versorgung mit Fleisch zeigte, da die Landwirtschaft es bevorzugte, die wertvollen Tiere am Leben zu lassen und somit einen festen Wert zu besitzen. Vgl. Besprechung vom 5.10.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 5.

¹⁸³⁷ Vgl. Rundschreiben Kahrs vom 8.10.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 1.

¹⁸³⁸ Lösungen zur Behebung des Milchmangels, etwa durch eine Lieferpflicht in Kombination mit einem Verbot der Käseherstellung, wurden beispielsweise durch die bayerische Spitzenbeamtenschaft schon lange vor dem Generalstaatskommissariat im April 1922 dem Ministerrat vorgeschlagen. Vgl. Ministerratssitzung vom 26.4.1922, BayHStA, MA 99517.

¹⁸³⁹ Getreide war laut der Wirtschaftsabteilung des Generalstaatskommissariats eines der wenigen Güter, bei welchen Bayern in den Jahren 1921 und 1922 gewisse Rücklagen aufbauen konnte und ein akuter Mangel nicht zu erwarten war. Vgl. Besprechung vom 28.9.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 5.

¹⁸⁴⁰ Die Agenda hinsichtlich der Kartoffeln, nämlich den zwangsweisen Verkauf von 30% der Bestände der bayerischen Bauern bis zum 10.11.1923, kann ebenfalls nicht als spezifisches Werk Kahrs gesehen werden. Zumindest bestand der Ministerpräsident darauf, dieses Vorgehen beim Generalstaatskommissar beantragt zu haben. Vgl. Ministerratssitzung vom 17.10.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁸⁴¹ Im Mai 1922 stellte sich das Kabinett Lerchenfeld gar die Frage, ob sich der Staat Bayern im Bestreben unabhängiger von der Kohle zu werden durch sein umfangreiches Wasserkraftprogramm nicht wirtschaftlich übernommen habe und somit eine Beteiligung der Reichsbahn an verschiedenen Projekten anzustreben sei. Vgl. Ministerratssitzung vom 29.5.1922, BayHStA, MA 99517.

Reich zu vertreten hatte, einzudringen.¹⁸⁴² Dies zeigte sich in den durch das Generalstaatskommissariat vorangetriebenen Planungen zu einer eigenen bayerischen Währung, die durchaus als mehr als nur eine flüchtige Idee anzusehen sind. So führte Kahr im Oktober Gespräche mit Heinrich Held zu dem Thema. Seiner Initiative jedoch entsprangen die Pläne abermals nicht. Zum einen war es innerhalb des Generalstaatskommissariats die Wirtschaftsabteilung, die den Plan auf einer Besprechung am 12. Oktober 1923 in Abwesenheit Kahrs näher ausarbeitete.¹⁸⁴³ Zum anderen grassierte die Idee bereits seit geraumer Zeit im Finanzministerium, sodass Finanzminister Krausneck, schon am 21. September 1923 im Ministerrat das für und wider dieser Möglichkeit erörterte und seinen Kollegen damals eine ablehnende Haltung nahelegte.¹⁸⁴⁴ Es ist also anzunehmen, dass dieselben Kreise vor allem der Beamenschaft, die an Krausneck und damit an Knillings Kabinett gescheitert waren, es nun über Kahr versuchten. Dass Kahr aber „diesem Streben entgegengetreten“ sei, „um auch den Schein der Wirtschaftsseparation Bayerns zu vermeiden“¹⁸⁴⁵, wie er später anlässlich des Hitler-Prozesses aussagte, lässt sich an keiner Stelle belegen. Wohl belegen lässt sich aber, dass Kahr auch mit seiner Währungspolitik propagandistische Teilerfolge verbuchen konnte. So feierte der Miesbacher Anzeiger den „Bayern-Gulden“ als gute Alternative zu den „kommunistisch-sozialistischen Währungsexperimenten in Berlin.“¹⁸⁴⁶

Insgesamt zeigt sich also in der wirtschaftlichen Agenda Kahrs einerseits eine größere Entschlossenheit im Vergleich zu Knillings Politik der vorhergehenden Monate. Dies lässt sich aber nicht auf eine wesentlich größere wirtschaftspolitische Kreativität Kahrs im Vergleich zu Knilling zurückführen. Kahr war hier von seinen Beratern stark

¹⁸⁴² Vgl. Besprechung vom 28.9.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 5.

¹⁸⁴³ Die Abteilung kam unter Zustimmung des bayerischen Städtebundes zu dem Schluss: „Der Generalstaatskommissar soll gebeten werden, ohne Verzögerung mit dem Bayer. Finanzminister und dem Handelsminister sich hiewegen zu benehmen und einen engeren Ausschuss unter Zuziehung besonders erfahrener Sachverständiger zur techn. Durchführung zu berufen.“ Besprechung vom 12.10.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 5. Karl Schwend führt neben der wirtschaftspolitischen Abteilung des Generalstaatskommissariats den BVP-Landtagsabgeordneten und Wirtschaftspolitiker Karl Rothmeier als eine treibende Kraft hinter den Währungsplänen an. Da Schwend selbst den Plan als „absurd“ bezeichnete, lässt sich jedoch vermuten, dass er innerhalb der BVP umstritten war. Vgl. Schwend, Bayern, S. 230. Ferner traten nach Aussage Webers im Hitlerprozess Prof. Bauer und Pittinger auf Besprechungen im Generalstaatskommissariat als entschiedene Gegner der Rentenmark-Pläne Stresemanns auf und nahmen damit auch Einfluss auf Kahr. Vgl. Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 815.

¹⁸⁴⁴ Die am Ende ablehnende Haltung des Kabinetts begründete sich vor allem durch die Ausführungen des Finanzministers Krausneck, der seinen Kollegen deutlich vor Augen führte, dass Bayern zur Deckung dieser Währung im Grunde nicht viel mehr als seinen Staatswald zur Verfügung hätte, das Projekt also jeder Grundlage entbehre. Vgl. Ministerratssitzung vom 21.9.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁸⁴⁵ Zit. bei Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 785.

¹⁸⁴⁶ Miesbacher Anzeiger Nr. 241 vom 18.10.1923.

beeinflusst und beschränkte sich in seinem Verständnis auf den propagandistischen Effekt. Er führte damit seine Praxis aus den Zeiten seiner Ministerpräsidentenschaft fort. Dank seiner Befugnisse zum Erlass schneller Verordnungen konnte er derlei Vorschläge allerdings einfacher absegnen und umsetzen. Knilling durfte die wirtschaftliche Agenda Kahrs nur mehr beobachten, auch wenn sie ihm nicht gänzlich neu war.

Neuer dürfte für Knilling gewesen sein, dass der Generalstaatskommissar nun auch in einem anderen Feld vorging, das ebenfalls auf einen propagandistischen Wettkampf um die Volksgunst gegen Hitler zurückzuführen ist: Kahrs Politik gegen verschiedene Minderheiten in Bayern. Sicherlich waren Populismus und Abneigung gegen alles Fremde sowie ein Eintreten gegen den sogenannten Schleichhandel schon seit Jahren in Bayern an der Tagesordnung und, wie gezeigt, nicht nur von der Regierung Kahr gestützt. Das Generalstaatskommissariat führte nun allerdings ohne Rücksprache mit der Regierung eine neue, schärfere Qualität ein. Das galt für den Umgang mit Minderheiten allgemein und mit den Juden, vor allem mit den sogenannten Ostjuden, im Speziellen. Gustav von Kahr vollzog während des Generalstaatskommissariats eine rigorose Ausweisungspolitik. Erst nach dem Hitlerputsch, einigen diplomatischen Verwerfungen und Interventionen sowie nach Kritik der Minister Oswald und von Meinel im Ministerrat¹⁸⁴⁷ versandete diese Politik wieder.¹⁸⁴⁸ Kahr, der selbst zweifelsfrei eine antisemitische Grundhaltung hatte,¹⁸⁴⁹ entsprach damit den Forderungen der Rechtsradikalen,¹⁸⁵⁰ die sich gezielt gegen all diejenigen richteten, die angeblich die Schuld an der Krise hatten oder durch ominöse Geschäfte von ihr profitierten.¹⁸⁵¹ Auch in seiner Zeit als Ministerpräsident wurden schon unmittelbar nach Amtsantritt antisemitische Hoffnungen auf Ausweisung von Juden an ihn herangetragen.¹⁸⁵² Auch hier hatte er schon an die Möglichkeit der Ausweisung aller Ostjuden gedacht.¹⁸⁵³ Es ist eine geradezu groteske Situation, wenn man sich vor Augen führt, dass der Innenminister

¹⁸⁴⁷ Vgl. Ministerratssitzung vom 3.11.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁸⁴⁸ Vgl. Maurer, Ostjuden, S. 412ff.

¹⁸⁴⁹ Vgl. Pommerin, Ausweisung, S. 334.

¹⁸⁵⁰ U.a. hatte Adolf Hitler bereits zu Beginn seiner Rednertätigkeit die Kritik an Schieberei, Schleichhandel und Korruption mit der unbedingten Forderung nach sofortiger Ausweisung der Ostjuden verbunden. Vgl. Jäckel, Hitler, S.119.

¹⁸⁵¹ Vgl. Pommerin, Ausweisung, S. 335. Vgl. ferner Sperl, Wirtschaft, S. 423.

¹⁸⁵² Ein Münchner Kunsthändler etwa führte damals in einer Gratulationskarte zur Wahl Kahrs aus: „Der rechte Mann am rechten Platz! Machen Sie hauptsächlich das zur Tat aus ihrer ersten Ansprache, dass Sie uns Münchner und Bayern von den Ostjuden im 11. und 12. Bezirk befreien. Diese Rasse vermehrt sich immer mehr und mehr.“ Jagemann an Kahr am 19.3.1920, BayHStA, MA 102381. Ferner mussten Kahr diese Forderungen aus seiner Zeit als Ehrenvorsitzender der VVVB, die, wie bereits erläutert, von Knilling eine Ausweisung der Ostjuden aus Bayern und die Todesstrafe für Schleichhändler verlangten, bestens bekannt sein.

¹⁸⁵³ Vgl. Pommerin, Ausweisung, S. 319.

Schweyer bereits im Frühjahr 1923 an dem Versuch, den bereits verurteilten Adolf Hitler - der bekanntermaßen nicht im Besitz der Staatsbürgerschaft war - aus Bayern auszuweisen scheiterte, Kahr jedoch während seines Generalstaatskommissariats ganz selbstverständlich zu einer völlig unkomplizierten Ausweisungspolitik übergehen konnte – nur dass es sich diesmal eben nicht um Hitler, sondern um diejenigen drehte, gegen die Hitler hetzte.¹⁸⁵⁴ Dennoch war offenbar auch diese propagandistisch motivierte Politik Kahrs nicht erfolglos. Der Miesbacher Anzeiger immerhin feierte den neuen Kurs geradezu.¹⁸⁵⁵

Konkret sah die diesbezügliche Politik des Generalstaatskommissariats so aus: Am 13.10.1923 ermöglichte Kahr in einem Erlass die Ausweisung von Ausländern, was er am 19.10.1923 nochmals konkretisierte. Ein vermeintlich wirtschaftsschädigendes Verhalten eines Einzelnen genügte demnach als Grund für die Ausweisung ganzer Familien.¹⁸⁵⁶ Die entsprechenden Wohnungen verfielen dem Staat. Die Ausgewiesenen hatten lediglich die Möglichkeit, schriftlich Beschwerde einzulegen, über die dann wiederum Kahr zu urteilen hatte. In der Praxis wurden diese Beschwerden fast nie anerkannt. Im Generalstaatskommissariat existierte ein Vordruck, der die Ablehnung fixierte und handschriftlich um nicht viel mehr als den Namen des Auszuweisenden und das Datum ergänzt werden musste.¹⁸⁵⁷ Nur in zwei von insgesamt 57 Fällen wurde einem Einspruch stattgegeben.¹⁸⁵⁸ Dass Kahr an einer funktionierenden und schnellen Ausweisungspolitik gelegen war, zeigt sich unter anderem darin, dass er den Ministerpräsidenten bittet, ihm für diese Aufgabe Stellvertreter in Form der Regierungspräsidenten und der Polizeipräsidenten von München und Nürnberg-Fürth zur Seite zu stellen, was dieser schließlich auch gewährte.¹⁸⁵⁹ Die Ausweisungen wurden oft durch Lappalien begründet, die teils viele Jahre zuvor geschehen waren. Wesentlich aber schien für die Entscheidung zur Ausweisung zu sein, dass die Betroffenen einstmals aus

¹⁸⁵⁴ Vgl. Cahnman, Juden, S. 417

¹⁸⁵⁵ Ein Satirestück, in dem ein bereits seit langem als „running gag“ eingeführter Jude seinen Leserbrief an die Redaktion in Miesbach schrieb, lautete zum Beispiel: „Herr Redacther, Herr Redacther!(...) Es is himmelschreiend, es is nicht zum sage un ä ganz ungebildete antisemitische Verfolgung an unsere Lait. Nach'm Galge wird schon gerufe fier Geschäftlait, wo doch nor ihrem ehrliche Erwerb nachgehe un mit Auswaisung wird net nor gedroht, nain, sie werre sogar ausgewiese.“ Miesbacher Anzeiger Nr. 236 vom 12.10.1923. Kurz darauf brachte das Blatt eine Titelseite mit den Schlagzeilen „Hinaus mit den Juden!“ und „Die Ostjuden-Gefahr“. Miesbacher Anzeiger Nr. 238 vom 14.10.1923.

¹⁸⁵⁶ Kahr wörtlich: „Als Grund für die Ausweisung von Ausländern genügt auch ein das Wirtschaftsleben schädigendes Verhalten. Liegt ein Ausweisungsgrund gegen das Familienhaupt vor, so kann die Ausweisung auf die in seinem Hausstande lebenden Familienangehörigen ausgedehnt werden.“ Rundschreiben Kahrs vom 19.10.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 1.

¹⁸⁵⁷ BayHStA, Generalstaatskommissariat, 89.

¹⁸⁵⁸ BayHStA, Generalstaatskommissariat, 89. Vgl. ferner Lange, Bayern, Anhang S. 46ff.

¹⁸⁵⁹ Knilling an Kahr am 10.10.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 1.

ärmlichen Zuständen eingewandert waren, es nun aber zu Wohlstand gebracht hatten.¹⁸⁶⁰ Wie lange die Person sich schon in Bayern aufhielt, spielte keine Rolle. Unter den ausgewiesenen finden sich Persönlichkeiten, die sich seit 30 Jahren in Bayern aufhielten oder sogar im Lande geboren worden waren.¹⁸⁶¹ In Wahrheit war die Zahl der so ungeliebten „Ostjuden“, die erst seit einigen Jahren angesichts von Pogromen in Osteuropa ihren Aufenthalt nach Bayern verlegt hatten, mit nicht ganz 4000 Personen¹⁸⁶² bei nüchterner Betrachtung allerdings kaum in einem Maße erwähnenswert, in welchem man ein grundsätzliches Problem für den bayerischen Staat hätte interpretieren können.

Gegen Kritik an seiner Politik verteidigte sich Kahr immer damit, dass die Ausweisungen sich auf keinen Fall durch die Abstammung der Ausgewiesenen begründeten, sondern durch ihr Verhalten. Die populäre Parole von der Bekämpfung des Wuchertums und des Schleichhandels spielte hier eine große Rolle.¹⁸⁶³ Unter diesen Personenkreis fielen laut Kahr nun einmal viele Juden, vor allem Ostjuden.¹⁸⁶⁴ Knilling schloss sich zumindest gegenüber Kritik seitens der Reichsregierung, die bereits seit Ende Oktober 1923 auf die Ausweisungen in Bayern aufmerksam wurde¹⁸⁶⁵, Kahrs Argumentation an. Dass in Bayern Judenausweisungen vor sich gingen, sei eine „irrig“¹⁸⁶⁶ Annahme. Der Ministerpräsident verwies in seiner Note darauf, dass es sich bei unter 100 Fällen nicht

¹⁸⁶⁰ Vgl. Pommerin, Ausweisung, S. 323.

¹⁸⁶¹ Vgl. Lange, Bayern, Anhang S. 46ff. Als Beispiel für einen Ausweisungsprozess sei der Fall des jüdischen Kurz- und Spielwaren Exporteurs Isaak Gelberger aus Fürth angeführt, der sich mit Bitte um Hilfe an das österreichische Generalkonsulat wandte. Gelberger erhielt von der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth am 24.1.1924 die Anweisung, binnen 14 Tagen den Freistaat Bayern zu verlassen. Sein Geschäft müsse durch einen Betriebsleiter weitergeführt werden, den er der Polizei zu nennen habe. Sein Geschäft vor dem Verlassen des Landes abzuwickeln war ihm nicht gestattet. Gelberger, der sich seit über 20 Jahren in Bayern aufhielt, führte in Folge sein Vorstrafenregister an: Im Jahr 1903 sei er als Siebzehnjähriger auf Wanderschaft zweimal wegen Bettelns um Brot jeweils zu wenigen Tagen Haft verurteilt worden. Im Jahr 1912, als er sich als Weinhändler selbstständig machen wollte, sei er in einem Rechtsstreit mit seinem ehemaligen Arbeitgeber, ebenfalls einem Weinhändler, zu einer Geldstrafe von 50,- M verurteilt worden. Trotzig schloss Gelberg: „Hiermit ist mein Sündenregister erschöpft. (...) Die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth glaubt aus dem Umstand, dass ich mir im Jahre 1922 ein Kurz- u. Spielwaren Exportgeschäft eröffnet habe, folgern zu müssen, dass ich hierzu auf nicht ganz einwandfreie Weise ein Vermögen erworben haben müsste.“ Gelberger an Österreichisches Honorarkonsulat am 29.1.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 89.

¹⁸⁶² Vgl. Spindler, Handbuch IV/II, S. 371. Reiner Pommerin erwähnt ferner, dass die meisten der Juden, die schon seit den 1880er Jahren häufiger aus Osteuropa auswanderten, nicht vorhatten, dauerhaft in Deutschland zu bleiben. Zum Großteil befanden sie sich auf der Durchreise zu den bevorzugten Zielen USA, Lateinamerika und Kanada. Vgl. Pommerin, Ausweisung, S. 316.

¹⁸⁶³ Der Kampf gegen den Schleichhandel diente bereits zuvor als gern verwendetes Deckblatt für antisemitische Ziele, so beispielsweise auch 1916 im Arbeiterausschuss Anton Drexels, einer Keimzelle der späteren NSDAP. Vgl. Maser, Frühgeschichte, S. 143.

¹⁸⁶⁴ Die Ausweisung der Ostjuden hatte die „Deutsche Israelitische Zeitung“ sogar begrüßt, die Ausweisung von schon seit Vorkriegszeiten im Lande anwesenden Juden aber kritisiert. Vgl. Deutsche Israelitische Zeitung 19/1923 vom 6.11.1923.

¹⁸⁶⁵ Vgl. Pommerin, Ausweisung, S. 315f.

¹⁸⁶⁶ Knilling an das Reichsinnenministerium am 31.12.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 89.

um eine generelle Ausweisung einer Bevölkerungsgruppe¹⁸⁶⁷ handeln könne. Dennoch lässt auf der anderen Seite die tatsächliche Zahl der Ausweisungen in der Zeit des Generalstaatskommissariats das Vorgehen nicht als seltene Einzelfälle darstellen: Berechnet man die Familien der 57 Fälle anhand der zur Verfügung stehenden Daten hinzu, so ergibt sich eine Zahl von immerhin mindestens 101 ausgewiesenen Personen.¹⁸⁶⁸ Auch Sozialminister Oswald begrüßte noch nach dem Hitlerputsch Kahrs Kurs im Sinne der Wohnungsnot ganz deutlich und unterstützte es, die Wohnungen der ausgewiesenen in diesem Sinne für das Allgemeinwohl zu beschlagnahmen.¹⁸⁶⁹ Dennoch rang sich die Regierung Knilling insgesamt über den Jahreswechsel 1923 auf 1924 zu einer Ablehnung der Kahr'schen Ausweisungspolitik durch. Handelsministerium und Wirtschaftsverbände kritisierten den Vorgang mit Befürchtungen auf negative Konsequenzen für das Ansehen im Ausland und der Schädigung von bestehenden Betrieben.¹⁸⁷⁰ Die Ausweisungspolitik wurde schließlich zurückgefahren, als neben mehreren Protestnoten ausländischer Regierungen¹⁸⁷¹ auch eine klare Verurteilung des Antisemitismus in Bayern durch das katholische Zentralkomitee und Kardinal Faulhaber erging und Kahr somit einen sehr zentralen Machtfaktor in Bayern gegen seine Praxis gerichtet sah.¹⁸⁷² Es gelang also erst mit einiger Verzögerung das Generalstaatskommissariat in seinem Kurs wieder umzulenken, was ein weiterer Beleg für den Machtverlust der Regierung Knilling in der bayerischen Tagespolitik ist.

Sicherlich fanden sich unter den Ausgewiesenen auch Nicht-Juden, jedoch steht es genauso fest, dass Kahr durchaus grundsätzliche Ressentiments gegen gewisse Gruppen aus populistischer Motivation zur Grundlage seiner Politik machte und eben nicht von Einzelfällen ausging. Dies beweist sich auch im Umgang Kahrs mit den Roma und Sinti in Bayern.¹⁸⁷³ Noch am 9.1.1924, also zwei Monate nach dem Putsch, erließ der

¹⁸⁶⁷ Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten in Bayern ca. 45 000 Juden, 24 000 davon in größeren Gemeinden. Insgesamt ging der Anteil der Juden in Bayern schon durch die gesamte Weimarer Zeit und vor der Machtergreifung Hitlers deutlich zurück. Vgl. Ophir, *Gemeinden*, S.13 ff.

¹⁸⁶⁸ Vgl. Lange, *Bayern*, Anhang S. 46 ff.

¹⁸⁶⁹ Vgl. Oswald an Kahr am 24.11.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 89.

¹⁸⁷⁰ Vgl. Meinel an Schweyer am 30.10.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 89.

¹⁸⁷¹ Darunter deutlicher Protest Polens, woher die meisten der Einwohner stammten. Vgl. Pommerin, *Ausweisung*, S. 327.

¹⁸⁷² Vgl. Gordon, *Hitlerputsch*, S. 204. Ferner verurteilte Faulhaber die Anfeindung von Minderheiten sehr deutlich in seiner *Allerseelenpredigt* 1923. Vgl. Pommerin, *Ausweisung*, S. 325.

¹⁸⁷³ Maßnahmen des bayerischen Staates gegen Zigeuner waren keineswegs eine Neuerung, die Kahr eingeführt hätte. Schon seit Beginn seiner Karriere im bayerischen Staatsdienst wurden seitens der Regierung immer wieder staatliche Schikanen gegen die Minderheit unternommen. Um die Jahrhundertwende nahm Bayern gar eine Vorreiterstellung in der Agitation gegen die Zigeuner ein. Vgl. Albrecht, *Zigeuner*, S. 90 ff.. Vgl. ferner Bonillo, *Zigeunerpolitik*, S. 133 ff.

Generalstaatskommissar eine „Anordnung zur Bekämpfung der Zigeuner“¹⁸⁷⁴, die den Angehörigen dieser Volksgruppe mit harten bürokratischen Auflagen, so etwa ständiges Melden bei den Polizeibehörden, Verbot des Rastens in „Horden“, Ausweispflicht für die mitgeführten Tiere, genaue Beschriftung der Wagen und mehr, den Aufenthalt in Bayern zu verbittern suchte. Ebenso ermahnt der Generalstaatskommissar die ihm unterstellten Polizeibehörden zusätzlich zur strikten Umsetzung seiner Anweisungen: „Die allgemeine Unsicherheit auf dem Lande fordert ein entschiedenes polizeiliches Vorgehen gegen die vielen unlauteren Elemente, die sich unter dem fahrenden Volke befinden (...). Dem Zweck entsprechend ist der Vollzug mit Strenge zu handhaben.“¹⁸⁷⁵ Von einer ernsthaften Relevanz oder gar konkreter Notwendigkeit der Kahr'schen Zigeunerpolitik kann allerdings nicht die Rede sein, war die Gruppe der in Bayern umherziehenden Roma und Sinti, ähnlich der Ostjuden, doch sehr gering.¹⁸⁷⁶

Noch schneller als bei der Fremdenpolitik Kahrs, musste Knilling in einem anderen Themenfeld seinen Kontrollverlust erkennen, nämlich dort, wo es um die Anmaßung von Kompetenzen des Reichs durch Kahr¹⁸⁷⁷ ging. Diese Anmaßung war immer auch als eine Anmaßung gegenüber Knilling zu verstehen, schließlich lagen alle Dinge, die das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich betrafen, nach wie vor in der Kompetenz des Ministerpräsidenten und des Gesamtministeriums.¹⁸⁷⁸ Abgesehen davon, dass die Regierung Knilling selbst ja schon durch die dauerhafte Einrichtung des Generalstaatskommissariats die Reichsverfassung gebrochen hatte, stellten sich gleich zu Beginn von Kahrs Wirken Streitigkeiten zwischen der bayerischen und der Reichsebene ein, auf die Knilling und der Ministerrat nun keinen direkten Einfluss mehr hatten. Als in Mitteldeutschland kommunistische Unruhen ausbrachen, wurde ein Goldtransport der Reichsbank, der eigentlich auf dem Weg von Leipzig in die Reichshauptstadt war, aus Sicherheitsgründen über bayerisches Gebiet umgeleitet. Am Bahnhof von Nürnberg ließ Kahr nun zwei Waggons dieses Goldes angeblich ebenfalls aus Sicherheitsgründen beschlagnahmen, worauf der Präsident der Reichsbank den bayerischen Generalstaatskommissar des Raubes bezichtigte. Knilling verurteilte Kahrs Vorgehen

¹⁸⁷⁴ Anordnung zur Bekämpfung der Zigeuner vom 9.1.1923, BayHStA, Generalstaatskommissariat 1.

¹⁸⁷⁵ Rundschreiben Kahrs vom 19.1.1924, BayHStA, Generalstaatskommissariat 1.

¹⁸⁷⁶ Anfang des 20. Jahrhunderts wurden von offizieller Stelle 449 Personen in Bayern als Zigeuner gezählt, weitere 172 wertete man als „nach Zigeunerart Umherziehende“. Vgl. Albrecht, Zigeuner, S. 145.

¹⁸⁷⁷ Gordon geht hier sogar soweit, diese Spannungen als „Kahrs größten Krieg“ zu bezeichnen, ihm also im Alltag Vorrang vor innerbayerischen Fragen zu geben. Vgl. Gordon, Hitler-Putsch, S. 206.

¹⁸⁷⁸ Kahr selbst betonte dies sowohl in seinen Lebenserinnerungen, als auch in seiner Denkschrift über die Aufgaben des Ministerpräsidenten, die er um den Jahreswechsel 1920 auf 1921 verfasst hatte. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1260. Vgl. ferner Kahr an die sämtlichen Staatsministerien am 28.1.1921, BayHStA, ML 3000.

von Anfang an und ließ Kahr über Regierungsrat Sommer drohen, dass die Regierung zurücktrete (nicht aber, dass das Generalstaatskommissariat aufgelöst werde!), wenn das Gold nicht sofort freigegeben werde. Dies war freilich eine wirkungslose Drohung, die von Kahr kaum ernst genommen wurde. Kahr wartete unbeeindruckt von Knilling zunächst auf eine Entschuldigung des Reichsbankpräsidenten, die er am Ende auch tatsächlich erhielt. Erst dann gab er das Gold wieder frei¹⁸⁷⁹ - ein weiteres Beispiel dafür, dass die Regierung Knilling auf Kahrs schnelle Aktionen keinen Einfluss mehr hatte.

Noch weit ernster als die Episode um das Gold der Reichsbank sollte ein Konflikt werden, der als „Lossow-Krise“ bekannt wurde und die eine in Knillings Amtszeit bisher ungesehene Erschütterung des Verhältnisses zum Reich nach sich zog. Sie stand zu 100% gegen die anfängliche Übereinkunft zwischen Knilling und Stresemann, die Dinge zwischen München und Berlin trotz aller verfassungsmäßigen Ungereimtheiten nicht eskalieren zu lassen.¹⁸⁸⁰ Wie erwähnt hatte sich Kahr den Landeskommandanten der bayerischen Reichswehrdivision, Otto von Lossow, in seinen engsten Führungszirkel ins Generalstaatskommissariat geholt. Lossow fühlte sich damit Kahr unterstellt und missachtete so die Tatsache, dass zum einen die Wehrhoheit generell beim Reich lag und zum anderen spätestens durch den Reichsausnahmestand vom 26. September 1923 General Seeckt als Lossows Vorgesetzter zu verstehen war. Immerhin war Reichswehrminister Geßler und damit auch indirekt seinem untergebenen General Hans von Seeckt als Chef des Heeres die vollziehende Macht im Reich übertragen worden. Es sei Lossow, so seine Aussage im Hitlerprozess, dabei sogar klar gewesen, dass er, Lossow, im Sinne des Reichsausnahmestandes und der an das Reichswehrministerium übertragenen, vollziehenden Gewalt eigentlich der Reichskommissar für Bayern gewesen wäre - und somit Kahr laut Reichsverfassung vorgesetzt.¹⁸⁸¹ Dieser „unklare und schwebende Zustand“¹⁸⁸² musste irgendwann fast zwangsläufig zum Streit führen.¹⁸⁸³ Bestenfalls überraschen mochte, wie Schwend bemerkt, dass der Streit mit dem Hans von Seeckt und Otto von Lossow, die sich sogar in persönlicher Freundschaft verbunden waren, nun zwischen zwei im rechten Lager eigentlich sehr angesehenen Generäle, und

¹⁸⁷⁹ Vgl. Sommer, Beiträge, 192f.

¹⁸⁸⁰ Vgl. Wright, Stresemann, S. 244.

¹⁸⁸¹ Vgl. Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 733.

¹⁸⁸² Meier-Welcker, Seeckt, S. 377.

¹⁸⁸³ Diese Einsicht vertritt auch Kahr selbst in seinen Erinnerungen. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1260.

nicht zwischen den parlamentarischen Regierungen in München und Berlin entbrannte.¹⁸⁸⁴

Am 27. September 1923, also nur einen Tag nach Errichtung des Generalstaatskommissariats, erfolgte über Seeckt erstmals der Befehl aus Berlin, den Völkischen Beobachter zu verbieten. Notfalls sei sogar Waffengewalt zu diesem Zweck einzusetzen. Der Anlass waren, wie nicht anders zu erwarten, verfassungsfeindliche und hetzerische Artikel des Blattes.¹⁸⁸⁵ Dieser Befehl ging im Sinne des Reichsausnahmestandes an den Landeskommandanten der Reichswehr in Bayern, also Lossow, der dem Reich als sein ausführendes Organ im Freistaat gelten musste. Lossow aber empfing von Kahr eine andere Order und gehorchte am Ende nicht dem Reich, sondern dem Generalstaatskommissar.¹⁸⁸⁶ Der General, der schon seit seinem Amtsantritt als Landeskommandant von Kompetenzgerangel zwischen Bayern und Reich begleitet wurde,¹⁸⁸⁷ befand sich zwar im Zwiespalt, entschied sich aber am Ende für Kahr. Er begründete dies später so: Er habe de facto keine Möglichkeit gesehen, nachdem der populäre Kahr als Generalstaatskommissar bekannt gemacht wurde, sich nur Stunden später als relativ unbekannter General und noch dazu auf Weisung aus Berlin über Kahr zu stellen. Er fügte sich damit aus seiner Sicht in erster Linie den faktischen Gegebenheiten in Bayern und meldete nach Berlin, dass der Befehl unausführbar sei.¹⁸⁸⁸

Kahr wiederum sah sich – die verfassungsmäßige Kompetenz des Reichs konsequent ignorierend – als eine Art mindestens gleichberechtigter Partner zu den Befehlen aus Berlin und dementsprechend völlig im Recht, auch wenn er Lossows persönliche Situation bedauerte.¹⁸⁸⁹ In seinen Erinnerungen betont er, dass er „wegen eines unverschämten Artikels über meine angeblichen Beziehungen zu Frankreich und Pläne, demnächst ‘die Monarchie auszurufen‘“ ja selbst den Völkischen Beobachter am 29. September 1923 zwar nicht verboten, aber verwahrt habe. Angeblich erst am 30.

¹⁸⁸⁴ Vgl. Schwend, Bayern, S. 222. Vgl. ferner Hofmann, Hitlerputsch, S. 123.

¹⁸⁸⁵ Vgl. Schwend, Bayern, S. 223.

¹⁸⁸⁶ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 207. Seeckt selbst hatte im März 1923 eine Unterredung mit Hitler, bei der sich beide nicht einig wurden. Der Völkische Beobachter hatte Seeckt selbst am 27. September 1923 eines „jüdisch-freimaurerischen Anhangs“ bezichtigt. Vgl. Stahl, Seeckt, S. 92.

¹⁸⁸⁷ Die Thematik rund um den Posten des bayerischen Landeskommandanten - und welchen Einfluss die bayerische Regierung auf ihn haben sollte - war als heikel bekannt. Bereits bei der Übernahme der siebten, sogenannten „bayerischen“ Reichswehrdivision durch Lossow, der zu Beginn des Jahres 1923 auf den nach Kassel versetzten General Möhl folgte, geriet Ministerpräsident Knilling mit der Reichsregierung aneinander. Er hatte dabei nichts gegen die Personalie einzuwenden, sondern bezeichnete es als „ungesetzlich“, dass die Reichsregierung diesen einfach ernannt habe, ohne vorher mit der bayerischen Regierung in Fühlung zu treten und diese um Vorschläge zu bitten. Vgl. Ministerratssitzung vom 23.12.1922, BayHStA, MA 99518.

¹⁸⁸⁸ Vgl. Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 733.

¹⁸⁸⁹ „Auf diesem Posten musste er fallen, so oder so.“ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1261.

September habe er persönlich von der Anordnung aus Berlin erfahren, jedoch bereits seine eigene Verwarnung in Gang gesetzt. Wäre der Auftrag aus Berlin 24 Stunden eher zu ihm vorgedrungen, hätte er sich angesichts dieses zusätzlichen Arguments dem Verbot „angeschlossen, schon um dem General v. Lossow keine neuen Unannehmlichkeit gegenüber dem Reichswehrminister zu bereiten.“¹⁸⁹⁰ Erst drei Tage später verbot der Generalstaatskommissar den Völkischen Beobachter aus anderem Anlass. Da Kahr damit also nicht gegen das Verbot an sich, sondern eher gegen die Anordnung aus Berlin zu opponieren schien, mag einige Wahrheit in der Beobachtung des Ministerialbeamten Karl Sommer zu jenen Tagen stecken: „Der tiefere, innere Grund für diese Ablehnung war weniger eine sachliche Meinungsverschiedenheit in der Beurteilung des Artikels, als die nur aus der Stiernackigkeit des Herrn von Kahr verständliche Absicht, es der Reichsregierung einmal zu zeigen, wer Herr im Hause sei.“¹⁸⁹¹

Die Folgerung des Reichs aus dieser Situation war nur konsequent: Lossow wurde wegen seines Ungehorsams des Amtes enthoben. Kahr jedoch ignorierte auch dies, hielt an Lossow fest und gab polternde Presseerklärungen ab. Völlig offen erläuterte er seine dem Geist der Ordnungszelle entsprechenden Anschauungen und prophezeite Bayern die führende Rolle bei der Umgestaltung der deutschen Verhältnisse.¹⁸⁹² Der Streit dauerte an und gipfelte schließlich darin, dass am 22. Oktober 1922 an sämtlichen bayerischen Reichswehrstandorten die Truppen auf den Staat Bayern verpflichtet wurden. Die Formel, die die Soldaten zu sprechen hatten, lautete: „Auf Grund des mir soeben vorgelesenen Aufrufes bekenne ich, dass ich von der bayerischen Staatsregierung als Treuhänder des deutschen Volkes bis zur Wiederherstellung des Einverständnisses zwischen Bayern und Reich in Pflicht genommen bin und erneuere meine Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber meinen militärischen Vorgesetzten.“¹⁸⁹³ Dies bedeutete nichts anderes, als dass Bayern die Wehrhoheit, die dem Reich in der Verfassung von Weimar zugesprochen wurde, fortan nicht mehr anerkannte.

Nun war es zu diesem Zeitpunkt der Eskalation nicht mehr Kahr, der verantwortlich zeichnete. Schon den gesamten Konflikt lang lehnte er es ab, persönlich mit der Berliner Seite zu verhandeln. Dies sei nicht seine Kompetenz, sondern die des Ministerrats und vor allem des Ministerpräsidenten Knilling. Der Ministerrat stellte sich in der Tat ohne große Gegenwehr und auch aus eigener Überzeugung auf den Standpunkt des

¹⁸⁹⁰ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1273.

¹⁸⁹¹ Sommer, Beiträge, S. 191.

¹⁸⁹² Vgl. Schwend, Bayern, S. 226.

¹⁸⁹³ Zit. bei Schwend, Bayern, S. 227.

Generalstaatskommissariats, wobei er auch kaum eine andere Wahl gehabt hätte. Die Regierung bekannte sich zu einem unbedingten Festhalten an der Person Lossows. Auch der Ministerrat griff zu deutlichen Maßnahmen, indem er den Kontakt zum Inhaber der vollziehenden Gewalt im Reich Geßler abbrach und von der Reichsregierung dessen Rücktritt forderte.¹⁸⁹⁴ Knilling stellte am 19. Oktober 1923 fest, Lossow wäre jederzeit loyal und bereit, seinen Dienst zu quittieren, wenn man ihn bitte. Nur dürfe Bayern ihn keinesfalls fallen lassen. „Abgesehen davon, dass dies geradezu Treubruch wäre, würde sich die bayerische Regierung dadurch auch die Reichswehr für alle Zeiten verscherzen, was auch auf die Landespolizei zurückwirken würde. Wenn die Regierung Lossow halte, so werde sie die Stimmung des größten Teiles der bayerischen Bevölkerung hinter sich haben.“¹⁸⁹⁵ Knillings Regierung fügte sich hier größtenteils den Tatsachen, die Kahr geschaffen hatte. Der Aufruf vom 21. Oktober 1923, also vom Tag vor der Verpflichtung der bayerischen Reichswehrdivision auf Bayern, wurde von der Regierung gleichzeitig mit dem Generalstaatskommissariat erlassen.¹⁸⁹⁶

Allerdings machte der Ministerpräsident sich sein Handeln nicht so leicht, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Am 20. Oktober bot er im Ministerrat sogar seinen Rücktritt an, dem laut ihm auch der Rücktritt des gesamten Ministerrats folgen müsse. Bei den kommenden Aufgaben handle es sich schließlich nicht mehr um den freien Willen der Regierung, sie seien ihr „durch die Wucht der Tatsachen aufgedrängt“¹⁸⁹⁷, so begründete Knilling sein Angebot. Die Minister sprachen sich dagegen aus, da Bayern sonst endgültig den radikalsten Kräften ausgeliefert würde. Sie trafen diese Aussage in Anwesenheit von Kahr und Lossow, die der Ministerratssitzung diesmal beiwohnten. Später vertraute Knilling dem württembergischen Gesandten Moser von Filseck seine Beweggründe an, warum er einerseits doch im Amt blieb, andererseits aber den Kurs Kahrs mitging. Knilling war demnach der Überzeugung, dass er, nachdem er gegen seinen Willen die Macht an Kahr abgetreten hatte, nun den Rest seiner Befugnisse nutzen müsse, um die Lage gegenüber der Reichsregierung nicht noch schwieriger zu machen. Deshalb dürfe er seinen Posten nicht verlassen. Andernfalls, so Knilling, hätte Kahr die alleinige Regierung übernommen und das wäre doch nur mehr „ein Durchgangsstadium zur Herrschaft Hitlers“ gewesen. Zur Entscheidung für Lossow hätten angesichts der Stimmung in Bayern keine Alternativen mehr bestanden. „Es sei ein niederdrückendes

¹⁸⁹⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 19.10.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁸⁹⁵ Ministerratssitzung vom 19.10.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁸⁹⁶ Vgl. Schwend, Bayern, S. 226.

¹⁸⁹⁷ Ministerratssitzung vom 20.10.1923, BayHStA, MA 99518.

Gefühl, die Verantwortung tragen zu müssen, ohne die nötige Macht zu haben, während die, welche die Macht hätten, ohne jede Verantwortung handelten“¹⁸⁹⁸, so Knilling gegenüber dem Gesandten. So kann man Knilling, der auch nach einer mehr oder minder unmissverständlichen Aufforderung des Reichs vom 27. Oktober¹⁸⁹⁹, dass dieser Zustand sofort zu beenden sei, am eingeschlagenen Kurs festhielt¹⁹⁰⁰, ein Kalkül zusprechen: Dass die Reichsregierung diese Verweigerung aus seinem Munde mit etwas mehr Milde entgegennehmen würde als aus dem Munde Kahrs - oder gar Hitlers. Dennoch hatte er sich eine schwere Bürde aufgelastet. Es sollte bis Februar 1924¹⁹⁰¹ dauern, bis das Reich und Bayern sich hier wieder einigten.

Für Knilling konnte all dies nur ein Ärgernis sein. So sehr Kahr teils abenteuerliche Aktionen auf den Weg zu bringen wusste, so sehr wusste er auch die entsprechenden Konsequenzen, insofern sie ihm ungelegen kamen, von sich zu weisen. In seinen Erinnerungen bemerkte er in diesem Sinne zum Konflikt zwischen Bayern und Reich um Lossow fast schon ironisch: „Diesen hatte Knilling auszutragen, weil der Verkehr mit der Reichsregierung außerhalb meiner Kompetenz lag. Ich hatte allerdings meine Zweifel, ob Knilling diesen Kampf auf Dauer mit dem Nachdruck und der Zähigkeit durchführen werde, die allein Erfolg versprechen konnten.“¹⁹⁰²

Nun war die die Verpflichtung der Reichswehr auf Bayern gerade angesichts der Stimmung im Herbst 1923 alles andere als eine bloße Form- oder Prestigefrage. Es ging hier, auch wenn Lossow das im Hitlerprozess von sich wies¹⁹⁰³, um die tatsächliche Gefahr einer militärischen Eskalation, um den sogenannten „Marsch auf Berlin“¹⁹⁰⁴ – ein

¹⁸⁹⁸ Der Gesandte schloss seinen Bericht, den er am 30. Oktober 1923 nach Stuttgart schickte, mit der Beobachtung: „Als ich den Ministerpräsidenten verließ, konnte ich mich des bedrückenden Eindrucks nicht erwehren, dass ich ihn, wenn nicht ein Wunder geschieht, nicht mehr lange an dieser Stelle werde sehen können, sondern dass die Ereignisse weiterschreiten und immer mehr dem Ausbruch zutreiben, den hintanzuhalten die Bayerische Regierung bisher bemüht war, den aber Hitler und Genossen nicht allein, sondern viele andere Leute, denen man mehr Urteil zutrauen sollte, herbeisehnen und der für Bayern wie für das Reich verhängnisvoll sein wird.“ Zit. bei Benz, Politik, S. 138f.

¹⁸⁹⁹ Das Schreiben ist abgedruckt bei Deuerlein, Hitlerputsch, S. 282f.

¹⁹⁰⁰ Knilling schwor in einem Rundschreiben am 31.10.1923 sämtliche Ministerien auf die offizielle Linie ein, dass es sich, anders als die Anschuldigungen der Reichsbehörden lauteten, um keinen Verfassungsbruch durch Bayern handle. „Diese Maßnahme sei aufgrund des Art. 48. Der R.V. erfolgt. Der dadurch geschaffene Rechtszustand sei daher verfassungsmäßig.“ Zit. bei Deuerlein, Hitlerputsch, S. 282f.

¹⁹⁰¹ Auf die „Homburger Vereinbarung“ vom 14.2.1924 wird im entsprechenden Kapitel noch eingegangen werden.

¹⁹⁰² Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1260.

¹⁹⁰³ Vgl. Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 745.

¹⁹⁰⁴ Diese militärischen Planungen des Generalstaatskommissariats können grundsätzlich als gesicherte Tatsache gelten. Vgl. beispielsweise: Wiesemann, Vorgeschichte, S. 74. Minimalkonsens ist dabei, dass Kahr sich für wie auch immer aussehende revolutionäre Ereignisse im Reich vorbereitete, die ein Ausrücken bayerischer Truppen notwendig machen würden, ohne dass Kahr diese Ereignisse selbst provozieren würde. Vgl. Schwend, Bayern, S. 233.

Schlagwort, das in Mussolinis nicht allzu weit zurückliegenden Marsch auf Rom sein Vorbild hatte.¹⁹⁰⁵ Obwohl Kahr von Knilling keinesfalls dafür bestellt wurde und das Amt des Generalstaatskommissars selbst in der bayerischen Auffassung - von seiner Vereinbarkeit mit der Reichsverfassung noch abgesehen - dafür ganz sicher kein Mandat beinhaltete, befasste sich Kahr also mit einem gewaltsamen¹⁹⁰⁶ Eingreifen auf Reichsebene. Knilling selbst spielte in diesen Dingen keine erkennbare Rolle mehr. Wie ein solches Eingreifen der bewaffneten Kräfte Bayerns konkret hätte aussehen können, das erläuterte Kahr schon in dem bereits erwähnten Pressegespräch am 1. Oktober. Hier äußerte er sich gegenüber den anwesenden Journalisten mit dem Hinweis, dass diese Aussage nicht zur Veröffentlichung geeignet sei. Das Erstarren Bayerns müsse am Ende auch dem größeren Vaterland dienen und der Fall könne eintreten, dass bayerische Verbände die 1919 zur Rätezeit erhaltene Hilfe nun in anderen Ländern des Reichs erwidern könnten.¹⁹⁰⁷ Kahr verfolgte aus diesem Grund in der Folge mit großer Aufmerksamkeit die Lage in Norddeutschland. Er stand im Austausch mit dem Chef des Alldeutschen Verbandes Heinrich Claß¹⁹⁰⁸ und mit Vertretern der rheinischen Industrie wie Hugo Stinnes, der zeitgleich im Norden Gespräche über die Aushebelung des Parlamentarismus und eine kommende Regierung der „starken Männer“¹⁹⁰⁹ führte. Ebenso erfreute sich das Generalstaatskommissariat der politischen Unterstützung Alfred Hugenburgs in Berlin.¹⁹¹⁰ Mit dem Industriellen Minoux, der noch am 25. Oktober zu Gesprächen betreffs eines Berliner Triumvirats aus ihm, Seeckt und einem Vertreter des Pommerschen Landbundes¹⁹¹¹ nach München reiste und sich dort mit Seißer, Lossow und auch Ludendorff traf,¹⁹¹² war Kahr ebenfalls in Kontakt.¹⁹¹³ Ferner bestand ein Austausch mit General Seeckt, der selbst die Macht im Reich anstrebte¹⁹¹⁴ und den Seißer

¹⁹⁰⁵ Vgl. Kraus, Geschichte, S. 688.

¹⁹⁰⁶ Dass Kahr ganz grundsätzlich dem Einsatz militärischer Kräfte ohne Berührungsängste gegenüberstand, hatten bereits seine militärischen Gedankenspiele bewiesen, die er Anfang des Jahres angesichts des Ruhrkampfes mit Lossow in seinen Diensträumen durchspielen ließ. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1131f. Kahr gab an, dass man im Herbst 1923 auf eben diese Vorbereitungen zurückgegriffen habe. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1284.

¹⁹⁰⁷ Vgl. BayHStA, Generalstaatskommissariat, 2.

¹⁹⁰⁸ Den er in seinen Erinnerungen als seinen „Wettersvogel“ bezeichnete. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1234.

¹⁹⁰⁹ Stinnes führte dazu Gespräche mit Seeckt, der DNVP und Teilen der DVP. Vgl. Blaich, Staatsverständnis, S. 166.

¹⁹¹⁰ Vgl. Holzbach, Hugenberg, S. 153.

¹⁹¹¹ Die Landbundorganisationen in Preußen waren schon ab 1919 wesentlich am dortigen Einwohnerwehrwesen beteiligt. Sie bemühten sich, ganz ähnlich wie Kahr, um den Erhalt paramilitärischer Kräfte im Sinne des nationalen Lagers und standen ihm somit schon weit vor dem Generalstaatskommissariat nah. Vgl. Pomp, Bauern, S. 72ff. Vgl. ferner Schumann, Gewalt, S. 70.

¹⁹¹² Vgl. Hoegner, Hitler, S. 42f.

¹⁹¹³ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1293. Vgl. Hoegner, Hitler, S. 42f.

¹⁹¹⁴ Vgl. Hürten, Krisenjahr, S. XIIIff.

noch Anfang November in Berlin zu ausführlichen Besprechungen aufsuchte.¹⁹¹⁵ Und nicht zuletzt sprach Kahr mit einem Norddeutschen in München, der schon klar auf Hitlers Seite stand, aber eben durchaus seine Wirkung im Norden haben könnte: Ludendorff. Noch zwei Tage vor dem Putsch erläuterte das Triumvirat dem General bei einem persönlichen Treffen, was es für den Abend im Bürgerbräu vorgesehen hatte¹⁹¹⁶ - offenbar nichts ahnend, dass Ludendorff mit Hitler dort gegen es zu putschen plante. In diesem umfangreichen Blick nach Norden tritt die Tatsache unmissverständlich zu Tage, dass Kahr eine Veränderung der dortigen politischen Verhältnisse erwartete. Zum anderen zeigt sich aber auch der grundsätzliche Unterschied zum revolutionären Aktionismus Hitlers: Kahr gedachte, obwohl er zum Einsatz von Gewalt bereit war, nicht von sich aus revolutionär zu agieren. Er gedachte auf kommende Umstände zu reagieren oder auf Bitten hin einzugreifen. So würde er nicht die Verantwortung des ersten Schrittes zu übernehmen haben. Er war nicht bereit, von sich aus auf volles Risiko, auf „Alles oder Nichts“¹⁹¹⁷ zu setzen. Dass Hitler im Gegensatz zu Kahr zu diesem ersten Schritt bereit war, das stellte er durch den tatsächlichen Verlauf seines Putsches am 8. November 1923 eindeutig unter Beweis. Dass aber alleine Kahrs Vorgehen und Überlegungen sicher nicht dem Auftrag entsprachen, den die Regierung Knilling Kahr erteilt hatte, muss nicht näher erläutert werden.

Das Generalstaatskommissariat plante - gerade weil es am „Tag X“ bereit sein musste. So mag es auch nicht verwundern, dass sich mit einiger Leichtigkeit Anzeichen finden, die auf eine Politik des Generalstaatskommissariats im Sinne einer Mobilmachung aller in Bayern verfügbaren Kräfte hinweisen – auch über Reichswehr und Landespolizei hinaus. Die Rückholung des Kapitän Ehrhardt,¹⁹¹⁸ des Kapp-Putschisten von 1920, nach Bayern in den Umkreis Kahrs ist eines der deutlichsten. Immerhin konnte er sich frei in

¹⁹¹⁵ Seeckt erklärte Seißer damals, dass er die Lossow-Krise nicht sonderlich ernst nehme, weil es doch höhere gemeinsame Ziele gäbe. Ferner sei er zu keinem zweiten „Krieg 66“ bereit und werde daher, anders als von Teilen der Linken gefordert, nie eine Reichsexekution gegen Bayern durchführen. Seeckt entließ Seißer nach diesen äußerst weitreichenden Zusicherungen mit „besten Empfehlungen an Seine Exzellenz von Kahr.“ Zit. bei Meier-Welcke, Seeckt, S. 398.

¹⁹¹⁶ Vgl. Schwend, Bayern, S. 242.

¹⁹¹⁷ Für Hans Mommsen ist dieses „Alles oder Nichts“ ein wesentlicher Charakterzug Hitlers, den er auch auf dem Weg zur Machtergreifung 1933 so bebehält, wenn er auch auf den revolutionären Gewaltakt verzichtet haben mochte. Vgl. Mommsen, Hitler, S. 48.

¹⁹¹⁸ Kahr bestreitet in seinen Lebenserinnerungen, hier eine persönliche Rolle gespielt zu haben. Ebenso bestreitet er den Umstand, dass Ehrhardt als Spendensammler für das Generalstaatskommissariat aktiv gewesen sein soll. „Bei dem großen Ansehen, das ich im Lande hatte, bedurfte ich einer solchen Befürwortung wahrlich nicht.“ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1268. Demgegenüber gab Seißer im Landtagsuntersuchungsausschuss eine Kooperation zu. Man habe Ehrhardt und seine Männer als militärische Kraft an der Genze zu Thüringen verstanden, sie als Hilfspolizei geführt und die Mitglieder bei Bedarf sogar mit diversen Passierscheinen und Sonderausweisen ausgestattet. Vgl. Hoegner, Hitler 2, S. 22ff.

Bayern aufhalten, obwohl er im Reich per Haftbefehl gesucht wurde. Der österreichische Gesandte Günther, welcher dem Generalstaatskommissariat zunächst durchaus positiv zugeneigt war, nahm dies schon zeitgenössisch als Indiz dafür, „dass sich Dinge vorbereiten, die über das bayerische Staatsgebiet hinausreichen, und dass von Kahr solchen Vorbereitungen nicht mehr ganz fremd gegenübersteht.“¹⁹¹⁹ Ähnliche Schlüsse lassen Kahrs wie zu erwarten enge Kooperation mit Pittingers Bund Bayern und Reich¹⁹²⁰ und mit dem „Reichsflagge“ genannten Verband des Hauptmann Adolf Heiß, der von Hitler zu Kahr übergelaufen war,¹⁹²¹ zu. Auch ihn hätte Kahr, wäre er dem Reichsrecht gefolgt, eigentlich nicht integrieren, sondern verhaften müssen.¹⁹²² Kahr ging offensichtlich davon aus, dass kommende Umstände Heiß und andere fragwürdige Kräfte so wertvoll machen würden, dass dieser offensichtliche Bruch des Reichsrechts nachträglich legitimiert werden würde. Dementsprechend wurden im September 1923 auch im Nachbarland Thüringen Schätzungen angestellt, wie das Kräfteverhältnis im Falle einer bewaffneten Konfrontation mit Bayern aussehen könnte.¹⁹²³

In diesem Sinne der Sammlung aller eventuell wertvollen Kräfte war die gesamte Verbändelandschaft einbezogen in eine Operation namens „Herbstübung“¹⁹²⁴ oder auch „Herbstausbildung.“¹⁹²⁵ Damit war, wie Hoegners Bericht aus dem Landtagsuntersuchungsausschuss darlegt, vereinfacht gesagt die Verstärkung der bayerischen Reichswehr um zwei Divisionen gemeint. Dies hätte wohl einer Anzahl von deutlich über 20 000 Mann unter Waffen entsprochen. Binnen dreier Tage sollte dieses

¹⁹¹⁹ Zit. bei Weigl, Bayernbild, S. 299.

¹⁹²⁰ In den Reihen des Kampfbundes wurde das Generalstaatskommissariat durch Scheubner-Richter intern gar als „Firma Kahr-Pittinger“ betitelt. Zit. bei Hoegner, Hitler 2, S. 14.

¹⁹²¹ Kahr gab an, dass der Führer der Reichsflagge, Hauptmann Heiß, ihn am 9. und 13.10.1923 aufsuchte, ihm von einem heftigen Streit mit Hitler und dem Austritt aus dem Kampfbund berichtete und anschließend auch im Namen seiner Organisation die volle Loyalität zum Generalstaatskommissar erklärte. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1285f. Noch am 14.9.1923 hatte Heiß zusammen mit Hitler und Weber einen Aufruf zur Gründung des Kampfbundes herausgegeben, der klar gegen die Weimarer Republik gerichtete Aussagen enthielt. Er forderte unter anderem auf zur „nationalen Selbsthilfe des Volkes.“ Zit. bei Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 72.

¹⁹²² Gegen Heiß bestand auf Grund von Verstößen gegen das Republikenschutzgesetz ein Haftbefehl des Staatsgerichtshofs in Leipzig. Kahr begründete den Umstand, dass dieser nicht vollzogen wurde, in seinen Erinnerungen wie folgt: "Die Verhaftung eines nationalen, angesehenen bayerischen Führers, während gleichzeitig den kommunistischen Vorgängen in Sachsen und Thüringen mit größter Nachsicht von Reichswegen begegnet wurde, hätte in Bayern einen Sturm der Entrüstung entfacht und bei einer Explosion dem revoltierenden Unternehmen weite Sympathien und Unterstützung zugeführt. (...) Nach vorherigem Benehmen und im Einverständnis mit dem Justizministerium erließ ich daher an die Staatsanwälte und Polizeibehörden Bayerns die Weisung, von solchen rein politischen Verhaftungen bis auf weiteres abzusehen." Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1266.

¹⁹²³ Man ging dort von 110 000 Mann bestehend aus Verbänden, zu Kahr überlaufender Reichswehr und bayerischer Landespolizei aus, denen bestenfalls 45 000 Mann aus linken Verbänden und örtlicher Schutzpolizei gegenüberstehen würden. Vgl. Nagel, Fememorde, S. 41.

¹⁹²⁴ Hoegner, Hitler 2, S. 56.

¹⁹²⁵ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1283.

Ziel erreicht werden, indem die vaterländischen Verbände sich in die Strukturen der Reichswehr eingliederten. In der Hauptsache sollten gemischte Formationen aus Reichswehr und Freiwilligen entstehen. Laut einem von Lossow gezeichneten Papier¹⁹²⁶, sollte dadurch unterbunden werden, dass einzelne Verbände als „Freikorps“ außerhalb seiner Kontrolle agieren. Die konkreten Planungen waren im Stillen zu halten, die Aktivierung sollte auf Lossows Befehl von Mund zu Mund erfolgen. Selbst um Details hatte sich Kahrs Militärführer schon gesorgt: Studenten sollte die Zeit auf ihr Studium angerechnet werden, für Arbeitnehmer war eine Stellengarantie vorgesehen, Sold und Verpflegung der Verbändemitglieder sollte gleich wie für Reichswehrangehörige gestellt werden. Auch Pferde, KfZs und Fahrräder wurden bereits eingeplant. Man ging bei dem Transport davon aus, dass alles in den Dienst eines Vormarsches gestellt werden müsste und kaum etwas in Bayern zurückbleiben könnte. Spätestens ab 24. Oktober waren die wesentlichen Verbände in diesen Plan eingeweiht. Das Heikle daran: Eben nicht nur Bund Bayern und Reich, Reichsflagge oder Ehrhardt, sondern auch Hitlers Kampfbundleitung war mit einbezogen und informiert. Das war im Sinne des geltenden integrativen Ansatzes nur konsequent, immerhin wurde zum Beispiel auch Bund Oberland nach wie vor als offizielle Hilfspolizei geführt.¹⁹²⁷ In den bayerischen Kasernen waren schon vor dem Herbst 1923 unter Knillings Verantwortung Waffen für die Oberländer bereitgehalten.¹⁹²⁸ Angesichts der Unsicherheiten und Probleme zwischen Kahr und Hitler war ein solches Vorgehen freilich höchst fahrlässig. So war es offen, inwiefern die Kampfbundgruppierungen in der Praxis überhaupt bereit wären, sich auf die Strukturen der Reichswehr zu verteilen und nicht gegen den Willen des Triumvirats als geschlossene Einheiten bestehen zu bleiben. Solche Bedenken steckte das Generalstaatskommissariat jedoch offensichtlich zurück. Auch der Kampfbund war daher mit der Bedeutung des codierten Befehls „Die Herbstübung beginnt am ...“¹⁹²⁹ bestens vertraut.

All das wusste Kahr¹⁹³⁰, wodurch der Vorwurf bekräftigt werden muss, dass er zu einer klaren Abgrenzung der Gruppen zwischen gemäßigten und radikalen Verbänden in

¹⁹²⁶ Vgl. Hoegner, Hitler 2, S. 56ff.

¹⁹²⁷ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1286. Nach Aussage des Oberland-Chefs Weber habe Seißer im Gespräch mit ihm sogar ausdrücklich akzeptiert, dass Oberland in dieser Funktion nicht gegen Hitler eingesetzt werden könne. Vgl. Hoegner, Hitler 2, S. 118.

¹⁹²⁸ Der Chef des Bund Oberland, Weber, gab an, dass Knilling im persönlichen Gespräch sich sogar dafür verbürgt hätte, dass diese Waffen auch mit Staatsmitteln durch die Reichswehr gewartet, gepflegt und in gutem Zustand gehalten werden müssten. Vgl. Hoegner, Hitler 2, S. 70.

¹⁹²⁹ Zit. bei Hoegner, Hitler, S. 56ff.

¹⁹³⁰ „Die Angeklagten im Hitlerprozeß 1924 waren ebenso wie alle Führer der vaterländischen Verbände genau über Zweck und Inhalt der unter dem Decknamen ‘Frühjahrsausbildung 1923 (...) und Herbstausbildung 1923’ getroffenen Maßnahmen unterrichtet.“ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1285.

Bayern nicht im Stande war oder diese nicht wollte. Am wesentlichsten aber erscheint, dass Kahr mit solchen Planungen keineswegs in dem Rahmen blieb, für den ihn die Regierung berufen hatte,¹⁹³¹ geschweige denn der Regierung Knilling in diesen Fragen eine ernsthafte Rolle hatte zukommen lassen. Seine Maßnahmen waren keineswegs geeignet, einen rechten Putsch zu verhindern. Im Gegenteil versetzen sie Hitler in den nachvollziehbaren Glauben, dass gewaltsames Handeln gegen Berlin nicht nur legitim, sondern auch das schlussendliche Ziel bayerischer Politik sei. Er musste förmlich denken, dass der Marsch auf Berlin eine naheliegende Option sei und wollte am Ende in der Nacht des Putsches auf seine impulsive und ungeduldige Weise nur den Startschuss dazu geben. Ob Kahr nun, wäre der Hitlerputsch in dieser Form nicht gekommen, selbst marschiert wäre, kann nur Spekulation bleiben. Doch der propaganda-erfahrene Kahr folgte damit, wie er selber später einräumte,¹⁹³² einer verhängnisvollen Stimmung, ohne damit eine Aussicht auf eine Beruhigung der Lage zu bieten. Im Gegenteil heizte das Generalstaatskommissariat diese immer mehr zur Eskalation treibende Lage auch öffentlich noch intensiv an. Beispielsweise wenn Kahrs enger Mitarbeiter von Aufseß am 20. Oktober 1923 vor Studenten erklärte: „Meine Damen und Herren! Halten sie sich bereit, wenn in den nächsten Tagen der Aufruf zu den Waffen an alle die ergeht, die schon mit Gewehr und Säbel umgegangen sind. Meine Damen, lassen Sie ihre Angehörigen, ihre Brüder ziehen zum großen Befreiungskampf, es wird nur kurze Zeit andauern!“¹⁹³³ Hoegner hielt im Rückblick fest: „Augenscheinlich konnte sich Kahr bis 9. November nur deshalb in der Volksgunst erhalten, weil die bayerischen Rechtskreise in ihm den Mann sahen, der bereit sei, den Marsch nach Berlin zu unternehmen. Denn dieser Marsch war in den Köpfen eine fixe Idee geworden.“¹⁹³⁴ Doch selbst wenn es Kahr und dem

¹⁹³¹ Auch Kahrs später in den Erinnerungen getroffene Behauptung, er habe all seine militärischen Vorbereitungen nur auf Bitten aus Berlin getroffen, kann so nicht gelten. Zwar hatte die Reichsregierung tatsächlich zum Zwecke ihrer Exekutionen gegen die Kommunisten in Thüringen und Sachsen Bayerische Kräfte angefordert, sich aber am 16. Oktober, also fast einen Monat vor dem Putsch, wieder darauf besonnen, auf diese Kräfte zu verzichten. Das Reich bevorzugte es, angesichts der Lage in Bayern auf Einheiten aus Baden und Württemberg zurückzugreifen, währenddessen die Planungen in Bayern aber unbeirrt weitergingen. Auch die Errichtung eines eigenen Geheimdienstes beim Generalstaatskommissariat, der sich mit der Lage in Thüringen und Sachsen befasste, spricht nicht dafür, dass man nur auf Befehle aus Berlin zu warten gedachte. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1284. Vgl. Schwend, Bayern, S. 233. Vgl. Hoegner, Hitler 2, S. 84f. Laut Knillings Aussage im Ministerrat hatte Bayern das Reich auch wissen lassen, dass es an einer Teilnahme nicht interessiert sei. Im selben Atemzug gab Knilling allerdings nur wenige Tage vor der Verpflichtung der bayerischen Truppenteile auf Bayern noch zu, dass dies allerdings nicht in Bayerns Entscheidungshoheit läge. Vgl. Ministerratssitzung vom 17.10.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁹³² „Freilich dieser Wahn ‘auf nach Berlin’, wo der Sitz allen Übels gesucht wurde, des Übels, das man nur mit dem Fuße austreten müsse um der Not ein Ende zu machen, begeisterte die Massen und steckte geradezu an. (...) In diesen Tagen war es, wie wenn die ganze waffenfähige Jugend in erwartender und wachsender Aufregung stünde.“ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1333.

¹⁹³³ Zit. bei Hoegner, Hitler, S. 36f.

¹⁹³⁴ Hoegner, Kahr II, S. 53.

Generalstaatskommissariat nur darum gegangen wäre, dass er mittels solcher Propaganda die Gunst der radikalen Kreise erwerbe und sich als im Vergleich zu Hitler noch gemäßigtere Kraft halten konnte, so gab es in Kahrs Tun kaum eine Exit-Strategie. Indem man den Marsch für jedermann sichtbar als Option behandelte, konnte die Erwartungshaltung nur steigen – mit dem bekannten Ausgang am 8. November 1923.

Knilling hatte an diesen Dingen keine erkennbare Beteiligung gehabt, geschweige denn noch eine Rolle im Kreis der bewaffneten Verbände gespielt. Das zeigte sich an seiner konkreten Situation, in die er im Augenblick des Putsches geriet. Kahr hielt im voll besetzten Bürgerbräukeller seine bereits erwähnte Propagandarede. Auch Knilling und andere Mitglieder der Regierung, die Kahr zu ihrem Schutz bestellt hatten, waren an jenem Abend zugegen. Doch während Hitler sich am Ende mit Kahr auf der Bühne zeigte, war Knilling völlig uninteressant für Hitler geworden und wurde verhaftet. Vereinfacht lautete die Frage: „Wer braucht wen?“ Der Umstand, dass Kahr anfangs um die Gefolgschaft Hitlers buhlte, Hitler aber an einer organisatorischen Verbindung kein Interesse hatte, wurde bereits erläutert. Dieser Umstand ist allerdings auf die Zeit vor einem Marsch nach Berlin begrenzt. In dem Moment, in dem ein solcher Marsch tatsächlich losbrechen sollte, hätten sich die Abhängigkeiten völlig umgekehrt. Hinter Kahr standen Reichswehr, Landespolizei und ein gewichtiger Teil der Verbände. Ob man nun Hitlers Kräfte hinzurechnet oder nicht - Kahr verfügte über eine militärische Macht, die ihn zu einer sehr ernstzunehmenden Größe im Reich machte. Hitler mochte mit seinen Anhängern zwar, wie Gordon anschaulich machte, in München an Mannschaftsstärke überlegen sein, das konnte aber bestenfalls einen kurzfristigen Erfolg nach sich ziehen. Langfristig und über München hinaus gesehen waren Kahrs Einheiten an Schlagkraft, Material, Disziplin und Ausbildung bei Weitem überlegen.¹⁹³⁵ Für Ludendorff war dies ein Umstand, der schon vor dem Generalstaatskommissariat unter Knilling die Möglichkeiten für ihn und Hitler alleine in engsten Grenzen hielt.¹⁹³⁶ Er und Hitler hätten laut Ludendorff im Vergleich zu Kahr über „keine wirkliche Macht“ verfügt.¹⁹³⁷ Das bedeutete: Ohne Kahrs Kräfte hatte Hitler keine Chance. Der Verlauf der Geschichte sollte tatsächlich beweisen, dass er als Gegner Kahrs nicht einmal die Stadtgrenzen von

¹⁹³⁵ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 244ff.

¹⁹³⁶ Auf Seiten Kahrs und seiner Norddeutschen Kontaktmänner war dieser Glaube an die Propagandakraft des Namen Ludendorff dagegen kaum gegeben. Vgl. Willing-Franz, Krisenjahr, S. 102.

¹⁹³⁷ „Die Regierung Knilling (Ludendorff meint damit die staatlichen Kräfte, also auch Kahr, solange er auf Seiten der Regierung steht. Anm. d. Verf.) war mit den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln, Schutzpolizei und Reichswehr, jederzeit spielend in der Lage, die Kampfverbände in Schach zu halten, falls diese zu irgendeiner Tat schreiten würden.“ Ludendorff, Weltrevolutionär, S. 245.

München überwinden konnte, geschweige denn ganz Bayern gewinnen oder gar Berlin erreichen konnte. So erklärt sich auch, dass in der Putschnacht im Bürgerbräu Hitler alles tat, um für die Öffentlichkeit das Triumvirat als Bestandteil seines Plans darzustellen. Darum wollte Hitler Kahr als Teil seiner revolutionären Regierung präsentieren. Darum verließ Hitler schließlich den Bürgerbräu, um die Kasernen Münchens hinter sich zu bringen. Darum betonte er, selbst als er Kahr mit der Pistole in der Hand seinen Willen aufzwang, dass alles, was geschehe, nicht gegen Kahr gerichtet sei.¹⁹³⁸ Hitler brauchte Kahr. Knilling und die alte Regierung hingegen brauchte er nicht.

Während schon Kahr diesem Abend des 8. November mit einiger Unsicherheit entgegenblickte,¹⁹³⁹ war auch Knilling im Vorfeld der Kundgebung sehr nervös. Immerhin war eine Beruhigung der Lage in Bayern nicht zu erkennen und die Putschgefahr – ohne dass man es laut ausgesprochen hätte - inzwischen mindestens so hoch, wie bei Berufung Kahrs.¹⁹⁴⁰ Knilling blieb den ganzen Nachmittag über unsicher und entschied sich erst, nachdem er nochmals beim Generalstaatskommissariat Erkundigungen über ein angebliches Ehrenwort Hitlers¹⁹⁴¹ einholen hatte lassen, die Versammlung tatsächlich zu besuchen. Sein Mitarbeiter Karl Sommer hatte ihm ausdrücklich davon abgeraten.¹⁹⁴² Dennoch rang sich Knilling am Ende dazu durch, in Begleitung der Minister Gürtner, Schweyer und Wutzlhofer¹⁹⁴³ unter die 4000 Zuhörer in den Bürgerbräukeller zu gehen.¹⁹⁴⁴ Der Ministerpräsident hatte sich entschieden, an einer zentralen politischen Kundgebung in seinem Land nicht zu fehlen, obgleich für ihn als

¹⁹³⁸ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 259.

¹⁹³⁹ So ließ er sich vorher informieren, wie genau der Bürgerbräukeller abgesichert sei. In seinen Erinnerungen hielt er fest: "Ja ich hatte ein ganz ungewöhnlich unsicheres Gefühl." Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1349ff. Zunächst war daher wohl bewusst ein kleineres, für Kahr sehr vertrautes Lokal ins Auge gefasst worden, das in ihm angenehme Erinnerungen geweckt haben mochte. Im Künstlerhaus hatte er schon 1902 seinen „Verein für Volkskunst und Volkskunde“ ins Leben gerufen. Dort hätte er seine Rede vor einem ausgewählten Zirkel halten können. Man musste Kahr erst überzeugen, zum Zwecke der öffentlichen Wirksamkeit in den Bürgerbräu, einen der größten Säle Münchens, zu gehen. Vgl. Bauer, Art, S. 813.

¹⁹⁴⁰ Noch vor dem Putsch hatte der Polizeikommissar Altmann, der eine von den Nazis als geselligen Bierabend getarnte Ansammlung von 1800 teils bewaffneten und uniformierten Hitleranhängern im Löwenbräukeller zu überwachen hatte, Verdacht geschöpft und der Polizeidirektion München seine Vermutung gemeldet, dass an diesem Abend ein Putsch gegen die Staatsregierung bevorstehe. Besonderes Gehör fand er damit jedoch nicht. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 262.

¹⁹⁴¹ Hitler hatte dem Generalstaatskommissariat, wenn auch nicht seine Gefolgschaft zugesichert, so doch ein Ehrenwort ausgesprochen, nicht gegen es zu putschen. Noch am Nachmittag des 7.11. beruhigte Kahr den besorgten Grafen Soden, den Sekretär des Kronprinzen, mit diesem Argument des Ehrenworts. Soden warnte Kahr, dass Hitler und Ludendorff vor einer „Dummheit“ stünden, doch Kahr entgegnete selbstbewusst, dass keiner etwas unternehmen würde, ohne ihn einzuweihen. Vgl. Hoegner, Hitler 2, S. 117.

¹⁹⁴² Vgl. Sommer, Beiträge, S. 195f.

¹⁹⁴³ Ferner nahm auch der für die Überwachung zuständige Polizeipräsident Münchens, Karl Mantel, teil. Vgl. Schwend, Bayern, S. 243.

¹⁹⁴⁴ Die ausführlichste und detaillierteste Beschreibung der Vorgänge rund um den Putsch liefert Harold J. Gordon in seinem Werk „Hitlerputsch 1923“.

nach Verfassung immer noch hochrangigster anwesender Politiker keinerlei Auftritt oder gar Redebeitrag vorgesehen war.¹⁹⁴⁵ Die Rede des Abends, also „Dr. von Kahrs Manifest zum 5. Jahrestag des Sieges der roten Internationale über Deutschland“, war ein Auftritt, der alleine dem Generalstaatskommissar gehören sollte. Allerdings konnte der Generalstaatskommissar bekanntermaßen seine Ausführungen nicht zu Ende führen.¹⁹⁴⁶ Was dann erfolgte, beschrieb Kahr, sich wie immer in seinen Erinnerung sehr tapfer darstellend, später so: „Ich hielt mit dem Sprechen inne, blickte nach dem Eingang und sah, wie sich durch das Vordringen eines Keiles von Leuten eine Gasse bildete. An der Spitze ging ein Mann in dunklem Anzug mit der Pistole in der Hand, die, so hatte ich den Eindruck, gegen mich gerichtet war. Beiderseits und hinter ihm gingen Männer gleichfalls mit der Pistole im Anschlag. Ich wich nicht von der Stelle und sah der Pistole auf den Lauf. Wenige Schritte vor mir hielt der vorderste Mann, senkte die Pistole und begann im Kommandoton zu sprechen. Jetzt erst erkannte ich Hitler, der mit verzerrten Gesichtszügen vor mir stand.“¹⁹⁴⁷ Der Hitlerputsch hatte begonnen und die staatlichen Kräfte rund um den Bürgerbräu hatten, auch weil sie Hitler zum Teil gar nicht als Aggressor oder Feind des Staates auffassten, keinerlei Widerstand geleistet.¹⁹⁴⁸ Hitler hatte sich, wie von ihm geplant, als „Mann der Tat“¹⁹⁴⁹ bewiesen, während Kahr nur redete. Das Triumvirat wurde zunächst unter bewaffnetem Druck in ein Nebenzimmer verbracht. Hier wollte Hitler erstmals persönlich die Verhandlungen mit seinem großen Kontrahenten um die Gunst im nationalen Lager weiterführen und den schmückenden Namen Kahr günstig in seinen Putsch einordnen. Hier wollte Hitler Kahr, Lossow und Seißer in eine nationale Regierung eingliedern, die kurz darauf im Saal bekanntgegeben werden sollte: Die bayerische und die Reichsregierung seien abgesetzt, Kahr solle Landesverweser, Pöhner Ministerpräsident, Hitler Reichskanzler, Ludendorff Leiter der Armee, Lossow Reichswehrminister und Seißer Reichspolizeiminister werden. Mit einem Marsch in „das Sündenbabel Berlin“¹⁹⁵⁰ sei dieser Erklärung Wirkung zu verschaffen.

¹⁹⁴⁵ Kahrs Annahme, dass dieser Gang Knillings „aus Höflichkeit für mich“ geschehen sei, dürfte sicherlich nicht Knillings wahrer Gefühlslage entsprochen haben. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1352.

¹⁹⁴⁶ Kahr gab an, nach ungefähr einer halben Stunde durch Hitler unterbrochen worden zu sein. Vgl. Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 794. Das, wie auch die sonstigen Zeit- und Ablaufangaben Kahrs, decken sich mit den Aussagen anderer Zeugen, beispielsweise der des Generaloberst Graf Bothmer. Vgl. Gruchmann, Hitlerprozess, S. 586.

¹⁹⁴⁷ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1353.

¹⁹⁴⁸ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 256. Im späteren Bericht an Kahr sprach die Münchner Polizeidirektion von einer „Überrumpelung“, die so rasch geschah, „dass jedes Entgegenreten an Ort und Stelle nutzlos gewesen wäre.“ Zit. bei Wilhelm, Hitlerputsch, S. 15.

¹⁹⁴⁹ Gordon, Hitlerputsch, S. 243.

¹⁹⁵⁰ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 304 vom 9.11.1923. Die weitgehende Wörtlichkeit der Aussagen in diesem Bericht wurde durch Schriftleiter Schied im Hitler-Prozess ausdrücklich beteuert. Vgl. Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 567ff.

Nach einiger Diskussion¹⁹⁵¹ kehrte gegen neun Uhr abends Hitler tatsächlich mit Kahr auf die Bühne zurück. Kahr wurde als „Landesverweser Bayerns“¹⁹⁵² ausgerufen, während die bayerische Regierung Knillings ebenso wie die Reichsregierung für abgesetzt erklärt wurde. Als Kahr selbst das Wort ergriff, bezeichnete er sich als „Statthalter der Monarchie“¹⁹⁵³. Alles das, so hatte Hitler schon zu Beginn des Schauspiels der versammelten Menge im Saal versichert, richte sich „in keinster Weise gegen Herrn von Kahr“¹⁹⁵⁴. Zweifelsohne aber richtete es sich gegen Knilling.

Ministerpräsident Knilling, Innenminister Schweyer, Landwirtschaftsminister Wutzlhofer, Polizeipräsident Mantel mit seinen Referenten Bernreuther und der Kabinettschef des Kronprinzen Graf Soden gingen widerstandslos in die Gefangenschaft der Nationalsozialisten über.¹⁹⁵⁵ Justizminister Gürtner, völlig erschlagen von der Vorstellung, dass der Kampfbund ihn als Vertreter der Deutschnationalen ebenfalls verhaften wolle, folgte nur unter heftigem Protest.¹⁹⁵⁶ Die Minister wurden in das Haus des völkischen Verlegers Julius Lehmann gebracht.¹⁹⁵⁷ Dort trennte man Schweyer und Wutzlhofer¹⁹⁵⁸ von den anderen. Die beiden waren wegen ihrer bisherigen Politik bei den

¹⁹⁵¹ Kahr hatte nach Aussage im Hitlerprozess angeblich zunächst gesagt: „Herr Hitler, Sie können mich festnehmen, Sie können mich erschießen lassen, Sie können mich selber totschießen, Sie haben jetzt die Macht. Sterben oder nicht sterben ist hier ganz bedeutungslos.“ Zit. bei Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 795. Anders in Kahrs Lebenserinnerungen: „Schießen Sie mich doch nieder, wenn sie den Mut dazu haben, Sie haben ja augenblicklich die Macht.“ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1355. In beiden Fällen ist anzunehmen, dass Kahr sich im Nachhinein als tapferer und gelassener darzustellen versuchte, als er in dieser Situation tatsächlich gewesen sein dürfte.

¹⁹⁵² Wörtlich sagte Hitler laut den Münchner Neueste Nachrichten über die Verhältnisse in Bayern: „Das Kabinett Knilling ist abgesetzt. (Bravo.) Eine bayerische Regierung wird gebildet aus einem Landesverweser und einem mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Ministerpräsidenten. Ich schlage als Landesverweser vor Herrn von Kahr. (Bravo.) Als Ministerpräsident Präsident Pöhner. (Bravo.)“ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 304 vom 9.11.1923.

¹⁹⁵³ Kahr erklärte, eine dreiviertel Stunde nachdem Hitler ihn vorgeschlagen und er sich vom Nebenzimmer wieder in den Saal begeben hatte, in der für ihn so charakteristischen Redeweise: „Meine Herren! In des Vaterlandes schwerster Not übernehme ich die Leitung der Geschicke Bayerns als Statthalter der Monarchie (stürmischer Beifall und begeisterte Zustimmung), die vor fünf Jahren von frevelnden Händen zerschlagen worden ist. Ich tue das schweren Herzens und – wie ich hoffe, zum Segen unserer lieben bayerischen Heimat und unseres großen deutschen Vaterlandes (Stürmischer Beifall).“ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 304 vom 9.11.1923

¹⁹⁵⁴ Zit. bei Gordon, Hitlerputsch, S. 259.

¹⁹⁵⁵ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 197. Parallel dazu wurden willkürlich Juden aus ihren Wohnungen gezerrt und als Geiseln in den Bürgerbräukeller verbracht. Vgl. Wilhelm, Hitlerputsch, S. 18f.

¹⁹⁵⁶ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 261. Es zeigt sich hier erneut, dass Gürtner bei aller politischen Rechtslastigkeit im Herbst 1923 noch ein ganzes Stück von seinem späteren politischen Stand als nationalsozialistischer Reichsjustizminister entfernt war.

¹⁹⁵⁷ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 202f. Lehmann war während der Räterevolution selbst von Kommunisten als Geisel genommen worden und stand der Thule Gesellschaft zumindest sehr nahe. Vgl. Sebottendorff, Hitler, S. 86.

¹⁹⁵⁸ Während Schweyer wegen seiner Kritik am Nationalsozialismus schon längst verhasst war, zeigte sich im Falle des Landwirtschaftsministers, dass der Zorn, durch den viele einfache Menschen zu Hitler getrieben wurden, durch ihre eigene verzweifelte Lage und die Wut auf diejenigen, denen es besser ging, erzeugt wurde. Wutzlhofer hatte sich immer wieder schützend vor seine bäuerliche Klientel gestellt, die höhere Preise forderte.

Nationalsozialisten besonders verhasst und wurden durch den späteren Führerstellvertreter Hess in dieser Nacht schärfstem Psychoterror ausgesetzt. Sie mussten um ihr Leben fürchten.¹⁹⁵⁹ Knilling hingegen wurde in der Villa Lehmanns festgehalten. Ihm wurde zwar eigens ein beheiztes Zimmer zugewiesen, dennoch ließ die Bewachung mittels einer MG-Einheit keine Missverständnisse über seinen Gefangenenstatus zu.¹⁹⁶⁰ Obwohl er am nächsten Tag verschont wieder freikam, musste er doch den Tiefpunkt der Geschichte zwischen ihm und dem Generalstaatskommissariat ertragen. Der Generalstaatskommissar, den die Regierung gegen Hitler gerufen hatte, hatte offenbar einfach zugesehen, wie Hitler diese Regierung verhaften ließ¹⁹⁶¹ und schüttelte dem Emporkömmling Hitler nun unter Beifall auf der Bühne die Hand.¹⁹⁶² Knilling sollte Kahr diese Szene nicht mehr vergessen.

Kahr gab später an, im Bürgerbräu von Anfang an ein Schauspiel vollzogen, sich nur neben Hitler gestellt zu haben, um ihn zu täuschen, dadurch seine Handlungsfreiheit wieder zu erlangen und sich am Ende gegen Hitler zu stellen.¹⁹⁶³ Er sei sich dabei, ohne dass die Herren darüber hätten sprechen dürfen, sofort sicher gewesen, dass Lossow und Seißer ebenso dachten.¹⁹⁶⁴ In der Tat spricht hier einiges für Kahrs Version, unter anderem zahlreiche Zeugenaussagen im Hitlerprozess.¹⁹⁶⁵ Karl Sommer, der als enger Mitarbeiter Knillings im Außenministerium für die Kommunikation mit dem

Die städtischen Putschisten beschimpften ihn während des Putsches dementsprechend: „Drei Bauernhöfe hat er! Aufgehängt gehört er!“ Zit. bei Gordon, Hitlerputsch, S. 220.

¹⁹⁵⁹ Unter dem Kommando von Rudolf Hess wurden beide auf einen Pritschenwagen gebracht und die ganze Nacht durch die Region zwischen München und den Alpen gefahren. Da sie über den Zweck dieser Fahrt keine Auskunft erhielten und der Wagen immer wieder an Waldstücken anhielt, wo die Entführer demonstrativ die Tragkraft von Bäumen prüften, mussten sie stundenlange Todesängste aushalten, bis Hess in Bad Tölz plötzlich die Gruppe verließ. Einer der Wachen versicherte Schweyer kurz darauf, dass Wutzlhofer und er schon bald wieder in München sein würden. Gegen Abend des 9. Novembers, als der Putsch längst gescheitert war, näherte sich der Wagen wieder der Hauptstadt und die Peiniger stellten nun höflich die Frage: „Wo dürfen wir die Herren hinfahren?“ Vgl. Hoegner, Hitler 2, S. 178.

¹⁹⁶⁰ Vgl. Hoegner, Hitler 2, S. 176.

¹⁹⁶¹ Kahr behauptete später, zwar nicht gegen die Verhaftung an sich eingeschritten zu sein, sich aber zunächst bei Hitler persönlich erkundigt zu haben, ob die Herren eine gute Unterbringung bekämen und ob man ihre Familien über ihre Lage bereits verständigt hätte. Nach Hitlers positiver Antwort habe sich Kahr, nachdem er aus dem Bürgerbräukeller entkommen war, mehrmals in der Nacht durch diverse Erkundigungen bestätigen lassen wollen, allerdings ohne Erfolg. Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1362. Auch während des Hitlerprozesses legte Kahr größten Wert auf die Feststellung, dass er sich nach dem Wohl der Minister erkundigt habe. Vgl. Gruchmann, Hitlerprozess, S. 797.

¹⁹⁶² Zit. bei Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 796.

¹⁹⁶³ Dementsprechend Kahr im Hitlerprozess: „Mein Entschluss, die Hitler-Aktion nicht mitzumachen und ihr, sobald ich dazu die Bewegungsfreiheit habe, entgegenzutreten, stand bereits fest im Bürgerbräukeller.“ Zit. bei Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 800.

¹⁹⁶⁴ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1355.

¹⁹⁶⁵ U.a. Graf Bothmer gab an, an den bleichen Gesichtern und dem ganzen äußeren Eindruck, den Kahr, Lossow und Seißer gemacht hatten, sei die Lage klar zu erkennen gewesen. Vgl. Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 587. Dass Kahr das erste Wort ergriff, erklärte der Universitätsprofessor von Gruber damit, dass er sich sichtlich bemüht hätte, Hitler zuvor zu kommen, um sich zumindest keine Worte in den Mund legen zu lassen. Vgl. Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 595.

Generalstaatskommissar zuständig war und persönlich keine tiefere Sympathie zu Kahr pflegte, gab fast identisch zu Kahr an, sich nach den Geschehnissen im Nebenzimmer begegnet zu sein, wo sie sich, er und Kahr, in einem kurzen Moment über die Situation austauschten. Kahr habe in diesem kurzen Moment Sommer seine tatsächliche Haltung zu verstehen gegeben.¹⁹⁶⁶ Es ist ferner unumstritten, dass Hitler sich Kahrs noch lange nicht sicher war, und die Bedrohung mit der Waffe unbeirrt aufrechterhielt.¹⁹⁶⁷ Hitler musste also tatsächlich erst durch ein solches Schauspiel überzeugt werden. Das Triumvirat konnte aber wenig unternehmen, ehe es sich der Kontrolle der Putschisten entzogen hatte. Allen drei Herren kam hierbei ein glückliches Schicksal entgegen. Hitler beging einen „ersten taktischen Fehler.“¹⁹⁶⁸ Als ihn die Meldung ereilte, dass es offenbar in der Pionierkaserne zu großer Verwirrung gekommen sei, entschloss er sich in Begleitung des Anführers des Bund Oberland, Weber, diese Kaserne aufzusuchen, um die Lage klar für den Putsch zu gewinnen. Er gab also die Aufsicht über Kahr aus der Hand. Das Triumvirat konnte den im Bürgerbräukeller nun das Kommando führenden Ludendorff nach Hitlers Abgang überzeugen, dass er sie auf freien Fuß setzen könne. Man habe hierzu natürlich das Schauspiel aufrecht erhalten, auch als Kahr von den Hitleranhängern vor dem Bürgerbräu mit donnernden „Heil“-Rufen empfangen wurde.¹⁹⁶⁹

Während Seißer und Lossow sich danach in die Stadtkommandantur beziehungsweise in die Türkenkaserne aufmachten, kehrte Kahr ins Generalstaatskommissariat zurück. Obwohl Bund Oberland und Hitleranhänger aus der Infanterieschule versucht hatten, das Gebäude unter ihre Kontrolle zu bringen, war Kahrs Dienstsitz in der Maximiliansstraße dank einiger Kommunikationsprobleme unter den Putschisten immer noch allein in der Hand der bayerischen Landespolizei.¹⁹⁷⁰ So konnte Kahr in der entscheidenden Situation über sein Generalstaatskommissariat verfügen. Am Morgen des 9.11. erging ein von

¹⁹⁶⁶ Von geringen Abweichungen im Detail sei ob der Anspannung der Situation abgesehen. Kahr berichtete: "Unmittelbar vor dem Saalausgang – Hitler mit seinen Leuten und Ludendorff waren schon in das Nebenzimmer, in das ich auch noch gebeten war, getreten – kam ganz erregt der treffliche Oberregierungsrat Sommer vom Ministerium des Äußeren an mich heran und sagte halblaut: Um Gotteswillen Exzellenz, sagen Sie mir bitte nur, was das alles bedeuten soll. Ich erwiderte leise, das ist alles Wahnsinn, bei so etwas tue ich doch nicht mit. Antwort: Gott sei Dank. Wir wurden beobachtet und gingen auseinander." Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1361. Sommer hingegen erwähnt keine eindeutige Aussage Kahrs, stellt aber fest, durch das ganze Gebärden Kahrs sogleich verstanden zu haben, dass Kahr nur simuliere. Vgl. Sommer, Beiträge, S. 198. Anlässlich des Hitlerprozesses machte Sommer eine dementsprechende Aussage. Vgl. Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 606.

¹⁹⁶⁷ Dies gab Hitler selbst zu: „Ich habe Kahr zur Antwort gegeben, indem ich auf die Pistole hinwies, die ich in der Hand hatte, und zwar lächelnd, es sind fünf Schuss darin; vier für die Verräter und, wenn es schief geht, einer für mich.“ Zit. bei Gordon, Hitlerputsch, S. 258.

¹⁹⁶⁸ Gordon, Hitlerputsch, S. 261.

¹⁹⁶⁹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1362.

¹⁹⁷⁰ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 274.

Lossow unterzeichneter Divisionsbefehl, der klar die zur Verfügung stehenden Kräfte aus Reichswehr und Landespolizei definierte und unmissverständlich den Sturm auf den Unterschlupf der Putschisten im ehemaligen Kriegsministerium ankündigte: „Das Wehrkr.Kdo Gbde wird heute möglichst frühzeitig genommen. Die Führer sind festzunehmen.“¹⁹⁷¹ Gegen 1 Uhr nachts hatte Kahr offen die Niederschlagung des Putsches durch Anschlag¹⁹⁷² propagiert, im weiteren Laufe der Nacht wurde dies in München allmählich allgemein bekannt.¹⁹⁷³ Ferner gab Kahr Weisung an die Kreisregierungen: „Schärfste Personenkontrolle an der bayerischen Grenze. Ausreisende Mitglieder der Nationalsozialisten und Oberland festnehmen. Ludendorff, Hitler, Pöhner, Kriebel, Scheubner-Richter, Röhm und Hühnlein bei Betreff festnehmen.“¹⁹⁷⁴ NSDAP, Bund Oberland und Reichskriegsflagge sollten noch am selben Tag durch Kahr aufgelöst und verboten werden.¹⁹⁷⁵ Schließlich kam es zu dem bekannten Schusswechsel zwischen Landespolizei und Kampfbund vor der Feldherrenhalle, wovon Kahr gegen 13 Uhr des 9. November erste Meldung erhielt.¹⁹⁷⁶ Gordon führt ganz richtig aus, dass es nicht wichtig war, wer den ersten Schuss gegeben hatte. Wichtig war, dass die Regierungstruppen nicht gewillt waren, den Vormarsch Hitlers weiter zu dulden.¹⁹⁷⁷

War Kahr nun in letzter Sekunde also doch noch zum Retter vor Hitler geworden, so wie es sein Mandat als Generalstaatskommissar verlangt hätte? Unabhängig von den Stimmen, die seine Version, sich sofort im Bürgerbräukeller mittels seines Schauspiels für eine Seite entschieden und diesen Plan konsequent verfolgt zu haben, als solchen bezweifeln,¹⁹⁷⁸ lässt sich nicht bestreiten, dass Kahr im Endeffekt am Morgen des 9.

¹⁹⁷¹ Zit. bei Deuerlein, Hitlerputsch, S. 313.

¹⁹⁷² Laut Rothenbücher wurde dieser Anschlag allerdings erst vormittags ausgehängt. „Trug und Wortbruch ehrgeiziger Gesellen haben aus einer Kundgebung für Deutschlands nationales Wiedererwachen eine Szene widerwärtiger Vergewaltigung gemacht. Die mir, dem General von Lossow und dem Obersten von Seisser mit vorgehaltener Pistole abgepreßten Erklärungen sind null und nichtig. Ein Gelingen des sinn- und ziellosen Umsturzversuchs hätte Deutschland samt Bayern in den Abgrund gestoßen.“ Zit. bei Rothenbücher, Fall, S. 7.

¹⁹⁷³ Vgl. Hoegner, Hitler 2, S. 158ff.

¹⁹⁷⁴ Zit. bei Deuerlein, Hitlerputsch, S. 310.

¹⁹⁷⁵ Dies wurde durch die Regierung von Oberbayern flächendeckend an die Bezirksämter weitergegeben. Vgl. Deuerlein, Hitlerputsch, S. 316.

¹⁹⁷⁶ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1373.

¹⁹⁷⁷ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, s. 323.

¹⁹⁷⁸ Vgl. Hoegner, Hitler 2, S. 157. Hier steht vor allem Hoegners Ansicht im Raum, die davon ausgeht, dass Kahr sich erst im Laufe der Nacht entschieden hatte und dies in erster Linie an einem Telefonat zwischen dem Generalstaatskommissar und dem nicht gefangenen Minister Matt festmacht. Kahr habe laut Matt am Telefon wortkarg gewirkt und durchblicken lassen, nicht über alles frei sprechen zu können. Auf eine launische Bemerkung Matts gegenüber seinem persönlichen Freund Kahr, ob die neue Regierung denn schon den Weißwurstpreis festgesetzt habe, habe Kahr geantwortet, dass dies nun eine der schwersten Aufgaben sein werde. Hierdurch tendierte Matt zu der Meinung, Kahr stehe auf Seiten des Umsturzes. Vgl. Hoegner, Hitler 2, S. 156. Hier steht Aussage gegen Aussage, da Kahr angab, bei dem Telefonat durchaus den Eindruck gewonnen zu haben, dass er Matt über alles in Klarheit gesetzt habe. Doch auch Kahr gibt über den Grad dieser Klarheit etwas unterschiedliche Berichte. In seinen Lebenserinnerungen spricht er von einer eindeutigen Situation: „Bald

November entschieden gegen Hitler vorgegangen ist. Allerdings wäre es aus mehreren Gründen falsch, ihm persönlich das Verdienst dieser Niederschlagung zuzugestehen. Die diensthabenden Offiziere im Generalstaatskommissariat Freyberg und Döhla hatten – wie Kahr selbst zugibt – bereits alles in Richtung einer Abwehr des Putsches eingestellt, als Kahr sich noch in der Gewalt des Kampfbundes befand.¹⁹⁷⁹ Beide hatten vor dem Eintreffen Kahrs, ohne mit ihm gesprochen zu haben, selbstständig Landespolizei und Reichswehr gegen den Putsch alarmiert. Der Stadtkommandant General Danner hatte selbstständig das Kommando der Reichswehr übernommen, ohne mit seinem Vorgesetzten Lossow in Kontakt gestanden zu sein. So rückten sehr zeitnah, noch vor Mitternacht, Reichswehrtruppen aus Nürnberg zur Abwehr des Putsches aus, ohne zu wissen, ob dort das Triumvirat für oder gegen sie stehen würde. Kahrs Behauptung vom „Schauspiel“ lässt sich damit nicht widerlegen, immerhin bestand durchaus die Möglichkeit, dass die Offiziere das Verhalten Kahrs in einem solchen Fall schlicht richtig eingeschätzt hatten. Doch die Befehlskette der Reichswehrverbände in Bayern wäre mit oder ohne ihn gegen Hitler gelaufen. Außerdem war eine bayerische Rumpfregierung sofort angetreten, die Macht im Staat zu verteidigen. Nicht alle Minister waren mit Knilling in den in den Bürgerbräu gekommen und verhaftet worden. Der höchste Mann im legalen Staat, der sich zu keinem Zeitpunkt in der Gewalt der Putschisten befand, war damit der stellvertretende Ministerpräsident Matt.¹⁹⁸⁰ Unter seiner Leitung sammelte sich gegen Mitternacht in der Theresienstraße¹⁹⁸¹ eine Gruppe von Beamten und BVP-

nachdem ich im Büro erschienen war, rief mich Minister Matt, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten an, was denn los sei, er komme eben aus dem Theater und habe wilde Gerüchte gehört. Ich schilderte Matt, mit dem ich ja befreundet war, kurz den Vorgang. Darauf Matt: Ja was will er denn der Hitler? Ich: Den berühmten Marsch nach Berlin, den er, wie Du weißt, schon länger plant. Matt: Da wird er aber weit kommen. Ich: Ja, das wird wohl so sein. Matt: Und Du? Ich teilte ihm die von mir unter dem Drucke der Verhältnisse im Keller abgegebene Erklärung mit und fügte bei „über weiteres kann ich am Telefon nicht sprechen, aber Du kennst mich ja“. Matt: „Ich verstehe.“ Damit war die Unterhaltung zu Ende. Ich musste vorsichtig sein, da zu diesem Zeitpunkt das Telephonamt noch nicht von der Landespolizei besetzt war.“ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1363f. Im Hitlerprozess gab Kahr wiederum an, er habe Matt nur durch eine „besondere Betonung“ seiner Stimme vermittelt, dass er nicht auf Hitlers Seite sei, ansonsten seine Ausführungen mit dem Hinweis versehen, dass er mehr am Telefon nicht sagen könne. Aus Matts angeblichen Bemerkungen über Hitlers Marsch „Da wird er weit kommen“ und „Das sind ja schöne Zustände“, habe Kahr dann geschlossen, dass der stellvertretende Ministerpräsident ihn verstanden habe. Den vielsagenderen Wortwechsel „Du kennst mich ja“ – „Ich verstehe“ behauptete Kahr vor Gericht nicht. Vgl. Gruchmann-Hitlerprozess, S. 798. Keinesfalls aber ist diese Unklarheit als Indiz dafür geeignet, dass Kahr sich um 11 Uhr Abends noch alle Optionen offen hielt, waren doch die unmissverständlichen Gegenmaßnahmen in seinem Generalstaatskommissariat längst im Gange und er darüber in voller Kenntnis.

¹⁹⁷⁹ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1362. Kahr traf etwa eine Viertelstunde nachdem von Freyberg, Major Döhla und Kapitänleutnant Kauter bei einer ersten Besprechung den Kurs des Generalstaatskommissariats festgelegt hatten ein. Vgl. Deuerlein, Hitlerputsch, S. 309.

¹⁹⁸⁰ Vgl. Schmidt, Matt, S. 74ff.

¹⁹⁸¹ Laut dem später hinzugestoßenen Reichsminister Hamm hatte die BVP Abgeordnete Ammann einen Versammlungsraum im Heim der Katholischen Landfrauen für diesen Zweck organisiert. Vgl. Hamm an Rothenbücher am 16.2.1924, BayHStA, NL Hamm 74.

Mitgliedern, ohne sicher Bescheid zu wissen, auf welcher Seite Kahr tatsächlich stehen würde. Sie brachten einen von Staatsrat Schmelzle verfassten Aufruf auf den Weg, der den Weiterbestand der verfassungsmäßigen Regierung proklamierte. Besonders scharf wandte sich dieser Aufruf gegen den - abfällig als „Preußen“ bezeichneten - General Ludendorff.¹⁹⁸² Gemeinsam mit den ebenfalls dem Bürgerbräu fern gebliebenen Ministern Oswald, Krausneck und von Meinel¹⁹⁸³ sowie dem General Kreß von Kreßenstein flüchtete die Gruppe anschließend nach Regensburg, um dort - ähnlich wie einst Johannes Hoffmann in Bamberg - die verfassungsmäßige Regierung aufrecht zu erhalten. Das Rumpfkabinett hatte sich zielstrebig gegen Hitler gestellt und wäre unabhängig von Kahr zum Gegenschlag bereit gewesen. Sobald sie Nachricht vom Scheitern des Putsches erhielten, kehrten sie jedoch, ohne von ihrem Exilregierungssitz aus aktiv geworden sein zu müssen, nach München zurück.¹⁹⁸⁴

Schließlich kann man Kahr auch ein konkretes Versagen in der Situation vorwerfen. Immerhin war er als Generalsstaatskommissar berufen, dass er im Auftrag des Staates für die innere Ordnung in Bayern Sorge. Diese Aufgabe muss angesichts eines Putsches gegen diesen Staat als klar nicht erfüllt betrachtet werden. Trotz ganz offensichtlicher Putschgefahr hatte sich Kahr auf ein Ehrenwort des vorbestraften und seit Monaten ständig die Regeln überschreitenden Hitler verlassen und keine ausreichenden Sicherheitsmaßnahmen gegen ihn unternommen. Immerhin war die staatliche Macht in München nicht präpariert und musste erst Einheiten von außerhalb bestellen. Gordons Haltung, in der er die zuständigen Stellen etwas in Schutz nimmt, da damals ja ständig Putschgefahr bestanden habe, mag hierüber nicht hinweg trösten.¹⁹⁸⁵ Diese mangelnde Vorbereitung war nur die konsequente Folge aus der Duldungs- und Kooperationspolitik¹⁹⁸⁶ des Generalstaatskommissariats seit September und – das sei nicht vergessen - nachgeordnet auch des integrativen Kurses Knillings in der Zeit davor.

¹⁹⁸² Vgl. Schwend, Bayern, S. 246f.

¹⁹⁸³ Meinel hatte sich zunächst mit seinem in München weilenden Amtsvorgänger im Handelsministerium, dem nun als Reichswirtschaftsminister tätigen Eduard Hamm, zusammengefunden. Beide hatten bereits unabhängig von Meinels Kollegen eine eigene Initiative zu einer Exilregierung gestartet. Sie planten nach Neu-Ulm zu fliehen um von dort aus die verfassungsmäßige Autorität zu verteidigen, bis sie Nachricht von dem Treffen der Minister und BVP Funktionäre in der Theresienstraße erhielten. Da die Versammlung zunächst BVP Mitgliedern vorbehalten zu sein schien, folgte der DDP-Mann Hamm dem BVP-Mann Meinel erst einige Zeit später in die Theresienstraße, ohne dort noch etwas bewirken zu können. Festzuhalten bleibt aber, dass mit Meinel und Hamm an einer weiteren Stelle die Verteidigung der verfassungsgemäßen Regierung unternommen wurde, ohne über Kahrs Haltung Bescheid zu wissen. Vgl. Hamm an Rothenbücher am 16.2.1924, BayHStA, NL Hamm 74.

¹⁹⁸⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 10.11.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁹⁸⁵ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 281.

¹⁹⁸⁶ Gordon selbst führt hier beispielsweise Kahrs Lockerung des Uniformtrageverbots an, wodurch es schon seit Tagen eher die Regel gewesen sei, als die Ausnahme, dass sich Einheiten in Uniform und mit Hakenkreuzbinde auf den Straßen Münchens bewegten. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 282f.

Hier wird deutlich erkennbar, dass das Triumvirat, das ja um die Befindlichkeit und den Willen Hitlers zum Losschlagen wusste, in seiner eigentlichen von der Regierung erhaltenen Mission, nämlich der Ruhigstellung der Hitlerbewegung, auf ganzer Linie versagt hatte. Fast überraschend wurde für Kahr und seine Mitarbeiter das notwendig, woran man wochenlang nicht ernsthaft denken wollte und was man dementsprechend nur relativ spontan vollziehen konnte: Die bewaffnete Niederschlagung des Kampfbundes und damit der Hitlerbewegung.¹⁹⁸⁷ Dass Ministerpräsident Knilling, der in jener Nacht seine Verhaftung ertragen musste, über dieses Scheitern Kahrs die erste Ministerratssitzung mit schärfsten Attacken gegen Kahr und das Triumvirat begann, ist angesichts dessen verständlich.¹⁹⁸⁸

Zusammengefasst war der letztendliche Grund für die Errichtung des Generalstaatskommissariats in einer weitgehend gescheiterten Regierung Knilling zu suchen, die sich durch die Ernennung Kahrs zu einer Art Diktator und somit durch eine klare Absage an den Glauben in das Funktionieren des demokratischen Bayerns die letzte Möglichkeit erhoffte, vielleicht die Gunst von einigen Bevölkerungsteilen zurückzugewinnen. Knilling hatte diese Einrichtung und ihre Besetzung mit Kahr zwar persönlich nicht gewollt, er hatte allerdings auch keine Alternative vorzuweisen. Die Krise selbst durch ein hartes Durchgreifen im Sinne der Regierung und der Verfassung zu meistern, dafür fehlten Knilling und seinem Kabinett der Mut und der Glaube. Selbst den Versuch zu starten, zumindest der wirtschaftlichen Not mit entschlossenen Maßnahmen zu begegnen, hatte die Regierung Knilling trotz aller Diskussionen nicht geschafft. So war der Ruf nach Kahr eine Tat, die aus Ratlosigkeit und Angst resultierte. Das Ziel, rechtsradikales Putschpotential einzudämmen, wurde damit zwar kurzfristig erreicht, langfristig aber endete das Experiment Generalstaatskommissariat in der Katastrophe. Kahr hatte sich weit über seinen Auftrag hinaus bewegt und war dabei stellenweise von der Regierung kaum mehr zu kontrollieren. Die Mission der Regierung, für die er gerufen wurde, hatte er nicht erfüllt. Er und sein Umfeld im Generalstaatskommissariat gaben Hitler am Ende sogar noch genügend Beispiele und Belege, dass die Achtung der Reichsverfassung und der parlamentarischen Demokratie nicht nötig war. Nichtsdestotrotz ist Kahrs Politik eines Zugehens auf die radikalen Kräfte nicht in deutlichen Kontrast mit der Knillings in den Monaten vor der Errichtung des Generalstaatskommissariats zu stellen. Auch Knilling hätte Gelegenheit gehabt, sich im

¹⁹⁸⁷ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1367.

¹⁹⁸⁸ Ministerratssitzung vom 10.11.1923, BayHStA, MA 99518.

Verbund mit Innenminister Schweyer entschlossen gegen Hitler zu stellen. Er bevorzugte aber einen integrativen Kurs. Durch Kahr war lediglich eine andere Dynamik an den Tag getreten.

5.3.5. Maßnahmen zur Erneuerung des Ansehens Bayerns nach dem Putsch

Um den Jahreswechsel 1923/1924 mochte der Hitler-Putsch niedergeschlagen sein, doch der Ansehensverlust für die Regierung Knilling war enorm. Im Reichstag lieferte der Fraktionsführer der BVP, Prälat Johann Leicht, eine fast entschuldigende Rede ab. Er gestand die weitverzweigten Diktaturplanungen und den enormen Antisemitismus in seinem Land offen ein und verurteilte sie. Unter großer Heiterkeit des Plenums stellte er fest, dass er den Begriff „Ordnungszelle“ fortan für Bayern nicht mehr beanspruchen werde.¹⁹⁸⁹ Machte sich also durch den Putsch eine Art Einsicht oder gar ein Kurswechsel in der bayerischen Politik breit? Gegensteuern wäre sicher gefordert gewesen. Dies hätte dadurch geschehen können, konsequent und nachhaltig gegen die völkischen Umtriebe in Bayern vorzugehen und sich auf die sich bessernde wirtschaftliche Entwicklung zu konzentrieren. Doch Knilling hatte andere Pläne, um seine Autorität wieder herzustellen. Dies sei im Folgenden anhand Knillings Umgang mit Kahr, mit dem Kabinett, seiner weiteren Reichs- und Landespolitik sowie seines weiteren Verhaltens gegenüber den vaterländischen Verbänden dargestellt.

Unmittelbar nach dem Putsch verzichtete der Ministerpräsident auf jede Selbstkritik und leitete seinen Ärger zunächst ungebremst auf den ja immer noch amtierenden Generalstaatskommissar Gustav von Kahr. In der Folge war Knilling, wie der Großteil seiner Kollegen, äußerst überrascht, als Kahr ebenfalls kein Schuldbewusstsein zeigte und gar nicht daran dachte, das Generalstaatskommissariat abzugeben. Dasselbe galt für Lossow und Seißer.¹⁹⁹⁰ Während der Ministerratsverhandlungen über das weitere

¹⁹⁸⁹ Vgl. Maga, Leicht, S. 123.

¹⁹⁹⁰ Stattdessen forderte das Triumvirat in einem vorausgegangenem Gespräch mit Knilling und Gürtner, jetzt erst recht voll unterstützt und von jeder parlamentarischen Einflussnahme freigehalten zu werden. Lossow kündigte gar an, nicht gewillt zu sein, den Landtag zu schützen, sollte dieser zusammentreten. Kahr stellte sein Beharren bereits durch einen Aufruf öffentlich klar: „In meiner Hand ruht die gesamte vollziehende Macht des bayerischen Staates, in welchem wir den Kern eines neuen ehrenvollen und gerechten deutschen Staatswesens aufrichten wollen. Auf meinem Haupt und auf meinem Herzen liegt die Verantwortung, nicht nur für mein bayerisches Heimatland, sondern auch für die großen deutschen Aufgaben dieser Stunde, eine schier übermenschliche Last. Ich bin vor Gott und dem deutschen Volk verantwortlich für jeden Schritt auf diesem schweren mühevollen Weg.“ Ministerratssitzung vom 12.11.1923, BayHStA, MA 99518.

Vorgehen am 12. November 1923 wurde zwar in großer Mehrheit Kahrs Rückzug gefordert, jedoch wurden nun seitens Knillings und Krausnecks auch Stimmen laut, geschlossen als Regierung zurückzutreten, sollte Kahr weiter auf sein Amt bestehen. Obgleich dieser Rücktritt von Anfang an so zu verstehen war, dass einige der Minister durchaus wieder ins Amt zurückkehren sollten und schließlich nicht eintrat, entwickelte sich die Debatte dennoch schnell dahin, dass einige personelle Konsequenzen im Kabinett unumgänglich seien.¹⁹⁹¹ Die Regierung selbst schien also zunächst mehr zu wackeln, als das Amt des Generalstaatskommissars. Das Scheitern der Regierung Knilling stand im Raum und bildete eine unglückliche Ausgangssituation für die nächste Zeit.

Knilling stand trotz der Putscherefahrung weiterhin unter dem Bann der radikalen vaterländischen Kräfte in Bayern. Unbeirrt verfolgte er das Ziel, den rechts stehenden Kräften gefallen zu müssen und über sie die Gunst eines Teils der bayerischen Bevölkerung zu erhaschen.¹⁹⁹² Das galt auch, wenn er zeitweise – und dank Gürtners Bedenken vergebens¹⁹⁹³ – ein schroffes Vorgehen konkret gegen die NSDAP forderte. Schon kurze Zeit nach den Putschereignissen übte Knilling sich wieder in Reden vor vaterländischen Kreisen, so auch vor dem Stahlhelmbund in München. „Der Ministerpräsident betrachtet es als seine erste nationale Pflicht, dem nationalen Gedanken Geltung zu verschaffen, ihn fördern zu helfen und ihn zu den Zielen zu führen, die uns allen im Herzen wohnen.“¹⁹⁹⁴ so die Münchner Neuesten Nachrichten über die Essenz der dortigen Ansprache Knillings. Weiterhin war Knilling bereit, auf die schon immer umworbene Zielgruppe der vaterländischen Kräfte zuzugehen. Dafür nahm er es im November 1923 auch in Kauf, ein negatives Klima in seinem Kabinett zu fördern. Das Zugeständnis, das er den rechten Kreisen jetzt zu machen gedachte, war kein geringes: Er hätte in diesem Sinne nicht nur einen Umbau des Kabinetts und auch das Ausscheiden des Bauernbundes aus der bürgerlichen Koalition in Kauf genommen. Er forderte sogar völlig mitleidslos gerade die beiden seiner Minister, die mit Abstand den größten Feindseligkeiten der Nationalsozialisten ausgesetzt waren, auf, ihre Posten zu räumen. Es handelte sich um den den Rechtsextremismus ablehnenden Innenminister Franz Schweyer und den Landwirtschaftsminister Johann Wutzlhofer, der als Vertreter der weniger unter der Inflation leidenden Bauern bei den städtischen Putschisten verhasst war. Das Protokoll der Ministerratssitzung erläutert Knillings Begründung. Demnach lag

¹⁹⁹¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 12.11.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁹⁹² Anders bei Gordon, Hitlerputsch, S. 549.

¹⁹⁹³ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 208.

¹⁹⁹⁴ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 340 vom 15.12.1913.

es ihm „ferne gegen irgendjemand Ausstellungen erheben zu wollen. Er weise es auch weit von sich ab, dass er von unkollegialer Gesinnung getragen werde; aber als nüchterner Realpolitiker müsse er sagen, dass sich eine starke Bewegung, ob sie nun berechtigt sei oder nicht, weniger gegen das Ministerium als solches, als gegen einzelne seiner Mitglieder und zwar die Herren Staatsminister das Innern und für Landwirtschaft richte. Vielleicht würden diese Herren erkennen, dass ihr Verbleiben im Ministerium eine große Belastung bilde, und ein vaterländisches Opfer bringen.“¹⁹⁹⁵ Wutzlhofers Reaktion war emotionslos und verwies, typisch für ihn, nicht auf seine eigene Stimmung, sondern die Meinung seiner Partei. Der Bauernbund habe bereits einen bislang geheim gehaltenen Entschluss getroffen. Danach wolle der Bund es nicht mehr länger ertragen, dass sein Minister derartige Beleidigungen erfahren müsse. Er habe daher den Abzug Wutzlhofers aus dem Kabinett beschlossen. Deutlich mehr als der offensichtlich völlig desillusionierte Landwirtschaftsminister hing Schweyer an seinem Amt. Er lehnte einen Rückzug ab und warf seinen Kollegen vor, selbst nichts dazu beigetragen zu haben, dem Innenresort ausreichend Respekt zu verschaffen. Es würde in Augen Schweyers so wirken, als würde man Kahr das Feld überlassen. Die weitere Diskussion verlief im Chaos. Während Knilling den Rücktritt Schweyers zur Bedingung für sein eigenes Verbleiben im Amt machte, verbat sich Handelsminister Meinel sämtliche Fragen der Kabinettszusammensetzung zu diesem Zeitpunkt. Kultusminister Matt lenkte das Augenmerk wieder darauf, Kahr des Amtes zu entheben. Das aber lehnte Justizminister Gürtner ab und verkündete für diesen Fall selbst seinen Rücktritt. Dies wiederum scheiterte am Einspruch Knillings, der auf den deutschnationalen Gürtner im Kabinett nicht verzichten wollte. Erst als die Sitzung unterbrochen und die Fraktionsvorsitzenden der Koalition hinzugezogen wurden, beruhigte sich die Lage. Heinrich Held plädierte für den Erhalt der Regierung und lieferte im Namen der BVP eine Verteidigung Schweyers ab. Dessen kritische Ansichten zum Nationalsozialismus seien, wie die Geschehnisse ja bewiesen hätten, so falsch nicht gewesen. Und auch Hilpert für die BMP und Städele für den Bauernbund sprachen sich in dieser Lage für den Fortbestand der bisherigen Regierung aus. Eher müsse Kahr zurücktreten, als Knilling. Hilpert übte - für einen Deutschnationalen in Bayern bislang völlig undenkbar - sogar Kritik an Kahr. Er warf ihm vor, moralisch falsch gehandelt zu haben. Erst allmählich, nachdem zwischen den Ministern enorme Gräben zu Tage getreten waren, kehrte der Ministerrat also zum Ausgangspunkt der Diskussion zurück – zu Kahr.

¹⁹⁹⁵ Ministerratssitzung vom 12.11.1923, BayHStA, MA 99518.

Kahr blieb für das am Ende nur knapp gerettete Kabinett das große Problem. Sein Verweilen im Amt musste nach Mehrheitsmeinung der Minister die Autorität des Ministerrats massiv untergraben. Auch der Verdacht eines zweiten Putsches, diesmal von Kahr ausgelöst, erschien dem Ministerrat nicht abwegig. Der Abgeordnete Fritz Schäffer wurde dazu bestimmt, im Namen der BVP mit Kahr zu sprechen, wobei ihm der Ministerrat und die Parteien einen Fragenkatalog an die Hand gaben. Man erwartete vom Schäffer, eine klare Stellungnahme des Triumvirats einzuholen, ob Landespolizei und Reichswehr der legitimen Regierung ebenso wie Kahr zur Verfügung stünden. Außerdem sollte Schäffer eine Erklärung einfordern, ob ein öffentlicher Aufruf des Generalstaatskommissariats, nach welchem alle Gewalt nun in Kahrs Händen ruhe,¹⁹⁹⁶ auf eine illegale Diktatur Kahrs abziele oder nicht. Ferner sollte das Generalstaatskommissariat in Zukunft auf Eingriffe in die alleinige außenpolitische Kompetenz des Ministerpräsidenten verzichten und sich in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen zuverlässig mit den entsprechenden Ministerien ins Benehmen setzen.¹⁹⁹⁷ Aus dieser Liste von Grundsatzfragen wird klar, welche enorme Distanz sich seit September zwischen der Regierung und dem Generalstaatskommissar aufgebaut hatte. Er hatte ein Maß an Unabhängigkeit erreicht, das das Kabinett nun bereute. Diese Problematik zu beheben, so konnte sich das Kabinett zumindest nach einigen Anlaufschwierigkeiten einigen, sollte nun die erste Aufgabe sein.

Schäffers Bericht fiel angesichts des leicht zu beantwortenden Fragenkatalogs, der im Grunde ja aus „Ja oder Nein – Fragen“ bestand, wenig spektakulär aus. In allen Punkten habe Kahr den Forderungen der Regierung zugestimmt. Die bewaffneten Kräfte stünden zur Verfügung, er plane keine Diktatur und werde sich künftig immer bei den Ministerien rückversichern. Kahr übte sich in Demut vor der Regierung. Wenn auch von flauen Gefühlen begleitet ließ sich der Ministerrat so in der Tat beruhigen. Knilling erklärte am

¹⁹⁹⁶ Der Aufruf Kahrs vom 11.11.1923 demonstriert unmissverständlich, dass der Generalstaatskommissar auf seinem Posten selbstbewusst weiterhin die Führerschaft im vaterländischen Lager beanspruchte und die Sympathien, die nun auf Seiten Hitlers standen, weiterhin für sich gewinnen wollte. „In meiner Hand ruht die gesamte vollziehende Macht des bayerischen Staates, in welchem wir den Kern eines neuen ehrenvollen und gerechten deutschen Staatswesens aufrichten wollen. (...) Ehre den Toten, aber Deutschland über alles! In diesem Geist sind die bayerische Reichswehr und die Landespolizei in unerschütterlicher Treue um mich versammelt. Wir sind unbeugsam entschlossen, diesen Weg weiter zu gehen. Aber wir rufen im Namen Deutschlands alle auf, denen nichts höher steht als ihr Vaterland, mit uns den Weg zu gehen, der uns zum sicheren Ziele führen wird. Die Stunde ist groß und schwer. Sie darf aber nicht über Kleinerem und Persönlichem verlorengelangen. Alle Gegner hoffen heute, dass der nationale Gedanke über dem traurigen Streich dieser Tage zugrunde geht. Aber wir lassen ihn nicht zugrunde gehen. Wir lassen nicht von unserer Fahne schwarz-weiß-rot. Wir rufen Euch auf, Euch alle wieder um sie zu sammeln. Bayern in Deutschland vorn!“ Zit. bei Rothenbücher, Kahr, S. 9.

¹⁹⁹⁷ Vgl. Ministerratssitzung vom 12.11.1923, BayHStA, MA 99518.

Ende, zwar nicht gänzlich mit der Situation zufrieden zu sein, aber dennoch neben Kahr im Amt zu verweilen. Er wolle als Ministerpräsident nicht den Eindruck der Fahnenflucht erwecken. Gürtner wiederum ging bereits daran, sich im Sinne des Ansehens Bayerns gegen eine Verlegung der wohl kommenden Gerichtsverhandlungen nach Leipzig auszusprechen.¹⁹⁹⁸ Die Richtung war also gesetzt: Kahr durfte trotz aller Bedenken zunächst bleiben. Die peinlichen Vorkommnisse sollten kleingehalten und ausgesessen werden. Das Kabinett Knilling brachte mit seiner Haltung nach wie vor nicht die Kraft auf, die Führung des Landes wieder selbst in die Hände zu nehmen. Es konnte sich in seinem eigentlichen Wunsch, dem Rücktritt Kahrs, den es zu bestimmen - zumindest gemäß Verfassung - jederzeit in der Lage gewesen wäre, nicht durchsetzen. Die Staatsautorität sollte also nicht durch einen klaren und öffentlichen Bruch zwischen dem Ministerpräsidenten Knilling und Kahr, sondern gemeinsam mit Kahr, mit aller Rücksicht auf ihn und die vaterländischen Kräfte, wieder entstehen.

Ein Ende des Generalstaatskommissariats Kahr kam damit auf absehbare Zeit nicht in Sicht. Dies sollte erst im Februar 1924, also vier Monate nach dem Putsch, erfolgen. Aber auch die Regierung Knilling verweilte noch Monate im Amt und entwickelte dabei schließlich einen erstaunlichen Aktionismus. Sie fasste sich in der Folgezeit das Ziel, ihr Ansehen und ihre Autorität mit eigenen Maßnahmen, ohne sich mit Kahr zu befassen, wieder in günstigeres Licht zu rücken. Dazu entwickelte sie den Plan, zur Rettung ihrer Ehre jene Vorhaben unter ihrer Führung nun doch noch zum Erfolg zu führen, die Bayern schon seit der Ministerpräsidentenschaft eben dieses Gustavs von Kahr anstrebte. Die Vorhaben lassen sich in zwei wesentliche Schlagrichtungen nach innen und außen unterscheiden: Zum einen ist der Umbau der bayerischen Verfassung mittels einer Ausstattung mit Machtfaktoren, die abseits von Landtag und Parteien standen, zu nennen. Dafür waren das Staatspräsidentenamt und eine zweite, berufsständische Kammer angedacht. Zum anderen blieb es ganz im Sinne des Ordnungszellengedankens unbeirrbar der Wille Knillings und seiner Regierung, auch auf die Zustände im Reich auszustrahlen und einzuwirken. Bayern sollte, trotz der Demütigung des Putsches, erneut als die politische Alternative zum Weimarer System und der Reichsregierung präsentiert werden, die zwar seit Ende November wieder mit Beteiligung der BVP versehen war, aber mit Reichskanzler Marx doch unter der Führung des gemäßigten Zentrums stand.¹⁹⁹⁹

¹⁹⁹⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 13.11.1923, BayHStA, MA 99518.

¹⁹⁹⁹ Die Streitigkeiten zwischen Bayern und dem Zentrumskanzler Wilhelm Marx, die sich vor allem um föderalistische Fragen drehten, sollten sich bis zum April 1924 noch so weit entwickeln, dass Marx sich öffentlich zu folgender Aussage hinreißen ließ: „So ein paar Kompagnien Besatzung würden den Herrn in

Das offizielle Ziel war es erneut, die unitaristischen Tendenzen der Weimarer Politik zu brechen und eine Rückkehr zum Föderalismus zu bewirken. Dies, so konnte sich Knilling sicher sein, entsprach auch der Erwartungshaltung der BVP-Fraktion im Landtag.²⁰⁰⁰ Schon in der ersten Sitzung nach dem Putsch hatte Knilling, noch ohne über die Zukunft seines Kabinetts Sicherheit zu besitzen, angeregt, umgehend föderalistische Forderungen zu erheben. Der stellvertretende Ministerpräsident Matt sollte zeitnah zu Verhandlungen mit dem Reich entsandt werden. Der noch amtierende Kanzler Stresemann, so die damalige Überzeugung Knillings, erwarte das von Bayern.²⁰⁰¹ Kurz nach ihrem Streit vom 12. November vertraten Knilling und seine Minister wieder völlig einig die Anschauung, dass vor allem die Wiedererlangung der Finanzhoheit durchaus erreicht werden könne. Der von Berlin nach München beordnete bayerische Gesandte gab auch dem Militär- und dem Verkehrswesen erneut Chancen, vom Reich zurück in die Obhut Bayerns zu gelangen.²⁰⁰² Die Reichsbahn könnte nach den Vorstellungen des Ministerrats schlicht in zwei Sondervermögen aufgeteilt werden, nämlich eine bayerische und eine deutsche Reichsbahn.²⁰⁰³ Für die Reichspost wurde zumindest ein Miteigentum des Freistaates angestrebt.²⁰⁰⁴ Und für die Fragen des Finanzwesens wurde Krausneck beauftragt, nach Berlin zu reisen und Verhandlungen zu führen.²⁰⁰⁵

So wurde als Zusammenfassung all dieser Einzelbestrebungen schon im Januar 1924 durch Knilling und Schmelzle eine Denkschrift²⁰⁰⁶ der bayerischen Staatsregierung zur Revision der Weimarer Reichsverfassung präsentiert,²⁰⁰⁷ die der Ministerrat am 28. Dezember abgesegnet hatte. Ihr wurde eine große Bedeutung für die bayerische und deutsche Geschichte zugemessen, immerhin sollten sich sämtliche Verhandlungen mit dem Reich künftig auf sie stützen. Allein Krausneck kamen dabei noch kurze Bedenken,

Bayern außerordentlich gut tun.“ Zit. bei Hehl, Marx, S. 281. Zunächst aber gab sich Reichskanzler Marx alle Mühe zu einem respektvollen Umgang mit Knilling. Vgl. Hehl, Marx, S. 260f. Marx hatte zu Beginn seiner Regierung am 30. November 1923 den BVP Mann Emminger als Justizminister ins Kabinett geholt, was als Versuch einer Aussöhnung mit Bayern gesehen werden kann. Die BVP betonte aber, sich an diese Regierung nicht gebunden fühlen zu wollen. Vgl. Ruppert, Dienst, S. 39.

²⁰⁰⁰ Vgl. Keßler, Held, S. 417.

²⁰⁰¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 10.11.1921, BayHStA, MA 99518.

²⁰⁰² Vgl. Ministerratssitzung vom 13.11.1921, BayHStA, MA 99518.

²⁰⁰³ Konkretisiert wurden die Pläne zur Bahn im Januar. Knilling gab hierbei, im vollen Bewusstsein um die politischen Schwierigkeiten und nicht zuletzt um die Schulden, die der Freistaat übernehmen müsste, die Parole aus, „für Bayern herauszuholen, was zu holen ist.“ Ministerratssitzung vom 10.1.1924, BayHStA, MA 99518.

²⁰⁰⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 19.11.1921, BayHStA, MA 99518.

²⁰⁰⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 27.11.1921, BayHStA, MA 99518.

²⁰⁰⁶ Die Denkschrift ist abgedruckt bei Menges, Schmelzle, S. 231ff.

²⁰⁰⁷ Die Wurzeln dieses Werks gingen innerhalb der BVP zurück auf eine „Denkschrift zur Revision der Reichsverfassung im föderalistischen Sinne“ vom Juni 1920, die eine unter dem Namen „Mittwoch-Vereinigung der Geistesarbeiter der Bayerischen Volkspartei“ unter Leitung des Historikers Hermann Grauert erarbeitet hatte. Vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 43.

ob Bayern für solche Forderungen derzeit einen ausreichend seriösen Ruf im Reich genieße. Andere, selbst der gemäßigte Schweyer, befassten sich längst schon wieder mit ganz anderen Fragen, so zum Beispiel, ob die Denkschrift „die Verdienste der Monarchie um die Kulturpflege“²⁰⁰⁸ mehr herausstellen sollte.

Selbst von den Verstößen gegen die Reichsverfassung, die Bayern im Herbst 1923 begangen hatte, wich Knilling nicht ohne weiteres ab. Das zeigte sich dadurch, dass der Generalstaatskommissar im Amt blieb, obwohl dies angesichts eines übergeordneten Reichsausnahmestandes gegen die Weimarer Verfassung verstieß. Das zeigte sich aber auch dadurch, dass Knilling die bayerische Division der Reichswehr, die man im Oktober 1923 ebenfalls verfassungswidrig auf Bayern verpflichtet hatte, nicht einfach wieder in die Hände des Reiches übergab. Auch der eigentlich von Berlin aus abgesetzte Landeskommandant Lossow blieb zunächst im Amt. Knilling sah hier eine willkommene Verhandlungsmasse, sodass die Denkschrift um militärische Forderungen erweitert wurde. Diese Forderungen versuchte Knilling in Bad Homburg umzusetzen, wo er am 14. Januar 1924 mit der Reichsregierung über Lösungsmöglichkeiten des immer noch bestehenden Konflikts verhandelte. Bayern ging dabei mit ungebrochenem Selbstbewusstsein vor, obgleich das Ergebnis am Ende bescheiden blieb. Die Reichsregierung war nicht gewillt, den Forderungen Bayerns wesentlich entgegenzukommen, sodass es bei einigen unwesentlichen Ergänzungen der Reichsverfassung blieb. Der Ministerrat musste sich Anfang Februar einhellig eingestehen, dass das Erreichte es nicht wert sei, damit vor die Öffentlichkeit zu treten.²⁰⁰⁹ Nach der sogenannten Homburger Vereinbarung sollte künftig bei Abberufung des Landeskommandanten oder Verwendung bayerischer Truppenteile außerhalb Bayerns nur „möglichst“²⁰¹⁰ ein Einvernehmen hergestellt werden. Auch wenn die gesamte Reichswehr künftig nicht nur auf das Reich, sondern auch den jeweiligen Heimatstaat vereidigt wurde und man sich weitere Behandlung der Vorschläge aus der Denkschrift vorbehielt, blieb die Armee am Ende doch ganz und gar in der Verfügung des Reichs. Der von vorne herein wenig chancenreiche Plan, die Wehrhoheit langfristig zurückzuerlangen, gelang Knilling also nicht. Doch immerhin war er offensiv mit dem Thema umgegangen. Er entschuldigte sich nicht für den bayerischen Verfassungsbruch,

²⁰⁰⁸ Ministerratssitzung vom 28.12.1923, BayHStA, MA 99518.

²⁰⁰⁹ Vgl. Ministerratssitzung vom 2.2.1924, BayHStA, MA 99518.

²⁰¹⁰ Zit. bei Huber, Dokumente, S. 353. Vgl. ferner Hehl, Marx, S. 264.

er nahm ihn unbeirrt zur Grundlage weiterer Politik gegenüber dem Reich. Dementsprechend blieb sein Ansehen in der Reichshauptstadt begrenzt.

Auch hinsichtlich der bayerischen Innenpolitik trieb die Regierung Knilling ihren Aktionismus nach dem Hitlerputsch noch Monate voran, um wieder als die handelnde Kraft gesehen zu werden. Das zeigte sich unter anderem an dem am Ende gescheiterten Versuch, den Finanzminister mit besonderen Vollmachten auszustatten und so nach der Inflation die Finanzen des Staates ohne lange Debatten wieder zu ordnen. Krausneck wäre nach dem Wunsch Knillings mittels eines sogenannten „Ermächtigungsgesetzes“ befugt worden, ohne Landtagsbeschlüsse²⁰¹¹ oder Zustimmung seiner Ministerkollegen überall im Staat Einsparungen und Umstrukturierungen vorzunehmen. Die große Staatsreform, die schon Kahr und Lerchenfeld diskutierten, und die Knilling im ersten Teil seiner Amtszeit wenig interessierte, sollte nun doch forciert werden. Anders als im Falle des Generalstaatskommissariats, welches sich über die Verhängung eines Ausnahmezustandes legitimierte, sollte zu diesem Zweck besagtes Ermächtigungsgesetz für den Finanzminister vom Landtag beschlossen werden. Das Parlament sollte sich dabei für eine gewisse Zeit selbst entmachten.²⁰¹² Der Landtag, so Knilling im Ministerrat, müsse ausgeschaltet werden und auch die Ressortpolitik der Ministerien habe zurückzustehen. Es schien also abermals die verbreitete Grundüberzeugung durch, dass der Landtag und die parlamentarische Regierung nicht dazu geeignet sind, Probleme zu lösen. So sehr man mit dieser Idee im Fall des Generalstaatskommissariats auch gescheitert war, so sehr rief Knilling noch nicht einen Monat nach dem Putsch erneut nach einer starken Hand, die es zu ermächtigen galt. Das Vorhaben scheiterte am Ende am Misstrauen der übrigen Ressortchefs gegen Krausneck, schließlich hätte dieser Personalabbau in jedem Ressort vornehmen können, und vor allem an der stetigen Weigerung des Bauernbunds, das Projekt im Landtag zu unterstützen. Selbst Pläne für reduzierte Vollmachten Krausnecks, nach denen er bei allen Beschlüssen des Ministerrats ein finanzpolitisch begründetes, aufschiebendes Veto hätte einlegen dürfen, kamen in der Praxis nicht zum Tragen.²⁰¹³ Der Bauernbund stieg aus Protest gegen das Ermächtigungsgesetz sogar schon im Dezember 1923 aus der Koalition aus.²⁰¹⁴ Zwar war

²⁰¹¹ Schilcher erkennt hier auch in der gesamten BVP den Wunsch nach einer „dauerhaften Beschneidung der Partizipationsmöglichkeiten des Landtags.“ Schilcher, *Parlamentarismus*, S. 162.

²⁰¹² Dies war nicht nur in Bayern ein Ende 1923 populäres Modell. So wurde beispielsweise die Regierung Hieber in Württemberg Ende 1923 zur rigorosen Durchführung von Sparmaßnahmen ermächtigt, was radikale Verwaltungsreformen und einen Beamtenabbau von 15% nach sich zog. Vgl. Weller, *Geschichte*, S. 291f.

²⁰¹³ Vgl. Ministerratssitzungen vom 27.11. und 13.12.1923, BayHStA, MA 99518.

²⁰¹⁴ Vgl. Bergmann, *Bauernbund*, S. 309.

ein Rücktritt des bündlerischen Landwirtschaftsministers Wutzlhofer schon lange Knillings Wunsch gewesen, dennoch verkleinerte sich damit die Basis seiner Regierung im Landtag. Knillings Versuch, über einen ermächtigten Finanzminister nun die lange diskutierten Sparreformen in Bayern umzusetzen, misslang letztendlich.

Das Ermächtigungsgesetz war nicht das einzige Beispiel für den plötzlichen Tatendrang des Ministerpräsidenten. Von Seiten Knillings, aber vor allem auch seitens der BVP und der BMP wurde darüber hinaus weiterhin das Ziel verfolgt, die bayerische Verfassung endlich auch langfristig in einem Sinne umzugestalten, der die ungeliebte, reine Parteiendemokratie zügeln sollte. Die Einführung einer zweiten, berufsständischen Kammer abseits der Parteien und die Einführung des Staatspräsidentenamtes waren erneut die Schlagworte. Da einerseits der Bauernbund auch diese Ziele nicht mit verfolgte und andererseits im Landtag die nötige Zweidrittelmehrheit nicht zu erreichen war, wurde als letzte legale Möglichkeit ein Volksbegehren ins Leben gerufen. Knilling und die BVP versuchten also abermals, die Parlamentsmehrheiten im Landtag zu umgehen. Die Vorlage sah in diesem Sinne auch eine Erleichterung von Verfassungsänderungen sowie einen Ausbau des Plebiszits vor.²⁰¹⁵ Das Begehren startete zunächst mit großem Zuspruch. Am 17. Februar hatten sich bereits über eine Million Bayern in die Unterstützerlisten eingetragen. Doch am Ende war alle Hoffnung, die bei Knilling und in weiten Teilen der BVP und BMP daraus erwuchs, vergebens. Auch dieser Versuch entwickelte sich, ähnlich wie die Homburger Verhandlungen, nicht zur Sternstunde für Knilling. Der gleichzeitig mit den Landtagswahlen am 6. April 1924 abgehaltene Volksentscheid scheiterte, da auch hier die zur Abänderung der Verfassung nötige Zweidrittelmehrheit verfehlt wurde.²⁰¹⁶ Auch die Landtagswahlen selbst brachten der BVP eine deutliche Schlappe.²⁰¹⁷ Die Bayern hatten den Kurs Knillings und seiner Partei also nicht honoriert.

Spätestens diese Niederlage im April 1924 sollte den Aktionismus der Regierung Knilling allmählich wieder bremsen. Auch in der BVP änderte sich die Stimmung

²⁰¹⁵ Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 37.

²⁰¹⁶ Vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 89f. Die BVP versuchte auch danach noch zweimal, eine Verfassungsänderung im Landtag herbeizuführen, scheiterte jedoch immer wieder. Vgl. Schilcher, Parlamentarismus, S. 36.

²⁰¹⁷ Die Landtagswahl 1924 war für die regierende BVP die schlechteste in der gesamten Weimarer Zeit. Sie hatte rund 190 000 Wähler verloren und rutschte zum einzigen Mal in ihrer Geschichte unter die Marke von einer Million Stimmen. Ihre Mobilisierungsfähigkeit hatte also einen Tiefpunkt erreicht. Vgl. Thränhardt, Wahlen, S. 349. Auch im Volksbegehren musste die BVP eine krachende Niederlage hinnehmen: Während für einen Sieg eine Zweidrittelmehrheit nötig gewesen wäre, verfehlten die Initiatoren sogar die einfache Mehrheit um rund 100 000 Stimmen. Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 37.

dahingehend, dass man sich nun mit der neuen Verfassung abzufinden hatte und die Zeit für andersartige Visionen vorüber war. Für manche in der BVP war nach der Revolution die Forderung nach einem bayerischen Staatspräsidenten mehr oder weniger offen mit dem Hintergedanken verbunden, einen „Platzhalter der Monarchie“²⁰¹⁸ zu etablieren, der als erster Schritt zur Wiedereinsetzung des angestammten Herrscherhauses der Wittelsbacher dienen könnte. Erfolg war all diesen Versuchen, wie ernsthaft sie auch immer gewesen sein mögen, jedoch definitiv nicht zuteil geworden. Solche Ideen verloren nun in weiten Teilen der BVP die letzte Ernsthaftigkeit und man kam über das Niveau populistischer Lippenbekenntnisse nicht mehr hinaus.²⁰¹⁹ Ein Kurswechsel mit den Rahmenbedingungen der neuen Republik, nicht mehr allein gegen sie, wurde immer offensichtlicher die einzige Möglichkeit, die BVP vor künftigen Niederlagen zu bewahren. Der Großteil der Wähler honorierte, anders als Knilling erhofft hatte, die klassischen Themen der Ordnungszelle nicht mehr. Das war auch ein klares Signal an den Ministerpräsidenten der BVP, Eugen von Knilling.

Auch die von Staatsrat Schmelze ausgearbeitete Denkschrift zur Revision der Reichsverfassung im föderalistischen Sinne verlief am Ende im Sande und wurde nicht mehr weiterverfolgt, zumal sie sich in ihrer Kompromisslosigkeit als so gut wie nicht durchsetzbar bewiesen hatte.²⁰²⁰ Ihre Geschichte ging über eine schlichte ablehnende Antwort des Reichsinnenministeriums nicht mehr hinaus.²⁰²¹ Gegenüber den großen Hoffnungen, die Knilling und die große Mehrheit des Ministerrats in die Aktionen setzte, bewahrheiteten sich also die von Anfang an vorgebrachten Bedenken des Finanzministers Krausneck, dass Bayern zu viel an Kredit und Ansehen verspielt habe, um die Sache zum Erfolg zu führen. Die Schwäche und das Chaos, welche Knilling und die etablierten Kräfte Bayerns im Herbst 1923 zu verantworten hatten, waren nicht vergessen. Sein Versuch, weiterhin mit dem großen Thema der bayerischen Eigenstaatlichkeit und parlamentskritischen Gedanken zu punkten, war gescheitert.

Betrachtet man nun abseits der größten Linien bayerischer Politik Knillings Verhalten gegenüber denen, die ihn zum Teil im Herbst 1923 ins Chaos gestoßen hatten, nämlich den vaterländischen Kräften, so ergab sich auch hier kein wirklicher Politikwechsel des Ministerpräsidenten. Dass die bayerische Politik dank seiner Führung nach der Putscheraufhebung wieder in die Mitte gerückt wäre und sich von den Rechtsextremen klar

²⁰¹⁸ Vgl. Fenske, Konservatismus, S. 238. Vgl. ferner Schönhoven, Volkspartei, S. 25.

²⁰¹⁹ Vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 25. Vgl. ferner Wiesemann, Vorgeschichte, S. 36ff; Hehl, Marx, S. 265.

²⁰²⁰ Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 48ff. Vgl. Menges, Freistaat, S. 230f.

²⁰²¹ Vgl. John, Bundesstaat, S. 191.

distanziert hätte, lässt sich nicht behaupten. Auch hier lässt sich vielmehr ein neuer Aktionismus Knillings beobachten. Es blieb unbeirrt Knillings Vision, das Verbändelager zu vereinen. Zwar hatte der Glaube, dass er hier die Führungspersönlichkeit sein könnte, nachgelassen, aber Knilling steckte sich nun das Ziel, die Verbände zumindest unter die Führung eines Vertrauensmanns der Regierung zu bringen. Er ging also im Prinzip den Weg weiter, den er mit der Errichtung des Generalstaatskommissariats seit August 1923 bereits eingeschlagen hatte. In der Überzeugung, dass die Verbände trotz aller im November gemachter Erfahrungen wieder dazu dienen sollten, die Bayern auch an der Waffe auszubilden, unterschied sich Knilling in keiner Weise von der Gedankenwelt Kahrs,²⁰²² nur dass der Ministerpräsident dem Generalstaatskommissar aus genannten Gründen nicht mehr vertraute. Ein neuer potentieller Anführer für das Verbändelager musste her. Knillings Suche nach einem solchen Anführer verlief problemlos, schlug dieser sich in Person des Ritters von Epp doch selber vor. Mit ihm sollte nun im aufgewühlten rechten Lager für Beruhigung gesorgt werden. Epp war seit seiner Taten bei der Niederschlagung der Räterepublik angesehen²⁰²³ und auch von mehreren anderen Gelegenheiten für sein hartes Durchgreifen gegen linke Umsturzversuche bekannt.²⁰²⁴ In der Lossow-Krise hatte er sich klar auf Seiten der bayerischen Staatsregierung gehalten und somit in Berlin seine vorzeitige Verabschiedung aus der Reichswehr provoziert.²⁰²⁵ Obwohl er noch im Januar 1923 am umstrittenen Parteitag der NSDAP teilgenommen hatte,²⁰²⁶ nahm er während des Hitler-Putschs lediglich eine vermittelnde Stellung ein.²⁰²⁷ Am 28. Dezember beschloss der Ministerrat unter besonderer Fürsprache Knillings und Krausnecks General von Epp, der damals noch Mitglied der BVP war, sich jedoch ein Jahrzehnt später noch als Reichsstatthalter des Führers in Bayern einen Namen machen sollte, zum hauptamtlichen Landesbefehlshaber über die vaterländischen Verbände zu

²⁰²² Vgl. Fenske, Konservativismus, S. 232.

²⁰²³ Ein fränkischer Wanderverein beispielsweise forderte Knilling schon im September auf, Epp in tragende Funktion zu bringen: „Herr General Epp ist der Befreier Münchens und wir erwarten von ihm noch viel im schweren Freiheitskampf nach innen und außen.“ Männer-Wanderbund Franken e.V. an Knilling am 20.9.1923, BayHStA, MA 102388.

²⁰²⁴ „Schreckschüsse gibt es nicht. Wenn von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden muss, ist sie mit voller Härte anzuwenden“, so erklärte Epp im März 1920 in einem Tagesbefehl an seine Männer, in dem er zum Kampf gegen bolschewistische Aufstände in Thüringen aufforderte. Zit. bei Hürten, Anfänge, S. 55.

²⁰²⁵ Epp errang sich durch seine zeitweilige Bindung an die BVP-Regierung den Spitznamen „Muttergottes-General“. Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 76.

²⁰²⁶ Vgl. Altendorfer, Schäffer, S. 183.

²⁰²⁷ Dabei stand er weniger mit dem Herzen auf Seiten der Verfassung, als dass er es für unumgänglich hielt, dass die Befehlskette in der Reichswehr für jeden Soldaten nun einmal ungeprüft gelten müsse. Und diese lag in Augen Epps in diesem Fall beim Triumphvirat. Vgl. Frank, Epp, S. 113ff.

berufen. Für diesen Zweck wurde Epp mit Geldmitteln aus dem Etat des Innenministeriums und mit notpolizeilichen Kompetenzen ausgestattet.²⁰²⁸

Dass die durch den Generalstaatskommissar verhängte Auflösung des Kampfbundes und seiner Mitglieder währenddessen nur fragwürdige Effizienz zeigte,²⁰²⁹ die Hitlertruen also noch organisiert waren und die Machbarkeit von Epps Mission daher ebenso zweifelhaft war wie bei Kahrs Generalstaatskommissariat, blieb in dieser Sitzung unbehandelt. Als Ergebnis entstand der sogenannte „Deutsche Notbann“, eine Dachorganisation unter Leitung Epps, die als Hilfspolizei getarnt exklusiv die Ausbildung der ihm angehörenden Verbände durch die Reichswehr organisierte. Doch in der Praxis wurde dieser Gedanke nicht streng genommen und nicht konsequent umgesetzt. Das zeigte sich beispielweise in der Tatsache, dass für einzelne Freiwillige keine offizielle Mitgliedschaft nötig war, um eine Ausbildung durch die Reichswehr zu erhalten.²⁰³⁰ Man verzichtete also weiterhin darauf, genau zu prüfen, wen man an der Waffe unterrichtete. Man verzichtete weiterhin auf die Durchsetzung eines eindeutigen Gewaltmonopols des Staates. Über die Wahlen des Jahres 1924 ließ das Interesse der Regierung jedoch deutlich nach. Die Sache des Notbanns wurde zum Ärger Epps mehr und mehr lieblos vor sich hergeschoben.²⁰³¹ Schon zuvor sah Epp es nur ungern, dass der Notbann ab Januar 1924 im Ressort Schweyers angesiedelt war, und gab seinem Missfallen und seinem Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Staatsregierung Luft: „Jetzt wird die Herrschaft wieder rein an die politischen Kuhhändler übergeben“²⁰³², so kommentierte er in seinen Aufzeichnungen. Wieder hatte Knilling sich auf Grund seines persönlichen Mangels an Einfluss also einen Mann mit vaterländischem Ruf an die Seite gestellt, der über mangelnde Macht klagte und das parlamentarische System im Grunde verachtete. Doch diesmal sollte sich das Thema am Ende von selbst erledigen. Die große Zeit der bewaffneten Verbände in Bayern war vorbei. Dieses Abflauen liegt aber bestenfalls in einer gewissen Untätigkeit der bayerischen Regierung, keinesfalls aber hatte sie ihre grundsätzliche Zuneigung zu den vaterländischen Wehrverbänden an sich aufgegeben. Einen wirklich Schlusspunkt und Wandel hat sie aktiv auch nach Knilling

²⁰²⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 28.12.1923, BayHStA, MA 99518.

²⁰²⁹ Zwar waren Reichsflagge, Oberland und SA verboten, die Regierungspräsidenten meldeten jedoch nach München, dass sich unter den Namen Altreichsflagge, Isargau und Kommando Nord/ Deutsche Arbeiterpartei e.V. bereits jeweils entsprechende Auffanggruppen bildeten. Vgl. Fenske, Konservatismus, S. 228.

²⁰³⁰ Vgl. Fenske, Konservatismus, S. 234. Vgl. ferner Nusser, Wehrverbände, S. 259f.

²⁰³¹ Vgl. Frank, Epp, S. 122f.

²⁰³² Zit. bei Frank, Epp, S. 121

nicht gesetzt. Es war viel mehr der sich bessernden Wirtschaftslage im Land geschuldet, dass das Interesse mit der Zeit zurückging.

Auch in einer anderen Hinsicht zeigt sich, dass Knilling zu einem klaren Kurswechsel gegenüber dem Rechtsextremismus nicht bereit war. Die Regierung Knilling, unterstützt von der BVP, konnte sich nicht davon lösen, innen- und justizpolitische Komplimente nach rechts zu verteilen. Es ging dabei um ein Signal, wie Bayern in Zukunft mit rechtsextremen Gewalttätern umgehen würde. Beispielhaft hierfür ist die Angelegenheit des Anton Graf Arco auf Valley. Der Mörder des Ministerpräsidenten Kurt Eisner wurde eigentlich im Januar 1920 zum Tode verurteilt. Nur einen Tag nach dem Urteil aber hatte schon damals die Regierung Hoffmann das Todesurteil in lebenslange Haft umgewandelt.²⁰³³ Kurz nach dem Hitlerputsch entwickelte sich nun in der BVP eine Diskussion darüber, den jungen Grafen gänzlich zu begnadigen. Der ehemalige Ministerpräsidentenmörder sollte nun, so der Plan, als im rechten Lager angesehener Mann - ähnlich wie Epp - vor den Karren der Regierung gespannt werden. So schrieb Georg Heim an seinen Parteifreund Fritz Schäffer: „Ich halte die Begnadigung Arcos auf Weihnachten oder Neujahr für eine Staatsnotwendigkeit; er ist ein sehr gescheiter Kerle, er wird in die Agitation gehen und zwar im rein bayerischen Sinn und ein Gegengewicht gegen die Hitlerei schaffen.“²⁰³⁴ Und in der Tat, wenn auch nicht in der von Heim gewollten Geschwindigkeit, brachte Knilling im Januar 1921 die Begnadigung Arcos im Ministerrat mit dem Argument zur Sprache, dass diese von weiten Kreisen gewünscht werde.²⁰³⁵ Im März setzte der Ministerrat schließlich mit großer Einmütigkeit den Strafvollzug für den Attentäter zum 13. April 1924 aus.²⁰³⁶ Nur kurze Zeit später fand sich der verurteilte Attentäter Graf Arco im Kreis um Ritter von Epp wieder und wirkte im Deutschen Notbann mit, die bayerische Staatsgewalt zu verteidigen.²⁰³⁷ Knilling machte abermals deutlich, dass er zu Milde gegenüber Rechts weiterhin bereit war.

Das galt auch im Hinblick auf Hitler. Hier plagte nicht nur Knilling, sondern die gesamte politische Elite Bayerns eine gewisse Sorge, dass manche Verbindungen und Planungen zwischen dem Generalstaatskommissariat, der Regierung, Kahr, dem Kampfbund Hitlers und anderen fragwürdigen Wehrorganisationen allzu deutlich ans Tageslicht gerückt

²⁰³³ Vgl. Schwend, Bayern, S. 572.

²⁰³⁴ Heim an Schäffer am 13.12.1923, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2525.

²⁰³⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 21.1.1924, BayHStA, MA 99518.

²⁰³⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 27.3.1924, BayHStA, MA 99518.

²⁰³⁷ Vgl. Kanzler an Heim am 25.7.1924, Stadtarchiv Regensburg, NL Heim 2522.

werden könnten, wenn eine zu breite Aufarbeitung des Putsches stattfände.²⁰³⁸ Noch im Nachruf auf den 1927 verstorbenen Knilling kokettierte der Völkische Beobachter eben mit dieser Angst, da ein Untersuchungsausschuss des Landtages die Geschehnisse des November 1923 nochmals aufrollte und Knilling einem Auftritt vor eben diesem Ausschuss durch den Tod entging.²⁰³⁹ Gerade in der Phase unmittelbar nach dem Putsch, in der die Vertrauenslinien in der bayerischen Politik wie gezeigt äußerst belastet schienen, ja Knilling selbst ja kaum wusste, ob Kahr in nun beseitigen wollte oder nicht, musste die Angst vor einem alles in die Öffentlichkeit zerrenden Verfahren umso größer sein. Knilling wusste, dass das aufgebrachte Volk in der Landeshauptstadt teils ganz andere Anschauungen von Recht und Unrecht vertrat und mit den Putschisten, nicht mit ihm, sympathisierte. So wurde es bereits unmittelbar nach dem Putsch zum Ziel der bayerischen Staatsregierung, durch den Hitlerprozess keine zu großen Gräben aufzudecken und vor allem um alles in der Welt zu verhindern, dass der Prozess an den ungeliebten Staatsgerichtshof nach Leipzig²⁰⁴⁰ übertragen würde. Damit hätten die dunkelsten Zusammenhänge der bayerischen Politik, also auch die Rolle der Regierung oder Kahrs²⁰⁴¹ im Vorfeld des Putsches, außerhalb des bayerischen Einflusses beleuchtet werden können. Als am 13. November erste Anzeichen auftraten, dass der Prozess tatsächlich nach Leipzig kommen sollte, schlug Justizminister Gürtner sofort im Ministerrat Alarm und setzte den Kurs der Regierung auf eine Zuständigkeit des Volksgerichts in München fest.²⁰⁴² Schon am 15. November begann der bayerische Gesandte von Preger damit, in Berlin die – in Wahrheit abermals mit der Reichsverfassung unvereinbare - Zuständigkeit des Volksgerichts München I zu behaupten. Die Vertreter des Reichsjustizministeriums bewogen wohl politische Gründe, diesem Drängen tatsächlich sehr rasch nachzugeben und die Dinge auf eine Überweisung der Angeklagten nach München ans Volksgericht hinauslaufen zu lassen.²⁰⁴³ Kahr²⁰⁴⁴ und

²⁰³⁸ Vgl. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 20.

²⁰³⁹ „Ein tragisches Schicksal wollte es, dass der ehemalige bayerische Ministerpräsident in dem Augenblick starb, in dem seine Person erneut im Vordergrund des politischen Interesses stand. Vor einem hat ihn der plötzliche Tod allerdings bewahrt: vor der zweifelhaften Auszeichnung, gleich seinen Kollegen Gürtner und Schweyer ebenfalls vor jenen parlamentarischen Untersuchungsausschuss gezerrt zu werden, dessen Existenz an sich schon eine unausgesprochene Kritik seiner Person und seiner Partei darstellt.“ Völkischer Beobachter Nr. 244 vom 22.10.1927.

²⁰⁴⁰ Dieses Gericht wäre eigentlich zuständig gewesen. Gritschneder bezeichnet das spätere Urteil für Hitler schon aus diesem Grund als fehlerhaft. Vgl. Gritschneder, Bewährungsfrist, S. 49.

²⁰⁴¹ Schon zeitgenössisch vertrat beispielsweise Karl Rothenbücher, Professor für Staatsrecht an der LMU, die Auffassung, dass bei Kahr „der dringende Tatverdacht der Mittäterschaft an jenem Hochverrat“ bestünde und eine Anklage gegen ihn gerechtfertigt wäre. Vgl. Rothenbücher, Fall, S. 3.

²⁰⁴² Vgl. Ministerratssitzung vom 13.11.1923, BayHStA, MA 99518.

²⁰⁴³ Vgl. Gritschneder, Volksgericht, S. XXVIIIf.

²⁰⁴⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 21.1.1924, BayHStA, MA 99518.

Lossow²⁰⁴⁵ sollten nach Wunsch Knillings möglichst vor dem Prozess von ihren jeweiligen Posten weichen, damit zum Zeitpunkt des Prozesses keine aktuellen Verbindungen zur Regierung mehr bestünden. Einer, der diese Motivation der politischen Elite Bayerns hier am schnellsten verstand und sie im kommenden Prozess dementsprechend zu nutzen wusste, war Adolf Hitler. Kaum einen Monat nach dem Putsch äußerte er in Landsberg: „Ich bin grundsätzlich Gegner des Staatsgerichtshofes (...). In meinem jetzigen Falle aber halte ich das Volksgericht zur Aburteilung für ungeeignet, für befangen und für vollkommen unobjektiv. (...) In Leipzig würden verschiedene Herren den Gerichtssaal vielleicht noch als Zeugen betreten, verlassen würden sie ihn sicher als Gefangene. In München geschieht dies natürlich nicht: denn es darf ja hier nicht geschehen.“²⁰⁴⁶ Hitler dürfte damit ins Schwarze getroffen haben. In der Tat wurde Kahr vom Vorsitzenden des Volksgerichts München I, Neithardt, bei seiner Vernehmung im Hitlerprozess darauf hingewiesen, dass mittlerweile auch gegen ihn Ermittlungen wegen „Verdachts des Teilnehmerschaft“²⁰⁴⁷ angelaufen wären und er daher sich selbst belastende Aussagen verweigern könne. Einmal mehr versandeten diese Ermittlungen aber in den Mühlen der bayerischen Justiz, während in Leipzig eine Verurteilung als Mittäter durchaus als wahrscheinlich gelten konnte.²⁰⁴⁸ Die Auswirkungen, die es in Bayern gehabt hätte, wenn eine Unterscheidung zwischen revolutionärem Hitlerlager und staatstragendem Kahrlager nicht mehr hätte propagiert werden können, wenn prominente Vertreter der Obrigkeit, die vom Ministerrat berufen wurden, als Umstürzler bloßgestellt würden, wenn politischen Gegnern im ganzen Reich bayerische Interna auf dem Silbertablett präsentiert würden, wären undenkbar gewesen. Der tatsächliche Verlauf des Prozesses vor dem Volkgericht nun fand jedoch in Knillings Regierung ebenfalls keinen Anklang. Der Prozess geriet bekanntermaßen zu einem Propagandaschaulaufen Hitlers.²⁰⁴⁹ Schweyer beklagte während der Prozesstage, dass täglich Landespolizei und Reichswehr verunglimpft würden, während sich der Vorsitzende Georg Neithardt²⁰⁵⁰ im Umfeld des Gerichts unmissverständlich als Anhänger Ludendorffs zu verstehen gab und dessen Freispruch ankündigte. Ferner hätten die Angeklagten alle Freiheiten. Weber vom Bund Oberland bekomme alle Sonntage

²⁰⁴⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 2.2.1924, BayHStA, MA 99518.

²⁰⁴⁶ Zit. bei Gritschneider, Volksgericht, S. XXX.

²⁰⁴⁷ Zit. bei Gruchmann, Hitler-Prozess, S. 783.

²⁰⁴⁸ Vgl. Gritschneider, Volksgericht, S. XXX.

²⁰⁴⁹ Zu den stundenlangen, ungehinderten Ausführungen pflegte Hitler, wohl um die Wirkung wissend, sein Eisernes Kreuz am Anzug zu tragen. Vgl. Evans, Reich, S. 284.

²⁰⁵⁰ Dessen „nationalistische Voreingenommenheit“ war bereits aus anderen Prozessen, so dem um den Grafen Arco, bekannt. Vgl. Gritschneider, Bewährungsfrist, S. 63.

Stadturlaub. Auch für die Minister Meinel und Matt war die Eintracht zwischen Angeklagten und Gericht offenkundig und Krausneck sorgte sich abermals um das Ansehen Bayerns in Berlin. Sogar der Deutschnationale Gürtner wertete den Verlauf als peinlich, obgleich er sich sogleich darauf herausredete, dass seinem Ministerium in einem laufenden Verfahren die Hände gebunden seien.²⁰⁵¹ Knilling selbst hielt sich mit Aussagen zum Hitlerprozess sehr zurück, wohl nicht nur weil er zu jener Zeit schwer erkrankt auf Erholungsurlaub in Patenkirchen und zugleich von Rücktrittsgerüchten verfolgt war,²⁰⁵² sondern auch, weil es für das Ansehen seiner Regierung in dieser unangenehmen Sache absolut nichts zu gewinnen gab. Am Ende stand ein fragwürdig mildes Urteil²⁰⁵³ für Hitler als den Mann, der Monate zuvor noch die Regierungen in Bayern und Reich stürzen wollte.²⁰⁵⁴ Schon zu Weihnachten wurde Hitler wieder auf Bewährung entlassen.²⁰⁵⁵

So sehr man sich auch an die alte Ordnungszellenideologie klammerte, dass Bayern auf die politischen Verhältnisse im ganzen Reich ausstrahlen könnte, wenn es nur standhaft bleibe, und dass am Ende sogar die Reichsverfassung eine bayerische Handschrift tragen sollte – realistisch war dieser Anspruch nach dem gescheiterten Hitlerputsch nicht mehr. „Der politische Kredit des Landes war verspielt“, ²⁰⁵⁶ wie Schönhoven in seiner Arbeit über die BVP richtig zusammenfasste. Der Aktionismus in der Endphase des Kabinetts Knilling versandete am Ende fast in jedem Punkt. Die innerbayerischen Reformen waren an verschiedensten Widerständen zerrieben worden. Die Denkschrift zur Neugestaltung der Reichsverfassung vermochte bestenfalls eine kurze öffentliche Debatte im Reich anzuheizen, handfeste politische Wirkung blieb ihr aber verwehrt. Bayern war ein isolierter und blamierter Staat und seine führende Partei, die BVP, war im Reichstag nicht mehr als eine einzelgängerische Splittergruppe. Der neue Aktionismus Knillings war vergebens. Doch er zeigte eindeutig, dass der Hitlerputsch zunächst keinen wesentlichen Kurswechsel in der bayerischen Politik brachte und dass von Selbstkritik nichts zu

²⁰⁵¹ Knilling war in dieser Ministerratssitzung krankheitsbedingt nicht anwesend. Vgl. Ministerratssitzung vom 4.3.1924, BayHStA, MA 99518.

²⁰⁵² Vgl. Welt am Sonntag Nr. 8 vom 24.2.1924.

²⁰⁵³ Ein Brief des Sekretärs des Kronprinzen Graf Soden an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, Gruber, vor dem Prozess zeigt, dass diese Milde in politischen Kreisen Bayerns mitunter auch gewünscht wurde, um nicht zuviel Aufregung zu erzeugen. Der Kronprinz sah in dem Prozess die Gefahr einer schlechten Außendarstellung Bayerns und erhoffte „tunlichste Milde und damit eventuelle sofortige Begnadigung der Angeklagten.“ Soden an Gruber am 18.1.1924, BayHStA, NL Held 724.

²⁰⁵⁴ Zur Kritik am Urteil vgl. Gritschneder, Bewährungsfrist, S. 52ff.

²⁰⁵⁵ Auch das kritisiert Gritschneder als nicht rechtens, da sich Staatsanwaltschaft und Polizei damals klar gegen einen Gnadenakt ausgesprochen hatten, das Landgericht München I und das Bayerische Oberste Landesgericht sich aber trotzdem dafür entschieden. Vgl. Gritschneder, Bewährungsfrist, S. 99f.

²⁰⁵⁶ Vgl. Schönhoven, Volkspartei, S. 42.

bemerken war. Die Ordnungszelle sollte fortgeführt werden, auch wenn die Voraussetzungen nach der Blamage Bayerns vom Herbst 1923 keinesfalls mehr dieselben waren, wie bei Kahrs Antritt im März 1920.

Wenn Knilling angesichts der negativen Erfolgsbilanz nach dem Hitlerputsch noch eine Sache wirklich gelang und seiner Amtsführung nochmals einen gewissen Glanz verlieh, dann ist schließlich im Wesentlichen nur ein Beispiel zu nennen: In den letzten Abschnitt der Regierung Knilling fiel der Abschluss der Bemühungen um ein Konkordat Bayerns mit dem Heiligen Stuhl.²⁰⁵⁷ Natürlich wurde diesem völkerrechtlichen Vertrag „zentrale Bedeutung für Bayerns staatliche Eigenständigkeit“²⁰⁵⁸ zugeschrieben, war er doch ein letztes Überbleibsel bayerischer Diplomatie auf internationalem Parkett. Es ist aber festzustellen, dass das bayerische Konkordat in den Ministerratssitzungen unter Knilling nur eine untergeordnete Rolle spielte. Knilling sah keine Notwendigkeit, hegte im Ministerrat kein persönliches Interesse an einem neuen Konkordat, obwohl er sich in jungen Jahren wissenschaftlich mit dem alten Konkordat von 1817 beschäftigt hatte.²⁰⁵⁹ Der Schwerpunkt des Aktionismus in Knillings Endphase lag bei den oben erwähnten Maßnahmen, wohl schon weil der propagandistische Wert des Konkordats zwischen Bayern und der Kirche fragwürdig sein dürfte. Dennoch ist Winfried Becker Recht zu geben, dass der am 29. März 1924 abgeschlossene Vertrag selbstverständlich auch als föderalistische Tat gegen Unitarismus und Reichsregierung zu sehen ist. Einem grundsätzlich außenpolitisch äußerst beschränkten Bayern gelang hier eine Regelung der Dinge mit dem Heiligen Stuhl nicht nur vor allen anderen Ländern, sondern eben auch vor dem Reich. Vor allem hinsichtlich der Schulbestimmungen konnte sich Bayern hier selbstständig seine katholische Prägung bewahren. Der Wille zum Konkordat fand seine Wurzeln also auch in weltanschaulichen Unterschieden zwischen Bayern und Berlin.²⁰⁶⁰ Tatsachen müssten geschaffen werden, bevor das Reich in eine andere Richtung gehe, so die Meinung im bayerischen Ministerrat, wo man das Thema zeitgleich zu den sonstigen ehrgeizigen Projekten des Frühjahres 1924 behandelte.²⁰⁶¹ Die nötige Landtagsmehrheit

²⁰⁵⁷ Diese seien jedoch an dieser Stelle nur kurz umrissen, da eine ausführliche Behandlung in einer eigenen Dissertation an der LMU in München derzeit erfolgt. Die Arbeit wird von Florian Heinritzi unter Betreuung von Prof. Franz Xaver Bischof am Lehrstuhl für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit der LMU erstellt. Ein Aufsatz zum Thema wurde jedoch durch den Doktoranden schon veröffentlicht. Vgl. Heinritzi, Neuordnung, S. 203ff.

²⁰⁵⁸ Heinritzi, Neuordnung, S. 210.

²⁰⁵⁹ Menges, Schmelzle, S. 212.

²⁰⁶⁰ Vgl. Becker, Kirche, S. 177ff.

²⁰⁶¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 11.3.1924. Schweyer behauptete, dass Bayern hier sehr seine eigenen Interessen verfolgte, da man in Rom zu dieser Zeit dem deutschen Kurs der Zentrumspartei und somit einem Reichskonkordat deutlich mehr zugeneigt war, als den bayerischen Föderalisten. Vgl. Schwend, Bayern, S. 260.

wurde geschickt erreicht, indem man den evangelischen Kräften im Parlament einen ähnlichen Vertrag in Aussicht stellte.²⁰⁶² Das Konkordat passte also in den Aktionismus der Regierung Knilling, allerdings ohne dass sich Knillings Kabinett vor 1924 auch nennenswert damit beschäftigt hätte. Dass sich die bayerische Klärung der Verhältnisse zur katholischen Kirche im Nachgang dennoch als verfassungskonform und vorbildhaft für das übrige Reich²⁰⁶³ entwickelte, steht auf einem anderen Blatt. Falsch wäre es im Übrigen, würde man die Idee zum Konkordat Knilling oder seiner Regierung zusprechen: Die Verhandlungen hatten bereits im Januar 1920 unter Ministerpräsident Hoffmann als von Sozialdemokratie und BVP gemeinsam getragenes Projekt begonnen.²⁰⁶⁴

5.3.6. Knillings unfreiwilliger Rückzug aus der Politik

So sehr Eugen von Knilling anlässlich seiner Wahl zum Ministerpräsidenten beteuert hatte, ohne eigenen Ehrgeiz ins Amt gebeten worden zu sein, so widerwillig vollzog er seinen Rückzug aus diesem Amt. Dabei konnte er kaum darauf hoffen, dass seine politische Karriere sich fortsetzen würde. Seine letzten Monate als bayerischer Ministerpräsident waren wenig erfreulich für ihn. Spätestens mit den Wahlen im April 1924 wurde der allgemeine Wunsch nach einem Wechsel an der Spitze Bayerns überdeutlich, wobei Kritik an Knilling von verschiedenster Seite und aus unterschiedlichster Motivation prallte. „Wann geht Knilling?“²⁰⁶⁵ fragte die einst so Knilling-freundliche München-Augsburger Abendzeitung und stellte kurz darauf fest, dass Knilling sich ja ehrlich bemüht haben mochte, ihm in diesen Zeiten aber „der wahre Erfolg versagt bleiben musste.“²⁰⁶⁶ Er wurde als gescheitert dargestellt, ein neuer Mann müsse nun aus Knillings Fehlern lernen und es besser machen. Ein der BVP zugeneigter Pfarrer schrieb an Knilling, dass er dessen Bemühungen um eine zweite Landtagskammer ja lobe, aber dass er einfach nicht verstehe, warum Knilling Hitler und Ludendorff nicht aus Bayern verwiesen habe.²⁰⁶⁷ Wie zu erwarten schoss sich auch die Opposition nach dem November 1923 mehr und mehr auf Knilling ein. Die sozialdemokratische Münchner Post beschwor ein Bild, nach dem ein unbelehrbarer Ministerpräsident Knilling nach wie

²⁰⁶² Vgl. Ministerratssitzung vom 10.3.1924, BayHStA, MA 99518.

²⁰⁶³ Vgl. Hürten, Revolution, 490.

²⁰⁶⁴ Vgl. Heinritzi, Neuordnung, S. 211ff. Vgl. Ruppert, Interaktionen, S. 231f.

²⁰⁶⁵ Vgl. München-Augsburger Abendzeitung Nr. 101 vom 11.4.1924.

²⁰⁶⁶ München-Augsburger Abendzeitung Nr. 123 vom 7.5.1924.

²⁰⁶⁷ Niedermair an Knilling am 5.2.1924, BayHStA, MA 102389.

vor an seinem Anbieterkurs nach rechts festhalten könnte und Bayern auf einen Bund zwischen BVP und Völkischem Block, zwischen Knilling und Pöhner zusteure: „Ist's mit dem Teufel nicht gegangen, so geht's vielleicht mit seiner Großmutter.“²⁰⁶⁸ Dass sich in diesen Anschuldigungen sogar ein Stück Wahrheit befinden könnte, legen Kahrs Erinnerungen nahe. Matt habe sich bei ihm über diesbezügliche Alleingänge Knillings beklagt.²⁰⁶⁹ Hinzu kamen all jene enttäuschten Stimmen von Anhängern des verbotenen Kampfbundes, die die Niederschlagung von Hitlers Bestrebungen Knilling anlasteten. Selbst in führenden Blättern wie den Münchner Neuesten Nachrichten durften sich diese in einem offenen Brief verbreiten: „Und wer die völkische Bewegung verbietet, der ist ein kleiner, engstirniger Mensch, wenn auch noch so ein großer Parteimann, keinesfalls aber ein deutscher Führer, wie wir ihn heute brauchen.“²⁰⁷⁰ Der Autor schloss mit der weitverbreiteten Anschauung, dass Knilling und seine Regierung nur darauf bedacht seien, alle Verantwortung in einem zügig geführten Prozess auf Hitler zu laden und dementsprechende Stimmen zu unterdrücken.

Die BVP wiederum hatte am Ende keinen Grund mehr, ein Beharren auf Knilling einem schnellen und deutlichen Personalwechsel vorzuziehen. Der Wahlausgang vom 6. April 1924 hatte klargestellt, dass sich Knillings Rückhalt im Volk seit dem Hitlerputsch nicht hatte stabilisieren lassen. Die BVP hatte 19 Sitze, die Deutschnationalen acht Sitze eingebüßt. Das bedeutete das Ende ihrer vor den Wahlen noch bestehenden gemeinsamen Parlamentsmehrheit. Demgegenüber feierten radikale Gruppierungen wie der Völkische Block enorme Siege.²⁰⁷¹ Und die gleichzeitig zu den Wahlen gehaltene Volksabstimmung zur Verfassungsreform, in die Knilling ebenso wie die BVP größte Hoffnungen gesetzt hatte, war ebenfalls zum Desaster geraten. Als Ministerpräsident trug Eugen von Knilling für einen Tiefpunkt der Parteigeschichte die Mitverantwortung.

Knilling nahm nach den Wahlen im Ministerrat zur Kenntnis, dass die Koalition aus BVP und BMP in dieser Form über keine Mehrheit mehr verfügte. Er scheute jedoch noch einen Monat lang die Option eines sofortigen Rücktritts des bestehenden Kabinetts.²⁰⁷² Dass bis zur tatsächlichen Wahl seines Nachfolgers Heinrich Held am 28. Juni 1924 noch

²⁰⁶⁸ Münchener Post Nr. 95 vom 23.4.1924.

²⁰⁶⁹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1465.

²⁰⁷⁰ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 94 vom 4./6. 4.1924.

²⁰⁷¹ Die nationalsozialistische Tarnorganisation für die verbotene NSDAP zog mit 17 Sitzen neu in den Landtag ein. Schwend betont zu Recht, dass damit noch Monate später ein Fünftel der Bayern seine Sympathie zum Putsch und damit die Ablehnung des Bestehenden zum Ausdruck brachte. Vgl. Schwend, Bayern, S. 261.

²⁰⁷² Vgl. Ministerratssitzung vom 12.4.1924, BayHStA, MA 99518. Erst nachdem die Wahlen auch im pfälzischen Regierungskreis stattfinden hatten können, richteten die Minister ihr Rücktrittsschreiben an den Landtagspräsidenten. Vgl. Ministerratssitzung vom 5.5.1924, BayHStA, MA 99518.

viele Wochen vergehen sollten, war zum größten Teil die Folge von komplizierten Personal- und Koalitionsverhandlungen, in die Knilling nicht mehr integriert war.²⁰⁷³ Kahr wollte jedoch vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Matt erfahren haben, dass Knilling aus persönlicher Eitelkeit heraus zu dieser misslichen Lage auch selbst einen wesentlichen Beitrag leistete.²⁰⁷⁴ Während dieser langen Übergangszeit von April bis Juni war an eine normale Regierungsarbeit für Knilling nicht mehr zu denken. Knillings Ministerrat hielt sich mit Entscheidungen zurück. So überließ er Fragen wie ein Ende des Verbots des Völkischen Beobachters oder die Zukunft Kahrs, der sich gegen seine Versetzung in den Ruhestand wehrte, der kommenden Regierung.²⁰⁷⁵

Der Ministerpräsident, der obendrein noch mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen hatte²⁰⁷⁶, schien sich seiner Situation nur langsam bewusst zu werden.²⁰⁷⁷ Knilling habe laut seinem Mitarbeiter Sommer im Gespräch mit ihm geäußert, ungern aus dem Amt zu gehen und, wohl in völliger Verkennung der wahren Umstände, die Schuld darin gesucht, dass die BVP ihn zu Unrecht für einen Liberalen halte.²⁰⁷⁸ Auch Schwend, der ja über persönliche Einblicke in die Interna der BVP verfügte, hielt fest: „Als Ministerpräsident Dr. von Knilling am 5. Mai 1924 (...) den Rücktritt des Gesamtministeriums erklärte, hatte er immer noch die Hoffnung, dass auch die neue Regierung seinen Namen tragen werde.“²⁰⁷⁹

Im internen Kreis der BVP-Fraktion, die ihn einst als eines ihrer angesehensten Mitglieder ins Rennen geschickt hatte, genoss Knilling tatsächlich spätestens nach den Aprilwahlen 1924 kein ausreichendes Ansehen mehr. Selbst beherrzte Verteidigungsversuche des Ministerpräsidenten vor seinen Parteifreunden fruchteten in keiner Weise.²⁰⁸⁰ Parteichef Speck forderte seinen Rückzug. Karl Scharnagl warf ihm vor, nicht bestimmt genug Politik zu betreiben, und griff damit prinzipiell Knillings Stil

²⁰⁷³ Der Weg zur Wahl Helds wird im Kapitel 6. ausführlich behandelt.

²⁰⁷⁴ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1465.

²⁰⁷⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 24.5.1924, BayHStA, MA 99518.

²⁰⁷⁶ So hinderte ihn im Februar 1924 eine Stimmbandenzündung an der ordentlichen Ausführung seines Amtes. Vgl. Sommer, Beiträge, S. 209. In zahlreichen Ministerratssitzungen ab Februar 1924 war er abwesend, beziehungsweise konnte nicht laut sprechen. Erst im April nahm er seine Pflichten wieder voll wahr. Vgl. Ministerratssitzungen ab dem 2.2.1924, BayHStA, MA 99518.

²⁰⁷⁷ Sein Mitarbeiter Sommer hielt in seinen Erinnerungen fest: „Herr von Knilling hätte von sich aus wohl nicht darauf verzichtet, eine auf ihn treffende Wahl zum Ministerpräsidenten anzunehmen. Es bestanden auch weder gegen seine Person noch gegen seine Fähigkeiten irgendwelche Bedenken. Wohl aber scheint in den Kreisen der bayerischen Volkspartei die Meinung vorgeherrscht zu haben, dass nach der Hitlerkatastrophe (...) neue Männer am Platze seien.“ Sommer, Beiträge, S. 217.

²⁰⁷⁸ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 218.

²⁰⁷⁹ Schwend, Bayern, S. 264.

²⁰⁸⁰ Vgl. Schwend, Bayern, S. 264.

an. Die Vorgänge um den ersten Mai 1923 habe er genauso wenig aufgeklärt, wie das Verhalten Pöhners und Fricks oder den aktuellen Umfang der Waffenlager in Bayern. Wirkliche innerparteiliche Anhänger Knillings waren entweder nicht mehr vorhanden oder sie schwiegen.²⁰⁸¹ Verbliebene Sympathien in den Reihen der Mittelpartei halfen vor der dominierenden BVP nichts.²⁰⁸² Einer der letzten, die sich noch respektvoll gegenüber Knilling gaben, war Theodor von Winterstein, der ehemalige Regierungspräsident der Pfalz. Er war unter anderen als Nachfolger im Gespräch, gab gegenüber Held aber an, dass er Knilling nicht verletzen wolle. Er weigerte sich daher, so Held in der BVP-Fraktionssitzung vom 23. Juni, ohne Knillings Einverständnis zu kandidieren. Held musste zuerst mit Knilling über die Personalie Winterstein verhandeln,²⁰⁸³ doch der zog am Ende zurück. Dieser Umstand beweist, dass Knilling tatsächlich bis kurz vor Heinrich Helds Wahl zum neuen Ministerpräsidenten am 28. Juni selbst in höchsten politischen Zirkeln sich nicht klar zu einem Rückzug vom Amt bekannt hatte. Erst als Fraktionschef Held selbst in die Bresche gesprungen war, musste auch Knilling einsehen, dass seine Zeit vorbei war.

Knillings Stellvertreter Matt wurde schließlich die Aufgabe zuteil, Knilling nach den zähen Verhandlungen um seine Nachfolge im Kreise des Ministerrats zu verabschieden. Matt lobte zwar die Sachkenntnis und den angenehmen Führungsstil Knillings, das Protokoll der Sitzung gibt jedoch insgesamt wenig euphorische, sondern eher entschuldigende Worte für den scheidenden Vorsitzenden wieder: „Leider sei es bei der in weiten Kreisen des Volkes herrschenden Verwirrung für die Regierung äußerst schwer und nahezu unmöglich, richtig zu arbeiten. (...) Er danke dem Herrn Ministerpräsidenten nochmals und gebe im Namen sämtlicher Minister die Versicherung, ihn in gutem Andenken zu bewahren.“ Knilling waren die zurückliegenden Wochen durchaus anzumerken. Er präsentierte sich seinen Kollegen in seiner letzten Sitzung in einer Mischung aus Defensive und Resignation. Er selbst gab zu, dass seiner Amtsführung der erhoffte Erfolg nicht beschieden war, betonte aber, dass er bereits im November seinen Rücktritt angeboten hatte, damals aber noch zum Bleiben ermutigt wurde. „Deshalb berühre es ihn bitter, wenn ihm jetzt von mancher Seite ein Vorwurf gemacht wird, dass er nicht schon im November vorigen Jahres zurückgetreten sei.“²⁰⁸⁴ Er wies jede Anschuldigung von sich, dem Ruf Bayerns geschadet zu haben. Allein der Kampfbund

²⁰⁸¹ Vgl. Primbs, BVP-Fraktion, S. 52.

²⁰⁸² Vgl. Schwend, Bayern, S. 264.

²⁰⁸³ Vgl. Primbs, BVP-Fraktion, S. 60.

²⁰⁸⁴ Ministerratssitzung vom 27.5.1924, BayHStA, MA 99518.

trage die Schuld. Immerhin endete Knilling mit dem Wunsch, die persönlichen Beziehungen zu den Ministern im Sinne eines guten Andenkens an die gemeinsame Zeit aufrechtzuerhalten, und gab die Versicherung, dass er seinem Nachfolger keinerlei Steine in den Weg zu legen gedenke. Die politische Laufbahn des Beamten Knilling, die noch im Königreich begonnen hatte, war damit vorbei. Den Mann, den man von allen „Beamtenministerpräsidenten“ in der schwierigsten Zeit wohl am ehesten dazu bitten musste, das Amt zu übernehmen, den Mann, dem man noch vor wenigen Jahren eine glänzende Zukunft in der BVP voraussagte, den Mann, der wegen seiner Geistesgaben vielen fast zu schade für eine Verwendung in Krisenzeiten war, wollte nun niemand mehr haben.

Wie seine Vorgänger wurde auch Knilling auf einen angemessenen Posten zurück in den Staatsdienst versetzt. Nachdem Kahr zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs ernannt worden war, hatte man 1924 mit dem Amt des Präsidenten der Staatsschuldenverwaltung²⁰⁸⁵ auch für Knilling noch ein Abstellgleis gefunden, auf dem er weitgehend aus dem Licht der Öffentlichkeit genommen war. 1925 beschwerte sich Knilling noch bei seinem Amtsnachfolger Held, dass ein Sozialdemokrat im bayerischen Landtag behaupten dürfe, Knilling habe sich 1923 angeblichen Bestrebungen zum Niederschießen sozialdemokratischer Arbeiter nicht widersetzen wollen.²⁰⁸⁶ Er war also, wenn auch nicht in demselben Ausmaß wie Kahr, noch durchaus um seinen Ruf besorgt. Öffentlich in Erscheinung trat er aber kaum mehr. Zu Knillings 60. Geburtstag gratulierte Held ihm mit versöhnlichen Worten in der Staatszeitung und übermittelte „wärmsten Dank für Deine unermüdliche und erfolgreiche Tätigkeit im Dienste des Staates und des Volkes.“²⁰⁸⁷ Im Oktober 1926 lehnte Knilling das Angebot ab, als Nachfolger von Franz Matt erneut das Kultusministerium zu übernehmen.²⁰⁸⁸ Ein Jahr später verstarb der gesundheitlich angeschlagene Eugen von Knilling im Zuge einer problematisch verlaufenden Darmoperation an Herzstillstand in einer Münchner Klinik.²⁰⁸⁹ In den Nachrufen ergab sich ein Bild, das Knilling keineswegs auf die Ebene eines allgemein anerkannten Ministerpräsidenten a.D. stellte, sondern als nach wie vor umstrittene Persönlichkeit erscheinen lässt. Das dem Bauernbund nahestehende „Landauer Volksblatt“ beispielsweise schrieb ihm selbst im Moment seines Ablebens noch die

²⁰⁸⁵ Vgl. Bosl, Biographie, S. 427.

²⁰⁸⁶ Vgl. Knilling an Held am 14.12.1925, BayHStA, NL Held 889.

²⁰⁸⁷ Bayerische Staatszeitung Nr. 175 vom 1.8.1925.

²⁰⁸⁸ Vgl. Schilcher, Parlamentarismus, S. 70.

²⁰⁸⁹ Bayerische Staatszeitung Nr. 242 vom 20.10.1927.

„Hauptschuld“ am Hitlerputsch zu und warf ihm „Nachgiebigkeit“²⁰⁹⁰ gegenüber Hitler vor. Der Völkische Beobachter hingegen, obgleich er sich mit der Anerkennung der geistigen Begabung und eines guten Willens ein Stück weit mit Knilling versöhnte, erging sich etwas makaber in der Feststellung, dass sein Tod ihm auch etwas erspare: Er müsse so nicht die Vorgänge um den Putsch nochmals vor dem just in diesen Tagen angesetzten Untersuchungsausschuss des Landtags aufrollen.²⁰⁹¹ Die Münchner Neuesten Nachrichten wollten Knilling als „dem Streit des Tages“ entrückten Ehrenmann sehen, dessen Andenken es gebiete, im Untersuchungsausschuss sachlicher als „die Leidenschaft der Parteien“ dies wohl ermöglichen würde, vorzugehen. Durch seine Begabungen sei er als „staatsmännischer Kopf“ auf den Posten des Ministerpräsidenten gehoben worden, die Aufgaben der schwierigen Zeit zu lösen sei ihm aber nicht vergönnt gewesen. Versöhnlich schließt das Blatt mit Knilling ab, indem es feststellt, dass Knilling viele positive Seiten gehabt habe und dass der Putsch eine „Katastrophe“ gewesen sei, „die zu verhindern vielleicht wirklich niemand im Stande war.“²⁰⁹² Ob speziell Knilling aber jemals der richtige Mann war, eine solche Katastrophe zumindest potentiell zu verhindern, ist eine andere Frage.

5.4. Die Einordnung Knillings im politischen Spektrum Bayerns

5.4.1. Knilling und die Regierungskoalition

Knilling war ein Mann der BVP. Unter der Fahne der BVP hatte er sich um das Amt des Münchner Oberbürgermeisters beworben, unter ihrer Fahne war er 1920 in den bayerischen Landtag eingezogen. Dort bildete der ehemals königliche Minister Eugen von Knilling keineswegs nur eine nostalgische Zierde zur Einschmeichelung bei monarchistisch gesinnten Wählern. Knilling entwickelte schon als BVP-Parlamentarier eine beachtenswerte Rednertätigkeit. Auch zu wichtigen Anlässen wie Haushaltsdebatten oder Regierungserklärungen trat er für die Partei an das Rednerpult des Landtages.²⁰⁹³ Während der Debatte um das Republikschutzgesetz im Sommer 1922 entsandte die Landtagsfraktion ihn als ihren Vertreter zu Beratungen an den Kabinetttisch des Grafen

²⁰⁹⁰ Landauer Volksblatt Nr. 243 vom 22.10.1927.

²⁰⁹¹ Völkischer Beobachter Nr. 244. Vom 22.10.1927.

²⁰⁹² Münchner Neueste Nachrichten Nr. 287 vom 21.10.1927.

²⁰⁹³ Ein Sprecherregister findet sich online auf dem Seiten der Bayerischen Staatsbibliothek. http://geschichte.digitale-sammlungen.de/landtag1919/sprecher/sprecher_263 (Stand 1.2.2011).

Lerchenfeld.²⁰⁹⁴ Auch wenn Knilling in der BVP sicherlich nicht die hervorstechende Stellung eines Speck, Heim oder Held besaß, so konnte er am Tage seines Amtsantritts doch viel mehr als Graf Lerchenfeld und selbstverständlich auch als Kahr auf ein intensives Wirken innerhalb der BVP zurückblicken und verfügte im Gegensatz zu seinen Vorgängern über eine gewisse „Hausmacht“ innerhalb der Parteispitze. Er sei, so munkelte die Münchener Zeitung nach seinem Amtsantritt, schon längst innerhalb der BVP als Kandidat für höhere Aufgaben in Reserve gehalten worden.²⁰⁹⁵ In diesem Sinne dankte der Parteivorsitzende Speck zum Jahreswechsel 1922 auf 1923 Knilling auch nicht nur für seine Tätigkeit im Amt, sondern auch für seine bisherigen Leistungen für die Partei.²⁰⁹⁶ Überschätzen sollte man seine innerparteiliche Stellung deswegen noch nicht, übersehen aber ebenso wenig.

Als sicher kann gelten, dass Knilling ideologisch von denselben Grundlagen ausging wie die BVP-Fraktion. Ihn auf ihr Programm einzuschwören, wie die Fraktionsmitglieder es noch bei Kahr als notwendig erachtet hatten, war im Falle des Ministerpräsidenten Knilling völlig unnötig. Nach wie vor war er häufiger Gast in ihren Sitzungen, hielt engen Kontakt mit der Fraktion.²⁰⁹⁷ Dabei kam es allerdings mitunter auch zu Kontroversen, etwa in der Frage des Ausnahmezustandes im Januar 1923. Mancher Fraktionsmann hätte sich ein rigoroseres Durchgreifen gegen die Verbände seitens der Regierung gewünscht.²⁰⁹⁸ Auch in Etatfragen kam es im März 1923 zu Diskussionen in der Fraktion.²⁰⁹⁹ Obwohl Fraktionschef Held sich noch im Sommer 1923 vor seinen Kollegen Knilling stellte, indem er eine Rede des Ministerpräsidenten als so großartig titulierte, dass eine weitere Besprechung in der Partei gar nicht mehr nötig sei,²¹⁰⁰ so gelang es Knilling im Fortlauf seiner Amtszeit doch nie, die mächtige Landtagsfraktion irgendwie nennenswert in seinem Sinne zu beeinflussen. Hier gab weiterhin Heinrich Held den Ton an. Als sich im Herbst 1923 die Lage zuspitzte, hatte Knilling kein Mittel zu Verfügung, um die Gunst der Fraktion auf seiner Seite zu behalten. Die Gruppe um Held betrieb es wesentlich und gegen Knillings Willen, dass ihm Kahr als Generalstaatskommissar zur Seite gestellt wurde.²¹⁰¹ Somit stand Knilling zwar grundsätzlich in einem gewissen Ansehen, jedoch auch in einer gewissen Abhängigkeit zur Partei, da er ohne belastbaren Einfluss auf sie

²⁰⁹⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 8.8.1922, BayHStA, MA 99517.

²⁰⁹⁵ Münchener Zeitung Nr. 305/306 vom 4./5.11.1922.

²⁰⁹⁶ Vgl. Speck an Knilling am 31.12.1923, BayHStA, MA 102388.

²⁰⁹⁷ Vgl. Niedermaier, BVP-Fraktion, S. 40ff.

²⁰⁹⁸ Vgl. Niedermaier, BVP-Fraktion, S. 44f.

²⁰⁹⁹ Vgl. Niedermaier, BVP-Fraktion, S. 57.

²¹⁰⁰ Vgl. Niedermaier, BVP-Fraktion, S. 71.

²¹⁰¹ Vgl. Niedermaier, BVP-Fraktion, S. 83ff.

war. Dieses Ansehen sollte bis September 1923 soweit sinken, dass er das Generalstaatskommissariat Kahr nicht verhindern konnte.

Bei Betrachtung der parteinahen Zeitungen setzt sich dieses Bild fort. Die BVP Presse stand zunächst selbstverständlich hinter Knilling, war er doch als Mitglied der Landtagsfraktion viel mehr als Kahr oder Lerchenfeld mit den BVP-nahen Redaktionsstuben Helds und Heims verbunden. Eine direkte Hausmacht über die Blätter bestand für Knilling damit allerdings längst nicht. Und so dachte der Bayerische Kurier, als nach dem Hitlerputsch Knillings Stern schon tief abgesunken war, gar nicht mehr daran, ihn zu stützen, sondern verkündete ganz im Sinne Helds über die kommenden Wahlen und die zukünftige Regierung Bayerns: „Die Frage, ob Ministerpräsident Dr. von Knilling auch der Vertrauensmann des neuen Landtages sein wird, ist eine durchaus müßige, nachdem heute niemand weiß, wie dieser neue Landtag aussehen wird.“²¹⁰² Ihn als Spitzenkandidaten zu propagieren erschien der BVP-Presse also nicht mehr zielführend. Es gilt also ähnlich wie im Fall der gesamten Partei, dass der Respekt am Beginn von Knillings Amtszeit sich zum Ende der Amtszeit in eine Abkehr von Knilling umgewandelt hatte.

Das Verhältnis des Bauernbundes zum Ministerpräsidenten Knilling stand unter schlechteren Vorzeichen als für seine Vorgänger im Amt. Nicht dass der Bund den patriotischen Phrasen in den Reden Knillings widersprechen wollte.²¹⁰³ Doch fand sich der Bund an manchen anderen Facetten in Knillings Amtsführung berufen, öffentliche Kritik zu äußern. So erklärte der Bauernbündler Städele anlässlich der Haushaltsdebatte im Juni 1923, dass der Bund zwar dem Haushalt insgesamt zustimme, hinsichtlich der einseitigen Besetzung der Pressestelle des Ministerpräsidenten und der bayerischen Gesandtschaftspolitik Bedenken trage. Ferner ließe die politische Neutralität der Münchner Polizei „zu wünschen übrig.“²¹⁰⁴ Hier zeigte sich eine grundsätzlich kritische Haltung zur Personalpolitik des Ministerpräsidenten. Zudem hatten innenpolitisch die Inflation und die mangelnde Versorgung der nichtbäuerlichen Schichten den Spalt in der Gesellschaft zwischen Stadt und Land mehr und mehr vergrößert. Obgleich der Bauernbund sich im Rahmen seiner Regierungsbeteiligung stellenweise einsichtig hinsichtlich der Notwendigkeit von Zwangsabgaben landwirtschaftlicher Produkte

²¹⁰² Bayerischer Kurier Nr. 57 vom 26.2.1924.

²¹⁰³ So dankte Städele Knilling anlässlich der Haushaltsrede 1923 zu allererst dafür, dass dieser einen Kampf führe gegen „die größte Lüge der Weltgeschichte, dass Deutschland allein schuld ist am Weltkrieg.“ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 202. Sitzung vom 28.6.1923.

²¹⁰⁴ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 202. Sitzung vom 28.6.1923.

gezeigt hatte, geriet er doch mehr und mehr in einen Widerspruch zu seiner grundsätzlichen Forderung nach „freier Scholle“.²¹⁰⁵ Es bestand daher ein Spannungsverhältnis zwischen den auf Grund der Versorgungslage unruhigen Verhältnissen, die Knilling klar für München feststellte, und der oftmals egoistischen Weigerung der Bauern zur Ablieferung ihrer Produkte. Der städtische Beamte Knilling erschien dem Bauernbund nicht immer vertrauenswürdig, wenn es um die Interessen seiner Hauptwählerschaft ging.

Das Verhältnis zwischen Knilling und dem bündlerischen Landwirtschaftsminister Johann Wutzlhofer war somit eine Art ständiger Balanceakt. Das zeigte sich etwa, wenn Knilling sorgenvoll auf die öffentliche Erregung angesichts der Lebensmittelengpässe in München hinwies und dringend Vorschläge des Landwirtschaftsministeriums einforderte, Wutzlhofer daraufhin jedoch jede Schuld von der Landwirtschaft abwies und sie dem Münchner Einzelhandel zuspielte.²¹⁰⁶ Knilling besaß nur geringes Vertrauen in die Fähigkeiten des Landwirtschaftsministers, der ja eigentlich auf dem Gebiet der Versorgung mit aller Kraft²¹⁰⁷ für Besserung hätte sorgen sollen. Auch in der Diskussion um die Einführung eines bayerischen Staatspräsidenten bekundete Wutzlhofer zum Ärger Knillings und der BVP die Ablehnung des Bauernbundes. Für seine Partei komme bestenfalls in Frage, dieses Amt als Personalunion mit dem des Ministerpräsidenten zu verstehen.²¹⁰⁸ Der Errichtung des Generalstaatskommissariats oder nur eines irgendwie gearteten Direktoriums, vor allem insofern es den Bereich der Landwirtschaft berühren würde, standen Wutzlhofer und seine Partei kritisch gegenüber.²¹⁰⁹ Dasselbe galt konkret für die Berufung Kahrs.²¹¹⁰ Kurz vor dem Hitlerputsch erwies sich Wutzlhofer außerdem als Mahner, das Verhältnis zum Reich nicht ganz zerbrechen zu lassen. Er teilte dem Ministerrat im Namen seiner Partei mit, dass sie eine weitere Eskalation, etwa im Sinne einer Separation Bayerns, nicht mittragen wolle.²¹¹¹ Kurz nach dem Putsch machte Knilling Wutzlhofer angesichts der Versorgungsmängel und der daraus resultierenden

²¹⁰⁵ Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 195.

²¹⁰⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 18.7.1923, BayHStA, MA 99518.

²¹⁰⁷ Beispielsweise wurde unter Knilling zu recht harschen Mitteln gegriffen, um ein genügendes Angebot an Landarbeitern zu gewährleisten. So sollten sämtliche ehemaligen Landarbeiter, die seit 1914 in die Städte zogen, in der aufkommenden Arbeitslosigkeit 1923 gezwungen werden, wieder aufs Land zurückzukehren. Andernfalls wurde ihnen durch Erlass der bayerischen Regierung die Erwerbslosenunterstützung gestrichen. Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 247.

²¹⁰⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 25.5.1923, BayHStA, MA 99518.

²¹⁰⁹ Vgl. Ministerratssitzung vom 21.9.1923, BayHStA, MA 99518.

²¹¹⁰ So erklärte der Fraktionsvorsitzende Städele im Januar 1924: „Meine Partei wurde nicht befragt, wer Generalstaatskommissar werden solle, d.h. ob wir mit der in Aussicht genommenen Person einverstanden sind.“ Der Bündler Nr. 1 vom 6.1.1924.

²¹¹¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 30.10.1923, BayHStA, MA 99518.

Missstimmung im Land mitverantwortlich an Hitlers Aufstand und forderte ihn zum Rücktritt auf. Wutzlhofer entgegnete darauf nur, dass seine Partei den schlechten Umgang mit ihrem Minister sowieso nicht mehr erdulden könne und bereits in diese Richtung vorgedacht habe.²¹¹² Zwar konnte sich die Lage nochmals beruhigen, doch schon um Weihnachten 1923 erfolgte dann tatsächlich der zwischenzeitliche Rückzug des Bauernbundes aus der Regierung Knillings. Die Partei, weniger Wutzlhofer,²¹¹³ war nicht gewillt, per Ermächtigungsgesetz neue Kompetenzen neben der bestehenden Regierung zu schaffen, wie es Knilling und Krausneck andachten. Die Bündler hatten im Landtag gegen den Regierungsentwurf gestimmt, mit dem Knilling und Krausneck die Staatsfinanzen zu sanieren gedachten. Auch Held, der Wutzlhofer Wochen zuvor noch am Kabinetttisch gehalten hatte, sah sich nun zur Aufkündigung der Koalition genötigt.²¹¹⁴ Der Bauernbund unterstützte damit nach manchen Komplikationen, die seit Knillings Amtsantritt zu Tage gekommen waren, die letzte Phase der Regierung Knilling nicht mehr. Erst unter Ministerpräsident Held sollte er an den Kabinetttisch zurückkehren. Wohl als Geste an die rechtsradikalen Kräfte, die in Wutzlhofer ein Hassobjekt sahen, verzichtete Knilling darauf, sich um die Wiedergewinnung des Koalitionspartners Bauernbund zu bemühen. Dieser prangerte ab nun offen die Bestrebungen von BVP und BMP zur Verfassungsreform an und bemängelte demgegenüber eine Vernachlässigung der Wirtschaftspolitik.²¹¹⁵

Für die deutschnationale Bayerische Mittelpartei schließlich bedeutete schon das Ende Lerchenfelds einen Erfolg. Daher war ihr beinahe jeder Mann recht und billig, solange er nur an die Stelle des ungeliebten Grafen trat. Es brauchte nicht lange, bis die Deutschnationalen merkten, dass auch Knilling sich gezielt ans nationale Lager anlehnen wolle und somit die Mittelpartei davon ausgehen konnte, dass sie mit der Zeit ihren Zug nach rechts ungestört entfalten können würde. Damit steigerte sich Knillings Beliebtheit mehr und mehr.²¹¹⁶ Anfängliche Unstimmigkeiten rund um Knillings Wahl im Landtag und die Besetzung des Kabinetts sollten rasch vergessen sein. Ein Herzenswunsch der Deutschnationalen war die Personalie Knilling vor seiner Wahl nämlich nicht. Die BMP versuchte - zum Ärger Helds - mit der Drohung, Knillings Wahl zu verweigern, zusätzlich

²¹¹² Vgl. Ministerratssitzung vom 12.11.1923, BayHStA, MA 99518.

²¹¹³ Vgl. Schweyer an Wutzlhofer am 22.12.1923, NL Wutzlhofer, privat.

²¹¹⁴ Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 309.

²¹¹⁵ So wettete das Parteiorgan „Der Bündler“ im März 1924 gegen die Regierung: „Die wirtschaftliche Vernunft muss an die Stelle parteidemagogischer Experimente treten, deren Zeche der Mittelstand zu zahlen hat“ Zit. bei Bergmann, Bauernbund, S. 310.

²¹¹⁶ Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 193f.

das Handelsressort für sich zu erpressen²¹¹⁷ – ein Spiel, das sie bei einem Gustav von Kahr nie riskiert hätte. Dennoch stand nach der Wahl einer gedeihlichen Kooperation nichts im Wege. Im großen Ziel waren BMP und Knilling geeint: Es galt, das nationale Lager, in dem man zuvor teils an Gunst eingebüßt hatte, wiederzugewinnen. Die Zusammenarbeit zwischen BMP und Knilling stand daher also unter denkbar günstigen Voraussetzungen. Dies ging bis hin zu der gemeinsamen Logik Knillings und der BMP, dass ein zu hartes Vorgehen gegen rechts, namentlich gegen die NSDAP, konsequenterweise auch ein Kompliment nach links beinhalte.²¹¹⁸ Aber auch der gemeinsame Wille Knillings, der BVP Führung und der BMP zum Umbau der Staatsverfassung²¹¹⁹ stellte ein einigendes Element dar.

Dementsprechend wohlwollend und loyal zeigte sich die Mittelpartei Knilling gegenüber im Landtag, und zwar auch wenn es galt, den Ministerpräsidenten in der Öffentlichkeit als Führerfigur zu propagieren. Das ging auf der Höhe des Ruhrkampfes bis zu übertriebenen Lobeshymnen auf die angeblichen Führerqualitäten Knillings, so beispielsweise anlässlich Knillings Haushaltsrede vor dem Landtag im Juni 1923. Die ausschweifenden historischen Gedankengänge über die Aggressionen Frankreichs seit der Zeit des Absolutismus, die Knillings Ansprache oft fern ab jeder Tagespolitik dominiert hatten, griff der Redner der BMP begeistert auf und führte sie obendrein weitere zwei Jahrhunderte zurück.²¹²⁰ Mit dieser offenen Unterstützung Knillings erfüllte die Mittelpartei die Zusage, die ihr Führer Hilpert, nicht ohne seine Ausführungen mit Angriffen gegen den Parlamentarismus und den gewesenen Regierungschef Graf Lerchenfeld zu würzen, zu Knillings Amtsantritt gegeben hatte. Hilpert erkannte damals wohl, dass Knilling unter schwierigeren Bedingungen als Lerchenfeld startete, lobte ihn aber gerade deshalb als „mannhaft“. Da auch das Programm der Koalition nach wie vor das von 1920 sei, dürfe sich Knilling des Vertrauens der BMP sicher sein. Fast prophetisch fügte Hilpert im November 1922 jedoch an: „Das Vertrauen einer

²¹¹⁷ Vgl. Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 98.

²¹¹⁸ Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 197.

²¹¹⁹ Diesen gemeinsamen Willen, der Lerchenfeld keine Herzenssache gewesen war, lobte BMP Fraktionschef Hilpert verbunden mit einer generellen Parlamentarismuskritik schon zu Knillings Amtsantritt. Vgl. Verhandlungen des bayerischen Landtags, 147. Sitzung vom 15.11.1922.

²¹²⁰ Der BMP Redner Dr. Spuler verkündete anlässlich dieser Rede: „Der großangelegten staatsmännischen Rede des Ministerpräsidenten (...) wird wohl jeder vaterländisch gesinnte Deutsche aus vollem Herzen zustimmen können. Das ganze Haus stand gestern unter dem tiefgehenden Eindrucke dieser bedeutungsvollen Kundgebung, die hoffentlich nicht nur in Deutschland sondern auch in der Kulturwelt außerhalb Deutschlands Widerhall finden wird.“ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 202. Sitzung vom 28.6.1923. Über den Haushalt verlor der BMP-Redner Spuler ebenso wie vor ihm Knilling so gut wie kein Wort. Stattdessen wurden patriotische Allgemeinplätze bedient.

Regierungskoalition – wir täuschen uns darüber nicht – alleine genügt heute weniger denn je.²¹²¹ Ob die deutschnationale Landtagsfraktion Knilling im Innersten als strahlende Führungspersönlichkeit sah, sei dahingestellt. Doch konnten sich die Deutschnationalen, gerade im Vergleich zu Lerchenfeld, mangels ernsthafter Konfliktlinien und mangels jeden Versuchs Knillings, sie seinerseits zu kritisieren, gut mit ihm arrangieren.

Die Deutschnationale Presse entpuppte sich als emsiger Unterstützer des katholischen BVP- Ministerpräsidenten. Auch sie stützte den am Ende chancenlosen Plan, Knilling zur Führerfigur im nationalen Lager aufzubauen. Sie tat dies auch noch, als die Zeichen im Sommer 1923 schon auf Sturm standen. So wusste die München-Augsburger Abendzeitung angesichts eines großen Redeauftritts Knillings im Juni 1923 anerkennend zu kommentieren: „Eine deutsche Rede.“²¹²² Noch als Kahr schon das Generalstaatskommissariat übernommen hatte, gewährte das Blatt Knilling Raum für ein sehr wohlwollendes Exklusivinterview. Der Ministerpräsident bedankte sich, ganz auf deutschnationalen Geschmack abgestimmt, mit einer Absage an bayerischen Separatismus: „Das bayerische Volk war vielleicht noch nie so wenig partikularistisch, sicher aber noch nie so bewusst deutsch wie heute.“²¹²³

Nach dem Putsch änderte sich die Beziehung der Mittelpartei zu Knilling etwas, jedoch nicht grundlegend. Dies zeigte sich vor allem in den ersten Tagen nach dem Putsch, als die BMP sich für einen Verbleib Kahrs im Amt des Generalstaatskommissars stark machte und Knilling damit vor den Kopf stieß. Die Deutschnationalen waren, obgleich ihr Minister Gürtner ebenso wie Knilling in Gefangenschaft Hitlers geraten war, offensichtlich nicht bereit, Knillings Wunsch nach einem Rücktritt Kahrs zu folgen. Gürtner konnte im Ministerrat sogar durchsetzen, Kahr erweiterte Befugnisse hinsichtlich der Standgerichte zur Verfügung zu stellen.²¹²⁴ Hier zeigte sich, dass die BMP trotz aller Unterstützung Knillings Kahr immer noch ein Stück enger verbunden blieb. Der Fraktionsvorsitzende Hilpert, der ebenso wie Held zur Beruhigung der erhitzten Gemüter in den durch gegenseitige Vorwürfe und Rücktrittsdrohungen gänzlich konfusen Ministerrat bestellt war, nahm eine vermittelnde Position ein, indem er einerseits Knilling klar zum Weitermachen mit dem bestehenden Kabinett aufforderte. Andererseits aber stellte er klar, dass die BMP Kahr eben nicht wie Knilling als einen Gescheiterten betrachtete, sondern ihn als den Mann sehe, der am Ende den Putsch erfolgreich

²¹²¹ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 147. Sitzung vom 15.11.1922.

²¹²² München-Augsburger Abendzeitung Nr. 174 vom 28.6.1923.

²¹²³ München-Augsburger Abendzeitung Nr. 274 vom 7.10.1923

²¹²⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 10.11.1923, BayHStA, MA 99518.

niedergeschlagen habe.²¹²⁵ Auch hinsichtlich Knillings Versuchen, dem Finanzminister per Ermächtigungsgesetz weitreichendste Kompetenzen zu verleihen, stand die BMP in Person des Ministers Gürtner nicht hinter Knilling²¹²⁶ und beäugte die Sparbestrebungen Knillings und seines Finanzministers auch weiterhin mit einer gewissen Skepsis.²¹²⁷ Im Gedanken der Fortsetzung einer Politik integrativen Kurses hinsichtlich der nationalen Kräfte jedoch blieben sich beide ebenso einig, wie in dem Wunsch, den Hitlerprozess zügig und unspektakulär über die Bühne zu bringen. Gürtner konnte im Bereich seines Justizressorts weiter ungestört Rücksichtnahme auf das rechte Lager üben.²¹²⁸ Den von Knillings Partei forcierten Willen zum Umbau der Weimarer Verfassung als Antwort auf die Putschereignisse unterstützten Gürtner und die BMP – ganz anders als der Bauernbund - von Anfang an.²¹²⁹ Die Regierungsbeteiligung der BMP hatte sich damit zum Ende von Knillings Amtszeit nochmals gefestigt und sollte zum dauerhaften Faktum werden. Gezielte Kritik an Knillings Person wurde, anders als bei Lerchenfeld, seitens der BMP nicht laut.

Zusammengefasst hatte die Koalition unter Knilling, wie Kiiskinen richtig bemerkte, einen „Rechtsruck“²¹³⁰ erfahren, ohne dass sich die Regierung – mit Ausnahme des Wechsels von Graf Lerchenfeld auf Knilling – personell verändert hätte. Dies lag zum einen daran, dass sich Knillings Politik sehr mit den Ansichten der Mittelpartei überschneidet und somit in keiner Weise eine Eindämmung ihres Einflusses zu erwarten war, zum anderen lag es am Ende schlicht daran, dass Knilling in seiner letzten Regierungsphase auf den gemäßigten Bauernbund verzichtete, auf die Deutschnationalen aber nicht. Eine Rückgewinnung der Demokraten für das Regierungsbündnis war erst gar nicht angedacht. Seine eigene Partei, an deren Entwicklung er im Vorfeld durchaus Anteil hatte, hatte Knilling mit einigen Bauchschmerzen ins Rennen geschickt, dann vergeblich ihre Hoffnung auf ihn gesetzt und war am Ende erleichtert, als sie sich von ihm trennen konnte. Diese Phasen waren, nur leicht eingeschränkt, auf Bauernbund und Mittelpartei übertragbar: Knilling wurde während seiner Amtsführung kaum angegriffen, am Ende aber auch wenig verteidigt. Der großen Hochachtung, die der Parlamentarier Knilling vor seinem Amtsantritt in den Führungskreisen der Mehrheitspartei BVP genoss, war es vor allem zu verdanken, dass er überhaupt ins Amt kam. Mehr als seine Vorgänger war er in

²¹²⁵ Vgl. Ministerratssitzung vom 12.11.1923, BayHStA, MA 99518.

²¹²⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 27.11.1923, BayHStA, MA 99518.

²¹²⁷ Vgl. Ministerratssitzung vom 31.12.1923, BayHStA, MA 99518.

²¹²⁸ Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 233f.

²¹²⁹ Vgl. Ministerratssitzung vom 13.11.1923, BayHStA, MA 99518.

²¹³⁰ Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 193.

der Mischung aus Katholizismus und Offenheit zum nationalen Lager ein BVP-Parteimann, dessen Profil in die Zeit der Ordnungszelle passte. Anders als im Falle Kahrs und Lerchenfelds war Knilling nicht von einem Beamtenposten, sondern aus den Reihen einer Partei an die Spitze Bayerns gelangt. Ohne sie hätte er im Zeitraum kaum eine Rolle gespielt. Durch die BVP aber hat er fast die gesamte Phase 1920-1924 an einflussreicher Stelle begleitet. Das galt nicht nur für seine Ministerpräsidentschaft, sondern auch für seine Zeit in der Fraktion. Der Begriff „Beamtenministerpräsident“ trifft daher wohl auf Knilling am wenigsten zu.

5.4.2. Das Verhältnis zwischen Knilling und der Opposition

Was die bayerische Sozialdemokratie, die größte Oppositionspartei im Landtag, anging, so stand Knilling, anders als sein Vorgänger, in völlig unzweifelhafter Gegnerschaft. Als beispielsweise Ende 1923 bei einem Vorausblick auf Neuwahlen zum Landtag auch über mögliche Veränderungen des Wahlrechts gesprochen wurde, legte Knilling auch noch nach den Wirren des Hitlerputsches Wert darauf, zu beachten, dass solche Änderungen sich keinesfalls zum Vorteil für die Sozialdemokraten entwickeln dürften.²¹³¹ Schon grundsätzlich dürfte dem ehemaligen königlichen Kultusminister die sozialdemokratisch-säkulare Schulpolitik Hoffmanns²¹³² ein Dorn im Auge gewesen sein, die schon weit vor Knillings Amtsantritt seinen Blick auf die Genossen mit Misstrauen und Antipathie einfärbte. Später war es die propagandistische Konzentration Knillings auf den Ruhrkampf, die wiederum das Missfallen der SPD erregte. Als Knilling die Haushaltsverhandlungen 1923 zu einer reinen Hetzrede gegen Frankreich umwandelte, war es der SPD-Abgeordnete Dill, der ihn als erster daran erinnerte, dass die Reichsaußenpolitik nicht Knillings primäre Aufgabe sei. Knilling habe sich vielmehr zu den Auswirkungen der Regierungspolitik in Bayern zu äußern, welche er in der Tat in seiner Rede völlig verschwiegen hatte.²¹³³

Schon bei Knillings Antritt im Landtag im November zeigte sich ein gewisses sozialdemokratisches Misstrauen gegen Knilling. So stellte der Sozialdemokrat Timm beispielsweise fest, dass Knilling wie alle seine Vorgänger zwar ein Bekenntnis zur

²¹³¹ Vgl. Ministerratssitzung vom 27.10.1923, BayHStA, MA 99518.

²¹³² Vgl. Hennig, *Revolution*, S. 159.

²¹³³ Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 201. Sitzung vom 27.6.1923.

Reichs- und Verfassungstreue abgelegt hätte, man „solche und ähnliche Lippenbekenntnisse bis zum Überdruß“²¹³⁴ schon von Kahr gehört habe. Glauben allerdings wollte Timm dies nicht, da er Knilling zu eng mit dem föderalistischen Bamberger Programm der BVP und dessen Rufen nach Verfassungsreformen im Reich verbunden sah. Die Fragen der Zeit schienen der SPD nicht in erster Linie in Verfassungskämpfen zu liegen. Die Neigung der SPD, Knilling eher in die Tradition Kahrs als in die Linie Lerchenfelds einzuordnen, sollte sich fortsetzen. Im Sommer 1923 schließlich attestierten die Sozialdemokraten im Landtag Knilling merkliche Unterschiede zu seinem Amtsvorgänger Lerchenfeld, allerdings nicht zur Freude der SPD. Insgesamt so der Redner Dill, sei Knilling von denselben Kräften aus der BVP gelenkt, die schon Kahr und Lerchenfeld ausgetauscht hätten.²¹³⁵ Die Sozialdemokraten waren damit nicht geneigt, in Knilling jenen Volksführer zu sehen, den die Propaganda der BVP und BMP in den Monaten vor dem Generalstaatskommissariat noch zu vermitteln suchte. Harscheste Kritik erfuhr Knillings offene Haltung gegenüber den vaterländischen Verbänden. Die Sozialdemokratie warf Knilling hier vor, sehenden Auges ins Verderben zu gehen. Dill klagte anlässlich der Haushaltsdebatte: „Der Herr Ministerpräsident weiß besser als wir Sozialdemokraten es wissen, welcher Geist die vaterländischen Verbände beherrscht. Er weiß, dass ihre Betonung der Ordnung und staatlichen Autorität nicht bare, klingende Münze ist, er weiß besser als wir, dass diese Verbände (...) sich dem heutigen Staate zu nichts, aber auch zu gar nichts verpflichtet fühlen.“ Während die Vaterländischen durch Knilling verharmlost würden, betreibe die Regierung darüber hinaus eine umso übertriebenere Ablehnung gegen die SPD. Dill ging im Sommer 1923 so weit zu sagen, dass die bayerische SPD derzeit zwei „Peiniger“ ertragen müsse: Die Besatzer im Rheinland und „die königlich bayerische Regierung Knilling.“²¹³⁶ Man brachte auch hier eine Abneigung gegen Knilling zum Ausdruck, die sich schon lange zuvor, im Grunde seit seinem Amtsantritt aufgestaut hatte. In Augen der Sozialdemokraten verhielt sich Knilling ignorant und abweisend. So kam es, dass der Landtags-SPD zusammengefasst das Verdienst zuzuschreiben ist, als scharfsinnige und weitsichtige Kritikerin der Politik Knillings gewirkt zu haben.

²¹³⁴ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 146. Sitzung vom 14.11.1922.

²¹³⁵ Der sozialdemokratische Abgeordnete Dill beschrieb den Unterschied zwischen Knilling und Lerchenfeld so: „Versuchte Herr von Lerchenfeld sich zwischen den Minen, die in der Ordnungszelle Bayern seit der Zeit Kahrs gelegt waren, mühselig zurechtzufinden, was ihm ja nicht gelang, so hat nach unserer Auffassung Herr Ministerpräsident von Knilling die sicheren Wege in der bayerischen Ordnungszelle viel rascher und viel sicherer gefunden.“ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 201. Sitzung vom 27.6.1923.

²¹³⁶ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 201. Sitzung vom 27.6.1923.

Knilling seinerseits mühte sich tatsächlich nie um die Gunst der Genossen im Landtag. Er begegnete ihnen kühl, abneigend und desinteressiert. Mehr noch als zur bayerischen SPD aber verspürte er eine Abneigung zur Sozialdemokratie auf Reichsebene. Ihr warf er die gezielte Beeinflussung auch der bürgerlichen Elemente der Reichsregierung gegen Bayern vor. Den Gesandten Haniel wies er im Mai 1923 darauf hin, dass eine Aufnahme der Sozialdemokraten in die Berliner Regierung das sofortige Ende der momentan guten Beziehungen zwischen der bayerischen Regierung und dem Reich zur Folge haben würde.²¹³⁷ Als die Nachricht von Cunos Rücktritt München erreichte, war dementsprechend eine der ersten Sorgen des Ministerpräsidenten, dass nun verschiedene einflussreiche Ressorts der Reichsregierung wieder unter sozialdemokratische Kontrolle gelangen würden.²¹³⁸ Kurz nach der Errichtung des Generalstaatskommissariats ließ er die Reichsregierung wissen, dass es ihm schon klar sei, wie die Sozialdemokratie nun dagegen entschieden ankämpfen werde. Mit einer gewissen Arroganz riet er dem Reichskanzler aber, darauf erst gar nicht zu hören, da er andernfalls Bayern äußerst „bockbeinig“²¹³⁹ vorfinden werde. Einen Höhepunkt nahm diese Entwicklung, als Knilling während der Lossow-Krise die drohende Reichsexekution Bayerns allein auf die Einflüsse der Reichs SPD zurückführte, die ein Äquivalent für die Reichsexekution in Sachsen fordere.²¹⁴⁰

Der Blick der SPD-Presse auf Knilling war dementsprechend ablehnend. Als „Programm der Widersprüche“²¹⁴¹ wurde seine Politik in der Münchner Post im November 1922 angekündigt. Er versteife sich viel zu sehr auf Fragen der Justiz- und Finanzhoheit und gehe über die Nöte der Verbraucher hinweg. Eine Rolle als großen Führer Bayerns gestand die sozialdemokratische Presse Knilling nie zu. Sie sah in ihm größtenteils nur eine Marionette der wahren „Drahtzieher der Bayerischen Volkspartei.“²¹⁴² Knilling und seine Amtsführung wurde ungeschönt und hart angegriffen, als es im Sommer 1922 immer deutlicher wurde, dass er auf die vaterländischen Kräfte im Land keinen Einfluss nehmen konnte und stattdessen manche Anzeichen auf einen Putsch gegen ihn hindeuten würden.²¹⁴³

²¹³⁷ Vgl. Sperl, Wirtschaft, S. 418f.

²¹³⁸ Vgl. Ministerratssitzung vom 17.8.1923, BayHStA, MA 99518.

²¹³⁹ Das Kabinett Stresemann I/II, Dok. Nr. 84 vom 27.9.1923, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik.

²¹⁴⁰ Vgl. Ministerratssitzung vom 30.10.1923, BayHStA, MA 99518.

²¹⁴¹ Münchener Post Nr. 262 vom 10.11.1922.

²¹⁴² Münchener Post Nr. 258 vom 6.11.1922.

²¹⁴³ „Wir gönnen der Regierung Knilling die Behandlung, die ihr hier zu Teil wird, denn sie hat keine bessere verdient.“ Münchener Post Nr. 193 vom 22.8.1923.

War das Verhältnis Knillings zur Sozialdemokratie also schon als spannungsgeladen anzusehen, so galt dies umso mehr bei Kräften, die links von der Sozialdemokratie standen. Wie nicht anders zu erwarten war Knilling schroffer Antikommunist. Dieses Prinzip durchzog auch seine Politik, beispielsweise als er im Herbst eine sächsische Anfrage zum Gesandtenaustausch herb ablehnte. Er lege solange keinen Wert auf Beziehungen zu Sachsen, als dort Kommunisten an der Regierung beteiligt seien.²¹⁴⁴ Es sei eben, so Knilling am Tuntenhausener Bauerntag im September 1923, genau die Aufgabe Bayerns und seiner Regierung, sich, wenn im Reichsgebiet linke Diktaturen drohen, eben nicht vom Reich zu trennen, sondern als Teil des Reichs zu verhindern, dass Deutschland ein „Tummelplatz des Bolschewismus“²¹⁴⁵ werde. Eindringlich warnte er vor der Gefahr einer „Verseuchung durch die asiatische Elendskrankheit des Bolschewismus.“²¹⁴⁶ Er wies darauf hin, dass dies ja auch der Grundgedanke aller vaterländischen Verbände war, und erhoffte sich, in diesem antibolschewistischen Grundgedanken wieder einigen zu können. Selbst anlässlich der Geschehnisse um den 1. Mai 1923 war Knilling stellenweise durch antibolschewistische Argumentation stärker zu beeindrucken als von der offensichtlichen Bedrohung durch Hitler. So befasste sich der bayerische Ministerrat im Vorfeld auch zunächst mehr mit der Kontrolle der linken Kräfte.²¹⁴⁷ Dass Hitler innerhalb der rechten Szene inzwischen schon ganz offen über einen kommenden Umsturz fabulierte, in dem er erst München, dann Bayern, dann das ganze Reich einnehmen werde,²¹⁴⁸ änderte an dieser Gewichtung gegen links noch nichts. Dass er gegenüber Knilling fest gewillt war, diesen Umzug alleine zu unterbinden, wenn es die Regierung nicht mache,²¹⁴⁹ auch nicht. Vor dem 1. Mai 1923 stand somit tatsächlich ein Entgegenkommen der Staatsregierung gegenüber den Antibolschewisten im Land und damit auch gegenüber Hitler und seinen Kampfverbänden. Die Tagesplanung der politischen Linken wurde eingeschränkt.²¹⁵⁰ Statt des zentralen Demonstrationzugs erhielten Gewerkschaften und Sozialdemokraten nur die Erlaubnis für mehrere kleine Veranstaltungen. Bei einem Treffen mit Vertretern der Arbeitsgemeinschaft und anderer

²¹⁴⁴ Vgl. Ministerratssitzung vom 17.10.1923, BayHStA, MA 99518.

²¹⁴⁵ München-Augsburger Abendzeitung Nr. 254 vom 17.9.1923.

²¹⁴⁶ Münchner Neueste Nachrichten Nr. 252 vom 17.9.1923.

²¹⁴⁷ Federführend zeigte sich hier noch Innenminister Schweyer. Knilling selbst gab anlässlich dieser Sitzung ein alles andere als führungsstarkes Bild ab. Er beschwerte sich stattdessen, nicht ausreichend informiert zu werden. Vgl. Ministerratssitzung vom 25.4.1923, BayHStA, MA 99518.

²¹⁴⁸ Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 211.

²¹⁴⁹ So der Beschluss einer Erklärung an die bayerische Regierung, wie er auf der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft vom 26.4.1923 gefasst wurde. Vgl. Hoegner, Hitler 1, S. 13.

²¹⁵⁰ Wobei auf diese Einschränkung sofort Forderungen der Kampfverbände nach noch schärferen Einschränkungen folgten. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 178.

Verbände stellte Knilling sogar in Aussicht, noch einen Schritt weiter zu gehen und sämtliche Umzüge zu verbieten.²¹⁵¹ So ist es verständlich, dass Knilling in der linken Presse von Anfang an als „strammer Reaktionär“²¹⁵² gefürchtet wurde.

Was die ehemalige Regierungspartei DDP angeht, die wenige Monate vor Knillings Amtsantritt das Kabinett Lerchenfeld verlassen und auf den Oppositionsbänken Platz genommen hatte, so schien Knilling und der BVP wenig bis gar nichts daran gelegen, diesen Teil des bürgerlichen Lagers wieder für die Koalition zu gewinnen. Auch als man in der BVP-Fraktion das Ende Lerchenfelds und den Neustart mit Knilling plante, spielte die DDP in den Gedankenspielen keinerlei Rolle.²¹⁵³ Offensichtlich war die DDP bereits lange vor ihrer herben Niederlage bei den Wahlen 1924 vom politischen Schirm Knillings und der BVP verschwunden. Zumindest stellten die Demokraten nach Knillings Wahl in den Münchner Neuesten Nachrichten klar, dass sie wohl bereit gewesen wären, für Knilling zu stimmen, man es seitens der BVP aber nicht für nötig empfunden hätte, sie zuvor kurz über die Ziele des neuen Kabinetts zu informieren. Nur deshalb habe man sich enthalten.²¹⁵⁴

Die verfassungsfreundlichen Demokraten hatten in der verfassungsfeindlichen Stimmung der Zeit Sorgen und Probleme, bei denen Knilling ihnen von Anfang an nicht als Helfer erschien. Sie verstanden sich als Opposition zu dessen Regierung.²¹⁵⁵ Die erste Aussprache zu einer Erklärung Knillings nutzte die DDP zur Anprangerung der Hetze, die gegen sie, aber auch die Republik verübt werde. Auch wenn dies vor allem auf die in der Regierung verbliebene BMP abgezielt haben dürfte, begegnete Fraktionschef Dirr der neuen Regierung mit wenig verborgenem Misstrauen. Er fürchtete für die Zukunft einen schroffen bayerischen Sonderweg, der die Reichseinheit gefährden könne, und bemängelte, dass nicht alle Parteien an einem Strang zögen, sondern ein Rechtsbündnis in Bayern alleine mit Stoßrichtung gegen Berlin und das Reich vorgehen werde. Schuld an dem oft schlechten Verhältnis zum Reich seien nicht nur einseitig dessen Unitarismus, sondern auch „die zeitweise Einstellung der bayerischen Politik, ihre Methoden, dann besonders die Hetze derjenigen, die um jeden Preis Bayern zum Sturmbock gegen das

²¹⁵¹ Es war wohl dem ebenfalls anwesenden Innenminister Schweyer, der auf mehr Standfestigkeit gegenüber der Arbeitsgemeinschaft beharrte, zu verdanken, dass es nicht zu einem noch größeren Gegenkommen Knillings kam. Beide gerieten über dies sogar vor den Augen der Gesandten Hitlers in einen heftigen Streit. Vgl. Hoegner, Hitler 1, S. 14.

²¹⁵² Neue Zeitung Nr. 234 vom 8.11.1922.

²¹⁵³ Vgl. Bechtolsheim, BVP-Fraktion, S. 93ff.

²¹⁵⁴ Vgl. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 451. vom 9.11.1922.

²¹⁵⁵ Vgl. Schilcher, Parlamentarismus, S. 99.

Reich und seine Verfassung machen wollen.“²¹⁵⁶ Dirr warf damit Knilling vor, dass dieser einseitig alles Licht in Bayern, allen Schatten in Berlin sehe. Auch die BVP wurde mit Angriffen eingedeckt. Ihre momentane Marschrichtung habe nichts mehr mit den Vereinbarungen der Koalition von 1920 zu tun. Trotz der Verwerfungen des Sommers 1922 nutzte er Knillings Start um Lerchenfelds Ende am glaubwürdigsten unter allen Rednern zu bedauern. Die Demokraten nahmen also eine für sie außergewöhnlich kritische Haltung zum Antritt Knillings ein. Er konnte damit, anders als Kahr und Lerchenfeld, schon von Anfang an und ganz offiziell nicht auf ihre Unterstützung bauen.

Das Verhältnis blieb auch in Folge kühl, wobei Knilling sich in Desinteresse gegen die DDP förmlich übte. So wollte beispielsweise die Münchener Post beobachtet haben, dass er kurz nach seinem Regierungsantritt im Landtag, als der Demokrat Dirr von Knilling inständig Verantwortungsgefühl für das gesamte Deutschland einforderte, demonstrativ zum Miesbacher Anzeiger griff und seine Aufmerksamkeit nicht auf Dirr, sondern auf die Lektüre des Hetzblattes richtete.²¹⁵⁷ Auch durch stellenweise Kritik der Demokraten an den Verfassungsänderungsplänen der BVP²¹⁵⁸ ließ sich Knilling nicht sichtlich beirren.

Im Endeffekt aber stellte die DDP, die ja so lange Zeit die Ordnungszelle mitgetragen hatte, keine allzu ernstzunehmende Bedrohung für Knilling dar. Nach wie vor gab es unter den Demokraten neben den kritischen Tönen auch einiges Verständnis für einen bayerischen Rechtskurs. Vor allem galt dies, da im Sinne des Ruhrkampfes die Attacken Bayerns auf die Reichsregierung unter Kanzler Cuno nachließen. Hinsichtlich Knillings Politik zur Wiedergewinnung eines geeinten nationalen Lagers ging dies sogar soweit, dass Müller Meiningen, der ehemalige demokratische Justizminister, die Auffassung teilte, die NSDAP habe wie alle Verbände einen guten Kern, den es zu schützen gelte.²¹⁵⁹ Noch anlässlich Knillings Haushaltsrede im Juni 1923, als der Ruhrkampf und seine Folgen bereits weit fortgeschritten waren, fanden die Demokraten auch unterstützende Worte für Knilling. Sein Vorgehen sei „dankenswert“. Sie ermahnten ihn lediglich, neben der Kritik an Frankreich auch dessen „Raubgenossen“²¹⁶⁰ Belgien ins Visier zu nehmen und in dieser Stunde ein neues Anschüren des Separatismus zu vermeiden. Es lässt sich dementsprechend bilanzieren, dass die DDP im Landtag durchaus ein gewisses Grundmisstrauen gegen Knilling und vor allem gegen dessen Partei bewahrte, im Sinne

²¹⁵⁶ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 147. Sitzung vom 15.11.1922.

²¹⁵⁷ Vgl. Münchener Post Nr. 267 vom 16.11.1922.

²¹⁵⁸ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 202. Sitzung vom 28.6.1923.

²¹⁵⁹ Vgl. Kiiskinen, Volkspartei, S. 199.

²¹⁶⁰ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 202.Sitzung vom 28.6.1923.

einer nationalen Grundhaltung und nach Jahren in der Regierungsverantwortung der Ordnungszelle allerdings keine sehr scharfe Opposition zu Knilling bildete. Dementsprechend standen die Demokraten weder im Visier Knillings, noch maß er ihnen, deren politischer Stern bereits zu sinken begann, noch große Bedeutung zu.

Auf eine eigene Betrachtung der Verhältnisses zwischen Knilling und dem Verbändelager beziehungsweise der NSDAP mit Hitler an der Spitze kann an dieser Stelle verzichtet werden, da diese Kräfte anders als bei Kahr und Lerchenfeld bereits ein sehr zentrales Thema der Amtszeit Knillings waren und im entsprechenden Kapitel schon ausführlich behandelt worden sind. Nur eines sei noch ergänzend hinzugefügt. Gegen Ende seiner Amtszeit hatte Knilling es im Landtag mit einer weiteren oppositionellen Kraft zu tun: Dem Völkischen Block. Er waren nach dem Putsch bei den Maiwahlen 1924 als zweitstärkste Kraft beeindruckend in den Landtag eingezogen und stand stellvertretend für die verbotene NSDAP. In dieser Bewegung sammelten sich all jene, die nach wie vor Sympathie für Hitlers Putsch und Antipathie für diejenigen, die ihn verhindert hatten, hegten. Von der Mittelpartei trennte die Anhänger dieses Lagers vor allem ihre Abneigung gegen die Beteiligung an parlamentarischen Regierungen, wie sie die bayerischen Deutschnationalen pflegten.²¹⁶¹ Dass dementsprechend auch der Ministerpräsident Knilling bei den Völkischen in keinem Ansehen stand, war selbstverständlich. Auch wenn die Tage Knillings an der Spitze Bayerns bereits gezählt schienen, unternahmen die Völkischen im Wahlkampf doch noch Angriffe auf ihn, so etwa in einem offenen Brief an ihn in den Münchener Neuesten Nachrichten. Man ließ ihn wissen, dass man die Aufhebung aller Einschränkungen gegen das Völkische Lager erwarte.²¹⁶²

Insgesamt war Knilling weder von Sozialdemokraten noch von Demokraten oder Völkischen im Landtag ernsthaft bedroht. Sie beobachteten ihn, sie kritisierten ihn, aber er ging über sie hinweg. Die Missstimmung der Bevölkerung und die Lage hinsichtlich der vaterländischen Verbände trieb ihn deutlich mehr um als die Opposition im Parlament. Oppositionelle Kraft, die von Knilling auch beachtet wurde, entwickelte sich dort erst, als auch der Bauernbund sich in den letzten Monaten der Amtszeit Knillings auf die Seite der Opposition stellte und damit einige Ziele für den Ministerpräsidenten auf parlamentarischem Wege in weite Ferne rückten. Schlussendlich aber war es mit der BVP

²¹⁶¹ Vgl. Thränhardt, Wahlen, S. 135.

²¹⁶² „Wer die völkische Bewegung verbietet, der ist ein kleiner, engstirniger Mensch, wenn auch noch so ein großer Parteimann, keinesfalls aber ein deutscher Führer, wie wir ihn heute brauchen.“ Münchner Neueste Nachrichten vom 5./6.4.1924.

die eigene Partei, die Knillings Ministerpräsidentschaft 1924 durch ihren Entschluss beendete.

5.4.3. Knilling und Kahr

Im Grunde waren sich Kahr und Knilling menschlich weit näher, als die politische Praxis im Untersuchungszeitraum es erahnen ließ. Laut dem Ministerialbeamten Sommer verband beide eine Dutzfreundschaft, die jedoch im Laufe der Zeit sehr belastet wurde. Kahr sei der größere Dickschädel gewesen, Knilling habe dafür über höhere Geistesgaben verfügt. Hinsichtlich des nationalen Nimbus und der Popularität, die Kahr vor sich hertrug, plagte Knilling zu jeder Zeit ein gewisser Neid,²¹⁶³ während Kahr Knillings Machstreben verurteilte und sich kleinlich an allen Respektlosigkeiten gegen seinen Nachfolger erfreute. So hielt er es zum Beispiel in seinen Erinnerungen fest, wenn Reichskanzler Cuno während einer Rede Knillings für eine Zigarette das Podium verließ,²¹⁶⁴ oder wenn Kahr im April 1923 zur goldenen Hochzeit des Prinzen Leopold eingeladen wurde, Knilling aber nicht.²¹⁶⁵ Das Verhältnis der beiden Beamten kühlte ab und bei Kahr verfestigte sich die Praxis, dass er seinem Nachfolger Knilling ebenso wenig Vertrauen und Respekt zollte, wie er es bei dem ungeliebten Grafen Lerchenfeld getan hatte.

Knilling wiederum verspürte seinerseits kaum das Bedürfnis nach regem Kontakt zu seinem Amtsvorgänger. Er hatte Kahr vor dessen Generalstaatskommissariat nur einmal in den Ministerrat eingeladen, als es im Januar 1923 eine Haltung gegenüber dem NSDAP Parteitag und den damit verbundenen Provokationen Hitlers zu finden galt. Er tat dies aber vor allem, weil er sich von Kahr ein beruhigendes Einwirken auf die vaterländischen Kreise erhoffte, weniger weil er dringlich an dessen Ratschlag interessiert gewesen wäre. Die Hoffnung ging jedoch nicht auf, sondern kehrte sich schon bald ins Gegenteil. Kahr riet der Regierung damals von einem allzu entschlossenen Vorgehen ab, da dies in bürgerlichen Kreisen nicht verstanden werden würde.²¹⁶⁶ Als die Regierung in der Folge dennoch den Ausnahmezustand verhängte, wurde Kahr aktiv, um gegenüber dem Innenminister Lockerungen der Verbote zu erreichen. Er tat dies, nachdem sich General

²¹⁶³ Vgl. Sommer, Beiträge, S. 184.

²¹⁶⁴ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1144.

²¹⁶⁵ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1203.

²¹⁶⁶ Vgl. Ministerratssitzung vom 26.1.1923, BayHStA, MA 99518.

Epp mit Röhm und General Lossow mit Hitler kurzgeschlossen hatte, auf Lossows Bitte.²¹⁶⁷ Damit stand er einmal mehr dem Militär und den Verbänden näher, als der parlamentarischen Regierung Knillings, deren Autorität in dieser heiklen Situation er damit faktisch untergraben hatte. Damit musste auch für Knilling klar sein: Der Beamte Kahr würde auch unter seiner Regierung eine eigene Programmatik verfolgen und sich nicht zum Weisungsempfänger der Regierung machen.

Selbst im Ruhrkampf, in dessen Befürwortung Knilling und Kahr sich eigentlich einig waren, betrieb Kahr hinter den Kulissen und vorbei am Ministerpräsidenten eine Netzwerkpflege in eigener Sache. Kahr begrüßte, wie Knilling, den parteilosen Reichskanzler Cuno, sah er in ihm doch "den ersten Kanzler mit unabänderlichen Nein."²¹⁶⁸ In seinen Lebenserinnerungen bilanzierte er jedoch im Rückblick, dass dieser Mann am Ende „jedoch viel zu fein für das heutige Geschäft eines deutschen Reichskanzlers“²¹⁶⁹ gewesen sei. Volles Vertrauen in der Sache schenkte er Cuno ebenso wenig wie Knilling. Dementsprechend begann Kahr, eigene Szenarien zu entwickeln. Am 1. Februar hielt er mit Lossow, dessen Stab und dem Professor Hermann Stegemann, der den Anwesenden über die Formen des Guerillakrieges referierte, in seinen Diensträumen sozusagen eine „Generalstabsbesprechung“ ab. Vor Landkarten Europas beratschlagten die Herren über Kriegsoptionen, das Vorgehen bei einem doppelten Einfall aus Tschechien und Frankreich, mögliche Waffenbeschaffungen aus England oder Skandinavien und die Maßnahmen zur moralischen Vorbereitung des Volkes auf einen neuen Waffengang mit Frankreich.²¹⁷⁰ Auch Verbindungen zu Seeckt nach Berlin wurden gepflegt, aus denen Kahr angeblich eine prinzipielle Kriegsbereitschaft Cunos zu folgern vermochte.²¹⁷¹ Die Liste dieser Gespräche und Kontakte zum Militär, mit denen Kahr sich in seinen Aufzeichnungen förmlich schmückt, soll an dieser Stelle nicht in aller Ausführlichkeit ausgebreitet werden. Wichtig ist hier nur, festzuhalten, dass Kahr mit diesen Aktivitäten zum einen mehr als deutlich die Kompetenzen eines Regierungspräsidenten von Oberbayern sprengte und dass er die offizielle bayerische Staatsregierung (die genaugenommen natürlich selbst keinerlei verfassungsgemäße

²¹⁶⁷ Vgl. Lange, Bayern, S. 192.

²¹⁶⁸ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1144.

²¹⁶⁹ Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1126.

²¹⁷⁰ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1131f.

²¹⁷¹ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1144a.

Kompetenz gehabt hätte, Kriegsplanungen zu unternehmen) umging. Knilling aber hatte er diese seiner Ansicht nach notwendigen Aufgaben schlichtweg nicht zugetraut.²¹⁷²

Während Kahr also durch solche Planungen die Autorität des Ministerpräsidenten in Militär und vaterländischen Kreisen in Frage stellte, so stellte er auch für das öffentliche Ansehen Knillings keinerlei Hilfe dar. Die Situation war hier, wie schon die zeitgenössische Presse feststellte,²¹⁷³ durchaus mit der Lerchenfelds vergleichbar. Kahr verhielt sich erneut bei Leibe nicht so, wie man es von einem unpolitischen Beamten erwarten würde. Er behielt seine reichlichen Auftritte bei²¹⁷⁴ und verstand es nach wie vor meisterhaft, sich in Szene zu setzen. So posierte er im Frühjahr 1923 mit dem abenteuerlichen Seehelden Kapitänleutnant Graf Luckner im überfüllten Hofbräuhaus und schwadronierte mit ihm über die Gewinnung der Arbeiterschaft für die nationale Sache.²¹⁷⁵ Auch einen Hindenburg-Aufenthalt in Bayern nutzte Kahr wieder öffentlichkeitswirksam aus, musste allerdings sehr verärgert feststellen, dass bei der Verabschiedung des Kriegshelden am Münchner Hauptbahnhof auch Ludendorff auftauchte.²¹⁷⁶ Sogar in die „Höhle des Löwen“, in den Zirkus Krone, wagte sich Kahr, obgleich er behauptete, von vaterländischen Kreisen dazu gedrängt worden zu sein und die aufgepeitschte Stimmung im Hauptversammlungslokal Hitlers als „unheimlich“²¹⁷⁷ empfunden zu haben. Die sozialdemokratische Presse mutmaßte ob der auffälligen Propagandatätigkeit, die der „Agitator Kahr“²¹⁷⁸ für sich trieb, mit einigem Recht, dass er sich für einen neuen Anlauf in höhere Weihen, etwa für die von der BVP geforderte Stelle eines bayerischen Staatspräsidenten, in Position zu bringen versuchte.

Nun hätte ein solch gefragter Agitator, eventuell sogar in Absprache mit Knilling oder den Koalitionsparteien, durchaus die Funktion erfüllen können, in seinen Auftritten die Autorität der legitimen Staatsregierung gegen populistische Propaganda und unüberlegten Aktionismus zu verteidigen. Der Beamte Kahr hatte schon hier, nicht erst während des Generalstaatskommissariats, jederzeit die Möglichkeit, seine Popularität in den Dienst des Freistaats und seiner bestehenden Ordnung zu stellen. Das Gegenteil allerdings war abermals der Fall. Gustav von Kahr stellte in seinen Auftritten alles

²¹⁷² Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1137.

²¹⁷³ Die „Allgemeine Zeitung“ stellte im Mai 1923 fest, dass Kahr bereits „peinlich“ Lerchenfeld und damit seinen Dienstherrn und seine angebliche politische Heimat bekämpft hatte. Nun könne sich auch Knilling über die Diensttreue Kahrs Gedanken machen. Vgl. Allgemeine Zeitung Nr. 21 vom 26.5.1923.

²¹⁷⁴ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1188ff.

²¹⁷⁵ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1206f.

²¹⁷⁶ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1208ff.

²¹⁷⁷ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1248.

²¹⁷⁸ Münchener Post Nr. 133 vom 12.6.1923.

Bestehende, ohne Differenzierung zwischen der bayerischen Verfassung, der Weimarer Verfassung, des Landtags oder der parlamentarischen Regierung als einen unnatürlichen, unrichtigen Zustand in Frage. Er behielt seine Neigung zu öffentlichkeitswirksamen Auftritten im Kreise vaterländisch gesinnter Kräfte bei, teilweise unterstützte er solche Versammlungen sogar finanziell.²¹⁷⁹ Knillings Regierung war entweder nicht gewillt oder nicht in der Lage, ihn hier einzubremsen, auch wenn Kahrs Reden sicherlich nicht im Sinne des faktisch bestehenden bayerischen Staates waren. Bei einem Auftritt in Kempten machte Kahr den „wahren Staatsgedanken“ zum Thema seiner Kundgebung. Er forderte die Errichtung des überparteilichen, nationalen Staates, wobei „die Verteidigung völlig wertloser Ersatzmittel wie ‘Volkssouveränität’ und ähnliche Dinge“ nicht nötig sei. Indem er abwertend von einem angeblichen „Teil des internationalen Kapitals, der im Verfolg materieller Sonderinteressen überstaatlich und antinational“ denke, sprach, griff er, wenn auch nur unterschwellig und nicht mit demselben weltanschaulichen Hintergrund, den Antisemitismus der Reden Hitlers auf. Mit der Forderung nach einer „Wiederbeschaffung der Wehrmacht Deutschlands“ bediente er den Revanchismus und seine Ablehnung des bestehenden demokratischen Staates brachte er durch seine Vorstellungen von der Diktatur als besseres Gegenmodell klar zum Ausdruck: „Millionen Seelen und ein Gedanke, Millionen Herzen und ein Schlag!“²¹⁸⁰ Ebenfalls im Sommer 1923 berichtete die Bayerische Staatszeitung über Kahrs Auftritt vor dem Hochschulring Deutscher Art im Mathäserbräu, wo er von den in großer Zahl anwesenden Münchner Studenten „bedingungslose Unterwerfung“ unter eine „geistig-nationale Mobilmachung“²¹⁸¹ einforderte. Kahr stellte die bestehende Ordnung also nicht als einen dauerhaften Zustand dar, sondern verbreitete in den Monaten und Wochen vor dem Hitlerputsch eine Stimmung, die die Dinge im Fluss sah, die auf baldige, gewaltige Umwälzungen hin fieberte. Er stellte damit kein wirkliches Gegenprogramm zu den radikalsten Kräften um Hitler auf, sondern wetteiferte in einem gewissen Sinne mit ihnen, ohne dem von Umsturzängsten geplagten Knilling damit das Leben auch nur ein bisschen zu erleichtern. Mit Stolz nahm Kahr – zumindest laut seinen schöngefärbten Erinnerungen - jede Respektskundgebung der NSDAP entgegen: So hätten ihm Vertreter der Partei laut seinen Erinnerungen versichert, dass man hinter ihm stünde und auf Hitlers Versammlungen am besten Postkarten von ihm, Graf Luckner und dem Kronprinzen

²¹⁷⁹ So zum Beispiel eine der Gedenkfeiern zur Reichsgründung am 18.1.1923 an der Universität München. Als Ehrengast war Ludendorff geladen. Vgl. Gordon, Hitlerputsch, S. 170.

²¹⁸⁰ Bayerische Staatszeitung Nr. 132 vom 11.6.1923.

²¹⁸¹ Bayerische Staatszeitung Nr. 154 vom 6.7.1923.

Absatz fänden.²¹⁸² An anderer Stelle legte Kahr Wert auf den Hinweis, dass ein Zug der Hitlertruppen, der ihm in jener Zeit auf der Straße begegnete, ihm wie selbstverständlich mit dem Kommando „Achtung! Augen rechts!“ die Ehre erwiesen hatte.²¹⁸³ Solche Ehrenbezeugungen, mochten sie nun von Nationalsozialisten, Bund Bayern und Reich oder welchem Verband auch immer kommen, galten sicher nicht dem Staatsbeamten Kahr, sondern der politischen Gestalt Kahr. Und als politische Gestalt trat Kahr dementsprechend in Konkurrenz zum ersten Mann im Staat, zu Knilling.

Kahr war mit Knilling im Grundgedanken der Sammlung aller Kräfte durchaus vereint, jedoch sammelte er sie nicht im Sinne der verfassungsmäßigen Regierung. Dass eben diese Regierung im Herbst 1923 in Kahr die einzige verbliebene Möglichkeit sah, den Aktionismus Hitlers zu bremsen, hängt auch mit Kahrs monatelanger Propagandatätigkeit zusammen. Wenn Knilling oder andere Vertreter der Regierung jedoch einiges persönliches Unbehagen bei der Berufung Kahrs als Retter der Ruhe und Ordnung verspüren sollten, ist dies ebenso verständlich. Wie schon die Regierung Lerchenfeld hatte auch die Regierung Knilling an der mangelnden Loyalität ihres bekanntesten Beamten dauerhaft leiden müssen und es mag nicht verwundern, wenn die Vossische Zeitung unmittelbar nach der Errichtung des Generalstaatskommissariats zu dem Eindruck gelangte, dass Kahr, der zwar kein Mann Ludendorffs oder Hitlers sei, aber gegenüber der Regierung „seit Monaten auf Zehenspitzen in Erwartung“²¹⁸⁴ gestanden habe. Die Ernennung Kahrs zum Generalstaatskommissar empfand Knilling als Demütigung. Sie war alles andere als sein persönlich gehegter Wunsch. Dementsprechend gereizt reagierte Knilling auch im Interview mit der Kahr-freundlichen München-Augsburger Abendzeitung, als diese Kahr die Rolle eines Wegbereiters für eine Wiederkehr der Dynastie Wittelsbach zugeschrieb. „Man sollte meinen, dass derartige Nachrichten und ihre Quellen allmählich dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen!“²¹⁸⁵, so Knillings Reaktion. Zu dieser Gereiztheit hatte Knilling allen Grund, denn im Gegensatz zu Lerchenfelds Amtszeit war es Kahr im Falle Knillings ja tatsächlich gelungen, wieder in eine bayernweit hervorgehobene Stellung zu kommen und auch über Bayerns Grenzen hinaus erneut einen enormen Grad an Aufmerksamkeit zu erlangen. Während des Hitlerputsches schließlich sollte Knilling von den Nazis verhaftet werden, während sie Kahr, der dies in jener Situation bestenfalls verhalten kritisierte, als Partner

²¹⁸² Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1176.

²¹⁸³ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1193.

²¹⁸⁴ Vossische Zeitung Nr. 457 vom 27.9.1923.

²¹⁸⁵ München-Augsburger Abendzeitung Nr. 274 vom 7.10.1923.

umwarben. Hier ist wohl der absolute Tiefpunkt in der Beziehung zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Staatsbeamten zu sehen, der untrennbar mit der Person Kahrs zusammenhing.²¹⁸⁶ Erst nach dem Putsch, wenn auch wohlgerne in einem zähen, monatelangen Prozess konnte Kahr wieder von jener hervorgehobenen Stellung entfernt werden. Doch zu diesem Zeitpunkt war es auch um Knillings Ansehen in Bayern schon viel zu schlecht bestellt, als dass er doch noch als der starke Mann hätte in Erscheinung treten können.

5.5. Bilanz der Regierungszeit

Die Situation, die nach knapp einem Jahr unter der Regierung Knilling im Herbst 1923 in Bayern vorzufinden war, beschrieb sein Vorgänger im Amt des Ministerpräsidenten, Graf Lerchenfeld, in einem Gastartikel in der Vossischen Zeitung nur wenige Tage vor dem Putsch so: „Wir in Bayern werden von mancher Seite als ‘Ordnungszelle’ gepriesen. Ja vor kommunistischen Abenteurern sind wir sicher, aber die Sicherheit von Hab und Gut ist nicht alles, was wir vom Staat und von den Bürgern verlangen müssen. Staatsautorität und Verfassungsmäßigkeit sind die ersten Voraussetzungen jedes Staates, der diesen Namen für sich in Anspruch nimmt. Wie steht es nun in Bayern mit diesen Voraussetzungen? Wir leben unter einem Ausnahmezustand, der durch die inneren bayerischen Verhältnisse hervorgerufen worden ist, und zwar durch die sogenannten Kampfverbände. (...) Man mag über die nationalen Bestrebungen der Kampfverbände so günstig urteilen, deren nationalen Idealismus so hoch einschätzen wie man will; aber darüber darf man sich kaum Zweifeln hingeben, dass die Führer und noch mehr die im Hintergrund befindlichen Leiter ‘auf das Ganze gehen’, d.h., die zentrale nationale Diktatur im Reiche mit allen Mitteln anstreben.“²¹⁸⁷ Dem Grafen ist anzumerken, dass er im Kurs Knillings einen anderen erblickte, als er persönlich ihn für richtig gehalten hätte. Er, der er nun persönlich jedes nennenswerten politischen Einflusses beraubt war, stellte

²¹⁸⁶ Knilling sprach, offenbar persönlich tief getroffen, in der ersten Ministerratssitzung Kahr jeden Verdienst an der Niederschlagung des Putsches ab. Er ging stattdessen davon aus, dass Kahr zunächst gewillt war, mit Hitler zu paktieren. „Kahr habe nicht nur seine Beteiligung an dem Unternehmen erklärt, sondern noch eine Art von Rütli-Schwur geleistet, mit Hitler die Hände gekreuzt und ihm ins Auge geblickt.“, so Knillings Analyse. Dass es anders gekommen sei, war in den Augen Knillings den Maßnahmen des Oberst Banzer zu verdanken, die vor Kahrs Anweisungen und damit unabhängig vom Generalstaatskommissar Tatsachen geschaffen hätten. Dass Kahr nun als der für Knilling „unpopulärste Mann Münchens“ aus der Sache herausgegangen war, tröstete den Ministerpräsidenten offensichtlich. Es war die erste Feststellung, die er im Ministerrat nach dem Putsch getroffen hatte. Vgl. Ministerratssitzung vom 10.11.1923, BayHStA, MA 99518.

²¹⁸⁷ Vossische Zeitung Nr. 528 vom 7.11.1923.

die Wertansichten der Ordnungszelle unter Knilling in Frage. Die Putschereignisse sollten ihm nur einen Tag nach der Veröffentlichung des Artikels auf dramatische Weise Recht geben.

Wenn Harold J. Gordon mit einer gewissen Wertschätzung der Person Knillings bilanziert, dass „nur großes Glück und beträchtliche Geschicklichkeit“²¹⁸⁸ Knillings Kabinett mehrmals vor dem Zusammenbruch bewahrte und es trotz aller verspielter Chancen über die Zeit der schwersten Krise rettete, so mag er mit dem Aspekt des Glücks eingeschränkt Recht behalten, von beträchtlichem Geschick jedoch kann kaum die Rede sein. In Wahrheit hatte die Regierung unter Knilling kaum Erfolge auf ihrer Seite verbuchen können, weder in der Frage des Föderalismus, noch im inklusiven Kurs gegenüber den vaterländischen Kräften, der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande und vielleicht am wenigsten in der Lösung der ökonomischen Probleme. Im Sommer 1923 wirkte sie ratlos und am Vorabend des Hitlerputsches hatte sie längst die Zügel aus der Hand gegeben und weite Teile ihrer Handlungsmöglichkeiten abgetreten. Kahrs Generalstaatskommissariat war dafür der personifizierte Beweis. Warum, wenn nicht in Folge höchster Ratlosigkeit, hätte eine bayerische Regierung unter Leitung der BVP ihn, den man erst im Herbst 1921 mit guten Gründen fallen gelassen hatte, zurückholen sollen? Es war das Eingeständnis der Regierung Knillings, selbst weder über eine Agenda noch über Autorität zu verfügen. Damit setzte die BVP letzten Endes, wenn auch in neuem Gewand, ihren bekannten Kurs fort, in Krisenzeiten dem Volk ein neues Gesicht als Antwort zu präsentieren und das eigene Personal im Hintergrund zu halten. Damit wurde auch öffentlich ein Zeichen gesetzt, dass die verfassungsgemäßen Organe des Staats, der Landtag und der Ministerrat, nicht zur Lösung von Problemen geeignet sein konnten, sondern es starker Männer bedürfe. Im Falle Kahrs hätte sie anhand der Erfahrungen aus seiner Ministerpräsidentschaft allerdings leicht erahnen können, dass er auch diesmal nicht durch die Partei und die gemäßigte Elite zu steuern sein würde.

Auch die Wandlung in Knillings Regierungsstil, die sich nach dem Putsch durch einen verstärkten Aktionismus vor allem hinsichtlich von Verfassungsdebatten zeigte, belegt am Ende, wie wenig man auf die Herausforderungen der weniger verfassungspolitischen, sondern viel eher ökonomischen Bedürfnisse der Zeit vorbereitet war. Während die ohne Zutun Bayerns entstandenen Währungsreformen im Reich für eine allmähliche Stabilisierung in Deutschland sorgten, versandeten die mit Entschlossenheit geführten

²¹⁸⁸ Gordon, Hitlerputsch, S. 167.

Verfassungs-Plebiszite und die Bemühungen zur Neuorganisation durch die Regierung Knilling binnen kurzer Zeit. Die bayerische Bevölkerung beantwortete die Vorstellungen der BVP mit schlichtem Desinteresse.

Der vormals königlich bayerische Kultusminister Eugen von Knilling war deutlicher als Lerchenfeld und Kahr gewillt, seinen Beamtenstand zu verlassen und politisch aktiv zu werden. Im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern kam er aus der Mitte der Fraktion. Obgleich er natürlich nicht den innerparteilichen Status eines Heinrich Held besessen hatte, war somit er, nicht Held, der erste bayerische Ministerpräsident, den konservative Parlamentarier in eigener Verantwortung aus ihren eigenen Reihen bestimmten. Sie hatten in ihm einen zuverlässigen Parteigänger der BVP. Spätestens seine Regierungspraxis ermöglicht darüber hinaus eine noch engere politische Verortung Knillings im rechten Flügel der Partei, was sich in einer gewissen Orientierung zur BMP sowie den Verbänden, einer gewissen Distanz zum gemäßigten BVP- Innenminister Schweyer und einem merklich geringem Interesse an der Regierungsbeteiligung des Bauernbunds, am Dialog mit der Sozialdemokratie und einer Rückkehr der demokratischen Partei in die Koalition niederschlug. Damit hatte auch er sich auf eine Position gestellt, die für die Festigung der staatlichen Ordnung im Sinne der Verfassungen von 1919 nicht zuträglich sein konnte. Dass er bis Herbst 1923 nicht schon in ähnlich schwere Konflikte mit der Reichsregierung in Berlin geriet wie seine Vorgänger, ist sicher nicht einer diplomatischeren Umgangsart oder einem politischen Kurswechsel der bayerischen Regierung geschuldet. Dieser Umstand resultiert im Kern aus zwei Faktoren: Zum einen war der politische Hintergrund der „Expertenregierung“ des Reichskanzlers Cuno dem der bayerischen Regierung deutlich ähnlicher, als die Reichskabinette zuvor. Immerhin war die BVP erstmals selbst an dieser Reichsregierung beteiligt und stellte den Reichspostminister. Zum anderen stellte sich durch den Ruhrkampf ein gemeinsames Bestreben gegen einen gemeinsamen Gegner für die Kabinette in München und Berlin ein, wobei man einen übereinstimmenden Lösungsansatz mit gleichen Methoden verfolgte. Auch diese Konstellation war bei Knillings Vorgängern nicht festzustellen. Dass äußere Faktoren, nicht ein Ankommen Bayerns und seiner Regierung in den Gegebenheiten der Weimarer Reichsordnung, diesen Wandel bewirkten, zeigt sich deutlich, als im September 1923 die Regierungszeit Cunos endete und das Reichskabinett Stresemanns seine Arbeit aufnahm. Binnen kürzester Zeit befand sich Bayern wieder in ärgster Konfrontation mit Berlin und vollzog nun – vor den interessierten Augen der radikalen Gruppen im Freistaat - gleich mehrere Brüche der Reichsverfassung. Das

Prinzip, Komplimente und Nachsichtigkeiten an die radikale Rechte zu verteilen, hatte Knilling trotz aller teilweisen Harmonie mit Cuno nie verlassen. Die Ordnungszelle Bayern blieb unter ihm der sichere Sammelplatz der Gegner des Berliner Systems, wofür Knilling wesentliche Mitverantwortung zukam. Als Knilling erkannte, dass sich diese Kräfte auch gegen ihn richten würden, war es längst zu spät. Sein wenig rühmlicher Abgang aus der Politik im Sommer 1924 passte so zu einer weitgehend glück- und erfolglosen Amtszeit.

6. Fazit und Schlussgedanke

Anlässlich Kahrs Geburtstagsfeier am 29. November 1923 kehrte für kurze Zeit ein gewisser trotziger Humor ins Generalstaatskommissariat an der Münchner Maximilianstraße ein. Nach einem Ständchen durch das Musikkorps der Landespolizei beschenkten die Mitarbeiter den Jubilar mit einem Portrait Ludendorffs, das die Unterschrift „Erich seinem lieben Gustav“ trug. Zusätzlich schleppten sie einen alten Teppich in die Diensträume, mit dem Kahr, so die spaßig gemeinte Rede, die fünf Perserteppiche ergänzen könne, die ihm laut der neuesten Hetzpropaganda der völkischen Kreise ein Jude²¹⁸⁹ zum Dank für die Niederschlagung Hitlers geschenkt habe. Der sonst so auf Sparsamkeit und Entbehrung versessene Generalstaatskommissar hatte offensichtlich Vergnügen an den ironischen Präsenten, sodass er, ganz von seinem üblichen Kurs abweichend, zur Feier des Tages Freibier für die Wachmannschaften spendierte.²¹⁹⁰

Es war freilich für Kahr einer der wenigen heiteren Momente in diesen Tagen, denn schon ein kurzer Blick aus dem Fenster hätte ihn daran erinnert, wofür er diese Wachmannschaften überhaupt brauchte: Sie mussten ihn, den ehemaligen Hoffnungsträger, nun im Generalstaatskommissariat hinter Stacheldrahtverhau vor enttäuschten Anhängern des Putsches schützen. Ein Blick aus dem Fenster hätte Kahr daran erinnert, wie deprimierend die Lage für ihn eigentlich war, wie verworren und

²¹⁸⁹ Ein Gerücht, das auch in der bereits erwähnten Münchener Studentenversammlung vom 12.11.1923 lautstark verkündet wurde. Laut dem nationalsozialistischen Redner hatte angeblich der jüdische Münchener Kunsthändler und Honorarkonsul von Mexiko, Otto Bernheimer, Kahr mit diesen Perserteppichen bestochen. Vgl. Deuerlein, Hitlerputsch, S. 358.

²¹⁹⁰ Vgl. Kahr, Lebenserinnerungen, S. 1427.

orientierungslos Bayern geworden war. Nicht nur, dass viele ihm noch zürnten und nach wie vor auf Seiten Hitlers standen,²¹⁹¹ man machte sich förmlich lächerlich über sein Werk und erging sich in Respektlosigkeiten ihm gegenüber. Das „Blumenhaus am Gärtnerplatz“, wo die Nazis Kränze für ihre Gefallenen bestellt hatten, schickte sogar die Rechnung dafür an den Generalstaatskommissar – schließlich habe der ja Schuld, dass die NSDAP aufgelöst, das Parteivermögen beschlagnahmt sei und die Partei die Kränze jetzt nicht bezahlen könne.²¹⁹² Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Die vermeintliche „Ordnungszelle Bayern“ hatte sich spätestens mit dem Putsch als Ort des Chaos erwiesen.

Solche Szenen sind sinnbildlich für die Unsicherheiten und die Orientierungslosigkeit der frühen 1920er Jahre in Bayern, die sich in einer Radikalisierung weiter Bevölkerungsteile niederschlug. Doch welche persönliche Verantwortung für diese Zustände ist den Ministerpräsidenten Kahr, Lerchenfeld und Knilling vor dem Hintergrund der Zeit zuzuweisen?

Der Übergang von der Monarchie zur parlamentarischen Republik, wie er sich in den Jahren 1918 und 1919 vollzogen hatte, war noch frisch und bei vielen nicht verinnerlicht. Den Funktionsträgern im Staat fehlte es an Erfahrung mit dem neuen System, unter anderem was das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament anging. Gerade Gustav von Kahr war nicht in der Lage, sich auf die neue Zeit einzustellen und einen tagespolitischen Einfluss der Parlamentsmehrheit auf die Regierung zuzulassen. Er wurde in der Monarchie als königlich bayerischer Spitzenbeamter in der festen Überzeugung geprägt, dass das Parlament sich auf die Verabschiedung von Gesetzen und des Haushalts zu beschränken habe, die Regierung ansonsten aber unabhängig von ihm wirken könne. Von dieser Überzeugung konnte sich vor allem Kahr nie lösen. Freilich war diese Auffassung durch die Tatsache, dass eben nicht mehr der König sondern die Parteien des Parlaments die Regierung beriefen, kaum mehr praxistauglich. Wie sehr die alten Grundsätze allerdings noch in den Köpfen verhaftet blieben, zeigt sich nicht zuletzt durch die Tatsache, dass auch die Parlamentarier der BVP bei der Wahl des Ministerpräsidenten dreimal nicht auf ihre eigenen Anführer, sondern auf Männer setzten, die ihren Ruf vor allem ihrer Karriere in der Spitzenbürokratie des Königsreichs verdankten.

²¹⁹¹ Dies galt vor allem für die Landeshauptstadt München. Bei den Wahlen im Frühjahr 1924 holte der Völkische Block, also die Ersatzorganisation für die zwischenzeitlich verbotene NSDAP, beachtliche 35 %, also mehr als jede dritte Stimme. Das war doppelt so viel als im übrigen Bayern. Vgl. Hartmann, Weg, S. 207f.

²¹⁹² Vgl. Wilhelm, Hitlerputsch, S. 56.

Dass die Beamten Kahr, Lerchenfeld oder Knilling nun allerdings neutral über den Dingen schwebend den Staat verwalteten, wie es das gängige Bild vom „unpolitischen Beamtenministerpräsidenten“ suggerieren will, ist eine irriige Vorstellung. Alle drei verfügten über eine politische Agenda und über politische Vorstellungen, die sie umsetzen wollten. An der Spitze einer Regierung unpolitisch zu sein, ist schlichtweg nicht möglich. Alle drei waren sich der Tatsache bewusst, dass sie sich mit den Parteien des Landtags, vor allem mit der BVP, die sie berufen hatte, wohl oder übel auseinanderzusetzen hatten. Alle drei bezogen innerhalb des politischen Spektrums in Bayern ihre Stellung. Und alle drei mussten letztlich zurücktreten, weil die Zusammenarbeit mit den Parteien am Ende nicht ausreichend funktioniert hatte. Erst als die BVP ihren eigenen Fraktionsführer Heinrich Held zum Ministerpräsidenten machte, hörte die Partei damit auf, die Ministerpräsidenten im schnellen Wechsel auszutauschen. Nur widerwillig überwand sie das im Königreich geprägte Bild der parlamentsunabhängigen Regierung. Erst mit Heinrich Held übernahm die führende Partei selbst mehr Verantwortung – sowie der Grundgedanke einer parlamentarischen Regierung dies erfordert.

Dass es – abgesehen von der BVP – gerade den königlichen Beamten Kahr, Lerchenfeld und Knilling nicht leicht gefallen sein dürfte, sich auf dieses neue System einzustellen, ist verständlich. Alle drei empfanden die Revolution, als deren Folge die parlamentarischen Systeme in Bayern und dem Reich entstanden waren, aus tiefster Überzeugung als ein Unrecht. Dass diese Männer die Bamberger beziehungsweise die Weimarer Verfassung nun als feststehende und nicht mehr zu ändernde Tatsachen akzeptieren würden, war kaum zu erwarten.

So ist die „Ordnungszelle Bayern“ keinesfalls als eine Verteidigung der Ordnungen, wie sie in den neuen Verfassungen von Bayern und dem Reich vorgesehen waren, zu verstehen. Sie verteidigte sich vielmehr im reaktionären Sinne gegen alle Entwicklungen, die Bayern noch weiter von der alten Ordnung der Vorkriegszeit hätten entfernen können. Immerhin war es gelungen, zumindest das kommunistische Räteresystem abzuwenden, gegenüber dem die parlamentarische Regierungsform der großen Mehrheit in Bayern, selbst Kahr, als die weit erträglichere Alternative erschien. Es herrschte bei jedem der drei Ministerpräsidenten eine tief sitzende Angst vor einer erneuten Revolution von links, vor einer Wiederholung der kommunistischen Aufstände der Jahre 1918 und 1919. Meldungen über die beklagenswerten Zustände im Sowjetrussland dieser Jahre, wo die rote Revolution – anders als in Bayern – nicht abgewandt werden konnte, taten in großen

Teilen der Bevölkerung ihr übriges. Dieser Abwehr nach links galt über weiteste Strecken die große Aufmerksamkeit der bayerischen Ministerpräsidenten. Wer sich diesem Gedanken anschloss, egal wie weit rechts er politisch stand, war grundsätzlich willkommen. Bei der Verteidigung der bestehenden Verfassungen in Bayern und Reich hingegen, die als Resultate einer unrechtmäßigen und bedauerlichen Revolution gesehen wurden, konnte sich dementsprechend keine Motivation entwickeln.

Bayern war unter jedem der drei untersuchten Ministerpräsidenten als ein Gegenmodell zum Weimarer System und seiner Hauptstadt Berlin aufgetreten. Die zahlreichen Beispiele, in denen Bayern nicht nur in Opposition zur Berliner Reichsregierung stand, sondern auch unter den übrigen Landesregierungen des Reichs weitestgehend isoliert war, unterstreichen die Sonderrolle des Freistaats im Gefüge der Weimarer Republik. Dass es dazu kommen konnte, ist zunächst mit den unterschiedlichen Regierungskoalitionen in Bayern und den übrigen Reichsgebiet zu erklären. Die Bayerische Volkspartei hat spätestens durch die Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft mit dem Zentrum im Reichstag klar gemacht, dass sie einen anderen Weg gehen wollte. Sie führte in Bayern ein Regierungsbündnis aus bürgerlichen bis hin zu offen republikfeindlichen Kräften an, während im übrigen Reichsgebiet zumeist Zentrum, Sozialdemokratie und die Liberalen regierten, die dem Weimarer Staat deutlich aufgeschlossener gegenüberstanden. Doch diese Entwicklung war kein Zufall, der sich nur aus den Umständen dieser Jahre ergab. Sie resultierte nicht zuletzt aus einem seit Jahrzehnten tradierten Antagonismus zwischen Bayern und dem Reich, der für die BVP, aber auch für den Beamtenstab der Monarchie galt. Das Bedürfnis nach der Verteidigung der Eigenstaatlichkeit hatte in der bayerischen Politik weite Teile des 19. Jahrhunderts geprägt. Im Bismarck'schen Kaiserreich wurde ihm zumindest noch mit sogenannten Reservatrechten, wie dem bayerischen Heer, einer bayerischen Staatsbahn oder eigenen bayerischen Gesandtschaften Rechnung getragen. Die Weimarer Verfassung aber beendete nicht nur diese Sonderrechte, sie machte Bayern durch die Finanzreform Erzbergers zum Kostgänger des Reichs. Nicht nur die BVP, die von einem bayerischen Selbstverständnis lebte, gerade die hohen Staatsbeamten, denen dadurch zahlreiche Kompetenzen genommen wurden, empfanden dies als Demütigung. So erklärt es sich, dass jeder der drei Ministerpräsidenten an seinem Kabinetttisch immer und immer wieder die Rückgewinnung alter Reservatrechte einforderte und sich massiv gegen die neue Übermacht der Reichsebene stemmte. Alle drei brachen dabei die Weimarer Verfassung und gingen sogar soweit, das Risiko einer Reichsexekution - also nichts

anderes als einen Bürgerkrieg - in Kauf zu nehmen. Personenkreise, die sich durch die neue Zeit ebenfalls ihrer alten Rechte beraubt fühlten – man denke beispielsweise an die vielen im Kaiserreich noch hochangesehenen, doch nun arbeitslosen Offiziere – nahmen diese reaktionäre Haltung dankbar zur Kenntnis. So wurde die sogenannte Ordnungszelle Bayern auch zum Hoffnungsträger der politischen Rechten im ganzen Reich und entwickelte dementsprechende reichspolitische Ambitionen. Die Not, die durch Inflation und Mangelversorgung immer weiter anstieg, die Verrohung nach vier Jahren eines grausamen Weltkrieges und die Perspektivlosigkeit, die sich vielerorts nach der Niederlage Deutschlands einstellte, waren dabei immer präsent und nährten die Sehnsucht nach politischen Alternativen und nach einfachen Lösungen.

Vor diesem Hintergrund übernahmen Kahr, Lerchenfeld und Knilling nun die Ministerpräsidentschaft in einem Land, das nicht erst durch ihr persönliches Wirken prädestiniert für eine Sonderrolle und eine Abwehrhaltung gegen das Weimarer System war. Dennoch ist die Frage zu stellen, inwieweit sie ganz persönlich durch ihre Amtsführung Verantwortung für die Radikalisierung Bayerns, bis hin zu Hitlers Putsch trugen, der als Endziel die Beseitigung der Weimarer Republik hatte. Sicher gaben alle drei durch ihre Verfassungsbrüche und ihren andauernden Protest anschauliches Beispiel und Ermunterung für die Feinde der Weimarer Verfassung. Wenn die bayerische Staatsregierung sich dieses Recht herausnahm, warum sollte solches Handeln dann nicht gerechtfertigt sein? Dies war ein sehr wesentlicher Faktor für die Radikalisierung Bayerns, die damit alle drei mit zu verschulden haben. Trotzdem muss zwischen den einzelnen Ministerpräsidenten differenziert werden, denn das Ausmaß ihrer Mitverantwortung geht weit auseinander.

Graf Lerchenfeld hatte durchaus Ansätze zur Eindämmung des Rechtsradikalismus und Hitlers. Das Gepolter der vaterländischen Hetzredner war nicht das seine. Mit seinen wirtschaftspolitischen Überlegungen, in denen er die Inflation als einen wesentlichen Unruhefaktor der Zeit erkannte und sie bekämpfen wollte, hatte er eine andere, vernünftiger Prioritätensetzung der bayerischen Politik ins Auge gefasst, als Kahr, Knilling und die vaterländischen Verbände. Doch Lerchenfeld blieb innerhalb der bayerischen Politik isoliert. Er, der von außerhalb Bayerns in seine Heimat zurückgerufene Ministerpräsident, unterschied sich in vielen seiner Anschauungen von weiten Teilen der politischen Elite Bayerns und konnte keinen langfristigen Einfluss auf sie ausüben. Die zu Beginn seiner Amtszeit vollzogene Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes und sein Wunsch nach Verständigung mit Berlin waren zunächst

Zeichen dafür, dass der Graf die neue Ordnung hinnahm, Bayern eben nicht mehr in einem „Ausnahmestand“ sah. Seine föderalistische Überzeugung, manche politische Enttäuschung und nicht zuletzt der immer stärker werdende Druck seines Umfelds waren es, die ihn in der Folgezeit trotzdem in allerhand Konflikte mit dem Reich brachten. Dies ging bis zum Verfassungsbruch des Sommers 1922, bis zu einem Punkt, an dem auch der im Grunde gemäßigte Lerchenfeld Überlegungen anstellte, die paramilitärischen Verbände Bayerns gegen die Reichsregierung einzusetzen. Obwohl Lerchenfeld dem Parlamentarismus an sich relativ offen gegenüber stand und an den ständigen Versuchen seiner Parteifreunde in der BVP hinsichtlich einer Umgestaltung der Bamberger Verfassung kein Interesse zeigte, akzeptierte er die Weimarer Verfassung somit am Ende nicht. Diejenigen, die einen Bruch dieser Weimarer Verfassung ablehnten, nämlich die DDP mit ihrem Minister Hamm, mussten unter seiner Regierung das Kabinett verlassen. Ob es Lerchenfeld allerdings, hätte er sich ebenfalls auf die Linie der DDP gestellt, jemals hätte gelingen können, auch die übrigen Minister und die Parteiführer der BVP davon zu überzeugen, ist äußerst fraglich. Seine Mitschuld an der Radikalisierung Bayerns ist daher in dem Sinne zu relativieren, dass der Graf sich gegenüber seinem Umfeld immer weniger durchzusetzen vermochte, egal mit welcher Intention er auftrat. Das breite Desinteresse an seinen berechtigten wirtschaftspolitischen Überlegungen ist ebenso Beleg dafür, wie die Tatsache, dass die vaterländischen Kreise ihm sein entschlossenes Auftreten gegenüber Berlin im August 1922 in keiner Weise dankten. Er blieb ein politischer Einzelgänger. Der Lauf der Dinge wurde am Ende von anderen Kräften in Bayern bestimmt. Auch wenn man ihm eine gewisse Mitverantwortung an der Radikalisierung Bayerns zuschreiben kann, so ist vor allem bei ihm immer der Rahmen seiner Möglichkeiten zu berücksichtigen.

Knilling entschied sich, anders als Lerchenfeld, aus eigener Überzeugung für ein Zugehen auf die rechten Kräfte, soweit außen sie auch stehen mochten. Das gibt der Frage nach seiner Mitverantwortung an der Radikalisierung des Freistaats eine andere Qualität. Er ließ Milde und Zurückhaltung gegenüber rechtsradikalen Umtrieben walten, obwohl die feindliche und gewaltbereite Stellung, die Hitler gegen die bayerische Staatsregierung eingenommen hatte, zu seiner Amtszeit nicht mehr zu übersehen war. Darin unterschied sich seine Ministerpräsidentenschaft ganz wesentlich von der Kahrs. Hitlers Anhängerschaft war seit 1920 enorm angewachsen. Anfang 1923 hatte seine Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände die Dachorganisation der Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns verlassen, hatte fortan eine schwere Provokation nach der anderen geliefert und

hatte nicht nur der Reichsregierung, sondern auch der bayerischen Staatsregierung mehrfach ausdrücklich die Gefolgschaft verweigert. Obwohl die Dinge damit deutlich klarer erschienen, als dies noch zu Kahrs oder Lerchenfelds Amtszeiten der Fall war, blieb Knilling kooperationsbereit gegenüber den Rechtsradikalen. Nicht einmal die Tatsache, dass Hitler am 1. Mai 1923 mit bewaffneten Kräften in München einzog, änderte daran etwas. Wie weit diese Toleranz nach rechts auch in der ganz persönlichen Verantwortung und Überzeugung Knillings lag, zeigte sich spätestens, als er nach dem Putsch Innenminister Schweyer abzusetzen versuchte. Selbst unmittelbar nach den Ereignissen des 8. November 1923, bei dem er selbst verhaftet und abgesetzt wurde, hielt Knilling es für angebracht, den Innenminister, den schärfsten Kritiker der Nationalsozialisten im Ministerrat, zum Rücktritt aufzufordern, um ein Zugeständnis nach rechts zu machen. Auch er akzeptierte die Verfassungen des Reichs und Bayerns nicht als dauerhaften und legitimen Zustand und war trotz seiner parlamentarischen Erfahrung nicht in der neuen Zeit angekommen. Seine aktionistischen Reformbemühungen zum Jahreswechsel 1923/1924 belegen dies. Wesentlich aber bleibt das Versäumnis, im ersten Halbjahr 1923 nicht entschlossener gegen Hitler vorgegangen zu sein, obwohl die bayerische Regierung durch Landespolizei und Reichswehr über die erforderlichen Machtmittel verfügt hätte. Alleine die Praxis zu unterbinden, dass diese staatlichen Gewalten klar auf Seiten Hitlers stehende Verbände weiterhin bei der Ausrüstung mit Waffen unterstützen, wäre ein Schritt gewesen. Die Ideenlosigkeit, mit denen Knilling den wirtschaftlichen Problemen der Zeit und der Erregung in der Bevölkerung gegenüberstand, tat ihr übriges. Dem Ministerpräsidenten Knilling ist damit – um ein Vielfaches mehr als Lerchenfeld – ein gewichtiger Teil der Verantwortung an der Radikalisierung Bayerns zuzuschreiben, die sich im November 1923 im Putsch entladen sollte.

Die größte persönliche Verantwortung trägt allerdings Gustav von Kahr. Er war von Beginn der Ordnungszelle an prägend für die Entwicklung Bayerns. Er war durch den gesamten Untersuchungszeitraum hindurch in wesentlichen Positionen aktiv. Unter seiner Ministerpräsidentenschaft hatte sich Bayern in eine extreme Oppositionshaltung zur Reichsregierung und zur Weimarer Verfassung gegeben, die vor allem während des Streits um die Einwohnerwehr monatelang verbissen verteidigt wurde. Dies geschah vor dem Hintergrund von Verhandlungen zwischen dem Reich und der Entente, in denen es der Reichsregierung vor allem um die wesentlich entscheidendere Frage der Reparationszahlungen ging und die durch das Getöse um die Einwohnerwehr erschwert

wurden – nicht das einzige Mal, dass in Berlin und München völlig unterschiedliche Prioritäten herrschten. Kahr ging darüber hinaus nicht nur auf die vaterländischen Verbände zu, er verstand sich als Teil von ihnen und befeuerte sie in der Überzeugung, dass das Auflehnen gegen die Reichsregierung und den Versailler Vertrag eine Notwendigkeit sei. Beinahe jedes Mittel schien ihm dabei legitim – vom illegalen Waffenlager bis hin zum Fememord. Er war es, der die Ordnungszelle als die Opposition von rechts innerhalb des Reichs etablierte, der damit wesentlichen Anteil daran hatte, dass weit rechtsstehende Persönlichkeiten aus anderen Teilen des Reichs überhaupt erst nach Bayern gekommen waren. Und anders als Lerchenfeld und Knilling propagierte er seine Gegnerschaft zum neuen parlamentarischen System im Reich und in Bayern offen und aggressiv. Er tat dies während seiner Ministerpräsidentschaft, danach als Regierungspräsident von Oberbayern und während seines Generalstaatskommissariats. Letzteres ist besonders tragisch, da er zu dieser Zeit sozusagen als einziger im parlamentarischen Staat die Machtmittel in der Hand gehabt hätte, das System entschlossen zu verteidigen. Stets beschwor er die einfachen Lösungen, die nach vier Jahren Krieg fest in vielen Köpfen verankert waren: Entbehrung, Tapferkeit, Aufopferung, Durchhalten und vor allem eine strikte Unterordnung unter Führerpersönlichkeiten. „Millionen Seelen und ein Gedanke, Millionen Herzen und ein Schlag!“²¹⁹³, das predigte Kahr, eigentlich Beamter einer parlamentarischen Regierung, im Sommer 1923 als die Alternative zum Pluralismus der Parteien im Parlament. Warum hätte Adolf Hitler nicht davon ausgehen sollen, dass Kahr und er, obwohl sie sich im Wettbewerb um die Gunst der vaterländischen Kräfte befanden, letztlich doch ähnliche Ziele verfolgten? Kahrs Feindschaft gegen die Weimarer Republik und den Parlamentarismus war in Bayern soweit etabliert und bekannt, dass Hitler in der Nacht des Putsches tatsächlich fest davon ausging, dass Kahr gemeinsam mit ihm die Landes- und Reichsregierung stürzen, sich Hitler dafür sogar unterordnen würde. Er hatte mitbekommen, dass Kahr selbst einen Marsch auf Berlin plante. Nur wartete der Generalstaatskommissar auf einen Anlass, beispielsweise einen linken Putsch in Norddeutschland, und wog seine Erfolgchancen genau ab. Der Beamte Kahr pflegte auf Sicherheit zu setzen. Das tat er selbst während seines Streits um die Einwohnerwehr, währenddessen er zu jeder Zeit über 300 000 bewaffnete Männer hinter sich wusste. Hitler hingegen scheute das Risiko nicht. Er setzte auf Glück, auf Schicksal. Das war – neben ihrer Konkurrenz um den Führungsanspruch im vaterländischen Lager und der

²¹⁹³ Bayerische Staatszeitung Nr. 132 vom 11.6.1923.

nationalsozialistischen Ideologie – der wesentliche Unterschied, der Kahr und Hitler im November 1923 trennte. Dass Gustav von Kahr eine enorme Mitverantwortung an der Radikalisierung Bayerns trägt, die diejenige Lerchenfelds oder auch Knillings weit übersteigt, steht außer Zweifel. Dies gilt für den gesamten Zeitraum und sogar für die konkreten Ereignisse der Putschnacht. Hitler wollte Kahr hier nicht überwältigen, er wollte ihm den Anstoß geben, um gemeinsam den bewaffneten Kampf gegen das Weimarer System, das sie beide verachteten, aufzunehmen. Dass Hitler an der Feldherrnhalle gestoppt wurde, war nicht in erster Linie Kahrs Verdienst. Die Gegenmaßnahmen waren ohne ihn angelaufen und ihr rascher Erfolg belegte, dass der bayerische Staat schon zuvor jederzeit über die bewaffnete Macht verfügt hätte, um Hitler Einhalt zu gebieten. Nur hatten weder Kahr noch Knilling diese überlegene Macht gezielt gegen Hitler positioniert.

Die Zeit zwischen 1920 und 1924 war kein rühmlicher Abschnitt in der Geschichte Bayerns und seiner Regierungen. Zwar mögen die besonderen Umstände der Zeit vieles relativieren, aber die Verantwortung derer, die an der Spitze dieser Regierungen standen, lässt sich nicht bestreiten. Welche mit Hitler und der NSDAP verbundenen Entwicklungen für die Zukunft Bayerns, Deutschlands und der Welt noch kommen sollten, das konnte freilich keiner der drei untersuchten Ministerpräsidenten vorhersehen. Sie handelten auf dem Wissensstand und in den Gedankenwelten ihrer Zeit. Kahr musste dies 1934 mit dem eigenen Leben bezahlen, als Hitler ihn bei Dachau ermorden ließ.

7. Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Quellen

Archivalische Quellen

- Archiv für christlich soziale Politik
 - *Sitzungsprotokolle der BVP Landtagsfraktion*
- Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA)
 - *Generalstaatskommissariat*
 - *Landtag*
 - *MA*
 - *MF*
 - *ML*
 - *NL Cossmann*
 - *NL Escherich*
 - *NL Hamm*
 - *NL Held*
 - *NL Lerchenfeld*
 - *NL Kahr*
 - *NL Knilling*
- Institut für bayerische Geschichte München
 - *Fotoalbum Kahrs „Leben in Wort und Bild“*
 - *Lebenserinnerungen Gustav von Kahr*
 - *Tagebuch Gustav von Kahr 1921/1*
 - *Tagebuch Gustav von Kahr 1921/2*
- Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAdAA)
 - *I BV 008791 (Jan 1919-Mai 1933) Rep IV Personalia Nr. 252 Graf Lerchenfeld*
- Privatarchiv Wutzlhofer
 - *NL Wutzlhofer*
- Stadtarchiv München
 - *ZA Personen 244*
 - *ZA Personen 264*
 - *ZA Personen 293*

- Stadtarchiv Regensburg
 - *NL Heim*
- Stadtarchiv Wasserburg am Inn
 - *NL Kanzler*

Pressequellen

- Allgemeine Zeitung
- Bayerische Staatszeitung
- Bayerischer Kurier
- Bayerisches Bauernblatt
- BVP-Correspondenz
- Der Bündler
- Deutsche Israelitische Zeitung
- Heimatland
- Landauer Volksblatt
- Miesbacher Anzeiger
- Morgen Post
- München-Augsburger Abendzeitung
- Münchener Post
- Münchener Zeitung
- Münchner Neueste Nachrichten
- National Zeitung
- Neue Zeitung
- Oberbayerischer Generalanzeiger
- Süddeutsche Presse
- The Manchester Guardian
- The Times
- Völkischer Beobachter
- Vorwärts
- Vossische Zeitung
- Welt am Sonntag

Gedruckte Quellen

- *Anonym (Verlag des Bayerischen Wochenblatts), Von Kahr zu Lerchenfeld, Der zweite bayerische Rechtsputsch Misslungen, München 1922.*

- *Axhausen, Günther*, Organisation Escherich, Die Bewegung der nationalen Einheitsfront, Leipzig/Berlin 1921.
- *Bechtolsheim, Alexandra von*, Die BVP-Fraktion im Bayerischen Landtag unter der Regierung Graf Lerchenfeld, Edition der Fraktionsprotokolle im Rahmen der geschichtlichen Entwicklung, Magisterarbeit München 1996.
- *Benz, Wolfgang (Hrsg.)*, Politik in Bayern 1919-1933, Berichte des württembergischen Gesandten Moser v. Filseck (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 22/23), Stuttgart 1971.
- *Deuerlein, Ernst (Hrsg.)*, Der Hitler-Putsch, Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962.
- *Frank, Walter*, Franz Ritter von Epp, Der Weg eines deutschen Soldaten, Hamburg 1934.
- *Gasteiger, Michael*, Fünf Jahre Gemeindepolitik, München 1924.
- *Generalsekretariat der Bayerischen Volkspartei (Hrsg.)*, Ein politisches ABC für die Freunde der Bayer. Volkspartei, München 1920.
- *Generalsekretariat der Bayerischen Volkspartei (Hrsg.)*, Im Zeichen des Föderalismus, Programme und Programmatisches der Bayerischen Volkspartei, München 1924.
- *Generalsekretariat der Bayerischen Volkspartei (Hrsg.)*, Schicksalstage für Bayern und das Reich, Die Hauptfragen für die bevorstehenden Wahlkämpfe, Anhang: Das föderalistische Programm der Bayerischen Volkspartei und Auszug aus der föderalistischen Denkschrift der Bayerischen Staatsregierung, München 1924.
- *Gruchmann, Lothar/ Weber, Reinhard*, Der Hitlerprozess 1924, Wortlaut der Hauptversammlung vor dem Volksgericht München I, Teil 1: 1.-4. Verhandlungstag, München 1998.
- *Gruchmann, Lothar/ Weber, Reinhard*, Der Hitlerprozess 1924, Wortlaut der Hauptversammlung vor dem Volksgericht München I, Teil 2: 5.-11. Verhandlungstag, München 1998.
- *Gruchmann, Lothar/ Weber, Reinhard*, Der Hitlerprozess 1924, Wortlaut der Hauptversammlung vor dem Volksgericht München I, Teil 3: 12.-18. Verhandlungstag, München 1998.

- *Gruchmann, Lothar/ Weber, Reinhard*, Der Hitlerprozess 1924, Wortlaut der Hauptversammlung vor dem Volksgericht München I, Teil 4: 19.-25. Verhandlungstag, München 1999.
- *Hess, Wolf Rüdiger (Hrsg.)*, Rudolf Hess, Briefe 1908-1933, München/ Wien 1987.
- *Hirschberg, Max/ Thimme, Friedrich (Hrsg.)*, Der Fall Fechenbach, Juristische Gutachten, Tübingen 1924
- *Hoegner, Wilhelm*, Hitler und Kahr, Die bayerischen Napoleonsgrößen von 1923, Ein im Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags aufgedeckter Justitzskandal, München 1928.
- *Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.)*, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3, Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918-1933, Stuttgart/ Berlin/ Köln/ Mainz ²1966.
- *Hürten, Heinz*, Das Krisenjahr 1923, Militär und Innenpolitik 1922 – 1924 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 4), Düsseldorf 1980.
- *Hürten, Heinz*, Die Anfänge der Ära Seeckt, Militär und Innenpolitik 1920-1922 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 3), Düsseldorf 1979.
- *Jäckel, Eberhard/ Kuhn, Axel (Hrsg.)*, Hitler, Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 21), Stuttgart 1980.
- *Kahr, Gustav von*, Vor zehn Jahren, Wie König Ludwig III. und Königin Marie Therese zu Grabe gebracht wurden, in: Süddeutsche Monatshefte (2/1931), S. 142-147.
- *Kanzler, Rudolf*, Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus, Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren, München 1931.
- *Könemann, Erwin/ Schulze Gerhard (Hrsg.)*, Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch, Dokumente, München 2002.
- *Kraupa, Michael*, Die BVP-Fraktion im Bayerischen Landtag unter der Regierung Gustav von Kahrs, Edition der BVP-Protokolle und geschichtliche Entwicklung, Magisterarbeit München 1995.

- *Landau, Peter/ Rieß, Rolf (Hrsg.)*, Recht und Politik in Bayern zwischen Prinzregentenzeit und Nationalsozialismus, Die Erinnerungen von Philipp Loewenfeld (Abhandlungen zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung 91), Ebelsbach 2004.
- *Lehár, Anton*, Erinnerungen, Gegenrevolution und Restaurationsversuche in Ungarn 1918-1921, München 1973.
- *Lerchenfeld, Hugo von*, Dawn, in: Foreign Affairs, an American Quarterly Review, 3:1/4 (1924/1925), S. 112-123.
- *Lerchenfeld, Hugo von*, Die Bayerische Volkspartei und die deutsche Außenpolitik, in: European Talks (4/1926), S. 183-191.
- *Lerchenfeld, Hugo von*, Die Erziehung des Volkes zur Politik, in: Politische Zeitfragen (6/1922), S.1-15.
- *Lerchenfeld, Hugo von*, Die Güterzertrümmerung und die bayerische Landwirtschaft, München 1907.
- *Lippert, Wolfgang*, Geschichte der Einwohnerwehr Fürth i. Bay. 1919/1921, Fürth 1921.
- *Ludendorff, Erich*, Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter Deutscher Volksschöpfung, Meine Lebenserinnerungen 1919-1925 (Bd. 1), München 1940.
- *Mommsen, Wilhelm*, Deutsche Parteiprogramme, Eine Auswahl vom Vormärz bis zur Gegenwart, München 1951.
- *Müller, Karl Alexander von*, Im Wandel einer Welt, , Erinnerungen 1919-1932, München 1966.
- *Müller (Meiningen), Ernst*, Aus Bayerns schwersten Tagen, Erinnerungen und Betrachtungen aus der Revolutionszeit, Berlin/Leipzig 1924.
- *Niedermaier, Franz*, Die BVP-Fraktion im Bayerischen Landtag unter der Regierung Knilling, Edition der Fraktionsprotokolle im Rahmen ihrer geschichtlichen Entwicklung, Magisterarbeit München 1998.

- *Pfeiffer, Anton*, Gedankenwelt und Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei, München 1922.
- *Primbs, Stefan*, Edition der Sitzungsprotokolle der Fraktion der BVP im Bayerischen Landtag im Sitzungszeitraum von Mai 1924 bis Dezember 1925, Magisterarbeit München 1999.
- *Roegels, Fritz Carl*, Der Marsch auf Berlin, Ein Buch vom Wehrwillen deutscher Jugend, Berlin 1932.
- *Rosen, Erwin*, Orgesch, Berlin 1921.
- *Rothenbücher, Karl*, Der Fall Kahr (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart 29), Tübingen 1924.
- *Schweyer, Franz*, Staatsregierung und vaterländische Verbände, Landtagsrede des Staatsministers des Innern Dr. Schweyer am 25. April 1923, München 1923.
- *Sebottendorff, Rudolf von*, Bevor Hitler kam, Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung, München 1933.
- *Sommer, Karl*, Beiträge zur bayerischen und deutschen Geschichte in der Zeit von 1910 – 1933, München (Selbstverl.)²1981.
- *Szinai, Miklós / Szücs, László (Hrsg.)*, The confidential Papers of Admiral Horthy, Budapest 1965.
- *Wilhelm, Hermann*, Hitlerputsch 1923: Die vergessenen Opfer, Dokumente, Polizeiakten und Augenzeugenberichte zum Terror am 8. Und 9. November 1923 unter Hervorhebung der Haidhauser Ereignisse und Akteure, München 2004.
- *Wulz, Gustav*, Die Familie Kahr (Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie 18), München 1926.

Onlinequellen (alle bezogen auf Stand 3.9.2015)

- Akten der Reichskanzlei
(<http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/index.html>)
- Protokolle des Oberpfälzischen Christlichen Bauernvereins
(<http://www.bayerische-landesbibliothek-online.de/christlicher-bauernverein>)

- Verhandlungen des Bayerischen Landtags
(<http://www.bayerische-landesbibliothek-online.de/landtag1919-1933>)
- Verhandlungen des Deutschen Reichstags
(<http://www.reichstagsprotokolle.de>)
- Vertrag von Versailles
(<http://www.versailer-vertrag.de>)

II. Literatur

- *Albrecht, Angelika*, Zigeuner in Altbayern, 1871-1914, Eine sozial-, wirtschafts- und verwaltungsgeschichtliche Untersuchung der bayerischen Zigeunerpolitik (Materialien zur bayerischen Landesgeschichte 15), München 2002.
- *Albrecht, Willy*, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918, Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands 1912-1918 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 2), Berlin 1968.
- *Altendorfer, Otto*, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei, 1888-1945 (Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte 2) München 1990.
- *Altieri, Riccardo*, Der Pazifist Kurt Eisner (Studien zur Zeigeschichte 95), Hamburg 2015.
- *Auerbach, Hellmuth*, Vom Trommler zum Führer, Hitler und das nationale Münchner Bürgertum, in: *Mensing, Björn/ Prinz, Friedrich (Hrsg.)*, Irrlicht im leuchtenden München?, Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“, Regensburg 1991, S. 67-91.
- *Ay, Karl-Ludwig*, Von der Räterepublik zur Ordnungszelle Bayern, Die politischen Rahmenbedingungen für den Aufstieg Hitlers in München, in: *Mensing, Björn/ Prinz, Friedrich (Hrsg.)*, Irrlicht im leuchtenden München?, Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“, Regensburg 1991, S. 9-26.
- *Bauer, Franz J./ Schmidt, Eduard*, Die bayerischen Volksgerichte 1918-1924, Das Problem ihrer Vereinbarung mit der Weimarer Reichsverfassung, in: ZBLG 48 (1985), S. 449-478.
- *Bauer, Ingolf*, Von "Tölzer Art" zur "Volkskunst", in: ZBLG 60 (1997), S.803-818.

- *Becker, Winfried*, Kirche und Staat, Ansätze zur Neubestimmung ihres Verhältnisses in der Kultur- und Konkordatspolitik der Weimarer Republik, in: ZBLG 49 (1986), S. 169-185.
- *Benz, Wolfgang*, Bayerische Auslandsbeziehungen im 20. Jahrhundert, Das Ende der auswärtigen Gesandtschaften Bayerns nach dem 1. Weltkrieg, in: ZGLG 32 (1969), S. 962-994.
- *Benz, Wolfgang*, Süddeutschland in der Weimarer Republik, ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918-1923 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 4), Berlin 1970.
- *Bergmann, Hansjörg*, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 81), München 1986.
- *Blaich, Fritz*, Staatsverständnis und politische Haltung der deutschen Unternehmer 1918-1930, in: *Bracher, Karl Dietrich/ Funke, Manfred/ Jacobsen Hans-Adolf (Hrsg.) Die Weimarer Republik 1918-1933, Politik Wirtschaft Gesellschaft (Studien zur Geschichte und Politik 251)*, Bonn 1998, S. 158-178.
- *Bonillo, Marion*, „Zigeunerpolitik“ im Deutschen Kaiserreich 1871-1918 (Sinti- und Romastudien 28), Frankfurt am Main 2001.
- *Bosl, Karl (Hrsg.)*, Bayerische Biographie, 1000 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten, Ergänzungsband, Regensburg 1988.
- *Bosl, Karl (Hrsg.)*, Bayerische Biographie, 8000 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten, Regensburg 1983.
- *Bosl, Karl (Hrsg.)*, Bayern im Umbruch, Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München/Wien 1969.
- *Bosl, Karl*, Heinrich Held, Journalist – Parteipolitiker – Staatsmann, in: ZBLG 31 (1968), S. 747-767.
- *Büttner, Ursula*, Weimar, Die überforderte Republik, Stuttgart 2008.
- *Chanman, Werner J.*, Die Juden in München 1918-1943, in: ZBLG 42 (1979), S. 403-462.

- *Chenaux, Philippe*, Eine deutsche Prägung? Die deutschen Nuntien (München, Berlin) und ihre Bedeutung für Eugenio Pacelli, in: *Wolf, Hubert* (Hrsg.), Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland, Forschungsperspektiven und Ansätze zu einem internationalen Vergleich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte B 121), Paderborn/ München/ Wien/ Zürich 2012, S. 99-109.
- *Damberger, Barbara*, Die BVP in Regensburg 1918-1924, Studie zur regionalen Entwicklung der Bayerischen Volkspartei von ihrer Gründung im November 1918 bis zu den Gemeindewahlen im Dezember 1924 (dargestellt vor allem nach Presseberichten), Zula. Regensburg 1976.
- *Deutinger, Stephan*, Gustav von Kahr, in: *Deutinger, Stephan* (Hrsg.), Die Regierungspräsidenten von Oberbayern im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005, S.218-231.
- *Deutinger, Stephan*, Heinrich Gareis, in: *Deutinger, Stephan* (Hrsg.), Die Regierungspräsidenten von Oberbayern im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005, S.238-247.
- *Dornberg, John*, Hitlers Marsch zur Feldherrnhalle, München, 8. und 9. November 1923, München 1983.
- *Erdmann, Jürgen*, Coburg, Bayern und das Reich, 1918-1923 (Coburger Heimatkunde und Landesgeschichte 22), Coburg 1969.
- *Erger, Johannes*, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/1920 (Beiträge zur Geschichte der Parlamentarismus und der politischen Parteien 35), Düsseldorf 1967.
- *Evans, Richard J.*, Das Dritte Reich, Aufstieg (Bd. 1), München 2004.
- *Fenn, Monika/ Körner, Hans-Michael*, Das Schulwesen, in: *Spindler, Max* (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 4.2, Das neue Bayern, Von 1800 bis zur Gegenwart, München ²2007, S. 399-438.
- *Fenske, Hans*, Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg/Berlin/Zürich 1969.
- *Frevel, Bernhard*, Demokratie, Entwicklung –Gestaltung –Problematisierung, Wiesbaden ²2009.

- *Gengler, Ludwig Franz*, Die deutschen Monarchisten 1919 bis 1925, Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Rechten von der Novemberrevolution 1918 bis zur ersten Übernahme der Reichspräsidentschaft durch Generalfeldmarschall von Hindenburg 1925, Diss. Erlangen 1932.
- *Gerlach, Hellmut von*, Die große Zeit der Lüge, Der Erste Weltkrieg und die deutsche Mentalität (1871-1921) (Schriftenreihe Geschichte und Frieden 6), Bremen 1994.
- *Geyer, Martin H.*, Verkehrte Welt, Revolution, Inflation und Moderne: München 1914-1924 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 128), Göttingen 1998.
- *Gollwitzer, Heinz*, Bayern 1918-1923, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 3/1955, S. 363 ff.
- *Gollwitzer, Heinz*, Die politische Landschaft in der deutschen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts. Eine Skizze zum deutschen Regionalismus, in ZBLG 27 (1964), S. 523-552.
- *Gömmel, Rainer*, Gewerbe, Handel und Verkehr, in: Spindler, Max (Hrsg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte, Band IV/II, München 2007, S. 216-299.
- *Gordon, Harold J. jr.*, Hitlerputsch 1923, Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt am Main 1971.
- *Götschmann, Dirk*, Wirtschaftsgeschichte Bayerns, 19. und 20. Jahrhundert, Regensburg 2010.
- *Grau, Bernhard*, Parteiopposition – Kurt Eisner und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, in: *Mehring, Hartmut* (Hrsg.), Von der Klassenbewegung zur Volkspartei, Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892-1992 (Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie 5), München/ London/ New York/ Paris/ 1992, S. 126-137.
- *Gritschneder, Otto*, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H., Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.
- *Gritschneder, Otto*, Das missbrauchte Volksgericht, in: *Gruchmann, Lothar/ Weber, Reinhard*, Der Hitlerprozess 1924, Wortlaut der Hauptversammlung vor dem Volksgericht München I, Teil 1: 1.-4. Verhandlungstag, München 1998, S. XVII-XLII.

- *Gritschneder, Otto*, "Der Führer hat Sie zum Tode verurteilt ...", Hitlers „Röhm-Putsch“-Morde vor Gericht, München 1993.
- *Gruchmann, Lothar*, Der Weg zum Hitler-Putsch, Das Reich und Bayern im Krisenjahr 1923, in: *Gruchmann, Lothar/ Weber, Reinhard*, Der Hitlerprozess 1924, Wortlaut der Hauptversammlung vor dem Volksgericht München I, Teil 1: 1.-4. Verhandlungstag, München 1998, S. XLV-LXV.
- *Gusy, Christoph*, Weimar – die wehrlose Republik?, Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts 6), Tübingen 1991.
- *Haas, Hanns*, Berchtesgaden im Königreich Bayern (1810-1918), in: *Brugger, Walter/ Dopsch, Heinz/ Kramml, Peter F. (Hrsg.)* Geschichte von Berchtesgaden, Stift, Markt, Land, Bd. 3.2, Berchtesgaden im Königreich und Freistaat Bayern von 1810 bis zur Gegenwart, Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Berchtesgaden 2002, S. 697- 914.
- *Hartmann, Peter Clauss*, Die bayerischen Innenminister Franz Schweyer und Karl Stützel und ihre Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: *Stickler, Matthias (Hrsg.)*, Portraits zur Geschichte des deutschen Widerstands (Historische Studien der Universität Würzburg 6), Rahden 2005, S. 41-55.
- *Hartmann, Peter Clauss*, Münchens Weg in die Gegenwart, Von Heinrich dem Löwen zur Weltstadt, Regensburg 2008.
- *Hehl, Ulrich von*, Wilhelm Marx, 1863 – 1946, Eine politische Biographie (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe B: Forschungen 47), Mainz 1987.
- *Heinritzi, Florian*, Die Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Bayern nach dem Ersten Weltkrieg, Genese und Bedeutung des bayerischen Konkordates von 1924/1925, in: *Zelder, Jörg*, Der Heilige Stuhl in den internationalen Beziehungen 1870-1939 (Spreiti-Studien 2), München 2010.
- *Hennig, Diethard*, Gegen Revolution und Gegenrevolution, Johannes Hoffmann, Sozialdemokrat und bayerischer Ministerpräsident, in: *Mehring, Hartmut (Hrsg.)*, Von der Klassenbewegung zur Volkspartei, Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892-1992 (Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie 5), München/ London/ New York/ Paris/ 1992, S. 151-162.
- *Hennig, Diethard*, Johannes Hoffmann, Sozialdemokrat und bayerischer Ministerpräsident (Schriftenreihe der Georg von Vollmar Akademie 3) , München 1990.

- *Hofmann, Hanns Hubert*, Der Hitlerputsch, Krisenjahre deutscher Geschichte 1920-1924, München 1961.
- *Hofmann, Ulrike Claudia*, „Verräter verfallen der Feme!“ , Fememorde in Bayern in den Zwanziger Jahren, Köln/ Weimar/ Wien/ Böhlau 2000.
- *Holzmann, Heidrun*, Das „System Hugenberg“, Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP (Studien zur Zeitgeschichte 18), Stuttgart 1981.
- *Hornung, Klaus*, Der Jungdeutsche Orden (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 14), Düsseldorf 1958.
- *Hörster-Philipps, Ulrike*, Joseph Wirth, 1879 – 1956, Eine politische Biographie (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe B: Forschungen 82), Paderborn/ München 1998.
- *Hoser, Paul*, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchener Tagespresse zwischen 1914 und 1934, Methoden der Pressebeeinflussung (Europäische Hochschulschriften Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 447), Frankfurt am Main/ Bern/ New York/ Paris 1990.
- *Hoser, Paul*, Ein Philosoph im Irrgarten der Politik, Oswald Spenglers Pläne für eine geheime Lenkung der Nationalen Presse, in: VfZ 38 (1990), S. 435-458.
- *Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.)*, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3, Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918-1933, Stuttgart/ Berlin/ Köln/ Mainz ²1966.
- *Hundhammer, Alois*, Geschichte des bayerischen Bauernbundes, München 1924.
- *Hürten, Heinz*, Revolution und Zeit der Weimarer Republik, in: *Spindler, Max* (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 4.1, Das neue Bayern. 1800 bis zur Gegenwart, München ²2003, S. 440-497.
- *Jasper, Gotthard*, Der Schutz der Republik, Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik, 1922-1930, Tübingen 1963.
- *Jaworski, Rudolf*, Grenzlage, Rückständigkeit und nationale Agitation: Die "Bayerische Ostmark" in der Weimarer Republik, in: ZBLG 41 (1978), S. 241-270.

- *Joachimsthaler, Anton*, Hitlers Weg begann in München, 1913-1923, München ²2000.
- *John, Anke*, Der Weimarer Bundesstaat, Perspektiven einer föderalen Ordnung (1918-1933) (Historische Demokratieforschung 3), Wien/ Köln/ Weimar 2012.
- *Karl, Michaela*, Die Münchener Räterepublik, Porträts einer Revolution, Düsseldorf 2008.
- *Kasperek, Katrin*, 100 Jahre Sozialdemokratie im Nürnberger Rathaus, 1908-2008, Nürnberg 2008.
- *Kater, Michael H.*, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933, Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise der Weimarer Republik (Historische Perspektiven 1), Hamburg 1975.
- *Keipert, Maria/ Grupp, Peter (Hrsg.)*, Biographisches Handbuch des deutschen auswärtigen Dienstes, 1871-1945, Bd. 3 L-R, S. Paderborn/ München/ Wien/ Zürich 2008, S. 56-57.
- *Kershaw, Ian*, Hitler, 1889-1945, München 2009.
- *Keßler, Richard*, Heinrich Held als Parlamentarier, Eine Teilbiographie 1868-1924 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 6), Berlin 1971.
- *Kiiskinen, Elina*, Die Deutschnationale Volkspartei in Bayern (Bayerische Mittelpartei) in der Regierungspolitik des Freistaats während der Weimarer Zeit (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 145), München 2005.
- *Kirchinger, Johann*, Der Bauernrebell, Das Leben des streitbaren Landtagsabgeordneten Franz Wieland, Ökonom in Hierlbach, Post Straubing, Regensburg 2010.
- *Kirchinger, Johann*, Michael Horlacher, Ein Agrarfunktionär in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 159), Düsseldorf 2011.
- *Kirmayer, Sieglinge*, Der „Miesbacher Anzeiger“ – Heimat- und Kampfblatt, 1874-1950, Ein Beitrag zur Geschichte der bayerischen Provinzpresse, Dissertation München 1956.

- *Kittel, Manfred*, Provinz zwischen Reich und Republik, Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918-1933/36 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 47), München 2000.
- *Kittel, Manfred*, „Weimar“ im evangelischen Bayern, Politische Mentalität und Parteiwesen 1918-1933 mit einem Ausblick auf die Zeit nach 1945, München 2001.
- *Kittel, Manfred*, Zwischen völkischem Fundamentalismus und gouvernementaler Taktik, DNVP-Vorsitzender Hans Hilpert und die bayerischen Deutschnationalen, in: ZBLG 59 (1996), S. 849-901.
- *Klotz, Alexander*, Gustav von Kahr (1862-1934), Nicht nur der Verantwortung seines Amtes nicht gewachsen, in: Bayernspiegel (6/1998), S. 2-9.
- *Kock, Peter Jakob*, SPD und BVP im Bayerischen Landtag 1919-1933, in: *Ziegler, Walter*, Der Bayerische Landtag vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart, Probleme und Desiderate historischer Forschung (Beiträge zum Parlamentarismus 8), München 1995, S.175-184.
- *Kock, Peter Jakob*, Vor 75 Jahren: Warnrufe eines Besonnenen ohne politischen Widerhall: Der "Beamtenministerpräsident" Hugo Graf von Lerchenfeld, in: Maximilianeum (9/1997), S. 32.
- *Korzetz, Ingo*, Die Freikorps in der Weimarer Republik: Freiheitskämpfer oder Landsknechthaufen?, Aufstellung, Einsatz und Wesen bayerischer Freikorps 1918-1920, Marburg 2009.
- *Kötschke, Rudolf/ Kretschmar, Hellmut*, Sächsische Geschichte, Werden und Wandlungen eines Deutschen Stammes und seiner Heimat im Rahmen der Deutschen Geschichte, Frankfurt am Main 1965.
- *Knöpp, Friedrich*, Volksstaat Hessen 1918-1933, in: *Schultz, Uwe (Hrsg.)*, Die Geschichte Hessens, Stuttgart 1983, S. 217-231.
- *Kral, Herbert*, Die Landespolitik der SPD in Bayern von 1924-1933 (Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München 134), München 1985.
- *Kratzer, Isabella*, Der Bayerische Ministerpräsident, Bedeutungswandel des Amtes im Spiegel der Geschäftsordnungen der Staatsregierungen (1918-2001), St. Ottilien 2003.

- *Kraus, Andreas*, Geschichte Bayerns, Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München³2004.
- *Kraus, Andreas*, „Monarchistische Umtriebe“ in Bayern 1925, ein Beitrag zum Selbstverständnis der Bayerischen Volkspartei, in: *Bracher, Karl Dietrich/ Mikat, Paul/ Repgen, Konrad/ Schuhmacher, Martin/ Schwarz, Hans Peter* (Hrsg.), Staat und Parteien, Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag, Berlin 1992, S. 635-655.
- *Kritzer, Peter*, Die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918 bis 1923 (Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München 20), München 1969.
- *Kritzer, Peter*, Wilhelm Hoegner, Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979.
- *Krüger, Peter*, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.
- *Kuropka, Joachim*, Zwischen Partikularismus und Sezession, Die politische Stellung Bayerns in britischer Sicht 1917- 1920, in: ZBLG 43 (1980), S. 655-665.
- *Lange, Thomas*, Bayern im Ausnahmezustand, 1919-1923, Zur politischen Funktion des bayerischen Ausnahmerechts in den ersten Jahren der Weimarer Republik, Diss. München 1989.
- *Large, David Clay*, The Politics of Law and Order: A History of the Bavarian Einwohnerwehr, 1918-1921 (Transactions of the American Philosophical Society 70/2), Philadelphia 1980.
- *Lilla, Joachim*, Der Bayerische Landtag 1918/19 bis 1933, Wahlvorschläge-Zusammensetzung-Biographien, München 2008.
- *Lilla, Joachim*, Die Beteiligung Bayerns an der Reichsbahnverwaltung, Das Land Bayern, das Reichsverkehrsministerium und die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft 1920-1937, in: ZBLG 75 (2012), S. 221-293.
- *Löffler, Berndhard*, Die bayerische Kammer der Reichsräte 1848-1918, Grundlagen, Zusammensetzung, Politik (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 108), München 1996.
- *Löffler, Bernhard*, Stationen parlamentarischen Wandels in Bayern, in: ZBLG 58 (1995), S. 959-990.

- *Löffler, Bernhard*, Wie funktioniert das Königreich Bayern?, Zur politisch-sozialen Verfassung Bayerns in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: *Wolf, Peter / Hamm, Margot / Kink, Barbara / Brockhoff, Evamaria (Hrsg.)*, Götterdämmerung, König Ludwig II und seine Zeit, Aufsätze zur Landesausstellung 2011 (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 59), Bobingen 2011, S. 22-33.
- *Maga, Christian*, Prälat Johann Leicht (1868-1940), Konservativer Demokrat in der Krise der Zwischenkriegszeit, Eine politische Biographie des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei in Berlin, Diss. Phil. Würzburg 1990.
- *Mages, Emma*, Miesbacher Anzeiger, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Miesbacher_Anzeiger (10.08.2016).
- *Mannes, Astrid Luise*, Reichskanzler Constantin Fehrenbach, Eine Biographie, Berlin 2006.
- *Maser, Werner*, Die Frühgeschichte der NSDAP, Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt am Main 1965.
- *Maurer, Trude*, Ostjuden in Deutschland 1918-1933 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 7), Hamburg 1986.
- *Mehring, Hartmut*, Opposition- Widerstand-Wiederaufbau, Die bayerische SPD 1920 bis 1946, in: *Ostermann, Rainer (Hrsg.)*, Freiheit für den Freistaat, Kleine Geschichte der bayerischen SPD, Essen 1994, S. 61-72.
- *Meier-Welcker, Hans*, Seeckt, Frankfurt am Main 1967.
- *Menges, Franz*, Reichsreform und Finanzpolitik, Die Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit Bayerns auf finanzpolitischem Wege in der Zeit der Weimarer Republik (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 7), Berlin 1971.
- *Menges, Franz*, Hans Schmelzle, Bayerischer Staatsrat im Ministerium des Äußeren und Finanzminister, Eine politische Biographie mit Quellenanhang, München 1972.
- *Menges, Franz*, Vom Freistaat zur Reichsprovinz, in: *Treml, Manfred*, Geschichte des modernen Bayern, München ³2006, S. 161-286.

- *Mennekes, Friedhelm*, Die Republik als Herausforderung, Konservatives Denken in Bayern zwischen Weimarer Republik und antidemokratischer Reaktion (1918-1925) (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 8), Berlin 1972.
- *Michaelis, Herbert/ Schraepler, Ernst (Hrsg.)*, Die Weimarer Republik, Das kritische Jahr 1923 (Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte 5), Berlin-Ost 1961.
- *Mitchell, Allan*, Revolution in Bayern 1918/1919, Die Eisner-Regierung und die Räterepublik, München 1967.
- *Mommsen, Hans*, Adolf Hitler und der 9. November 1923, in: *Willms, Johannes*, Der 9. November, Fünf Essays zur deutschen Geschichte, München 1995, S. 33-48.
- *Mommsen, Hans*, Von Weimar nach Auschwitz, Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche, München 2001.
- *Morsey, Rudolf*, Martin Spahn (1875–1945), in: *Aretz, Jürgen/ Morsey, Rudolf/ Rauscher, Anton (Hrsg.)*, Zeitgeschichte in Lebensbildern, Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts (Bd 4.), Mainz 1980, S. 143–158.
- *Müller, Andrea M.*, Die französische Gesandtschaft in München in den Jahren der Weimarer Republik, Französische Politik im Siegel der diplomatischen Berichterstattung (Miscellanea Bavarica Monacensia 184), München 2010..
- *Müller, Klaus-Jürgen*, Das Heer und Hitler, Armee und nationalsozialistisches Regime 1933-1940 (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte 10), Stuttgart 1969.
- *Nagel, Irmela*, Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik (Kölner Historische Abhandlungen 36), Köln/ Wien 1991.
- *Niedhart, Gottfried*, Die Außenpolitik der Weimarer Republik (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 53), München 2006².
- *Nusser, Horst G.W.*, Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918-1933, Mit einer Biographie von Forstrat Georg Escherich 1870-1941 (Moderne Geschichte 1), München 1971.
- *Nusser, Horst G.W.*, Militärischer Druck auf die Landesregierung Johannes Hoffmann vom Mai 1919 bis zum Kappputsch, Unter besonderer Berücksichtigung der

geheimdienstlichen Überwachung der USP und KP, In München und Umgebung, in: ZBLG 33 (1970), S. 818-850.

- *Ophir, Baruch Z./ Wiesemann, Falk*, Die jüdischen Gemeinden in Bayern 1918-1945, Geschichte und Zerstörung, München/ Wien 1979.
- *Patze, Hans/ Schlesinger, Walter (Hrsg.)*, Geschichte Thüringens, Bd. 5.2., Politische Geschichte in der frühen Neuzeit, Köln 1978.
- *Pledl, Wolfgang*, Bayern 1918-1921, Aspekte seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, in: ZBLG 49 (1986), S. 125-168.
- *Pöhlmann, Barbara*, Heinrich Held als Bayerischer Ministerpräsident (1924-1933), Eine Studie zu 9 Jahren bayerischer Staatspolitik, München 1996.
- *Pommerin, Rainer*, Die Ausweisung der „Ostjuden“ aus Bayern 1923, Ein Beitrag zum Krisenjahr der Weimarer Republik, in: VfZ 34 (1986), S. 311-340.
- *Pommerin, Rainer*, Gustav Ritter von Kahr, in: *Kroll, Frank Lothar/ Neuhaus, Helmut (Hrsg.)*, Persönlichkeiten der Verwaltung, Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648-1945, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S. 281-285.
- *Pomp, Rainer*, Bauern und Großgrundbesitz auf ihrem Weg ins Dritte Reich, Der Brandenburgische Landbund, 1919-1933 (Elitenwandel in der Moderne 8), Berlin 2011.
- *Prinz, Friedrich*, Präludium oder erste Niederlage des Nazismus?, Münchens kulturelles Milieu in den Zwanziger Jahren, in: *Mensing, Björn/ Prinz, Friedrich (Hrsg.)*, Irrlicht im leuchtenden München?, Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“, Regensburg 1991, S. 27-48.
- *Rape, Ludger*, Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920-1923, Wien 1977.
- *Ratjen, Wolfgang*, Die bayerischen Bauernkammern von 1920 bis 1933 (Miscellanea Bavarica Monacensia 94), München 1981.
- *Reimann, Joachim*, Ernst Müller-Meiningen senior und der Linksliberalismus in seiner Zeit, Zur Biographie eines bayerischen und deutschen Politikers (1866 - 1944), München 1968.

- *Reimers, Kirsten*, Das Bewältigen des Wirklichen, Untersuchungen zum dramatischen Schaffen Ernst Tollers zwischen den Weltkriegen (Schriften der Ernst Toller Gesellschaft 2), Würzburg 2000.
- *Renner, Hermann*, Georg Heim, der Bauern doktor, Lebensbild eines „ungekönten Königs“, München 1960.
- *Reuter, Christiane*, „Graue Eminenz der bayerischen Politik“, Eine politische Biographie Anton Pfeiffers (1888-1957) (Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München 20), München 1987.
- *Richardi, Hans-Günter*, Hitler und seine Hintermänner, Neue Fakten zur Frühgeschichte der NSDAP, München 1991.
- *Richter, Ludwig*, Die Deutsche Volkspartei 1918-1933 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 134), Düsseldorf 2002.
- *Roth, Rainer A.*, Historische Entwicklung und politische Bedeutung des Exekutivorgans in Bayern, Vom Herzoglichen Rat zur Staatsregierung des Freistaates Bayern, in: ZBLG 40 (1977), S. 191-230.
- *Rudloff, Wilfried*, Notjahre, Stadtpolitik in Krieg, Inflation und Weltwirtschaftskrise 1914-1933, in: *Bauer, Richard (Hrsg.)*, Geschichte der Stadt München, München 1992, S. 336-268.
- *Ruppert, Karsten*, Interaktionen von politischem Katholizismus, Kirche und Vatikan während der Weimarer Republik, in: *Wolf, Hubert (Hrsg.)*, Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland, Forschungsperspektiven und Ansätze zu einem internationalen Vergleich (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte B 121), Paderborn/ München/ Wien/ Zürich 2012, S. 215-246.
- *Ruppert, Karsten*, Im Dienst am Staat von Weimar, Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 96), Düsseldorf 1992.
- *Schilcher, Bernd*, Bayerischer Parlamentarismus in der Weimarer Republik, Der Bayerische Landtag 1919-1933, Diss. Phil. Augsburg 2012.
- *Schlögl, Sabine*, Die bayerische Gesandtschaft in Berlin im 20. Jahrhundert, in: *Rumschöttel, Hermann/ Ziegler, Walter (Hrsg.)*, Franz Sperr und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Bayern (ZBGL Beiheft 20), München 2001, S. 223-266.

- *Schmidt, Lydia*, Kultusminister Franz Matt, (1920 - 1926), Schul-, Kirchen- und Kunstpolitik in Bayern nach dem Umbruch von 1918, München 2000.
- *Schmolze, Gerhard*, Frondeur, Diktator, „Unglücksfigur“, Vor 50 Jahren wurde Gustav von Kahr ermordet, in: *Unser Bayern* 33 (1984), S. 44-46.
- *Schönhoven, Klaus*, Die Bayerische Volkspartei, 1924-1932, Düsseldorf 1972.
- *Schönhoven, Klaus (Hrsg.)*, Frühe Warnungen vor dem Nationalsozialismus, Ein historisches Lesebuch, Bonn 1998.
- *Schönhoven, Klaus*, „Land der versäumten Gelegenheiten“: Die Revolution von 1918/1919 und ihre Folgen, in: *Mehring, Hartmut (Hrsg.)*, Von der Klassenbewegung zur Volkspartei, Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892-1992 (Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie 5), München/ London/ New York/ Paris/ 1992, S. 113-125..
- *Schulz, Gerhard*, Zwischen Demokratie und Diktatur, Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd 1: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930, Berlin/ New York ²1987.
- *Schumacher, Martin (Hrsg.)*, M.d.R., Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945, Eine biographische Dokumentation, Mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich, Düsseldorf ³1994.
- *Schumann, Dirk*, Politische Gewalt in der Weimarer Republik, 1918-1933, Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen 17), Essen 2001.
- *Schwabe, Klaus*, Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch 1920 bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930, in: *Bracher, Karl Dietrich/ Funke, Manfred/ Jacobsen Hans-Adolf (Hrsg.)* Die Weimarer Republik 1918-1933, Politik Wirtschaft Gesellschaft (Studien zur Geschichte und Politik 251), Bonn 1998, S. 95-133.
- *Schwarze, Johannes*, Die bayerische Polizei und ihre historische Funktion bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Bayern 1919-1933 (Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München 72), München 1977.

- *Schwend, Karl*, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954.
- *Schwirzer, Reinhard*, Gustav Ritter von Kahr (1862-1934), seine Familie und Weißenburg, in: villa nostra, Weißenburger Blätter für Geschichte, Heimatkunde und Kultur von Stadt und Weißenburger Land, Heft 2/2004, S.30-43.
- *Seefried, Elke*, Verfassungspragmatismus und Gemeinschaftsideologie: „Vernunftrepublikanismus“ in der deutschen Zentrumspartei, in: *Wirsching, Andreas/Eder, Jürgen (Hrsg.)*, Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik, Politik, Literatur, Wissenschaft (Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe 9), Stuttgart 2008.
- *Seidel, Carlos Collado*, In geheimer Mission für Hitler und die bayerische Staatsregierung, Der politische Abenteurer Max Neunzert zwischen Fememorden, Hitler-Putsch und Berlinkrise, in: VJZ 50 (2002) S. 201-236.
- *Simons, Wolfgang*, Das parlamentarische Untersuchungsrecht im Bundesstaat, Zu den Auswirkungen der bundesstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes auf das parlamentarische Untersuchungsrecht in Bund und Ländern (Schriften zum öffentlichen Recht 603), Berlin 1991.
- *Speckner, Herbert*, Die Ordnungszelle Bayern, Studien zur Politik des bayerischen Bürgertums, insbesondere der Bayerischen Volkspartei, von der Revolution bis zum Ende des Kabinetts Dr. von Kahr, Diss. Phil. Masch. Erlangen 1955.
- *Sperl, Gabriela*, Wirtschaft und Staat in Bayern 1914-1924 (Schriften der Historischen Kommission zu Berlin 6), Berlin 1996.
- *Stäbler, Wolfgang*, Bayerischer Heimatschutz, 1928-1933, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44432 (07.05.2008).
- *Stahl, Friedrich-Christian*, Hans von Seeckt (1866-1936), in: *Fröhlich, Michael (Hrsg.)*, Die Weimarer Republik, Portrait einer Epoche in Biographien, Darmstadt 2002, S.85-95.
- *Steinborn, Peter*, Grundlagen und Grundzüge Münchener Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik, Zur Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt im 20. Jahrhundert (Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München 5), München 1968.

- *Thoss, Bruno*, Der Ludendorff-Kreis 1919-1923, München als Zentrum der mitteleuropäischen Reaktion zwischen Revolution und Hitlerputsch (Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München 98), München 1977.
- *Thränhardt, Dietrich*, Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848-1953, Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems, (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 51), Düsseldorf 1973.
- *Unger, Michael*, Das bayerische Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe, Organisation, Personal und Mittelstandspolitik des Wirtschaftsressorts 1919-1933 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 137), München 2009.
- *Watt, Donald C.*, Die bayerischen Bemühungen um eine Ausweisung Hitlers 1924, in: VfZ 6 (1958), S. 270-280.
- *Weichmann, Martin*, „Ruhe und Ordnung um jeden Preis“, Weißenburger und Weißenburg zwischen Räteregierung und Hitlerputsch, Teil II: Gustav von Kahr und die Einwohnerwehren, in: villa nostra (1/2008), S.5-21.
- *Weigl, Michael*, Das Bayernbild der Repräsentanten Österreichs in München 1918-1938 (Europäische Hochschulschriften 1013), Frankfurt am Main 2005.
- *Weiß, Dieter*, Kronprinz Rupprecht von Bayern (1869-1955), Eine politische Biographie, Regensburg 2007.
- *Weller, Arnold/ Weller, Karl*, Württembergische Geschichte im südwestdeutschen Raum, Stuttgart/ Aalen ⁷1972.
- *Wiesemann, Falk*, Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 12), Berlin 1975.
- *Willing-Franz, Georg*, Der Ursprung der Hitlerbewegung, 1919-1922, Preußisch Oldendorf ²1974.
- *Willing-Franz, Georg*, Krisenjahr der Hitlerbewegung, 1923, Preußisch Oldendorf 1975.
- *Winkler, Heinrich August*, Weimar 1918–1933, Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1998.

- *Winter, Peter*, Dr. Christian Roth 1873-1934, Biographie eines bayerischen Juristen und Politikers, Diss. Phil. Regensburg 1990.
- *Wittek, Thomas*, Auf ewig Feind?, Das Deutschlandbild in den britischen Massenmedien nach dem Ersten Weltkrieg (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 59), München 2005.
- *Wright, Jonathan*, Gustav Stresemann, 1878-1929, Weimars größter Staatsmann, München 2006.
- *Wulf, Peter*, Hugo Stinnes, Wirtschaft und Politik 1918-1924 (Kieler Historische Studien 28), Stuttgart 1979.
- *Zech, Hanne*, Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung in der Bamberger Verfassung, Diss. Jur. Bayreuth 1993.
- *Zehnpfennig, Barbara*, Hitlers Mein Kampf, Eine Interpretation, München 2000.
- *Ziegerhofer-Prettenthaler, Anita*, Botschafter Europas, Richard Nikolaus Coudenhove-Kalgeri und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren, Wien / Köln / Weimar 2004.
- *Ziemann, Benjamin*, Front und Heimat, Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern, 1914-1923, Essen 1997.
- *Zier, Hans Georg*, Politische Geschichte Badens 1918-1933, in: *Becker, Josef (Hrsg.)*, Badische Geschichte, Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, Stuttgart ²1987, S. 143-167.
- *Zierl, Hubert*, Geschichte des Berchtesgadener Schutzgebietes, in: *Brugger, Walter/ Dopsch, Heinz/ Kramml, Peter F. (Hrsg.)* Geschichte von Berchtesgaden, Stift, Markt, Land, Bd. 3.1, Berchtesgaden im Königreich und Freistaat Bayern von 1810 bis zur Gegenwart, Kirche - Kunst - Kultur - Alpinismus - - Sport - Vereinswesen, Berchtesgaden 1998, S. 609-626.
- *Zimmermann, Werner Gabriel*, Bayern und das Reich, 1918-1923, Der bayerische Föderalismus zwischen Revolution und Reaktion, München 1953.
- *Zittel, Bernhard*, Ein bayerischer Politiker im Zwielficht, Zum 100. Geburtstag von Gustav von Kahr (1862-1934), in: *Unser Bayern* 11 (1962), S. 81-83.

- *Zittel, Bernhard, Gustav von Kahr*, in: *Pfeiffer, Gerhard* (Hrsg.), *Fränkische Lebensbilder*, Bd. 3, Würzburg 1969, S. 327-346.
- *Zorn, Wolfgang*, *Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert, Von der Monarchie zum Bundesland*, München 1986.